

DIPLOMATISCHE DOKUMENTE
DER SCHWEIZ

DOCUMENTS DIPLOMATIQUES
SUISSES

DOCUMENTI DIPLOMATICI
SVIZZERI

9

1925–1929

COMMISSION NATIONALE
POUR LA PUBLICATION DE DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES
NATIONALE KOMMISSION
FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ
COMMISSIONE NAZIONALE
PER LA PUBBLICAZIONE DI DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

DOCUMENTS DIPLOMATIQUES
SUISSES
DIPLOMATISCHE DOKUMENTE
DER SCHWEIZ
DOCUMENTI DIPLOMATICI
SVIZZERI
1848–1945

BAND 9 (1925–1929)
1. Januar 1925–31. Dezember 1929

Unter der Leitung von
Walther Hofer und Beatrix Mesmer
bearbeitet von
Peter Hurni
Martin Lüdi und
Peter Martig

BENTELI VERLAG BERN

Dokument auf dem Umschlag:
Handscreiben Giuseppe Mottas an Minister Rüfenacht in Berlin
zur Frage der Beziehungen mit Russland (8. 12. 1926).

Document reproduit sur la jaquette:
Lettre autographe de Giuseppe Motta au Ministre de Suisse à Berlin, Hermann Rüfenacht,
concernant les relations avec la Russie (8. 12. 1926).

©

1980 Benteli Verlag, 3011 Bern
Gestaltung, Satz und Druck: Benteli AG, 3018 Bern
Printed in Switzerland

ISBN 3-7165-0362-2

COMMISSION NATIONALE POUR LA PUBLICATION
DE DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

NATIONALE KOMMISSION FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG
DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ

COMMISSIONE NAZIONALE PER LA PUBBLICAZIONE
DI DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

Président	Jacques Freymond, Professeur à l'Institut universitaire de hautes études internationales, Genève
Vice-président	Oscar Gauye, Directeur des Archives fédérales, Berne
Secrétaire	Antoine Fleury, Chargé de cours à l'Université de Genève
Membres	
Jean-François Bergier	Professeur à l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich
Jean-Charles Biaudet	Professeur à l'Université de Lausanne
Rudolf Bindschedler	Botschafter, Rechtsberater des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten
Erwin Bucher	Professor an der Universität Zürich
Yves Collart	Professeur à l'Institut universitaire de hautes études internationales, Genève
Beat Dumont	Stellvertretender Direktor bei der Direktion für Völkerrecht im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten
Jean-Claude Favez	Professeur à l'Université de Genève
Walther Hofer	Professor an der Universität Bern
Herbert Lüthy	Professor an der Universität Basel
Philippe Marguerat	Professeur à l'Université de Neuchâtel
Beatrix Mesmer	Professor an der Universität Bern
Louis-Edouard Roulet	Professeur à l'Université de Neuchâtel, Membre du Conseil national suisse de la recherche
Roland Ruffieux	Professeur aux Universités de Fribourg et Lausanne
Andreas Staehelin	Präsident der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz

INHALTSÜBERSICHT - TABLE DES MATIÈRES

I.	Vorwort	VII
	<i>Avant-propos</i>	X
II.	Einleitung	XIII
	<i>Introduction</i>	XV
III.	Abkürzungen	XVII
IV.	Übersicht über das thematische Verzeichnis der Dokumente	XIX
V.	Thematisches Verzeichnis der Dokumente	XXIII
VI.	Dokumente	1
VII.	Anhang	
	1. Organigramm der für die internationalen Beziehungen zuständigen Stellen des Bundes 1925-1929	934
	2. Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz im Ausland 1925-1929	936
	3. Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen des Auslandes in der Schweiz 1925-1929	940
VIII.	Index	
	1. Personenregister	946
	2. Ortsregister	959
IX.	Verzeichnis der benützten Bestände des Schweizerischen Bundesarchivs Bern	965
X.	Paraphen der Korrespondenten des Politischen Departementes (Abteilung für Auswärtiges)	967

I. VORWORT

Das Anliegen der Reihe «Diplomatische Dokumente der Schweiz» ist ein wissenschaftliches und praktisches zugleich. Den verantwortlichen Herausgebern geht es darum, der Forschung und Praxis die amtlichen Quellen zur Verfügung zu stellen, die nötig sind für die Rekonstruktion und das Verständnis der aussenpolitischen Geschichte der Schweiz, eines neutralen Staates, der jedoch zutiefst ins internationale politische System verwickelt ist.

Das Unternehmen steht unter dem Patronat der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz; es fand die Unterstützung des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten¹ und die finanzielle Hilfe des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung wie auch das Interesse der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik. Die Verantwortung für die Publikation trägt eine nationale Kommission für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente der Schweiz, in der alle betroffenen Kreise vertreten sind. Für die Periode 1848–1945 sind 15 Bände vorgesehen; mit der Bearbeitung sind die Schweizer Universitäten und Hochschulen betraut: Basel, Bern, Freiburg, Genf, Lausanne, Neuenburg und Zürich, sowie das Büro der Publikationskommission und das Schweizerische Bundesarchiv. Die Reihenfolge des Erscheinens hängt ab vom Voranschreiten der Arbeiten innerhalb dieser Institutionen.

Die veröffentlichten Dokumente stammen aus dem Schweizerischen Bundesarchiv, das die Akten von Parlament, Regierung und eidgenössischen Departementen (Ministerien) aufbewahrt. Die Schweiz hat eine Kollegialregierung, und alle Entscheide von irgendwelcher Tragweite fällt der Gesamtbundesrat. Darüber hinaus sind die verschiedenen Departemente und Amtsstellen vom einen oder andern Aspekt der schweizerischen Aussenpolitik betroffen. Demzufolge geben die veröffentlichten Dokumente nicht allein die Akten des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten wieder; ein beachtlicher Teil der Texte sind Akten der Regierung selbst – so die Sitzungsprotokolle und Entscheide des Bundesrates –, der verschiedenen Departemente und besonderer Ämter oder gar von Delegationen und Spezialmissionen, die der Regierung Berichte zukommen liessen, selbst Briefe von Persönlichkeiten in amtlicher oder halbamtlicher Funktion oder gar von privaten Institutionen waren zu berücksichtigen.

Die Reihe strebt keine lückenlose Dokumentation aussenpolitischer Ereignisse aus schweizerischer Sicht an und kann auch nicht die ganze Entwicklung der eidgenössischen Aussenpolitik vollständig aufzeigen. Vielmehr versucht sie, die Grundzüge, die Leitideen und fundamentalen Gegebenheiten der internationalen Beziehungen der Schweiz in den verschiedenen Sparten zu illustrieren. Abge-

¹ vormalis: Eidgenössisches Politisches Departement

druckt werden darum vornehmlich: Texte, die eine generelle Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik erkennen lassen oder die zu einem gegebenen Zeitpunkt diese Orientierung nachhaltig beeinflussen konnten; ferner Texte, welche die Rolle der Schweiz in der internationalen Politik zeigen oder Erklärungen bieten für die Haltung der Schweiz gegenüber wichtigen Geschehnissen oder Problemen; sodann Berichte und Lageanalysen, die originale Informationen enthalten oder die den neutralen Blickwinkel geben zu wichtigen Vorgängen; schliesslich Instruktionen, Gutachten, Aufzeichnungen und Korrespondenzen, die unerlässlich sind für das Verständnis des jeweiligen Geschehens.

Die Dokumente sind in chronologischer Reihenfolge abgedruckt, ausgenommen die Anhänge. Zur Erleichterung der Benutzung wird jeder Band mit einem thematischen Verzeichnis der Dokumente und einem Register ausgestattet. Im allgemeinen sind die Dokumente vollständig und in der Originalsprache abgedruckt. Gestrichene Abschnitte sind durch Auslassungszeichen in eckiger Klammer gekennzeichnet. Mitunter gibt eine Fussnote eine Zusammenfassung der Tilgung. Anrede- und Grussformeln wurden weggelassen ausser in Fällen, wo sie eine besondere Bedeutung zu haben scheinen.

Der redaktionelle Teil ist in der Sprache des Leiters des Bandes abgefasst und setzt sich deutlich (*kursiv*) vom Text des Dokumentes (aufrecht) ab. Kursivsatz innerhalb des Dokumentes gibt originale Auszeichnungen an (Unterstreichungen, Sperrungen). Eingriffe der Redaktion in den Dokumenten sind kursiv in eckiger Klammer gesetzt. Orthographie und Interpunktion wurden nur bei offensichtlichen Fehlern stillschweigend bereinigt und die Schreibweise einzig innerhalb des Textes vereinheitlicht.

Der Kopf der Dokumente enthält folgende Elemente: Archivsignatur, redaktioneller Titel – für Absender und Empfänger werden entweder die Initialen des Vornamens, Name und Funktion angegeben oder die betreffenden Amtsstellen –, Kennzeichnung der Textvorlage (Kopie, Minute), falls nicht das Original abgedruckt werden konnte, Gattungsbestimmung des Dokumentes, Ort und Datum seiner Entstehung. Der Titel enthält ferner, wenn die Angaben auf der Vorlage stehen: Klassifikation (vertraulich, geheim) oder Dringlichkeitsvermerk des Dokumentes, seine Ordnungsnummer, Paraphen von Autor und Sekretariat und Inhaltsangabe des abgedruckten Textes (Randvermerk). Wörtlich wiedergegebene Titel, die auf dem Dokument selbst stehen, sind in aufrechten KAPITÄLCHEN gesetzt. Bei Anhängen, die im vorangehenden Haupttext hinreichend charakterisiert sind, wird auf eine Wiederholung der Angaben verzichtet. Die Organigramme am Ende jedes Bandes geben Aufschluss über die Struktur der Verwaltung und der diplomatischen Vertretung der Schweiz im Ausland und des Auslandes in der Schweiz.

Der wissenschaftliche Apparat ist bewusst sparsam gehalten. Die Fussnoten wollen vor allem die Unzulänglichkeiten, die jede Auswahl mit sich bringt, beheben, indem sie die Fundstellen nicht veröffentlichter Dokumente angeben und auf amtliche Publikationen verweisen, die den Leser weiter führen können. Soweit möglich, wird auf Dokumente, die in den veröffentlichten Texten erwähnt sind, verwiesen, ausser wenn ihr Inhalt hinreichend aus dem Text hervorgeht. Die For-

mel «non reproduit / nicht abgedruckt» ohne Angabe der Herkunft heisst, dass sich die betreffenden Dokumente im selben Dossier befinden wie der veröffentlichte Text. Wo ein wichtig scheinendes Dokument trotz gründlicher Nachforschungen nicht ermittelt werden konnte, steht die Formel «non retrouvé / nicht ermittelt».

Diese paar Regeln sollen die Einheitlichkeit der Aktenpublikation sichern, die beinahe ein Jahrhundert umspannt; freilich haben die Herausgeber jedes Bandes die nötige Freiheit, um dem Geist der Epoche und der Vielfalt der Probleme, die sich dem Schweizer Volk und seiner Regierung stellten, Rechnung zu tragen.

Genf und Bern im September 1979

Nationale Kommission
für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente
der Schweiz:

JACQUES FREYMOND, *Präsident*

OSCAR GAUYE, *Vize-Präsident*

I. AVANT-PROPOS

L'objectif de la collection de «Documents diplomatiques suisses» est à la fois scientifique et pratique. Il s'agit, dans l'esprit de ceux qui en assument la responsabilité, de mettre à la disposition des chercheurs et des praticiens, les sources officielles utiles pour la reconstitution et pour la compréhension de l'histoire de la politique étrangère de la Suisse, d'un Etat neutre mais profondément impliqué dans le système politique international.

Placée sous le patronage de la Société Générale Suisse d'Histoire, l'entreprise a reçu l'appui du Département fédéral des affaires étrangères¹ et le soutien financier du Fonds national suisse de la recherche scientifique. L'Association suisse de politique étrangère lui a apporté le témoignage de son intérêt. Une Commission nationale pour la publication de documents diplomatiques suisses, comprenant des représentants de tous les milieux concernés, assume la responsabilité de la publication. L'édition des 15 volumes prévus pour la période 1848–1945 est assurée par les divers Instituts d'histoire des Universités et Hautes Ecoles suisses: Bâle, Berne, Fribourg, Genève, Lausanne, Neuchâtel et Zurich, par le Bureau de la commission de publication et par les Archives fédérales. L'ordre de parution des volumes est fonction de l'avancement des travaux au sein de chacune de ces institutions.

Les documents publiés proviennent des Archives fédérales où sont conservés les actes du Parlement, du Gouvernement et des départements fédéraux (ministères). La Suisse ayant un gouvernement collégial, toutes les décisions de quelque portée relèvent du seul Conseil fédéral. De plus, les divers départements et offices sont concernés par l'un ou l'autre aspect de la politique étrangère de la Suisse. Il s'ensuit que les documents publiés ne reproduisent pas uniquement les actes du Département fédéral des affaires étrangères; une part appréciable des textes provient des actes du gouvernement lui-même – ainsi les procès-verbaux des séances et les décisions du Conseil fédéral – de divers départements ou d'offices spécialisés, ou encore de délégations et de commissions spéciales qui ont transmis des rapports au gouvernement, sans oublier des lettres de personnalités officielles ou exerçant des fonctions semi-officielles, voire de représentants d'institutions privées.

La collection ne vise pas à documenter l'ensemble des événements extérieurs intéressant la Suisse ni à reconstituer toute l'évolution de la politique étrangère de la Confédération. Elle s'attache plutôt à illustrer les traits essentiels de la politique extérieure suisse dans ses diverses dimensions ainsi que les conceptions et les données fondamentales des relations internationales. Ont été retenus pour la publication d'abord des textes qui font saisir l'orientation générale de la politique extérieure suisse ou qui ont pu déterminer, à un moment donné, cette orientation; en-

¹ Anciennement: Département politique fédéral

suite des textes qui montrent le rôle de la Suisse dans la politique internationale ou qui éclairent son attitude face à tel événement ou face à tel problème; des rapports, des analyses de situation qui contiennent des informations originales ou qui reflètent le point de vue du neutre sur des événements importants; enfin, des instructions, des avis, des notices et des correspondances qui sont indispensables à la compréhension de telle ou telle affaire.

Les documents sont présentés dans l'ordre chronologique à l'exception des textes placés en annexe. Afin d'en faciliter la consultation thématique, on a établi une table méthodique et un index. En règle générale, les documents sont publiés intégralement et dans leur langue d'origine. Les passages supprimés sont indiqués par des points de suspension entre crochets; une note en donne parfois l'essentiel. Les formules de salutations ont été supprimées, sauf dans le cas où elles paraissent avoir une signification particulière.

La partie rédactionnelle est écrite dans la langue du directeur du volume. Elle se distingue du texte du document lui-même reproduit en caractère romain, par l'emploi de l'*italique*. Les passages soulignés ou en caractères espacés du document original sont également rendus par l'*italique*. Les interventions de la rédaction à l'intérieur du document figurent entre crochets. L'orthographe et la ponctuation ont été modifiées sans autre dans les cas de fautes évidentes ou pour unifier l'écriture à l'intérieur du texte.

L'entête des documents comprend les éléments suivants: la cote d'archives, le titre rédactionnel – pour les auteurs et les destinataires des documents, on indique soit les noms et les initiales des prénoms des personnes avec leur fonction, soit les administrations et les services concernés –, la qualification du texte (copie, minute) dans le cas où l'on n'a pu reproduire l'original, le genre du document, sa date et son lieu de rédaction. En outre, lorsque ces indications apparaissent sur l'original, l'entête peut comprendre encore: le degré de classification (confidentiel, secret) ou d'urgence du document, son numéro d'ordre, les initiales (ou la référence) du rédacteur et du secrétariat, l'objet du texte reproduit. Quand il est repris littéralement, le titre du document lui-même est rendu en PETITES CAPITALES DE CARACTÈRE ROMAIN. Lorsqu'elles sont suffisamment caractérisées dans le texte qui les introduit, les annexes sont reproduites sans nouvel intitulé. Des organigrammes en fin de chaque volume fournissent des renseignements sur la structure administrative et sur la représentation diplomatique de la Suisse à l'étranger et des pays étrangers en Suisse.

L'appareil critique est délibérément limité. Les notes visent avant tout à corriger les inconvénients de l'indispensable sélection, en fournissant notamment des références aux documents non publiés et aux imprimés officiels que le lecteur voudrait pouvoir consulter. Dans la mesure du possible, il est fait renvoi aux documents mentionnés dans les textes publiés, sauf dans les cas où leur contenu ressort suffisamment du document. La formule «non reproduit», sans indication de provenance, signifie que les documents en question figurent dans les mêmes dossiers que le texte reproduit. Lorsqu'un document présumé important a fait l'objet d'une recherche approfondie qui aboutit à un résultat négatif, on l'indique par la formule «non retrouvé».

Ces quelques règles ont pour objet d'assurer l'homogénéité de cette publication de documents qui couvre près d'un siècle tout en laissant aux éditeurs de chaque volume la liberté nécessaire pour tenir compte de l'esprit d'une époque et de la variété des problèmes qui se sont posés au gouvernement et au peuple suisses.

Genève et Berne, septembre 1979

Commission nationale
pour la publication de documents
diplomatiques suisses:
JACQUES FREYMOND, *Président*
OSCAR GAUYE, *Vice-président*

II. EINLEITUNG

Das Jahrfünft schweizerischer Aussenpolitik, das im vorliegenden Band dokumentiert wird, umfasst eine Zeit der Entspannung in Europa. Die Locarnoverträge und die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund leiteten jene kurze Phase der Zwischenkriegszeit ein, in der eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen erreicht schien. Das bedeutete jedoch keineswegs, dass in diesen Jahren ein Abbau der aussenpolitischen Aktivitäten eingetreten wäre. Die Mitarbeit in den zur Konfliktregelung geschaffenen internationalen Organisationen innerhalb und ausserhalb des Völkerbundes brachte der schweizerischen Diplomatie eine wachsende Zahl laufender Aufgaben. Daneben wurde das System der bilateralen Schiedsverträge als spezifisch schweizerische Variante der Konfliktregelungspolitik weiter ausgebaut. Eine Reihe von Differenzen, als wichtigste die Zonenfrage und das Verhältnis zu Sowjetrussland, belasteten aber weiter die aussenpolitischen Beziehungen der Schweiz. Die Regelung der wirtschaftlichen Probleme schlug sich in einer grossen Zahl von Handels- und Niederlassungsverträgen nieder, und auch die Teilnahme an internationalen Aufbau- und Stabilisierungsaktionen wurde fortgesetzt.

Angesichts des knappen Raumes, der den Jahren 1925 bis 1929 in der Gesamtedition der Diplomatischen Dokumente der Schweiz zugewiesen ist, konnte nicht das ganze Spektrum der vom Politischen Departement behandelten Geschäfte ausgebreitet werden. Es war eine Auswahl zu treffen, die trotz der gebotenen Beschränkung die Gewichtung der einzelnen Problemkreise, mit denen die schweizerische Aussenpolitik konfrontiert war, nicht allzusehr verzerrte. Es wurde in erster Linie darauf geachtet, dass die wichtigen Entscheidungs- und Verhandlungsabläufe nachvollziehbar blieben. Dagegen wurde auf die Dokumentation von Routinegeschäften und von Gegenständen rein technischer Art verzichtet. Es betrifft dies namentlich Konferenzen und Abkommen über Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Pass- und Visaerteilung, Arbeitsmarkt, Fürsorge, Privat- und Steuerrecht, ferner die Betreuung der Schweizer im Ausland und die Mitarbeit in den Spezialorganisationen des Völkerbundes und in den Organen des Roten Kreuzes. Die Haltung der Schweiz zu völkerrechtlichen Einzelproblemen wurde nur insoweit belegt, als sie für die politischen Entscheide wegleitend war. Diese Beschränkung schien gerechtfertigt, weil mit dem 1975 von Paul Guggenheim herausgegebenen «Répertoire suisse de droit international public» eine systematische Übersicht vorliegt.

Die Aufarbeitung des Aktenmaterials wäre ohne die kompetente Unterstützung der Mitarbeiter des Bundesarchivs kaum möglich gewesen. Bei der Auswahl der Dokumente waren die Ratschläge des stellvertretenden Direktors bei der Direktion für Völkerrecht im Eidgenössischen Departement für auswärtige Ange-

legenheiten, Dr. Beat Dumont, äusserst nützlich. Assistenten, Doktoranden und Studenten des Historischen Instituts der Universität Bern haben zahlreiche Einzeluntersuchungen und Anregungen beigetragen. Der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und der Bernische Hochschulverein haben durch ihre finanziellen Beiträge die Redaktion und den Druck des Bandes ermöglicht. Ihnen allen sei an dieser Stelle für ihre wertvolle Hilfe gedankt.

Bern, im September 1980

BEATRIX MESMER
WALTHER HOFER

II. INTRODUCTION

Les cinq années de politique extérieure suisse couvertes par le présent volume coïncident avec une période de détente en Europe. Les accords de Locarno et l'admission de l'Allemagne dans la Société des Nations ont présidé à cette phase brève de l'entre-deux-guerres durant laquelle on a pu croire à une normalisation des relations interétatiques. Mais ces années de répit n'ont pas signifié pour autant un quelconque ralentissement des activités de politique étrangère. La collaboration de la Confédération aux diverses organisations chargées du règlement pacifique des conflits internationaux, dans le cadre de la Société des Nations ou hors de celle-ci, a apporté à la diplomatie suisse un nombre croissant de tâches courantes. Le système des traités d'arbitrage bilatéraux, variante spécifiquement suisse de la politique de règlement pacifique des conflits internationaux, n'a cessé de se développer. Une série de différends, dont l'affaire des zones et le contentieux avec l'Union soviétique furent les plus importants, a continué, malgré la détente générale, à peser sur le développement normal des relations extérieures de la Suisse. Le règlement des problèmes économiques s'est traduit par un grand nombre de traités de commerce et d'établissement, tandis que se poursuivait la participation suisse à des actions internationales de construction et de stabilisation du nouvel équilibre mondial.

Compte tenu de la place restreinte qui a été attribuée aux années 1925–1929 dans le plan général d'édition des Documents diplomatiques suisses, il n'a pas été possible de couvrir tout l'éventail des affaires traitées par le Département politique. Il a fallu faire un choix qui, malgré les limites imparties, ne fausse pas l'importance relative de chacune des catégories de problèmes auxquelles la politique extérieure de la Suisse était confrontée. On a donc veillé avant tout à ce que le processus des décisions et le déroulement des négociations importantes restent compréhensibles. En revanche, la documentation relative aux affaires de routine ou aux questions purement techniques a été délibérément négligée. C'est le cas notamment pour certaines conférences et conventions sur le trafic, les télécommunications, la délivrance des passeports et visas, le marché du travail, l'assistance, le droit privé et le droit fiscal, ainsi que pour la protection des Suisses de l'étranger, la collaboration aux organisations spécialisées de la Société des Nations et à la Croix-Rouge internationale. La position de la Suisse relative à des questions particulières relevant du droit des gens n'a été évoquée que lorsqu'elle impliquait des décisions politiques. Cette limitation semblait se justifier par l'existence du « Répertoire suisse de droit international public », publié en 1975 par Paul Guggenheim, qui en fait l'inventaire systématique.

Sans l'aide compétente des collaborateurs des Archives fédérales il aurait été difficile de mener à bien le dépouillement systématique des fonds d'archives. Les

conseils de Monsieur Beat Dumont, Directeur suppléant de la Direction du droit international public au Département fédéral des affaires étrangères, ont été extrêmement utiles lors du choix des documents. Assistants, candidats au doctorat et étudiants à l'Institut d'histoire de l'Université de Berne ont contribué à cette entreprise par de nombreuses recherches ponctuelles et par leurs suggestions. Enfin, grâce à leurs contributions financières, le Fonds national suisse de la recherche scientifique et le *Bernische Hochschulverein* ont permis la rédaction et l'impression de ce volume. Que chacun soit ici remercié de son aide précieuse.

Berne, septembre 1980

BEATRIX MESMER
WALTHER HOFER

III. ABKÜRZUNGEN

A	Annex
At	Antrag
Anm.	Anmerkung
AS	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen
Az	Aufzeichnung
B	Bericht
BB	Bundesbeschluss
BBl	Bundesblatt
BG	Bundesgesetz
BR	Bundesrat
BRB	Bundesratsbeschluss
BR-Prot.	Protokoll der Bundesratssitzung
BS	Bereinigte Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EFZD	Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement
EPED	Eidgenössisches Post- und Eisenbahndepartement
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
GBer.	Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung
HA	Handelsabteilung
M	Memorandum
N	Note
NR	Nationalrat
NR-Prot.	Ungedrucktes Protokoll des Nationalrates

PB	Politischer Bericht
Prot.	Protokoll
S	Schreiben
SdN	Völkerbund / Société des Nations
StR	Ständerat
StR-Prot.	Ungedrucktes Protokoll des Ständerates
Sten.Bull.NR	Amtliches stenografisches Bulletin der Bundesversammlung. Nationalrat
Sten.Bull.StR	Amtliches stenografisches Bulletin der Bundesversammlung. Ständerat
T	Telegramm
Tf	Telefongespräch

IV. ÜBERSICHT ÜBER DAS THEMATISCHE VERZEICHNIS DER DOKUMENTE

I.	Internationale Friedenssicherung	
	1. Genfer Protokoll	XXIV
	2. Kellogg-Pakt	XXIV
II.	Die Schweiz und der Völkerbund	
	1. Abrüstung und Waffenhandel	XXV
	2. Finanzielle Unterstützung an Aggressionsopfer	XXVII
	3. Internationale Wirtschaftsabkommen	XXVIII
	4. Mission Calonder in Oberschlesien	XXIX
	5. Briand-Plan	XXX
	6. Völkerbundspakt	XXX
	7. Völkerbundsrat	XXX
	8. Völkerbundssitz	XXXII
III.	Bilaterale Beziehungen ¹	
	1. Abessinien	
	1.1. Handelsvertrag	XXXIII
	2. Ägypten	
	2.1. Handels- und Niederlassungsvertrag	XXXIII
	3. Belgien	
	3.1. Handelsvertragsverhandlungen	XXXV
	3.2. Schiedsvertragsverhandlungen	XXXV
	3.3. Stabilisierung der Währung	XXXVI
	4. Chile	
	4.1. Anerkennung der neuen Regierung	XXXVI
	5. China	
	5.1. Allgemeine Beziehungen	XXXVII
	6. Deutschland	
	6.1. Handelsvertrag und Abkommen über Einfuhrbeschränkungen	XXXIX
	6.2. Schiedsvertragsverhandlungen	XLIII
	7. Ecuador	
	7.1. Anerkennung der neuen Regierung	XLIV
	8. Frankreich	
	8.1. Allgemeine Beziehungen	XLIV
	8.2. Handelsvertragsverhandlungen	XLV
	8.3. Zonenfrage und Schiedsvertrag	IL
	8.4. Stabilisierung der Währung	LVII

¹Für Staaten ohne eigene Rubrik im thematischen Verzeichnis der Dokumente ist das Ortsregister zu konsultieren.

9. Griechenland	
9.1. Handelsvertragsverhandlungen	LVIII
10. Grossbritannien	
10.1. Schiedsvertrag	LIX
11. Heiliger Stuhl	
11.1. Allgemeine Beziehungen	LX
12. Italien	
12.1. Allgemeine Beziehungen	LX
12.2. Irredentismus im Tessin	LXIII
12.3. Antifaschistische Kundgebungen	LXIII
12.4. Grenzzwischenfälle und Übergriffe	LXXVI
12.5. Handelsbeziehungen	LXX
13. Jugoslawien	
13.1. Handelsvertragsverhandlungen	LXX
14. Kolumbien	
14.1. Militärmission	LXXI
15. Mexiko	
15.1. Anerkennung der neuen Regierung	LXXII
16. Niederlande	
16.1. Allgemeine Beziehungen	LXXII
16.2. Vergleichsvertrag	LXXII
17. Österreich	
17.1. Handelsvertragsverhandlungen	LXXIII
17.2. Finanzhilfe	LXXIV
17.3. Unruhen in Österreich	LXXXV
18. Persien	
18.1. Handels- und Niederlassungsvertrag	LXXXVI
19. Polen	
19.1. Handelsbeziehungen und Stabilisierungsanleihe	LXXVII
19.2. Anerkennung der neuen Regierung	LXXXVIII
20. Portugal	
20.1. Anerkennung der neuen Regierung	LXXXIX
21. Rumänien	
21.1. Schiedsvertragsverhandlungen	LXXXIX
21.2. Stabilisierungsanleihe	LXXX
22. Russland	
22.1. Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen	LXXXI
23. Schweden	
23.1. Allgemeine Beziehungen	LIC
24. Spanien	
24.1. Handelsvertragsverhandlungen	LIC
24.2. Schiedsvertrag	XC
25. Tschechoslowakei	
25.1. Handelsvertragsverhandlungen	XCI
25.2. Schiedsvertrag	XCII

26. Türkei	
26.1. Allgemeine Beziehungen	XCIII
27. Uruguay	
27.1. Allgemeine Beziehungen	XCIV
28. USA	
28.1. Allgemeine Beziehungen	XCIV
28.2. Handels- und Freundschaftsvertrag	XCIV
28.3. Schiedsvertrag	XCv
28.4. Sequester	XCvI
IV. Asylfragen	XCvII
V. Internationale Zahlungsbank in Basel	XCvII
VI. Kapitalexport	XCvIII
VII. Revision des Gotthardvertrages	IC
VIII. Rheinzentralkommission	IC
IX. Schieds- und Vergleichsverträge	C
X. Sozialistische Arbeiterinternationale	CI
XI. Überwachung von Anarchisten	CI
XII. Visaaufhebung	CI

V. THEMATISCHES VERZEICHNIS DER DOKUMENTE

I. INTERNATIONALE FRIEDENSSICHERUNG

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1. Genfer Protokoll			
4	12.1.1925 S	EPD (Motta) an Den Haag (de Pury)	Motta weist auf die unterschiedliche Haltung der Schweiz und der Niederlande gegenüber dem Genfer Protokoll hin. Die schweizerische Haltung ist durch die Rücksichtnahme auf die Neutralität gekennzeichnet.
78	5.8.1925 S	EPD (Motta) an London (Paravicini)	Motta weist auf die Schwierigkeiten der britischen Völkerbundspolitik hin, insbesondere bei der Koordination mit den Dominien.
243	25.1.1927 S	EPD (Motta) an Genf (Drummond)	Motta äussert sich im Namen des Bundesrates befriedigt über die Schiedsgerichtspolitik des Völkerbundes.
462	22.2.1929 S	EPD (Motta) an EMD (Scheurer)	Motta stellt fest, die Schweiz habe zur Zeit kein Interesse, an Sicherheitsverträgen mit Nachbarländern teilzunehmen.
<p><i>Für die Frage des Genfer Protokolls siehe auch:</i></p> <p>II. 7. Völkerbundsrat, Nr. 93.</p>			
2. Kellogg-Pakt			
389	2.5.1928 S	EPD (Motta) an Paris (Dunant)	Das EPD verlangt Informationen darüber, ob Frankreich in seiner Note vom 30.4.1928 mit der Feststellung, ein Angriff auf ein neutrales Land entbinde die französische Regierung automatisch von sämtlichen eingegangenen Verpflichtungen, nur an die schweizerische Neutralität gedacht habe.
390	10.5.1928 S	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Dunant teilt Motta mit, nach Auskunft des französischen Aussenministeriums habe Frankreich in seiner Note vom 30.4.1928 nicht speziell die schweizerische Neutralität im Sinne gehabt. Vielmehr sollte Frankreichs Kriegsbereitschaft gegen jeglichen Friedensbrecher dokumentiert werden.
422	30.8.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat befürwortet aus moralischen und traditionell neutralitätspolitischen Gründen den Kellogg-Pakt.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A1	27.8.1928 N	Bern (Wilson) an EPD (Motta)	Der amerikanische Gesandte informiert das EPD über den Abschluss des Kellogg-Paktes zur Ächtung des Krieges als Instrument der nationalen Politik.
A2	30.8.1928 N	EPD (Motta) an Bern (Wilson)	Motta zweifelt nicht daran, dass das schweizerische Parlament dem Beitritt der Schweiz zum Kellogg-Pakt zustimmen wird.
444	30.10.1928 S	EPD (Motta) an Washington (Peter)	Motta schliesst die Einwilligung des Parlaments zum Beitritt der Schweiz zum Kellogg-Pakt schon vor dessen Inkrafttreten nicht aus. Der Vorsteher des EPD glaubt an mögliche positive Auswirkungen auf die schweizerisch-amerikanischen Schiedsvertragsverhandlungen.
448	19.11.1928 S	Washington (Peter) an EPD (Motta)	Peter vertritt die Auffassung, dass eine formelle Beitrittserklärung der Schweiz zum Kellogg-Pakt vor dessen Inkrafttreten in Washington keinen Eindruck machen würde.

II. DIE SCHWEIZ UND DER VÖLKERBUND

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1. Abrüstung und Waffenhandel			
42	6.5.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat weist die schweizerische Delegation an der Konferenz für die Kontrolle des Waffen- und Munitionshandels an, eine zurückhaltende Haltung einzunehmen, da gewisse Bestimmungen des Konventionentwurfes nicht unbedenklich seien.
A	6.5.1925 Entwurf	EPD	Instruktionen für die schweizerische Delegation an der Konferenz des Völkerbundes für die Kontrolle des Waffen- und Munitionshandels.
53	26.5.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat ergänzt seine Instruktionen für die Delegation an der Konferenz über die Kontrolle des Waffen- und Munitionshandels. Er stimmt dem Verzicht auf ein internationales Kontrollbüro zu und unterstützt einen Antrag zum Verbot des Gaskrieges.
57	2.6.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat weist die schweizerische Delegation an, ihren Entwurf zum Verbot des chemischen Krieges nur dann zu vertreten, wenn damit keine Opposition der anderen Delegationen provoziert wird.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A	31.10.1925 B	Delegation	Bericht an den Bundesrat über die Konferenz über die Kontrolle des internationalen Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial vom 4. 5. bis 17. 6. 1925.
59	12.6.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beauftragt die schweizerische Delegation, die Gaskriegskonvention zu unterzeichnen.
113	6.11.1925 S	HA (Stucki) an EPD (Dinichert)	Stucki vertritt die Auffassung, dass mit Rücksicht auf die Wirtschaft die Ratifizierung der Waffenhandelskonvention möglichst lange hinausgeschoben werden sollte.
183	24.4.1926 S	EMD (Scheurer) an EPD (Motta)	Scheurer befürwortet eine Besprechung zwischen EPD und EMD über eine eventuelle Eingabe der Schweiz zuhanden der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz.
191	7.6.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, die Waffenhandelskonvention zu unterzeichnen, unter dem Vorbehalt, dass die Ratifikation erst dann erfolgen soll, wenn die wichtigeren Produzentenländer ihrerseits die Konvention endgültig angenommen haben.
216	2.9.1926 S	EMD (Scheurer) an EPD (Motta)	Scheurer vertritt die Auffassung, nach dem vorläufigen Stand der Dinge in der Abrüstungsfrage könnte die Schweiz aufgrund der hohen Kosten der Milizarmee in der Frage der Budgetbeschränkung betroffen werden.
257	18.2.1927 S	EMD (Scheurer) an EPD (Motta)	Scheurer betont das Interesse der Schweiz an der Abrüstung ihrer Nachbarstaaten. Die schweizerische Landesverteidigung ist rein defensiv konzipiert. Die allgemeine Wehrpflicht ist von staatspolitischer Bedeutung.
A	16.2.1927 S	Generalstab (Roost)	Roost äussert sich zu den Fragen, die in der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz aufgeworfen worden sind. Die Vergleiche der Militärbudgets fallen für die Schweiz ungünstig aus.
348	15.11.1927 S	EMD (Scheurer) an EPD (Motta)	Scheurer setzt sich für eine negative Beantwortung der Kleinen Anfrage Sigg betreffend totale Abrüstung der Schweiz ein.
385	4.4.1928 S	EPD (Motta) an EMD (Scheurer)	Motta unterbreitet Scheurer den Entwurf einer Antwort auf das Postulat Bringolf, wonach die Schweiz an der nächsten Völkerbundsversammlung für eine vollständige und beschleunigte Abrüstung eintreten soll.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
386	12.4.1928 S	EMD (Scheurer) an EPD	Scheurer meint, die intensive Vorbereitung der Grossmächte auf einen Gaskrieg zwingt die Schweiz, in der Frage der Ratifizierung des Gaskriegsprotokolls auf einen ideellen Standpunkt zu verzichten.
403	28.6.1928 S	EPD (Motta) an EMD (Scheurer)	Motta stellt fest, dass die Rüstung der einzelnen Staaten für den Gaskrieg rechtlich auch nach der Ratifizierung des Protokolls zulässig bleibe. Die Schweiz sollte die Ratifikation nicht auf unbestimmte Zeit verschieben.
417	14.8.1928 S	EMD (Scheurer) an EPD (Motta)	Scheurer betont, die einzigartige Stellung der Schweiz erlaube es nicht, im gewünschten Rahmen an der Abrüstung teilzunehmen.
452	10.12.1928 S	EMD (Scheurer) an EPD (Motta)	Scheurer erachtet die Bedrohung durch einen Gaskrieg als real. Die Übereinkunft betreffend den internationalen Waffenhandel sollte im gegenwärtigen Zustand belassen werden.
500	20.8.1929 S	EMD (Scheurer) an EPD (Motta)	Nach Scheurer wird die Schweiz kaum berührt, wenn die internationale Abrüstungsfrage im Völkerbund auf den bisherigen Grundlagen behandelt wird.
502	23.8.1929 S	EMD (Scheurer) an EPD (Motta)	Scheurer befürwortet die Ratifizierung des Giftgasprotokolls durch die Schweiz, um innenpolitisch die Gasabwehrkredite leichter durchbringen zu können.
2. Finanzielle Unterstützung an Aggressionsopfer			
320	23.7.1927 S	EPD an EFZD (Musy)	Das EPD ersucht das EFZD um eine Stellungnahme zum Projekt des Völkerbundes betreffend die finanzielle Hilfe an Aggressionsopfer. Das EPD hält eine Teilnahme der Schweiz als vereinbar mit den Grundsätzen der Neutralität.
491	11.7.1929 S	EMD (Scheurer) an EPD (Motta)	Scheurer vertritt die Auffassung, dass die Schweiz dem Projekt des Völkerbundes über die finanzielle Hilfe an Aggressionsopfer nicht zustimmen soll. Dadurch würde ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen. In der Praxis würde jede finanzielle Hilfe als Neutralitätsverletzung ausgelegt.
494	8.8.1929 S	EFZD (Oetiker) an EPD (Motta)	Oetiker teilt Motta mit, dass die Nationalbank die ihr in der Konvention über die finanzielle Unterstützung im Kriegsfall zugedachte Rolle als Depotstelle nicht übernehmen könne. Die Nationalbank ist hingegen bereit, Treuhänderfunktionen auszuüben.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
495	12.8.1929 S	EPD (Dinichert) an EFZD (Musy)	Das EPD verlangt aus neutralitätspolitischen Überlegungen ein vollständiges Fernbleiben der Nationalbank vom Finanzhilfeprogramm des Völkerbundes. Die private Treuhänderschaft ist ohne weiteres zulässig.
3. Internationale Wirtschaftsabkommen			
96	16.9.1925 S	EPD (Motta) an EFZD (Musy)	Motta informiert Musy über eine Resolution Loucheurs, eine internationale Wirtschaftskonferenz einzuberufen. Die Zielsetzung der Konferenz ist zur Zeit noch vage.
120	21.11.1925 S	EPD (Motta) an EVD (Schulthess)	Motta teilt mit, Loucheur habe ohne weiteres den Anspruch der Schweiz auf einen Sitz im vorbereitenden Komitee für die Wirtschaftskonferenz anerkannt. Da bisher eine Anfrage der französischen Regierung ausgeblieben ist, soll Dunant in Paris eine diesbezügliche Demarche unternehmen.
228	28.11.1926 PB	Den Haag (de Pury) an EPD (Motta)	De Pury meldet Anzeichen dafür, dass mit Rücksicht auf die Haltung Russlands die internationale Wirtschaftskonferenz nach Amsterdam verlegt werden könnte.
Anm. 1	2.12.1926 S	Genf (de Montenach) an EPD (Motta)	De Montenach weist auf Bestrebungen in Holland hin, die Wirtschaftskonferenz nach Amsterdam zu verlegen. Die holländische Regierung zeigt sich wenig geneigt, entsprechende Schritte einzuleiten.
230	30.11.1926 BR Prot.	Bundesrat	Motta orientiert den Bundesrat über einen Bericht de Montenachs aus Genf, wonach Russland nur an der bevorstehenden Wirtschaftskonferenz teilnehmen wird, wenn diese in Amsterdam stattfindet. Dieselben russischen Vorbehalte gelten auch für die Abrüstungskonferenz.
234	3.12.1926 PB	Den Haag (de Pury) an EPD (Motta)	De Pury berichtet, nach Informationen aus dem holländischen Aussenministerium sei der Generalsekretär des Völkerbundes Initiator der Verlegung der Wirtschaftskonferenz nach Amsterdam.
249	8.2.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat ernennt Stucki, Dubois, Porchet, Wetter und Weber zu schweizerischen Delegierten an der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
328	13.9.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat ermächtigt die schweizerische Delegation an der achten Völkerbundsversammlung, sich mit den Ergebnissen der Wirtschaftskonferenz einverstanden zu erklären.
343	13.10.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat erteilt Instruktionen an die schweizerische Delegation für die internationale Konferenz über die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote und Beschränkungen.
346	2.11.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom aktuellen Stand der Verhandlungen der Konferenz über Ein- und Ausfuhrbeschränkungen. Das EVD ist für einen möglichst weitgehenden Abbau der Beschränkungen, aber gegen die Einführung einer internationalen Instanz zur Beurteilung von Streitfällen.
493	30.7.1929 S	EPD (Motta) an EVD (Schulthess)	Motta stellt im Zusammenhang mit dem Jahresbericht des Völkerbundes eine offensichtliche Interdependenz zwischen wirtschaftlichen und politischen Fragen fest.
524	20.12.1929 BR Prot.	Bundesrat	Das EVD spricht sich im Bundesrat für die Teilnahme der Schweiz an einer internationalen Konferenz über einen Zollwaffenstillstand aus, sähe es aber lieber, wenn die Konferenz auf Europa beschränkt bliebe.

Für die Handelsvertragsverhandlungen mit einzelnen Ländern siehe auch:

III. Bilaterale Beziehungen.

4. Mission Calonder in Oberschlesien

450	24.11.1928 S	Warschau (von Segesser) an EPD (Motta)	Von Segesser berichtet über die zunehmenden Schwierigkeiten, denen Calonder als Präsident der gemischten Kommission in Oberschlesien begegnet.
Anm. 1	23.3.1928 PB	Warschau (Steiner) an EPD (Motta)	Steiner berichtet von einer unverkennbaren Missstimmung in Polen gegenüber dem Präsidenten der gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
5. Briand-Plan			
506	10.9.1929 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess orientiert den Bundesrat über eine Rede Briands in Genf zum Thema Vereinigte Staaten von Europa. Nach Schulthess stellen sich die Probleme der Verwirklichung der Paneuropaidee nicht auf politischer, sondern auf ökonomischer Ebene.
<i>Für die internationale Friedenssicherung siehe auch:</i>			
I.1.	Genfer Protokoll, Nr. 4, 78, 243, 462.		
I.2.	Kellogg-Pakt, Nr. 389, 390, 422, 444, 448.		
6. Völkerbundspakt			
158	2.2.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat berät die Interpretation des Völkerbundspaktes. Als Kommentar aus schweizerischer Sicht soll in Genf ein Memorandum überreicht werden.
A	2.2.1926 M	EPD	Antworten der juristischen Spezialkommission auf die Fragen des Völkerbundsrates bezüglich der Interpretation des Völkerbundspaktes.
7. Völkerbundsrat			
64	27.6.1925 PB	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht informiert Motta über die Enttäuschung Stresemanns nach der französischen Antwort auf den deutschen Sicherheitspaktvorschlag. Die Stimmung im Reichstag gegenüber einem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund wird als schlecht dargestellt. Rüfenacht erwähnt die Möglichkeit einer deutsch-russischen Verständigung.
93	4.9.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat erteilt Instruktionen an die schweizerische Delegation zur sechsten Session der Völkerbundsversammlung. Deutschlands Wunsch nach einer Sonderstellung im Völkerbund könnte die Stellung der Schweiz gefährden.
167	2.3.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat verharrt auf seinem Standpunkt und lehnt eine Erweiterung des Völkerbundsrates weiterhin ab. Er erachtet es nicht als zuträglich, durch den schweizerischen Gesandten in London in dieser Angelegenheit Schritte unternehmen zu lassen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
168	5.3.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat erteilt Instruktionen an die schweizerische Delegation für die ausserordentliche Völkerbundsversammlung. Der Aufnahme Deutschlands in den Rat soll zugestimmt werden. Eine weitere Vermehrung der Ratssitze wird hingegen abgelehnt.
171	18.3.1926 S	Genf(de Montenach) an EPD (Secretan)	De Montenach informiert das EPD über die Einladung an die Schweiz, in der Studienkommission zur Prüfung der Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates Einsitz zu nehmen.
173	26.3.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, die Einladung an die Schweiz anzunehmen, in der Studienkommission zur Prüfung der Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates mitzuwirken. Motta wird die Schweiz in der Kommission vertreten.
185	8.5.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat erteilt Instruktionen an Motta als Vertreter der Schweiz in der Studienkommission zur Prüfung der Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates.
A	8.5.1926 Instruk- tionen	Bundesrat	Wortlaut der Instruktionen.
186	12.5.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt davon Kenntnis, dass Motta das Amt des Präsidenten der Studienkommission übernommen hat. Motta berichtet über den Beginn der Verhandlungen.
425	10.9.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt in zustimmendem Sinne vom Vorschlag der schweizerischen Delegation Kenntnis, bei den Wahlen für die nichtständigen Sitze im Völkerbundsrat Venezuela, Spanien und China die Stimme zu geben. Falls China die nötige Mehrheit nicht erreicht, soll Persien berücksichtigt werden.
504	6.9.1929 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, bei den Wahlen für die nichtständigen Sitze im Völkerbundsrat Norwegen gegenüber einem südamerikanischen Staat den Vorzug zu geben.
<p><i>Für die Frage der ständigen Sitze im Völkerbundsrat siehe auch:</i></p> <p>III. 23.1. Schweden, Nr. 161.</p>			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
8. Völkerbundssitz			
201	2.7.1926 BR Prot.	Bundesrat	Motta unterbreitet dem Bundesrat den Entwurf eines Antwortschreibens an Drummond im Zusammenhang mit den Zwischenfällen bei den Matteotti feiern in Genf.
A	2.7.1926 S	EPD (Motta) an Genf (Drummond)	Motta betont, dass seine Äusserungen im Parlament mit der Meinung des Bundesrates übereinstimmen. Der Bundesrat kann das Bedauern Drummonds nicht akzeptieren.
202	5.7.1926 S	Genf (Drummond) an EPD (Motta)	Drummond hält am Bedauern über Mottas Äusserungen im Zusammenhang mit den Genfer Matteotti feiern fest.
203	8.7.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat genehmigt den Text eines Antwortschreibens auf den Brief Drummonds vom 5. 7. 1926. Der Rat beharrt auf seinem Standpunkt.
287	1.4.1927 S	EPD (Motta) an EMD (Scheurer)	Motta orientiert Scheurer über die Initiative des Völkerbundes, eine eigene Sendestation zu errichten. Neben grossen technischen Schwierigkeiten wird als Hauptproblem die Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Neutralität erwähnt.
324	15.8.1927 S	EMD (Scheurer) an EPD (Motta)	Scheurer vertritt die Auffassung, eine der Kontrolle der Schweiz entzogene Sendestation dürfe mit Rücksicht auf das Neutralitätsrecht und die militärische Landesverteidigung nicht zugelassen werden.
344	24.10.1927 S	EPED (Haab) an EPD (Motta)	Haab erachtet es als dringlich, dass der Bundesrat in der Frage der Sendestation des Völkerbundes Stellung bezieht, um nicht vor ein Fait accompli gestellt zu werden.
345	31.10.1927 S	EMD (Scheurer) an EPD (Motta)	Scheurer betont, eine Exterritorialität des Flugplatzes von Cointrin für die Bedürfnisse des Völkerbundes komme aus militärischen und neutralitätspolitischen Überlegungen nicht in Frage.
372	28.2.1928 Rund- schreiben	EPD an Schweizerische Gesandtschaften	Das EPD orientiert die schweizerischen Gesandtschaften über eine von der tschechoslowakischen Regierung gesteuerte Pressekampagne für eine Sitzverlegung des Völkerbundes nach Wien. Dem österreichischen Ministerpräsidenten ist erklärt worden, dass jeder Versuch in diese Richtung als unfreundlicher Akt gegenüber der Schweiz betrachtet würde.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
379	14.3.1928 S	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Dunant meldet, nach seinen Informationen sei Benesch in der Frage der Verlegung des Völkerbundssitzes nach Wien lediglich das Sprachrohr Seipels.
418	21.8.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat ist bereit, der Errichtung einer Radiostation des Völkerbundes zuzustimmen. Die Station befindet sich in schweizerischem Besitz und kann in Krisenzeiten der Hoheit des Völkerbundes unterstellt werden.

III. BILATERALE BEZIEHUNGEN

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1. Abessinien			
1.1. Handelsvertrag			
240	15.1.1927 Az	EPD (Stucki)	Stucki hat in einer Unterredung mit Weinzinger erfahren, Abessinien strebe den Abschluss möglichst zahlreicher Handels- und Niederlassungsverträge mit den kleineren neutralen Staaten Europas an. Weinzinger stellt einen offiziellen Schritt der abessinischen Regierung in Richtung eines Meistbegünstigungsvertrages in Aussicht.
419	23.8.1928 Az	EPD (Bonna)	Das EPD und das EJPD haben sich positiv zum Handels- und Niederlassungsvertrag mit Abessinien geäußert. Stucki wird ermächtigt, Weinzinger mitzuteilen, die Schweiz würde einen entsprechenden Antrag der äthiopischen Regierung begrüßen.
2. Ägypten			
2.1. Handels- und Niederlassungsvertrag			
15	25.2.1925 S	Kairo (Trembley) an Kairo (Ziwer)	Trembley übermittelt Ziwer offiziös die Entwürfe zu einem schweizerisch-ägyptischen Handelsabkommen und einem Niederlassungsvertrag.
39	27.4.1925 Az	Kairo (Trembley)	Trembley stellt fest, die ägyptische Regierung wünsche die Vertragsverhandlungen mit der Schweiz bis zum Abschluss der Verhandlungen mit Deutschland auszusetzen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
58	12.6.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat billigt die Entwürfe zu einem schweizerisch-ägyptischen Handelsabkommen und einem Niederlassungsvertrag. Trembley wird ermächtigt, im Namen des Bundesrates die entsprechenden Abkommen zu unterzeichnen.
A	13.5.1925 22.5.1925		Wortlaut des schweizerischen und des ägyptischen Entwurfes zu einem Niederlassungsvertrag.
63	26.6.1925 S	EPD (Motta) an London (Paravicini)	Motta orientiert Paravicini über den Unterbruch der schweizerisch-ägyptischen Verhandlungen. Die schweizerische Regierung beabsichtigt keinen Vertrag zu unterzeichnen, der die rechtliche Stellung der Schweizer in Ägypten verschlechtert.
154	29.1.1926 S	EPD (Motta) an Paris (Dunant) London (Paravicini) und Rom (Wagnière)	Motta berichtet über den Fortgang der schweizerisch-ägyptischen Vertragsverhandlungen und verlangt Angaben über die innenpolitische Situation in Ägypten zur Abwägung der Chancen des Niederlassungsvertrages im ägyptischen Parlament.
227	23.11.1926 S	EPD an Kairo (Trembley)	Das EPD betrachtet es als nicht vorteilhaft, irgendwelche Initiativen zur Wiederaufnahme der Niederlassungsvertragsverhandlungen mit Ägypten zu ergreifen.
288	1.4.1927 S	HA (Stucki) an EPD (Dinichert)	Stucki setzt sich für eine diplomatische Vertretung der Schweiz in Ägypten ein, die sich intensiv mit der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen befassen könnte.
289	5.4.1927 S	EPD (Motta) an EVD (Schulthess)	Motta teilt die Ansicht des EVD, dass die Errichtung einer Gesandtschaft in Ägypten für die Wahrung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Schweiz vorteilhaft wäre. In der Frage des Niederlassungsvertrages erachtet es Motta mit Rücksicht auf die Schweizer in Ägypten als besser, den gegenwärtigen Zustand zu belassen.
333	26.9.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat ermächtigt das EVD, durch Vermittlung Trembleys mit der ägyptischen Regierung ein provisorisches Handelsabkommen abzuschliessen und zu diesem Zweck Noten nach den vorgelegten Entwürfen auszutauschen.
360	13.1.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat genehmigt den Text des ägyptischen Gegenvorschlages zu einem schweizerisch-ägyptischen Handelsabkommen, der in materieller Beziehung wenig vom schweizerischen Entwurf abweicht.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
3. Belgien			
3.1. Handelsvertragsverhandlungen			
308	11.5.1927 Az	EVD (Schulthess)	Schulthess betont gegenüber Van Langenhove, die Schweiz könne keinesfalls den projektierten französischen Zolltarif annehmen. Van Langenhove regt Handelsvertragsverhandlungen zwischen der Schweiz und Belgien an.
449	23.11.1928 BR Prot.	Bundesrat	Das EVD weist auf die negative Handelsbilanz der Schweiz gegenüber Belgien und Luxemburg hin. Der Bundesrat ernannt Stucki, Wetter und Laur zu schweizerischen Delegierten für die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen.
455	10.1.1929 S	HA (Stucki) an Brüssel (Barbey)	Stucki orientiert Barbey über den Stand der schweizerisch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen. Der Direktor der Handelsabteilung vermutet eine Verschleppung des Vertragsabschlusses durch Belgien. Die Schweiz hat alles Interesse, den gegenwärtigen ungünstigen Zustand durch den baldigen Abschluss eines Vertrages zu verbessern.
471	27.4.1929 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess orientiert den Bundesrat über den Stand der schweizerisch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen. Die schweizerische Delegation vertritt die Auffassung, die belgischen Konzessionen seien ungenügend. Der Bundesrat verzichtet vorerst auf eine Kündigung des schweizerisch-belgischen Handelsvertrages von 1889, um die bevorstehende Unterredung der Delegationschefs abzuwarten.
489	9.7.1929 S	HA (Stucki) an Brüssel (Barbey)	Stucki bedauert das Vorgehen der belgischen Regierung, die einen Teil der von den beiden Handelsdelegationen getroffenen Vereinbarungen nicht genehmigt hat. Die Verhandlungen sollen im August in Bern weitergeführt werden.
3.2 Schiedsvertragsverhandlungen			
10	6.2.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat genehmigt den Entwurf eines Schiedsvertrages zwischen der Schweiz und Belgien und ermächtigt den schweizerischen Gesandten in Brüssel, Barbey, den Vertrag sobald als möglich zu unterzeichnen.
122	25.11.1925 S	Brüssel (Barbey) an EPD (Motta)	Barbey teilt mit, der belgische Aussenminister Vandervelde vertrete die Auffassung, der im Februar 1925 unterzeichnete schweizerisch-belgische Schiedsvertrag sei durch den Beitritt Belgiens zum Statut des

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
127	4.12.1925 S	EPD (Motta) an Brüssel (Barbey)	Internationalen Gerichtshofes und durch die Locarno-Verträge überholt. Ein neuer Vertragstext oder eine Abänderung des unterzeichneten Textes sei anzustreben. Motta vertritt die Auffassung, die Aushandlung eines neuen Vertragstextes sei einfacher und klarer als die Abänderung oder Ergänzung des alten Textes.
164	13.2.1926 S	Brüssel (Barbey) an EPD (Motta)	Barbey übermittelt den belgischen Textentwurf zu einem schweizerisch-belgischen Schiedsvertrag. Belgien betrachtet den belgisch-deutschen und französisch-deutschen Vertrag von Locarno als Vorbild für alle abzuschliessenden Schiedsverträge.
178	12.4.1926 At	EPD (Motta)	Das EPD stellt den Antrag, den Vorschlag der belgischen Regierung zu einem schweizerisch-belgischen Schiedsvertrag gutzuheissen. Barbey wird beauftragt, dem belgischen Aussenministerium ein revidiertes Projekt zu überreichen.
225	2.11.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat genehmigt den Entwurf zu einem revidierten schweizerisch-belgischen Schiedsvertrag und ermächtigt Barbey, den Vertrag sobald als möglich zu unterzeichnen.
<i>Für die schweizerische Schiedsvertragspolitik allgemein siehe auch:</i>			
IX. Schieds- und Vergleichsverträge, Nr. 459.			
3.3. Stabilisierung der Währung			
104	15.10.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Vorsteher des Finanzdepartementes befürwortet die schweizerische Beteiligung an einer belgischen Anleihe, die zum Ziel hat, Belgien die Rückkehr zur Goldwährung zu erleichtern.
<i>Für Auslandsanleihen siehe auch:</i>			
VI. Kapitalexport, Nr. 172, 175, 323, 326.			
4. Chile			
4.1. Anerkennung der neuen Regierung			
2	8.1.1925 S	Buenos-Aires (Egger) an EPD (Motta)	Egger bestätigt, am 31.12.1924 dem chilenischen Aussenministerium eine Note überbracht zu haben, in der die Schweiz das neue Regime in Chile offiziell anerkennt.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
8	4.2.1925 S	EPD an Buenos-Aires (Egger)	Das EPD bedauert, mit der Anerkennung einer Regierung, die nur drei Wochen im Amt war, voreilig gehandelt zu haben. Das Departement verlangt Auskünfte über das weitere Vorgehen anderer Regierungen, die in der gleichen Lage sind wie die Schweiz.
26	18.3.1925 S	EPD (Motta) an Buenos-Aires (Egger)	Motta weist Egger an, sich für die laufenden Geschäfte an den letzten Aussenminister, der ihm offiziell seinen Amtsantritt bekanntgegeben hat, zu wenden. Im übrigen soll sich der schweizerische Gesandte an das Vorgehen seiner ausländischen Kollegen halten.
5. China			
5.1. Allgemeine Beziehungen			
11	7.2.1925 S	Bern (Chinesische Gesandtschaft) an EPD (Motta)	Der chinesische Gesandte in Bern, Tseng-Tsiang Lou, wünscht im Auftrage seiner Regierung eine Revision des schweizerisch-chinesischen Freundschaftsvertrages vom 13.6. 1918.
21	13.3.1925 S	EPD (Dinichert) an Paris (Dunant)	Dinichert orientiert Dunant über den chinesischen Wunsch nach einer Revision des bestehenden Freundschaftsvertrages. Die schweizerische Regierung beabsichtigt, nicht auf das Revisionsbegehren zu reagieren. Für den Fall einer Aufhebung der schweizerischen Konsulate durch China soll Dunant die Möglichkeiten erkunden, die in China niedergelassenen Schweizer unter den Schutz Frankreichs zu stellen.
25	17.3.1925 S	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Dunant meldet die grundsätzliche Bereitschaft der französischen Regierung, ihre guten Dienste anzubieten. Frankreich könnte jedoch nicht den vollständigen Schutz der Schweizer in China übernehmen.
40	28.4.1925 S	EPD (Dinichert) an Shanghai (Isler)	Dinichert fordert nach einem weiteren Vorstoss der chinesischen Regierung bezüglich der Revision des schweizerisch-chinesischen Freundschaftsvertrages Isler auf, seine Meinung über eine eventuelle Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit darzulegen.
Anm. 4	9.4.1925 B	Berlin (Rüfenacht) an EPD	Rüfenacht orientiert das EPD über die Erfahrungen, die von deutscher Seite mit den neuen chinesischen Prozessordnungen gemacht worden sind.
67	14.7.1925 S	Shanghai (Isler) an EPD (Dinichert)	Isler wendet sich gegen eine Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit, wie sie vom schweizerischen Gesandten in Berlin, Rüfenacht, angeregt worden ist.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
77	4.8.1925 S	Shanghai (Kästli) an EPD (Dinichert)	Kästli macht Dinichert darauf aufmerksam, dass auf Jahresende 1925 in China mit einer Zolltarifkonferenz zu rechnen ist, an der auch die Frage der Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit besprochen werden soll.
80	12.8.1925 S	EPD (Dinichert) an Washington (Girardet)	Das EPD verlangt Informationen über die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber den chinesischen Forderungen bezüglich Konsulargerichtsbarkeit und Zolltarife.
87	28.8.1925 S	Washington (Girardet) an EPD (Dinichert)	Girardet hat erfahren, die Schweiz werde nicht an die geplante Zollkonferenz nach Peking eingeladen.
97	21.9.1925 S	EVD (Schulthess) an EPD (Motta)	Schulthess schlägt vor, Kästli als offiziellen Beobachter der Schweiz an die Zollkonferenz von Peking zu senden. In Anbetracht der kurzen Frist sieht sich das EVD ausserstande, detaillierte Instruktionen auszuarbeiten.
149	21.1.1926 Az	EPD (Micheli)	Tseng-Tsiang Lou wünscht Auskunft darüber, ob die Schweiz eingeladen worden sei, dem Neun-Mächte-Abkommen vom 6.2.1922 beizutreten. Die chinesische Regierung könnte sich mit einer solchen Einladung nicht einverstanden erklären, da sie die Schweiz nicht zu den Ländern zählt, die ungleiche Verträge mit China abgeschlossen haben.
258	21.2.1927 Az	EPD (Bonna)	Bonna hat Atcherson mitgeteilt, die Schweiz sei zur Zeit angesichts der Lage in China nicht imstande, dem Neun-Mächte-Pakt beizutreten. Die schweizerische Regierung zieht es vor, die Entwicklung der Dinge abzuwarten.
286	31.3.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat berät und beantwortet die Kleine Anfrage Reinhard betreffend die Freiwilligenkorps von Shanghai.
338	4.10.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Umgehung des neuen chinesischen Zolltarifs. Er beschliesst, das schweizerische Generalkonsulat in Shanghai zu ermächtigen, analoge Massnahmen wie die Mehrheit der in China vertretenen Mächte zu ergreifen.
400	21.6.1928 S	EPD (Dinichert) an London (Paravicini)	Dinichert orientiert Paravicini über das Ansinnen des chinesischen Geschäftsträgers in Bern, im Namen der neuen chinesischen Regierung sein Amt weiterzuführen. Das EPD verlangt Informationen über das Verhalten anderer Staaten in derselben Lage.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
407	10.7.1928 S	EPD (Dinichert) an London (Paravicini)	In Anlehnung an seine Anfrage vom 21.6.1928 teilt Dinichert mit, das diplomatische Korps in Peking verhandle weiterhin mit der Nanking-Regierung.
408	14.7.1928 N	Bern (Chinesische Gesandtschaft) an EPD	Die chinesische Gesandtschaft richtet an das EPD eine Note, den Abschluss von neuen Verträgen mit China betreffend.
A	7.7.1928 N	Bern (Chinesische Gesandtschaft)	Das chinesische Aussenministerium stellt die Aufhebung aller zwischen China und anderen Staaten abgeschlossenen ungleichen Verträge fest und äussert die Bereitschaft, neue Verträge auszuhandeln.
410	18.7.1928 S	Shanghai (Isler) an EPD (Dinichert)	Isler weist im Zusammenhang mit der Aufhebung der ungleichen Verträge durch die chinesische Regierung auf die günstige Lage der Schweiz hin, die seit 1921 immer sehr gute Beziehungen zu allen chinesischen Regierungen unterhalten hat.
416	13.8.1928 S	EPD (Motta) an Shanghai (Isler)	Motta meldet den Entschluss des Bundesrates, die chinesische Note vom 14.7.1928 nicht zu beantworten. Im Moment soll alles vermieden werden, was als ausdrückliche oder taktische Anerkennung der Nanking-Regierung ausgelegt werden könnte.
458	25.1.1929 S	EPD (Motta) an Shanghai (Isler)	Motta stellt fest, dass die schweizerisch-chinesischen Beziehungen seit dem Abschluss des Freundschaftsvertrages von 1918 immer herzlich waren. Der Bundesrat ist bereit, die guten Beziehungen aufrechtzuerhalten, ohne die Frage der Anerkennung der neuen Regierung ausdrücklich zu prüfen.

6. Deutschland

6.1. Handelsvertrag und Abkommen über Einfuhrbeschränkungen

69	17.7.1925 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess orientiert den Bundesrat über den Wunsch der deutschen Regierung, entgegen dem Abkommen über die Einfuhrbeschränkungen vom 17.11.1924 über das Datum des 30.9.1925 hinaus zum Schein einige Beschränkungen aufrechtzuerhalten.
72	23.7.1925 M	EVD	Das EVD erklärt sich bereit, den Vorschlag der deutschen Regierung über die formelle Aufrechterhaltung einiger Einfuhrbeschränkungen über den 30.9.1925 hinaus in Erwägung zu ziehen.
73	24.7.1925 M	Bern (Deutsche Gesandtschaft)	Im Hinblick auf die Verhandlungen im deutschen Reichstag über eine Zolltarifnovelle fragt die deutsche Gesandtschaft die schweizerische Regierung an, ob

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
74	27.7.1925 M	EVD an Bern (Deutsche Gesandtschaft)	<p>sie sich mit einer Kündigung des Abkommens über Einfuhrbeschränkungen auf den 30.9.1925 einverstanden erklären könnte.</p> <p>Das EVD stellt fest, nicht erwartet zu haben, dass wichtige Zollerhöhungen durch die deutsche Regierung in Kraft gesetzt werden, ohne dass der Schweiz die Möglichkeit einer vorherigen Stellungnahme geboten worden wäre. Das EVD bedauert, den Kündigungstermin für das Abkommen vom 17.11.1924 nicht hinausschieben zu können.</p>
81	20.8.1925 N	Bern (Deutsche Gesandtschaft an EVD	Die deutsche Regierung bedauert, dass die bevorstehende Einführung der Zolltarifnovelle der schweizerischen Regierung Anlass zu Beanstandungen gegeben hat. Sie erklärt sich bereit, Ende September 1925 neue Tarifverhandlungen zu beginnen.
83	24.8.1925 M	EVD an Bern (Deutsche Gesandtschaft)	Das EVD stimmt der Aufnahme von neuen Verhandlungen über Zolltarife zu.
88	1.9.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst eine vorsorgliche Kündigung des Abkommens vom 17.11.1924 als einzige Abwehrwaffe, die ihm gegenwärtig zur Verfügung steht. Angesichts der deutschen Zollnovelle sind Verhandlungen über die Regelung der deutsch-schweizerischen Handelsbeziehungen einzuleiten.
91	4.9.1925 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess teilt dem Bundesrat mit, er habe sich auf Bitten des deutschen Gesandten damit einverstanden erklärt, die Kündigung des Abkommens über Einfuhrbeschränkungen von 1924 vorläufig als nicht geschehen zu betrachten.
95	15.9.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Abschluss eines Zusatzprotokolls zum Abkommen über Einfuhrbeschränkungen von 1924.
98	30.9.1925 At	EVD (Schulthess)	Das EVD erteilt Instruktionen an die Delegation, die gemäss dem Zusatzprotokoll vom 8.9.1925 mit Deutschland Verhandlungen über die Zollerhöhungen aufnehmen soll. Die schweizerische Delegation wird bestellt aus Stucki, Laur, Wetter und Gassmann.
99	8.10.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, die schweizerische Verhandlungsdelegation zu ermächtigen, den deutschen Unterhändlern den vom EVD ausgearbeiteten Entwurf zu einem Generalzolltarif zu unterbreiten. Die Delegation hat dabei zu erklären, dass die Schweiz

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A	7.10.1925 Prot.		den neuen Generalzolltarif auf einen bestimmten Zeitpunkt hin ganz oder teilweise in Kraft setzen werde, wenn ein Modus vivendi nicht zustandekommen sollte.
108	22.10.1925 At	EVD (Schulthess)	Protokoll der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland vom 7. 10. 1925 in Bern. Schulthess beantragt, die schweizerische Delegation zur Erklärung zu ermächtigen, der provisorische Zolltarif dürfe deutscherseits streng vertraulich gewissen Interessentenkreisen zur Kenntnis gebracht werden.
109	23.10.1925 S	HA (Stucki) an Berlin (Rüfenacht)	Stucki bittet Rüfenacht, in Berlin an zuständiger Stelle darauf hinzuweisen, dass die Schweiz durch zahlreiche Bindungen ihres Gebrauchstarifs ein ausserordentlich weitgehendes Entgegenkommen gezeigt habe. Sie erwarte nun auch von deutscher Seite bedeutend grössere Zugeständnisse als dies bisher der Fall war.
112	5.11.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat genehmigt den Entwurf zu einem Bundesratsbeschluss über die Abänderung des provisorischen Zolltarifs vom 8. 6. 1921. Dem EVD wird die Möglichkeit eingeräumt, bei unbefriedigendem Verlauf von Vertragsverhandlungen dem Bundesrat hinsichtlich der Inkraftsetzung des Tarifes oder einzelner Positionen Antrag zu stellen.
128	4.12.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, das am 6. 11. 1925 in Bern zwischen der Schweiz und Deutschland abgeschlossene vorläufige Zollabkommen zu ratifizieren.
141	8.1.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt zur Kenntnis, dass am 11. 1. 1926 eine schweizerische Delegation zur Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland nach Berlin reisen wird. Das EVD unterbreitet Instruktionen für die erste Verhandlungsetappe.
165	23.2.1926 BR Prot.	Bundesrat	Das EVD orientiert den Bundesrat über die erste Verhandlungsetappe der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland. Als heikelste Frage hat sich der Stickereiveredelungsverkehr erwiesen. Die Beratungen über den allgemeinen Teil des Vertrages sind auf eine spätere Verhandlungsperiode verschoben worden.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
176	3.4.1926 At	EVD (Schulthess)	Das EVD stellt die Instruktionen für die zweite Etappe der Verhandlungen mit Deutschland vor. Über den allgemeinen Teil des Vertrages hat sich die Delegation an die Vernehmlassung zu halten, die unter den beteiligten Departementen stattgefunden hat.
181	17.4.1926 S	HA (Stucki) an EVD (Schulthess)	Stucki stellt fest, dass die Verhandlungen mit Deutschland bisher keinen erheblichen Fortschritt gebracht haben. Er vertritt die Ansicht, ohne Inkraftsetzung des neuen Generalzolltarifs könne kein annehmbarer Vertrag ausgehandelt werden.
190	7.6.1926 BR Prot.	Bundesrat	Das EVD orientiert den Bundesrat über die zweite Etappe der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland, in der insbesondere der Veredelungsverkehr und die Stickereizölle behandelt wurden. Deutsche Vorschläge, die als Grundlage zu weiteren Verhandlungen angesehen werden können, sind erst nach Androhung der Inkraftsetzung des neuen Generalzolltarifs erreicht worden.
204	8.7.1926 BR Prot.	Bundesrat	Das EVD informiert den Bundesrat darüber, dass die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland materiell als abgeschlossen angesehen werden können. Nicht alle schweizerischen Wünsche konnten in zufriedenstellender Weise erfüllt werden. Dennoch beinhaltet der Vertrag nicht unerhebliche Verbesserungen für den schweizerischen Export nach Deutschland.
205	8.7.1926 S	HA (Stucki) an Berlin (Rüfenacht)	Stucki orientiert Rüfenacht über die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland. Die Schweiz hat mit Ausnahme des Stickereizolles sämtlichen deutschen Vorschlägen zugestimmt, vom Stickereizoll aber den Abschluss des gesamten Vertrages abhängig gemacht.
206	12.7.1926 S	HA (Stucki) an Berlin (Rüfenacht)	Stucki teilt Rüfenacht mit, die Verhandlungen mit Deutschland seien materiell abgeschlossen und der Vertrag könne unterzeichnet werden. Obwohl zahlreiche schweizerische Wünsche nicht befriedigt worden sind, kann der Vertragsabschluss als vorteilhaft angesehen werden.
222	8.10.1926 S	HA (Stucki) an Berlin (Rüfenacht)	Stucki teilt Rüfenacht mit, der schweizerisch-deutsche Handelsvertrag vom 14.7.1926 sei nun auch vom Ständerat genehmigt worden. Durch die rasche Behandlung des Vertrages im schweizerischen Parla-

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
470	23.4.1929 S	HA (Stucki) an Berlin (Rüfenacht)	ment soll eine Verschleppung der Angelegenheit durch Deutschland verunmöglicht werden. Stucki orientiert Rüfenacht über das Zustandekommen eines Zusatzabkommens zum deutsch-schweizerischen Handelsvertrag vom 14. 7. 1926.
479	29.5.1929 S	HA (Stucki) an Berlin (Rüfenacht)	Stucki bestätigt Rüfenacht, dass insbesondere die Uhrenindustrie beidseitig der Grenzen auf die Inkraftsetzung des Zusatzabkommens vom 29.4.1929 drängt. Die deutsche Regierung sieht keine rechtliche Möglichkeit, wenigstens die Uhrenzölle sofort provisorisch in Kraft zu setzen.
484	22.6.1929 S	Berlin (Rüfenacht) an HA (Stucki)	Rüfenacht teilt Stucki mit, der handelspolitische Ausschuss des Reichstages habe den deutschen Gesetzesentwurf über das Zusatzabkommen zum deutsch-schweizerischen Handelsvertrag mit 9 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

6.2. Schiedsvertragsverhandlungen

32	6.4.1925 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht orientiert Motta über einen Besuch des französischen Botschafters in Berlin, der sich über den deutsch-schweizerischen Schiedsvertrag erkundigte. Der deutsch-schweizerische Schiedsvertrag wird von der deutschen Regierung als Beispiel ihrer modernen Vertragspraxis dargestellt.
33	7.4.1925 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht informiert Motta über eine Äusserung Stresemanns, der von einem angeblich von der Schweiz gestellten und von Deutschland abgelehnten Ansuchen auf Erweiterung des deutsch-schweizerischen Schiedsvertrages sprach.
34	9.4.1925 S	EPD (Dinichert) an Berlin (Rüfenacht)	Dinichert versichert dem schweizerischen Gesandten in Berlin, von schweizerischer Seite sei kein Versuch unternommen worden, den deutsch-schweizerischen Schiedsvertrag vom 3. 12. 1921 zu erweitern.
36	17.4.1925 S	EPD (Dinichert) an Berlin (Rüfenacht)	Dinichert betont noch einmal, dass der deutsch-schweizerische Schiedsvertrag von 1921 den ausgezeichneten Beziehungen, wie sie zwischen der Schweiz und Deutschland bestehen, noch immer in vollem Umfange genügt.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
367	15.2.1928 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht hat bei der deutschen Regierung sondiert, ob sie zu einer Anpassung der Bestimmungen des deutsch-schweizerischen Schiedsvertrages von 1921 bereit sei, nachdem Deutschland dem Artikel 36 des Statuts des ständigen Internationalen Gerichtshofes beigetreten ist.
388	1.5.1928 Az	Bern (Deutsche Gesandtschaft)	Die deutsche Regierung wünscht keine Ersetzung des bestehenden Schiedsvertrages durch einen völlig neuen Vertrag. Sie möchte lediglich eine Abänderung und Ergänzung des bestehenden Vertrages.
393	23.5.1928 N	EPD an Bern (Deutsche Gesandtschaft)	Das Politische Departement erklärt sich bereit, dem Wunsch der deutschen Regierung Rechnung zu tragen und auf dem Weg eines Protokolls den deutsch-schweizerischen Schiedsvertrag von 1921 mit den Richtlinien der obligatorischen Gerichtsbarkeit des ständigen Internationalen Gerichtshofes in Einklang zu bringen.
<p><i>Für die schweizerische Schiedsvertragspolitik allgemein siehe auch:</i></p> <p>IX. Schieds- und Vergleichsverträge, Nr. 459.</p> <p><i>Für die Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund siehe auch:</i></p> <p>II.7. Völkerbundsrat, Nr. 64, 93, 167, 168.</p>			
<p>7. Ecuador</p> <p>7.1. Anerkennung der neuen Regierung</p>			
94	4.9.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, angesichts der Tatsache, dass sich eine der vier bestehenden Gesandtschaften Ecuadors in Europa in Bern befindet, die Regierung der Republik Ecuador anzuerkennen.
<p>8. Frankreich</p> <p>8.1. Allgemeine Beziehungen</p>			
35	11.4.1925 PB	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Dunant orientiert das EPD über die Hintergründe des Sturzes der Regierung Herriot.
37	17.4.1925 PB	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Dunant berichtet über die Regierungskrise in Frankreich und äussert sich im Hinblick auf die Zonenfrage befriedigt über die Rückkehr Briands als Aussenminister.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A	20.4.1925 Az	EMD (Scheurer)	Scheurer übt Kritik an der Art der Berichterstattung Dunants.
38	24.4.1925 S	EPD (Motta) an Paris (Dunant)	Motta fordert den schweizerischen Gesandten in Paris auf, in seinen politischen Berichten den Rückwirkungen der Ereignisse im Ausland auf die Schweiz grössere Beachtung zu schenken.
41	30.4.1925 S	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Dunant betrachtet es als wesentlichste Aufgabe der politischen Berichterstattung, die Informationen der Presse zu vervollständigen und zu verifizieren sowie den betroffenen Departementen zu melden, welche Meinungen in den Kreisen, in denen sich der Bericht-erstatte bewegt, vertreten werden.
A	5.5.1925 Az	EMD (Scheurer)	Scheurer zeigt sich von den Ausführungen Dunants nicht befriedigt.
<p><i>Für die Beziehungen Frankreichs mit anderen Staaten siehe auch:</i></p> <p>III. 5.1. China. Allgemeine Beziehungen, Nr. 21, 25. III. 6.2. Deutschland. Schiedsvertragsverhandlungen, Nr. 32.</p> <p><i>Für die Vermittlung Frankreichs im schweizerisch-russischen Konflikt siehe auch:</i></p> <p>III. 22.1. Russland. Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen, Nr. 143, 145, 147, 148, 152, 153, 155, 159, 163.</p>			
8.2. Handelsvertragsverhandlungen			
271	14.3.1927 Az	EVD (Schulthess)	Schulthess hat von Vandervele erfahren, dass die belgischen Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich sehr schwierig verlaufen. Der belgische Aussenminister meint, es sollte ein Vertragsabschluss mit Frankreich gesucht werden, bevor das französische Parlament den neuen Zolltarif angenommen hat.
Anm. 1	16.4.1927 S	HA (Stucki) an Brüssel (Barbey)	Stucki stellt fest, dass man in Belgien den neuen französischen Zolltarif ungefähr gleich beurteilt wie in der Schweiz. Er befürwortet eine Zusammenarbeit der betroffenen Länder.
294	12.4.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat hat den Entwurf zu einem neuen französischen Zolltarif geprüft und stellt fest, dass Frankreich seine Zölle fast durchwegs stark erhöhen will. Bei den betroffenen schweizerischen Wirtschaftskreisen herrscht Bestürzung. Die Schweiz hat das grösste Interesse daran, möglichst bald mit Frankreich in Verhandlung zu treten.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
301	19.4.1927 S	EVD (Schulthess) an Paris (Dunant)	Schulthess übermittelt Dunant den Entwurf einer Note über die Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich. Vorläufig soll eine Besprechung der Zollansätze angestrebt werden, die Revision der Vertragstexte wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.
A1	20.4.1927 N	Paris (Schweizerische Gesandtschaft)	Text der schweizerischen Note über die Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich.
A2	28.4.1927 N	Paris (Französisches Aussenministerium)	Text der französischen Antwortnote. Die französische Regierung erklärt sich zur Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen bereit.
310	17.5.1927 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess orientiert den Bundesrat über ein Gespräch mit zwei französischen Delegierten an der Wirtschaftskonferenz in Genf. Die Minimalansätze des neuen französischen Zolltarifs sind nicht definitiv, erhebliche Konzessionen sind möglich. Der Tarif richtet sich vor allem gegen Deutschland.
312	24.5.1927 S	HA (Stucki) an Paris (Dunant)	Stucki tritt dafür ein, die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen vor den schweizerisch-französischen Verhandlungen beginnen zu lassen. Er erwartet, dass in den deutsch-französischen Verhandlungen die Hauptschwierigkeiten bei den Artikeln liegen werden, an deren Export nach Frankreich auch die Schweiz interessiert ist.
313	7.6.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat erteilt Instruktionen an die schweizerische Delegation. Die schweizerischen Zolltariforderungen sind nach Möglichkeit durchzusetzen. Anzustreben ist eine vorläufige Beschränkung auf Tarifabreden im Sinne eines Provisoriums, das später in einen neuen Vertrag überführt werden kann.
321	25.7.1927 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess teilt mit, die französische Delegation sei in der Frage der Uhrenzölle, der Stickereien und der Seidenwaren zu Konzessionen bereit. Die deutsch-französischen Verhandlungen haben eine Wendung genommen, die schwerwiegende Auswirkungen auf die schweizerisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen haben könnten.
A	24.6.1927 B	EVD (Schulthess)	Bericht des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes an den Bundesrat.
327	5.9.1927 S	EVD (Schulthess) an Vorort	Schulthess bittet den Vorort um eine Stellungnahme, da der deutsch-französische Handelsvertrag vom 17. 8. 1927 eine beträchtliche Erhöhung der für schwei-

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
329	19.9.1927 S	Vorort an EVD (Schulthess)	zerische Waren noch geltenden Minimaltarife mit sich bringt. Weite Kreise vertreten die Ansicht, die Schweiz könne die französischen Zollerhöhungen nicht einfach hinnehmen. Der Vorort betont, die durch die französischen Zollerhöhungen geschaffene Lage werde allgemein als unhaltbar angesehen. Angesichts des rigorosen Charakters der französischen Massnahmen drängt sich der Gedanke einer Kündigung der Meistbegünstigung auf.
334	26.9.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat erlässt neue Richtlinien an die schweizerischen Unterhändler. Die schweizerische Delegation hat unter allen Umständen zu verlangen, dass auch diejenigen Begehren diskutiert werden, die nach französischer Auffassung im Vertrag mit Deutschland bereits endgültig fixiert sind. Frankreich soll durch Androhung einer sofortigen Kündigung der Meistbegünstigung zu Konzessionen bewegt werden.
341	10.10.1927 S	HA (Stucki) an EVD (Schulthess)	Stucki bezeichnet die schweizerisch-französischen Verhandlungen als unangenehm, das Verhandlungsklima als gereizt. Sein Gesamteindruck ist durchaus negativ.
350	28.11.1927 T	Paris (Schweizerische Gesandtschaft) an EPD	Dunant orientiert das EPD über die Bereitschaft der französischen Regierung zu weiteren Konzessionen.
354	2.12.1927 Az	EVD (Schulthess)	Schulthess zeichnet den Verlauf der Besprechung mit Serruys und Coulondre auf. Der Verzicht auf eine Kündigung der Meistbegünstigung wird von neuen französischen Konzessionen abhängig gemacht. Frankreich ist aus politischen Gründen zu weiteren Zugeständnissen bereit.
356	7.12.1927 At	EVD (Schulthess)	Das EVD stellt die Bereitschaft der französischen Regierung zu weiteren Konzessionen fest. Beim eventuell abzuschliessenden Abkommen handelt es sich um ein Provisorium, das so rasch als möglich in Kraft treten sollte.
361	13.1.1928 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess orientiert den Bundesrat über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen. Eine Ratifikation sollte mit Rücksicht auf die Sessionstermine des französischen und des schweizerischen Parlamentes unbedingt vor dem 15. 2. 1928 erfolgen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A1	20.1.1928 S	EVD (Schulthess) an Zollkommissionen	Schulthess informiert die Präsidenten der Zollkommissionen der eidgenössischen Räte, dass das Abkommen mit Frankreich vermutlich am 21.1.1928 abgeschlossen werde. Da die Bundesversammlung erst am 5.3. wieder zusammentritt, ist im Interesse des Landes eine Ratifikation des Abkommens durch den Bundesrat vorzusehen.
A2	30.1.1928 B	EVD (Schulthess)	Schulthess stellt fest, dass das ausgehandelte Abkommen die Bestimmung enthält, jeder Vertragsteil gewinne seine volle Handlungsfreiheit zurück, wenn der Vertrag nicht bis zum 25.2.1928 ratifiziert und in Kraft gesetzt werden kann.
370	24.2.1928 S	EPD (Motta) an EVD (Schulthess)	Das EPD ist grundsätzlich der Auffassung, dass Vorschriften über den Ausschluss von Doppelbesteuerungen nicht in Handels- oder Niederlassungsverträge gehören. Aufgrund vermehrter Klagen schweizerischer Unternehmungen sollte im vorliegenden Fall der Verhandlungen mit Frankreich eine Ausnahme gemacht werden.
373	5.3.1928 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess orientiert den Bundesrat über den Verlauf des seit dem 16.2.1928 in Paris geführten zweiten Teiles der schweizerisch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Materiell steht im Zentrum der Gespräche die Stickerei.
467	6.4.1929 N	Paris (Französisches Aussenministerium)	Die französische Regierung erklärt sich zur Wiederaufnahme von Verhandlungen zur Erneuerung des Handelsvertrages vom 20. 10. 1906 bereit.
469	15.4.1929 S	HA (Stucki) an Paris (Dunant)	Stucki schlägt vor, den schweizerischen Entwurf, welcher der französischen Delegation vor Jahresfrist überreicht wurde, als Ausgangspunkt der Verhandlungen zu betrachten.
473	11.5.1929 S	Paris (Dunant) an HA (Stucki)	Dunant ist von der französischen Delegation darauf aufmerksam gemacht worden, dass das schweizerische Projekt keine Behandlung der Frage der Wareneinfuhr aus dem Pays de Gex vorsieht. Die französische Delegation wünscht eine Einbeziehung dieser Frage.
475	17.5.1929 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess orientiert den Bundesrat über den bisherigen Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich. Der Bundesrat erklärt sich damit einverstanden, Verhandlungen über die Revision des allgemeinen Teiles des Handelsvertrages von 1906 sowie über die Interpretation einzelner Vertrags-

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
478	24.5.1929 S	EPD (Motta) an Paris (Dunant)	bestimmungen der Abkommen vom 21. 1. 1928 und 11. 3. 1928 aufzunehmen. Motta wünscht aus Rücksicht auf die Zonenfrage in den laufenden Verhandlungen mit Frankreich keine Behandlung der Frage des Warenverkehrs aus dem Pays de Gex.
480	30.5.1929 S	EPD (Motta) an Genf (Logoz)	Nach erneuter Prüfung erachtet es Motta als ungünstig, die gegenwärtigen Verhandlungen mit Frankreich durch die Ausklammerung der Frage des Pays de Gex zu erschweren, um eventuell in der Zonenfrage eine bessere Position zu erlangen.
485	28.6.1929 S	HA (Stucki) an EPD (Motta)	Stucki teilt Motta mit, die französische Delegation habe sich ohne weiteres damit einverstanden erklärt, von einer Erwähnung des Notenwechsels von 1924 über das Pays de Gex abzusehen.
499	20.8.1929 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, die am 8.7.1929 mit Frankreich abgeschlossene Handelsübereinkunft vorbehaltlich der Ratifikation durch die Bundesversammlung vom 15.9.1929 an provisorisch in Kraft treten zu lassen.

8.3. Zonenfrage und Schiedsvertrag

6	30.1.1925 N	EPD (Motta) an Bern (Französische Botschaft)	Die schweizerische Regierung protestiert gegen die Errichtung von französischen Zollgebäuden in Hochsavoyen und im Pays de Gex, da dies im Widerspruch zum Schiedskompromiss vom 30. 10. 1924 stehe.
9	6.2.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat genehmigt den von Logoz und Fromageot ausgehandelten Textentwurf eines schweizerisch-französischen Schiedsvertrages.
22	13.3.1925 S	Paris (Logoz) an EPD (Motta)	Logoz betont die Loyalität und das Wohlwollen Fromageots.
23	16.3.1925 BR Prot.	Bundesrat	Motta teilt mit, der schweizerisch-französische Schiedsvertrag sei noch nicht unterzeichnet worden, da nicht feststehe, ob die Königin der Niederlande bereit sei, die ihr im Vertrag zugedachte Ernennung der von den Parteien zu bezeichnenden Mitglieder der Vergleichskommission zu übernehmen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
24	17.3.1925 S	EPD (Motta) an Association genevoise pour le maintien des zones franches de 1815 et 1816	Motta glaubt, im Moment bestehe kein Grund zur Annahme, dass die französische Regierung den Schiedskompromiss im Parlament nicht mit grossem Nachdruck verteidigen werde.
31	3.4.1925 S	Florenz (Logoz) an EPD (Motta)	Logoz ist von Fromageot auf private schweizerische Interventionen in Paris aufmerksam gemacht worden. Er vermutet, dass es sich dabei um Schritte des Genfer Staatsrates Bron handeln könnte.
51	23.5.1925 S	Genf (Staatsrat) an EPD (Motta)	Der Genfer Staatsrat stellt fest, dass er allein gegenüber dem Bundesrat die Interessen Genfs wahrzunehmen habe. Er unterstützt die Ernennung von Logoz zum schweizerischen Vertreter vor dem Internationalen Gerichtshof.
54	29.5.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, Logoz mit der Vertretung des Bundes im Rechtsstreit mit Frankreich über die Zonenfrage zu betrauen.
65	2.7.1925 S	EPD (Motta) an Paris (Dunant)	Motta beauftragt Dunant, dem französischen Aussenministerium mitzuteilen, dass in der Schweiz die Referendumsfrist über den Schiedskompromiss ungenutzt abgelaufen ist. Der Bundesrat wird zur Ratifizierung schreiten, sobald die französische Regierung dazu ebenfalls in der Lage ist.
66	8.7.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt die Annahme der Ernennung durch Logoz zur Kenntnis und äussert sich zu fünf Punkten, zu denen Logoz Erläuterungen verlangt.
107	20.10.1925 S	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Dunant hat dem französischen Aussenministerium die Zustimmung der eidgenössischen Räte zum Schiedskompromiss bekanntgegeben. Im französischen Parlament ist die Frage noch nicht behandelt worden.
110	30.10.1925 At	EPD (Motta)	Das EPD beantragt die Vertretung der Schweiz beim Internationalen Gerichtshof in der Zonenfrage durch den schweizerischen Gesandten im Haag, de Pury, und durch Professor Logoz.
A	9.10.1925 Az		Aufzeichnung über ein Gespräch vom 9.10.1925 zwischen Motta, Schulthess, Boissonas, Bron, Oltramare und Logoz.
130	7.12.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat berät aufgrund einer Anfrage der Fédération romande des vigneronns die Rechtslage in der Frage des Weinimportes aus Hochsavoyen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
160	9.2.1926 S	EPD (Motta) an Paris (Dunant)	Motta teilt Dunant mit, er erachte im Moment eine Lösung der Zonenfrage als vordringlich. Der Schiedsvertrag stelle eher eine Versicherung für die Zukunft dar.
180	16.4.1926 S	Association genevoise pour le maintien des zones franches de 1815 et 1816 an Genf (Staatsrat)	Die Association genevoise pour le maintien des zones franches de 1815 et 1816 erneuert ihren Protest vom 4.2. gegen die Verschleppung der Debatte über den Schiedskompromiss im französischen Parlament. Sie fordert die Anwendung schärferer Massnahmen durch den Bundesrat.
182	22.4.1926 S	EPD (Motta) an Association genevoise pour le maintien des zones franches de 1815 et 1816	Motta erklärt der Association genevoise pour le maintien des zones franches de 1815 et 1816, es lägen keine Gründe vor, um am guten Willen der französischen Regierung zu zweifeln. Die Verzögerung der Beratung des Schiedskompromisses im Parlament ist auf innenpolitische Schwierigkeiten zurückzuführen.
198	2.7.1926 BR Prot.	Bundesrat	Motta gibt bekannt, der Schiedskompromiss sei in Frankreich erneut an die parlamentarische Kommission für auswärtige Angelegenheiten zurückgegeben worden. Der Bundesrat stellt fest, dass Frankreich wenig unternehme, um die Angelegenheit zu bereinigen. Mit etwas gutem Willen hätte der Vertrag längst Kammer und Senat passieren können.
215	27.8.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat behandelt ein Schreiben des Genfer Staatsrates, worin die Bitte ausgesprochen wird, endgültig auf die Idee der Erhebung von Zöllen auf Waren aus der Zone, die zur Zeit als zollfrei gelten, zu verzichten. Der Bundesrat beschliesst, bis nach der Behandlung des Schiedskompromisses im französischen Senat zuzuwarten, um dann gegebenenfalls auf die Frage zurückzukommen.
A1	23.3.1926 B	EFZD (Musy)	Bericht des EFZD über die Errichtung von französischen Zollämtern an der Grenze der Freizonen.
A2	11.6.1926 S	Genf (Staatsrat) an EPD (Motta)	Der Genfer Staatsrat bittet den Bundesrat, die Idee der Erhebung von Zöllen auf Waren aus den Freizonen fallenzulassen.
223	9.10.1926 S	EPD (Motta) an Paris (Dunant)	Motta teilt die Meinung Dunants, wonach sich Briand ehrlich um eine Beschleunigung der Erledigung des Schiedskompromisses im französischen Parlament bemühe.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
242	22.1.1927 S	EPD (Motta) an Paris (Dunant)	Motta zeigt sich beunruhigt über die neuerlichen Verzögerungen in der Zonenfrage. Er fordert Dunant auf, ein weiteres Mal am Quai d'Orsay vorzusprechen, um eine Beschleunigung der Angelegenheit zu erwirken.
A	21.1.1927 S	Genf (Logoz) an EPD (Motta)	Logoz weist auf die Verzögerungstaktik Bérards hin und warnt vor einer schweizerischen Pressekampagne gegen Frankreich.
253	12.2.1927 S	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Dunant hat von Briand erfahren, der französische Senat werde den Zonenkompromiss noch im laufenden Monat behandeln. Briand äussert den Wunsch, die Schweizer Presse möge über die Angelegenheit gemässiger berichten, da die französischen Senatoren empfindlich reagieren könnten.
265	4.3.1927 S	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Trotz der Intervention Briands hat der französische Senat den Schiedskompromiss noch nicht behandelt. Bedingung für die Zustimmung des französischen Senats zum Schiedskompromiss ist der Verzicht der Schweiz auf die Neutralisation Nordsavoyens.
266	8.3.1927 BR Prot.	Bundesrat	Motta orientiert den Bundesrat, dass die Gegner der Schweiz im französischen Senat die Genehmigung des Schiedskompromisses vom schweizerischen Verzicht auf die Neutralisation Nordsavoyens abhängig machen.
270	12.3.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, dem französischen Vorschlag einer Verbindung von Schiedskompromiss und Savoyerfrage zuzustimmen.
275	18.3.1927 T	EPD an Paris (Schweizerische Gesandtschaft)	Das EPD beauftragt Dunant, darauf hinzuwirken, dass im französischen Senat keinesfalls die Meinung entsteht, die Schweiz werde bedingungslos auf die Neutralisation Nordsavoyens verzichten.
276	21.3.1927 BR Prot.	Bundesrat	Motta schlägt vor, im Nationalrat die Zustimmung zum Ständeratsbeschluss vom 22.12.1921 über die Savoyerfrage zu beantragen. Die Schlussabstimmung soll ausgesetzt werden, bis die Genehmigung des Schiedskompromisses durch den französischen Senat vorliegt.
277	23.3.1927 T	EPD an Paris (Schweizerische Gesandtschaft)	Das EPD orientiert Dunant über den Entschluss der nationalrätlichen Kommission über die Aufhebung der Neutralisation Nordsavoyens, die Frage im Nationalrat zu behandeln, mit der Schlussabstimmung hingegen zuzuwarten bis nach der Zustimmung zum Zonenkompromiss durch den französischen Senat.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
284	28.3.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, dem französischen Botschafter mündlich erklären zu lassen, schweizerischerseits werde einem gleichzeitigen Austausch der Ratifikationsurkunden über die Abkommen betreffend die Zonenfrage und die Savoyerfrage zugestimmt.
306	9.5.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt von der Note Kenntnis, in der die französische Regierung ihre Bereitschaft ausdrückt, die Ratifikationsurkunden über die Zonenfrage und die Savoyerfrage gleichzeitig auszutauschen.
A	12.5.1927 N	Paris (Schweizerische Gesandtschaft)	Die Schweizerische Gesandtschaft meldet der französischen Regierung die Zustimmung der Schweiz zum gleichzeitigen Austausch der Ratifikationsurkunden über die Zonenfrage und die Savoyerfrage.
309	17.5.1927 BR Prot.	Bundesrat	Motta orientiert den Bundesrat über einen Besuch Hennessys, der folgenden persönlichen Vorschlag macht: Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des französischen Senats gibt ihre Entscheidung über die Zonenfrage bekannt; darauf stimmen die eidgenössischen Räte über die Savoyerfrage ab. Hernach schreitet der französische Senat in der Zonenfrage zur Abstimmung. Nach Ablauf der Referendumsfrist werden die Ratifikationsurkunden ausgetauscht.
311	19.5.1927 S	EPD (Motta) an Paris (Dunant)	Motta übermittelt Dunant neue Instruktionen. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des französischen Senats gibt ihre Entscheidung über die Zonenfrage dem Senat bekannt. Vorher können die eidgenössischen Räte unmöglich zur Schlussabstimmung in der Savoyerfrage schreiten. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat gleichzeitig zu erfolgen.
314	13.6.1927 BR Prot.	Bundesrat	Motta orientiert den Bundesrat, die französische Senatskommission habe beschlossen, dem Senat die Ratifikation des Zonenabkommens zu beantragen. Ein endgültiger Beschluss des Senats wird erst gefasst, wenn schweizerischerseits die Savoyerfrage geregelt ist.
315	17.6.1927 BR Prot.	Bundesrat	Motta hat den Genfer Staatsrat Bron wissen lassen, der Bundesrat zeige sich über Brons aussenpolitische Aktivitäten erstaunt. Er stellt fest, dass Verhandlungen von Kantonen mit ausländischen Regierungen durch die Vermittlung des Bundesrates zu erfolgen haben.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
347	10.11.1927 S	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Dunant orientiert Motta über ein Gespräch mit Briand, in dem der französische Aussenminister den Vorschlag eines Mitgliedes des Senats, die Verhandlungen über die Zonenfrage erneut zu verschieben, bedauert hat. Briand hält den Verschiebungsantrag für ein wahltaktisches Manöver.
351	29.11.1927 BR Prot.	Bundesrat	Motta teilt dem Bundesrat mit, die französische Regierung sei gewillt, die Behandlung der Zonenfrage im Senat zu beschleunigen. Ferner orientiert Motta den Bundesrat über einen Protest Adors, der sich gegen die Darstellung des Verlaufs der Verhandlungen über die Zonen- und Savoyerfrage von 1919 im französischen Senat zur Wehr setzt.
363	20.1.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt zur Kenntnis, dass der französische Senat den Schiedskompromiss nach dem Ablauf der Referendumsfrist in der Schweiz demnächst ratifizieren wird.
365	10.2.1928 BR Prot.	Bundesrat	Motta orientiert den Bundesrat, dass nach einer Mitteilung Hennessys die französische Regierung im Senat erklären wird, der Schiedskompromiss habe mit der Zone von 1860 nichts zu tun.
377	7.3.1928 S	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Dunant teilt Motta mit, die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des französischen Senats habe sich erneut mit der Zonenfrage befasst. Neue Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Zone von 1860 sind entstanden.
378	13.3.1928 S	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Dunant schildert den unfreundlichen Ton, den Bérard in seinem Bericht über die Zonenfrage vor dem französischen Senat gegenüber der Schweiz angeschlagen hat.
380	14.3.1928 S	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Dunant bestätigt Motta, dass der französische Senat den Schiedskompromiss angenommen hat. Der französische Staatspräsident ist ermächtigt, das Abkommen zu ratifizieren.
381	16.3.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat ratifiziert den Text des Schiedskompromisses zwischen der Schweiz und Frankreich vom 30.10.1924.
A1	16.3.1928	Bundesrat	Erklärung des Bundesrates betreffend die Abschaffung der Neutralisation Nordsavoyens.
A2	3.1928 Entwurf	Den Haag (de Pury) an Den Haag (Internationaler Gerichtshof)	De Pury übermittelt dem Internationalen Gerichtshof den Schiedskompromiss zwischen der Schweiz und Frankreich.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
383	2.4.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beauftragt Dunant, der französischen Regierung ein Memorandum zu übergeben, in dem die Schweiz zum Bericht Bérards vor dem französischen Senat Stellung nimmt.
404	6.7.1928 S	EPD (Dinichert) an Paris (Dunant)	Dinichert dankt Dunant für die Intervention, die dieser zur Beschleunigung der Ratifikation des schweizerisch-französischen Schiedsvertrages durch den französischen Senat unternommen hat. Ein Inkrafttreten des Vertrages kann nach Ansicht von Logoz die schweizerische Position vor dem Internationalen Gerichtshof stärken.
414	27.7.1928 BR Prot.	Bundesrat	Das Politische Departement bringt dem Bundesrat das Memorandum über die Zonenfrage zur Kenntnis, das dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt werden soll.
A1	27.7.1928	Bundesrat	Schlussfolgerungen des Memorandums über die Zonenfrage.
A2	27.7.1928	Bundesrat	Textänderungen im Memorandum über die Zonenfrage.
451	10.12.1928 At	EPD (Motta)	Das Politische Departement legt dem Bundesrat den Entwurf zu einem schweizerischen Gegenmemorandum über die Zonenfrage vor.
461	18.2.1929 S	EPD an Paris (Dunant)	Das EPD vertritt die Ansicht, die Verzögerung der Zustimmung zum Schiedsvertrag durch den französischen Senat sei Teil eines wohl überlegten Planes im Hinblick auf die Verhandlungen vor dem Internationalen Gerichtshof.
A1	18.2.1929 N	Paris (Dunant) an Paris (Französisches Aussenministerium)	Dunant fordert Briand auf, sich für eine Beschleunigung der parlamentarischen Behandlung des Schiedsvertrages einzusetzen.
A2	7.3.1929 N	Paris (Französisches Aussenministerium) an Paris (Dunant)	Briand versichert, dass sein Departement nichts unterlassen werde, damit der schweizerisch-französische Schiedsvertrag genehmigt werde.
472	10.5.1929 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat genehmigt den Text des schweizerischen Gegenmemorandums über die Zonenfrage.
497	16.8.1929 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat bespricht die Ausführung der Bestimmungen des Schiedskompromisses in der Zonenfrage. Die Aushandlung der Frist, in der die beiden Parteien eine Einigung über die Neuordnung anzustreben haben, wird Logoz übertragen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
498	20.8.1929 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt zur Kenntnis, dass der Internationale Gerichtshof zugunsten der Schweiz entschieden hat.
A	19.8.1929	Den Haag (Internationaler Gerichtshof)	Communiqué des Internationalen Gerichtshofes über den schweizerisch-französischen Schiedskommiss.
501	23.8.1929 S	EPD (Motta) an Paris (de Weck)	Motta orientiert de Weck über das Urteil des Internationalen Gerichtshofes. Der Vorsteher des EPD schätzt die weiteren Verhandlungen als schwierig ein. Es liegt an der Schweiz, als Verhandlungsbasis ein Projekt auszuarbeiten.
505	10.9.1929 BR Prot.	Bundesrat	Motta und Stucki haben zur Orientierung des Bundesrates an einer Sitzung des Genfer Staatsrates über die Zonenfrage teilgenommen. Das EVD und das EFZD werden zuhanden des Politischen Departementes Stellungnahmen ausarbeiten.
A	19.9.1929 B	Oberzolldirektion an EFZD (Musy)	Die Oberzolldirektion äussert sich negativ zur Wiederherstellung der Freizonen.
510	20.9.1929 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat ernennt Borel und Stucki zu schweizerischen Delegierten an den schweizerisch-französischen Verhandlungen über die Zonenfrage.
511	11.10.1929 Az	HA (Stucki)	Stucki macht Einwendungen gegen das Projekt der Genfer Regierung zur Regelung der Zonenfrage vom 2.10.1929. Er vertritt die Ansicht, dass schweizerischerseits den Franzosen kein näher präzisiertes Projekt unterbreitet werden sollte.
512	13.10.1929 S	Genf (Logoz) an EPD (Motta)	Logoz vertritt die Ansicht, es liege nun am Bundesrat, Frankreich ein Projekt zu unterbreiten, in dem die Möglichkeit einer gerechten Lösung der Zonenfrage aufgezeigt wird.
513	22.10.1929 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat stimmt provisorisch einem Projekt des EPD zur Regelung der Zonenfrage zu und beauftragt das Departement, das Projekt den Staatsräten der Kantone Waadt, Wallis und Genf zuzustellen. Ferner wird das Departement beauftragt, Vertreter der genannten Kantone sowie der interessierten Wirtschaftskreise zu einer Unterredung nach Bern einzuladen.
A	18.10.1929 26.11.1929 Entwurf	Bundesrat	Vergleich der Entwürfe zur Regelung der Frage der Freizonen von 1815 und 1816 vom 18.10.1929 und 26.11.1929.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
522	10.12.1929 S	EPD (Dinichert) an Paris (Dunant)	Dinichert orientiert Dunant über die ersten beiden Sitzungen der schweizerischen und französischen Delegationen zur Regelung der Frage der Zonen von 1815 und 1816. Er stellt dabei fest, dass keine Annäherung der Standpunkte zustande gekommen ist.
A	9.12.1929 Prot.	EPD	Protokoll der schweizerisch-französischen Verhandlungen vom 9.12.1929.
523	20.12.1929 S	Bern (Borel) an EPD (Motta)	Borel orientiert Motta über den Ablauf der Verhandlungen mit der französischen Delegation über die Zonenfrage.
A	20.12.1929 Prot.	EPD	Protokoll der Sitzungen vom 9. und 10.12.1929.
<p><i>Für die schweizerische Schiedsvertragspolitik allgemein siehe auch:</i> IX. Schieds- und Vergleichsverträge, Nr. 459.</p>			
<p>8.4. Stabilisierung der Währung</p>			
16	28.2.1925 BR Prot.	Bundesrat	Musy orientiert den Bundesrat über eine französische Anfrage, in der Schweiz eine Anleihe auflegen zu dürfen. Mit Rücksicht auf den schweizerischen Geldmarkt erachtet der Bundesrat den Zeitpunkt als ungünstig. Er wird hingegen alles unternehmen, um einer internationalen Anleihe Vorschub zu leisten.
212	19.8.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat äussert sich kritisch zu einer 60 Millionen-Anleihe der schweizerischen Kreditanstalt an Frankreich. Er betrachtet es als Zumutung, vor ein fait accompli gestellt worden zu sein, spricht sich allerdings nicht gegen die Anleihe aus, damit in Frankreich keine Missstimmung gegen die Schweiz entsteht.
213	24.8.1926 BR Prot.	Bundesrat	Musy orientiert den Bundesrat über zwei Schreiben an die Direktionen der Kreditanstalt und des Bankvereins. Er bedauert darin die Brüskierung des Bundesrates durch die beiden Banken und hofft, dass negative Rückwirkungen der Finanzgeschäfte auf die Schweiz ausbleiben werden.
<p><i>Für Auslandsanleihen siehe auch:</i> VI. Kapitalexport, Nr. 172, 175, 323, 326.</p>			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
9. Griechenland			
9.1. Handelsvertragsverhandlungen			
199	2.7.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat spricht sich gegen die Einbeziehung von Niederlassungsbestimmungen in Handelsverträge aus. Er nimmt zur Kenntnis, dass sich Griechenland nicht mit einem blossen Meistbegünstigungsabkommen begnügt, sondern Tarifbegehren für die wichtigsten Exportgüter stellt. Das EVD wird ermächtigt, die Verhandlungen unter eventueller Gewährung von Zollkonzessionen für Korinthen weiterzuführen.
218	17.9.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat stellt fest, dass sich Griechenland mit den angebotenen schweizerischen Konzessionen nicht zufriedengibt. Nach dem Auslaufen der Handelsübereinkunft vom 10.6.1887 ist ein vertragsloser Zustand eingetreten. Das EVD gedenkt, vorerst eine formelle Antwort der griechischen Regierung auf das letzte schweizerische Angebot abzuwarten.
A	9.9.1926 Az	Genf (Griechische Delegation beim Völkerbund)	Griechische Erklärung, wonach auf schweizerische Waren der Minimaltarif ohne Meistbegünstigung angewendet wird.
219	20.9.1926 S	EVD (Schulthess) an EPD (Motta)	Schulthess teilt Motta mit, die griechische Verhandlungsdelegation sei wegen der Verweigerung der Niederlassungsbewilligung an griechische Staatsangehörige durch die Schweiz verstimmt.
A	29.9.1926 Az	HA (Stucki)	Stucki erzielt in einer Unterredung mit dem griechischen Aussenminister Argyropoulos in Genf weitgehende Übereinstimmung in der Frage des schweizerisch-griechischen Handelsvertrages. Durch ein provisorisches Handelsabkommen soll ein Zollkonflikt vermieden werden. Die griechische Regierung erwartet schweizerische Vorschläge für einen Niederlassungsvertrag.
Anm. 3	11.9.1926 N	Athen (Griechisches Aussenministerium) an Athen (Broye)	Das griechische Aussenministerium weist auf die Verweigerung der Niederlassungsbewilligung an griechische Staatsangehörige in der Schweiz hin.
226	19.11.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat erlässt Instruktionen für den Abschluss eines provisorischen Handelsabkommens mit Griechenland. Abgesehen von den Korinthen ist jede Bindung schweizerischer Zölle wenn möglich zu vermeiden. Die Weinzölle können, wenn absolut notwendig, ebenfalls gebunden werden.
A	29.11.1926 N	Athen (Broye) an Athen (Griechisches Aussenministerium)	In einer geheimen Note sichert die schweizerische Regierung zu, die Tabakzölle nicht zu erhöhen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
10. Grossbritannien			
10.1. Schiedsvertrag			
46	15.5.1925 S	EPD (Motta) an London (Paravicini)	Motta fordert Paravicini auf, sich im Foreign Office diskret über die Möglichkeit eines schweizerisch-britischen Schiedsvertrages zu orientieren.
52	26.5.1925 S	London (Paravicini) an EPD (Motta)	Paravicini orientiert Motta über die Meinung Hubers zum Vorgehen in den Schiedsvertragsverhandlungen mit Grossbritannien. Huber schlägt vor, der britischen Regierung ein Memorandum mit den generellen Ansichten der Schweiz über Schiedsverträge sowie mit den verschiedenen, bisher abgeschlossenen Vertragstypen zu überreichen.
61	19.6.1925 S	EPD (Motta) an London (Paravicini)	Motta hat im direkten Gespräch mit Chamberlain erfahren, dass aus verschiedenen Gründen der Abschluss eines schweizerisch-britischen Schiedsvertrages zur Zeit nicht möglich ist. Der Vorsteher des EPD fordert Paravicini auf, vorläufig auf weitere Demarchen zu verzichten.
123	27.11.1925 S	EPD (Motta) an London (Paravicini)	Motta bezieht sich auf eine Agenturmeldung, nach welcher Chamberlain Zweifel an der Nützlichkeit eines Schiedsvertrages zwischen der Schweiz und Grossbritannien geäussert haben soll. Der Vorsteher des EPD fordert Paravicini auf, die genauen Motive, die Chamberlain zu dieser Erklärung geführt haben, in Erfahrung zu bringen.
132	17.12.1925 S	London (Paravicini) an EPD (Motta)	Paravicini hat von Rennie Smith erfahren, die britische Arbeiterpartei bedaure die ablehnende Haltung der Regierung in der Frage der Schiedsgerichtspolitik.
503	6.9.1929 S	London (von Sonnenberg) an EPD (Motta)	Von Sonnenberg weist auf die günstige Gelegenheit hin, mit der Regierung MacDonald zum Abschluss eines Schiedsvertrages zu gelangen, und schlägt Motta vor, in Genf mit Henderson und Dalton Kontakt aufzunehmen.
507	10.9.1929 S	EPD (Motta) an London (von Sonnenberg)	Motta hat im Gespräch mit Henderson erfahren, der Moment für Schiedsvertragsverhandlungen mit Grossbritannien sei günstig. Der Vorsteher des EPD setzt sich dafür ein, keinen überstürzten und improvisierten Vertrag abzuschliessen.
508	13.9.1929 S	London (von Sonnenberg) an EPD (Motta)	Von Sonnenberg stellt fest, die britische Regierung begegne dem schweizerischen Wunsch nach einem Schiedsvertrag mit Sympathie. Unterstaatssekretär Mounsey hat erklärt, vor einer definitiven Antwort

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
509	14.9.1929 S	London (von Sonnenberg) an EPD (Motta)	<p>der britischen Regierung müsse die Entscheidung Grossbritanniens über seine generelle Haltung in Schiedsgerichtsfragen abgewartet werden.</p> <p>Von Sonnenberg teilt mit, England sei noch nicht zu Schiedsvertragsverhandlungen mit der Schweiz bereit. Nach Mounsey liegt die Schwierigkeit darin, dass Grossbritannien seine Schiedsgerichtspolitik noch nicht mit den Dominien abgesprochen hat.</p>
<p><i>Für die schweizerische Schiedsvertragspolitik allgemein siehe auch:</i></p> <p>IX. Schieds- und Vergleichsverträge, Nr. 459.</p>			
<p>11. Heiliger Stuhl 11.1. Allgemeine Beziehungen</p>			
460	15.1.1929 BR Prot.	Bundesrat	Motta informiert den Bundesrat über die Auswirkungen der Lateranverträge auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Heiligen Stuhl.
<p>12. Italien 12.1. Allgemeine Beziehungen</p>			
1	6.1.1925 BR Prot.	Bundesrat	Scheurer befürchtet, die Flucht zahlreicher italienischer Oppositioneller in die Schweiz könnte zu Schwierigkeiten an der Grenze und im Kanton Tessin führen.
103	15.10.1925 S	EPD (Motta) an Bellinzona (Polizeidepartement des Kantons Tessin)	Motta dankt Rossi, alles unternommen zu haben, um die Sicherheit während der Konferenz von Locarno zu gewährleisten. Er ist überzeugt, dass sich die Ankunft und der Aufenthalt Mussolinis in Locarno in einer herzlichen Atmosphäre abwickeln wird.
150	22.1.1926 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière zeigt sich beunruhigt über die faschistische Agitation in der Schweiz. Der schweizerische Gesandte stellt die Frage, ob Mussolini noch Herr über alle Kräfte sei, die er entfesselt hat.
170	10.3.1926 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière berichtet, Mussolini habe sich beeindruckt gezeigt von Mottas Ausführungen zum Fall Tonello. Der italienische Staatschef hat festgestellt, dass Deutschland auch nach dem Weltkrieg militärisch und imperialistisch geblieben sei. Italien ist bestens über die deutsche Wiederaufrüstung orientiert.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
174	27.3.1926 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière bedauert den Rücktritt Contarinis, dessen aussenpolitische Linie er als Garantie für gute Beziehungen der Schweiz zu Italien hielt. Er setzt Vertrauen in Contarinis Nachfolger Bordonaro.
197	30.6.1926 S	EPD (Motta) an Rom (Wagnière)	Motta gibt Erläuterungen zu seiner Antwort auf die Interpellation Nicole. Sein Ziel sei es gewesen, den Faschisten verständlich zu machen, dass die Schweiz ihre eigene Politik verfolge. Wagnière soll in Rom in der Frage der Germanisierung des Tessins gelegentlich den schweizerischen Standpunkt darlegen.
200	2.7.1926 BR Prot.	Bundesrat	Nach Wagnière bilden den Ursprung der angeblichen Germanisierung des Kantons Tessin die Verkäufe tessinischer Grundstücke an Deutschschweizer und Deutsche. Motta möchte in dieser Frage von einem amtlichen Schritt absehen. Er will die Regierung in Rom wissen lassen, dass die italienische Pressehetze den Bundesrat peinlich berühre.
207	12.7.1926 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière glaubt, dass ein Grund für den unfreundlichen Ton der italienischen Zeitungen in der Frage der Germanisierung des Kantons Tessin im Mangel an Verständnis der Faschisten für die schweizerische Demokratie und den Föderalismus zu suchen sei.
208	22.7.1926 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière hat in einem Gespräch über die angebliche Germanisierung des Kantons Tessin von Mussolini erfahren, dass der italienische Staatschef die Schweiz als notwendigen Puffer zwischen Deutschland und Italien betrachte.
221	4.10.1926 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière meldet, Mussolini habe sich sehr positiv über die Schweiz und die Korrektheit ihrer Behörden geäußert. Der italienische Staatschef will sich dafür einsetzen, dass das schweizerisch-italienische Passabkommen durch die italienischen Behörden grosszügiger gehandhabt wird.
319	19.7.1927 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière berichtet über eine Unterredung mit Mussolini, in der dieser seinem Glauben an den Frieden in Europa Ausdruck gab. Italien hat nach Mussolini keine kriegerischen Absichten. Der italienische Staatschef bekräftigt seine freundschaftlichen Gefühle für die Schweiz.
349	17.11.1927 PB	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière schildert den Stand der schweizerisch-italienischen Beziehungen. Obwohl die italienischen Zeitungen oft schlecht über die Schweiz schreiben, nimmt diese nach Wagnière in Italien eine privilegierte Stellung ein.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
358	27.12.1927 S	EJPD (Häberlin) an EPD (Motta)	Das EJPD hat die Frage des Verhältnisses des schweizerisch-italienischen Niederlassungsvertrages zum Obligatorium des Eintritts in die Syndikate geprüft und vertritt die Meinung, dass politische Gründe gegen eine Gleichberechtigung der Schweizer in den Syndikaten sprechen.
395	3.6.1928 PB	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière bezieht sich auf eine Meldung in Schweizer Zeitungen über die «Schreckensherrschaft in Italien». Der schweizerische Gesandte schildert die Verhältnisse aus seiner Sicht und hält fest, dass das gegenwärtige Regime trotz finanzieller Schwierigkeiten sehr stark sei.
413	24.7.1928 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière unterhält sich mit Mussolini über die Fremdarbeiterfrage, wobei festgestellt wird, dass sich die Ausgangslage in den beiden Ländern verschieden zeigt. Mussolini betont, seine Haltung gegenüber der Schweiz habe sich nicht verändert. Auf verschiedene europäische Probleme hinweisend erklärt der italienische Staatschef, dass ein Anschluss Österreichs an Deutschland auch für die Schweiz gefährlich wäre.
463	22.2.1929 PB	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière informiert Motta über die Beziehungen des Vatikans zur faschistischen Regierung. Diese werden als nicht immer freundschaftlich, oft sogar gespannt geschildert. Über die Schweizergarde wird in der italienischen Presse nicht unfreundlich berichtet.
466	20.3.1929 S	Basel (Regierungs- rat des Kantons Basel-Stadt) an Bundesrat	Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt fordert den Bundesrat auf, Schritte für die sofortige Amnestierung Hofmaiers zu unternehmen, der in Italien zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden ist.
488	8.7.1929 S	EPD (Motta) an Rom (Wagnière)	Motta stellt fest, dass die Rede Pignattis vom 1.7.1929 keine sehr heftige Reaktion in der Schweizer Presse hervorgerufen hat. Die schweizerisch-italienischen Beziehungen erfordern ein vorsichtiges Vorgehen, deshalb ist von einem Antrag auf Abberufung des italienischen Gesandten aus Bern abzusehen.
490	10.7.1929 BR Prot.	Bundesrat	Motta informiert den Bundesrat über den Inhalt der Rede Pignattis vom 1.7.1929. Der Vorsteher des Politischen Departementes hat Pignatti zu sich gerufen und ihm das Befremden des Bundesrates ausgedrückt.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
492	16.7.1929 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière stellt fest, der italienische Staatschef habe ihn nach den jüngsten antifaschistischen Umtrieben in der Schweiz gewohnt herzlich empfangen. Nach der Schilderung der Unterredung über die wichtigsten schweizerisch-italienischen Probleme fasst Wagnière zusammen, dass Mussolini zur Zeit schwerwiegendere Probleme habe.
<i>Für die Frage der Revision des Gotthardvertrages siehe auch:</i>			
VII. Revision des Gotthardvertrages, Nr. 12, 76, 435.			
12.2. Irredentismus im Tessin			
106	20.10.1925 S	EPD (Motta) an Rom (Wagnière)	Motta befürchtet, die neu gegründete italienische Gesellschaft Società Palatina könnte mit ihrem irredentischen Gedankengut die schweizerisch-italienische Freundschaft belasten.
116	13.11.1925 BR Prot.	Bundesrat	Motta informiert den Bundesrat über die Schritte des schweizerischen Gesandten in Rom gegen irredentistische Artikel in Archivio storico, Adula und Catechismo del Balilla. Wagnière betont, dass die Tessiner ihre Eigenart ohne Hilfe aus dem Ausland bewahren könnten.
125	1.12.1925 BR Prot.	Bundesrat	Motta berichtet, Wagnière sei mitgeteilt worden, dass die Zeitschrift Archivio kein irredentistisches Gedankengut vertrete. Der Vorsteher des Politischen Departementes glaubt, die Existenz der Società Palatina und des Archivio storico hänge von der Duldung durch Mussolini ab.
12.3. Antifaschistische Kundgebungen			
47	16.5.1925 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière unterrichtet Motta über ein offizielles Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei, der sich über die antiitalienischen Umtriebe des Anarchisten Bertoni beschwert. Mussolini ist über die rein private Benachrichtigung nicht in Kenntnis gesetzt worden.
49	20.5.1925 BR Prot.	Bundesrat	Motta bringt dem Bundesrat eine italienische Anfrage über den Austausch von Informationen über Anarchisten und Kommunisten zur Kenntnis. Eine derartige Übereinkunft wird begrüsst. Ohne offizielle Beschwerde Italiens kann nicht gerichtlich gegen Bertoni vorgegangen werden. Eine Ausweisung des Schweizerbürgers Bertoni ist nicht möglich.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
56	30.5.1925 S	EJPD (Häberlin) an EPD (Motta)	Häberlin erklärt sich mit der italienischen Anregung zum Austausch von Informationen zur Abwehr der Kommunistischen Internationale einverstanden. Der Vorsteher des EJPD betont, dass unter kommunistisch nicht antifaschistisch verstanden werden dürfe.
70	21.7.1925 BR Prot.	Bundesrat	Da nicht geduldet werden darf, dass die Schweiz zum Tummelplatz für politische Aktionen von Ausländern wird, beabsichtigt das Politische Departement, die schweizerische Gesandtschaft in Rom anzuweisen, vor der Erteilung von Visa an wichtige politische Persönlichkeiten Instruktionen einzuholen.
75	28.7.1925 BR Prot.	Bundesrat	Motta berichtet von einem Zwischenfall in Locarno, bei dem sich einige Sozialisten durch italienische Faschisten provoziert fühlten. Dem Ereignis wird keine grosse Bedeutung beigemessen, doch hat Motta den italienischen Gesandten in Bern auf den Fall aufmerksam gemacht.
85	26.8.1925 S	Bern (Garbasso) an EPD (Motta)	Garbasso bittet im Auftrag der italienischen Regierung die Schweiz darum, frühzeitige Massnahmen gegen allfällige faschistische Aktionen zu unternehmen, um antifaschistische Gegenmanifestationen zu vermeiden.
102	13.10.1925 S	EPD (Motta) an Bellinzona (Cattori)	Motta teilt Cattori mit, der Bundesrat könne keine Trübung der schweizerisch-italienischen Beziehungen durch die Zeitung Libera Stampa zulassen.
118	18.11.1925 S	Rom (Wagnière) an EJPD (Rothmund)	Wagnière glaubt, Tonellos Tätigkeit in der Schweiz sei ein Grund, diesem die Aufenthaltsbewilligung zu entziehen. Der schweizerische Gesandte orientiert Rothmund über Tonellos frühere politische Tätigkeit.
124	1.12.1925 BR Prot.	Bundesrat	Motta informiert den Bundesrat über einen Besuch Garbassos, der sich über zwei antifaschistische Artikel des Basler Vorwärts beklagte. Der Bundesrat betrachtet eine Intervention bei der Redaktion als unumgänglich, um einen Konflikt mit Italien zu vermeiden.
129	5.12.1925 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière benachrichtigt Motta, Contarini habe sich aufgrund eines Hinweises des italienischen Konsuls in Basel über einen Artikel des Vorwärts beklagt. Mussolini kann inskünftig keine Massnahmen mehr gegen irredentistische Artikel in italienischen Zeitungen ergreifen, wenn die schweizerische Presse Italien so heftig angreift.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
179	12.4.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat antwortet dem Tessiner Staatsrat auf ein Schreiben zur Affäre Tonello und beschliesst, Tonellos Aufenthaltsbewilligung nur noch auf Zusehen hin zu verlängern.
192	11.6.1926 BR Prot.	Bundesrat	Motta informiert den Bundesrat über die bevorstehenden Matteottifeiern in Genf und Bern. Die Frage sollte geprüft werden, ob Veranstaltungen dieser Art nicht im Interesse Genfs zu verbieten sind.
195	18.6.1926 BR Prot.	Bundesrat	Motta orientiert den Bundesrat über die Situation nach den Matteottifeiern. Nach Garbasso wird Italien keine Delegierten mehr nach Genf entsenden, wenn sich derartige Zwischenfälle wiederholen sollten. Motta spricht den Faschisten jedes Recht ab, Veranstaltungen in der Schweiz zu kontrollieren.
196	25.6.1926 BR Prot.	Bundesrat	Motta teilt dem Bundesrat mit, der italienische Konsul in Genf habe dem Generalsekretariat des Völkerbundes und dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes erklärt, Italien werde keine Delegierten mehr nach Genf entsenden, wenn Kundgebungen wie die Matteottifeiern inskünftig nicht unterbleiben würden.
217	13.9.1926 T	EJPD (Häberlin) an Rom (Schweizerische Gesandtschaft)	Bundespräsident Häberlin beglückwünscht im Namen des Bundesrates Mussolini, der am 11.9.1926 einem Attentat entgangen ist.
260	22.2.1927 Az	EJPD (Häberlin)	Häberlin stellt gegenüber dem italienischen Gesandten fest, dass zur Zeit keine Klagen über provokatorisches Verhalten von Faschisten vorliegen. Die Weisung Mussolinis, wonach die Einholung der Zustimmung zur Visumserteilung in Rom nicht mehr nötig sei, wird von den italienischen Konsulaten ignoriert.
264	4.3.1927 BR Prot.	Bundesrat	Motta informiert den Bundesrat über einen Besuch Pignattis, der sich im Auftrag der italienischen Regierung über einen Vortrag beschwert hat, den Oberst Ulrich Wille in Zürich gehalten hat. Wille soll darin die Loyalität der italienischen Regierung in Zweifel gezogen haben.
267	10.3.1927 S	EPD (Motta) an Rom (Wagnière)	Motta stellt fest, dass sich die schweizerischen Offiziere vor allem in aussenpolitischen Fragen oft unvorsichtig zu äussern pflegen. Gleichzeitig bedauert er die Überempfindlichkeit der italienischen Regierung.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
281	24.3.1927 S	EMD (Scheurer) an EPD (Motta)	Scheurer vertritt die Ansicht, Willes Vortrag habe nichts enthalten, was als Beleidigung der italienischen Armee aufgefasst werden könnte. Der Vorsteher des Militärdepartementes missbilligt Willes Äusserungen über den Völkerbund und die Schiedsverträge.
332	21.9.1927 BR Prot.	Bundesrat	Häberlin berichtet über die Verhaftung von 23 schriftenlosen Italienern auf dem Passwang, die an einem Kurs in kommunistischer und antifaschistischer Propaganda teilnahmen.
456	12.1.1929 S	EJPD (Häberlin) an Rom (Wagnière)	Der Bundesrat ist sich einig, dass die geplante antifaschistische Kundgebung der Kommunisten im Kanton Tessin nicht geduldet werden könne. Das Einschreiten gegen die Demonstration könnte als eine von Italien aufgezwungene Massregel aufgefasst werden.
457	19.1.1929 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière fasst ein Gespräch mit Mussolini über antifaschistische Kundgebungen im Tessin zusammen. Der italienische Staatschef anerkennt, dass die schweizerische Regierung alles unternommen habe, was zur Verhinderung von Zusammenstössen im Rahmen der geltenden Gesetze in ihrer Macht stand.
465	12.3.1929 BR Prot.	Bundesrat	Häberlin orientiert den Bundesrat über seine Massnahmen in der Frage des Verbotes des Roten Treffens in Basel. Die Departementsvorsteher äussern sich grundsätzlich zur Frage eines derartigen Verbotes.
486	28.6.1929 S	EPD (Motta) an Rom (Wagnière)	Motta äussert sich zur italienischen Pressekampagne gegen die schweizerischen Antifaschisten. Der Vorsteher des EPD bezeichnet die Aktion als übertrieben und weist die Behauptung zurück, dass die Faschisten in der Schweiz keinen gesetzlichen Schutz mehr geniessen.
12.4. Grenzzwischenfälle und Übergriffe			
92	4.9.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat stellt eine Häufung von Zwischenfällen an der schweizerisch-italienischen Grenze fest. Motta wird ermächtigt, den italienischen Gesandten zu ersuchen, die an der Grenze stationierten italienischen Truppen zu grösserer Gewissenhaftigkeit in der Beobachtung der Grenze anzuhalten.
105	16.10.1925 S	EPD (Motta) an Rom (Wagnière)	Motta teilt Wagnière mit, dass den schweizerischen Zollbehörden keine Grenzverletzungen durch Schweizer Grenzwächter bekannt sind. Hingegen wird den in

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A1	21.10.1925 N	Rom (Schweizerische Gesandtschaft)	<p>der italienischen Note vom 9.9.1925 erlassenen Weisungen offenbar nicht an allen italienischen Grenzposten die wünschbare Aufmerksamkeit geschenkt.</p> <p>Text der schweizerischen Note. Den Schweizer Zollbehörden sind keine Grenzverletzungen durch Schweizer Grenzwächter bekannt. Hingegen scheint es, dass die Ermahnung der italienischen Behörden nicht alle Grenzposten erreicht hat.</p>
A2	31.10.1925 N	Rom (Italienisches Aussenministerium)	Text der italienischen Antwortnote. Die italienischen Behörden setzen sich dafür ein, dass Grenzzwischenfälle inskünftig vermieden werden können.
325	17.8.1927 BR Prot.	Bundesrat	Motta orientiert den Bundesrat über eine Meldung des schweizerischen Gesandten in Rom, wonach die italienische Regierung formelle Weisungen erlassen hat, Grenzzwischenfälle inskünftig zu vermeiden. Die häufigen Grenzzwischenfälle haben in weiten Kreisen der schweizerischen Bevölkerung eine starke Beunruhigung hervorgerufen.
353	1.12.1927 S	Rom (Wagniére) an EPD (Motta)	Wagniére berichtet über eine Unterredung mit Mussolini, in der der italienische Staatschef den Rückgang der Grenzzwischenfälle auf seine Weisungen zurückführt. Mussolini betont die Wichtigkeit freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien.
396	4.6.1928 S	Rom (Wagniére) an EPD (Motta)	Wagniére informiert Motta über ein Gespräch mit Guariglia, der weitere Grenzzwischenfälle im Laufe des Sommers nicht ausschliesst.
423	6.9.1928 S	Rom (von Sonnenberg) an EJPD (Häberlin)	Von Sonnenberg informiert Häberlin darüber, dass die Verhaftung Rossis in Italien mit Zurückhaltung aufgenommen worden sei. Der Bundesrat hat seine weiteren Schritte sorgsam abzuwägen, weil die italienische Regierung alles unternehmen werde, um der Frage der ungehörigen Einmischung auszuweichen.
424	10.9.1928 BR Prot.	Bundesrat	Motta berichtet über den derzeitigen Stand der Untersuchungen im Fall Rossi. Der Bundesrat will noch die vollständige Abklärung einiger Punkte abwarten, ist aber der Meinung, dass sich ein energischer Protest unter allen Umständen aufdrängt.
427	17.9.1928 BR Prot.	Bundesrat	Motta legt dem Bundesrat den Entwurf einer Note an die italienische Regierung vor. Darin wird kein Begehren um die Herausgabe Rossis gestellt. Hingegen wird festgehalten, dass die Verhaftung Rossis einen unerträglichen Eingriff in die schweizerische Souveränität darstellt.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A	19.9.1928 N	Rom (Schweizerische Gesandtschaft)	Text der schweizerischen Note. Der Bundesrat fordert die Missbilligung der Verhaftung Rossis durch die italienische Regierung. Die Verantwortlichen sind zu ermitteln, damit geeignete Sanktionen ergriffen werden können.
428	19.9.1928 S	Rom (von Sonnenberg) an EPD (Motta)	Von Sonnenberg teilt mit, die italienische Regierung bedaure die Veröffentlichung eines Communiqués durch den schweizerischen Bundesrat, bevor die angekündigte Note in ihrem Besitz gewesen sei. Der schweizerische Geschäftsträger hat energisch gegen die Sprache protestiert, in der die Affäre Rossi in den italienischen Zeitungen dargestellt worden ist.
429	21.9.1928 S	EPD (Dinichert) an Rom (von Sonnenberg)	Das EPD billigt von Sonnenbergs Schritte in der Affäre Rossi und ermahnt den schweizerischen Geschäftsträger zur Vorsicht, damit die Verhandlungen in ruhiger Atmosphäre weitergeführt werden können. Dinichert unterstreicht das Bemühen des EPD, auf die schweizerische Presse in beruhigendem Sinn einzuwirken.
A	19.9.1928 Az	EPD (Dinichert)	Aufzeichnung Dinicherts über seine Unterredung mit Pignatti. Dinichert gibt Erklärungen zur Ausweisung Signoris.
430	21.9.1928 S	EJPD (Häberlin) an Rom (Schweizerische Gesandtschaft)	Häberlin orientiert die schweizerische Gesandtschaft in Rom über die Unterredung zwischen Dinichert und Pignatti. Der Vorsteher des EJPD weist auf ein Schreiben an Garbasso vom 3.4.1923 hin, in welchem jedem Ausländer in der Schweiz die Ausübung polizeilicher Funktionen und Rechte aberkannt wird.
436	4.10.1928 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière hat von Grandi erfahren, Mussolinis Haltung in der Affäre Rossi sei durch die Furcht vor innenpolitischen Rückwirkungen zu erklären.
437	4.10.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat berät die italienische Antwortnote vom 1.10.1928. Er beharrt auf seiner Ansicht, dass die italienische Polizei zu keinem Übergriff auf das schweizerische Territorium berechtigt gewesen sei. Ein Rückgriff auf den Schiedsvertrag von 1924 wird in Erwägung gezogen.
A	1.10.1928 N	Rom (Italienisches Aussenministerium)	Text der italienischen Note. Die italienische Regierung bestreitet ein Übergreifen italienischer Behörden auf Schweizer Territorium.
440	9.10.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat vertritt die Ansicht, dass es unmöglich sei, die italienische Note vom 1.10.1928 unbeantwortet zu lassen. Wagnière soll wenn möglich bei

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
A	11.10.1928 N	Rom (Schweizerische Gesandtschaft)	der Überreichung einer neuen schweizerischen Note bei Mussolini vorsprechen. Motta schlägt vor, von Italien die Abberufung Signoris zu verlangen. Der Vorsteher des EPD stellt den Text für ein Pressecommuniqué vor. Die schweizerische Gesandtschaft in Rom teilt der italienischen Regierung mit, der Bundesrat könne der Darstellung der Verhaftung Rossis, wie sie in der italienischen Note vom 1.10.1928 geschildert worden ist, nicht zustimmen. Jeder Staat habe das Recht, sich gegen Übergriffe auf sein Territorium zur Wehr zu setzen.
445	8.11.1928 BR Prot.	Bundesrat	Motta stellt im Bundesrat fest, dass auch die zweite italienische Note vom 1.11.1928 nicht befriedigen könne. In einem Communiqué wird festgestellt, der Bundesrat betrachte die Affäre Rossi als erledigt.
A	1.11.1928 N	Rom (Italienisches Aussenministerium)	Text der italienischen Note. Die italienische Regierung vertritt die Auffassung, dass die Affäre Rossi die schweizerisch-italienischen Beziehungen nicht belastet.
477	22.5.1929 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière unterrichtet Motta über die Verhaftung Perettis in Italien. Peretti soll nach Italien gereist sein, um mit anarchistischen Elementen zusammenzuarbeiten.
Anm 2	20.5.1929 S	Mailand (Schweizerisches Konsulat) an EPD (Dinichert)	Das schweizerische Konsulat in Mailand meldet, dass es trotz mehrmaliger Anfragen bei der zuständigen Quästur keine Bestätigung der Verhaftung Perettis erhalten habe. Nach Auskunft der Quästur wird eine Aktion der italienischen Politischen Polizei vermutet.
481	3.6.1929 BR Prot.	Bundesrat	Motta informiert den Bundesrat, Peretti sei unter Anschuldigung der anarchistischen Tätigkeit in Italien verhaftet worden.
483	15.6.1929 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière hat von Mussolini vernommen, der italienische Staatschef habe nach den Erfahrungen des Falles Peretti angeordnet, dass jede Verhaftung eines Ausländers in Italien dem zuständigen Konsulat zu melden sei.
518	20.11.1929 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière berichtet, nach Meinung Petronis könne es keine Zweifel an den Verbindungen Perettis zu italienischen Anarchisten geben. Petroni glaubt, dass Manifestationen in der Schweiz zugunsten Perettis dem Angeklagten schaden könnten.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
521	2.12.1929 BR Prot.	Bundesrat	Motta teilt dem Bundesrat mit, Peretti sei zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Häberlin orientiert, dass auf Bitten der Tessiner Regierung, die Kundgebungen zugunsten Perettis befürchtet hat, die Unteroffizierschule in Bellinzona auf Pikett gestellt worden ist.
12.5. Handelsbeziehungen			
233	2.12.1926 S	Rom (Wagnière) an EVD (Schulthess)	Wagnière orientiert Schulthess über eine Unterredung mit Ciancavelli und Di Nola zur Verbesserung der unbefriedigenden Situation in den schweizerisch-italienischen Handelsbeziehungen. Der schweizerische Gesandte äussert den Wunsch, dieser vertraulichen Aussprache eine Konferenz folgen zu lassen.
252	11.2.1927 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess stellt fest, dass auch nach dem Abschluss des Handelsvertrages mit Italien vom 27. 1. 1923 die Klagen der schweizerischen Exporteure nicht abgenommen haben. Stucki und Gassmann werden ermächtigt, über die Anwendung des Vertrages mit der italienischen Regierung zu verhandeln.
278	23.3.1927 S	HA (Stucki) an Rom (Wagnière)	Stucki stellt fest, der Bundesrat, die schweizerische Handelsdelegation und die betroffenen Interessenten seien vom Ergebnis der Verhandlungen enttäuscht. Mit Rücksicht auf die Verhandlungen mit Frankreich ist im Moment davon abzusehen, den Handelsvertrag mit Italien zu kündigen.
297	14.4.1927 BR Prot.	Bundesrat	Das EVD erstattet Bericht über das vorläufig unbefriedigende Ergebnis der Verhandlungen mit Italien. Das Departement wird ermächtigt, die Verhandlungen über die Auslegung und Anwendung des schweizerisch-italienischen Handelsvertrages weiterzuführen.
357	23.12.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat stimmt der Beteiligung der Schweiz an Massnahmen zur Stabilisierung der Lira zu.
13. Jugoslawien			
13.1. Handelsvertragsverhandlungen			
256	17.2.1927 S	HA (Stucki) an Kaufmännisches Direktorium St. Gallen	Stucki teilt dem Kaufmännischen Direktorium mit, offiziell sei von der Absicht der jugoslawischen Regierung, mit der Schweiz einen Tarifhandelsvertrag abzuschliessen, nichts bekannt. Das weitere Programm der Handelsvertragsverhandlungen der Schweiz richtet sich nach der Entwicklung der Beziehungen zu Frankreich.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
259	21.2.1927 S	Bern (Jugoslawische Gesandtschaft) an EPD (Motta)	Im Auftrag seiner Regierung bestätigt der jugoslawische Gesandte in Bern die Bereitschaft Jugoslawiens zu Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz.
272	14.3.1927 S	EVD (Schulthess) an Bern (Jugoslawische Gesandtschaft)	Schulthess dankt der jugoslawischen Regierung für ihre Bereitschaft zu Handelsvertragsverhandlungen und schlägt als Verhandlungsort Bern vor.
280	23.3.1927 S	HA (Stucki) an Belgrad (von Jenner)	Stucki fordert, dem internationalen Brauch entsprechend seien die gegenseitigen Begehrenlisten Zug um Zug auszutauschen. Die Verhandlungen haben über die jugoslawische Gesandtschaft in Bern zu laufen. Probleme der Niederlassung gehören nach schweizerischer Auffassung nicht in Handelsverträge.
Anm. 1	19.3.1927 S	Belgrad (von Jenner) an HA (Stucki)	Von Jenner berichtet vom Wunsch Todorovitchs, bereits vor der Abreise nach Bern in Besitz der schweizerischen Wunschlisten zu kommen, da er kein allzu grosses Vertrauen in die jugoslawische Gesandtschaft in Bern setze.
291	5.4.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, der jugoslawischen Regierung den Entwurf zu einem Handelsvertrag sowie eine schweizerische Begehrenliste zuzustellen. Die schweizerische Verhandlungsdelegation setzt sich zusammen aus Stucki, Laur, Wetter, Gassmann und Odinga.
305	5.5.1927 S	HA (Stucki) an Belgrad (Todorovitch)	Stucki schlägt vor, die Verhandlungen mit Jugoslawien aus materiellen und technischen Gründen für den Moment zu unterbrechen. Der Bundesrat ist bereit, die Verhandlungen fortzusetzen, wenn Jugoslawien neue Vorschläge vorlegt.
402	22.6.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt die Bereitschaft Jugoslawiens zur Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen zur Kenntnis. Allfälligen neuen Verhandlungen wird wenig Aussicht auf Erfolg gegeben. Im gegenwärtigen Moment ist auf Verhandlungen über den Abschluss eines blossen Meistbegünstigungsvertrages nicht einzutreten.
14. Kolumbien			
14.1. Militärmission			
269	11.3.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat stimmt grundsätzlich der Verlängerung der schweizerischen Militärmission in Kolumbien zu.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
15. Mexiko			
15.1. Anerkennung der neuen Regierung			
82	21.8.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat legt die Gründe dar, die ihn in der Frage der Anerkennung der Regierung Mexikos bisher zur Vorsicht gemahnt haben. In einer Note soll der mexikanischen Regierung mitgeteilt werden, dass die Schweiz Mexiko seit 1922 stillschweigend anerkannt habe.
A	7.9.1925 N	Paris (Schweizerische Gesandtschaft)	Text der schweizerischen Note, in der auf die stillschweigende Anerkennung Mexikos hingewiesen wird.
86	28.8.1925 S	Paris (Dunant) an EPD (Motta)	Dunant teilt dem EPD mit, Präsident Calles habe einen Brief an den Bundesrat vorbereitet, in dem er seine Amtsübernahme bekanntgeben werde. Das Schreiben soll erst abgesandt werden, wenn der Bundesrat offiziös die Anerkennung der neuen mexikanischen Regierung zusichert.
90	2.9.1925 S	EPD (Motta) an Paris (de Weck)	Motta teilt de Weck mit, der Bundesrat habe aufgrund der mexikanischen Initiative den Text der bereits vorbereiteten Note bezüglich der Anerkennung Mexikos der neuen Sachlage angepasst.
16. Niederlande			
16.1. Allgemeine Beziehungen			
68	16.7.1925 S	Den Haag (de Pury) an EPD (Motta)	De Pury berichtet über ein Gespräch mit Huber, in dem sich dieser im Hinblick auf den bevorstehenden Garantiepakt beunruhigt über eine mögliche Verletzung der schweizerischen Neutralität im Falle einer französischen Hilfeleistung an Polen zeigt.
16.2. Vergleichsvertrag			
55	29.5.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat verhandelt über das niederländische Gegenprojekt und ermächtigt de Pury, den genehmigten Text zu einem Vergleichsvertrag mit den Niederlanden zu unterzeichnen.
<i>Für die schweizerische Schiedsvertragspolitik allgemein siehe auch:</i>			
IX.	Schieds- und Vergleichsverträge, Nr. 459.		

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
17. Österreich 17.1. Handelsvertragsverhandlungen			
5	14.1.1925 S	Vorort (Wetter) an EVD (Schulthess)	Wetter vertritt die Ansicht, Österreich könnten keinesfalls bis zum Abschluss eines Handelsvertrages die alten Zölle gewährt werden. Durch ein provisorisches Abkommen ist die Zeit bis zum Abschluss von Handelsvertragsverhandlungen zu überbrücken.
7	3.2.1925 At	EVD (Schulthess)	Schulthess orientiert den Bundesrat über den Stand der Verhandlungen mit Österreich. Die Vorbereitungen zum Abschluss eines definitiven Handelsvertrages sind zu beschleunigen. Es ist vorgesehen, die eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen im März 1925 beginnen zu lassen.
20	10.3.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat ernennt Stucki, Gassmann, Laur und Wetter zu Delegierten für die Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich.
27	19.3.1925 At	EVD (Schulthess)	Das EVD stellt dem Bundesrat die Richtlinien für die schweizerische Delegation bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich vor. Als Grundlage für die Verhandlungen legt das Departement einen schweizerischen Vertragsentwurf vor.
44	11.5.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom bisherigen Gang der Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich. Der schweizerische Textentwurf ist in seinem grössten Teil von der österreichischen Delegation angenommen worden.
60	14.6.1925 S	EVD (Schulthess) an HA (Stucki)	Schulthess fordert Stucki auf, die Verhandlungen klug zu leiten. Falls kein Vertragsabschluss zustandekommen sollte, sind die Besprechungen an Punkten scheitern zu lassen, die nicht zu unliebsamen internen Diskussionen Anlass geben.
62	24.6.1925 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess orientiert den Bundesrat über den gegenwärtigen Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich. Die Verhandlungen sind in ein kritisches Stadium getreten. Das Fehlen eines schweizerischen Generalzolltarifs wirkt sich negativ aus.
133	18.12.1925 S	HA (Stucki) an Wien (Jaeger)	Die schweizerische Delegation vertritt die Meinung, der Handelsvertrag mit Österreich müsse unbedingt zum Abschluss gebracht werden. Durch einen Vertragsabschluss mit Österreich würde die schweizerische Stellung in den Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei und mit Deutschland gestärkt.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
136	30.12.1925 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess gibt im Bundesrat einen Überblick über den letzten Teil der Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich. Die schweizerischen Unterhändler werden ermächtigt, den Vertrag namens der Schweiz zu unterzeichnen.
17.2. Finanzhilfe			
19	6.3.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat ermächtigt den Vorsteher des EVD, gemäss Bundesbeschluss vom 6.2.1923 das Abkommen zwischen der Schweiz und Österreich über einen Regierungsvorschuss von 23 Mio Franken zu unterzeichnen.
43	8.5.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt vom Gesuch Österreichs an den Völkerbund Kenntnis, seine wirtschaftliche Lage durch eine Völkerbundskommission untersuchen zu lassen. Da die Schweiz kaum in der Lage wäre, Österreich eine wirtschaftliche Sonderstellung einzuräumen, wird der Vorsteher des EVD beim Generalsekretariat Erkundigungen über die Absichten des Völkerbundes einholen.
A	26.4.1925 M	Bern (Österreichische Gesandtschaft)	Erklärung der österreichischen Regierung, die wirtschaftliche Lage Österreichs durch eine Kommission des Völkerbundes prüfen zu lassen.
50	22.5.1925 S	EPD (Dinichert) an Schweizerische Bankgesellschaft (Dubois)	Dinichert orientiert Dubois über den Stand der schweizerisch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen. Nach einer Mitteilung des EVD soll mit Österreich ein Handelsvertrag angestrebt werden, der die uneingeschränkte Anwendung des Prinzips der Meistbegünstigung enthält.
126	1.12.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat stimmt dem Vorschlag des EPD zu, von einer Forderung nach Mitspracherecht im Völkerbundsrat in der Frage der Aufhebung der Finanzkontrolle für Österreich abzusehen.
142	8.1.1926 S	HA (Stucki) an EPD (Motta)	Stucki weist darauf hin, dass die Schweiz gemäss den Resolutionen des Völkerbundsrates als erstes Land durch den Abschluss eines liberalen Handelsvertrages der besonderen Situation Österreichs Rechnung getragen hat.
352	29.11.1927 S	Wien (Jaeger) an EPD (Motta)	Jaeger informiert Motta über den Wunsch des österreichischen Bundeskanzlers Seipel, die Schweiz möge sich bei den bevorstehenden Beratungen der Kontrollkommission der Garantiestaaten dafür einsetzen, dass die neu aufzunehmende österreichische internationale Anleihe die Priorität vor den Reliefkrediten erhält.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
355	3.12.1927 S	EPD (Dinichert) an Wien (Jaeger)	Dinichert orientiert Jaeger über die Instruktionen, die das EFZD zuhanden des schweizerischen Delegierten im Reliefkomitee ausgearbeitet hat. Das EFZD vertritt die Ansicht, der Verzicht auf das Prioritätsrecht zugunsten der neuen Anleihe sei von der Vorlegung eines österreichischen Tilgungsplanes abhängig zu machen.
A1	10.11.1927	EFZD (Musy) an EPD (Motta)	Das EFZD vertritt die Ansicht, die Schweiz solle ohne Gegenleistung Österreichs nicht auf ihr Prioritätsrecht zugunsten der neu aufzunehmenden Anleihe verzichten. Diese Gegenleistung könnte aus der Vorlegung eines Tilgungsplanes durch die österreichische Regierung bestehen.
A2	26.11.1927 Az	Bern (Österreichische Gesandtschaft)	Österreichischer Vorschlag eines Tilgungsplanes zuhanden des Reliefkomitees.
415	31.7.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Ergebnis der Beratungen des Reliefkomitees in London.
<i>Für Auslandsanleihen siehe auch:</i>			
VI. Kapitalexport, Nr. 172, 175, 323, 326.			
17.3. Unruhen in Österreich			
516	16.11.1929 S	EPD (Motta) an Wien (Jaeger)	Motta übermittelt Jaeger ein Memorandum der britischen Regierung, das an alle Nachbarstaaten Österreichs gerichtet ist. Die britische Regierung macht darin auf die angespannte innere Lage in Österreich aufmerksam und wünscht, dass vorläufig keine Waffen mehr nach Österreich exportiert werden. Das EPD verlangt Informationen über die innenpolitische Lage in Österreich.
A	14.11.1929 M	Bern (Britische Gesandtschaft)	Text des britischen Memorandums über die Lage in Österreich.
Anm. 2	2.12.1929 S	EVD (Schulthess) an EPD (Motta)	Das Volkswirtschaftsdepartement erwägt die rechtlichen Aspekte eines Waffenausfuhrverbotes nach Österreich. Nach Ansicht des EVD müsste ein Ausfuhrverbot nicht durch den Bundesrat, sondern durch die Bundesversammlung beschlossen werden.
517	18.11.1929 PB	Wien (Jaeger) an EPD (Motta)	Jaeger berichtet über eine Unterredung mit dem österreichischen Bundeskanzler Schober, der die Lage in Österreich sehr zuversichtlich beurteilt. Schober hält es nicht für notwendig, die Waffenausfuhr aus der Schweiz nach Österreich zu verbieten.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
520	27.11.1929 Az	EPD (Bonna)	Bonna hat dem britischen Geschäftsträger in Bern, Scott, mitgeteilt, der Bundesrat beurteile die innenpolitische Lage in Österreich weniger bedrohlich als die britische Regierung.
18. Persien 18.1. Handels- und Niederlassungsvertrag			
307	10.5.1927 N	Teheran (Pakhravan) an Teheran (Ballerau)	Pakhravan informiert den französischen Geschäftsträger in Teheran über die Entscheidung seiner Regierung, nach Aufhebung der Kapitulationen mit den befreundeten Mächten neue Verträge auszuhandeln. Die französische Botschaft, die die Interessen der Schweiz vertritt, wird gebeten, die schweizerische Regierung entsprechend zu orientieren.
318	13.7.1927 Az	EPD (Bonna)	Bonna hält fest, dass die Schweiz vor allem an der Aufrechterhaltung der Meistbegünstigung interessiert ist.
330	21.9.1927 S	Paris (de Weck) an EPD (Motta)	De Weck orientiert Motta über ein Gespräch mit Charvériat, in dem dieser die Schweiz vor zu grosser Eile im Abschluss von Verträgen mit Persien warnt. Die Schweiz könnte in Konflikt mit den Interessen anderer Staaten geraten.
374	5.3.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat genehmigt den Entwurf zu einem Handels- und Niederlassungsvertrag mit Persien. Das EPD wird beauftragt, aufgrund des Projektes mit der persischen Gesandtschaft in Bern in Verhandlung zu treten.
376	6.3.1928 N	EPD (Motta) an Bern (Schayesteh)	Motta vertritt die Ansicht, es liege im Interesse Persiens und der Schweiz, bis zum Abschluss eines neuen Vertrages weiterhin die Meistbegünstigung anzuwenden, wie sie im schweizerisch-persischen Vertrag von 1873 vorgesehen ist.
401	21.6.1928 S	EPD (Motta) an EVD (Schulthess)	Motta hat den persischen Geschäftsträger in Bern darauf hingewiesen, dass Persien für schweizerische Waren erhöhte Zollabgaben verlangt, während die Schweiz für persische Waren die Meistbegünstigung anwendet. Nach Schayesteh handelt es sich bei der Anwendung erhöhter Zölle für Schweizer Waren um ein Missverständnis.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
406	6.7.1928 N	Bern (Schayesteh) an EPD (Motta)	Schayesteh meldet die Bereitschaft der persischen Regierung, mit der Schweiz ein provisorisches Abkommen abzuschliessen, um negative Auswirkungen der neuen Zollbestimmungen auf schweizerische Waren zu vermeiden.
412	20.7.1928 S	EPD (Dinichert) an Bern (Schayesteh)	Das EPD äussert gegenüber dem persischen Geschäftsträger in Bern den Wunsch, einen Notenaustausch nach dem Vorbild des provisorischen deutsch-persischen Abkommens zu vollziehen.
420	28.8.1928 N	EPD (Motta) an Bern (Schayesteh)	Motta übermittelt Schayesteh den Text der Note zur provisorischen Regelung der schweizerisch-persischen Handelsbeziehungen.
432	26.9.1928 S	EVD (Schulthess) an EPD (Motta)	Schulthess betont das Interesse der Schweiz, mit Persien möglichst bald einen definitiven Vertrag abzuschliessen. Er schlägt vor, die Schweiz möge sich bei zukünftigen Verhandlungen nicht auf den vorgelegten schweizerischen Entwurf stützen, sondern Anlehnung an Verträge Persiens mit anderen Staaten suchen.
19. Polen			
19.1. Handelsbeziehungen und Stabilisierungsanleihe			
292	8.4.1927 Az	EVD (Schulthess)	Schulthess weist Modzelewski darauf hin, dass Polen die der Schweiz zugesicherte Meistbegünstigung nicht respektiert und erwähnt die Möglichkeit, die Frage vor eine Vergleichskommission oder ein Schiedsgericht zu bringen.
316	23.6.1927 Az	EVD (Schulthess)	Schulthess hält fest, der Präsident des Schweizerischen Bankvereins sei bereit, Polen im Verlaufe der weiteren Anleiheverhandlungen an die gerechtfertigten Forderungen der Schweiz zu erinnern.
322	25.7.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, das am 5.7.1927 unterzeichnete polnisch-schweizerische Abkommen über Einfuhrkontingente in dem Sinne zu genehmigen, dass das EVD ermächtigt ist, sich Änderungen vorzubehalten, sobald Polen anderen Ländern weitere oder grössere Einfuhrkontingente einräumt.
335	27.9.1927 S	Warschau (von Segesser) an EVD (Schulthess)	Von Segesser berichtet über eine Anfrage des Direktors der Banker's Trust, ob der schweizerische Gesandte der polnischen Regierung eine Erklärung abgegeben habe, wonach die schweizerische Finanzgruppe

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
336	29.9.1927 S	Warschau (von Segesser) an EVD (Schulthess)	ihre Beteiligung an der Anleihe an Polen von der vorherigen Ratifizierung des Pariser Kontingentsprotokolls vom 6.7.1927 durch die polnische Regierung abhängig macht. Von Segesser erachtet es als nicht im Interesse der Schweiz liegend, die Verspätung Polens in der Ratifizierung des Pariser Protokolls als Anlass für einen Austritt aus der Anleihekombination zu benützen.
342	12.10.1927 S	Warschau (von Segesser) an EVD (Schulthess)	Von Segesser meldet die Genehmigung des Anleihevertrages und die anschliessende Ratifizierung des Pariser Kontingentsabkommens durch die polnische Regierung.
438	6.10.1928 S	Schweizerische Nationalbank an EVD (Schulthess)	Die Nationalbank verwendet sich aus politischen und wirtschaftlichen Interessen für eine Erneuerung der Stabilisierungsanleihe an Polen.
439	8.10.1928 S	Warschau (von Segesser) an EPD (Dinichert)	Von Segesser rät von einer Verquickung der Frage der Erneuerung der Stabilisierungsanleihe an Polen mit den schweizerischen Forderungen im Zusammenhang mit den Obligationen der Bahnlinie Warschau-Wien ab.
441	12.10.1928 S	EPD an Warschau (von Segesser)	Das EPD schliesst sich der Auffassung von Segessers an und verzichtet auf eine Verquickung der Stabilisierungsanleihe an Polen mit den Forderungen im Zusammenhang mit der Bahngesellschaft Warschau-Wien. Bei der Erteilung der Zustimmung zur Anleihe soll die Nationalbank auf die schweizerischen Forderungen hinweisen.
<p><i>Für Auslandsanleihen siehe auch:</i></p> <p>VI. Kapitalexport, Nr. 172, 175, 323, 326.</p>			
<p>19.2. Anerkennung der neuen Regierung</p>			
187	17.5.1926 S	Warschau (von Segesser) an EPD (Motta)	Von Segesser meldet den Rücktritt des Staatspräsidenten Wojciechowski und der Regierung Witos. Die diplomatischen Vertretungen des Auslandes überreichen dem polnischen Aussenministerium Verbalnoten, die den fremden Regierungen freie Hand für die Anerkennung lassen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A	17.5.1926 N	Warschau (Schweizerische Gesandtschaft) an Warschau (Polnisches Aussenministerium)	Text der schweizerischen Note.
188	25.5.1926 S	EPD an Warschau (von Segesser)	Das EPD billigt von Segessers Vorgehen in der Anerkennungsfrage. Die Reaktion der ausländischen diplomatischen Vertretungen beeinflusst nicht die Frage einer de facto oder de iure Anerkennung der neuen polnischen Regierung.
189	28.5.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat ist der Auffassung, es stehe der Aufnahme von Beziehungen zum polnischen Aussenministerium nichts mehr im Wege.
20. Portugal 20.1. Anerkennung der neuen Regierung			
193	14.6.1926 S	Madrid (de Stoutz) an EPD (Motta)	De Stoutz schildert die Lage nach dem Regierungswechsel in Portugal und bittet um Instruktionen bezüglich der Anerkennung. Die Vertreter Schwedens und Norwegens werden Kontakte mit der neuen Regierung aufnehmen.
194	18.6.1926 S	EPD (Motta) an Madrid (de Stoutz)	Motta fordert de Stoutz auf, in der Anerkennungsfrage keine eigene Initiative zu ergreifen und die offizielle Anfrage der portugiesischen Regierung abzuwarten.
21. Rumänien 21.1. Schiedsvertragsverhandlungen			
48	19.5.1925 S	EPD (Motta) an Bukarest (von Salis)	Motta bezeichnet den Vertrag mit Italien vom 20.9.1924 als bestmögliche Lösung eines Schiedsvertrages. Die Schweiz wird bei den Verhandlungen mit Rumänien auch auf weniger weitgehende Vorschläge der rumänischen Regierung eingehen.
84	24.8.1925 Az	EPD (Bonna)	Bonna stellt fest, dass der rumänische Vertragsentwurf den Vorbehalt der Ehre, Unabhängigkeit und der Lebensinteressen enthält. Die Schweiz hat kein Interesse an Verträgen, die den geltenden Prinzipien ihrer Schiedsgerichtspolitik widersprechen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
157	2.2.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Verlauf der Schiedsvertragsverhandlungen mit Rumänien. Der rumänische Vorbehalt bezüglich territorialer Streitigkeiten wird von der Schweiz akzeptiert. Motta wird ermächtigt, den Vertrag so rasch als möglich zu unterzeichnen.
<i>Für die schweizerische Schiedsvertragspolitik allgemein siehe auch:</i>			
IX. Schieds- und Vergleichsverträge, Nr. 459.			
21.2. Stabilisierungsanleihe			
391	18.5.1928 S	EPD (Motta) an Schweizerische Nationalbank	Motta informiert die Nationalbank, die Nichteinhaltung der schweizerisch-rumänischen Abkommen vom 13.6.1924 und 31.1.1925 über die Abtragung der rumänischen Schuldverpflichtungen mache ein Einschreiten der schweizerischen Gesandtschaft in Bukarest nötig. Falls Schweizer Banken eingeladen werden, sich durch Anleihen an der Stabilisierung der rumänischen Währung zu beteiligen, wäre ein Hinweis auf die ungünstigen Erfahrungen mit den genannten Abkommen erwünscht.
405	6.7.1928 S	Schweizerische Nationalbank an Bukarest (Rumänische Nationalbank)	Die schweizerische Nationalbank kann mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung nicht an der Stützungsaktion der rumänischen Währung teilnehmen, wenn Rumänien seinen Verpflichtungen aus den Abkommen vom 13.6.1924 und 31.1.1925 nicht nachkommt.
411	19.7.1928 N	Bukarest (Rumänisches Aussenministerium) an Bukarest (Ritter)	Das rumänische Aussenministerium teilt mit, die Finanzbehörden zu einer beschleunigten Erledigung der Rückzahlungen angehalten zu haben.
426	15.9.1928 S	EPD (Motta) an Bukarest (Ritter)	Motta stellt fest, dass die Schweizerische Nationalbank grundsätzlich zu einer Mitwirkung an der Kreditaktion zugunsten der Rumänischen Nationalbank bereit ist. Eine Beteiligung könnte sich aber nur dann rechtfertigen, wenn die schwebenden finanziellen Angelegenheiten geregelt würden.
431	21.9.1928 N	Bukarest (Schweizerische Gesandtschaft) an Bukarest (Rumänisches Aussenministerium)	Die schweizerische Gesandtschaft in Bukarest teilt dem rumänischen Aussenministerium mit, der Bundesrat begrüsse die Mitwirkung der Schweizerischen Nationalbank und der grossen Schweizer Banken an der internationalen Aktion zur Stabilisierung der rumänischen Währung. Der Bundesrat wünscht aller-

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
434	27.9.1928 N	Bukarest (Rumänisches Aussenministerium) an Bukarest (Schweizerische Gesandtschaft)	<p>dings vorher eine befriedigende Regelung verschiedener finanzieller Fragen zwischen der Schweiz und Rumänien.</p> <p>Das rumänische Aussenministerium stellt die finanzielle Autonomie der rumänischen Städte als Grund für die schleppende Erledigung der schweizerisch-rumänischen Finanzprobleme dar. Die rumänische Regierung bittet den Bundesrat, sich bei der Nationalbank und den grossen Privatbanken für eine Beteiligung an der neuen Anleihe zu verwenden.</p>
442	26.10.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat spricht sich aus politischen Gründen für eine Beteiligung der Nationalbank an der Stabilisierungsaktion zugunsten der rumänischen Währung aus.
<p><i>Für Auslandsanleihen siehe auch:</i></p> <p>VI. Kapitalexport, Nr. 172, 175, 323, 326.</p>			
<p>22. Russland</p>			
<p>22.1. Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen</p>			
14	16.2.1925 PB	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht teilt mit, nach Auffassung von Koerners sei in den nächsten 10 bis 15 Jahren nicht mit einer Änderung des russischen Wirtschaftssystems zu rechnen. Die russische Regierung ist darüber verärgert, dass die Schweiz wieder Altrussen einreisen lässt.
100	8.10.1925 BR Prot.	Bundesrat	Nach einer Meldung des schweizerischen Gesandten in Berlin plant Professor Stein eine Fühlungnahme zwischen Tschitscherin und Rüfenacht. Die Möglichkeit einer Kontaktnahme mit Tschitscherin sollte nicht ausgelassen werden. Bedenken ergeben sich gegen die Vermittlung durch Stein.
101	10.10.1925 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht hat Stein davon in Kenntnis gesetzt, dass der Wunsch nach einer Unterredung von Tschitscherin bzw. der russischen Botschaft ausgehen müsse.
111	5.11.1925 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Nach einer Mitteilung Steins beabsichtigt Tschitscherin, sich vor seiner Rückkehr nach Russland mit Rüfenacht in Verbindung zu setzen. Die Sowjetregierung möchte für den Fall des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund einen Beobachter nach Genf senden.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
114	7.11.1925 S	EPD (Motta) an Berlin (Rüfenacht)	Motta betont, wenn Russland beabsichtigte, einen Beobachter nach Genf zu entsenden, stehe dem von schweizerischer Seite nichts im Wege. Die schweizerisch-russischen Schwierigkeiten dürften keinen Einfluss auf die Beziehungen Russlands zum Völkerbund haben.
115	12.11.1925 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht hat erfahren, dass sich Tschitscherin durch das schweizerische Verlangen, die Initiative zu einer Fühlungnahme müsse von ihm ausgehen, verärgert gezeigt habe. Stresemann hat eine Äusserung Tschitscherins wiedergegeben, wonach Russland nicht in den Völkerbund eintreten werde, solange dessen Sitz in der Schweiz sei.
117	17.11.1925 S	EPD (Motta) an Paris (Dunant)	Motta übermittelt Dunant Instruktionen für den Fall des Versuchs einer Fühlungnahme Rakowskis mit dem schweizerischen Gesandten. Dunant soll keine eigene Initiative ergreifen, eine direkte oder indirekte russische Annäherung aber auch nicht zurückweisen.
119	20.11.1925 S	EPD (Motta) an Berlin (Rüfenacht)	Motta fordert Rüfenacht auf, nähere Angaben über Tschitscherins Aussage einzuholen, wonach Russland nicht in den Völkerbund eintrete, solange dessen Sitz in der Schweiz sei.
121	24.11.1925 S	EPD (Motta) an Paris (Dunant)	Motta teilt Dunant mit, der Bundesrat erachte eine schweizerisch-russische Annäherung als wünschenswert, aber nur unter der Bedingung der Aufhebung des russischen Boykotts gegen die Schweiz und unter der Voraussetzung, dass Russland die Annäherung in die Wege leitet.
131	16.12.1925 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Stresemann hat Rüfenacht bestätigt, er habe die Äusserung Tschitscherins, dass Russland nicht in den Völkerbund eintrete, solange dessen Sitz in Genf sei, ohne besondere Tendenz wiedergegeben. Stresemann erachtet die russischen Drohungen als unsinnig.
134	21.12.1925 B	Genf (Töndury) an EPD (Motta)	Töndury hat gegenüber Krestinski festgestellt, der russische Boykott stelle kein wirkungsvolles Pressionsmittel gegen die Schweiz dar. Krestinski hat verlauten lassen, der russische Boykott werde nur nach einer schweizerischen Entschuldigung für den Mord an Worowski oder nach einer Anerkennung de jure der Sowjetunion aufgehoben.
137	30.12.1925 BR Prot.	Bundesrat	Motta informiert den Bundesrat über die offiziöse Ankündigung der russischen Regierung, wegen der Affäre Worowski nicht an der vorbereitenden Kon-

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
138	30.12.1925 BR Prot.	Bundesrat	ferenz zur Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Das Generalsekretariat des Völkerbundes will sich dafür verwenden, dass diejenigen Völkerbundmitglieder, die Russland anerkannt haben, dieses zur Teilnahme an der Konferenz bewegen sollen. Der Bundesrat nimmt zur Kenntnis, dass die Schweizer Industrie den Verlust des russischen Absatzgebietes schwer empfindet. Von einer Anerkennung Russlands de jure ist aus Rücksicht auf die schweizerische öffentliche Meinung abzusehen.
139	30.12.1925 S	EPD (Motta) an Genf (Drummond)	Motta stellt ein weiteres Mal fest, dass der Einreise russischer Delegierter in die Schweiz keine Hindernisse in den Weg gelegt würden, wie auch immer der Stand der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion sei.
140	2.1.1926 S	Genf (Avenol) an EPD (Motta)	Avenol teilt mit, das Schreiben Mottas vom 30.12.1925 werde im Journal Officiel des Völkerbundes veröffentlicht, und übermittelt dem Vorsteher des EPD ein Schreiben des französischen Aussenministeriums.
A1	26.12.1925 S	Paris (Französisches Aussenministerium) an Genf (Drummond)	Das französische Aussenministerium orientiert Drummond über die Einwände, die die russische Regierung gegen die Entsendung einer Delegation nach Genf vorbringt.
A2	23.12.1925 Az	Moskau (Herbette)	Nach Rakowski ergeben sich für die russische Regierung unter den gegenwärtigen Bedingungen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Entsendung einer Delegation nach Genf.
143	8.1.1926 BR Prot.	Bundesrat	Hennessy übergibt dem EPD ein Pro Memoria über die Bedingungen, unter denen die russische Regierung an der Konferenz in Genf teilnimmt. Der Vorsteher des Politischen Departementes wird ermächtigt, dem französischen Botschafter seinerseits ein Pro Memoria über den schweizerischen Standpunkt zu überreichen.
144	11.1.1926 S	Genf (Direktions- komitee der schwei- zerischen Hilfs- und Kreditorengossen- schaft für Russland) an EPD (Motta)	Das Direktionskomitee der schweizerischen Hilfs- und Kreditorengossenschaft für Russland erachtet den Zeitpunkt für Verhandlungen mit Russland als günstiger denn je.
145	12.1.1926 BR Prot.	Bundesrat	Hennessy übergibt Motta zwei französische Noten-Vorschläge zur Beilegung des russisch-schweizerischen Konfliktes. In der Verhandlung wird beschlossen, die Kontakte nicht abbrechen zu lassen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
146	14.1.1926 S	EPD (Motta) an Genf (Direktions- komitee der schwei- zerischen Hilfs- und Kreditorengossen- schaft für Russland)	Motta stellt fest, dass die Ansichten des Direktions- komitees der schweizerischen Hilfs- und Kreditoren- genossenschaft für Russland in wesentlichen Punkten von denjenigen des Bundesrates abweichen.
147	16.1.1926 BR Prot.	Bundesrat	Motta informiert den Bundesrat über einen neuen französischen Textvorschlag. Der Bundesrat nimmt kleinere Korrekturen vor, zeigt sich aber mit dem Text grundsätzlich einverstanden.
148	19.1.1926 BR Prot.	Bundesrat	Motta orientiert den Bundesrat über einen neuen französischen Vorschlag zur Beilegung des schwei- zerisch-russischen Konfliktes. Die französische Regierung ersucht dringend, eine Lösung zu finden. Ohne Beteiligung Russlands würde die Abrüstungs- konferenz fast wertlos; dazu sei die Stellung von Genf als Völkerbundssitz gefährdet.
A	19.1.1926 M	EPD	Pro Memoria mit den schweizerischen Änderungen zum französischen Textvorschlag vom 18. 1. 1926.
152	24.1.1926 BR Prot.	Bundesrat	Motta informiert den Bundesrat über einen weiteren französischen Vorschlag. Gegen die Stimmen Musys und Chuards, die den Vorschlag vom 19.1.1925 bekräftigt sehen möchten, genehmigt der Bundesrat den Text zu einem weiteren Pro Memoria.
153	26.1.1926 N	Bern (Hennessy) an EPD (Motta)	Hennessy unterbreitet dem Politischen Departement einen neuen französischen Textvorschlag.
A	26.1.1926 N	Bern (Französische Botschaft)	Textvorschlag der französischen Regierung.
155	31.1.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Text des Pro Memoria vom 24. 1. 1926 ist durch die russische Regierung abgelehnt worden. In der Diskussion wird beraten, ob die Verhandlungen weitergeführt werden sollen. Musy ist gegen einen neuen Textvorschlag, da der Bundesrat bereits zu viele Konzessionen gemacht habe.
156	2.2.1926 S	Genf (Staatsrat) an Bundesrat	Der Genfer Staatsrat drückt sein volles Vertrauen aus, der Bundesrat werde eine Lösung finden, die den Interessen Genfs entspricht.
159	5.2.1926 BR Prot.	Bundesrat	Motta orientiert den Bundesrat über eine Note, in der die französische Regierung feststellt, dass keine der Parteien die vorgelegten Textvorschläge akzeptiert habe. Die französische Regierung stellt der Schweiz und Russland weiterhin ihre Dienste zur Verfügung.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A1	5.2.1926 N	Bern (Hennessy) an EPD (Motta)	Der französische Botschafter stellt fest, dass bisher keine Einigung zwischen der Schweiz und Russland zustande gekommen ist. Die französische Regierung bietet der Schweiz weiterhin ihre Dienste an.
A2	5.2.1926 N	EPD (Motta) an Bern (Hennessy)	Der Bundesrat nimmt davon Kenntnis, dass die Verhandlungen in Paris weiterlaufen. Weitere Erklärungen sollen im Verlauf der am 8. Februar beginnenden Session der eidgenössischen Räte abgegeben werden.
162	10.2.1926 S	Genf (de Montenach) an EPD (Dinichert)	De Montenach übermittelt Dinichert ein Telegramm Tschitscherins an den Generalsekretär des Völkerbundes, welches auf einen Brief hinweist, in dem die grundsätzliche Bereitschaft Russlands zur Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz zum Ausdruck kommt.
A	9.2.1926 T	Moskau (Tschitscherin) an Genf (Drummond)	Die russische Regierung wird nur an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz teilnehmen, wenn diese ausserhalb des schweizerischen Territoriums stattfindet.
163	12.2.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat stimmt einem weiteren französischen Textvorschlag zu, beschliesst jedoch, vorläufig erst offiziös zu antworten. Motta wird eine Rede zur Beantwortung der Interpellation Vallotton-Huber im Parlament ausarbeiten.
166	26.2.1926 BR Prot.	Bundesrat	Motta informiert den Bundesrat über eine Aussage des deutschen Gesandten Müller, der von Krestinski erfahren hat, Russland habe die Verhandlungen abgebrochen, weil die Schweiz es ablehne, den Mord an Worowski aufrichtig zu bedauern und weil keine Einigung in der Entschädigungsfrage erzielt worden sei.
169	10.3.1926 S	Genf (Töndury) an EPD (Motta)	Töndury übermittelt Motta ein Exposé seiner Ansichten über die russische Frage.
A	10.3.1926 M	Genf (Töndury)	Töndury vertritt die Auffassung, dass einer Anerkennung Russlands keine politischen Gründe mehr entgegenstehen. Die Schweiz sollte sich im Austausch gegen die Anerkennung positive wirtschaftliche Zusicherungen geben lassen.
184	30.4.1926 Az	EPD (Bonna)	Bonna skizziert die Instruktionen des EPD an die schweizerischen Gesandtschaften betreffend den Umgang mit sowjetischen Diplomaten im Ausland. An die schweizerischen Gesandtschaften geht die Aufforderung, weder offizielle noch offiziöse oder private Kontakte mit russischen Vertretern aufzunehmen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
231	1.12.1926 S	EPD (Motta) an Genf(de Montenach)	Motta zeigt sich erstaunt über die Möglichkeit einer holländischen Initiative zur Verlegung der Wirtschaftskonferenz nach Amsterdam.
232	1.12.1926 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Nach von Schubert ist die deutsche Regierung daran interessiert, dass Russland an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz teilnimmt. Eine Beilegung des schweizerisch-russischen Streitfalles sei erwünscht.
235	4.12.1926 S	Genf(de Montenach) an EPD (Motta)	De Montenach hat Drummond Mottas Brief vom 1. 12. 1926 vorgelegt. Drummond äussert seine Meinung in Form von Randnotizen.
A	4.12.1926 Az	Genf (Drummond)	Der Versuch, die Konferenz nach Amsterdam zu verlegen, hat nach Auffassung Drummonds wenig Chancen.
236	6.12.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat erachtet Schritte des Völkerbundesrates oder des Generalsekretärs in der Frage der russischen Präsenz in Genf als unangebracht. Hingegen würden die guten Dienste eines Drittstaates nicht zurückgewiesen.
237	7.12.1926 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht hat erfahren, dass Japan eventuell seine guten Dienste für die Schlichtung des schweizerisch-russischen Konfliktes anbieten wird. Tschitscherin hat sich auf einem Pressempfang unfreundlich über die Schweiz geäussert.
238	8.12.1926 S	EPD (Motta) an Berlin (Rüfenacht)	Motta orientiert Rüfenacht über die Bereitschaft des Bundesrates, die guten Dienste Japans in Anspruch zu nehmen. Die einfachste Lösung des Konflikts wäre die, wenn Russland den Boykott und die Schweiz die Grenzsperrre aufheben würde.
239	15.12.1926 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	In einem Gespräch mit Rüfenacht hat sich von Schubert erstaunt darüber gezeigt, dass der japanische Vertreter in Genf den erwarteten Schritt nicht unternommen hat. Von Schubert hat den Eindruck gewonnen, dass Tschitscherin eine Beilegung des Konfliktes wirklich wünsche.
244	28.1.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt zur Kenntnis, dass nach Meinung Wolfers der Augenblick für eine Beilegung des schweizerisch-russischen Konfliktes günstig sei. Durch die Vermittlung eines deutschen Journalisten in Moskau könnten die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
246	31.1.1927 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht bezweifelt, ob Russland wirklich Gewicht auf eine Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz legt. Die Gesandten Estlands und Litauens vertreten die Ansicht, Russland sei froh, den Konflikt mit der Schweiz als Vorwand für sein Fernbleiben benützen zu können.
250	9.2.1927 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht hat erfahren, Scheffer habe gegenüber dem russischen Botschaftsrat in Berlin angetönt, die Schweiz würde es bedauern, wenn Russland die Weltwirtschaftskonferenz nicht beschicken würde.
251	9.2.1927 S	Genf(de Montenach) an EPD (Motta)	De Montenach meint, aus Gründen der Höflichkeit sei es angebracht, Paris über die Absichten der deutschen Regierung in der schweizerisch-russischen Frage auf dem Laufenden zu halten.
254	13.2.1927 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht teilt mit, Scheffer habe auf der russischen Botschaft erfahren, Russland sei zur Wiederaufnahme von Verhandlungen bereit, wolle diese aber direkt, ohne Vermittlung einer dritten Macht, führen.
255	15.2.1927 S	EPD (Motta) an Berlin (Rüfenacht)	Der Bundesrat vertritt die Ansicht, dass allfällige Verhandlungen in Berlin über Rüfenacht laufen müssten. Der schweizerische Standpunkt hat sich nicht geändert. Eine Anerkennung Russlands de jure kommt nicht in Frage.
262	23.2.1927 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht meldet, er werde am 9. März zur Entgegennahme von Instruktionen in Bern eintreffen.
263	25.2.1927 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht gibt die Auffassung von Schuberts wieder, wonach die Meldung von einer Vermittlung Japans im schweizerisch-russischen Konflikt einem Missverständnis entsprungen sei. Die deutsche Regierung hat weiterhin grosses Interesse an einer Beilegung des Konfliktes.
268	11.3.1927 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat bespricht die einzelnen Punkte der Richtlinien, von denen sich der schweizerische Unterhändler leiten lassen soll.
273	16.3.1927 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht orientiert Motta über das erste Treffen mit dem russischen Botschafter in der Wohnung von Geheimrat Deutsch. Der Versuch einer Lösung des Konfliktes durch gegenseitiges Fallenlassen der Boykottmassnahmen und ohne Erwähnung des Falles Worowski ist gescheitert.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
279	23.3.1927 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	In der zweiten Besprechung zwischen Rüfenacht und dem russischen Botschafter äussert dieser sein Befremden darüber, dass die Schweiz den Grundsatz der Beihilfe an die Tochter Worowskis, den sie im Januar 1926 offeriert hatte, nun verweigere. Andererseits beharre die Schweiz nun auf der Erneuerung des Protestes, wovon damals nicht die Rede gewesen sei.
A	23.3.1927 N	Berlin (Russische Botschaft)	Russischer Textvorschlag vom 23. 3. 1927.
282	25.3.1927 S	EPD (Motta) an Berlin (Rüfenacht)	Motta teilt dem schweizerischen Gesandten mit, dass die Delegation für Auswärtiges seine Handlungsweise billige. Auf der Erneuerung des Protestes des Bundesrates wird nicht weiter beharrt.
285	31.3.1927 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht stellt fest, dass sich in der Fortsetzung der Verhandlungen die Lage bis zur Gefahr eines Scheiterns verschlechtert habe. Der Vorschlag, den Protest fallenzulassen, wenn Russland auf die Erwähnung der Beihilfe verzichtet, wird abgelehnt. Russland schlägt vor, auf die Formel vom 31. 1. 1926 zurückzugreifen.
290	5.4.1927 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht meldet die Fortsetzung der Verhandlungen mit Russland auf der Grundlage der Formel vom 31. 1. 1926. Der schweizerische Gesandte hat zur Beilegung des Konfliktes zwei Formeln ausgearbeitet und bittet Motta um weitere Instruktionen.
A	5.4.1927 Entwurf	Berlin (Rüfenacht)	Zwei Textvorschläge (Formel A und B) Rüfenachts zur Beilegung des schweizerisch-russischen Konfliktes.
295	12.4.1927 BR Prot.	Bundesrat	Nach Ansicht Rüfenachts verlegt sich die russische Regierung auf eine Taktik, die darauf hinzielt, alle bisherigen Ergebnisse in Frage zu stellen. Der schweizerische Gesandte hat Krestinski über die Annahme der Formel B als äusserstes Entgegenkommen der Schweiz orientiert. Keine Zustimmung zur neuen Formel durch Musy.
298	14.4.1927 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht teilt mit, dass sich Krestinski mit der Formel vom 9.4.1927 persönlich einverstanden erklärt habe. Der russische Botschafter glaubt, zur Unterzeichnung ermächtigt zu sein. Kopien der ausgehandelten Noten sind ausgetauscht worden.
A1	14.4.1927 N	Berlin	Protokoll über den Notenaustausch zur Beilegung des schweizerisch-russischen Konfliktes.
A2	14.4.1927 N	Berlin	Note zur Beilegung des schweizerisch-russischen Konfliktes.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
299	15.4.1927 S	Berlin (Rüfenacht) an EPD (Motta)	Rüfenacht orientiert Motta über das Eintreffen der russischen Ratifikation. Damit ist der Notenwechsel vom 14. 4. 1927 endgültig vollzogen.
300	16.4.1927 S	EPD (Dinichert) an Berlin (Rüfenacht)	Dinichert bestätigt den Empfang der Aufzeichnungen Rüfenachts über die abgeschlossene Übereinkunft mit Russland.
302	21.4.1927 Rund- schreiben	EPD (Dinichert) an Schweizerische Gesandtschaften	Das EPD orientiert die schweizerischen Gesandtschaften über den Notenwechsel vom 14.4.1927, durch den der schweizerisch-russische Konflikt beigelegt worden ist. Noch lässt sich wenig über eventuelle Auswirkungen des Notenwechsels sagen.
304	25.4.1927 S	Berlin (Rüfenacht) an HA (Stucki)	Rüfenacht meldet, zahlreiche Schweizer Firmen hätten sich bei der Gesandtschaft in Berlin erkundigt, wie sie die Handelsbeziehungen mit Russland wieder aufnehmen könnten. Der schweizerische Gesandte vertritt die Ansicht, der Geschäftsverkehr habe sich auf privater Basis abzuwickeln.
<p><i>Für Fragen der schweizerisch-russischen Beziehungen und der russischen Präsenz beim Völkerbund siehe auch:</i></p> <p>II.3. Internationale Wirtschaftsabkommen, Nr. 228, 230, 234. III.23.1. Schweden, Nr. 161.</p>			
<p>23. Schweden 23.1. Allgemeine Beziehungen</p>			
161	10.2.1926 PB	Stockholm (Lardy) an EPD (Motta)	Lardy gibt den Inhalt einer Unterredung mit Aussenminister Uden über den schweizerisch-russischen Konflikt und das Problem der ständigen Ratssitze im Völkerbund wieder.
<p>24. Spanien 24.1. Handelsvertragsverhandlungen</p>			
317	12.7.1927 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess informiert den Bundesrat über die spanische Note vom 17.6.1927 betreffend die Revision aller bestehenden schweizerisch-spanischen Handelsübereinkommen. Der Bundesrat beschliesst, der spanischen Regierung mitzuteilen, dass nach schweizerischer Auffassung die spanischen Begehren einseitig zugunsten Spaniens lauten.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
339	6.10.1927 S	EVD (Schulthess) an Bern (Spanische Gesandtschaft)	Schulthess teilt der spanischen Gesandtschaft mit, die schweizerische Regierung sei nicht gewillt, die ungleichen Vorschläge Spaniens zu akzeptieren. Nach Auffassung Schulthess' widersprechen die spanischen Vorschläge dem Geist der Resolutionen der internationalen Wirtschaftskonferenz von Genf.
359	13.1.1928 N	Bern (Spanische Gesandtschaft) an EVD (Schulthess)	Die Spanische Regierung lehnt die schweizerischen Revisionsvorschläge ab und droht mit der Kündigung der Handelsübereinkunft vom 15. 5. 1922.
364	10.2.1928 S	Madrid (de Stoutz) an HA (Stucki)	De Stoutz informiert Stucki über den neuen spanischen Zolltarif, der im Frühjahr 1929 in Kraft treten soll.
368	15.2.1928 S	EVD (Schulthess) an Madrid (de Stoutz)	Schulthess äussert Bedenken in bezug auf persönliche Aussagen des schweizerischen Gesandten gegenüber Castedo. Der Bundesrat bleibt bei seiner ablehnenden Haltung in der Frage der Handelsübereinkunft. Weitere Konzessionen der Schweiz sind nicht zu erwarten.
369	22.2.1928 Az	EVD (Péquignot)	Péquignot hält die Instruktionen fest, die de Stoutz in Paris von Stucki, Laur und Wetter empfangen hat.
409	16.7.1928 S	HA (Stucki) an Madrid (de Stoutz)	Stucki lehnt Verhandlungen auf der Grundlage der spanischen Note vom 7.7.1928 ab. Spanien hat darin die Beibehaltung der schweizerischen Zollbindungen bei gleichzeitiger Aufhebung der spanischen Bindungen gefordert.
453	4.1.1929 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beauftragt de Stoutz, der spanischen Regierung mitzuteilen, die Schweiz sei bereit, den spanischen Vorschlag bezüglich Herabsetzung des Käsezolls zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen.
Anm. 7	22.1.1929 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat stellt fest, dass das ausgehandelte Abkommen zwar als Modus vivendi zur Abänderung der Handelsübereinkunft von 1922 bezeichnet werde, dass es jedoch nicht als Zusatzabkommen, sondern als neuer Vertrag zu betrachten sei.
24.2. Schiedsvertrag			
13	11.2.1925 N	Madrid (Espinosa de Monteros) an Madrid (Mengotti)	Die spanische Regierung erklärt sich bereit, Schiedsvertragsverhandlungen mit der Schweiz aufzunehmen und schlägt vorerst konsultative Gespräche vor.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
17	2.3.1925 M	Madrid (Schweizerische Gesandtschaft) an Madrid (Spanisches Staatsministerium)	Die schweizerische Regierung akzeptiert die spanischen Vorschläge und unterbreitet einen Vertragsentwurf.
A	27.3.1925 M	Madrid (Spanisches Staatsministerium) an Madrid (Schweizerische Gesandtschaft)	Die spanische Regierung bedauert, keinen Schiedsvertrag von so grosser Reichweite unterzeichnen zu können, wie ihn der schweizerische Entwurf vorsieht.
79	11.8.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt vom bisherigen Verlauf der schweizerisch-spanischen Schiedsvertragsverhandlungen Kenntnis und genehmigt den vorgelegten Vertragsentwurf.
<i>Für die schweizerische Schiedsvertragspolitik allgemein siehe auch:</i>			
IX. Schieds- und Vergleichsverträge, Nr. 459.			
25. Tschechoslowakei 25.1. Handelsvertragsverhandlungen			
45	13.5.1925 At	EVD (Schulthess)	Schulthess orientiert den Bundesrat über die Möglichkeit von Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei. Der bestehende Meistbegünstigungsvertrag soll im Interesse beider Länder ergänzt werden. Der Vorsteher des EVD legt die Richtlinien für die schweizerische Verhandlungsdelegation dar.
71	21.7.1925 BR Prot.	Bundesrat	Das EVD orientiert den Bundesrat über die Schwierigkeiten formeller Art in den Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei. Die tschechoslowakische Regierung wünscht die Regelung verschiedener wichtiger Bestimmungen über Ein- und Ausfuhrfreiheit ausserhalb des Abkommens durch Notenaustausch.
135	22.12.1925 S	HA (Stucki) an Prag (Déteindre)	Stucki meldet die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei. Der bisherige Handelsverkehr zwischen der Tschechoslowakei und der Schweiz zeigt für letztere ein überaus ungünstiges Bild.
151	22.1.1926 S	Prag (Déteindre) an HA (Stucki)	Déteindre weist auf das gewaltige Passivum der Schweiz in der Handelsbilanz mit der Tschechoslowakei hin und stellt fest, dass dieses Passivum hauptsächlich auf dem Import tschechoslowakischen Zuckers basiert.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
224	9.10.1926 BR Prot.	Bundesrat	Die schweizerische Delegation zeigt sich über den unbefriedigenden Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei enttäuscht. Das EVD vertritt die Auffassung, dass der Augenblick gekommen sei, den bestehenden Meistbegünstigungsvertrag zu kündigen.
229	30.11.1926 At	EVD (Schulthess)	Schulthess teilt mit, die tschechoslowakische Handelsvertragsdelegation sei mit neuen Instruktionen in Zürich eingetroffen. Von der Kündigung des Meistbegünstigungsvertrages wird deshalb vorläufig Umgang genommen.
241	17.1.1927 BR Prot.	Bundesrat	Das EVD informiert über den weiteren Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei. Die tschechoslowakische Delegation hat allen schweizerischen Vorschlägen bis auf zwei Ausnahmen zugestimmt.
247	8.2.1927 BR Prot.	Bundesrat	Schulthess stellt fest, dass sich die Vertreter der Tschechoslowakei in der Frage des Stickereizolles sehr hart zeigten. Der Vorsteher des EPD will sich in der Angelegenheit direkt an Benesch wenden. Schweizerischerseits sind keine neuen Konzessionen vorgesehen.
248	8.2.1927 S	EPD (Motta) an Prag (Benesch)	Motta informiert Benesch über die Schwierigkeiten in den schweizerisch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen und bittet den tschechoslowakischen Aussenminister um eine Intervention zugunsten der Schweiz.
261	22.2.1927 S	Prag (Benesch) an EPD (Motta)	Benesch bestätigt, die tschechoslowakische Handelsdelegation angewiesen zu haben, nichts zu unterlassen, um zu einem befriedigenden Vertragsabschluss zu gelangen.
25.2 Schiedsvertrag			
487	29.6.1929 At	EPD (Motta)	Das EPD legt dem Bundesrat das Projekt eines Schiedsvertrages mit der Tschechoslowakei vor, das als Basis für die bevorstehenden Verhandlungen dienen soll.
<i>Für die schweizerische Schiedsvertragspolitik allgemein siehe auch:</i>			
IX. Schieds- und Vergleichsverträge, Nr. 459.			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
26. Türkei			
26.1. Allgemeine Beziehungen			
3	12.1.1925 S	EPD (Motta) an Vorort	Das EPD vertritt die Auffassung, die Errichtung einer schweizerischen Vertretung in der Türkei komme erst nach der Annahme des im Entwurf vorliegenden Freundschafts- und Niederlassungsvertrages sowie des dazugehörenden Handelsabkommens durch die türkische Regierung in Frage.
29	28.3.1925 Az	EPD (Dinichert)	Obwohl die schweizerische Regierung einen Freundschaftsvertrag mit der Türkei als überflüssig betrachtet, ist sie zur Unterzeichnung eines solchen Vertrages bereit, wenn die Schweiz und die Türkei gleichzeitig einen Notenaustausch bezüglich Meistbegünstigung vornehmen.
177	8.4.1926 Az	EVD (Schulthess)	Schulthess lässt gegenüber Kiamil verlauten, die Schweiz sei bereit, eine Sonderdelegation zur Aushandlung von Freundschafts-, Niederlassungs- und Handelsverträgen nach Ankara zu senden. Die Schweiz erwartet eine provisorische Verlängerung der Meistbegünstigung.
220	1.10.1926 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt die provisorische Verlängerung der Meistbegünstigung mit der Türkei zur Kenntnis. Der Rat erteilt Martin die Vollmacht zu Handelsvertragsverhandlungen.
274	18.3.1927 S	EPD (Motta) an EVD (Schulthess)	Motta stellt fest, dass die schweizerisch-türkischen Handelsvertragsverhandlungen an der Schiedsklausel zu scheitern drohen. Nach Auffassung Stuckis stellt die Schiedsklausel keine Bedingung für einen Vertragsabschluss dar.
283	28.3.1927 S	EPD (Motta) an Konstantinopel (Martin)	Das EPD begrüsst die Weiterführung getrennter Niederlassungs- und Handelsvertragsverhandlungen in Bern. Falls die türkische Regierung die Schiedsklausel nicht akzeptieren sollte, wäre die Schweiz zu getrennten Schiedsvertragsverhandlungen bereit.
296	13.4.1927 S	HA (Stucki) an Ankara (Martin)	Stucki erklärt sich in Übereinstimmung mit dem EPD damit einverstanden, dass die Schiedsklausel des schweizerischen Handelsvertragsentwurfes wegfällt.
394	25.5.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst die Umwandlung der schweizerischen Mission in der Türkei in eine Gesandtschaft. Martin wird zum schweizerischen Gesandten ernannt.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
27. Uruguay			
27.1. Allgemeine Beziehungen			
214	25.8.1926 PB	Buenos Aires (Egger) an EPD (Motta)	Egger berichtet über die diplomatische Anerkennung der Sowjetunion durch Uruguay.
28. USA			
28.1. Allgemeine Beziehungen			
482	13.6.1929 PB	Washington (Peter) an EPD (Motta)	Peter berichtet über eine Rede Hoovers vor dem Kongress, in der sich der amerikanische Präsident für eine begrenzte Revision des Zolltarifs einsetzt.
515	25.10.1929 PB	Washington (Peter) an EPD (Motta)	Peter informiert das EPD über die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten nach dem Börsenkrach von New York.
28.2. Handels- und Freundschaftsvertrag			
209	28.7.1926 S	EPD (Dinichert) an EVD (Schulthess)	Dinichert wirft die Frage auf, ob weiterhin auf die amerikanische Beantwortung des schweizerischen Vorstosses von 1923 betreffend Abschluss eines Freundschafts- und Handelsvertrages gewartet, oder ob ein neuer Vorstoss in dieser Richtung unternommen werden soll.
210	4.8.1926 S	HA (Hotz) an EPD (Dinichert)	Hotz betont das schweizerische Interesse an einem Freundschafts- und Handelsvertrag mit den USA, um der Schweiz auf dem amerikanischen Markt wiederum die Meistbegünstigung zu sichern.
211	7.8.1926 N	EPD an Bern (Amerikanische Gesandtschaft)	Das EPD teilt der amerikanischen Gesandtschaft mit, der Bundesrat sei grundsätzlich zu Handelsvertragsverhandlungen mit den USA auf der Basis der Meistbegünstigung bereit.
331	21.9.1927 S	HA (Stucki) an EPD (Dinichert)	Stucki befürwortet die Behandlung der eigentlichen handelsvertraglichen Bestimmungen in einer besonderen Übereinkunft. Dabei kommt für ihn nur ein Meistbegünstigungsvertrag ohne Tarifabreden in Frage.
337	30.9.1927 S	EJPD (Häberlin) an EPD (Motta)	Das EJPD befürwortet eine Trennung der Behandlung von Niederlassungs- und Handelsfragen. Es setzt sich dafür ein, nicht auf der Basis des vorgelegten amerikanischen Projektes zu verhandeln, sondern einen schweizerischen Gegenentwurf vorzulegen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
340	7.10.1927 S	EPD (Motta) an EJPD (Häberlin)	Motta weist auf das Einverständnis des EVD hin, mit den USA zwei getrennte Verträge, einen Handelsvertrag und einen Freundschaftsvertrag auszuhandeln. Das EPD wird den Entwurf zu einem Freundschaftsvertrag ausarbeiten, der dem amerikanischen Projekt Rechnung trägt.
375	5.3.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, der amerikanischen Gesandtschaft die getrennten Entwürfe zu je einem Handels- und Freundschaftsvertrag vorzulegen.
A	5.3.1928	Bundesrat	Text des Protocole final.
476	18.5.1929 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, die amerikanische Regierung durch den schweizerischen Gesandten auf die beträchtlichen Nachteile hinzuweisen, die der neue amerikanische Zolltarif für die Schweiz mit sich bringt.
28.3 Schiedsvertrag			
245	30.1.1927 Az	EPD (Gorgé)	Gorgé hält fest, der angestrebte Beitritt der USA zum Internationalen Gerichtshof werfe die Frage auf, ob nicht der Moment zur Wiederaufnahme von Schiedsvertragsverhandlungen gekommen sei.
371	25.2.1928 S	Bern (Amerikanische Gesandtschaft) an EPD (Motta)	Wilson bezieht sich auf eine Unterredung mit Motta über den abzuschliessenden Schiedsvertrag und verlangt Auskünfte über den Artikel 435 des Versailler Vertrages und die Verpflichtungen der Unterzeichner gegenüber der Schweiz.
382	2.4.1928 N	Washington (Staatsdepartement) an Washington (Schweizerische Gesandtschaft)	Kellogg übermittelt der schweizerischen Gesandtschaft den Entwurf zu einem einfachen Schiedsvertrag, der die nachträgliche Ratifizierung des Bryan-Vertrages vom 13.2.1914 beinhaltet und durch ein Vergleichsverfahren ergänzt wird.
A	2.4.1928 N	Washington (Staatsdepartement)	Vertragsentwurf des Staatsdepartements.
384	3.4.1928 S	Washington (Lardy) an EPD (Dinichert)	Lardy stellt fest, der amerikanische Vertragsentwurf beinhalte keineswegs das Prinzip der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit für alle juristischen Streitfälle. Da es sich um einen Vertrags-Typ handle und die Schweiz bereits der vierzehnte Staat sei, mit dem die USA verhandeln, wären Gegenvorschläge aussichtslos.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
392	21.5.1928 At	EPD (Motta)	Motta beurteilt das amerikanische Schiedsvertragsprojekt kritisch und wägt die Interessen der Schweiz ab, ein Abkommen von so geringer Tragweite zu unterzeichnen. Das EPD schlägt dem Bundesrat vor, der amerikanischen Regierung ein Gegenprojekt vorzulegen.
A	21.5.1928 Entwurf	EPD	Text des schweizerischen Gegenentwurfes.
397	5.6.1928 S	EPD (Motta) an Washington (Peter)	Motta betont, die Schweiz werde nicht, wie Italien und Deutschland, die amerikanischen Vorschläge vollumfänglich akzeptieren, da diese beiden Länder aus Gründen der Opportunität gehandelt hätten. Falls die amerikanische Regierung nicht auf den schweizerischen Gegenvorschlag eingeht, wird der Bundesrat eine Haltung einnehmen, die dem Abbruch der Verhandlungen gleichkommt.
421	29.8.1928 S	Washington (Peter) an EPD (Motta)	Peter teilt mit, eine amerikanische Antwort auf den schweizerischen Gegenvorschlag sei erst im September zu erwarten. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Norwegens haben ihre Vorbehalte zurückgezogen und die amerikanischen Vorschläge vollumfänglich angenommen.
464	27.2.1929 S	EPD (Motta) an Washington (Lardy)	Motta stellt fest, dass die Resultate der Panamerikanischen Konferenz zu einer völligen Neuorientierung der amerikanischen Schiedsgerichtspolitik geführt haben. Das EPD will vorerst die offizielle amerikanische Reaktion auf den schweizerischen Gegenvorschlag vom 6. 1928 abwarten.
<p><i>Für die schweizerische Schiedsvertragspolitik allgemein siehe auch:</i></p> <p>IX. Schieds- und Vergleichsverträge, Nr. 459.</p>			
<p>28.4. Sequester</p>			
362	17.1.1928 N	Washington (Peter) an Washington (Kellogg)	Die schweizerische Gesandtschaft fordert Staatssekretär Kellogg auf, gestützt auf den schweizerisch-amerikanischen Vertrag vom 25.11.1850 Schritte zum Schutze schweizerischer Gesellschaften vor amerikanischen Beschlagnahmungen im Rahmen der Alien Property Return Bill zu unternehmen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
399	15.6.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat stellt fest, dass schweizerische Gesellschaften, die durch die amerikanischen Behörden aufgrund der Alien Property Return Bill als feindlich behandelt werden, auch weiterhin auf die ausdrückliche diplomatische Unterstützung der eidgenössischen Behörden zählen können.

IV. ASYLFRAGEN

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
303	22.4.1927 S	EJPD (Häberlin) an Zürich (Nobs)	Das EJPD äussert sich zur Frage der Asylgewährung und betont, dass die Schweiz Ausländern, die im Heimatland aus politischen Gründen eine strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen haben, in der Regel Asyl gewährt.

V. INTERNATIONALE ZAHLUNGSBANK IN BASEL

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
474	14.5.1929 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat erklärt sich zu fiskalischen Konzessionen bereit, um die Niederlassung der Internationalen Zahlungsbank in der Schweiz zu ermöglichen.
496	15.8.1929 PB	Den Haag (de Pury) an EPD (Motta)	De Pury meldet das Interesse Hollands am Sitz der Internationalen Zahlungsbank.
Anm. 2	20.8.1929 PB	Den Haag (de Pury) an EPD (Motta)	De Pury wägt die Chancen der Schweiz ab, Sitz der Internationalen Zahlungsbank zu werden. Der schweizerische Gesandte erachtet die Aussichten als gut.
514	22.10.1929 BR Prot.	Bundesrat	Motta gibt die Auffassung Bachmanns bekannt, wonach sich die Auseinandersetzung um den Sitz der Internationalen Zahlungsbank nur noch zwischen der Schweiz und Holland abspielt. Motta versucht eine Intervention Italiens zugunsten der Schweiz zu erwirken.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
525	31.12.1929 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat erwartet die Entscheidung um den Sitz der Internationalen Zahlungsbank in der zweiten Januarwoche. Vorsorglicherweise wird eine Delegation bestehend aus Bachmann, Burckhardt, Blau und Frölicher gebildet.

VI. KAPITALEXPORTE

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
172	23.3.1926 S	Schweizerische Nationalbank (Bachmann) an EFZD (Musy)	Bachmann regt eine Besprechung mit dem Vorstand der Bankiervereinigung zwecks Absprache der schweizerischen Anleihepolitik an. Grund für das Vorgehen ist der Umstand, dass Grossbanken erhebliche Engagements bei ausländischen Anleihen eingehen, ohne die Nationalbank zu verständigen.
175	29.3.1926 S	EFZD (Musy) an Schweizerische Nationalbank	Musy ist nicht davon überzeugt, dass die Kenntnis der ausländischen Emissionen der Grossbanken der Nationalbank in ihrer Devisenpolitik nützlich ist. Er erachtet den gegenwärtigen Zeitpunkt für eine Konferenz mit den Bankenvertretern als ungünstig.
323	3.8.1927 S	EFZD (Musy) an Kartell der schweizerischen Banken	Musy regt an, die Auslandsanleihen der Grossbanken durch ein Bankenkartell zu zentralisieren, um so eine Kontrolle der Anleihen zu ermöglichen.
326	18.8.1927 S	Schweizerische Bankgesellschaft an EFZD (Musy)	Die Schweizerische Bankgesellschaft vertritt die Auffassung, die Nachteile einer Kontrolle der Auslandsanleihen durch ein Bankenkartell würden die Vorteile bei weitem Überwiegen.
<p><i>Für Anleihen an einzelne Länder und weitere Stabilisierungsaktionen siehe auch:</i></p> <p>III. 3.3. Belgien, Nr. 104. III. 8.4. Frankreich, Nr. 16, 212, 213. III. 17.2. Österreich, Nr. 19, 43, 50, 126, 142, 352, 355, 415. III. 19.1. Polen, Nr. 316, 335, 336, 342, 438, 439, 441. III. 21.2. Rumänien, Nr. 391, 405, 411, 426, 431, 434, 442.</p>			

VII. REVISION DES GOTTHARDVERTRAGES

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
12	9.2.1925 S	Rom (Wagnière) an Rom (Mussolini)	Wagnière bittet Mussolini, die Möglichkeit einer Revision des Gotthardvertrages von 1909 zu prüfen.
76	1.8.1925 S	Rom (Wagnière) an EPD (Motta)	Wagnière hat von Mussolini die Zusicherung einer baldigen Prüfung der Frage der Revision des Gotthardvertrages erhalten.
435	2.10.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat berät die Bedingungen einer Kündigung des Gotthardvertrages.

VIII. RHEINZENTRAALKOMMISSION

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
28	19.3.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt Kenntnis von der ablehnenden Haltung, die die französische Abordnung gegenüber dem schweizerischen Projekt zur Regulierung des Rheins einnimmt. Der Rat empfiehlt äusserste Vorsicht im weiteren Vorgehen.
293	8.4.1927 BR Prot.	Bundesrat	Motta orientiert den Bundesrat über die schweizerisch-deutschen Verhandlungen betreffend die Kostenverteilung der Rheinregulierung zwischen Basel und Strassburg.
387	20.4.1928 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt Kenntnis von den Abmachungen zwischen der Schweiz und Deutschland in der Frage der Rheinregulierung. Der Rat betrachtet eine prozentuale und erhebliche Beteiligung der interessierten Kantone als eine notwendige Voraussetzung für den Abschluss eines Vertrages mit Deutschland und Frankreich.
398	7.6.1928 N	EPD an Bern (Französische Botschaft)	Das EPD orientiert die französische Regierung über die Ergebnisse der schweizerisch-deutschen Verhandlungen in der Frage der Rheinregulierung.
443	27.10.1928 S	EDI (Chuard) an EPD (Motta)	Chuard gibt Ausführungen zu den Schreiben der Kantone Baselstadt und Baselland betreffend die Beteiligung an den Kosten der Rheinregulierung. Der Beitrag von Baselstadt sollte von 4 Mio auf 6 Mio erhöht werden. Auf einen Beitrag des Kantons Baselland ist zu verzichten.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
446	16.11.1928 N	Bern (Französische Botschaft) an EPD	Die französische Regierung teilt mit, sie betrachte aufgrund der Resolution vom 29.4.1925 den Abschluss eines schweizerisch-deutschen Abkommens als Voraussetzung für Verhandlungen zwischen allen drei an der Rheinregulierung beteiligten Staaten.
447	17.11.1928 S	Rheinzentral- kommission (Herold) an EPD (Motta)	Herold berichtet über die Besprechungen mit den deutschen und französischen Delegierten der Rheinzentralkommission. Er erachtet als einzige mögliche Lösung eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland.
468	12.4.1929 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat nimmt vom erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit Deutschland in der Frage der Rheinregulierung Kenntnis. Die schweizerische und die deutsche Regierung werden gemeinsam an die französische Regierung gelangen.
519	25.11.1929 S	Rheinzentral- kommission (Herold) an EPD (Motta)	Herold erstattet Bericht über die schweizerisch-deutsch-französischen Verhandlungen betreffend die Ausführung der Rheinregulierung zwischen Istein und Strassburg.

IX. SCHIEDS- UND VERGLEICHsverträge, ALLGEMEINES

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
459	6.2.1929 Rund- schreiben	EPD (Dinichert) an die Schweizerischen Gesandtschaften	Rundschreiben des Politischen Departementes über die Grundzüge der schweizerischen Schiedsvertragspolitik.
<p><i>Für die Schiedsvertragsverhandlungen mit einzelnen Ländern siehe auch:</i></p> <p>III. 3.2. Belgien, Nr. 10, 122, 127, 164, 178, 225. III. 6.2. Deutschland, Nr. 32, 33, 34, 36, 367, 388, 393. III. 10.1. Grossbritannien, Nr. 46, 52, 61, 123, 132, 503, 507, 508, 509. III. 16.2. Niederlande, Nr. 55. III. 21.1. Rumänien, Nr. 48, 84, 157. III. 24.2. Spanien, Nr. 13, 17, 79. III. 25.2. Tschechoslowakei, Nr. 487. III. 28.3. USA, Nr. 245, 371, 382, 384, 392, 397, 421, 464.</p>			

X. SOZIALISTISCHE ARBEITERINTERNATIONALE

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
89	1.9.1925 BR Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat sieht keinen Grund, der Übersiedlung des Sekretariats der Sozialistischen Internationale in die Schweiz Schwierigkeiten in den Weg zu legen.
366	15.2.1928 S	EJPD (Häberlin) an Zürich (Kaufmann)	Häberlin weist auf den Standpunkt des Bundesrates hin, die Teilnehmer an Sitzungen des Exekutivkomitees der Sozialistischen Internationale hätten sich der politischen Tätigkeit ausserhalb der Konferenz zu enthalten.

XI. ÜBERWACHUNG VON ANARCHISTEN

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
18	3.3.1925 BR Prot.	Bundesrat	Häberlin orientiert den Bundesrat über den Stand der Verhandlungen mit Frankreich betreffend den Austausch von Informationen über Anarchisten und Kommunisten.
30	2.4.1925 S	EJPD (Häberlin) an Paris (Dunant)	Häberlin orientiert Dunant über die geplante schweizerisch-französische Vereinbarung zur Überwachung von Anarchisten, Kommunisten und anderen subversiven Elementen.
454	9.1.1929 S	EJPD (Häberlin) an EPD (Motta)	Häberlin übermittelt Motta Informationen der Bundesanwaltschaft über die neuen bolschewistischen Missionen am Völkerbundssitz in Genf.

XII. VISAAUFHEBUNG

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
433	26.9.1928 S	EPD (Motta) an EJPD (Häberlin)	Motta äussert sich zustimmend zur allgemeinen Abschaffung der noch bestehenden Einreisevisa.
<p><i>Für Niederlassungs- und Visafragen siehe auch:</i></p> <p>III. 1.1. Abessinien, Nr. 240, 419. III. 2.1. Ägypten, Nr. 15, 58, 63, 154, 227. III. 9.1. Griechenland, Nr. 219. III. 12.3. Italien, Nr. 70, 221, 260. III. 18.1. Persien, Nr. 374. III. 26.1. Türkei, Nr. 3, 177, 283.</p>			

VI. DOKUMENTE

1

E 1004 1/294

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 6. Januar 1925¹

10a. Lage in Italien

Mündlich

Der Vorsteher des Militärdepartementes macht auf die Zuspitzung der innerpolitischen Lage in Italien aufmerksam, die Leute aus den Oppositionsparteien veranlassen könnte, vor der strengen Durchführung der von der diktatorischen Regierung angeordneten scharfen Massnahmen die Flucht nach der Schweiz und insbesondere nach dem Kanton Tessin zu ergreifen. Daraus könnten sich Schwierigkeiten an der Grenze und auch im Innern des Kantons ergeben. Er hielte es daher für angezeigt, die Aufmerksamkeit der Regierung des Kantons Tessin auf diese Verhältnisse hinzulenken, damit sie die nötigen Massnahmen ergreife, um nach Möglichkeit solchen Schwierigkeiten vorzubeugen.

Der Vorsteher des Justizdepartementes teilt mit, er habe in diesem Sinne schon an Herrn Raimondo Rossi, den Chef des Polizeidepartementes des Kantons Tessin, geschrieben.

Der Rat ist der Meinung, es wäre doch wohl angezeigt, auch bei der Regierung des Kantons im genannten Sinne vorstellig zu werden. Da der Vorsteher des politischen Departementes bei Erörterung dieser Angelegenheit nicht mehr anwesend ist, so wird *beschlossen*:

Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes wird beauftragt, sich mit dem Vorsteher des politischen Departementes über einen allfällig bei der tessinischen Regierung zu unternehmenden Schritt im Sinne der Beratung zu verständigen.

1. *Abwesend: Schulthess und Motta.*

2

E 2001 (B) 6/8

*Der schweizerische Gesandte in Buenos Aires, K. Egger,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S G. H.

Buenos-Aires, 8. Januar 1925
(Ankunft: 3. Februar 1925)

In Beantwortung Ihres Telegramms vom 30. Dezember 1924¹, beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich am 31. Dezember 1924 dem chilenischen Mini-

1. *Nicht abgedruckt.*

sterium des Äussern auftragsgemäss die in Abschrift beiliegende Note² bezüglich der offiziellen Anerkennung des neuen Régimes in Chile übermachte.

Die Erörterung dieser Angelegenheit wäre in der letzten Zeit fast gegenstandslos geworden, da es in Santiago sehr nahe an gewaltsamen Vorgängen war, die aber rechtzeitig verhütet worden sind, und die zu einem Ministerium geführt haben, dessen Zusammensetzung ich Ihnen durch Schreiben vom 31. Dezember 1924³ mitteilte, und das nicht mehr als politisch parteilos bezeichnet werden darf. Ruhige Entwicklung wird von der grossen Mehrheit erhofft, aber Überraschungen sind nicht ausgeschlossen. Die nähern Umstände dieser Vorgänge bilden Gegenstand des nächsten politischen Berichtes⁴.

2. Nicht abgedruckt.

3. Nicht abgedruckt.

4. E 2300 Buenos Aires, Archiv-Nr. 6; *Politischer Bericht Nr. 3 vom 26. I. 1925.* – Vgl. auch Nr. 8.

3

E 2001 (C) 1/41

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins*

Kopie

S KB. Vertraulich.

Bern, 12. Januar 1925

Wir sind im Besitze Ihres Schreibens vom 5. Januar¹, mit dem Sie die baldige Errichtung einer schweizerischen Vertretung in der Türkei befürworten.

Zu Ihren verdankenswerten Ausführungen erlauben wir uns nachfolgendes zu bemerken.

Das Politische Departement beschäftigt sich derzeit intensiv mit dem Problem unserer Vertretung in der Türkei. Es ist dabei allerdings zu der Überzeugung gelangt, dass eine solche erst errichtet werden kann, wenn einmal die Türkei den bereits im Entwurfe vorliegenden Freundschafts- und Niederlassungsvertrag sowie ein dazu gehörendes Handelsabkommen angenommen haben wird. Wie lange die diesbezüglichen Verhandlungen dauern werden, ist bei der üblichen Zurückhaltung der türkischen Behörden nicht vorauszusehen. Wir glauben immerhin, dass diese Verhandlungen noch im Laufe des Jahres zum Abschluss gelangen dürften.

1. *Der Vorort teilte darin dem Politischen Departement mit, die Zürcher Handelskammer habe sich dahin geäussert, dass die Errichtung einer diplomatischen Mission in Konstantinopel dringlich sei, um die Interessen des schweizerischen Exports zu wahren. Er führte wörtlich aus: [...] Der Vorort hat die Angelegenheit in seiner letzten Sitzung einlässlich besprochen und ist überzeugt, dass die Regelung der schweizerischen Vertretung in der Türkei wenn immer möglich nicht mehr länger hinausgeschoben werden sollte. [...]* (E 2001 (C) 1/41).

E 2001 (B) 8/39

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten im Haag, A. de Pury*

Kopie

S LG.

Société des Nations.

Protocole de Genève.

Berne, 12 janvier 1925

Par vos lettres du 11 décembre 1924 et du 5 de ce mois¹, vous avez bien voulu nous signaler un discours dans lequel M. van Karnebeek, saisissant l'occasion de la discussion du budget des Affaires Etrangères, s'est expliqué d'une façon fort détaillée sur l'attitude du Gouvernement néerlandais à l'égard du Protocole de Genève pour le règlement pacifique des différends internationaux².

Nous avons pris connaissance, avec un vif intérêt, des communications que vous nous avez faites à ce sujet, ainsi que de la traduction du discours de M. van Karnebeek, jointe à la seconde de vos lettres. A la lecture de ce discours, nous avons pu constater, une fois de plus, l'extrême prudence que le Ministre Néerlandais des Affaires Etrangères a l'habitude d'observer à l'égard de toutes les tentatives de l'Assemblée de la Société des Nations de renforcer les garanties internationales créées par le Pacte. Il est, d'ailleurs, juste de reconnaître que la plupart des raisons que le Ministre invoque pour justifier la réserve dont il fait preuve vis-à-vis du Protocole de Genève ne sont pas sans fondement et qu'elles ont déjà été avancées, lors de l'élaboration du Protocole, par les représentants des Pays-Bas, de même que par les délégués d'autres Etats.

Si M. van Karnebeek laisse fréquemment entendre que la Suisse prendrait une attitude semblable à celle de son pays dans la question du Protocole, nous croyons, toutefois, devoir faire observer qu'il y a pourtant une différence notable entre sa manière de voir et celle que le Gouvernement Fédéral a développée dans son rapport aux Chambres sur les travaux de la cinquième Assemblée³. Dans ce rapport, le Conseil Fédéral a vivement insisté, ainsi que vous le savez, sur le grand progrès dans la voie de la solution pacifique des conflits internationaux qui serait la conséquence immédiate de l'entrée en vigueur du Protocole. D'un autre côté, l'application des sanctions prévues par le Protocole et sur lesquelles M. van Karnebeek s'étend dans la plus grande partie de son discours n'est évidemment pas de nature à nous causer les appréhensions, d'ailleurs fort compréhensibles, exprimées par le Ministre néerlandais, étant donné que le régime de neutralité perpétuelle dans le cadre de la Société des Nations dont la Suisse bénéficie, aux termes de la résolution du Conseil de la Société du 13 février 1920⁴, reste entière-

1. *Beide Schreiben nicht abgedruckt.*

2. *Text des «Genfer Protokolls» in: SdN, Journal Officiel, Suppl. spéc., Nr. 23, S. 502ff.*

3. BBl 1925, I, S. 1ff.

4. «*Londoner Deklaration*», in: BBl 1920, I, S. 341f.

ment intact dans le système du Protocole de Genève. Ajoutons enfin que, si le Conseil Fédéral n'a pas demandé jusqu'à présent au Parlement de se prononcer en faveur de l'adhésion de la Suisse au Protocole du 2 octobre 1924, il ne s'est pas seulement laissé guider par la considération que le sort final du Protocole paraît encore incertain, mais aussi par son désir de donner aux Chambres l'occasion de discuter en toute liberté de cet important problème d'ordre international avant d'être saisies de propositions formelles du Gouvernement.

5

E 7110 1/97

*E. Wetter*¹ an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes,
E. Schulthess

Kopie
S

Bern, 14. Januar 1925

Beiliegend erhalten Sie ein Schreiben des Bauernverbandes². Herr Professor Laur geht meiner Ansicht nach von der falschen Voraussetzung aus, als ob die Schweiz am Wegfall der österreichischen Einfuhrbeschränkungen nicht ein ebenso grosses Interesse hätte, wie Österreich am Wegfall der schweizerischen. Der Export aus der Schweiz nach Österreich beträgt in den ersten 9 Monaten 1924 71,0 Millionen Fr., der Import aus Österreich nur 25,8 Millionen Fr. Die Handhabung der österreichischen Einfuhrbeschränkungen beengt unsern Handel mindestens ebenso viel wie unsere Einfuhrbeschränkungen dies Österreich gegenüber tun³.

Im übrigen ist es ja gerade unsere Absicht, in provisorischer Weise, d. h. bis zur Aufnahme von Handelsvertragsunterhandlungen, dem österreichischen Zolltarif die grössten Schärfen zu nehmen. Inwieweit dies gelingt, werden die Besprechungen zeigen. Dass Österreich einfach bis zum Abschluss eines Handelsvertrages die alten Zölle weiter gewähre, kann wohl schlechterdings heute nicht mehr verlangt werden, dagegen wird man meiner Ansicht nach darauf zu tendieren haben, dem Abkommen noch viel mehr als demjenigen mit Deutschland den Charakter eines Provisoriums zu geben, das nur bis zum Abschluss von Handelsvertragsunterhandlungen, die für möglichst nahe Zeit vor auszusehen sind, zu dauern hat. Die

1. Vizedirektor des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins und Mitglied der schweizerischen Verhandlungsdelegation.

2. Nicht ermittelt.

3. Die österreichisch-schweizerische Verhandlungsrunde vom 15.1. bis 4.2.1925 in Bern bezweckte in erster Linie den gegenseitigen Abbau der Einfuhrbeschränkungen. – Zu den handelsvertraglichen Verhältnissen zwischen der Schweiz und Österreich vor 1925 sowie dem Stand der Zoll- und Handelspolitik Österreichs vgl. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den am 6. Januar 1926 mit Österreich abgeschlossenen Handelsvertrag, vom 26. Januar 1926, BBl 1926, I, S. 89ff.

Diskussion mit den österreichischen Delegierten wird bald zeigen, welcher Termin dafür in Betracht fallen kann.

Ich habe mit Herrn Bundesrat Scheurer abgemacht, dass am Donnerstag Mittag die Eröffnungssitzung stattfinden wird und dass am Abend ein kleineres Diner im Bellevue gegeben werden soll. Der Beginn von Verhandlungen ist ja dazu immer am geeignetsten, weil sich dann die später auftretenden notwendigen Gegensätze noch nicht so gezeigt haben. Wenn es dann zu einem definitiven Schluss kommt, werden Sie sowieso dazumal die Österreicher nochmals einzuladen haben⁴.

[...]

4. Zum Verlauf der Verhandlungen vgl. Nr. 7.

6

E 2, Archiv-Nr. 1680

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den französischen Botschafter in Bern, J. Hennessy*

Kopie
N KD.

Berne, 30 janvier 1925

A teneur des renseignements parvenus à la Direction Générale des Douanes Suisses, l'Administration des Douanes Françaises procéderait, en ce moment, à divers achats d'immeubles et à des travaux de construction en vue de loger ses services sur le territoire des zones franches instituées par le Traité de Paris du 20 novembre 1815 et par le Traité de Turin du 16 mars 1816. Depuis le 15 décembre dernier, on aurait démoli, à Moillesulaz, trois immeubles à la place desquels viendrait s'édifier un grand bâtiment de douane, avec salle de révision et quai de déchargement, dont la construction aurait été concédée par adjudication publique, à M. Montessuit, entrepreneur à Annemasse. A Annemasse même, les plans pour l'agrandissement de la gare prévoiraient de vastes locaux pour le service de la douane. Un journal suisse a publié le dessin du futur bâtiment des douanes de Thônex, pour lequel le terrain aurait déjà été acheté. A la Renfile, la douane française aurait acquis un terrain de 300 m² de M. Lanier, agriculteur à Pacoinge. Elle se serait également assurée des terrains à Ville-la-Grand et à Cornières. A Perly, le piquetage d'un bâtiment destiné à la douane française aurait eu lieu le 30 décembre dernier. Au lieu-dit «La Limite», la construction du futur bâtiment de douane de Ferney-Voltaire a commencé le 18 décembre. Des travaux d'une certaine envergure seraient également prévus à Chouilly et à Saint-Genis.

En signalant à Votre Excellence ces faits qui, à Genève, sont de notoriété publique et causent quelque inquiétude, nous ne songeons nullement à rouvrir une con-

troverse que le compromis signé à Paris, le 30 octobre 1924¹, a heureusement transformé en une procédure de règlement judiciaire à ouvrir devant la Cour Permanente de Justice Internationale.

En revanche, le Gouvernement Fédéral a le devoir de prévenir tout malentendu auquel pourrait donner lieu, devant la Cour Permanente, son silence à l'égard des mesures publiques et durables, prises ou à prendre par la douane française, pour loger ses agents à la frontière franco-suisse, dans les zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex.

Le Gouvernement Fédéral tient donc à faire, dans l'esprit le plus amical, toutes réserves à cet égard et à préciser que l'état de fait ainsi créé ne saurait lui être opposable ni en droit ni en fait au cours de la procédure instituée par le compromis du 30 octobre 1924.

1. Schiedsordnung zwischen der Schweiz und Frankreich vom 30. Oktober 1924 bezüglich der Freizonen Hochsavoyens und der Landschaft Gex, *einschliesslich Beilagen*, in: BBl 1924, III, S. 953ff.

7

E1001 1, EVD, 1925

*Antrag des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den Bundesrat*

ME. Confidentiel.
Verhandlungen mit Österreich.

Bern, 3. Februar 1925

Die Verhandlungen mit Österreich, welche am 15. Januar in Bern begonnen haben, zeitigten bis jetzt folgende Ergebnisse:

1. *Einfuhrbeschränkungen.* Österreich erklärt sich bereit, seine Einfuhrbeschränkungen auf der ganzen Linie der Schweiz gegenüber nicht mehr zu handhaben, wobei die Form, in welcher dies geschehen soll, noch offen bleibt. Die schweizerische Delegation hat demgegenüber das Zugeständnis gemacht, dass diejenigen Positionen, die in der Schweiz formell noch unter Einfuhrbeschränkung stehen, aber auf Grund des Abkommens mit Deutschland diesem Land gegenüber nicht mehr angewendet werden, auch Österreich gegenüber materiell fallen gelassen werden sollen. Mit Rücksicht auf die von Deutschland abweichende Struktur der österreichischen Volkswirtschaft wird aber die Schweiz Österreich gegenüber noch an einigen Einfuhrbeschränkungen festhalten, die im schweizerisch-deutschen Abkommen bereits fallen gelassen worden sind, so z. B. an denjenigen für Zellulose und für Glas. Andererseits wird es aber möglich sein, Österreich gegenüber in einigen Positionen durch materielle Aufhebung der Beschränkung entgegenzukommen, die Deutschland gegenüber immer noch geschützt bleiben müssen. Eine definitive Bereinigung der Liste der schweizerischen Einfuhrbeschränkungen, die Österreich gegenüber noch gehandhabt werden sollen, hat

bis jetzt nicht stattgefunden, da die Erledigung einiger wichtiger Differenzpunkte, insbesondere der Kontingente für Holz, Zellulose und Papier, von Seiten der schweizerischen Delegation vom österreichischen Entgegenkommen in der Frage der Zölle und der Ausfuhrverbote abhängig gemacht wurde.

2. *Österreichischer Zolltarif.* Wie der Bundesrat am 13. Januar beschlossen hat¹, versuchte die schweizerische Delegation, Österreich zum Zurückziehen der schärfsten gegen die Schweiz gerichteten Spitzen seines Tarifes zu veranlassen und dies ausschliesslich im Austausch gegen den Abbau einzelner schweizerischer Einfuhrbeschränkungen. Der von österreichischer Seite zu Beginn der Verhandlungen geäusserte Wunsch, auch Ermässigungen auf dem schweizerischen Gebrauchstarif zu erhalten, wurde von der schweizerischen Delegation als undiskutierbar zurückgewiesen. Es ist selbstverständlich, dass der schweizerische Gebrauchstarif, der ohnehin dem neuen österreichischen Verhandlungstarif gegenüber ein ungleich schwächeres Instrument ist, nicht vor Beginn der eigentlichen Handelsvertragsunterhandlungen in Diskussion gezogen werden darf. [...]²

Die von Österreich bis jetzt angebotene Konzession beim Käsezoll ist unseres Erachtens vollständig ungenügend. Ein Ansatz von 40.- Goldkronen per Doppelzentner für Emmenthalerkäse wird unseren Export nach Österreich ausserordentlich empfindlich einschränken, wenn nicht ganz unterbinden. Auch die bis jetzt für Stickereien und Seidengewebe erreichten Reduktionen sind unbefriedigend. Was die Uhrenzölle betrifft, so erklärte die österreichische Delegation, dass die Erträge aus diesen Zöllen einen festen Bestandteil des österreichischen Budgets ausmachen und so angelegt seien, dass möglichst grosse Einnahmen garantiert würden. Eine Herabsetzung dieser Zölle wurde deshalb als aussichtslos erklärt. Die schweizerische Delegation wird deshalb fortfahren, auf ein weiteres Entgegenkommen in der Zollfrage von österreichischer Seite hinzuarbeiten.

3. *Handelsvertragsunterhandlungen.* Wie schon bei der Vorbereitung der gegenwärtigen Verhandlungen vorausgesehen werden konnte, liegt eine besondere Schwierigkeit für die Schweiz und für Österreich darin, dass die Verhandlungen, welche zu einer Ermässigung des österreichischen Tarifes führen sollen, zeitlich und formell getrennt werden mussten. Die Gründe, welche zu dieser Trennung führten und die hauptsächlich damit zusammenhängen, dass die Schweiz den österreichischen Kampfansätzen nur ihre Einfuhrbeschränkungen gegenüber zu stellen hat, wurden schon in unserem Antrag vom 8. Januar erörtert. Um die sich aus dieser Inkonvenienz ergebenden Schwierigkeiten soweitgehend als möglich zu mildern, sind die beiden Delegationen übereingekommen, die Vorbereitungen zum Abschluss eines definitiven Handelsvertrages tunlichst zu beschleunigen. Vorläufig wurde vorgesehen, die Verhandlungen in der zweiten Hälfte März aufzunehmen³. Durch das möglichst nahe Zusammenrücken der Verhandlungen über die

1. In seiner Sitzung vom 13. I. 1925 genehmigte der Bundesrat die Instruktionen für die schweizerische Verhandlungsdelegation (E 1004 1/294, Nr. 79).

2. Es folgt eine Liste der Tarifkonzessionen, zu welchen Österreich sich bis zum Abschluss eines Handelsvertrages bereit erklärte.

3. Vgl. Nr. 20.

Einfuhrbeschränkungen und derjenigen über einen Tarifvertrag werden die Konsequenzen gemildert, die dadurch entstehen, dass die Wünsche der einen schweizerischen Interessengruppe früher als diejenigen einer anderen Berücksichtigung finden können⁴.

4. Der Bundesrat nahm am 20.2.1925 in zustimmendem Sinn von den Ausführungen des Volkswirtschaftsdepartementes Kenntnis (E 1004 1/294, Nr. 366).

8

E 2001 (B) 6/8

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den schweizerischen Gesandten in Buenos Aires, K. Egger*

Kopie
S KD.

Berne, 4 février 1925

En nous référant à votre lettre du 8 janvier¹, nous avons l'honneur de vous exposer que, si nous avons eu connaissance, le 30 décembre dernier, de la crise ministérielle dont nous entretenait votre rapport du 31 décembre², parvenu à Berne le 21 janvier, nous ne vous eussions pas donné des instructions télégraphiques tendant à la reconnaissance formelle du Gouvernement chilien, qui a été renversé à la fin de janvier.

Notre télégramme No 22 du 30 décembre³ se fondait sur vos rapports antérieurs qui ne nous donnaient pas l'impression que la solidité de ce Gouvernement fût menacée et nous regrettons un peu qu'à sa réception vous ayez cru devoir vous conformer aux instructions qu'il contenait, sans nous signaler, au préalable, que la situation que nous avions envisagée s'était modifiée entre temps.

Nous ne nous exagérons pas, d'ailleurs, la portée du pas de clerc que nous avons commis en accordant notre reconnaissance formelle à un Gouvernement qui s'est effondré trois semaines après, car nous n'avons pas été les seuls à nous tromper dans nos prévisions.

Nous vous saurions gré de nous faire connaître quelle attitude les Etats qui sont dans le même cas que nous ont adoptée à l'égard du Gouvernement militaire qui s'est constitué à Santiago le 27 janvier dernier⁴.

1. Nr. 2.

2. Nicht abgedruckt.

3. Nicht abgedruckt.

4. Vgl. dazu Nr. 26.

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 6. Februar 1925*¹245. Convention de conciliation et d'arbitrage obligatoire
entre la France et la Suisse

Département politique. Proposition du 30 janvier 1925

Par décision du 4 novembre 1924, le Conseil fédéral a pris acte d'un rapport du chef du Département politique concernant les pourparlers engagés entre le professeur Logoz et M. Fromageot, juriconsulte du Ministère français des Affaires étrangères, en vue d'établir le texte d'une convention de conciliation et d'arbitrage entre la Suisse et la France.

Ces pourparlers ont abouti, le 24 janvier, à l'établissement d'un projet² que le Département politique soumet à l'approbation du Conseil fédéral.

Après un préambule qui exprime la conviction des deux Parties qu'il est nécessaire d'assurer dans tous les cas par les voies pacifiques le règlement des contestations qui peuvent surgir entre les Etats, la convention projetée stipule, dans son article premier³, que tous les différends, de quelque nature qu'ils soient, qui viendraient à s'élever entre la Suisse et la France et ne pourraient être réglés par la voie diplomatique ordinaire, seront soumis à une Commission permanente de conciliation, à moins que les Parties ne conviennent de les déférer directement à la Cour permanente de Justice internationale ou à un tribunal arbitral.

Les articles 2 à 12⁴ règlent la composition et la procédure de la Commission permanente de conciliation d'après les mêmes principes que les articles cor-

1. *Abwesend: Musy.*

2. E 2001 (C) 7/4. – *Eine anschliessende Überarbeitung dieses Entwurfes durch Fromageot und Logoz führte zum endgültigen Vertragstext, welcher in der französischen Originalfassung im Feuille fédérale, 1925, II, S. 455ff. abgedruckt ist. Zu den wesentlichsten Änderungen und Ergänzungen vgl. Anm. 3, 4 und 6 zu diesem Dokument.*

3. *Entwurf:* Tous différends qui viendraient dorénavant à s'élever entre le Gouvernement de la République française et le Conseil fédéral suisse [...].

Endgültiger Text: Tous différends entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française [...].

P. Logoz teilte am 28. 2. 1925 Motta seine Absicht mit, zu versuchen, si le début de l'article 1 (le mot «dorénavant») ne pourrait pas, malgré tout, être quelque peu révisé (E 2001 (C) 7/4). Er begründete dies damit, die Anwendung des Schiedsvertrages auf bereits hängige Streitigkeiten zu ermöglichen.

4. *Folgende Bestimmung wurde im definitiven Text des Vertrages als Art. 2 zusätzlich aufgenommen:* S'il s'agit d'un différend qui, d'après la législation intérieure de l'une des Parties, relève de la compétence des tribunaux nationaux de celle-ci, le différend ne sera soumis à la procédure prévue par le présent Traité qu'après jugement passé en force de chose jugée rendu par l'autorité judiciaire nationale compétente.

Die Artikel 2 bis 17 entsprechen demnach den Artikeln 3 bis 18 des endgültigen Vertragstextes.

respondants du traité italo-suisse de conciliation et d'arbitrage⁵ dont ils ne diffèrent que par quelques détails.

A teneur de l'article 13⁶, les différends qui n'auront pu être réglés par la procédure de conciliation seront déférés à la Cour permanente de Justice internationale, s'ils rentrent dans le cadre des litiges prévus à l'article 36, alinéa 2, du Statut de ladite Cour (litiges d'ordre juridique). Tous les autres différends seront soumis à un tribunal arbitral.

L'article 14 prévoit que le recours à l'arbitrage sera régi par la Convention de La Haye du 18 octobre 1907 et que, dans la règle, le Tribunal sera composé de cinq membres choisis conformément à une procédure semblable à celle qui est prévue par la constitution de la Commission de conciliation.

Toute contestation au sujet de l'application de la Convention projetée pourrait être, à teneur de son article 13, directement soumise à la Cour permanente de Justice internationale.

L'article 17 fixe à dix ans la durée de la convention, mais prévoit qu'elle pourra être maintenue en vigueur, par tacite reconduction, de cinq ans en cinq ans.

Bien que basée sur des principes légèrement différents de ceux sur lesquels repose le traité italo-suisse du 20 septembre 1924, la convention dont MM. Logoz et Fromageot ont établi le texte d'un commun accord est aussi libérale que ce traité et assure de façon complète le règlement judiciaire ou arbitral de toutes les contestations qui pourraient surgir entre la Suisse et la France.

Conformément à la proposition du Département politique, il est *décidé*

1. d'approuver le projet de la convention entre la Suisse et la France sur la conciliation et l'arbitrage obligatoires;

2. d'autoriser le Département politique à faire connaître au Gouvernement français que la Suisse est prête à signer la convention projetée⁷.

5. Vgl. BBl 1924, III, S. 664ff.

6. *Im entsprechenden Art. 14 des endgültigen Textes wurde folgende Bestimmung beigefügt: [...] toutefois, en cas de différends pour la solution desquels une procédure spéciale d'arbitrage serait prescrite par d'autres dispositions conventionnelles en vigueur entre les Hautes Parties contractantes, cette procédure sera suivie.*

7. Vgl. dazu Nr. 22, Anm. 2.

10

E 1004 1/294

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 6. Februar 1925*¹246. Conclusion d'un traité de conciliation
et de règlement judiciaire avec la Belgique

Département politique. Proposition du 31 janvier 1925

Le traité d'arbitrage conclu entre la Suisse et la Belgique le 15 novembre 1904², pour une durée de dix ans, ne demeure plus en vigueur que par tacite reconduction et peut être dénoncé en tout temps moyennant un délai d'avertissement d'une année.

Ce traité est passablement démodé et ne correspond pas aux principes exposés par le Conseil fédéral dans son rapport du 11 décembre 1919³ et dans son message relatif à la Cour permanente de Justice internationale, du premier mars 1921⁴. Le Département politique a chargé, en conséquence, la Légation de Suisse à Bruxelles d'amener le Gouvernement belge à substituer au traité de 1904 un accord nouveau, tenant compte des progrès réalisés par le droit international sous l'impulsion de la Société des Nations.

Après de longs pourparlers, le Département politique est en mesure de présenter aujourd'hui un projet⁵ de traité de conciliation et de règlement judiciaire auquel le Ministre des Affaires étrangères de Belgique a déjà donné son assentiment.

Dans ses articles 1 à 12, ce projet règle la procédure de conciliation de la même façon que notre traité avec la Suède⁶, à quelques variantes rédactionnelles près. Il envisage, par exemple, non seulement la publication du rapport de la Commission de conciliation, mais celle du procès-verbal des débats, afin de permettre à l'opinion de la minorité de se faire connaître. La Suisse y peut d'autant mieux consentir que cette pratique est conforme à celle de la Cour permanente de Justice internationale. Les articles 13 à 18 ont trait au règlement judiciaire des litiges non réglés par la conciliation et prévoient que la Cour permanente de Justice internationale pourra être saisie, par voie de simple requête, de tous les litiges ayant trait à l'interprétation ou l'exécution de traités, conventions ou accords conclus entre les Parties quelle que soit la date de leur conclusion, ou à un point universellement admis de droit international. Cette stipulation va aussi loin que la clause facultative du protocole de Genève, puisque la Cour sera seule juge de sa-

1. *Abwesend: Musy.*

2. AS 1905, NF 21, S. 613ff.

3. BBl 1919, V, S. 925ff.

4. BBl 1921, I, S. 299ff.

5. *Nicht ermittelt. Vgl. Vertragstext in: BBl 1925, II, S. 442ff.*

6. Vergleichsvertrag zwischen der Schweiz und Schweden, *abgeschlossen am 2. 6. 1924*, in: AS 1925, NF 41, S. 207ff.

voir ce qui doit être considéré comme un point de droit international universellement admis. La négociation d'un compromis sera nécessaire, en revanche, pour déférer à la Cour des différends non juridiques.

Si ce projet ne va pas aussi loin que le traité de conciliation et de règlement judiciaire conclu entre la Suisse et l'Italie⁷ et que le traité de même nature que nous espérons conclure avec la France, il n'en constitue pas moins une tentative fort libérale de mettre en pratique les principes nouveaux du droit international et de placer les relations entre la Suisse et la Belgique à l'abri de toute possibilité de conflit aigu. Il est *décidé*:

1. d'approuver le texte du projet de traité de conciliation et de règlement judiciaire entre la Suisse et la Belgique soumis par le Département politique;

2. de délivrer à M. Barbey, Ministre de Suisse à Bruxelles, les pouvoirs nécessaires pour le signer le plus tôt possible⁸.

7. Vertrag zwischen der Schweiz und Italien zur Erledigung von Streitigkeiten im Vergleichs- und Gerichtsverfahren, abgeschlossen am 20.9.1924, in: AS 1925, NF 41, S. 179ff.

8. Der Vertrag wurde am 13.2.1925 in Brüssel unterzeichnet. Die eidgenössischen Räte genehmigten ihn mit Bundesbeschluss vom 25.9.1925. (Vgl. BR-Botschaft vom 15.5.1925, in: BBl 1925, II, S. 436ff.) Die Ratifikation seitens Belgiens blieb indessen aus. Vgl. Nr. 122 und Nr. 178.

11

E 2001 (B) 6/5

*Der chinesische Gesandte in Bern, Tseng-Tsiang Lou,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S n° 611.

Berne, 7 février 1925

En réponse à votre lettre du 14 Août dernier¹ au sujet du Traité d'amitié conclu entre la Chine et la Suisse le 13 Juin 1918², j'ai l'honneur, au nom de mon Gouvernement, de vous communiquer ce qui suit:

1. In diesem Schreiben lehnte das Politische Departement die chinesische Forderung nach einer Revision der Erklärung zum Freundschaftsvertrag vom 13.6.1918 unter den bestehenden Umständen ab (E 2001 (B) 6/5). China machte davon die Ausdehnung der Vertragsbestimmungen auf das Fürstentum Liechtenstein abhängig.

2. Vertragstext in: AS 1921, NF 37, S. 66ff. – Die zur Diskussion stehende Erklärung lautet:

Der schweizerische und der chinesische Minister haben sich zur nachfolgenden Erklärung vereinbart:

Was die Konsularjurisdiktion und die Exterritorialität betrifft, geniessen die schweizerischen Konsuln die gleichen Rechte, welche den Konsularagenten der meistbegünstigten Nation gewährt werden oder gewährt werden können. Sobald China seine Gerichtsorganisation wird abgeändert haben, wird die Schweiz im Verein mit den andern Mächten bereit sein, auf das Konsularjurisdiktionsrecht in China zu verzichten.

Es ist auch vereinbart, dass zu gelegener Zeit ein Niederlassungs- und Handelsvertrag abgeschlossen werden soll. Bis zu diesem Vertragsabschlusse sollen die Angehörigen der beiden vertragschliessenden Staaten auf dem Gebiete des andern die gleichen Vorrechte und Immunitäten geniessen, die den Angehörigen der meistbegünstigten Nation gewährt werden oder gewährt werden können (AS 1921, NF 37, S. 68).

Dans la lettre ci-dessus mentionnée, vous avez déclaré que le Conseil Fédéral ne possède pas les pouvoirs constitutionnels l'autorisant à modifier par un simple échange de notes une convention internationale. Le Gouvernement de la République est d'avis que l'annexe d'un traité n'ayant pas le même caractère que celui du traité même, des moyens propres de résolution pourraient quand même être trouvés. Si le Conseil Fédéral était vraiment disposé à renoncer à la juridiction consulaire en Chine, la Déclaration annexée au Traité d'amitié pourrait être modifiée par la procédure de révision. Quant au Gouvernement de la République, il se heurtera à des difficultés en appliquant le traité dont le premier alinéa de la Déclaration annexée a été rejeté par le Parlement.

Se basant sur les relations amicales existant entre la Confédération Suisse et la République de Chine et du fait que les ressortissants suisses résidant en Chine sont en nombre très restreint, le Gouvernement de la République exprime l'espoir que les Autorités de la Confédération voudront bien soumettre la question à un nouvel examen afin que le premier alinéa de la Déclaration annexée au Traité d'amitié conclu entre la Chine et la Suisse soit révisé dans l'intérêt du développement des rapports amicaux entre les deux pays.

Tant que cette question ne sera pas tranchée, le Gouvernement de la République continue à n'être pas en mesure d'étendre à la Principauté de Liechtenstein le bénéfice du Traité d'amitié conclu entre la Chine et la Suisse le 13 Juin 1918.

12

E 2200 Rom 15/2

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den italienischen Ministerpräsidenten, B. Mussolini*

Kopie
S

Rome, 9 février 1925

Déférant au vœu qui m'a été exprimé par Votre Excellence dans un récent entretien, j'ai l'honneur de Vous résumer ici brièvement la question que je Vous avais exposée concernant la révision de la Convention du Gothard, et qui a déjà fait l'objet de nombreux rapports, adressés par notre Légation au Ministère Royal des Affaires Etrangères. Ces rapports circonstanciés me dispensent d'entrer dans les détails d'une affaire qui a passé depuis 1869 par des phases diverses.

Je me bornerai donc à rappeler à Votre Excellence que la Convention du Gothard¹, conclue en 1909 entre la Suisse d'une part, l'Italie et l'Allemagne d'autre part, a toujours été considérée par une grande partie du peuple suisse comme un empiètement sur sa souveraineté.

La guerre et le bouleversement économique qui en est résulté ont eu pour effet d'ébranler les bases de cette Convention sur le point le plus important, celui des

1. *Staatsvertrag vom 13.10.1909, in: AS 1913, NF 29, S. 349ff.*

taxes des marchandises, à tel point que le Gouvernement fédéral est obligé périodiquement de solliciter à Rome et à Berlin l'autorisation de prélever des surtaxes indispensables au bon rendement de cette ligne².

Au lendemain de l'armistice, soit en mars 1919, l'Allemagne a fait connaître spontanément au Gouvernement helvétique qu'elle était prête à abolir, en ce qui la concerne, les limites imposées à l'indépendance du Gouvernement fédéral touchant le trafic sur le Gothard. L'Allemagne, constatant l'opposition qui s'est constamment manifestée chez le peuple suisse à l'égard de cette Convention, et dans le but d'être agréable au Gouvernement fédéral, se déclarait disposée à fonder sur une autre base tout l'ensemble des relations juridiques concernant cette voie internationale.

Cette déclaration – dont nous avons donné connaissance dans son texte original au Gouvernement italien – a été faite par l'Allemagne bien avant la conclusion du Traité de Versailles. Ce point est important. Votre Excellence n'ignore pas, en effet, que les puissances alliées ont jugé opportun d'insérer à l'art. 374 de ce Traité une clause concernant la révision de la Convention du Gothard. Cette clause a été rédigée sans la participation de la Suisse, qui est l'Etat le plus intéressé dans cette affaire.

La Suisse, après avoir pris acte de cette importante déclaration, a exprimé au Gouvernement Royal italien son désir de le voir disposé à une révision de ce traité dans le même esprit.

Le Gouvernement Royal, par note du 9 juin 1923 de la Légation d'Italie à Berne³, a répondu négativement.

Les circonstances actuelles m'engagent à demander à Votre Excellence de vouloir bien examiner si le moment ne Vous paraîtrait pas particulièrement indiqué de reprendre l'examen de cette affaire.

En effet, le but principal de cette Convention était de garantir aux Etats intéressés les conditions de trafic les plus favorables. Désormais, la concurrence des autres lignes transalpines par la France et l'Autriche oblige les Chemins de fer fédéraux d'établir les tarifs réduits, destinés à attirer le plus de trafic possible sur la ligne du Gothard. Pour cela il est absolument nécessaire que ces taxes de transit soient sensiblement plus basses que celles du tarif interne suisse, ce qui est le cas pour le chemin de fer du Simplon, bien que la Suisse n'y soit tenue par aucun contrat international. La ligne du Gothard ne peut subsister qu'en conservant le trafic italo-allemand et en assurant à ce trafic les conditions les plus favorables. La Suisse aura donc toujours le plus grand intérêt à accorder à l'Italie les tarifs les plus bas, même sans y être contrainte par une Convention. Toute obligation imposée dans ce domaine ne peut être qu'une imposition formelle, sans aucune portée pratique.

En outre, le développement extraordinaire pris dans ces derniers temps par le

2. *Ein diesbezüglicher Vertrag betreffend die Anwendung des Personen- und Gepäcktarifs anstelle der Festsetzung in Art. 10 des Gotthardvertrags wurde am 23. 6. 1925 mit Italien abgeschlossen* (Original in: K I 560). *Zugehörige Akten in: E 2001 (D) 2/219.*

3. E 2001 (D) 2/219.

port de Gênes, grâce à l'action énergique et aux dispositions avisées du Gouvernement Royal, et les perspectives qui s'offrent de ce côté pour le commerce suisse, sont aussi un motif impérieux pour la Suisse de favoriser le plus possible la ligne du Gothard.

Le Gouvernement italien ne pourrait-il pas envisager la possibilité de faire à la Suisse une proposition tendant à réviser la Convention, de façon à donner satisfaction à l'opinion publique en Suisse?

Je ne crois pas devoir m'étendre sur la question de la fixation des tarifs et sur les autres questions d'ordre technique, qui ont déjà fait l'objet de nombreux rapports et de conférences préliminaires. Je me réfère à ce sujet à la note adressée au Ministère Royal le 7 mai 1921⁴.

L'Allemagne a déclaré spontanément qu'elle était prête à cette révision dans le sens des vœux du peuple suisse. La Suisse ne peut et ne veut entamer des négociations avec l'Allemagne sans être auparavant d'accord avec l'Italie.

L'attitude négative de l'Italie peut-elle être définitive?

Convient-il à l'Italie, et le Gouvernement Royal voit-il une utilité certaine à prolonger l'existence d'un traité qui ne répond plus aux circonstances nouvelles, et qui impose à la Suisse – non seulement de la part de l'Italie, mais aussi de la part de l'Allemagne – le maintien d'une servitude que plus rien ne justifie?

Telles sont les questions que je me permets de soumettre à Votre Excellence, en La priant de vouloir bien les examiner dans le même esprit de confiance et d'amitié qui a présidé à la récente conclusion de notre Traité de conciliation⁵.

4. E 2200 Rom 15/2.

5. Vertrag zwischen der Schweiz und Italien zur Erledigung von Streitigkeiten im Vergleichs- und Gerichtsverfahren, vom 20.9.1924, in: AS 1925, NF 41, S. 179ff. – *Zur italienischen Reaktion vgl. Nr. 76.*

13

E 2200 Madrid, Archiv-Nr. 748

*Der spanische Staatsminister, F. Espinosa de los Monteros,
an den schweizerischen Gesandten in Madrid, A. Mengotti*

Traduction¹.
N n° 31.

Madrid, 11 février 1925

En réponse à l'aide-mémoire daté du 17 novembre dernier² relatif à la conclusion d'un Traité d'Arbitrage avec la Confédération Helvétique plus ample que celui qui est actuellement en vigueur entre nos deux pays, j'ai l'honneur de faire savoir à Votre Excellence que le Gouvernement de Sa Majesté, dans son désir de rendre plus étroits encore les liens qui unissent l'Espagne à la Suisse, et fidèle à sa

1. *Übersetzung der schweizerischen Gesandtschaft in Madrid.*

2. *Vgl. Anm. 4.*

constante politique de fortifier, pour autant que cela dépend de lui, les institutions capables de favoriser la Paix, est disposé avec plaisir de négocier et d'ajuster avec la Confédération Helvétique, un Traité d'Arbitrage qui impose aux deux parties contractantes, des obligations d'une plus grande portée que celles prévues dans celui signé le 19 juin 1913³, qui est en vigueur aujourd'hui.

Le Gouvernement de Sa Majesté estimant aussi qu'avant de procéder à l'élaboration d'un Projet de Convention, il est très opportun qu'ait lieu, entre les deux Gouvernements, un échange d'impressions de caractère purement consultatif, sur certaines questions de principe dont la solution préalable permettrait de circonscrire le cadre de la future négociation, je fais part, en attendant, à Votre Excellence, de l'opinion que mon Gouvernement soutient sur les points consignés dans l'aide-mémoire auquel je répons⁴:

1. Le Gouvernement de Sa Majesté estime qu'on peut établir une connexion entre la Convention à concerter, et la disposition du paragraphe 2 de l'article 36 du statut du Tribunal permanent de Justice internationale, en la conditionnant, dans la forme dont s'est servi le Traité d'Arbitrage entre la Suisse et la Hongrie, ou d'une manière analogue.

2. En ce qui concerne l'établissement d'une procédure de conciliation et d'investigation, le Gouvernement de Sa Majesté croit que cette procédure pourrait être obligatoire, avec la condition exprimée sous le chiffre antérieur, et qui constituerait la dernière instance dans toutes les questions de caractère essentiellement politique.

3. AS 1914, NF 30, S. 65ff.

4. *Die vier Fragen des schweizerischen Aide-mémoires lauteten:*

1. Serait-il possible d'établir, tout au moins dans une certaine mesure, une connexité entre la Convention à conclure et la disposition de l'article 36 al. 2 du Statut de la Cour permanente de Justice internationale?

Dans ce cas, le Traité pourrait, soit préciser, soit limiter, soit modifier l'application du principe fondamental de la juridiction obligatoire, tel qu'il est consacré par ledit article.

2. Au lieu de se borner à soumettre les conflits à une procédure arbitrale, le Traité d'arbitrage ne devrait-il pas, au contraire, instituer une procédure de conciliation pouvant être, soit obligatoire et antérieure à l'arbitrage, soit subsidiaire, et ne s'ouvrant alors qu'à défaut du règlement judiciaire?

3. Le principe de la juridiction obligatoire ne devrait-il pas être mis à la base de la nouvelle Convention?

Le gouvernement de la Confédération accueillerait avec beaucoup de satisfaction, toute proposition qui serait faite dans ce sens, même si elle tentait à ne permettre l'exercice de cette juridiction que dans des limites restreintes. Il estime, toutefois, qu'il y aurait un sérieux avantage, d'une part, à déterminer d'une façon la plus précise, les cas qui impliqueraient la reconnaissance de la juridiction obligatoire, et d'autre part à conférer, soit au Tribunal, soit à la Commission d'enquêtes et de conciliation, la compétence de décider, en cas de doute, si les conditions requises pour la juridiction obligatoire se trouvent remplies.

4. Ne serait-il pas conforme aux intérêts de la Société des Nations, comme aussi aux intérêts des deux Parties, de donner, sauf Convention contraire, pleine compétence à la Cour permanente de Justice internationale pour statuer sur le fond des litiges susceptibles de solution arbitrale? Cette solution apparaîtrait comme extrêmement heureuse au Conseil Fédéral (E 2200 Madrid, Archiv-Nr. 748).

3. La future Convention pourrait être basée sur le principe de la juridiction obligatoire, dans les limites marquées par le paragraphe 2 de l'article 36 du statut du Tribunal de Justice internationale en le circonscrivant aux questions de caractère juridique.

4. C'est la Cour permanente de Justice internationale qui doit être, sauf Convention contraire, le Tribunal compétent pour statuer sur le fond des litiges capables de solution arbitrale.

14

E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 26

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

Politischer Bericht Nr. 4/1925 R/Mr.

Berlin, 16. Februar 1925

In meinem Bericht vom 14 ds. habe ich kurz auf die im sogenannten Tscheka-Prozess gemachten Aussagen [...] hingewiesen. Der Angelegenheit wird von deutscher Seite eine nicht geringe Bedeutung beigemessen, nachdem festzustehen scheint, dass die Russische Botschaft in Berlin die Gelder an die deutsche Tscheka zwecks Ermordung verschiedener Personen hergegeben und überdies in ihren Kellerräumen ein Waffenlager unterhalten hat. Nebenbei gesagt sollen die kommunistischen Abgeordneten zum Reichstag und zum preussischen Landtag eine Diätenzulage von der Russischen Botschaft erhalten.

Excellenz von Körner, der Chef der deutschen Delegation für die Vertragsverhandlungen mit Russland, ist immer noch in Berlin, soll jedoch, wie er mir sagt, nächster Tage zur Fortsetzung der Verhandlungen, die sich auf nicht weniger als 23 verschiedene Verträge erstrecken, wieder nach Moskau fahren. Die Verträge beschlagen alle Gebiete eines zwischenstaatlichen Verkehrs mit Inbegriff des gegenseitigen Schutzes des geistigen und des gewerblichen Eigentums. Nach der Ansicht von Körners ist nämlich für die nächsten 10 bis 15 Jahre mit einer Änderung des russischen Wirtschaftssystems nicht zu rechnen, sodass nichts anderes übrig bliebe, als sich vorläufig damit abzufinden und darauf einzustellen. Frau von Körner sagte mir aber, dass die Abreise ihres Mannes nach Moskau in Frage gestellt sei. Die Deutsche Regierung habe letzten Samstag ihren Botschafter in Moskau angewiesen, dort anzufragen, wie sich die Russische Regierung zu den schweren Anklagen gegen ihre Botschaft in Berlin stelle. Je nach der Antwort würden die Verhandlungen abgebrochen oder doch vorerst unterbrochen werden. Von anderer Seite vernehme ich, Tschitscherin habe erklärt, wenn die Russische Botschaft wirklich die deutschen Kommunisten in der geschilderten Weise unterstützt habe, so sei das ohne Wissen der Russischen Regierung geschehen und deshalb allein von der Botschaft zu verantworten. Der Vorfall illustriert jedenfalls, wessen sich eine Regierung bei Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Russland zu versehen hat.

Was übrigens unser Verhältnis zu Russland betrifft, so sagte mir letzthin ein den Altrussen nahestehender Gewährsmann, die Russische Regierung habe «eine Sauwut» (der Gewährsmann ist Bayer) auf uns, weil wir die Altrussen wieder hereinlassen.

15

E 2001 (C) 1/19

*Der Präsident der schweizerischen Handelskommission in Ägypten, E. Trembley,
an den ägyptischen Ministerpräsidenten, A. Ziwer*

*Kopie**S**Le Caire, 25 février 1925*

J'ai eu l'honneur, à la date du 8 Décembre 1924, de soumettre à Votre Excellence, à titre officieux, un projet de traité entre la Suisse et l'Égypte¹.

Ce projet contient à l'article 7 une clause provisoire de nature commerciale². Le Département Politique Fédéral, après un nouvel examen de la question estime qu'il est préférable de scinder nettement en deux traités distincts, d'une part les clauses relatives au statut des Suisses en Égypte, à la juridiction consulaire, et aux conditions réciproques d'établissement et de séjour, d'autre part, les clauses relatives au traitement en matière commerciale.

Ces deux traités, dont le premier serait d'une durée indéfinie, c'est-à-dire égale au maintien en vigueur des capitulations, le second dénonçable en tous temps, moyennant avertissement six mois à l'avance, seraient négociés en même temps, et si leur teneur recevait l'agrément du Ministère des Affaires Étrangères, signés simultanément.

En conséquence, je suis autorisé par Monsieur le Conseiller Fédéral, Chef du Département Politique, à déclarer à Votre Excellence que je suis en mesure de lui soumettre, à la place du premier projet officieux, communiqué pour fixer les idées, deux projets d'accords³, établis par le Département Politique Fédéral après entente avec les Administrations suisses intéressées et qui peuvent être considérés comme une *base officielle de négociations*.

J'ai l'honneur de remettre ci-inclus à Votre Excellence une copie de ces deux projets.

Au cas où une entente sur ces textes interviendrait entre le Département Politique Fédéral et le Ministère Égyptien des Affaires Étrangères, je suis également

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Dieser Artikel lautet:* Il est entendu qu'un traité d'établissement et de commerce sera conclu en temps utile. Jusqu'à ce que ce traité soit conclu, les ressortissants de chacune des parties contractantes jouiront en toutes choses sur le territoire de l'autre des mêmes privilèges et immunités qui sont ou qui pourront être accordés aux ressortissants de la nation la plus favorisée (E 2001 (C) 1/19).

3. *Nicht abgedruckt.*

autorisé à porter à la connaissance de Votre Excellence que Monsieur le Conseiller Fédéral, Chef du Département Politique, a l'intention, si le Gouvernement égyptien y consent, de proposer au Conseil Fédéral de me désigner comme délégué officiel de la Suisse pour conclure les traités envisagés.

Je pense que Votre Excellence ne verra pas d'inconvénient à ce que je me mette au plus tôt en rapport, aux fins de négocier les projets ci-inclus, avec Ibrahim Waguih Bey⁴, qui vient d'être nommé Sous-Secrétaire d'Etat au Ministère des Affaires Etrangères, en remplacement du regretté Abdel Hamid Pacha Moustapha.

4. *Vgl. Nr. 39.*

16

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 28. Februar 1925¹

Frankreich. Anleihe in der Schweiz

Mündlich

Der Vorsteher des Finanzdepartements teilt mit, gestern habe in Vertretung des erkrankten französischen Botschafters Herr Puaux von der Botschaft bei ihm vorgesprochen und ihm im Auftrag der französischen Regierung die Frage unterbreitet, ob die Schweiz einverstanden wäre, dass Frankreich eine Anleihe, sei es für sich oder für seine Kolonien oder besonders für Tunis und Cochinchina, in der Schweiz auflege. Der Vorsteher des Finanzdepartements wies auf die grossen Ansprüche hin, die zurzeit und auch in der nächsten Zukunft vom Bund, von Kantonen und Gemeinden und von der Industrie an den schweizerischen Geldmarkt gestellt werden und denen er kaum gewachsen sei, wie schon die Aufnahme von Anleihen in Amerika durch schweizerische Gemeinwesen und überdies die Tatsache deutlich zeige, dass das serbische Anleihen in der Schweiz nicht habe verbreitet werden können. Unter diesen Umständen können die Aussichten für die Unterbringung einer französischen Anleihe in der Schweiz nicht als günstig betrachtet werden.

Daraufhin stellte Herr Puaux die weitere Frage, ob die Schweiz, wenn Frankreich dazu gelangen sollte, eine grosse internationale Anleihe aufzunehmen, bereit wäre, daran teilzunehmen². Diese Frage beantwortete der Vorsteher des Finanzdepartements dahin, dass der Bundesrat in diesem Fall sicherlich, wie anlässlich anderer grosser internationaler Anleihen der letzten Zeit, alles tun werde, was ihm möglich ist, um einer Beteiligung der Schweiz an einem solchen Anleihen Vorschub zu leisten.

Der Rat nimmt von diesen Mitteilungen in zustimmendem Sinne Kenntnis.

1. *Abwesend: Chuard.*

2. *Vgl. Nr. 212.*

E 2200 Madrid, Archiv-Nr. 748

*Die Schweizerische Gesandtschaft in Madrid
an das spanische Staatsministerium*

Kopie

Madrid, 2 mars 1925

II ÈME AIDE-MÉMOIRE

Le Gouvernement suisse a pris connaissance avec le plus vif intérêt de la Note que Votre Excellence m'a adressée le 11 février 1925¹, et qui démontre que le Gouvernement espagnol entre résolument dans la voie frayée par le Statut de la Cour permanente de Justice internationale, et qu'il est prêt à négocier, avec la Suisse, un Traité de conciliation et de Règlement judiciaire d'une portée plus grande que celui qui a été conclu en 1913 entre nos deux pays.

Mon Gouvernement avait songé à accepter sans discussion les propositions de Votre Excellence, et à les traduire en un avant-projet de Traité conforme aux vues développées dans Votre Note, et qui donnerait aux négociations une base précise. Mais, très heureux de rencontrer chez le Directoire Militaire les excellentes dispositions dont Votre Excellence nous a donné la preuve, mon Gouvernement souhaiterait beaucoup élargir encore la portée du Traité envisagé, en obtenant que tous les litiges, de quelque nature qu'ils puissent être, soient déférés non seulement à la Commission de conciliation, mais à la Cour permanente de Justice internationale. Puisque le Gouvernement espagnol se déclare prêt à conclure avec la Suisse un Traité aux termes duquel tous les litiges prévus à l'article 36, alinéa 2 du Statut de la Cour permanente de Justice internationale sont susceptibles d'un règlement judiciaire, il n'y a plus qu'un pas à faire pour en arriver à admettre le règlement judiciaire obligatoire de tous les différends, sans exception, qui pourraient s'élever entre les deux Etats.

Il semble peu probable qu'un litige d'ordre exclusivement politique, qui ne toucherait ni au droit international, ni à l'interprétation ou à l'exécution d'un Traité, Convention ou Accord liant les deux Etats, puisse s'élever entre l'Espagne et la Suisse. La catégorie de différends que le Gouvernement espagnol désire ne pas soumettre au règlement judiciaire obligatoire, semble donc d'une importance pratique très minime. La limitation du principe dit de l'arbitrage obligatoire inconditionnel et illimité diminue, en revanche, la valeur d'exemple qu'aurait, devant l'opinion publique, la conclusion entre la Suisse et l'Espagne, d'un Traité de conciliation et de Règlement judiciaire d'un caractère aussi étendu que celui que la Suisse a récemment conclu avec l'Italie.

Je prends donc la liberté de demander à Votre Excellence si l'Espagne attache une importance capitale à ne pas étendre les compétences de la Cour permanente

1. Nr. 13.

de Justice internationale au-delà de l'article 36 alinéa 2 de son statut, ou si elle serait disposée à donner une nouvelle preuve de sa confiance dans le développement des principes de l'arbitrage international, en concluant avec la Suisse, un Traité de conciliation et de Règlement judiciaire obligatoire, inconditionnel et illimité. Si tel était le cas, le Gouvernement fédéral serait heureux de s'associer à une manifestation de cet esprit de justice et de légalité qui, il y a quatre siècles, a permis à l'Espagne de se soumettre au plus ancien arbitrage international connu.

Au cas où Votre Excellence éprouverait quelque scrupule à modifier Ses vues dans le sens des désirs sincères de mon Gouvernement, ce dernier accepterait néanmoins avec joie les principes d'ailleurs fort libéraux et généreux que Votre Excellence a exposés dans Sa Note du 11 février, pour dresser un avant-projet que je soumettrais à Son examen. Mais, je ne voudrais pas cacher à Votre Excellence, combien serait grande ma satisfaction et celle du Gouvernement suisse de voir l'Espagne s'engager sans idée de retour dans la voie de l'arbitrage international, en concluant avec la Suisse un Traité de conciliation et de Règlement judiciaire obligatoire, inconditionnel et illimité, comme la Suisse en a conclu un avec l'Italie².

ANNEX

Das spanische Staatsministerium an die schweizerische Gesandtschaft in Madrid

Traduction³.

Madrid, 27 mars 1925

AIDE-MÉMOIRE

Le Gouvernement de Sa Majesté, animé du plus vif désir de satisfaire le Gouvernement helvétique, a examiné de nouveau la possibilité d'étendre dans le projet de Convention d'arbitrage hispano-suisse, l'arrangement judiciaire obligatoire à tous les différends qui pourraient surgir entre les deux Etats, sans aucune exception, sans que, bien à son regret, il fût arrivé à la conviction qu'il lui fût possible de s'avancer davantage sur le chemin suivi, en concluant avec le Gouvernement Fédéral un Traité d'arrangement judiciaire inconditionnel et illimité.

Reconnaissant l'exactitude de tous les arguments contenus dans l'aide-mémoire de la Légation de Suisse, daté du 2 courant, en faveur de sa thèse, fondés sur la mince valeur pratique que l'exception des litiges purement politiques a en réalité, étant donné le peu de probabilité qui existe de ce que des conflits de ce genre surgissent entre l'Espagne et la Suisse, le Gouvernement de Sa Majesté estime qu'il est nécessaire de tenir aussi en compte que la Convention projetée avec la Suisse, devant être la première d'une telle extension qui soit conclue par l'Espagne avec un Etat européen, le Pacte revêtirait un caractère de précédent qui empêche à son jugement d'aller dans ses dispositions (textuellement: en lui), au delà de la limite qu'on pourrait atteindre avec d'autres Etats.

2. Die Antwort der spanischen Regierung ist als Annex abgedruckt.

3. Übersetzung der schweizerischen Gesandtschaft in Madrid.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 3. März 1925

Surveillance des anarchistes

Le chef du Département de Justice et Police fait part au Conseil fédéral de l'état des pourparlers qu'il a eus avec M. Puaux, conseiller de l'Ambassade de France, concernant l'échange de communications avec la France sur les agissements des anarchistes et communistes militants. Tandis que le représentant de la France aurait voulu que l'échange de ces communications eût lieu par la voie diplomatique, l'orateur a insisté pour l'échange direct. Il ne s'agirait pas non plus d'une convention internationale, mais d'une simple déclaration par laquelle nous exprimerions notre volonté de faire, à titre autonome, les communications prévues.

Il est pris acte de cette communication, avec approbation¹.

1. Vgl. Nr. 30 und Nr. 49.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 6. März 1925¹

489. Wiederaufrichtung Österreichs. Bundesbeschluss vom 6. Februar 1923

Finanzdepartement. Antrag vom 2. März 1925

Der österreichische Gesandte in Bern hat dem Vorsteher des Finanzdepartementes ein von der österreichischen Bundesregierung in zwei Exemplaren unterzeichnetes Übereinkommen² betreffend die finanzielle Beteiligung der Schweiz an der Wiederaufrichtung Österreichs, gemäss Bundesbeschluss vom 6. Februar 1923³, überreicht. Nach diesem Übereinkommen, über dessen Wortlaut sich das Politische Departement und das Finanzdepartement mit der österreichischen Regierung verständigt haben, erfolgt die im genannten Bundesbeschluss vorgesehene Beteiligung von 20 Millionen Gold-Kronen in der Form eines Darlehens von

1. Abwesend: Schulthess.

2. Das Übereinkommen trägt das Datum vom 10. 2. 1925 (E 2001 (C) 5/144).

3. AS 1923, NF 39, S. 41f. Vgl. auch die zugehörige Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die finanzielle Beteiligung der Schweiz an der Wiederaufrichtung Österreichs, vom 1. Dezember 1922, BBl 1922, III, S. 797ff.

Fr. 23,000,000, über das von der österreichischen Regierung nach Bedarf, mittelst 20-tägiger Voranzeige, verfügt werden kann.

Die Verzinsung für das Darlehen beträgt in Nachachtung des Bundesratsbeschlusses vom 27. Mai 1924 6½% im Jahr, halbjährlich zahlbar. Als Treuhänder für den Zinsen- und Tilgungsdienst im Sinne der «Obligation Générale» amtet die Schweizerische Nationalbank Bern. Das schweizerische Darlehen unterliegt sinngemäss den Bestimmungen der vom Kontrollkomitee der garantierenden Staaten mit der österreichischen Bundesregierung vereinbarten Obligation Générale d. d. Genf, 31. Mai 1923. Es ist also insbesondere durch die Bruttoeinnahmen aus den österreichischen Zöllen und dem österreichischen Tabakmonopol sichergestellt. Die drei Treuhänder⁴ der garantierten österreichischen Staatsanleihe 1923–1943 haben dem Übereinkommen ihre Genehmigung erteilt.

Es steht heute noch nicht fest, ob und wann die österreichische Regierung den ihr zur Verfügung gestellten Kredit in Anspruch nehmen wird⁵.

In Zustimmung zum Antrag des Finanzdepartementes wird *beschlossen*:

Der Vorsteher des eidgenössischen Finanzdepartementes wird ermächtigt, das Übereinkommen zwischen dem Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesregierung der Republik Österreich, über den Regierungsvorschuss von Fr. 23,000,000 gemäss Bundesbeschluss vom 6. Februar 1923, im Namen des Bundesrates zu unterzeichnen.

4. Vgl. dazu Nr. 494.

5. Mit Note vom 7.10.1927 ersuchte die österreichische Gesandtschaft in Bern das Politische Departement, den Kredit auf 31.10.1927 zur Verfügung zu stellen (E 2001 (C) 5/144). Am 12.10.1927 antwortete das Politische Departement im Auftrag des Finanzdepartementes in positivem Sinn. Vgl. zu dieser Angelegenheit auch GBer 1927, S. 34. – Zu einer möglichen Beanspruchung der schweizerischen Tranche bemerkte L. Dubois in seinem Bericht an Motta vom 11.6.1925 über die Sitzung des Finanzkomitees des Völkerbundes vom 4. bis 8.6.1925: [...] Je tiens cependant à ajouter, et je crois qu'il sera utile de le faire savoir au Conseil Fédéral, qu'il est possible que l'Autriche doive faire appel au prêt que la Confédération Suisse lui a accordé et qui n'est pas encore utilisé. Mais il y a à cela une très belle compensation sur laquelle je prends la liberté d'insister: trois grandes voies de communication relient Vienne (et au-delà) à l'Europe occidentale, la voie du sud (qui ne touche plus Vienne, il est vrai) par Trieste–Venise–Milan et le Simplon, la voie du nord par Munich et la voie du milieu par l'Arlberg–Buchs et la Suisse. C'est cette dernière voie qui au point de vue du trafic international nous intéresse. Par suite de ses pentes et du fait de la voie unique sur certaines sections, elle se trouve encore actuellement dans de mauvaises conditions pour concurrencer les deux autres voies (E 2001 (C) 5/4).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 10. März 1925¹

524. Handelsvertragsunterhandlungen mit Österreich. Delegation

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 10. März 1925

Montag, den 16. März, beginnen in Zürich die Verhandlungen mit Österreich über den Abschluss eines Handelsvertrages, nachdem die Besprechungen über ein Abkommen betreffend die Einfuhrbeschränkungen zu keinem Resultat geführt haben. Das Volkswirtschaftsdepartement wird dem Bundesrate Anträge über die Instruktionen vorlegen² und bemerkt jetzt schon, dass die Verhandlungen wahrscheinlich recht schwierige werden, weil einerseits Österreich sich in einer heiklen Lage befindet und anderseits die Schweiz sich in Acht nehmen muss, welche Konzessionen sie macht, weil diese sich nach dem Prinzip der Meistbegünstigung auf die andern Staaten übertragen.

Für heute handelt es sich um die Bestellung der Delegation. Es ist von jeher als gegeben erachtet worden, dass, nachdem Herr Nationalrat Frey, der eine besonders prominente Stellung im Wirtschaftsleben unseres Landes bekleidete, nicht mehr da ist, die Führung der Delegation an einen Vertreter des Staates übergeht, und es ist selbstverständlich, dass der Direktor der Handelsabteilung diese Führung übernimmt. Ebenso scheint ohne weiteres natürlich, dass Herr Dr. Laur, der früher schon bei den Verhandlungen mitwirkte und über eine grosse Erfahrung verfügt, wiederum der Delegation angehört. Selbstverständlich ist auch ein Sachverständiger beizuziehen, der speziell mit der Industrie in Beziehung steht, und als solcher wurde von jeher Herr Dr. Wetter betrachtet, der nunmehr der Delegation als Delegierter des Handels- und Industrievereins angehören würde. Schliesslich gehört auch der Praxis das Wort, daher sollte, wie bei den Verhandlungen mit Italien, ein Vertreter der Zollverwaltung, und zwar Herr Gassmann, der Delegation zugeteilt werden. Diese erreicht damit die Zahl von 4. Dies entspricht genau der Zahl der österreichischen Delegierten.

Allein es erscheint als wünschenswert, dass vor allem auch ein Vertreter der welschen Schweiz an den Verhandlungen teilnehme. Als solchen wünschte das Departement einen Mann, der vielleicht aus der Industrie hervorgegangen ist, aber auch Verständnis hat für die allgemeinen Fragen und für die Interessen aller Berufsstände. Es ist trotz intensivster Bemühung nicht gelungen, einen solchen Mann, der, wenn immer möglich, dem Parlament angehören sollte, zu finden. Auch das Gewerbe wünscht, dass einer seiner Vertrauensleute als Unterhändler bezeichnet werde. Als solcher fällt in Betracht Herr Nationalrat Odinga, Präsident der nationalrätlichen Zollkommission. Schliesslich wurde wiederholt hervor-

1. Abwesend: Scheurer.

2. Vgl. Nr. 27.

gehoben, dass auch ein Vertrauensmann der Konsumenten gewählt werden sollte. Da an und für sich die Delegation als eine einheitliche zu betrachten ist und keineswegs einzelnen Interessengruppen Vertreter zu geben, sondern auf der ganzen Linie Sachverständige zu wählen sind, die allerdings ja der einen oder andern Gruppe näherstehen, so kann eigentlich fast einzig Herr alt Nationalrat Jäggi in Betracht kommen. Die praktische Inkonvenienz besteht nur darin, dass dadurch die schweizerische Delegation auf 7 steigt, aber eine Ernennung zieht eben eine andere nach sich.

Für einmal könnte man nun, speziell weil noch kein Angehöriger der romanschen Schweiz gefunden wurde, der Zeit, Lust und Eignung hat, die erstgenannten vier Herren als Delegierte bezeichnen, mit dem Beifügen, dass eine Ergänzung der Delegation vorbehalten wird. Diese hätte in der Weise zu erfolgen, wie es soeben dargelegt worden ist. Die Verhandlungen in Zürich werden bloss 14 Tage dauern, und sie führen vermutlich nicht zu einem Abschlusse. Ob dann weiter in Zürich oder in Wien verhandelt wird, bleibe dahingestellt. Wahrscheinlich ist, dass demnächst auch die Verhandlungen mit der Tschechoslovakei eröffnet werden, so dass die Frage der Delegation sich nochmals stellt.

Antragsgemäss wird *beschlossen*:

1) Als Delegierte für die Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich werden bezeichnet die Herren:

W. Stucki, Direktor der Handelsabteilung,

A. Gassmann, Oberzolldirektor,

Prof. Dr. E. Laur, und

Dr. E. Wetter, Delegierter des Vororts des schweizer. Handels- und Industrievereins.

Die Ergänzung der Delegation wird vorbehalten.

2) Das Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, das Sekretariat zu bestellen und überdies der Delegation, soweit nötig, zum Beizug oder Anhörung von Experten Vollmacht zu erteilen.

21

E 2200 Paris 1/1858

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

S KD. Confidential.

Berne, 13 mars 1925

Ainsi que vous le savez, le Traité d'amitié sino-suisse, ainsi que la déclaration qui accorde aux Consuls de Suisse en Chine les droits de la nation la plus favorisée en matière de juridiction consulaire¹, est entré en vigueur, le 8 octobre 1919,

1. Vgl. Nr. 11, Anm. 2.

après avoir été ratifié, en Chine, par le Président de la République et, en Suisse, par le Conseil Fédéral après approbation par l'Assemblée fédérale.

La ratification de ce traité n'avait pas été précédée, en Chine, d'une procédure parlementaire, en raison du fait que, depuis 1917, le Parlement chinois se trouvait dissous. En 1922, le Gouvernement chinois, désireux de rentrer dans la légalité, a soumis à son Parlement tous les traités conclus pendant la période dictatoriale et a obtenu, le 9 octobre 1923, un vote approuvant le traité sino-suisse du 8 octobre 1919, à l'exception, toutefois, du premier alinéa de la déclaration annexe, c'est-à-dire de la partie qui a trait à la juridiction consulaire.

Cette décision paradoxale n'a pas eu jusqu'ici pour effet de suspendre l'exécution du traité sino-suisse. Le Consulat Général de Suisse à Shanghai continue à rendre la justice en vertu de ses pouvoirs juridictionnels et les Autorités locales n'y font aucune objection.

En revanche, le Gouvernement de Pékin a chargé son Ministre à Berne d'insister auprès de nous pour que nous consentions à *réviser*, conformément aux vues du Parlement chinois, la déclaration annexe relative à la juridiction consulaire.

Nous n'envisageons pas d'entrer dans cette manière de voir avant, tout au moins, que des garanties suffisantes nous aient été données en ce qui concerne l'impartialité des tribunaux chinois et l'équité de la législation qu'ils appliquent.

Nous soutenons qu'un vote du Parlement chinois ne peut pas, après coup, remettre en question le contenu d'un traité, ou d'une déclaration qui en fait partie intégrante, qui a été mis en vigueur après sa ratification dans les formes prescrites par le droit international.

Nous devons cependant prévoir le cas où des dispositions du Gouvernement chinois entraveraient, en fait, l'exercice de la juridiction consulaire de notre Consulat Général à Shanghai ou de notre Consulat à Canton.

Au cas où cette éventualité viendrait à se produire, nous nous verrions peut-être amenés à supprimer, momentanément, tout au moins, notre représentation consulaire à Shanghai et à Canton et à demander à des Puissances amies jouissant du droit de capitulation en Chine de bien vouloir assurer, provisoirement, ainsi qu'elles l'ont fait dans le passé, la protection de nos ressortissants.

Afin de ne rien laisser au hasard et de ne pas être pris au dépourvu, nous désirerions nous assurer, dès maintenant, que rien ne s'opposerait, le cas échéant, à ce que nos ressortissants établis en Chine se missent sous la protection de la France et devinssent justiciables des tribunaux consulaires français.

A cet effet, nous vous serions fort obligés d'exposer ce qui précède, à titre confidentiel et officieux, au Ministère des Affaires Etrangères et de tenter d'apprendre a) si les traités existant entre la France et la Chine permettraient au Gouvernement français de prendre sous sa protection les ressortissants suisses en Chine et de les faire jouir des mêmes immunités de juridiction que les ressortissants français; b) si le Gouvernement français serait éventuellement disposé à nous rendre ce service, au cas où nous ne parviendrions pas à obtenir du Gouvernement chinois qu'il respecte ses engagements internationaux, en ce qui concerne la juridiction des Consuls de Suisse.

Vous aurez soin de faire clairement ressortir que les choses n'en sont pas en-

core là et que notre demande à cet égard n'est qu'une précaution pour une éventualité dont rien ne fait encore prévoir la réalisation.

Si la réponse du Gouvernement français² était affirmative sur les deux points susénumérés et qu'il nous autorisait à en faire usage dans nos négociations avec le Gouvernement chinois, elle nous fournirait un argument très fort: la démonstration que la suppression de la juridiction consulaire suisse en Chine aurait simplement pour effet de faire passer nos ressortissants sous la protection et la juridiction d'une Puissance amie, sans diminuer en aucune façon l'étendue d'un régime capitulaire, auquel nous ne renoncerons qu'en même temps que les autres Etats.

2. Vgl. Nr. 25.

22

E 2001 (C) 7/4

Professor P. Logoz¹ an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

S handschriftlich

Paris, 13 mars 1925

Vous avez reçu le télégramme² par lequel M. Dunant vous a annoncé, hier soir, la très prochaine signature du traité d'arbitrage franco-suisse.

Cette fois-ci encore, je tiens à rendre hommage aux dispositions entièrement loyales, amicales et bienveillantes de mon Collègue M. Fromageot envers notre pays. Ce n'est pas sans raison qu'il a relevé, dans une de nos conversations d'hier, que le Gouvernement français va très loin – plus loin qu'il n'est jamais allé à cet égard – en acceptant un traité qui est vraiment sans réserve!

Une fois l'acte signé, peut-être trouverez-vous l'occasion, au cours de la session des Chambres fédérales, d'annoncer l'événement dans une séance du Conseil national et de dire tout le prix que nous attachons à cette preuve de confiance et d'amitié effective que nous donne la République française.

Je suis sûr qu'une telle déclaration, faite par vous aux Chambres sitôt après la signature, ne serait pas inutile pour nos rapports à venir avec la France. Il serait juste, naturellement, qu'à ce propos vous rendiez hommage à la bonne foi et la bonne volonté manifestées à notre égard par M. Herriot, ainsi que par ses collaborateurs MM. Laroche et Fromageot. [...]³

1. Logoz war schweizerischer Unterhändler bei der Ausarbeitung der Schiedsordnung (Schiedskompromiss) und des Vergleichs- und Schiedsvertrages mit Frankreich.

2. Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant, hatte damit den Abschluss der Verhandlungen nach Bern gemeldet und um Bevollmächtigung zur Unterzeichnung des Vertrages nachgesucht, welche ihm das Politische Departement mit Expressschreiben vom 13.3.1925 übertrug (E 2001 (C) 7/4).

3. Logoz kündigte im weiteren seine Berichterstattung in Bern an.

23

E 1004 1/294

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 16. März 1925

568. Schweizerisch-französischer Schiedsvertrag

Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departements teilt mit, der schweizer.-französische Schiedsvertrag habe noch nicht unterzeichnet werden können, weil noch kein Bericht darüber eingegangen ist, ob die Königin der Niederlande bereit sei, die ihr im Vertrag bei mangelnder Verständigung zwischen den Parteien zugedachte Ernennung der von den Parteien zu bezeichnenden Mitglieder der Vergleichskommission zu übernehmen¹.

Herr Prof. Logoz, der die Verhandlungen über diesen Vertrag wie über das Schiedsabkommen mit Frankreich in der Zonenfrage mit grossem Geschick zu einem guten Ende führte, hat dem Vorsteher des politischen Departements erklärt, dass er für seine Bemühungen auf eine über den Ersatz seiner Auslagen hinausgehende Entschädigung verzichte. Der Vorsteher des politischen Departements ersucht um die Ermächtigung, Herrn Logoz seine erfolgreichen Bemühungen im Namen des Bundesrates aufs Beste zu verdanken.

Der Rat stimmt diesen Ausführungen zu.

1. Am 7.4.1925 teilte Motta in der Bundesratssitzung mit, dass der schweizerisch-französische Schiedsvertrag, nachdem sich die Königin der Niederlande bereit erklärt hat, die ihr im Vertrag zugeschienenen Funktionen auszuüben, gestern, am 6. April, in Paris vom schweizerischen Gesandten und vom französischen Ministerpräsidenten unterzeichnet worden ist (E 1004 1/294, Nr. 738). – Vgl. BR-Botschaft vom 15.5.1925 und Vertragstext, in: BBl 1925, II, S. 33ff.

24

E 2, Archiv-Nr. 1680

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an die Association genevoise pour le maintien des zones franches
de 1815 et 1816*

Kopie

S LK. Confidentielle.

Berne, 17 mars 1925

Dans une lettre du 5 février¹, vous avez bien voulu exprimer le vœu que la ratification par les deux Chambres du compromis d'arbitrage signé à Paris le 30 octobre dernier en l'affaire des zones intervienne au cours de la session parlemen-

1. Nicht abgedruckt.

taire qui s'ouvre présentement. Vous aurez pu constater que cet objet figure sur la liste des tractanda de l'une et l'autre Chambre et que la réalisation de votre vœu paraît, dès lors, assurée.

Vous nous avez, dans la même lettre, fait part des réflexions et des craintes qu'inspire à votre Comité la persistance avec laquelle s'édifient, à la frontière savoisienne et gessienne, des bâtiments trop évidemment destinés au service de la douane française. Vous êtes allés jusqu'à envisager l'éventualité où cette «politique du fait accompli», dont vous faites remonter les premières manifestations à l'année 1918, préparerait, toujours fidèle à son principe, le rejet par le Parlement français du compromis arbitral. Vous voudriez que le traité général d'arbitrage avec la France, dont la signature est aujourd'hui imminente, ouvrît une issue à une telle éventualité, en d'autres termes, que rien ne s'opposât à ce que ce traité fût invoqué en vue d'une solution arbitrale du conflit des zones, au cas où la France repousserait le compromis qui doit assurer cette solution.

En ce qui concerne d'abord le risque de voir le Gouvernement français tirer, devant la Cour de La Haye, argument de l'état de fait que nous aurions laissé se créer et durer à la frontière politique des petites zones, nous pensons y avoir entièrement paré par la note remise, le 30 janvier dernier, à l'Ambassade de France². Cette note, où sont signalés les divers travaux de constructions en cours, fait toutes les réserves utiles et le Gouvernement fédéral y précise que ledit état de fait «ne saurait lui être opposable ni en droit ni en fait au cours de la procédure instituée par le compromis du 30 octobre 1924»³.

Quant à ce compromis lui-même, il sera, sans aucun doute, vivement attaqué, au Parlement français, par les fougueux adversaires que nous lui connaissons; mais nous avons, jusqu'à preuve du contraire, toutes raisons de penser qu'il sera défendu avec une énergie égale par le Gouvernement qui s'est fait, à Genève, le champion de l'idée de l'arbitrage et qui ne peut ignorer, d'ailleurs, qu'un rejet du compromis ne terminerait pas le litige des zones. Quelle que fût, alors, l'instance devant laquelle ce différend serait porté, le pays où le compromis aurait échoué comparaitrait en si mauvaise posture qu'il faudrait refuser un minimum de sens politique aux hommes qui l'auraient ainsi fourvoyé.

Le rejet du compromis par l'un ou par l'autre pays ferait mettre si sérieusement en doute la sincérité de la campagne qui y est menée en faveur du principe de l'arbitrage obligatoire et inconditionnel que la ratification du traité général que nous sommes sur le point de conclure dans ce sens avec nos voisins pourrait en paraître elle-même compromise. Il devient, dès lors, d'un intérêt peut-être secondaire de relever que rien, dans la lettre de ce traité, ni, à plus forte raison encore, dans son esprit, ne s'opposerait à ce que la solution arbitrale du conflit des zones, manquée par la voie du compromis du 30 octobre 1924, fût poursuivie sur la base du traité général.

2. Nr. 6.

3. Vgl. dazu die Erklärung Mottas in der Debatte des Nationalrates über den Geschäftsbericht pro 1924 am 16. 6. 1925, in: Sten. Bull. NR, 1925, S. 466.

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Paris, 17 mars 1925

En possession de votre lettre du 13 courant¹, je suis allé au Quai d'Orsay voir M. Clinchant, Sous-Directeur d'Asie, pour lui exposer, à titre confidentiel et officieux, nos tribulations en Chine; mon interlocuteur, très intéressé par mon récit, a fait venir un de ses principaux collaborateurs, M. Léger, qui a passé plus de 5 ans à Pékin et est, au Ministère, le spécialiste des questions chinoises.

M. Léger connaît notre Traité et est plein d'admiration pour l'habileté avec laquelle la Suisse a su manœuvrer; après nous, plus personne n'a pu obtenir les mêmes avantages, parce que le Traité de Versailles est entré en vigueur et cela a complètement modifié la situation pour la Chine, qui était du nombre des Puissances victorieuses. Vainement la Roumanie, la Pologne, la Tchéco-Slovaquie et la Serbie ont tenté de marcher sur les brisées de la Suisse. La Chine n'admet plus que d'autres pays jouissent d'immunités de juridiction, et malgré tout le désir qu'aurait le Gouvernement français de nous être agréable, il se heurterait à cette décision unilatérale du Gouvernement chinois. M. Léger a été tout-à-fait catégorique: la France peut prêter ses bons offices pour rendre tel ou tel service à Pékin, mais elle ne saurait, comme naguère, prendre sous sa protection complète (y compris la juridiction) des ressortissants étrangers.

Par contre, M. Léger estime que notre traité est «inattaquable et doit être défendu âprement»; au surplus, la ratification parlementaire chinoise était-elle réellement nécessaire, au bout de 4 ans, et alors que le traité est entré en vigueur à une époque où le parlement de Pékin était dissous? A première vue, M. Léger tranche cette question par la négative, mais il désire encore l'étudier plus à fond et se réserve une communication ultérieure à cet égard.

En résumé, rien à faire, dans l'état actuel de la situation de politique intérieure en Chine, pour mettre ses nationaux sous la protection d'une tierce puissance. Par contre, conseil très positif de tenir bon, notre position étant excellente; au besoin, aller à l'arbitrage où, d'après l'opinion de M. Léger, nous gagnerions sans l'ombre d'hésitation.

1. Nr. 21.

26

E 2001 (B) 6/8

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Buenos Aires, K. Egger*

Kopie
S LK.

Berne, 18 mars 1925

En date du 4 février, vous avez bien voulu nous écrire qu'aussi longtemps que le nouveau Gouvernement chilien ne vous aurait pas notifié son avènement, vous vous proposiez d'adresser au dernier Ministre des Affaires étrangères qui vous avait fait connaître officiellement son entrée en fonctions les notes dont l'expédition des affaires courantes nécessiterait l'envoi¹.

Il vous est certainement difficile de correspondre dans la forme personnelle avec un Gouvernement nouveau qui ne vous a pas notifié officiellement son avènement au pouvoir et nous supposons que le parti que vous avez pris ne diffère pas de celui de vos collègues d'autres pays représentés à Santiago.

A toutes fins utiles, nous vous signalons que M. Valdès Mendeville, de retour à Berne, nous a remis hier des lettres l'accréditant en qualité de Chargé d'Affaires intérimaire du Chili en Suisse. Ces lettres sont signées de M. Jorge Matte, le nouveau Ministre des Affaires étrangères. Nous n'avons pas cru devoir faire de réserves à ce sujet vis-à-vis de M. Valdès; mais nous n'estimons pas que, de ce fait, la situation soit, à l'égard de la Suisse, à ce point préjugée que vous deviez, dans vos rapports avec Santiago, vous écarter sensiblement de la ligne de conduite de la majorité du corps diplomatique, qu'elle soit ou non, cette ligne de conduite, fixée dans le sens d'une reconnaissance plus ou moins marquée du nouveau Gouvernement.

Les journaux annoncent l'arrivée de l'ex-Président Alessandri dans son pays. Les conséquences de ce retour sont, nous le savons, difficiles à prévoir. Si, au reçu de la présente lettre, la situation devait vous paraître toujours aussi incertaine, vous jugerez sans doute opportun, en attendant qu'elle s'éclaircisse et que la majorité de vos collègues ait pris une attitude commune plus précise, d'adopter pour vos communications à Santiago la forme impersonnelle (notes verbales), la mieux adaptée, pensons-nous, aux circonstances politiques actuelles du Chili². D'une manière générale, nous croyons ne pouvoir mieux faire que de vous recommander de garder le contact avec vos collègues et de conformer constamment votre attitude à celle du plus grand nombre, car l'importance de nos relations avec ce lointain pays n'est point telle qu'il vaille la peine de nous y singulariser.

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Egger berichtete am 22.4.1925: [...]* Depuis que M. Alessandri a de nouveau assumé les fonctions de Président Constitutionnel du Chili, les choses ont pris une tournure qui laisse espérer que la vie politique de cette nation s'achemine vers une lente stabilisation; je n'ai donc pas hésité à adopter pour les communications que j'ai à faire au ministre des Affaires Etrangères actuel, en vue de la liquidation des affaires courantes, la forme personnelle. [...] (E 2001 (B) 6/8).

E 1001 1, EVD, 1925

*Antrag des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes,
E. Schulthess, an den Bundesrat*

KB
Handelsvertragsunterhandlungen
mit Österreich.

Bern, 19. März 1925

Wir sind heute in der Lage, gemäss Bundesratsbeschluss vom 10. März¹ Ihnen vorzuschlagen, folgende Richtlinien zu genehmigen, welche für die Schweizerische Delegation bei den mit Österreich begonnenen Handelsvertragsunterhandlungen wegleitend sein sollen:

1. *Der schweizerische Entwurf² zu einem neuen Handelsvertrag mit Österreich*, den wir diesem Antrag beilegen, ist das Resultat einer möglichst vielseitigen Fühlungnahme mit behördlichen Stellen sowie Produzenten und Handelskreisen, soweit diese für den Verkehr, mit dem Ausland zuständig, bzw. am Güteraus-tausch mit Österreich interessiert sind. Nicht nur wurden im Entwurf die Wün-sche der eidgenössischen Departemente berücksichtigt, sondern es fanden auch die Anregungen, die von den in der Sache begrüsstesten Grenzkantonen geäussert wurden, entsprechende Verwertung. Die Sammlung der privaten Begehren voll-zog sich durch Vermittlung des Vororts des Schweizerischen Handels- und Indu-strie-Vereins und des Schweizerischen Bauernverbandes. Deren Vorschläge wur-den von der Schweizerischen Delegation gesichtet und bereinigt.

Es wird das Bestreben der Schweizerischen Delegation sein müssen, allen die-sen im vorliegenden Entwurf zusammengestellten Begehren auf österreichischer Seite nach Möglichkeit zum Durchbruch zu verhelfen, wobei das Vorgehen von Fall zu Fall, insbesondere das Abwägen der Wichtigkeit und Dringlichkeit der einzelnen schweizerischen Postulate, der Einsicht und Erfahrung unserer Un-terhändler überlassen werden darf.

2. *Österreichische Begehrenliste³*: Die österreichische Delegation hat bis jetzt zwei Listen ihrer Wünsche überreicht, von denen die eine die allgemeinen Zollbe-gehren umfasst, die andere dagegen die speziellen schweizerischen Zollerleichte-rungen für Waren aus österreichischen Grenzgebieten, wie sie im Zusatzartikel Punkt 6 des alten Handelsvertrags⁴ aufgeführt waren, erneuern und wesentlich erweitern will. Wir verweisen im einzelnen auf die beigelegten österreichischen Dokumente.

Nach mündlichen Mitteilungen der österreichischen Delegation ist die von ihr

1. *Vgl. Nr. 20.*

2. *Vertragstext und Tarifbegehrenliste in: E 7110 1/100.*

3. *E 7110 1/100.*

4. *Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Österreich-Ungarn, vom 9.3.1906, in: AS 1906, NF 22, S. 423ff. Zusatzartikel, S. 504ff.*

eingereichte Liste der Zollbegehren nicht vollständig, indem noch einige weitere Begehren später formuliert werden sollen.

Die österreichischen Zollbegehren gehen in vielen Fällen unter die Ansätze des gegenwärtig geltenden schweizerischen Gebrauchstarifs. Es kann für uns aber keine Frage sein, dass die gegenwärtige handelspolitische Lage der Schweiz keine Ermässigungen auf einem Tarif gestattet, der schon ohnehin eine recht unzulängliche Handhabe für Handelsvertragsunterhandlungen bietet. Ohne besondere Ermächtigung durch den Bundesrat wird deshalb die Delegation in ihren Konzessionen nicht unter die Ansätze des Gebrauchstarifs gehen dürfen und vorderhand als äusserste Konzession sich nur zu Bindungen der Ansätze dieses Tarifs herbeilassen können, welche mit Rücksicht auf den in Vorbereitung befindlichen Generaltarif für die Gegenpartei ihren besondern Zukunftswert haben. Entscheidend für eine solcher Massen zurückhaltende Einstellung ist auch unser Meistbegünstigungsverhältnis zu den andern Ländern, auf Grund dessen alle Österreich eingeräumten Tarifkonzessionen auch den andern Vertragsstaaten zugute kommen.

Was die besondern Erleichterungen betrifft, die Österreich für seine Ausfuhr aus den Grenzgebieten fordert, so glauben wir, dass sich für die Aufrechterhaltung dieses Privilegs heute keine überzeugenden Gründe mehr ins Feld führen lassen, indem insbesondere auf schweizerischer Seite ein wirtschaftliches Bedürfnis nach diesem Ausnahmestand nicht besteht. Wir glauben daher, auf dieses österreichische Begehren vorläufig nicht eintreten zu können.

Der Gang der Verhandlungen lässt sich naturgemäss noch nicht übersehen. Unser Departement, welches mit der in Zürich befindlichen Schweizerischen Delegation in ständiger Fühlungnahme steht, muss sich deshalb vorbehalten, von Fall zu Fall weitere Instruktionen des Bundesrats für die schweizerischen Unterhändler einzuholen. Wir *beantragen*:

Von diesen für die Verhandlungen mit Österreich aufgestellten vorläufigen Richtlinien in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen und dieselben als Instruktion für die Schweizerische Delegation zu genehmigen⁵.

5. Der Bundesrat entschied in seiner Sitzung vom 27.3.1925 antragsgemäss (E 1004 1/294, Nr. 660). – Die am 16.3.1925 in Zürich begonnene Verhandlungsrunde wurde am 27.3.1925 abgeschlossen. Zu den Ergebnissen vgl. Nr. 44.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 19. März 1925¹

Rheinregulierung

Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departements teilt mit, Herr Direktor Payot vom Elektrizitätswerk des Kantons Basel-Stadt, der in Ersetzung des erkrankten Herrn Dr. Herold zum ersten Delegierten des Bundes in die technische Subkommission der Rheinzentralkommission abgeordnet worden ist, habe über den Verlauf der Verhandlungen dieser Subkommission, die sich mit dem schweizerischen Rheinregulierungsprojekt und mit den Vorlagen Frankreichs für die weiteren Kanalstufen (Kembs–Strassburg) zu befassen hatte, schriftlich Bericht erstattet. In einer Besprechung, die er letzter Tage mit dem Vorsteher des politischen Departements hatte, wies Herr Payot darauf hin, dass sich die Verhandlungen über das schweizerische Regulierungsprojekt von Anfang an recht schwierig gestalteten. Die französische Abordnung machte am schweizerischen Regulierungsprojekt mancherlei Aussetzungen und bezweifelte überhaupt seine Durchführbarkeit. Die belgische Abordnung stimmte ganz in den Ton der französischen ein, der gegenüber sie der wünschenswerten Selbständigkeit ermangelt. Die englische Abordnung ist offenbar nicht gewillt, das gute Einvernehmen zwischen ihrem Land und Frankreich und Belgien wegen der Rheinfrage aufs Spiel zu setzen und an der Spitze der italienischen Abordnung stand ein greiser Herr ohne eigene Meinung. Demgegenüber lieh der holländische Vertreter dem schweizerischen Projekt aus sachlichen Gründen seine Unterstützung, und die deutsche Abordnung verteidigte es in geradezu glänzender Weise, namentlich durch den Mund des Ingenieur Fuchs. Die Subkommission hat übrigens selbst über die ihr vorgelegten Projekte keine Beschlüsse gefasst, sondern sich darauf beschränkt, sie der Gesamtkommission zu überweisen².

Bei der französischen Abordnung herrschte offensichtlich von Anfang an gegenüber dem schweizerischen Projekt schon deshalb eine Missstimmung, weil es aus den bekannten Gründen von einer deutschen Amtsstelle durchgearbeitet worden ist, und diese Missstimmung wurde offenbar durch die überraschende Schwenkung in der Haltung der deutschen Abordnung verstärkt, die, das früher von ihr verteidigte deutsche Projekt Kupferschmied preisgebend, sich mit aller Kraft für die schweizerische Regierungsvorlage einsetzte. In einer Besprechung,

1. *Abwesend: Musy.*

2. *In ihrer Aprilsession hiess die Rheinzentralkommission sowohl das Regulierungsprojekt als auch das Kanalprojekt gut. Vgl. die diesbezügliche Resolution, in: GBer 1925, S. 43ff. – Über den Verlauf der Aprilsession der Rheinzentralkommission gibt der Bericht des ersten schweizerischen Delegierten, R. Herold, an den Bundesrat vom 29. 5. 1925 Auskunft (E 2001 (C) 11/3). (Zu den nicht dokumentierten Geschäften der Rheinzentralkommission vgl. GBer 1925–29.) – Zur Ausführung der Rheinregulierung vgl. Nr. 293.*

die Herr Payot mit dem Führer der französischen Abordnung hatte, liess dieser denn auch ziemlich unverhohlen die französische Annahme durchblicken, wonach die Schweiz nunmehr mit Deutschland in der Rheinfrage gemeinsame Politik mache, um den Bau der weitem, von Frankreich in Aussicht genommenen Kanalstufen unter allen Umständen zu verhindern. Herr Payot wies diese Auffassung mit allem Nachdruck zurück und betonte, es könne sich für die Schweiz keineswegs um eine grundsätzliche Bekämpfung des Kanalprojektes handeln. Dagegen müsse ihr allerdings viel daran gelegen sein, die Möglichkeit der Regulierung zu haben, sei es für den Fall, dass die fernern Kanalprojekte den Bedürfnissen der Schifffahrt nicht in genügender Weise Rechnung zu tragen vermöchten, sei es um den Bedürfnissen der Schifffahrt auch nur zeitweilig, d.h. bis zum Ausbau der weitem Kanalstufen, der ja noch lange Jahre beanspruchen werde, durch die Regulierung Genüge tun zu können. Hiefür müsse die Schweiz aus Rücksicht auf ihren eigenen Vorteil Sorge tragen, und diese Sorge allein sei für ihre von der deutschen völlig unabhängige Rheinpolitik massgebend. Diese Vorgänge beweisen, wie empfindlich Frankreich und wie leicht es geneigt ist, alles, was die Schweiz tut und was nicht ganz dem französischen Standpunkt entspricht, als übertriebene Anlehnung an Deutschland, ja als Zeichen der Abhängigkeit von Deutschland zu deuten. In dieser Hinsicht ist bezeichnend, dass auch Herr Fromageot neulich gegenüber Herrn Prof. Logoz die Vermutung äusserte, die Schweiz mache in der Rheinfrage mit Deutschland gemeinsame Sache.

Angesichts dieser Sachlage hat der Vorsteher des politischen Departements Herrn Payot zugestimmt, als dieser anregte, ihn zu beauftragen, vor dem Zusammentritt der Rheinzentralkommission ganz privat und lediglich offiziös mit den Mitgliedern der französischen Abordnung in der Rheinzentralkommission in Paris Fühlung zu nehmen, um das vorgenannte Vorurteil gegenüber der schweizerischen Rheinpolitik nach Möglichkeit zu zerstreuen.

Der Rat nimmt von diesen Mitteilungen Kenntnis und billigt das Vorgehen des Vorstehers des politischen Departements.

29

E 2001 (B) 6/5

*Aufzeichnung des Chefs der Abteilung für Auswärtiges
des Politischen Departementes, P. Dinichert*

Berne, 28 mars 1925

Je reçois la visite du nouveau Ministre de Turquie, Munir Bey, qui, ayant dû se rendre précipitamment à Genève, retourne pour quelques semaines à Angora, avant de revenir présenter ses lettres de créance et s'installer à Berne. Munir Bey fait la très bonne impression que tous les renseignements recueillis sur son compte laissaient prévoir. Il serait, notamment, un juriste de valeur.

Je crois devoir profiter de cette occasion pour m'entretenir avec le nouveau Ministre de l'ensemble de nos rapports actuels avec la Turquie.

Je lui explique les raisons qui nous avaient fait penser qu'il n'y avait pas lieu de conclure avec la nouvelle Turquie un traité général d'amitié du type de ceux qu'elle a conclus, au cours des deux dernières années, avec à peu près tous les autres pays: anciens ennemis, anciens neutres et même anciens alliés. Nous avons été, en somme, seuls, parmi les pays civilisés, à ne pas avoir conclu de capitulations avec la Turquie. D'autre part, nous avons, grâce surtout à notre mission de représentation des intérêts turcs en Allemagne, en Autriche, en Hongrie et en Roumanie, depuis 1918, entretenu avec la Turquie des relations entièrement normales et amicales, de façon ininterrompue, nonobstant le changement profond de régime survenu en Turquie.

Cette situation toute particulière à la Suisse nous a fait et nous fait encore paraître la conclusion d'un pur traité d'amitié comme pour le moins superflue. Je demande à Munir Bey d'expliquer cela à Angora, tout en ajoutant que, si son Gouvernement devait néanmoins insister, le Conseil Fédéral ne s'opposerait pas davantage à la signature d'un de ces traités généraux. Mais j'ajoute que, dans ce cas, nous proposerions, conformément à la demande du Département de l'Economie Publique, de procéder, en même temps, à un échange de notes nous assurant, réciproquement, dans les relations commerciales, le traitement de la nation la plus favorisée. J'insiste naturellement sur la différence de traitement très préjudiciable que subissent, actuellement, à l'importation en Turquie, certains produits suisses. A cet égard, Munir Bey déclare qu'il s'agit peut-être de la part de certaines autorités turques d'un simple malentendu; il ne croit pas, en effet, que ce soit la volonté de son Gouvernement de nous appliquer ainsi un traitement différentiel. Il me promet de s'occuper de cette affaire sitôt arrivé à Angora et de faire part aussi à son Gouvernement de notre demande de conclure, aussi rapidement que possible, un accord impliquant la clause de la nation la plus favorisée pour les relations commerciales. Munir Bey comprend fort bien cette demande de notre part.

Il est convenu avec Munir Bey que nous nous préparons, de notre côté, à entrer en négociations avec lui sitôt qu'il sera rentré à Berne, dans un à deux mois, muni des dernières instructions de son Gouvernement.

En ce qui concerne notre future représentation en Turquie, je me borne à dire à Munir Bey qu'en principe, nous sommes bien décidés à en créer une aussitôt que faire se pourra, mais que, quant à son caractère, nous ne sommes pas encore arrivés à quelque détermination définitive. Il n'insiste d'aucune manière pour l'établissement d'une Légation de préférence à une représentation consulaire, ou vice-versa¹.

1. *In der Bundesratssitzung vom 30.3.1925 führte Motta aus: [...] En accréditant de nouveau un ministre à Berne, la Turquie poursuit le dessein de conclure avec la Suisse un traité d'amitié, d'étendue et de portée restreintes (3 ou 4 articles), et tendant essentiellement à ce que la Suisse reconnaisse l'abolition complète des capitulations. Un pareil traité n'offrirait guère d'intérêt pour la Suisse, attendu qu'elle n'était pas au bénéfice des capitulations, mais la Turquie paraît y attacher un intérêt d'ordre moral.*

De notre côté, nous profiterons des négociations qui s'engageront au retour de Munir Bey pour réclamer le traitement de la nation la plus favorisée, condition que nous mettrons à l'installation d'une représentation diplomatique ou plutôt consulaire en Turquie. [...] (E 1005 2/3).

E 2001 (B) 6/1

*Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, H. Häberlin,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

Kopie
S

Bern, 2. April 1925

In der letzten Zeit haben hier auf Initiative der Französischen Botschaft Besprechungen stattgefunden, über die wir Sie für alle Fälle auf dem Laufenden halten möchten, falls dies nicht bereits durch das Politische Departement geschehen ist.

Herr Legationsrat Puaux kam vor Monatsfrist zu uns mit der Anregung, es möchte mit Frankreich eine Vereinbarung getroffen werden, dass man sich gegenseitig in der Überwachung von Anarchisten, Kommunisten und andern subversiven Elementen unterstützen möchte, vor allem durch rechtzeitige Mitteilung¹. Wir traten auf diese Anregung grundsätzlich ein, immerhin in der Meinung, dass es sich nicht um eine formelle Konvention, sondern nur um eine Verständigung über die in der administrativen Praxis zu befolgenden Richtlinien handeln solle. Diese Auffassung ist auch vom Politischen Departement vertreten und vom Bundesrate gutgeheissen worden. Wir erinnerten daran, dass vor dem Kriege bereits ein solcher *modus vivendi* bestanden habe. Im Jahre 1898 hat eine internationale Konferenz zur Bekämpfung der anarchistischen Propaganda in Rom solche Richtlinien festgelegt, denen die Schweiz, ohne sich vertraglich zu binden, tatsächlich beigetreten ist. Sie hat damals als Zentralstelle die Bundesanwaltschaft bezeichnet und durch diese seither den direkten Verkehr mit ausländischen Zentralen unterhalten, unter anderem mit der Direction de la Sûreté in Paris. Diese direkte Verbindung ist dann im Kriege unterbrochen und durch den diplomatischen Verkehr via Ambassade und Auswärtiges Amt ersetzt worden.

Wir sind nun durchaus einverstanden, dass ein beidseitiges Interesse an der Überwachung und rechtzeitigen Meldung subversiver Elemente besteht. Aber ebenso möchten wir Wert darauf legen, dass vor allem wieder der direkte Kontakt zwischen Bundesanwaltschaft und Sûreté hergestellt wird. Einmal deshalb, weil durch dieses abgekürzte Verfahren grössere Garantie für rechtzeitiges und nützliches Einschreiten geboten wird; sodann aber auch, weil diese Wiederherstellung des früheren Zustandes einen natürlichen Anlass bietet, um mit der Kriegserscheinung abzufahren, dass die Ambassade, ihr Militärattaché oder noch andere Organe einen Vorwand zur Einmischung in unsere innern polizeilichen und auch politischen Verhältnisse erhalten. Wir haben natürlich unser Begehren nach direktem Verkehr mit dem erstgenannten Motiv der Beschleunigung begründet, mussten aber gleich bemerken, dass Herr Puaux auf diesem Ohr nicht gut zu hören schien. Er bemerkte, seine Instruktionen gehen nicht nach dieser Richtung, und

1. Vgl. Nr. 18.

fragte, ob wir das zur Bedingung machen würden, worauf wir vorderhand ausweichend antworteten. Wir sprachen die Erwartung aus, dass auch der französischen Regierung das abgekürzte Verfahren sowieso konvenieren dürfte. Wir durften dies Herrn Puaux umso eher antworten, als er bei seiner Anfrage sogar angeregt hatte, dass unsere kantonalen Polizeistellen ermächtigt werden sollten, direkte Auskünfte nach Frankreich zu erteilen und solche von dort entgegen zu nehmen. Das haben wir dann freilich als Regel aus konstitutionellen Gründen und um den Anfängen bzw. den Fortsetzungen zu wehren, abgelehnt, dabei immerhin zusichernd, dass die Bundesanwaltschaft es sich angelegen sein lassen werde, die kantonalen Stellen stets sofort telegraphisch zu informieren, wo solches geboten sei.

Herr Puaux hat letzter Tage bei uns nachgefragt, ob wir von Paris Bericht hätten in dieser schwebenden Frage. Wir verneinten das mit dem Bemerkten, dass wir bis jetzt nur mit der Ambassade darüber verhandelt hätten und daher von dieser Bericht erwarten. Er will noch keinen solchen erhalten haben. Wir hielten es deshalb für angezeigt, Sie zu orientieren für den Fall, als dort die Rede auf diese Frage käme, ohne dass wir im übrigen den eingeschlagenen Weg zu verlassen wünschen. Herr Puaux fragte beim letzten Besuche an, ob wir geneigt wären, Verzeichnisse unserer beidseitigen Kommunisten auszutauschen. Das ist uns nun nicht sympathisch; wir konnten auch wahrheitsgemäss antworten, dass wir wohl nur wenig Personen zu melden hätten, die der Auslandspropaganda zum vornherein verdächtig wären. Wir erwähnen dieses Gespräch hauptsächlich deshalb, weil es die Vermutung nahelegt, dass die Ambassade doch in der letzten Zeit in dieser Frage nochmals neue Instruktionen erhalten habe².

2. Vgl. auch Nr. 49 und Nr. 56.

31

E 2, Archiv-Nr. 1680

Professor P. Logoz an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

S handschriftlich Personnelle.

Florence, 3 avril 1925

Le temps m'a manqué jusqu'ici pour vous résumer une conversation que j'ai eue avec M. Fromageot, la veille de mon départ de Genève pour Florence.

Faisant allusion à des démarches qui auraient été faites – sans doute à titre privé – auprès de certains ministres français par une ou plusieurs personnalités genevoises, au sujet du règlement à venir de questions concernant Genève (par ex. relations ferroviaires ou autres entre Genève et France), M. Fromageot m'a déclaré en substance:

«Nous avons signé un compromis pour les zones; nous voulons nous y conformer loyalement et on verrait d'un mauvais œil, au Ministère des affaires étrangères, que du côté suisse on pût avoir l'air de vouloir esquiver ce compromis en cherchant, dès à présent, à négocier avec tel ou tel de nos ministères, des ques-

tions qui, peut-être, pourront entrer en ligne de compte lors du règlement de l'affaire des zones. *Préparons-nous*, en Suisse et en France, en vue de la négociation prévue par le compromis du 30 octobre 1924. *Mais pas de tentatives de négociations partielles, prématurées, et engagées autrement* qu'entre le Département Politique fédéral et le *Ministère français des affaires étrangères*. Allons d'abord à La Haye, puis nous négocierons *conformément au compromis.*»

Je n'ai pas manqué de confirmer à mon interlocuteur que vous partagez complètement ces vues et que le Conseil fédéral ne saurait, lui aussi, que se conformer strictement au compromis.

Il n'est pas impossible que les démarches genevoises dont m'a parlé M. Fromageot (du reste en termes très généraux), ou certaines d'entre elles, aient été faites par M. le Conseiller d'Etat Bron qui cherche actuellement à préparer une amélioration de la situation ferroviaire de Genève, en tirant parti des relations personnelles qu'il a à Paris. Ces efforts sont louables en eux-mêmes, mais il ne faut pas qu'ils risquent de créer une équivoque sur les intentions du *Conseil fédéral* au sujet de l'exécution du compromis des zones – j'ai déjà eu, il y a six semaines environ, l'occasion de recommander la prudence à M. Bron. Estimez-vous que je devrais revenir à la charge, ou bien préférez-vous lui parler vous-même un jour ou l'autre¹?

/.../²

1. Vgl. Nr. 315.

2. Am Schluss des Schreibens erkundigte sich Logoz nach der Unterzeichnung des französisch-schweizerischen Schiedsvertrages. Vgl. dazu Nr. 23, Anm. 1.

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/H. Vertraulich.

Berlin, 6. April 1925

Vorgestern, Samstag, besuchte mich der französische Botschafter, um sich bei mir über eine Frage des deutsch-schweizerischen Schiedsvertrages zu erkundigen.

Der deutsche Sicherheitsvorschlag, führte er aus, biete zwar Frankreich nichts Neues. Immerhin sei das deutsche Anerbieten, die Unterschrift zum Versaillervertrag im Sinne des endgültigen Verzichts auf Elsass-Lothringen nochmals und freiwillig zu geben, nicht ohne Wert, wenn man an dessen Loyalität glauben dürfe. Während nun aber der Versaillervertrag ein Ganzes und Unteilbares bilde, mache die Deutsche Regierung bekanntlich insofern einen Unterschied, als sie hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenze eine endgültige Anerkennung ablehne und sich nur verpflichten wolle, keine gewalttätige Änderung herbeizuführen, im übrigen

aber einen Schiedsvertrag mit Polen proponiere. Damit habe allerdings Deutschland bis heute nichts anderes erreicht, als einen Zusammenschluss sonst feindlicher Parteien in Polen zur Abwehr der deutschen Bestrebungen. England schein jedoch nicht abgeneigt zu sein, den deutschen Vorschlag zu unterstützen. Die Französische Regierung werde deshalb, wenn sie auch, wie gesagt, grundsätzlich auf dem Boden der Einheitlichkeit und Unantastbarkeit des Versaillervertrages stehe, die deutsche Anregung betreffend Polen prüfen müssen, was ihr insofern etwas erleichtert werde, als die Abtretung von Elsass-Lothringen im Vertrage selbst als dessen Bestandteil stipuliert wurde und deshalb undiskutierbar sei, während die deutsch-polnische Grenze zum Teil erst nach dem Friedensschluss durch besondere Instanzen festgesetzt worden sei.

Nun habe die Deutsche Regierung vorgeschlagen, mit Polen einen Schiedsvertrag nach dem Muster des deutsch-schweizerischen abzuschliessen¹. Dieser letztere weise nun aber eine Lücke auf, indem Art. 4 gerade die schiedsgerichtliche Erledigung von Gebietsfragen ausschliesse, bzw. einer Partei erlaube, die Zuständigkeit des Schiedsgerichts zu deren Beurteilung abzulehnen. Herr de Margerie liess durchblicken, dass nach der Ansicht seiner Regierung die Deutsche Regierung diese Lücke absichtlich benützen bzw. herbeiführen wolle, einmal, weil sie wisse, dass ein Schiedsgericht die auf dem Vertrag beruhende Grenzfestsetzung nicht umstossen werde und sodann, um sich die Möglichkeit offen zu halten, auf anderem als schiedsgerichtlichem Wege eine Reintegration polnischer Gebiete herbeizuführen. Nun habe allerdings Stresemann dem französischen Botschafter erklärt, Deutschland denke nicht daran, wegen der deutsch-polnischen Grenze je einen neuen Krieg anzufangen, und was das Schiedsgericht betreffe, so schlage Deutschland ein solches eben gerade vor, um die aus der gegenwärtigen Lage möglichen Reibungen zu beseitigen. De Margerie bemerkte aber, es gebe noch andere Kampfmittel als den Krieg, Pressionen, Schikanen und dergl., die schliesslich zum Kriege führen können, eine Eventualität, die für Frankreich im Hinblick auf seinen Garantie-Pakt mit Polen von besonderer Bedeutung sei. Da sich nun die Deutsche Regierung auf den deutsch-schweizerischen Schiedsvertrag als Beispiel seiner [*sic*] modernen Vertragspraxis berufe, so interessiere er, de Margerie, sich für die schweizerische Auffassung von dieser Praxis. Er habe gehört, dass die Schweiz, nachdem sie mit Italien und soeben auch mit Frankreich einen weitergehenden Vertrag abgeschlossen habe, auch an die Deutsche Regierung zwecks Erweiterung des bestehenden Vertrages nach der gleichen Richtung herangetreten sei. Ich glaubte, Herrn de Margerie wahrheitsgetreu sagen zu dürfen, dass die Schweizerische Gesandtschaft in Deutschland einen bezüglichen Auftrag nicht erhalten habe, wodurch allerdings nicht ausgeschlossen sei, dass dahinzielende Eröffnungen an die Deutsche Gesandtschaft in Bern gemacht worden seien. Da de Margerie bemerkte, dies sei seines Wissens nicht der Fall, so nehme ich an, dass seine Information bei mir nur eine Nachkontrolle bedeutete.

1. *Text des deutsch-schweizerischen Schiedsvertrages vom 3.12.1921 in: AS 1922, NF 38, S. 344ff.*

Ich ersuche Sie um gefällige Weisung, ob ich dieses Gespräch auf sich beruhen lassen oder Herrn de Margerie bei Gelegenheit mitteilen soll, dass eine Erweiterung des schweizerisch-deutschen Schiedsvertrages zur Zeit nicht angestrebt worden sei².

2. Vgl. Nr. 34 und Nr. 36.

33

E 2001 (C) 7/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Mr.

Berlin, 7. April 1925

In Ergänzung meines Schreibens von gestern¹ betreffend die Anfrage des Französischen Botschafters über den schweizerisch-deutschen Schiedsvertrag beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, dass mich gestern Abend nach einem Diner der Reichsaussenminister Stresemann interpellierte über ein angeblich von der Schweiz gestelltes und von Deutschland abgelehntes Ansuchen auf Erweiterung des erwähnten Vertrages. Er sagte mir, bei den Deutschen Botschaften in Paris und London beklagen sich Herriot und Chamberlain über diese vermeintliche Haltung von Deutschland, und hier habe de Margerie mit ihm gesprochen. Er wisse aber von keinem schweizerischen Schritt, und auch eine telegraphische Anfrage bei der Deutschen Gesandtschaft in Bern habe keine Aufklärung gebracht. Ich konnte ihm nur bestätigen, dass unsere Gesandtschaft bis jetzt nicht beauftragt worden sei, der Deutschen Regierung einen Vorschlag auf Änderung des Vertrages zu unterbreiten.

Es ist immerhin auffallend, dass bei dieser Parallelaktion in Paris, London und Berlin übereinstimmend auf einen angeblichen Vorschlag der Schweiz Bezug genommen wird. Ich kann mir nur denken, dass vielleicht bei Abschluss des schweizerisch-italienischen Vertrages irgendwie der Wunsch geäußert worden ist, die gleiche Ausdehnung des Schiedsverfahrens mit der Zeit auch gegenüber andern Ländern herbeizuführen. Ich erinnere mich dabei an ein Gespräch mit Herrn Ministerialdirektor Gauss vom Januar lf. Js., in dem er auf eine schweizerische Kritik des bestehenden schweizerisch-deutschen Vertrages Bezug nahm. Ich schrieb Ihnen darüber in meinem Politischen Bericht No. 2/1925 vom 29. Januar lf. Js.² auf S. 5 unten folgendes:

«Hinsichtlich der vertraglichen Sicherung internationaler Beziehungen erwähne ich den letzter Tage erfolgten Abschluss eines Schiedsvertrages zwischen

1. Nr. 32.

2. E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 26.

Deutschland und Finnland, dem der deutsch-schweizerische und der deutsch-schwedische Vertrag als Muster dienten. Der Chef der Rechtsabteilung, der mich hierüber unterrichtete, bedauerte dabei, dass nach in der Schweiz vertretener Auffassung der schweizerisch-deutsche Vertrag als zu wenig weitgehend und als überholt betrachtet werde. Er meinte, Deutschland würde auch heute einen weitergehenden Vertrag nicht abschliessen können. Denn solange ein feststehendes und eingehend kodifiziertes Völkerrecht nicht bestehe, könne es einem Lande wie Deutschland nicht zugemutet werden, sich in gewissen Fragen der mit seinen grundsätzlichen Anschauungen vielleicht unvereinbaren Entscheidung eines Schiedsgerichtes auszuliefern.»

Wer die von Herrn Gauss erwähnte schweizerische Auffassung vertreten hat, sagte er mir nicht, wenigstens erinnere ich mich nicht daran.

34

E 2001 (C) 7/1

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

*Kopie*¹

S. K.D. Personnelle.

Berne, 9 avril 1925

J'ai eu l'honneur de prendre connaissance de vos deux lettres confidentielles des 6 et 7 avril² concernant le traité d'arbitrage et de conciliation entre la Suisse et l'Allemagne et je ne manquerai pas de les soumettre à M. Motta, qui est actuellement absent pour une quinzaine de jours, dès qu'il sera rentré à Berne. Je suis certain que le Chef du Département les lira avec le même intérêt que moi et vous fera part de sa manière de voir au sujet des questions qu'elles soulèvent.

Je crois pouvoir, toutefois, vous indiquer dès maintenant que nous n'avons fait aucune tentative pour amener le Gouvernement allemand à élargir les cadres du traité germano-suisse d'arbitrage et de conciliation du 3 décembre 1921.

J'ignore ce qui a pu contribuer à faire croire le contraire, mais il est de fait que, comparé avec les traités plus récents et surtout avec le traité de conciliation et de règlement judiciaire que nous avons conclu, le 20 septembre 1924, avec l'Italie³ ou avec le traité de conciliation et d'arbitrage qui vient d'être signé à Paris par M. Dunant et M. Herriot⁴, le traité germano-suisse apparaît comme ayant été déjà dépassé dans la voie de l'arbitrage absolument inconditionnel. Alors que ces deux traités, notamment, s'appliquent sans discussion possible à tous les différends, de

1. Die Aktenbestände der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin wurden mit wenigen Ausnahmen – E 2200 Berlin 2 – durch Kriegseinwirkung zerstört.

2. Nr. 32 und Nr. 33.

3. AS 1925, NF 41, S. 179ff.

4. Text des schweizerisch-französischen Vergleichs- und Schiedsvertrages vom 6. 4. 1925 in: BBI 1925, II, S. 431ff.

quelque nature qu'ils soient, le traité germano-suisse ne soumet à l'arbitrage que des litiges d'ordre juridique et contient, de plus, les réserves exprimées à l'article 4, qui en limitent encore la portée. Cette constatation doit s'être imposée à quiconque a étudié la politique de la Suisse dans ce domaine et induit à penser que le traité germano-suisse ne correspond plus entièrement à notre programme actuel en matière d'arbitrage.

J'ajoute que le Ministre d'Allemagne à Berne n'a fait aucune démarche auprès de nous pour s'assurer que nous n'avions pas l'intention de proposer au Gouvernement allemand un remaniement du traité de 1921.

Je serais heureux, d'ailleurs, de parler avec vous de cette affaire au cours de votre prochain séjour à Berne.

35

E 2300 Paris, Archiv-Nr. 78

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

PB No. 4.

Paris, 11 avril 1925

La chute du Ministère Herriot.

Ainsi que vous en avez été avisé téléphoniquement hier soir, le Sénat a mis fin par 156 voix contre 132 à la carrière ministérielle de M. Herriot. L'événement était attendu et mon dernier rapport politique vous y avait préparé.

Dès qu'il fut publiquement avéré que le gouvernement avait obligé la Banque de France à dépasser la limite légale de l'émission, la chute devenait inévitable. Le Président du Conseil se mit à en chercher lui-même l'occasion. L'autre jour, par exemple, il faisait une véritable tentative de suicide en posant la question de confiance au Luxembourg sur un chapitre tout à fait secondaire du budget de l'Instruction publique: le scrutin lui ayant donné une majorité de deux voix, que des rectifications de vote transformaient en minorité, il annonça qu'il s'en irait. M. Blum et les cartellistes de la Chambre l'obligèrent à un dernier effort.

Hier, dans le débat financier, l'attaque fut menée avec vigueur par M. François-Marsal et la déroute du cabinet achevée par une intervention de M. Poincaré. Ce dernier, qui avait toujours paru ménager son successeur, a été amené à le combattre sans merci en raison même de la tactique adoptée par le Maire de Lyon. Cette tactique consistait à faire peser sur les gouvernements antérieurs la responsabilité des actes reprochés au sien. MM. François-Marsal et Poincaré n'eurent pas de peine à démontrer que, tout au moins dans leurs rapports avec la Banque de France, ils n'étaient jamais sortis de la légalité, alors que le ministère Herriot, non content de violer la loi, avait encore cherché, pendant de longues semaines, à nier ou à dissimuler ses agissements.

Après neuf mois d'exercice du pouvoir, M. Herriot et ses collègues laissent à ceux qui prendront leur place une succession peu enviable au point de vue de la

situation intérieure. Malgré le blanc-seing qu'ils s'étaient habilement fait accorder par la Chambre, ils ont perdu au Sénat le minimum de confiance indispensable à quiconque veut gouverner; ce minimum, il sera difficile aux nouveaux ministres de le rétablir rapidement.

Que va-t-il se passer?

Si M. Doumergue faisait appel aux exécuteurs de M. Herriot, ceux-ci seraient exécutés à leur tour dès la première prise de contact avec la Chambre. La constitution d'un ministère de droite ou seulement «modéré» ne serait donc possible qu'au prix d'une dissolution et de nouvelles élections générales. Or, tout porte à croire que M. Doumergue cherchera, par tous les moyens, à éviter cette éventualité.

Il s'efforcera probablement de former une équipe capable à la fois de conserver une majorité au Sénat et de gouverner au Palais-Bourbon sans soumettre chacune de ses décisions à l'«imprimatur» des socialistes. Ce ne sera pas chose aisée. Peut-être allons-nous devant une période de tâtonnements et de crises fréquentes, période qui, en aggravant la nervosité du pays et le malaise financier, conduirait finalement à la dissolution.

Pour le moment, les regards continuent à se tourner vers MM. Briand, Painlevé, Clémentel, de Monzie et Loucheur. En écrivant ces noms, je ne pense pas à dresser la liste des futurs ministres, mais à vous indiquer quelques-unes des personnalités parmi lesquelles les faiseurs de pronostics désignent le futur président du Conseil.

Quant aux relations franco-suisse, je dois relever que le passage aux affaires de M. Herriot leur a été favorable, puisque nous avons pu signer avec lui le compromis des zones et, à la dernière heure, le traité d'arbitrage.

36

E 2001 (C) 7/1

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

Kopie

S KD. Personnelle et confidentielle.

Berne, 17 avril 1925

Pour faire suite à ma lettre du 9 avril¹, j'ai l'honneur de vous faire connaître que j'ai reçu, le 16 avril, la visite de M. Hoffmann, Conseiller de la Légation d'Allemagne, qui a exprimé le désir de recevoir un exemplaire du traité de conciliation et d'arbitrage conclu le 6 avril entre la Suisse et la France, l'Office allemand des Affaires étrangères suivant de près notre politique en la matière et désirant

1. Nr. 34.

compléter sa documentation. En lui remettant un exemplaire de ce traité, qui n'est pas encore publié, j'ai exprimé à M. Hoffmann ma satisfaction de ce que le Gouvernement allemand s'intéressât aux récents traités conclus par la Suisse. Je n'ai pas caché à M. Hoffmann que les plus récents de ces accords ont une portée plus grande que le traité germano-suisse d'arbitrage et de conciliation, qui est le premier en date et qui se trouve aujourd'hui dépassé; mais j'ai ajouté que si l'on songe à la date à laquelle il a été conclu on doit reconnaître que le traité germano-suisse a ouvert la voie aux traités subséquents et qu'il constitue encore à l'heure qu'il est, eu égard aux excellentes relations existant entre la Suisse et l'Allemagne, un traité parfaitement adapté aux circonstances. M. Hoffmann m'a demandé, cependant, si peut-être nous songerions à entrer en négociations avec l'Allemagne en vue d'élargir la portée du traité de 1921 et s'il serait opportun qu'il en informât son Gouvernement. J'ai décliné cette offre en faisant valoir que je n'étais ni chargé ni autorisé à exprimer un désir semblable. J'ai ajouté qu'en revanche j'étais en mesure de l'assurer que si l'étude à laquelle procède actuellement le Gouvernement allemand l'amenait à la conclusion que le traité germano-suisse de 1921 devait être remanié dans un sens plus libéral, nous n'y verrions, pour notre part, aucun inconvénient, au contraire.

En raison des circonstances relatées dans vos lettres des 6 et 7 avril², il me paraît utile que vous soyez exactement orienté sur la conversation ci-dessus rapportée.

2. Nr. 32 und Nr. 33.

37

E 2300 Paris, Archiv-Nr. 78

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

PB No. 5.

Paris, 17 avril 1925

Développement de la crise ministérielle.

Le cabinet Painlevé.

Caillaux-Briand.

Il me paraît utile de compléter les indications de mes précédents rapports¹ sur la crise qui vient d'aboutir à la formation d'un cabinet Painlevé.

Il faut en faire remonter l'ouverture à la démission de M. Clementel et à l'aveu du gouvernement, obligé de reconnaître que le «plafond» légal des émissions de la Banque de France avait été dépassé, sur son ordre, de plusieurs milliards.

C'est alors que se produisit l'entrée en scène de M. de Monzie. Le sénateur du Lot pouvait résoudre aisément la crise et recueillir la succession de M. Herriot à la présidence du Conseil. Mais il commit la faute d'accepter le projet socialiste de

1. Vgl. Nr. 35.

prélèvement sur le capital, au lieu d'exiger la disjonction et de faire voter, toutes affaires cessantes, les mesures d'urgence réclamées par l'état de la Trésorerie. Cette faute amena le Sénat à renverser, le soir du Vendredi-Saint, le ministère Herriot et fit sombrer avec lui les espoirs de M. de Monzie, qui essaya vainement de se remettre en selle en préconisant, dès le lendemain, la formation d'un cabinet de 24 heures, chargé de régulariser les rapports de l'Etat avec la Banque.

M. Doumergue appela tout d'abord M. Painlevé. Celui-ci, estimant que le pays réclamait un ministère «de détente», commença par se récuser. «J'ai pris, semblait-il dire, une part trop active aux luttes de parti pour être l'homme de la situation. Voyez plutôt M. Briand.»

M. Briand ne voulut essayer de former un cabinet qu'après avoir tenté de faire revenir M. Painlevé sur sa décision.

Il demanda aux socialistes d'accorder à son gouvernement – au lieu de l'appui extérieur qu'ils prêtaient à celui de M. Herriot et qui était en réalité une dictature occulte – une collaboration active et de prendre leur part des responsabilités du pouvoir.

Cette demande visait à diviser le groupe socialiste unifié dont certains membres, tels MM. Paul-Boncour et Alexandre Varenne, eussent accepté avec joie les portefeuilles qui leur étaient offerts. Mais M. Léon Blum fit respecter la discipline du parti et voter à l'unanimité une résolution repoussant les invites de M. Briand.

Celui-ci, qui ne nourrissait probablement guère d'illusions sur le succès de sa manœuvre, se fût peut-être résigné à gouverner contre les socialistes si les radicaux et radicaux-socialistes lui avaient assuré leur concours. Devant l'hostilité de nombreux éléments de ces groupes, il abandonna la course.

M. Doumergue, alors, se retourna vers M. Painlevé, qui entreprit de résoudre la difficile équation et crut y arriver en formant un «grand ministère de gauche» avec M. Caillaux aux Finances et M. Briand aux Affaires Etrangères. La combinaison n'a été définitivement réalisée que ce matin vendredi à deux heures et demie après des débats fort mouvementés et des échanges de vues assez orageux, particulièrement entre MM. Caillaux et Briand.

La caractéristique de la solution imaginée par le mathématicien Painlevé, c'est le retour aux affaires de M. Caillaux après 11 ans d'ostracisme. Ce retour n'était généralement envisagé dans les milieux politiques que comme une éventualité lointaine, possible seulement après l'échec de toutes autres tentatives.

L'homme qui, durant des années, a été, pour la majorité des Français, «le Traître», apparaît aujourd'hui à beaucoup comme «le Sauveur»: étrange renversement du mysticisme populaire. Sa rentrée est bien accueillie par les gens de banque et de bourse, souvent affligés en politique d'une forte myopie: ils se félicitent d'avoir échappé provisoirement à l'impôt sur le capital et ne voient pas plus loin. La hausse du franc causée par le seul nom de Caillaux paraît aussi devoir être considérée comme un phénomène momentané.

Le condamné de la Haute-Cour est, pour l'instant, le vrai maître de l'heure et le véritable chef du gouvernement. Les socialistes, il est vrai, se défient de lui, mais il est probable qu'ils ne le combattront pas, car les plus avisés de leurs chefs se rendent compte que M. Caillaux travaillera pour eux en bernant la bourgeoisie après

l'avoir rassurée: «s'il ne parvient pas à restaurer les finances de la France, pensent-ils, nous aurons démontré que nos solutions sont les seules possibles.» En attendant, M. Caillaux a clairement manifesté sa volonté d'être, en matière financière, un véritable dictateur.

Quels sont ses projets? La déclaration ministérielle nous le dira. Mais quelle qu'en soit la nature, pourra-t-il les réaliser? C'est fort douteux. Les ambassadeurs d'Espagne et de Belgique, avec lesquels je me suis entretenu, ne croient pas à la solidité du ministère Painlevé. Cette opinion est partagée par une grande partie de la presse et de l'opinion.

Parmi les faiblesses de la nouvelle équipe, il faut mentionner tout d'abord la personnalité de son chef nominal. Ni à la présidence du Conseil en 1917 ni à celle de la Chambre en 1924–25, M. Painlevé n'a révélé un tempérament de chef. L'infirmité de sa combinaison est encore accrue par le fait qu'elle réunit comme simples collaborateurs du premier ministre deux hommes de premier plan qui n'aiment ni l'un ni l'autre à demeurer dans l'ombre. En outre, les relations personnelles entre M. Briand et MM. Painlevé et Caillaux sont loin d'être cordiales. Enfin, le Sénat paraît fort mécontent de la solution donnée à la crise et se montre assez disposé à en ouvrir une nouvelle.

Le sort du nouveau cabinet dépend en somme des deux facteurs suivants: attitude future de M. Caillaux et de ses adversaires; élections municipales du 3 mai prochain.

Attitude future de M. Caillaux et de ses adversaires. – La moindre faute du ministre des Finances peut lui être fatale, car M. Briand n'est entré dans la combinaison que pour être en mesure de la jeter à terre à la première occasion. M. Caillaux ne doit pas ignorer qu'il a deux ennemis redoutables: l'un au Quai d'Orsay, l'autre, M. Loucheur, qui préfère manœuvrer en dehors de l'équipe ministérielle.

Elections municipales. – Si elles marquent, ce qui est fort possible, un retour des masses vers la droite, ce retour ne manquera pas d'influencer le Sénat – dont les élus municipaux sont les électeurs – et d'accentuer son hostilité. Ces mêmes élections pourraient également engager le président de la République à dissoudre la Chambre.

Au point de vue de nos relations avec la France, il ne me déplaît pas de retrouver aux Affaires Etrangères M. Briand, dont l'attitude conciliante dans la question des zones faisait contraste avec l'étroite intransigeance de son secrétaire-général M. Berthelot. Mais peut-être Briand ramènera-t-il Berthelot?²

2. Die Bemerkungen Bundesrat Scheurers am Fusse des in Zirkulation gesetzten Berichtes sind als Annex wiedergegeben.

ANNEX

*Bemerkungen des Vorstehers des Militärdepartementes, K. Scheurer,
zum Politischen Bericht Nr. 5 Dunants vom 17. April 1925*

handschriftlich

Bern, 20. April 1925

Zum zweiten Mal innert kürzester Frist wird die Bedeutung eines bestimmten Ereignisses der französischen Politik für unser Land nur in einem kurzen Schlusssatz berührt. Mir scheint das falsch zu sein und eine Auffassung der Sachlage zu bekunden, die ich für unrichtig halte. Die Entwicklung der politischen Verhältnisse in einem fremden Land ist uns in allererster Linie im Hinblick auf die Rückwirkung wichtig, die sie für unser eigenes Land hat. Infolgedessen möchte ich die Würdigung dieser Seite der Angelegenheit am ersten Platz finden u. nicht als Nebensache behandelt sehen³.

3. Vgl. dazu Nr. 38.

38

E 2300 Paris, Archiv-Nr. 78

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

Kopie

S LK. Confidentielle.

Berne, 24 avril 1925

La phrase finale de votre rapport politique N° 4, du 11 de ce mois¹ constatait le résultat heureux par lequel s'est traduit, dans les relations franco-suissees, le passage aux affaires de M. Herriot. De même, en terminant votre rapport N° 5², vous avez, vous rappelant l'attitude conciliante de M. Briand dans l'affaire des zones, salué sans déplaisir son retour au pouvoir, tout en exprimant, du point de vue suisse, quelques craintes de la réapparition possible (et aujourd'hui réalisée!) au Quai d'Orsay de son ancien Secrétaire Général, M. Berthelot.

A toutes fins utiles, nous vous signalons le fait suivant, dans lequel vous verrez une nouvelle preuve de l'attention et de l'intérêt avec lesquels les rapports politiques de nos Légations sont lus au Conseil Fédéral.

Les deux passages de vos derniers rapports que nous relevons plus haut ont fourni à l'un des membres du Conseil Fédéral l'occasion d'exprimer l'avis que c'est principalement (et non accessoirement) du point de vue de leur répercussion possible sur les relations avec notre pays que les événements de la politique étrangère devraient être appréciés par nos Légations dans les rapports qu'elles nous envoient. C'est, en effet, le point de vue auquel, plus exclusivement que le Département Politique, se plaçant, pour lire ces rapports, les Chefs des autres Départements fédéraux.

1. Nr. 35.

2. Nr. 37.

Nous sommes, d'ailleurs, les premiers à reconnaître qu'à s'attacher trop littéralement et exclusivement à la satisfaction du vœu si légitime et si judicieux que nous venons de traduire, nos Légations se verraient amenées à restreindre la matière de leurs rapports plus qu'il ne nous paraît désirable. Nous croyons donc qu'elles tiendront de ce vœu un compte suffisant si elles veulent bien s'inspirer de son *esprit* dans toute la mesure où s'y prêteront le cours et la nature des événements qui constituent, dans sa totalité, la vie politique dont elles sont les témoins³.

3. Zur Stellungnahme Dunants vgl. Nr. 41.

39

E 2001 (C) 1/19

*Aufzeichnung des Präsidenten der schweizerischen Handelskommission
in Ägypten, E. Trembley¹*

MÉMORANDUM

ENTREVUE AVEC WAGUIH PACHA 27 AVRIL 1925

Waguih m'informe dès le début que des difficultés ont surgi. Si une partie des Ministres s'est trouvée favorable à notre projet², d'autres (libéraux, constitutionnels, antizaghloulistes acharnés et amateurs de surenchère nationaliste, notamment le Ministre de la Justice) ont crié à la violation du droit de souveraineté de l'Égypte. Finalement on a décidé de suspendre les négociations avec la Suisse jusqu'à réussite des négociations avec l'Allemagne. Or, on a proposé à l'Allemagne de lui accorder, non la juridiction pénale consulaire proprement dite, mais une délégation. C'est-à-dire que les délinquants seraient saisis par la force égyptienne, mais seraient déférés à un tribunal composé de juges allemands, nommés par le Gouvernement égyptien, sur la proposition de l'Allemagne et jugeant au nom du Roi. On aurait en d'autres termes un régime dont le principe se rapprocherait de celui appliqué aux Tribunaux Mixtes. Si l'Allemagne acceptait ce système, on le proposerait également à la Suisse. D'où l'idée de renvoyer à plus tard les négociations suisses.

Je crois que Waguih regrette autant que moi cette décision. A titre personnel et confidentiel il me dit: «C'est là une résolution que je n'approuve pas. Je suis d'avis (et le Président du Conseil aussi) que le traité avec la Suisse pouvait être conclu immédiatement sur la base proposée».

1. Es handelt sich um eine Beilage zum Bericht Trembleys vom 7.5.1925 an das Politische Departement (E 2001 (C) 1/19).

2. Vgl. Nr. 15.

Je ne dissimule pas la profonde déception que me cause cette nouvelle. Je crains l'enterrement définitif. En effet nous sommes fin Avril. Bientôt le Ministère partira pour Alexandrie. Moi-même je partirai en Juin. Tout se trouve donc renvoyé en automne et alors, Dieu seul sait, de ce qui en sera à ce moment, et de la composition du Ministère, et de la situation politique. Je laisse entendre qu'après avoir presque cru toucher le but, je trouve que nos négociations sont singulièrement compromises.

40

E 2200 Shanghai 1/78

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den schweizerischen Generalkonsul in Shanghai, J. L. Isler*

S KD.

Berne 28 avril 1925

En nous référant à votre lettre du 21 octobre 1924¹, nous avons l'honneur de vous remettre, pour votre orientation personnelle, copie de la note que la Légation de Chine à Berne nous a fait parvenir, le 7 février dernier², pour nous demander à nouveau de nous prêter à une revision de la déclaration annexée au traité d'amitié du 13 juin 1918. Nous n'avons pas encore arrêté les termes de notre réponse³.

Afin d'être préparés à toute éventualité, nous avons prié, en revanche, la Légation de Suisse à Berlin de nous renseigner sur les expériences faites par des ressortissants allemands auprès des tribunaux chinois. Le rapport de M. Rüfenacht⁴,

1. E 2001 (B) 6/5.

2. Nr. 11.

3. Vgl. dazu Nr. 67, Anm. 6.

4. H. Rüfenacht berichtete am 9.4.1925, dass er verschiedene, mit den Verhältnissen in China vertraute Personen befragt habe und dass nach ihrer Ansicht die Erfahrungen, welche deutscherseits mit der neuen Prozess- und Gerichtsreform gemacht worden sind, nicht als schlechte bezeichnet werden können. Der Bericht Rüfenachts führt weiter aus: [...] In den wenigen Fällen, die bisher zur Verhandlung gekommen sind und die allerdings zur Bildung eines endgültigen Urteils noch nicht genügen, haben sich die chinesischen Behörden offensichtlich bemüht, die Bestimmungen der neuen Prozessordnungen, die auf europäische Grundsätze aufgebaut sind, genau zur Anwendung zu bringen.

[...]

Wie mir weiter gesagt wurde, soll die Einsetzung der neuen chinesischen Gerichtshöfe durch die Unruhen in China nicht erheblich ins Stocken geraten sein. An fast allen Orten, in denen sich Fremde in grösserer Zahl aufhalten, seien solche modernen Gerichte in Tätigkeit.

Ferner wurde mir versichert, dass die Stellung der Deutschen gegenüber den chinesischen Behörden infolge der von der Deutschen Regierung gemachten, allerdings erzwungenen Zugeständnisse, eine bessere geworden sei. Deutsche Firmen hätten deshalb wohl auch gelegentlich Aufträge erhalten, die ihnen sonst nicht zugefallen wären. Immerhin sei es zweifellos, dass ein allmählicher Abbau der konsularischen Gerichtsbarkeit, wie er sich zur Zeit in Siam vollzieht, wün-

dont vous voudrez bien trouver copie sous ce pli, ne nous apporte pas d'arguments pour repousser les ouvertures faites auprès de nous par la Légation de Chine. Il en ressort, au contraire, ainsi que vous le verrez, que l'on ne se plaint pas, à Berlin, de la façon dont les tribunaux chinois rendent la justice et que la situation des Allemands à l'égard des autorités chinoises se trouverait facilitée, dans une certaine mesure, par le régime résultant du traité sino-allemand du 20 mars 1921.

Nous vous serions obligés de nous faire part de votre manière de voir au sujet des opinions favorables à l'abandon de la juridiction consulaire en Chine qui se manifestent en Allemagne.

schenswert gewesen wäre. Ein solcher werde jetzt besonders von amerikanischer Seite befürwortet und es sei in dieser Beziehung auf eine Rede hinzuweisen, die der amerikanische Gesandte in Peking, Shurmann (jetzt zum Botschafter in Berlin ernannt) vor kurzem gehalten hat. Seine Ausführungen seien umso beachtenswerter, als sie die Ansichten der Regierung der Vereinigten Staaten wiedergäben. Es sei aber fraglich, ob der richtige Augenblick dafür nicht schon verpasst sei. Es habe nämlich den Anschein, als wolle sich die chinesische Regierung jetzt nicht mehr auf ein solches langsames Abbauen einlassen, sondern die Aufhebung der konsularischen Gerichtsbarkeit der einzelnen Staaten bei passender Gelegenheit (Erneuerung von Verträgen, Abschluss von Kontakten etc.) durchsetzen, wie es ihr auch Russland gegenüber, trotz heftigsten Widerstandes der Sowjet-Regierung, gelungen sei (E 2001 (B) 6/5).

41

E 2300 Paris, Archiv-Nr. 78

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Paris, 30 avril 1925

Votre lettre du 24 courant¹ retient toute mon attention et je vous suis très reconnaissant d'avoir bien voulu me signaler les remarques suggérées à l'un des membres du Conseil Fédéral par la lecture de mes rapports politiques n° 4² et 5³.

Il se trouve que chacune de ces deux dépêches se termine par une courte phrase, isolée du texte qui la précède et visant, dans le premier rapport l'attitude de M. Herriot, dans le second celle de MM. Briand et Berthelot à l'égard de notre pays. Que cette coïncidence toute fortuite ait provoqué une remarque chez un de mes lecteurs, je le comprends fort bien: placées comme elles l'étaient, mes brèves réflexions sur les sentiments que nous témoignent certains hommes politiques

1. Nr. 38.

2. Nr. 35.

3. Nr. 37.

français pouvaient, au premier abord, éveiller l'impression que j'avais relégué à l'arrière-plan de mes soucis le problème, primordial pour moi comme pour le Gouvernement Fédéral, des relations de la Suisse avec les Etats voisins.

Vous voudrez bien reconnaître que cette impression ne fût probablement pas entrée dans l'esprit de votre éminent Collègue si, au lieu de placer comme je l'ai fait les deux phrases incriminées, je m'étais simplement abstenu de les écrire. Les rapports dont il s'agit ayant pour objet des événements qui relèvent au premier chef de la politique intérieure française, l'absence de tout commentaire sur leur répercussion dans le domaine franco-suisse y eût été sans doute moins remarquée qu'une présence qui pouvait paraître accidentelle et, pour ainsi dire, négligeable.

Le Conseil Fédéral, cependant, me connaît assez pour ne pas douter que tout ce qui se passe dans le pays où j'ai l'honneur de le représenter me préoccupe avant tout en fonction des grands intérêts nationaux qui me sont confiés: cela paraît si naturel, si nécessaire et si évident que j'éprouve quelque gêne à devoir l'écrire.

Mais, puisque j'y suis amené, vous me permettrez de vous dire que, si la politique étrangère doit «intéresser» *en vue de la nôtre* vos représentants à l'étranger, il ne leur est pas toujours facile de la «juger» exclusivement sous cet angle.

Notre rôle et notre ambition ne sont pas de diriger les affaires extérieures de notre pays. Cette fonction appartient au Gouvernement dont nous sommes les mandataires. En s'engageant à fond dans le sens indiqué par la remarque de votre Collègue, vos ministres se donneraient bien vite l'air de chercher à peser sur des décisions dont ils doivent demeurer les agents d'exécution. Bien vite aussi, ils en arriveraient à donner dans leurs rapports une importance excessive à des opinions individuelles qui pourraient rencontrer l'approbation de l'un et encourir le blâme de l'autre, sans bénéfice pour personne. Les membres du Conseil Fédéral ne seraient-ils pas tentés alors de trouver importuns des avis qu'ils n'auraient pas sollicités? En outre, pour que des informations relatives à l'actualité politique répondent avec exactitude aux questions qui intéressent spécialement tel ou tel Chef de Département, il faudrait que l'informateur fût constamment tenu au courant des vues particulières de chacun de ses lecteurs, ce qui n'est guère le cas. Pour ma part, je serai toujours très heureux de donner satisfaction, dans cet ordre d'idées et dans la mesure du possible, aux désirs que l'on voudra bien m'exprimer.

Mais le but essentiel des rapports dont il s'agit n'est-il pas de renseigner le destinataire, de l'aider à compléter et à vérifier les informations de presse, de lui faire connaître ce qui se dit et se prépare dans les milieux que fréquente le signataire? Les sujets à traiter ne sont-ils pas plus ou moins imposés par les faits? Or, en France, à l'heure actuelle, les faits les plus importants se rattachent à la politique intérieure du pays. Est-ce une raison pour les ignorer ou pour en diminuer l'ampleur? Il ne saurait nous être indifférent, quelles que soient nos tendances et nos doctrines personnelles, qu'un Etat limitrophe du nôtre aille au fascisme ou au bolchévisme, à la banqueroute ou à l'assainissement financier, à l'apaisement ou à la guerre civile. N'avons-nous pas un intérêt évident à suivre avec attention tout ce qui s'y passe, même si, à première vue, nous ne nous sentons pas directement touchés?

Dans ce domaine de l'information, je pense que le Conseil Fédéral demande avant tout à ses agents d'être à la fois impartiaux et sincères, de dire tout ce qu'ils apprennent et de laisser à ceux qui gouvernent le soin de conclure et de décider⁴.

ANNEX

*Bemerkungen des Vorstehers des Militärdepartementes, K. Scheurer,
zum Schreiben Dunants an Motta vom 30. April 1925*

handschriftlich

Bern, 5. Mai 1925

Ich habe von den vorstehenden Äusserungen Kenntnis genommen, muss aber sagen, dass ich davon nicht sehr befriedigt bin. Natürlich ist für uns der Gang der politischen u. wirtschaftlichen Ereignisse in einem Nachbarlande von grosser Bedeutung, aber doch weniger der Personen wegen als der Rückwirkung, die diese Ereignisse auf uns haben können. Man kann die Herren Poincaré u. Millerand höher schätzen als die Herren Herriot u. Painlevé. Aber wenn die letztern eine Politik der Aussöhnung betreiben u. zwar im allgemeinen u. im Verhältniss zu uns, so sind sie unsere Freunde u. nicht die andern, mögen sie zehnmal gescheiter, gewandter u. berühmter sein. Ich wenigstens verzichte sehr gern auf die Wiederholung der Erfahrung, die wir mit Herrn Poincaré gemacht haben. Von diesem Standpunkt aus begreift man die Befremdung, die Herriot aus der Thatsache gezogen hat, dass die schweiz. Presse seine Thätigkeit so scharf beurteilt hat. Die Herren Zeitungsschreiber betreiben eben französische Politik. Mir scheint, dass das, was für sie schon gefährlich ist, unsern Gesandten erst recht gefährlich werden könnte, u. ich komme zum Schluss, dass Herr Dunant sich irrt, wenn er glaubt, er hätte von der Rückwirkung auf unsere Verhältnisse nichts sagen sollen, dann hätte niemand von der Sache etwas gemerkt! So ganz unaufmerksam u. unmerkig sind wir schliesslich hier in Bern denn doch nicht.

4. *Bemerkung Mottas am Briefkopf*: Affaires étrangères. Je prie de communiquer ce rapport à M. le cons [eiller] féd[éral] Scheurer. Il a droit à une remarque qu'il avait faite au sujet des rapports des 11 et 17 avril. Le Département n'a naturellement pas nommé M. Scheurer, mais a fait une observation générale. 4. V. 25. – *Die Bemerkungen Scheurers am Fusse des Schreibens sind als Annex wiedergegeben.*

42

E 1004 1/295

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 6. Mai 1925

946. Völkerbund. Instruktionen der schweizerischen Delegation
zur Konferenz für die Kontrolle des Waffen- und Munitionshandels

Politisches Departement. Antrag vom 4. Mai 1925

Der Konferenz, die am 4. Mai 1925 am Sitze des Völkerbundes zusammentritt, um über die Frage der Kontrolle des internationalen Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial zu beraten, dient ein Vertragsentwurf zur Grundlage, der im Sommer 1924 von der «Gemischten temporären Kommission des Völkerbundes» ausgearbeitet worden ist¹. Dieses Konventionsprojekt hat, wie das politische

1. *Text des Entwurfs in*: SdN, Journal Officiel, 1924, Nr. 10, S. 1611ff.

Departement bereits in seinem Antrag vom 4. Dezember v. J.² ausführte, schon der V. Völkerbundsversammlung vorgelegen, die indessen in eine materielle Beratung des Entwurfes nicht eingetreten ist, sondern dessen Prüfung gänzlich der gegenwärtigen Staatenkonferenz überlassen hat³.

Der Entwurf des Abkommens, das an Stelle der hinfällig gewordenen Konvention von St. Germain vom 10. September 1919 treten soll, ist seit Ende des letzten Jahres vom politischen Departement in Verbindung mit dem Militärdepartement und dem Volkswirtschaftsdepartement geprüft worden. Das Volkswirtschaftsdepartement hat sich in einer ausführlichen Mitteilung vom 23. v. Mts.⁴ zu dem Projekt der «Gemischten temporären Kommission» ausgesprochen; seinem Bericht lag eine Zuschrift des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins bei, der sich seinerseits mit der Aluminium-Industrie-A. G. Neuhausen, der Patronenfabrik Solothurn und der «Chambre suisse de l'horlogerie» in La Chaux-de-Fonds in Verbindung gesetzt hatte. Dem Berichte des eidgen. Militärdepartementes vom 27. April⁵ über die möglichen Rückwirkungen der Konvention auf die militärischen Bedürfnisse der Schweiz lagen gesonderte Zuschriften der Generalstabsabteilung und der Kriegstechnischen Abteilung bei. Eine Anzahl Fragen spezifisch politischen und juristischen Charakters (Verhältnis der Konvention zum Neutralitätsrecht, Möglichkeit der Vorbehalte, Schiedsklausel, Protest Persiens gegen seine Einbeziehung in die sogenannte «Prohibitionszone» etc.) sind vom politischen Departement geprüft worden.

Im Anschluss daran fand am 30. April eine Vorbesprechung über die wichtigsten mit dem Konventionsentwurf zusammenhängenden Fragen statt, an der die Vorsteher des politischen, des Volkswirtschafts- und des Militärdepartementes, der Chef der Abteilung für Auswärtiges, sowie der erste schweizerische Delegierte zur Konferenz teilnahmen. Aus dieser Besprechung ergab sich, dass die schweizerische Abordnung im allgemeinen eine zurückhaltende Stellung einnehmen soll, da gewisse Bestimmungen des Konventionsentwurfes nicht unbedenklich sind, während andererseits durch deren Annahme ein entscheidender Fortschritt auf dem Wege zur Abrüstung kaum erreicht würde, wenigstens solange nicht, bis neben dem internationalen Handel auch die inländische Produktion der Staaten einer entsprechenden Überwachung unterstellt wird.

Gestützt auf diesen Meinungsaustausch hat das politische Departement einen Entwurf von Instruktionen⁶ vorbereitet, den es dem Bundesrate nunmehr vorlegt.

In der Beratung wird betont, diese ganze Angelegenheit werde eigentlich lediglich wegen der Bestimmungen betreffend die Einfuhr von Waffen in die sogenannten «Prohibitionszonen» wieder aufgegriffen, vielleicht auch noch deshalb, weil gewisse Leute vermittelt der im Konventionsentwurf vorgesehenen Statistiken

2. E 1001 1, EPD, 1924.

3. *Vgl. dazu* BBl 1925, I, S. 23ff. (Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die fünfte Session der Völkerbundsversammlung, vom 8. Dezember 1924).

4. E 2001 (B) 8/37.

5. E 2001 (B) 8/37.

6. *Als Annex abgedruckt.*

über die Waffeneinfuhr usw. Gelegenheit zu bekommen hoffen, sich über gewisse Vorgänge auf diesem Gebiet zu unterrichten und allenfalls daraus einen Vorteil zu ziehen. Es sei daher geboten, dass die schweizerische Abordnung sich grosser Zurückhaltung befleissige; namentlich scheine kein Anlass gegeben, sich in die heikle Angelegenheit des Protestes Persiens gegen seine Einbeziehung in die «Prohibitionszone» einzumischen.

Zu Ziffer 6 der Instruktionen wird bemerkt, jede Massnahme zur Einschränkung der Rüstungen werde den kommerziellen Betrieb und die Konkurrenzfähigkeit von Fabriken beeinträchtigen. Das gelte voraussichtlich auch von den in der Konvention vorgesehenen Statistiken. Wolle man sich deren Einführung nicht grundsätzlich widersetzen, wovon wohl nicht die Rede sein könne, so könne also nicht verlangt werden, dass diese Massnahme den kommerziellen Betrieb und die Konkurrenzfähigkeit von Fabriken *überhaupt* nicht beeinträchtigen dürfe. Der erste Satz der Ziffer 6 der Weisungen sollte daher gefasst werden wie folgt:

«Hinsichtlich der Statistiken wird die Delegation dahin zu wirken suchen, dass Bestimmungen, die den kommerziellen Betrieb und die Konkurrenzfähigkeit der Fabriken *ohne Not* beeinträchtigen könnten, nicht in die Konvention Aufnahme finden.»

Der Vorsteher des politischen Departementes erklärt sich mit dieser Abänderung der Weisungen einverstanden.

Auf Grund der Beratung wird *beschlossen*:

Der Entwurf der Weisungen an die schweizerische Delegation zur Konferenz für die Frage der Kontrolle des internationalen Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial wird mit der ebengenannten Abänderung genehmigt.

ANNEX

E 2001 (B) 8/38

Entwurf.

INSTRUKTIONEN FÜR DIE SCHWEIZERISCHE DELEGATION ZUR KONFERENZ DES VÖLKERBUNDES FÜR DIE KONTROLLE DES WAFFEN- UND MUNITIONSHANDELS

1. Die schweizerische Abordnung wird grundsätzlich eine zurückhaltende Stellung einnehmen, da gewisse Bestimmungen des zur Diskussion stehenden Konventionsentwurfes in der vorliegenden Form geeignet sind, für schweizerische Verhältnisse Bedenken zu erwecken, ohne dass andererseits deren Verwirklichung einen entscheidenden Fortschritt auf dem Wege zur Abrüstung bedeuten würde. Auch in Anbetracht der Tatsache, dass das von der «Gemischten temporären Kommission» gemäss den Resolutionen der Völkerbundsversammlung ausgearbeitete Vertragsprojekt lediglich die Kontrolle des *Handels* mit Kriegsmaterial betrifft, während die inländische *Produktion* nicht gleichzeitig Gegenstand einer internationalen Regelung bildet, wird es die Delegation vermeiden, durch ihre Haltung die späteren Entschliessungen des Bundesrates in Bezug auf die Konvention zu präjudizieren.

Andererseits sind die allgemeinen Grundsätze des Artikels VIII des Völkerbundsvertrages betreffend die Beschränkung der Rüstungen im Auge zu behalten, ebenso wie die im neuen Konventionsentwurf entwickelte Bestimmung des Artikels XXIII lit. d des Paktes, derzufolge der Völkerbund «mit der Überwachung des Waffen- und Munitionshandels mit den Ländern betraut ist, bei denen die Kontrolle dieses Handels im allgemeinen Interesse unumgänglich ist.»

Im allgemeinen soll die Mitarbeit der schweizerischen Delegation an den Verhandlungen, bei Eintreten für zweckmässige Vorschläge, auf die Umgestaltung derjenigen Bestimmungen des Vertragsprojektes abzielen, die in Friedenszeiten unter Umständen eine einseitige, die Abrüstung nicht unbedingt fördernde Kontrolle kleinerer Staaten mit sich bringen, und die in Zeiten von Krieg und Kriegsgefahr eine Erschwerung der Wahrung der Neutralitätsgrundsätze bedingen könnten.

2. Die schweizerische Delegation wird gegebenenfalls dafür eintreten, dass, entsprechend dem Konventionsentwurf, und im Gegensatz zum Abkommen von St. Germain, die Lieferung von Kriegsmaterial auch an Staaten, die der Konvention nicht beitreten, unter den gleichen Bedingungen zulässig sein soll, die für Kontrahenten gelten.

3. Was die in Artikel I des neuen Konventionsentwurfes definierten verschiedenen Kategorien von Waffen, Munition und Kriegsmaterial anbetrifft, die Gegenstand einer differenzierten Behandlung bilden sollen, so ist die schweizerische Delegation grundsätzlich ermächtigt, Vorschlägen zuzustimmen, die eine allgemeine Kontrolle auf die unter Kategorie I aufgeführten Objekte beschränken. Es sollte, gemäss den Feststellungen der vorbereitenden Instanzen des Völkerbundes, präzisiert werden, dass bloss fertige, keineswegs aber bloss vorgearbeitete, unfertige Bestandteile unter die Kontrolle fallen.

4. Hinsichtlich der Umgrenzung der «Prohibitionszonen» gemäss Artikel 9ff. des Konventionsentwurfes wird die schweizerische Delegation den Standpunkt einnehmen, dass eine verschärfte Ausfuhrkontrolle im Sinne von Artikel XXIII lit. d des Völkerbundspaktes gegenüber den Gebieten oder Kolonien wohl Platz greifen könne, in denen die lokale Regierung oder die die Staatsgewalt ausübende fremde Macht gewillt ist, die dementsprechende Einfuhrkontrolle auszuüben. Gegen seinen Willen soll indessen ein souveräner, der Völkergemeinschaft angehörender Staat nicht in die Prohibitionszone einbezogen werden.

Ebenso soll sich der Umfang der Kontrolle grundsätzlich nach den Massnahmen des Einfuhrstaates richten. Dies kann eine Befreiung der Ausfuhrkontrolle von Waffen der Kategorie III zur Folge haben, sofern das Bestimmungsland deren Einfuhr nicht überwachen will.

5. Die vorgeschlagene Redaktion der Bestimmung, die sich auf die Durchfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial bezieht, scheint ein Kontrollsystem einführen zu wollen, das einerseits an sich schon sehr schwer zu handhaben wäre und das überdies Komplikationen mit Bezug auf die Bewertung mit sich bringen kann, ob eine Transitsendung korrekterweise zurückzuhalten ist oder nicht. Die schweizerische Delegation soll für eine möglichst grosse Freiheit des Transitlandes eintreten⁷. Die Kontrolle soll grundsätzlich im Verhältnis zu Vertragsstaaten darauf beschränkt werden, zu prüfen, ob eine regelmässige Ausfuhrbewilligung für die Sendung vorliegt. Es ist ferner zu präzisieren, wie es sich mit Transitsendungen aus Ursprungsländern verhält, welche der Konvention nicht angehören.

6. Hinsichtlich der Statistiken wird die Delegation dahin zu wirken suchen, dass Bestimmungen, die den kommerziellen Betrieb und die Konkurrenzfähigkeit der Fabriken beeinträchtigen könnten, nicht in die Konvention Aufnahme finden. Es erscheint nicht erforderlich, dass die Statistiken zu

7. *Der erste schweizerische Delegierte, E. Lohner, erklärte am 14. 5. 1925 in der Commission générale der Konferenz: [...] Pour en venir au système même du contrôle à exercer sur les marchandises en transit, je voudrais insister pour qu'on ne demande pas aux autorités des pays de transit d'édicter des mesures qui, en fait, ne seraient guère applicables. Nous devons toujours nous inspirer du principe qu'il ne faut rien mettre dans une Convention qui ne puisse être loyalement et rigoureusement appliqué, et, par conséquent, qu'il ne faut y insérer aucune disposition qui risquerait, ou bien d'être théorique, ou bien d'amener des contestations entre Etats sur le point de savoir s'il convient de retenir tel envoi en transit ou non. Les autorités du pays de transit doivent être libres d'émettre elles-mêmes les appréciations justifiées par les faits; ce sont elles qui doivent juger s'il existe des «motifs de croire qu'un envoi d'armes n'est pas conforme à la présente Convention». Et je voudrais ajouter que l'«enquête» dont parle le projet d'article devrait se borner, en règle générale, à la constatation que l'envoi est accompagné d'une licence délivrée en due forme. Je ne doute, d'ailleurs, pas que la Commission ne partage entièrement la manière de voir de notre délégation à ce sujet. /... / (E 2001 (B) 8/38).*

häufig im Jahre einverlangt werden. Unter keinen Umständen soll ein Zwang zur Mitteilung der Namen exportierender Firmen eingeführt werden.

Die schweizerische Delegation kann sich damit einverstanden erklären, dass die Zusammensetzung des vorgesehenen internationalen Kontrollorgans durch den Völkerbundsrat erfolge. Sollten von gewisser Seite anderweitige Anträge gestellt werden, so kann die Delegation Bericht erstatten und um Instruktionen einkommen.

7. Die schweizerische Delegation wird dem in Artikel 25 des Konventionsentwurfes ausgesprochenen Gedanken zustimmen, wonach in Kriegszeiten die Ausfuhrbeschränkungen im Verhältnis zu den kriegführenden Staaten dahinfallen und die allgemeinen Grundsätze des Neutralitätsrechtes ohne weiteres Platz greifen. In Bezug auf die Ausfuhr und den Transit wird sich die Schweiz auch hier im Sinne ihrer bisher gehandhabten Neutralitätspolitik volle Entschliessungsfreiheit wahren müssen. Gegebenenfalls ist bei Beratung dieses Artikels der Vorschlag zu machen, dass ein Vorbehalt im erwähnten Sinne ausdrücklich vorgesehen werde⁸.

8. Grundsätzlich wird die Delegation bei der Redaktion des Artikels, der von den Vorbehalten bei der Unterzeichnung der Konvention oder dem Beitritt zu derselben handelt, dahin zu wirken haben, dass die nach dem Entwurf bestehenden Unklarheiten ausgeschaltet werden. Nach Möglichkeit sind die als annehmbar angesehenen Reserven im voraus zu präzisieren.

9. Was die Geltungsdauer der Konvention anbetrifft, so kann die schweizerische Delegation, in der Erwägung, dass über das vorgeschlagene Kontrollsystem jedenfalls zunächst Erfahrungen zu sammeln sind, Anträge auf eine Verkürzung der vorgeschlagenen Kündigungsfrist unterstützen.

10. Im Sinne der Ausführungen der zuständigen Departemente kann die Delegation grundsätzlich den Vorschlägen auf Vereinheitlichung der Nomenklatur und der Methoden der Statistik der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial, die ebenfalls auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden, zustimmen. Als Grundlage sollte die Brüsseler Übereinkunft vom 31. Dezember 1913 betreffend die Erstellung einer internationalen Handelsstatistik, deren Nomenklatur zu spezifizieren wäre, verbleiben. Die auf eine Vereinheitlichung der statistischen Quantitätserfassung (Angabe des Gewichts und der Stückzahl) hinielenden Vorschläge erscheinen als annehmbar.

8. *In der Sitzung der Commission générale vom 19. 5. 1925 führte Lohner aus: [...]*

Pour dire, tout d'abord, un mot de l'exportation, les Etats neutres ne sont pas tenus, aux termes de l'article 7 de la Convention précitée concernant les droits et les devoirs des Puissances et personnes neutres en cas de guerre sur terre, d'empêcher la livraison, pour le compte des belligérants, «d'armes, de munitions et, en général, de tout ce qui peut être utile à une armée ou une flotte.» Mais les Puissances neutres sont libres de restreindre et, le cas échéant, même d'interdire complètement toute exportation de ce genre et elles doivent conserver ce droit sous l'empire de la nouvelle Convention. La faculté de restreindre l'exportation a été admise par la Conférence pour le régime de paix; elle doit, à plus forte raison, être reconnue en temps de menace de guerre.

Il en est, en principe, de même en ce qui concerne le *transit*. En *temps de guerre* les Etats neutres seront en droit, aux termes de l'article cité plus haut de la V^e Convention de La Haye, de restreindre ou même d'empêcher le transit d'armes et de munitions à travers leur territoire, à condition qu'ils appliquent leurs mesures restrictives ou prohibitives d'une manière absolument égale à l'égard des belligérants (articles 9 de la Convention). En temps de paix, l'intérêt de la libre circulation, le principe même de la liberté de transit s'opposeraient, évidemment, à des mesures de ce genre. Je voudrais ajouter, toutefois, que la Convention que nous allons élaborer ne devra pas porter préjudice au droit des Etats, qui s'inspire d'une longue tradition de neutralité, de pouvoir édicter certaines mesures restrictives, non seulement en temps de guerre, mais aussi quand il y a *menace de guerre* dans le sens de l'article XI du Pacte de la Société des Nations. L'Etat neutre doit être libre, aussi aux termes de la nouvelle Convention, de prendre, dans l'intérêt supérieur de la paix, les mesures qui lui semblent nécessaires, même si cela devait apporter quelques restrictions temporaires à la circulation.

Ce que je viens de dire n'est aucunement en contradiction avec l'une ou l'autre des dispositions de la Convention, de sorte que la Délégation suisse n'estime pas nécessaire de déposer un amendement formel à cet égard (E 2001 (B) 8/38).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Mai 1925¹

974. Österreich. Wirtschaftslage

Mündlich

Mit einer in jüngster Zeit an den Völkerbund gerichteten Note stellt Österreich das Gesuch, es sei seine wirtschaftliche Lage durch eine vom Völkerbund aus einer möglichst knappen Zahl wissenschaftlicher Fachleute zu bestellende Kommission zu untersuchen². Österreich sucht in der Note darzutun, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen seine wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung unmöglich sei, da ihm und namentlich seiner Industrie seit der Abtrennung von den übrigen früher mit ihm verbundenen Gebieten durch Aufrichtung von Zollschranken die nötigen Absatzgebiete fehlen. Nach einer Äusserung des Herrn Dr. Schüller, Sektionschef im österreichischen Bundeskanzleramt, beabsichtige Österreich auch alle seine Nachbarn auf die Unhaltbarkeit seiner Wirtschaftslage aufmerksam zu machen und ihnen den Abschluss einer Zollunion anzubieten. Zuverlässige Berichte bestätigen übrigens den schlechten Stand der österreichischen Volkswirtschaft³. Die Angelegenheit ist für die Schweiz von grosser Bedeutung, weil Österreich für sie, namentlich nach der starken Entwicklung der italienischen Industrie in der letzten Zeit, ein wichtiges Absatzgebiet für Industrieerzeugnisse bildet. Österreichs Bestreben geht auf die Rückkehr zum Freihandel. Das bringt für die Schweiz erhebliche Schwierigkeiten mit sich, da deren Zollpolitik durchaus auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung beruht. Demzufolge würden Begünstigungen, die die Schweiz Österreich einräumt, sich sofort auch in ihren Handelsbeziehungen zu Deutschland, Frankreich, Italien u. s. w. auswirken, was die Schweiz nicht zu ertragen vermöchte. Die Schweiz ist daher kaum in der Lage, Österreich eine Sonderstellung einzuräumen, was sie doch voraussichtlich tun müsste, wenn allenfalls den Nachbarn Österreichs vom Völkerbund empfohlen werden wollte. Österreich gewisse Erleichterungen zu gewähren, um seine

1. *Abwesend: Scheurer.*

2. *Die österreichische Gesandtschaft unterrichtete das Politische Departement über diesen Vorstoss Österreichs durch ein am 26.4.1925 übergebenes Promemoria, welches als Annex abgedruckt ist.*

3. *L. Dubois, Präsident des Finanzkomitees des Völkerbundes, berichtete in diesem Zusammenhang dem Politischen Departement am 6.8.1925: La Confédération autrichienne reste économiquement faible et je crois, que la principale cause doit en être cherchée dans le découpage malencontreux qui a été fait de l'ancien Royaume. Il faudra beaucoup de temps pour rétablir un certain équilibre économique, mais je crois qu'on y parviendra. [...] Jusqu'à présent, le Comité financier n'a pas été nanti de l'expertise économique, qui vient d'être faite par deux spécialistes et j'ignore s'il sera appelé à se prononcer. Mais je ne serais pas surpris si l'on demandait certains adoucissements douaniers à tous les voisins de l'Autriche, y compris la Suisse. Notre pays, sans avoir à prendre une initiative dans cette question, peut être appelé à la discuter. [...] (E 2001 (C) 5/4).*

wirtschaftliche Existenz zu ermöglichen⁴. Wie sehr die Sorge um sein Wirtschaftsleben Österreich bedrückt, geht auch aus den in letzter Zeit von massgebenden Persönlichkeiten Österreichs und Deutschlands gemachten Äusserungen über einen Anschluss Österreichs an das deutsche Reich hervor, dessen Verwirklichung für die Schweiz keineswegs erwünscht sein könnte. Alle diese Erwägungen lassen es geboten erscheinen, sich rechtzeitig darüber zu vergewissern, welche Folge der Völkerbund der eingangs erwähnten Note Österreichs zu geben gedenkt. Wenn der Völkerbund eine Untersuchungskommission einsetzen will, so sollte sie doch nicht ausschliesslich aus Vertretern der Wissenschaft gebildet, es sollten darin auch praktisch erfahrene Volkswirtschaftler berufen werden.

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements würde auf Grund der vorstehenden Erwägungen, sofern der Rat damit einverstanden ist, seine Anwesenheit in Genf anlässlich des Zusammentritts der internationalen Arbeitskonferenz dazu benützen, um in der vorliegenden Angelegenheit beim Generalsekretariat des Völkerbunds Erkundigungen über die Absichten des Völkerbunds einzuziehen.

Der Rat stimmt diesem Vorgehen zu.

ANNEX

E 2001 (C) 5/4

Die österreichische Gesandtschaft in Bern an das Politische Departement

Bern, 26. April 1925

PROMEMORIA

Nach der Tagung des Hauptausschusses des österreichischen Nationalrates, in der die Regierung bekannt gegeben hatte, dass sie sich veranlasst sehe, den Rat des Völkerbundes zu ersuchen, die wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse in unserem Teile Europas einer Prüfung zu unterziehen, wurde der österreichische Vertreter beim Völkerbunde, der Gesandte Emmerich von Pflügl, beauftragt, dem Generalsekretariate des Völkerbundes das Ersuchen zu übermitteln, der Völkerbund möge die wirtschaftliche Lage schleunigst durch eine möglichst knappe Anzahl unpolitischer wissenschaftlicher Fachleute prüfen lassen, um die Rückwirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die österreichische Sanierungsaktion festzustellen.

Die österreichische Regierung knüpft hiebei an jenen Passus der Genfer Herbstabmachungen von 1924 an, wo die Rede davon ist, dass die Prüfung der wirtschaftlichen Lage Österreichs eine der Bedingungen für die Beendigung der Kontrolle darstellt⁵. Es liegt der österreichischen Regierung viel daran, dass von unbefangener *(und)* kompetenter Seite der Stand der wirtschaftlichen Lage Österreichs geprüft werde. Diese Prüfung wird sicherlich zu dem Ergebnis führen, dass die wirtschaftliche Lage Österreichs vertrauenerweckend ist, und dass die Schwierigkeiten und Hindernisse, die der vollen wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs im Wege stehen, vor allem in dem übermässigen Protektionismus so vieler europäischer Staaten zu erblicken sind. Die österreichische Regierung ist daher der Ansicht, dass nach dieser Richtung hin dem Punkt 2 der Genfervereinbarungen vom September 1924 entsprochen wird. Diese Untersuchung wird zweifellos die für ganz Europa verderbliche Wirkung des protektionistischen Systems feststellen und wird wohl auch zur Erörterung der Wege führen, welche die noch vorhandenen Schwierigkeiten Österreichs zu beseitigen geeignet sind. Der Schritt der österreichischen Regierung beim Völkerbund ist auf die österreichischen Verhältnisse abgestellt. Es ist jedoch Absicht der österreichischen Regierung, die ganze Angelegenheit in Genf

4. *Vgl. dazu Nr. 50 und Nr. 142.*

5. *Vgl. SdN, Journal Officiel, 1924, Nr. 10, S. 1304f.*

auf Grund des Berichtes der gemäss ihrer Anregung zu bestellenden Experten zu verhandeln u. zwar auf einer breiteren Basis, in dem es sich dann nicht nur um eine mit der österreichischen Sanierung zusammenhängende Frage handeln soll, sondern um eine europäische Wirtschaftsfrage.

Von dieser Absicht sind die diplomatischen Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslovakei im kurzen Wege in Kenntnis gesetzt worden.

Der weitere Vorgang dürfte der sein, dass der Völkerbund, wenn er auf den Antrag der österreichischen Regierung eingeht, zwei Experten nach Österreich entsendet, die einen Bericht ausarbeiten werden, der im Juni die Grundlage für die Verhandlungen im Finanzkomitee und im Völkerbundrate bilden wird.

44

E 1004 1/395

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 11. Mai 1925

1007. Handelsvertragsunterhandlungen mit Österreich

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 4. Mai 1925

Nachdem die erste Lesung der schweizerischen und österreichischen Begehrenlisten und des schweizerischen Entwurfes zum Vertragstext¹ am 27. März in Zürich abgeschlossen werden konnte, ist die Fortsetzung der Handelsvertragsunterhandlungen mit Österreich auf den 18. Mai vertagt worden, an welchem Datum sie in Wien wieder aufgenommen werden sollen. Gestützt auf die Ergebnisse der ersten Lesung sind nunmehr die Weisungen für das weitere Vorgehen der schweizerischen Delegation festzustellen.

I.

Resultate der ersten Lesung.

Der schweizerische Textentwurf zu einem Handelsvertrag mit Österreich, den das Departement dem Bundesrat mit Antrag vom 19. März unterbreitete, wurde in seinem grössten Teil von der österreichischen Delegation angenommen. Einige zur Hauptsache durch Rücksichten auf die innere Gesetzgebung Österreichs bedingte Änderungsvorschläge konnten von der schweizerischen Delegation ohne Beeinträchtigung eigener Interessen zugestanden werden. Diese Änderungen sind in dem diesem Antrag beigegebenen schweizerischen Entwurf, der die Resultate der ersten Lesung enthält, mit roter Tinte eingetragen.

Im Text harren gegenwärtig noch der Lösung die Fragen der Einfuhrbeschränkungen (Zusatzartikel zu Artikel 2), des Veredlungsverkehrs (Artikel 6) und des Grenzverkehrs (Artikel 14).

Den schweizerischen Begehren zum österreichischen Zolltarif konnte bis jetzt nur in einigen weniger wichtigen Positionen zum Durchbruch verholfen werden.

¹ E 7110 1/100.

Die österreichische Delegation war auf viele dieser Begehren nicht vorbereitet und musste sich deshalb ihre Stellung zwecks näherer Abklärung vorbehalten. In vielen Fällen, insbesondere bei den Baumwollgeweben, den Wirk- und Strickwaren, Eisen- und Metallwaren, Maschinen und Apparaten, auch elektrischen, lauteten die österreichischen Erklärungen, teils für ganze Warenkategorien, ablehnend, welcher Standpunkt mit dem Hinweis auf den geringen Anteil der Schweiz am österreichischen Import und dem gleichzeitigen starken Meistbegünstigungsinteresse dritter Länder summarisch begründet wurde. Tarifmässige Zugeständnisse sehr bescheidener Natur wurden von österreichischer Seite nur auf einigen typischen schweizerischen Exportpositionen angeboten: /... /²

Alle diese Angebote mussten von der schweizerischen Delegation als ungenügend abgelehnt werden.

/... /³

Was die österreichischen Begehren betrifft, so konnte ihnen zu einem grossen Teil, insbesondere soweit sich die Vorschläge über den Ansätzen des schweizerischen Gebrauchstarifs bewegten, auf Grund der Instruktionen des Bundesrates vom 27. März⁴ entsprochen werden. /... /⁵

Alle anderen Konzessionen von schweizerischer Seite, welche von der österreichischen Delegation angenommen worden sind, liegen zwischen den Ansätzen des neuen Generaltarifs und denjenigen des Gebrauchstarifs.

Die besonderen Zollerleichterungen, die Österreich für seinen Export aus den Grenzbezirken wünscht – teilweise unter der Begründung, der Schweiz nicht die Gewährung allgemeiner Tarifzugeständnisse zumuten zu wollen, wo die regionalen Verhältnisse eine Speziallösung ermöglichen –, wurden von der schweizerischen Delegation instruktionsgemäss abgelehnt. Um nichts zu unterlassen, wurden immerhin die Grenzkantone vom Departement über die Wünschbarkeit derartiger Zollbegünstigungen, die ihre Wirkungen in erster Linie auf ihr Gebiet ausüben würden, angefragt. Sollte sich ein praktisches Bedürfnis nach der Gewährung von Ausnahmezöllen für einzelne kontingentierte Warenkategorien herausstellen, so hat sich die schweizerische Delegation vorbehalten, auf die Frage dieser Spezialregelung zurückzukommen.

II.

Weitere Instruktionen.

Das weitere Vorgehen der schweizerischen Delegation denkt sich das Departement folgendermassen⁶:

2. Es folgt eine Liste der betreffenden Tarifpositionen, darunter Käse, Schokolade, Stickereien und Uhren.

3. Eine weitere Liste umfasst Tarifposten, welche in der ersten Lesung ihre Erledigung in positivem Sinne durch Ermässigung oder Bindung fanden.

4. Vgl. Nr. 27.

5. Es folgt eine diesbezügliche Liste der einzelnen Tarifpositionen.

6. Die Verhandlungen wurden am 18. 5. 1925 in Wien fortgesetzt. Vgl. dazu Nr. 62.

a. *Textentwurf:*

Der *Abbau der Einfuhrbeschränkungen*, über den zu Beginn dieses Jahres eine leider ergebnislose Fühlungnahme mit österreichischen Vertretern stattfand, hat in der Zwischenzeit auf österreichischer Seite wesentliche Fortschritte gemacht, dadurch, dass seit 1. März der Grossteil der Einfuhrschutzmassnahmen der Gegenseite dahingefallen ist. Dieser Schritt dürfte eine Verständigung mit Österreich im Sinne des zu Beginn dieses Jahres geplanten Abkommens erleichtern, umso mehr als in einem allfälligen Protokoll über den Abbau der Einfuhrbeschränkungen die Regelung einzelner Zollfragen, auf die bisher Österreich in diesem Zusammenhang nicht eingehen wollte, in Wegfall käme. Selbstverständlich wird die Delegation ihre Aufmerksamkeit auch den österreichischen Ausfuhrverboten auf Rohstoffen zuwenden, die nach wie vor sehr streng und für einzelne schweizerische Industrien in nachteiliger Weise gehandhabt werden (Papierholz, Häute und Felle, Knochen für die Leimfabrikation etc.).

Der *Stickereiveredlungsverkehr*, der durch Artikel 6 des Entwurfes geregelt werden soll, war bis jetzt einseitig zugunsten Vorarlbergs festgelegt, während der Entwurf nunmehr die volle Gegenseitigkeit vorsieht, an der besonders den schweizerischen Schiffmilohnstickern gelegen ist. Die bisherige Aussprache hat gezeigt, dass auf österreichischer Seite mit einem ziemlich hartnäckigen Widerstand gegen eine beiderseitige Regelung zu rechnen ist. Da das Hauptgewicht der schweizerischen Interessen an der Aufrechterhaltung dieses Verkehrs mit Vorarlberg hängt, müsste letzten Endes für die schweizerische Delegation die Möglichkeit ins Auge gefasst werden, es für das Besticken bei der bisherigen Regelung zu belassen. Unter Umständen dürfte es sich als notwendig erweisen, auch das Bleichen, Färben, Appretieren etc. der Stickereien in den Veredlungsverkehr einzubeziehen. Falls dies geschieht, muss die schweizerische Delegation bestrebt sein, diesen Ausrüstverkehr unbedingt gegenseitig zu gestalten, da die Möglichkeit, diese Manipulationen in der Schweiz vorzunehmen, sowohl im Interesse der schweizer. Ausrüstanstalten wie der schweizerischen Exporteure gelegen ist, die im Vorarlberg arbeiten lassen.

Der Grenzverkehr soll einer durchgehenden Neuregelung unterworfen werden. Der Textentwurf beschränkte sich in Artikel 14 auf Bestimmungen über den landwirtschaftlichen Grenzverkehr. Die österreichische Delegation hat nun aber den Wunsch ausgesprochen, auch die im Zusatzartikel zum alten Vertrag enthaltene Regelung des allgemeinen kleinen Grenzverkehrs bestehen zu lassen. Hierauf kann schweizerischerseits nicht eingetreten werden, denn die Bestimmungen des Zusatzartikels sind veraltet und an den heutigen Verhältnissen gemessen derart weitgehend, dass ihre Aufrechterhaltung nicht nur eine schwere Beeinträchtigung der schweizerischen Zollautonomie, sondern teilweise eine direkte Schädigung der im Grenzbezirk gelegenen Industrien bedeuten würde, besonders solange die Produktionskosten zugunsten Vorarlbergs liegen. Es werden deshalb künftighin vom kleinen Grenzverkehr alle diejenigen Artikel ausgeschlossen werden müssen, die normaler Weise nicht Gegenstand des täglichen Verkehrs sind, insonderheit Fabrikate.

Einzelne schweizerische und österreichische Postulate, die bis jetzt als allgemeine Zollbegehren gestellt worden sind, dürften auch am besten ihre Erledigung im Rahmen des Grenzverkehrs finden, da auf diesem Wege die handelspolitische Bewegungsfreiheit der beiden Länder am wenigsten berührt wird. Vor allem dürfte nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen der Verkehr mit Obst, Most und Appenzeller-Käse für eine solche Regelung in Frage kommen.

Für die weitere Diskussion über den Grenzverkehr hat die schweizerische Delegation einen neuen Entwurf zu Artikel 14 redigiert, auf Grund dessen über die einzubeziehenden Warengattungen mit Österreich weiter verhandelt werden soll. Dieser Entwurf wird hier zur Genehmigung vorgelegt.

b. Schweizerische Begehren zum österreichischen Tarif:

Die Delegation wird auf der Grundlage der vom Bundesrat genehmigten schweizerischen Begehrenliste weiter verhandeln und soll insbesondere nach Möglichkeit bestrebt sein, Ermässigungen auf nachstehenden Positionen zu erreichen, auf denen, wie schon gezeigt, die österreichischen Konzessionen bisher ganz ungenügende sind:

Käse
Kondensmilch
Baumwollgewebe
Stickereien
Seiden- und Halbseidenwaren
Maschinen und Apparate, einschliesslich der elektrischen Uhren und Uhrengehäuse.

c. Österreichische Begehren zum schweizerischen Tarif:

Die vollständige österreichische Begehrenliste liegt diesem Antrag bei⁷. Wie vom Bundesrat bereits in seiner Sitzung vom 27. März festgelegt worden ist, werden in der Regel die äussersten Zollkonzessionen schweizerischerseits in der Bindung der Ansätze des Gebrauchstarifs bestehen. Vertragsansätze, die niedriger sind, als die Ansätze des Gebrauchstarifs, sind so lange als möglich zu vermeiden, doch ist das Departement der Ansicht, dass in dieser Beziehung die Delegation die Freiheit haben soll, in Ausnahmefällen, sofern diesen keine weittragende Bedeutung zukommt, von sich aus in bescheidenem Umfang Ermässigungen unter den Gebrauchstarif einzuräumen. Sollte die österreichische Delegation in wichtigen schweizerischen Positionen auf der Herabsetzung der Ansätze des Gebrauchstarifs beharren, so sind für diesen besondern Fall neue Instruktionen des Bundesrates einzuholen.

7. Nicht abgedruckt.

III.

Zusammensetzung und Entschädigung der Delegation.

Nachdem Herr Minister Dr. Jaeger seinen Posten in Wien angetreten hat und mit Rücksicht darauf, dass die Verhandlungen in der österreichischen Hauptstadt stattfinden, ist es geboten, ihn als weiteres Mitglied der Delegation zu wählen.

Wie in ähnlichen Fällen, würde sodann der Bund die Kosten der Delegation für Reise, Unterkunft und Repräsentation direkt übernehmen, während das Taggeld nachträglich auf Grund der effektiven Auslagen für die Verpflegung festgesetzt würde.

Antragsgemäss wird *beschlossen*:

1. Von den bisherigen Ergebnissen der Handelsvertragsunterhandlungen mit Österreich wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

2. Die vom Volkswirtschaftsdepartement für das weitere Vorgehen der schweizerischen Delegation unterbreiteten Vorschläge werden als ergänzende Instruktionen genehmigt.

3. Herr Minister Dr. Jaeger in Wien wird als weiteres Mitglied der schweizerischen Delegation bezeichnet.

4. Der Bund übernimmt für die eigens zu den Vertragsverhandlungen nach Wien Abgeordneten die Kosten der Reise, Unterkunft und Repräsentation. Ihr Taggeld wird später festgesetzt.

45

E 1001 I, EVD, 1925

*Antrag des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den Bundesrat*

GH.
Handelsvertragsunterhandlungen mit
der Tschechoslovakei.

Bern, 13. Mai 1925

Die schon seit langem in Aussicht genommenen Handelsvertragsunterhandlungen mit der Tschechoslovakei sind nunmehr in greifbare Nähe gerückt. Nachdem die Handelsbeziehungen dieses Staates mit seinen Nachbarländern durch eine Reihe kurz nacheinander abgeschlossener Verträge geregelt worden sind, besteht nun auch für die Schweiz die Möglichkeit, mit der tschechoslovakischen Regierung die Frage zu erörtern, wie der bestehende Meistbegünstigungsvertrag im Interesse der beiden Länder durch Tarifbestimmungen ergänzt werden könnte¹. Ende März dieses Jahres fand in Bern zwischen dem Gesandten der Tschechoslo-

1. *Zum handelsvertraglichen Verhältnis zwischen den beiden Staaten nach der Entstehung der tschechoslowakischen Republik vgl. GBer 1925, S. 505 und Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den am 16. Februar 1927 mit der tschechoslowakischen Republik abgeschlossenen Handelsvertrag, vom 19. März 1927, BBl 1927, I, S. 225ff.*

vakei und dem Chef des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes der Austausch der beidseitigen Begehrenlisten² statt. Gleichzeitig kamen beide Teile überein, dass die Verhandlungen gegen Ende Mai in Prag beginnen sollen.

Die Verhandlungen dürften sich nicht leicht gestalten, denn der tschechoslovakische Zolltarif enthält trotz der umfassenden Ermässigungen, die er in Verträgen mit andern Ländern, besonders mit Österreich, erlitten hat, auf den meisten den schweizerischen Export interessierenden Positionen Ansätze, die sozusagen prohibitiv wirken. Die Zollbelastung erreicht fast durchwegs ein Vielfaches der entsprechenden schweizerischen Ansätze. Dieses Missverhältnis ist darauf zurückzuführen, dass die Ansätze des tschechoslovakischen Zolltarifes im Jahre 1919 festgelegt wurden, als die tschechoslovakische Krone auf $\frac{1}{17}$ bis $\frac{1}{20}$ ihres Goldwertes gesunken war, und später, als die Krone sich auf ungefähr $\frac{1}{7}$ der Goldparität stabilisierte, keine autonomen Änderungen erfuhren. Es besteht kein Zweifel, dass die relativ gesunde und industriell hochentwickelte tschechoslovakische Volkswirtschaft schweizerische Waren in stärkerem Masse als jetzt aufnehmen könnte, wenn zu erreichen wäre, dass das schon an und für sich teure Produkt der schweizerischen Arbeit bei der Einfuhr in die Tschechoslovakei einer erträglichen Zollbelastung unterworfen würde. Die Höhe der tschechoslovakischen Zollansätze hat dazu geführt, dass die schweizerische Ausfuhr nach diesem Land in letzter Zeit im Wert nicht viel mehr als 40% der entsprechenden tschechoslovakischen Einfuhr in der Schweiz betrug.

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement schlägt dem Bundesrat vor, folgende Richtlinien zu genehmigen, die für diese Handelsvertragsunterhandlungen wegleitend sollen:

1. *Der schweizerische Entwurf zu einem neuen Handelsvertrag mit der Tschechoslovakei*³ [...] stellt das Ergebnis einer möglichst vielseitigen Fühlungnahme mit behördlichen Stellen, sowie Produzenten und Handelskreisen dar, soweit diese am Verkehr mit der Tschechoslovakei interessiert sind. Die Sammlung der privaten Begehren vollzog sich durch Vermittlung des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins und des Schweizerischen Bauernverbandes. Deren Vorschläge wurden nach vorgenommener Sichtung und Bereinigung in dem Entwurf entsprechend verwestet.

Es wird das Bestreben der schweizerischen Delegation sein müssen, diesen im vorliegenden Entwurf zusammengestellten Begehren auf tschechoslovakischer Seite nach Möglichkeit zum Durchbruch zu verhelfen, wobei das Vorgehen von Fall zu Fall, insbesondere das Abwägen der Wichtigkeit und Dringlichkeit der einzelnen schweizerischen Postulate, der Einsicht und Erfahrung unserer Unterhändler überlassen werden darf.

2. *Tschechoslovakische Begehrenlisten.*

Die tschechoslovakische Regierung hat durch ihre hiesige Gesandtschaft bis jetzt zwei Listen ihrer Wünsche überreicht. Die eine umfasst die Begehren bezüglich der Zollnachlässe in der Schweiz, die andere die Wünsche bezüglich der

2. *Nicht ermittelt.*

3. *Nicht ermittelt.*

Bindung von schweizerischen Zöllen. Gemeint sind dabei überall die Zollansätze des gegenwärtig geltenden schweizerischen Gebrauchstarifes. In welchem Umfange die Ermässigungen gewünscht werden, wird nicht gesagt. Die bezügliche Begehrenliste führt bloss die einzelnen Waren auf, für welche die Zölle reduziert werden sollen. Es handelt sich hier zum Teil um sehr wichtige Artikel, für welche eine Ermässigung der Ansätze unseres gegenwärtigen Gebrauchstarifs wohl kaum in Frage kommen kann. Die gegenwärtige handelspolitische Lage der Schweiz gestattet schwerlich eine Ermässigung auf einem Tarif, der schon ohnehin eine recht unzulängliche Handhabe für Handelsvertragsunterhandlungen bietet. Die schweizerische Delegation wird sich deshalb in ihren Konzessionen im allgemeinen höchstens zu Bindungen der Ansätze dieses Gebrauchstarifes herbeilassen, welche mit Rücksicht auf den in Aussicht stehenden Generaltarif für die Gegenpartei ihren besondern Zukunftswert haben. Entscheidend für eine derart zurückhaltende Einstellung ist auch unser Meistbegünstigungsverhältnis zu den andern Ländern, auf Grund dessen alle der Tschechoslovakei eingeräumten Tarifkonzessionen den andern Vertragsstaaten ebenfalls zugute kommen. Herabsetzungen von Zöllen unter das Niveau des Gebrauchstarifes sind also so lange als möglich zu vermeiden. Immerhin halten wir dafür, dass in dieser Beziehung die Delegation die Freiheit haben soll, in Ausnahmefällen, sofern diesen keine weittragende Bedeutung zukommt, von sich aus in bescheidenem Umfang Ermässigungen auch unter den Gebrauchstarif zuzugestehen. Sollte die tschechoslovakische Delegation in wichtigen schweizerischen Zollpositionen auf der Herabsetzung der Ansätze des Gebrauchstarifs beharren, so sind für diesen speziellen Fall neue Instruktionen des Bundesrates einzuholen.

/.../

Auf Grund dieser Ausführungen *beantragen* wir Ihnen zu beschliessen:

1. Von den für die Verhandlungen mit der Tschechoslovakei aufgestellten Richtlinien wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen, und diese als Instruktion für die schweizerische Delegation genehmigt.

2. Als Delegierte für die Handelsvertragsunterhandlungen werden bezeichnet die Herren:

W. Stucki, Direktor der Handelsabteilung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes, Bern,

A. Gassmann, Oberzolldirektor, Bern,

Prof. Dr. E. Laur, Brugg und

Dr. E. Wetter, Delegierter des Vororts des Schweiz. Handels- und Industrie-Vereins, Zürich.

3. Das Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, das Sekretariat zu bestellen und überdies der Delegation, soweit nötig, zum Beizug oder Anhörung von Experten Vollmacht zu erteilen.

4. Der Bund übernimmt die Kosten der Delegation für Reise, Unterkunft und Repräsentation. Das Taggeld wird später festgesetzt⁴.

4. Der Bundesrat beschloss am 20.5.1925 in Abwesenheit von Musy antragsgemäss (E 1004 1/295, Nr. 1082). – Die Verhandlungen wurden am 4.6.1925 in Prag eröffnet. Vgl. Nr. 71.

E 2001 (C) 7/4

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in London, C. R. Paravicini*

Kopie

S KD.

Berne, 15 mai 1925

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre rapport du 6 de ce mois¹ et nous avons pris connaissance avec un vif intérêt de la question posée, à la Chambre des Communes, au sujet de la politique britannique en matière d'arbitrage et de la réponse provisoire du Gouvernement². L'allusion de M. Dalton à l'opportunité de conclure un traité de cet ordre entre la Suisse et la Grande-Bretagne nous paraît d'assez bon augure et nous vous serions obligés d'examiner s'il conviendrait de rappeler discrètement au Foreign Office l'intérêt que, de notre côté, nous portons à cette question, avant que M. McNeill n'ait fait au Parlement la communication qu'il a annoncée³.

Sur place, vous apprécierez mieux que nous quelles pourraient être les démarches propres à amener le Gouvernement britannique à entrer en négociations au sujet d'un traité auquel nous attacherions un prix tout particulier.

Ajoutons, toutefois, que nous ne nous faisons aucune illusion sur les intentions du Gouvernement britannique dans le domaine de l'arbitrage international. Le professeur Burckhardt a eu récemment l'occasion de s'entretenir à ce sujet avec Sir Cecil Hurst, que nous considérons comme l'une des personnalités officielles britanniques les plus accessibles à nos idées. Sir Cecil Hurst a paru être au cou-

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Der entsprechende Protokollauszug vom 4. 5. 1925 lautet:*

Mr. Dalton asked the Secretary of State for Foreign Affairs whether treaties have recently been concluded between France and Czechoslovakia, France and Switzerland, Switzerland and Italy, Poland and Czechoslovakia, providing for the peaceful settlement of all questions that may arise between the contracting powers, and thus excluding all possibility of war between them; and whether any treaties of this kind have been concluded by Great Britain with any other country?

The *Under-secretary of State for Foreign Affairs* (Mr. Ronald McNeill): I am informed that treaties of arbitration and compulsory conciliation between France and Czechoslovakia, France and Switzerland, Switzerland and Italy, and Poland and Czechoslovakia have been signed. That between Switzerland and Italy is the only one which has come into force. Whether a treaty containing provisions for the reference of all disputes to tribunals of arbitration or conciliation exclude all possibility of war between the parties is a matter of opinion and not of fact and hardly suitable for treatment by question and answer. His Majesty's Government are parties to some twelve treaties of arbitration in varying terms; the texts of these treaties have been published in the Treaty Series and laid before Parliament. Most of the treaties have been concluded for definite periods such as five years and are renewed with or without modifications when these periods expire. None of these treaties are as far-reaching as that between Italy and Switzerland.

Mr. Dalton: Do His Majesty's Government intend to conclude any treaty of such a far-reaching character as those indicated in the question?

Mr. McNeill: I must have notice of that question (E 2001 (C) 7/4).

3. *Vgl. dazu Nr. 52.*

rant de nos récents traités de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage, mais il s'est montré extrêmement réservé à l'égard de la conclusion éventuelle d'un accord analogue entre la Suisse et la Grande-Bretagne, laissant entendre que son Gouvernement voyait certains inconvénients à la procédure devant la Cour permanente de Justice internationale et que, sur le terrain traditionnel de l'arbitrage, la Grande-Bretagne pourrait difficilement conclure avec la Suisse un traité qu'elle ne signerait pas avec d'autres Etats. Cette conversation officieuse n'est pas très encourageante. Nous pouvons espérer, cependant, que le Parlement et l'opinion publique amèneront le Foreign Office à modifier ses vues. Nous vous sommes très reconnaissants, en conséquence, de ne pas perdre de vue cette question.

47

E 2001 (B) 6/1

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S handschriftlich

Rome, 16 mai 1925

Un des hauts fonctionnaires du Palais Chigi, M. Lojacono, a remis ce matin à M. de Sonnenberg le document ci-inclus extrait d'une lettre du chef de la Sûreté Publique¹. Il s'agit, comme vous verrez, des menées de l'anarchiste Luigi Bertoni tendant à l'instigation d'actes de violence contre le gouvernement italien et en particulier contre la personne du Président du Conseil dont la mort pourrait seule délivrer l'Italie du régime actuel.

M. Mussolini n'a pas eu connaissance de cet écrit et, en considération de son état de santé et de son extrême sensibilité, le Ministère voudrait agir en dehors de lui. Au Ministère on considère B.² comme Italien; je crois qu'il est malheureusement suisse, sans en être certain.

L'autorité italienne, sans formuler aucune demande positive et tout en voulant conserver à cette affaire un caractère privé et secret, y attache une très grande importance et serait très reconnaissante des mesures que nous pourrions prendre en Suisse pour mettre un terme à cette campagne. Les récents attentats communistes ont naturellement impressionné les cercles dirigeants qui s'en préoccupent vivement.

Je vous serais très obligé de me faire savoir, après enquête, ce que nous pouvons exposer au fonctionnaire qui nous a communiqué la pièce incluse³.

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Bertoni.*

3. *Vgl. Nr. 49.*

E 2001 (C) 7/6

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Bukarest, F. von Salis*

Kopie
S KD.

Berne, 19 mai 1925

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre lettre du 8 de ce mois¹ et nous avons appris avec un vif intérêt que M. Duca, qui avait opposé, en 1923, une fin de non-recevoir catégorique à vos ouvertures tendant à la conclusion d'un traité d'arbitrage entre la Suisse et la Roumanie, se trouve actuellement dans de meilleures dispositions et envisage de soumettre la question à un examen plus approfondi.

Conformément à votre désir, nous vous remettons sous ce pli le texte des messages relatifs aux huit traités de conciliation, d'arbitrage et de règlement judiciaire conclus par la Suisse en 1924. Nous y joignons, pour votre orientation personnelle, les projets de messages concernant les traités de conciliation et de règlement judiciaire avec la Belgique et le traité de conciliation et d'arbitrage avec la Pologne et la France, dont le Conseil Fédéral vient d'approuver le texte. Ces documents vous permettront de vous faire une idée exacte de notre politique actuelle en matière d'arbitrage, des buts que nous désirons atteindre et de ce que nous avons pu obtenir des différents Etats qui ont conclu, dans ce domaine, un accord avec nous.

Ainsi que vous le verrez, notre objectif «optimum» a été atteint par le traité de conciliation et de règlement judiciaire que nous avons conclu avec l'Italie, le 20 septembre 1924²; il prévoit, à notre avis, la méthode la plus simple pour assurer la solution de tous les différends internationaux par voie de conciliation et de règlement judiciaire. Notre traité avec la France est tout aussi libéral et ne diffère du traité italo-suisse qu'en ce qu'il confie à des arbitres spéciaux le règlement des litiges ne rentrant pas dans le cadre de l'article 36, alinéa 2, du Statut de la Cour permanente de Justice internationale, au lieu de laisser le soin de les juger *ex aequo et bono* à la Cour de Justice, qui nous paraît offrir des garanties plus grandes qu'un prétoire occasionnel. C'est le motif pour lequel le traité entre la Suisse et la Pologne, qui confie à des arbitres la solution des différends non réglés en conciliation, nous paraît guère propre à servir de modèle pour des négociations avec d'autres Etats.

Si nous ne dissimulons pas nos préférences, nous ne mettons, toutefois, aucune intransigeance à faire triompher notre point de vue et les divers traités de conciliation, d'arbitrage et de règlement judiciaire que vous trouverez ci-joints témoignent des concessions, parfois fort étendues, que nous avons faites aux Etats avec lesquels nous avons traité, puisque certains d'entre eux, notre traité avec le Japon,

1. *Nicht abgedruckt.*

2. AS 1925, NF 41, S. 178ff.

notamment, sont encore d'un type très voisin de celui des traités que nous avons conclus entre 1904 et 1907.

Tout en faisant vos efforts pour amener le Gouvernement roumain à entrer aussi résolument que possible dans la voie de la conciliation et de l'arbitrage obligatoires et inconditionnels et à accepter de prendre comme base de négociations un projet de traité de conciliation et de règlement judiciaire entre la Suisse et la Roumanie calqué sur notre traité avec l'Italie, vous pourrez donc assurer à M. Duca que nous comprendrions très bien que le Gouvernement roumain hésitât à se lier par un traité d'une portée aussi étendue et que nous sommes disposés à examiner toutes les propositions qu'il jugera opportun de nous faire³.

3. *Vgl. Nr. 84.*

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 20. Mai 1925*¹

Informations sur les menées anarchistes

Département politique. Verbal

En se référant à sa précédente communication² concernant les propositions faites par l'Ambassade de France en vue de l'échange d'informations sur les agissements des anarchistes et communistes militants, le chef du département politique fait savoir que l'Italie, à son tour, a pris l'initiative de pourparlers dans le même sens³. Il n'y a pas lieu de prendre aujourd'hui une décision sur la suite à donner aux ouvertures de l'Italie, mais l'orateur pense qu'il sera possible d'arriver avec elle à un accord sur la même base qu'avec la France, soit échange d'informations à titre bénévole et autonome, sans engagement par convention, ce qui équivalait à revenir à la situation d'avant-guerre. Un accord de ce genre paraît d'autant plus opportun qu'en ces derniers temps, la propagande communiste accuse une recrudescence marquée⁴.

Au cours des pourparlers avec M. Wagnière, les autorités italiennes ont exprimé le désir que le Conseil fédéral prenne des mesures pour refréner l'activité de l'anarchiste Luigi Bertoni, à Genève, qu'elles accusent de préconiser, dans son journal *Il Risveglio*, un attentat contre M. Mussolini. Le gouvernement italien se méprend apparemment sur le caractère et sur l'action de Bertoni, qui, s'il est vio-

1. *Abwesend: Musy.*

2. *Vgl. Nr. 18.*

3. *Am 5.5.1925 teilte der schweizerische Gesandte in Rom, Wagnière, dem Vorsteher des Politischen Departementes mit: [...] M. Contarini m'a demandé si notre Police prêterait les mains à cette lutte commune [contre le péril anarchiste], et si nous étions disposés à nous entendre à cet effet avec le Gouvernement Royal. [...] (E 2001 (B) 6/1).*

4. *Vgl. Nr. 56.*

lent dans ses paroles et ses écrits, ne prêche cependant pas l'action directe⁵. Etant citoyen suisse, il ne peut être expulsé. Quant à une action judiciaire, elle ne pourrait avoir lieu que sur plainte du gouvernement attaqué, et n'aboutirait probablement à rien⁶. Il conviendra à ce sujet de ramener les autorités italiennes à une plus juste appréciation de la situation⁷.

Il est pris acte de cette communication, avec approbation.

5. Vgl. Nr. 47.

6. In seinem Bericht vom 22.5.1925 an den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes hielt der Bundesanwalt, F. Stämpfli, fest: [...] Es ist nach dem uns vorliegenden Beweismaterial nicht erwiesen, dass Bertoni in der Presse oder in öffentlichen Versammlungen gegenüber Mussolini oder der italienischen Regierung Ausdrücke gebraucht hätte, die als Beschimpfungen ausgelegt werden könnten. Die zwar scharfen Äusserungen übersteigen nicht das in unserem Lande zulässige Mass der Kritik. [...] / (E 2001 (B) 6/1).

7. Nach entsprechender Intervention Wagnières bei den italienischen Behörden teilte dieser am 4.6.1925 dem Vorsteher des Politischen Departementes mit: [...] On partage au Palais Chigi entièrement votre manière de voir et celle de M. le Conseiller Fédéral Häberlin au sujet de l'inopportunité de l'ouverture d'une action judiciaire, soit d'une demande à faire par le Gouvernement Italien pour la solliciter. En fait, le Ministère pense aussi que d'offrir aux adversaires acharnés du fascisme une tribune leur donnant l'occasion d'étaler leurs griefs serait une erreur, à moins, naturellement, que le procédé soit inévitable pour cause de motifs d'une gravité réellement indiscutable et le Ministère reconnaît que ce n'est pas le cas.

Ainsi le collaborateur de M. Mussolini estime que la question dont il nous a été parlé à titre officieux et pour connaître l'impression des Autorités Fédérales se trouve liquidée. [...] / (E 2001 (B) 6/1).

50

E 2001 (C) 5/4

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den Direktor des Schweizerischen Bankvereins, L. Dubois*

Kopie
S LJ.

Berne, 22 mai 1925

Le 5 de ce mois, vous avez bien voulu nous demander, en vue de la prochaine session du Comité financier de la Société des Nations, quelques renseignements de caractère général sur l'état des négociations commerciales actuellement en cours entre la Suisse et l'Autriche¹.

1. Dubois machte mit Schreiben vom 5.5.1925 das Politische Departement auf die Möglichkeit aufmerksam, dass im Rahmen der Diskussion im Finanzkomitee über den österreichischen Vorstoss (vgl. Nr. 43) von den Sachverständigen oder den Vertretern Österreichs die Frage nach den schweizerisch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen aufgeworfen werde. Dubois führte weiter aus: Je ne suis pas du tout orienté sur cette question et je ne sais pas non plus s'il entre dans les convenances du Département Politique de me mettre à même de faire, lors de la prochaine session du Comité financier de la Société des Nations, une réponse en termes très généraux (E 2001 (C) 5/4).

Nous avons l'honneur de vous faire savoir que, dès réception de vos lignes, nous avons sollicité le Département Fédéral de l'Economie Publique de nous mettre en mesure de vous répondre. Le Directeur de la Division du Commerce vient de nous adresser un bref exposé dont nous extrayons à votre intention le passage suivant:

«Wir bedauern, Ihnen heute nur soviel sagen zu können, dass die Schweiz mit Österreich einen Handelsvertrag anstrebt, der vor allem auch die uneingeschränkte Anwendung des Prinzips der meistbegünstigten Nation enthalten soll und der im weitern den schweizerischen Exportprodukten eine mögliche Herabsetzung der zum Teil sehr hohen österreichischen Eingangszölle zu verschaffen bestimmt ist. Es ist selbstverständlich, dass Österreich auch von uns Zollerleichterungen wünscht. Unsere Lage ist aber deshalb besonders schwierig, weil für einen Generaltarif, auf dem solche Konzessionen gemacht werden könnten, bis heute nur der bundesrätliche Entwurf vorliegt und noch geraume Zeit vergehen wird, bis dieser Gesetzeskraft erlangt. Die bisherigen Verhandlungen, die in Zürich stattgefunden haben, brachten eine gewisse Abklärung, zeigten aber, dass man in den wichtigsten Punkten noch weit voneinander ist. Die Verhandlungen sollen nun am 18. Mai in Wien weitergeführt werden. Ob eine Einigung erzielt werden kann, ist heute selbstverständlich noch ganz ungewiss.»

51

E 2, Archiv-Nr. 1680

*Der Staatsrat des Kantons Genf
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta¹*

S

Genève, 23 mai 1925

Le Conseil d'Etat a bien reçu la copie que vous lui avez adressée, en date du 8 mai, d'une lettre² par laquelle l'Association genevoise pour le maintien des zones franches de 1815 et 1816 exprime le vœu que soient entrepris, dès maintenant, les travaux préparatoires nécessaires à la défense de nos droits devant la Cour permanente de Justice internationale de la Haye, en exécution du compromis d'arbitrage conclu, le 30 octobre 1924, entre la Suisse et la France.

Vous nous informez que vous partagez entièrement cette manière de voir et qu'il va de soi que c'est à Genève que vous chercherez tout d'abord les personnalités qualifiées pour faire triompher une cause à laquelle notre Canton est le plus directement intéressé.

1. Unterzeichnet von: J. Boissonnas, Vizepräsident des Staatsrates, und T. Bret, Kanzler.

2. Das Schreiben der Association genevoise, welches das Politische Departement dem Genfer Staatsrat am 8.5.1925 zur Stellungnahme unterbreitete, datiert vom 29.4.1925; nicht abgedruckt.

Vous voulez donc bien vous adresser à nous, en premier lieu, afin de recueillir les avis propres à éclairer la religion du Conseil fédéral.

Le Conseil d'Etat est extrêmement sensible à votre démarche et vous en remercie vivement.

En effet, gardien seul responsable des intérêts du Canton, il estime – comme vous – que c'est par le Conseil d'Etat seulement que le Conseil fédéral peut se renseigner sur les mesures à prendre en vue de défendre ces intérêts généraux et il tient à poser en principe qu'il devra reconnaître comme nulle et non avenue toute proposition qui n'aurait pas passé par le canal du Conseil d'Etat.

Il admet qu'il est urgent en tout premier lieu de désigner un mandataire à qui doit être confiée la défense de nos droits devant la Cour permanente de Justice internationale.

Nous espérons beaucoup que vous voudrez bien donner des instructions à notre Ministre à Paris pour que toute pression utile soit faite sur les autorités françaises dans le but que le compromis d'arbitrage qui a été accepté par les chambres suisses soit adopté par les chambres françaises avant l'été car, de cette façon, nous gagnerions toute l'année étant donné que les sessions des chambres en automne, sont presque entièrement absorbées par la discussion du budget.

Au sujet du nombre des mandataires à désigner, notre avis très net est que dans une question de droit aussi délicate que celle qui va entrer en discussion, un seul mandataire vaudra mieux que plusieurs.

Le juriste le plus qualifié à nos yeux est certainement Monsieur le Professeur Paul Logoz.

Nous tombons d'accord avec vous pour penser qu'il y aurait lieu de désigner:

1. Une commission chargée d'élaborer les mémoires sous la direction de notre agent;

2. Un comité consultatif auquel la commission de rédaction recourrait pour éclairer certains points et qu'elle pourrait réunir au besoin pour en prendre des conseils³.

Nous pensons que le choix des membres de ces commission et comité pourra être déterminé dans une conversation que nous désirons avoir avec vous et avec le mandataire ou agent qui aura été désigné par vous⁴.

3. *Vgl. dazu Nr. 110.*

4. *Vgl. Nr. 110, Annex.*

E 2001 (C) 7/4

*Der schweizerische Gesandte in London, C.R. Paravicini,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S
Traités d'arbitrage.

Londres, 26 mai 1925

J'ai l'honneur de vous exprimer mes remerciements pour votre lettre du 15 mai¹ qui m'est parvenue le 21, et de laquelle je vois, avec intérêt, que M. le Professeur Burckhardt a eu l'occasion de causer dernièrement à Sir Cecil Hurst du problème d'un traité d'arbitrage et de conciliation entre la Suisse et la Grande-Bretagne.

J'ai eu l'occasion de parler de cette affaire à M. le Professeur Huber qui a fait un court séjour à Londres la semaine dernière. Vous vous rappelez peut-être que, lors de mon entretien au mois de janvier, je vous avais suggéré de me remettre un projet de traité que je pourrais montrer au Foreign Office, pour apprendre ce qu'on en penserait ici. Vous avez alors été d'accord en principe, et j'ai eu l'intention de revenir sur cette proposition, lorsque M. Huber m'a rendu attentif au désavantage qu'un pareil procédé pourrait avoir sur le cours des pourparlers. Il a dit notamment, que selon son expérience, de tels procédés ne font que rarement avancer les choses, surtout lorsqu'on se voit en face d'un gouvernement qui n'a pas beaucoup d'enthousiasme pour le problème en lui-même. La contre-partie est encline à donner une réponse négative, en motivant le refus par le fait que l'une ou l'autre des clauses ne lui paraît pas être opportune. Elle saisit cette occasion de dire non, d'une façon générale, sans proposer des changements et sans entrer en matière, et il est alors difficile de revenir à la charge. J'avoue que cette manière de voir est certainement justifiée jusqu'à un certain point et je crois qu'il serait indiqué d'abandonner l'idée de soumettre un projet au Foreign Office.

M. Huber est d'avis qu'il faudrait combiner un mémoire au Département Politique, qui donnerait une idée générale de nos intentions en matière de traités d'arbitrage. Dans ce mémoire seraient groupés des résumés des différentes espèces de traités que la Suisse a conclus ou a l'intention de conclure avec les Etats étrangers. Chaque résumé, qui serait traité dans un paragraphe spécial, donnerait un aperçu sur l'esprit et l'extension de la convention et il serait ainsi possible au fonctionnaire compétent du Foreign Office de se faire une idée sur les catégories de conventions qui pourraient entrer en ligne. En remettant ce mémoire, à titre officieux, par exemple à Sir Cecil Hurst lui-même, je pourrais lui demander si l'une ou l'autre de ces catégories, et le cas échéant laquelle, pourrait faire l'affaire du Gouvernement Britannique. Il me semble qu'il lui serait difficile de dire que *dans aucun cas* son Gouvernement ne pourrait entrer dans notre manière de voir, d'au-

1. Nr. 46.

tant plus que le Département Politique serait en mesure de soumettre des schémas de conventions de toutes espèces, de la forme la plus forte (Italie) à une suffisamment atténuée pour pouvoir être prise en considération, même par un Gouvernement aussi prudent que celui de Grande-Bretagne.

Il m'intéresserait beaucoup de connaître votre manière de voir sur ce qui précède et je ne fais pas de démarches avant d'avoir votre réponse².

La question des traités n'a pas reparu au Parlement depuis mon dernier rapport, mais il est fort probable qu'on en parlera de nouveau dans le courant de ces prochaines semaines³.

2. *Bemerkung Mottas am Briefkopf*: On peut renoncer, en effet, à présenter un projet. On pourrait par contre élaborer un mémoire avec plusieurs solutions. M. Paravicini aurait à le présenter à Sir Cecil Hurst. 4. 6. 25. – *Vgl. Nr. 61.*

3. *Vgl. dazu Nr. 123 und Nr. 132.*

53

E 1004 1/295

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 26. Mai 1925

1098. Conférence pour le contrôle du trafic des armes et des munitions

Verbal

Dans son rapport du 21 mai¹, parvenu au Département politique le 23 mai, la Délégation suisse à la Conférence internationale pour le contrôle du trafic des armes et des munitions expose entre autres ce qui suit:

«3. Une des principales décisions adoptées par la Conférence depuis l'envoi de notre dernier rapport² a trait à l'application du principe de la *publicité du commerce international des armes et des munitions*. Dans sa séance du 16 mai, la Commission-générale a procédé à un examen de l'article 8 du projet de la Commission temporaire mixte qui, en liaison avec le dernier alinéa de l'article 3, prévoyait la création d'un Organisme central international à constituer par le Conseil de la Société des Nations, «avec mission de réunir, de conserver et de publier les documents de toute nature délivrés par les Parties contractantes relativement au commerce et à la circulation des armes, munitions et matériels de guerre». Or l'opposition des Etats-Unis à l'institution d'un organisme central appelé à exercer un certain contrôle sur les envois d'armes et de munitions à destination et en provenance de l'Union Américaine s'est avérée irréductible. Vous avez peut-être remarqué la note officielle publiée par la Maison Blanche et déclarant que les Etats-Unis ne pourraient pas accepter le contrôle par un pareil organisme dépendant des organes de la Société des Nations. La Conférence s'est inclinée devant

1. E 2001 (B) 8/38.

2. E 2001 (B) 8/38; *Bericht vom 14. 5. 1925.*

les raisons indiquées plutôt que développées dans le discours de M. Burton à la Commission générale. Elle a décidé de former un sous-comité spécial de quelques membres pour étudier la question de savoir si l'organisme international prévu devait être maintenu ou non dans le projet de Convention. Ce sous-comité s'est arrêté à la solution la plus simple qui consiste à supprimer l'article 8; il a constaté «que le contrôle du commerce international reposait sur un système de licences ou déclarations d'exportation et de publicité», en ajoutant «que ce système peut être appliqué en assurant la publication périodique et uniforme d'états des exportations et des importations faites sous contrôle par les Hautes Parties contractantes, ainsi que de tous autres documents relatifs au commerce des armes dont les Commissions compétentes considéreraient la publicité nécessaire».

Vous voudrez bien trouver, en annexe, le texte complet de la résolution adoptée le 18 mai par le comité et approuvée le lendemain par la Commission générale³. La solution qui a été choisie présente, évidemment, l'avantage de ne pas créer une nouvelle administration internationale qui viendrait à se joindre à celles existant, en assez grand nombre déjà, au Secrétariat Général de la Société des Nations. Le système préconisé repose entièrement sur la bonne foi des Etats faisant partie de la Convention et limite la surveillance au contrôle exercé par l'opinion publique. Pour cette raison nous n'avons pas eu de difficulté à nous rallier, lors du vote préalable de la Commission générale, à cette solution. Aux termes des instructions, le Conseil fédéral a, toutefois, chargé la délégation de demander des directives nouvelles pour le cas où le système de l'article 8 du projet de la C.T.M.⁴ viendrait à être sensiblement modifié. Nous aurons, en conséquence, l'honneur de vous proposer, à la fin du présent rapport, d'élargir nos instructions sur ce point.

Une question spéciale, qui se pose à propos de l'application du principe de la publicité, est celle de savoir quels sont «des documents de toute nature» à délivrer par les Parties contractantes en ce qui concerne le commerce et la circulation des armes. Cet important problème, sur lequel le Département de l'Economie Publique a insisté dans son rapport général du 21 avril⁵, ainsi que dans sa lettre du 11 de ce mois au Département politique⁶, a retenu l'attention particulière de la délégation. Jusqu'à présent aucune décision définitive n'a été prise à cet égard. Il nous semble cependant que, d'une manière générale, la Conférence n'ait pas l'intention d'exiger la publication de nombreux détails. La délégation suisse a déjà eu l'occasion de souligner, au sein de la Commission douanière, les inconvénients pouvant résulter, pour le commerce légitime, d'une publicité portant sur des points secondaires; elle a, notamment, fait valoir qu'il n'est guère nécessaire, pour atteindre le but de la Convention (qui, de l'avis de ses promoteurs, doit servir à contrôler le mouvement *global* d'armes et de matériels de guerre), de communiquer autre chose que des statistiques, soit des exportations effectives, soit des licences délivrées pendant une certaine période. L'opinion qu'il serait impossible de

3. *Nicht ermittelt.*

4. Commission temporaire mixte.

5. E 2001 (B) 8/37.

6. *Nicht ermittelt.*

demander la communication des doubles des licences ou des noms des exportateurs sera sans doute défendue aussi par plusieurs des délégations des grands pays producteurs.

/.../

6. Nous vous avons entretenu, à plusieurs reprises déjà, de la proposition de la délégation des Etats-Unis d'Amérique de condamner expressément, dans la nouvelle Convention, l'emploi de gaz toxiques et asphyxiants comme des armes contraires au droit des gens et d'en interdire, par conséquent, l'exportation. Nous vous avons également signalé les suggestions additionnelles qui se sont greffées sur la première proposition américaine. A l'heure actuelle, nous ne sommes pas encore en mesure de vous soumettre la formule exacte sur laquelle la Commission générale devra, vraisemblablement, se prononcer au début de la semaine prochaine. Etant donné, toutefois, que la proposition américaine a fait surgir une question entièrement nouvelle et qui, partant, n'a pu être prévue lors de l'élaboration de nos instructions, nous serions reconnaissants de recevoir des directives formelles pour notre attitude en cette matière. Il serait, semble-t-il, indiqué d'autoriser la délégation à agir, d'une manière générale, dans le sens et dans les limites des instructions que le Conseil fédéral a données aux délégations suisses à l'Assemblée de la Société des Nations au sujet de la question de la guerre chimique et bactériologique.»

En conséquence la Délégation propose:

«1. d'autoriser la Délégation Suisse à la Conférence pour le Contrôle du commerce international des armes, munitions et matériels de guerre, en complément des instructions arrêtées par le Conseil fédéral dans sa séance du 5 mai⁷, à approuver la proposition de la Commission générale de la Conférence tendant à baser le contrôle sur un système de licences ou de déclarations d'exportations et de publicité, en faisant abstraction de la création d'un organisme central international;

2. d'autoriser la Délégation à donner son appui aux propositions qui tendraient à confirmer, aux fins de la Convention projetée, le caractère contraire au droit des gens des gaz toxiques et asphyxiants employés comme moyens de combat.»

Le Chef du Département politique appuie les propositions de la Délégation et le Conseil décide de compléter les instructions de la Délégation en approuvant les propositions ci-dessus.

7. Vgl. Nr. 42. Die Sitzung fand nicht am 5., sondern am 6. 5. 1925 statt.

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 29. Mai 1925*¹

1142. Zonenfrage. Schiedsabkommen

Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departements weist darauf hin, dass die Referendumsfrist für das Schiedsabkommen in der Zonenfrage am 29. Juni 1925 abläuft². Schon jetzt ist sicher, dass das Referendum nicht ergriffen wird. Er hat daher die Gesandtschaft in Paris beauftragt, zuständigen Orts im Sinne der Beschleunigung der Genehmigung des Schiedsabkommens durch Frankreich zu wirken. Diese Genehmigung kann nicht ausbleiben, da der jetzige Minister des Auswärtigen dem Schiedsabkommen kaum weniger geneigt sein dürfte, als das frühere Ministerium, und überdies eine andere Haltung Frankreichs nach Abschluss des Schieds- und Vergleichsvertrags mit der Schweiz ausgeschlossen erscheint.

Unter diesen Umständen scheint es geboten, die Vorbereitung der Prozessführung auf Grund des Schiedsabkommens nunmehr an die Hand zu nehmen und den Vertreter der Schweiz vor dem Schiedsgericht zu bezeichnen. Als solcher kommt wohl in erster Linie Herr Professor Logoz in Genf, der schweizerische Unterhändler für das Schiedsabkommen, in Betracht. Obgleich er, als der Vorsteher des politischen Departements ihm vor einiger Zeit eine dahingehende Andeutung machte, auf seine übrige grosse Geschäftslast hinwies, glaubt das politische Departement dennoch, er werde sich zur Übernahme dieser Aufgabe bestimmen lassen.

Der Vorsteher des politischen Departements stellt daher den *Antrag*:

Herr Prof. Dr. Logoz in Genf sei mit der Vertretung des Bundes in dem auf Grund des Schiedsabkommens mit Frankreich durchzuführenden Rechtsstreit über die Zonenfrage zu betrauen.

1. *Abwesend: Scheurer.*

2. *Vgl. Nr. 65.*

E 1004 1/295

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 29. Mai 1925*¹

1148. Traité de conciliation entre la Suisse et les Pays-Bas

Département politique. Proposition du 22 mai 1925

Par décision du 29 janvier 1924, le Conseil fédéral a chargé le Département Politique de communiquer, à titre officieux, aux Gouvernements Autrichien, Danois, Néerlandais, Norvégien et Suédois un projet de traité de conciliation entre la Suisse et le Portugal, que M. Ferreira avait exprimé le désir de soumettre à son Gouvernement.

Les démarches entreprises en exécution de cette décision ont conduit à la conclusion de traités de conciliation avec la Suède, le Danemark et l'Autriche. Les négociations engagées avec les Gouvernements Norvégien et Portugais ne sont pas encore terminées. Après avoir soumis les propositions de la Suisse à l'étude approfondie d'une Commission consultative de juristes, le Gouvernement Néerlandais a communiqué, le 2 mai, à la Légation de Suisse à La Haye un projet de traité de conciliation entre la Suisse et les Pays-Bas qui est presque calqué sur les traités de conciliation avec le Danemark et la Suède et qui est, par conséquent, fort acceptable, bien qu'il prévoie, comme eux, une Commission permanente de conciliation qui n'aurait à connaître, en principe, que des litiges non susceptibles d'être réglés par voie judiciaire ou arbitrale. La disposition contenue dans le projet de traité entre la Suisse et le Portugal, et qui tendait à l'institution d'une Commission permanente de conciliation qui aurait à connaître de tous les différends entre les deux Etats, sans égard à la question de savoir s'ils seraient ou non susceptibles d'être déférés à la Cour permanente de Justice internationale en cas d'échec de la procédure de conciliation, a été critiquée par les juristes néerlandais consultés par le Ministère des Affaires étrangères, qui jugent le préalable de conciliation inutile dans les cas où il s'agit de différends susceptibles d'un règlement judiciaire ou arbitral. Le Département est d'un avis opposé, partant du point de vue, exprimé dans le rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale du 16 décembre 1919², qu'un bon arrangement vaut mieux qu'un bon procès et que la conciliation préalable a autant de mérite que la conciliation supplétoire. Tout en persistant dans cette manière de voir et en faisant son possible pour la faire prévaloir chaque fois qu'il négocie un traité de conciliation, le Département n'a aucune raison de se montrer intransigeant ni de refuser au Gouvernement Néerlandais ce que la Suisse a déjà accordé aux Gouvernements Danois et Suédois.

Les autres modifications apportées par le contre-projet néerlandais³ au texte

1. *Abwesend: Scheurer.*

2. BBl 1919, V, S. 925ff.

3. E 2001 (C) 7/6.

proposé par le Département comme base de négociations portent sur des points de détail. Au lieu de stipuler, à l'article 2, alinéa 5, qu'au cas où la nomination des membres de la Commission ou du Président n'interviendrait pas dans les délais prévus, ils seraient désignés par le Président de la Cour permanente de Justice internationale ou, s'il est ressortissant de l'une des Parties contractantes, par le Vice-Président ou, s'il est dans le même cas, par le juge le plus ancien qui ne sera ressortissant ni de l'une ni de l'autre des Parties, le Gouvernement Néerlandais propose de recourir aux offices du Roi de Danemark, dans la crainte que, si l'usage se généralisait de charger le Président de la Cour de Justice de semblables nominations, des considérations politiques ne risquent d'*influer* plus tard sur l'élection de ce magistrat international. Bien que le scrupule du Gouvernement Néerlandais paraisse un peu exagéré, il n'y a pas lieu de s'opposer à tenir compte de ses préférences et la Suisse peut sans inconvénient s'en remettre au choix du Roi de Danemark pour désigner les Commissaires ou le Président de la Commission de conciliation entre la Suisse et les Pays-Bas, de même qu'elle a accepté de confier au Président des Etats-Unis d'Amérique le soin de désigner le Président de la Commission de conciliation ou du tribunal arbitral entre la Suisse et la Pologne et à la Reine des Pays-Bas les Commissaires ou les arbitres entre la Suisse et la France et entre la Suisse et la Hongrie.

Dans le désir d'atténuer, autant que possible, la rigidité de la procédure de conciliation, le Gouvernement Néerlandais propose, d'autre part, de remplacer certaines indications de délai par les mots «dans un délai raisonnable». Le Département estime que cette proposition peut être acceptée sans inconvénients, les délais fixés par les autres traités ayant un caractère indicatif plutôt que péremptoire.

Conformément à la proposition du Département politique, il est *décidé*:

1) d'autoriser M. de Pury, Ministre de Suisse aux Pays-Bas, à signer avec le Ministre néerlandais des Affaires étrangères le traité de conciliation dont le texte est joint à la proposition⁴;

2) de charger la Chancellerie fédérale de lui délivrer à cet effet les pouvoirs nécessaires⁵.

4. Vgl. *Vertragstext* in: BBl 1926, I, S. 484ff.

5. *Der Vertrag wurde am 12. 12. 1925 im Haag unterzeichnet und trat am 11. 6. 1927 in Kraft. Vgl. auch BR-Botschaft vom 23. 3. 1926, in: BBl. 1926, I, S. 481f.*

56

E 2001 (B) 6/1

*Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, H. Häberlin,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S handschriftlich

Bern, 30. Mai 1925

Mit der Anregung der italienischen Regierung, zur Abwehr der kommunistischen Internationale den polizeilichen Nachrichtendienst intensiver zu gestalten und auch möglichst direkte Informationen zu ermöglichen, sind wir durchaus einverstanden, wie wir das auch gegenüber Frankreich erklärt¹ und in die Praxis umgesetzt haben.

Dagegen ist es wohl gut, wenn von Anfang an mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben wird, dass wir unter «kommunistisch» nicht «antifascistisch» verstehen. Ebenso muss unbedingt daran festgehalten werden, dass wir alle polizeilichen Funktionen in unserem Lande durch eigene Organe ausüben lassen und fremde Polizeiorgane, offizielle oder geheime, nur ausnahmsweise und nach vorheriger Anmeldung bei uns empfangen. Wir wollen keine heilige Allianz.

1. Vgl. Nr. 18 und Nr. 30.

57

E 1004 1/295

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. Juni 1925

1173. Conférence internationale des armements

Département politique. Verbal

Le chef du Département politique expose que, la Conférence internationale pour le trafic des armes et des munitions tirant à sa fin, il a été décidé d'insérer dans l'acte final une résolution réprouvant la guerre chimique et bactériologique, dont la commission de coordination a été chargée d'établir le texte. La délégation suisse, d'accord au fond avec la résolution, trouve cependant le projet de la commission trop peu précis, et désirerait le remplacer par un autre texte, constatant notamment que les moyens de guerre en question sont déjà prohibés en principe par le droit des gens.

Toutefois, le Département politique se demande si, étant donné qu'on est tombé d'accord sur le fond, il est opportun et s'il vaut la peine de risquer de provoquer des divergences de vue en présentant un contre-projet. Il a donc l'intention de donner pour instruction à la délégation d'agir avec prudence et réserve, de

ne présenter son projet de résolution que si elle est convaincue qu'il a des chances sérieuses d'être adopté et d'éviter en tout état de cause de se mettre en opposition avec les autres délégations.

Cette communication est approuvée¹.

ANNEX

E 2001 (B) 8/38

BERICHT AN DEN BUNDES RAT ÜBER DIE KONFERENZ FÜR DIE KONTROLLE DES INTERNATIONALEN HANDELS MIT WAFFEN, MUNITION UND KRIEGSMATERIAL (GENÈVE, 4. MAI BIS 17. JUNI 1925)²

Bern, 31. Oktober 1925

/.../

In den ersten Instruktionen, die der schweizerischen Delegation erteilt wurden, konnte ein Problem noch nicht berührt werden, das auf der Tagesordnung der Konferenz nicht figurierte, das indessen immer mehr in den Mittelpunkt der Verhandlungen gerückt werden sollte: dasjenige des *Verbot des Kampfes mit chemischen und bakteriologischen Kriegsmitteln*. Bereits in der Sitzung vom 7. Mai stellte die Delegation der Vereinigten Staaten den Antrag, unter Berufung auf die Klausel des Konventionentwurfes die von den völkerrechtlich «verbotenen Waffen» handelte, die *Ausfuhr* von erstickenden Gasen gänzlich und in aller Form zu untersagen. Daran schloss sich ein polnischer Antrag, dieses Ausfuhrverbot auf bakteriologische Kriegsmittel auszudehnen. Es war offensichtlich, dass der von den Vereinigten Staaten ursprünglich eingebrachte Vorschlag bloss eine Seite des Problems des Verbotes von Stickgasen und ähnlichen Giften berührte und namentlich die Stocks von Giftgasen der Produktionsländer nicht betraf. Dieser Umstand rief naturgemäss Einwendungen seitens der Staaten, die ein gänzlich Verbot des chemischen Krieges begrüsst hätten, aber gegen ein blosses Ausfuhrverbot von Gift- und Stickgasen Bedenken haben mussten. Andererseits erschien es zu Beginn der Konferenz verschiedenen Delegationen als fraglich, ob anlässlich der Regelung einer so speziellen Materie wie der Kontrolle des Waffen- und Munitionshandels die völkerrechtliche Definition unerlaubter Kriegswaffen unternommen werden könne.

Das allgemeine Interesse, bei Gelegenheit der Konferenz, die neben dem Grossteil der Völkerbundsmitglieder auch die Vertreter der Vereinigten Staaten und Deutschlands umfasste, den chemischen und bakteriologischen Krieg formell zu untersagen, überwog indessen. Die schweizerische Delegation wandte diesem Problem von Anfang an ihre besondere Aufmerksamkeit zu und ersuchte demgemäss den Bundesrat um eine ergänzende Instruktion. Mit Bundesratsbeschluss vom 26. Mai³ wurde die Abordnung ermächtigt, «die Vorschläge zu unterstützen, die, im Rahmen der Waffenhandelskonvention, auf eine Bekräftigung des völkerrechtswidrigen Charakters der Gift- und Stickgase abzielen würden». Inzwischen hatten sich der juristische Ausschuss und das militärisch-technische Komitee mit der Ausarbeitung eines Resolutionsentwurfes beschäftigt. Im letztern Komitee hatte die amerikanische Delegation einen erweiterten Antrag eingebracht, der neben dem Exportverbot die Forderung des Verbotes der Verwendung der Gase enthielt. Dieser Vorschlag wurde indessen im technischen Ausschuss als zu weitgehend angesehen. Ein gemeinsamer Antrag der polnischen, italienischen und englischen Delegationen zielte auf die blosser Verschiebung der Angelegenheit auf eine spätere Konferenz ab. Demgegenüber machte der schweizerische Vertreter in der militärisch-technischen Kommission die Anregung, in der *Schlussakte* festzustellen, dass die chemischen und

1. In ihrem Schlussbericht an den Bundesrat vom 31. 10. 1925 schilderte die schweizerische Delegation ihr Vorgehen in der Gaskriegsfrage. Auszug aus dem Bericht (S. 16–19) als Annex abgedruckt.

2. Unterzeichnet von: E. Lohner und E. Müller.

3. Vgl. Nr. 53.

bakteriologischen Kampfmittel zu denjenigen gehören, die völkerrechtlich als verboten zu betrachten sind – ein Antrag, der die Weiterbehandlung der Angelegenheit in spätern Konferenzen nicht ausschloss. Schliesslich wurde indessen von der technischen Kommission der in verschiedenen Punkten abgeänderte polnisch-italienisch-englische Antrag angenommen; der schweizerische Delegierte zog seinen Antrag zurück unter dem Vorbehalt, dass eine Abordnung in der allgemeinen Kommission auf die Angelegenheit zurückkommen werde.

Die Verhandlungen in der allgemeinen Kommission erwiesen bald, dass die Vorlagen sowohl des militärisch-technischen Ausschusses, sowie auch des juristischen Komitees, die sich im wesentlichen auf den Wunsch beschränkten, dass die Verwendung der chemischen und bakteriologischen Kriegsmittel allgemein als verboten erklärt werden möchten, nicht als befriedigend angesehen werden konnten. Gestützt auf die Ausführungen ihrer Vertreter in den beiden Unterkommissionen begründete daher die schweizerische Delegation in eingehender Weise einen *vermittelnden Antrag*. Dieser Vorschlag gipfelte darin, einerseits durch die Konferenz *feststellen* zu lassen, dass die Waffen des chemischen und bakteriologischen Krieges bereits völkerrechtlich verboten seien; andererseits sollte die Erwartung ausgesprochen werden, dass in einer Universalkonvention die Einzelheiten der Durchführung des Verbotes des chemischen und bakteriologischen Krieges umschrieben werden sollten. Der schweizerische Antrag, der von Nationalrat Lohner in der Sitzung vom 5. Juni dargelegt wurde, fand die Unterstützung mehrerer Delegationen, namentlich derjenigen Japans und der Niederlande.

Vor die Wahl gestellt, sich für den Kommissionsantrag oder unsern Vorschlag zu entscheiden, hätte die Konferenz wohl letzterem den Vorzug gegeben. Indessen war, als die allgemeine Debatte über den chemischen Krieg einsetzte, die Delegation der Vereinigten Staaten ermächtigt worden, noch präzisere Vorschläge zu machen, als sie ursprünglich annehmen zu können glaubte. Sie beantragte daher, ein *besonderes*, von der Waffenhandelskonvention gänzlich getrenntes Protokoll zur Unterschrift aufzulegen, dessen Wortlaut der Fassung des Artikels 5 der Washingtoner Konvention vom 6. Februar 1922 folgen sollte. Die Konferenz sprach sich schliesslich für diese Lösung aus, der wir uns natürlich, da sie einen positiven Schritt bedeutete, ebenfalls anschliessen konnten. Obschon das Protokoll über den chemischen und bakteriologischen Krieg, dem die Konferenz ihre Genehmigung erteilte, ein sicher erfreuliches Resultat darstellt, wäre es u. E. freilich vorzuziehen gewesen, wenn ausser dem grundsätzlichen Verbot der *Verwendung* chemischer Angriffsmittel auch ein Verbot der Vorbereitung des chemischen Krieges in Aussicht genommen worden wäre. Dies hätte Gegenstand einer besonderen vertraglichen Regelung sein müssen, wie dies in dem Vorschlag des militärisch-technischen Komitees der Konferenz, oder auch in unserem Antrage vorgesehen war.

/.../

58

E 1004 1/295

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. Juni 1925*¹1268. Conclusion entre la Suisse et l'Égypte
d'un traité d'amitié et d'un accord commercial

Département politique. Proposition du 8 juin 1925

La création d'un Consulat général de Suisse au Caire, dont la nécessité est reconnue depuis de nombreuses années, dépend de la possibilité d'assurer, par une

1. *Abwesend: Haab.*

représentation directe de la Confédération, le maintien des privilèges dont les Suisses établis en Egypte jouissent actuellement en qualité de protégés des diverses Puissances capitulaires. C'est ainsi que la décision de principe que le Conseil fédéral avait prise, à cet égard, le 5 septembre 1919, n'a pas pu être exécutée en raison de l'opposition du Gouvernement britannique à une extension du régime capitulaire.

La question fut reprise dès que la Grande-Bretagne eut proclamé l'indépendance de l'Egypte. Lorsque, par décision du 5 février 1924, le Conseil fédéral donna son agrément à la création d'un Consulat d'Egypte à Genève, le Département politique fut chargé de faire savoir officiellement au Ministère égyptien des Affaires étrangères que la Suisse se ferait, à son tour, représenter en Egypte si ses représentants consulaires étaient assurés de jouir de prérogatives permettant aux ressortissants suisses de continuer à bénéficier du même traitement que ceux des autres Puissances européennes.

Cette démarche, qui fut effectuée le 6 février 1924, servit de point de départ à une conversation officieuse avec le Gouvernement égyptien, que M. Trembley, Président de la Commission commerciale suisse au Caire, mena avec beaucoup d'habileté.

M. Trembley parvint rapidement à la conclusion que le Gouvernement égyptien serait disposé à conclure avec la Suisse un traité contenant la clause de la nation la plus favorisée et assurant à nos ressortissants établis en Egypte le maintien des privilèges dont ils ont joui jusqu'ici, s'il était possible de trouver une formule qui n'étendît pas les obligations de l'Egypte en ce qui concerne l'exterritorialité des étrangers et qui réservât, en principe, la souveraineté judiciaire du nouveau Royaume.

Le Département politique élaborait, avec le Département de Justice et Police, un projet de traité d'amitié entre la Suisse et l'Egypte qui règle le statut juridique de nos ressortissants, l'exercice par la Suisse de la juridiction consulaire en Egypte et les conditions réciproques d'établissement et de séjour, en attendant la conclusion d'un véritable traité d'établissement et, avec le Département de l'Economie publique, un projet d'accord commercial aux termes duquel les deux Parties s'accordent le traitement de la nation la plus favorisée en matière commerciale, en attendant la conclusion d'un traité de commerce.

M. Trembley fut chargé, le 10 février 1925², de proposer officiellement ces projets comme base de négociations au Gouvernement égyptien.

Le Ministère égyptien des Affaires étrangères n'a fait aucune objection au projet d'accord commercial. Le projet de traité relatif au statut des Suisses en Egypte fit, en revanche, l'objet d'une discussion serrée et de plusieurs contre-projets. A l'heure actuelle, deux contre-projets sont en présence: le contre-projet égyptien du 13 mai et le contre-projet suisse du 22 mai 1925³.

Le contre-projet égyptien du 13 mai se compose de six articles. Il ne donne lieu

2. Vgl. Nr. 15.

3. Beide Entwürfe enthalten einen Artikel, welcher sich auf die Konsulargerichtsbarkeit bezieht. Die beiden Artikel sind einander im Annex gegenübergestellt.

à de sérieuses objections de notre part qu'en ce qui concerne l'article 5⁴. Comme la Suisse ne poursuit aucun objectif politique ou juridique en Egypte et que son seul but est d'assurer à ses ressortissants le maintien du régime dont ils bénéficient en fait, on peut accepter sans inconvénient le principe de la délégation de juridiction auquel il est naturel que l'Egypte attache une grande importance. On ne pourrait consentir, toutefois, sans exposer nos compatriotes à un véritable danger, à admettre que, même dans des cas très spéciaux, ils puissent être poursuivis et jugés en vertu du droit indigène par les autorités judiciaires égyptiennes, tant que les autres étrangers en Egypte continueront à bénéficier de l'extraterritorialité judiciaire absolue. Le Département politique a donc informé M. Trembley que, si le Gouvernement égyptien se montrait irréductible sur ce point, il préférerait renoncer, pour le moment, à la conclusion d'un traité qui ne serait pas de nature à favoriser le développement de relations amicales entre la Suisse et l'Egypte. Afin d'entrer, néanmoins, aussi loin que possible dans les vues du Gouvernement égyptien, ledit Département a établi, d'entente avec le Département de Justice et Police, un contre-projet prévoyant que le ministère public égyptien serait admis, dans les actions pénales relatives à la sécurité de l'Egypte ou de son Souverain, à soutenir l'accusation devant le tribunal consulaire suisse. Cette concession ne présente aucun inconvénient pratique. Elle constitue pourtant une innovation sans précédent dans la pratique de la juridiction consulaire et l'on peut espérer qu'elle donnera au Gouvernement égyptien une satisfaction d'amour-propre suffisante pour l'engager à ne pas faire preuve d'intransigeance. Bien que le contre-projet suisse du 22 mai reste muet sur ce point, M. Trembley a, en outre, été autorisé à consentir, si cela paraissait indispensable au succès des négociations, à l'insertion d'une clause stipulant que les jugements pénaux rendus par les tribunaux suisses en Egypte ne seraient susceptibles d'un recours en Suisse que pour des questions de droit et non de fait. Cette concession a une importance plus théorique que pratique, puisque, dans l'état actuel de la législation suisse, les jugements des tribunaux consulaires sont sans appel et, encore qu'il serait préférable de ne pas lier, sur ce point, le législateur, ce scrupule ne doit pas avoir pour effet de rendre un accord impossible.

Si les négociations actuellement en cours entre la Suisse et l'Egypte devaient se poursuivre normalement, le Département politique aurait attendu, pour en entretenir le Conseil fédéral, d'être en possession d'un texte sur lequel l'accord se fût définitivement réalisé entre le Ministère égyptien des Affaires étrangères et le négociateur suisse. Mais il résulte des rapports de M. Trembley que les accords à intervenir n'ont chance d'être réalisés que s'ils peuvent être conclus avant le départ du Gouvernement égyptien pour Alexandrie et la dispersion du personnel gouvernemental. En raison de la situation en Egypte, on doit craindre, en effet, que l'on se trouve, en automne, en présence de personnalités nouvelles avec lesquelles tout serait à recommencer si l'on ne peut les mettre en présence d'accords dûment conclus et signés.

Le départ du Gouvernement égyptien pour Alexandrie devant avoir lieu dans

4. Es handelt sich um Art. 4. Vgl. Annex.

la première quinzaine de juin, on peut s'attendre à recevoir, dans un délai très rapproché, un télégramme de M. Trembley demandant de l'autoriser d'urgence à signer un accord réalisé sur la base du projet suisse.

Comme il serait fâcheux de laisser passer le moment propice pour mener à bien cette importante négociation, le Département politique voudrait se prémunir en vue de cette éventualité, en soumettant, dès maintenant, à l'approbation du Conseil fédéral, les projets de traité d'amitié et d'accord commercial entre la Suisse et l'Egypte, actuellement soumis au Gouvernement égyptien.

Ces projets se passent de commentaires. Il convient de relever que les deux accords envisagés seront, s'ils peuvent être conclus, très favorables à notre pays. La Suisse exporte en Egypte des produits manufacturés et en importe du coton brut, de sorte qu'il n'y a pas d'inconvénient à ce que les deux pays soient liés, pendant un temps prolongé, qu'on a dû laisser à l'appréciation de M. Trembley, mais qui n'excédera pas dix ans, par la clause de la nation la plus favorisée en matière commerciale. Quant au traité d'amitié, il assurerait à la Suisse, aussi longtemps qu'aux grandes Puissances, le bénéfice de fait du régime capitulaire, sans autre contreprestation que l'octroi aux Egyptiens en Suisse du traitement dit «de la nation la plus favorisée» en matière de séjour et d'établissement, dont ils bénéficient déjà, en raison du fait que tous les étrangers en Suisse sont traités sur le même pied à cet égard. Afin de ne pas nous lier indéfiniment sur ce point, l'alinéa deux de l'article 3 prévoit, cependant, que le traité pourra être dénoncé de part et d'autre deux ans après que les stipulations relatives au statut juridique spécial des Suisses en Egypte auront cessé de déployer leurs effets.

Il est *décidé*:

1) d'approuver le projet de traité réglant le statut juridique des Suisses en Egypte et le projet d'accord commercial entre la Suisse et l'Egypte;

2) d'autoriser M. Trembley, Président de la Commission commerciale suisse au Caire, à signer au nom du Conseil fédéral des accords conformes à ces projets, en y apportant, au besoin, les modifications d'ordre exclusivement rédactionnel que le Département politique aurait préalablement approuvées;

3) de charger la Chancellerie fédérale de préparer à cet effet les pleins pouvoirs nécessaires;

4) de charger le Département politique de les faire parvenir à M. Trembley aussitôt qu'un texte définitif aura été arrêté⁵.

ANNEX

E 2001 (C) 1/19

Ägyptischer Entwurf
vom 13.5.1925

Article IV.

Le Gouvernement Egyptien délègue provisoirement au Gouvernement Suisse le droit de faire juger par des tribunaux consulaires les ressortis-

Schweizerischer Entwurf
vom 22.5.1925

Article 5.

Le Gouvernement égyptien consent à ce que les ressortissants suisses soient justiciables des tribunaux mixtes dans la mesure où l'ont été, le

5. *Zum weiteren Verlauf der Angelegenheit vgl. Nr. 63.*

sants suisses dans la mesure où le sont ou le seront les protégés d'Etats exerçant la juridiction consulaire en Egypte.

Cette compétence s'étend aux matières suivantes:

1. Les contestations en matière civile ou commerciale entre Suisses à l'exception des actions réelles immobilières qui sont de la compétence des tribunaux mixtes.

2. Les questions de statut personnel, successoral et familial, y compris le régime matrimonial.

3. Les actions pénales sauf celles qui sont de la compétence des juridictions mixtes.

Les actions pénales seront jugées définitivement et en dernier ressort en Egypte, sauf l'exercice de voies de recours basées sur des questions de droit.

De ces actions sont exceptées:

a) Celles relatives à la Sûreté intérieure ou extérieure de l'Egypte, contre l'ordre établi de Gouvernement ou contre l'ordre social, conformément aux dispositions des Chapitres I & 2 du Titre II. du Code Pénal Indigène et de la Loi N° 37 du 9 Septembre 1923.

b) Celles relatives aux attaques ou offenses contre Sa Majesté le Roi d'Egypte ou les Membres de la Famille Royale conformément à la Loi N° 32 du 2 Octobre 1922 portant modification de certaines dispositions du Code Pénal Indigène.

Ces actions restent de la compétence exclusive des tribunaux indigènes.

Les autorités locales auront à procéder aux mesures préliminaires d'instructions dictées par les lois et règlements en vigueur dans les mêmes conditions suivies pour les autres juridictions consulaires établies en Egypte.

Il est entendu que cette délégation ne change rien à la situation antérieure de la Suisse en ce qui concerne l'organisation judiciaire mixte et ne lui confère pas le droit de réclamer le traitement dû aux Puissances ayant adhéré à la Réforme Judiciaire de 1875.

Cette délégation prendra fin au moment de la mise en vigueur d'une nouvelle organisation judiciaire ayant compétence par rapport à tous les étrangers en Egypte.

sont ou le seront les protégés d'Etats exerçant la juridiction consulaire en Egypte.

Le Gouvernement égyptien délègue au Gouvernement suisse le droit de faire juger par des tribunaux consulaires, dans la même mesure et aussi longtemps que d'autres Etats bénéficieront de ce privilège,

a) les contestations en matière civile ou commerciale entre Suisses, à l'exception des actions réelles immobilières qui sont de la compétence des tribunaux mixtes;

b) les questions de statut personnel, successoral ou familial, y compris le régime matrimonial, de ressortissants suisses;

c) les actions pénales, sauf celles qui sont de la compétence des tribunaux mixtes.

Cette délégation prendra fin au moment de la mise en vigueur d'une nouvelle organisation judiciaire ayant compétence sur tous les étrangers en Egypte. Elle ne change rien à la situation antérieure de la Suisse en ce qui concerne l'organisation judiciaire mixte et ne lui confère pas, en particulier, les droits accordés aux Puissances ayant adhéré à la réforme judiciaire de 1875.

Les actions pénales dirigées contre des ressortissants suisses relatives

a) à la sûreté intérieure ou extérieure de l'Egypte et aux délits contre l'ordre établi de Gouvernement ou contre l'ordre social,

b) aux attaques ou offenses contre Sa Majesté le Roi d'Egypte ou les membres de la Famille Royale, seront jugées par les tribunaux consulaires suisses à la requête du ministère public égyptien, qui pourra, s'il le désire, soutenir l'accusation devant le tribunal.

Les autorités locales pourront prendre les mesures préliminaires d'instruction dont l'exécution serait urgente et même, en cas de flagrant délit, procéder, en dérogation de l'article 4, du présent Traité, à l'arrestation de ressortissants suisses à charge de les remettre aux autorités consulaires suisses, dans le plus bref délai.

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. Juni 1925*¹1266. Signature par la Suisse du Protocole relatif
à la guerre chimique et bactériologique

Département politique. Proposition du 11 juin 1925

Le 26 mai dernier, le Conseil fédéral décidait d'autoriser la délégation suisse à la Conférence pour le contrôle du commerce international des armes et des munitions à donner son appui aux propositions qui tendraient à confirmer le caractère contraire au droit des gens des gaz toxiques et asphyxiants employés comme moyens de combat². Par des rapports en date des 7, 9 et 10 juin³, dont copies ont été aussitôt transmises au Département militaire fédéral et au Département fédéral de l'Economie publique, la délégation a informé le Département politique du développement donné par la Conférence à cette question de l'interdiction de l'emploi, en temps de guerre, des armes chimiques et bactériologiques. Les divers projets dont la Conférence a été saisie, notamment, par les délégations américaine, polonaise et suisse, ont abouti à la rédaction d'un Protocole, distinct de la Convention sur le contrôle du commerce international des armes, munitions et matériels de guerre. Aux termes de ce Protocole, les Parties contractantes, considérant que l'opinion générale du monde civilisé, ainsi que certains traités auxquels la plupart des Etats du monde sont parties, condamnent à juste titre l'emploi, en temps de guerre, de gaz asphyxiants, toxiques ou similaires, ainsi que de tous liquides, matières ou procédés analogues, déclarent accepter d'étendre cette interdiction d'emploi aux moyens de guerre bactériologiques et conviennent de se considérer comme liées entre elles par les termes de cette déclaration.

Dans son rapport du 9 juin, la délégation se demande s'il n'y aurait pas lieu pour le Conseil fédéral d'examiner la question de la signature par la Suisse du Protocole relatif à la guerre chimique et bactériologique. La délégation conclut, quant à elle, à l'opportunité pour la Suisse de signer ce Protocole. Le rôle joué par la Suisse dans la question de l'interdiction de l'emploi des *[armes]* chimiques et bactériologiques, les instructions du Conseil fédéral à cet égard, le fait qu'il faut s'attendre à ce que de nombreux Gouvernements autorisent leur délégation à signer, constituent autant de raisons que MM. Lohner et Müller invoquent en faveur de la signature.

Au moment où la délégation se préoccupait de cette question de la signature par la Suisse du Protocole relatif à la guerre chimique et bactériologique, elle ne

1. *Abwesend: Haab.*

2. *Vgl. Nr. 53.*

3. *Berichte vom 7. und 9. 6. 1925 in: E 2001 (B) 8/38. Bericht vom 10. 6. 1925 in: E 2001 (C) 5/52.*

pouvait s'empêcher de considérer comme un obstacle à la signature cette phrase insérée en manière de préambule dans le Protocole: «Au moment de signer la Convention sur le contrôle du commerce international des armes, des munitions et des matériels de guerre, les Plénipotentiaires soussignés ... etc.» La question de la signature par la Suisse de la Convention sur le contrôle du commerce international des armes, munitions et matériels de guerre n'a fait encore l'objet d'aucune décision du Conseil fédéral. Si donc une interdépendance étroite avait été établie entre la signature du Protocole et celle de la Convention, le Conseil fédéral aurait pu se trouver dans une situation délicate. Il résulte, toutefois, du dernier rapport⁴ de la délégation suisse que toute connexité entre le Protocole et la Convention vient d'être écartée par le Comité de rédaction de la Conférence et par la Commission générale. En même temps, la délégation communique le texte définitif de cet instrument⁵.

Outre le fait, relevé plus haut, que le Protocole étend à la guerre bactériologique l'interdiction prononcée contre l'emploi, en cas d'hostilités, des gaz asphyxiants, il renferme également une disposition à teneur de laquelle les Parties contractantes s'engagent à faire tous leurs efforts pour amener les autres Etats à adhérer au Protocole.

Le Protocole est sujet à ratification. Les instruments de ratification sont à déposer à Paris. Le Protocole entre en vigueur pour chaque Puissance signataire à dater du dépôt de ses instruments de ratification.

Dans ces circonstances, il est *décidé* de charger:

1. la délégation à la Conférence pour le contrôle international du commerce des armes, munitions et matériels de guerre de signer, au nom de la Suisse et sous réserve de ratification, le Protocole relatif à la guerre chimique et bactériologique;
2. la Chancellerie fédérale d'établir les pouvoirs nécessaires au nom de M. le colonel E. Lohner, conseiller d'Etat du canton de Berne, conseiller national, et de M. le colonel E. Müller, chef du service technique du département militaire fédéral⁶.

4. E 2001 (B) 8/38; *Bericht vom 10.6.1925*.

5. *Text des Protokolls (deutsche Übersetzung)* in: BBl 1931, II, S. 790f.

6. *Vgl. auch* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege, vom 4. Dezember 1931, BBl 1931, II, S. 777ff.

J 1.6. 1/3

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki¹*

Kopie
S

Bern, 14. Juni 1925

Der gleichzeitig an die Delegation abgehende Brief bringt Ihnen einige Instruktionen, die zwar nicht gerade viel Neues bieten². Die Diskussion über das Tierseuchenabkommen ist meines Erachtens speziell sehr heikel und ich sehe nicht ein, wie bei uns ein Vertrag ratifiziert werden könnte, der punkto Vieheinfuhr der Schweiz nicht das autonome Entscheidungsrecht wahrt. Ich weiss wohl, dass Laur Erleichterungen haben möchte für die Einfuhr von Nutz- und Zuchtvieh, allein ein Vertrag hat eben doch nur Aussicht abgeschlossen werden zu können auf Grundlage der Gegenseitigkeit, und wenn er Konzessionen verlangt, so werden die Österreicher auch solche verlangen.

Der spezielle Zweck dieser Zeilen ist nun noch der, dass ich Sie bitten möchte, die Verhandlungen klug und so zu leiten, dass schliesslich, wenn nichts aus dem Vertrage wird, die Besprechungen am richtigen Punkte scheitern (Stickereiveredlungsverkehr, Grenzverkehr usw.), kurz an Punkten, die dann nicht zu unliebsamen internen Diskussionen Anlass geben.

Ich will nun morgen noch einmal den gesamten Text des Vertrages durchsehen und Ihnen dann nochmals berichten. Es wäre ja unangenehm, wenn die Verhandlungen scheitern, noch unangenehmer aber, wenn nichts Rechtes zustande käme. Sollte vielleicht noch versucht werden, ob provisorisch für einige Monate auf dem Wege des Notenaustausches ein *modus vivendi* geschaffen werden soll?

Sie verstehen, dass es unangenehm wäre, wenn die Verhandlungen speziell am Tierseuchenabkommen scheitern, anderseits aber muss ich sagen, dass so verschieden die Auffassungen über Kontingentierung und Menge der Einfuhr sind, doch, was die seuchenpolizeilichen Sicherungen betrifft, die grosse Mehrheit der Bundesversammlung auf strenge Bestimmungen hält. Ich verweise auch noch auf die jüngste Interpellation des Herrn Pitton, die dadurch veranlasst wurde, dass ich einen Transport erkrankten Viehs über die österreichische Grenze hineinliess.
/.../

1. Das Schreiben ist nach Wien adressiert.

2. Am 18.5.1925 begann in Wien eine weitere schweizerisch-österreichische Verhandlungsrunde.
Vgl. Nr.62.

61

E 2001 (C) 7/4

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in London, C.R. Paravicini*

Kopie

S KB.

Berne, 19 juin 1925

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre lettre du 26 mai¹ et nous avons pris connaissance avec un grand intérêt des conclusions de la conversation que vous avez eue récemment avec M. Max Huber au sujet de la façon dont nous pourrions tenter d'entrer en négociations avec le Foreign Office au sujet d'un traité de conciliation et de règlement judiciaire ou d'arbitrage entre la Suisse et la Grande-Bretagne².

Nous étions entièrement entrés dans vos vues et un mémorandum concernant notre politique en matière d'arbitrage³ allait vous être expédié à l'intention de Sir Cecil Hurst, lorsque nous avons eu l'occasion d'entretenir directement M. Chamberlain du prix que nous attacherions à ce qu'un traité de conciliation et de règlement judiciaire pût être conclu entre la Suisse et la Grand-Bretagne.

Le Ministre britannique des Affaires étrangères nous a fait entendre que, pour diverses raisons, des négociations dans ce but ne pourraient pas aboutir, dans les conjonctures actuelles, à un traité analogue à ceux que nous avons récemment conclus. M. Chamberlain nous a laissé espérer, en revanche, que les difficultés qui s'opposent aujourd'hui à ce que nous parvenions à un traité qui puisse nous satisfaire, sont susceptibles de s'aplanir.

1. Nr. 52.

2. Zur Vorgeschichte vgl. Nr. 503.

3. Nicht abgedruckt. Dieses Memorandum concernant les traités de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage conclus par la Suisse depuis 1920, vom 10.6.1925, gibt eine Übersicht der verschiedenen Vertragstypen. Vgl. auch GBer 1927, S.41ff. – Das ausgearbeitete Begleitschreiben an Paravicini vom 10.6.1925 (Vermerk: Ne part pas.) enthält folgende Anweisungen: /.../ Il vous sera facile de corriger, au cours d'une conversation, ce que cet exposé a d'un peu sec en faisant ressortir que, si la Suisse est désireuse de conclure de nouveaux traités se rapprochant autant que possible du traité italo-suisse de conciliation et de règlement judiciaire, elle est prête à tenir compte des préférences des Etats avec lesquels elle négocie et a déjà conclu un grand nombre de traités dont la portée est infiniment plus restreinte.

Nous regretterions, d'autre part, de donner au Foreign Office l'impression que nous serions entièrement satisfaits si la Grande-Bretagne se déclarait prête à se lier avec nous par un traité analogue à celui que nous avons conclu avec le Japon, (que nous ne pouvions guère passer sous silence dans un exposé général de nos récents traités). Vous trouverez sans doute le moyen de le dire et Sir Cecil Hurst comprendra certainement que les motifs qui nous ont engagés à nous montrer très conciliants avec le Japon, que nous désirions avant tout amener à accepter, en principe, de se lier par un traité général de règlement judiciaire, seraient déplacés dans des négociations avec la Grande-Bretagne, qui est aussi informée que nous des progrès récents du droit international. /.../ (E 2001 (C) 7/4).

Dans ces conditions, nous arrivons à la conclusion qu'il serait inopportun d'insister pour entamer des négociations qui n'aboutiraient à rien ou auraient, dans l'éventualité la plus favorable, un résultat médiocre et qu'il vaut mieux laisser la question intacte pour la reprendre au moment favorable.

Vous voudrez bien, en conséquence, surseoir jusqu'à nouvel avis, à toute démarche tendant à intéresser le Foreign Office à la conclusion d'un traité de conciliation, de règlement judiciaire ou d'arbitrage entre la Suisse et la Grande-Bretagne.

Nous vous saurons gré, toutefois, de ne pas vous désintéresser entièrement de la question et de nous signaler, dès qu'il sera venu, le moment propice à de nouvelles ouvertures⁴.

4. *Vgl. Nr. 503.*

62

E 1004 1/295

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 24. Juni 1925¹

1366. Handelsvertragsunterhandlungen mit Österreich

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 23. Juni 1925

Nachdem im April dieses Jahres die erste Lesung eines Handelsvertrages zwischen der Schweiz und der Republik Österreich in Zürich beendet worden ist, wurden die Verhandlungen am 18. Mai in Wien wieder aufgenommen und mit einer Unterbrechung von ca. 10 Tagen, während welcher Zeit sich die Unterhändler zur Besprechung eines Handelsvertrages mit der Tschechoslowakei nach Prag begaben, bis zum 20. dieses Monats fortgesetzt. Mit Rücksicht darauf, dass die Verhandlungen nun in ein kritisches Stadium eingetreten sind, legte das Departement Wert darauf, mündlich genau unterrichtet zu werden, um dem Bundesrate Anträge über die den Unterhändlern zu erteilenden letzten und endgültigen Weisungen vorlegen zu können. Da ohnedies Herr Oberzolldirektor Gassmann schon am 17. dies vom Chef des Finanz- und Zolldepartementes vorübergehend zurückberufen worden ist und sich Herr Professor Laur im Auftrage des Bundesrates an den internationalen landwirtschaftlichen Kongress nach Warschau begeben hat, so benützte das Departement die so entstandene Lücke in den Verhandlungen dazu, die Herren Direktor Stucki und Dr. Wetter zur mündlichen Berichterstattung und zu Besprechungen mit den Interessenten für einige Tage in die Schweiz kommen zu lassen. Gestützt auf die erhaltenen mündlichen Berichte lässt sich heute über den Stand der Verhandlungen folgendes mitteilen:

1. *Abwesend: Häberlin.*

Die grosse Schwierigkeit, welche für die Delegation bereits in Zürich im Fehlen eines schweizerischen Generaltarifes zutage trat, hat sich anlässlich der zweiten Lesung noch besonders stark fühlbar gemacht. Die Schweiz soll von Österreich im Interesse ihrer Exportindustrien sehr vielgestaltige und zum Teil beträchtliche Herabsetzungen seines heute geltenden Zolltarifes verlangen und ist anderseits nicht in der Lage, auf einem Generaltarif entsprechende Zollzugeständnisse zu machen. Die Schweiz kann im wesentlichen nur die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes anbieten und gibt damit naturgemäss der österreichischen Delegation und Regierung nicht in genügender Weise Gründe an die Hand, um ihre Interessenten von der Notwendigkeit und Nützlichkeit eines Handelsvertrages mit der Schweiz zu überzeugen. Es ist den schweizerischen Unterhändlern immer und immer wieder dieser Umstand vorgehalten und darauf hingewiesen worden, dass auch Bindungen des gegenwärtigen schweizerischen Gebrauchstarifs für einen kurzfristigen Handelsvertrag von einem recht beschränkten Werte seien, da ja bis zum Inkrafttreten des neuen schweizerischen Generaltarifes noch Jahre vergehen würden, d. h. eine längere Zeit, als für welche bei den heutigen Verhältnissen ein Handelsvertrag überhaupt fest abgeschlossen werden könne.

Dazu kommt eine weitere Schwächung des schweizerischen Standpunktes, die daher rührt, dass die Ausfuhr von schweizerischen Waren nach Österreich in den letzten Jahren und übrigens auch in den ersten fünf Monaten, die seit dem Inkrafttreten des neuen österreichischen Tarifes schon verflossen sind, ganz bedeutend grösser ist, als die Einfuhr österreichischer Waren in die Schweiz. Daraus ergibt sich ohne weiteres, dass der Schweiz an der Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes, insbesondere an der Meistbegünstigung, weit mehr liegen muss als Österreich, d. h., dass dieses weniger Ursache hat, das Scheitern der Verhandlungen zu befürchten, als die Schweiz.

Endlich ist darauf hinzuweisen, dass die wirtschaftliche Lage der Republik Österreich bekanntlich sehr unerfreulich ist und dass dieser Staat, nicht zum mindesten auch auf Veranlassung des Völkerbundes hin, gezwungen ist, angesichts seiner bedenklichen Finanzlage den Zolleinnahmen die grösste Aufmerksamkeit zu schenken. Verschiedene der wichtigsten schweizerischen Begehren um Herabsetzung der österreichischen Zollansätze finden deshalb in den dortigen Finanzbedürfnissen den hartnäckigsten Widerstand. Dies bezieht sich insbesondere auf Schokolade und Uhren, wo nach österreichischer Aussage ausgesprochene Finantzölle geschaffen worden sind. Mit bezug auf andere wichtige schweizerische Exportwaren ergeben sich die gleichen Schwierigkeiten, die heute alle Staaten der Einfuhr von sogenannten Luxuswaren bereiten, so z. B. für Seide und Stikereien.

Unter Würdigung dieser Umstände erscheint es nicht verwunderlich, dass Österreich einem Staate gegenüber, nach welchem es verhältnismässig sehr wenig ausführen kann und der ihm keine Verbesserung des bisherigen Zustandes zu bieten in der Lage ist, in seinen Zugeständnissen sehr zurückhaltend war. Eine ganze Reihe von Positionen der sehr umfangreichen schweizerischen Begehrenliste sind zwar bereits in annehmbarer Weise erledigt. Immer mehr verdichten sich aber die Verhandlungen naturgemäss auf einige der für die Schweiz wichtigsten Gruppen,

d. h. auf Käse, Schokolade und kondensierte Milch, sodann Seide, Maschinen und Uhren. Da die Unterhändler bis jetzt ihre ursprünglichen zum Teil sehr beträchtlichen Herabsetzungsforderungen nur wenig ermässigt haben und Österreich bis jetzt bedeutende Zugeständnisse nicht gemacht hat, so sind die Differenzen in diesen wichtigen Gruppen noch gross. /... / ²

Besondere Schwierigkeiten bieten die Positionen der Gruppen Maschinen und Apparate, sowohl elektrische wie andere. Obschon die Unterhändler sich auf die für die Schweiz wichtigsten Spezialitäten beschränkt haben, so ist doch ihre Begehrenliste wegen der Vielgestaltigkeit der schweizerischen Produktion noch sehr beträchtlich. Österreich erklärt, es könne unmöglich der schweizerischen Maschinenindustrie wesentliche Zugeständnisse machen in einem Augenblick, wo es mit dem auf diesem Gebiete viel stärkeren und wichtigeren Deutschland Verhandlungen aufnehmen wolle. Allerdings wurden bei einigen wenigen Spezialitäten Zugeständnisse gemacht, im grossen und ganzen aber nur die Bindung der autonomen oder bereits vertragsmässig festgesetzten Zölle angeboten. Ein weiteres Entgegenkommen von Bedeutung dürfte nicht zu erzielen sein.

Was endlich die Uhren anbelangt, so sträubt sich, wie schon gesagt, das österreichische Finanzministerium gegen jede Minderung der an und für sich sehr hohen Zölle. Bis jetzt sind auf den Stückzöllen Abstriche von durchschnittlich 1 bis 1 ½ Kr. gemacht worden. Eine kleine Erhöhung der Zugeständnisse hoffen die Unterhändler noch erreichen zu können. Es ergäben sich alsdann Uhrenzölle, die höher sind als diejenigen des Vertrages mit Italien, aber niedriger als die mit Spanien vereinbarten. Nach Ansicht der Uhrenindustrie wäre die Annahme dieser Vertragssätze einem vertragslosen Zustand natürlich doch bedeutend vorzuziehen.

Die zahlreichen übrigen Positionen und Positionengruppen der schweizerischen Begehrenliste brauchen, weil sie nicht von ausschlaggebender Bedeutung sind, hier nicht besonders aufgeführt zu werden. In den meisten Fällen sind befriedigende Lösungen erzielt worden, andere Begehren mussten herabgemindert oder fallen gelassen werden.

2. Es folgt eine Skizzierung der noch bestehenden Differenzen. Den ersten Punkt bilden die landwirtschaftlichen Positionen. Zu den Textilien wird anschliessend vermerkt: Im Handelsvertrag, den Österreich mit der Tschechoslowakei abgeschlossen hat, sind für gröbere Baumwollgewebe die autonomen österreichischen Ansätze ziemlich stark herabgesetzt worden, was der Schweiz infolge der Meistbegünstigungsklausel ohne weiteres zugute kommt. Da in diesen Warenarten die Tschechoslowakei an Bedeutung die Schweiz weit übertrifft, so sind weitergehende Begehren glatt abgelehnt, dagegen ist nach sehr hartnäckigen Verhandlungen doch die Bindung der tschechoslowakischen Vertragszölle gegenüber der Schweiz zugesagt worden. /... / Im grossen und ganzen ist also zu sagen, dass für Baumwollwaren ein befriedigendes Ergebnis erzielt worden ist oder doch ohne grössere Opfer erzielt werden kann. /... / Dagegen bestehen mit Bezug auf die Seidenwaren /... / noch sehr beträchtliche Differenzen. Wenn auch die autonomen Ansätze des österreichischen Tarifes durch die Verhandlungen mit Italien und Frankreich zum Teil erhebliche Herabsetzungen erfahren haben, so sind doch diese Zölle noch sehr hoch und hemmen die Ausfuhr der Seidenindustrie. Es ist aber hier noch mit einem weiteren Entgegenkommen Österreichs zu rechnen, und zudem darf erhofft werden, dass bei einzelnen Positionen auch Frankreich und Italien noch Herabsetzungen erzielen werden, die auch uns zugute kommen.

Was nun die österreichischen Begehren zum schweizerischen Tarif anbelangt, so ist deren grosse Mehrzahl durch Bindung der Ansätze des heutigen schweizerischen Gebrauchstarifes bereits erledigt. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Waren, bei denen eine derartige Bindung für die Verhandlungen mit andern Staaten nicht von wesentlicher Bedeutung sein dürfte. Ganz besondere Schwierigkeiten bietet hier eigentlich nur eine Position, nämlich gesägte Bretter aus Nadelholz (Position 237 des Gebrauchstarifes). Vor dem Jahre 1921 betrug der schweizerische Zoll 80 Rp., auf dringendes Begehren der Landwirtschaft sowie der Sägereiindustrie wurde er auf Fr. 2.50 erhöht. Österreich verlangt nun hier mit allem Nachdruck eine wesentliche Herabsetzung des heutigen Ansatzes, worauf seine Landwirtschaft und seine Sägereiindustrie ausserordentlich grosses Gewicht legt. /.../ Instruktionsgemäss haben die Unterhändler jede Herabsetzung des gegenwärtigen Ansatzes durchaus abgelehnt. Da eine solche angesichts der Stellungnahme der Landwirtschaft sowie einer Reihe von Kantonsregierungen und zahlloser Gemeinden die Genehmigung eines Handelsvertrages mit Österreich vielleicht ernstlich gefährden könnte, so ist das Departement der Ansicht, es solle am bisherigen Standpunkte festgehalten werden. Mit bezug auf die übrigen noch streitigen österreichischen Begehren zum schweizerischen Tarif dürfte eine Lösung gefunden werden.

Was den Text des Vertrages anbelangt, so kann auch hier von unüberwindlichen Schwierigkeiten nicht gesprochen werden. Österreich hat zwar mit bezug auf die Regelung des Grenzverkehrs ausserordentlich weitgehende Forderungen aufgestellt, Forderungen, die im Verkehr zwischen Vorarlberg und Liechtenstein den Wert des Zollanschlusses von Liechtenstein an die Schweiz für die rheintalische Produktion stark beeinträchtigt hätten. Diese viel zu weitgehenden Begehren wurden abgelehnt, und es scheint Österreich nicht unbedingt daran festhalten zu wollen. Auch hinsichtlich des Stickereiverkehrs, worüber die beteiligten Kreise der Ostschweiz stets auf dem Laufenden gehalten wurden – eine Delegation aus St. Gallen hat sich für einige Tage eigens nach Wien begeben – dürfte eine Lösung zu finden sein und zwar entweder in der Weise, dass das von der Schweiz verlangte volle Gegenrecht aufgenommen oder aber der Stickereiverkehr im Vertrag unter Zustimmung von St. Gallen überhaupt nicht geregelt würde.

Verschiedene andere von Österreich mit bezug auf den Text gestellte Begehren über Regelung des Viehverkehrs, des Eisenbahnverkehrs, gewisser Gebiete aus dem Marken-, Muster- und Modellschutz sind instruktionsgemäss als den Rahmen eines Handelsvertrages überschreitend auf den Weg besonderer Verhandlungen gewiesen worden.

Wie eingangs betont, muss der Schweiz sehr viel daran liegen, ihre verhältnismässig starke Ausfuhr nach Österreich, die wider Erwarten seit Inkrafttreten des neuen österreichischen Tarifes vom 1. Januar 1925 nicht oder nur sehr wenig zurückgegangen ist, aufrecht zu erhalten und es mit Österreich in keiner Weise auf einen Zustand ankommen zu lassen, wobei die Schweiz nicht mehr die volle Meistbegünstigung beanspruchen könnte. Wenn auch die von Österreich bis jetzt auf seinem Tarif gewährten und etwa noch erreichbaren Zugeständnisse im allge-

meinen nur bescheiden sind, so sind sie doch für verschiedene schweizerische Produktionszweige von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es kann beispielsweise doch für unsere Käseproduktion nicht gleichgültig sein, ob der österreichische Zoll in einem vertragslosen Zustand 60 Kr. oder bei Abschluss eines Vertrages 30 Kr. beträgt. Ähnlich verhält es sich für Seide und Uhren. Umgekehrt würde die Schweiz keine wesentlichen Opfer zu tragen haben, d. h. sie müsste, ausser auf einigen wenigen Positionen von geringer Bedeutung, eine Herabsetzung des heutigen Gebrauchstarifes nicht zugestehen. Das Departement ist deshalb, im Einklang mit der einstimmigen Delegation, der Auffassung, dass der vorgesehene Handelsvertrag mit Österreich abgeschlossen werden sollte und zwar auch dann, wenn bedeutend grössere Zugeständnisse, als heute vorliegen, nicht mehr erreichbar wären. Das hindert selbstverständlich nicht, dass die Unterhändler ihr Äusserstes versuchen werden, überall dort, wo es irgendwie geht, noch weitere Zugeständnisse zu erhalten.

Gestützt auf diesen Bericht stellt das Volkswirtschaftsdepartement den *Antrag*:

Der Bundesrat wolle von diesem Berichte in zustimmendem Sinne Kenntnis nehmen und der Delegation Weisung erteilen, ihre Forderungen derartig zu ermässigen, dass der Abschluss eines Vertrages ermöglicht wird.

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes gibt zu einzelnen Punkten des vorstehenden Berichtes mündlich noch nähern Aufschluss und stellt Bericht und Antrag über ein vom Handelsvertrag getrenntes Abkommen mit Österreich zur Regelung des Viehverkehrs in Aussicht.

In der Beratung ergibt sich Übereinstimmung mit der Auffassung des Volkswirtschaftsdepartementes über die Wünschbarkeit, mit Österreich zu einem Handelsvertrag auf der geschilderten Grundlage zu gelangen. Hervorgehoben wird die wirtschaftliche und fiskalische Bedeutung der Position «Gesägte Bretter aus Nadelholz», wobei auch der Wunsch geäussert wird, es sollte, um der schweizerischen Produktion den Wettbewerb mit der Einfuhrware und den Absatz gewisser Vorräte im Inland zu ermöglichen, eine Herabsetzung der Transportkosten gewährt werden. Diese Frage wird zurzeit von den Bundesbahnen geprüft, und es steht eine dem genannten Zweck entsprechende Lösung in Aussicht.

Auf Grund des heute vorgelegten und der frühern Berichte wird gemäss der Beratung *beschlossen*:

Der Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes wird zum Beschluss erhoben.

63

E 2200 London 37, Dossier-Nr. I. C. 8.

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in London, C. R. Paravicini*

S KD.

Berne, 26 juin 1925

En nous référant à votre lettre du 23 juin¹, nous avons l'honneur de vous communiquer sous ce pli la copie du rapport que M. Trembley nous a adressé, le 17 juin², pour faire suite au rapport du 11 juin³ dont vous connaissez déjà le contenu.

Ainsi que vous le verrez, les négociations relatives à la conclusion d'un traité d'amitié et d'un accord commercial entre la Suisse et l'Egypte, qui paraissaient en fort bonne voie, se sont brusquement trouvées dans une impasse et ont été interrompues.

La plupart des étrangers en Egypte bénéficiant du régime de l'exterritorialité judiciaire absolue à l'égard de la juridiction locale, il nous paraît impossible d'admettre que les Suisses puissent être poursuivis par l'Autorité indigène pour certains délits politiques et, notamment, pour le crime de lèse-majesté qui est interprété en Egypte de la façon la plus extensive. Le Gouvernement égyptien, qui vient de faire accepter par l'Allemagne ce que nous lui refusons, déclare ne pas vouloir se contenter des concessions que nous serions disposés à consentir dans ce domaine. Une entente sur ce point paraît, dans ces conditions, fort difficile.

Tout en regrettant vivement d'échouer si près du but, nous ne voyons pas le moyen de modifier notre point de vue. Malgré les inconvénients d'ordre politique

1. E 2001 (C) 1/19.

2. *Trembley berichtet*: [.../ Je lui /*Waguih Pacha*/ demande s'il pense pouvoir prochainement soumettre notre projet. Il me répond que ces jours prochains, il va être complètement absorbé par la mise au point et la signature du traité allemand. Puis il ajoute nerveusement: Croyez-vous que cela sera facile de soumettre au Conseil votre projet? Vous avez rejeté les deux points auxquels nous tenons essentiellement: les réserves pénales et l'appel. Votre concession au sujet du Ministère Public est inadmissible. C'est presque de l'impérialisme (sic) d'avoir la prétention d'appeler devant un tribunal consulaire un magistrat égyptien qui représente le Gouvernement et la Nation. Comment voulez-vous qu'il s'abaisse à venir devant votre tribunal? Ce serait une humiliation. Je réponds que je ne comprends pas son point de vue et qu'il s'est complètement mépris sur la nature de la concession importante qui a été faite. En la faisant, le Gouvernement suisse a uniquement cherché à venir à la rencontre des desiderata égyptiens; c'est d'ailleurs là, comme je le lui ai déjà dit, l'extrême limite à laquelle il puisse aller et qu'il serait illusoire de chercher une entente au-delà. [.../

J'ai quitté *Waguih* avec la conviction [.../ qu'il n'y avait plus rien à faire pour le moment. [.../

Ce n'est pas sans regret que j'enregistre cet échec. Mais, après avoir encore beaucoup réfléchi à leurs conséquences possibles, je suis pleinement d'accord avec vous que les réserves égyptiennes ne pouvaient pas être acceptées et que mieux vaut le statu quo.

Rien ne me retenant plus ici, je compte partir dans une dizaine de jours. Mon premier soin, en arrivant en Suisse, sera de me rendre à Berne, et de me présenter à vous au Palais Fédéral (E 2001 (C) 1/19).

3. E 2001 (C) 1/19.

qu'elle présente, la situation des Suisses en Egypte est pratiquement très supportable et nous rendrions un mauvais service à nos ressortissants en concluant avec le Gouvernement égyptien un traité qui affaiblirait leur statut juridique actuel et les exposerait en fait à de multiples vexations de la part des Autorités indigènes.

Nous nous rangeons donc entièrement à l'avis de M. Trembley que la meilleure tactique à adopter, pour le moment, est de rester sur nos positions actuelles et d'attendre les événements.

Notre négociateur, qui s'est acquitté de sa tâche d'une façon très habile et très consciencieuse et qui, même s'il ne peut aboutir, a droit à notre gratitude pour avoir fait faire au problème compliqué de nos relations avec l'Egypte un pas en avant considérable, sera sans doute à Berne au début de juillet. Nous nous réservons d'examiner avec lui la situation dans son ensemble. Nous étudierons, en particulier, si une démarche de votre part auprès du Ministre d'Egypte à Londres pourrait contribuer à préparer le terrain en vue d'une reprise des négociations cet automne et nous ne manquerons pas de vous faire part des conclusions auxquelles nous arriverons.

En attendant de nouvelles instructions, nous vous saurions gré d'éviter toute démarche au sujet de cette affaire. Si le Ministre d'Egypte prenait l'initiative de vous aborder à ce propos, vous nous obligeriez en feignant d'ignorer encore la rupture des négociations.

64

E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 26

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

Politischer Bericht No. 14/1925 R/Mr.

Berlin, 27. Juni 1925

Die Aufnahme, die der französischen Antwortnote auf den deutschen Sicherheitsvorschlag bevorstand, charakterisiert der Ausspruch Stresemanns mir gegenüber: Amundsen habe ihm einen grossen Dienst erwiesen, gerade am Tage vor der Veröffentlichung der Note zurückgekehrt zu sein, da er damit das öffentliche Interesse und den Fettdruck der Zeitungen auf sich konzentriert und etwas von der Note abgelenkt habe. Damit hat der Vater des Paktvorschlages der Enttäuschung Ausdruck gegeben, die seines Erachtens die französische Antwort beim deutschen Volk auslösen muss und wohl auch bei ihm persönlich ausgelöst hat. Er äusserte sich denn auch über die Möglichkeit einer Verständigung wenn auch nicht gerade pessimistisch, so doch skeptisch. Nicht gerade pessimistisch deshalb, weil er immerhin erwähnte, für den Fall von Deutschlands Beitritt zum Völkerbund einen sehr geeigneten Vertreter in dessen Rat ins Auge gefasst und die Absicht zu haben, einer Vollversammlung vielleicht persönlich beizuwohnen. Im übrigen verhehlte er seine ernstesten Bedenken gegen die Briand'sche Lösung nicht. Schwer tragbar sei für Deutschland die Duldung des Durchmarschrechts, unan-

nehmbar die Bindung der Ostgrenzen und die französische Garantie der Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei. Hinsichtlich dieser Schiedsverträge sodann lehnt er den offenbar gemachten Hinweis auf das neue schweizerische System der restlosen Schiedsgerichtsbarkeit als für Deutschland nicht brauchbar ab. In der Tat würde ja der Zwang, auch Streitigkeiten über Fragen, die die Unabhängigkeit, die Unversehrtheit des Gebiets oder andere höchste Lebensinteressen eines Landes betreffen, dem Schiedsgericht zu unterbreiten, Deutschland in die Unmöglichkeit versetzen, seine Interessen hinsichtlich der Grenzregulierung im Osten in der ihm gutscheinenden Weise zu wahren. Als völlig unannehmbar bezeichnet Stresemann den Anspruch von Frankreich, als Garant der Schiedsverträge nach seinem alleinigen Ermessen und unmittelbar eingreifen zu können. Weniger Sorge macht ihm die Entwaffnungsnote. Er ist überzeugt, dass diese Frage, wenn eine Verständigung über den Sicherheitspakt erfolgen könnte, leicht geregelt würde, wobei er allerdings viele Entwaffnungsbegehren zum Teil als ungerechtfertigt, zum Teil als kleinlich, ja lächerlich bezeichnet. Was die Zerstörung von Maschinen betrifft, so führt er die bezüglichen Forderungen auf den englischen industriellen Konkurrenzneid zurück. Alles in allem wolle aber die Deutsche Regierung entgegenkommen. Zum Ausspruch eines Mitgliedes der Militärkommission, dass diese sich mit der Erfüllung von 90% ihrer Postulate begnügen könnte, meinte Stresemann, er sei bereit, mit 40% zu akkordieren. Im übrigen fasst Stresemann heute noch, und das Kabinett hat ihm in seiner gestrigen Sitzung zugestimmt, die Abhaltung einer Konferenz zur Besprechung des ganzen Fragenkomplexes ins Auge, die aber seines Erachtens kaum vor September stattfinden könnte. Er hofft, so sagte er im Gespräche mit mir, dass die Schwierigkeiten Frankreichs in Marokko noch lange andauern und es dann zugänglicher machen. Auch wünscht er, dass Briand Aussenminister bleibt, mit dem als praktischem Realpolitiker leichter zu verhandeln sei als mit dem Schönredner Herriot¹. Wieweit die vermehrten Schwierigkeiten der Handelsvertragsunterhandlungen in Paris auf Instruktionen der Deutschen Regierung zwecks Ausübung eines Druckes zurückzuführen sind, bleibe dahingestellt. Im übrigen besteht kein Zweifel, dass Russland eifrig bemüht ist, Deutschland vom Abschluss des geplanten Sicherheitspaktes abzuhalten. Vom Leitartikel «L'Allemagne et les Soviets» vom 21. ds. im «Temps» vom 22. ds., der sich damit eingehend beschäftigt, sagte mir Stresemann, der Verfasser habe offenbar tief in die Karten gucken können, womit er die dort gegebene Darstellung zum mindesten nicht abstreitet. Bekanntlich hat das «Echo de Paris» sogar gemeldet, die Russische Regierung habe Deutschland das formelle Angebot eines deutsch-russischen Garantievertrages unterbreitet als Preis für Deutschlands Verzicht auf einen Pakt mit Frankreich. Diese Meldung ist in der deutschen Presse als auf freier Erfindung beruhend offiziös dementiert worden. Ich erinnerte mich dabei aber einer Äusserung, die Stresemann letzte Woche mir gegenüber tat. Bei der Erwähnung der Möglichkeit, dass Frankreich in die Lage kommen könnte, Polen gegen Russland zu unterstützen, sagte er: «Frank-

1. *Randbemerkung Mottas*: richtig!

reich ist Polens Verbündeter; aber ich könnte gleich mit zwei mir gemachten Bündnisanträgen aufwarten.»

Scheint Stresemann wohl ebenso aus Ehrgeiz wie aus der Überzeugung von der politischen Notwendigkeit entschlossen zu sein, seinen Paktvorschlag trotz der französischen Antwort vorläufig weiter zu verfolgen, so soll er doch, wie mir der Bayerische Gesandte in Berlin sagte, schon Wasser in seinen Wein gegossen haben. Die Stellungnahme dieses deutschen Diplomaten zur französischen Antwortnote ist übrigens kategorisch ablehnend. Er erklärt, sich dabei mit weiten Kreisen in Übereinstimmung zu wissen und behauptet, dass sich heute im Reichstag keine 30 Stimmen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund finden würden². Was Briand aus dem wohlgemeinten deutschen Vorschlage gemacht habe, sei eine Totgeburt. Auf der französischen Basis sei eine weitere Verhandlung überhaupt ausgeschlossen und sollte gar nicht erst versucht werden. Was biete denn der französische Vorschlag Deutschland? Vielleicht eine baldige Räumung der Kölner Zone. Aber diese müsse ohnehin einmal kommen, da Deutschland, soweit es hierzu verpflichtet sei, die Abrüstung fortsetzen und den Beweis für seine ihm vertraglich auferlegte Entwaffnung erbringen werde. Eine kleine Beschleunigung der Räumung aber sei das dafür zu tragende Opfer nicht wert. Denn im übrigen lege der Pakt nach dem französischen System Deutschland nur neue Fesseln an und bringe dieses zudem mit Russland in Konflikt, ohne ihm auf der anderen Seite irgend welche Erleichterungen oder anderweitige Vorteile zu bieten. Gegenüber dieser schroffen, ablehnenden Haltung deutscher Kreise legt allerdings Professor Stein, der Mitarbeiter im Ullstein-Verlag, einen starken Optimismus an den Tag. Aus Gesprächen in Paris mit massgebenden Politikern und Journalisten will er die Überzeugung eines festen Willens zur Verständigung Frankreichs mit Deutschland geschöpft haben. Dabei würde die Unterschrift Hindenburgs unter einem Pakt diesen besonders wertvoll machen. Die Deutsche Regierung sei jetzt auch freier, nachdem der schädliche Druck des Stinnes-Konzerns gewichen sei. «Stresemann wird es schaffen», meint Stein. Über die wirkliche Stimmung in Frankreich wird Ihnen mein Kollege in Paris berichtet haben. Ist ein aufrichtiger Verständigungswillen dort tatsächlich vorhanden, so wird er sich in einer weitgehenden Abschwächung des Briand'schen Programms äussern müssen, ansonst vorab am Zustandekommen einer Konferenz zu zweifeln, sicher aber eine Verständigung ausgeschlossen ist, wobei erst noch Stresemann und vielleicht das ganze Kabinett Luther zu Fall kommen könnten.

/.../ ³

2. Am 16. 12. 1925 berichtete Rüfenacht dem Vorsteher des Politischen Departementes: /.../ Den Eintritt in den Völkerbund wird die Deutsche Regierung, wie mir Stresemann sagt, u. a. davon abhängig machen, dass die deutsche Sprache als eine der offiziellen Sprachen anerkannt wird. /.../ (E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 26). Motta bemerkte dazu: unmöglich!

3. Der Bericht streift in der Folge die Wirren in China, die Frage des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich und die Person Hindenburgs. Im weitem behandelt der Bericht die innenpolitische Situation Deutschlands im Zusammenhang mit der Zolltarifvorlage sowie die preussische Regierungsbildung. – Bemerkung Mottas am Briefkopf: sehr lesenswert!

65

E 2, Archiv-Nr. 1680

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

Kopie
S K.D.

Berne, 2 juillet 1925

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre lettre du 25 juin¹ relative au dépôt par le Gouvernement français du projet de loi portant approbation du compromis d'arbitrage relatif aux zones franches de la Haute Savoie et du Pays de Gex et nous avons constaté avec satisfaction que vos prévisions n'avaient pas tardé à être confirmées par les faits.

Nous vous serions reconnaissants de vouloir bien, néanmoins, porter officiellement à la connaissance du Ministère des Affaires étrangères que l'approbation donnée, le 1^{er} avril 1925, par l'Assemblée fédérale au compromis d'arbitrage conclu entre la France et la Suisse, le 30 octobre 1924, est devenue définitive, le délai pendant lequel une demande de referendum aurait pu être adressée à ce sujet à la Chancellerie fédérale ayant expiré le 29 juin sans avoir été utilisé². Vous voudrez bien ajouter que, dans ces conditions, le Conseil fédéral procédera à la ratification de ce compromis d'arbitrage aussitôt que, de son côté, le Gouvernement français sera en mesure d'en faire autant.

P.S. Nous attachons toujours beaucoup de prix à ce que le Parlement français approuve le compromis avant ses vacances.

1. Nicht abgedruckt.

2. Zur Behandlung des Geschäfts in den eidgenössischen Räten vgl. Sten. Bull. NR, 1925, S. 39ff. und Sten. Bull. StR, 1925, S. 91ff.

66

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Juli 1925¹

Compromis dans l'affaire des zones

Département politique. Verbal

Le chef du Département politique rappelle que le Conseil fédéral l'a autorisé à prier M. Logoz d'accepter le mandat d'agent de la Suisse devant la Cour de Justice internationale pour le litige des zones. M. Logoz a hésité à accepter cette mis-

1. Abwesend: Häberlin.

sion, qui sera plus ardue que celle qu'il a accomplie dans les négociations avec la France, mais il a néanmoins déclaré ne pas vouloir s'y soustraire, si tel était le vœu formel du Conseil fédéral.

Il demande maintenant des éclaircissements sur les questions préliminaires suivantes:

1. Question des démarches de courtoisie à faire, vis-à-vis du Gouvernement français, après échange des ratifications au sujet du compromis d'arbitrage:

les deux Gouvernements se mettront-ils d'accord pour désigner comme «Agents» leurs Ministres à La Haye, ou pour adopter de toute autre manière une ligne de conduite identique en ce qui concerne la désignation des Agents?

2. Si c'est le Ministre à La Haye qui devient Agent, opportunité de charger un Conseil (ou plusieurs?) de la rédaction des mémoires que l'Agent aurait à signer. Eventuellement, désignation d'un Conseil auquel quelques collaborateurs (peu nombreux) seraient adjoints.

3. Si le Ministre à La Haye devient Agent et qu'on ne désigne qu'un Conseil, opportunité d'avoir recours à un internationaliste, ou comme Conseil (si l'on peut faire un choix qui ait l'approbation de l'opinion publique genevoise dans son ensemble) ou, en tous cas, comme collaborateur du Conseil. Le Département politique fédéral pourrait-il fournir ce collaborateur?

4. Quant à la thèse que nos mémoires feront valoir devant la Cour en ce qui concerne l'interprétation de l'article 435²:

Le Conseil fédéral admet-il que, dans nos mémoires, nous pourrions soutenir que, pour la Suisse, l'article 435 signifie:

a) que les petites zones doivent être maintenues telles qu'elles ont été instituées en 1815/16;

b) mais qu'en revanche, nous nous considérons comme obligés (par l'art. 435, al. 2, tel que l'a admis notre note du 5 mai 1919) d'accorder des franchises douanières à la population des petites zones.

Si le Conseil fédéral admet ce qui précède, *jusqu'où* vont les concessions dont nous pourrions faire état dans nos mémoires, comme étant celles que nous sommes prêts à accorder pour «adapter les échanges aux circonstances économiques actuelles» (note du Conseil fédéral, du 5 mai 1919, annexe à l'art. 435)? Il va sans dire que plus nous irons loin dans ce sens et *plus forte sera notre thèse* tendant au maintien des petites zones. Il faut en effet que nous montrions que notre interprétation de l'art. 435 donne un sens effectif à cet article, aussi pour la France.

5. Le Conseil fédéral admet sans doute qu'à la fin de la première phase de la procédure (communication officielle de la solution donnée par la Cour à la première question), notre Agent devra faire tous ses efforts pour obtenir de la Cour, non pas seulement une réponse par «oui» ou par «non», mais des renseignements détaillés sur sa façon de penser, notamment en ce qui concerne la portée juridique exacte des réserves formulées par notre note du 5 mai 1919.

2. Art. 435 des Versailler Friedensvertrages und die integrierte schweizerische Note vom 5. 5. 1919 in: BBl 1919, V, S. 222ff.

Notre Agent sera-t-il autorisé à déclarer à la Cour que toute obscurité ou équivoque sur ce point serait de nature à rendre pour ainsi dire impossible l'accord direct entre les Parties et à nous obliger d'aller jusqu'au bout dans la procédure devant la Cour?

Les trois premières questions pourront être tranchées plus tard³.

Sur la quatrième, M. Motta rappelle que la thèse de M. Logoz est que si la Suisse a droit aux petites zones et si ce droit subsiste, d'autre part nous ne pouvons pas considérer l'art. 435 du Traité de Versailles comme *res inter alios acta*, et nous avons l'obligation d'adapter le régime des zones aux circonstances actuelles, par le moyen de facilités douanières à accorder à la population des petites zones. C'est aussi la thèse que le Conseil fédéral a toujours soutenue. Sur la question 5, il est d'emblée évident que la Cour ne devra se borner à une réponse par «oui» ou par «non», mais qu'elle devra exposer de façon détaillée sa façon de penser sur les questions à elle posées.

M. le président Musy fait observer qu'il est impossible au Conseil fédéral de se prononcer au pied levé sur les questions que pose M. Logoz, et qui préjugent toute la conduite du procès. Il ne pourra le faire qu'après mûr examen, sur la base d'un rapport écrit.

M. le Conseiller fédéral Schulthess estime que le point de vue du Conseil fédéral ne peut être que le suivant: les petites zones existent en droit et elles doivent subsister tant qu'elles n'auront pas été remplacées par un autre régime, par l'accord des parties. La position à prendre par la Suisse au procès consiste à revendiquer purement et simplement son droit aux petites zones. Quand cette demande sera tranchée, il appartiendra à la France de nous proposer un arrangement et nous pourrons faire des concessions dans la réplique. Pour traduire la situation en langage de procédure civile, nous actionnons la France en reconnaissance de notre droit aux petites zones; par demande reconventionnelle, la France réclame les droits résultant d'un contrat. Toute autre attitude de notre part serait dange-reuse.

M. le conseiller fédéral Motta fait observer que la Suisse ne peut pas contester que l'article 435 contient un *pactum de contrahendo*. C'est sur le sens et le contenu de ce pacte que porte tout le différend. Evidemment, le Conseil fédéral ne peut pas se prononcer d'emblée sur les questions posées. Pour le moment, il suffira de faire savoir à M. Logoz que le Conseil fédéral ne veut pas prendre d'ores et déjà position sur ces questions, mais qu'il lui donnera ses instructions en temps utile, pour le premier mémoire à présenter à la Cour de Justice internationale. D'ici là, il appartiendra à M. Logoz d'étudier les questions de droit en vue d'un rapport au Conseil fédéral.

Il n'est pas pris de décision pour le moment.

3. *Vgl. Nr. 110.*

E 2001 (B) 6/5

*Der schweizerische Generalkonsul in Shanghai, J. L. Isler, an den Chef
der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes, P. Dinichert*

S JLI/SR

Shanghai, 14 juillet 1925

En me référant à Votre dépêche du 28 avril¹ et en suite de mon télégramme du 8 juin, j'ai l'honneur de Vous faire connaître, conformément à Vos instructions, ma manière de voir au sujet des opinions favorables à l'abandon de la juridiction consulaire en Chine recueillies par M. le Ministre Rüfenacht; je crois devoir y ajouter quelques remarques que me suggère la nouvelle démarche faite par M. Lou-Tseng-Tsiang en vue d'obtenir la revision du Traité sino-suisse.

1. La note du Ministre de Chine à Berne du 7 février 1925² n'a, à mon sens, qu'une valeur purement extérieure; son but est, pour me servir de la phraséologie en usage en Extrême-Orient dans le cas de communications de ce genre, de «sauver la face» du Gouvernement de Pékin. Il ne saurait en avoir d'autre. En effet à l'époque où fut expédiée cette note, la Chine n'avait plus ni Gouvernement constitutionnel, ni constitution et le Parlement avait été purement et simplement mis à la porte par le Chef du Pouvoir exécutif provisoire, comme ayant outrepassé de huit ou neuf ans la durée de son mandat. Tous les actes du Parlement postérieurs à son rappel par le Président Li en août 1922 se trouvant ainsi entachés d'illégalité et le nouveau Gouvernement ne se souciant d'ailleurs nullement des décisions et résolutions prises par lui, l'argument que ce Gouvernement «se heurtera à des difficultés en appliquant le traité» me paraît insoutenable. Aussi bien ce traité a-t-il été appliqué dès juillet 1921 et n'a-t-il cessé d'être appliqué dans sa plénitude par la suite sans donner prise à la moindre difficulté malgré le vote contraire du Parlement. Et ce n'est certes pas aujourd'hui que la République, en pleine anarchie, doit faire face à l'action combinée de trois ou quatre Grandes puissances, sinon de toutes, qu'elle va se préoccuper d'une revision particulière du traité sino-suisse. Celui-ci partagera évidemment le sort des autres, conformément à la clause de la nation la plus favorisée, mais comme la Grande-Bretagne paraît avoir définitivement pris position en faveur du maintien de l'exterritorialité l'on est fondé à admettre qu'en fin de compte tout demeurera en l'état.

2. Le rapport de M. le Ministre Rüfenacht du 9 avril³ ne donne pas une idée très exacte de la situation faite aux Allemands en Chine de par le traité du 20 mai 1921. L'optimisme évident des renseignements fournis de source officielle à notre représentant à Berlin provient indubitablement de ce que le Gouvernement du Reich n'ayant pas renoncé de son plein gré à l'exterritorialité en Chine, mais bien

1. Nr. 40.

2. Nr. 11.

3. Vgl. Nr. 40, Anm. 4.

sous la contrainte des Puissances alliées et associées en 1919, cherche, autant que possible, à faire bonne mine à mauvais jeu. Ceci dit, voyons les faits.

La réforme de la procédure et de l'organisation judiciaire que mentionne M. le Ministre Rüfenacht n'existe que sur le papier. A l'exception des Cours Mixtes internationale et française de Shanghai, qui ont leur propre procédure et où le juge-asseur étranger a voix prépondérante dans tous les litiges touchant à des intérêts étrangers, il n'existe en Chine *aucun tribunal moderne* composé de juristes rendant la justice en vertu de principes de droit modernes. C'est là d'ailleurs le motif avéré pour lequel le Gouvernement de Pékin retarde depuis trois ans la venue de la Commission internationale d'enquête judiciaire instituée par la Conférence de Washington. Tant au civil qu'au pénal on se trouve encore aujourd'hui en présence d'un appareil judiciaire comparable tout au plus à celui que possédaient les Etats de l'Europe centrale au XV^{me} siècle – et encore les juges étaient-ils déjà alors des juristes – et la justice se vend le plus souvent à qui peut l'acheter. /... /⁴

Du reste si au dire des informateurs de M. le Ministre Rüfenacht la justice indigène est si remarquable dans ce pays-ci pourquoi recourir au moyen d'un arbitrage obligatoire pour tous les commerçants, obligatoire à tel point que ceux qui tentent de s'y soustraire se voient aussitôt boycottés dans les clubs et sociétés dont ils font partie? Pourquoi la clause arbitrale désigne-t-elle comme arbitre ou sur-arbitre le Consul Général ou le Consul du Reich? Ne sont-ce pas là bien plutôt les signes évidents d'un retour à une juridiction consulaire inofficielle et restreinte aux litiges civils entre ressortissants allemands? Et allons-nous réellement devoir recourir à de tels moyens de fortune, après nous être laissés leurrer par l'appât d'avantages économiques que la Chine nous offre en échange de la renonciation aux privilèges de l'exterritorialité, d'avantages qu'il a fallu le plus souvent lui arracher de force, qu'elle n'a pas octroyé aux Allemands et qu'elle ne nous donnera pas davantage? Car, si le commerce allemand a pu assez facilement reprendre pied en Chine malgré l'entrave du traité de 1921, cela est dû non à l'abolition de la juridiction consulaire mais bien plutôt à la possibilité de vendre meilleur marché que la concurrence étrangère et surtout à ce que les Allemands, mieux introduits que quiconque auprès de la clientèle indigène avant la guerre, n'ont eu qu'à reprendre en 1921 leurs anciennes relations. Or il en est tout autrement du commerce suisse, qui, insignifiant avant 1914, ne s'est développé que durant les dernières années de guerre et n'a pris véritablement son essor que lorsque, grâce à l'exterritorialité, la position incertaine de nos marchands s'est trouvée fixée d'une manière non-douteuse. C'est au commerce suisse, à son développement, à la sécurité de ses agents que le maintien de l'exterritorialité est d'un avantage primordial et je n'éprouve aucune hésitation à dire qu'à l'exception de quelques missionnaires, dont les intérêts sont autres, tous nos compatriotes de Chine s'élèveraient avec énergie contre une modification de l'état de choses existant.

4. Es folgt eine Schilderung von Einzelfällen.

Mon collaborateur M. Kaestli qui siège depuis un an à la Cour Mixte internationale en qualité d'assesseur spécial pour les causes allemandes Vous fera parvenir par un prochain courrier un rapport portant plus particulièrement sur l'administration de la justice à l'égard des Allemands de Shanghai⁵. J'ose espérer qu'au vu de ce rapport et sur la base de mon bref exposé d'aujourd'hui, le Département Politique voudra bien confirmer purement et simplement à M. Lou-Tseng-Tsiang la réponse qui lui a été faite le 14 août 1924⁶.

5. Nicht ermittelt.

6. Vgl. Nr. 11, Anm. 1. – *Der Verweser des schweizerischen Generalkonsulates in Shanghai, F. Kästli, teilte dem Politischen Departement am 12. 10. 1926 mit, dass die Kapitulationsmächte unter den herrschenden instabilen politischen Zuständen in China bis auf weiteres auf den bestehenden Exterritorialitätsrechten beharren würden. Er folgerte daraus: /.../ il y a, à mon avis, aucun intérêt qu'une suite ultérieure soit donnée à la correspondance échangée entre le Département Politique et la Légation de Chine à Berne au sujet de la ratification du traité sino-suisse et, éventuellement, de la suppression de la juridiction consulaire. Au cas où ladite Légation devait s'adresser à nouveau à Vous, il suffirait de lui confirmer la dernière réponse du Département Politique dans les termes indiqués par la lettre du Consul Général du 14 juillet 1925, tout en ajoutant que le Gouvernement suisse, vu les conclusions de la commission d'exterritorialité, ne se déciderait à renoncer à son droit d'exercer la juridiction consulaire, qu'après réorganisation du système judiciaire et de l'administration de la justice en Chine, conformément aux recommandations des experts (E 2001 (B) 6/8).*

68

E 2300 Den Haag, Archiv-Nr. 4

*Der schweizerische Gesandte im Haag, A. de Pury,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S Confidentiel.

La Haye, 16 juillet 1925

Dans un rapport politique, daté du 3 juillet, qui m'a été envoyé par la Division des Affaires Etrangères¹, j'ai lu avec grand intérêt un extrait d'une communication du 24 juin de notre Ministre à Bucarest, où est relaté le sentiment d'appréhension que cause aux Etats balkaniques et aux Etats situés aux confins orientaux de l'Allemagne le projet de Pacte de garantie. J'y ai lu, entre autres, cette phrase: «Il ne resterait donc à la France d'autres voies d'accès, pour venir en aide à son allié polonais, – à part la Suisse et l'Autriche, qui n'entrent pas en ligne de compte, – que la Serbie, par l'Adriatique, et le port de Salonique».

En causant de ces éventualités avec M. Max Huber, je l'ai trouvé inquiet de la

1. E 2001 (D) c 1, 1925. – *Es handelt sich dabei um den Aktenbestand Aussenpolitische Berichte von Bern an die schweizerischen Vertretungen im Ausland. Diese Sammelberichte des Politischen Departementes setzen sich aus Auszügen Politischer Berichte der schweizerischen Diplomaten zusammen.*

situation de la Suisse dans un conflit où la France se porterait au secours de la Pologne, si un Pacte de garantie, tel qu'il est envisagé aujourd'hui, venait à être signé. Il n'est pas d'avis que dans cette conjoncture «la Suisse n'entrerait pas en ligne de compte» et se demande si vraiment sa neutralité serait dans tous les cas respectée. Il craint que non, – à ce propos je n'ai pas caché ma surprise à M. Huber, car il me paraît que l'engagement d'épargner notre territoire pourrait difficilement être pris d'une façon encore plus catégorique qu'elle ne l'est –, et il a l'espoir que cette question est l'objet des préoccupations du Gouvernement Fédéral. Il vous aurait écrit à ce sujet, s'il n'était retenu par le souci de ne pas risquer d'encourir le plus léger reproche de se mêler de politique tant qu'il exerce ses fonctions à La Haye. Mais il m'a demandé de vous mettre confidentiellement au courant de son opinion.

Les appréhensions de la Hollande à l'égard du Pacte de garantie projeté devraient être à peu près pareilles aux nôtres. Je voudrais pouvoir vous dire ce que M. van Karnebeek en pense, mais déjà lors des élections il est resté invisible et est parti en congé la semaine dernière. Du reste personne ne sait encore s'il conservera son portefeuille. M. Colijn, qui n'est guère de ses amis, a été chargé aujourd'hui de chercher à former un Ministère. Quant à la Presse, je n'y ai encore lu, en la parcourant, rien d'important sur cette question au point de vue de la sécurité des Pays-Bas.

En terminant, je me permets de suggérer que vous vouliez bien consentir à nous entretenir un moment du Pacte de garantie à la réunion des Ministres du 28 août.

69

E 1004 1/296

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. Juli 1925*¹

1518. Einfuhrbeschränkungen. Abkommen mit Deutschland

Mündlich

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes teilt mit, der Handelssekretär Dankwort der deutschen Gesandtschaft habe gestern bei ihm vorgesprochen wegen des mit Deutschland getroffenen Abkommens über die Einfuhrbeschränkungen², wonach die sämtlichen Einfuhrbeschränkungen mit Ende September 1925 dahinfallen sollen³. Herr Dankwort führte aus, um nicht ändern

1. *Abwesend: Musy, Häberlin und Haab.*

2. Schweizerisch-deutsches Protokoll über die Einfuhrbeschränkungen vom 17.11.1924, in: AS 1924, NF 40, S. 479ff.

3. *In einem gleichzeitig überreichten Memorandum führte die deutsche Gesandtschaft aus:*

Nach dem gegenwärtigen Stand der deutschen Reichstagsverhandlungen über die sogenannte kleine Zolltarifnovelle glaubt die Deutsche Regierung mit der Annahme dieser Vorlage im Laufe

Staaten gegenüber auf dem Gebiet der Einfuhrbeschränkungen völlig wehrlos dazustehen, müsse Deutschland wünschen, über den 30. September hinaus noch einige Einfuhrbeschränkungen gegenüber der Schweiz wenigstens zum Schein aufrecht erhalten zu können. Aus seinen nähern Darlegungen ergab sich, dass die Waren, für welche Einfuhrbeschränkungen weiter bestehen sollen, entweder für die schweizerische Ausfuhr keine Bedeutung haben, oder dass Deutschland die Einfuhrbeschränkungen für andere Waren in einer Weise handhaben wird, die die schweizer. Ausfuhr tatsächlich nicht beeinträchtigt, es würde eben einfach alle schweizerischen Einfuhrgesuche für solche Waren bewilligen. Es wäre Deutschland erwünscht, hierüber mit der Schweiz durch einen Notenaustausch zu einer Einigung zu gelangen, und so die Kündigung des Abkommens über die Einfuhrbeschränkungen zu vermeiden, zu welcher es sich allerdings genötigt sehen würde, wenn diese Einigung nicht zu Stande kommen sollte. Auch die schweizerische Kommission für Einfuhrbeschränkungen ist einer Kündigung des Abkommens abgeneigt. Der Vorschlag Deutschlands erscheint übrigens durchaus annehmbar, namentlich, wenn, wie nicht zu bezweifeln, Deutschland darein einwilligt, dass auch die Schweiz einige ihrer Einfuhrbeschränkungen noch über den Endtag des Abkommens hinaus aufrecht erhalten könne und zwar nicht nur zum Schein. Unter dieser Voraussetzung kommt der Vorschlag Deutschlands der Schweiz sogar ganz gelegen, da sie ja noch mit Österreich und der Tschechoslowakei in Unterhandlungen wegen der Einfuhrbeschränkungen steht.

Schwieriger wird sich dagegen eine andere Frage mit Deutschland gestalten. Gegenwärtig steht im Reichstag eine Zolltarifnovelle zur Erörterung und der Stand der Verhandlungen ist der Art, dass mit der Inkraftsetzung dieses Erlasses auf 1. Oktober, allenfalls sogar schon auf einen früheren Zeitpunkt gerechnet werden muss. Beachtenswert daran ist unter anderem die Einführung von Landwirtschaftszöllen, namentlich auch von Getreidezöllen. Die Schweiz ist aber nicht das einzige Land, das Massnahmen zur Förderung des inländischen Getreidebaus treffen muss. Wenn infolge dieser Zölle die Lebenshaltung und damit die Produktionskosten in Deutschland steigen sollten, so wäre das für die Schweiz kein Unglück. Die Novelle bringt nun aber auch Industriezölle, die für die Schweiz von grosser Bedeutung sind. Ihre Bedeutung ist um so grösser, als die Ansätze des schweizerischen Gebrauchstarifs viel zu niedrig sind, um als Abwehrwaffe dienen zu können. Nun ist allerdings im Abkommen über die Einfuhrbeschränkungen vorgesehen, dass dieses Abkommen auf einen Monat gekündigt werden kann, wenn die andere Vertragspartei ihre Zollansätze erhöht, so dass die Einfuhr erschwert wird⁴. Allein die Kündigung des Abkommens und damit die Wiederge-

dieses Monats rechnen zu können. Sie erwartet daher, dass die Zollsätze der Novelle Ende September d.J. in Kraft treten werden, sodass es ihr alsdann möglich sein wird, entsprechend der in dem deutsch-schweizerischen Protokoll vom 17. November 1924 getroffenen Abrede der Schweiz gegenüber auf die noch aufrecht erhaltenen Einfuhrbeschränkungen zu verzichten und die Einfuhr aus der Schweiz von jedem Bewilligungsverfahren grundsätzlich freizustellen. /.../ (E 7110 1/29).

4. *Art. 3 des Protokolls lautet:* Zollerhöhungen des einen Teiles, die nach der Unterzeichnung dieses Protokolls erlassen werden und die geeignet sind, dem anderen Teil gegenüber einfuhrhin-

winnung der Handlungsfreiheit im Gebiet der Einfuhrbeschränkungen genügt nicht, um die Schweiz gegenüber der deutschen Zolltarifnovelle ausreichend zu wappnen. Es wird nötig sein, mit Deutschland zu verhandeln, um zu einer vorläufigen Regelung der Handelsbeziehungen zu gelangen, die für die Schweiz erträglich ist, bis es ihr gelingt, mit Deutschland einen Handelsvertrag abzuschliessen, was allerdings nicht leicht sein wird. Auch eine erträgliche vorläufige Regelung der Handelsbeziehungen wird aber nur dadurch zu erlangen sein, dass der schweizerische Gebrauchstarif zu einem tauglichen Verhandlungswerkzeug umgestaltet wird, was er zurzeit nicht ist. In welcher Weise dies geschehen kann, ist vorläufig nicht abgeklärt.

Auf Grund dieser Darlegungen ersucht der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements um die Ermächtigung, in einer Note an die deutsche Gesandtschaft zu erklären, dass die Schweiz dem Vorschlag Deutschlands wegen Fortdauer einzelner Einfuhrbeschränkungen über den 1. Oktober 1925 hinaus unter Vorbehalt des Gegenrechts zustimme, dass sie es für wünschbar erachte, im Hinblick auf das Inkrafttreten der deutschen Zolltarifnovelle mit Deutschland zu einer vorläufigen Regelung der Handelsverhältnisse zu gelangen, um Zeit für die Verhandlungen über einen eigentlichen Handelsvertrag zu gewinnen, und dass sie Eröffnungen Deutschlands über diesen Punkt entgegensehe.

Auf Grund der Beratung wird dem Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements die gewünschte Ermächtigung erteilt⁵.

dernd zu wirken, sind auf dessen Wunsch zum Gegenstand von Besprechungen zu machen. Kann dabei eine Einigung über die Zollerhöhungen nicht erzielt werden, so ist der andere Teil unter Beobachtung einer einmonatigen Kündigungsfrist zum Rücktritt von dieser Vereinbarung befugt.
5. Vgl. Nr. 72.

70

E 1004 1/296

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 21. Juli 1925¹

1558. Antifascistische Aktion in der Schweiz

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes erinnert an die kürzlich in der Presse erschienene Meldung, wonach mehrere Führer der sog. Aventinopposition sich aus Italien nach der Schweiz begeben hätten mit der Absicht, Lugano zum Mittelpunkt der antifascistischen Bewegung zu machen. Diese Meldung hat sich als übertrieben erwiesen. Immerhin ist dem oppositionellen Deputierten Amendola vom Gesandten in Rom das Passvisum nach der Schweiz erteilt worden. Herr

1. Abwesend: Musy und Haab.

Amendola hat bei Einholung des Visums den Zweck seiner Reise nicht angegeben. Da nicht geduldet werden darf, dass unser Land zum Tummelplatze für politische Aktionen von Ausländern werde², beabsichtigt das Departement, die Gesandtschaft anzuweisen, vor Erteilung des Visums an derart wichtige politische Persönlichkeiten jeweilen seine Instruktionen einzuholen. Allerdings besteht eine Gefahr einstweilen nicht. Das Politische Departement wird aber auch weiterhin der Angelegenheit seine volle Aufmerksamkeit schenken und wenn nötig in Verbindung mit dem Justiz- und Polizeidepartement diejenigen Vorkehren treffen, die den Verhältnissen angemessen erscheinen.

Es wird von diesen Ausführungen in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

2. Am 8.1.1925 informierte der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière, den Vorsteher des Politischen Departementes über einen Artikel in L'Idée Nazionale, in welchem sich der Chef der «fasci» in der Schweiz, R. Ferrata, über die Propaganda der Aventin-Opposition geäußert hatte: /.../ Il prétend même que des Italiens établis à l'étranger (en Suisse) parlent d'organiser des bandes armées pour descendre en Italie et conquérir le Gouvernement. Les Autorités suisses, dit M. Ferrata, ne peuvent empêcher que dans une mesure très limitée la campagne organisée contre l'Italie par les Italiens qui abusent de l'hospitalité helvétique. /.../ (E 2001 (B) 6/19).

71

E 1004 1/296

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 21. Juli 1925¹

1574. Provisorisches Abkommen mit der Tschechoslowakei betr. Abbau der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 17. Juli 1925

Im Verlaufe der letzten Zeit haben in Prag die Handelsvertragsunterhandlungen zwischen der Schweiz und der Tschechoslowakischen Republik begonnen². Anlässlich dieser Besprechungen hat sich nun auf beiden Seiten ein starkes Be-

1. Abwesend: Musy und Haab.

2. Die schweizerische Delegation berichtete am 6.6.1925 dem Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes: /.../ Die formelle Eröffnungssitzung hat /.../ am 4. ds. stattgefunden. Dabei hat sich /.../ gleich gezeigt, dass man in Prag über unsere Verhältnisse so schlecht informiert und für die Verhandlungen so schlecht vorbereitet ist, dass auf eine erspriessliche Arbeit vorderhand kaum gerechnet werden kann. Wir mussten den Herren in dieser ersten Sitzung zunächst ein längeres Exposé über unsere Zollverhältnisse und unsere Handelspolitik abgeben, da man weder über die Bedeutung unseres Gebrauchstarifs noch über diejenige des Generaltarifentwurfs auch nur ungefähr im Klaren zu sein schien. /.../ (E 7110 1, 118).

In Bezug auf die eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen gelangte man in dieser ersten Verhandlungsetappe nicht über das Stadium einer ersten Lesung des Vertragsentwurfes hinaus (GBer 1925, S. 499). Zur Fortsetzung der Verhandlungen vgl. Nr. 135.

dürfnis geltend gemacht, im gegenseitigen Handelsverkehr schon heute die immer noch bestehenden Ein- und Ausfuhrbeschränkungen möglichst abzubauen³. Im Einverständnis mit dem eidg. Volkswirtschaftsdepartement haben deshalb die schweizerischen Unterhändler vorletzte Woche in Wien mit der tschechoslowakischen Handelsdelegation ein Abkommen⁴ besprochen und schliesslich zum Abschlusse gebracht, welches, einem eigentlichen Handelsvertrag vorgängig, bestimmt ist, bis zu dessen Inkrafttreten die heute noch in beiden Staaten bestehenden Ein- und Ausfuhrbeschränkungen nach Möglichkeit wegfallen zu lassen, ähnlich wie dies im Abkommen vom 17. November 1924 mit Deutschland⁵ geschehen ist.

Während sich die beidseitigen Delegationen verhältnismässig rasch darüber einigen konnten, dass eine Beschränkung der gegenseitigen Ein- und Ausfuhr nach der Menge nicht mehr gerechtfertigt sei und deshalb auch nicht mehr durchgeführt werden solle, so bot die formelle Seite des Abkommens nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten. Die tschechoslowakische Regierung hat nämlich mit einer ganzen Reihe von Staaten derartige Abkommen über Ein- und Ausfuhrbeschränkungen abgeschlossen und erklärte, sie müsse diesen Abkommen, insbesondere der darin enthaltenen Meistbegünstigungsklausel, sorgfältig Rechnung tragen. Sie könne daher verschiedene wichtige Bestimmungen über die Einräumung der materiellen Ein- und Ausfuhrfreiheit gegenüber der Schweiz nicht in das Abkommen selber aufnehmen, sondern müsse vorschlagen, dieses durch Austausch von Noten zwischen den Vorsitzenden der beiden Delegationen zu erläutern und zu präzisieren, durch Noten, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt seien und nicht zur Kenntnis ihrer übrigen Vertragsstaaten gelangen sollten.

Der tschechoslowakische Vorschlag ging dahin, hinsichtlich der *Einfuhr von schweizerischen Waren in die Tschechoslowakische Republik* aus der Gesamtliste der unter Einfuhrbeschränkung stehenden Waren zunächst einmal diejenigen zu streichen, die für die schweizerische Ausfuhr keinerlei Bedeutung haben. Die für die schweizerische Ausfuhr wichtigen Waren sollten dann in drei Listen aufgestellt werden, welche materiell gleich zu behandeln seien, d. h. eine quantitative Beschränkung der Einfuhr nicht erleiden sollten, formell aber eine verschiedene Behandlung erfahren müssten. In die Liste I wären diejenigen Waren aufzunehmen, für welche ein Einfuhrgesuch nicht gestellt und eine Einfuhrgebühr nicht bezahlt zu werden brauche, für welche also neben der materiellen Freiheit der Einfuhr auch die formelle zugestanden werden könne. Die Liste II solle diejenigen Waren enthalten, deren Einfuhr dem sogenannten Bewilligungsverfahren unterworfen ist, für die also ein Einfuhrgesuch gestellt und die sogenannte Manipulationsgebühr bezahlt werden muss. Die Liste III endlich würde einige wenige

3. Zur Situation auf dem Gebiet der schweizerischen Einfuhrbeschränkungen vgl. GBer 1925, S. 486f.

4. Text des am 9. 7. 1925 in Wien abgeschlossenen provisorischen Abkommens über das Bewilligungsverfahren im Handelsverkehr zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Tschechoslowakischen Republik (einschliesslich Warenlisten) in: AS 1925, NF 41, S. 488ff.

5. Abkommenstext in: AS, 1924, NF 40, S. 479ff.

Waren enthalten, für deren Einfuhr der Schweiz Kontingente eingeräumt würden, wobei aber diese Kontingente so bemessen werden könnten, dass jedem schweizerischen Ausfuhrbedürfnis voll Rechnung getragen würde.

Das Abkommen hat nun grundsätzlich diese Unterscheidungen aufgenommen und es ging das Bestreben der schweizerischen Delegation dahin, möglichst viele der wichtigsten schweizerischen Exportartikel auf die Liste I zu bringen und damit von der Einholung einer Bewilligung und der Bezahlung einer Einfuhrgebühr zu befreien. Dies ist denn auch in weitgehendem Masse gelungen. So stehen auf dieser Liste I, um nur die wichtigsten Waren zu nennen: Käse, Obst, Schokolade, feine und feinste Baumwollgewebe, Bandwaren, einzelne Arten von Stickereien und Spitzen, Kunstseide, Seidengewebe, Hüte, verschiedene Artikel der Papierindustrie, eine Reihe der wichtigsten Maschinen und Apparate, Uhren und verschiedene Chemikalien. Ganz besonders sind dabei die Uhren hervorzuheben, die bisher einem umständlichen Bewilligungsverfahren unterworfen waren und neben dem Zoll noch eine besondere Manipulationsgebühr von 5% des Wertes zu bezahlen hatten.

Bei den Waren der Liste II konnten die bestehenden, zum Teil sehr beträchtlichen Einfuhrgebühren fast durchwegs ermässigt werden, so dass sie nun für den grössten Teil der Liste nur noch ½% des Wertes betragen. Die herabgesetzten Gebühren sind in die Liste aufgenommen und dort im Sinne von Höchstansätzen gebunden worden.

Was endlich die Liste III anbelangt, so handelt es sich um einige wenige für die Schweiz nicht besonders wichtige Waren, für die übrigens Kontingente festgesetzt sind, die unsern Bedürfnissen reichlich Rechnung tragen. Auch dort wurden die herabgesetzten Gebühren nach der Höhe begrenzt.

Diese sachliche Regelung kommt nun im Abkommen selber nur unvollständig zum Ausdruck. Hinsichtlich der Listen I und II wird von der Fiktion zu vereinbarenden Kontingente ausgegangen mit dem Beifügen, dass bis zum Abschluss einer solchen Kontingentsvereinbarung die Einfuhr wohlwollend zugelassen werde. In zwei Begleitnoten (Beilagen 1 und 2 zum Abkommen) ist dieser Begriff «wohlwollend» im oben angeführten Sinne genau festgelegt⁶. Immerhin konnte mit Mühe erreicht werden, dass für die Waren der Liste I der Wegfall der Einfuhrgebühren ins Abkommen selber aufgenommen wurde. Über die Liste III gibt das Abkommen erschöpfenden Aufschluss.

Die schweizerische Delegation bemühte sich im weitern, auch für die *Ausfuhr tschechoslowakischer Waren nach der Schweiz* möglichst weitgehende Erleichterungen gegenüber der bisherigen Handhabung der Ausfuhrverbote zu erhalten. Das ist in folgender Weise geschehen: Im Abkommen selber wird eine wohlwollende Erledigung schweizerischer Ausfuhrgesuche zugesagt und in der Begleitno-

6. In diesen zwei Noten des tschechoslowakischen Delegationsleiters an den Chef der schweizerischen Delegation wird ausgeführt: [...] Jusqu'au moment où les quantités d'importation seront convenues entre les deux Gouvernements, l'importation des marchandises suisses énumérées à la liste I /bzw. II/ sera admise au décompte de ces quantités à convenir [...] sans limitation des quantités [...] / (K I., Nr. 1255).

te (Beilage 3 zum Abkommen) wird zugesichert, dass für die darin aufgezählten, für die Schweiz wichtigen Waren Ausfuhrbewilligungen ohne Einschränkung nach der Menge erteilt und für die Erteilung der Ausfuhrbewilligung nicht höhere als die vereinbarten Gebühren verlangt werden.

Was nun die *Einfuhr tschechoslowakischer Waren in die Schweiz* anbelangt, so wurde zugesichert, dass für die noch unter Einfuhrbeschränkung stehenden Waren Einfuhrbewilligungen ohne Einschränkung nach der Menge erteilt würden. Diese Verpflichtung ist enthalten unter B des Abkommens in Verbindung mit einer Note (Beilage 6 zum Abkommen). Von dieser Verpflichtung bestehen Ausnahmen in doppelter Richtung: Einerseits geht für Leder und Schuhe die Verpflichtung der Schweiz nur so weit, die Einfuhr nicht ungünstiger zu behandeln als bisher, sie dagegen in dem Momente vollständig frei zu geben, wo die Tschechoslowakei das heute noch bestehende Ausfuhrverbot für Häute und Felle aufhebt. Gestützt auf die vorliegenden besondern Verhältnisse bei den Positionen 714 und 721 (Rundeisen und Fassoneisen) beschränkt sich die schweizerische Verpflichtung darauf, die Tschechoslowakei nicht ungünstiger zu behandeln als Frankreich oder Belgien. Andererseits wurde zugesagt, für zwei wichtige tschechische Exportartikel, nämlich Glaswaren und gebogene Möbel, eine allgemeine Einfuhrbewilligung zu erteilen und damit die Einfuhr auch formell frei zu geben. Es bedeutet dies bei den Möbeln kein Opfer, bei den Glaswaren mit Rücksicht auf die Einfuhr aus Deutschland, die damit ebenfalls frei wird, eine gewisse, aber durchaus erträgliche Beeinträchtigung unserer Glasindustrie. Sodann haben sich die schweizer. Delegierten bereit erklärt, für tschechische Waren, die in ganzen Wagenladungen mit direktem Frachtbrief und begleitet von einem Ursprungszeugnis durch Deutschland oder Österreich in die Schweiz gelangen, auf das Bewilligungsverfahren zu verzichten. Ein ähnliches Abkommen ist kürzlich für belgische, holländische und skandinavische Waren, die durch Deutschland nach der Schweiz kommen, getroffen worden. Im weitem wurde die Verpflichtung übernommen, die heute bestehenden Einfuhrgebühren nicht zu erhöhen.

Was die *Ausfuhr schweizerischer Waren nach der Tschechoslowakei* anbelangt, so wurde eine wohlwollende Berücksichtigung allfälliger Ausfuhrgesuche und die Beibehaltung der gegenwärtigen Ausfuhrgebühren zugesichert.

In seinem *allgemeinen Teil* enthält das Abkommen noch Bestimmungen, wonach im Ein- und Ausfuhrverhältnis und hinsichtlich der Ein- und Ausfuhrgebühren für beide Staaten der Grundsatz der Meistbegünstigung gilt, ferner die in den Handelsverträgen übliche Klausel, wonach für bestimmte aussergewöhnliche Fälle Ausnahmen zulässig sind, dass man nötigenfalls gegenseitig Ursprungszeugnisse verlangen dürfe, und endlich dass beide Parteien bereit seien, jederzeit in Verhandlungen über weitere Erleichterungen einzutreten.

Das Abkommen unterliegt der Genehmigung durch die beiden Regierungen und soll am Tage der Auswechslung der Genehmigungsurkunden in Kraft treten. Es ist jederzeit auf drei Monate kündbar.

Die vom Bundesrat bestellte Expertenkommission für Einfuhrbeschränkungen hat in ihrer letzten Sitzung einstimmig beschlossen, dem Bundesrat die Ratifikation des für die Schweiz unlegbar vorteilhaften Abkommens zu empfehlen.

Antragsgemäss wird *beschlossen*:

Das am 9. Juli 1925 in Wien zwischen schweizerischen und tschechoslowakischen Delegierten abgeschlossene Abkommen über den gegenseitigen Ein- und Ausfuhrverkehr wird genehmigt und das Volkswirtschaftsdepartement zum Austausch der Ratifikationsurkunden mit der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Bern ermächtigt⁷.

7. Das Abkommen trat am 1.8.1925 in Kraft.

72

E 7110 1/29

Das Volkswirtschaftsdepartement an die deutsche Gesandtschaft in Bern

Kopie

Bern, 23. Juli 1925

MEMORANDUM

Das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat vom Memorandum Kenntnis genommen, welches die deutsche Gesandtschaft ihm am 16. Juli überreichte¹, und beehrt sich, darauf die folgenden Mitteilungen zu machen:

1. Die Schweiz müsste sich, wenn deutscherseits eine Kündigung des Abkommens vom November 1924 ausgesprochen würde, vorbehalten, zu prüfen, ob eine solche nach Wortlaut und Sinn der getroffenen Abmachungen zulässig wäre. Sie ist indessen bereit, Vorschläge der deutschen Regierung über die formelle Aufrechterhaltung einiger, namentlich der im Memorandum der deutschen Gesandtschaft bezeichneten Einfuhrbeschränkungen über den 30. September hinaus in Erwägung zu ziehen. Sie muss sich jedoch selbstverständlich vorbehalten, auch ihrerseits eine Anzahl von Einfuhrbeschränkungen über das bezeichnete Datum hinaus weiter bestehen zu lassen.

Das eidg. Volkswirtschaftsdepartement schlägt vor, dass über die Modalitäten des Weiterbestandes einiger Einfuhrbeschränkungen Ende August Besprechungen stattfinden. Es hofft, dass es möglich sein wird, eine Lösung zu finden, die für die beiden Teile annehmbar ist.

2. Das eidg. Volkswirtschaftsdepartement verweist auf die Mitteilung, die die schweizerische Gesandtschaft in Berlin dem Auswärtigen Amt neulich gemacht hat und gestattet sich, darauf hinzuweisen, dass man beim Abschluss des Abkommens vom November letzten Jahres davon ausgegangen ist, dass die Einfuhrbeschränkungen nicht durch Zollerhöhungen ersetzt werden sollen. Nur so erklärt sich Art. 3. des Abkommens, wo selbst vorgesehen ist, dass Besprechungen eingeleitet würden, wenn Zollerhöhungen des einen Teils, die nach der Unterzeichnung jenes Protokolls erlassen werden und die geeignet sind, gegenüber dem andern Teil einfuhrhindernd zu wirken, und wonach, wenn eine Einigung nicht er-

1. Vgl. Nr. 69, Anm. 3.

zielt werden kann, der andere Teil unter Beobachtung einer einmonatigen Kündigungsfrist zum Rücktritt der im November 1924 abgeschlossenen Vereinbarung befugt sein soll.

Wie im Memorandum der deutschen Gesandtschaft mitgeteilt wird, beabsichtigt nun die deutsche Regierung, auf den 1. Oktober einen neuen Zolltarif in Kraft treten zu lassen, der, so viel sich nach den Veröffentlichungen beurteilen lässt, sicherlich einfuhrhindernd wirken würde. Diese Massregel ist umso schwerwiegender, da es sich offenbar nicht nur um einzelne Zollerhöhungen, sondern eigentlich um den Erlass eines neuen Zolltarifs zu handeln scheint.

Das eidg. Volkswirtschaftsdepartement gestattet sich daher, darauf aufmerksam zu machen, dass durch dieses Vorgehen der Wert der Abschaffung der Einfuhrbeschränkungen sehr beeinträchtigt, ja sogar illusorisch werden könnte, und es muss für alle Fälle für die Schweiz die Rechte vorbehalten, die sich aus den Bestimmungen des Abkommens vom November 1924 ergeben, ja sogar je nach dem Umfang und der Bedeutung der eintretenden Zollerhöhungen sich die Frage vorlegen, ob jenes Abkommen nicht ohne weiteres dahinfällt. Es bittet die deutsche Gesandtschaft, eine Erklärung der deutschen Regierung zu veranlassen, durch welche eine Abklärung der Absichten über die Inkraftsetzung des Zolltarifs erfolgt und speziell auch darüber, ob die deutsche Regierung Vorschläge über einen modus vivendi zu machen gedenkt, der für die Übergangszeit bis zum Abschluss von Verhandlungen die Handelsbeziehungen erleichtern würde.

Das eidg. Volkswirtschaftsdepartement kann übrigens nicht annehmen, dass die deutsche Regierung, ganz abgesehen von den Bestimmungen des Einfuhrabkommens, die Absicht habe, einen neuen Generaltarif gegenüber der Schweiz in Kraft treten zu lassen, bevor der Versuch gemacht worden wäre, die wirtschaftlichen Beziehungen vertraglich zu regeln.

Das eidg. Volkswirtschaftsdepartement wäre der deutschen Gesandtschaft zu Dank verpflichtet, wenn es über die aufgeworfenen Fragen eine befriedigende Erklärung der deutschen Regierung erhalten könnte².

2. Vgl. Nr. 73.

73

E 7110 1/29

Die deutsche Gesandtschaft in Bern an das Volkswirtschaftsdepartement

Bern, 24. Juli 1925

MEMORANDUM

Die Deutsche Regierung hat davon Kenntnis genommen, dass die Schweizerische Regierung gemäss dem der Deutschen Gesandtschaft in Bern am 23. d. M. übergebenen Memorandum¹ bereit ist, der formellen Aufrechterhaltung einiger

1. Nr. 72.

deutscher Einfuhrbeschränkungen über den 30. September d.J. hinaus ihre Zustimmung zu geben und dass sie sich vorbehalten hat, auch ihrerseits über das bezeichnete Datum hinaus eine Anzahl schweizerischer Einfuhrbeschränkungen weiter bestehen zu lassen. Über die Modalitäten des Weiterbestandes dieser gegenseitigen Einfuhrbeschränkungen sollten Ende August d.J. Besprechungen der beiderseitigen Regierungen eingeleitet werden.

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat in seinem oben erwähnten Memorandum ferner die Deutsche Gesandtschaft um Auskunft gebeten, zu welchem Zeitpunkte die Deutsche Regierung die Inkraftsetzung der sogenannten deutschen kleinen Zolltarifnovelle beabsichtigt und ob die Deutsche Regierung bereit ist, über die Abänderung der geplanten neuen deutschen Zölle mit der Schweizerischen Regierung alsbald in Verhandlungen einzutreten. Im Auftrage der Deutschen Regierung beehrt sich die Deutsche Gesandtschaft mitzuteilen, dass nach dem gegenwärtigen Stand der deutschen Reichstagsverhandlungen voraussichtlich die neuen deutschen Zölle für Getreide, Mehl und Malz, eventuell auch für Vieh, Fleisch und für Zucker, 14 Tage nach der Anfang August d.J. zu erwartenden Verkündung des Zolltarifgesetzes in Kraft treten werden. Der Zeitpunkt der Inkraftsetzung der übrigen Zölle steht noch nicht fest, ist aber frühestens für den 20. September d.J. zu erwarten, da die Deutsche Regierung allein für die Ausarbeitung der notwendigen Anweisungen an die deutschen Zollstellen mindestens 6 Wochen benötigen wird. Wenn das schweizerische Memorandum vom 23. d.M. im Zusammenhang mit der bevorstehenden Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen auf den Inhalt des Artikels 3 des schweizerisch-deutschen Wirtschaftsprotokolls vom 17. November v.J. hinweist, so ist die Deutsche Gesandtschaft zu der Erklärung ermächtigt, dass die Deutsche Regierung bereit ist, in entsprechende zolltarifrische Besprechungen einzutreten. Die Deutsche Regierung muss aber schon jetzt darauf hinweisen, dass etwa vereinbarte Abänderungen der neuen deutschen Tarifsätze in Deutschland der parlamentarischen Genehmigung bedürfen würden und daher nicht gleichzeitig mit Inkrafttreten der deutschen Zolltarifnovelle wirksam werden könnten. Da bei solchen Besprechungen auch deutsche Wünsche zu den geltenden schweizerischen Zollsätzen vorzubringen sein würden, beehrt sich die Deutsche Regierung der Schweizerischen Regierung die Aufnahme von Tarifverhandlungen zu einem noch näher zu vereinbarenden Zeitpunkte in Vorschlag zu bringen. Der Schweizerische Gesandte in Deutschland, Herr Minister Dr. Rüfenacht, ist in letzter Zeit in der gleichen Angelegenheit auch im Auswärtigen Amt in Berlin im Auftrage der Schweizerischen Regierung vorstellig geworden. Die Deutsche Gesandtschaft ist daher beauftragt, diese Ausführungen der Schweizerischen Regierung zugleich als Antwort auf den Schritt des Gesandten Dr. Rüfenacht in Berlin zur Kenntnis zu bringen.

Die Deutsche Regierung hegt zur Zeit nach dem Stand der parlamentarischen Verhandlungen keinen Zweifel darüber, dass das Plenum des deutschen Reichstages die Zolltarifnovelle annehmen wird. Da sie jedoch mit der Möglichkeit rechnen muss, dass die letzte Abstimmung im Plenum des deutschen Reichstages über die Zolltarifnovelle erst am 3. oder 4. August d.J. erfolgen kann, würde viel-

leicht bis zum Ablauf dieses Monats die förmliche Voraussetzung für die Entscheidung über eine etwa notwendige Kündigung oder Nichtkündigung des schweizerisch-deutschen Wirtschaftsprotokolls vom 17. November v. J. noch nicht gegeben sein. Die Deutsche Gesandtschaft ist aus diesem Grunde beauftragt, die Schweizerische Regierung um eine Auskunft darüber zu bitten, ob sie damit einverstanden sein würde, dass eine Kündigung des in Rede stehenden Abkommens mit Wirkung vom 30. September d. J. ab nötigenfalls noch einige Tage später erfolgen könnte².

2. Vgl. Nr. 74.

74

E 7110 1/29

Das Volkswirtschaftsdepartement an die deutsche Gesandtschaft in Bern

Kopie

Bern, 27. Juli 1925

MEMORANDUM

Das Eidgen. Volkswirtschaftsdepartement hat von den Mitteilungen, die im Memorandum der Deutschen Gesandtschaft vom 24. Juli¹ enthalten sind, Kenntnis genommen.

Es beehrt sich, unter Verweisung auf sein früheres Memorandum vom 23. Juli² folgendes zu bemerken:

1. Das Eidgen. Volkswirtschaftsdepartement hat nicht erwartet, dass wichtige Zollerhöhungen von der Deutschen Regierung gegenüber der Schweiz in Kraft gesetzt würden, ohne dass die Möglichkeit einer vorherigen Besprechung und Abänderung geboten worden wäre. Ein solches Verfahren würde doch wohl dem Sinne des Art. 3 des Abkommens vom November 1924³ nicht entsprechen und es war bisher, speziell beim Erlass eines neuen Generaltarif, nicht üblich.

Es sei überdies beispielsweise an die Folgen erinnert, die durch die Inkraftsetzung der Viehzölle im Laufe des Monats August für den Export, aber auch den Bezug von Zuchtvieh aus der Schweiz entstehen, ein Verkehr, der gerade dann einsetzt.

Falls die Deutsche Regierung aus bestimmten Gründen darauf beharren sollte, ihren Tarif ohne weiteres einzuführen, so würde sie es wohl selbst als billig erachten, auf bestimmten die Schweiz besonders interessierenden Positionen vorübergehend und bis zum Abschluss eines Abkommens Erleichterungen eintreten zu lassen, da die Verhandlungen und die parlamentarische Ratifikation, die als notwendig erklärt wird, geraume Zeit in Anspruch nehmen würden und so der Warenaustausch während längerer Zeit erheblich behindert werden könnte.

1. Nr. 73.

2. Nr. 72.

3. Vgl. Nr. 69, Anm. 4.

Für den Fall der Inkraftsetzung eines neuen, die Ausfuhr nach Deutschland hindernden Tarifes müsste sich selbstverständlich auch die Schweiz ihre volle Handlungsfreiheit vorbehalten, ohne damit auf den aufrichtigen Wunsch zu verzichten, dass es gelingen werde, auf dem Wege von Verhandlungen die gegenseitigen Handelsbeziehungen zur Befriedigung beider Teile ordnen zu können.

2. Das Eidgen. Volkswirtschaftsdepartement ist zu seinem lebhaften Bedauern nicht ermächtigt, den Kündigungstermin für das November-Abkommen hinauszuschieben, da hiezu eine Abänderung desselben nötig wäre und eine solche nunmehr, zumal während der Abwesenheit des Departementsvorstehers, nicht mehr rechtzeitig vorgenommen werden könnte. Eine solche Hinausschiebung erscheint übrigens im Hinblick auf die beidseitigen Erklärungen über die Aufrechterhaltung einiger Einfuhrbeschränkungen, für die Zeit nach dem 30. September, ohne Bedeutung zu sein⁴.

4. Zur Antwort der deutschen Gesandtschaft vgl. Nr. 81.

75

E 1004 1/296

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 28. Juli 1925¹

1607. Zwischenfall in Locarno.

Politisches Departement. Mündlich

Herr Bundesrat Motta berichtet, dass wegen des derzeitigen starken Verkehrs auf dem schweizerischen Teil der Centovallibahn hie und da Beamte der Impresa Subalpina, d. h. derjenigen Bahngesellschaft, welche den auf italienischem Gebiet gelegenen Teil der Locarno–Domodossola-Bahn bedient, auch zum Dienst auf der schweizerischen Strecke herangezogen werden müssen. So waren letzten Sonntag in einem Zuge Domodossola–Locarno auch zwei oder drei Beamte italienischer Nationalität aushülfswise beschäftigt, die einer faszistischen Organisation angehören und unter ihrer Uniform das schwarze Hemd trugen. Bei ihrer Ankunft in Locarno bemerkten dies einige Sozialisten und stellten sie zur Rede. Es entstand ein kurzer Wortwechsel, der jedoch nicht zu Weiterungen führte. Die «Libera Stampa» meldete den Vorfall ihren Lesern, wobei sie an Herrn Staatsrat Raimondo Rossi, Chef des Polizeidepartements des Kantons Tessin, und an den Vorsteher des eidgenössischen Politischen Departements die Frage richtete, was sie zu tun gedenken, um derartige Zwischenfälle, zu denen der italienische Faschismus Anlass gebe, inskünftig zu verhindern.

Zweifellos darf diesem Vorkommnis keine allzu grosse Bedeutung beigemessen

1. Abwesend: Haab, Musy und Schulthess.

werden und es ist anzunehmen, dass die betreffenden Bahnbediensteten rein zufällig und ohne Absicht einer Provokation oder Propaganda mit dem Faszistenhemde bekleidet dienstlich nach Locarno gefahren sind. Andererseits kann aber nicht länger geduldet werden, dass das Tragen der faszistischen Uniform oder faszistischer Abzeichen auf Schweizerboden Reibereien zwischen den Faszisten und ihren Gegnern verursacht². Herr Motta benützte daher den gestrigen Besuch des italienischen Gesandten bei ihm, um diesen auf den neuen Zwischenfall sowie auf das Unerfreuliche derartiger Vorfälle für unser Land aufmerksam zu machen. Herr Garbasso bat den Vorsteher des Politischen Departements, er möchte ihm in einem persönlichen Schreiben von diesem Vorfalle Kenntnis geben, damit er gestützt hierauf seiner Regierung die Ergreifung der durch die Verhältnisse gebotenen Vorkehren nahelegen könne³. Diesem Wunsche entsprach Herr Motta.

In der Beratung wird bemerkt, es wäre doch sehr zu wünschen, dass sich Zwischenfälle, wie sie am letzten Sonntag und auch schon früher vorgekommen sind, inskünftig nicht mehr wiederholen. Sonst müssten vielleicht einmal auf anderm Weg, als auf dem eines privaten Schreibens des Vorstehers des Politischen Departements an den italienischen Gesandten, Vorstellungen erhoben werden.

Im übrigen wird von den Ausführungen des Vorstehers des Politischen Departements in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

2. Mit Kreisschreiben vom 12. 6. 1924 gab der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes den Kantonsregierungen Richtlinien betreffend das Tragen von faschistischen Insignien bekannt (E 4001 (A) 1/39).

3. Zur Antwort des italienischen Gesandten vgl. Nr. 85.

76

E 2300 Rom, Archiv-Nr. 25

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 1^{er} août 1925

Avant de partir de Rome j'ai demandé une audience au Président du Conseil, qui me l'a immédiatement accordée.

Il m'a reçu hier dans son bureau du Palais Chigi avec une particulière affabilité. Je l'ai trouvé maigre et pâli, mais conservant toujours sa même vivacité.

Je lui ai rappelé que ma dernière visite avait eu pour but de lui soumettre une fois de plus la question de la révision de la Convention du Gothard. Depuis lors, j'avais appris par le Marquis Paulucci que sa décision avait été négative. Le Président s'en est montré surpris et m'a avoué qu'il n'avait pas eu le temps, vu sa maladie, de lire le mémoire que je lui avais présenté¹. Il ignorait tout de cette

1. Vgl. Nr. 12.

question. Le Marquis P. s'était donc trompé. Le Président m'a promis d'examiner à nouveau cette affaire que je lui ai brièvement exposée, et de me répondre au plus tôt.

Le second point sur lequel j'ai attiré son attention était celui des difficultés de plus en plus grandes faites aux Suisses qui viennent chercher du travail en Italie. Ce problème a été exposé tout au long au Département Fédéral de Justice et Police, qui est au courant de toutes nos démarches. Mr. M. a paru pénétré de tous nos arguments et a blâmé certaines réponses qui nous ont été faites tout récemment dans des cas de cet ordre, même pour de malheureuses gouvernantes auxquelles on refuse le visa de leur passeport sous prétexte qu'elles viennent enlever du travail aux Italiennes. Il m'a promis d'envoyer immédiatement une circulaire aux Préfets afin de leur recommander d'être beaucoup plus larges à l'égard de nos compatriotes. Des instructions analogues devront être données, je l'espère bien, aux Consuls d'Italie en Suisse.

Ce n'est pas l'invasion suisse, c'est l'invasion allemande que Mr. M. paraît redouter à cette heure. Il s'est, à ce propos, élevé avec vivacité contre le sans-gêne et la mauvaise tenue des touristes allemands qui envahissent par milliers toute l'Italie, et m'a cité à ce sujet des détails assez piquants.

Sur la situation générale de l'Europe, Mr. M. ne se montre point rassuré. C'est la raison pour laquelle il ne peut pas songer à prendre des vacances. La tension germano-polonaise, l'éternel problème franco-allemand, le préoccupent tout particulièrement. En outre, la crise qui se prépare en Angleterre et celle qui lui paraît inévitable en Allemagne, la première d'ordre social, la seconde d'ordre financier, l'inquiètent beaucoup pour les répercussions qui peuvent en résulter dans l'Europe entière. En somme, a-t-il dit, c'est l'Italie qui présente le tableau le plus rassurant à cette heure-ci, surtout au point de vue de l'ordre public. Il n'y a plus de grèves; il n'y a plus de chômage; certaines fabriques ont beaucoup de peine même à trouver des ouvriers, comme la «Fiat» à Turin, qui arrive à produire des centaines de voitures par jour. Même pour certains travaux publics on éprouve des difficultés à trouver le nombre suffisant de travailleurs. (J'ai tiré parti de cet argument en faveur de nos compatriotes qui viennent chercher du travail en Italie).

En somme, le Président se montre très optimiste pour l'Italie et assez sombre sur la situation générale de l'Europe. Je me réserve de vous donner de vive voix d'autres détails sur cet entretien que je résume très sommairement.

E 2001 (C) 1/18

*Der Verweser des schweizerischen Generalkonsulates in Shanghai, F. Kästli,
an den Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert*

S FK.

Shanghai, 4. August 1925
(Ankunft: 21. August 1925)

Unter Bezugnahme auf Herrn Generalkonsul Islers Schreiben vom 18. Juli und mein Telegramm vom 3. August¹ mit dem Wortlaut

«POLITIQUE BERNE BENTLEY ISLERS LETTER JULY 18 RE WASHINGTON TREATY STOP SHOULD ABOLITION EXTERRITORIALITY BE DISCUSSED TOGETHER WITH CUSTOMS TARIFF CONFERENCE LIKELY TO BE HELD END THIS YEAR SUGGEST URGING SWISS LEGATION WASHINGTON TAKE IMMEDIATE STEPS TO SECURE OFFICIAL INVITATION OF SWITZERLAND STOP SUCH CONFERENCE WOULD INTEREST ALSO NONSIGNATORY POWERS TO WASHINGTON TREATY SUCH AS SWEDEN DENMARK NORWAY SPAIN SWITZERLAND WHO ENJOY EXTERRITORIALITY AND SHOULD THEREFORE BE REPRESENTED ON PLANNED CONFERENCE STOP SUGGEST JOINT ACTION WITH INTERESTED POWERS»

beehe ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen.

Nach hiesigen Pressemeldungen ist mit der Möglichkeit zu rechnen, dass in der auf das kommende Jahresende erwarteten Zolltarifkonferenz, an welcher unter Umständen auch über die Finanzlage der Chinesischen Republik beraten werden soll, ebenfalls die Frage der Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit zur Sprache kommt. Da einerseits die beiden letzten Traktanden – chinesische Staatsfinanzen und Konsularjurisdiktion – den im Washingtoner Vertrag² vorgesehenen Aufgabenkreis einer solchen Konferenz überschreiten und andererseits die Schweiz an der Frage eines Verzichtes auf das Vorrecht der Exterritorialität lebhaft interessiert ist, habe ich es für nötig erachtet, Sie über die Sachlage telegraphisch zu informieren. Diese hat sich nämlich seit Abreise des Postenchefs insoweit verändert, als inzwischen die Vereinigten Staaten erklärt haben, den Washingtoner Vertrag am 5. August ratifizieren zu wollen, womit alle formellen Hindernisse zur Einberufung der Zolltarifkonferenz behoben würden. Die Konferenz könnte, wie im Verträge vereinbart, bereits drei Monate nach Austausch der Ratifikationsurkunden stattfinden, d. h. frühestens am 5. November 1925. Obwohl die Haltung der Grossmächte, besonders diejenige der Vereinigten Staaten, auf eine möglichst kurzfristige Einberufung der Konferenz hinweisen, steht auch heute nicht mit Sicherheit fest, ob dieselbe nicht neuerdings verschoben werden muss aus Gründen, die angesichts der verwickelten politischen Lage Chinas zur Zeit nicht vor-

1. Versand: 3.8.1925, 16.45 Uhr. Empfang: 3.8.1925, 13.45 Uhr.

2. Es handelt sich um den am 6.2.1922 in Washington von den Vereinigten Staaten, Belgien, Grossbritannien, China, Frankreich, Italien, Japan, den Niederlanden und Portugal unterzeichneten Treaty regarding Chinese Customs Tariff.

ausgesehen werden können. Dessenungeachtet sollte in der Zwischenzeit den Vorschlägen des Postenchefs in dessen eingangs erwähntem Schreiben dringliche Beachtung geschenkt werden. Vor allem sollte festzustellen versucht werden, wann die Konferenz stattfinden wird und ob sie sich tatsächlich auf die Frage der Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit erstrecken wird. Zutreffenden Falles könnte sich der Ausschluss der Schweiz und aller übrigen Staaten, deren Verträge mit China keinen Maximalzollfuss von fünf Prozent ad valorem vorsehen (Spanien, Schweden, Norwegen und Dänemark), nicht mehr mit dem Hinweis auf Art. 1, Al. 4 des Anhanges des Vertrages der Neun Mächte vom 6. Februar 1922 über den chinesischen Zolltarif stützen, welcher stipuliert

«THIS COMMISSION SHALL BE COMPOSED OF REPRESENTATIVES OF THE POWERS ABOVE NAMED (The United States of America, Belgium, the British Empire, China, France, Italy, Japan, the Netherlands and Portugal) AND OF REPRESENTATIVES OF ANY ADDITIONAL POWERS HAVING GOVERNMENTS AT PRESENT RECOGNIZED BY THE POWERS REPRESENTED AT THIS CONFERENCE AND WHO HAVE TREATIES WITH CHINA PROVIDING FOR A TARIFF ON IMPORTS AND EXPORTS NOT TO EXCEED 5 per cent. ad valorem AND WHO DESIRE TO PARTICIPATE THEREIN.»

Da die Schweiz in ihrem Freundschaftsvertrag vom 13. April 1918 mit der Chinesischen Republik sich bereit erklärt hat, *im Verein mit andern Mächten* auf ihr Konsularjurisdiktionsrecht zu verzichten, m. a. W. sich das Recht vorbehält, erst dann ihr Vorrecht aufzugeben, wenn alle andern Mächte ihr darin vorangegangen sind, besteht allerdings die begründete Hoffnung, dass die Zollkonferenz selbst mit den angedeuteten erweiterten Kompetenzen nicht ohne Zutun der Schweizerischen Regierung die Grundlage zu deren Privileg entziehen wird, weil mehrere der Vertragstaaten, vornehmlich Grossbritannien, schwerlich in diesem Zeitpunkt zur Aufgabe der Konsulargerichtsbarkeit zu bewegen sein werden. Nichtsdestoweniger ist gegebenenfalls die Erwirkung einer vollgültigen Vertretung der Schweiz im Verein mit Spanien und den skandinavischen Staaten, die sich in derselben Lage befinden, erstrebenswert, da dies nicht allein der sicherere Weg ist, sondern damit der Schweiz auch für spätere aus der kommenden Zollkonferenz hervorgehende Konferenzen das Mitspracherecht sichergestellt werden könnte, sodass sie sich nicht bloss mit der Verfolgung der Unterhandlungen durch einen offiziellen Vertreter zufrieden geben müsste.

Sollte die geplante Zolltarifkonferenz tatsächlich auf Ende dieses Jahres oder Beginn des folgenden Jahres einberufen werden und Ihre Erhebungen ergeben, dass die Frage der Aufgabe der Exterritorialität nicht zur Sprache kommt, so wäre ich Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie mir die Ernennung Ihres offiziellen Vertreters rechtzeitig bekannt geben würden. Mit Rücksicht auf Herrn Generalkonsul Islers Abwesenheit und Krankheit wird wahrscheinlich nicht, wie es im Einvernehmen mit der Handelsabteilung vorgesehen war, mit dessen Ernennung zu rechnen sein, es sei denn, die Konferenz werde schliesslich doch noch auf einen spätern Termin verschoben, der ihm die Teilnahme ermöglichen würde³.

Ich füge dem Bericht einen Durchschlag für die Handelsabteilung bei.

3. Vgl. dazu Nr. 97, Anm. 2.

78

E 2001 (B) 8/39

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in London, C. R. Paravicini*

Kopie

S L.G.

Société des Nations.

Les Dominions britanniques

et le Protocole de Genève.

Berne, 5 août 1925

Nous avons l'honneur d'accuser réception et de vous remercier de votre lettre du 30 du mois dernier¹, accompagnant l'envoi du «Livre blanc» publié dernièrement sur la correspondance du Gouvernement britannique avec les Gouvernements des Dominions, au sujet du Protocole de Genève pour le règlement pacifique des différends internationaux.

C'est avec le plus grand intérêt que nous avons examiné cette publication, qui démontre une fois de plus les difficultés considérables auxquelles se heurte souvent la politique du Cabinet de Londres à l'égard des problèmes les plus importants de la Société des Nations. Nous avons été particulièrement frappés par la préoccupation constante de plusieurs des Dominions – non seulement du Canada, mais notamment aussi de l'Australie – d'adapter leur attitude à celle des Etats-Unis d'Amérique. L'aversion marquée des Dominions contre la possibilité d'une solution arbitrale ou judiciaire des questions touchant à l'immigration est sans doute aussi un fait significatif.

1. *Nicht abgedruckt.*

79

E 1004 1/296

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 11. August 1925¹

1690. Traité de conciliation et de règlement judiciaire entre la Suisse et l'Espagne

Département politique. Proposition du 7 août 1925

La convention d'arbitrage, conclue entre la Suisse et l'Espagne, le 19 juin 1913, pour une durée de dix ans, n'ayant pas été dénoncée avant le 14 avril 1924, demeure en vigueur, par tacite reconduction, jusqu'au 14 avril 1925. Cet accord ne correspond plus, toutefois, aux principes exposés par le Conseil fédéral dans son rapport du 11 décembre 1919² et dans son message relatif à la Cour perma-

1. *Abwesend: Motta, Schulthess und Chuard.*

2. BBl 1919, V, S. 925ff.

nente de Justice internationale, du 1^{er} mars 1921³. Le Département politique a chargé, en conséquence, la légation de Suisse à Madrid d'amener le Gouvernement espagnol à substituer à la Convention de 1913 un accord nouveau, tenant compte des progrès réalisés par le droit international sous l'impulsion de la Société des Nations.

Les premières ouvertures faites dans ce but en 1921 ne donnèrent pas de résultat; elles furent renouvelées à la fin de 1924 et rencontrèrent le meilleur accueil. Le Gouvernement espagnol parut disposé, un instant, à se lier avec la Suisse par un traité de conciliation et de règlement judiciaire absolument inconditionnel, qui eût été calqué sur le traité que nous avons conclu avec l'Italie, le 20 septembre 1924. Malgré les efforts que le Département politique a faits pour l'encourager dans cette voie, des considérations de politique générale et la crainte de créer un précédent qu'il ne pourrait pas suivre avec d'autres Etats que la Suisse, l'en ont détourné. Il s'est déclaré prêt, en revanche, à entrer en négociations en vue de la conclusion d'un traité soumettant à une commission permanente de conciliation tous les litiges, sans exception, qui pourraient surgir entre la Suisse et l'Espagne et déférant à la Cour permanente de Justice internationale tous les différends qui sont de la compétence de la Cour aux termes de l'article 36, alinéa 2, de son Statut.

Le Département politique a volontiers accepté cette offre, qui lui fournissait l'occasion de conclure avec l'Espagne un traité de conciliation et de règlement judiciaire, qui, s'il ne va pas aussi loin que les traités que nous avons conclus avec l'Italie et la France, assurera le règlement judiciaire de tous les différends que l'on peut s'attendre à voir surgir entre deux Etats sans frontière commune. Le Département politique a chargé, en conséquence, la Légation de Suisse en Espagne de soumettre au Département d'Etat un projet de traité⁴ conforme à celui qu'il avait soumis à la Tchécoslovaquie, en exécution de la décision du Conseil fédéral du 22 novembre 1922.

Ce projet prévoit dans les articles 2 à 6 l'institution d'une commission permanente de conciliation dont la constitution et le fonctionnement sont en tous points semblables à ceux de la commission de conciliation prévus par nos autres traités.

Aux termes de l'article 7, si les Parties n'acceptent pas les recommandations de la commission permanente de conciliation, chacune d'elles pourra, dans le délai fixé par cette dernière, demander que le litige soit soumis à un règlement judiciaire, pourvu qu'il ait pour objet

- a) le contenu, l'interprétation et l'exécution d'un traité, convention ou accord conclus entre les deux Parties;
- b) tout point de droit international;
- c) la réalité de tout fait qui, s'il était établi, constituerait la violation d'un engagement international;
- d) l'étendue et la nature de la réparation due pour une telle violation.

Les contestations sur le point de savoir si le litige rentre dans l'une ou l'autre des catégories de litiges susmentionnées seront soumises directement à la Cour

3. BBl 1921, I, S. 299ff.

4. Entwurf nicht ermittelt. Die Übergabe an die spanische Regierung erfolgte am 16.4.1925.

permanente de Justice internationale, par voie de simple requête. Si la Cour de Justice reconnaît que le différend est susceptible d'un règlement judiciaire au sens du présent traité, elle statuera en même temps sur ce point. Comme d'après nos autres traités, un compromis arbitral devra être négocié, mais, s'il n'intervient pas dans le délai de trois mois à compter du jour où la demande en aura été faite, chaque Partie pourra saisir la Cour de Justice par voie de simple requête. L'article 12 prévoit que le traité serait conclu pour dix années, à compter de l'échange des ratifications, mais restera en vigueur, par tacite reconduction, pour de nouvelles périodes de cinq ans jusqu'à ce qu'il soit dénoncé.

Ce projet de traité a été accepté par le Gouvernement espagnol sans autres modifications que des amendements, d'ordre purement rédactionnel, portant sur des points de détail. Le Département d'Etat a éprouvé quelque hésitation à accepter que la commission de conciliation fût composée de cinq membres. Il a demandé que cette commission fût constituée, à l'exemple de la commission de conciliation austro-suisse, d'un président désigné d'un commun accord, d'un commissaire espagnol et d'un commissaire suisse. Le Département politique a chargé notre ministre de faire valoir les inconvénients qu'il y aurait à affaiblir, pour un motif d'économie, l'autorité de la commission de conciliation, dont le prestige sera moindre si tout le poids de la décision repose sur le président seul au lieu d'émaner de trois personnalités désintéressées au débat.

Par télégramme du 4 août⁵, la Légation de Suisse en Espagne avise le Département politique que le Gouvernement espagnol a retiré sa proposition et désirerait que le traité de conciliation et de règlement judiciaire entre la Suisse et l'Espagne fût signé dans le plus bref délai.

Il est, par conséquent, *décidé*:

1. Le texte du projet de traité de conciliation et de règlement judiciaire entre la Suisse et l'Espagne, joint à la proposition du Département politique, est approuvé.

2. Il sera délivré à M. de Stoutz, Ministre à Madrid, les pouvoirs nécessaires pour signer le plus tôt possible ledit traité⁶.

5. E 2001 (C) 7/3.

6. *Der Schiedsvertrag wurde erst am 20.4.1926 unterzeichnet und trat am 29.1.1927 in Kraft. Text des Vertrages in: BBl 1926, I, S.922ff. Vgl. auch BR-Botschaft vom 21.6.1926; in: BBl 1926, I, S.919ff. – Zur Verzögerung des Vertragsabschlusses führte Motta in der Sitzung des Bundesrates vom 7.12.1925 aus: /.../ Diverses circonstances, en particulier la mise au point de certains détails de rédaction des textes français et espagnol, ont conduit à ajourner, après l'expiration de la période des vacances, la date de la signature du traité auquel les deux Gouvernements avaient donné leur approbation. Dès la rentrée, M. de Stoutz s'est efforcé de prendre jour à cet effet, sans y parvenir toutefois. Par note du 18 novembre, le Ministère d'Etat a fourni l'explication de son attitude dilatoire. Le Gouvernement espagnol expose, en effet, que «les principes établis par le Pacte de la Société des Nations en ce qui concerne l'extension et la force de l'arbitrage ayant fait un grand pas sur la voie des réalisations pratiquées», les motifs qui le faisaient hésiter à accepter intégralement le principe de l'arbitrage inconditionnel ont perdu de leur importance et qu'il est prêt à conclure avec la Suisse un traité de conciliation et de règlement judiciaire applicable, sans exception ni réserve, à tous les litiges qui pourraient surgir entre les deux Etats. /.../ (E 1004 1/297, Nr. 2431).*

E 2200 Washington 13/5

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den schweizerischen Geschäftsträger in Washington,
Gesandtschaftssekretär A. Girardet*

S LS.

Berne, 12 août 1925
(Ankunft: 24. August 1925)

Ainsi qu'il est à votre connaissance, nous avons conclu, le 13 juin 1918, un Traité d'amitié avec la Chine, qui nous accorde le bénéfice du traitement de la nation la plus favorisée. En vertu des dispositions du Traité et de sa déclaration annexe, nos Consuls en Chine jouissent, en ce qui concerne la juridiction consulaire, – soit les droits d'extraterritorialité, – des mêmes privilèges et immunités que les Consuls des plus anciennes Puissances capitulaires. Au point de vue commercial, les ressortissants suisses jouissent des mêmes droits que ceux accordés aux ressortissants de la nation la plus favorisée et, en conséquence, du tarif douanier de 5% ad valorem pour l'introduction des marchandises suisses en Chine.

Nos droits et privilèges en Chine sont donc en fonction de ceux des autres Etats. Or, actuellement, deux Traités, signés à Washington le 6 février 1922, lient les Puissances intéressées dans leur politique à l'égard de la Chine. Le premier, dit «Traité des neuf Puissances», concerne les principes généraux et la politique à l'égard de la Chine¹, consacrant le principe de la «chance égale» et de la «porte ouverte». L'autre est relatif aux Douanes². Des Résolutions accompagnent ces Traités, dont l'une prévoit la réunion d'une commission internationale d'enquête ayant pour but d'étudier l'état de la législation et de la juridiction chinoises en vue de l'abolition progressive de l'extraterritorialité des étrangers en Chine³.

Selon le Traité concernant les Douanes, une commission doit également se réunir pour la revision du Tarif douanier.

A la demande du Gouvernement chinois d'abord, puis des Puissances, la réunion de la commission d'enquête prévue à Washington, – qui devait avoir lieu dans les trois mois, – fut différée d'année en année.

Le Ministère des Affaires étrangères chinois a adressé, le 24 juin dernier, deux notes aux Puissances signataires des Actes de Washington. L'une reproduit 13 demandes formulées à l'origine par les extrémistes de la Chambre de Commerce de Shanghai. L'autre réédite les vœux chinois au sujet de la revision des Traités qui lui enlèvent une partie de son autonomie.

Les Etats-Unis auraient alors pris l'initiative d'adresser deux notes-circulaires aux Puissances précitées demandant, d'une part, la réunion immédiate d'une com-

1. Treaty between the United States, Belgium, the British Empire, China, France, Italy, Japan, the Netherlands and Portugal relating to Principles and Policies to be followed in Matters concerning China, vom 6.2.1922.

2. Vgl. Nr. 77, Anm. 2.

3. Es handelt sich um die Resolution regarding Extraterritoriality in China der Washingtoner Konferenz vom 10.12.1921.

mission ou conférence internationale qui examinerait la question des Traités (jurisdiction consulaire) et des tarifs douaniers, d'autre part, l'augmentation des tarifs douaniers et l'élargissement du cadre de la discussion.

Etant donné l'importance de nos intérêts commerciaux en Chine et vu le fait que les droits et privilèges que nous concède le Traité du 13 juin 1918 sont dépendants de ceux des autres Etats, il est du plus grand intérêt pour nous de connaître l'attitude des Etats-Unis à l'égard des demandes chinoises ainsi que les intentions et démarches du Gouvernement américain. Nous désirerions, notamment, être tenus au courant, au fur et à mesure, des décisions qui pourraient être prises relativement à la convocation de la conférence projetée ou encore de la ou des commissions prévues par les Accords de Washington.

Les nouvelles des journaux à cet égard sont assez contradictoires. Il serait également intéressant de savoir quelles questions on se propose de discuter à la Conférence projetée et où celle-ci se réunirait.

Nous avons l'honneur de vous prier de vouloir bien vous informer discrètement, de la manière qui vous semblera opportune, des intentions du Gouvernement américain à l'égard des points susindiqués. Nous croyons devoir, toutefois, vous recommander une grande réserve, étant donné que nos intentions quant à notre attitude éventuelle dans les rapports concernant la Chine ne sont pas encore fixées et que nous ne désirons pas, pour le moment, que des questions relatives à la Suisse soient soulevées à cette occasion. Ainsi, nous vous prions de ne pas faire allusion, maintenant, aux démarches entamées précédemment par votre Légation au sujet de l'invitation à la Suisse d'adhérer au «Traité des neuf Puissances» (cf. votre lettre du 17 août 1923, N° 3.51)⁴.

4. Die schweizerische Gesandtschaft in Washington übermittelte mit diesem Schreiben die Antwort auf ihre Anfrage beim Staatsdepartement bezüglich eines eventuellen Beitritts der Schweiz zum Vertrag über die Prinzipien und die Politik betreffend China und zur Resolution über die Exterritorialität. (Hinsichtlich der Frage des Beitritts zum Zollvertrag wurde die Schweiz nicht offiziell vorgestellt. Vgl. Nr. 97, Anm. 2). Die amerikanische Stellungnahme entsprach derjenigen vom August 1925. Vgl. Nr. 87.

81

E 7110 1/29

Die deutsche Gesandtschaft in Bern an das Volkswirtschaftsdepartement

N

Bern, 20. August 1925

Dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement beehrt sich die Deutsche Gesandtschaft im Auftrage ihrer Regierung auf das Memorandum vom 27. v. M.¹ Folgendes sehr ergebenst mitzuteilen:

1. Nr. 74.

Die Novelle zum deutschen Zolltarif ist am 12. d. M. vom Reichstag angenommen worden. Während das Gesetz, dessen Verkündung im Reichsgesetzblatt bevorsteht, in seinen wesentlichen Bestimmungen am 1. Oktober d. J. in Kraft treten wird, sollen einzelne Zollsätze (für Getreide, Malz, Müllereiprodukte, Vieh, frisches Fleisch, Zucker und Melasse) bereits vom 1. September d. J. ab wirksam werden.

Die Deutsche Regierung hat den Darlegungen des Memorandums des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements vom 27. v. M. und früheren Mitteilungen mit Bedauern entnommen, dass die bevorstehende Einführung der deutschen Zolltarifnovelle der Schweizerischen Regierung Anlass zu Beanstandungen gegeben hat. Wenn diese mit dem Hinweis darauf begründet wurden, dass das deutscherseits eingeschlagene Verfahren dem Sinne des Artikels 3 des Abkommens vom 17. November 1924² nicht gerecht werde, da der Schweizerischen Regierung vor Inkraftsetzung der Novelle nicht die Möglichkeit einer Besprechung und Abänderung geboten worden sei, so kann sich die Deutsche Regierung dieser Auffassung nicht anschließen. Es hat zweifellos nicht in der Absicht der vertragsschliessenden Teile gelegen, sich durch die Aufnahme des Artikels 3 in das Abkommen ihrer Zollautonomie zu begeben. Durch die Aufnahme dieses Artikels sollte vielmehr lediglich verhindert werden, dass durch Prohibitivzölle ein Zustand geschaffen würde, der in seiner Wirkung dem System der Einfuhrbeschränkungen gleichkäme. Es ist aber keineswegs die Absicht der Deutschen Regierung, durch die Inkraftsetzung der Zolltarifnovelle einen solchen Zustand gegenüber der Schweiz herbeizuführen. Dies ergibt sich zunächst schon daraus, dass die Novelle in erster Linie deshalb erforderlich geworden ist, weil die Anpassung einer Reihe von Zollsätzen an die wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit und die Aufhebung gewisser während des Kriegs erfolgter Zollvergünstigungen zu einer unaufschiebbaren Notwendigkeit geworden war. Hierbei darf auch darauf hingewiesen werden, dass die gleichen Gründe für die Schweiz bei der Einführung ihres Gebrauchstarifs vom 8. Juni 1921 bestimmend waren.

Im übrigen ist die Deutsche Regierung, wie sie schon zum Ausdruck gebracht hat, durchaus bereit, falls die neuen Zollsätze tatsächlich besondere Erschwerungen für die schweizerische Ausfuhr nach Deutschland zur Folge haben sollten, mit der Schweizerischen Regierung alsbald in Tarifverhandlungen einzutreten. Dem Wunsche der Schweizerischen Regierung, schon vor diesen Verhandlungen Erleichterungen der neuen Zollsätze für schweizerische Erzeugnisse eintreten zu lassen, vermag die Deutsche Regierung allerdings keine Folge zu geben, da die Auswahl und das Mass solcher Erleichterungen naturgemäss nur im Verhandlungswege festgestellt werden kann. Die Deutsche Regierung ist aber bereit, die Tarifverhandlungen schon etwa Ende September d. J. zu beginnen und das ihrige dazu beizutragen, diese Verhandlungen so zu fördern, dass das Abkommen dem Reichstage sofort nach seinem Wiederzusammentritt vorgelegt werden könnte. Bei diesem Verfahren würde sich die unveränderte Geltung der neuen deutschen

2. Vgl. Nr. 69, Anm. 4.

Zollsätze der Schweiz gegenüber auf einen Zeitraum von wenigen Wochen beschränken, sodass eine nennenswerte Beeinträchtigung der schweizerischen Ausfuhr nach Deutschland nicht zu besorgen wäre, insbesondere wenn man die vor dem Inkrafttreten von neuen Zolltarifen regelmässig stattfindende Vorversorgung in Betracht zieht. Auf deutscher Seite besteht der aufrichtige Wunsch, dass es gelingen möge, auf diesem Weg zu einer beide Teile befriedigenden Regelung der wechselseitigen Handelsbeziehungen zu gelangen.

Die Deutsche Regierung schlägt vor, das Weitere wegen der Vorbereitung der Tarifverhandlungen bei den für Ende August vereinbarten Besprechungen über den Abbau der Einfuhrbeschränkungen zu erörtern; sie regt an, diese Besprechungen am 25. d. M. zu beginnen³.

3. *Vgl. Nr. 83.*

82

E 1004 1/296

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 21. August 1925*¹

1757. Reconnaissance du Gouvernement mexicain

Département politique. Proposition du 15 août 1925

Par rapport du 27 décembre 1924², le Département Politique a eu l'honneur d'exposer au Conseil fédéral les motifs pour lesquels il avait été amené, d'abord, à différer, pour des raisons de prudence politique, la reconnaissance formelle par la Suisse du Gouvernement mexicain issu, en 1920, d'un mouvement révolutionnaire, puis, à faire de cette reconnaissance formelle l'enjeu d'une négociation tendant à obtenir du Gouvernement mexicain actuel la promesse qu'il rembourserait un lot de titres émis par le Gouvernement Carranza, qui se trouvent actuellement séquestrés en Suisse [...].

Les conversations que le Département Politique a eues avec le Consul du Mexique au sujet de cette affaire lui ont permis de se convaincre, toutefois, que la reconnaissance formelle du Gouvernement mexicain par le Conseil Fédéral ne constitue plus, dans les circonstances actuelles, un moyen de pression dont on puisse espérer un résultat pratique. Le Gouvernement du Président Calles entretient actuellement des relations diplomatiques normales avec tous les autres Etats, sauf la Grande-Bretagne, dont l'attitude est dominée par des circonstances spéciales (incident Cummins); il ne retirerait plus aujourd'hui un avantage politique tangible d'une reconnaissance formelle de la part du Gouvernement suisse et l'on ne peut plus s'attendre, dans ces conditions à ce qu'il nous fasse, pour l'obtenir, des concessions quelconques.

1. *Abwesend: Motta, Chuard und Häberlin.*

2. E 2001 (B) 7/9.

On peut craindre, au contraire, que l'incertitude qu'on a volontairement laissé subsister au sujet de la question de savoir si la Suisse a, ou non, reconnu le Gouvernement mexicain actuel, tout en entretenant avec lui, par la force des choses, des rapports de Gouvernement à Gouvernement, n'ait d'autre effet que de nous aliéner les sympathies du Président Calles et de rendre plus difficiles aussi bien le règlement des affaires pendantes entre les deux Gouvernements que la situation des Suisses qui sont établis au Mexique ou qui cherchent à y faire des affaires. Divers indices démontrent que cette crainte n'est pas injustifiée: Répondant à l'invitation à se faire représenter au Congrès international de l'Enfant qui aura lieu à Genève au mois de septembre prochain, le Ministère mexicain des Affaires étrangères a fait savoir au Département Politique qu'il n'estimait pas pouvoir accepter cette invitation, en raison des conditions anormales des relations entre la Suisse et le Mexique. La presse suisse (la Neue Zürcher Zeitung, le 16 juillet, la Basler Arbeiter Zeitung, le 17 juillet, et le Bund, le 26 juillet) a signalé récemment ces «conditions anormales» en soulignant les inconvénients qu'elles pourraient avoir pour la colonie suisse au Mexique. Enfin, le 17 juillet, l'Institut Orell Füssli à Zurich a exposé au Département politique que son représentant à Mexico était entré en pourparlers avec le Gouvernement mexicain au sujet d'une importante livraison de billets de banque, mais que la conclusion du contrat se trouvait mise en question, le Gouvernement du Mexique hésitant à passer une commande de cette nature à une maison établie dans un Etat qui refusait de le reconnaître³. Cette affaire a paru à la Banque Nationale Suisse suffisamment importante pour la décider à demander au Département Politique de chercher à l'arranger. Ce dernier s'est empressé de remettre les choses au point en adressant à l'Institut Orell Füssli à Zurich une lettre précisant que, si le Conseil fédéral n'a, en effet, pas reconnu formellement le Gouvernement actuel du Mexique, il ne nourrit pas, à son égard, des sentiments inamicaux et que, depuis 1922, divers actes de sa part (exequatur accordés et sollicités en faveur de consuls, etc.) ont clairement manifesté sa volonté de le reconnaître tacitement.

/.../

Il ne peut, sans doute, guère être question d'adresser aujourd'hui au Gouvernement du Président Calles la déclaration de reconnaissance de jure que le Gouvernement du Président de la Huerta avait tenté d'obtenir en 1920. La note, à laquelle il est fait allusion ci-dessus, que le Ministère mexicain des Affaires étrangères a adressée au Département Politique en réponse à son invitation au Congrès de l'Enfant, fournit, en revanche, une occasion favorable d'expliquer au Gouvernement mexicain qu'aux yeux du Conseil fédéral, les relations entre la Suisse et le Mexique n'ont pas un caractère anormal et que le Gouvernement mexicain est tacitement reconnu comme tel depuis 1922, ainsi que l'attestent les divers actes intervenus, dès cette époque, entre les deux Gouvernements.

3. Die Direktion von Orell Füssli schrieb dem Politischen Departement: [...] Es liegt auf der Hand, dass der ev. Erhalt eines Banknotenauftrages aus Mexiko nicht nur für unsere Firma, sondern auch für eine Reihe anderer Industrien (Farben, Papier usw.), sowie für die ganze Schweizerische Volkswirtschaft im Allgemeinen von grosser Bedeutung wäre. [...] (E 2001 (B) 7/9).

Il faut se réserver de résoudre, au moment venu, la question de savoir comment cette note devrait être acheminée au Gouvernement mexicain. Cette question est un peu délicate, car ni le Consulat Général de Suisse à Mexico ni le Consulat du Mexique à Zurich ne semblent particulièrement qualifiés pour servir d'intermédiaire en l'occurrence et on n'a pas encore des éléments d'appréciation suffisants pour décider lequel des Ministres suisses à l'étranger pourrait s'entendre dans ce but avec un Ministre du Mexique. Le Département Politique ne croit pas toutefois que ce souci, d'ordre exclusivement technique, doive engager le Conseil fédéral à ajourner une décision au sujet de cette affaire.

Il est *décidé* de charger le Département Politique de faire parvenir par la voie diplomatique au Gouvernement mexicain une note de la teneur suivante:

[...]⁴

ANNEX

E 2200 Paris 1/1858

Die schweizerische Gesandtschaft in Paris an die mexikanische Gesandtschaft in Paris

Copie

N

Paris, 7 septembre 1925

Le 28 août, Son Excellence Monsieur Reyes a bien voulu demander à M. Dunant quel accueil le Conseil Fédéral Suisse réserverait à une lettre par laquelle Son Excellence Monsieur le Président de la République du Mexique lui annoncerait son accession au pouvoir⁵.

D'ordre de son Gouvernement, le Chargé d'Affaires de Suisse a l'honneur de faire connaître à la Légation du Mexique qu'une notification officielle de l'accession à la Présidence de la République du Mexique de Son Excellence Monsieur Calles serait reçue par le Conseil Fédéral avec une satisfaction particulière et qu'il y répondrait dans les formes accoutumées à l'égard des Gouvernements qui entretiennent avec la Suisse des relations régulières. Le Gouvernement Fédéral estime, en effet, que, depuis plusieurs années déjà, les relations entre la Suisse et le Mexique ont un caractère normal et il fonde cette opinion sur les considérations suivantes.

En 1920, le Gouvernement présidé par M. de la Huerta a envoyé à Berne une mission diplomatique, qui a quitté la Suisse avant que le Conseil Fédéral ait pu entrer en relations officielles avec elle. A cette époque, la plupart des Gouvernements européens n'avaient pas reconnu le Président de la Huerta comme le Chef légal de la République Mexicaine et il eût été difficile pour la Suisse de prendre à cet égard une décision devant laquelle hésitaient encore les Grandes Puissances. Il convient de remarquer, d'autre part, que, contrairement à l'usage généralement admis, qui paraissait en l'occurrence d'autant plus justifié que le Mexique n'avait jamais entretenu de Légation à Berne, l'agrément du Conseil Fédéral n'avait pas été demandé pour la personne du représentant mexicain à accréditer en Suisse.

A l'avènement du Général Obregon, la reconnaissance du Gouvernement Mexicain ne fut pas formellement demandée au Conseil Fédéral; elle ne put donc être ni accordée ni refusée.

En 1922, en revanche, le Gouvernement de la Confédération a été sollicité d'octroyer l'exequatur à divers Consuls du Mexique en Suisse. Il y a volontiers consenti et, au cours de la même année, il a demandé et obtenu l'exequatur du Gouvernement Mexicain en faveur du Consul de Suisse à Tampico.

4. *Die schweizerische Note, die am 7.9.1925 dem mexikanischen Gesandten in Paris durch A. Dunant übergeben wurde, ist als Annex abgedruckt. Diese Note weicht im Wortlaut geringfügig vom Text, der am 21.8.1925 vom Bundesrat gutgeheissen wurde, ab. Vgl. Nr. 90.*

5. *Vgl. Nr. 86.*

Les Autorités Fédérales se sont félicitées d'entretenir des relations officielles avec le Consul du Mexique à Zurich et de pouvoir traiter avec lui – en l'absence d'une Mission diplomatique du Mexique à Berne – diverses questions intéressant les Gouvernements Suisse et Mexicain. C'est ainsi qu'entre autres affaires, le Consul du Mexique a bien voulu faire part au Département Politique de l'invitation du Gouvernement Mexicain concernant la représentation officielle de la Suisse au Congrès de Zootechnie qui a eu lieu à Mexico dans la première quinzaine de novembre 1924. Le Conseil Fédéral a reconnu tout le prix de cette obligeante démarche et il a tenu à charger M. Perret, Consul Général de Suisse à Mexico, de le représenter officiellement à cette importante manifestation.

Les actes énumérés ci-dessus révèlent donc, depuis trois ans au moins, l'intention du Conseil Fédéral de reconnaître tacitement comme tel le Gouvernement Mexicain et d'entretenir avec lui des relations régulières. Les spécialistes du droit international sont unanimes à admettre que la reconnaissance d'un Gouvernement par un autre peut être ou expresse ou tacite; aucun d'eux n'observe que la reconnaissance tacite serait moins efficace ou moins amicale que la reconnaissance expresse. Le Conseil Fédéral entretient, dès longtemps, avec plusieurs Gouvernements étrangers des relations très cordiales qui reposent de sa part sur une reconnaissance tacite et il tient à compter parmi ces Gouvernements celui des Etats-Unis du Mexique.

C'est dans cet esprit que, par notes des 9 mars et 27 mai⁶, adressées au Ministère des Affaires Etrangères du Mexique, le Département Politique Fédéral a eu l'honneur d'inviter le Gouvernement Mexicain à se faire représenter officiellement au Congrès Général de l'Enfant et au XVII^{ème} Congrès d'Esperanto convoqués, l'un et l'autre, à Genève pour la fin de l'été 1925. Par note du 8 avril⁷, le Ministère des Affaires Etrangères du Mexique a répondu à la première de ces communications que «por la anomalia de las relaciones de Mejico con la Suiza, no es posible aceptar la citada invitacion». Mais, en accusant réception, le 29 juin⁸, de la note relative au congrès de l'Esperanto, le Ministère Mexicain des Affaires Etrangères n'a pas renouvelé cette objection, de sorte que le Conseil Fédéral croyait dissipé le malentendu qu'elle semblait refléter.

Si la démarche que Son Excellence Monsieur Reyes a bien voulu faire auprès de M. Dunant paraît indiquer que cette question ne se trouvait pas aussi complètement réglée que le pensait le Gouvernement Fédéral, elle lui fournit, en revanche, une occasion précieuse de s'expliquer clairement à cet égard et de ne plus laisser subsister aucun doute sur son vif désir de pouvoir collaborer avec le Gouvernement Mexicain, dans un esprit de cordialité et de confiance réciproques, au développement des rapports anciens et multiples qui existent entre la Suisse et le Mexique.

6. Nicht ermittelt.

7. E 2001 (B) 7/9.

8. Nicht ermittelt.

83

E 7110 1/29

Das Volkswirtschaftsdepartement an die deutsche Gesandtschaft in Bern

Kopie

Bern, 24. August 1925

MEMORANDUM

Der Note der Deutschen Gesandtschaft vom 20. ds. Mts.¹ hat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement mit Bedauern entnommen, dass die Ansätze der Novelle zum deutschen Zolltarif bereits am 1. September resp. 1. Oktober die-

1. Nr. 81.

ses Jahres in Kraft treten und auch der Schweiz gegenüber zur Anwendung gelangen werden. Da die Deutsche Regierung auch weder im Sinne von Art. 3 des Abkommens vom 17. November 1924², noch im Sinne eines *modus vivendi*, wie er in Al. 5 des Memorandums vom 27. Juli³ in Vorschlag gebracht worden ist, auf vorübergehende Zollerleichterungen für den schweizerischen Export glaubt eintreten zu können, so wird die Ausfuhr von Waren aus der Schweiz nach Deutschland bis zum Abschluss eines eigentlichen Tarifvertrages empfindlich getroffen werden. Nach Prüfung der deutscherseits vorgesehenen erhöhten Zollansätze ist das Volkswirtschaftsdepartement zur Überzeugung gelangt, dass diese für eine Reihe von schweizerischen Waren stark einfuhrhindernd, wenn nicht prohibitiv wirken werden. Das Volkswirtschaftsdepartement ist deshalb nach wie vor der Auffassung, dass ihm gemäss Art. 3 des erwähnten Abkommens jederzeit das Recht zusteht, dieses Abkommen mit einmonatlicher Frist zu kündigen. Die Schweiz behält sich dieses Recht ausdrücklich vor, wie sie sich auch angesichts der durch das Inkrafttreten der deutschen Zolltarifnovelle geschaffenen Situation in handelspolitischer Beziehung überhaupt ihre volle Handlungsfreiheit wahren muss, solange die gegenseitigen Handelsbeziehungen nicht durch einen neuen Handelsvertrag geregelt sein werden. Der deutscherseits gemachte Vorschlag, Ende September bezügliche Verhandlungen aufzunehmen, wird schweizerischerseits angenommen. Dabei erlaubt sich das Volkswirtschaftsdepartement, den Vorschlag zu wiederholen, dass diese Verhandlungen in der Schweiz begonnen werden.

Nachdem darüber Einverständnis besteht, dass auch über den 30. September ds. Js. hinaus beidseitig einige Einfuhrbeschränkungen in Kraft bestehen bleiben und nachdem die Deutsche Gesandtschaft in ihrem Memorandum vom 16. Juli⁴ die deutscherseits noch verbleibende Einfuhrliste bekanntgegeben hat, beehrt sich das Volkswirtschaftsdepartement, der Gesandtschaft bekanntzugeben, dass es für die nachfolgend genannten Warengruppen die Einfuhrbeschränkungen vorderhand noch beizubehalten wünscht: /.../⁵

Das Volkswirtschaftsdepartement geht dabei von der Auffassung aus, dass für alle Waren, die gegenwärtig noch unter Einfuhrbeschränkung stehen und die weder in der deutschen Liste vom 16. Juli, noch in der oben aufgeführten Liste enthalten sind, ab 1. Oktober formelle und materielle Einfuhrfreiheit bestehen soll, während hinsichtlich der in den Listen figurierenden Positionen die Einfuhr mindestens im gegenwärtig zugelassenen Ausmass gestattet sein soll.

Falls die Deutsche Regierung, wie das Volkswirtschaftsdepartement glaubt annehmen zu können, obigen Vorschlägen zustimmt, dürften sich weitere Besprechungen über Einfuhrbeschränkungen wohl erübrigen⁶.

/.../

2. Vgl. Nr. 69, Anm. 4.

3. Nr. 74.

4. Vgl. Nr. 69, Anm. 3.

5. Die anschliessende Liste umfasst in erster Linie Holz- und Eisenwaren, Papier, Maschinen und Präzisionsapparate.

6. Die Antwort der deutschen Gesandtschaft ist nicht ermittelt. Vgl. Nr. 88.

E 2001 (C) 7/6

*Aufzeichnung des Gesandtschaftssekretärs in der Abteilung für Auswärtiges
des Politischen Departementes, P. Bonna*

Berne, 24 août 1925

NOTICE SUR LE PROJET ROUMAIN DE TRAITÉ
DE CONCILIATION ET D'ARBITRAGE
ENTRE LA SUISSE ET LA ROUMANIE

Le projet de traité de conciliation et d'arbitrage, qui m'a été remis, le 22 août¹, par M. Timciuc, est, ainsi que nous le faisait prévoir la Légation de Suisse à Bucarest, calqué sur le traité de conciliation et d'arbitrage entre la Suisse et la France, mais avec des retouches qui ont pour effet de lui ôter toute force obligatoire.

Les articles 1, 3, 5 à 13, 17 et 18 sont la copie textuelle des articles correspondants du traité franco-suisse; ils ne donnent lieu, par conséquent, à aucune observation.

En revanche, l'article 2 de notre traité avec la France, qui a trait aux litiges de la compétence des tribunaux nationaux, est remplacé, dans le projet roumain, par un article exprimant la réserve de l'honneur, de l'indépendance, des intérêts vitaux et des intérêts des Etats tiers dont le jeu serait laissé au libre jugement de la partie qui entendrait l'invoquer. L'article 14 est modifié de façon à tenir compte de cette réserve, avec sa portée la plus étendue, de sorte que la Cour de Justice ne puisse jamais se déclarer compétente contre le gré de l'une des Parties². L'article 15 insiste sur ce point en spécifiant que, dans chaque cas, les Parties négocieront un compromis et cela sans prévoir ce qui se passerait au cas où ce compromis ne pourrait pas être conclu³. Enfin, l'article 16 du traité franco-suisse, qui prévoit que la Cour de Justice sera juge des contestations auxquelles pourraient donner lieu l'interprétation et l'application du traité, a été remplacé par un article énonçant que le traité sera exécuté de bonne foi par les Parties⁴. La modification

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Art. 14 des Entwurfs lautet:* A défaut de conciliation devant la Commission permanente de conciliation, le litige sera porté devant la Cour permanente de Justice internationale. Les H. P. C. peuvent également convenir de soumettre le litige à un Tribunal arbitral constitué d'un commun accord. Dans ce dernier cas, et sauf convention contraire, on procédera pour la constitution du Tribunal arbitral suivant les normes prévues à l'article 2 et suivants de la présente convention.

3. *Art. 15 lautet:* Dans chaque cas particulier, les Hautes Parties contractantes, avant de s'adresser à la Cour permanente de Justice internationale, ou en vue de créer le Tribunal arbitral, établiront, en s'en tenant aux dispositions du Statut et du règlement de la Cour permanente de Justice internationale, un compromis spécial déterminant nettement l'objet du litige, les compétences particulières de la juridiction ainsi que toute autre condition arrêtée entre elles. Le compromis est établi par échange de notes entre les Gouvernements des Hautes Parties contractantes. Il sera interprété en tous points par la juridiction saisie du litige.

4. *Art. 16 lautet:* L'arrêt rendu par la juridiction compétente doit être exécuté de bonne foi par les

apportée à l'article 3 est de moindre portée, elle consiste à confier au Président du Conseil de la Société des Nations le soin de désigner les Commissions, si les Parties ne peuvent s'entendre à ce sujet. A première vue, cette modification n'est pas non plus très heureuse.

Il semble que la Suisse n'ait aucun intérêt à conclure avec la Roumanie un traité «trompe-l'œil» qui, sous des dehors très libéraux, contiendrait des réserves qui lui ôteraient toute portée et seraient en contradiction avec les principes actuels de notre politique d'arbitrage.

Il serait désirable que, puisque la Roumanie a choisi pour modèle le traité franco-suisse, elle voulût bien l'accepter dans toutes ses clauses et avec toutes ses conséquences.

Si le Gouvernement roumain ne pouvait s'y décider, il me semble que la seule concession que nous pourrions faire serait de donner à l'article 14, alinéa 2, la rédaction suivante:

«Tout autre litige sera réglé par voie d'arbitrage dans les conditions prévues à l'article 15 du présent traité, à moins que l'une des Parties n'estime qu'il mettrait en cause ses intérêts vitaux, son indépendance, son honneur ou toucherait aux intérêts de tierces Puissances.»

Cette réserve pourrait, en effet, être à la rigueur acceptée pour les différends qui ne seraient pas de la compétence de la Cour de Justice. Dans ce cas, la question des litiges pour lesquels une procédure spéciale est prévue pourrait sans inconvénient passer à l'article 15 dont elle formerait le deuxième alinéa.

Parties. Les Hautes Parties contractantes s'abstiendront autant que possible, durant le cours de la procédure judiciaire, de toute mesure pouvant avoir une répercussion préjudiciable sur l'exécution de l'arrêt à rendre par la Cour permanente de Justice internationale.

85

E 2001 (B) 6/3

*Der italienische Gesandte in Bern, C. Garbasso,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*¹

S

Berna, 26 agosto 1925

A seguito della mia lettera del 28 luglio scorso², ho l'onore di informarLa che il R. Ministero dell'Interno ha dato disposizioni perché le Autorità di frontiera impediscano ai R. R. sudditi di varcare in camicia nera il confine italo-svizzero.

Il R. Governo è perfettamente d'accordo col Governo federale nell'attribuire la

1. *Bemerkung Mottas am Briefkopf*: Cette lettre m'a été apportée personnellement par M. Garbasso aujourd'hui. 27.8.25.

2. *Nicht abgedruckt*.

minor importanza agli incidenti verificatisi recentemente sull'Alpe Bolla ed a Locarno, che hanno avuto carattere occasionale e sporadico³.

Il R. Governo confida inoltre che qualora – non ostante le disposizioni prese – qualche r. suddito possa apparire in camicia nera su territorio svizzero, le Autorità svizzere vorranno prendere delle misure perché ogni incidente sia evitato o comunque opportunamente contenuto qualsiasi atto da parte di privati cittadini, che possa essere interpretato come una manifestazione antifascista ed essere ragione di risentimento per l'opinione pubblica italiana.

3. *Vgl. Nr. 75.*

86

E 2001 (B) 7/9

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Paris, 28 août 1925

Par dépêche du 28 janvier dernier, j'avais eu l'honneur de vous signaler la reprise des relations diplomatiques entre le Mexique et la France et l'arrivée à Paris d'un nouveau Ministre du Mexique¹.

Ce diplomate, M. Alfonso Reyes, est venu aujourd'hui m'exposer qu'un nouveau Président de la République, M. Calles, est entré en fonctions en décembre 1924. Il ajoute que les relations ont été reprises entre le Mexique et les Etats-Unis d'Amérique, ainsi qu'entre le Mexique et la plupart des Etats européens. Le Cabinet de Londres, assure-t-il, serait à la veille de reconnaître, lui aussi, le nouveau Gouvernement mexicain. Mon interlocuteur a déjà pris ses mesures pour envoyer incessamment un de ses collaborateurs à Londres aux fins de remplir les fonctions de Chargé d'Affaires, en attendant la désignation et l'arrivée d'un nouveau ministre en Grande-Bretagne.

Le Président Calles a préparé pour le Conseil Fédéral une lettre annonçant son accession au pouvoir. Cette lettre est entre les mains de M. Reyes, mais ce dernier ne voudrait pas la faire partir sans être au préalable assuré que le Conseil Fédéral y répondra et que cette réponse impliquera la reconnaissance.

Je vous serais très reconnaissant de vouloir bien me faire connaître vos intentions à ce sujet et me mettre en mesure de renseigner verbalement mon Collègue mexicain sur l'accueil qui serait réservé par le Conseil Fédéral à la lettre présidentielle².

1. E 2200 Paris 1/1858.

2. *Vgl. Nr. 90.*

87

E 2200 Washington 13/5

*Der schweizerische Geschäftsträger in Washington,
Legationssekretär A. Girardet, an den Chef der Abteilung für Auswärtiges
des Politischen Departementes, P. Dinichert*

S G/MC.

Washington, 28 août 1925
(Ankunft: 9. September 1925)

J'ai eu l'honneur de recevoir votre lettre du 12 de ce mois¹, concernant la question de la ratification des Traités, des neuf Puissances et de la réunion des Conférences prévues par ces deux accords.

Depuis deux mois environ, la presse américaine s'intéresse très vivement aux questions chinoises et, après s'être exprimée dans le sens le plus favorable pour la Chine et le plus contraire au régime imposé à ce pays par les traités conclus avec divers Etats, est un peu revenue en arrière, mais reste, d'une façon générale, plutôt favorable aux aspirations chinoises.

Je me suis rendu au Département d'Etat, et ai eu avec le Chef de la Division de l'Extrême-Orient, un entretien dont voici le résumé:

Le 5 août dernier a eu lieu, à Washington, le dépôt collectif des ratifications sur les deux traités des neuf Puissances, du 6 février 1922, le premier concernant les principes et la politique à suivre dans les questions qui intéressent la Chine et l'autre concernant le tarif des douanes chinoises. Ces traités étant actuellement en vigueur, il ne m'a pas été possible d'éviter de mentionner la question de l'invitation à y adhérer prévue en faveur des Puissances qui n'y participent pas. Mon interlocuteur lui-même y a fait allusion. Je m'en suis tenu cependant à prendre note de ses déclarations, sans prendre une position quelconque à ce sujet.

1. Concernant le traité relatif aux principes et à la politique à suivre dans les questions concernant la Chine, le Gouvernement Américain prépare actuellement l'invitation à adhérer prévue à l'article VIII. Cette invitation sera adressée au Gouvernement Suisse assez prochainement, à ce qu'il semble, sans que l'on ait pu me dire exactement quand². Sur le point spécial de l'extraterritorialité, c'est-à-dire la Résolution 2 de la Conférence, il semble qu'une convocation de la Commission Internationale prévue par celle-ci aura lieu dans un avenir assez rapproché sans toutefois que l'on ait pu ou voulu préciser la date. La Suisse ne sera pas invitée à adhérer à cette Résolution, le Gouvernement Américain estimant que la formule «having by treaty extraterritorial right in China» ne s'applique qu'aux Etats qui possèdent le privilège de l'extraterritorialité en Chine par une disposition expresse

1. Nr. 80.

2. Gemäss Schreiben des Politischen Departementes vom 27. 10. 1925 an die schweizerische Gesandtschaft in Washington erfolgte die entsprechende Einladung am 22. 10. 1925 durch eine Note der amerikanischen Gesandtschaft in Bern (E 2200 Washington 13/5). Vgl. dazu Nr. 149.

de leur traité et non pas, comme nous, par le simple jeu de la clause de la nation la plus favorisée.

2. Traité concernant le tarif douanier chinois: La Conférence prévue dans l'annexe à l'article I^{er} de ce traité est, m'a-t-on dit, celle qui a eu lieu à Shanghai en 1922, au sujet de laquelle la Légation a correspondu avec vous à l'époque. D'un autre côté, le Gouvernement Américain a convoqué, pour le 26 octobre prochain, à Pékin, la Conférence prévue à l'article 2 du traité, concernant l'abolition du «likin» etc. Quant à ce traité, la Suisse ne sera pas sollicitée d'y adhérer. Le Gouvernement Américain estime que la clause «whose present treaties with China provide for a tariff ... not to exceed 5 per centum ad valorem» ne s'applique pas aux Etats qui ne sont qu'au bénéfice de la clause de la nation la plus favorisée. Les seules Puissances non-signataires du traité qui soient au bénéfice d'une semblable stipulation sont la Suède, la Norvège, le Danemark et l'Espagne. Ces quatre Etats ont été invités à adhérer au traité en question et à participer à la Conférence de Pékin. En dehors des Etats-Unis, la Grande-Bretagne, l'Espagne et le Japon ont déjà fait savoir qu'ils participeront à la Conférence. La délégation américaine sera composée de M. Mac Murray, Ministre des Etats-Unis en Chine, de M. Silas Strawn, avocat à Chicago, et d'experts des Départements d'Etat et du Commerce et de la Trésorerie. D'après mon informateur, le Gouvernement des Etats-Unis se rendrait à Pékin sans opinion très arrêtée sur l'étendue des concessions à accorder à la Chine. La délégation américaine cherchera, avant de prendre position, à se rendre compte des désirs des autres Puissances. Cependant, il semble que l'on trouve un peu exagérée la demande chinoise d'une absolue autonomie en matière douanière.

Quant à la question, beaucoup plus vague, de l'extraterritorialité, mon interlocuteur admet que la Commission prévue fonctionnera comme organe d'information et pourra préparer des recommandations à l'usage des Gouvernements commettants, mais que les Etats-Unis n'adopteront aucune position définitive avant d'avoir étudié ses rapports.

88

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 1. September 1925¹

Einfuhrbeschränkungen. Abkommen mit Deutschland

Mündlich

Auf Grund der ihm vom Bundesrate am 17. Juli 1925 erteilten Ermächtigung hat das Volkswirtschaftsdepartement die deutsche Gesandtschaft davon verständigt, dass die Schweiz der Aufrechterhaltung einiger der deutschen Einfuhr-

1. *Abwesend: Musy und Motta.*

beschränkungen, die laut dem Abkommen mit Deutschland am 30. September dahinfallen sollten, über diesen Zeitpunkt hinaus zustimme, gleichzeitig hat es diejenigen Einfuhrbeschränkungen namhaft gemacht, die die Schweiz in Ausübung des Gegenrechts dannzumal noch aufrecht erhalten wolle². Deutschland hat nun aber die schweizerischen Vorschläge nicht angenommen und verlangt, dass über den Fortbestand gewisser Einfuhrbeschränkungen verhandelt werde. Diese Verhandlungen werden demnächst aufgenommen.

Inzwischen ist nun in Deutschland die Zolltarifnovelle angenommen worden. Die darin enthaltenen Ansätze für die Getreideeinfuhr und für einen Teil der Vieheinfuhr treten in diesen Tagen, die übrigen neuen Zollansätze treten am 1. Oktober in Kraft. Die neuen Ansätze sind zum grossen Teil so hoch, dass sie die Ausfuhr nach Deutschland unmöglich machen, und Deutschland hat denn auch nicht verhehlt, dass diese Zollansätze teilweise die Einfuhrbeschränkungen ersetzen sollen. Nun ist im Abkommen mit Deutschland den Parteien das Recht eingeräumt, das Abkommen auf einen Monat zu kündigen, wenn die Gegenpartei ihre Zölle so erhöht, dass sie die Ausfuhr hindern. Da nicht vorauszusehen ist, dass die Verhandlungen über die Einfuhrbeschränkungen im Laufe der nächsten Woche zu einer Einigung führen werden, so darf die Schweiz die einzige Abwehrwaffe, die ihr gegenwärtig zur Verfügung steht, die Kündigung des Abkommens, nicht unbenützt lassen. Die Kündigung wäre aber nur vorsorglich auszusprechen, sie würde nicht bekanntgegeben, und das Volkswirtschaftsdepartement würde darum ersuchen, dass auch Deutschland die Kündigung nicht veröffentliche.

Mit Deutschland werden aber angesichts seiner Zollnovelle überhaupt Verhandlungen über die Regelung der Handelsbeziehungen einzuleiten sein und diese Verhandlungen werden sich schwierig gestalten und lange Zeit in Anspruch nehmen. Besonders hart sind die Ansätze der deutschen Zollnovelle für die Wirkwaren, die Uhren und den Käse. Es wäre dringend zu wünschen, dass es gelänge, mit Deutschland wenigstens für die Behandlung dieser Warengattungen zu einer vorläufigen Einigung auf ertragbare Zollansätze zu gelangen. Das Volkswirtschaftsdepartement wird die Verhandlungen über die Einfuhrbeschränkungen dazu benutzen, um wenn immer möglich eine solche Einigung herbeizuführen.

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements ersucht den Bundesrat um die Ermächtigung, heute der deutschen Gesandtschaft die Kündigung des Übereinkommens über die Einfuhrbeschränkungen im Sinne der obigen Ausführungen auf 1. Oktober nächsthin anzuzeigen³.

Der Rat erteilt dem Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements die erbetene Ermächtigung.

2. *Vgl. Nr. 69.*

3. *Vgl. Nr. 91.*

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 1. September 1925¹

1792. Einreiseerlaubnis an Dr. Friedr. Adler

Justiz- und Polizeidepartement. Mündlich

Die zur sog. 2½. Internationale gehörenden sozialistischen Organisationen haben bekanntlich vor kurzem beschlossen, ihr internationales Sekretariat von England nach der Schweiz zu verlegen. An der Spitze dieses Sekretariates steht der Österreicher Dr. Friedrich Adler, der am Ende des Weltkrieges den damaligen österreichischen Ministerpräsidenten ermordete. Das Dauervisum nach der Schweiz wurde ihm bisher verweigert, dagegen sind ihm zu verschiedenen Malen temporäre Einreisebewilligungen erteilt worden. Dr. Adler wohnte früher mehrere Jahre in der Schweiz, in Zürich. Herr Nationalrat Grimm besuchte gestern Herrn Häberlin, um ihn zu bitten, er möchte Herrn Dr. Adler doch den dauernden Aufenthalt in der Schweiz gestatten, denn sonst sei die Verlegung des Sekretariates nach unserm Lande in Frage gestellt. Herr Häberlin fügt bei, dass Adler sich bis jetzt bei seinen jeweiligen kürzern Aufenthalten in unserem Lande korrekt benommen habe und dass nach seiner Ansicht wie auch nach Auffassung des Vorstehers des politischen Departementes die Schweiz im vorliegenden Falle von ihren freiheitlichen Überlieferungen, wonach auch Andersdenkenden auf ihrem Gebiet der Gedankenaustausch gestattet ist, nicht abweichen dürfe; es liege kein hinreichender Grund vor, der Übersiedelung des Sekretariates der sozialistischen Internationale nach der Schweiz Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Der Rat schliesst sich dieser Meinung an und erklärt sich damit einverstanden, dass Herrn Friedrich Adler ein Dauervisum erteilt werde.

1. *Abwesend: Musy und Motta.*

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Geschäftsträger in Paris, R. de Weck*

S KD.

Berne, 2 septembre 1925

En nous référant à votre lettre du 28 août¹, nous avons l'honneur de vous faire connaître que le Conseil Fédéral est d'autant plus disposé à accueillir favorablement les lettres par lesquelles le Président de la République du Mexique lui annon-

1. *Nr. 86.*

cera son accession au pouvoir que la question des relations entre la Suisse et le Mexique a fait, récemment, l'objet de ses délibérations. Vous voudrez bien trouver, sous ce pli, le texte du rapport sur le vu duquel le Conseil Fédéral avait résolu de prendre lui-même l'initiative d'une démarche destinée à dissiper les malentendus qui se sont produits au sujet de la question de savoir si le Gouvernement suisse avait, oui ou non, reconnu le Gouvernement mexicain². Nous étions sur le point de procéder à l'envoi de la note dont le Conseil Fédéral avait arrêté les termes lorsque nous est parvenu votre rapport nous annonçant la démarche faite auprès de votre Légation par le Ministre du Mexique à Paris. Nous avons apporté aux termes de cette note les modifications exigées par cette nouvelle conjoncture. Vous voudrez bien en trouver le texte³ sous ce pli et nous vous serions fort obligés de bien vouloir remettre, aussitôt que possible, cette note au Ministre du Mexique à Paris au cours d'une conversation qui vous permettra de souligner la satisfaction que le Gouvernement fédéral éprouve à voir se dissiper entièrement les malentendus qui s'étaient produits entre la Suisse et le Mexique et le prix qu'il attacherait à pouvoir collaborer avec le Gouvernement mexicain au développement des rapports existant entre les deux Etats⁴.

2. *Vgl. Nr. 82.*

3. *Nr. 82, Annex.*

4. *De Weck übergab die Note am 7.9.1925 dem mexikanischen Gesandten in Paris, A. Reyes.*

91

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 4. September 1925¹

Einfuhrbeschränkungen. Abkommen mit Deutschland

Mündlich

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements teilt mit, gemäss der ihm vom Rat am 1. September 1925 erteilten Ermächtigung habe er gleichen Tags der deutschen Gesandtschaft angezeigt, dass die Schweiz das Übereinkommen mit Deutschland betreffend die Einfuhrbeschränkungen auf den 1. Oktober kündige, aber gleichzeitig ersucht, auch Deutschland möchte von der Veröffentlichung dieser Kündigung absehen². Am nächsten Tag sprach dann der deutsche Gesandte beim Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements vor, kündigte ihm an, dass die deutschen Unterhändler heute zu Verhandlungen über den Fortbestand einiger Einfuhrbeschränkungen in Bern eintreffen³, und fügte bei, es wäre doch er-

1. *Abwesend: Musy und Haab.*

2. *Vgl. Nr. 88.*

3. *Vgl. Nr. 95.*

wünscht, wenn nun nicht gerade in diesem Augenblick die Kündigung ausgesprochen würde; dies umso weniger, als es schwer halten werde, die Veröffentlichung der Kündigung hintanzuhalten, wenn die Kündigung der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht werden müsse.

Unter diesen Umständen hat sich der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements damit einverstanden erklärt, dass die Kündigung vorläufig als nicht geschehen betrachtet werde. Er würde darauf zurückkommen, sobald sich dies als notwendig erweist.

Der Rat billigt das Vorgehen des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, indem er von diesen Mitteilungen in zustimmendem Sinne Kenntnis nimmt.

92

E 1004 1/296

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 4. September 1925¹

1814. Grenzverletzung durch italienische Truppen

Mündlich

Laut Berichten, die dem Vorsteher des politischen Departementes zugegangen sind, haben Ende August an zwei Stellen der schweizerisch-italienischen Grenze im Gebirge italienische Soldaten die schweizerische Grenze überschritten. Im einen Fall hat ein schweizerischer Grenzwächter, der dazu kam, den Offizier, der die Soldaten befehligte, auf die Grenzverletzung aufmerksam gemacht, worauf dieser sich entschuldigte und sich sofort mit seiner Truppe auf italienisches Gebiet zurückzog, im andern Fall verliessen die italienischen Soldaten das schweizerische Gebiet ungesäumt, als sie eines schweizerischen Grenzwächters ansichtig wurden, der in der Nähe seinem Dienst oblag. Der Generalstab ist von diesen Vorkommnissen in Kenntnis gesetzt worden.

Das sind aus jüngster Zeit zwei Fälle von Grenzverletzungen, wie sie anscheinend an der schweizerisch-italienischen Grenze ziemlich häufig vorkommen. Um nun nicht den Anschein aufkommen zu lassen, als ob der Bundesrat gesonnen sei, solche ihm zur Kenntnis gelangende Grenzverletzungen schweigend hinzunehmen, beabsichtigt der Vorsteher des politischen Departementes, den italienischen Gesandten bei Gelegenheit auf diese Vorfälle aufmerksam zu machen und ihn zu ersuchen, es möchten die an der Grenze ihrem Dienst obliegenden italienischen Truppen zu grösserer Gewissenhaftigkeit in der Beobachtung der Grenze gehalten werden.²

1. Abwesend: Haab und Musy.

2. Am 8.9.1925 teilte der Stellvertreter des Vorstehers des Militärdepartementes, E. Chuard, dem Vorsteher des Politischen Departementes in einem Schreiben mit, dass es am 28.8.1925 östlich des Berninapasses und am 29.8.1925 beim Passo di Federia zu zwei Grenzverletzungen gekommen sei. Chuard führte weiter aus: [...] Obwohl wir diesen beiden an sich geringfügigen

Der Rat billigt das vom Vorsteher des politischen Departements in Aussicht genommene Vorgehen³.

Grenzverletzungen keine grosse Bedeutung beimessen, glauben wir doch, dass sie dem italienischen Kriegsministerium auf dem am 4. dies im Bundesrat besprochenen Wege zur Kenntnis gebracht werden sollten, mit der Bitte, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, um die Wiederholung derartiger Verletzungen unseres Gebietes, so friedlich sie auch sein mögen, in Zukunft zu verhindern.

Wir erachten es in der Tat für gefährlich, bei unsern südlichen Nachbarn den Glauben aufkommen zu lassen, als seien uns diese Grenzverletzungen gleichgültig. Es könnte dies leicht Präzedenzfälle schaffen und eines Tages zu unangenehmen Zwischenfällen führen (E 2001 (B) 6/3).

3. *Vgl. auch Nr. 105.*

93

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 4. September 1925¹

Völkerbund. Instruktionen der schweizerischen Abordnung zur VI. Session der Völkerbundsversammlung

Politisches Departement. Antrag vom 3. September 1925

Das politische Departement hat zur Besprechung der auf der Tagesordnung der VI. Session der Völkerbundsversammlung verzeichneten Verhandlungsgegenstände eine gemeinsame Konferenz der bundesrätlichen Delegation für auswärtige Angelegenheiten und der Mitglieder der schweizerischen Abordnung zur Versammlung einberufen. An der Konferenz, die am 26. August in Bern stattfand, nahmen der Bundespräsident, der Vorsteher des politischen Departementes, der Chef der Abteilung für Auswärtiges und sämtliche Mitglieder der Delegation zur Völkerbundsversammlung teil. Auf Grund dieser Besprechung legt nunmehr das politische Departement den Entwurf der der schweizerischen Abordnung zu erteilenden Weisungen zur Genehmigung vor².

Aus der Beratung ist folgendes hervorzuheben:

Zu Ziffer 1, Abs. 2, der Weisungen.

Hier wird bemerkt, beim Völkerbund mache sich die Neigung geltend, seine *Tätigkeit auf unpolitischem Gebiet* über Dinge zu erstrecken, die kaum zu seinem Aufgabenkreis gerechnet werden können, und es wäre zu wünschen, dass diese Neigung etwas eingedämmt werden könnte. Die Abordnung sollte daher, soweit die Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf unpolitischem Gebiet in

1. *Abwesend: Häberlin und Musy.*

2. E 2001 (B) 8/32. *Vgl. den definitiven Wortlaut der Instruktionen, in: BBl 1925, III, S. 674ff.*

Frage steht, das Hauptgewicht auf den einschränkenden Zusatz der Weisungen: «insoweit dies durch organische Entwicklung der bestehenden Institutionen (des Völkerbundes) erfolgen kann» legen. Der Vorsteher des politischen Departementes stimmt diesem Gedanken im allgemeinen zu, weist aber darauf hin, dass die Betätigung des Völkerbundes auf unpolitischem Gebiet doch schon das erfreuliche Ergebnis gezeitigt habe, die Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B. in der Opiumfrage mehr oder weniger in den Bann des Völkerbundes zu ziehen.

Zu Ziffer 2.

Es wird unter Zustimmung des Vorstehers des politischen Departementes der Wunsch ausgesprochen, die Abordnung möchte bei allfälliger Behandlung des *Genfer Protokolls*, soweit nicht die Förderung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit (vgl. auch zu Ziffer 3) in Betracht fällt, kluge Zurückhaltung wahren.

Zu Ziffer 3, Abs. 1.

Hier stellt der Vorsteher des politischen Departementes in Ausdehnung der Instruktion den Antrag, die Abordnung zu der Erklärung zu ermächtigen, dass die Schweiz bereit wäre, die im Dezember 1920 übernommene Verpflichtung der Anerkennung der obligatorischen Gerichtsbarkeit des ständigen internationalen Gerichtshofes nicht nur für fünf, sondern für zehn Jahre zu erneuern.

Es wird zwar darauf hingewiesen, dass schon Stimmen selbst aus dem Parlament laut geworden seien, die für die Zukunft ein etwas langsames Zeitmass selbst für den Abschluss von eigentlichen Schiedsverträgen empfehlen, weshalb es fraglich erscheinen könne, ob die Anerkennung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit gegenüber unbekanntem Staaten durch Erneuerung der im Jahre 1920 abgegebenen Unterschrift angezeigt erscheine. Demgegenüber betont aber der Vorsteher des politischen Departementes scharf die grosse Bedeutung der Ausbreitung des Schiedsgedankens in den zwischenstaatlichen Beziehungen für die Friedenssicherung und *der Rat erhebt den vorstehenden Antrag zum Beschluss.*

Zu Ziffer 5, Abs. 1.

Auch zu diesem Punkt wird der Abordnung etwelche Zurückhaltung empfohlen. Wenn auch die Aufstellung von Kollisionsnormen zu begrüßen sei, so stosse doch die Festlegung international gültiger Gesetze auf grosse Schwierigkeiten und der Übereifer auf diesem Gebiete, der bisweilen von geradezu abstrusen Ideen ausgehe, sollte eher etwas eingedämmt werden.

Zu Ziffer 6.

Bei der Erörterung dieser Ziffer wird auch die Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund, die sich allerdings während der kommenden Völkerbundversammlung kaum stellen wird, gestreift und auf das Bestreben Deutschlands hinge-

wiesen, seine Zulassung zum Völkerbund unter Befreiung von der Verpflichtung zur Beteiligung an militärischen Vorkehren und von der Verpflichtung zum Durchlass fremder Truppen bei den im Pakt vorgesehenen Konflikten zu erlangen, und zwar gestützt auf die Erwägung, dass es ein entwaffneter Staat sei, dem, bis auch die andern Staaten abgerüstet haben, eine Sonderstellung im Völkerbund einzuräumen sei. Es wird betont, dass, bei der Zulassung unter den ebengenannten Bedingungen, Deutschland im Völkerbund eine ähnliche Stellung erhalte, wie sie der Schweiz eingeräumt worden ist. Das hätte zweifellos eine unerwünschte Schwächung der einzigartigen Stellung der Schweiz im Völkerbund zur Folge und es wäre zu befürchten, dass bei der Wiedererwägung der Deutschland eingeräumten Stellung nach Durchführung der Abrüstung in den andern Staaten auch der Versuch gemacht würde, an der auf der Anerkennung ihrer Neutralität beruhenden Sonderstellung der Schweiz zu rütteln.

Auf Grund der Beratung wird der vorgelegte Entwurf einer Instruktion an die Schweizerische Delegation zur VI. Session der Völkerbundsversammlung mit der beschlossenen Erweiterung (vergl. oben Ziff. 1, Abs. 2) genehmigt.

94

E 1004 1/296

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 4. September 1925¹

1815. Reconnaissance du Gouvernement de l'Equateur

Département politique. Proposition du 27 août 1925

Dans sa séance du 31 juillet, le Conseil fédéral a pris acte de la communication de la Légation de l'Equateur à Berne concernant l'établissement à Quito d'un nouveau Gouvernement, issu d'un mouvement révolutionnaire, et a approuvé la décision du Chef du Département politique d'accuser réception de la note qui lui a été remise à ce sujet en exprimant l'espoir que la Suisse et l'Equateur continueraient à entretenir de bons rapports, mais en laissant ouverte la question de la reconnaissance formelle du nouveau Gouvernement équatorien par le Conseil fédéral².

1. *Abwesend: Musy und Haab.*

2. *Das Protokoll der Sitzung vom 31. 7. 1925 führt aus:*

Der Vorsteher des politischen Departements teilt mit, der Ministerresident der Republik Ecuador habe ihm kürzlich das Verzeichnis der Mitglieder der neuen, aus der jüngsten Revolution hervorgegangenen Regierung seines Landes übermittelt. Als der Vorsteher des politischen Departements hierauf vorläufig nicht antwortete, sprach der Ministerresident bei ihm vor und ersuchte darum, der Bundesrat möchte die neue Regierung anerkennen.

Die Frage der Anerkennung der neuen Regierung ist, wie frühere Erfahrungen lehren, recht heikel, namentlich auch weil in diesen südamerikanischen Staaten oft sehr rasch wieder ein

Par note du 10 août³, le Ministre résident de l'Equateur a remercié le Département politique de l'assurance qui lui avait été donnée, que les événements survenus à Quito ne changeraient rien aux relations amicales existant entre la Suisse et l'Equateur, et a expressément demandé que le Gouvernement suisse consente à accorder sa reconnaissance formelle au nouveau Gouvernement équatorien.

M. Robalino Davila expose, à l'appui de sa demande, que le Gouvernement de l'Equateur n'a, en Europe, que quatre Légations: celle de Paris, qui est également accréditée à Londres, celles de Rome, de Berlin et de Berne, et que son Gouvernement attache une réelle importance à être dans une situation parfaitement claire vis-à-vis des Gouvernements avec lesquels il tient à entretenir des relations particulièrement suivies.

L'argument invoqué par le Ministre résident de l'Equateur ne manque pas de valeur et il semble que le Conseil fédéral ne pourrait guère, sans de sérieux motifs, se refuser à reconnaître formellement le Gouvernement équatorien, qui insiste pour que la question soit nettement tranchée.

Le coup d'Etat qui, le 10 juillet dernier, a eu pour effet de déposer l'ancien Président de l'Equateur et de mettre à sa place un Gouvernement provisoire a eu lieu sans effusion de sang et sans troubles. Le nouveau Gouvernement paraît avoir l'appui de l'opinion publique et il est considéré à Londres comme mieux en mesure d'assurer le maintien de l'ordre que celui qu'il a renversé.

L'enquête à laquelle le Département politique a procédé par l'intermédiaire des Légations de Paris, Londres, Rome et Berlin a établi que les Gouvernements français, britannique et italien ont reconnu formellement le nouveau Gouvernement équatorien et qu'ils ont chargé leurs Ministres à Quito de faire dans ce sens des déclarations catégoriques. Suivant renseignement qui vient d'être donné à M. le chef du Département politique, l'Allemagne a maintenant également reconnu le nouveau Gouvernement équatorien.

Le Conseil fédéral pouvant, dans ces conditions, sans inconvénient, suivre l'exemple des Gouvernements français, britannique, italien et allemand, il est *décidé* de charger le Département politique de faire connaître à la Légation de l'Equateur à Berne que le Conseil fédéral a formellement reconnu comme tel le Gouvernement actuel de la République de l'Equateur.

Umschwung eintritt. England hat zwar die neue Regierung bereits anerkannt und Frankreich wird wohl bald dasselbe tun. Der Vorsteher des politischen Departements hielt es aber für besser, sich vorläufig darauf zu beschränken, dem Ministerresidenten, ohne die Frage der Anerkennung überhaupt zu berühren, den Empfang seiner Mitteilung zu bestätigen mit dem Beifügen, dass er hoffe, die gegenseitigen guten Beziehungen zwischen der Schweiz und Ecuador werden auch in Zukunft fortbestehen. Der Vorsteher des politischen Departements hat ein Schreiben in diesem Sinn an den Gesandten gerichtet, und dieser war davon befriedigt. Von diesen Ausführungen wird in zustimmendem Sinne am Protokoll Vormerk genommen (E 1004 1/296, Nr. 1632).

3. E 2001 (B) 6/8.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 15. September 1925¹

1903. Deutsch-schweizerisches Protokoll über die Einfuhrbeschränkungen

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 9. September 1925

Mit Note vom 16. Juli dieses Jahres² teilte die deutsche Gesandtschaft in Bern mit, dass sich voraussichtlich Deutschland aus handelspolitischen Rücksichten genötigt sehe, über den 30. September ds. Js. hinaus noch für einige Zeit Einfuhrverbote für eine ganz beschränkte Anzahl von Waren aufrecht zu erhalten. Es werde diese Verbote auch gegenüber der Schweiz nicht aufheben können, da in diesem Falle andere Staaten auf Grund der Meistbegünstigungsklausel darauf Anspruch erheben könnten, dass diese Verbote ihnen gegenüber ebenfalls aufgehoben würden. Angesichts dieser Sachlage ermächtigte der Bundesrat das Volkswirtschaftsdepartement, der deutschen Gesandtschaft zu antworten, dass die Schweiz bereit sei, Vorschläge der deutschen Regierung über die formelle Aufrechterhaltung einiger, namentlich der im Memorandum der deutschen Gesandtschaft bezeichneten Einfuhrbeschränkungen über den 30. September hinaus in Erwägung zu ziehen. Dabei müsse sich jedoch die Schweiz selbstverständlich vorbehalten, auch ihrerseits eine Anzahl Einfuhrbeschränkungen über das bezeichnete Datum hinaus weiterbestehen zu lassen. In Frage kommen vor allem einzelne Holz-, Papier- und Eisen-Positionen. Aus eingehenden mündlichen und schriftlichen Begründungen einzelner Branchen der genannten Warengruppen ergab sich, dass in der Tat für wenige Positionen die Ausserkraftsetzung des noch bestehenden Einfuhrschutzes auf Anfang des Winters nicht ohne schwerwiegende Bedenken vorgenommen werden könnte. Im Einverständnis mit dem Bundesrat schlug daher das Volkswirtschaftsdepartement der deutschen Regierung vor, dass über die Modalitäten des gegenseitigen Weiterbestehens einiger Einfuhrbeschränkungen Ende August Besprechungen stattfinden sollen.

Diese Besprechungen haben vom 5.–8. ds. Mts. in Bern stattgefunden. Sie wurden schweizerischerseits von Herrn Direktor Stucki und Dr. Wetter, dem jetzigen und früheren Chef der Handelsabteilung, deutscherseits von Herrn Windel, vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt, und von Hrn. Geheimrat Hagemann, vom Reichswirtschaftsministerium, geführt. Das Resultat wurde in einem Zusatzprotokoll vom 8. September zum schweizerisch-deutschen Protokoll über die Einfuhrbeschränkungen vom 17. November 1924³ niedergelegt.

Art. 1 der neuen Vereinbarung bestimmt, dass als Zeitpunkt für die Aufhebung

1. Abwesend: Motta.

2. Vgl. Nr. 69, Anm. 3. Es handelt sich um das Memorandum der deutschen Gesandtschaft vom 16. 7. 1925.

3. AS 1925, NF 41, S. 638f.

der Einfuhrbeschränkungen statt des 30. September der 31. Dezember 1925 gilt. Art. 2 und 3 enthalten diejenigen Positionen des deutschen und schweizerischen Zolltarifs, die noch nach dem 30. September, längstens aber bis Ende dieses Jahres, den Einfuhrbeschränkungen unterstehen.

Was die deutsche Liste anbelangt, figurieren auf derselben nur 3 Positionen, für die die Schweiz ein eigentliches Exportinteresse hat: Zement, Rohaluminium und Morphinum, Kodein und deren Verbindungen. Für die beiden ersten Waren bestehen zwischen den beidseitigen Interessenten private Vereinbarungen, so dass für sie also die Frage der Einfuhrbeschränkung keine nennenswerte Rolle spielt. Für die dritte Warengruppe der deutschen Pos. 380⁴ hofft das Volkswirtschaftsdepartement, dass es möglich ist, dass Deutschland auf die Aufrechterhaltung der Beschränkung nachträglich noch verzichten wird. Für diesen Fall würde die Schweiz ihrerseits die Position 306^e (Papiere und Kartons, mit gepressten und geprägten Dessins) aus ihrer Liste streichen. Ob die Position 380 deutscherseits fallen gelassen wird, hat für uns übrigens keine allzu praktische Bedeutung, indem schon bisher alle schweizerischen Einfuhrgesuche bewilligt werden mussten und nach dem neuen Abkommen die in den Listen aufgeführten Waren nicht ungünstiger behandelt werden dürfen als bisher.

Wenn somit durch die deutsche Liste eine eigentliche Behinderung unseres Exportes nach Deutschland nicht zu erwarten sein dürfte, ist es dem Volkswirtschaftsdepartement umgekehrt gelungen, schweizerischerseits für einige wenige Positionen der Holz-, Papier- und der Eisenbranche den bisherigen Einfuhrschutz noch etwas zu verlängern. Für die ersten 6 Positionen der schweizerischen Liste⁵ spielen neben der prekären Lage der in Frage stehenden schweizerischen Produktionszweige auch noch handelspolitische Momente eine wichtige Rolle. Es trifft dies vor allem gegenüber Österreich für die Holz- und Papierposition zu, während die beiden Eisenpositionen gegenüber Frankreich von Bedeutung sein können. Gerade bei diesen beiden Waren (Rundeisen und Fassoneisen) haben auch die Verbraucher des Vereins schweizerischer Maschinenindustrieller die Notwendigkeit eines noch etwas verlängerten Einfuhrschutzes anerkannt. Ferner ist die Lage derjenigen Wirtschaftszweige, die die Telephon- und Telegraphenapparate, Heilsera und Impfstoffe und Zündhölzer produzieren, noch derart, dass eine Aufrechterhaltung der Einfuhrbeschränkung bis Ende des Jahres als gerechtfertigt erscheint. Dazu kommt, dass die meisten Staaten für Heilsera und Impfstoffe aus sanitärischen Gründen besondere Einfuhrbestimmungen erlassen haben.

Art. 4 nimmt Bezug auf Art. 3 des ursprünglichen Abkommens vom 17. November 1924, der folgendermassen lautet: «Zollerhöhungen des einen Teiles, die nach der Unterzeichnung dieses Protokolls erlassen werden und die geeignet sind, dem andern Teil gegenüber einfuhrhindernd zu wirken, sind auf dessen Wunsch zum Gegenstand von Besprechungen zu machen. Kann dabei eine Einigung über die Zollerhöhungen nicht erzielt werden, so ist der andere Teil unter Beobachtung einer einmonatigen Kündigungsfrist zum Rücktritt von dieser Vereinbarung befugt.»

4. *Morphium- und Kodeinverbindungen.*

5. *Rohholz, Holz- und Eisenverarbeitungen und Papier.*

Da bekanntlich Deutschland durch die kleine Zollvorlage, die für einzelne landwirtschaftliche Zölle bereits am 1. September und für die übrigen Positionen am 1. Oktober 1925 in Kraft tritt, für eine Reihe den schweizerischen Export interessierende Warengruppen teilweise sehr beträchtliche Zollerhöhungen vorgenommen hat, erschienen die Voraussetzungen für Besprechungen erfüllt. Dieselben sollen Ende September wiederum in Bern stattfinden und vorerst bezwecken, einen *modus vivendi* zu finden, der geeignet wäre, den wichtigsten speziellen schweizerischen Exportartikeln provisorisch gewisse Erleichterungen in der Weise zu gewähren, dass für die fraglichen deutschen Zollpositionen, vorgängig den eigentlichen Handelsvertragsunterhandlungen, angemessene Zollreduktionen zugestanden werden⁶.

Schliesslich unterbreitet das Volkswirtschaftsdepartement dem Bundesrat noch zwei Schreiben der beiden Delegationsführer⁷, worin gegenseitig diejenigen Zollpositionen genannt werden, für welche sich die beiden Regierungen vorbehalten müssen, aus handelspolitischen Gründen nötigenfalls auch über den 31. Dezember 1925 hinaus bis auf weiteres Einfuhrbeschränken aufrecht zu halten. Gegenüber der deutschen Liste des Abkommens kommen Margarine etc., Zement, Vanillin und Zellhorn in Wegfall. Schweizerischerseits verbleiben nur noch diejenigen 6 Positionen, die auch nach dem 31. Dezember, mit Rücksicht auf eventuelle Handelsvertragsunterhandlungen mit einzelnen Staaten, noch den Einfuhrbeschränkungen zu unterliegen hätten.

Zusammenfassend kann das neue Zusatzabkommen, den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, als den Umständen angemessen bezeichnet werden. Auf der einen Seite dürften fortan gegenüber dem schweizerischen Export nach Deutschland praktisch keine Einfuhrbeschränkungen mehr zur Anwendung gelangen, indem für wichtige schweizerische Exportartikel, wie gewisse baumwollene Garne, Baumwoll- und Wollgewebe wie auch Schuhe, das Bewilligungsverfahren in Wegfall kommt. Schweizerischerseits gewährt die neue Regelung den wenigen noch besonders bedrohten Produktionszweigen eine kurze Übergangsfrist und ermöglicht, bei verschiedenen einfuhrbeschränkten Positionen anlässlich bevorstehender Handelsvertragsunterhandlungen dieselben auf dem Kompensationswege abzubauen.

Endlich ist zu beachten, dass das Volkswirtschaftsdepartement entsprechend dem skizzierten Abbau der noch verbleibenden Einfuhrbeschränkungen, mit Wirkung vom 1. Oktober ds. Js. an, eine generelle Einfuhrbewilligung über alle Grenzen erteilen wird und zwar für alle Warengruppen, die auf der schweizerischen Liste des neuen Zusatzprotokolls nicht mehr figurieren. Dadurch kommen bis auf 10 ganze und 3 Teilpositionen sämtliche schweizerischen Einfuhrbeschränkungen vom 1. Oktober nächsthin an in Wegfall.

Antragsgemäss wird daher *beschlossen*:

1. Vom Berichte des Volkswirtschaftsdepartementes wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen und dem Zusatzprotokoll vom 8. September 1925

6. Vgl. dazu Nr. 98.

7. K I, Nr. 865.

zum schweizerisch-deutschen Protokoll über die Einfuhrbeschränkungen vom 17. November 1924 die Genehmigung erteilt;

2. die schweizer. Gesandtschaft in Berlin ist durch Vermittlung des Volkswirtschaftsdepartementes anzuweisen, der deutschen Regierung die Genehmigung der Vereinbarung durch den Bundesrat zu notifizieren, in der Meinung, dass eine entsprechende Erklärung deutscherseits gleichzeitig abgegeben wird;

3. Das Volkswirtschaftsdepartement wird mit der Durchführung der im Zusatzprotokoll enthaltenen Abmachungen betraut. Es wird ferner seinerzeit eine Mitteilung an die Presse hierüber erlassen.

96

E 2001 (B) 8/32

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorsteher des Finanz- und Zolldepartementes, J.-M. Musy*

S

Genève, 16 septembre 1925

VI^{ème} Assemblée de la Société
des Nations. Rapport N° 2.
Questions économiques et financières.

Au cours de la séance plénière d'hier, M. Loucheur, délégué de la France, a déposé une résolution dont on a parlé, depuis quelques jours, dans les couloirs de l'Assemblée et qui tend à faire préparer et, le cas échéant, convoquer par le Conseil de la Société des Nations une Conférence économique internationale. Vous voudrez bien trouver, sous ce pli, le texte exact de cette résolution qui a été renvoyée à la II^e Commission de l'Assemblée et qui aura probablement pour effet de donner une ampleur plus grande que l'on ne pouvait supposer aux débats sur les questions économiques et financières¹.

Il ne s'agirait, bien entendu, pas de la convocation immédiate d'une Conférence internationale pour l'examen des problèmes économiques. Dans la pensée de M. Loucheur, il conviendrait, tout d'abord, de constituer, sur de larges bases, un comité d'études qui préparerait le programme de la Conférence. La date de l'ouverture de celle-ci serait fixée ultérieurement, suivant les circonstances, par le Conseil de la Société.

Quant aux questions qui feraient l'objet des délibérations de la Conférence, M. Loucheur s'est réservé de faire des communications plus détaillées au sein de la II^e Commission de l'Assemblée. Le délégué français s'est borné, pour le moment, à déclarer que ce serait commettre une erreur que d'imaginer que la Conférence pût aboutir à de véritables conventions internationales. «Que la Conférence se contente», a-t-il dit, «d'énoncer un certain nombre de principes, de rechercher une méthode de coopération internationale pour les appliquer et aussi, point le

1. Vgl. SdN, Journal Officiel, Suppl. spéc. Nr. 33, S. 80ff. Vgl. auch BBl 1925, III, S. 690.

plus important, que, pour certaines branches de production plus faciles à analyser que d'autres, il puisse s'établir entre les producteurs de chaque nation, sous le contrôle des Gouvernements, des conventions qui, en dehors de la Conférence elle-même, assureront pour un certain temps l'équilibre de la production et de la consommation.»

Les déclarations de la Délégation française sur le projet de résolution qu'elle a déposé sont donc fort vagues et il conviendra, sans doute, d'attendre les explications complémentaires annoncées pour les séances de la Commission compétente.

En ajoutant que nous ne manquerons pas de vous tenir au courant de la suite qui sera donnée à la proposition française, nous croyons devoir vous signaler le bruit d'après lequel la Conférence économique, qui pourrait se tenir avant la fin de 1926, serait convoquée à Prague².

2. Die Angelegenheit wurde vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 18.9.1925 erörtert. Das Protokoll vermerkt: [...] Herr Schulthess teilt mit, dass Herr Loucheur dem Völkerbundsrat eine Anregung auf Prüfung der Frage der Einberufung einer neuen Weltwirtschaftskonferenz unterbreitet habe. Es kann uns nicht gleichgültig sein, welche Fragen an einer solchen Konferenz zur Behandlung gelangen. Herr Schulthess ersucht daher um die Ermächtigung, unsere Delegierten an der Völkerbundsversammlung zu bitten, der Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zu schenken und ferner ihren Einfluss in Genf dahin geltend zu machen, dass der Schweiz das Recht eingeräumt werde, einen vom Bundesrat zu bezeichnenden Vertreter in das mit der Vorbereitung der Konferenz und der Aufstellung des Programms betraute Comité d'études abzuordnen.

Der Rat erklärt sich damit einverstanden. (E 1004 1/296; Nr. 1010).

97

E 2001 (C) 1/18

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S GH.

Bern, 21. September 1925

Wir beehren uns, den Empfang Ihrer beiden Schreiben vom 28. vor. Mts. und 17. ds. Mts.¹ zu bestätigen, womit Sie uns über die bevorstehende Zollkonferenz in Peking und Ihre bisherigen Schritte in dieser Angelegenheit unterrichten. Ihre Ausführungen haben unsere volle Aufmerksamkeit gefunden und wir sprechen Ihnen dafür unsern verbindlichen Dank aus.

Was die Frage einer Vertretung der Schweiz an dieser Konferenz anbetrifft, so sind wir mit Ihnen der Auffassung, dass nach der bisherigen Haltung der chinesischen Regierung die Zulassung eines schweizerischen Vertreters wohl schwerlich zu erwarten wäre. Sie machen mit Recht darauf aufmerksam, dass je nach dem Programm dieser Konferenz die Frage einer Vertretung der Schweiz an den be-

1. Beide Schreiben nicht abgedruckt.

treffenden Verhandlungen verschieden beantwortet werden könne. Beschränkt sich die Konferenz auf die Behandlung der ihr durch die Art. 2 und 3 des Washingtoner Abkommens vom 6. Februar 1922 zugewiesenen Aufgabe, oder kommt daneben höchstens noch die Frage der chinesischen Tarifautonomie zur Sprache, so wäre Ihres Erachtens die Zulassung eines offiziellen schweizerischen Delegierten kaum möglich. Wir teilen hier durchaus Ihre Ansicht. Es ist nicht anzunehmen, dass die chinesische Regierung in dieser Beziehung von ihrer bisherigen Haltung abgehen würde. Einen Rechtsanspruch für die Zulassung besitzen wir bekanntlich nicht. Anders liegt die Sache dagegen, wie Sie richtig hervorheben, wenn an dieser Konferenz nicht nur die Frage einer Änderung des chinesischen Zolltarifes oder die Wiederherstellung der chinesischen Zolltarifautonomie, sondern darüber hinaus noch die Abschaffung der Kapitulationen zur Sprache gebracht werden sollte. In diesem Fall wäre die Frage einer offiziellen Teilnahme der Schweiz noch zu prüfen. Nach unserem Dafürhalten können wir, gestützt auf den Freundschaftsvertrag zwischen der Schweiz und China vom 13. Juni 1918, diesen Anspruch wohl erheben. Ein Entscheid darüber scheint aber auch uns nicht besonders dringlich, denn es ist kaum anzunehmen, dass die übrigen Signatarmächte in dieser Frage der Exterritorialität ihre Rechte nicht auf das Hartnäckigste zu verteidigen trachten werden. Die Schweiz wird also hier gegebenenfalls immer noch Gelegenheit haben, ihre Ansprüche rechtzeitig zur Geltung bringen zu können.

Was nun die Frage anbelangt, ob die Schweiz, nachdem eine offizielle Teilnahme an einer blossen Zollkonferenz kaum möglich erscheint, nicht einen offiziellen Beobachter nach Peking entsenden soll, so können wir uns in dieser Beziehung Ihren Ausführungen nur anschliessen. Wir sehen in der Ernennung eines solchen offiziellen Vertreters vorläufig die einzige Möglichkeit, um die schweizerischen Interessen bei dieser Konferenz zu wahren. Schwierig ist nun allerdings die Personenfrage. Nach dem Stande der Verhältnisse und namentlich auch angesichts der geringen noch zur Verfügung stehenden Frist bis zur Eröffnung der Konferenz scheint uns, es wäre das Gegebene, wenn Herr Dr. Kästli, der Vertreter des leider durch Krankheit verhinderten schweizerischen Generalkonsuls in Shanghai, mit dieser Aufgabe betraut würde. Wir sind allerdings nicht in der Lage, uns über die Eignung des Herrn Dr. Kästli zu dieser Mission auszusprechen, ebensowenig als wir beurteilen können, ob der Genannte in Shanghai mit Rücksicht auf die übrigen Konsulatsgeschäfte abkömmlich ist. Die Beantwortung dieser Fragen müssen wir Ihnen überlassen. Ergeben sich hier keine Schwierigkeiten, so möchten wir Ihnen beantragen, Herrn Dr. Kästli mit dieser Aufgabe zu betrauen. Es wird sich für ihn darum handeln, mit den Delegierten der an der Pekinger Konferenz vertretenen Staaten Fühlung zu nehmen und dabei zu versuchen, dass auch den schweizerischen Interessen gebührend Rechnung getragen werde. Dies dürfte überall da ohne allzu grosse Schwierigkeiten möglich sein, wo die schweizerischen Interessen mit denjenigen anderer Länder, die an der Konferenz offiziell vertreten sind, übereinstimmen, also wohl in den meisten Fällen. Detaillierte Instruktionen können wir nicht aufstellen. Dazu wäre eine genaue Prüfung aller in Betracht kommenden schweizerischen Interessen nötig, was angesichts der zur

Verfügung stehenden kurzen Zeit nicht möglich ist. Alles nähere muss unter diesen Umständen dem Gutfinden unseres Vertreters, der ja über die schweizerischen Interessen in China orientiert ist, selbst überlassen werden. Eventuell wird eine fortwährende, vielleicht sogar telegraphische Berichterstattung über die Konferenz notwendig werden, so dass dann unter Umständen noch nachträglich weitere Instruktionen erteilt werden können².

[...]

2. Das Politische Departement ernannte F. Kästli zum Beobachter an der Pekingener Zollkonferenz und versah ihn mit ausführlichen Instruktionen (nicht ermittelt), wie aus einem Schreiben des Politischen Departementes an das schweizerische Generalkonsulat in Shanghai vom 29.9.1925 hervorgeht (E 2001 (C) 1/18). Das Politische Departement führte in diesem Schreiben weiter aus: [...] Les expériences faites les années précédentes semblent démontrer que [le] refus répété de nous laisser adhérer au Traité [concernant la revision du tarif des douanes chinoises] ou à participer aux travaux de Commissions ou Conférences s'occupant des douanes chinoises est catégorique et définitif. [...] Am 2.10.1925 telegraphierte das Politische Departement nach Shanghai: [...] Switzerland has been denied right adhere treaty and participate Conference, our treaty with China containing no tariff. Your mission Peking consists inofficial action and information (E 2001 (C) 1/18).

An der Pekingener Zollkonferenz erhielt China die volle Zollautonomie auf den 1.1.1929, verpflichtete sich dabei aber, bis zu diesem Datum auf seine Binnenzölle (Likin) zu verzichten. Zur zollpolitischen Entwicklung in China in den folgenden Jahren vgl. GBer 1925, S. 501, GBer 1926, S. 514, GBer 1927, S. 490, GBer 1928, S. 519 und GBer 1929, S. 522 sowie Nr. 338.

98

E 1001 1, EVD, 1925

Antrag des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess, an den Bundesrat

I.
Handelsbeziehungen mit Deutschland.

Bern, 30. September 1925

Bekanntlich sieht Art. 3 des schweizerisch-deutschen Protokolls über die Einfuhrbeschränkungen vom 17. November 1924, dessen Geltungsdauer durch das vom Bundesrat am 15. September 1925 ratifizierte Zusatzprotokoll¹ bis Ende des Jahres verlängert wurde, vor, dass Zollerhöhungen des einen Teils, die nach der Auffassung des andern einfuhrhindernd wirken, auf dessen Verlangen zum Gegenstand von Besprechungen gemacht werden sollen. Am 1. Oktober ds. Js. treten nun die auf zahlreichen Positionen stark erhöhten Ansätze der deutschen Zolltarifnovelle vom 17. August 1925 in Kraft. Die Schweiz hat der deutschen Regierung gegenüber schon vor Monaten darauf hingewiesen, dass diese Zollerhöhungen für viele und wichtige schweizerische Exportprodukte einfuhrhindernd, zum Teil sogar einfuhrverhindernd wirken, und die in Art. 3 des erwähnten Abkom-

1. Vgl. Nr. 95.

mens vorgesehenen Besprechungen verlangt. Anlässlich der Verhandlungen über das Zusatzprotokoll vom 8. September 1925 ist diese Frage zwischen den beidseitigen Delegationen neuerdings besprochen worden. Die deutsche Regierung erklärte ihr Einverständnis zur Aufnahme solcher Besprechungen. In Art. 4 des Zusatzprotokolls wurde deshalb vereinbart: «Auf Wunsch der schweizerischen Regierung sollen Ende September 1925 die in Art. 3 des eingangs bezeichneten Abkommens vorgesehenen Besprechungen zwischen den vertragschliessenden Teilen stattfinden.» Laut Mitteilung der hiesigen deutschen Gesandtschaft wird die deutsche Delegation am 2. Oktober in Bern eintreffen, so dass die erste gemeinsame Sitzung am 3. Oktober wird stattfinden können. Die deutsche Delegation soll aus ca. 12 Herren bestehen, worunter sich 5 Spezialvertreter der einzelnen Länder (Preussen, Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden) befinden.

Wir möchten vorschlagen, schweizerischerseits mit der Führung der Verhandlungen zu beauftragen die Herren Direktor Stucki, Professor Laur, Dr. Wetter und Oberzolldirektor Gassmann.

Was nun die den schweizerischen Delegierten zu erteilende Instruktion anbelangt, so ist davon auszugehen, dass es sich vorläufig nur um den Abschluss eines *modus vivendi* handelt, während eigentliche Handelsvertragsverhandlungen auf breiter Basis erst in einigen Monaten, nachdem die nötigen zeitraubenden Vorbereitungen beendet sind, aufgenommen werden können. Sinn und Zweck dieses *modus vivendi* ergeben sich ohne weiteres aus dem oben erwähnten Art. 3 des Einfuhrabkommens vom November 1924, d. h. Gegenstand der Besprechungen sind die von Deutschland während der Geltungsdauer des Einfuhrabkommens einseitig vorgenommenen und für schweizerische Waren einfuhrhindernden Zollerhöhungen. Nach Wortlaut und Sinn des erwähnten Art. 3 handelt es sich also keineswegs um eine Erörterung der gegenseitigen Zolltarife, da ja derjenige der Schweiz seit dem November 1924 keinerlei Veränderung erlitten hat.

Wir haben deshalb die deutsche Regierung nie im Zweifel darüber gelassen, dass der zu besprechende *modus vivendi* nur darin bestehen könne, dass deutscherseits auf verhältnismässig wenigen, aber wichtigen schweizerischen Exportpositionen durch Zollermässigungen Einfuhrerleichterungen erteilt würden, die Schweiz dagegen bereit sei, in einem den deutschen Zollermässigungen entsprechenden Umfange *Bindungen* ihres heutigen Gebrauchstarifes einzugehen. Die Gewährung von Ermässigungen auf dem schweizerischen Gebrauchstarif könne dagegen nicht in Betracht kommen. Mit Rücksicht darauf, dass bekanntermassen die Schweiz einen neuen Generaltarif dem Parlament bereits vorgelegt habe, hätten schweizerische Bindungen des Gebrauchstarifes für Deutschland eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Beides, deutsche Zollermässigungen und schweizerische Zollbindungen, seien natürlich berechnet für kurze Zeit, d. h. bis zum Abschluss eines neuen eigentlichen Handelsvertrages. Die Prüfung der Frage, ob schweizerischerseits die Verhandlungen über einen eigentlichen Handelsvertrag auf Grundlage ihres Gebrauchstarifes oder des beim Parlament liegenden Generaltarifentwurfes, oder aber auf Grund eines event. provisorisch zu schaffenden Generaltarifes zu führen seien, müssten wir uns selbstverständlich vorbehalten.

In diesem Sinne haben wir denn auch der deutschen Delegation am 8. ds. Mts.

eine schweizerische Begehrenliste² hinsichtlich eines *modus vivendi* überreicht. Sie ist aufgestellt worden von unserer Unterhändlerkommission und enthält, /... /, nur einige der allerwichtigsten Positionen mit verhältnismässig bescheidenen Reduktionsforderungen. Wir gingen eben davon aus, dass angesichts der ganz provisorischen Natur eines solchen *modus vivendi* und mit Rücksicht auf die Tatsache, dass die Schweiz ihrerseits keine Zollreduktionen gewähren kann, eine Konzentration auf das Allerwichtigste und Notwendigste geboten sei. Mündlich machten wir die deutsche Delegation darauf aufmerksam, dass diese zutage tretende schweizerische Beschränkung natürlich nur für kurze Zeit in Frage kommen könne und für die kommenden Handelsvertragsverhandlungen die Schweiz sich sowohl hinsichtlich der Zahl der Positionen als auch der Höhe der Reduktionsforderungen freie Hand vorbehalten müsse.

Wie hievor ausgeführt, glaubten wir, von der deutschen Regierung als Antwort auf unsere Begehrenliste eine Liste der deutscherseits vorzuschlagenden Bindungen des schweizerischen Gebrauchstarifs erwarten zu können. Statt dessen übergab uns nun die deutsche Gesandtschaft die in Abschrift beiliegende Liste³, laut welcher Deutschland auf der ganzen Linie nicht nur Bindungen, sondern zum Teil sehr beträchtliche Herabsetzungen des schweizerischen Gebrauchstarifes verlangt. Die Zahl der deutscherseits herausgegriffenen Positionen ist sogar bedeutend höher als diejenige der in der schweizerischen Liste enthaltenen Begehren.

Es kann nun unseres Erachtens keine Rede davon sein, dass wir auf dieser Grundlage in die Verhandlungen eintreten könnten. Wir würden damit die in Art. 4 des Zusatzprotokolles vom 8. September verankerte Grundlage dieser Verhandlungen vollständig verlassen und müssten für verhältnismässig jedenfalls nur sehr bescheidene Herabsetzungen der neuen deutschen Zölle bereits schwere und sehr gefährliche Breschen in unsern Gebrauchstarif schlagen lassen. Wenn wir auch der Auffassung sind, dass gegen entsprechende Gegenkonzessionen in einem eigentlichen Handelsvertrag die Ansätze unseres Gebrauchstarifes in dieser oder jener Position einer bescheidenen Ermässigung fähig sind, so darf dies doch nicht dazu führen, schon mit bezug auf den Abschluss eines provisorischen *modus vivendi* solche Reduktionen in Erwägung zu ziehen. Ein solches Vorgehen würde unsere Stellung nicht nur für die eigentlichen Vertragsverhandlungen mit Deutschland, sondern auch für die gegenwärtig hängigen Verhandlungen mit Österreich und der Tschechoslovakei und auch für künftige Verhandlungen mit andern Ländern auf das Schwerste gefährden. Unser Gebrauchstarif – und damit auch die auf ihm fussenden Zolleinnahmen – käme auf breiter Grundlage ins Wanken, ohne dass wir irgendwie entsprechende Vorteile erzielt hätten.

Aus diesen Gründen haben wir sowohl der hiesigen deutschen Gesandtschaft, als auch durch Vermittlung unserer Gesandtschaft in Berlin der deutschen Regierung mit aller Deutlichkeit erklären lassen, dass die Schweiz auf deutsche Begehren betreffend Reduktion des schweizerischen Gebrauchstarifes nicht eintreten könne. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass gestützt auf diese Erklärung

2. Nicht ermittelt.

3. Nicht ermittelt.

deutscherseits keine oder nur ganz ungenügende Reduktionen der neuen deutschen Zollansätze angeboten werden und dass sich deshalb die Verhandlungen über einen modus vivendi zerschlagen. In diesem Falle wird die Schweiz zu prüfen haben, ob und welche Kampfmittel ihr zur Verfügung stehen, ob insbesondere ein provisorischer Generaltarif auf Grund der dem Bundesrat in den Jahren 1921/23 eingeräumten Vollmachten zu erlassen, event. sogar in Kraft zu setzen ist⁴.

Falls der Bundesrat unsere Auffassung teilt, so würde die den schweizerischen Unterhändlern zu erteilende Instruktion für die Verhandlungen über den modus vivendi dahin gehen:

1. Die Verhandlungen sind auf der Grundlage von Art. 3 des Einfuhrabkommens vom 17. November 1924 zu führen.

2. Die Forderungen der schweizerischen Begehrenliste sind nach Möglichkeit durchzusetzen.

3. Als Gegenkonzessionen schweizerischerseits können vorübergehend und in einem den deutschen Zollermässigungen entsprechenden Umfange Bindungen des schweizerischen Gebrauchstarifes eingegangen werden. Eine Reduktion der Ansätze dieses Gebrauchstarifes ist dagegen abzulehnen.

4. Das allfällig abzuschliessende provisorische Abkommen muss jederzeit auf 1 Monat kündbar sein.

Wir kommen somit dazu, Ihnen zu stellen den Antrag:

1. Von den Ausführungen des Volkswirtschaftsdepartements wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

2. Diese Ausführungen gelten als Instruktion an die Unterhändler.

3. Die schweizerische Delegation wird bestellt aus den Herren Direktor Stucki, Chef der Handelsabteilung des eidg. Volkswirtschaftsdepartements, in Bern, Professor Dr. Laur, in Brugg, Dr. E. Wetter, in Zürich und Oberzolldirektor Gassmann in Bern⁵.

4. Vgl. Nr. 99. – Die Anwendung des Generalzolltarifs (allgemein sowie speziell in Hinblick auf die Verhandlungen mit Deutschland) wurde in der Sitzung des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes mit den Mitgliedern der schweizerischen Delegation für Handelsvertragsverhandlungen am 19. 8. 1925 besprochen. Protokoll in: E 7110 1/29.

5. Der Bundesrat erhob den Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes am 5. 10. 1925 zum Beschluss (E 1004 1/297, Nr. 2039).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Oktober 1925¹

Unterhandlungen mit Deutschland zur Regelung der Handelsbeziehungen

Mündlich

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements erinnert daran, dass gegenwärtig mit einer deutschen Abordnung Verhandlungen geführt werden, die wegen der Inkraftsetzung des neuen deutschen Zolltarifs auf 1. Oktober 1925 nötig geworden sind und bezwecken, mit Deutschland zu einer vorläufigen Regelung der Handelsbeziehungen zu gelangen für die Zeit bis zum Abschluss eines eigentlichen Handelsvertrages. Die schweizerischen Unterhändler haben die Aufgabe, bei einigen Positionen des neuen deutschen Tarifs Herabsetzung der Ansätze zu erlangen gegen Bindung einiger Ansätze des schweizerischen Gebrauchstarifs. Die Begehren der Deutschen gehen aber viel weiter, denn es wird von der Schweiz Herabsetzung der Ansätze auf einer Reihe von Positionen des Gebrauchstarifs verlangt, was nicht zugestanden werden kann. Es zeigt sich bei diesen Verhandlungen neuerdings, welch' schweren Stand die Schweiz hat, weil sie keinen Generaltarif besitzt, der als Kampftarif verwendbar wäre.

Das Volkswirtschaftsdepartement hat einen solchen Tarif vorbereitet, der in nächster Zeit noch von einer Sachverständigenkommission durchberaten und sodann dem Bundesrate unterbreitet werden soll. Der Bundesrat wird bei der Genehmigung des Tarifs auch zu prüfen haben, wie und wann er in Kraft gesetzt werden soll. Hiefür sind verschiedene Wege denkbar und es wird derjenige zu wählen sein, der den schweizerischen Bedürfnissen am besten entspricht und es vermeidet, die Handelsbeziehungen zu andern Staaten ohne Not zu beeinträchtigen. Das Volkswirtschaftsdepartement neigt zur Auffassung, dieses Ziel werde sich am ehesten durch eine teilweise Inkraftsetzung des neuen Generaltarifs erreichen lassen. Doch wird hierüber später des nähern zu berichten und dann ein Entscheid zu fällen sein².

Heute handelt es sich darum, die Verhandlungen mit Deutschland soweit möglich mit dem Hinweis auf den nahe bevorstehenden Erlass eines schweizerischen Generalzolltarifs zu beeinflussen. Die schweizerische Abordnung hat hierauf schon hingewiesen; allein die deutschen Unterhändler erklärten, dieser Hinweis genüge nicht, um auf die deutsche Regierung Eindruck zu machen, da jeder Anhaltspunkt für die Gestaltung des neuen Generaltarifs fehle³.

Unter diesen Umständen schlägt die schweizerische Abordnung vor, den deutschen Unterhändlern den vom Volkswirtschaftsdepartement ausgearbeiteten

1. *Abwesend: Musy und Haab.*

2. *Vgl. Nr. 112.*

3. *Vgl. Protokoll der Sitzung der beiden Delegationen vom 7. 10. 1925, welches als Annex abgedruckt ist.*

Tarifentwurf vertraulich bekanntzugeben und zwar in der Form, dass in eine Ausgabe des Gebrauchstarifs die im genannten Entwurf vorgesehenen Ansätze eingetragen würden. Dabei würde sie erklären, dass, wenn ein *modus vivendi* nicht zu Stande kommen sollte, die Schweiz den neuen Generalzolltarif auf einen bestimmten Zeitpunkt ganz oder teilweise in Kraft setzen werde.

Dieses Vorgehen ist allerdings aussergewöhnlich, aber immerhin auch schon mit Erfolg angewendet worden. Es ist zur Zeit das einzige Mittel, um bei den Verhandlungen mit Deutschland zu einem annehmbaren Ergebnis zu gelangen. Der Bundesrat behielt dabei noch völlig Freiheit in der Gestaltung des Generaltarifs.

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes stellt den *Antrag*:

Der Bundesrat wolle ihn zu dem eben geschilderten Vorgehen ermächtigen.

Der Rat erhebt diesen Antrag zum Beschluss.

ANNEX

E 13 (B)/283

Prot.

VERHANDLUNGEN MIT DEUTSCHLAND ÜBER EINEN MODUS VIVENDI

2. Plenarsitzung vom 7. Oktober 1925 in Bern
(Parlamentsgebäude)

/.../

Die *schweizerische Delegation* gibt bekannt, dass eine Antwort auf das von deutscher Seite gestellte Begehren um Bekanntgabe des provisorischen Generaltarifs heute noch nicht erteilt werden kann, da der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes abwesend ist, und ein Entschluss ohne ihn und unter Umständen ohne Begrüssung des Bundesrates nicht gefasst werden kann. Dagegen schlägt sie vor, immerhin in die Beratung der schweizerischen Begehrenliste einzutreten.

Die *deutsche Delegation* weist darauf hin, dass es für sie sehr schwierig sein wird, ohne Kenntnis dieses Tarifs die Verhandlungen zu führen. Sie betont wiederholt die Wichtigkeit, die sie der Frage der Bekanntgabe dieses Verhandlungstarifs beimisst.

Sie wirft im weiteren folgende Fragen auf:

1. Können Mitteilungen gemacht werden über den Zeitpunkt und die Modalitäten des Inkrafttretens dieses Tarifs, und

2. wann wird in weitem Kreisen dessen Bekanntgabe erfolgen dürfen?

Zu diesen Fragen äussert sich die *schweizerische Delegation* wie folgt:

Über den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Generaltarifs kann heute noch nichts gesagt werden, da er erst als Kommissionsentwurf vorliegt. Es steht jedoch fest, dass der Bundesrat von seinen Kompetenzen Gebrauch machen wird⁴; der Tarif soll der deutschen Regierung noch rechtzeitig vor den eigentlichen Handelsvertragsunterhandlungen bekanntgegeben werden.

Es wird vereinbart, den Zeitpunkt der nächsten Sitzung später festzusetzen, mit Rücksicht auf die von der schweizerischen Delegation noch einzuholenden Instruktionen des Bundesrates über die Frage der vertraulichen Bekanntgabe des provisorischen Generaltarifs an die deutsche Delegation.

4. Vgl. Nr. 98.

100

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Oktober 1925¹

Relations avec les Soviets

Département politique. Verbal

Le chef du département politique a reçu de M. Rüfenacht un télégramme² l'informant que selon une communication du conseiller de l'ambassade de Russie à Berlin, le professeur Stein projetterait de ménager à notre ministre une entrevue avec Tchitchérine, en les invitant ensemble chez lui. M. Rüfenacht demande des instructions pour la conduite à tenir dans cette éventualité.

De l'avis de M. Motta, cette prise de contact ne paraît pas très opportune en ce moment, en raison de la coïncidence avec la conférence de Locarno. D'autre part, l'entremise de M. le professeur Stein paraît peu désirable, le personnage ne méritant pas pleine confiance³. Toutefois, il ne faudrait pas repousser d'emblée et absolument une occasion de prendre contact avec le commissaire aux affaires étrangères des Soviets. Il conviendrait donc de faire savoir à M. Rüfenacht que l'entremise de M. Stein n'est pas désirable et que si Tchitchérine désire prendre contact avec notre ministre, le Conseil fédéral ne voit pas d'objection à ce que celui-ci accepte d'entrer en conversation, pourvu que la condition première de tout arrangement soit la levée préalable du boycott, de la part des Soviets.

M. le vice-président Häberlin relate à ce propos qu'il a reçu récemment la visite d'un Russe, d'origine suédoise⁴, venu lui apporter des renseignements sur la situation actuelle de la Russie, mais apparemment aussi pour sonder les dispositions du gouvernement fédéral à l'égard d'une reprise des relations avec les Soviets. Selon ce personnage, on ne doit pas s'attendre à ce que le régime bolchévique soit renversé à échéance plus ou moins rapide. Mais ce régime suit une évolution progressive qui le rapproche peu à peu de celui des pays civilisés. La Russie a de grandes ressources qui lui permettent de faire face à ses engagements. Mais elle a actuellement besoin de crédits à long terme. M. Häberlin a répondu, comme il l'a fait au Parlement, que, pourvu que le boycott soit préalablement levé, le Conseil fédéral prêterait volontiers la main à la reprise des relations avec la Russie, mais qu'il ne saurait être question de mettre à cette reprise des conditions telles que le versement d'une indemnité à la famille de Worowsky ou des excuses.

1. *Abwesend: Musy und Haab.*

2. E 2001 (C) 12/1.

3. *In seinem Politischen Bericht Nr. 19 vom 10. 10. 1925 bezeichnete Rüfenacht Prof. Stein als bekannten politischen Mittelsmann aus Liebhaberei, der «nach seinen Angaben» in ständiger Berührung mit Tschitscherin, dem amerikanischen, englischen und französischen Botschafter, sowie dem tschechoslowakischen und polnischen Gesandten stehe* (E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 26).

4. *In einer Aktennotiz Rüfenachts vom 26. 11. 1925 wird der Name des erwähnten Russen mit Ericson (Robert Ericson, Diplom-Ingenieur, Vertreter von Brown-Boveri, Baden, in Petrograd und Moskau) angegeben* (E 2200 Berlin 2/2).

Après discussion, il est *décidé*:

Le département politique est chargé d'autoriser M. Rüfenacht à prendre contact avec Tchitchérine, mais en évitant si possible l'entremise de M. Stein.

101

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Spp. Persönlich und vertraulich.
Beziehungen zu Russland

Berlin, 10. Oktober 1925

Bezugnehmend auf den Telegrammwechsel der Gesandtschaft mit der Abteilung für Auswärtiges vom 7./8. ds.¹ beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich Herrn Professor Stein mündlich davon in Kenntnis gesetzt habe, eine Besprechung zwischen Tschitscherin und mir erscheine dem Bundesrat nur dann für angezeigt, wenn Tschitscherin eine solche vorschläge. Da ich die Methode von Professor Stein kenne, aus gutem Willen und aus dem Wunsche, Zusammenkünfte herbeizuführen, schon eine noch bedingte Bemerkung als Vorschlag für eine Besprechung zu behandeln, so fügte ich bei, die Absicht Tschitscherins, mit mir zu sprechen, müsste von diesem bzw. einem Sekretär der Russischen Botschaft der Schweizerischen Gesandtschaft zur Kenntnis gebracht werden. Professor Stein übernahm es, Tschitscherin, den er heute mittag sieht, von dieser schweizerischen Stellungnahme in Kenntnis zu setzen. Er zweifelt aber sehr daran, dass Tschitscherin, der sich ungehalten über die Schweiz geäußert habe, sich entschliessen werde, den ersten Schritt zu tun. Professor Stein hat mir erklärt, dass ich, wenn ich bis heute abend keinen andern Bericht erhalte, die Zusammenkunft als dahingefallen betrachten möge².

1. Nicht abgedruckt.

2. Das Protokoll der Bundesratssitzung vom 15.10.1925 führt aus: Der Vorsteher des Politischen Departements teilt mit, dass eine Fühlungnahme zwischen dem Volkskommissär für Auswärtige Angelegenheiten der russischen Sovietrepubliken, Tschitscherin, und dem schweizerischen Gesandten in Berlin /.../ nicht zu Stande gekommen ist. Tschitscherin scheint von der Haltung der Schweiz sehr unbefriedigt zu sein und hat keinen Wunsch nach einer Fühlungnahme vernehmen lassen. /.../ (E 1005 2/3).

E 2001 (C) 3/99

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Präsidenten des Tessiner Staatsrates, G. Cattori*

Kopie

S

Bern, 13 ottobre 1925

Mi sono permesso ieri di richiamare – per telefono – la Sua attenzione sulla violenza straordinaria delle pubblicazioni di questi giorni, nel giornale *Libera Stampa*, contro il Governo italiano e il suo Presidente. Le ho fatto sapere che il ministro d'Italia a Berna, sig. Garbasso, si era intrattenuto di tali articoli col mio collega, capo del Dipartimento di Giustizia e Polizia, e che questi mi aveva pregato di partecipare al Governo cantonale l'impressione penosa prodotta in lui dagli articoli intemperanti suaccennati.

Non posso prevedere per ora se il Governo italiano domanderà che gli oltraggi contro di lui siano perseguiti nelle vie penali. Per ragioni molto ovvie il Consiglio federale deve desiderare che il Governo italiano si astenga da una simile domanda. Ma ciò che rende la posizione particolarmente delicata è il fatto che fra gli scrittori di *Libera Stampa* v'è l'ex-deputato signor Angelo Tonello il quale, nella sua qualità di profugo politico, viola manifestamente i doveri inerenti all'ospitalità che la Svizzera gli accorda servendosi di tale ospitalità per svolgere un'attività politica incompatibile con la sua posizione di profugo.

L'ultimo articolo di *Libera Stampa* (236) è ancora più intemperante. Col pretesto di citare ordini del giorno votati e articoli scritti in Francia, il giornale continua la sua campagna.

Intanto è riunita a Locarno una conferenza internazionale a cui partecipa anche l'Italia e non è neppure escluso che il Presidente Mussolini vi intervenga.

Mi rivolgo a Lei, onorevole signor Presidente, perchè trovi modo (o convocando uno dei redattori di *Libera Stampa* o in altro modo) d'intervenire prontamente ad impedire che la campagna di cui si tratta venga continuata.

Non parmi che possa essere invocata a giustificare queste polemiche la libertà di stampa. La sicurezza dello Stato sovrasta ad ogni altra massima e considerazione.

Il Consiglio federale non può tollerare che le violenze verbali di un giornale rechino alle relazioni fra l'Italia e la Confederazione un grave turbamento.

Non ho bisogno d'insistere, poichè la ragione che mi spinge a scriverLe è troppo evidente.

E 2001 (C) 3/99

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Direktor des Polizeidepartementes des Kantons Tessin, R. Rossi*

Kopie

S

Bern, 15 ottobre 1925

Misure prese dal Governo
Ticinese per la sicurezza
della Conferenza di Locarno

La ringrazio della Sua cortese comunicazione in data di ieri¹, della quale ho preso conoscenza con vivissimo interesse.

Sono assai grato a Lei e a tutti i Suoi colleghi di Governo, che abbiano preso tutti i provvedimenti per garantire un buon servizio di polizia durante la Conferenza di Locarno².

Le confermo quanto ebbi il piacere di dirLe per telefono stamane. Mi tengo certo che l'arrivo e la presenza dell'on. Presidente Mussolini a Locarno si svolgeranno in un'atmosfera di cortesia completa e di rispetto.

Ho scritto al sig. Presidente Cattori³ richiamando l'attenzione sua sulla necessità assoluta che il giornale *Libera Stampa* uniformi il suo contegno ai doveri internazionali della Confederazione. Ritengo che il sig. Cattori avrà, a quest'ora, adempiuto l'incarico che avevo ritenuto utile di confidargli.

1. E 2001 (B) 6/21.

2. *Am 14.10.1925 teilte R. Rossi der Bundesanwaltschaft mit:* On nous a signalé le départ de Genève, le 12 cour. de Smorti Filiberto, ancien député socialiste italien, qui gère à Genève un magasin de bijouterie. Il est accompagné par deux individus inconnus. On suppose que le départ soit en relation avec la nouvelle de la visite de Mr. Mussolini. Smorti professe actuellement des idées communistes, et avait déjà préparé une manifestation hostile au Président du Conseil des ministres d'Italie, lorsqu'on avait annoncé sa visite probable à Genève.

Un détective privé, nous supposons au service de l'Italie, l'a suivi. Il connaît personnellement Smorti. Nous l'avons mis aux ordres d'un de nos agents. Il est Suisse romand, sauf erreur. Son nom nous sera indiqué aujourd'hui. /... / (E 4001 (A) 1/39).

Mit Schreiben vom gleichen Tag, 22 Uhr, teilte R. Rossi dem Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, Häberlin, mit: /... / Cas Smorti. La police de Genève que nous avons pensé d'interpeller, nous a répondu que Smorti n'a jamais quitté Genève, qu'il est bien surveillé et que nous serons immédiatement avisés s'il quitte son domicile. Nous verrons comment les informateurs de la Légation et des Consulats d'Italie expliqueront leurs renseignements. /... / (E 4001 (A) 1/39).

3. *Vgl. Nr. 102.*

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 15. Oktober 1925¹

Belgische Währung

Mündlich

Der Vorsteher des Finanzdepartements führt aus, Belgien sei entschlossen, seine Währung auf der Grundlage: 100 jetzige belgische Franken — 25 Goldfranken, zu festigen. Um dies zu tun, muss zunächst das Gleichgewicht im ordentlichen Staatshaushalt Belgiens hergestellt werden, und es scheint, dass alle Parteien geneigt sind, die zu diesem Zwecke nötigen Steuern zu bewilligen. Die Wirtschaftslage des Landes ist nicht ungünstig, es wird in Belgien fleissig gearbeitet, der Hafen von Antwerpen ist belebt und das Land hat eine befriedigende Handelsbilanz. Dagegen fehlt es an der Deckung des Notenumlaufs durch Gold und kurzfristige Papiere. Belgien plant nun eine Anleihe von 150 Millionen Dollars = heute ungefähr 800 Millionen Goldfranken aufzunehmen, die unter pari mit einem Zinsfuss von $7\frac{1}{2}\%$ ausgegeben würde. Sie wird vornehmlich in Nordamerika, England und Holland untergebracht werden und zwar bei privaten Zeichnern. Die Staaten als solche sollen ausser dem Spiel bleiben. Ein Betrag von 50 Millionen Franken dieser Anleihe ist zur Auflage in der Schweiz bestimmt, und ein Vertreter der schweizerischen Bankwelt hat sich an den Vorsteher des Finanzdepartements gewandt mit der Anfrage, ob er gegen die Auflage der belgischen Anleihe in der Schweiz allenfalls Einwendungen zu erheben habe. Es geschah dies gemäss der Verständigung zwischen dem Finanzdepartement und den schweizerischen Bankkreisen, wonach stets vor Auflage eines ausländischen Anleihens die Ansicht des Finanzdepartements eingeholt werden soll.

Nach Ansicht des Vorstehers des Finanzdepartementes kann es für die Schweiz nur von Vorteil sein, wenn es Belgien gelingt, zur Goldwährung zurückzukehren. Ohne eine Übergangszeit mit gewissen Schwierigkeiten wird dies zwar nicht möglich sein. Allein, wenn die anfänglichen Störungen, die übrigens durch geeignete Massnahmen eingeschränkt werden können, einmal überwunden sind, wird die Rückkehr zur Goldwährung in Belgien ein Steigen der Produktionskosten zur Folge haben, das unserer Ausfuhrindustrie sehr gelegen kommen muss, wie die Festigung der Mark, in deren Gefolge sich namentlich in den schweizerischen Grenzgebieten eine Belebung der Geschäfte eingestellt hat. Das Vorgehen Belgiens dürfte auch auf Frankreich zurückwirken; könnte Frankreich zur Goldwährung zurückkehren, wozu es allerdings einer grossen Anstrengung bedürfte, so müsste dies den günstigsten Einfluss auch auf die schweizerische, insbesondere aber auf die Wirtschaftslage des Kantons Genf ausüben. Auf Grund dieser Erwägungen wäre es daher zu begrüssen, wenn die Schweiz durch Aufnahme eines Teils der belgischen Anleihe dazu beitragen könnte, Belgien die Rückkehr

1. Abwesend: Häberlin, Haab und Scheurer.

zur Goldwährung zu erleichtern, und da im kommenden Jahr der Bund den inländischen Markt gar nicht, die Bundesbahnen ihn nur mit 100 Millionen in Anspruch nehmen werden, so wird es leicht sein, die 50 Millionen belgischer Anleihe in der Schweiz unterzubringen. Der Vorsteher des Finanzdepartementes hat dem Vertreter der schweizerischen Bankwelt daher mitgeteilt, er habe keinen Anlass, gegen die Auflage des belgischen Anleihens in der Schweiz Einwendungen zu erheben.

Der Rat nimmt von diesen Darlegungen zustimmend Kenntnis.

105

E 2200 Rom 15/3

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Rom, G. Wagnière*

S LL.

Bern, 16. Oktober 1925

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 10. September dieses Jahres¹, mit dem Sie uns die Antwort der italienischen Regierung² auf unsere Vorstellungen wegen der Grenzverletzung vom 11. August d.J. bei Sta Margherita-Gandria übermitteln. Das Ministerium des Auswärtigen erklärt darin, ohne dem Ergebnis der schwebenden Untersuchung vorgreifen zu wollen, habe es die zuständigen Behörden angewiesen, die Zollbeamten grundsätzlich an die früher strengen Vorschriften zur Vermeidung irgendwelcher Zwischenfälle zu erinnern; gleichzeitig wird der Erwartung Ausdruck gegeben, die zuständigen schweizerischen Behörden werden ihrerseits für ähnliche Möglichkeiten auch die schweizerischen Grenzwächter «per ogni buon fine» an die entsprechenden Dienstvorschriften erinnern.

Wir beehren uns, Ihnen in Beantwortung dieser Note Folgendes zu zweckentsprechender Verwertung für Ihre neuen Vorstellungen bei der italienischen Regierung zur Kenntnis zu bringen.

Die schweizerischen Zollbehörden haben keine Meldung darüber erhalten, dass sich schweizerische Grenzwächter bisher irgendwelche Verletzungen des italienischen Staatsgebietes hätten zuschulden kommen lassen. Die schweizerischen Grenzorgane kennen den Verlauf der Grenzlinie sehr genau, und es steht kaum zu befürchten, dass sie, sei es aus Unkenntnis, sei es absichtlich, Grenzverletzungen begehen, zumal sie wissen, dass derartige Übertretungen auf Grund der bestehenden Vorschriften strenge geahndet würden. Um auch ihrerseits nichts zu unterlassen, was zur Vermeidung derartiger Zwischenfälle erforderlich ist, haben die schweizerischen Behörden, trotz dem geschilderten Sachverhalte, Befehl gegeben,

1. Nicht abgedruckt.

2. Note vom 9. 9. 1925; nicht abgedruckt.

dass den schweizerischen Wachtposten an der italienisch-schweizerischen Grenze die geltenden Vorschriften in Erinnerung gerufen werden.

Andererseits hat es den Anschein, dass die in der italienischen Note vom 9. September d. J. erwähnten Weisungen der italienischen Behörden nicht alle italienischen Grenzposten erreicht haben oder dass ihnen nicht überall mit dem wünschbaren Ernste nachgelebt werde. Dessen zum Zeugnis schliessen wir diesem Schreiben bei je eine Abschrift eines Berichtes

- 1) des Wachtpostens Sonvico (nördlich von Lugano) vom 3. dies,
- 2) des Chefs der Wachtposten des 4. Zollkreises vom 5. dies und
- 3) der Direktion des 4. Zollkreises vom 6. dies³.

Es erhellt daraus, dass auf der Grenzlinie zwischen dem Luganer See und den Tessiner Tälern Capriasca und Colla, vorzüglich in der Gegend der vom Val Solda herkommenden Bergübergänge Pian di Scagno (Alpe Bolla) und des Passo del Pairolo, Grenzverletzungen durch italienische Grenzwächter in den letzten zwei Monaten geradezu an der Tagesordnung sind. Die im vorerwähnten Berichte vom 5. ds. unter den Ziffern 1 bis 5 enthaltenen Einzelheiten geben darüber hinreichend Aufschluss. Dazu kommt die Grenzverletzung westlich des Pairolo /.../, über welche Sie in den Beilagen alles Nähere finden wollen.

Wir dürfen Sie ersuchen, das in den Beilagen enthaltene Material der italienischen Regierung zur Kenntnis zu bringen und ernstlich darauf zu dringen, dass die Wachtposten des in Rede stehenden Grenzabschnitts zur peinlichen Respektierung der Landesgrenze verhalten werden. Hierauf muss um so mehr bestanden werden, als sich die schweizerische Grenzbevölkerung nicht zu Unrecht über diese ständigen Grenzübertritte aufhält und als es angezeigt ist, die erforderlichen Vorbeugungsmassnahmen zu ergreifen, bevor die gelegentlichen leichten Reibereien zu ernsteren Zwischenfällen ausarten.

Im übrigen dürfte es, zur Vermeidung von Racheakten durch die italienischen Grenzwächter, angebracht sein, wenn Sie in Ihrer Note die Namen der schweizerischen Zivilzeugen nicht angeben⁴.

ANNEX I

Die schweizerische Gesandtschaft in Rom an das italienische Aussenministerium

Kopie
Nr. 586

Rome, 21 novembre 1925

NOTE VERBALE

Par Note Verbale N^o. 236126, du 9 septembre dernier⁵, le Ministère Royal des Affaires Etrangères avait bien voulu faire savoir à la Légation de Suisse qu'il avait chargé les Autorités Royales compétentes de faire procéder à une enquête pour établir les circonstances dans lesquelles avait eu

3. Die drei Berichte sind nicht abgedruckt.

4. Die Note der schweizerischen Gesandtschaft in Rom vom 21. 10. 1925 sowie die italienische Antwortnote vom 31. 10. 1925 sind als Annex 1 bzw. 2 abgedruckt.

5. Nicht abgedruckt.

lieu, le 10 août 1925, un incident de frontière dans la région de la limite du territoire suisse sur le lac de Lugano.

Le Ministère Royal ajoutait à cette occasion qu'Il avait chargé les Autorités compétentes de la frontière de rappeler à leurs agents les instructions sévères déjà données, afin d'éviter tout nouvel incident. Il finissait Sa Note en assurant qu'Il ne doutait pas que, de leur côté, les Autorités Fédérales donneraient des instructions analogues aux agents suisses.

La Légation de Suisse, qui n'avait pas manqué de transmettre le contenu de cette Note au Département Politique Fédéral, est aujourd'hui en mesure de faire savoir au Ministère Royal des Affaires Etrangères que, quoique les Autorités douanières suisses n'aient jusqu'ici été informées d'aucun passage de frontière dont se seraient rendus coupables des gardes suisses, car ceux-ci connaissent la ligne de frontière très exactement et obéissent rigoureusement aux prescriptions reçues dans ce domaine, de nouveaux ordres ont été donnés, afin que ces instructions soient encore soumises de la manière la plus spéciale à l'attention des gardes.

D'autre part, il semble que le rappel de ces ordonnances de la part des Autorités italiennes aux gardes frontière du Royaume n'a pas dû atteindre tous les postes de frontière. En effet, le 3 octobre dernier, le Chef de poste de Sonvico, en rentrant de son service effectué sur le mont «Matterone» au-dessus de Cimadera, étant arrivé à l'alpage Osino près de Sonvico, rencontra un garde italien armé du mousqueton, chargé de six coups. Bien que ce garde ait voulu s'enfuir, il fut rattrapé, arrêté, désarmé et conduit au poste de Sonvico. Il se nomme Orazio Lono, fils de Simone, né le 2 juillet 1904, est garde royal des Finances et appartient à la Brigade de Dasio (Val Solda) du cercle de Menaggio. Pour se rendre à l'alpage Osino, le susnommé avait bien dû effectuer plus de 2 km sur le territoire suisse.

Il paraît d'ailleurs que les gardes royaux italiens de faction sur les monts dominant Sonvico, Cadro et Cimadera et en poste sur le chemin de frontière entre S. Lucio (Maglio di Colla) à Pian di Scagno-Boglia (Cadro-Bré) ont l'habitude de pénétrer sur le territoire helvétique avec ou sans armes, afin d'y retrouver les bergères qui conduisent leurs troupeaux sur les paturages de ces régions.

En outre, du début d'août jusqu'à la fin de septembre des gardes italiens du poste de Pairolo et de Pian di Scagno descendirent plusieurs fois, sans armes mais en uniforme, pour boire et danser à Villa au-dessus de Cadro.

Les mêmes gardes du poste de Pian di Scagno se rendirent fréquemment sur le territoire helvétique jusqu'à l'alpage Bolla, avec ou sans armes.

Enfin, le 18 septembre dernier, un Chef de section de Douane helvétique a aperçu deux gardes italiens du poste de Pairolo, en uniforme mais sans armes, sur l'alpage Osino dont il est fait mention plus haut.

Le 27 septembre le personnel de garde de Sonvico surprit dans la région plusieurs gardes royaux du poste de Pairolo. Il paraîtrait d'ailleurs que les gardes qui appartiennent à ce poste viennent presque tous les soirs à Cimadera acheter des cigarettes et que le garde Orazio Lono, déjà mentionné, s'est bien rendu 7 à 8 fois sur le territoire helvétique pour y retrouver une jeune fille du pays.

N'est cité ici qu'une petite partie de ces incidents de frontière, car bien d'autres du même genre ont eu lieu, mais comme ils n'ont pas pu être constatés d'une manière absolument précise, il n'en est pas fait mention.

Dans ces conditions et conformément aux instructions de son Gouvernement, la Légation de Suisse a l'honneur d'insister vivement auprès du Ministère Royal des Affaires Etrangères, afin que l'attention des Autorités Royales compétentes soit attirée d'une façon toute spéciale sur ces quelques incidents. Il serait, en effet, très désirable que les Autorités Royales veillent à ce qu'ils ne se reproduisent plus, car, à la longue, ils pourraient dégénérer en faits plus graves, la population du pays se montrant à juste titre assez émue de leur constante répétition.

La Légation remercie vivement le Ministère Royal de ce qu'Il voudra bien faire et lui communiquer en l'occurrence.

ANNEX 2

Das italienische Aussenministerium an die schweizerische Gesandtschaft in Rom

Nr. 243766 C

Roma, 31 ottobre 1925

NOTE VERBALE

A sciogliere la riserva, di cui alla nota verbale del 9 settembre u. s., N° 236126C, il R. Ministero degli Affari Esteri ha l'onore di far conoscere alla Legazione di Svizzera che il Comando Generale della R. Guardia di Finanza si è fatto premura di disporre rigorosi accertamenti circa il lieve incidente di frontiera a suo tempo segnalato sul Lago di Lugano, nelle vicinanze di Gandria.

Sembra in merito opportuno al R. Ministero per gli Affari Esteri accludere copia della relativa nota del R. Ministero delle Finanze, dalla quale la Legazione di Svizzera potrà meglio rilevare il lieve carattere di tale incidente, le sanzioni immediatamente prese dai Comandi locali ed infine le rinnovate, rigorose istruzioni per tutti i reparti di confine.

Circa quanto forma oggetto della successiva nota verbale del 21 ottobre u. s. N° 586⁶ il R. Ministero degli Affari Esteri non ha mancato di interessare il competente R. Dicastero delle Finanze e si riserva quindi di fare ulteriori comunicazioni al riguardo.

6. *Annex 1.*

106

E 2001 (D) 3/298

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Rom, G. Wagnière*

Kopie
S

Berne, 20 octobre 1925

Je vous remercie d'abord de toutes les communications que vous avez bien voulu me faire au sujet de l'intervention de M. le Président Mussolini à la Conférence de Locarno.

Le but de ces lignes est de vous entretenir d'une question qui me préoccupe beaucoup. Il s'agit de la nouvelle société née à Milan sous le nom de «*Società Palatina*».

Vous avez probablement reçu le prospectus de la Société dont il s'agit. J'en ai reçu moi-même un exemplaire vers le 10 de ce mois.

Il s'agit, selon toute évidence, d'une nouvelle tentative des gens qui sont autour de l'«*Adula*» et qui ont publié l'année passée, la détestable brochure sur la «*Question tessinoise*»¹.

Je ne vous donne pas les détails parce que je les suppose connus par vous.

J'attire votre attention sur l'article qu'a publié sous le titre «*Dopo i Giovani ticinesi, ecco la Palatina!*» le *Popolo & Libertà* du 16 de ce mois.

1. Diese in Fiume gedruckte Broschüre wurde gemäss Bundesbeschluss vom 31.3.1924 wegen ihres irredentistischen Inhalts eingezogen (E 1004 1/290, Nr. 731).

La gravité de la situation est mise en lumière par les faits suivants:

a. Il est déjà *très singulier* qu'on veuille publier à Milan un «*Archivio storico della Svizzera italiana*». Même si les intentions des promoteurs étaient saines, elles seraient contraires *au tact* le plus élémentaire.

b. La «Società Palatina» juge de son devoir de faire de la propagande pour défendre la langue italienne dans la Suisse italienne qui est *encore (!) assujettie (!)* à un *Gouvernement étranger!*

c. Le Président de la «Società Palatina» est M. *Parini*, le mari de la dame Rosetta née Colombi bien connue!

d. Ce M. *Parini* est rédacteur au «*Popolo d'Italia*», l'organe officieux de M. le Président Mussolini!

e. Parmi les membres de la «Società Palatina» et de son comité directeur figurent M. *Enrico Talamona*, fonctionnaire postal bien connu, qui aura à rendre des comptes au Conseil fédéral, et M. *Luigi Venturini* qui a dévoilé récemment ses visées sur la revue «*La Fiaccola*».

f. Le rédacteur de l'«*Archivio*» serait M. le professeur *Arrigo Solmi*, député à la Chambre italienne, recteur – si je ne me trompe – de l'Université de Pavia!

Il me semble que tous ces faits démontrent, dans leur nudité, que nous avons devant nous une *menée irrédentiste des plus caractérisées*. Toute tentative d'expliquer autrement la fondation et les buts de la «Palatina» serait une *tromperie!*

J'ai entretenu de la question, hier matin, M. le ministre *Garbasso*. Celui-ci s'est montré très préoccupé et m'a promis d'informer immédiatement son Gouvernement de l'effet *extrêmement fâcheux* que le nouvel incident a déjà produit et va produire.

Je vous prie, Monsieur le Ministre, de demander une audience, si possible, à M. le Président Mussolini lui-même et de lui expliquer franchement que cette nouvelle tentative, qui enfreint sans doute sa volonté et ses directives, *compromet* gravement l'œuvre d'amitié et de confiance que nous avons si heureusement établie.

Je suis persuadé que M. Mussolini ne sera pas insensible à votre démarche².

S'il devait se retrancher derrière des arguments de pure forme (incompétence du Gouvernement, liberté de la presse, etc., etc.), cela en dirait long sur les visées lointaines et effectives du Fascisme italien et de son chef! Mais je repousse cette pensée!

Puisque l'occasion s'en présente, je me demande si vous ne deviez lui parler de l'impression toujours très fâcheuse que produit le fait que «*L'Adula*», journal irrédentiste, distribué gratuitement à très larges mains dans le Tessin, *continue à être patronné* par un Comité d'Italiens illustres parmi lesquels figure même M. *Gentile*, ancien ministre de l'Instruction Publique.

Si M. le Président Mussolini objectait que lui-même et son régime sont parfois très vivement attaqués en Suisse, vous saurez lui répondre. Personne en Suisse

2. Am 23.10.1925 teilte Wagnière dem Vorsteher des Politischen Departementes mit: /.../ Je crois que nous pouvons compter sur son /Mussolini/ action et sur sa bonne volonté. Mais des forces contraires travaillent dans l'ombre; /.../ C./ontarini/ m'a dit souvent combien il avait à lutter contre ceux qui nous en veulent. /.../ (E 2001 (D) 3/298).

n'a jamais dit un mot contre l'intégrité de l'Italie. En outre, la presse en Suisse est libre. Le Conseil fédéral n'a pas de moyens de contrainte. Malgré cela, je suis toujours intervenu lorsque j'ai pensé pouvoir le faire sans dommage. Encore récemment je suis intervenu pour mettre une fin aux excès de «*Libera Stampa*». Je crois donc que la bonne volonté du Conseil fédéral et la mienne ne comportent pas de doutes.

La mission que je vous donne est pénible et délicate, je le sais. Il est douloureux d'être toujours obligé de revenir sur des faits de la même nature. Mais j'ai pleine confiance en vous. Il faut que M. Mussolini *sache* que nous ne sommes pas *dupes*. Je vous autorise à lui parler comme ayant été chargé par *moi directement*³.

3. Die Unterredung fand am 9. 11. 1925 statt. Vgl. Nr. 116.

107

E 2001 (C) 7/4

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S Nr. 2284

Paris, 20 octobre 1925

En réponse à votre lettre du 7 octobre¹, j'ai l'honneur de vous informer que j'ai avisé le Quai d'Orsay de l'approbation, par l'Assemblée fédérale, du Traité franco-suisse de conciliation et d'arbitrage obligatoires²; j'ai eu soin d'ajouter que le Conseil fédéral pourra procéder à la ratification de cet Accord, aussitôt que le Gouvernement français sera en mesure de le faire.

Quant à la procédure parlementaire, elle n'est point encore engagée en France, pour la bonne raison que le projet de loi n'a jusqu'à présent pas été déposé au Palais Bourbon; ce sera pour la prochaine rentrée de la Chambre³ et M. Laroche, auquel j'en ai parlé cet après-midi, m'a dit qu'il ne prévoyait aucune opposition⁴.

1. Nicht abgedruckt.

2. Vgl. dazu NR-Protokoll vom 25. 9. 1925 (E 1001 (C) d 1/247, S. 33ff.) und StR-Protokoll vom 23. 9. 1925 (E 1001 (D) d 1/188, Nr. 959).

3. Vgl. dazu Nr. 160.

4. *Randbemerkung Mottas*: Et alors comment pourrait-on faire opposition au compromis des Zones?

*Antrag des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den Bundesrat*

I.

Wirtschaftliche Verhandlungen mit Deutschland

Bern, 22. Oktober 1925

Die Verhandlungen zwischen schweizerischen und deutschen Delegierten über den Abschluss eines modus vivendi, in welchem, vorgängig eines eigentlichen Handelsvertrages, die gegenseitigen Handelsbeziehungen vorläufig geregelt werden sollen, dauern nun schon mehr als zwei Wochen. Die deutschen Unterhändler sind mit der bestimmten Instruktion von Berlin weggefahren, Ermässigungen auf den neuen deutschen Zöllen nur gegen entsprechende Ermässigungen auf dem schweizerischen Gebrauchstarif zuzugestehen, obschon schweizerischerseits vor der Abreise der deutschen Delegation mehrfach und mit aller Bestimmtheit darauf hingewiesen wurde, dass die schweizerischen Gegenkonzessionen nur in *Bindungen* der Gebrauchsansätze, aber keinesfalls in Herabsetzungen derselben bestehen könnten. Da die deutsche Delegation mit sehr grossem Nachdruck auf diesen Ermässigungen des schweizerischen Gebrauchstarifs beharrte und ohne solche keine Konzessionen geben wollte, so blieb nichts anderes übrig, wollte man den modus vivendi nicht von vorneherein scheitern lassen, als den in Vorbereitung befindlichen provisorischen schweizerischen Generaltarif immer mehr in den Vordergrund treten zu lassen und eigentlich auf ihm zu verhandeln. Der Bundesrat hat denn auch in seiner Sitzung vom 8. Oktober¹ die schweizerischen Unterhändler ermächtigt, der deutschen Delegation diesen Tarif vertraulich zur Kenntnis zu bringen. Es ist dies geschehen mit dem Hinweis darauf, dass der Entwurf noch einer grösseren Expertenkommission vorgelegt werden müsse und hierauf durch den Bundesrat zu genehmigen sei, also unverbindlichen Charakter trage. Die schweizerischen Unterhändler machten auch darauf aufmerksam, dass der Entwurf so beschaffen sei, dass er nötigenfalls ohne wesentliche interne Schwierigkeiten in Kraft gesetzt werden könne.

Der Hinweis auf diesen bevorstehenden schweizerischen Verhandlungstarif hat nun insofern seine günstigen Wirkungen ausgeübt, als die deutsche Delegation einerseits sukzessive auf wichtigen schweizerischen Exportpositionen Zugeständnisse machte, die für uns von nicht unbeträchtlichem Werte sind, und andererseits ihre erste Begehrenliste durch eine neue ersetzte, in welcher die Bindung zahlreicher, für eine Erhöhung vorgesehener Positionen verlangt wird, und sich die Begehren um Reduktion des schweizerischen Gebrauchstarifes auf 12 Positionen beschränken. Deutscherseits wurde mit aller Bestimmtheit erklärt, dass man unter keinen Umständen auf Herabsetzungen des Gebrauchstarifs vollständig verzichten könne und dass das Schicksal der Verhandlungen davon abhängig sei, ob

1. *Vgl. Nr. 99.*

die Schweiz in diesem Punkte ein gewisses Entgegenkommen bewaise. Trotz gewisser Bedenken ist die schweizerische Delegation schliesslich einstimmig zum Schlusse gekommen, man dürfe im Interesse des Abschlusses einer Vereinbarung am bisherigen Standpunkt nicht starr festhalten und könne auch aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ein gewisses Entgegenkommen hier schliesslich verantworten. Der Chef des eidg. Finanzdepartements sowohl als der unterzeichnete Departementsvorsteher hat sich dieser Auffassung angeschlossen.

Die Situation stellt sich nun gegenwärtig folgendermassen dar:

Der vorgesehene provisorische Generaltarif umfasst 240 Positionen, deren Ansätze gegenüber dem heutigen Gebrauchstarif erhöht werden sollen. Davon sind jedoch durch die Handelsverträge mit Italien und Spanien bereits 45 Positionen gebunden, bei denen sich die Erhöhung praktisch, auch bei Inkraftsetzung des neuen Tarifes, nicht auswirken würde. Im Verträge mit Österreich, dessen Abschluss wir für die nächste Zeit erhoffen, sind weitere 32 Positionen zur Bindung vorgesehen. Deutscherseits wird mit bezug auf 120 Positionen die Bindung, hinsichtlich 11 Positionen eine Herabsetzung verlangt. Schweizerischerseits ist bis jetzt für 45 Positionen die Bindung zugestanden worden. Bei 5 Positionen haben unsere Unterhändler eine bescheidene Herabsetzung der heutigen Gebrauchstarifansätze in Aussicht gestellt, eine Herabsetzung, die die Zolleinnahmen um ungefähr Fr. 60 000 vermindern würde. Diese schweizerischen Zugeständnisse wurden gemacht unter der Bedingung, dass deutscherseits gegenüber den bisherigen, nachfolgend angegebenen Konzessionen weiteres Entgegenkommen bewiesen werde.

[...]²

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die skizzierten deutschen Zugeständnisse für unsern Export eine gewisse Bedeutung besitzen, und dass angesichts derselben das Abkommen schweizerischerseits ohne zwingende Not nicht zum Scheitern gebracht werden sollte. Namentlich sollte es nicht wegen ungenügenden Entgegenkommens bezüglich schweizerischer Zollbindungen resp. -Ermässigungen zum Bruche kommen. Wir sind deshalb der Ansicht, dass die bisher gemachten schweizerischen Zugeständnisse gerechtfertigt sind und vielleicht da und dort noch etwas erweitert werden können. Andererseits dürfen wir aber von der deutschen Seite unter diesen Umständen auch noch weitere Konzessionen, insbesondere auf Käse, Baumwolle und Stickereien, verlangen.

Die beiden Führer der deutschen Delegation haben die Absicht ausgedrückt, zwecks eingehender Berichterstattung und Einholung neuer Instruktionen vorübergehend nach Berlin zurückzukehren. Sie möchten auch mit den Spitzen der beteiligten deutschen Industrie Fühlung nehmen und haben zu diesem Zwecke um die Ermächtigung nachgesucht, diesen von dem bevorstehenden schweizerischen Verhandlungstarif vertraulich Kenntnis geben zu dürfen. Da in der Tat die deutsche Delegation das bisherige und ein weiteres Entgegenkommen in diesen Kreisen nur dann wird rechtfertigen können, wenn sie die Gefahren dieses schwei-

2. Es folgt eine detaillierte Aufzählung der Tarifposten.

zerischen Tarifes und in Verbindung damit die Vorteile der schweizerischen Bindungen zahlenmässig auseinandersetzen kann, so sind wir der Ansicht, dass die nachgesuchte Ermächtigung erteilt werden sollte.

Wir möchten schliesslich noch darauf hinweisen, dass selbstverständlich der provisorische Generaltarif mit Rücksicht auf interne Widerstände umso eher nötigenfalls in Kraft gesetzt werden kann, je mehr seiner Positionen nicht nur mit Spanien, Italien und Österreich, sondern eben durch den *modus vivendi* auch mit Deutschland gebunden sind, womit die vorgesehenen Erhöhungen praktisch wirkungslos bleiben. Es scheint uns dies, allgemein handelspolitisch betrachtet, ein weiterer Grund dafür zu sein, wenn irgendwie möglich zu einer Einigung zu kommen.

Wir *beantragen* Ihnen deshalb, von vorstehenden Ausführungen in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen und die schweizerische Delegation zur Erklärung zu ermächtigen, der provisorische Generaltarif dürfe deutscherseits streng vertraulich nötigenfalls auch gewissen Interessentenkreisen zur Kenntnis gebracht werden³.

3. Der Bundesrat beschloss am 23.10.1925 antragsgemäss (E 1004 1/297, Nr.2149). – Vgl. dazu Nr.128.

109

E 7110 1/29

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

*Kopie
S 1.*

Bern, 23. Oktober 1925

Zur Ergänzung des mündlichen Berichtes, den Ihnen Herr Dr. Rüfenacht¹ über den Stand der Verhandlungen erteilt haben wird, beehren wir uns, Ihnen beiliegend Kopie unseres gestrigen Antrages an den Bundesrat zu übermitteln, aus welchem Sie den gegenwärtigen Stand der Besprechungen ersehen.

Die HH. Windel und Hagemann werden voraussichtlich morgen zur mündlichen Berichterstattung und Einholung neuer Instruktionen vorübergehend nach Berlin zurückkehren. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie bei Gelegenheit an zuständiger Stelle mit Nachdruck darauf hinweisen würden, dass die Schweiz durch zahlreiche Bindungen ihres Gebrauchstarifs ein ausserordentlich weitgehendes Entgegenkommen gezeigt hat und dass sie namentlich durch grundsätzliche Erfüllung der deutschen Wünsche betreffend Herabsetzung einiger Positionen dieses Gebrauchstarifs trotz schwerer Bedenken ein weiteres grosses Opfer auf

1. Es handelt sich um W. Rüfenacht, zugeteilter Gesandtschaftsattaché in der Handelsabteilung. Er nahm an den Verhandlungen mit der deutschen Delegation teil.

sich nahm. Umso mehr dürfe nun wohl die Schweiz erwarten, dass man deutscherseits bedeutend mehr entgegenkomme, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Die sogenannte «grosse Expertenkommission» des Bundesrates für Zolltariffragen hat vorgestern dem Projekt eines provisorischen Generaltarifes einstimmig zugestimmt. Auch die stark links stehenden Konsumentenvertreter haben die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens durchaus eingesehen und nicht nur den von der «kleinen Kommission» vorbereiteten Entwurf gutgeheissen, sondern sogar noch der Erhöhung einzelner Positionen zugestimmt.

Es kann deshalb nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, dass der provisorische Generaltarif in kürzester Frist erlassen und ausser von den eigentlich sozialistischen Kreisen keine wesentliche Opposition erfahren wird². Ob dieser Tarif dann ganz oder teilweise – auf alle Fälle stark gemildert durch die Bindungen in den Verträgen mit Italien und Spanien, event. auch mit Österreich und Deutschland – in Kraft gesetzt werden wird, steht heute noch nicht fest. Der Bundesrat wird, das ist heute absolut sicher, vor dieser Inkraftsetzung nicht zurückschrecken, wenn anders befriedigende Abmachungen mit Deutschland und andern Staaten nicht erzielbar sind.

Die deutsche Regierung und die deutschen Interessentenkreise *müssen* deshalb damit rechnen, dass ohne einen modus vivendi zahlreiche deutsche Exportinteressen durch schweizerische Tarifierhöhungen empfindlich getroffen werden könnten, und den Wert der von uns vorgeschlagenen Bindungen entsprechend einschätzen. Die deutsche Delegation hat sich über diese Lage sukzessive volle Rechenschaft gegeben, scheint aber in Berlin noch auf Widerstände zu stossen. Vielleicht gelingt es Ihnen, gemeinsam mit der deutschen Delegation, diese Widerstände beseitigen zu helfen.

2. Vgl. Nr. 112.

110

E 1001 1, EPD, 1925

Antrag des Vorstehers des Politischen Departementes, G. Motta, an den Bundesrat

KD.

Exécution du compromis d'arbitrage
concernant les zones franches.

Berne, 30 octobre 1925

Dans sa séance du 29 mai, le Conseil Fédéral a résolu, en principe, de confier à M. Logoz, Professeur à l'Université de Genève, la défense des intérêts de la Suisse dans la procédure qui doit se dérouler devant la Cour permanente de Justice internationale, à La Haye, en exécution du compromis d'arbitrage conclu entre la Suisse et la France le 30 octobre 1924 au sujet des zones franches¹. Après quel-

1. Vgl. Nr. 54.

ques hésitations, M. Logoz a déclaré, au cours d'une conférence tenue à Berne, le 9 de ce mois, entre le Chef du Département de l'Economie Publique, le Chef du Département Politique et une délégation du Conseil d'Etat de Genève, qu'il acceptait le mandat que le Conseil Fédéral désire lui confier².

Aux termes de l'article 42 du Statut de la Cour permanente de Justice internationale, «les parties sont représentées par des agents; elles peuvent se faire assister devant la Cour par des conseils ou des avocats». Le règlement de la Cour de Justice ne tranche pas la question de savoir si chaque partie sera représentée par un seul agent et ne précise pas quelles seront les fonctions respectives des agents, des avocats et des conseils. Les précédents fournis par les diverses affaires dont la Cour de Justice a eu à connaître jusqu'ici démontrent que les Etats litigants ont fait largement usage de la latitude qui leur a été laissée à cet égard.

Dans un certain nombre de cas, les Etats litigants se sont fait représenter devant la Cour de Justice à la fois par leurs Ministres à La Haye et par un jurisconsulte. Ce mode de faire nous paraît le plus rationnel, car les Chefs de mission accrédités à La Haye sont déjà introduits auprès des juges, ils résident constamment au siège de la Cour et il y a intérêt à profiter de leur situation spéciale pour régler au mieux les diverses questions qui, au cours d'un procès, amènent les plaideurs à se tenir en contact étroit avec le greffe; il va de soi que, dans le domaine juridique, ils seront efficacement suppléés par un jurisconsulte chargé de la conduite du procès.

Nous estimons, en conséquence, qu'au bénéfice de plusieurs précédents, la Confédération devrait se faire représenter devant la Cour permanente de Justice internationale, à la fois par M. de Pury, Ministre de Suisse à La Haye, à qui incombera le soin de rester en contact avec la Cour, et par M. Logoz, Conseiller National, qui se trouvera dispensé de l'obligation de résider de façon durable à La Haye, tout en conservant, en fait, la gestion de notre cause.

Il serait d'ailleurs prématuré que le Conseil Fédéral procédât, dès maintenant, à la désignation formelle de ses représentants devant la Cour de Justice internationale pour la conduite d'un procès qui n'est pas encore valablement lié. Cette désignation ne pourra intervenir dans des conditions tout à fait régulières que lorsque le compromis d'arbitrage du 30 octobre 1924 sera entré en vigueur, c'est-à-dire aussitôt que les instruments suisse et français de ratification en auront été échangés à Paris.

Il y a, en revanche, une certaine urgence à ce que M. Logoz soit, dès à présent, officiellement chargé de préparer le Mémoire qui devra être remis à la Cour permanente de Justice internationale dans les six mois qui suivront la ratification du compromis d'arbitrage et pour l'élaboration duquel il sera peut-être amené à se livrer à des recherches de longue haleine et à consulter divers spécialistes. *Nous proposons donc*

1. de charger M. Logoz, Conseiller National, Professeur à l'Université de Genève, de la préparation des Mémoires qui devront être remis à la Cour perma-

2. *Motta fasste die Ergebnisse dieser Konferenz in einer Aufzeichnung zusammen, welche als Annex wiedergegeben ist.*

nente de Justice internationale en exécution du compromis d'arbitrage conclu, le 30 octobre 1924, entre la Suisse et la France au sujet des zones franches et de l'autoriser dans ce but à recourir à la collaboration des spécialistes dont il estime-rail devoir recueillir l'avis;

2. de décider, dès maintenant, qu'aussitôt entré en vigueur le compromis d'arbitrage du 30 octobre 1924, il y aura lieu d'informer la Cour permanente de Justice internationale que la Confédération sera représentée dans ce procès par M. Arthur de Pury, Ministre de Suisse à La Haye, et par M. Paul Logoz, Conseiller National, Professeur à l'Université de Genève³.

ANNEX

E 2, Archiv-Nr. 1680

NOTICE

Conférence du 9 octobre 1925 entre MM. Motta, Schulthess, Boissonnas, Bron, Oltramare et le Professeur Logoz.

Après discussion, M. Motta constate

1) que l'article 435 du Traité de Versailles doit être interprété en ce sens que la Suisse est prête à adapter le régime des zones aux circonstances actuelles en accordant aux habitants du territoire affranchi des franchises douanières.

Au sujet de l'étendue de ces franchises, une légère divergence de vues subsiste en ce qui concerne la question de savoir si elles doivent reposer sur le principe de la réciprocité complète ou seulement sur celui d'une réciprocité relative.

2) M. Logoz accepte d'être l'avocat de la Suisse devant la Cour permanente de Justice internationale.

3) Le Conseil d'Etat de Genève fera des propositions au Conseil Fédéral au sujet de la composition d'une Commission de juristes chargée d'assister M. Logoz. Cette commission devrait se composer de 2 juristes genevois et ev. d'un juriste de la Suisse allemande⁴.

4) M. Bron ayant exprimé le désir de former un Comité d'études économiques pour examiner diverses questions concernant les échanges ou les compensations, le Conseil d'Etat de Genève formera un comité comme il l'entend, le Conseil Fédéral se réservant la possibilité de lui accorder une subvention aux frais nécessités par cette étude.

3. *Der Bundesrat beschloss am 5. 11. 1925 antragsgemäss. – Vgl. auch Nr. 381.*

4. *Die Bildung dieser Kommission unterblieb in der Folge, und die Ausarbeitung der schweizerischen Prozessschriften wickelte sich nach dem in Punkt 1 des Antrages vom 30. 10. 1925 festgelegten Verfahren ab.*

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Spp. Persönlich und vertraulich
Beziehungen zu Russland

Berlin, 5. November 1925

Auf mein Schreiben vom 10. Oktober d.J.¹ zurückkommend, beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, dass, wie Sie aus meinem Stillschweigen geschlossen haben werden, die Zusammenkunft mit Tschitscherin damals nicht stattgefunden hat.

Seither teilte mir Professor Stein mit, dass Tschitscherin in Aussicht genommen habe, sich vor seiner Rückkehr nach Russland mit mir in Verbindung zu setzen, da die Sowjet-Regierung für den Fall des Eintritts von Deutschland in den Völkerbund beabsichtige, einen Beobachter nach Genf zu schicken.

Sollte Tschitscherin wirklich Fühlung mit mir suchen, so werde ich mich im Sinne Ihrer bisherigen Instruktionen verhalten. Wenn Sie dieselben ergänzen oder präzisieren, so darf ich Sie um baldige diesbezügliche Mitteilung bitten², da es nicht ausgeschlossen ist, dass Tschitscherin sich auf seiner Rückreise nach Moskau nur kurze Zeit hier aufhalten wird, sodass die Zeit vielleicht nicht hinreichen würde, allfällige neue Weisungen einzuholen.

Was die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland betrifft, so scheinen sich diejenigen Deutschlands zu entwickeln. Unser Konsul in Frankfurt³ teilte mir kürzlich anlässlich eines Besuches in Berlin mit, dass der Montan- und Metall-Konzern, an dem seine Firma beteiligt ist, seit einiger Zeit mit Russland Geschäfte gegen Millionen-Akzente abschliesse, die bis jetzt alle prompt eingelöst worden seien.

Von schweizerischer Seite erhalte ich des Oeftern Anfragen über die Möglichkeit und die Ratsamkeit der Warenlieferung nach Russland.

1. Nr. 101.

2. Vgl. Nr. 114.

3. G. Du Bois.

112

E 1004 1/297

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 5. November 1925¹

2244. Provisorischer Generalzolltarif

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag ohne Datum

Nachdem der Bundesrat mit Botschaft vom 9. Januar 1925² den eidgenössischen Räten den Entwurf zu einem neuen schweizerischen Zolltarifgesetz (Generaltarif) unterbreitet hatte, wurde die Priorität zur Behandlung dieser Materie dem Nationalrat zugewiesen. In einer ersten Session beschäftigte sich die nationalrätliche Zolltarifkommission im Monat Mai mit dem Entwurf. Die Beratungen beschränkten sich auf Fragen grundsätzlicher Natur. Die Kommission besammelte sich zum zweiten Male vom 26. bis 28. August in Kandersteg. In einem einlässlichen Referat wurde ihr, in Ergänzung der bundesrätlichen Botschaft, Kenntnis gegeben von den zollpolitischen Massnahmen des Auslandes, die seit Jahresbeginn getroffen worden sind und die auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz eine ebenso eingreifende als gefährliche Rückwirkung zeitigen. Es wurde insbesondere hingewiesen auf die von England und Deutschland vorgenommenen starken Zollerhöhungen, sowie auf gleiche und ähnliche Massnahmen, die eine ganze Reihe von Staaten in letzter Zeit ergriffen haben. Die nationalrätliche Zolltarifkommission stellte unter dem Eindruck der gegenwärtigen handelspolitischen Situation die Beratung des Gesetzesentwurfes zurück und beschäftigte sich insbesondere mit der Frage, ob und welche Massnahmen die Schweiz zur Wahrung ihrer stark bedrohten Interessen ergreifen solle. Aus der Mitte der Kommission wurde der Antrag gestellt, man erwarte vom Bundesrat die beförderliche Ergreifung kräftiger tarifpolitischer Abwehrmassnahmen. Auf Veranlassung des Vertreters des Bundesrates, der für diesen volle Handlungsfreiheit vorbehielt, gelangte schliesslich folgender Antrag mit allen gegen 1 Stimme zur Annahme: «Angesichts der überraschenden, für die schweizerische Wirtschaft, ihre Industrien und Landwirtschaft überaus bedrohlichen tarifpolitischen Massnahmen verschiedener europäischer Staaten in allerletzter Zeit ladet die Zolltarifkommission den Bundesrat ein, zu prüfen und beförderlichen Bericht zu erstatten, welche Massnahmen zu treffen seien, um die Interessen der nationalen Produktion, der nationalen Arbeit und insbesondere auch des Exportes zu schützen.»

In der Diskussion über diesen Antrag wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass dem Bundesrat die Kompetenz zu allfälligen Abwehrmassnahmen zustehe und zwar einerseits gestützt auf die Bundesbeschlüsse vom 18. Februar 1921³

1. Abwesend: Scheurer.

2. BBl 1925, I, S. 109ff. – Die Vorlage betreffend das neue Zolltarifgesetz gelangte in der Folge nicht zur parlamentarischen Verabschiedung.

3. AS 1921, NF 37, S. 129f.

und 26. April 1923⁴ betreffend die vorläufige Abänderung des Zolltarifes, und sodann auf Grund von Art. 4 des Zollgesetzes. Eine Anwendung von Art. 4 des Zollgesetzes⁵ und des sogenannten Kampftarifes vom 2. Februar 1922⁶ kann jedoch angesichts der gegenwärtigen Lage nicht in Frage kommen. Diese Gesetzesbestimmung sowohl als der erwähnte Kampftarif beziehen sich auf diejenigen Fälle, in denen die Schweiz von einem ausländischen Staate differenziell behandelt wird, d. h. nicht mehr im Genuss der Meistbegünstigung steht. Die Handhabung dieser Waffe setzt also unter allen Umständen voraus, dass entweder auf Veranlassung der Schweiz oder eines ausländischen Staates die bisher durchwegs bestehende Meistbegünstigung weggefallen wäre.

Alle die Zollerhöhungen des Auslandes, die in letzter Zeit vorgenommen worden sind, richten sich nun keineswegs gegen die Schweiz allein. Wir werden nach wie vor von allen Staaten auf dem Fusse der Meistbegünstigung behandelt, profitieren also auch ohne weiteres von allen Zollermässigungen, die sich andere Länder auf dem Wege von Handelsvertragsverhandlungen gegenseitig einräumen. Was wir angesichts der heutigen Situation nötig haben und auch nach Ansicht der nationalrätlichen Zolltarifkommission nicht entbehren können, ist ein Instrument, das zu annehmbaren Handelsverträgen führt, nicht aber ein solches, das für den Fall eines Zollkrieges vorgesehen ist. Es kann sich also – und dies ist nach erfolgter Aufklärung nun auch die einstimmige Meinung der mehrerwähnten Kommission – keineswegs um eine Anwendung von Art. 4 des Zollgesetzes oder um die Handhabung des Kampftarifes vom 2. Februar 1922 handeln.

Dagegen ist der erste der vorgezeichneten Wege in der Tat gangbar: Durch den Bundesbeschluss vom 18. Februar 1921 wird der Bundesrat ermächtigt, die Ansätze des Zolltarifes unter Beobachtung der Bestimmungen von Art. 29, Ziffer 1, a–c, der Bundesverfassung im Sinne einer vorübergehenden Massnahme der wirtschaftlichen Lage anzupassen und die neuen Ansätze in dem ihm geeignet scheinenden Zeitpunkt in Kraft zu setzen. Am 26. April 1923 hat die Bundesversammlung die Wirksamkeit des soeben erwähnten Bundesbeschlusses bis zum Inkrafttreten des revidierten Bundesgesetzes betreffend den schweizerischen Zolltarif verlängert. Der Bundesrat hat durch den Erlass des gegenwärtig geltenden Gebrauchstarifes vom 8. Juni 1921 von diesen ihm übertragenen Vollmachten einen ersten Gebrauch gemacht. Da die Ermächtigung dahingeht, die Zollansätze der wirtschaftlichen Lage anzupassen, und diese selbstverständlich jederzeit ändern kann, so kann wohl ein Zweifel darüber nicht bestehen, dass der Bundesrat einmal geänderte Ansätze jederzeit auf Grund einer Änderung der wirtschaftlichen Lage wiederum erhöhen oder ermässigen darf. Dass unter der «wirtschaftlichen

4. AS 1923, NF 39, S. 113f.

5. *Art. 4 des Bundesgesetzes über das Zollwesen vom 28. 6. 1893 lautet:* In ausserordentlichen Fällen, wie z. B. bei verheerenden Elementarereignissen u. s. w., ist der Bundesrat ermächtigt, ausnahmsweise diejenigen vorübergehenden Zollerleichterungen eintreten zu lassen, welche er als den Verhältnissen angemessen erachtet (AS 1892–1893, NF 13, S. 696).

6. Bundesratsbeschluss betreffend die Erhöhung der Ansätze des schweizerischen Zolltarifs (Generaltarifs) vom 10. Oktober 1902, vom 2. 2. 1922, in: AS 1922, NF 38, S. 21ff.

Lage» nicht nur diejenige des Inlandes im engern Sinne, sondern auch Rückwirkungen ausländischer Massnahmen auf die inländische Wirtschaft verstanden sind und verstanden sein müssen, dürfte ebenfalls unbestreitbar sein. So ist denn auch bei den Beratungen der nationalrätlichen Zolltarifkommission die Kompetenz des Bundesrates zum Erlass allfälliger Abwehrmassnahmen gestützt auf die erwähnten beiden Bundesbeschlüsse von keiner Seite in Zweifel gezogen worden.

Die massgebenden Organe des Handels und der Industrie, des Gewerbes, der Landwirtschaft und der Angestellten sprechen sich mit Bestimmtheit dahin aus, dass im Interesse des Abschlusses von erträglichen Handelsverträgen ein provisorischer Generaltarif zu schaffen sei, immerhin in der Meinung, dass dadurch keine oder doch eine möglichst vorübergehende und geringe Erhöhung der Lebenshaltungskosten bewirkt werden solle und dürfe. Einzig der Schweizerische Gewerkschaftsbund nimmt eine schroff ablehnende Haltung ein, wobei er auf der einen Seite von durchaus unrichtigen Voraussetzungen ausgeht, auf der andern Seite durch die Beschlüsse des internationalen Gewerkschaftsbundes verpflichtet zu sein erklärt, jeder Zollerhöhung in irgendeiner Form schärfste Opposition anzusagen zu müssen.

Wie das Volkswirtschaftsdepartement schon mehrfach auszuführen Gelegenheit hatte, bietet der gegenwärtige schweizerische Gebrauchstarif, der seiner Natur nach von vornherein zur sofortigen praktischen Anwendung und nicht zum Instrument für Handelsvertragsverhandlungen bestimmt war, keine Möglichkeit, die ausserordentlich hohen Zollansätze des Auslandes für unsere Exportprodukte durch Verträge herabzudrücken. Unsere Unterhändler können auf ihm keine oder doch nur ganz bedeutungslose Zugeständnisse machen und erhalten. Aus diesen Gründen ist das Departement mit den kompetenten Wirtschaftskreisen und mit der Zolltarifkommission des Nationalrates zur Überzeugung gelangt, dass die sofortige Schaffung eines provisorischen Generaltarifes im Sinne eines Verhandlungstarifes ausserordentlich dringlich und unvermeidbar geworden ist, will man nicht zum vorneherein darauf verzichten, durch Handelsverträge mit dem Ausland unserm schwer bedrückten Export Erleichterungen zu verschaffen.

Um die ganze Angelegenheit möglichst zu fördern, hat das Volkswirtschaftsdepartement schon vor einigen Wochen die aus den Herren Direktor Stucki, Prof. Laur, Dr. Wetter und Oberzolldirektor Gassmann bestehende schweizerische Unterhändlerkommission beauftragt, einen derartigen Entwurf zu einem provisorischen Generaltarif vorzubereiten. Als Resultat der von dieser Kommission nach bestimmten Grundsätzen durchgeführten Arbeit liegt nun ein Entwurf⁷ vor, der für 240 des total 1164 Positionen umfassenden heutigen Gebrauchstarifes eine gewisse Erhöhung vorsieht. Von diesen 240 Positionen sind schon heute durch die Verträge mit Italien und Spanien 45, worunter insbesondere fast sämtliche Lebensmittelpositionen, gebunden. Im vorgesehenen Handelsvertrag mit Österreich würden weitere ca. 32 Positionen zur Bindung vorgesehen. Auch der *modus vivendi* mit Deutschland dürfte ca. 60 Bindungen unseres heutigen Ge-

7. Nicht ermittelt.

brauchstarifes bringen. Was demnach noch übrig bleibt und bei einer Inkraftsetzung des Tarifes praktisch wirksam würde, sind Erhöhungen für industrielle und gewerbliche Fabrikate, die unsere Wirtschaft, namentlich vorübergehend, ohne Gefahr tragen könnte und die andererseits für verschiedene unserer Vertragsstaaten empfindlich sind und ihnen deshalb Anreiz geben dürften, sie gegen entsprechende Konzessionen ebenfalls auf das heutige Mass herunterzuhandeln.

Der durch die schweizerische Unterhändlerkommission ausgearbeitete erste Entwurf wurde kürzlich noch der bundesrätlichen Expertenkommission, die die Vorarbeiten für den Gebrauchstarif sowohl als auch für den Entwurf zum neuen Zolltarifgesetz durchgeführt hat, unterbreitet. Nach sehr einlässlicher Beratung hat sich diese Kommission einstimmig, mit Einschluss der Konsumentenvertreter, für den Erlass des provisorischen Generaltarifes erklärt und sogar, ebenfalls einstimmig, gegenüber dem ersten Entwurf noch vereinzelte Erhöhungen vorgenommen. Sie hat dann auch jede einzelne Position einlässlich diskutiert und war bei der überwiegenden Mehrzahl aller Ansätze einstimmig.

In der Handelspolitik der europäischen Staaten ist gegenüber den Verhältnissen vor dem Kriege insofern eine wesentliche Änderung eingetreten, als kein einziges Land seine neuen Generaltarife lediglich erlassen, aber noch nicht sofort in Kraft gesetzt hat. Früher bestand die Bedeutung eines solchen Generaltarifes darin, dass er gewissermassen als Drohmittel den andern Vertragsstaaten zur Kenntnis gebracht, aber nicht in Kraft gesetzt wurde, die Inkraftsetzung vielmehr erst mit den durch die verschiedenen Handelsvertragsresultate modifizierten Ansätzen in Form eines Gebrauchstarifes erfolgte. Wie alle andern Staaten hat nun auch Deutschland diesen Weg verlassen und seinen neuen Generaltarif sofort in Kraft gesetzt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass dadurch die handelspolitische Stellung dieser Länder in den Vertragsverhandlungen bedeutend gestärkt wird. Der Nachteil dieses Vorgehens liegt darin, dass die inländische Wirtschaft, wenigstens vorübergehend, auch diejenigen Zollerhöhungen zu tragen hat, die infolge ihres Verhandlungscharakters nicht zur dauernden praktischen Anwendung bestimmt sind. Trotzdem hat man sich in Deutschland, wie früher in Italien, Österreich, der Tschechoslovakei, Jugoslawien, Polen etc., mit diesen Nachteilen abgefunden. Es würde nun nahe liegen, dass die Schweiz den neuen Generaltarif, der ja verhältnismässig wenige Erhöhungen vorsieht, von denen mehr als die Hälfte infolge von Bindungen mit andern Staaten nicht praktisch würden, ebenfalls sofort in Kraft setzt. Mit Rücksicht auf die bei uns besonders empfindliche öffentliche Meinung möchte aber das Volkswirtschaftsdepartement davon Umgang nehmen, diesen Weg ebenfalls zu beschreiten, so sehr er die Stellung unserer Unterhändler gefestigt hätte. Es hat deshalb vorgesehen, dass der Tarif vom Bundesrat vorläufig erlassen, aber nicht gleichzeitig in Kraft gesetzt würde. Die schweizerischen Unterhändler hätten dann gestützt auf diesen Tarif die Verhandlungen mit andern Staaten aufzunehmen und wenn möglich zu beenden. Sie könnten darauf aufmerksam machen, dass bei ungenügendem Entgegenkommen des Vertragsgegners der Bundesrat die erhöhten Ansätze von einem Tage zum andern ganz oder teilweise in Kraft zu setzen in der Lage sei. Nur wenn auf diesem Wege der Abschluss befriedigender Verträge unmöglich wäre, würde das Departement

dem Bundesrate hinsichtlich der Inkraftsetzung des Tarifes oder einzelner seiner Positionen Antrag stellen. Der Entwurf⁸ ist übrigens bewusst so eingerichtet worden, dass er ohne allzu grosse Bedenken vorübergehend in Kraft gesetzt werden kann, wenn dies die handelspolitischen Verhältnisse unbedingt erforderlich machen sollten. Dabei würde das Volkswirtschaftsdepartement selbstverständlich in dieser Frage im engen Einvernehmen mit den Wirtschaftskreisen, insbesondere denjenigen der Exportindustrie, bleiben und deren Vorschläge weitgehend berücksichtigen.

Antragsgemäss wird *beschlossen*:

Der vorgelegte Entwurf zu einem Bundesratsbeschluss über die Abänderung des provisorischen Zolltarifs vom 8. Juni 1921 wird genehmigt⁹.

8. Vgl. AS, 1925, NF 41, S. 688ff.

9. Der Bundesratsbeschluss ist abgedruckt in: AS 1925, NF 41, S. 687ff. Vgl. dazu den Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den Bundesratsbeschluss vom 5. November 1925 über die Abänderung des provisorischen Zolltarifs, vom 21.12.1925, BBl 1925, III, S. 652ff.

Der Bundesrat verzichtete in der Folge darauf, die Bestimmungen dieses Beschlusses in Kraft zu setzen.

113

E 2001 (C) 5/52

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den Chef der Abteilung für Auswärtiges
des Politischen Departementes, P. Dinichert*

S

Völkerbund. Kontrolle des
Waffen- und Munitionshandels.

Bern, 6. November 1925

Bezugnehmend auf unsere frühern Korrespondenzen in dieser Angelegenheit beehren wir uns, Ihnen beiliegend Kopien von Vernehmlassungen der beiden in der Schweiz hauptsächlich interessierten Firmen, der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft in Neuhausen und der Patronenfabrik A. G., Solothurn, zu übermitteln¹. Mit dem Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, der uns diese Eingaben zugestellt hat, sind wir der Auffassung, dass vom *wirtschaftlichen* Standpunkt aus die Ratifikation des Abkommens nicht nur keine Vorteile zeitigt, sondern gegenteils ernsthaften Bedenken ruft. Wir begreifen aber vollkommen, dass für die Frage, ob die Schweiz ratifizieren soll oder nicht, auch andere als wirtschaftliche Erwägungen massgebend oder gar ausschlaggebend sein dürften, sodass wir uns darauf beschränken, Ihnen die Auffassung der beteiligten Wirtschaftskreise zur Kenntnis zu bringen.

1. Schreiben der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft, Neuhausen, vom 14.10.1925 und der Patronenfabrik Solothurn vom 23.10.1925; nicht abgedruckt.

Jedenfalls scheint es uns angezeigt, mit der Beschlussfassung über die Frage der Ratifikation solange zuzuwarten, als wir nicht wissen, wie sich die grosse Mehrzahl der andern beteiligten Staaten zu diesem Problem stellt.

Dem eidg. Militärdepartement geben wir von diesem Schreiben, sowie von den darin erwähnten Eingaben aus Neuhausen und Solothurn durch Abschrift Kenntnis.

114

E 2200 Berlin 2/2

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

S handschriftlich

Berne, 7 novembre 1925

Je viens de recevoir votre honorée du 5 de ce mois¹ au sujet de nos relations avec la Russie.

J'avais, en effet, interprété votre silence dans le sens que le rendez-vous avec Tschitschérine n'avait pas eu lieu. Je crois que, étant donné les circonstances du moment, cela a mieux valu.

Mais si M. Tschitschérine, à son nouveau passage de Berlin, exprimait le désir de vous voir pour vous parler, vous êtes toujours autorisé à accepter une semblable invitation.

Si la Russie avait l'intention d'envoyer un observateur à Genève auprès de la Société des Nations, ce dessein *ne trouvera de notre part aucune objection quelconque*. Nous tenons bien à faire ressortir que les difficultés qui existent encore entre la Confédération et la Russie ne doivent exercer aucune influence sur les relations de celle-ci avec la Société des Nations.

Vous savez que je suis un partisan très convaincu de l'universalité de la S. d. N. et qu'à mon avis la Russie devra aussi entrer un jour dans l'organisation de Genève.

Si le Gouvernement soviétique se décidait à envoyer un observateur, le Conseil fédéral, d'accord avec le Gouvernement de Genève, ne négligera rien pour assurer la sécurité personnelle de l'envoyé.

Par contre, – dans la question de nos relations avec le Gouvernement soviétique – les instructions restent toujours dans le sens qu'une conversation éventuelle avec M. Tschitschérine doit se *borner* à faire tomber d'abord le *boycottage* que la Russie a injustement ordonné contre nous. Une conversation *plus étendue* ne pourrait avoir lieu *utilement* qu'après l'abandon de cette mesure. Le Conseil fédéral envisage, en effet, avec une certaine crainte (qui est légitime) l'éventualité que la reprise de relations diplomatiques nous oblige à avoir à Berne une *mission so-*

1. Nr. III.

viétique. Les Etats-Unis d'Amérique nous ont fait savoir qu'ils ne modifieront pas leur attitude actuelle vis-à-vis du Gouvernement soviétique².

2. *Der amerikanische Gesandte in Bern, H. Gibson, vertraute dem Vorsteher des Politischen Departementes ein Schreiben an, das er vom amerikanischen Staatssekretär, F. B. Kellogg, erhalten hatte. Dieses Schreiben datiert vom 1. 9. 1925 und lautet in der Übersetzung des Politischen Departementes wie folgt:* Vos rapports laissent entrevoir que des bruits continuent à courir en Europe selon lesquels ce Gouvernement est en train de changer son attitude à l'égard des Soviets de Russie, une reconnaissance américaine du Gouvernement des Soviets étant possible, si ce n'est probable, dans un avenir rapproché.

J'ignore quelle est la source de ces rumeurs qui sont sans fondement aucun. Il n'y a eu, dans la politique du Gouvernement des Soviets, aucun changement qui justifîât un changement dans notre politique et les expériences qu'ont faites les pays qui ont reconnu le Gouvernement des Soviets ne sont certainement pas de nature à engager d'autres Gouvernements à suivre la même voie. La politique de ce Gouvernement a été claire, consistante et, je crois, correcte. J'espère, en conséquence, que vous vous sentirez entièrement libre de démentir catégoriquement toutes les rumeurs qui pourraient vous être signalées et que vous direz que, d'après ce que vous savez, votre Gouvernement n'a aucune intention de reconnaître les Soviets (E 2001 (C) 12/1).

115

E 2001 (C) 12/1

Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht, an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

S R. Persönlich und vertraulich.
Beziehungen zu Russland.

Berlin, 12. November 1925

Im Besitze Ihres Schreibens vom 7. ds.¹ beehre ich mich, Ihnen den Empfang Ihrer darin enthaltenen Instruktionen zu verdanken.

Für heute erlaube ich mir, Ihnen mitzuteilen, dass es keineswegs sicher ist, ob Tschitscherin mit mir Fühlung nehmen wird. Prof. Stein machte mir kürzlich eine Andeutung, aus der ich schloss, dass Tschitscherin durch das Verlangen² bzw. die Voraussetzung, die Initiative müsse von ihm ausgehen, verärgert worden ist. Sodann sagte mir gestern der Aussenminister Herr Stresemann, als er vom Empfang auf der Russischen Botschaft und von Tschitscherin sprach: «Na, Ihnen (d. h. der Schweiz) hat er (Tschitscherin) gut aufgezogen. Russland wird nicht in den Völkerbund eintreten, solange dessen Sitz in der Schweiz ist³.»

1. Nr. 114.

2. *Randbemerkung Mottas:* Ein eigentliches Verlangen in diesem Sinne ist nie gemacht worden.

3. *Randbemerkung Mottas:* Diese Drohung ist nicht zu tragisch zu nehmen. – *Zur Antwort Mottas an Rüfenacht vgl. Nr. 119.*

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 13. November 1925*¹

Menées irrédentistes au Tessin

Département politique. Verbal

Le Chef du Département politique rappelle les renseignements qu'il a donnés aux séances des 20 et 23 octobre² sur l'activité de la Società Palatina et le programme pour un Archivio storico della Svizzera italiana. Il vient de recevoir de M. Wagnière un rapport sur l'entretien que celui-ci a eu avec M. Mussolini³ conformément aux instructions du Département politique⁴. Cet entretien a eu lieu le 9 novembre à 6¾ h. du soir. Notre Ministre n'a pas seulement parlé à M. Mussolini de l'*Archivio Storico*, mais de l'*Adula* et aussi du *Catechismo del Balilla* (qu'il n'a malheureusement pas pu se procurer). Nous ne pouvons pas ne pas voir dans ces entreprises, lui a-t-il dit, une machination irrédentiste dont les amis de l'Italie en Suisse s'alarment beaucoup plus que les indifférents!

Voici à peu près ce que M. Mussolini a répondu à M. Wagnière. Il a eu connaissance de l'*Archivio Storico* par un article de M. Brenno Bertoni dans la revue *Ticino*. C'est sur son intervention que le fameux art. 2 aurait été modifié. Il n'est pour rien, ni son parti, dans cette publication. Le député Solmi n'est pas fasciste; il est libéral. Le Président a répété plusieurs fois avec une satisfaction évidente: «È un liberale». Il suppose que, comme recteur de Pavie, Solmi pense peut-être attirer par ces publications historiques tessinoises les étudiants tessinois à son Université. Le Président a promis d'intervenir de façon à modifier le caractère de cette publication ou à la supprimer. Il a déclaré à notre Ministre qu'il comprenait fort bien notre point de vue et qu'il se rendait parfaitement compte du tort que des écrits de ce genre causaient à l'Italie. Il a été très catégorique sur ce point. M. Mussolini ignorait que Parini figurait en premier rang des participants à cette publication et a demandé, à la vive surprise de M. Wagnière si Parini était suisse ou italien. Il lui a été répondu qu'il était italien marié à une Tessinoise.

Quant à l'*Adula*, M. Mussolini a paru surpris et amusé à l'idée qu'on pouvait attendre de lui qu'il intervînt dans les affaires d'un journal qui est publié en Suisse. Notre Ministre lui a dit que ce n'est pas ce que nous attendons de lui. Nous savons seulement que ce journal, qui n'a aucune publicité, ne peut pas vivre de ses propres ressources et devons admettre qu'il reçoit de l'argent d'autre part. Est-ce de la Dante Alighieri? Le Président ne le pense pas, cette société ayant peu de ressources et ne recevant rien du Gouvernement. M. Wagnière lui a répété que le programme de cette feuille était moins de faire aimer l'Italie que de faire haïr la Suisse, et que chez aucun de nos autres voisins nous n'avions à nous plaindre de

1. *Abwesend: Hüberlin.*

2. *Protokolle dieser Sitzungen in: E 1005 2/3.*

3. E 2001 (D) 3/298; *Bericht vom 10. 11. 1925.*

4. *Vgl. Nr. 106.*

semblables campagnes. M. Mussolini a pris note des noms des Italiens qui patronnent cette feuille et a déclaré qu'il verrait le moyen d'attirer leur attention sur le caractère de ce journal que probablement ils ignorent.

En ce qui concerne le Catechismo, M. Mussolini ignorait tout, a pris note de ce que M. Wagnière lui a dit et agira en conséquence.

Au cours de cet entretien il a aussi été question du Tessin et de sa prétendue germanisation. M. Wagnière a beaucoup insisté sur le fait que les Tessinois savaient défendre sans aucun secours de l'étranger leur caractère propre. Le premier Ministre italien a abondé dans ce sens et n'a plus fait aucune autre allusion à ce danger de dénationalisation et d'influences germaniques anti-italiennes dont il avait entretenu M. Wagnière il y a trois ans, lors de la première entrevue.

M. Mussolini n'a pas dit un mot de l'incident de St-Gall ni de la Libera Stampa. Bref, l'entretien, qui a duré 35 minutes, ne pouvait pas avoir un tour plus satisfaisant.

M. Motta constate que peu de temps après sa conversation avec M. Garbasso sur cette affaire les journaux tessinois annonçaient que les passages des statuts de la Società Palatina, donnant lieu à des critiques de notre part, ont été supprimés. Il estime qu'il faut maintenant attendre le résultat de la démarche faite par notre ministre à Rome. En ce qui concerne «l'Archivio storico ...», M. Motta est d'avis que cette publication devrait être empêchée, car elle est pleine de dangers pour la Suisse. Il lui semble qu'il faudrait tâcher de développer le «Bolletino storico» paraissant dans le Tessin et d'en faire une publication scientifique pouvant rendre superflue la revue italienne projetée. Mais cela ne sera guère possible sans l'appui financier du canton et éventuellement aussi de la Confédération.

M. Motta a déjà fait part de cette idée à M. Bertoni, en exprimant l'idée qu'on pourrait aussi accepter la collaboration des milieux milanais, mais que la direction du «Bolletino» devrait naturellement rester en Suisse.

Il est pris acte avec approbation de ces communications du chef du Département politique.

117

E 2200 Paris 1/1858

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

S KD. Confidentielle.

Berne, 17 novembre 1925

En nous référant à votre lettre du 12 novembre¹, dont nous avons pris connaissance avec intérêt, nous avons l'honneur de vous exposer, à titre confidentiel, qu'au cours de ces derniers mois, nous avons été informés à diverses reprises que soit M. Rakowsky soit M. Tchitchérine lui-même auraient envisagé d'entrer en

1. In diesem Schreiben informierte Dunant den Vorsteher des Politischen Departementes über die Aktivitäten von Edouard Auguste Frick, ehemaliger Delegierter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf, im Zusammenhang mit der Ersetzung von Ch.G. Rakowski durch

rapport avec M. Rüfenacht pour renouer peut-être, par son entremise, des relations entre la Suisse et la Russie. Si les possibilités d'entretiens dont il a été question ne se sont jamais réalisées jusqu'ici, elles ont fourni au Conseil Fédéral l'occasion de décider qu'il ne se refuserait pas à recevoir les communications que le Gouvernement des Soviets désirerait lui faire parvenir, mais qu'une conversation diplomatique ne pourrait être utilement engagée que si la Russie renonçait, préalablement et sans conditions, au boycott injuste qu'elle continue à observer à l'égard de la Suisse et s'il était bien entendu qu'il ne serait plus question de l'affaire Worowsky.

Au cas où M. Rakowsky chercherait à entrer en rapport avec vous, vous voudrez bien vous conformer à la ligne de conduite adoptée par le Conseil Fédéral. Vous vous abstenrez, en conséquence, de toute initiative tendant à provoquer une rencontre avec l'Ambassadeur des Soviets, mais vous ne vous refuserez pas à écouter et à nous transmettre les ouvertures qu'il pourrait vous faire directement ou par un intermédiaire. Au cas où les circonstances vous amèneraient à avoir une entrevue avec un représentant du Gouvernement russe sans que nous ayons pu vous donner des instructions plus détaillées, nous ne saurions trop vous recommander la plus grande circonspection.

Quant à M. Frick, nous ne possédons pas de renseignements précis sur les affaires dans lesquelles il paraît être engagé concurremment avec le groupe Stinnes et le Gouvernement russe, mais nous avons l'impression qu'il convient de ne traiter avec lui qu'avec autant de prudence que de réserve.

L. Krassin auf dem Botschafterposten in Paris: [...] A ce propos, notre compatriote M. Frick, dont vous connaissez l'activité dans toutes les questions qui touchent la Russie, a laissé entendre à l'un de mes collaborateurs qu'une des raisons qui auraient décidé le Gouvernement des Soviets à envoyer à Paris M. Rakowsky, serait l'espoir de renouer, par son entremise, des relations avec la Suisse.

J'ignore jusqu'à quel point cette information est exacte, mais j'ai tenu à vous en faire part en vous demandant de quelle manière il vous paraîtrait opportun que je réponde, le cas échéant, aux avances de l'Ambassadeur bolchéviste. [...]/(E 2001 (C) 12/1).

118

E 2200 Rom 16/2

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Chef der Zentralstelle für Fremdenpolizei des Justiz- und
Polizeidepartementes, H. Rothmund*

Kopie

S

Rom, 18. November 1925

Mit Beziehung auf Ihr Schreiben vom 12. November 1925¹ betreffend den italienischen Staatsangehörigen Prof. Tommaso-Angelo *Tonello* beehren wir uns, Ihnen folgendes mitzuteilen.

1. *Nicht abgedruckt.*

Prof. Tonello erklärte uns auf der Gesandtschaft, dass er nur für einige Tage studienhalber nach der Schweiz zu reisen beabsichtige, um im übrigen seinem Freunde Staatsrat *Canevascini* einen Besuch abzustatten. Da unser Kanzleibeamter, der mit Herrn Tonello verhandelte, einige Zweifel hatte, machte er den Genannten ausdrücklich darauf aufmerksam, dass er unter keinen Umständen irgendwelche Beschäftigung in der Schweiz annehmen dürfe. Um für alle Fälle sicher zu sein, wurde denn auch noch in seinem Pass der Vermerk angebracht, den Sie in Ihrem Schreiben erwähnen².

Nachdem nun Herr Tonello trotz seiner formellen gegenteiligen Zusicherung und trotz unserer ausdrücklichen Aufklärung über seine Obliegenheiten eine Tätigkeit³ in der Schweiz ausübt, glauben wir, dass ohne weiteres ein Grund gegeben ist, demselben die weitere Aufenthaltsbewilligung zu entziehen, wie dies in derartigen Fällen, unseres Wissens, stets geschieht.

Was die frühere politische Tätigkeit des Herrn Tonello anbelangt, so haben wir Veranlassung genommen, uns zuständigen Orts über ihn zu erkundigen. Man erklärte uns dabei, dass Tonello einer der schärfsten Propagandisten in der sozialistisch-unitaristischen Partei gewesen sei. Man hätte ihm einen Pass immerhin verabfolgt, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, dass unter der gegenwärtigen Regierung jede Freiheit unterdrückt sei. Irgendwelche Verfolgungen hätte Tonello nicht zu erdulden gehabt. Es sei jedoch möglich, dass ihm, angesichts der heutigen Stimmung der grossen Masse des Volkes in Italien eine Rückkehr unangenehm sei.

Wir wären Ihnen auf alle Fälle zu Dank verbunden, wenn Sie uns bekannt geben würden, welche Verfügungen mit Beziehung auf Tonello getroffen worden sind und nach welchem Lande sich der Genannte allenfalls gewandt hat, nachdem ihm der weitere Aufenthalt in der Schweiz untersagt wurde⁴.

[...]

2. *Der Vermerk lautet:* Visto per soggiorno limitato con divieto di stabilirsi e di assumere occupazione.

3. *Redaktor an der in Lugano erscheinenden Zeitung «Libera Stampa».*

4. *In seiner Sitzung vom 5. 1. 1926 beschloss der Bundesrat, Tonello in dem Sinne zu verwarnen, dass er, falls sich die «Libera Stampa» die Veröffentlichung weiterer, die italienische Regierung und deren Oberhaupt beleidigender Artikel sollte zu schulden kommen lassen, auf Grund von Artikel 70 der Bundesverfassung unverzüglich ausgewiesen würde (E 1004 1/298, Nr. 3). Vgl. auch Nr. 150, Nr. 170, Nr. 179 und Nr. 221.*

E 2200 Berlin 2/2

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

S handschriftlich

Berne, 20 novembre 1925

Dans un de vos derniers rapports¹ – dont je vous remercie – vous m'avez communiqué une déclaration que M. Stresemann vous a faite au sujet des propos tenus par M. Tschitschérine lors de son dernier passage à Berlin. Celui-ci aurait déclaré que la *Russie ne serait jamais entrée dans la S. d. N. aussi longtemps que son siège serait demeuré en Suisse.*

Je n'ai pas pris cette boutade au tragique, mais je crois, cependant, qu'il faut la prendre au sérieux.

J'ai le doute que M. Stresemann ait voulu rendre un service au ministre soviétique en cherchant à exercer une pression sur nous. J'aimerais, si possible, à être fixé sur ce point. Il me semble que M. Stresemann, s'il n'avait pas voulu rendre un service à M. Tschitschérine, aurait dû vous dire que de son côté il avait cherché à faire comprendre à son interlocuteur ce qu'il y avait de hasardé et de déraisonnable dans son propos.

M. Dunant nous a fait savoir de Paris², qu'un des buts que la Russie aurait cherché à atteindre par l'envoi de M. Rakowski à Paris, serait celui de faciliter la reprise des relations avec nous. Cela ne concorderait pas avec la menace de M. Tschitschérine.

Je serais heureux si, *à l'occasion*, vous pouviez ramener encore M. Stresemann sur la question dont il s'agit pour tâcher de connaître si la menace de Tschitschérine est un propos qu'il faille prendre vraiment au sérieux³.

1. *Nr. 115.*

2. *Vgl. Nr. 117, Anm. 1.*

3. *Vgl. Nr. 131.*

E 2001 (C) 5/14

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

Kopie

S LG. Vertraulich.

Bern, 21. November 1925

In unserm Schreiben vom 30. September d.J.¹ hatten wir Gelegenheit, Ihnen von der Unterredung Mitteilung zu machen, die der Chef des Politischen Departements gegen Schluss der VI. Völkerbundsversammlung mit dem französischen Delegierten, Herrn Loucheur, zur Frage der Beteiligung der Schweiz an den Vorarbeiten für die geplante internationale Wirtschaftskonferenz hatte². Wie Sie sich erinnern, erkannte Herr Loucheur ohne Weiteres die Berechtigung unseres Anspruchs im vorbereitenden Komitee, das vom Völkerbundsrat zu ernennen ist, und bezüglich dessen Zusammensetzung die französische Regierung Vorschläge zu machen beabsichtigt, durch eine Persönlichkeit vertreten zu sein, die in engem Kontakt mit dem Bundesrat steht.

Aus der uns soeben zugewandenen Tagesordnung der bevorstehenden (37.) Session des Völkerbundsrates, die am 7. Dezember 1925 in Genf eröffnet wird, ersehen wir, dass in der Tat die Berufung eines Studienkomitees für die internationale Wirtschaftskonferenz im Laufe des nächsten Monats erfolgen soll. Es erscheint uns daher angezeigt, da uns bisher von der französischen Regierung keine Anfrage zugekommen ist, durch unsere Gesandtschaft in Paris bei Herrn Loucheur eine neue Demarche zu unternehmen. Im Hinblick darauf wäre es zweckmässig, Herrn Minister Dunant gleich die Namen von Persönlichkeiten mitzuteilen, deren Bezeichnung durch den Völkerbundsrat dem Bundesrate genehm wäre. Es dürfte, der bisherigen Übung entsprechend, wünschbar sein, in Paris mehrere Namen qualifizierter Fachmänner zu nennen³.

1. Nicht ermittelt.

2. Vgl. Nr. 96.

3. Das Protokoll der Bundesratssitzung vom 1. 12. 1925 vermerkt: /.../ M. Dubois, directeur du Bankverein suisse, étant le président du Comité des finances, il y aurait lieu de le proposer comme membre de la commission préparatoire de la Conférence économique mondiale; de cette manière, nous serions certains que la Suisse soit représentée au sein de ladite commission. Le chef du département politique s'est mis en rapport avec M. Schulthess, qui serait d'accord avec une pareille solution.

Il est pris acte avec approbation de cette communication. (E 1004 1/297; Nr. 2386).

E 2200 Paris 1/1858

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

S KD. Confidentielle

Berne, 24 novembre 1925

En nous référant à votre lettre du 21 novembre¹, nous avons l'honneur de vous exposer ce qui suit, afin de compléter votre orientation sur la question délicate des relations entre la Suisse et la Russie.

1. Au point de vue politique, le Conseil Fédéral a le devoir de se demander, quels que soient les sentiments que peuvent inspirer le Gouvernement des Soviets et les méthodes bolchévistes, si l'état de tension exceptionnelle, qui s'est produit entre la Suisse et la Russie à la suite des circonstances que vous connaissez, ne finira pas par entraîner certains inconvénients qu'il serait désirable d'éviter. Pour faire comprendre quelle pourrait être la nature de ces inconvénients, il suffit de rapporter le fait suivant: Au cours de son récent séjour à Berlin, M. Tchitchérine a fait savoir à qui voulait l'entendre que la Russie ne pourrait songer à entrer dans la Société des Nations tant que le siège de la Société serait en Suisse. Ce dire a été répété à M. Rüfenacht par M. Stresemann²; il vient de trouver un écho dans un récent discours de M. Chamberlain à la Chambre des Communes. Nous ne nous exagérons pas l'importance d'une semblable déclaration, encore que nous regrettons que la question du siège de la Société des Nations soit si intempestivement soulevée à l'occasion de l'entrée possible de la Russie dans la Société, qui serait, par ailleurs, entièrement conforme à notre politique tendant à l'universalité de la Société des Nations. Nous devons la considérer, cependant, comme une indication que le mauvais vouloir tout spécial témoigné à l'égard de la Suisse par le Gouvernement des Soviets pourrait, selon les conjonctures, nous placer dans une situation difficile.

2. Au point de vue économique, il est sans doute anormal que de vastes territoires, qui ont constitué pour notre pays un important débouché, soient artificiellement fermés au commerce et à l'industrie suisses. Il se peut que, dans les milieux intéressés, on se leurre de la possibilité de reprendre activement les affaires avec la Russie; mais les mesures de boycott prises à notre égard par les Soviets ont pour conséquence d'empêcher que l'expérience soit tentée et d'entretenir les illusions que se forment, à ce sujet, des négociants éprouvés par la crise actuelle.

3. Nous n'avons pas renoncé, en outre, à demander réparation du préjudice causé aux Suisses de Russie et, si la question venait à pouvoir se régler en faveur des autres étrangers qui ont partagé le sort de nos compatriotes, il serait fâcheux que nous fussions tenus à l'écart des négociations à ce sujet et que nos ressortissants fussent, à cet égard, moins bien traités que les autres.

1. E 2001 (C) 12/1.

2. *Vgl. Nr. 115.*

Ces diverses considérations nous font envisager comme désirable l'opportunité d'un certain rapprochement entre le Conseil Fédéral et le Gouvernement des Soviets; mais, nous le répétons, des efforts dans ce sens ne pourront être tentés que si la Russie renonce, préalablement et sans conditions, au boycott actuellement pratiqué et il ne dépend pas de nous de l'y amener. Vous voudrez bien vous en tenir, en conséquence, à nos instructions du 17 novembre³.

[...]

3. Vgl. Nr. 117.

122

E 2001 (C) 7/2

*Der schweizerische Gesandte in Brüssel, W. F. Barbey,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Bruxelles, 25 novembre 1925

Je n'ai pas manqué à mon retour ici de saisir le Ministère des Affaires Etrangères de la situation résultant, en ce qui concerne notre traité de conciliation et de règlement judiciaire, de l'adhésion du Gouvernement belge à la juridiction obligatoire de la C.P.J.I.¹

Vous vous rappellerez sans doute que déjà une fois à la suite du protocole de Genève, après que nous nous étions accordés sur un premier projet très limité, la Belgique s'apercevant avoir été dépassée par les événements avait pris l'initiative de proposer un accord plus en harmonie avec les tendances de notre temps et aussi avec nos désirs.

Le même phénomène se produit actuellement à la suite de Locarno. En l'absence de M. Vandervelde qui m'avait fixé un rendez-vous depuis la semaine dernière et qu'un Conseil des Ministres extraordinaire a retenu, j'ai eu un entretien avec son chef de cabinet, M. Henri Rolin, qui m'a fait la communication suivante de la part de son chef.

M. Vandervelde estime que le traité de conciliation et de règlement judiciaire belgo-suisse, signé le 13 février 1925², est dépassé par le traité d'arbitrage que la Belgique a signé à Locarno avec l'Allemagne.

Il serait par conséquent disposé à reprendre l'étude d'un nouveau texte ou d'un amendement au texte signé, correspondant aux dispositions des accords de Locarno.

1. A Locarno, m'a dit M. Rolin, le tribunal arbitral et la C.P.J.I. ont eu le pas, pour employer une expression familière, sur la procédure de conciliation. Il y a en outre des cas d'ordre nettement juridique qui ne se prêtent pas très bien à la con-

1. *Cour Permanente de Justice Internationale.*

2. *Vgl. dazu Nr. 10. Vertragstext in: BBl 1925, II, S. 442ff.*

ciliation. M. Vandervelde propose par conséquent de rendre la procédure de conciliation facultative au lieu d'obligatoire.

2. La définition du conflit d'ordre juridique du traité belgo-suisse, n'embrasse pas les quatre catégories prévues par l'art. 36 du statut de la C.P.J.I. M. Vandervelde, en présentant aux Chambres belges le projet d'adhésion à la juridiction obligatoire, serait embarrassé de présenter en même temps notre traité plus restrictif. Il propose par conséquent de chercher une meilleure définition du conflit d'ordre juridique en s'inspirant de ce qu'on a fait dans les traités annexes à l'accord de Locarno.

3. Les discussions qui eurent lieu à Locarno sur les avantages et les désavantages du système et le compromis apporté par la formule de l'art. 7 de la convention d'arbitrage belgo-allemande³, permirent à la délégation belge d'accepter dans cette convention le principe de la commission permanente prévue par la convention franco-allemande. La Belgique serait disposée à introduire cette innovation dans notre traité.

4. Au lieu de déférer les conflits qui ne sont pas juridiques, après l'épuisement des moyens de conciliation, au Conseil de la S.d.N., comme c'est le cas pour la convention belgo-allemande, M. Vandervelde serait d'accord pour les soumettre obligatoirement soit à la C.J.I., qui jugerait *ex aequo et bono*, selon la formule de l'accord italo-suisse, ou bien à un organe d'arbitrage à constituer pour chaque cas, conformément aux dispositions du traité franco-suisse. La préférence de M. Rolin va à cette dernière formule. En chargeant la C.J.I. de trancher des questions non juridiques, on la fait sortir de son rôle qui est d'établir le droit international.

5. Reste la question de savoir s'il faut amender la convention déjà signée, conformément à l'idée première du bureau juridique du Ministère des Affaires Etrangères, ou s'il faut en élaborer une nouvelle. La première solution donnerait une satisfaction à M. Hymans qui a signé la convention du 13 février 1925, mais elle serait difficilement conciliable si on admet toutes les modifications envisagées par M. Vandervelde.

Vous m'obligeriez en me faisant connaître votre manière de voir au sujet des propositions du Ministère des Affaires Etrangères⁴.

3. *Art. 7 des an der Konferenz von Locarno ausgehandelten und am 1.12.1925 in London unterzeichneten Schiedsvertrages zwischen Belgien und Deutschland lautet:*

Dans un délai de quinze jours à partir de la date où le Gouvernement allemand ou le Gouvernement belge aurait porté une contestation devant la Commission permanente de conciliation, chacune des Parties pourra, pour l'examen de cette contestation, remplacer son Commissaire par une personne possédant une compétence spéciale dans la matière.

La Partie qui userait de ce droit en fera immédiatement la notification à l'autre Partie; celle-ci aura, dans ce cas, la faculté d'agir de même dans un délai de quinze jours à partir de la date où la notification lui sera parvenue.

4. *Vgl. Nr. 127. — Bemerkung Mottas am Briefkopf:* Je crois que nous pouvons accepter de négocier une *nouvelle convention* qui soit meilleure. Je ne voudrais cependant pas abandonner l'idée de la tentative *obligatoire* de conciliation. La procédure d'*amendement* serait peu rationnelle puisqu'elle nous obligerait quand même à revenir devant l'Assemblée fédérale. 31. XI. 25.

123

E 2001 (C) 7/4

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in London, C. R. Paravicini*

Kopie
S KD.

Berne, 27 novembre 1925

Pour faire suite à notre office du 24 juillet¹, nous avons l'honneur de vous signaler qu'une dépêche Reuter, datée de Londres, le 26 novembre, a la teneur suivante:

«A la Chambre des Communes, répondant à une question, M. Chamberlain a dit que le Gouvernement britannique a reçu une suggestion officieuse du Gouvernement suisse demandant la conclusion d'un traité d'arbitrage anglo-suisse, sur la base du traité italo-suisse de 1925, et qu'il n'est pas convaincu qu'il serait avantageux de conclure un traité de cette nature.»

Il nous intéresserait vivement de connaître dans quelles conditions M. Chamberlain a été amené à faire une semblable déclaration et s'il a allégué des motifs précis de douter de l'utilité de la conclusion d'un traité de conciliation et de règlement judiciaire entre la Suisse et la Grande-Bretagne. Nous vous serons reconnaissants des renseignements que vous pourrez nous procurer à cet égard², car, après la conclusion du traité de Locarno, on pourrait se demander si les raisons que la Bretagne paraissait avoir d'adopter une attitude réservée dans le domaine de l'arbitrage international n'ont pas perdu beaucoup de leur valeur.

Cette manière de voir semble se justifier d'autant mieux qu'une autre dépêche de Londres, datée du même jour, signale qu'une convention d'arbitrage entre la Grande-Bretagne et le Siam a été signée, le 25 novembre, par M. Chamberlain et le Ministre du Siam à Londres. Il serait intéressant de connaître les termes de cette dernière convention. Nous vous serions reconnaissants de tenter d'en obtenir communication de la part du Foreign Office³.

1. Nicht abgedruckt.

2. Vgl. Nr. 132.

3. Mit Schreiben vom 5.3.1927 stellte Paravicini dem Politischen Departement den Text des Schiedsvertrages zwischen Grossbritannien und Siam zu und bemerkte dazu: [...] ce dernier traité conclu par le Gouvernement britannique ne sort pas du cadre des conventions du tout premier type, de sorte que la conclusion de ce traité ne peut guère être envisagée par nous comme un encouragement à reprendre des pourparlers au sujet de nos ouvertures. [...] (E 2001 (C) 7/4). Das Politische Departement bestätigte diese Ansicht in seinem Antwortschreiben vom 11.3.1927: [...] la convention dont il s'agit ne s'inspire aucunement des principes nouveaux en matière d'arbitrage. Elle consacre, une fois de plus, la règle de l'indépendance absolue des Etats contractants en ce qui concerne l'opportunité d'un recours à l'arbitrage ou au règlement judiciaire. [...] (E 2001 (C) 7/4).

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 1. Dezember 1925¹*Articles du «Basler Vorwärts» contre M. Mussolini,
et menées antifascistes au Tessin

Département politique. Verbal

M. Motta informe le Conseil d'une visite qu'il a reçue hier de M. Garbasso, ministre d'Italie, lequel attirait son attention sur deux articles du «Basler Vorwärts», dont l'un, du 20 novembre, parlait de «Mussolinibanditen» et l'autre, du 26 novembre, traitait le président du ministère italien de «Bestie». Il est très difficile de sévir avec succès dans cette affaire. Le Gouvernement italien pourrait cependant demander de faire comparaître l'auteur de l'article du 26 novembre ou le rédacteur responsable devant les Assises fédérales. Mais il est à craindre que nous aurions alors un procès contre le fascisme et le Gouvernement d'Italie, comme nous avons eu, au lieu d'un procès contre Conradi, un procès contre le soviétisme de Russie.

S'inspirant de la procédure suivie dans un cas analogue dans le Tessin, M. Motta se propose de nantir le Gouvernement de Bâle-Ville de cette affaire en le priant de bien vouloir intervenir auprès de la Rédaction du «Basler Vorwärts» pour attirer son attention sur le danger qu'il y a pour notre pays de tenir un pareil langage et l'inviter à se modérer à l'avenir. Une autre solution consisterait à parler au Dr Welti, le chef des communistes bâlois, lui-même, au cours de la prochaine session des chambres fédérales, qui s'ouvrira la semaine prochaine.

Il résulte de la discussion que le Conseil est d'avis qu'on ne peut en effet pas laisser passer les deux articles en question sans entreprendre des démarches auprès du journal qui les a publiés et d'exprimer en outre à M. Garbasso les regrets du Conseil fédéral. Il faut tout éviter pour indisposer l'Italie et donner lieu à un conflit. Quant à la manière de procéder, le Conseil estime que la seconde méthode est préférable. M. Motta est dès lors prié de se mettre en rapport avec M. Welti, pendant la prochaine session, et d'insister auprès de lui pour que de pareilles offenses vis-à-vis d'un Gouvernement étranger ne se renouvellent plus².

1. *Abwesend: Schulthess.*

2. *Am 7.12.1925 teilte Motta dem schweizerischen Gesandten in Rom, Wagnière, mit: [...]* M. Welti est venu [hier] à 15 heures. J'ai causé avec lui de 15 à 16 heures, c'est-à-dire pendant une heure. J'ai attiré son attention, *de la manière la plus grave*, sur l'inconvenance des outrages que le «Vorwärts» a lancés contre M. Mussolini. Je l'ai invité à faire connaître aux rédacteurs du «Vorwärts» que leur manière d'écrire troublait les bonnes relations entre nos pays, l'Italie et la Suisse. J'ai fait présent à M. Welti que cette conduite inadmissible de la presse communiste rendait très difficile toute action diplomatique que la Confédération aurait l'occasion de déployer pour la sauvegarde de ses intérêts.

M. Welti, qui est avocat de sa profession et qui est un homme intelligent, a accueilli mes remarques sans protester. Il a reconnu que les articles dont il s'agit dépassaient toute mesure et m'a pro-

M. Motta communique en outre que M. Garbasso l'avait, au cours du même entretien, également informé d'un incident qui serait survenu à Ponte Tresa, le 15 novembre. Un certain nombre de personnes – surtout de jeunes gens – parmi lesquels le socialiste Dionisio Maffioletti, chef de l'office du travail, auraient, près de la frontière, manifesté de façon hostile contre le Gouvernement italien et le fascisme, en chantant des chants révolutionnaires ainsi qu'une parodie offensante de l'hymne fasciste. La population a pris une attitude correcte mais passive. De même, un agent de la police qui assistait à la scène, a cru ne rien devoir faire pour l'empêcher.

Selon le chef du département politique, il y aurait lieu d'écrire à M. le Conseiller d'Etat Rossi, directeur du Département de police du Tessin, pour le prier de faire savoir à Maffioletti qu'il devait, à l'avenir, s'abstenir de pareilles manifestations et pour empêcher que de telles manifestations dangereuses pour la sécurité extérieure de notre pays se renouvellent.

Le Conseil est d'accord que M. Motta intervienne dans ce sens auprès des Autorités tessinoises.

mis d'intervenir auprès des rédacteurs du «Vorwärts», ainsi qu'auprès de ses partisans politiques, pour les *modérer*.

Vous savez d'ailleurs, Monsieur le ministre, que ma personne est une des cibles préférées du «Vorwärts», qui m'accuse, presque chaque jour, d'être philofasciste et grand protecteur de M. Mussolini en Suisse.

Je vous autorise à communiquer ce qui précède à M. le sénateur Contarini. Il y verra sans doute la preuve de ma bonne volonté de ne rien négliger de ce qui sert à maintenir les bonnes relations avec l'Italie. /... / (E 2001 (B) 6/19).

125

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 1. Dezember 1925¹

Menées irrédentistes au Tessin

Département politique. Verbal

M. Motta fait part des derniers renseignements qu'il vient de recevoir de M. Wagnière dans l'affaire concernant l'activité de la Società Palatina et le programme pour un Archivio storico della Svizzera italiana (voir procès-verbaux des séances des 20 et 23 octobre² et 13 novembre 1925³). Notre ministre à Rome a été appelé le 16 novembre au Ministère des Affaires étrangères où il a été reçu par le Comm. Bernardi, selon lequel M. Mussolini aurait fait venir M. Solmi et aurait

1. *Abwesend: Schulthess.*

2. *Beide Protokolle in: E 1005 2/3.*

3. *Nr. 116.*

parlé avec lui. Solmi lui aurait donné toutes sortes d'assurances concernant le but purement scientifique et historique de son entreprise qui ne doit avoir aucune arrière-pensée irrédentiste. Il lui aurait montré le premier exemplaire de «L'Archivio» dans lequel Solmi proteste de l'innocence et de la correction de ses intentions. Le Comm. Bernardi a demandé à notre ministre si nous insistions pour d'autres mesures, étant donné les assurances de Solmi. Il s'agit, a-t-il dit, d'une initiative scientifique et historique dans laquelle il est difficile au Gouvernement d'intervenir.

M. Wagnière a exposé combien cette entreprise nous était peu sympathique, malgré les intentions avouées par Solmi et combien nous la jugions inutile et tout de même suspecte. Néanmoins, M. Bernardi lui a demandé de porter ces faits à la connaissance du gouvernement suisse et de lui faire savoir ce que celui-ci en pense.

Le Chef du Département politique a répondu à M. Wagnière⁴ en lui disant entre autres qu'il s'attendait de la part du Gouvernement italien à l'objection qui a été indiquée par M. Bernardi. L'objection serait même *très sérieuse* si l'Italie jouissait d'un véritable régime de liberté et si le président de la *Palatina* n'était pas un fasciste, rédacteur au «Popolo d'Italia», sur lequel le Gouvernement a une autorité entière. Il est clair que si M. Mussolini *[le]* *voulait*, toute la *Palatina* disparaîtrait comme un château de cartes, et avec elle l'Archivio storico. M. Motta a autorisé notre ministre à faire savoir à M. Bernardi, en son nom, que l'intérêt *des bonnes relations entre nos deux pays commanderait l'abandon* total soit de la *Palatina* (en tant qu'elle vise la Suisse italienne) soit de l'*Archivio storico* qui, lui, le titre l'indique, ne vise que nous.

M. Motta communique en outre au Conseil que le ministre d'Italie, M. Garbasso, lui aurait déclaré qu'à son avis l'Archivio était superflu. Il termine son exposé en disant que M. Francesco Chiesa lui a promis de se rendre à Milan pour entretenir M. Solmi de l'utilité qu'il y aurait à abandonner la fondation de l'Archivio et pour lui offrir de collaborer au *Bollettino storico Ticinese* qui devrait être élargi et renforcé⁵. M. Motta espère que la démarche aboutira, mais il n'en est pas certain. Il ajoute que le Catechismo del Balilla a été désavoué par les fascistes.

Il est pris acte avec approbation de ces communications du chef du département politique.

4. E 2001 (D) 3/298; *Schreiben vom 23. 11. 1925.*

5. *Motta teilte am 25. 2. 1926 Wagnière mit: [...]* La première livraison *[de «l'Archivio Storico»]* ne donne pas lieu à des remarques spéciales. Elle est assez bien faite et même intéressante. Mais les objections de principe contre l'*Archivio* demeurent, car rien ne serait plus facile que de transformer cette œuvre, à un moment donné, dans un moyen de propagande contre la politique suisse.

Je crois à la loyauté de M. Solmi et à la droiture de ses intentions. Mais cela suffit-il? Quoiqu'il en soit, il n'y a pour le moment rien à faire au point de vue diplomatique, mais il conviendra d'observer et de veiller sans d'ailleurs tomber dans le travers de s'inquiéter sans de raisons suffisantes. /.../(E 2001 (D) 3/298).

126

E 1004 1/297

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 1. Dezember 1925¹

2384. Österreich. Finanzkontrolle

Mündlich

Im Zusammenhang mit dem unter Führung des Völkerbunds für Österreich aufgebrauchten internationalen Anleihen ist eine Finanzkontrolle des Völkerbunds, ausgeübt durch den Kommissär Dr. Zimmermann, bei der österreichischen Regierung eingerichtet worden. Diese Kontrolle wird in absehbarer Zeit verschwinden, nachdem sich die Verhältnisse in Österreich sichtlich gebessert haben. Die Regierung der Niederlande hat nun die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht rechtfertige, auf den Zeitpunkt des Verschwindens jener Kontrolle hin vorsorgliche Massnahmen zu treffen, um einen allfälligen Missbrauch der von Österreich für die Sicherung der internationalen Anleihe bestellten Pfänder zu verhüten. Die holländische Regierung hat sodann in diesem Zusammenhang beim Völkerbund angeregt, es sei ihr, wenn die österreichische Angelegenheit zur Beratung komme, Sitz und Stimme im Völkerbundsrat einzuräumen. Das hat das Generalsekretariat des Völkerbundes veranlasst, beim politischen Departement anzufragen, ob nicht auch die Schweiz eine solche Vertretung im Völkerbundsrat beanspruche. Der Vorsteher des politischen Departements, der dem Rat diese Mitteilungen macht, ist der Meinung, da die Schweiz aus guten Gründen bei der Beteiligung am internationalen Anleihen für Österreich ihren eigenen Weg gegangen sei, der in verschiedener Beziehung von dem Vorgehen anderer Staaten abwich, so sei es angezeigt, auch jetzt nicht ohne weiteres dem Beispiel der anderen Staaten zu folgen, sondern auf das Mitspracherecht im Völkerbundsrat durch einen Vertreter zu verzichten.

Der Rat stimmt dieser Auffassung zu.

1. *Abwesend: Schulthess.*

127

E 2001 (C) 7/2

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Brüssel, W. F. Barbey*

Kopie
S KD.

Berne, 4 décembre 1925

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre lettre du 25 novembre¹ et nous avons appris avec un vif intérêt qu'une heureuse évolution des esprits faisait désirer au Gouvernement belge d'élargir les cadres du traité de conciliation et de

1. *Nr. 122.*

règlement judiciaire conclu, le 13 février 1925, entre la Suisse et la Belgique. Bien que ce traité ait déjà été approuvé par l'Assemblée fédérale, nous sommes tout disposés à entrer dans les vues du Gouvernement belge, car elles correspondent entièrement à la politique de la Suisse dans le domaine de l'arbitrage international.

Il ne nous paraît guère que la modification fondamentale qu'il s'agit d'apporter au traité du 13 février 1925² puisse être pratiquement réalisée par voie d'amendement ou par la signature d'un protocole interprétatif au moment de l'échange des ratifications. Il serait plus simple et plus clair de nous entendre au sujet d'un nouveau texte qui se substituerait entièrement au traité non encore ratifié. Vous nous obligeriez en le faisant savoir au Ministère belge des Affaires étrangères et en vous déclarant prêt à entrer immédiatement en négociations dans ce but.

Bien que nos préférences aillent au système, adopté par notre Traité avec l'Italie, selon lequel tous les litiges juridiques ou politiques peuvent être déférés à la Cour permanente de Justice internationale, qui a l'avantage d'éviter toute contestation sur la question préjudicielle de la compétence, nous serions, cela va presque de soi, entièrement disposés à conclure avec la Belgique un traité calqué sur le traité de conciliation et d'arbitrage obligatoires conclu, le 6 avril 1925, entre la Suisse et la France³.

Nous considérerions comme un progrès sur le traité du 13 février 1925 que le nouvel accord à conclure prévît une commission permanente de conciliation au lieu d'une commission à constituer de cas en cas. Il nous serait difficile de consentir, en revanche, à ce que la procédure de conciliation préalable fût considérée comme facultative.

Nous estimons, en effet, que l'importance de la tentative de conciliation obligatoire augmente en raison même de la facilité avec laquelle les différends qui surgissent entre les Etats peuvent être portés devant la Cour permanente de Justice internationale. Autant il est désirable que ni l'une ni l'autre des Parties contractantes ne puissent se soustraire à une décision judiciaire, autant il importe que la procédure devant la Cour ne s'ouvre que lorsque tous les moyens d'arriver à un arrangement auront été épuisés. Un arrangement vaut mieux qu'un bon procès et il importe d'éviter que, sous le coup d'événements qui auraient ému l'opinion publique, un Gouvernement ne se hâte trop de porter devant des juges un litige que, dans l'intérêt de la paix, il eût mieux valu régler à l'amiable. Il faut s'attendre à ce que tel soit souvent le cas des différends liés à des circonstances politiques. La conciliation obligatoire nous apparaît donc comme le correctif nécessaire du règlement judiciaire obligatoire.

Ainsi que M. Rolin vous l'a fait observer, il est bien évident, toutefois, que la tentative de conciliation ne sera guère utile au règlement de certains litiges: ceux qui, après avoir été examinés en toute sincérité par la voie diplomatique, révéleraient, entre les conceptions des deux Etats, une irréductible incompatibilité de doctrine ou de législation, qui ne pourrait être tranchée que par des juges ou des

2. *Vgl. dazu Nr. 10.*

3. BBl 1925, II, 431ff.

arbitres. En pareils cas, et du fait même qu'il s'agira de litiges qui n'éveillent ni passion ni parti-pris, les deux Gouvernements n'auront aucune peine à tomber d'accord pour éviter les frais et la perte de temps d'une procédure inutile et pour soumettre directement leur contestation à la Cour de Justice ou à des arbitres. Il n'est pas indispensable, à notre avis, que la possibilité d'un accord dans ce sens soit réservée par une clause expresse du traité de conciliation et de règlement judiciaire. Une semblable stipulation fait, néanmoins, l'objet de l'article 1^{er}, alinéa 2, de notre Traité avec la France⁴. Il va sans dire que nous n'aurions aucune objection à ce qu'elle soit reproduite dans le traité avec la Belgique.

Nous vous saurions gré de nous tenir au courant du résultat de votre démarche auprès du Ministère des Affaires étrangères car nous souhaiterions voir aboutir rapidement les négociations qu'il y a lieu de rouvrir avec la Belgique en vue de la conclusion d'un traité de conciliation et de règlement judiciaire aussi libéral que possible⁵.

4. *Art. 1, Absatz 2 lautet:* Toutefois, les Hautes Parties Contractantes auront toujours la liberté de convenir qu'un litige déterminé sera réglé directement par la Cour Permanente de Justice Internationale ou par voie d'arbitrage, sans recours au préliminaire de conciliation ci-dessus prévu (Feuille fédérale, 1925, II, S. 456).

5. *Die schweizerische Gesandtschaft in Brüssel teilte dem Politischen Departement am 19. 12. 1925 mit:* Je n'ai pas manqué de donner connaissance au Gouvernement belge du contenu de votre lettre du 4 décembre [...]. Le Gouvernement belge s'est déclaré tout disposé à entrer dans vos vues et prépare un texte à nous soumettre. [...]/ (E 2001 (C) 7/2).

128

E 1004 1/297

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 4. Dezember 1925*¹

2427. Vorläufiges Zollabkommen zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reiche; Ratifikation

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 30. November 1925

Am 22. Oktober 1925 erstattete das Volkswirtschaftsdepartement dem Bundesrate einen eingehenden Bericht über den Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland und ersuchte ihn insbesondere, ihm zu gestatten, der deutschen Verhandlungsdelegation zu erklären, der provisorische Generaltarif dürfe deutscherseits streng vertraulich nötigenfalls auch gewissen Interessentenkreisen zur Kenntnis gebracht werden. Am 23. Oktober gab der Bundesrat die gewünschte Ermächtigung², und es gelang dann in der Folge, zu einem für beide Teile im

1. *Abwesend: Musy und Schulthess.*

2. *Vgl. Nr. 108.*

wesentlichen befriedigenden vorläufigen Zollabkommen zu kommen. Gestützt auf die ihm im Detail bekanntgegebenen gegenseitigen Konzessionen hat der Bundesrat am 30. Oktober die schweizerische Verhandlungsdelegation ermächtigt³, das vorläufige Zollabkommen zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reiche⁴, unter Ratifikationsvorbehalt, zu unterzeichnen. Nachdem es gelungen war, für Taschen-Uhren wie für Uhrgehäuse noch weitergehende Konzessionen deutscherseits gegen eine bescheidene Ermässigung des schweizerischen Zolles für Spielzeug aller Art von Fr. 60 auf Fr. 55 und für Steinbalken von Fr. 60 auf Fr. 50 per 100 kg zu erreichen, konnte das Abkommen am 6. November 1925 unterzeichnet werden. Schweizerischerseits unterzeichneten die Herren Direktor Stucki, Prof. Laur, Dr. Wetter und Oberzolldirektor Gassmann und für die deutsche Regierung Joachim Windel, vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt. Wenn sich dies noch bis zum 6. November verzögerte, so liegt die Begründung einzig und allein darin, dass die deutschen Unterhändler von Berlin die strikte Weisung hatten, erst nach der Genehmigung des provisorischen Generaltarifs durch den Bundesrat und dessen Veröffentlichung zu unterzeichnen⁵.

Art. 3 bestimmt, dass das Abkommen ratifiziert werden soll. Es tritt in Kraft einen Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der so bald als möglich in Bern stattfinden soll, und bleibt in Geltung, bis es durch einen endgültigen Zollvertrag ersetzt ist oder bis es durch Kündigung erlischt. Die Kündigung ist vom 1. Februar 1926 ab jederzeit mit einmonatiger Frist zulässig.

Nach den soeben erhaltenen Mitteilungen der deutschen Gesandtschaft Bern dürfte deutscherseits dem Abkommen in den nächsten Tagen die Genehmigung erteilt werden. Wie von den beiden Verhandlungsdelegationen bereits in Aussicht genommen, kann daher der Austausch der Ratifikationsurkunden am 15. Dezember 1925 in Bern vorgenommen werden. Dadurch wird es Deutschland möglich, unser Abkommen gleichzeitig mit dem neuen italienisch-deutschen Handelsvertrag am 16. Dezember 1925 in Kraft zu setzen.

Gestützt auf obige Ausführungen wird *beschlossen*:

Das am 6. November 1925 in Bern zwischen schweizerischen und deutschen Delegierten abgeschlossene vorläufige Zollabkommen wird ratifiziert und das Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, mit der hiesigen Deutschen Gesandtschaft entsprechende Ratifikationsurkunden auszutauschen.

3. E 1005 2/3; BR-Protokoll vom 30. 10. 1925.

4. Text des Abkommens in: AS 1925, NF 41, S. 785ff.

5. Vgl. Nr. 112.

E 2001 (B) 6/19

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 5 décembre 1925

J'ai l'honneur de vous confirmer mon télégramme N° 16 d'hier soir ¹.

Je vous l'ai envoyé en sortant du bureau de M. Contarini qui m'avait fait prier de passer chez lui vers 6 h. du soir. Il tenait à la main une lettre du Consul d'Italie à Bâle avec un certain nombre de coupures du *Vorwärts*. Ces pièces venaient de lui être remises par le Président, qui l'avait chargé de m'en parler tout de suite.

Le Consul de Bâle est un fasciste ardent et sa lettre était rédigée, d'après les fragments qui m'ont été lus, sur un ton vif et désagréable. Quant au principal article incriminé, il est contenu dans le numéro du 20 novembre et se réfère à la scène, du reste fort peu édifiante, qui s'est passée au Parlement à la rentrée du petit groupe communiste. L'article contient quelques très gros mots à l'adresse des fascistes, du Gouvernement Royal et de son Président ². Celui-ci est, entre autres, accusé d'être l'auteur responsable de l'assassinat de Matteotti.

Il faut bien se rendre compte que M. ³ vit dans une atmosphère d'adulation qui le rend d'autant plus sensible aux attaques. Il s'est toujours préoccupé de façon exagérée de ce qu'on disait de lui et se fait renseigner exactement à ce propos par les représentants de l'Italie à l'étranger.

M. Contarini m'a fait entendre que le Président pourrait bien ne plus donner suite aux mesures prises contre les publications irrédentistes si la presse suisse continuait à l'attaquer de façon si violente. M. Contarini avait l'air assez embarrassé et ennuyé de me faire de pareilles communications. Ce fut, du reste, toujours une tactique en usage au Ministère des Affaires Etrangères de se servir de façon plus ou moins voilée de l'irrédentisme comme moyen de pression sur nous.

J'ai rappelé, comme je l'ai fait toujours, à M. C. ⁴ que la presse était libre chez nous et que le pouvoir fédéral était relativement désarmé dans ce domaine et j'ai très vivement insisté pour que l'on n'établisse pas de rapports entre les articles, sans doute déplorables, d'un journal socialiste et l'action sournoise engagée par un groupe d'irrédentistes contre notre intégrité nationale. Rien de comparable, ai-je dit, ne s'est produit dans la presse suisse contre l'Italie.

M. C., du reste, a paru fort bien comprendre, mais il devait s'en tenir aux instructions de son chef et il a insisté pour que je signale à mon Gouvernement l'effet produit par les attaques du *Vorwärts* et le tort qui en résultait pour nous. Je

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Vgl. Nr. 124.*

3. *Mussolini.*

4. *Contarini.*

le répète, M. C. ne paraissait pas très convaincu lui-même de son raisonnement, mais il se montre préoccupé de l'irritation du Président. Il m'a affirmé encore qu'il ne perdait pas de vue l'affaire de la Palatina et qu'il avait déjà agi dans le sens de nos vœux.

Il a encore ajouté, suivant une remarque faite par le Président lui-même, que la presse suisse ne s'était pas autrement indignée de la condamnation des communistes à Londres et qu'elle réservait sa réprobation pour le fascisme. M. C. n'a pas cessé d'être parfaitement courtois et amical, comme toujours.

Je suis sorti de cet entretien fort perplexe, car je me rends bien compte que notre presse sera amenée à désapprouver de plus en plus la politique intérieure du Gouvernement fasciste. *Le Journal de Genève* a eu p.ex. l'autre jour un article des plus sévères. Je suis convaincu, toutefois, que ce sont les attaques personnelles contre M. beaucoup plus que les critiques adressées à son régime qui sont relevées au Palais Chigi. C'est dans ce sens que l'on pourrait peut-être exercer une action sur une partie de notre presse. Mais je me rends bien compte que la tâche est difficile et je sais par expérience combien nos journalistes sont réfractaires à ces considérations. Je souhaite néanmoins que l'on trouve le moyen d'attirer l'attention du *Vorwärts* sur le tort que son langage peut causer à notre pays.

J'attends un mot de vous pour demander un nouvel entretien avec M. Contarini à ce propos⁵.

[...]

5. *Motta antwortete Wagnière mit Schreiben vom 7. 12. 1925: [...]* J'ai été quelque peu surpris de la liaison que M. Contarini a cherché à établir entre les attaques du «Vorwärts» et les *menées irrédentistes* dont nous avons eu récemment à nous plaindre.

Je sais bien que, si nous désirons avoir le Gouvernement italien de notre côté lorsqu'il s'agit d'étouffer les tentatives irrédentistes, nous devons lui montrer que nous sommes prêts à le défendre contre des outrages dont il est victime. Vous voudrez bien attirer l'attention de M. Contarini sur les difficultés légales qui entravent notre action. Vous voudrez bien lui faire comprendre aussi que, plus le Gouvernement italien sera énergique dans le désaveu et dans la condamnation des menées que des irresponsables ourdissent contre l'intégrité de la Confédération, plus il nous sera facile d'obtenir que la presse communiste – comme la presse en général – s'impose la mesure et la modération indispensables. [...]

 (E 2001 (B) 6/19).

130

E 1004 1/297

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 7. Dezember 1925

2432. Question des zones. Vin

Département politique. Proposition du 3 décembre 1925

Saisi d'une demande de la Fédération romande des vigneronns tendant à ce que le vin provenant des zones franches ne soit plus admis en franchise de douane dans la limite du contingent de 19,000 hectolitres actuellement en vigueur, le Conseil fédéral estima désirable d'éviter toute modification du régime des échanges entre la Suisse et les zones qui pourrait influer sur notre situation devant la Cour permanente de Justice internationale, à l'occasion du procès arbitral relatif à la question des zones. Il résolut donc, par décision du 6 octobre 1924, de maintenir dans leur ensemble les exemptions douanières accordées aux habitants des zones, sous réserve des mesures destinées à empêcher les fraudes.

Depuis lors, les démarches des producteurs suisses tendant à la suppression de concessions onéreuses, qui sont devenues sans contrepartie du fait de l'installation du cordon douanier français à la frontière suisse, se sont renouvelées; elles ont trouvé leur écho au Conseil national à la suite de la question posée, le 20 juin dernier, par M. Gottret et force est de reconnaître l'existence d'un mouvement d'opinion en faveur de la revision du statu quo en ce qui concerne, tout au moins, l'importation en franchise du vin provenant des zones franches¹.

Les 19,000 hectolitres de vin, qui peuvent, chaque année, être importés en franchise des zones franches en Suisse, sont la somme de trois contingents dont l'origine est différente.

1. *Das Finanz- und Zolldepartement führte mit Schreiben vom 5.9.1925 an das Politische Departement in Zusammenhang mit dieser Frage aus: [...]* Vom Standpunkt der Zollverwaltung aus betrachtet, wäre es zu begrüssen, wenn auf die Einfuhr der Zonenprodukte das gemeine Recht angewendet würde, nachdem Frankreich den Zollkordon an die politische Grenze verlegt hat. [...]/(E 2, Archiv-Nr. 1680).

Der Genfer Staatsrat seinerseits nahm am 26.9. in Beantwortung der Anfrage des Politischen Departementes Stellung: [...] Nous n'en sommes pas moins persuadés que le maintien d'une situation juridique parfaitement claire est plus important pour nous que le désir de la douane de faire respecter le principe qui lui est cher de la réciprocité des mesures douanières. La protestation du Conseil fédéral contre la mesure française et sa décision de porter le litige devant une instance internationale ont, en elles-mêmes, suffisamment de force pour n'avoir pas besoin d'être appuyées par la manifestation en question [...]/(E 2, Archiv-Nr. 1680).

Die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes schloss sich der Auffassung der Zollverwaltung an, dass das Zonenregime im Jahre 1926 nicht unverändert beibehalten werden sollte und teilte dem Politischen Departement am 26.10. mit: [...] Unseres Erachtens rechtfertigt sich die Beibehaltung der wirtschaftlichen Erleichterungen für die Einfuhr aus der grossen Zone nicht mehr, während man mitbezug auf die sardische Zone und das Pays de Gex verschiedener Auffassung sein kann. [...]/(E 2, Archiv-Nr. 1680).

1) Aux termes de l'article premier de la Convention relative au régime douanier entre le Canton de Genève et la zone franche de la Haute-Savoie² «l'administration des péages fédéraux accordera un crédit annuel d'importation, en franchise de tout droit d'entrée fédéral, pour 10,000 hectolitres de vin provenant de la partie de la Haute-Savoie dite Zone franche».

2) A teneur de l'article 3 du Règlement relatif au Pays de Gex formant l'annexe C de la Convention de commerce entre la Suisse et la France du 20 octobre 1906³ «seront admis en franchise à l'importation, par les frontières des Cantons de Vaud et de Genève, les produits suivants jusqu'à concurrence des quantités indiquées ci-après, savoir:

	Quintaux métriques de 100 kg. au poids brut
1. Le vin blanc	3,500
rouge	500»

3) L'arrêté fédéral concernant l'importation des zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex⁴ a, en outre, prévu, par décision unilatérale, un contingent additionnel de 5,000 hl. en faveur du vin naturel jusqu'à 15° d'alcool, et moût, en fûts, correspondant au N°. 117a du Tarif d'usage.

Le droit de la Suisse de modifier, de son propre chef, les contingents ci-dessus indiqués varie donc suivant l'origine de ces derniers.

La convention franco-suisse de 1881 a été dénoncée de part et d'autre pour le 1^{er} janvier 1920, mais il a été convenu, par notes échangées à Paris, les 18 et 27 décembre 1919, qu'elle continuerait à déployer ses effets jusqu'à ce qu'un nouvel accord lui ait été substitué. Pourtant, aux termes de l'article 11 de cette Convention, «si avant ou après ce terme de trente ans, la zone franche venait à être supprimée ou modifiée, soit quant à son étendue territoriale, soit quant à son régime douanier actuel, le Gouvernement fédéral suisse aura le droit de faire cesser les effets de la présente Convention dès le jour de la mise en vigueur des nouvelles mesures dont la zone aura été l'objet».

En exécution même de la Convention de 1881; les facilités accordées aux ressortissants des territoires zoniers apparaissent donc comme liées à l'existence de la zone franche de 1860 et le Conseil fédéral est fondé à les supprimer ou à les adapter à son gré aux conditions créées par des modifications du régime douanier français. Il semble, cependant, que si le Conseil fédéral entend faire usage de ce droit, il doit tenir compte de la petite zone de 1816, dont il ne pourrait, sans porter préjudice à la thèse que la Suisse soutiendra devant la Cour permanente de Justice internationale, envisager, même un instant, la suppression comme susceptible de déployer des effets juridiques. La Direction générale des Douanes estime

2. AS 1882-1883, NF 6, S. 517.

3. AS 1906, NF 22, S. 740.

4. *Es handelt sich um den Bundesbeschluss betreffend die Einfuhr aus den zollfreien Zonen von Hochsavoyen und Gex, vom 19. 6. 1908, in: AS 1908, NF 24, S. 687ff.*

à 3,000 hectolitres la production vinicole de la zone sarde. Le contingent de vin de la zone de la Haute-Savoie devrait donc être maintenu en faveur des habitants de la petite zone et ne pas être fixé au-dessous de ce chiffre. La force obligatoire et la durée du Règlement relatif au Pays de Gex annexé à la Convention de commerce entre la Suisse et la France du 20 octobre 1906 sont expressément liées à celle de la Convention elle-même. Le droit de la Suisse de modifier par décision unilatérale le contingent de vin que prévoit le règlement apparaît donc comme fort contestable. Il ne pourrait se fonder que sur la violation de traité que la France a commise elle-même en portant à la frontière suisse son cordon douanier et en argumentant de la sorte que la Suisse se donnerait les apparences de reconnaître comme un fait accompli l'acte arbitraire dont elle demande, au contraire, la condamnation par la Cour permanente de Justice internationale. Ce contingent ne devrait donc pas être modifié.

Il ne dépend, en revanche, que du Gouvernement fédéral de modifier et même de supprimer en tout temps le contingent additionnel institué par l'arrêté fédéral de 1908, puisqu'il n'a pas une origine contractuelle.

Il reste encore à examiner si des restrictions aux facilités dont bénéficient les ressortissants des zones franches sont conciliables avec la déclaration que «jusqu'à la décision définitive de la Cour il ne sera procédé de part ou d'autre à aucun acte de nature à modifier l'état de fait actuellement existant à la frontière entre la Suisse et les territoires français visés à l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles», contenue dans la note que le Ministre de Suisse à Paris a adressée, le 30 octobre 1924, au Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères de la République Française⁵.

La réponse à cette question paraît devoir être affirmative. La déclaration sus-rappelée n'a été faite qu'après que sa portée eût fait l'objet d'une discussion, au cours de la séance du Conseil fédéral du 28 octobre 1924. Le désir avait été exprimé que la Suisse se gardât les mains libres pour modifier au besoin les facilités accordées à l'entrée de certaines denrées, notamment le vin, et c'est intentionnellement qu'elle ne fait mention que de «l'état de fait actuellement existant à la frontière entre la Suisse et les territoires français visés à l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles», et non pas du régime des échanges entre la Suisse et lesdits territoires. Il semble n'y avoir aucun doute qu'elle emporte simplement renonciation, de la part de la Suisse, à prendre des mesures contre la présence du cordon douanier à la frontière suisse et, de la part de la France, engagement de ne pas aggraver le régime douanier institué par elle en novembre 1923. Il convient de remarquer, en outre, que la Grande Zone de 1860 ne figure pas parmi les «territoires français visés à l'article 435 du Traité de Versailles» et que c'est à elle seule qu'il peut être question d'ôter le bénéfice du régime actuellement en vigueur.

Si le Gouvernement français croyait pouvoir invoquer la déclaration du 30 octobre 1924 pour contester au Conseil fédéral le droit de modifier le contingent

5. Feuille fédérale 1924, III, S. 995.

de vin des zones actuellement admis en franchise en Suisse, nous nous trouvons donc en fort bonne posture pour réfuter une semblable argumentation.

Après discussion au sein du Conseil il est *décidé* de prendre immédiatement des mesures en vue de restreindre les facilités accordées aux producteurs des zones franches de la Haute-Savoie en ce qui concerne l'importation des vins⁶. Il est entendu:

1. que la modification du régime actuellement en vigueur ne s'appliquera qu'à la Grande Zone;

2. que le contingent prévu par le Règlement relatif au Pays de Gex annexé à la Convention de commerce entre la Suisse et la France (4000 quintaux métriques) subsistera sans changement;

3. que le vin produit par la petite zone de 1816 (zone sarde) continuera à bénéficier de la franchise douanière, dans les limites d'un contingent annuel de 3,000 hectolitres.

6. *Vgl. auch Nr. 215.*

131

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/B Persönlich
Beziehungen zu Russland.

Berlin, 16. Dezember 1925

Im Besitze Ihres persönlichen Schreibens vom 20. November 1925¹ bitte ich Sie um Entschuldigung, dass ich dieses nicht früher beantwortet habe. Ich fand aber erst gestern Gelegenheit, bei Herrn Stresemann das Gespräch auf die Frage zu bringen.

Sie wünschen zu wissen, ob Herr Stresemann wohl mit der Wiedergabe der Äusserung von Tschitscherin, dass Russland nicht in den Völkerbund eintreten werde, solange dieser seinen Sitz in der Schweiz habe, einen Druck auf uns habe ausüben und damit Russland einen Dienst erweisen wollen, und ferner, ob die Drohung Tschitscherins wohl ernst zu nehmen sei.

Was die erste Frage betrifft, so hatte ich schon bei dem Ihnen seinerzeit gemeldeten Gespräch den Eindruck, dass Stresemann die betreffende Äusserung ohne besondere Tendenz gemacht habe. Er schilderte, übrigens mit sehr kritischen Bemerkungen, den Massenempfang auf der Russischen Botschaft und das Benehmen Tschitscherins und da er dabei gerade mich in der kleinen Runde seiner Zuhörer anschaute, kam ihm offenbar Tschitscherins Äusserung über die Schweiz in den Sinn. Dies ist mir durch das gestrige Gespräch bestätigt worden,

1. *Nr. 119.*

das mir auch die Antwort auf Ihre zweite Frage gab. In einem kleinen Kreise sprach jemand vom Empfang bei den Russen. Stresemann beteiligte sich am Gespräch und empörte sich darüber, dass siebenhundert Personen eingeladen waren, sodass man sich kaum bewegen konnte. Als er von Tschitscherin sprach und dabei zufällig zu mir hinsah, sagte er ähnlich wie das letzte Mal: «Na, die Schweiz scheint er übrigens besonders zu lieben.» Ich antwortete, um auf die von Ihnen gestellte Frage zu kommen: «Es scheint so; er möchte ja sogar den Sitz des Völkerbundes verlegt wissen.» Stresemann gab darauf in spöttischer Nachahmung von Stimme und Aussprache Tschitscherins dessen Worte über den Sitz des Völkerbundes wieder. Auf meine Frage, ob diese Drohung ernst zu nehmen sei, antwortete Stresemann lachend und kurz: «Quatsch!» d.h. Unsinn. Demnach dürfte, soweit es die Auffassung Stresemanns betrifft, ein Grund zur Beunruhigung nicht vorliegen. Dies schliesst aber m.E. nicht aus, dass die Frage unserer Beziehungen zu Russland im Auge behalten werden muss. Denn Stresemann fügte nach einiger Zeit mit Bezug auf den Völkerbund, trotz der beiliegenden Erklärung von Litwinow, bei: «Ich bin übrigens sicher, dass Russland im Jahre 1927 dem Völkerbund angehören wird². Briand wollte mit mir sogar für 1926 wetten; dies schien mir aber etwas zu früh; an 1927 glaube ich aber.» Hiezu würde nun die Ordnung der schweizerisch-russischen Beziehungen wohl unumgängliche Voraussetzung sein, da Russland sich kaum mit der jeweiligen blossen schweizerischen Duldung einer Delegation wird begnügen wollen. Übrigens muss ich bemerken, dass in letzter Zeit die Stimmen aus schweizerischen industriellen Kreisen sich mehren, die eine Ermöglichung geordneter wirtschaftlicher Beziehungen begrüssen würden. Sowohl Herr Frick³, den Sie kennen, als auch der Vertreter in Moskau von Brown-Boveri bestätigten mir dies mit der Erklärung, dass Russland Bedarf für verschiedene schweizerische Produkte habe und dass ihrer Ansicht nach ein finanzielles Risiko für den schweizerischen Lieferanten nicht vorhanden sei. Russland zahle sicher; es dürfe sich auch seinen Auslandskredit nicht verderben. Frick fügte bei, es sei ihm kein einziger Fall eines Verlustes bekannt und sein Konzern mache mit Russland Geschäfte in Hunderten von Millionen und sei noch immer bezahlt worden. Allerdings sei die Einräumung langfristiger Kredite nötig; englische Lieferanten sollen solche bis zu 6 Jahren gewährt haben. Vorgestern sodann hatte ich den Besuch von zwei Generaldirektoren der Schweizerischen Volksbank, die sich unter anderem über die Möglichkeit des Wirtschaftsverkehrs mit Russland, den sie für die schweizerische Industrie begrüssen würden, erkundigten und die gerade gegenwärtig mit Angehörigen der russischen Handelsdelegation in Verbindung stehen. Der tschechoslovakische Gesandte sodann erklärte mir letzter Tage, dass die Anerkennung von Russland durch seine Regierung bevorstehe, da sein Land grosse Lieferungen dorthin zu machen habe.

Nun scheint allerdings bei der gegenwärtigen Stimmung Tschitscherins gegenüber der Schweiz eine für uns annehmbare Annäherung nicht leicht zu sein. Ich bin deshalb gespannt, ob die durch Herrn Minister Dunant signalisierte Möglich-

2. *Randbemerkung Mottas*: Diese Auffassung scheint mir auch wahrscheinlich zu sein.

3. *Randbemerkung Mottas*: Frick ist zwar wenig massgebend!

keit einer Verständigung mit Rakowski sich ausreifen wird⁴. Es ist ja auch möglich, dass die Verstimmung Tschitscherins nur eine vorübergehende ist, hervorgerufen vielleicht durch meine, Ihrer Weisung gemäss erfolgte, ihm möglicherweise bekannt gewordene Ablehnung, mit ihm an einem dritten Orte zusammenzukommen. Allerdings wird mir auch von anderer Seite eine unfreundliche Stimmung in Moskau gemeldet. So erzählte mir der dortige Vertreter von Brown-Boveri, dass er von sich aus bei Krassin Fühlung genommen habe, aber kurz auf die bekannten russischen Bedingungen verwiesen worden sei. Ein anderer Volkskommissar sodann habe sich in direkt grober Weise über die freche kleine Schweiz geäussert, an deren Beziehungen Russland überhaupt nichts gelegen sei. Anders Frick, der zu wissen glaubt, dass Russland eine Verständigung wünsche, namentlich des Völkerbundes wegen, und der auch die Absicht hat, Rakowski in Paris zu sehen. Die Schweizerische Volksbank sodann hat in Moskau Fühler ausgestreckt und will dabei erfahren haben, dass Russland wenigstens gern einen Handelsdelegierten in der Schweiz haben möchte. Solche privaten Annäherungsversuche sind natürlich nicht geeignet, Ihnen die Politik zu erleichtern, da sie doch bei der russischen Regierung das Gefühl stärken müssen, dass in erster Linie der Schweiz an einer Lösung des Konfliktes gelegen ist.

Was nun das weitere Verhalten der schweizerischen Regierung gegenüber Russland betrifft, so weiss ich, dass Sie, Herr Bundesrat, stets Gewicht darauf legen, zu erklären, dass die Schweiz aus Rücksicht auf den Völkerbund der Einreise russischer Delegierter bzw. Beobachter an denselben keine Schwierigkeiten bereiten werde. Abgesehen davon, dass dieses Entgegenkommen Russland kaum befriedigen kann, da die russische Regierung in der unangenehmen Lage ist, jeweils um eine Ausnahme vom Boykott zu bitten bzw. durch das Völkerbundssekretariat bitten zu lassen, darf ich die Prüfung der Frage anheimstellen, ob wir nicht eher zu einer Verständigung gelangen, wenn wir der Intransigenz Russlands unsere eigene in dem Sinne gegenüberstellen, dass wir ein Visum zum Besuch des Völkerbundes solange verweigern, als nicht der gegenseitige Boykott aufgehoben ist. Die Beantwortung dieser Frage wird unter anderem davon abhängen, einmal, ob uns das schweizerische Verhalten nicht eine wirkliche Gefahr hinsichtlich des Völkerbundssitzes heraufbeschwören wird und sodann, ob der Völkerbund die schweizerische Haltung nicht als eine unfreundliche ihm gegenüber betrachten würde. Was den ersten Punkt betrifft, so erscheint es mir doch im höchsten Grade unwahrscheinlich, dass Russland, das ja zurzeit noch gar nicht in den Völkerbund eintreten will, und diesem in seiner gegenwärtigen Form sogar die Fähigkeit zur Führung seiner Aufgabe abspricht, eine Sitzverlegung sollte durchsetzen können. Über die Auffassung des Völkerbundes sodann sind Sie ja selbst am besten orientiert. Immerhin möchte ich nicht unterlassen, Ihnen von einer Äusserung des Herrn Frick Kenntnis zu geben, der mir erklärte zu wissen, dass das Völkerbundssekretariat die schweizerische Renitenz begrüssen würde, da es selbst bis jetzt russische Anfragen immer auf den Weg der Verständigung mit der Schweiz

4. Vgl. dazu Nr. 117, Anm. 1.

verwiesen habe, eine Haltung, deren Wirkung entkräftet werde, wenn die Schweiz vor Aufhebung des russischen Boykotts grossmütig die Einreise russischer Delegierter gestatte.

132

E 2001 (C) 7/4

*Der schweizerische Gesandte in London, C. R. Paravicini,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Londres, 17 décembre 1925

Pour faire suite à ma lettre du 2 décembre¹, j'ai l'honneur de porter à votre connaissance que ce n'est qu'aujourd'hui qu'il m'a été possible de rencontrer le Membre du Parlement qui avait interpellé le Foreign Office, le 25 Novembre dernier, sur les négociations officieuses entre la Suisse et la Grande-Bretagne au sujet de la conclusion d'un traité d'arbitrage.

Mr. Rennie Smith est un Membre du Parti ouvrier et appartient à une certaine fraction qui s'intéresse spécialement à la politique étrangère. Il m'a dit que la question posée par lui et m'intéressant spécialement, n'avait eu que le but de rappeler au Gouvernement l'utilité de la politique arbitrale en général. Selon Mr. Smith et ses amis du Parti ouvrier, l'objection du Gouvernement Conservateur à la conclusion de traités d'arbitrage est regrettable; il y a donc lieu de provoquer, le plus possible, des discussions à la Chambre des Communes, qu'elles soient brèves ou entrant plus avant dans la matière. Les pourparlers entamés dans le temps entre cette Légation et le Foreign Office au sujet du traité anglo-suisse, lui ont paru fournir un prétexte plausible. Il n'a pas eu d'autres raisons pour son interpellation.

Lui et ses camarades comptent revenir à la charge dès après la reprise des séances en février prochain. Il a offert ses services dans le cas où il pourrait m'être utile en exerçant quelque chose comme une pression sur son Gouvernement. J'ai, pour des raisons évidentes, répondu très évasivement et j'ai suggéré qu'il me paraîtrait, au contraire, habile, en cas de recharge, de ne pas citer la Suisse individuellement, mais de donner à la question une forme générale.

Ainsi que vous l'avez appris par la presse, l'Espagne a fait certaines propositions, dans ce même ordre d'idées, au Gouvernement britannique. Il paraîtrait qu'à Genève M. Quinones aurait parlé à Mr. Chamberlain directement. J'éprouve quelque difficulté à me faire une idée du programme pris en considération par l'Espagne; on parle tantôt d'un traité d'arbitrage, tantôt d'un «Locarno ibérique». Ce seraient deux choses assez différentes; mais l'expérience nous apprend que souvent la diplomatie espagnole n'est pas entièrement libre de confusions et que souvent elle prend un élan dans une direction sans s'occuper à fond des possibi-

1. Nicht abgedruckt.

lités de réalisation. L'Espagne, et surtout ses Ambassadeurs, sont occasionnellement sujets à l'idée fixe que cette Monarchie est encore une grande Puissance et qu'elle doit de temps en temps manifester comme telle. Au Foreign Office, on accorde presque toujours à de pareilles impulsions un accueil peu empressé et, selon moi, ces négociations subiront le même sort. [...]

133

E 7110 1/96

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Gesandten in Wien, M. Jaeger*

Kopie
S HT

Bern, 18. Dezember 1925

Wie Ihnen bekannt ist, sind am 7. ds. die Verhandlungen über den österreichisch-schweizerischen Handelsvertrag in Bern wieder aufgenommen worden¹. Es herrschte zum vorneherein innerhalb der schweizerischen Delegation Einstimmigkeit darüber, dass dieser Vertrag unbedingt zum Abschluss gebracht werden müsse und zwar aus verschiedenen Gründen:

In erster Linie ist zu berücksichtigen, dass die Schweiz an diesem Verträge wesentlich mehr interessiert ist als Österreich. Ein Blick in die Statistik des Jahres 1924 zeigt, dass im gesamten Warenverkehr zwischen den beiden Ländern einer österreichischen Ausfuhr nach der Schweiz im Werte von 34.069.000 Fr. eine schweizerische Ausfuhr nach Österreich von 89.902.000 Fr. gegenüber steht, dass also das wirtschaftliche Interesse der Schweiz, rein zahlenmässig gesprochen, dreimal so gross ist. Während aber überdies die hauptsächlichsten Zweige der schweizerischen Exportindustrie an der Ausfuhr beteiligt sind, so Weichkäse mit 4,4 Millionen Fr., Baumwollwaren mit 30 Millionen Fr., Seidenwaren mit 16 Millionen Fr., Wollwaren, insbesondere Kammzug, mit 12 Millionen Fr., Maschinen mit 4 Millionen Fr. und Uhren mit 7 Millionen Fr., beschränkt sich das österreichische Interesse am Export nach der Schweiz fast ausschliesslich auf einzelne Artikel, wie Holz und zwar insbesondere auf rohes Nutzholz (2,7 Millionen) und Bretter aus Nadelholz (5,4 Millionen). Daneben kommen noch in Betracht Papierwaren (1,8 Millionen) und Metallwaren aller Art (5,1 Millionen).

Aber auch aus handelspolitischen Gründen ist es für die Schweiz wichtig, mit Österreich zum Abschluss eines Vertrages zu gelangen; wir sind zurzeit wieder in Verhandlungen mit der Tschechoslowakei, die, wie wir zu Ihrer persönlichen Information mitteilen, einen ziemlich schleppenden Verlauf nehmen infolge mangelnden Entgegenkommens seitens der tschechoslowakischen Delegierten. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich einmal durch den Vertrag gesichert, sind wir auch eher in der Lage, mit schärfern Mitteln gegen die Tschechoslowakei

1. Zu den Ergebnissen vgl. Nr. 136.

vorzuziehen, wenn sich dies als unbedingt notwendig erweisen sollte. Auch gegenüber Deutschland, mit dem die Handelsvertragsverhandlungen am 12. Januar in Berlin aufgenommen werden sollen, wird unsere Stellung durch die Verständigung mit Österreich gestärkt.

Das österreichische Interesse am Verträge ist, abgesehen von der Holzfrage, die zudem in erster Linie das Land Vorarlberg interessiert, ein politisches. Es ist für Österreichs Bestehen von Wichtigkeit, mit seinen Nachbarn gute Beziehungen zu unterhalten; ausserdem wird dieser Vertrag voraussichtlich in Genf, auf dessen Meinung Österreich z. Z. ja ziemlich angewiesen ist, einen günstigen Eindruck machen, insbesondere, wenn man den letzten Bericht des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes an den Völkerbundsrat² in Betracht zieht.

Schliesslich waren sich unsere Unterhändler bewusst, dass jedes weitere Hinauszuziehen der Verhandlungen und damit des Vertragsabschlusses nur zu Ungunsten der Schweiz ausschlagen müsste, denn auch für Österreich hat sich seit diesem Frühjahr die handelspolitische Lage geändert; es steht im gegenwärtigen Zeitpunkt in Verhandlungen mit verschiedenen Staaten über Handelsverträge, denen es wahrscheinlich grössere wirtschaftliche Bedeutung zumisst als dem Vertrag mit der Schweiz. Es war also zu erwarten, dass Österreich nicht nur, mit wenigen Ausnahmen, zu weiteren Konzessionen nicht mehr bereit wäre, sondern dass es auch eventuell bereits gewährte Vergünstigungen zurückziehen würde. (Dies ist in der Tat für einzelne schweizerische Begehren inzwischen geschehen).

Diese Erwägungen haben unsere Unterhändler veranlasst, alles zu tun, um zum Abschluss des Vertrages zu gelangen, selbst auf die Gefahr, nur noch geringe Konzessionen zu erhalten.

Wir können Ihnen nun heute mitteilen, dass es dieser Tage zu einer materiellen Einigung gekommen ist und dass somit der Abschluss des Vertrages als gesichert gelten kann. Herr Sektionschef Schüller hat am 16. ds. abends Bern verlassen, während die Herren Canisius, Werner und Augenthaler noch zur Bereinigung der Redaktion und zur Erledigung von einigen Einzelfragen, für die Herr Sektionschef Schüller in Wien noch persönlich Instruktionen einzuholen wünschte, in Bern geblieben sind. Das weitere Vorgehen ist nun so gedacht, dass der Vertrag so rasch wie möglich auch formell bereinigt wird, so dass die Unterzeichnung zwischen Weihnachten und Neujahr in Bern stattfinden kann. Österreichischerseits wird Herr Minister Di Pauli zur Unterzeichnung ermächtigt werden. Über das Datum des Austausches der Ratifikationsurkunden und damit über das Inkrafttreten des Vertrages kann naturgemäss heute noch nichts Bestimmtes gesagt werden angesichts der mit der Ratifikation zusammenhängenden Formalitäten.

[...] ³

Zum Schluss wurde noch die Frage der Ein- und Ausfuhrverbote besprochen. Schweizerischerseits fallen mit dem 31. Dezember sämtliche noch bestehenden

2. Es handelt sich um den Bericht des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes über seine Session vom 30. 11. bis 4. 12. 1925 in Genf, in: SdN, Journal Officiel, 1926, Nr. 2, S. 235ff.

3. Es schliessen Ausführungen über die in den Berner Verhandlungen geregelten Punkte des Vertragsinhaltes an.

Einfuhrverbote oder -beschränkungen dahin; die österreichische Delegation erklärte, mit Rücksicht auf noch bevorstehende Handelsvertragsverhandlungen, eine so radikale Massnahme nicht vornehmen zu können. Es ist grundsätzlich vereinbart worden, dass die Einfuhr der noch auf der Verbotsliste verbleibenden Waren auf Rechnung festzusetzender Kontingente ohne Einschränkung der Mengen und ohne Beibringung einer Einfuhrbewilligung zugelassen wird. Ausgenommen sind einige wenige Waren, hinsichtlich derer Einfuhrbewilligungen nachzusehen sind. Diese Fragen sollen, auch hinsichtlich der Ausfuhrverbote, durch Notenaustausch geregelt werden.

Bei einer Gesamtwürdigung des Erreichten kann gesagt werden, dass dieser Handelsvertrag als befriedigend für unser Land bezeichnet werden darf. Die wichtigsten Fragen sind, den sich oft kreuzenden Interessen Rechnung tragend, im Geiste des gegenseitigen Entgegenkommens gelöst worden. Jedenfalls bedeutet er für uns sowohl auf wirtschaftlichem wie auch auf handelspolitischem Gebiete unter den heutigen Verhältnissen einen Fortschritt. Unsere Unterhändler sind der Überzeugung, dass alles, was tatsächlich zu erreichen war, in dem Vertrag niedergelegt ist. Es steht zu hoffen, dass die Auswirkungen dieses Handelsvertrages den auf ihn gesetzten Erwartungen auch entsprechen werden.

Wir werden nicht verfehlen, Ihnen unverzüglich nach der Unterzeichnung des Vertrages ein Exemplar zuzustellen.

134

E 2001 (B) 7/9

Professor H. Töndury an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

B

Genf, 21. Dezember 1925

Ihrem Wunsche entsprechend, beehre ich mich, Ihnen im Folgenden kurz über meine Unterredung mit dem russ. Botschafter in Berlin, Herrn Krestinski, Samstag, den 5. Dezember in Berlin zu berichten.

Wie ich Ihnen bereits mündlich mitzuteilen die Ehre hatte, ging die Initiative zu dieser Unterredung von zwei Herren aus, von welchen der eine, ein deutscher Staatsangehöriger, Hegershausen, die Zwischenperson für russische Bestellungen in der Schweiz macht, während der andere, Herr Dr. Boris Schönfeldt, russ. Staatsangehöriger, als Vertrauensmann Krestinski's anzusehen ist. Die beiden besuchten mich verschiedene Male im Hotel und suchten mich zu veranlassen, bei dem Botschafter vorzusprechen, was ich erst am letzten Tage und unter Beobachtung der Ihnen bekanntgegebenen Vorsichtsmassregeln gegen Indiskretion oder falsche Auffassung meiner Person, oder meiner Absicht, tat.

Ich hatte jedoch schon vorher Gelegenheit gehabt, Herrn Dr. Sch.¹ meine Ansicht über die Situation auseinanderzusetzen. Ich erklärte ihm insbesondere, dass

1. Schönfeldt.

der Boycott als solcher uns durchaus nicht interessiere und dass die Russen jede Hoffnung aufgeben müssten, denselben als Pressionsmittel uns gegenüber gebrauchen zu können. Ich sagte ihm, dass kein Mensch in der Schweiz, abgesehen von unsern zwei Kommunisten, diesen Boycott anders denn als eine Unverschämtheit aufgefasst hätte und erinnerte ihn an die Plünderung unserer Gesandtschaft in Petersburg. Wer in einem Glashause sitze, solle nicht mit Steinen um sich werfen. Man zitierte mir schweiz. Firmen, die in Bern vorstellig geworden seien: Sulzer, Maschinenfabrik Oerlikon, Zenith u. a., worauf ich sagte, dass so, wie ich diese Firmen kenne, sie wohl kaum vom Bundesrat etwas verlangen würden, was den Interessen des Landes zuwiderläuft. Es war sodann viel die Rede von dem Interesse, dass die Schweiz an der Wiederaufnahme der Beziehungen haben könnte. Ich antwortete, dass unser direkter Handel mit Russland vor dem Kriege kaum 3% unseres Aussenhandels betragen hätte und dass, selbst wenn man den indirekten Export hinzufüge, man noch immer nicht auf einen Prozentsatz komme, der uns zu irgendwelchen Schritten veranlassen könnte. Dazu komme, dass der Boycott gegen die Schweiz und später gegen Deutschland gezeigt habe, dass der Handelsverkehr mit Russland ein sehr unsicheres Ding sei, das jederzeit durch politische Momente gestört werden könne, sodass auch in dieser Beziehung eventuelle Hoffnungen in unserer Kaufmannschaft stark herabgeschraubt worden seien. Ich liess deutlich erkennen, dass blossе Versprechungen nichts bedeuten und dass wir gegebenen Falls auch für den Handelsverkehr mit sichereren Daten zu tun haben möchten. Ich wies sodann darauf hin, dass es nicht angängig sei, immer nur von den Interessen der Schweiz an einer Wiederaufnahme der Beziehungen zu sprechen, da die Interessen Russlands mindestens ebenso gross seien. Schönfeldt widersprach nicht, dass russischerseits ein gewisses Interesse vorhanden sei. Im weiteren Verlaufe der Gespräche war dann vielfach von der bevorstehenden Abrüstungskonferenz die Rede, die die Russen stark zu interessieren scheint und an der sie allem Anschein nach sehr gerne teilnehmen würden, aus Gründen, die hier nicht zu erwähnen sind. Es scheint mir unzweifelhaft, dass die Perspektive dieser Konferenz z. Z. den Russen den Bruch mit der Schweiz besonders unangenehm erscheinen lässt.

Schönfeldt berichtete, wie ich mich überzeugen konnte, den wesentlichen Inhalt unserer Gespräche dem Botschafter, der also, als ich zu ihm kam, bereits ziemlich deutlich wusste, was ich ihm sagen würde. K.² war ausserordentlich liebenswürdig, aber etwas aufgereggt. Er spricht auch schlecht deutsch, sodass unsere Unterredung hie und da etwas erschwert wurde. Ich führte mich ein, indem ich darauf hinwies, dass ich nur auf Drängen der Herrn Schönfeldt und Hegershhausen gekommen und dass mir dies nicht leicht geworden sei.

K. seinerseits kam beinahe sofort auf den Boycott zu sprechen. Er könne mir zwei Mittel angeben, um denselben aufzuheben: entweder Entschuldigungen oder unbedingte Anerkennung «de jure». Ich sagte ihm ungefähr dasselbe wie Schönfeldt: zu Entschuldigungen sei unsererseits kein Anlass vorhanden, und im übri-

2. Krestinski.

gen interessiere uns der Boycott nicht genügend, um irgend etwas zu seiner Aufhebung zu unternehmen. K. kam dann auf das Interesse der Schweiz an normalen Beziehungen mit Russland zu sprechen; ich wiederholte, dass dieses Interesse zum mindesten beidseitig sei. Auch er stellt dies nicht in Abrede, meinte aber – dann sollten wir eben Russland anerkennen. Ich antwortete, das hätten wir vielleicht gekonnt, bevor der Boycott bestand; von dem Momente an, wo der Boycott über uns ausgesprochen worden sei, sei es uns aber unmöglich, unsererseits einen solchen Schritt zu tun. Die Russen hätten selbst das Hindernis geschaffen. Krestinski antwortete: Wir haben Sie boycottiert und Sie haben uns boycottiert, das hebt sich auf (es ist dies der Standpunkt, den ich letztes Jahr vertrat, der aber damals den Russen zu wenig weit ging). Ich antwortete hierauf nicht weiter.

K. kam dann auf die Idee einer gegenseitigen Anerkennung, d. h. einer im gegenseitigen Einverständnis erfolgenden Wiederaufnahme der Beziehungen. Ich sagte, dass diese Idee meinen persönlichen Ansichten entspreche, vorausgesetzt, dass man dabei nicht wieder auf Worowski und Boycott zu sprechen komme, die beide ausser jeder Diskussion fallen, und dass es auch nach aussen klar zur Erscheinung trete, dass ein gemeinsames Einverständnis und nicht etwa ein einseitiger Schritt der einen oder andern der zwei Parteien vorliege. K. antwortete, dass in diesem Falle die alten Sachen (gemeint sind die Affaire W.³ und der Boycott) vergessen werden könnten. Für die Form meinte er, könne man einen Notenwechsel oder so etwas vorsehen. Ich sagte, bei einem Notenwechsel müsste einer anfangen, was wir wohl kaum tun würden, besser wäre daher die Form eines von beiden Teilen unterzeichneten Protokolls, welches am Schluss irgendwelcher offiziöser oder anderer Besprechungen, als Produkt derselben, aufgestellt würde. Er sagte: Ach ja, das können wir ja auch! (er dachte wohl an das famose Protokoll, durch welches der deutsch-russ. Zwischenfall erledigt wurde). Ich fuhr weiter, indem ich sagte, dass, wenn der Bundesrat auf eine derartige Lösung eingehen würde, so scheine es mir immerhin ziemlich sicher, dass er die Wiederaufnahme der Beziehungen in irgendeiner Form den eidg. Räten vorlegen müsste, und diese möchten wahrscheinlich wissen, was für Folgen die Wiederaufnahme haben würde. K. unterbrach mich, indem er sagte, Russland könnte nur eine bedingungslose Anerkennung annehmen. Ich antwortete, dass es sich nicht um Bedingungen handeln würde, sondern um Punkte, die ebenfalls im gemeinsamen Einverständnis, wenigstens summarisch, geregelt werden und im Protokoll aufgenommen werden müssten. K. erklärte, er könne mit mir über keine solche Punkte verhandeln, da er als offizielle Persönlichkeit seine Regierung binden würde, während ich als Privatmann niemand verpflichte. Ich sagte, ich sei durchaus bereit, seine Äusserungen als durchaus privat zu betrachten, es sei dies der einzige Weg, um uns auszusprechen. Er wiederholte, dass er über keine Einzelfragen sprechen könne, Tschitscherin würde ihm Vorwürfe machen etc. Übrigens hätten sie in dem von mir erwähnten Fall dann auch ev. einige Punkte für das Protokoll, z. B. die Angelegenheit Worowski. Ich antwortete sofort, dass von dieser überhaupt nicht gesprochen werden dürfe, im übrigen wolle er ja keine Einzelfragen diskutieren. Wenn er aber

3. *Affäre Worowski.*

doch bestimmte Punkte ausser der Worowski-Sache im Auge habe, so könne man darüber ja sprechen. Wir möchten auf jeden Fall, dass über die Schuldenfrage und deren Erledigung etwas im Protokolle stehe. Krestinski: Wenn Sie rasch machen und vor vier Wochen kommen, werden wir vielleicht zugeben, dass diese Frage offengelassen wird, nachher werden wir in dieser Beziehung überhaupt nichts mehr gewähren. Ich lachte – und er auch. Kurz darauf war die Unterredung zu Ende.

Sie brachte, wenn man will, nicht viel Neues. Immerhin glaube ich, dass die Idee einer Aufnahme der Beziehungen auf Grund eines durch ein Protokoll bestätigten gemeinsamen Einverständnisses einen gangbaren Ausweg aus der Sackgasse bedeutet, in welche jede Diskussion der Angelegenheit Worowski uns beide unweigerlich führen muss. Zu bemerken ist dabei, dass K. seine Weigerung, gewisse Punkte in diesem Protokoll mitzuregeln resp. deren Regelung in gewissen Formen vorzusehen, nicht eigentlich aufrecht erhielt und dass er seine Ablehnung, diese Punkte heute schon zu besprechen, nur damit begründete, dass ich Privatmann sei. Er liess deutlich durchblicken, dass, wenn ich mit irgendwelchen Vollmachten kommen würde, eine solche Diskussion wohl möglich sei, und ich glaube daher, dass die Idee wenigstens einer Prüfung wert wäre. Es ist nicht zu vergessen, dass es sich bei der Regelung der Beziehungen zwischen Russland und der Schweiz ja nicht bloss um diese beiden Länder, sondern zugleich auch um das Verhältnis Russlands zum Völkerbund und damit auch um die Frage seiner westlichen Orientierung handelt. Das ist mir in Berlin, speziell in meinen Besprechungen mit Dr. Sch., sehr deutlich geworden.

Indem die Schweiz den obengenannten kleinen Ausweg annimmt, kann sie unter Umständen in ganz bedeutendem Masse zu der Entspannung beitragen, die in Locarno in Bezug auf Deutschland ihren Anfang nahm und naturgemäss auch Russland umfassen muss, wenn sie dauernd wirksam sein soll.

Die Formel des «gemeinsamen Einverständnisses» hätte den Vorteil, dass keine der beiden Parteien in irgendeiner Weise sich etwas zu vergeben braucht, wie dies der Fall wäre, wenn wir ohne vorherige Aufhebung des Boycotts Russland anerkennen müssten, oder wenn Russland, ohne von uns irgend etwas erreicht zu haben, bloss auf die Hoffnung hin, dass wir dann verhandeln würden, seinen Boycott formell aufheben müsste.

In beiden Fällen müsste der eine oder der andere ein derartiges «sacrifice d'amour propre et de prestige» bringen, dass es einfach undenkbar ist. Geben wir aber den Russen bindende Zusicherungen, dass nach Aufhebung des Boycottes dies oder das geschehen werde, dann haben *wir* eben doch über die Aufhebung des Boycottes verhandelt und setzen uns der Gefahr aus, dass gesagt wird, wir hätten uns etwas abzwängen lassen.

Der Weg des «gemeinsamen Einverständnisses» vermeidet alle diese Dinge, sofern darüber Einvernehmen herrscht, dass von dem Momente an, wo hüben und drüben Geneigtheit, ihn zu begehen ausgesprochen wird, von Worowski und Boycott überhaupt nicht mehr gesprochen wird und diese Dinge aus Abschied und Tractanden fallen. Die Unterzeichnung des Protokolles hätte dann automatisch auch die formelle Aufhebung zur Folge.

Der Text des Protokolles selbst wäre in zwanglosen Besprechungen vorzubereiten, zu welchen ich mich Ihnen gerne zur Verfügung stelle. Als Punkte, welche im Protokoll in irgend einer Form Erwähnung finden sollten, wären zu nennen: die Propaganda, die Russen in der Schweiz, die Handelsbeziehungen und die Entschädigungsfrage. Es würde dabei genügen, gewisse allgemeine Prinzipien aufzustellen und alles nähere Sonderabkommen über die Hauptfragen zu überlassen.

Von der Errichtung einer Sovietgesandtschaft in der Schweiz wurde, um auch diese Frage noch zu erwähnen, nicht besonders gesprochen. Es ist aber selbstverständlich, dass die Soviets dies als logische Folge betrachten, sobald einmal die Frage der Beziehungen geregelt sein wird. Diese Frage ist vielleicht der hauptsächlichste Stein des Anstosses für viele. Ich glaube zu Unrecht. Denn erstens scheint es ja festzustehen, dass, wenn die Russen eine ständige Delegation beim Völkerbund unterhalten wollten, die Schweiz dem sich nicht widersetzen würde. Diese Delegation würde aber in Bezug auf Propaganda etc. in Genf genau dasselbe tun, was eine Sovietgesandtschaft in Bern tun würde, mit dem einzigen Unterschied, dass wir nicht einmal direkt mit ihr verkehren könnten. Und zweitens glaube ich, ist die Sovietpropaganda nicht zu fürchten. Russland besitzt heute Gesandtschaften in allen Hauptstädten und braucht daher Bern nicht mehr als internationalen Stützpunkt. In Bezug auf die innere Politik aber ist zu bemerken, dass die Soviets bis jetzt in allen Ländern so manövriert haben, dass ihre Propaganda sich eher gegen sie richtete. Es ist auch immer besser, es mit einem bekannten Gegner zu tun zu haben, als mit unbekanntem Agenten, an welchen es auch heute in der Schweiz nicht fehlt. In dem erwähnten Protokoll könnten übrigens genaue Verpflichtungen betr. die Propagandatätigkeit aufgenommen werden.

135

E 7110 1/118

*Der Vorsteher der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Generalkonsul in Prag, G. F. Déteindre*

Kopie

S

Betr. Handelsvertragsverhandlungen
mit der Tschechoslowakei.

Bern, 22. Dezember 1925

Wie Ihnen bekannt ist, sind die im Sommer dieses Jahres unterbrochenen Verhandlungen über einen schweizerisch-tschechoslowakischen Handelsvertrag am 9. Dezember in Bern wieder aufgenommen worden¹. [...]²

Die schweizerische Delegation setzte sich aus den gleichen Personen zusammen, wie zur Zeit der ersten Verhandlungsperiode.

1. Verhandlungsprotokoll in: E 7110 1/118.

2. Es schliesst eine namentliche Aufzählung der tschechoslowakischen Delegation an.

Schon zu Beginn der Verhandlungen wurde von schweizerischer Seite der tschechoslowakischen Delegation die sich für die Schweiz ergebende Situation ausführlich auseinandergesetzt. Die schweizerischen Unterhändler wiesen insbesondere darauf hin, dass der bisherige Handelsverkehr zwischen der Tschechoslowakei und der Schweiz für letztere ein überaus ungünstiges Bild zeige, indem z. B. einer schweizerischen Einfuhr aus der Tschechoslowakei im Jahre 1924 im Werte von 83 Millionen Franken eine Ausfuhr im Werte von bloss 37,9 Millionen gegenüberstehe. Da dieser gewaltige Unterschied nicht in den natürlichen Verhältnissen der beiden Wirtschaftsgebiete begründet liege, sondern, wie eine genaue Prüfung ergeben, nur in den übertrieben hohen Zollansätzen des tschechoslowakischen Tarifes seine eigentliche Ursache haben könne, so gehe das Bestreben der schweizerischen Regierung dahin, durch die Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei eine Grundlage zu schaffen, die einen Ausgleich dieses gewaltigen Passivums in der Handelsbilanz herbeizuführen geeignet wäre.

Die von der tschechoslowakischen Delegation in der Folge abgegebenen Erklärungen zu den einzelnen schweizerischen Begehren bedeuteten aber für die schweizerischen Unterhändler eine grosse Enttäuschung. Im grossen und ganzen wurde nur das bestätigt, was man schon im Sommer in Prag erklärt hatte. In mehreren Fällen wurden die damaligen Zugeständnisse sogar wieder zurückgenommen oder eingeschränkt und dafür andererseits nur ganz unbedeutende weitere Konzessionen angeboten. Angesichts dieses mangelnden Entgegenkommens von tschechoslowakischer Seite machte die schweizerische Delegation die tschechoslowakischen Unterhändler darauf aufmerksam, dass sie keine Möglichkeit sehe, wie sie ihr Ziel, die Beseitigung des Passivums in der Handelsbilanz, erreichen könnte. Wenn es nicht gelinge, bei den schweizerischen Begehren solche Erleichterungen zu erhalten, die das in Aussicht genommene Ziel – Ausgleich der Passivität durch grössere schweizerische Exporte – erwarten liessen, so wäre die Schweiz gezwungen, ihren Zweck auf anderem Wege zu erreichen, und zwar durch eine Erschwerung der tschechoslowakischen Einfuhr nach der Schweiz, mittelst des neuen provisorischen Zolltarifs. Schweizerischerseits sei man aber bereit, wenn die Tschechoslowakei ausreichende Konzessionen mache, auf die Anwendung dieses neuen Tarifs zu verzichten und den heutigen Zustand zu garantieren.

Die tschechoslowakische Delegation wies demgegenüber darauf hin, dass ohne eigentliche Zugeständnisse auf dem heutigen schweizerischen Gebrauchstarif auch von der Tschechoslowakei nicht grössere Konzessionen erwartet werden dürften. Es gehe nicht an, dass nur die eine Seite Konzessionen mache und dafür ihrerseits nichts neues erhalte. Von schweizerischer Seite wurde dagegen eingewendet, dass man bei der Betrachtung nicht vom heutigen Gebrauchstarif ausgehen dürfe, sondern vom neuen provisorischen Zolltarif³. Im Gegensatz zu der heute allgemein üblichen Gepflogenheit habe die Schweiz den neuen Tarif nicht in Kraft gesetzt, um dann erst während den Verhandlungen darauf Konzessionen zu

3. Vgl. dazu Nr. 112.

machen, sondern sie zeige den Tarif nur und gewähre bei genügenden Zugeständnissen ihres Verhandlungspartners den ganzen gegenwärtigen Zustand, also im Grunde erheblich mehr, als wenn auf dem bereits in Kraft gesetzten Tarif gewisse Reduktionen eingeräumt würden, die stets nur einen Teil der eingetretenen Erhöhungen zu umfassen pflegen. Wenn natürlich die Zugeständnisse des Vertragsgegners ungenügend seien, so wäre die Schweiz gezwungen, ihm gegenüber das bisherige Vertragsverhältnis zu kündigen und für seine Waren den neuen Zolltarif zur Anwendung zu bringen.

Auf Wunsch der tschechoslowakischen Unterhändler hat die schweizerische Delegation dann gleichwohl noch detailliert zu den tschechoslowakischen Begehren Stellung genommen. Doch hat sie dabei nur bestätigt, was vorher schon allgemein erklärt worden war, dass eine Ermässigung unter die heute geltenden Ansätze des schweizerischen Gebrauchstarifs durchwegs abgelehnt werde und auch eine Bindung derselben nur teilweise und nur dann gewährt werden könne, wenn die Konzessionen der Gegenseite genügend seien, um das erstrebte Ziel – Ausgleich der Handelsbilanz – zu erreichen. Die schweizerische Delegation hat diesen Standpunkt insbesondere vertreten bei dem tschechoslowakischen Begehren betr. die Zuckereinfuhr. Ebenso konnten keinerlei Zugeständnisse gemacht werden bei den die Tschechoslowakei ebenfalls in starkem Masse interessierenden Artikeln: Gerste und Malz, und zwar hier namentlich auch mit Rücksicht auf das Projekt des Bundesrates betr. eine fiskalische Belastung der Bierproduktion. Bekanntlich ist eine Erhöhung des Malz- und Gerstenzolles vorgesehen, wobei eine Abwälzung auf die Konsumenten vermieden werden soll, die Belastung also einzig die schweizerischen Bierbrauer zu tragen hätten. Da aber eine Entscheidung in dieser Frage noch nicht getroffen wurde, konnten keinerlei bestimmte Angaben oder gar Zusicherungen gegeben werden.

Angesichts dieser zahlreichen Schwierigkeiten nahmen die Verhandlungen einen überaus schleppenden Verlauf. Es gelang denn auch nicht, zu irgendwie nennenswerten positiven Ergebnissen zu gelangen. Da die schweizerische Delegation die Gegenseite nicht darüber im Zweifel liess, dass die Schweiz ihre Konsequenzen in dem bereits angedeuteten Sinne ziehen müsste, wenn die von tschechoslowakischer Seite abgegebenen Erklärungen zu den schweizerischen Begehren nicht eine grundlegende Revidierung erfahren würden, ergab sich die Notwendigkeit, die Verhandlungen neuerdings zu unterbrechen, um den tschechoslowakischen Unterhändlern die Möglichkeit zu bieten, mit ihrer Regierung Rücksprache zu nehmen und neue Instruktionen einzuholen.

Was die Fortsetzung der Verhandlungen anbetrifft, so ist von schweizerischer Seite der Wunsch ausgedrückt worden, dass dieselben ungefähr am 10. Februar 1926 wieder aufgenommen werden möchten. Wegen der im Januar in Berlin beginnenden schweizerisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen ist eine frühere Wiederaufnahme leider nicht möglich. Die schweizerische Delegation hat aber mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, dass sich die Schweiz mit einer weiteren Hinausschiebung der ganzen Vertragsregelung nicht abfinden könnte.

Die tschechoslowakische Delegation ist gestern Abend von hier abgereist.

Wir wollten nicht unterlassen, Sie über die ganze Angelegenheit zu unterricht-

ten. Vielleicht wäre es ganz nützlich, wenn Sie Ihrerseits in den dortigen Kreisen darauf hinweisen könnten, dass man schweizerischerseits über das mangelnde Entgegenkommen der Tschechoslowakei in diesen Verhandlungen sehr enttäuscht sei, und dass die schweizerische Regierung die feste Absicht habe, die erhöhten Zölle des neuen provisorischen Zolltarifs vom 5. November 1925 der Tschechoslowakei gegenüber zur Anwendung zu bringen, sofern deren Konzessionen nicht derart seien, dass ein gewisser Ausgleich des schweizerischen Passivums in der gegenseitigen Handelsbilanz erwartet werden könne.

136

E 1004 1/297

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 30. Dezember 1925

2612. Handelsvertrag mit Österreich

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 28. Dezember 1925

Wie bekannt, mussten die Verhandlungen mit Österreich im Juli dieses Jahres in Wien abermals unterbrochen werden, weil in zwei Hauptpunkten Schwierigkeiten bestanden, die damals unüberschreitbar schienen: Es handelte sich um das österreichische Begehren hinsichtlich einer starken allgemeinen Reduktion des schweizerischen Zolles für Schnittwaren und um das schweizerische Begehren betreffend Herabsetzung des österreichischen Zolles für Käse unter den von der Gegenseite zuletzt offerierten Satz von 35 Goldkronen. Was insbesondere den ersten Punkt anbelangt, so erklärte die österreichische Delegation, auf dem Boden einer Neuregelung der österreichischen Bestimmungen über ihre Waldwirtschaft eine neue Lösung suchen zu wollen. Dazu brauche sie aber einige Monate Zeit, weshalb die Verhandlungen unterbrochen werden müssten.

Nachdem die österreichische Delegation ihren Besuch zuerst auf Mitte September und dann auf Mitte Oktober angekündigt hatte, ist sie endlich anfangs Dezember zur Weiterführung der Verhandlungen nach Bern gekommen. Sie war nun in der Tat in der Lage, mit Bezug auf die erwähnten beiden Punkte Erklärungen abzugeben, die sich auch mit den schweizerischen Interessen vereinbaren liessen. Was die Holzfrage anbelangt, so wird Österreich, sobald es das heute noch bestehende Ausfuhrverbot für Rundholz fallen lässt – was in einigen Monaten der Fall sein wird – einen Ausfuhrzoll für Rundholz einführen, der abgestuft ist nach der Höhe des Einfuhrzolles für Schnittwaren in den Ländern, nach welchen das österreichische Rundholz spediert werden soll. Gestützt auf diese vorgesehene Regelung verzichtet Österreich auf sein Begehren hinsichtlich einer generellen Herabsetzung des schweizerischen Schnittwarenzolles. Da aber der vorgesehene Ausfuhrzoll auf Rundholz seine Wirkungen für die der Schweizergrenze am nächsten liegenden österreichischen Gebiete, insbesondere für Vorarlberg, nicht auszuüben

vermag, so stellte Österreich das Begehren, dass die Schweiz für die aus dem Vorarlberg stammenden Schnittwaren eine wesentliche Herabsetzung des Einfuhrzolles zugestehe, ähnlich wie dies schon vor dem Kriege auf Grund des Handelsvertrages von 1906 der Fall war. Die Forderung ging auf Gewährung eines Grenzkontingentes von 1200 Wagen zu einem Zollsatz von Fr. 1.50 statt Fr. 2.50 per 100 kg. Nach langen Verhandlungen einigte man sich schliesslich auf ein Kontingent von 800 Wagen – wie vor dem Kriege – zu einem Zollsatz von Fr. 1.70.

Die schweizerische Delegation glaubte, ein solches Zugeständnis, das für den Abschluss des Handelsvertrages, an dem die Schweiz ein ungleich grösseres Interesse hat als Österreich, ausschlaggebend war, nicht ablehnen zu dürfen, da es sich schliesslich um ein von der Zollverwaltung und, bis zu einem gewissen Grad, den Sägereien der Ostschweiz zu tragendes Opfer von nicht mehr als Fr. 64,000 handelt. Der schweizerische Sägereiverband, mit dem die schweizerische Delegation Fühlung nahm, bezeichnete denn auch dieses Opfer als durchaus erträglich. Auch die Interessen der schweizerischen Waldbesitzer, insbesondere derjenigen Graubündens und der übrigen Ostschweiz, sind gewahrt, indem die Wirkung der getroffenen Regelung keineswegs eine vermehrte Einfuhr von Rundholz zur Folge haben wird, sondern lediglich dahin zielt, ein gewisses Quantum von Schnittwaren, und zwar bloss einen Teil der Menge, die die Schweiz immer aus Österreich wird beziehen müssen, zu Vorzugsbedingungen in der Schweiz abzusetzen. Unsere Holzinteressenten dürften der vorgesehenen Lösung um so eher zustimmen, als es noch einmal gelungen ist, den verhältnismässig hohen schweizerischen Schnittwarenzoll generell zu halten. Eine allgemeine Herabsetzung desselben hätte selbstverständlich die gesamte schweizerische Holzindustrie und mit ihr die Landwirtschaft gegen den Vertrag mobilisiert.

Was den zweiten der erwähnten Punkte, den österreichischen Zoll auf Käse, anbelangt, so konnte dieser schliesslich auf 30 Kr. ermässigt werden. Was dies angesichts des heutigen österreichischen Zolles von 60 Kr. per 100 kg. bedeutet, ergibt sich daraus, dass die Ausfuhr von Schweizerkäse nach Österreich im Jahre 1924 rund 11,000 q betrug, die erzielte Zollreduktion auf Käse also einzig einem Betrag von Fr. 330,000 entspricht. Wenn auch ein Zoll von 30 Goldkronen noch als verhältnismässig hoch erscheinen muss, so ist doch darauf hinzuweisen, dass die prozentuale Wertbelastung infolge der gestiegenen Käsepreise mit dem vorgesehenen Satz geringer ist als vor dem Kriege. Die schweizerische Delegation hat sich alle Mühe gegeben, eine noch grössere Herabsetzung zu erzielen. Sie fand aber, mit einer Begründung, der sie sich nicht ganz verschliessen konnte, absolute Ablehnung.

Nachdem die beiden noch offen gebliebenen Hauptfragen in dieser Weise erledigt werden konnten, bot die Regelung der übrigen noch offenen Punkte verhältnismässig geringe Schwierigkeiten. Es kann hier nicht auf alle Einzelheiten eingetreten werden, man darf sich damit begnügen, festzustellen, dass der Stickereiverkehrsverkehr mit dem Vorarlberg so geordnet wurde, dass unsere St. Galler Interessentenkreise befriedigt sind, dass Österreich noch für verschiedene schweizerische Industrieerzeugnisse einige weitere Konzessionen machte und dass die Schweiz insbesondere durch Gewährung einiger Grenzkontingente mit herabge-

setzten Zöllen gewisse Erleichterungen für die österreichischen Gebiete gewähren musste, welche die österreichische Käsezollreduktion hauptsächlich zu tragen haben werden.

Da nun materiell und formell der Vertrag bereinigt ist, kann das erzielte Resultat zusammenfassend wie folgt gewürdigt werden:

1. Der österreichische Tarif vom 1. Januar 1925 ist wohl, allgemein gesprochen, der niedrigste aller in den letzten Jahren erlassenen Tarife der mitteleuropäischen Länder. Seine Einführung hat denn auch für den schweizerischen Export nach Österreich nur ganz vorübergehend gewisse Hemmnisse gezeitigt, während heute, abgesehen von Käse, der Export schweizerischer Produkte grösser ist als vor Einführung des neuen Tarifs. Es liess sich deshalb zum vorneherein nicht erwarten, dass die Gegenseite noch in grossem Umfange wesentliche Herabsetzungen bewilligen könne. Trotzdem bringt der neue Vertrag willkommene Herabsetzungen für Obst, Käse, Schokolade, kondensierte und sterilisierte Milch und Kindermehl, während für Zuchtvieh die jetzigen niedrigen Ansätze des österreichischen Tarifs gebunden sind. Auf dem Gebiete der Textilindustrie liegen Herabsetzungen, zum Teil wesentlicher Art, vor für feine Baumwollgewebe, Plattstichstickereien, Baumwoll- und Leinenstickereien, Hutstoffe und Seidengewebe. Verhältnismässig gering sind die österreichischen Konzessionen auf dem Gebiete von Eisen und Eisenwaren, Metallwaren und Maschinen und Apparaten. Die Forderungen mussten unsererseits auf einige der wichtigsten schweizerischen Spezialitäten beschränkt werden, da Österreich seine heutigen schon verhältnismässig niedrigen Zölle noch für die unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen mit Deutschland und der Tschechoslowakei reservieren will. Immerhin konnten für Turbinen, Verbrennungsmotoren, Eis- und Kältemaschinen, Dynamomaschinen und Elektromotoren, Transformatoren, elektrische Mess- und Registrierapparate einige fühlbare Reduktionen noch erzielt werden. Von weitem Herabsetzungen, die Österreich in den Verhandlungen mit den genannten beiden Ländern wird gewähren müssen, wird die schweizerische Produktion auf dem Wege der Meistbegünstigung Nutzen ziehen.

Die österreichischen Uhrenzölle, die im Verhältnis zu andern Staaten eher bescheiden waren, sind wie folgt ermässigt: Goldene Uhren von 7 auf 5.60 Goldkr., silberne von 4 auf 2.60, metallene von 1.50 auf 1.20. Entsprechende Reduktionen wurden gewährt für Uhrgehäuse und Uhrwerke.

2. Was die schweizerischen Zugeständnisse anbelangt, so sind für die meisten Österreich interessierenden Positionen die Ansätze des heutigen Gebrauchstarifs gebunden worden. Bescheidene Herabsetzungen mussten und konnten gewährt werden für einige österreichische Spezialitäten [...]. Dazu kommen noch einige Reduktionen der heutigen schweizerischen Gebrauchszölle für begrenzte Mengen aus dem Grenzgebiet wie Schnittwaren, abgebundenes Bau- und Nutzholz, Parketteriewaren, Küfer- und Küblerwaren, Kies und Sand, Walzschotter, rohe Bruchsteine.

3. Mit Bezug auf den allgemeinen Teil des Vertrages sind im grossen und ganzen die üblichen Bestimmungen aller Handelsverträge aufgenommen worden (allgemeine Meistbegünstigung, Grenzverkehr, Veredelungsverkehr, Reparaturver-

kehr, Behandlung der Kaufleute und Geschäftsreisenden, der Konsulatsfunktionäre, etc. etc.). Besondere Erwähnung verdient die Abmachung, dass die Schweiz mit dem Inkrafttreten des Vertrages ihre heute noch bestehenden Einfuhrbeschränkungen fallen lässt, während sich Österreich in dieser Beziehung mit Rücksicht auf Verhandlungen mit andern Staaten noch einige Vorbehalte ausbedungen hat. Durch Protokollbestimmungen und einen Notenwechsel¹ ist jedoch dafür Sorge getragen, dass effektiv die wenigen noch verbleibenden österreichischen Einfuhrbeschränkungen gegenüber der Schweiz nicht spielen werden.

Zu einer lebhaften Diskussion führte die Erneuerung des heute zwischen beiden Staaten noch bestehenden Viehseuche-Abkommens. Soweit dieses den Grenz-, Markt- und Sömmerungsverkehr mit Vieh regelte, boten sich keine Schwierigkeiten. Dagegen war die Schweiz aus bekannten Gründen nicht in der Lage, auf ihre seuchenpolizeiliche Autonomie hinsichtlich der Einfuhr von Schlachtvieh zu verzichten. Sie hat im neuen Abkommen Österreich lediglich die meistbegünstigte Behandlung zugesichert, hinsichtlich des heutigen Bewilligungssystems dagegen volle Freiheit vorbehalten. Trotzdem hat sich die Gegenseite schliesslich damit einverstanden erklärt, für die Einfuhr von schweizerischem Zuchtvieh in der Regel von einem Bewilligungsverfahren abzusehen.

4. Mit den schweizerischen Unterhändlern ist das Volkswirtschaftsdepartement der Ansicht, dass der vorliegende Vertrag² den schweizerischen Interessen in befriedigender Weise Rechnung trägt. Er wird nicht nur das gegenwärtige Verhältnis im gegenseitigen Austauschverkehr, das für die Schweiz durchaus günstig ist – die Handelsbilanz mit Österreich ist stark aktiv – beibehalten, sondern für verschiedene schweizerische Exportartikel weitere fühlbare Erleichterungen bringen. Die schweizerischen Gegenkonzessionen sind weder wirtschaftlich noch finanziell derart, dass sie zu Bedenken Anlass geben könnten. Wie jeder Handelsvertrag bedeutet auch der vorliegende einen Kompromiss, der naturgemäss nicht nur einseitige Vorteile bringen kann. Diese werden aber ganz sicher die Nachteile bedeutend überwiegen, und damit ist die Rechtfertigung für den Abschluss des Vertrages vorhanden³.

Antragsgemäss wird *beschlossen*:

Die schweizerischen Unterhändler, nämlich die Herren Direktor Stucki, Professor Laur, Dr. Wetter und Oberzolldirektor Gassmann, werden ermächtigt, den Handelsvertrag mit Österreich namens der Schweiz zu unterzeichnen⁴, und es wird ihnen für ihre ausdauernde und gewissenhafte Wahrung der schweizerischen Interessen der Dank des Bundesrates ausgesprochen.

1. Unveröffentlichter Notenwechsel vom 6. 1. 1926, in: K I, Nr. 219.

2. Text und Anlagen in: BBl 1926, Bd. I, S. 112ff.

3. Vgl. auch Nr. 142.

4. Dies erfolgte am 6. 1. 1926 in Bern. – Die parlamentarische Ratifikation seitens der Schweiz lag am 10. 2. 1926 vor, diejenige seitens Österreichs am 24. 2. 1926. Zu den Verhandlungen der eidgenössischen Räte vgl. StR-Protokoll vom 8. 2. 1926 (E 1001 (D) d 1/190, S. 2ff.) und NR-Protokoll vom 10. 2. 1926 (E 1001 (C) d 1/251, S. 12ff.). Der Vertrag trat am 1. 3. 1926 in Kraft.

137

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 30. Dezember 1925

Russland und die Vorkonferenz zur Abrüstungskonferenz

Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes führt folgendes aus:

«Am 15. Februar soll in Genf unter der Führung des Völkerbundes eine internationale Konferenz zusammentreten, deren Aufgabe es sein wird, eine künftige Abrüstungskonferenz vorzubereiten. Es ist zu wünschen, dass schon an diese Vorkonferenz möglichst alle Staaten Vertreter entsenden, besonders auch Deutschland, Russland und die Vereinigten Staaten. Eine schriftliche Antwort Russlands auf die Einladung zur Vorkonferenz liegt noch nicht vor; doch hat die Sovietregierung bekanntlich offiziös verlauten lassen, sie könne an der Vorkonferenz nicht teilnehmen, wenn sie in Genf stattfinde. Sie nimmt somit denselben Standpunkt ein, wie im Jahr 1923, als Tschitscherin in einem Telegramm an den Völkerbund den Wunsch ausdrückte, Vertreter Russlands an die internationale Flottenabrüstungskonferenz zu entsenden, was aber nur möglich wäre, wenn die Konferenz nicht in der Schweiz stattfinde, und gegenüber dem «angeblichen» Völkerbund diese Stellungnahme mit der bekannten Legende begründete, die schweizerischen Behörden hätten durch ihre Haltung in der Angelegenheit Worowski eigentlich zur Begehung weiterer politischer Mordtaten dieser Art aufgemuntert. Die Flottenabrüstungskonferenz ist darum bekanntlich nach Rom verlegt worden. Gegenüber der Stellungnahme Russlands ist daran zu erinnern, dass das politische Departement gestützt auf die Ermächtigung durch den Bundesrat im Jahre 1924 das Generalsekretariat des Völkerbundes wissen liess, die Schweiz werde wie über die Sicherheit der Vertreter anderer Staaten auch über die Sicherheit russischer Abgeordneter zu einer vom Völkerbund veranstalteten Konferenz wachen, und im selben Jahr wurde der gleichen Stelle zugesichert, dass einem russischen Beobachter, von dessen Entsendung zur Völkerbundsversammlung die Rede war, von der Schweiz dieselbe Stellung und derselbe Schutz eingeräumt werde, wie einem Beobachter eines andern Staates. Die eingangs erwähnte Haltung Russlands wird durch eine mir zugegangene telephonische Mitteilung bestätigt, wonach bei einer jüngsten Besprechung zwischen dem französischen Botschafter Herbette in Moskau und dem gegenwärtigen russischen Botschafter in Paris, Rakowski, dieser erklärt hätte, die Schweiz habe Russland in der Angelegenheit Worowski keinerlei Genugtuung gewährt, weshalb Russland keine Vertreter nach Genf entsenden könne. Frankreich scheint allerdings entschlossen zu sein, in dieser Sache keinerlei Druck auszuüben.

Gestern sprach nun Herr von Montenach vom Völkerbundssekretariat beim politischen Departement vor. Er trug den Entwurf eines Schreibens des Generalsekre-

tariates¹ bei sich, der an die Mitglieder des Völkerbundsrates gerichtet werden soll und worin denjenigen Mitgliedern, deren Staaten Russland anerkannt haben, nahegelegt wird, zu prüfen, ob sie einen Schritt tun können, um die Befürchtungen Russlands hinsichtlich der Entsendung von Delegierten nach Genf zu zerstreuen. Das Generalsekretariat liess durch Herrn von Montenach den Wunsch aussprechen, der Bundesrat möchte ihm eine Mitteilung in dieser Sache zugehen lassen. Ich habe nun den Entwurf eines Schreibens² aufgesetzt und den Mitgliedern des Bundesrates zustellen lassen. Darin wird, wie in frühern Erklärungen, auseinandergesetzt, dass die Beziehungen zwischen dem Staat, worin der Völkerbund seinen Sitz hat oder eine Konferenz veranstaltet, und irgend einem andern Staat, sei er Mitglied des Völkerbundes oder nicht, keinerlei Einfluss haben dürfen auf die Freiheit der Verhandlungen der Behörden des Völkerbundes mit den Vertretern dieses Staates, so wenig als die Zusammenarbeit der Organe des Völkerbundes mit irgend einem andern Staat die Beziehungen zwischen diesem und demjenigen Staat beeinflussen soll, auf dessen Gebiet der Völkerbund seinen Sitz hat oder eine Konferenz veranstaltet. Hieraus wird dann für den vorliegenden Fall die Schlussfolgerung gezogen und versichert, dass Abgeordnete Russlands zur Vorkonferenz für die Abrüstungskonferenz in Genf dieselbe Behandlung wie die Abgeordneten irgend eines andern Staates geniessen werden, dass ihnen dieselben Erleichterungen für die Einreise in die Schweiz, dieselben Privilegien und Freiheiten für die Durchführung ihrer Aufgabe eingeräumt werden und dass für ihre Sicherheit in derselben Weise gesorgt werde.

Ich habe Herrn von Montenach eine Abschrift dieses Briefes übergeben und ihn ermächtigt, den Generalsekretär wissen zu lassen, dass ich diesen Brief heute dem Bundesrate vorlegen werde. Infolgedessen wird voraussichtlich das Generalsekretariat auf seine Absicht, in dieser Sache schriftlich an den Bundesrat zu gelangen, verzichten.

Die Absendung dieses Schreibens scheint mir notwendig. Ob damit alle Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt werden, ist nicht sicher. Russland versucht, die Frage des Sitzes des Völkerbundes als Druckmittel auszunützen, und die sozialistische Presse hilft wacker, Genf damit zu schrecken. Doch ist kaum anzunehmen, dass der Völkerbund diesem Druck erliege, da er von einem Staat ausgeht, der bei jeder Gelegenheit den Völkerbund herabzusetzen sich bestrebt und jüngst mit der Türkei vertraglich sich verpflichtet zu haben scheint, dem Völkerbund nicht beizutreten. Jedenfalls liegt in dem Schreiben der Beweis, dass die Haltung der Schweiz keinen Grund dafür abgeben kann, die Vorkonferenz zur Abrüstungskonferenz wegen der allfälligen Teilnahme von Vertretern Russlands anderswo als, wie geplant, in Genf abzuhalten.»

In der Beratung wird das vom politischen Departement vorgelegte Schreiben allgemein gebilligt; immerhin wird es als wünschbar bezeichnet, in einem Schlusssatz zu dem Schreiben der Erwartung Ausdruck zu geben, dass, nachdem die Schweiz sich bereit erkläre, alle aus ihrer Stellung zum Völkerbund sich ergeben-

1. Nicht ermittelt.

2. E 2001 (C) 5/5. Vgl. Nr. 139 (definitiver Text).

den Verpflichtungen peinlich genau zu erfüllen, nun auch die in Frage stehende Vorkonferenz in Genf stattfinde.

Der Vorsteher des politischen Departementes erklärt sich damit einverstanden, das Schreiben in diesem Sinne zu ergänzen.

Der Rat genehmigt unter Vorbehalt dieser Ergänzung den Schreibensentwurf.

138

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 30. Dezember 1925

Beziehungen zu Russland

Mündlich

Bei Besprechung des Schreibens betr. die Haltung der Schweiz gegenüber der Beteiligung russischer Vertreter an der nach Genf einberufenen Vorkonferenz für eine neue Abrüstungskonferenz¹ wird auch die Frage der Beziehungen der Schweiz zu Russland im Allgemeinen zur Beratung gestellt.

Die Sachlage ist gegenwärtig folgende:

Wie sich aus den vorliegenden Nachrichten, insbesondere auch aus einem Bericht eines Vertreters der schweizerischen Bankwelt, der neulich in Berlin mit Vertretern der Sovietregierung in Berührung kam², ergibt, ist es müssig, auf den Umsturz des gegenwärtigen Regierungssystems in Russland zu hoffen. Wohl sind Anzeichen für eine gewisse Umwandlung dieses Systems vorhanden, wie zum Beispiel die Tatsache, dass mit Russland Geschäfte auch ohne vorherige Deckung der Kredite abgewickelt werden können; aber diese Umwandlung vollzieht sich, wenn sie überhaupt anhält, sehr langsam, ihr kommt nicht die Bedeutung eines grundsätzlichen Umschwungs zu und vor allem ist keine Ersetzung der gegenwärtigen Machthaber durch neue Leute von anderer politischer Überzeugung abzusehen. Dass die Schweizer Industrie den Ausfall des russischen Absatzgebietes schwer empfindet, ist klar³. Sie hat denn auch, namentlich durch deutsche Ver-

1. Vgl. Nr. 137.

2. In einem Schreiben der Schweizerischen Volksbank an das Politische Departement und das Volkswirtschaftsdepartement vom 28. 12. 1925 wird auf eine Informationsreise von zwei Mitgliedern der Generaldirektion nach Deutschland hingewiesen, anlässlich der speziell auch die Frage geprüft wurde, ob gewisse Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Russland nicht gefördert werden könnten. Das Schreiben schliesst mit der Feststellung: Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass ein weitgehendes Bedürfnis zu einer Verständigung zwischen den beiden Ländern in die Erscheinung trat. Der lebhafteste Wunsch nach dieser Richtung hin wurde uns gegenüber wenigstens ausgedrückt. In welchem Ausmasse die massgebenden politischen Instanzen in Moskau diese Anschauung teilen, liegt nicht im Bereiche unserer Urteilsfähigkeit. Aber wir sprechen die Überzeugung aus, dass in ernstlicher Weise der Versuch zu einer Verständigung erwogen werden sollte, wir sind überzeugt, dass weite Kreise der schweizerischen Wirtschaft diese Bestrebungen zu unterstützen sehr gerne bereit sind (E 2001 (B) 7/9).

3. Diesbezügliche Eingaben von Privatfirmen an das Politische Departement in: E 2015/4.

mittlung, Geschäfte mit Russland aufgenommen, wenn auch in sehr bescheidenem Umfang; allein das hat den Nachteil, dass erstens die Vermittlung bezahlt werden muss, und dass zweitens die schweizer. Industrie nicht unmittelbar auf dem russischen Markt erscheint, der ihr infolgedessen als solcher mit der Zeit doch völlig verloren gehen könnte.

Aber auch auf Seiten Russlands ist der Wunsch vorhanden, mit der Schweiz wieder in rechtliche Beziehungen zu treten. Der Vorsteher des politischen Departementes berichtet hierüber folgendes:

Ein Deutscher, Herr Hegershausen, und ein Russe, Dr. Schönfeld, der schon schweizerische Warenlieferungen nach Russland vermittelt hat, kamen vor einiger Zeit zu Prof. Töndury in Genf und sprachen ihm zu, einmal mit der russischen Sovietbotschaft in Berlin Fühlung zu nehmen. Prof. Töndury hat sich dann auch nach Berlin begeben und dort laut seinem mündlichen und schriftlichen Bericht in aller Heimlichkeit mit dem russischen Botschafter eine Unterredung gehabt, wobei Prof. Töndury betonte, dass er ohne irgendwelchen amtlichen Auftrag, rein persönlich handle⁴. Die Unterredung ergab, dass beide Teile das Bedürfnis nach Wiederaufnahme der schweizerisch-russischen Beziehungen anerkennen. Russland wäre nun geneigt, auf den früher von ihm geforderten Ausdruck des Bedauerns der schweizerischen Regierung wegen der Angelegenheit Worowski zu verzichten, wenn die Schweiz als Ersatz dafür die sofortige Anerkennung *de iure* der Sovietrepublik zugestände. Prof. Töndury erklärte, das werde nur schwer zu erreichen sein und jedenfalls nur, wenn Russland sich bereit erkläre, einen Teil des Schadens, der schweizerischen Staatsangehörigen durch den Umsturz in Russland erwachsen sei, zu ersetzen, und die Vorkriegsschulden gegenüber den schweizerischen Gläubigern anerkenne.

Zu diesem Vorschlag führt der Vorsteher des politischen Departementes aus, bis jetzt habe der Bundesrat den Standpunkt eingenommen, Russland müsse zunächst den über die Schweiz verhängten Boykott aufheben, dann würde eine Zwischenzeit eintreten, während welcher tatsächliche Beziehungen angeknüpft würden, und schliesslich würde dieser Zustand abgelöst durch die Aufnahme rechtlicher Beziehungen zur russischen Regierung. Es scheine nun doch sehr schwierig, sich jetzt plötzlich über die Frage des Boykotts hinwegzusetzen und die Anerkennung *de iure* auszusprechen. Die öffentliche Meinung würde eine solch' überraschende Änderung der Stellungnahme des Bundesrates kaum verstehen und billigen. Sie wäre auch angesichts der Beleidigungen, mit denen die russische Regierung den Bundesrat anlässlich der Worowski-Angelegenheit überhäuft hat, mit der Würde des Bundesrates nicht wohl vereinbar. Ein Ausweg aus der gegenwärtigen unbefriedigenden Lage müsse allerdings gesucht werden. Es sei aber nicht leicht, ihn zu finden. Auch dürfe nicht ausser Acht gelassen werden, dass die *de iure* Anerkennung der russischen Regierung unmittelbar die Zulassung einer diplomatischen Vertretung Russlands in der Schweiz zur Folge haben werde, mit allen Unannehmlichkeiten, die hieraus entstehen können und in der

4. Vgl. Nr. 134.

Schweiz, mit ihren freiheitlichen Einrichtungen noch weit stärker in Erscheinung treten werden, als in andern Ländern.

In der Beratung wird die Auffassung, dass eine sofortige *de iure* Anerkennung der Sovietregierung nicht möglich sei, allgemein geteilt. Dagegen wird auch stark betont, es sollte etwas geschehen, um aus dem gegenwärtigen sehr unbefriedigenden Zustand herauszukommen. Wenn es zu diesem Behufe nötig wäre zu erklären, der Bundesrat bedaure die auf Schweizerboden an Worowski begangene Mordtat und sei auch mit der Freisprechung des Mörders Conradi nicht einverstanden, die er aber angesichts der Unabhängigkeit der richterlichen von der vollziehenden Gewalt nicht habe verhindern können, so stände dem nichts entgegen, und es scheine doch nicht ausgeschlossen, dass die russische Regierung sich dann auch herbeiliesse, ihre Verleumdungen zurückzunehmen und den Boykott fallen zu lassen. Ob die russische Regierung sich zu einer Zusicherung wegen des den Schweizern in Russland durch den Umsturz verursachten Schadens und zu einer Anerkennung der Vorkriegsschulden herbeilassen werde, sei sehr fraglich. Dagegen könne als sicher angenommen werden, dass Russland keine derartigen Leistungen machen werde; denn es habe ausländisches Kapital nötig und niemand werde ihm solches zur Bezahlung derartiger Forderungen vorstrecken. Hierauf sei also kein grosses Gewicht zu legen. Wichtig sei aber, dass die Anbahnung von Beziehungen zu Russland heute noch vom Bundesrat aus freien Stücken eingeleitet werden könne. Tue er dies, so werde sich die öffentliche Meinung, wenn sie vorsichtig darauf vorbereitet werde, damit abfinden, während sie es kaum ertragen könnte, wenn der Bundesrat durch einen Druck von Aussen, z. B. vom Völkerbundsrat, dazu veranlasst würde. In Deutschland und zwar offenbar auch in dortigen russischen Kreisen, werde die Nichtwiederwahl des Verteidigers Conradi⁵ in den Nationalrat als Umschwung der öffentlichen Meinung in der Schweiz gedeutet. Das werde eine Verständigung über die Aufhebung des Boykotts erleichtern. Der Augenblick, eine solche anzubahnen, sei günstig, und das politische Departement sollte auf Mittel und Wege sinnen, um ihn auszunützen. Es liesse sich doch allenfalls denken, dass einer unserer Vertreter im Ausland beauftragt würde, offiziös mit einem Vertreter Russlands in Verbindung zu treten und Verhandlungen einzuleiten. Es wäre auch vielleicht nicht ausgeschlossen, dass hiezu die Regierung eines Staates, der Russland anerkannt hat, hilfreiche Hand böte. Gegen die allerdings nicht zu unterschätzenden Gefahren der Zulassung einer Sovietmission müssten, wenn möglich, seinerzeit gewisse sichernde Zugeständnisse erwirkt werden.

Unter Zustimmung des Rats fasst der Vorsteher des politischen Departementes das Ergebnis der Beratung wie folgt zusammen:

Die sofortige Anerkennung Russlands *de iure* kommt nicht in Betracht. Die Gegenwart einer Sovietmission in der Schweiz wird als gefährlich eingeschätzt. Dagegen besteht unzweifelhaft ein wirtschaftliches Bedürfnis nach der Wiederaufnahme von Beziehungen zu Russland. Um diese anzubahnen, soll die Schweiz

5. S. Schopfer.

ihre Zurückhaltung aufgeben und das politische Departement ist beauftragt, Verhandlungen einzuleiten, um mit Russland zu einer Verständigung über die Aufhebung des Boykotts zu gelangen, wenn nötig auch unter Zusicherung von Erklärungen über die Angelegenheit Worowski in dem in der Beratung erwähnten Sinne.

139

E 2001 (C) 5/5

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond*

Copie

S KD.

Berne, 30 décembre 1925

Ayant appris et comprenant fort bien que vous vous préoccupez des questions que pourrait soulever la participation de délégués de l'Union des Républiques Socialistes Soviétistes à la Commission préparatoire de la Conférence du désarmement, convoquée à Genève pour le 15 février prochain, nous croyons devoir confirmer, une fois de plus, que la venue en Suisse de ces délégués ne se heurterait, de la part des Autorités Suisses, à aucune difficulté ou objection, quel que puisse être l'état des relations entre la Suisse et la Russie.

D'une façon tout à fait générale, le Conseil Fédéral a toujours estimé que les rapports existant entre le Gouvernement de l'Etat où la Société des Nations a son siège ou dans lequel la Société organise occasionnellement quelque réunion et le Gouvernement de tout autre Etat, qu'il soit ou non membre de la Société, ne devraient avoir aucune répercussion sur la possibilité, pour les Organes de la Société des Nations, de traiter librement avec les représentants de cet autre Etat, pas plus, d'ailleurs, que la collaboration que poursuit la Société des Nations avec un Etat quelconque ne saurait influencer directement les relations existant entre cet Etat et l'Etat où est installé le siège de la Société des Nations ou dans lequel se tient quelque conférence sous les auspices de la Société.

Pleinement conscient de ce qu'il considère comme une obligation internationale découlant de l'établissement à Genève de la Société des Nations, le Conseil Fédéral est donc prêt à renouveler, dans le cas particulier, l'assurance que les délégués que le Gouvernement des Soviets enverrait à la Commission préparatoire de la Conférence du désarmement bénéficieraient, à Genève, du même traitement que les délégués de n'importe quel autre Gouvernement et qu'ils jouiraient, notamment, des mêmes facilités pour entrer en Suisse, des mêmes privilèges et immunités dans l'accomplissement de leur mission et de toutes mesures de protection que les Autorités Suisses jugeraient devoir prendre pour assurer leur sécurité.

Dans ces circonstances, le Conseil Fédéral estime pouvoir s'attendre à ce que soit maintenue la convocation de la Commission préparatoire de la Conférence du désarmement à Genève.

140

E 2001 (C) 5/5

*Der stellvertretende Generalsekretär des Völkerbundes, J. Avenol,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Genève, 2 janvier 1926

J'ai l'honneur de vous accuser réception de votre lettre du 30 décembre¹ relative à la participation de délégués de l'Union des Républiques socialistes soviétiques à la Commission préparatoire de la Conférence du Désarmement, convoquée à Genève pour le 15 février prochain.

Je ne manquerai pas de porter, en temps voulu, cette lettre à la connaissance de tous les Membres de la Société par voie de publication dans le Journal Officiel.

Je me permets à cette occasion de vous transmettre ci-joint, à toutes fins utiles, des extraits d'une lettre émanant du Ministère des Affaires Etrangères de France², que je viens de recevoir, de même que d'une note en date du 23 décembre 1925 qui accompagnait cette communication³.

ANNEX I

EXTRAIT D'UNE LETTRE DU MINISTÈRE
DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES DE FRANCE
AU SECRÉTAIRE GÉNÉRAL

Paris, le 26 décembre 1925

J'ai pris connaissance avec intérêt de la communication que vous avez adressée, le 18 décembre, à M. Paul-Boncour, au sujet de la participation éventuelle de la Russie à la Commission préparatoire de la Conférence du désarmement.

Ainsi que vous l'aviez suggéré à Genève à notre Représentant au Conseil, j'ai saisi l'occasion d'une conversation avec M. Rakowsky, sur le point de partir pour Moscou, pour lui faire observer que les Membres de la Conférence préparatoire du désarmement, à laquelle le Gouvernement russe a été invité officiellement, jouiraient des mêmes immunités diplomatiques que les Représentants de la Société des Nations pendant leur séjour à Genève. J'ai ajouté que cela contribuerait sans doute à faciliter la participation de l'U.R.S.S. à la Conférence.

L'Ambassadeur de France à Moscou, dont j'avais également appelé l'attention sur ces questions, m'a rendu compte d'une conversation qu'il avait eue lui-même, tout récemment, avec M. Rakowsky, dès l'arrivée de celui-ci à Moscou. Vous trouverez ci-joint, résumés dans une petite note⁴, les renseignements qui m'ont été fournis à ce sujet par M. Jean Herbette. Il me paraît en effet utile que vous ayez connaissance de ces renseignements, au cas où vous jugeriez opportun d'entretenir M. Motta des objections soulevées par le Gouvernement soviétique, en envisageant avec le Chef du Département politique la possibilité d'un arrangement.

1. Nr. 139.

2. Als Annex 1 abgedruckt.

3. Als Annex 2 abgedruckt.

4. Annex 2.

ANNEX 2

Aufzeichnung des französischen Botschafters in Moskau, J. Herbette

Extrait

Conférence du désarmement.

Moscou, 23 décembre 1925

Tout en affirmant catégoriquement le désir du Gouvernement des Soviets de participer à la Conférence préparatoire, la presse soviétique signale que dans les conditions actuelles de ses relations avec la Suisse, il serait difficile à la Russie d'envoyer des Représentants à Genève ou dans toute autre ville de la Confédération.

D'après M. Rakowsky, le Gouvernement de l'U.R.S.S. n'a pas oublié que le Gouvernement fédéral n'avait pas encore exprimé de regrets pour le meurtre de Vorowsky. Cette difficulté pourrait être aplanie si la Suisse, sous une forme qui reste à déterminer, consentait à faire à ce sujet une démarche diplomatique de courtoisie.

D'autre part, il est vraisemblable que lorsque le Gouvernement de l'U.R.S.S. aura à prendre une décision sur l'envoi d'un délégué à la Conférence, certains de ses membres suggéreront qu'on demande à cette occasion la reconnaissance du Gouvernement soviétique par la Suisse.

141

E 1004 1/298

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Januar 1926¹

43. Handelsvertrag mit Deutschland

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 5. Januar 1926

Am 11. dieses Monats wird die schweizerische Delegation zur Aufnahme der Handelsvertragsunterhandlungen mit Deutschland nach Berlin reisen und dort voraussichtlich bis Monatsende bleiben. Es wird selbstverständlich ausgeschlossen sein, in diesen drei Wochen die Verhandlungen auch nur annähernd zu einem Abschluss zu bringen². Sie werden in den kommenden Monaten weitergeführt werden müssen und zwar wenn möglich in der Schweiz.

Mit bezug auf die der schweizerischen Delegation für diese erste Verhandlungsetappe mitzugebenden Instruktionen unterbreitet das Volkswirtschaftsdepartement dem Bundesrate folgende Vorschläge:

1. *Schweizerische Begehren betreffend Herabsetzung deutscher Zollansätze.*

Durch Vermittlung des Vororts des Schweiz. Handels- und Industrie-Vereins einerseits und des Schweiz. Bauernsekretariates andererseits sind schon seit einiger Zeit die Wünsche und Begehren der schweizerischen Interessenten gesammelt

1. *Abwesend: Schulthess.*

2. *Vgl. dazu Nr. 165.*

und gesichtet worden. Diese Begehren wurden hierauf von unsern Unterhändlern eingehend geprüft und nach verschiedenen Einschränkungen und Abstrichen in der dem Antrage beigelegten schweizerischen Begehrenliste zusammengefasst und durch Vermittlung unserer Gesandtschaft in Berlin der deutschen Delegation überreicht. Diese Begehren gehen allerdings sowohl hinsichtlich der Zahl der betroffenen Positionen des deutschen Tarifs, als auch mit bezug auf das Ausmass der gewünschten Reduktionen ziemlich weit. Allein erfahrungsgemäss erhält man in solchen Verhandlungen, sehr oft schon in der ersten Lesung, von der Gegenseite ganz unerwartete Konzessionen, weil ihr solche aus internen Gründen gelegen kommen oder für sie besondere Schwierigkeiten nicht vorliegen. Es wäre natürlich nicht angebracht, durch zu weitgehende Reduktion der schweizerischen Begehrenliste die Möglichkeit solcher Zugeständnisse von vorneherein auszuschliessen. Dagegen wird es notwendig sein, diese schweizerischen Wünsche nach Kenntnisnahme der ersten deutschen Erklärungen sorgfältig zu revidieren und auf diejenigen Punkte zu beschränken, die wirklich wichtig sind und bei denen ein deutsches Entgegenkommen erwartet werden kann. Es ist selbstverständlich unmöglich, hier auf Einzelheiten einzutreten, und man kann sich mit der generellen Instruktion begnügen, die schweizerische Begehrenliste nach Möglichkeit durchzusetzen.

2. Deutsche Begehren zu den schweizerischen Zollansätzen.

Die deutschen Wünsche sind der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin übergeben worden. Sie gehen zum grossen Teil auf Bindung der Ansätze unseres heutigen Gebrauchstarifs, für zahlreiche Positionen werden aber auch Herabsetzungen verlangt. Anlässlich der Übergabe dieser Liste ist von deutscher Seite unserer Gesandtschaft gegenüber besonders hervorgehoben worden, dass Deutschland nachdrücklich auf der Herabsetzung der Zölle unseres Gebrauchstarifs für eine Reihe von Positionen werde beharren müssen, bei denen unsere heutigen Zollansätze entweder besonders hoch oder derart seien, dass der deutsche Export durch sie stark gehemmt würde. Diese Herabsetzungsbegehren beziehen sich insbesondere auf viele Positionen aus dem Gebiete der Holzwaren und der Papierwaren, wo in der Tat unsere heute geltenden Zölle verhältnismässig hoch sind. Wenn sich die Schweiz schliesslich auch zu solchen Herabsetzungen wird entschliessen müssen, so ist doch aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen grosse Vorsicht geboten, und es sollten unsere Unterhändler angewiesen werden, jedenfalls vorläufig nur ausnahmsweise und in bescheidenem Masse über Bindungen der gegenwärtigen Ansätze hinauszugehen. Die Verhandlungen sind vielmehr schweizerischerseits auf Grundlage des provisorischen Generaltarifs vom 5. November 1925³ zu führen. Dabei hat es immerhin nicht die Meinung, es sei bei den einzelnen Zollpositionen auf Ansätzen, die zwischen denjenigen des provisorischen Generaltarifs und denjenigen des gegenwärtigen Gebrauchstarifs liegen, herumzumarkten. Die allgemeine Richtlinie soll vielmehr dahin gehen, der Gegenseite zu

3. Vgl. Nr. 112.

erklären: entweder ermöglichen uns ausreichende deutsche Zugeständnisse den Abschluss eines Vertrages, dann wird die Schweiz von einer Inkraftsetzung des neuen Tarifs bei den Deutschland interessierenden Positionen Umgang nehmen, oder aber die deutschen Zugeständnisse sind ungenügend, und dann wird sich die Schweiz vollständige Handlungsfreiheit vorbehalten. Die Vereinbarung von vertraglichen Ansätzen, die über denjenigen des Gebrauchstarifs liegen, hätte keinen Sinn, da schweizerischerseits autonom eine Herabsetzung auf die heutigen Ansätze erfolgen müsste, wollte man nicht ohne Not den neuen Tarif ganz oder teilweise in Kraft setzen. Ein solches Verfahren wäre übrigens nur geeignet, den Eindruck und die Wirksamkeit des «Kampftarifs» zu vermindern.

3. Schweizerische Begehren bezüglich des allgemeinen Teils des Vertrages.

Wenn sich auch, abgesehen vom Stickereiveredlungsverkehr, bezüglich der Anwendung der heute noch geltenden allgemeinen Bestimmungen des Handelsvertrages von 1906 in der Praxis schwere Übelstände oder besondere Schwierigkeiten nicht gezeigt haben, so ist das Volkswirtschaftsdepartement doch mit den schweizerischen Unterhändlern zur Überzeugung gekommen, dass der in mancher Beziehung veraltete und in einer ganzen Reihe von Dokumenten zerstreute Vertragstext revidiert und zusammengefasst werden sollte. Auch empfiehlt es sich, diese allgemeinen Bestimmungen mit denjenigen unserer neuen Verträge mit Italien und Österreich nach Möglichkeit in Einklang zu bringen. Unsere Unterhändler haben, von diesen Gesichtspunkten ausgehend, die dem Antrag beigelegten neuen Textvorschläge ausgearbeitet, die der deutschen Delegation in Berlin übergeben werden sollen. Materielle Neuerungen oder Änderungen enthalten diese Vorschläge nicht. Sie werden denn auch voraussichtlich, abgesehen von der Frage des Veredlungsverkehrs, über die das Departement dem Bundesrate separat früher schon berichtet hat, kaum besondere Schwierigkeiten bereiten. Vorbehalten wurden noch die Vorschläge bezüglich der Regelung des Grenzverkehrs, da man vor Übergabe formulierter Vorschläge noch die Meinungsäusserungen der interessierten Grenzkantone abwarten möchte. Übrigens werden diese allgemeinen Bestimmungen kaum schon in Berlin diskutiert werden können, da die deutsche Regierung die schweizerischen Vorschläge zunächst nicht nur ihren verschiedenen Ministerien und Interessenten-Organisationen, sondern auch den beteiligten Bundesländern wird unterbreiten müssen.

Endlich bringt das Volkswirtschaftsdepartement noch zur Kenntnis, dass Herr Prof. Dr. Laur infolge starker Inanspruchnahme durch seine Professur an den Verhandlungen in Berlin nicht teilnehmen kann, und schlägt deshalb vor, die Instruktionen an unsere Unterhändler noch dahin zu ergänzen, dass die Diskussion der landwirtschaftlichen Positionen der beidseitigen Zolltarife auf später zu verschieben sei.

Es ist nicht möglich und wäre auch kaum zweckmässig, heute der schweizerischen Delegation Instruktionen mitzugeben, die über die skizzierten allgemeinen Richtlinien hinausgehen würden. Die Verhandlungen in Berlin sollen zunächst die nötige allgemeine Abklärung bringen, und es wird der Bundesrat gestützt auf eine

einlässliche Berichterstattung in einem spätern Zeitpunkt detailliertere Instruktionen festzulegen haben⁴.

Den Vorschlägen des Volkswirtschaftsdepartementes wird zugestimmt.

4. *Vgl. Nr. 165 und Nr. 176.*

142

E 2001 (C) 5/4

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S D.

Bern, 8. Januar 1926

Mit Ihrem Schreiben vom 4. ds. Mts.¹ geben Sie uns Kenntnis davon, dass Ihnen der Generalsekretär des Völkerbundes die Resolution des Völkerbundsrates vom 9. Dezember 1925 betreffend die wirtschaftliche Lage Österreichs² übermittelt hat. Nach Ihren Mitteilungen hat der Generalsekretär insbesondere auf lit. c der erwähnten Resolution³ hingewiesen, in welcher die verschiedenen Staaten eingeladen werden, bei Regelung ihrer Handelsbeziehungen mit Österreich durch besonderes Entgegenkommen den Export österreichischer Waren fördern zu helfen.

Wie Sie zutreffend bemerken, hat der Unterzeichnete an den Beratungen des Wirtschaftskomitees über die österreichische Frage, welche Beratungen zu der erwähnten Resolution des Rates führten, persönlich teilgenommen. Unmittelbar im Anschluss an diese Beratungen sind in Bern die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Österreich und der Schweiz wieder aufgenommen und innert kurzer Frist erfolgreich zu Ende geführt worden. Wir möchten dabei besonders hervorheben, dass sich die schweizerische Delegation in diesen Verhandlungen weitgehend von den Genferberatungen und -resolutionen hat leiten lassen und durch entsprechend weitgehende Berücksichtigung der österreichischen Wünsche den Abschluss des Handelsvertrages⁴ ermöglicht hat. Gerade infolge der besonders schwierigen Lage Österreichs und zum Teil mit Rücksicht auf die Einladung des Völkerbundes hat die Schweiz nicht nur Österreich gegenüber auf die Anwendung der erhöhten Zollansätze des provisorischen Verhandlungstarifs vom 5. November 1925 verzichtet, sondern sogar für wichtige österreichische Exportwaren

1. *Nicht abgedruckt.*

2. SdN, Journal Officiel, 1926, Nr. 2, S. 133.

3. *Absatz c) lautet:* En outre, le Conseil invite les autres Etats à chercher, lors du renouvellement de leurs conventions commerciales avec l'Autriche, ou même par des adaptations plus proches de ces conventions, ou par d'autres voies, les moyens de parfaire, grâce à l'extension des débouchés de la production et du commerce autrichien, la restauration économique de l'Autriche.

4. *Vgl. dazu Nr. 136.*

teilweise Herabsetzungen der Zölle unseres Gebrauchstarifs vom Jahre 1921 zugestanden.

Unser Land hat damit, als erstes, der besondern Situation Österreichs und der erwähnten Resolution des Völkerbundsrates durch Abschluss eines liberalen Handelsvertrages praktisch Rechnung getragen.

Im Einvernehmen mit dem gegenwärtig abwesenden Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements erklären wir uns damit einverstanden, wenn Sie auf die Überweisung des Generalsekretärs des Völkerbundes im Sinne obiger Ausführungen antworten⁵.

5. *Bemerkung Motta am Briefkopf: Ad acta.* Nous avons l'intention d'écrire au secrétaire général de la S.d.N. dans le sens de ce rapport. Mais, réflexion faite, il nous semble qu'une réponse n'est pas indispensable. Il nous serait assez difficile de faire croire que nous avons agi, dans les négociations avec l'Autriche, inspirés par les recommandations de Genève. 1.4.26.

143

E 1004 1/298

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Januar 1926¹

32b. Relations avec la Russie

Département politique. Oral

Le chef du Département politique expose qu'à l'occasion d'un déjeuner chez le ministre de Roumanie, il vient de se rencontrer avec l'Ambassadeur de France, lequel s'est renseigné auprès de lui sur les intentions du Gouvernement des Soviets quant à sa participation à la conférence préparatoire de la Conférence pour le désarmement à Genève. M. Motta a jugé opportun de faire part à M. Hennessy du point de vue du Conseil fédéral.

Or, M. Hennessy s'est présenté hier au département politique et a remis à M. Motta un «pro memoria» indiquant sous quelles conditions le Gouvernement des Soviets participerait à la conférence de Genève. Voici la teneur de ce document:

«L'Ambassadeur de France à Moscou fait connaître que le Gouvernement des Soviets est disposé à envoyer ses délégués à la Conférence du désarmement si le Gouvernement fédéral accepte l'une des combinaisons suivantes:

1. Le Conseil fédéral manifesterait sa réprobation de l'assassinat de Worowsky et proposerait d'aider pécuniairement la fille de celui-ci.

2. La Suisse et l'Union des Soviets reprendraient les relations diplomatiques. En ce cas, l'affaire Worowsky ferait ultérieurement l'objet d'une négociation diplomatique.»

1. *Abwesend: Schulthess.*

Le chef du Département politique a remercié l'Ambassadeur de sa démarche et lui a dit qu'il soumettrait ces suggestions au Conseil fédéral, n'étant pas compétent pour prendre à lui seul une décision dans cette question. M. Motta propose à l'approbation du Conseil le texte d'une réponse sous forme d'aide-mémoire qu'il a l'intention de remettre à M. Hennessy dans le courant de la journée. Ce document rappelle d'abord les principaux faits relatifs à l'attitude du Conseil fédéral après l'assassinat de M. Worowsky. Puis il y est déclaré que le Conseil fédéral est prêt à renouer les relations de fait avec le Gouvernement des Soviets dès que celui-ci aura levé le boycottage ordonné contre la Confédération, tandis que la reconnaissance de jure ne pourra être examinée que plus tard, au moment opportun. Le Gouvernement suisse n'aurait pas de difficulté à renouveler l'expression de sa réprobation du meurtre de Worowsky, si le Gouvernement des Soviets, de son côté, retracte formellement ses accusations outrageantes. Enfin, aucune faute n'étant imputable aux Autorités Suisses, il ne saurait être question d'accorder une aide pécuniaire à la fille de M. Worowsky.

Il résulte de la discussion au sein du Conseil fédéral que celui-ci est d'accord en principe avec le projet que vient de proposer M. Motta. Ainsi que le chef du Département politique l'a fait entrevoir, il y aura lieu d'y apporter encore l'une ou l'autre modification rédactionnelle, qui toutefois ne changera en rien le contenu.

Cet échange d'aide-mémoire doit faire l'objet de la discrétion la plus absolue. M. Hennessy a promis de traiter l'affaire de façon absolument confidentielle; le Conseil agira de même.

Il est dès lors *décidé*:

Le Chef du Département politique fédéral est autorisé à remettre à l'Ambassadeur de France, sur la question de la reprise des relations de notre pays avec le Gouvernement des Soviets, un aide-mémoire selon le projet qui vient d'être soumis au Conseil fédéral et qui pourra encore subir quelques légères modifications rédactionnelles. (Voir le texte définitif de ce document ci-annexé comme suite.)

Pro Memoria

Le Chef du Département politique remercie, au nom du Conseil fédéral, M. l'Ambassadeur de France de la communication que celui-ci a bien voulu lui faire, le 7 janvier, au sujet des intentions du Gouvernement des Soviets. Le Conseil fédéral est d'avis que le Gouvernement des Soviets, si par ailleurs celui-ci est disposé à participer à la Conférence préparatoire de la Conférence pour le désarmement, ne pourrait justifier son absence par le différend qui continue à subsister entre le Conseil fédéral et le Gouvernement des Soviets. (Voir à ce sujet la lettre que le Conseil fédéral a adressée au Secrétaire Général de la Société des Nations le 30 décembre 1925².)

Le Gouvernement soviétique a décrété le boycottage contre la Confédération suisse à titre de représailles pour le meurtre de M. Worowsky, assassiné à Lausanne le 10 mai 1923.

2. Nr. 139.

Le Conseil fédéral réprova, dès le lendemain, le crime, dans un communiqué officiel rendu public. Il fit présenter ses condoléances, par un envoyé spécial, à la veuve de la victime.

L'auteur et le complice du crime furent acquittés par un jury régulièrement constitué d'après la législation du Canton de Vaud. Les jurés agirent dans la plénitude de leur indépendance, le Conseil fédéral n'ayant pas à intervenir dans les œuvres de la justice. Dès le lendemain de l'acquittement, le Conseil fédéral expulsa le complice du meurtre, Polounine, sujet russe, du territoire de la Confédération. Le meurtrier lui-même, Conradi, était Suisse; il ne pouvait donc être l'objet d'une mesure semblable.

Le Gouvernement soviétique lança contre le Conseil fédéral des accusations outrageantes. (Voir à ce sujet les télégrammes des 18 mai et 8 juin 1923 de M. Tchitchérine, Commissaire du Peuple aux Affaires étrangères³.)

Le Conseil fédéral est prêt à renouer les relations de fait avec le Gouvernement des Soviets dès que celui-ci aura levé le boycottage ordonné et maintenu contre la Confédération. Quant à la reconnaissance de jure, elle ne saurait entrer en cause à l'heure actuelle, mais elle pourra faire l'objet de pourparlers directs dans lesquels devront être examinées toutes les questions connexes au moment opportun, lorsque les relations de fait auront été effectivement reprises.

Il semble que les deux parties aient intérêt à ne plus évoquer l'affaire Worowsky. Si, cependant, le Gouvernement soviétique était d'un autre avis, le Conseil fédéral, qui a déjà réprouvé le crime perpétré sur le sol suisse, n'aurait pas de difficulté à renouveler l'expression de cette réprobation. Mais il va de soi que, dans ce cas, le Gouvernement des Soviets devrait, de son côté, rétracter formellement ses accusations outrageantes.

Quant à une aide pécuniaire à accorder à la fille de M. Worowsky, il n'en saurait être question, aucune faute n'étant imputable aux Autorités Suisses.

Berne, le 8 janvier 1926.

3. Vgl. dazu die Protokolle der Bundesratssitzungen vom 19. 5. und 11. 6. 1923 (E 1004 1/287).

144

E 2001 (B) 7/9

Das Direktionskomitee der schweizerischen Hilfs- und Kreditorengenosenschaft für Russland¹ an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

S

Genf, 11. Januar 1926

Das unterzeichnete Directionskomité der Schweiz. Hilfs- und Kreditorengenosenschaft für Russland hat in seiner Sitzung vom 9. Januar Kenntnis genommen vom Berichte seines Präsidenten über sein Zusammentreffen mit Dr. Schön-

1. Für das Direktionskomitee der Secrusse unterschrieben H. Töndury, M. Naef, R. Julliard, P. Moerikofer und E. Walch.

feld (6. Dez.), mit Herrn Krestinski, dem russischen Botschafter in Berlin (12. Dez.) sowie über seine Unterredung mit Ihnen und mit Herrn Minister Dinichert (18. Dez.). Aus den ihm gemachten Mitteilungen sowie aus den neuesten Meldungen der soviet-russischen Presse (vgl. Iswestia vom 9. ds.) glaubt es schliessen zu dürfen, dass es den Russen ausserordentlich daran liegen würde, an den Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz und späterhin an derselben selbst teilnehmen zu können und dass sie daher das Fehlen normaler Beziehungen mit der Schweiz heute als ganz besonders hinderlich empfinden. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass Sie sich bereit erklärt haben, einer russischen Delegation an der Konferenz, unbeschadet des Verhältnisses zwischen Russland und der Schweiz, dieselben Rechte wie jeder andern Delegation einzuräumen. Aus dem erwähnten Artikel der Iswestia geht deutlich hervor, dass die Russen Angst haben, es möchten aus dem Fehlen normaler Beziehungen zwischen Russland und der Schweiz Zwischenfälle entstehen, die angesichts der gereizten Stimmung vielleicht zu neuen Schwierigkeiten führen könnten. Die Russen glauben daher, nur dann wirklich auf gleichem Fuss mit allen andern Delegationen zu stehen, wenn normale Beziehungen zwischen den beiden Staaten bestehen. Es ist nicht die Absicht des Directionskomités diesen Standpunkt zu kritisieren, so leicht dies vielleicht auch wäre, es genügt ihm, festzustellen, dass die Russen dieser Meinung sind und zwar, wie wir allen Anlass zu glauben haben, in vollem Ernste. Ist dies aber der Fall, so darf wohl auch angenommen werden, dass die Soviets heute eher, als zu irgendeinem andern Zeitpunkt geneigt wären, gewisse Zugeständnisse zu machen, um zu dem gewünschten Resultat zu gelangen. Es entspricht diese Annahme auch durchaus dem, was unserm Präsidenten zwar nicht von Krestinski selbst, wohl aber von einem seiner Vertrauensleute gesagt worden ist. Für die Schweiz wäre daher der Zeitpunkt für Verhandlungen heute günstiger als je. Seither ist nun allerdings sowohl in der russischen wie in der schweiz. Presse die Frage unserer Beziehungen zu Russland zum Gegenstand einer lebhaften Diskussion gemacht worden und es ist nicht zu verkennen, dass diese öffentliche Diskussion unter Umständen unsere Position einigermassen geschwächt hat. Denn nicht nur ist durch die öffentliche Erörterung unnötigerweise die Erinnerung an die sattsam bekannten Zwischenfälle von Lausanne neu aufgefrischt und dadurch die Stimmung hieben und drüben verschärft worden, sondern gewisse Äusserungen der schweizerischen Presse (wie z. B. die der Depeschagentur, der Boykott sei eine ungerechte Massnahme)², mussten bei den Russen die Meinung verstärken, dass sie mit dem Boykott uns auf das empfindlichste sowohl in unserer Ehre wie auch in unsern wirtschaftlichen Interessen getroffen hätten, sodass derselbe ein genügendes Pressionsmittel darstelle, um uns ihren Wünschen fügsam zu machen. Auch das Verlangen, der Boykott müsse aufgehoben werden, bevor irgendwelche Verhandlungen möglich seien, kann sie in dieser Meinung nur bestärken, und hat auch effektiv diese Wirkung gehabt, wie aus dem Verhalten Krestinski's deutlich hervorgeht. Trotzdem auf diese Weise unsere Position den Russen gegenüber sicherlich eher geschwächt als gefördert worden ist, ist das Directionskomité dennoch der

2. *Randbemerkung Mottas: dummes Zeug!*

Überzeugung, dass es ausserordentlich zu bedauern wäre, wenn die verhältnismässig günstige Konstellation, die sich uns heute noch bietet, nicht dazu benützt würde, um wenigstens einen Versuch zur Erlangung von Zugeständnissen zu machen. Die blosse Aufhebung des Boykotts scheint uns dabei allerdings von sehr geringem Interesse zu sein, so grosse Anforderungen sie auch an die Eigenliebe der Russen stellen würde. Der Boykott ist u.E. für die Schweiz überhaupt vollständig bedeutungslos und gar nicht wert, dass man überhaupt davon redet. Über unsere Ehre und unser Ansehen in der Welt entscheidet nicht Sovietrussland, sondern der Rest der Welt, und wir glauben nicht, dass irgendwer im Ausland den Boykott anders, denn als eine der bei den Soviets üblichen Umkehrungen der Tatsachen aufgefasst hat, die wir zu unrecht tragisch aufgefasst haben. In geschäftlicher Beziehung ist dagegen zu bemerken, dass die Geschäfte, die ohne Boykott mit Sovietrussland hätten gemacht werden können, auch heute noch gemacht werden und zwar mit Wissen und Willen der Sovietvertretungen in Berlin und Paris, welche einigen Zwischenhändlern gewissermassen das Monopol hierfür eingeräumt haben. Die formelle Aufhebung des Boykottes allein hat daher weder in prestigepolitischer noch in geschäftlicher Beziehung irgendwelchen Wert und würde nur für die Russen von Vorteil sein, die dadurch von der Notwendigkeit sachlicher Zugeständnisse befreit würden. Solche aber könnten u.E. unter den gegenwärtigen Umständen sowohl in geschäftlicher Hinsicht wie auch in Bezug auf unsere Entschädigungsbegehren erreicht werden, wenn man sich entschliessen würde, im Sinne des Berichtes unseres Präsidenten die Hand zu confidentiellen Verhandlungen, unter Ausschluss jeglicher Diskussion der Lausanner Affäre und des Boykottes, zu bieten. Würden diese Verhandlungen in Bezug auf diese beiden Punkte zu einem sachlich befriedigenden Resultat führen, so könnte sodann die Aufnahme der Beziehungen in gegenseitigem Einverständnis erfolgen, ohne dass der eine oder andere den ersten Schritt zu tun hätte, und es würde damit eo ipso auch der Boykottbeschluss der Sovietregierung dahinfallen. Würde es sich dagegen bei den Verhandlungen ergeben, dass die Zugeständnisse der Russen ungenügend sind, so hätten wir doch wenigstens alles getan, was getan werden konnte und dies, ohne dass wir uns irgendwie etwas hätten vergeben müssen. In geschäftlicher Beziehung wären dabei u.E. nicht so sehr formelle Regelungen als vielmehr Zusicherung von Bestellungen in bestimmter Höhe zu erstreben, da die Erfahrung aller andern Länder gezeigt hat, dass formelle Regelungen nicht genügen, um den Handel mit Russland zu beleben. Im Bezug auf unsere *Entschädigungen* könnte die Lösung entweder in der Richtung einer *praktisch verwertbaren* Meistbegünstigungsklausel oder dann in einer Verbindung mit den kaufmännischen Bestellungen im Sinne des Ihnen von unserm Präsidenten mündlich skizzierten Planes gesucht werden. Wir haben Grund zu der Annahme, dass dieser letztere Weg im Princip den Russen nicht unwillkommen wäre.

Wir benützen den Anlass, um Sie zugleich auch auf einen Artikel des Berliner «Vorwärts» aufmerksam zu machen, der die Idee einer Intervention Deutschlands vorerst bei Russland lanciert. Wir wissen nicht, ob diese Idee Chancen hat, verwirklicht zu werden, glauben aber des bestimmtesten, dass auf dem Wege directer confidentieller Verhandlungen sachlich mehr zu erreichen wäre.

E 1004 1/298

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. Januar 1926¹

48a. Relations avec la Russie

Département politique. Verbal

Se référant à son exposé de la dernière séance² sur la question de la reprise des relations avec la Russie soviétique, le Chef du Département politique communique qu'il a eu hier soir la visite de l'Ambassadeur de France, lequel lui a soumis deux projets de notes à échanger entre le Gouvernement français et celui des Soviets pour régler le différend entre notre pays et la Russie et qui permettraient la reprise des relations de fait entre les deux pays. Voici le contenu de ces deux pièces:

I. «Le Gouvernement de la République, désireux de faciliter dans l'intérêt général la participation de l'U.R.S.S. à la Conférence du désarmement et aux travaux préparatoires de cette Conférence, a l'honneur de communiquer au Chargé d'Affaires U.R.S.S. ou au Commissaire du Peuple aux Affaires étrangères qu'il a recueilli de la part du Gouvernement de la Confédération helvétique des déclarations d'où il ressort que ce Gouvernement n'a pas cessé de réprouver l'assassinat de M. Worowsky ainsi que l'attentat exécuté en même temps contre Divilkowsky et Aren et qu'en outre, il a toujours été prêt à manifester ses regrets en accordant son aide matérielle à la fille de Worowsky.

Il ressort également des déclarations recueillies par le Gouvernement français que le Gouvernement suisse est prêt à accorder aux représentants de l'U.R.S.S., lorsqu'ils participeront aux délibérations de la Conférence ou aux travaux préparatoires, toutes les immunités diplomatiques et toutes les garanties qui sont assurées aux représentants des autres puissances.»

II. «Le Gouvernement des Soviets a l'honneur de remercier le Gouvernement français de sa communication dont il prend connaissance avec satisfaction.

Dans ces conditions, le Gouvernement des Soviets est disposé à envoyer ses délégués en territoire suisse pour qu'ils prennent part à la Conférence du désarmement et aux travaux préparatoires. Le Gouvernement des Soviets prie le Gouvernement français de faire savoir au Gouvernement fédéral que les mesures d'exception précédemment prises à l'égard des citoyens suisses et des maisons de commerce suisses sont abrogées, étant entendu que toutes les mesures d'exception qui auraient été prises en Suisse à l'égard des citoyens munis de passeports soviétiques sont pareillement abrogées.»

On peut se demander – dit M. Motta – si cette démarche constitue la réponse à notre aide-mémoire remis à M. Hennessy vendredi passé³. Il ne serait pas

1. *Abwesend: Schulthess und Musy.*

2. *Vgl. Nr. 143.*

3. *Memorandum des Bundesrates vom 8. 1. 1926. Vgl. Nr. 143.*

impossible que le Gouvernement des Soviets ait eu connaissance de notre aide-mémoire de vendredi au moment où ses représentants se sont entretenus avec l'Ambassadeur de France à Moscou sur la manière dont pourrait se régler la situation. Mais, d'autre part, les projets de notes passent sous silence certains points fixés dans l'aide-mémoire du Conseil fédéral et qui nécessitent cependant une réponse. M. Motta constate en outre que les Russes ne semblent plus demander la reconnaissance de jure et qu'il serait bon que nous saisissons l'occasion qui s'offre à nous de liquider une affaire qui tôt ou tard devra trouver sa solution, et de renouer les relations avec un pays qui peut constituer un débouché très important pour les produits de notre industrie d'exportation. Dans ces conditions, le Chef du Département politique estime qu'il faudrait répondre au plus vite par un nouvel aide-mémoire à remettre à M. Hennessy et soumet dès lors un projet qu'il vient de rédiger, mais auquel il faudra encore apporter l'une ou l'autre modification rédactionnelle. Il fait remarquer, au sujet du passage du projet de note à envoyer par le Gouvernement français remis par M. Hennessy et relatif à une aide matérielle à accorder à la fille de M. Worowsky, qu'il ne saurait être question d'entrer en matière sur une demande de ce genre, aucune faute n'étant imputable aux autorités suisses. Ce passage devrait donc être supprimé.

A la suite de la discussion, d'où il résulte qu'il y a lieu en effet de continuer ces pourparlers dont il est à souhaiter qu'ils aboutissent à une entente et à la reprise des relations de fait entre les deux pays, le Conseil fédéral *décide*:

Le Chef du Département politique fédéral est autorisé à remettre à l'Ambassadeur de France à Moscou a envoyée à son Gouvernement, à l'intention du Con-Gouvernement des Soviets, un aide-mémoire dans le sens du projet qui vient d'être soumis, mais auquel il sera encore apporté quelques légères modifications rédactionnelles (voir ci-dessous le texte définitif de ce document).

Pro Memoria

Le Conseil fédéral a pris connaissance du projet de règlement que M. l'Ambassadeur de France à Berne a bien voulu remettre, le 11 janvier, au Chef du Département politique. Ce projet constitue une suggestion amicale que M. l'Ambassadeur de France à Moscou a envoyée à son Gouvernement, à l'intention du Conseil fédéral, comme étant un moyen apte à faire cesser l'état anormal des relations entre le Gouvernement suisse et le Gouvernement soviétique russe et à faciliter à celui-ci la participation à la Conférence du désarmement et à ses travaux préparatoires sur sol suisse.

Le Conseil fédéral remercie, d'abord, M. l'Ambassadeur de France à Berne de sa communication et rappelle les observations qu'il a fixées dans son Pro Memoria du 8 de ce mois. Il est heureux de constater que la suggestion dont il s'agit est telle qu'elle permet de continuer, grâce aux bons offices du Gouvernement français, les pourparlers qui se trouvent engagés.

Le projet deviendrait acceptable pour le Conseil fédéral si toute mention relative à une aide matérielle à accorder à la fille de M. Worowsky en était éliminée. Il doit, en effet, maintenir qu'aucune faute n'est imputable aux Autorités suisses au

sujet de l'attentat de Lausanne. Tout un ensemble de questions reste à régler entre les deux pays pour le moment où une discussion à cet égard pourra être entamée entre eux et l'on ne concevrait guère que la question d'une aide à la fille de M. Worowsky fit l'objet d'un règlement spécial. Le peuple suisse ne tolérerait pas que le Gouvernement de la Confédération accomplît un geste impliquant la reconnaissance d'une responsabilité quelconque. Il acceptera sans doute que le Conseil fédéral exprime sa réprobation du crime commis sur le territoire suisse, car telle est la vérité maintes fois proclamée par ceux qui avaient qualité pour parler en son nom; mais il ne comprendrait pas que le Conseil fédéral dépassât cette limite.

Le projet de déclaration que le Gouvernement soviétique demanderait au Gouvernement français de transmettre au Conseil fédéral ne contient aucune rétractation des accusations de tolérance passive et de complicité morale lancées par M. le Commissaire du Peuple aux Affaires étrangères. Or le Conseil fédéral avait constaté, dans son Pro Memoria du 8 janvier, que, dans sa pensée, la réprobation d'un côté et la rétractation de l'autre étaient deux manifestations dépendantes l'une de l'autre. En présence d'une rétractation formelle du Gouvernement soviétique, le Conseil fédéral pourrait même renforcer l'expression de la réprobation par celle d'un regret. Si, cependant, le Gouvernement soviétique tenait à écarter l'idée d'une rétractation formelle, le Conseil fédéral serait encore prêt à exprimer sa réprobation, car l'abrogation des mesures d'exception prises à l'égard de la Suisse pourrait avoir, à ses yeux, la valeur d'une rétractation tacite.

Berne, le 13 janvier 1926.

146

E 2001 (B) 7/3

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an das Direktionskomitee der schweizerischen
Hilfs- und Kreditorengenossenschaft für Russland*

Kopie
S NB.

Bern, 14. Januar 1926

Ich bestätige Ihnen den Empfang Ihres werten Schreibens vom 11. dieses Monats¹, welches heute eingetroffen ist, und danke Ihnen für Ihre Mitteilungen.

Es ist mir, heute, nicht möglich, in eine Diskussion Ihrer Ansichten und Anregungen einzutreten, möchte aber schon jetzt betonen, dass Ihre Auffassungen in wesentlichen Punkten von denjenigen des Bundesrates abweichen. Namentlich teilt der Bundesrat nicht Ihre Meinung über Wert und Unwert des russischen Boykottes.

Es ist Hoffnung vorhanden, dass diese willkürliche und ungerechte Massnahme der russischen Regierung bald fallen wird. Nachdem dies geschehen sein wird, werden alle Fragen, welche sich auf unser Verhältnis zu Russland beziehen, einer neuen Prüfung und Behandlung unterworfen werden.

¹ Nr. 144.

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 16. Januar 1926*¹

86a. Relations avec la Russie

Département politique. Verbal

Le Chef du Département politique communique au Conseil qu'il a eu hier la visite de l'Ambassadeur de France, lequel l'a informé que notre aide-mémoire du 13 courant² a été examiné par les intéressés et qu'il est chargé de faire la proposition de formuler comme suit le texte des deux notes qui seraient échangées entre le Gouvernement Français et celui des Soviets, au sujet de la reprise des relations entre le Gouvernement Français et celui des Soviets, au sujet de la reprise des relations entre la Suisse et la Russie:

La France enverrait la note suivante aux Soviets:

«Le Gouvernement de la République, désireux de faciliter, dans l'intérêt général, la participation de l'U.R.S.S. à la Conférence du désarmement et aux travaux préparatoires de cette Conférence, a l'honneur de communiquer au Chargé d'Affaires de l'U.R.S.S. ou au Commissaire du Peuple aux Affaires étrangères qu'il a recueilli de la part du Gouvernement de la Confédération Helvétique des déclarations d'où il ressort que ce Gouvernement n'a pas cessé de réprouber et de regretter l'assassinat de M. Worowski ainsi que l'attentat exécuté en même temps contre MM. Divilkowski et Aren et qu'en outre il est prêt, dans une pensée spontanée d'apaisement, à offrir son aide matérielle à la fille de Worowski.

Il ressort également des déclarations recueillies par le Gouvernement Français que le Gouvernement Suisse est prêt à accorder aux représentants de l'U.R.S.S., lorsqu'ils participeront aux délibérations de la conférence ou aux travaux préparatoires, toutes les immunités diplomatiques et toutes les garanties qui sont assurées aux représentants des autres puissances.»

Après avoir reçu une pareille note, le Gouvernement des Soviets répondrait dans les termes suivants:

«Le Gouvernement des Soviets a l'honneur de remercier le Gouvernement Français de sa communication dont il prend connaissance avec satisfaction. Il retire les accusations de tolérance passive et de complicité morale contenues dans ses dépêches du 18 mai et du 8 juin 1923³.

Il considère que des deux côtés, il n'y a plus lieu d'insister sur la discussion qui se produisit à l'époque. Le Gouvernement des Soviets est disposé à envoyer ses délégués en territoire suisse pour qu'ils prennent part à la conférence du désarmement et aux travaux préparatoires. Le Gouvernement des Soviets prie le Gouvernement Français de faire savoir au Gouvernement Fédéral que les mesures d'ex-

1. *Abwesend: Schulthess und Musy.*

2. *Vgl. Nr. 145.*

3. *Vgl. dazu die Protokolle der Bundesratssitzungen vom 19. 5. und 11. 6. 1923 (E 1004 1/287).*

ception précédemment prises à l'égard des citoyens suisses et des maisons de commerce suisses sont abrogées, étant entendu que toutes les mesures d'exception qui auraient été prises en Suisse à l'égard des citoyens munis de passeports soviétiques sont pareillement abrogées.

15 janvier 1926.»

M. Motta a prié l'Ambassadeur de venir le revoir aujourd'hui à onze heures, espérant qu'il sera en mesure de lui remettre à ce moment la réponse du Conseil fédéral aux nouvelles propositions pour le règlement du différend dont il s'agit. Le Chef du Département a déjà préparé le projet de cette réponse. Il en donne lecture, en le commentant brièvement.

Il résulte de la discussion que le Conseil est d'accord en principe avec le texte proposé. Il y aura simplement lieu de dire, vers la fin de l'avant-dernier alinéa, ... «fille de M. Worowski *dès* qu'une discussion ... entre les deux Pays *pourra intervenir*», et, en outre, de supprimer le mot «définitivement» dans le corps de phrase «... fera aboutir définitivement la négociation ...» au bas du dernier alinéa. Le chef du département politique pourra en outre apporter à ce projet l'une ou l'autre légère modification rédactionnelle, s'il juge cela nécessaire.

En conséquence, le Conseil fédéral *décide*:

Le Chef du Département politique remettra à l'Ambassadeur de France, sur la question de la reprise des relations de notre pays avec le Gouvernement des Soviets, un aide-mémoire conforme au projet qui vient d'être soumis au Conseil et accepté par lui avec quelques modifications, projet auquel il pourra, en outre, être apporté l'un ou l'autre léger changement purement rédactionnel (voir ci-annexé le texte définitif de ce document).

Pro Memoria

Le Conseil fédéral remercie M. l'Ambassadeur de France de sa communication d'hier au sujet du différend entre la Confédération Suisse et l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques.

Le Conseil fédéral avait déclaré, dans son Pro Memoria du 13 de ce mois, qu'il était disposé à ajouter à l'expression de sa réprobation de l'attentat de Lausanne celle d'un regret si le Gouvernement Soviétique avait été disposé, à son tour, à rétracter formellement les accusations contenues dans ses télégrammes de mai et juin 1923.

Les nouvelles propositions contiennent le regret, mais ne mentionnent la rétractation que dans la forme la plus vague. Le Conseil fédéral pense qu'il peut demander une manifestation plus claire. Il accepterait une phrase comme la suivante: «Il (le Gouvernement Soviétique) admet que les suspicions (ou accusations) lancées à l'époque résultaient d'une information inexacte et qu'elles ont perdu toute raison d'être.»

Quant à la question d'une aide matérielle à la fille de M. Worowski, le Conseil fédéral, tout en reconnaissant que la formule nouvellement proposée cherche à améliorer la formule précédente, doit maintenir le point de vue qu'il a déjà énoncé

dans son Pro Memoria du 13 de ce mois. Il pourrait, pour assurer le succès de la négociation engagée, accepter une phrase de la teneur que voici: «... et qu'en outre, il sera prêt à envisager, dans un geste de pitié humaine, la question d'une aide matérielle à la fille de M. Worowski dès qu'une discussion générale des questions qui restent à régler entre les deux Pays pourra intervenir.»

Le Conseil fédéral est persuadé d'avoir accompli, par ces contre-propositions, un nouvel effort de conciliation et ose espérer que le Gouvernement Français, dont il a accepté avec empressement les bons offices, fera aboutir la négociation sur les bases sus-indiquées.

Berne, le 16 janvier 1926.

148

E 1004 1/298

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 19. Januar 1926¹

86b. Beziehungen zu Russland

Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departements gibt zunächst einen Überblick über den Gang der bisherigen, durch Vermittlung des französischen Botschafters und der französischen Regierung geführten Unterhandlungen zur Beseitigung des von Russland über die Schweiz verhängten Boykotts und zur allmählichen Wiederanbahnung von Beziehungen zwischen der Schweiz und Russland. Er erinnert auch an die Wichtigkeit der Beilegung des Zwistes mit Russland für die schweizerische Volkswirtschaft und namentlich an die ausserordentlich weitreichende internationale Bedeutung dieser Verhandlungen, deren Ausgangspunkt in der Frage der Beteiligung von Abgeordneten der russischen Regierung an der vom Völkerbund nach Genf einberufenen Vorkonferenz zu einer allgemeinen Abrüstungskonferenz liegt. Die Angelegenheit ist dringlich, weil die Vorkonferenz schon am 15. Februar zusammentreten soll. Das vom Bundesrat am 16. Januar 1926 genehmigte Pro Memoria² ist der russischen Regierung schon zur Kenntnis gebracht worden. Es willigte darein, dem Ausdruck der Verurteilung (réprobation) des Mordes an Worowski denjenigen des Bedauerns über diese Tat beizufügen, sofern die russische Regierung die seinerzeit gegen den Bundesrat gerichteten Beleidigungen zurücknahme durch einen Satz, der besagen würde, sie (die Sowietregierung) gebe zu, dass die seinerzeit ausgesprochenen Verdächtigungen (oder Anklagen) aus einer ungenauen Berichterstattung hervorgegangen seien und jede Daseinsberechtigung verloren haben. In bezug auf die materielle Hülfeleistung an die Tochter Worowskis schlug der Bundesrat vor, zu sagen «... und dass er (der Bundesrat) überdies bereit sei, im Zeichen menschlichen Mitgefühls die Gewäh-

1. *Abwesend: Schulthess.*

2. *Vgl. Nr. 147.*

rung einer materiellen Unterstützung an die Tochter Worowskis ins Auge zu fassen, sobald einmal eine allgemeine Erörterung der Fragen einsetzen könne, die zwischen den beiden Ländern noch zu regeln sind». Der Präsident hatte dann noch die Anregung gemacht, in das Schriftstück einen Absatz einzufügen, wonach der Bundesrat auf die Zurücknahme der Beleidigungen verzichten könnte, wenn die Hülfeleistung an die Tochter Worowskis nicht mehr erwähnt würde. Der Vorsteher des politischen Departements hat sich dann aber nachträglich mit dem Präsidenten darüber verständigt, dass diese Anregung nicht in das Pro Memoria aufgenommen, sondern dem französischen Botschafter nur mündlich mitgeteilt werden soll, weil sie sich der Kundgebung als Ganzem nicht wohl eingefügt hätte.

Dieser Vorschlag ist der russischen Regierung durch Vermittlung Frankreichs unterbreitet worden, und gestern schon legte der Botschafter einen neuen Vorschlag³ in der Sache vor. Er bemerkte dabei, die französische Regierung ersuche dringend darum, einer Lösung zuzustimmen, die beide Teile befriedige, und wies auf die Wichtigkeit einer Einigung für alle an der Abrüstungsfrage Beteiligten hin. Ohne Beteiligung der Russen würde die Abrüstungskonferenz fast wertlos. Wenn aber sich die Frage so zuspitzen sollte: entweder Konferenz mit Beteiligung Russlands ausserhalb Genfs, oder Abrüstungskonferenz ohne Beteiligung Russlands, dann würde es schwer sein, die Konferenz nicht an einem andern Ort als Genf abzuhalten. Würde aber der Völkerbund durch die Haltung der Schweiz genötigt, die Konferenz ausserhalb Genfs abzuhalten, dann rücke doch die Gefahr nahe, dass die ganze Frage des Sitzes des Völkerbundes aufgerollt würde, wenn z. B. späterhin Russland seinen Beitritt zum Völkerbund von der Sitzfrage abhängig machen sollte. Als der Vorsteher des politischen Departements hierauf zu verstehen gab, der Bundesrat und die öffentliche Meinung der Schweiz könne in dieser Angelegenheit einen eigentlichen Druck von Aussen nicht annehmen, milderte sich der Ton der Vorstellungen. Doch drängte der Botschafter auf eine baldige Antwort auf seinen neuen Vorschlag, da die Sovietregierung am 20. dieses Monats in einer Sitzung die Angelegenheit behandeln möchte, wobei dann von Seiten Frankreichs ebenfalls auf eine endgültige Regelung gedrungen würde.

Der neue Vorschlag unterscheidet sich in folgenden Punkten vom frühern⁴:

1. In der von Frankreich im Einverständnis mit dem Bundesrat der russischen Regierung zu übergebenden Erklärung würde gesagt, dass die französische Regierung «a obtenu de la part du Gouvernement de la Confédération suisse des déclarations ...», während es früher hiess «a recueilli ...». Der Botschafter hält «obtenu» für besser, weil es deutlicher die Vermittlung eines Dritten hervortreten lässt, als das farblosere «recueilli» mit dem Beigeschmack des Zufälligen;

2. der Ausdruck des Bedauerns (regrets) fiele weg, nur das Missbilligen (réprouver) bliebe stehen;

3. als Verschlimmerung ist die dritte Abweichung zu betrachten; die besteht darin, dass der Bundesrat sich bereit erklärt «dans une pensée spontanée d'apai-

3. Vgl. *Annex*.

4. Vgl. *Nr. 147*.

sement, à offrir à la fille de M. Worowski une aide matérielle dont les modalités pourront être discutées lorsque des négociations directes s'engageront entre les deux Gouvernements de l'U.R.S.S. et la Confédération suisse».

Zwar schliesst wohl die Stelle «dans une pensée spontanée d'apaisement» jede Anerkennung einer Schuld als Grundlage für die Entschädigung aus. Dagegen spitzt sich jetzt, wie vorausgesehen wurde, dieser Teil der Erklärung auf das Anerbieten (offrir) einer Entschädigung zu. Der Nachsatz hat auch nach der Auffassung des Botschafters den Sinn, dass unter den «négociations» nicht besondere Verhandlungen über die Entschädigung an die Tochter Worowskis, sondern die allgemeinen Verhandlungen über alle zwischen der Schweiz und Russland schwebenden Fragen zu verstehen sind. Diesem Gedanken ist im zweitletzten Absatz des Pro Memoria-Entwurfes Ausdruck gegeben, den der Vorsteher des politischen Departements dem Bundesrate zur Genehmigung vorlegt.

Vom Zurücknehmen der Beleidigungen ist in dem neuen Vorschlag allerdings nicht mehr die Rede; allein der Bundesrat hat seinerzeit auf das erste Telegramm Tschitscherins deutlich genug geantwortet, und es scheint fast des Bundesrates unwürdig, diese schmutzige Angelegenheit noch einmal aufzurühren. Auch liegt in der Aufhebung des Boykotts durch Russland gleichzeitig die stillschweigende Zurücknahme der Beleidigungen.

Wie aus dem Drängen Frankreichs zu entnehmen ist, sind die Verhandlungen nun so weit gediehen, dass der neue Vorschlag angenommen oder verworfen werden muss, im Fall der Verwerfung mit allen schon erwähnten Folgen auf internationalem und auf dem Gebiet des Völkerbundes. Wenn auch nicht leichten Herzens, so beantragt der Vorsteher des politischen Departements doch, dem neuen Vorschlag zuzustimmen und ihn zu ermächtigen, den Botschafter hievon zu verständigen.

In der Beratung wird zunächst hervorgehoben, dass der Druck von Aussen sich nun eingestellt habe, da der Botschafter unverblümt auf die Folgen des Scheiterns einer Einigung mit Russland hingewiesen hat. Die Frage der Sitzes des Völkerbundes heischt jetzt recht anspruchsvoll Berücksichtigung bei den Entschliessungen über die schweizerische Aussenpolitik, und da jene Frage beim Beitritt der Schweiz zum Völkerbund innerpolitisch eine wesentliche Rolle gespielt hat, so fehlt auch die Rückwirkung auf die Innenpolitik nicht. Kommt eine Einigung jetzt mit Russland nicht zustande, so werde daraus bei den Mächten, die an der Abrüstungskonferenz teilnehmen und die Russen dabei haben wollen, eine Verstimmung entstehen und der Druck von Aussen werde sich noch verstärken; überdies aber werde Russland in Zukunft jede Gelegenheit ergreifen, um die Frage des Völkerbundssitzes neuerdings als Druckmittel gegenüber der Schweiz wirken zu lassen. Daher scheine es angezeigt, die Gelegenheit zu einer vorläufigen Verständigung mit Russland nicht unbenützt zu lassen.

Von anderer Seite wird dagegen erklärt, der jetzige Vorschlag sei mit der Idee der Gerechtigkeit schlechterdings nicht, mit der Würde des Bundesrates kaum vereinbar. Die letzte Beziehung der Schweiz zu Russland habe in der Abwehr der unerhörten Beleidigungen der Noten Tschitscherins nach dem Attentat auf Worowski bestanden. Von einer Zurücknahme dieser Beleidigungen durch Russ-

land sei im neuen Vorschlag nicht mehr die Rede. Dagegen biete der Bundesrat der russischen Regierung eine Entschädigung zu Gunsten der Tochter Worowskis an, trotzdem für ihn hiezu keinerlei Rechtspflicht bestehe, und er bringe diese Entschädigung nicht einmal in Zusammenhang mit den berechtigten Forderungen, die die Schweiz wegen der Plünderung der schweizerischen Gesandtschaft und der Erschiessung eines Schweizers in der Gesandtschaft in Petersburg durch die Truppen der Sovietregierung zu stellen habe, und mit dem Ersatz des Schadens, der Tausenden von Schweizerbürgern in Russland durch die Taten und Anordnungen der Sovietregierung zugefügt worden ist. Auf diese Weise würde eine Vorzugsbehandlung eingeräumt zu Gunsten einer unbegründeten Forderung derjenigen Regierung, die nicht daran denke, den berechtigten Forderungen der Schweiz und der Russlandschweizer Rechnung zu tragen. Eine solche Haltung des Bundesrates würde nicht verstanden werden. Die Anerkennung de jure werde doch aus den ebengenannten Gründen vom Bundesrat verweigert, aber dieselben Gründe sprechen auch gegen das Anerbieten einer materiellen Hülfe zu Gunsten der Tochter Worowskis. Von einer solchen könnte nur dann die Rede sein, wenn sie mit der Entschädigung für die Untaten der Sovietregierung gegenüber der Schweiz und den Russlandschweizern in Zusammenhang gebracht würde. Die Russen seien geriebene Erpresser. Sie werden seinerzeit ihren Beitritt zum Völkerbund von der Anerkennung de jure durch die Schweiz abhängig machen. Wenn der Bundesrat jetzt eine materielle Hülfeleistung für die Tochter Worowskis anbiete, so sei das der erste Schritt auf einem Weg, wo seiner noch weitere Demütigungen warten. Denn andere Staaten werden auch nicht zögern, unannehmbare Forderungen zu stellen, wenn sich der Bundesrat gegenüber den Forderungen der russischen Regierung allzu nachgiebig zeigt. Wer eine würdelose Politik treibt, wird auch wirtschaftlich mit Füßen getreten und vernachlässigt.

Diesen Einwänden gegenüber wird geltend gemacht, dass sie zwar vollauf Berücksichtigung verdienen, wenn es sich lediglich darum handelte, das Verhältnis zwischen der Schweiz und Russland zu regeln. Mit dieser Regelung ist aber hier die Lösung von Fragen verknüpft, die für die ganze Welt von Bedeutung sind, und es genügt, daran zu erinnern, dass von der Haltung des Bundesrates allenfalls das Verbleiben des Sitzes des Völkerbundes in Genf abhängt, um zu zeigen, welche grosse innerpolitische Bedeutung der Angelegenheit überdies zukomme. Die völlige Ausschaltung der Erwähnung einer materiellen Hilfe für die Tochter Worowskis sei aber auch schon deshalb ausgeschlossen, weil der Bundesrat in seinem Pro Memoria vom 16. Januar darein eingewilligt habe, hierüber eine Stelle in die Erklärung aufzunehmen, und es nicht angehe, jetzt hinter das zurückzugehen, was damals angeboten und inzwischen als ungenügend abgelehnt wurde. Auch sei der Bundesrat damals schon darüber einig gewesen, dass auf eine ausdrückliche Zurücknahme der Beleidigungen der Sovietregierung verzichtet werden könne, da diese Zurücknahme in der Aufhebung des Boykotts stillschweigend enthalten sei.

Im Einzelnen werden folgende Änderungen am Wortlaut der Erklärung vorgeschlagen:

Zu 1 oben: Das Wort «obtenu» soll ersetzt werden durch das farblosere

«reçu», da dem Bundesrate gar nichts daran liegen könne, auch hier noch die Vermittlerrolle Frankreichs besonders zu betonen.

Zu 3 oben: Da der Bundesrat darauf halten muss, die Frage der materiellen Hülfeleistung für die Tochter Worowskis in Zusammenhang zu bringen mit den Entschädigungsforderungen, die der Schweiz gegenüber Russland und seiner Regierung zustehen, und dieser Zusammenhang bei der jetzigen Fassung der betreffenden Stelle nicht zum Ausdruck kommt, so sollte diese Stelle entsprechend umgestaltet werden. Überdies wäre darin das ein allzu weites Entgegenkommen bezeugende Wort «offrir» zu ersetzen und das der Wahrheit nicht entsprechende Wort «spontanée» zu streichen. Es wird für diese Stelle folgende Fassung vorgeschlagen:

«... et qu'en outre, il est disposé, dans une pensée d'apaisement, à accorder à la fille de M. Worowski une aide matérielle à discuter lorsque des négociations directes s'engageront entre les deux Gouvernements de l'U.R.S.S. et de la Confédération suisse sur l'ensemble des questions qui sont à régler entre les deux pays».

Der Vorsteher des Finanzdepartements erklärt zu Protokoll, er könne auch der so abgeänderten Fassung der Erklärung aus den in der Beratung angeführten Gründen nicht zustimmen.

Die gemäss den eben erwähnten Abänderungsvorschlägen bereinigte Fassung der Erklärung wird hierauf mit fünf Stimmen gegen eine Stimme genehmigt und der Vorsteher des politischen Departements ermächtigt, diese Fassung dem französischen Botschafter als neuen Vorschlag des Bundesrates mitzuteilen und beizufügen, der Bundesrat gehe damit an die äusserste Grenze dessen, was ihm geboten erscheine⁵.

ANNEX

E 2001 (C) 5/5

Kopie

Berne, 19 janvier 1926

PRO MEMORIA⁶

Le Conseil fédéral a reçu hier matin de M. l'Ambassadeur de France à Berne de nouvelles propositions au sujet du différend existant entre la Confédération suisse et l'Union des Républiques socialistes soviétistes. D'après ces propositions, le Conseil fédéral se déclarerait d'accord que le Gouvernement de la République française remît au Gouvernement soviétique une déclaration écrite de la teneur suivante:

«Le Gouvernement de la République, désireux de faciliter, dans l'intérêt général, la participation de l'Union des Républiques socialistes soviétistes à la conférence du désarmement et aux travaux préparatoires de cette conférence, à l'honneur de communiquer au Gouvernement de l'U.R.S.S. qu'il a obtenu de la part du Gouvernement de la Confédération suisse des déclarations d'où il ressort que ce Gouvernement n'a pas cessé de réprouver l'assassinat de M. Vorovsky ainsi que l'attentat exécuté en même temps contre MM. Divilkovsky et Ahrens et qu'en outre, il est prêt, dans une pensée spontanée d'apaisement, à offrir à la fille de M. Vorovsky une aide matérielle dont les modalités pourront être discutées lorsque des négociations directes s'engageront entre les deux Gouvernements de l'U.R.S.S. et de la Confédération suisse.

5. Das diesbezügliche Pro Memoria ist als Annex abgedruckt.

6. Bemerkung am Kopf der Kopie: Texte remis à l'Ambassadeur.

Il ressort également des déclarations recueillies par le Gouvernement français que le Gouvernement suisse est prêt à accorder aux représentants de l'U.R.S.S., lorsqu'ils participeront aux délibérations de la conférence ou aux travaux préparatoires, toutes les immunités diplomatiques et toutes les garanties qui sont assurées aux représentants des autres puissances.»

Le Gouvernement soviétique ferait, de son côté, au Gouvernement français la réponse écrite suivante:

«Le Gouvernement des Soviets a l'honneur de remercier le Gouvernement français de sa communication, dont il prend connaissance avec satisfaction.

Dans ces conditions, le Gouvernement des Soviets est disposé à envoyer ses délégués en territoire suisse pour qu'ils prennent part à la conférence du désarmement et aux travaux préparatoires. Le Gouvernement des Soviets prie le Gouvernement français de faire savoir au Gouvernement fédéral que les mesures d'exception précédemment prises à l'égard des citoyens suisses et des maisons de commerce suisses sont abrogées, étant entendu que toutes les mesures d'exception qui auraient été prises en Suisse à l'égard des citoyens munis de passeports soviétiques sont pareillement abrogées.»

Le Conseil fédéral observe que le mot «obtenu» dans la première phrase de la déclaration émanant du côté suisse devrait être remplacé par le mot «reçu». Il y a, entre ces deux mots, une nuance sur laquelle il est superflu d'insister.

Le Conseil fédéral accepterait, par ailleurs, les nouvelles propositions avec la modification suivante de la phrase relative à l'aide matérielle à donner à la fille de M. Vorovsky: «... et qu'en outre, il est disposé, dans une pensée d'apaisement, à accorder à la fille de M. Vorovsky une aide matérielle à discuter lorsque des négociations directes s'engageront entre les deux Gouvernements de l'U.R.S.S. et de la Confédération suisse sur l'ensemble des questions qui sont à régler entre les deux pays».

Le Conseil fédéral est conscient d'aller ainsi à l'extrême limite de ce qui lui est commandé par les circonstances. Il ose donc croire que la modification proposée, laquelle, dans son esprit, ne fait que dégager et préciser le sens déjà contenu dans la dernière proposition du Gouvernement français, mettra, sans autre, le point final à la négociation. Il va de soi que les deux déclarations sont dépendantes l'une de l'autre.

Le Conseil fédéral renouvelle ses vifs remerciements à M. l'Ambassadeur de France et au Gouvernement de la République pour l'œuvre de conciliation qu'ils ont entreprise et qu'ils auront fait aboutir.

149

E 2001 (C) 1/11

Aufzeichnung des Gesandtschaftssekretärs der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes, L. Micheli

MY.

Berne, 21 janvier 1926

NOTICE

M. Lou, Ministre de Chine, est venu communiquer à M. le Ministre Dinichert que le Gouvernement chinois avait appris que le Gouvernement des Etats-Unis avait invité la Suisse à adhérer au Traité entre les Etats-Unis d'Amérique, la Belgique, l'Empire britannique, la Chine, la France, l'Italie, le Japon, les Pays-Bas et le Portugal relativement aux principes et à la politique concernant la Chine, signé, le 6 février 1922, à Washington, et entré en vigueur le 8 août 1925, conformément à l'article VIII de ce Traité. Le Gouvernement chinois aurait fait savoir au Département d'Etat à Washington qu'il n'était pas d'accord avec cette invitation, ne considérant pas la Suisse comme un des pays possédant un traité antérieur rentrant dans la catégorie des traités dits «inégaux» avec la Chine et comprise au

nombre des Etats autorisés à adhérer au «Traité des neuf Puissances» relatif aux principes et à la politique concernant la Chine.

M. le Ministre Dinichert s'est borné à prendre acte de cette communication en confirmant à M. Lou que nous avons été effectivement invités à adhérer au dit Traité et que cette question se trouvait actuellement à l'étude. Sans préjuger de l'attitude définitive du Conseil Fédéral, M. le Ministre a indiqué à M. Lou que, vu qu'entre les signataires mêmes du Traité de Washington, il semblait exister une divergence quant à l'interprétation des conditions d'admission à ce Traité, il ne croyait pas pouvoir envisager l'acceptation de l'invitation américaine avant que cette question n'ait été réglée et que, notamment, nous ayons été informés de l'attitude du Gouvernement des Etats-Unis¹.

1. *Handschriftliche Aufzeichnung Michelis am Fuss des Dokuments*: Communiqué à Mr. Winslow l'objection du Gouvernement chinois et, sans préjuger de l'attitude ultérieure du Conseil fédéral, nous lui disons, M. Bonna et moi, que nous désirerions connaître, dès que possible, l'attitude du Gouvernement américain. En attendant, on ne répondra pas encore à la note de la Légation des Etats-Unis [vgl. Nr. 87, Anmerkung 2], qui avait fait l'objet, au Département, d'un examen favorable. La Légation nous fera une communication prochainement. Mi. 22. I. 26.

Das Politische Departement konnte in der Folge von einer Note des Staatsdepartementes an die chinesische Regierung vom 1. 3. 1926 Kenntnis nehmen, aus der hervorging, dass die Regierung der Vereinigten Staaten nicht imstande sei, to act in accordance with the suggestion of the Chinese Government and withdraw the invitations to adhere to the Treaty which have been extended to Germany, Switzerland, Chile, Persia, Bolivia and Peru (E 2001 (C) 2/11). – Vgl. Nr. 258.

150

E 2300 Rom, Archiv-Nr. 26

Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière, an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

S handschriftlich

Rome, 22 janvier 1926

Je vous suis très obligé de m'avoir envoyé la copie de la lettre que vous avez adressée au Conseil d'Etat du Tessin dans l'affaire Tonello¹. Les journaux italiens ont parlé de cette affaire dans les termes que vous aurez vus et sans autres commentaires.

Ils n'ont rien dit, en revanche pour le moment, de l'incident Tamburini. Ce consul est bien encombrant et j'espère qu'on lui trouvera prochainement une autre destination. Cette agitation fasciste en Suisse commence à m'inquiéter et les paroles du député Zeli au *G/ran/d* Conseil tessinois contiennent beaucoup de vérités malheureusement. Cette action constante, tour à tour sournoise ou violente, des journaux italiens publiés chez nous, ne peut pas, à la longue, ne pas exercer une action délétère sur notre jeunesse de langue italienne. Je veux bien croire que M.²

1. E 2200 Rom 16/2; *Brief vom 13. I. 1926.*

2. *Mussolini.*

n'est pour rien dans les excitations mais il peut difficilement y mettre un terme dans l'état d'effervescence nationaliste où se trouve le pays: orateurs publics, ministres, journaux, tiennent tous ce langage qui est celui de la *Squilla*, du *Tricolore*, de l'*Adula*. Et cela ne s'arrêtera pas. La Providence nous assiste!

A l'ambassade de France, on s'irrite de certaines menées irrédentistes – sous la même forme en Corse. Solmi y serait aussi mêlé. J'ai recueilli à ce sujet des plaintes dont je vous fais part confidentiellement.

En ce qui nous concerne, je n'oublie pas les promesses et déclarations que m'a faites le Duce et je saurais, au besoin, les lui rappeler. Mais est-il le maître des forces qu'il a déchainées? Tel est le problème. Un événement de politique extérieure pourrait nous être de secours. Pas la campagne allemande pour le Tyrol: l'Allemagne est encore trop faible pour qu'on s'en inquiète.

Il faut démentir les bruits qui courent à Paris sur la santé de M. – Certes, il a toujours mauvaise mine, mais la facilité avec laquelle il entreprend de longs voyages de nuit prouve bien qu'il ne doit pas être à la veille d'une opération. En dehors de sa pâleur, il ne montre aucun signe de faiblesse.

Ce qui est arrivé à Jacini à la Chambre m'a vivement peiné. Je suis lié d'amitié avec lui depuis très longtemps. C'est un galant homme parfait. La crise frappe une série d'hommes avec lesquels j'entretenais d'excellents rapports et qui m'ont rendu des services dans la presse italienne. Entre autres Amendola, d'une toute autre nuance que Jacini, mais également honorable et intéressant. J'ajoute Vettori, du *Giornale d'Italia*, toujours prêt à nous rendre service, Emanuel et Albertini du *Corriere della Sera*. Les voici à l'écart pour longtemps et je les regrette pour nos intérêts suisses.

L'opposition s'organise à Paris avec Nitti, les Garibaldi etc. Il faudra suivre le *Corriere degli Italiani* et je me propose de nous le faire envoyer sous enveloppe.

Un ancien député florentin, marquis, très anti-fasciste, me dit que l'opposition grandit en Toscane et que si M. venait à disparaître on ferait tomber également le roi. Je vous rapporte ces propos sans garantie mais il est certain que la monarchie s'est compromise à fond avec le fascisme.

[...]

151

E 7110 1/118

Der schweizerische Generalkonsul in Prag, G.F. Déteindre, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes, W. Stucki

S

Prag, 22. Januar 1926

Ich bekenne mich zum Empfangen Ihres gesch. Schreibens vom 22. v.Mts.¹ betr. die Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei und beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich in letzter Zeit Gelegenheit hatte, verschiedenen

1. Nr. 135.

prominenten Persönlichkeiten gegenüber auf das mangelnde Entgegenkommen der tschechoslow. Unterhändler hinzuweisen.

Infolge meiner nun bereits 15 jährigen Tätigkeit am Konsulat sowie meines dreissigjährigen Aufenthaltes im Lande glaube ich in der Lage zu sein, meine objektive Auffassung bekanntzugeben.

Aufgrund der Ein- und Ausfuhrzahlen pro 1924 besteht sicherlich ein gewaltiges Passivum in der Handelsbilanz der Schweiz mit der Tschechoslowakei und ist die genaue Prüfung der Ansätze des csl. Zolltarifes berechtigt. Immerhin glaube ich aufmerksam machen zu müssen, dass die tschechoslowakischen Unterhändler eine sehr schwierige Position haben und die Bedürfnisse der hiesigen Industrie berücksichtigen müssen. Das eigentliche Passivum basiert hauptsächlich auf dem sehr starken Import tschechoslowakischen Zuckers, der 42,3 Millionen Franken ausmacht, somit fast die Hälfte des Importes repräsentiert. Nachdem nun aber die Schweiz immer in der Lage sein wird, dieses Quantum Zucker aus dem Auslande zu beschaffen, so würde, wenn die schweizerischen Zuckerzölle gegenüber der Tschechoslowakei eine Einfuhr csl. Zuckers verunmöglichen würden, dieses Passivum in der Handelsbilanz eines anderen Staates zum Ausdruck kommen. Das gleiche käme bei höheren Zollsätzen für Malz, Gerste & Hopfen zum Ausdruck, sowie bei landwirtschaftlichen Produkten, die die Schweiz immer gezwungen sein wird, im Auslande zu beziehen.

Was nun das Zuchtvieh anbetrifft, sind die hiesigen Zwischenhändler in einer sehr schwierigen Lage, nachdem bekanntlich die Agrarier hierzulande die mächtigste Partei sind und die Interessen der tschechoslowakischen Viehzuchtverbände in Mähren zu vertreten wissen. Ich hatte Gelegenheit, mit verschiedenen agrarischen Abgeordneten, worunter auch mit dem ehem. Minister Sonntag, zu sprechen und konnte aus deren Äusserungen entnehmen, dass denselben sehr an der Prosperierung der mährischen Rotfleckviehzuchtverbände gelegen ist. Mit dem Moment, in welchem die hiesige Regierung den Zoll für Zuchtvieh namhaft herabsetzen würde, glaube ich, dass auch die schweiz. Viehzüchter kaum die grosse Konkurrenz der holländischen und deutschen Zuchtviehverbände aushalten könnten, aus welchen Ländern derzeit immer noch namhafte Mengen Zucht- und Milchvieh eingeführt werden. Die Schwierigkeiten, denen die schweiz. Zuchtviehverbände hier begegnen, liegen nicht in den Zollsätzen für Zuchtvieh, sondern in den bekannt hohen Viehpreisen in der Schweiz.

Dieser Tage erschien auch eine Pressenotiz seitens der Sektion der mährisch-schlesischen und slowakischen Schokoladefabrikanten, welche anlässlich einer in Olmütz abgehaltenen Sitzung gegen die schweiz. Forderungen nach Ermässigung des csl. Zolles der Pos. 126 und 127 Protest erhoben. Bekanntlich existierte vor dem Kriege hier noch keine namhafte Schokoladenindustrie, wogegen heute in 27 Unternehmen 25,000 Arbeiter beschäftigt werden, somit ca. fünfmal soviel Arbeiter wie in der schweizerischen Schokoladenindustrie und verlangt natürlich dieser heute bedeutende Industriezweig den Schutz seitens der Regierung.

Der Stickereiindustrie geht es heute auch sehr schlecht und werden speziell in den mit dieser Industrie belebten Gebieten namhafte Arbeitslosenunterstützungen ausbezahlt.

Dasselbe kann von der Bugholzmöbelindustrie gesagt werden, seitens welcher Industrie dieser Tage Protest beim hiesigen Aussenhandelsamt erhoben wurde gegen eine event. Ermässigung des derzeit bestehenden Zolles. Die Industriellen verlangen von der Regierung die Abberufung der derzeitigen Unterhändler unter gleichzeitiger Beiziehung der Interessenten zu den Tarifverhandlungen.

Der Protest sämtlicher Industrien gegenüber der Ermässigung der Einfuhrzölle ist begreiflich und entschuldbar in Anbetracht der heute direkt unmöglichen Steuervorschreibungen, welche der tschechoslowakischen Landwirtschaft und Industrie jede nutzbringende Arbeit direkt verunmöglichen. Wenn berücksichtigt wird, dass die gesamten inneren Schulden und bisher bekannten Auslandsverpflichtungen der Tschechoslowakei heute über 30 Milliarden ausmachen, dann sind die grossen Steuervorschreibungen begreiflich, trotzdem dieselben den sicheren Ruin der csl. Industrie und Landwirtschaft nachsichziehen.

Beizufügen wäre noch, dass lt. meiner Erfahrung und Beobachtung namhafte Quantitäten von Schweizerwaren, namentlich Uhren und Käse aus Österreich und Deutschland nach der Tschechoslowakei kommen, Quantitäten und Werte, die somit unserer Exportziffer gutzuschreiben sind und die derzeitig ungünstige Bilanz zugunsten der Schweiz beeinflussen müssten.

Ich habe letzthin gelegentlich einer Rücksprache mit Herrn Min. Rat Friedmann² auf die grosse Enttäuschung hingewiesen, die die schleppenden & bisher leider resultatlosen Verhandlungen in Bern hervorgebracht haben, und versicherte mich derselbe, dass derzeit mit sämtlichen Industrien Unterhandlungen gepflogen werden, nachdem es sehr im Interesse des Staates liege, mit der Schweiz zu einem beiderseits zufriedenstellenden Handelsvertrage zu kommen. Soviel mir bekannt, sollen am 15. Februar die Verhandlungen wieder aufgenommen werden u. rechnet man hier bestimmt, dass dieselben zu einem günstigen Resultate führen werden.

Ich beabsichtige, in der ersten Februarwoche meinen diesjährigen Urlaub anzutreten und stehe Ihnen, sehr geehrter Herr Direktor, ev. auch an Ort & Stelle zur Verfügung.

2. Leiter der tschechoslowakischen Verhandlungsdelegation.

152

E 1004 1/298

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 24. Januar 1926

130a. Relations avec la Russie

Secret.

Département politique. Verbal

Le chef du Département politique communique qu'il a eu hier soir la visite de M. Hennessy, lequel lui a fait part verbalement de l'état des négociations entre l'Ambassadeur de France à Moscou et le Gouvernement des Soviets au sujet de

la reprise des relations entre notre pays et la Russie et des demandes du Gouvernement soviétique relatives au texte de la déclaration que nous aurions à faire. M. Hennessy n'ayant pas remis de pièce écrite, le Chef du Département a tenu à fixer la conversation qu'il a eue hier soir avec lui dans le projet d'Aide-mémoire qu'il soumet au Conseil et qui sera remis à l'Ambassadeur après la séance. Ce projet qui devra encore subir l'une ou l'autre modification rédactionnelle est conçu comme suit:

«Pro Memoria.

Monsieur l'Ambassadeur de France à Berne a fait, hier au soir, au Chef du Département politique les communications verbales suivantes:

La contre-proposition que le Conseil fédéral a formulée dans son Pro Memoria du 19 janvier¹ a été transmise, par l'intermédiaire du Gouvernement Français, au Gouvernement Soviétique à Moscou. Des conversations se sont nouvellement engagées entre Monsieur Herbette, Ambassadeur de France à Moscou, et M. Litvinnoff, Membre du Gouvernement Soviétique. Celui-ci en a délibéré collégalement, jeudi ou vendredi de cette semaine. Il a demandé que la déclaration à lui remettre par le Gouvernement Français fût modifiée dans ce sens, qu'après les mots «au Gouvernement de l'Union Russe S.S.» devraient se trouver les phrases: «qu'il a reçu de la part du Gouvernement de la Confédération Suisse des déclarations d'où il ressort que le Gouvernement *réprouve formellement* l'assassinat de Worowsky ainsi que l'attentat exécuté contre M. Divilkowsky et M. Ahrens et *en exprime ses regrets* et qu'en outre il est prêt, dans une pensée d'apaisement, à accorder à la fille de Worowsky une aide matérielle dont les modalités pourront être discutées lorsque des négociations directes *générales* s'engageront entre les deux Gouvernements de l'Union Russe S.S. et de la Confédération Suisse.»

Le Gouvernement Soviétique a ajouté qu'il accepterait d'inscrire, par acte de courtoisie, dans la déclaration que le Gouvernement Français remettrait au Conseil Fédéral Suisse les mots: «Il considère que des deux côtés on n'a plus lieu d'insister sur la discussion qui se produisit à l'époque», ou encore: «Il considère ... on n'a plus lieu d'insister sur les griefs formulés à l'époque».

Le Conseil Fédéral a délibéré à nouveau, ce soir, sur les demandes nouvellement avancées par le Gouvernement Soviétique.

Il constate que le sens de la phrase relative à l'aide matérielle pour la fille de Worovsky correspond au sens de la phrase qu'il a proposée dans son Pro Memoria du 19 janvier. Il doit éviter que cette question puisse faire l'objet d'un règlement spécial et séparé. Elle sera, en effet, à traiter, pour toutes ses modalités, avec l'ensemble des questions qui sont à régler entre les deux pays. Dès l'instant où les négociations dont il s'agit ne sont pas des négociations particulières, mais sont *les négociations générales*, c'est-à-dire les négociations futures qui porteront sur l'ensemble des questions pendantes entre les deux pays, le Conseil Fédéral peut accepter, sur ce point, la rédaction qui lui est soumise.

Le Conseil Fédéral ne saurait par contre accepter telles quelles les autres modi-

1. Nr. 148, Annex.

fications. Il préfère, tout d'abord, ne plus revenir sur la discussion qui eut lieu en 1923. Comme ultime concession, il admettrait une phrase disant: «n'a pas cessé de réprover et de regretter l'assassinat ... etc. ... etc. ...», mais il se refuse à sanctionner les phrases: «réprouve formellement», et «en exprime ses regrets», car ou bien ses mots n'ajoutent rien à la réalité objective et à la vérité historique ou, s'ils visent à y ajouter quelque chose, c'est une nuance importante impliquant la reconnaissance d'une faute ou le désir d'une humiliation. Le Conseil Fédéral n'entrera à aucun prix dans cette voie.

Il croit avoir démontré jusqu'ici, dans cette négociation si délicate, le souci le plus élevé de son devoir international et de son devoir national. Il a atteint maintenant les limites extrêmes de sa bonne volonté. Si, contre son espoir et contre sa loyale attente, la négociation devait être vouée à un échec, il n'en aurait pas la responsabilité.»

M. Motta, au cours du commentaire qu'il fait de son projet, expose notamment que les modifications demandées au texte que nous avons suggéré dans notre aide-mémoire du 19 janvier portent sur trois points: les Russes exigent la «réprobation formelle» du crime, ainsi que des «regrets»; enfin, ils proposent une formule selon laquelle le principe de l'aide matérielle à Mlle Worovsky serait consacré sans égard au règlement à intervenir sur l'ensemble des questions à liquider entre les deux pays.

Il résulte de la discussion que la plupart des membres du Conseil Fédéral sont d'avis qu'il faudrait tout faire pour que les négociations aboutissent, afin que nous puissions revenir à des rapports de fait normaux avec la Russie, ce autant dans l'intérêt économique de notre pays que par égard à notre situation internationale. Toutefois, nous ne pourrions en aucun cas nous laisser entraîner à des concessions et à des formules qui feraient violence à la dignité du pays et constitueraient une humiliation de la Suisse par les Soviets. Par contre, si, par l'une ou l'autre concession plutôt de forme, il est possible de faire aboutir les tractations en cours ou de démontrer à nouveau notre entière bonne volonté et prouver ainsi au monde que nous n'avons rien négligé pour arriver à une entente et qu'un échec n'est pas dû à notre faute – nous devons faire encore ce pas.

Dans cet ordre d'idées M. Motta propose l'une ou l'autre modification du texte soumis. Il donne également connaissance d'une variante pour la deuxième partie du document à remettre à M. Hennessy; mais il est finalement donné préférence au premier texte, où surtout le passage relatif à l'aide à accorder à Mlle Worovsky est notablement changé pour le mettre en accord avec les opinions émises au cours de la délibération.

Ce projet ainsi mis au point (voir ci-après le texte définitif de l'aide-mémoire à remettre à l'Ambassadeur de France encore ce soir) est adopté par la majorité du Conseil. Une proposition de M. Musy, tendant à confirmer purement et simplement le point de vue exprimé dans l'Aide-mémoire du 19 janvier 1925, ne réunit que deux voix, soit celles de MM. Musy et Chuard.

Pro Memoria

M. l'Ambassadeur de France a fait, hier soir, au chef du Département politique les communications verbales suivantes:

Des conversations se sont nouvellement engagées entre M. Herbette, Ambassadeur de France à Moscou, et M. Litvinoff. Celui-ci a informé M. Herbette que le Gouvernement des Soviets a demandé que la déclaration à lui remettre par le Gouvernement Français fût modifiée dans ce sens qu'après les mots «au Gouvernement de l'U.R.S.S.» devrait se trouver ce qui suit: «... qu'il a reçu de la part du Gouvernement de la Confédération suisse des déclarations d'où il ressort que ce Gouvernement *réprouve formellement* l'assassinat de M. Worovsky ainsi que l'attentat exécuté en même temps contre MM. Divilkovsky et Ahrens et en *exprime ses regrets* et qu'en outre, il est prêt, dans une pensée d'apaisement, à accorder à la fille de M. Worovsky une aide matérielle dont les modalités pourront être discutées lorsque des négociations directes générales s'engageront entre les deux gouvernements de l'U.R.S.S. et de la Confédération suisse».

M. Litvinoff a ajouté qu'il accepterait d'inscrire, par acte de courtoisie, dans la déclaration que le Gouvernement Français remettrait au Conseil fédéral ces mots: «Il considère que des deux côtés on n'a plus lieu d'insister sur la discussion qui se produisit à l'époque.»

Le Conseil fédéral a délibéré à nouveau, ce soir, sur les demandes nouvellement avancées par le Gouvernement des Soviets.

En ce qui concerne la question de l'aide matérielle à accorder à la fille de M. Worovsky, il ne pourrait accepter aucune modification à sa proposition précédente, telle qu'elle est formulée dans le Pro Memoria du 19 janvier. La rédaction qui lui est proposée paraîtrait consacrer le principe de l'aide matérielle sans égard au règlement à intervenir au sujet de l'ensemble des questions existantes entre les deux pays. Si, en effet, la discussion future devait être limitée uniquement aux «modalités», l'aide serait acquise quelle que pût être la solution que recevraient les autres questions. Or, dans l'esprit du Conseil fédéral, toutes ces questions sont liées entre elles.

Le mot «générales» appliqué aux négociations directes devient superflu puisque l'idée se trouve mieux exprimée par les mots «l'ensemble des questions qui sont à régler».

Quant à la discussion qui se produisit en 1923, le Conseil fédéral préfère n'y plus revenir. Comme ultime concession, il admettrait de dire: «... ce Gouvernement n'a pas cessé de réprouver et de regretter l'assassinat ...», mais il se refuse à sanctionner ces mots: «réprouve formellement» et «en exprime ses regrets», car ou bien ces mots n'ajoutent rien à la réalité objective et à la vérité historique ou, s'ils visent à y ajouter quelque chose, ils pourraient constituer une manifestation impliquant la reconnaissance d'une faute. Le Conseil fédéral ne saurait entrer à aucun prix dans cette voie.

Le Conseil fédéral croit avoir montré jusqu'ici, dans cette négociation si délicate, le souci le plus élevé de son devoir international et de son devoir national. Si, contre son espoir et contre sa loyale attente, la négociation devait être vouée à un

échec, il aurait la persuasion d'avoir fait tout ce qui dépendait de lui pour l'éviter.

Le Conseil fédéral remercie une fois de plus M. l'Ambassadeur de France ainsi que son Gouvernement des extrêmes bons offices qu'ils veulent bien continuer à lui prêter.

153

E 2001 (C) 5/5

*Die französische Gesandtschaft in Bern
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

N

Berne, 26 janvier 1926

L'Ambassade de France a l'honneur de remettre ci-joint à Son Excellence Monsieur *Motta* un texte¹ qui, dans l'esprit du Gouvernement français, répond dans la plus large mesure possible aux préoccupations du Conseil fédéral. Ce texte, s'il était accepté par le Gouvernement Suisse, serait ensuite soumis par le Gouvernement Français au Gouvernement de l'U.R.S.S.

ANNEX

Vorschlag der französischen Regierung

Le Gouvernement français, désireux de faciliter dans l'intérêt général la participation de l'U.R.S.S. à la Conférence du Désarmement et aux travaux préparatoires de cette Conférence, a l'honneur de communiquer au Gouvernement de l'U.R.S.S. qu'il a reçu de la part du Gouvernement de la Confédération Suisse des déclarations d'où il ressort que ce Gouvernement réproouve sincèrement, comme il n'a cessé de le faire, l'assassinat de *M. Worowski*, ainsi que l'attentat exécuté en même temps contre *M.M. Divilkowski* et *Ahrens* et en renouvelle ses regrets. Il en ressort, en outre, qu'il est prêt, dans une pensée d'apaisement, à accorder à la fille de *M. Worowski*, lorsque des négociations directes s'engageront entre les deux Gouvernements de l'U.R.S.S. et de la Confédération Suisse sur l'ensemble des questions qui restent à régler entre les deux Pays, une aide matérielle dont les modalités pourront alors être discutées.

1. *Als Annex abgedruckt.*

E 2001 (C) 1/19

Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta, an die Gesandten in Paris, A. Dunant, in London, C. R. Paravicini, und in Rom, G. Wagnière

Kopie

S MC. Confidentielle.

Berne, 29 janvier 1926

Ainsi que vous le savez, des négociations ont été entamées entre la Suisse et l'Égypte en vue de la conclusion d'un traité d'amitié qui assurerait à nos ressortissants en Égypte, par le moyen de la clause de la nation la plus favorisée et d'une délégation de juridiction du Gouvernement égyptien au Gouvernement suisse, la conservation des privilèges dont ils jouissent actuellement en leur qualité de protégés de Puissances capitulaires.

Ces négociations ont été conduites avec une grande habileté par M. Ernest Trembley, Président de la Commission commerciale suisse au Caire. Au mois de juin dernier, l'accord était réalisé sur tous les points, sauf en ce qui concerne l'étendue de la délégation de juridiction qui nous serait consentie par le Gouvernement égyptien, la Suisse la voulant pleine et entière et l'Égypte prétendant réserver, à l'instar du traité qu'elle a conclu, le 16 juin 1925, avec l'Allemagne, les délits contre la sûreté de l'Etat et ceux de lèse-majesté à la juridiction des tribunaux indigènes. Le Conseil Fédéral n'estima pas pouvoir céder sur ce point et les négociations furent interrompues par les vacances d'été. Elles furent reprises dès le retour de M. Trembley au Caire. Tout en restant officiellement sur ses positions, le représentant du Ministère égyptien des Affaires étrangères a fini par donner à entendre à M. Trembley que, si nous insistions, le Gouvernement égyptien pourrait envisager de l'autoriser à signer un traité d'amitié entre la Suisse et l'Égypte conforme à notre projet, mais qu'il ne pouvait garantir qu'il serait approuvé par le Parlement.

Dans ces conjonctures délicates, entièrement dominées par les difficultés intérieures que l'Égypte traverse actuellement, M. Trembley a d'abord incliné à consacrer, par la conclusion d'un traité en due forme, le résultat de ses négociations, quitte à voir échouer ses efforts devant la procédure parlementaire. Puis, à la suite d'une conversation dont il nous rend compte par le rapport que nous avons l'honneur de vous remettre en copie sous ce pli¹, il a été conduit à se demander si, en prévision de la chute imminente du Gouvernement présidé par Ziwer Pacha, il ne serait pas plus habile d'éviter un fait accompli, pour nous garder les mains libres en vue d'une reprise des négociations avec un Ministère zaghouliste.

Pour comprendre la perplexité de M. Trembley, il convient de savoir que, dès le début de la négociation, il a paru évident que la Cour du Roi Fuhad et le Gouvernement égyptien actuel comprenaient fort bien notre point de vue, auquel il n'a été fait résistance que pour tenir compte de l'opposition zaghouliste et de ses ten-

1. Nicht abgedruckt.

dances xénophobes. Il semble donc assez vraisemblable que, si nous obtenons, in extremis, que le projet suisse de traité d'amitié entre la Suisse et l'Égypte soit accepté par le Ministère Ziwer, il serait rejeté par un parlement où le parti de Zaghoul serait en majorité. Il est incontestable, d'autre part, que, si nous ne consacrons pas les résultats acquis, les négociations devraient, avec un autre Ministère, recommencer dès le début et dans des conditions sans doute moins favorables que par le passé.

Nous vous serions très reconnaissants de nous faire connaître, *aussi vite que possible*, votre opinion personnelle à ce sujet et de nous indiquer si, par des démarches discrètes, il vous serait possible de recueillir des indications sur l'orientation que va prendre, en ce qui concerne la situation des étrangers, et plus particulièrement, des Suisses, la politique intérieure égyptienne.

155

E 1004 1/298

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 31. Januar 1926

178a. Relations avec la Russie

Département Politique. Verbal

Le Chef du Département politique communique au Conseil qu'il a eu hier, à 11 ½ h., la visite de l'Ambassadeur de France, lequel lui a déclaré verbalement que le texte du Conseil fédéral n'était pas accepté par les Russes. M. Motta a pris les notes suivantes de la communication de l'Ambassadeur, notes que celui-ci lui a dictées:

«M. l'Ambassadeur de France communique que, d'après les instructions qu'il a reçues, le dernier texte du Conseil fédéral, tel qu'il ressort du Pro Memoria du 24 de janvier¹, n'est pas accepté par le *côté russe*. S'il était maintenu, la négociation devrait être considérée comme ayant échoué. Le Conseil des Commissaires du peuple, après en avoir délibéré, accepte le texte qui a été communiqué par M. l'Ambassadeur de France à Berne le 26 janvier² en supprimant le mot *modalités* et en rédigeant ainsi:

«Il en ressort, en outre, qu'il est prêt, dans une pensée d'apaisement, à accorder à la fille de M. Worowski une aide matérielle qui pourra être *précisée* lorsque des négociations directes s'engageront entre les deux Gouvernements sur l'ensemble des questions qui restent à régler entre les deux pays.»

La délégation des affaires étrangères a examiné la situation hier après-midi. Elle est d'avis qu'il faudrait encore faire un dernier effort pour aboutir à une entente. Si nous restons sur nos positions, les pourparlers seront rompus. La délégation a dès lors étudié le texte d'un nouvel aide-mémoire à remettre à l'Ambassa-

1. *Vgl. Nr. 152.*

2. *Vgl. Nr. 153.*

deur de France. M. Motta donne lecture de ce texte, basé sur un projet qu'il avait présenté à la délégation et qui n'a subi que quelques petites modifications.

Une longue discussion a lieu d'abord sur la question de savoir s'il faut céder encore partiellement ou s'il faut se tenir à la décision antérieure, puis également sur le texte soumis. On fait remarquer qu'il y a en jeu non seulement une question de prestige, mais encore d'importants intérêts économiques. Si les négociations n'aboutissent pas, il faut s'attendre à ce que les relations ne pourront pas être reprises avant des années et que, de plus, les maisons qui ont maintenant réussi à créer indirectement des rapports commerciaux avec la Russie se verront obligées – par les mesures que prendra sans doute le gouvernement soviétique – à rompre ces rapports. Il est également insisté sur nos obligations internationales et sur la situation spéciale de notre pays en tant que siège de la Société des nations.

Par contre M. Musy déclare qu'il ne pourra en aucun cas voter pour le nouvel aide-mémoire. Il estime que le Conseil fédéral est déjà allé trop loin et qu'une nouvelle concession constituerait une humiliation pour la Suisse, que notre peuple désapprouverait avec raison. N'oublions pas les injures des Soviets à notre adresse, le pillage de notre légation, les assassinats commis sur la personne de nos ressortissants. Les Soviets n'en ont jamais exprimé des excuses, pas même en ce moment, tandis qu'ils exigent de nous le renouvellement de notre réprobation et de nos regrets pour un acte dont le Gouvernement n'est pas responsable. M. Musy déclare que si le Conseil fédéral cédait, il se désolidariserait de ses collègues et se réserverait de déclarer publiquement, au moment qui lui semblerait convenable, qu'il a été opposé aux concessions et aux décisions auxquelles le Conseil se serait laissé entraîner.

M. Chuard n'y voit pas d'inconvénient à ce que l'on remette à l'Ambassadeur de France le nouvel aide-mémoire dont le projet est présenté par le département politique. Nous pouvons faire les concessions envisagées sans nous humilier. M. Chuard demande cependant que les mots «et regrette» soient supprimés. Car cela signifie que le Conseil fédéral s'excuse et reconnaît une faute. Or, jamais, nous ne pouvons nous considérer comme fautifs et comme responsables de l'assassinat de M. Worowski; cela serait contraire aux faits. A part cela, il faut bien dire que le nouveau texte est meilleur que le texte précédent et donne davantage satisfaction au point de vue suisse. Toutefois, si les mots «et regrette» ne sont pas retranchés, M. Chuard ne pourra pas émettre un vote affirmatif.

Après cette discussion, *il est procédé au vote.*

A une majorité de cinq voix (y compris celle du président) le texte proposé par le chef du Département politique est adopté sans modification.

La proposition de M. Musy de ne pas aller plus loin et de se tenir au texte de l'aide-mémoire précédent ne recueille qu'une seule voix, celle de M. Musy lui-même.

M. Chuard s'abstient de voter.

Il est en outre décidé que le Conseil fédéral ne consentira plus à aucune modification ni matérielle ni rédactionnelle, mais considère le nouveau texte comme définitif. Si donc la formule décidée aujourd'hui n'est pas acceptée, les négociations devront être considérées comme rompues.

M. Motta est chargé de joindre à l'aide-mémoire une lettre particulière à M. Hennessy, le priant de dire au Département politique si possible encore avant la séance de mardi si M. Briand a accepté la suggestion et la formule suisses, afin que le Conseil sache à quoi s'en tenir.

Pro Memoria

M. l'Ambassadeur de France a communiqué hier, de la part de son Gouvernement, au Chef du Département politique que les dernières propositions du Conseil fédéral, telles qu'elles ont été fixées dans le Pro Memoria du 24 janvier, n'ont pas paru acceptables à M. Litvinoff.

Par contre, le Conseil des Commissaires du Peuple, après en avoir délibéré, accepterait les propositions soumises également au Chef du Département politique par l'Ambassadeur de France, en date du 26 janvier, en modifiant la deuxième phrase de la déclaration à remettre par le Gouvernement Français de manière à lui donner la teneur suivante: «Il en ressort, en outre, qu'il est prêt, dans une pensée d'apaisement, à accorder à la fille de M. Worowski une aide matérielle qui pourra être *précisée* lorsque des négociations directes s'engageront entre les deux Gouvernements de l'U.R.S.S. et de la Confédération Suisse sur l'ensemble des questions qui restent à régler entre les deux pays.»

Le Chef du Département politique a l'honneur de faire savoir à M. l'Ambassadeur de France que le Conseil fédéral ne peut accepter ces propositions. L'adverbe «sincèrement», ajouté au verbe «réprouve», ou est inutile ou fait naître l'idée que le Conseil fédéral devrait marquer expressément la sincérité de sa réprobation antérieurement manifestée, chose évidemment inadmissible. Les mots «en renouvelle ses regrets» sont, eux aussi, inacceptables parce qu'ils ne pourraient être interprétés que comme l'aveu d'une faute, ce qui doit également être écarté.

Quant à l'aide matérielle à la fille de M. Worowski, il convient de répéter une fois de plus que, dans l'esprit du Conseil fédéral, cette question se pose en connexion intime avec l'ensemble des questions qui restent à régler entre les deux pays. Or la formule consistant à dire que l'aide pourra être «précisée» lors des négociations directes est équivoque parce qu'elle pourrait laisser entendre qu'il est préjugé dès à présent de la solution à donner à ce point.

En présence de cet état de choses, le Conseil fédéral ne se trouve plus en mesure de formuler lui-même d'autres propositions que celles exposées dans le Pro Memoria du 24 janvier.

Si, cependant, le Gouvernement Français estimait pouvoir soumettre aux deux Parties la proposition transactionnelle envisagée dans la conversation qui eut lieu le 27 janvier avec M. l'Ambassadeur de France à Berne, Conseil fédéral serait disposé à l'accepter à la condition formelle que l'acceptation par l'autre Partie fût également assurée. Cette proposition aurait la teneur suivante:

«Le Gouvernement Français, désireux de faciliter dans l'intérêt général la participation de l'U.R.S.S. à la Conférence du désarmement et aux travaux préparatoires de cette Conférence, a l'honneur de communiquer au Gouvernement de l'U.R.S.S. qu'il a reçu de la part du Gouvernement de la Confédération Suisse des

déclarations d'où il ressort que ce Gouvernement réproûve et regrette, comme il n'a cessé de le faire, l'assassinat de M. Worowski, ainsi que l'attentat exécuté en même temps contre MM. Divilkovsky et Ahrens. Il en ressort, en outre, qu'il sera prêt, dans une pensée d'apaisement, à accorder à la fille de M. Worowski, lorsque des négociations directes s'engageront entre les deux Gouvernements de l'U.R.S.S. et de la Confédération Suisse sur l'ensemble des questions qui restent à régler entre les deux pays, une aide matérielle dont les modalités pourront alors être discutées conjointement avec ces questions.»

Le Chef du Département politique présente à M. l'Ambassadeur de France, avec ses remerciements réitérés, l'expression de ses sentiments de haute considération.

Berne, le 31 janvier 1926.

156

E 2001 (C) 5/5

*Der Genfer Staatsrat an den Bundesrat*¹

S

Genève, 2 février 1926
(Ankunft: 5. Februar 1926)

En date du 23 décembre 1925, le Conseil d'Etat vous a adressé une lettre² vous disant les inquiétudes que nous causaient certains commentaires de la presse étrangère sur la décision de la République soviétique de ne figurer dans aucune commission de la Société des Nations, tant que Genève sera le siège de cette institution; vous avez bien voulu par office du 30 décembre (Département politique fédéral)³ renseigner le Conseil d'Etat sur l'attitude que prendrait le Conseil fédéral.

Aujourd'hui, la question paraît avoir pris une urgence plus grande et de tous côtés les opinions les plus diverses se manifestent.

Le Conseil d'Etat tient dans ces conditions à vous faire savoir qu'il n'approuve en aucune manière les démarches de quelques personnes qui ont demandé au Conseil fédéral de faire preuve de l'intransigeance la plus absolue vis-à-vis de la République soviétique, quelles qu'en puissent être les conséquences pour Genève, siège de la Société des Nations.

Autant et plus que quiconque, le Conseil d'Etat est soucieux de la dignité et de l'honneur de notre pays, mais il a le sentiment que sans y porter la moindre atteinte, le Conseil fédéral, en qui il met toute sa confiance pourra trouver la solution qui sauvegardera les intérêts de notre cité.

1. *Unterzeichnet von: A. Moriaud, Präsident, und Th. Bret, Kanzler.*

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Nicht abgedruckt.*

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. Februar 1926¹*184. Traité de conciliation, de règlement judiciaire
et d'arbitrage entre la Suisse et la Roumanie

Département politique. Proposition du 29 janvier 1926

A la suite de l'approbation, par l'Assemblée fédérale, du rapport du Conseil fédéral concernant les traités internationaux d'arbitrage du 11 décembre 1919², le Département politique fit à tous les Etats avec lesquels la Suisse entretient des relations diplomatiques des ouvertures en vue de la conclusion d'un accord conforme aux principes relatifs au règlement pacifique des conflits internationaux adoptés par le Conseil fédéral. En 1922, ces ouvertures trouvèrent un accueil assez froid auprès du Gouvernement roumain; mais, dans le courant de 1925, le Département politique fut informé par la Légation de Suisse à Bucarest qu'un revirement s'était produit dans les vues du Gouvernement roumain et que des propositions tendant à la conclusion d'un traité de conciliation et d'arbitrage inspiré du traité conclu entre la Suisse et la France, le 6 avril 1925³, nous seraient faites par le Ministre de Roumanie à Berne. En effet, M. Petresco-Comnène a soumis au dit Département, au mois d'août dernier, un projet de traité de conciliation et d'arbitrage entre la Suisse et la Roumanie⁴, dont le plan général était calqué sur le traité franco-suisse du 6 avril 1925, mais dans lequel avaient été insérées de nombreuses réserves, en particulier celle dite «de l'honneur et de l'indépendance» qui lui ôtaient son caractère obligatoire, de sorte que le Département politique dut répondre au Ministre de Roumanie que, dans sa forme première, ce projet ne paraissait pas pouvoir être utilisé comme base de discussion et que la Suisse ne consentirait à entrer en négociations qu'en vue de la conclusion d'un traité dont l'exécution ne serait pas laissée à la bonne volonté d'une seule des Parties. M. Petresco-Comnène promit de s'entremettre dans ce sens et, au début de décembre, il fut en mesure d'annoncer que le Gouvernement roumain était prêt à conclure avec la Suisse un traité de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage de caractère véritablement obligatoire, sous la seule condition que les litiges d'ordre territorial fussent expressément réservés. A l'objection qu'une semblable réserve paraissait difficilement explicable entre deux Etats qui, comme la Suisse et la Roumanie, n'ont pas de frontières communes et entre lesquels les litiges d'ordre territorial semblent pratiquement exclus, M. Petresco-Comnène répondit que son Gouvernement, préoccupé de maintenir l'intégrité des frontières actuelles de la Roumanie, attachait une importance de principe à ne se lier, avec qui que ce

1. *Abwesend: Schulthess.*

2. BBl 1919, V, S. 925ff.

3. *Vertragstext in:* BBl 1925, II, S. 426ff.

4. E 2001 (C) 7/6. *Vgl. dazu Nr. 84.*

fût, par aucun traité qui ne contiendrait pas d'expresses réserves à cet égard. Le Chef du département politique eut, à cette époque, l'occasion de consulter verbalement le Conseil fédéral sur la question de savoir si la réserve concernant les litiges d'ordre territorial, condition sine qua non d'un traité de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage avec la Roumanie, pourrait être acceptée par la Suisse⁵. Le Conseil fédéral ayant répondu par l'affirmative, des négociations s'engagèrent entre le Ministre de Roumanie à Berne et le Chef de la Division des Affaires étrangères et aboutirent, le 28 janvier 1926, à un accord de principe au sujet du texte⁶ joint à la proposition.

Le projet de traité de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage entre la Suisse et la Roumanie est fort libéral. Abstraction faite des litiges d'ordre territorial, qui sont à peine concevables entre Etats sans frontières communes, il s'applique à tous les différends, de quelque nature que ce soit, qui viendraient à s'élever entre les deux Etats. Ces litiges seront soumis, sans exception, à une procédure de conciliation semblable à celle que prévoient les autres accords de ce genre conclus par la Suisse. En cas d'échec de la procédure de conciliation, les différends seront, sauf accord contraire, portés devant la Cour permanente de Justice internationale, en vertu d'un compromis de règlement judiciaire, s'il peut être conclu dans un délai de six mois, et à la requête d'une seule des Parties, si la négociation du compromis ne peut être menée à chef dans le délai prévu. La Cour permanente de Justice internationale sera compétente dans tous les cas; s'il s'agit d'un litige qui ne rentre pas dans le cadre de l'article 36, alinéa 2, de son Statut, elle jugera *ex aequo et bono*. Bien que les négociations entre la Suisse et la Roumanie aient eu comme point de départ le traité franco-suisse de conciliation et d'arbitrage obligatoires, elles ont donc abouti à l'institution d'une procédure semblable à celle que prévoit le traité italo-suisse de conciliation et de règlement judiciaire, du 20 septembre 1924.

Cependant, le traité de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage entre la Suisse et la Roumanie stipule expressément que les Parties pourront s'entendre pour soumettre un différend déterminé à un tribunal arbitral, plutôt qu'à la Cour permanente de Justice internationale, et il prévoit d'avance quelle sera la procédure qui sera suivie dans cette éventualité (Tribunal arbitral de cinq membres, négociation d'un compromis arbitral, application de la procédure prévue par la Convention de La Haye du 18 octobre 1907 pour le règlement pacifique de conflits internationaux au cas où le compromis ne pourrait être conclu dans un délai de six mois). L'insertion de ces clauses relatives à une procédure arbitrale facultative – puisqu'il dépendra d'une seule des Parties de lui préférer le règlement judiciaire – répond à un désir formellement exprimé par la Roumanie, auquel on peut déférer sans inconvénient.

Il semble inutile d'entrer dans le détail des articles du projet de traité dont il s'agit, qui ont tous été repris dans des accords analogues déjà conclus par la Suisse. En ce qui concerne, toutefois, l'article 4, aux termes duquel la désignation des

5. *Vgl. BR-Protokoll vom 1.12.1925* (E 1004 1/297, Nr. 2385).

6. E 2001 (C) 7/6. *Vgl. Vertragstext in: BBl 1926, I, S. 528ff.*

membres de la Commission permanente de conciliation qui doivent être désignés en commun par les deux Gouvernements sera faite par le Président de la Cour permanente de Justice internationale ou, si celui-ci est ressortissant de l'un des Etats contractants, par le Vice-Président ou, si ce dernier est dans le même cas, par le membre le plus âgé de la Cour, au cas où l'accord ne pourrait être réalisé entre les Parties dans le délai prévu par le traité, il convient de remarquer que le Gouvernement roumain aurait attaché du prix à ce que ce mandat éventuel fût confié au Président du Conseil de la Société des Nations. Le Département politique a trouvé des objections de principe à faire intervenir, si indirectement que ce soit, dans une procédure destinée à assurer le règlement des conflits internationaux par des moyens soustraits à toute influence politique, le Président du Conseil de la Société des Nations, dont le rôle est essentiellement politique. Après quelques hésitations, le Gouvernement roumain s'est rangé à cette manière de voir.

M. Petresco-Comnène a fait savoir que le Gouvernement roumain attacherait beaucoup de prix à ce que le traité de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage pût être conclu à temps pour être soumis à l'actuel Parlement roumain, dont la législature prend fin dans une quinzaine de jours. Le traité envisagé présentant un véritable intérêt pratique en raison des importantes affaires actuellement pendantes entre la Suisse et la Roumanie, il semble opportun de saisir l'occasion, qui, peut-être, ne se retrouverait pas, de le mener à chef très rapidement.

Il est *décidé* d'approuver le projet de traité de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage obligatoires entre la Suisse et la Roumanie, et de délivrer à M. Motta, Conseiller fédéral, Chef du Département politique, les pouvoirs nécessaires pour procéder, *aussitôt que possible*, à la signature de ce traité⁷.

7. Der Vertrag wurde am 3.2.1926 in Bern unterzeichnet und trat am 27.8.1926 in Kraft. Vgl. auch BR-Botschaft vom 16.4.1926, in: BBl 1926, I, S. 525ff.

158

E 1004 1/298

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. Februar 1926¹

183. Interprétation du Pacte de la Société des Nations.

Réponses du Comité spécial de juristes aux questions qui lui ont été posées par le Conseil de la Société des Nations en date du 28 septembre 1923

Département politique. Proposition du 26 janvier 1926

Le Conseil de la Société des Nations avait, par une résolution du 28 septembre 1923, chargé un Comité spécial de juristes de répondre à certaines questions relatives à l'interprétation du Pacte et à d'autres points de droit international. Il s'a-

1. Abwesend: Schulthess.

gissait de problèmes qui avaient surgi à propos du conflit italo-grec provoqué par l'attentat de Janina et par l'occupation de Corfou. Le Comité termina ses travaux le 24 janvier 1924 et remit ses réponses au Conseil, qui les approuva en bloc le 13 mars 1924. Elles furent communiquées aux Membres de la Société par une lettre du Secrétariat Général en date du 22 mars 1924². La V^e Assemblée de la Société des Nations n'entra pas en discussion sur les diverses réponses. Elle décida, en outre, de renvoyer à sa prochaine session l'étude d'une proposition néerlandaise tendant à soumettre le préavis des juristes à l'examen de la commission juridique de l'Assemblée. Quelques délégués, toutefois, ne laissèrent pas échapper l'occasion, lors de la discussion sur l'œuvre du Conseil, d'exprimer leur manière de voir à l'égard du rapport des juristes. Le porte-parole de la délégation suisse, notamment, M. Ador, déclara que les réponses étaient en partie satisfaisantes, mais que, sur quelques points, elles paraissaient appeler encore des précisions (voir le rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur la V^e Assemblée de la Société des Nations, pages 39 et ss.)³.

La VI^e Assemblée de la Société des Nations, elle, adopta la résolution suivante le 21 septembre 1925:

«L'Assemblée prie le Conseil de la Société d'inviter les Gouvernements des Etats Membres qui trouveraient dans le rapport du Comité spécial de juristes visé par la résolution du Conseil du 28 septembre 1923 des points douteux à élucider, ou qui auraient d'autres observations à faire sous ce rapport, à les faire parvenir au Secrétariat de la Société des Nations avant le 1^{er} février 1926, aux fins d'un examen éventuel par une commission à nommer par le Conseil.» (Voir rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur la VI^e Assemblée de la Société des Nations, page 10.)⁴

Le Secrétariat général envoya au Département politique fédéral, le 10 octobre 1925, l'invitation prévue dans la résolution susmentionnée⁵.

Deux des questions qui avaient été soumises au Comité de juristes ont une importance très considérable pour la Suisse; ce sont celles de savoir: 1. si certaines mesures de coercition prises par un Membre de la Société des Nations contre un autre Membre sont conciliables avec les termes des articles 12 à 15 du Pacte, et 2. si la responsabilité d'un Etat se trouve engagée par un crime politique commis sur des étrangers sur son territoire. Comme les réponses relatives à ces questions sont justement les plus imprécises et que, d'autre part, le Département politique avait appris que M. D. Schindler, privat-docent pour le droit des gens à l'Université de Zurich, avait fait de ces deux questions l'objet d'une étude approfondie, il a cru utile de faire appel à lui et de le prier de rédiger un préavis exposant le point de vue suisse quant au rapport du Comité de juristes. M. Schindler se chargea de ce travail et, après avoir eu l'occasion de discuter l'un ou l'autre point avec M. le Professeur Max Huber, il soumit au Département politique le

2. *Nicht ermittelt. Vgl. auch* SdN, Journal Officiel, 1924, Nr. 4, S. 523ff.

3. BBl 1925, I, S. 36ff.

4. BBl 1925, III, S. 682.

5. E 2001 (C) 5/6.

projet qu'on lui avait demandé. Le Département politique étant, en principe, d'accord avec la plupart des vues qui s'y trouvent exposées, a établi, sur cette base, un aide-mémoire définitif, dont un exemplaire est joint à la proposition⁶.

Il est *décidé* d'adresser cet aide-mémoire au Secrétariat Général de la Société des Nations, avec une lettre d'envoi, en réponse à sa communication du 10 octobre dernier.

ANNEX

E 2001 (C) 5/6

AIDE-MÉMOIRE

Il serait désirable d'examiner, tout d'abord, la nature juridique des réponses du Comité de juristes. Le Conseil ne s'est, en effet, pas prononcé sur ce point dans sa résolution du 13 mars 1924, approuvant en bloc les réponses.

Le Pacte de la Société des Nations ne contient aucune disposition quant à la manière de procéder pour l'interpréter. Il ne semble, cependant, guère douteux que c'est à l'organe de la Société auquel il incombe de traiter un cas concret qu'il appartient également d'*interpréter le Pacte en vue de son application*. Une telle interprétation ne revêt, naturellement, aucun caractère obligatoire en dehors du cas qui l'a provoquée. Il appartient à la Cour permanente de Justice internationale de donner, dans un avis consultatif, une *interprétation abstraite du Pacte*. Il n'est guère contestable que les réponses du Comité de juristes, telles qu'elles ont été approuvées par le Conseil, n'ont pas un caractère obligatoire. Cette opinion a déjà été défendue par M. G. Ador, membre de la délégation suisse, dans le discours qu'il a prononcé à la séance plénière de l'Assemblée du 8 septembre 1924, à l'occasion de la discussion sur l'œuvre du Conseil. Parlant des réponses des juristes, M. Ador a dit :

«Le Conseil en a pris acte et ce document ne peut être considéré comme une interprétation authentique du Pacte et comme ayant un caractère obligatoire.»

Et M. Ador soulignait le fait qu'en particulier, l'Assemblée de la Société des Nations ne saurait être liée par une interprétation du Conseil lorsqu'il ajoutait :

«La souveraineté de l'Assemblée doit rester entière en ce qui concerne l'interprétation du Pacte.»

D'autres orateurs soutinrent le même point de vue. En effet, il ne subsiste aucun doute à ce sujet : Il appartient aux Parties contractantes seules – abstraction faite des cas mentionnés ci-dessus – d'interpréter un traité international. Il serait contraire à ce principe que le Conseil, dans lequel un nombre limité d'Etats Membres sont représentés, eût la faculté de donner du Pacte une interprétation qui serait obligatoire pour les autres Membres. L'Assemblée, par contre, en tant qu'organe qui réunit tous les Etats contractants, peut donner par une décision unanime, – décision qui ne revêt, cependant, pas un caractère absolument obligatoire, – une interprétation abstraite du Pacte. C'est vers une décision de ce genre que pourrait tendre, semble-t-il, la discussion à laquelle les réponses des juristes donneraient lieu à l'Assemblée.

En ce qui concerne son *interprétation authentique*, au sens strict du mot, le Pacte ne renferme, on l'a dit, aucune disposition. Il faut admettre, néanmoins, que les principes en usage pour l'interprétation du droit public interne devraient trouver ici, par analogie, leur application. De même que l'on ne peut donner l'interprétation authentique d'une loi que par la voie législative, il y aurait lieu d'appliquer au Pacte de la Société des Nations la procédure de révision prévue à l'article XXVI (voir à ce propos les déclarations qui ont été faites à la première Commission de la IIe Assemblée par M. Motta et par M. Erich, délégué finlandais; Actes de la IIe Assemblée, tome I, pages 96-97). Toutefois, cette méthode d'interprétation ne peut guère être envisagée dans le cas particulier.

Après ces remarques d'ordre général, passons à l'examen des points particuliers.

1ère question.

«Le Conseil, saisi par un Membre de la Société des Nations d'un différend présenté par ce Membre comme «susceptible d'entraîner une rupture» conformément aux termes de l'article XV du Pacte,

6. *Als Annex abgedruckt.*

doit-il, avant tout autre examen, soit à la demande de l'autre Partie, soit d'office, se prononcer sur le point de savoir si, dans l'espèce, une telle application est bien fondée?»

1ère réponse.

«Le Conseil, saisi par un Membre de la Société des Nations d'un différend présenté par ce Membre comme «susceptible d'entraîner une rupture» conformément aux termes de l'article XV du Pacte, ne doit pas, avant tout autre examen, soit à la demande de l'autre Partie, soit d'office, se prononcer sur le point de savoir si, dans l'espèce, une telle qualification est bien fondée.

Le Conseil peut, à tout moment, apprécier la gravité du différend et régler en conséquence les modalités de son action.»

On pourrait conclure, de la teneur du premier alinéa de cette réponse (Le Conseil ne doit pas ...; the Council ... is not bound ...) ainsi que du deuxième (Le Conseil peut ...; the Council may ...) que le Conseil n'est pas *obligé* d'examiner la question de savoir si le différend est susceptible d'entraîner une rupture, mais qu'il est libre de le faire. Il ne serait ainsi pas tenu de se saisir d'un différend qui lui serait soumis conformément à l'article XV, alinéa 1er, du Pacte de la Société des Nations, s'il ne l'estimait pas «susceptible d'entraîner une rupture». Cela ne nous paraîtrait pas correspondre à l'esprit du Pacte. Il faut, à notre avis, laisser à chaque Membre de la Société des Nations la faculté d'apprécier si le conflit est susceptible d'entraîner une rupture et si, par conséquent, il doit être porté devant le Conseil, conformément à l'article XV. La question de savoir si un différend est susceptible d'entraîner une rupture dépend tellement d'éléments purement subjectifs que seuls les intéressés eux-mêmes sont en état d'apprécier la gravité de ces éléments. Le Conseil, lui, manquerait d'un critère objectif. C'est pourquoi il est tenu de se saisir de tout différend qui lui est soumis conformément à l'article XV, alinéa 1er (exception faite des cas mentionnés dans les réponses 2 et 3).

Une comparaison entre les articles XIII et XV du Pacte semblerait conduire à la même conclusion. L'article XIII vise la procédure arbitrale ou judiciaire. Celle-ci peut trouver application s'il n'est pas possible de régler le différend «de façon satisfaisante par la voie diplomatique». Cette dernière disposition ne figure pas à l'article XV, qui pose les principes de la procédure en cas d'appel au Conseil. Des négociations diplomatiques ne doivent, donc, pas nécessairement précéder l'appel au Conseil. Il faut laisser, dans une large mesure, à l'appréciation des Etats intéressés le soin de décider s'ils veulent ou non poursuivre ces négociations. Dans son arrêt du 30 août 1924, concernant l'affaire des Concessions Mavrommatis en Palestine (Publications de la Cour, Série A, No 2), la Cour permanente de Justice internationale a dit à ce propos (page 13): «L'appréciation de l'importance et des chances de réussite d'une négociation diplomatique est essentiellement relative. Une négociation ne suppose pas toujours et nécessairement une série plus ou moins longue de notes et de dépêches; ce peut être assez qu'une conversation ait été entamée; cette conversation a pu être très courte; tel est le cas si elle a rencontré un point mort, si elle s'est heurtée finalement à un non possumus ou à un non volumus péremptoire de l'une des Parties et qu'ainsi il est apparu avec évidence que le différend n'est pas susceptible d'être réglé par une négociation diplomatique ... (page 15): La Cour se rend bien compte de toute l'importance de la règle suivant laquelle ne peuvent être portées devant elle que des affaires qui ne sont pas susceptibles d'être réglées par négociations; elle reconnaît, en effet, qu'avant qu'un différend fasse l'objet d'un recours en justice, il importe que son objet ait été nettement défini au moyen de pourparlers diplomatiques. Cependant, pour l'application de cette règle, la Cour ne peut pas se dispenser de tenir compte, entre autres circonstances, de l'appréciation des Etats intéressés eux-mêmes, qui sont les mieux placés pour juger des motifs d'ordre politique pouvant rendre impossible la solution diplomatique d'une contestation déterminée.»

Si, donc, même là où la disposition de l'article XIII visant l'échec des négociations diplomatiques doit trouver son application, l'avis des Etats quant à l'opportunité de faire appel à la Cour de Justice ou au Tribunal arbitral est déterminant, cet avis devrait l'être a fortiori là où, comme à l'article XV, une disposition analogue n'a pas été insérée.

C'est sur ces quelques points qu'il nous semblerait désirable que la première réponse fût précisée.

2ème question.

«Le Conseil, saisi, conformément à l'article XV, paragraphe I, par un des Membres de la Société des Nations, doit-il, à la demande d'une Partie, soit d'office, surseoir à l'examen du différend quand, par une autre voie, se poursuit, du consentement des Parties, la solution de ce différend?»

2ème réponse.

«Quand un différend est, contrairement aux termes de l'article XV, alinéa I, porté devant le Conseil, à la requête de l'une des Parties, alors que ce même différend fait déjà l'objet d'une procédure arbitrale ou judiciaire quelconque, le Conseil doit se refuser à procéder à l'examen de la requête.

Si, d'accord entre les Parties, la même affaire entre lesdites Parties se trouve avoir été précédemment portée devant une autre juridiction et s'y poursuit régulièrement ou se poursuit de même par une autre voie, il est conforme aux principes généraux du droit que le renvoi puisse être demandé et ordonné.»

La réponse des juristes distingue deux cas et prévoit pour chacun d'eux une solution spéciale. Le premier cas est celui dans lequel le différend «fait l'objet d'une procédure arbitrale ou judiciaire quelconque»; on est en présence du second quand l'affaire «se trouve avoir été portée devant une autre juridiction et s'y poursuit régulièrement ou se poursuit de même par une autre voie».

Dans le premier cas, le Conseil doit «se refuser à procéder à l'examen de la requête». Cette réponse doit être considérée comme satisfaisante. Il est conforme, d'ailleurs, aux stipulations des articles XII à XV du Pacte qu'un différend qui est soumis à la procédure arbitrale ou judiciaire ne puisse pas être porté en même temps devant le Conseil.

Mais tout en étant exacte, cette réponse pourrait donner lieu à des malentendus qu'il est utile d'éviter: Elle pourrait faire croire que le Conseil n'est incompétent que si le différend fait *déjà* l'objet d'une procédure arbitrale ou judiciaire, alors qu'il va de soi qu'il doit également se refuser à examiner le fond de l'affaire dans les circonstances suivantes:

1) lorsqu'aucune instance quelconque n'est encore saisie du différend, mais que les Parties sont tenues en vertu d'une convention de le porter devant une instance arbitrale ou judiciaire;

2) lorsque le conflit est déjà pendant ou doit obligatoirement être porté devant une instance de conciliation et que les Parties sont obligées d'en saisir une instance arbitrale ou judiciaire en cas d'échec de la procédure de conciliation.

Les mêmes raisons, en effet, exigent que le Conseil se déclare incompétent quand le différend fait déjà l'objet d'une procédure judiciaire ou arbitrale et lorsqu'il s'agit des cas qui viennent d'être mentionnés.

Les membres de la Société des Nations sont libres de compléter et de renforcer par des conventions particulières les obligations tout à fait générales qu'ils ont contractées en matière de règlement pacifique de leurs différends par leur participation à la Société des Nations. Des accords de ce genre ne peuvent qu'étayer le principe fondamental de la Société des Nations, la solution pacifique des conflits internationaux. Ils constituent un progrès par rapport au Pacte lui-même; aussi une résolution de la IIIème Assemblée de la Société des Nations, en date du 22 septembre 1922, recommandait-elle spécialement aux Etats membres la conclusion de traités de conciliation particuliers. Par la conclusion de nombreuses conventions de règlement judiciaire, d'arbitrage et de conciliation, la Suisse a manifesté sa volonté arrêtée de contribuer dans la mesure de ses forces à perfectionner la procédure pour le règlement pacifique des conflits internationaux. Ces conventions, qu'elles traitent de la procédure de conciliation, d'une procédure arbitrale ou judiciaire, représentent, comparées aux principes correspondants du Pacte de la Société des Nations, une *lex specialis*. Celle-ci, conformément à une règle généralement admise, prime le Pacte, considéré comme *lex generalis*. Pour autant que des traités de ce genre existent, l'appel du Conseil ne devrait donc avoir lieu, conformément à l'article XV, qu'en dernier lieu, c'est-à-dire quand la procédure particulière convenue n'aboutit pas à la solution du conflit. Ce serait contredire au principe du respect des traités tel que le proclame le préambule du Pacte de la Société des Nations (il importe ... de respecter scrupuleusement toutes les obligations des traités dans les rapports mutuels des peuples organisés) que l'une des Parties contractantes voulût, malgré les conventions existantes, soumettre immédiatement un différend au Conseil. Il semble bien que le Conseil aurait, avant tout, le devoir de rappeler l'Etat demandeur au respect de ses engagements contractuels.

Le fait que le Comité de juristes se sert, dans le second alinéa de sa réponse, d'une formule différente est dû, apparemment, à l'intention de marquer que le Conseil, dans les cas visés, contrairement à ce qui se passe dans les cas mentionnés dans le premier alinéa, *peut* et non *doit* décider le renvoi. La décision à prendre dépendrait donc de l'appréciation du Conseil.

3ème question.

«L'exception déduite de l'article XV, paragraphe 8, du Pacte, est-elle la seule exception d'incompétence tirée du fond qui puisse être opposée à l'examen du Conseil?»

3ème réponse.

«Quand un différend, susceptible d'entraîner une rupture, est porté devant le Conseil, à la requête de l'une des Parties conformément aux termes de l'article XV, paragraphe I, le cas envisagé par le paragraphe 8 de l'article XV est le seul cas où le Conseil n'a pas à examiner le différend.

Notamment, les réserves généralement admises dans la plupart des traités d'arbitrage ne peuvent faire l'objet d'une exception opposable par l'une des Parties.

Le Comité croit utile de faire observer que, le cas échéant, le Conseil, en réglant les modalités de son action, devra tenir compte des engagements internationaux tels que les traités d'arbitrage et les ententes régionales qui assurent le maintien de la paix.»

La réponse donnée à cette question paraît également satisfaisante. Une nouvelle discussion sur la portée de l'exception déduite de l'article XV, alinéa 8, du Pacte, n'apparaît plus comme nécessaire depuis l'avis consultatif N° 4 donné par la Cour permanente de Justice internationale le 7 février 1923.

Nous avons vu avec plaisir le Comité de juristes se prononcer dans le troisième alinéa de sa réponse sur une question particulière. Il est reconnu, dans cette remarque, que le Conseil, en réglant les modalités de son action, aurait à tenir compte, par exemple, aussi de la neutralité suisse.

4ème question.

«Des mesures de coercition qui ne sont pas destinées à constituer des actes de guerre sont-elles conciliables avec les termes des articles XII à XV du Pacte quand elles sont prises par un Membre de la Société des Nations contre un autre Membre de la Société sans recours préalable à la procédure prévue dans ces articles?»

4ème réponse.

«Des mesures de coercition qui ne sont pas destinées à constituer des actes de guerre peuvent être conciliables ou non avec les termes des articles XII à XV du Pacte, et il appartient au Conseil, saisi du différend, de décider immédiatement, en s'inspirant de toutes les circonstances et de la nature des mesures prises, s'il y a lieu de recommander le maintien ou la cessation de celles-ci.»

Cette réponse présente quelques lacunes et mériterait, de ce fait, d'être précisée.

Il conviendrait de faire la clarté sur ce qu'il faut entendre par ces mots «qui ne sont pas destinées à constituer des actes de guerre». Doit-on se baser sur les intentions de l'Etat qui prend les mesures de coercition ou bien leur caractère même doit-il être considéré comme déterminant? Il semble que seul un critère objectif devrait être employé. C'est la nature de la mesure prise, et non les intentions qui l'ont dictée, qui tranche de son admissibilité ou non.

Le Comité de juristes reconnaît, d'autre part, dans sa réponse, qu'il y a certaines «mesures de coercition qui ne sont pas destinées à constituer des actes de guerre», mais qui contreviennent, néanmoins, aux dispositions des articles XII à XV du Pacte. C'est ce point aussi qu'il importerait d'élucider.

Sans vouloir examiner la question sous tous ses aspects, il devrait être possible, cependant, d'énumérer un certain nombre de mesures de coercition qui ne seraient certainement pas autorisées. Tel serait, avant tout, le cas des mesures qui touchent à la souveraineté territoriale d'un Etat. Il faut considérer comme incompatible avec les articles XII à XV du Pacte le fait pour un Etat de violer le territoire d'un autre Etat au cours de la procédure pacifique et avant l'expiration du délai prévu à l'article XII. Cela résulte déjà de cette considération que, s'il était permis à un Etat de faire usage d'une mesure de coercition contre un autre Etat, celui-ci devrait être fondé à prendre la même mesure à l'égard de celui-là. Des mesures de ce genre, qui, si elles étaient prises simultanément par les deux Etats conduiraient infailliblement à la guerre, ne peuvent pas être compatibles avec les articles XII à XV.

L'obligation de respecter le territoire des Etats découle, du reste, des termes mêmes de l'article X du Pacte. Il résulte de cette disposition que les Etats membres «sont tenus de s'abstenir de toute entreprise violente» (voir le message du Conseil Fédéral à l'Assemblée Fédérale du 4 août 1919 concernant la question de l'accession de la Suisse à la Société des Nations, page 17).

5ème question.

«A quelles conditions et dans quelles limites la responsabilité de l'Etat se trouve-t-elle engagée par le crime politique commis sur des étrangers sur son territoire?»

5ème réponse.

«La responsabilité d'un Etat pour un crime politique commis sur la personne des étrangers sur son territoire ne se trouve engagée que si cet Etat a négligé de prendre toutes les dispositions appropriées en vue de prévenir le crime et en vue de la poursuite, de l'arrestation et du jugement du criminel.

Le caractère public reconnu que revêt un étranger, les circonstances dans lesquelles il se trouve sur le territoire de l'Etat entraînent pour celui-ci un devoir de vigilance spéciale à son égard.»

La question et la réponse se rapportent aux «crimes politiques», sans chercher à les définir; on pourrait admettre qu'il y a crime politique «quand les attentats dont les étrangers sont victimes sont nettement inspirés par une hostilité à leur nationalité, en d'autres termes, quand ils sont frappés comme ressortissants d'un pays déterminé», avant tout, donc, quand – les conditions ci-dessus se trouvant réalisées – «la victime est revêtue d'un caractère public et que l'agression est dirigée contre elle en raison de cette qualité»⁷.

On peut se demander s'il ne conviendrait pas de parler, d'une manière plus générale, de crimes commis sur des étrangers et non pas seulement d'attentats politiques. On peut dire, en général, que la responsabilité d'un Etat se trouve, en tout cas, non pas plus, mais moins engagée par des crimes n'ayant pas le caractère politique.

En ce qui concerne les «dispositions appropriées», la question de savoir si elles ont été prises ou non, ne saurait être tranchée que dans des cas concrets. Quelques éclaircissements paraissent toutefois possibles. Ainsi, l'Etat n'a pas l'obligation d'accorder aux étrangers une protection plus étendue qu'à ses nationaux, pour autant, du moins, que ceux-là ne se trouvent pas menacés d'une façon manifeste du fait même de leur qualité d'étranger. Un Etat n'a pas non plus à prévenir ou à réprimer un crime différemment suivant que celui-ci est dirigé contre un étranger ou contre un national.

Il semble évident – quoiqu'il puisse être indiqué de l'ajouter – qu'un Etat n'est pas responsable du jugement prononcé contre le criminel, mais seulement de sa poursuite, de son arrestation et de sa tradition devant les tribunaux, conformément aux lois en vigueur. En effet, «si – pour nous servir des paroles de M. Ch. de Visscher⁸ – les criminels traduits en accusation devant les juridictions régulièrement constituées ont été jugés dans les formes de procédure prescrites par la loi locale, la responsabilité de l'Etat est à couvert».

Pour ce qui a trait aux cas envisagés dans le deuxième alinéa de la réponse, les termes employés par M. Ador dans la séance plénière de l'Assemblée du 8 septembre 1924 semblent encore parfaitement appropriés. M. Ador a dit qu'un Etat «a seulement le devoir d'empêcher, autant que faire se peut, les attentats contre les ressortissants officiels d'autres Etats qui remplissent sur son territoire une mission officielle».

Il serait opportun, enfin, de mentionner certaines circonstances qui pourraient être de nature à atténuer la responsabilité des Etats qu'il s'agisse des cas traités aux alinéas 1 ou 2. Une faute, par exemple, que viendrait à commettre l'étranger lui-même entraînerait une diminution de la responsabilité. Il en serait de même si le crime commis sur l'étranger devait son origine à des événements de politique intérieure survenus dans sa patrie. Effectivement, la responsabilité internationale d'un Etat doit être réduite si le crime résulte de tensions politiques ayant surgi sans que l'Etat sur le territoire duquel le crime est commis n'y ait aucune part et sans qu'il puisse exercer une influence en vue de les diminuer ou de les supprimer.

Toute réponse qu'on tentera de donner à la cinquième question sera nécessairement si générale que son application à des cas concrets donnera lieu à des divergences d'opinions. On peut remarquer ici que la question de la responsabilité des Etats est précisément de celles qui se prêtent à une solution judiciaire ou arbitrale; aussi l'article XIII, alinéa 2 du Pacte mentionne-t-il expressément comme tels:

«les différends relatifs ... à la réalité de tout fait qui, s'il était établi, constituerait la rupture d'un engagement international, ou à l'étendue ou à la nature de la réparation due pour une telle rupture».

7. *Anmerkung im Dokument*: D'après M. Ch. de Visscher, dans la Revue de droit international et de législation comparée, tome V (1924), p. 390.

8. *Anmerkung im Dokument*: Loc. cit. p. 393/4.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 5. Februar 1926

199a. Relations avec la Russie

Département politique

Le Chef du Département politique communique qu'il a eu mardi la visite de l'Ambassadeur de France, lui disant que le Gouvernement Français n'était pas en mesure de faire sienne la suggestion qui lui a été présentée par le Conseil fédéral dans son aide-mémoire du 31 janvier¹.

Hier, jeudi soir, M. Hennessy s'est présenté à nouveau au Département. Au cours de l'audience, M. Motta a pris les notes suivantes sous la dictée de l'Ambassadeur: «Le Gouvernement Français ne peut pas faire sien un texte émanant de l'une des Parties, car il cesserait par là d'être négociateur officieux et deviendrait arbitre entre les deux Parties, ce qu'il n'est pas et n'a pas accepté d'être. Il a refusé auparavant au Gouvernement Russe une suggestion analogue. M. l'Ambassadeur Hennessy a fait savoir à son Gouvernement qu'à son avis, si les Russes voulaient venir à Genève à la Conférence du désarmement, ils devraient accepter une des formules du Conseil fédéral, celle du 24 ou celle du 31 janvier.» Le chef du Département politique a fait remarquer à l'Ambassadeur qu'il n'existait qu'une seule proposition du Conseil fédéral, celle du 24 janvier², tandis que la formule contenue dans l'aide-mémoire du 31 janvier n'était qu'une suggestion.

Au cours de la séance, une note de l'Ambassadeur de France est remise à M. Motta; [...]³

Ainsi qu'il en résulte de la discussion, il est décidé que, dans l'état actuel de l'affaire, il faut encore patienter et simplement charger le chef du département politique de remercier l'Ambassadeur de France de sa Note de ce jour, disant que le Gouvernement Français continue à se tenir à la disposition du Gouvernement Fédéral comme à celle du Gouvernement de l'U.R.S.S. pour rechercher les moyens d'aboutir à une solution, et de déclarer en outre à M. Hennessy que le Conseil fédéral a pris acte, également, de sa communication verbale à teneur de laquelle des négociations se poursuivent actuellement à Paris⁴, en ajoutant que le Conseil fédéral serait obligé envers le Gouvernement Français s'il pouvait lui faire connaître, pour le début de la semaine prochaine, le résultat de ces pourparlers, puisqu'il sera amené, en effet, à s'expliquer au sujet des négociations dont il s'agit au cours de la session de l'Assemblée fédérale qui s'ouvrira à Berne, lundi prochain⁵.

1. Vgl. Nr. 155.

2. Vgl. Nr. 152.

3. Das Protokoll gibt den Text der Note wieder. Original als Annex 1 abgedruckt.

4. Vgl. Anm. 7.

5. Antwortnote vom gleichen Tage als Annex 2 abgedruckt.

Il est en outre décidé de ne pas informer la presse sur l'état de la question, mais de se borner à lui dire que les négociations continuent et qu'un communiqué officiel serait publié la semaine prochaine⁶.

ANNEX 1

*Der französische Botschafter in Bern, J. Hennessy,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta⁷*

N

Berne, 5 février 1926

L'Ambassadeur de France a l'honneur de communiquer que le Gouvernement de la République, en proposant officieusement au Gouvernement fédéral ainsi qu'au Gouvernement de l'U.R.S.S. un projet de notes à échanger tenant compte de leurs vues respectives à propos de la participation éventuelle à Genève du Gouvernement de l'U.R.S.S. à la Conférence préparatoire sur la limitation des armements, avait pensé que ce projet pourrait recevoir l'assentiment réciproque des deux Gouvernements.

Cet accord n'ayant pu, sur certains points, être réalisé, jusqu'ici, le Gouvernement de la République n'en continue pas moins à se tenir à la disposition du Gouvernement fédéral comme à celle du Gouvernement de l'U.R.S.S. pour rechercher les termes dans lesquels les notes en question pourraient être établies et agréées de part et d'autre.

ANNEX 2

E 2001 (C) 5/5

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den französischen Botschafter in Bern, J. Hennessy*

Kopie

NMC.

Berne, 5 février 1926

Le Chef du Département Politique a l'honneur de remercier Son Excellence Monsieur l'Ambassadeur de France de la Note du 5 février⁸ par laquelle il a bien voulu lui faire connaître que, bien que l'accord n'ait pu être réalisé, jusqu'ici, au sujet du projet des notes que le Gouvernement Français a proposé officieusement tant au Gouvernement Fédéral qu'au Gouvernement de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques, le Gouvernement de la République n'en continue pas moins à se tenir à la disposition du Gouvernement Fédéral comme à celle du Gouvernement de l'U.R.S.S. pour rechercher les termes dans lesquels les notes en question pourraient être établies et agréées de part et d'autre.

Cette note a été communiquée au Conseil Fédéral, qui a pris acte, également, de la communication verbale de Monsieur l'Ambassadeur de France à teneur de laquelle des négociations se poursuivent actuellement à Paris. Le Conseil Fédéral serait obligé envers le Gouvernement Français, s'il pouvait lui faire connaître, pour le début de la semaine prochaine, le résultat de ces pourpar-

6. *Vgl. dazu Nr. 163.*

7. *P. Dinichert bemerkte am Kopf der Note:* En me remettant cette note, l'Ambassadeur de France m'annonce, à titre officieux, mais d'ordre de M. Briand, que celui-ci poursuit personnellement la négociation avec l'Ambassadeur des Soviets à Paris, Rakovsky, en vue de trouver une formule pouvant correspondre aux vues du Conseil Fédéral. Je prends personnellement acte de cette déclaration, en constatant vis-à-vis de M. Hennessy que le Gouvernement français continue, pour le moment, à s'entremettre. 5. 2. 26.

8. *Annex 1.*

lers. Il sera amené, en effet, à s'expliquer au sujet des négociations dont il s'agit au cours de la session de l'Assemblée Fédérale qui s'ouvrira à Berne, lundi prochain, 8 février. Il est d'ores et déjà informé qu'une interpellation à cet égard sera présentée au Conseil National⁹.

9. *Vgl. dazu Nr. 163, Anm. 5.*

160

E 2, Archiv-Nr. 1681

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

Kopie
S MC.

Berne, 9 février 1926

En nous référant à votre lettre du 1^{er} février¹, nous avons l'honneur de vous faire connaître que nous sommes entièrement d'accord avec votre intention de prendre le solde de vos vacances de 1925, soit 21 jours, dès que vous aurez terminé le rapport de gestion de votre Légation et que vous aurez pu effectuer une nouvelle démarche pressante pour que le compromis d'arbitrage relatif aux zones franches soit approuvé à bref délai par le Parlement français.

Ainsi que nous vous l'écrivions, le 6 février², il y aurait une réelle urgence à ce que vous insistassiez auprès de M. Briand lui-même sur le prix que nous attachions à ce que le compromis d'arbitrage au sujet des zones franches fût ratifié le plus tôt possible. En ce qui concerne la convention relative à la pêche dans le Léman, qui ne peut entrer en vigueur que le 1^{er} janvier, il suffirait qu'elle fût ratifiée dans le courant de l'automne. De nouvelles démarches à ce sujet ne sont donc pas indispensables en ce moment. Le traité de conciliation et d'arbitrage est une assurance pour l'avenir à laquelle nous donnons beaucoup d'importance, mais il ne répond, pour l'instant, à aucun besoin immédiat³. Mieux vaut donc concentrer tous nos efforts sur la question des zones, dans laquelle le temps travaille contre nous et qui, même en admettant l'hypothèse la plus favorable, ne parviendra à un règlement définitif qu'après les nombreux délais de la procédure prévue par le compromis d'arbitrage.

P. S. M. Logoz nous signale que des habitants de la petite zone sarde auraient pris l'initiative d'une pétition à adresser au Gouvernement français tendant à la prompte ratification du compromis d'arbitrage conclu entre la Suisse et la France le 30 octobre 1924. Les adversaires des zones, MM. Ferrero et Goex, notam-

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *In einem Schreiben vom 3. 10. 1927 an die Gesandtschaft in Paris äusserte sich Motta folgendermassen: [...]* Si la prompte ratification du compromis d'arbitrage des zones revêt, à nos yeux, une importance qui prime toute autre affaire, il ne demeure pas moins fort désirable pour nous de voir entrer en vigueur, le plus tôt que faire se pourra, le traité général de conciliation et d'arbitrage, sur lequel nous comptons beaucoup pour faciliter le règlement de diverses affaires déjà pendantes (E 2001 (C) 7/4). – *Vgl. auch Nr. 404.*

ment, auraient tenté de s'opposer à ce mouvement et une assemblée populaire aurait été réunie par eux à Annemasse, dimanche dernier, 7 février. Cette assemblée aurait tourné à leur confusion et la pétition qu'ils avaient cherché à empêcher aurait été envoyée à Paris. Le dernier numéro du «Progrès de la Haute-Savoie» ne nous est pas parvenu et il nous a été impossible de trouver dans d'autres journaux confirmation de cette nouvelle à laquelle il vaut mieux, dans ces conditions, ne pas faire allusion dans votre prochaine conversation avec M. Briand. Néanmoins, les faits susindiqués vous intéresseront sans doute et ils démontrent qu'une démarche de notre part en vue de hâter la ratification du compromis arbitral est particulièrement opportune en ce moment.

161

E 2300 Stockholm, Archiv-Nr. 5

*Der schweizerische Gesandte in Stockholm, C. E. Lardy,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

Rapport politique N° 7

Stockholm, 10 février 1926

La Suisse et les Soviets.

Les sièges permanents au Conseil de la Ligue des Nations.

M. Undén, qui avait été malade, est enfin rétabli et j'ai pu lui parler hier longuement des questions politiques qui sont en ce moment à l'ordre du jour.

Incident russo-suisse.

M. Undén avait reçu de M. Hennings des explications détaillées sur le point de vue du Conseil Fédéral dans notre différend avec les Soviets; mais il ne comprenait pas très exactement en quoi les prétentions de Moscou différaient des suggestions de Berne. Je lui ai dit que j'ignorais ce qu'on exigeait à Moscou, mais que le Conseil Fédéral était disposé à renouveler l'expression de ses regrets – mais pas de ses excuses – et qu'il offrait une somme à Mlle Worowski – mais pas à titre d'indemnité – et que ce secours serait à régler en connexion avec nos nombreuses réclamations. J'ai ajouté que la plus grande partie de l'opinion publique suisse me paraissait approuver l'attitude du Conseil Fédéral, mais ne pas désirer des concessions plus étendues.

M. Undén ne s'est pas appesanti sur le différend lui-même et sur la manière de le régler, mais il a, par contre, insisté sur le fait qu'il serait extrêmement désirable que l'on pût provoquer la présence de la Russie à la conférence, parce que les Etats limitrophes de ce pays refuseraient toute entrée en matière si les Russes n'étaient pas là. La question de savoir si les Soviets feraient effectivement quoi que ce soit pour faire aboutir la conférence est une autre affaire, m'a-t-il dit, mais il est certain que s'ils manquent à l'appel la conférence est en tous cas vouée à l'insuccès. M. Undén ne discute donc pas qui a tort ou qui a raison dans le règlement

du conflit; il ne prétend pas non plus que les Soviets apporteront à la conférence la moindre bonne volonté; mais il tient beaucoup à ce qu'ils y viennent, pour que les Polonais, les Roumains et leurs amis ne se sentent pas autorisés à prendre d'avance une attitude négative.

Ce point de vue est confirmé par un article de fond du «Socialdemokraten», organe gouvernemental, de ce matin, dont voici les principaux passages:

«Divers Etats ont déjà donné à entendre que la conférence du désarmement est d'avance vouée à l'insuccès si les Russes n'y prennent pas part. De très grands intérêts sont en jeu et l'on a peine à croire que l'importance du conflit suisse-russe puisse être telle qu'il supprime une des conditions primordiales de la réussite d'un travail fécond de désarmement. Nous n'entendons certes pas faire abstraction des facteurs compliqués qui entrent en jeu dans le conflit Worowski. D'une part, il est clair que le Gouvernement Suisse, qui a manifesté en son temps qu'il n'approuvait pas le jugement acquittant l'assassin de Worowski et qui a exprimé ses regrets de ce malheureux attentat à la fille de la victime, a la conscience d'avoir rempli son devoir et estime que l'honneur national empêche des concessions trop étendues aux exigences des Russes, et cela d'autant plus que les Soviets ont exercé des représailles si brutales en connexion avec cette affaire. Mais d'autre part, les membres de la Société des Nations n'attendent certainement pas trop du grand dévouement que la Suisse a toujours fait voir à la cause de la Ligue lorsqu'ils expriment la conviction que le Gouvernement Suisse fera tout ce qui dépendra de lui pour arriver à un arrangement avec les Soviets. Et cette confiance est parfaitement fondée puisque, en ce moment même, on reçoit de Suisse la nouvelle que le Conseil Fédéral est disposé à donner à la fille de Worowski un secours et à déclarer en outre qu'il n'approuvait pas le meurtre. En ce qui concerne Moscou, il serait des plus étrange qu'il tende trop la corde. L'Union des Soviets ne saurait avoir un tel besoin de célébrer un triomphe aux dépens d'un petit pays qu'elle sacrifie pour cela le grand intérêt que présente sa participation aux travaux de la commission de désarmement. Car il faut admettre qu'il ne peut pas être indifférent aux Soviets de participer ou non à cette conférence et que le conflit avec la Suisse n'a pas été saisi par eux comme un simple prétexte pour refuser l'invitation de la Société des Nations. Il ne semble pas qu'une telle politique à courtes vues puisse être imaginable!»

Vous voyez que l'organe gouvernemental, malgré son socialisme militant, prend un ton tout différent pour donner des conseils à la Suisse et pour parler aux Soviets. Toutefois, malgré l'extrême amabilité des phrases à notre égard, on sent le vif désir de M. Undén et de ses coreligionnaires de voir les négociations aboutir.

J'ai ensuite parlé à M. Undén des quelques télégrammes de Londres qui avaient été reproduits ces jours-ci dans la presse suédoise et qui agitaient la question d'un changement dans le siège de la Ligue. Il m'a dit qu'à son avis il n'y avait pas lieu d'en tenir compte et qu'il n'avait entendu aucune personne responsable se faire l'écho d'un pareil désir¹.

1. *Lardy verfasste zusätzlich regelmässige Spezialberichte über Russland, in: E 2200 Stockholm 3/4.*

Les sièges permanents au Conseil de la Société des Nations.

Il y a huit jours déjà, j'avais appris au Ministère que M. Undén Vous avait communiqué son point de vue au sujet du désir d'admission comme membres permanents de la Pologne, de l'Espagne, etc. et qu'il avait été enchanté de Votre réponse. M. Undén m'a confirmé cette vive satisfaction de sa part en présence de cette communauté de vues. Il considère cette question comme très importante et très grave et il m'a dit que la certitude d'être appuyé après coup par l'Assemblée lui donnerait la force morale nécessaire pour s'opposer à une pareille transformation dans l'organisation de la Ligue.

L'Espagne, m'a-t-il dit, menace de sortir de la Société si elle n'obtient pas un siège permanent. Mais il ne s'effraie pas de cette menace, persuadé que l'Espagne, même si elle la mettait à exécution, rentrerait bien vite dans la Ligue. Il redoute surtout une opposition catégorique de l'Espagne à l'admission de l'Allemagne comme membre permanent. Il estime que l'Espagne, dans sa réponse à l'Allemagne, s'est déjà engagée à admettre ce pays à un siège permanent et ne peut plus retirer son adhésion. Il s'est renseigné en Angleterre et a constaté que M. Chamberlain partage son point de vue. Mais il redoute tout de même un coup de tête de l'Espagne irritée et envisage, dans un cas pareil, que l'on pourrait renoncer, pour le moment, à accorder à l'Allemagne un siège permanent et procéder ensuite au remplacement de l'Espagne, qu'on ne réélirait pas au Conseil, ce qui permettrait alors de se passer d'elle et de donner à l'Allemagne un siège permanent. M. Undén espère naturellement ne pas être obligé d'en arriver là.

Par contre, M. Undén a appris sans plaisir que M. Chamberlain a donné son consentement à un siège permanent pour la Pologne. Malgré tout il a l'intention, si l'on veut forcer les choses, de s'opposer à cela en déclarant que de pareils changements ne peuvent pas se faire dans une session extraordinaire, en dehors de tout contact avec l'Assemblée, et de faire renvoyer toute la question à la session ordinaire suivante.

Au cours de la conversation, M. Undén m'a dit que le représentant de l'Uruguay paraissait disposé à laisser tomber l'Espagne.

Le chef de la Division politique m'a dit, de son côté, que les renseignements de Bruxelles indiquaient que la Belgique était d'accord pour refuser l'augmentation du nombre des sièges permanents.

E 2001 (C) 5/5

*J.D. de Monténach an den Chef der Abteilung für Auswärtiges
des Politischen Departementes, P. Dinichert*

S Confidentiel.

Genève, 10 février 1926

J'ai l'honneur de vous transmettre ci-joint, à titre strictement confidentiel, la copie d'un télégramme adressé, en date d'hier, par M. Tchitchérine au Secrétaire Général de la Société des Nations¹.

Ainsi que vous le constaterez, ce télégramme contient une référence à une lettre, en date du 16 janvier, qui, par une erreur de transmission, n'est pas encore arrivée au Secrétariat Général. Cette lettre devait contenir l'acceptation de principe du Gouvernement Soviétique à se faire représenter à la Commission préparatoire pour la Conférence du Désarmement.

En raison de la phrase finale de ce télégramme, j'ai pensé qu'il pourrait contribuer utilement à votre information générale. Toutefois je me permets d'insister sur son caractère strictement confidentiel², ce texte devant être conservé dans les archives du Secrétariat et par suite ne devant être communiqué ni aux gouvernements membres du Conseil ni à la presse.

ANNEX

*Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, G. Tschitscherin,
an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond*

Empfangskopie

TN° 29

Moscou, 9 février 1926, 13.20 h

Concernant votre télégramme du premier février³ je puis vous déclarer que le Gouvernement Soviétique dont le consentement à sa participation à la Commission du Désarmement vous fut communiqué dans ma lettre du seize janvier n'objecterait point à la convocation immédiate de la Commission étant complètement préparé à participer à ses travaux stop Prenant en considération le désir de son ajournement qui émane de cinq puissances le Gouvernement Soviétique de son côté consent à cet ajournement tout en continuant à poser comme condition de sa participation la convocation de la Commission en dehors du territoire suisse stop Il émet en même temps le vœu que la Commission puisse être convoquée dans un pays ayant des relations diplomatiques avec l'Union Soviétique.

1. *Als Annex abgedruckt.*

2. *Bemerkung Mottas am Briefkopf:* Entre temps, les Russes ont déjà publié à Moscou le télégramme «très confidentiel»!

3. *Nicht ermittelt.*

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. Februar 1926

235a. Relations avec la Russie

Département politique. Verbal

Le chef du Département politique informe le Conseil qu'il a remis le communiqué officiel décidé dans la dernière séance¹ mardi soir à 5 heures aux journalistes. Avant de le faire, il en avait, par courtoisie internationale, donné connaissance à M. l'Ambassadeur Hennessy, lequel exprima le désir qu'on y porta une légère modification rédactionnelle, en ajoutant dans la deuxième phrase du second alinéa les mots «qui avait été pressenti au préalable». Il a été tenu compte de ce désir.

Le Département politique a reçu, mercredi matin, un télégramme envoyé mardi par notre Ministre à Paris. En voici le contenu:

«Hier après-midi j'ai eu différentes affaires à traiter avec Corbin. Ce dernier me dit que Quai d'Orsay reçut dimanche soir de Moscou nouvelle que publication réponse soviétique à S.d.N. aurait lieu ce matin parce que entente était reconnue impossible sur les retouches apportées par le Conseil fédéral au dernier texte. Hier le Ministère fit venir l'Ambassadeur Rakowsky pour conférence avec Berthelot et Corbin qui suggèrent nouvelle rédaction pour seconde phrase pro memoria trente-et-un janvier², tandis que la première phrase reste sans changement. Rakowsky a dû câbler à Moscou primo: pour transmettre demande française de différer la publication prévue et secundo: pour soumettre l'amendement de Paris que Hennessy reçoit instruction de vous communiquer. Corbin ajoute que le Quai d'Orsay essaya de faire la part la plus large aux désirs du Conseil fédéral en reproduisant intégralement la première phrase déjà acceptée et en introduisant dans la seconde phrase une restriction qu'il estime correspondre à l'attitude du Cabinet de Berne de ne pas s'engager sur une aide matérielle à la fille Worowsky sans qu'entre également en discussion l'ensemble des questions litigieuses. Numéro deux.»

Mardi soir à 10 h, l'Ambassadeur de France demanda téléphoniquement à pouvoir voir M. Dinichert, ne voulant pas déranger, à cette heure tardive, le Chef du Département politique.

Il vint lui communiquer le texte d'un télégramme qu'il venait de recevoir de son Gouvernement, d'où il résultait ce qui suit:

«Le Quai d'Orsay ayant appris, par un télégramme de l'Ambassadeur de France à Moscou, que le Gouvernement des Soviets, considérant que la négociation ne pouvait aboutir, était décidé à adresser sa réponse négative au Secrétariat

1. Protokoll dieser Sitzung vom 8. 2. 1926 nicht abgedruckt. Das erwähnte Communiqué wurde am 9. 2. 1926 der Presse übergeben und erschien am darauffolgenden Tag ungekürzt in zahlreichen Tageszeitungen.

2. Vgl. Nr. 155.

de la Société des Nations dans la journée de mardi 9 février, M. Briand fit appeler, lundi, au Ministère, l'Ambassadeur Rakowsky. Il fut vivement insisté auprès de celui-ci pour demander à son Gouvernement, d'une part, de retarder l'envoi de la note à la Société des Nations d'au moins trois jours, afin qu'une solution pût encore être recherchée, d'autre part, de transmettre à Moscou une proposition française de la teneur suivante:

«Le Gouvernement de la République, désireux de faciliter dans l'intérêt général la participation de l'U.R.S.S. à la Conférence du Désarmement et des Travaux préparatoires de cette Conférence, a l'honneur de communiquer au Gouvernement de l'U.R.S.S. qu'il a reçu de la part du Gouvernement de la Confédération Suisse des déclarations d'où il ressort que ce Gouvernement réprovoque et regrette, comme il n'a cessé de le faire, l'assassinat de M. Vorovsky, ainsi que l'attentat exécuté en même temps contre MM. Divilkovsky et Ahrens. Il en ressort, en outre, qu'il est prêt, dans une pensée d'apaisement, à accorder à la fille de M. Vorovsky une aide matérielle dont les modalités ne seraient discutées que lorsque les Gouvernements de l'U.R.S.S. et de la Confédération Suisse négocieront directement entre eux l'ensemble des questions qui restent à régler entre les deux Pays.»

Le télégramme de Paris à M. Hennessy insistait sur le fait qu'en formulant cette proposition, le Gouvernement Français avait cherché à s'inspirer, dans toute la mesure du possible, du texte de la proposition transactionnelle envisagée dans le Pro Memoria du Conseil fédéral du 31 janvier.

Il s'agit maintenant de prendre une décision sur trois points: 1. la proposition française est-elle acceptable? 2. voulons-nous répondre à la France ou simplement attendre? 3. Quand faut-il répondre aux deux interpellations au Conseil national?

ad 1. Il résulte de la discussion que la majorité du Conseil fédéral estime que le changement de texte envisagé par le Gouvernement Français n'est pas d'ordre matériel, mais purement de forme, et que, par conséquent, il n'y a pas d'inconvénient à adhérer à la solution proposée par la France.

M. Chuard fait toutefois remarquer qu'il n'avait pas pu se rallier, la dernière fois, à la formule du Conseil fédéral, parce que celle-ci prévoyait «des regrets» et qu'il s'était, pour ce motif, abstenu de voter. Ces mots figurent également dans la nouvelle formule. Cependant, étant donné la situation où se trouve maintenant le Conseil fédéral, et vu la nécessité d'en sortir, il ne voudrait pas se désolidariser d'avec ses collègues et adhère dès lors, quoique bien à contrecœur, à la variante faisant l'objet de la présente discussion.

M. Musy maintient son point de vue, déjà plusieurs fois exprimé, que le Conseil fédéral est dès le début allé trop loin. Nous avons à traiter avec un Gouvernement de mauvaise foi. Les difficultés ne seront pas terminées si nous aboutissons dans le présent cas, mais c'est alors seulement qu'elles commenceront. Il y a lieu de rappeler enfin que le Conseil fédéral avait décidé dans sa séance du 31 janvier³ qu'il ne consentirait plus à aucune modification ni matérielle ni rédactionnelle et que les négociations devront être considérées comme rompues si la formule dé-

3. *Vgl. Nr. 155.*

cidée alors n'était pas acceptée. Or, la modification proposée par la France porte aussi sur le fond et n'est pas seulement de pure forme.

Il est *décidé*, contre la voix de M. Musy, d'accepter la formule proposée par le Gouvernement Français.

ad 2. D'après l'opinion de M. Motta, il résulterait de la communication faite par M. l'Ambassadeur à M. Dinichert, que son Gouvernement n'attend aucune réponse de notre part. En effet, la France s'est bornée à nous informer qu'elle a fait transmettre à Moscou une formule qui s'inspire très largement du texte de la proposition transactionnelle envisagée dans le pro mémoria du Conseil fédéral du 31 janvier.

Dans ces conditions, il est *décidé* d'attendre purement et simplement communication par M. Hennessy de la réponse que la Russie donnera au Gouvernement Français. Toutefois, M. Motta est chargé de déclarer *officieusement* à M. Hennessy, dès qu'il en aura l'occasion, au cas où l'Ambassadeur venait le trouver, que le Conseil fédéral adhère à la formule proposée par la France.

ad 3. Comme il serait désirable de ne répondre aux deux interpellations de MM. Valloton-Warnery et Huber⁴ que lorsque le Conseil fédéral connaîtra le plus exactement possible l'issue des pourparlers engagés avec la Russie, il est *décidé* que la réponse ne sera donnée que jeudi prochain. M. Motta a l'intention de préparer sa réponse par écrit et d'en communiquer le texte au Conseil fédéral avant de prononcer son discours⁵.

4. Vgl. Sten. Bull. NR, 1926, S. 124ff.

5. *Nach der Ablehnung des französischen Textvorschlags vom 9.2.1926 durch die russische Regierung betrachtete der Bundesrat die Verhandlungen vorerst als gescheitert. In seiner Antwort auf die Interpellationen Valloton und Huber vom 8.2.1926 führte der Vorsteher des Politischen Departementes am 17.2.1926 vor dem Nationalrat dazu aus: [...] / Le Gouvernement soviétique / a écarté la proposition française et, par là, il a provoqué la rupture et consommé l'échec de la négociation. Il n'y a plus, plus guère, de doutes sur ce fait. Je ne me livrerai pas à des commentaires inutiles sur la déclaration officielle faite par M. Tchitchérine à Moscou et que vous avez pu lire dans les journaux de lundi. Il est directement contraire à la réalité des choses que le Conseil fédéral ait, à un moment quelconque, repris la parole qu'il avait donnée. [...]* (Sten. Bull. NR, 1926, S. 139).

164

E 2001 (C) 7/2

*Der schweizerische Gesandte in Brüssel, W. F. Barbey,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Bruxelles, 13 février 1926

Pour faire suite à ma lettre du 19 décembre 1925¹, concernant le traité d'arbitrage belgo-suisse, j'ai l'honneur de vous remettre ci-joint le nouveau texte² que le Gouvernement belge nous propose.

1. *Nicht abgedruckt. Vgl. Nr. 127, Anm. 5.*

2. *Nicht abgedruckt.*

Comme il ressort de la note verbale³ qui l'accompagne, /.../ la Belgique s'est inspirée, au point de vue de la forme, des traités belgo-allemand et franco-allemand de Locarno, qu'elle voudrait adopter comme traités-type pour toutes les négociations de même genre avec les différents pays. Quant au fond, elle adopte par contre le modèle de notre traité avec la France, tout en y apportant certaines modifications.

1. Pour ce qui concerne la définition des conflits d'ordre juridique, le Gouvernement belge fait observer que la formule qu'il propose est plus complète que l'énumération du statut de la C.P.J.I. Lors de l'élaboration des traités de Locarno, M. Fromageot a montré que cette énumération exclut les conflits portant sur des points de fait générateurs de droit.

2. Le Gouvernement belge n'a pas cru pouvoir se rallier à la conciliation obligatoire pour les conflits d'ordre juridique. M. Henri Rolin, car c'est lui qui s'attache particulièrement à la thèse opposée, persiste dans son opinion que la conciliation dans ces cas ne ferait que retarder et compliquer la procédure. Le jurisconsulte du Ministère qui a derrière lui une longue pratique du barreau me citait à ce sujet l'expérience faite dans le domaine du droit privé en Belgique. Le Code de procédure civile belge prévoyait, comme le Code français, l'obligation d'une tentative de conciliation des parties avant que l'affaire ne soit portée devant le tribunal. Sauf dans les affaires de compétence du juge de paix, où les parties ne sont pas assistées par un avocat et sont généralement ignorantes des principes juridiques, la conciliation s'est démontrée inopérante. On a constaté, en effet, que les parties se tiennent en général strictement à leur point de vue du droit et ne renoncent pas à la faculté de faire trancher la question par le tribunal, d'après les principes juridiques. L'expérience a été si concluante que la Belgique a fini par abolir cet essai de conciliation obligatoire.

Pendant notre conversation M. de Ruelle reçut notamment une communication téléphonique au sujet d'un différend entre la Belgique et l'Allemagne, qui va être soumis à l'arbitrage, et il me le citait comme exemple. Il s'agit des impôts arriérés que l'Allemagne n'a pas perçus pendant la guerre dans les territoires d'Eupen et de Malmédy. L'Allemagne prétend au paiement de ces impôts par la Belgique. Celle-ci répond qu'elle n'a pas mandat d'exiger ces impôts pour le compte de l'Allemagne. La question a été débattue dans une longue série de notes diplomatiques échangées entre les deux parties et chacune de celles-ci se cantonne dans sa thèse juridique. Que pourrait faire la Commission de conciliation dans ce cas? D'autre part, il n'y a pas à craindre, me disait mon interlocuteur, que la question soit envenimée par le fait qu'elle est portée devant la Cour de Justice Internationale.

Le projet prévoit toutefois que les Parties peuvent se mettre d'accord pour soumettre un différend donné à la conciliation.

3. La question de la publication des actes relatifs à la procédure de conciliation, en cas d'échec de celui-ci, n'a pas la même importance que dans le premier

3. *Nicht abgedruckt.*

traité, étant donné qu'en aucun cas cette procédure n'est définitive. De plus, en tout état de cause, ces actes seront publiés, la procédure d'arbitrage étant publique. Le Ministère des Affaires Etrangères a quand même pensé laisser à la Commission de conciliation la possibilité d'ordonner la publication, dans le cas – bien que difficile à prévoir – où elle serait opportune, et n'a pas voulu non plus subordonner cette faculté à l'unanimité de ses membres.

4. Enfin, le Gouvernement belge a trouvé que l'art. 17 de notre traité avec l'Italie⁴ constitue une suggestion très utile pour le juge en vue d'assurer une solution équitable dans le cas où une compensation devrait être cherchée sur d'autres terrains que celui de la discussion.

Je vous serais obligé de me faire connaître vos observations au sujet de ce projet, avec vos propositions en vue de modifications éventuelles⁵.

4. *Art. 17 lautet:* Si la Cour Permanente de Justice Internationale établissait qu'une décision d'une instance judiciaire ou de toute autre autorité relevant de l'une des Parties contractantes se trouve entièrement ou partiellement en opposition avec le droit des gens, et si le droit constitutionnel de cette Partie ne permettait pas ou ne permettait qu'imparfaitement d'effacer par voie administrative les conséquences de la décision dont il s'agit, il serait accordé à la Partie lésée une satisfaction équitable d'un autre ordre (Recueil officiel, 1925, nouvelle série 41, S. 188).

5. *Das Politische Departement antwortete dem schweizerischen Gesandten in Brüssel am 5.3.1926: [...]* Quant aux principes, le projet belge nous paraît acceptable, même en ce qui concerne la procédure de conciliation facultative pour les litiges d'ordre juridique. En revanche, la rédaction de ce projet appelle, sur de nombreux points, des observations de notre part. Nous procéderons, en conséquence, à l'établissement d'un texte révisé, que nous vous ferons parvenir aussitôt qu'il aura été approuvé par le Conseil fédéral (E 2001 (C) 7/2). *Vgl. Nr. 178.*

165

E 1004 1/298

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 23. Februar 1926

311. Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 13. Februar 1926

Wie bekannt, hat sich anfangs Januar die schweizerische Delegation für die Handelsvertragsunterhandlungen nach Berlin begeben, um mit einer deutschen Delegation in Besprechungen über den Abschluss eines neuen Handelsvertrages zwischen der Schweiz und Deutschland einzutreten. Herr Prof. Laur, der gleichfalls Mitglied der schweizerischen Delegation ist, war aus beruflichen Gründen verhindert, an den Berliner Verhandlungen teilzunehmen. Diese Unterhandlungen sind bereits im vorläufigen Zollabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland vom 6. November 1925 vorgesehen; sie sollten eigentlich im Monat Dezember des letzten Jahres stattfinden, mussten jedoch auf Wunsch der deutschen Regierung verschoben werden, da der Stand der Vorarbeiten auf deutscher Seite eine Aufnahme der Besprechungen vor dem 12. Januar nicht zuließ.

Die erste Verhandlungsetappe hat, wie vorgesehen, nach dreiwöchentlicher Dauer ihren Abschluss gefunden, und unsere Unterhändler sind am 30. Januar in die Schweiz zurückgekehrt. Das Volkswirtschaftsdepartement erstattet folgenden Bericht über den Verlauf und die bisherigen Ergebnisse dieser Verhandlungen:

Angesichts der Tatsache, dass deutscherseits über 200 Begehren zum schweizerischen Zolltarif und auf schweizerischer Seite über 150 Begehren zum deutschen Zolltarif angemeldet waren, konnte es sich vorerst nur um eine gegenseitige Fühlungnahme und ein Durchgehen der beiden Wunschlisten handeln, wobei immerhin auf beiden Seiten schon eine ganze Anzahl von Begehren ihre Erledigung fanden, sei es durch Verzicht, sei es durch Zugeständnisse. Wenn trotzdem die Arbeiten nicht immer mit der wünschenswerten Raschheit vorwärts gebracht werden konnten, so lag der Hauptgrund wohl in der Zusammensetzung der deutschen Delegation, die ausser den eigentlichen, den verschiedenen Reichsministerien angehörenden Unterhändlern auch noch Vertreter der am Verträge besonders interessierten Länder aufwies. Die Konsultierung dieser Delegierten und deren Rückfragen bei ihren Regierungen hemmten naturgemäss den Gang der internen Besprechungen der deutschen Delegation, was wiederum gewisse Rückwirkungen auf das Fortschreiten der Plenarverhandlungen zur Folge hatte. Es darf jedoch betont werden, dass der Vorsitzende der deutschen Delegation stets bestrebt war, unliebsame Verzögerungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

So ist es immerhin gelungen, die erste Lesung der beiden Begehrenlisten zu Ende zu führen, d. h. die Delegationen hatten Gelegenheit, zu den zwei Wunschlisten ihre Erklärungen und, soweit erforderlich, auch ihre Entgegnungen anzubringen. Bereits in der ersten Sitzung wurde vereinbart, dass grundsätzlich kein Teil die bereits im Provisorium gemachten Zugeständnisse zurückziehen werde, wobei immerhin schweizerischerseits hinsichtlich der deutschen Begehren für Linoleum infolge besonderer Verhältnisse ein Vorbehalt gemacht werden musste.

Zu den

1.) *schweizerischen Begehren betreffend Herabsetzung deutscher Zollsätze*

ist folgendes zu bemerken:

Die angemeldeten Begehren betrafen insgesamt 165 Positionen des deutschen Zolltarifs, wobei zu 60 Positionen der Antrag auf Bindung des heutigen Zollsatzes ging, während für die übrigen eine Herabsetzung verlangt wurde. In bezug auf 49 Positionen des deutschen Zolltarifs sind die Begehren durch Bindung, sei es der autonomen, sei es der bereits dritten Staaten vertraglich gewährten Ansätze, erledigt worden. Dies betrifft insbesondere die grosse Gruppe Maschinen, wo Deutschland sich bereit erklärt hat, seine gegenwärtig geltenden, verhältnismässig niedrigen Zölle während der Dauer des Vertrages nicht zu erhöhen. Mit Ermässigungen der Zollsätze ihres Tarifes war die deutsche Delegation vorerst noch zurückhaltend. Sie hat deren bis jetzt 45 gewährt, wobei die besondern Verhältnisse bei den Seidengeweben nicht berücksichtigt sind. Solche Reduktionen pflegen naturgemäss in der ersten Lesung nur in beschränktem Masse zu erfolgen, so dass in dieser Richtung noch weiteres Entgegenkommen erwartet werden kann.

Schliesslich hat die schweizerische Delegation auf 13 ihrer Begehren verzichtet, sei es, dass sie unwichtig schienen, sei es, dass ein Entgegenkommen deutscherseits von vornherein ausgeschlossen war.

[...]¹

Diese Übersicht zeigt ohne weiteres, dass die Hauptschwierigkeiten auf dem Gebiete der Textilien liegen. Es dürfte möglich sein, noch gewisse nicht unbeträchtliche Zugeständnisse für Seide und Baumwolle zu erhalten, wenn und soweit die Schweiz den deutschen Wünschen nach Herabsetzung ihrer Gebrauchsansätze entspricht. Diese Frage führt auf das Gebiet der

2.) *deutschen Begehrenliste zum schweizerischen Zolltarif.*

Den Instruktionen des Bundesrates entsprechend hat die schweizerische Delegation, abgesehen von einigen Ausnahmen, den deutschen Begehren auf Bindung unserer heutigen Gebrauchsansätze entsprochen. Dies geschah selbstverständlich mit dem ausdrücklichen und mehrfach wiederholten Vorbehalt, dass diese Bindungen nur bei genügenden Reduktionen auf dem deutschen Zolltarif aufrechterhalten werden könnten. Diese Bindungen wurden insbesondere dort sofort in Aussicht gestellt, wo die schweizerischen Zölle höher sind als die deutschen, oder eine Erhöhung im provisorischen Generaltarif nicht vorgesehen ist, oder die deutsche Einfuhr schon jetzt gegenüber 1913 stark zurückgegangen ist, oder wo endlich Deutschland wesentliche Herabsetzungsbegehren gestellt hatte. Aus allen grossen Gebieten wurde nach Möglichkeit auch noch eine Reserve geschaffen durch vorläufige Ablehnung der Bindung. Die deutschen Herabsetzungsbegehren wurden vorerst abgelehnt, mit Ausnahme der wenigen Zugeständnisse, die bereits im vorläufigen Zollabkommen vom 6. November 1925 gemacht worden waren.

Die deutsche Begehrenliste betrifft 207 Positionen des schweizerischen Gebrauchstarifs, wovon 96 Begehren auf eine Herabsetzung des heutigen Zollansatzes gingen, während für die übrigen die Bindung gefordert wurde. In den Berliner Verhandlungen ist unter dem bereits erwähnten Vorbehalt für 72 Begehren dem Wunsche nach Bindung entsprochen worden. Auf 27 Begehren hat die deutsche Delegation Verzicht geleistet, so dass insgesamt rund 100 Begehren als erledigt betrachtet werden können. [...]²

3.) *Stickereiveredlungsverkehr.*

Diese Frage kann wohl als die heikelste des ganzen Vertrages betrachtet werden. Sie ist bis auf einige grundsätzliche Erklärungen, die von beiden Delegationen in der Schlussitzung abgegeben wurden, noch vorbehalten, da in erster Linie

1. Es folgt eine Übersicht der Verhandlungsergebnisse auf den Gebieten der Textilien, Papierwaren, Metallwaren, Uhren sowie landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wobei sich die Verhandlungen hier infolge der Abwesenheit von Prof. Laur auf eine Stellungnahme der deutschen Delegation beschränkten.

2. Es folgt eine Liste der schweizerischerseits gewährten Bindungen.

der Bericht über die in München stattgefundene Konferenz der St. Galler- und Plauener-Interessenten abgewartet werden muss. Bekanntlich weigert sich Deutschland, den Veredlungsverkehr überhaupt, namentlich aber den Stickerei-veredlungsverkehr, weiterhin in den Vertrag aufzunehmen, während die Schweiz aus begreiflichen Gründen unbedingt an der vertraglichen Regelung des Veredlungsverkehrs festhalten muss. Unter der Voraussetzung, dass der Veredlungsverkehr nicht in den Vertrag aufgenommen wird, hat die deutsche Delegation einzelne Zollsätze für Stickereien vorgeschlagen, worauf jedoch die schweizerische Delegation erwiderte, dass eine Diskussion dieser Ansätze unter der genannten Voraussetzung nicht in Frage kommen könne. Von einer beide Teile befriedigenden Lösung dieser Angelegenheit wird jedenfalls zum grössten Teil das Zustandekommen dieses Vertrages abhängen.

4.) *Allgemeiner Teil.*

Wie bereits in den Instruktionen des Bundesrates vom 8. Januar 1926³ angedeutet wurde, sind der deutschen Delegation Vorschläge für die Neugestaltung des Textes, der in sachlicher Beziehung, abgesehen vom Veredlungsverkehr, keine Schwierigkeiten bereitet, überreicht worden. Es war jedoch der deutschen Delegation nicht möglich, zu diesem Entwurfe bereits Stellung zu nehmen, so dass dessen Beratung auf eine spätere Verhandlungsperiode verschoben werden musste.

Bei einer Gesamtwürdigung der Ergebnisse dieser Berliner Verhandlungen kann gesagt werden, dass im allgemeinen das vorgesteckte Ziel erreicht wurde, nämlich eine gegenseitige Fühlungnahme und ein Ausscheiden derjenigen Begehren, die ohne weitere Schwierigkeiten bereits in der ersten Lesung erledigt werden konnten. Es ist vorgesehen, die Verhandlungen im Laufe des Monats März wieder aufzunehmen; allerdings werden sie voraussichtlich nicht in der Schweiz stattfinden können, da die deutsche Delegation erklärte, es sei ihr, infolge gleichzeitiger Verhandlungen mit andern Staaten, nicht möglich, in der nächsten Zeit Berlin zu verlassen.

Das Volkswirtschaftsdepartement wird dem Bundesrate in einem späteren Zeitpunkte Vorschläge für die weiteren Instruktionen unterbreiten⁴.

Von den vorstehenden Ausführungen wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

3. *Vgl. Nr. 141.*

4. *Vgl. Nr. 176.*

166

E 1004 1/298

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 26. Februar 1926

317. Beziehungen zu Russland

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes führt aus, der deutsche Gesandte in Bern habe ihm mitgeteilt, dass er kürzlich in Berlin eine Unterredung mit dem dortigen Botschafter der russischen Sovietrepublik gehabt habe, worin auch die Frage der Beziehungen zwischen der Schweiz und Russland berührt wurde. Bei diesem Anlasse habe der Sovietbotschafter erklärt, Russland habe die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Beziehungen mit uns aus folgenden zwei Gründen abgebrochen: Einmal weil die Schweiz es ablehnte, ihr Bedauern für den Mord an der Person Worowskis ausdrücklich als ein «*aufrichtiges*» zu bezeichnen, und sodann weil die Sovietregierung unter keinen Umständen in eine Verrechnung ihrer Forderung auf Gewährung einer Entschädigung an die Tochter Worowskis mit den Ansprüchen der Schweiz infolge Plünderung der Gesandtschaft und Ermordung eines Beamten derselben einwilligen wolle, da sie keinerlei Verpflichtungen aus Ereignissen der Revolution anerkenne.

Der Gesandte fügte bei, er habe das Gefühl bekommen, dass die Russen wohl eine Annäherung an die Schweiz wünschten, aber um keinen Preis irgendwelche Entschädigung für die Plünderung unserer Gesandtschaft in Petersburg zugestehen würden. Der Wunsch, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, sei bei ihnen wohl vorhanden; für eine Abrüstung aber seien sie nicht zu haben. Ferner bestehe bei den Russen keine Absicht, dem Völkerbunde jemals beizutreten. Sie seien noch immer Gegner desselben.

Von diesen Ausführungen wird am Protokoll Vormerk genommen.

167

E 1004 1/298

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. März 1926

344a. Völkerbundsrat. Vermehrung der Mitglieder

Geheim

Mündlich

Der schwedische Gesandte hat dem politischen Departement mündlich eröffnet, er sei von seiner Regierung beauftragt, den Bundesrat wissen zu lassen, dass die Regierungen von Norwegen, Dänemark, Belgien und Holland den Standpunkt teilen, den Schweden in der nächsten Tagung des Völkerbundsrates dadurch zur

Geltung zu bringen gewillt ist, dass es sich jeder Vermehrung der Mitglieder des Völkerbundsrates, abgesehen von der Zuteilung eines neuen ständigen Sitzes an Deutschland bei dessen Aufnahme in den Völkerbund, widersetzen werde. Norwegen und Holland haben hievon das englische auswärtige Amt durch ihre Gesandten in London in Kenntnis setzen lassen, und die schwedische Regierung frage an, ob nicht auch der Bundesrat seinen Gesandten in London beauftragen wolle, einen solchen Schritt zu tun.

Nach Berichten aus Berlin muss die deutsche Delegation zur ausserordentlichen Völkerbundsversammlung vor ihrem Erscheinen in Genf Gewissheit darüber haben, dass Deutschland bei seinem Eintritt in den Völkerbund ein ständiger Ratssitz eingeräumt wird und dass mindestens zur Zeit keine Vermehrung der ständigen Ratssitze vorgenommen wird. Sollte sie diese Gewissheit nicht erlangen, so würde sie vor den Toren Genfs wieder umkehren; denn ein Misserfolg in einem dieser beiden Punkte würde den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund unmöglich machen.

Berichten aus London ist zu entnehmen, dass die Regierung von verschiedenen Seiten, so namentlich von der sehr zahlreichen Parlamentarischen Völkerbundsvereinigung, bestürmt wird, eine Vermehrung der ständigen Ratsmitglieder abzulehnen, wie denn überhaupt die öffentliche Meinung Englands immer deutlicher gegen eine solche Vermehrung Stellung nimmt. Eine englische Regierungserklärung ist am Donnerstag zu erwarten. Schweden bleibt fest entschlossen, gegen die Vermehrung Einspruch zu erheben unter Ausschluss jeden Zugeständnisses. Sein Gesandter hat dies dem auswärtigen Amt in London verschiedentlich kundgegeben. Norwegen liess wissen, dass es den schwedischen Standpunkt teile, Finnland soll einen ebensolchen Schritt getan haben. Von Dänemark ist ein solcher Schritt zur Zeit noch nicht geschehen und Holland scheint es seinem Gesandten anheimgestellt zu haben, ob er dem Auswärtigen Amt in London eine ähnliche Eröffnung machen wolle. Sir William Tyrrell in Downing Street ist, mit der Drummond'schen Begründung, durchaus für die Vermehrung der Ratsmitglieder durch Zuwendung eines ständigen Sitzes an Spanien, eines nichtständigen an Polen. Berlin vertraut auf Schweden, wird sich aber wohl kaum immer der Einräumung eines ständigen Sitzes für Spanien widersetzen.

Der Gesandte in London wäre bereit, die Stellungnahme des Bundesrates dem Auswärtigen Amt zur Kenntnis zu bringen.

Der Vorsteher des politischen Departements erinnert daran, dass der Bundesrat sich früher schon gegen die Erweiterung des Völkerbundsrates ausgesprochen hat auf Grund der Erwägung, dass der erweiterte Rat die Bedeutung der Völkerbundsversammlung zum Schaden des Völkerbunds wesentlich beeinträchtigen würde. Der Wettlauf um die Ratssitze (Spanien, Polen, Brasilien, China), der gegenwärtig stattfindet, bestätigt die Richtigkeit dieser Auffassung.

Wenn der Bundesrat einen Schritt in London tun wollte, um seine wohl auch heute noch gültige Meinung zur Geltung zu bringen, so müsste es bald geschehen. Allein ein solcher Schritt scheint dem Vorsteher des politischen Departementes nicht geboten. Die öffentliche Meinung in der Schweiz ist in dieser Frage, die übrigens die Presse viel zu wenig in Anspruch nimmt, nicht einheitlich. Auch

wäre kaum einzusehen, warum ein solcher Schritt gerade in London und nicht bei einer andern, im Völkerbundsrat ständig vertretenen Regierung gemacht werden sollte. Der einzige Grund hiefür ist der, dass diese andern Regierungen eher für die Vermehrung der Sitze im Rat eingenommen sind, während in England die Regierung unentschlossen, die öffentliche Meinung aber gegen die Erweiterung ist. Da nun aber der britische Aussenminister der Erweiterung zustimmt, so bekäme ein Schritt der Schweiz im gegenteiligen Sinne eine unangenehme Spitze gegen den Aussenminister persönlich. Einer Erklärung der Schweiz in London käme kaum grosse Bedeutung zu. Die Schweiz könne eine öffentliche Stellungnahme in dieser Angelegenheit ruhig bis zu dem Zeitpunkt verschieben, wo die Frage in der Völkerbundsversammlung zur Sprache kommt, was bekanntlich erst dann eintritt, wenn der Völkerbundsrat sich einstimmig für die Erweiterung des Rats entschieden haben wird. Tritt aber dies einmal ein, dann ist nicht daran zu zweifeln, dass auch in der Völkerbundsversammlung die erforderliche Mehrheit für die Erweiterung schon vorhanden ist. Unter diesen Umständen werde die Schweiz, die den Völkerbund beherbergt, besser tun, nicht ohne Not Vorkehrungen zu treffen, die einflussreichen Mitgliedern des Völkerbunds unangenehm sein dürften.

In der Beratung wird geltend gemacht, Schwedens Anfrage erheische natürlich eine Antwort. Diese könnte nun dahin gefasst werden, dass die Schweiz den Standpunkt einnehme, es sollte an der nächsten Völkerbundsversammlung ausser der Zuteilung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland kein anderes derartiges Gesuch behandelt werden. Dabei könnte Schweden ermächtigt werden, von dieser Stellungnahme der Schweiz in London Kenntnis zu geben. Auf diese Weise würde der Zukunft nicht vorgegriffen und der Bundesrat nähme zur gegenwärtigen Sachlage derart Stellung, dass für keinen der Beteiligten ein Anlass zu Missstimmung gegeben würde.

Von anderer Seite wird betont, die Rücksichten auf den Sitz des Völkerbunds in der Schweiz müssen doch bei der Stellungnahme des Bundesrates in einer Angelegenheit von dieser Bedeutung zurücktreten. Es bestehe kein Grund, zu verschweigen, dass der Bundesrat grundsätzlich gegen jede Vermehrung des Rates sei, auch dann, wenn Deutschland späterhin einmal mit einer Vermehrung einverstanden sein sollte. Eine solche Mitteilung an den schwedischen Gesandten wäre durchaus unverfänglich, sie würde Schweden in seiner Haltung bestärken und wohl von der überwiegenden Mehrheit des Schweizervolkes gebilligt werden. Es wäre kaum nötig, beizufügen, Schweden könne von dieser Mitteilung in London Kenntnis geben.

Von dritter Seite wird, ohne dass ein Antrag gestellt würde, eingewendet, es scheine doch besser, da eine Stellungnahme in der Frage nicht unumgänglich nötig sei, von einer solchen abzusehen; es wäre doch möglich, dass dem Völkerbund späterhin einmal ein starker Rat selbst bei etwelcher Minderung der Bedeutung der Versammlung dienlicher wäre, als der jetzige Zustand, und Polen, ein Bollwerk gegen den Bolschewismus, neben Deutschland im Rat vertreten zu sehen, wäre vielleicht nicht unerwünscht.

Darüber, dass der schweizer. Gesandte in London keinen Schritt beim Auswärtigen Amt tun soll, herrscht Übereinstimmung.

Auf Grund der Beratung wird *beschlossen*:

Der Vorsteher des politischen Departements wird ermächtigt, den schwedischen Gesandten auf seine Anfrage mündlich wissen zu lassen, dass der Bundesrat auf seinem, eine Erweiterung des Völkerbundsrates grundsätzlich ablehnenden Standpunkt verharre, es dagegen nicht als zuträglich erachte, durch den schweizer. Gesandten in London beim Auswärtigen Amt in dieser Sache einen Schritt tun zu lassen.

168

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 5. März 1926

Instructions à la délégation suisse à l'Assemblée extraordinaire de la Société des Nations

Département politique. Proposition du 4 mars 1926

Les 23 et 26 du mois dernier, le Conseil fédéral a arrêté la composition de la délégation suisse à l'Assemblée extraordinaire de la Société des Nations, qui s'ouvrira, à Genève, lundi prochain. L'ordre du jour provisoire de cette session comprend quatre points:

1. Une proposition d'admission de l'Allemagne dans la Société des Nations.
2. La question d'un élargissement éventuel du Conseil.
3. Des questions budgétaires.
4. Le problème de la construction d'une salle des assemblées et, éventuellement, d'un nouveau Secrétariat général.

Comme de coutume, la délégation du Conseil fédéral pour les affaires étrangères et la délégation suisse à l'Assemblée ont procédé à un examen préalable de ces tractanda. Ce sont les conclusions auxquelles cette étude a permis d'aboutir que le Département politique soumet aujourd'hui au Conseil fédéral sous la forme du projet d'instructions annexé à la proposition.

En ce qui concerne la proposition, présentée par le Gouvernement Allemand le 8 février 1926, d'admettre l'Allemagne dans la Société des Nations, aucune discussion n'est même nécessaire. L'admission de l'Allemagne fait franchir un pas trop important à la Société dans le sens de cette universalité préconisée par la Suisse dès le début pour que le doute puisse subsister un instant quant à l'attitude que la délégation devra prendre. C'est pourquoi le Département politique propose au Conseil fédéral de donner pour instruction à ses représentants de voter l'admission de l'Allemagne dans la Société des Nations.

Pour ce qui a trait à la question très complexe et délicate d'un élargissement éventuel du Conseil, il appartient à l'Assemblée, votant à la majorité conformément à l'article IV/2 du Pacte de donner ou non son approbation à la désignation

par le Conseil d'autres membres de la Société dont la représentation est désormais permanente au Conseil. Le Gouvernement Allemand a fait de l'attribution d'un siège à l'Allemagne une condition même de l'entrée de cet Etat dans la Société. Cette revendication est justifiée. A l'exception des Etats-Unis d'Amérique et de la Russie, qui ne sont pas membres de la Société, toutes les Grandes Puissances alliées ont une représentation permanente au Conseil. Le Conseil fédéral ayant toujours été d'avis que la possession d'un siège permanent est un droit qu'il convient d'accorder aux Grandes Puissances, dans l'intérêt même de la Société, et l'Allemagne rentrant incontestablement dans cette catégorie de puissances, le Département politique soumet sur ce point au Conseil fédéral une instruction invitant la délégation à donner son approbation à la désignation de l'Allemagne comme membre permanent du Conseil. D'autres Etats ont saisi l'occasion de cet élargissement du Conseil pour présenter des revendications analogues à la demande allemande. Il y a des raisons de principe de considérer ces prétentions comme dangereuses pour la Société des Nations. Attribuer des sièges permanents à des Etats qui ne sont pas des Grandes Puissances obligerait à renoncer au critère sur lequel on s'est fondé jusqu'aujourd'hui pour trancher la question de la représentation au Conseil. L'augmentation du nombre des sièges permanents entraînerait une augmentation des sièges non-permanents. Ce double élargissement alourdirait considérablement le Conseil, en éloignerait les Grandes Puissances au détriment de la Société des Nations, diminuerait l'importance de l'Assemblée, où les petits Etats sont représentés, et, par conséquent, réduirait encore le rôle de ces Etats dans la Société. Les revendications qu'on a fait valoir jusqu'aujourd'hui peuvent ou non parvenir jusqu'à l'Assemblée. Si le Conseil, par suite de l'opposition d'un seul de ses membres, repousse ces sollicitations, l'Assemblée n'aura pas à se prononcer. Si le Conseil les agréé, il appartiendra à l'Assemblée de donner ou non à cette décision son approbation. Dans l'une des éventualités de cette alternative, la délégation suisse pourrait donc se trouver dans la situation de n'avoir même pas à voter du tout. Néanmoins, la discussion qui a eu lieu dans la séance préparatoire du 3 mars a confirmé que le point de vue suisse est un point de vue de principe, conforme aux intérêts de la Société et, partant, à ceux de la Confédération, exempt de toute préoccupation personnelle, ne comportant un geste hostile à l'égard de personne. C'est pourquoi l'opinion dominante était-elle plutôt que le Conseil fédéral resterait fidèle à la politique générale de la Suisse dans la Société des Nations en donnant pour instruction à ses représentants à Genève de voter, si l'Assemblée est mise en demeure de se prononcer, contre un élargissement du Conseil, qu'il s'agisse de l'attribution de sièges permanents à d'autres Etats que l'Allemagne ou qu'il s'agisse d'une augmentation des sièges non-permanents.

[...]¹

Vu ce qui précède, le Département politique propose et le Conseil fédéral décide:

1. Es folgt die Behandlung der übrigen Punkte der Instruktionen.

Le Conseil fédéral donne à la délégation suisse à l'Assemblée extraordinaire de la Société des Nations les instructions jointes à la proposition².

2. *Vgl. auch* Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die ausserordentliche Völkerbundsversammlung, die vom 8. bis 17. März 1926 in Genf tagte, vom 16. April 1926, BBl 1926, I, S. 546ff. *und die Nationalratsdebatte über diesen Bericht, in: NR-Protokoll vom 24. 6. 1926* (E 1001 (C) d 1/255, S. 188ff.). – *Die Debatten über sämtliche Völkerbundsberichte sind in den ungedruckten Protokollen des Nationalrates und des Ständerates festgehalten* (NR: E 1001 (C) d 1, StR: E 1001 (D) d 1).

169

E 2001 (B) 7/9

Professor H. Töndury an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

S

Genf, 10. März 1926

Durch Schreiben vom 22. Februar¹ haben Sie mich für eine weitere Periode von 4 Jahren als Vertreter des Politischen Departementes im Aufsichtsrat der Kreditorengenossenschaft für Russland bezeichnet. Ich habe hiervon Kenntnis genommen und danke Ihnen verbindlichst für den mir damit aufs neue erteilten ehrenvollen Auftrag. Um irgendwelchen Unklarheiten vorzubeugen, erachte ich es dabei jedoch für meine Pflicht, Ihnen bei dieser Gelegenheit nochmals meine Ansichten über die russische Frage zu unterbreiten, dies um so eher, als erst kürzlich noch in der Presse von neuen, indirekten Verhandlungen die Rede war. Wenn ich mir daher erlaube, Ihnen in der Beilage ein zusammenfassendes Exposé meiner Stellungnahme² zu überreichen, so bitte */ich/* Sie hierin nicht eine Aufdringlichkeit, sondern lediglich ein Gebot der Loyalität, Ihnen und der Genossenschaft gegenüber, sehen zu wollen, da es wohl möglich wäre, dass meine Ansichten in verschiedenen Punkten von der offiziellen Meinung des Departementes abweichen. Ich wäre Ihnen persönlich dankbar, wenn Sie diese Ausführungen Ihrer Aufmerksamkeit würdigen wollten, trotzdem sie etwas lang geworden sind, und stehe Ihnen natürlich gerne zu einer mündlichen Aussprache hier oder in Bern zur Verfügung.

1. *Nicht ermittelt.*

2. *Vgl. Annex.*

ANNEX

*Exposé zur Frage der schweizerisch-russischen Verhandlungen
von Professor H. Töndury³*

RÉSUMÉ

1. Die Schweiz spielt in den politischen Kalküls der Sovietregierung nur insofern eine gewisse Rolle, als sie der Sitz wichtiger internationaler Institutionen und Konferenzen ist.

2. Dieser Umstand bedeutet für die Stellung der Schweiz sowohl eine Schwäche wie auch eine Stärke.

3. Die Schwäche kann durch Festhalten an dem grundsätzlichen Standpunkt, welchen der Bundesrat in seinem Briefe an das V.B. Sekretariat zum Ausdruck brachte, überwunden werden, wobei es vielleicht wünschenswert wäre, wenn dieser Standpunkt noch in einigen Detailfragen präzisiert und in einer noch versöhnlicheren Form zum Ausdruck gebracht würde.

4. Dies getan, können der Schweiz keine internationalen Rücksichten mehr entgegengehalten werden, welche sie hindern könnten, ihr Verhältnis zu Russland so zu gestalten, wie es *ihren* Interessen entspricht und dabei die Nötigung Russlands, sich mit ihr verständigen zu müssen, auszunutzen.

5. Den Kernpunkt der ganzen Frage bildet die Anerkennung, die Russland allein das gibt, was es haben will. Im heutigen Stadium der Frage bildet der Boykott nur mehr ein Pressionsmittel in der Hand Russlands, um die Diskussion in andere Bahnen zu lenken, wir haben daher kein Interesse daran, uns auf dieses Manöver einzulassen und etwa über die Aufhebung des Boykottes verhandeln zu wollen.

6. Der Anerkennung stehen keine schwerwiegenden politischen Gründe mehr entgegen. Auf der anderen Seite wird die Anerkennung allein uns auch keine wirtschaftlichen Vorteile bringen. Unser Bestreben muss daher dahingehen, im Austausch gegen die Anerkennung positive wirtschaftliche Zusicherung sowohl in Bezug auf die alten Forderungen wie auch auf die Handelsbeziehungen zu erlangen. Das kann nur geschehen, wenn man die Anerkennung positiv in Aussicht nimmt und diesbezügliche Verhandlungen aufnimmt.

7. Es liegt in unserem Interesse, es nicht den Russen zu überlassen, wann und wie diese Verhandlungen stattfinden sollen, sondern selbst die Zeit und die Art derselben zu bestimmen.

8. Die Vermittlung durch eine fremde Macht ist nicht sehr erfolgverheissend und kann leicht zu neuen Schwierigkeiten führen. Auf der anderen Seite sind auch offizielle, directe Verhandlungen auf unsere Initiative hin sozusagen unmöglich. Es bleibt daher nur der Weg vertraulicher Besprechungen, ohne allzu offiziellen Character und unter Ausschluss aller die Frage verwirrender Publizität. Für die diskrete Anbahnung derselben, aber auch nur hierfür könnte event. eine fremde Vermittlung in Anspruch genommen werden: in Frankreich de Monzie, in Deutschland die deutsche Regierung, spez. Herr v. Schubert.

9. Soweit es möglich ist, dies ohne Verletzung der franz. Regierung und der Pariser Sovietbotschaft zu tun, sollten diese Besprechungen vorzugsweise in Berlin mit Krestinski gepflogen werden, dessen Interesse an der Frage grösser ist, als dasjenige Rakowski's. Es wäre denkbar, dass zunächst durch de Monzie unser Beobachter bei den franco-russischen Verhandlungen in Paris mit Rakowski zusammengebracht würde, um die Überleitung der Besprechungen nach Berlin vorzubereiten und dass sodann durch Deutschland den vertraulichen Besprechungen mit Krestinski der Boden geebnet würde.

10. Sofern die Verhandlungen sich günstig entwickeln, könnte ein allgemeines Rahmenabkommen in Betracht gezogen werden, welches die Frage des Schadenersatzes directen Verhandlungen zwischen der Secrusse und der russ. Regierung vorbehält. Dieses Rahmenabkommen dürfte immerhin nicht unterzeichnet werden, bevor das Abkommen mit der Secrusse perfekt ist. Das Abkommen mit

3. Das gesamte Exposé umfasst 22 Schreibmaschinenseiten. Zum Abdruck gelangt hier lediglich der letzte Teil, das Résumé.

der Secrusse hingegen wäre wiederum erst eine gewisse Zeit nach der Unterzeichnung des Rahmenabkommens zu publizieren.

11. Die Secrusse hätte gewisse Opfer in Bezug auf die Höhe ihrer Forderungen zu bringen. Der Form nach könnte die Entschädigung einer in gemeinsamem Einverständnis zu gründenden Handelsgesellschaft überbunden werden, der gegenüber die Russen sich zu gewissen Bestellungen etc. verpflichten würden.

12. Auf diese Weise würde zugleich auch in Bezug auf die Handelsinteressen ein positives Resultat erreicht.

170

E 2300 Rom, Archiv-Nr. 26

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 10 mars 1926

J'ai l'honneur de vous rendre compte de l'entretien que j'ai eu hier avec le Premier Ministre. Il était en tenue de cheval et, dans un coin de son vaste bureau, le sculpteur Canonica travaillait à son buste. Le Ministre n'en interrompait pas pour cela son travail.

Il est venu au-devant moi, les mains tendues, et m'a fait le meilleur accueil. J'ai constaté qu'il avait décidément meilleure mine. Il paraît avoir repris toute sa vigueur et ne dénote aucune fatigue.

Il m'a parlé tout de suite de l'affaire Tonello et m'a dit l'excellente impression que lui avait produite votre discours. Il s'est exprimé en termes assez méprisants sur le compte de ce journaliste.

Il m'a dit aussi que M. De Stefani, ancien Ministre des Finances, auprès duquel nous avons fait de vives instances afin qu'il se rendît à Bâle pour y tenir une conférence, sur la demande de la Société d'Economie Politique de cette ville, en était revenu très satisfait de l'accueil qu'il y avait reçu de la part d'un public d'élite. M. Mussolini a ajouté que tous les journaux suisses avaient publié un résumé de cette Conférence, même le journal socialiste de Bâle. Ce petit détail vous montre l'importance qu'on attache au Palais Chigi à ce que disent nos journaux.

J'ai parlé au Premier Ministre des discours qu'il avait prononcés touchant la question de l'«Anschluss». Il m'a développé à ce sujet ses vues sur l'Allemagne, en me confirmant ce que je vous écrivais dans mon dernier rapport politique¹. Une commémoration des 90 généraux allemands morts pendant la guerre vient d'avoir lieu à Berlin, à laquelle assistaient 400 généraux avec, à leur tête, le Président Hindenburg en grand uniforme. Ce fait est significatif. L'Allemagne reste militariste et impérialiste. «Nous sommes renseignés à fond sur ses préparatifs militaires. Je vous montrerai une carte de géographie où sont indiqués, comme formant une même région, tous les Etats de langue allemande, y compris la Suisse, et

1. *Politischer Bericht Nr. 6 vom 6.3.1926*; E 2300 Rom, Archiv-Nr. 26.

les plus petites communes au sud des Alpes, dans le Val Formazza et dans la Province de Vérone, où l'on parle encore allemand.»

J'aurais pu faire observer à mon interlocuteur que la maison De Agostini avait publié des cartes du même genre, annexant à l'Italie toutes les régions où l'on parle l'italien. Je lui ai fait remarquer, cependant, que je n'avais pas connaissance d'une propagande pangermaniste en Suisse depuis la guerre, sans méconnaître les nombreuses brochures publiées par l'œuvre de propagande du «Deutschtum» avant le conflit européen. Nous n'oublions pas les brochures von Strantz, qui n'ont eu, chez nous, du reste, aucun effet quelconque. La première Confédération s'est séparée de l'Empire alors que l'Italie en faisait encore partie. A ce propos, M. Mussolini m'a demandé des détails sur notre première constitution. Il ignorait le Pacte de 1291 et s'est vivement intéressé à cette page de notre histoire.

La conversation s'est portée ensuite sur la Société des Nations, où je lui ai exposé le point de vue du Conseil Fédéral, qu'il paraît avoir fort bien compris. Ici encore il montre les craintes au sujet de l'attitude de l'Allemagne, qui envoie à Genève une délégation de 35 personnes, alors que les autres Etats, à commencer par l'Angleterre, se montrent beaucoup plus modestes. Il accuse M. Undén d'être l'instrument de l'Allemagne. Je me suis permis de lui dire que je n'en croyais rien.
[...]

171

E 2001 (C) 5/1

*J. D. de Montenach an den Sekretär der Abteilung für Auswärtiges
des Politischen Departementes, D. Secretan*

S

Genève, 18 mars 1926

Comme je vous ai mis sommairement au courant des questions auxquelles se rapportent les divers documents que je vous adresse, je me dispense d'y ajouter des commentaires ayant encore beaucoup à faire ce soir.

I. Vous trouverez ci-joint sept exemplaires du rapport du Vicomte Ishii sur la constitution de la Commission chargée d'étudier la question du Conseil¹. Vous voudrez bien les remettre sans retard à M. Motta². Ainsi que je le lui ai dit par le téléphone, il n'a pas été possible au dernier moment de faire modifier la décision du Conseil d'inviter la Suisse à participer aux travaux de la Commission. Cela aurait nécessité une autre décision du Conseil réuni en séance privée et pour la justifier il aurait fallu être en mesure de communiquer au Conseil un refus formel de la part du Gouvernement suisse. J'ajoute, qu'au moment où me parvinrent les instructions de M. Motta à ce sujet, le texte avait déjà été lu en public. Si M. Motta

1. Vgl. SdN, Journal Officiel, 1926, Nr. 4, S. 533f.

2. *Bemerkung Mottas am Briefkopf*: J'ai donné à mes collègues un exemplaire du rapport Ishii. Le C[onseil] f[édéral] prendra une décision mardi sur l'acceptation du mandat. 19.3.26. – Vgl. dazu Nr. 173.

m'avait téléphoné un quart d'heure plus tôt, on aurait peut-être pu différer la distribution du rapport, mais il n'y avait plus moyen de le retirer au moment où je suis descendu au Conseil. Ce sont les Suédois qui m'ont fait savoir ce matin à l'issue de la séance du Conseil qu'ils avaient très chaleureusement proposé la Suisse comme le pays le mieux en mesure de représenter un élément objectif et modéré dans cette Commission. J'ai cherché alors à rejoindre M. Avenol pour savoir s'il était question de proposer des noms de personnes ou simplement des noms de pays. N'ayant pu voir M. Avenol, je téléphonai immédiatement à M. Motta à son domicile privé pour le mettre au courant de la situation et ayant pu rejoindre M. Avenol après le déjeuner, j'obtins de celui-ci les indications que je souhaitais, à savoir: que c'était des noms de pays qui figureraient dans le rapport et qu'en ce qui concernait la Suisse le sentiment personnel des Membres du Conseil avait été que M. Motta serait chargé de représenter la Suisse dans la Commission.

Je crois devoir insister sur ce point: pour obtenir une modification de la liste élaborée, il aurait fallu une nouvelle négociation au Conseil en séance privée. A 3 h. c'eût été possible, à 5 h. cela ne l'était plus. Le Gouvernement Fédéral a évidemment la faculté de décliner la proposition qui lui est faite par le Conseil, mais il faut bien se rendre compte de l'embarras où seraient les Membres du Conseil qui doivent se séparer ce soir et ne pourraient plus échanger leurs vues au sujet d'une nouvelle nomination que par lettre ou par télégramme.

Si le Conseil Fédéral estimait ne pouvoir accepter, il serait désirable que son refus parvienne le plus vite possible au Secrétariat Général, mais en ce qui me concerne, je dois vous confier que j'espère beaucoup que notre Gouvernement acceptera.

M. Motta m'a dit tout à l'heure par le téléphone que l'on pourrait proposer la Hollande à la place de la Suisse, mais vous n'ignorez pas qu'il a été question de la Hollande comme membre non-permanent du Conseil et qu'il y a beaucoup de chances pour que cette candidature soit de nouveau discutée en septembre.

En raison du fait que la Suisse n'a jamais marqué l'ambition d'être prochainement élue au Conseil, elle se trouvait naturellement désignée pour faire partie d'une Commission de ce genre. Le Vicomte Ishii et le Secrétaire Général à qui j'ai fait part en pleine séance des réserves de M. Motta, m'ont dit que la Suisse serait extrêmement difficile à remplacer et ont ajouté que tous les efforts seraient faits en vue de persuader le Gouvernement Fédéral de ne pas refuser au Conseil sa collaboration dans une affaire aussi délicate.

[...]

E 6100 (A), Archiv-Nr. 70

*Der Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank,
G. Bachmann, an den Vorsteher des Finanz- und Zolldepartementes, J.-M. Musy*

S

Zürich, 23. März 1926

In der Beilage erlauben wir uns, Ihnen die Kopie einer Zuschrift an das Präsidium der Schweiz. Bankiervereinigung zu unterbreiten¹. Wie Sie daraus zu ersehen belieben, hat der recht beträchtliche Kapitalexport, der von Seiten der schweizerischen Banken durch Anlehensübernahme in den letzten Wochen gepflegt wurde und der nur zu kleinerem Teile zur Kenntnis der Nationalbank gelangte, Anlass dazu gegeben, dass diese Frage des Kapitalexportes und der Stellungnahme der Nationalbank dazu mit dem Vorstand der Bankiervereinigung einer Besprechung unterzogen werde. Das Direktorium ist jedoch der Meinung, dass diese Besprechung nicht in der Form vor sich gehen sollte, dass das Direktorium lediglich in einer Sitzung des Vorstandes der Bankiervereinigung darüber gehört werde, sondern dass dieselbe unter der Leitung des Finanzdepartementes stattfinden sollte.

Es ist nicht die Seite des Problems in erster Linie, welche Rückwirkungen die stark gehäufte Kapitalentnahme in der Schweiz auf die schweizerische Wirtschaft und die Gestaltung der Zinssätze bedeutet, welche das Direktorium beschäftigt. Für das Direktorium der Nationalbank steht vielmehr heute die Tatsache im Vordergrund, dass, veranlasst durch den Umstand, dass Grossbanken erhebliche Engagements für ausländische Anleihen eingehen ohne dass die Nationalbank davon Kenntnis besitzt, die Zahlungen ans Ausland Störungen in den Devisenkursen herbeiführen. Dabei wählen diese Grossbanken Zeit und Form der Zahlungsregulierung an das Ausland ausschliesslich nach ihren Interessen und ohne Rücksicht auf die Auswirkungen für die schweizerische Valuta.

Das Direktorium hält jedoch dafür, dass eine Aussprache mit den Banken über den Kapitalexport an sich unter Leitung Ihres Departementes auch noch andere nützliche Feststellungen und vielleicht auch Abmachungen ergeben könnte.

Wir bitten Sie, hochgeehrter Herr Bundesrat, den Zeitpunkt für eine solche, wohl auf der Nationalbank in Bern abzuhaltende Konferenz festsetzen und uns gütigst mitteilen zu wollen.

1. Nicht ermittelt.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 26. März 1926

474. Völkerbundsrat

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des Politischen Departements berichtet über die Vertretung der Schweiz in der Studienkommission zur Prüfung der Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates (siehe Protokoll vom 19.¹ und 23. März 1926²). Die Anregung zur Einsetzung einer derartigen Kommission ist von Deutschland ausgegangen. Ausser den im Völkerbundsrate zurzeit vertretenen Mächten sollten ihr noch Argentinien, China, Deutschland, Polen und die Schweiz angehören. Es ist bedauerlich, dass wir nicht angefragt wurden, ob wir in der Kommission mitzuwirken bereit wären, *bevor* der Völkerbundsrat den Beschluss fasste, der Schweiz einen Sitz zuzuweisen, und dies durch die Presse veröffentlicht wurde. Jetzt sind wir in unsern Entschliessungen nicht mehr ganz frei. Die andern Staaten, die dem Rate nicht angehören, sind offenbar ebenfalls nicht sondiert worden. Wenn auch gewisse Gründe gegen eine Beteiligung unseres Landes an den Arbeiten der Kommission sprechen mögen, so ist anderseits nicht zu verkennen, dass eine Ablehnung der Einladung insbesondere im Ausland nicht verstanden würde, und ferner, dass wir tatsächlich ein Interesse am Gedeihen des Völkerbundes und somit auch an einer zweckdienlichen Lösung der mit der Organisation des Völkerbundsrates zusammenhängenden Fragen haben. Der Vorsteher des Politischen Departements empfiehlt daher die Annahme der Einladung zur Entsendung eines Vertreters in die neu geschaffene Studienkommission.

In der Beratung wird einstimmig der Meinung Ausdruck verliehen, dass die Schweiz die Einladung jetzt nicht ablehnen könne und dass Herr Bundesrat Motta als Vertreter unseres Landes in der Kommission zu bezeichnen sei. Es werden verschiedene Bedenken geäussert, aber gleichzeitig wird bemerkt, dass eine Ablehnung im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit ausgeschlossen sei. Dagegen wird darauf hingewiesen, dass man davon spreche, der Vorsitz der Kommission solle der Schweiz angeboten werden. Darüber, ob das Präsidium angenommen werden solle oder nicht, wird in einer spätern Sitzung zu entscheiden sein³, nachdem der Vorsteher des Politischen Departements sich nähere Auskunft über diesen Punkt verschafft haben wird.

Demgemäss wird *beschlossen*:

Die Einladung an die Schweiz, in der Studienkommission zur Prüfung der Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates mitzuwirken, wird angenommen und Herr Bundesrat Motta als Vertreter unseres Landes in dieser Kommission bezeichnet.

1. E 1005 2/3.

2. E 1004 1/298, Nr. 473.

3. *Vgl. Nr. 185.*

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 27 mars 1926

La démission de M. Contarini de ses fonctions de Secrétaire Général du Ministère des Affaires Etrangères était annoncée depuis quelque temps; mais, comme, à plusieurs reprises, M. Contarini avait déjà fait connaître son intention de s'en aller, tout en restant à son poste, on avait pu croire qu'il s'agissait, cette fois aussi, d'un bruit prématuré.

Malheureusement, le fait est maintenant certain. La démission est acceptée, et M. Contarini sera destiné à la tête de quelque grande fondation de l'Etat, peut-être de l'Institut International de droit privé.

Divers motifs ont provoqué ce départ. Le plus grave, et celui qui caractérise le mieux le moment présent, est le fait que M. C.¹ avait de plus en plus de peine à résister à la pression d'éléments nouveaux auxquels le régime fasciste permet les ambitions les plus osées. Le Palais Chigi, comme j'ai eu souvent l'occasion de vous l'écrire, était de tous les Ministères celui qui avait subi le moins de changements dans ses traditions et dans son haut personnel. M. C. s'entendait fort bien avec le Premier Ministre, mais il n'était pas fasciste, et il gardait la place qu'il occupait sous les Ministères précédents. Il avait, depuis quelque temps, à lutter pour la défense non seulement de sa politique, mais d'un certain nombre de représentants diplomatiques, dont les postes sont enviés.

En ce qui nous concerne, je regrette infiniment ce départ. Malgré des habitudes désordonnées qui mettaient souvent notre patience à l'épreuve, je savais de pouvoir compter sur la confiance et l'amitié du Secrétaire Général. Je savais aussi que sa ligne politique à l'égard de la Suisse était une garantie de nos bons rapports avec l'Italie, et qu'il avait eu souvent bien des difficultés à résister à certains éléments irresponsables qui nous sont hostiles. Depuis huit années que je suis en rapport avec C., j'ai eu bien des occasions de constater ses bonnes dispositions.

Je dois dire que son successeur, M. Bordonaro, qui fut autrefois à la Légation d'Italie à Berne, et qui paraît bien connaître notre pays, m'inspire également beaucoup de confiance. C'est un homme aimable et très éclairé. Aura-t-il la fermeté de caractère nécessaire à nous rassurer entièrement? C'est ce que je ne saurais dire.

Je compte le voir bientôt et lui parler avec entière franchise de nos relations et de ce qui peut les troubler. Si vous avez quelque avis à me donner, vous êtes à temps de m'écrire², car je ne pense pas être reçu par le nouveau Secrétaire avant quelques jours.

1. Contarini.

2. *Randbemerkung Mottas*: Je n'ai rien de spécial à faire dire à M. Bordonaro.

P. S.

La démission de M. Contarini est datée du 23 janvier. Cela correspond à l'époque du fameux discours à la Chambre du Premier Ministre sur les relations avec l'Allemagne. Je crois savoir, en effet, que ce discours fut vivement blâmé par C.; ce fut la goutte d'eau. Mais les causes premières et essentielles de sa décision sont celles que je vous expose.

175

E 6100 (A), Archiv-Nr. 70

*Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartementes, J.-M. Musy,
an das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank*

Kopie

S

Bern, 29. März 1926

Wir bestätigen den Empfang Ihrer Zuschrift vom 23. ds.¹, worin Sie die Einberufung einer Konferenz zur Besprechung der Frage des Kapitalexports mit Vertretern der schweizerischen Bankiervereinigung unter Leitung des eidgenössischen Finanzdepartementes anregen.

Sie schreiben, dass die Übernahme ausländischer Anleihen durch die schweizerischen Banken in letzter Zeit nur zum kleinern Teil zur Kenntnis der Nationalbank gelange. Diese Feststellung haben Sie schon in dem ausführlichen Berichte, den Sie uns am 28. November letzten Jahres zustellten, gemacht. Ihrem damaligen Wunsche entsprechend, sind wir am 3. Dezember bei der schweizerischen Bankiervereinigung wiederum vorstellig geworden². In seiner eingehenden Antwort vom 12. Dezember versichert der Präsident der schweizerischen Bankiervereinigung, dass die Banken auch fernerhin den Wünschen der Nationalbank nach Möglichkeit Rechnung tragen und diese Stelle bei grössern Emissionen ausländischer Werte unterrichten werden, damit die Massnahmen zum Schutze unserer Valuta nicht durchkreuzt würden. Die Banken müssten aber daran festhalten, dass die Nationalbank hieraus nicht ein Recht auf Kontrolle der Kapitalbewegung oder gar auf bezügliche Eingriffe ableiten dürfe³.

1. Nr. 172.

2. Beide Schreiben nicht ermittelt.

3. Der Präsident der Bankiervereinigung, A. Sarasin, führte in diesem Antwortschreiben vom 12. 12. 1925 an Musy aus: [...]

Im Oktober 1922 wurden in Ihrem Einverständnis und dem der Nationalbank die Banken erneut durch uns ersucht, keine wichtigeren Emissionen ausländischer Wertpapiere vorzunehmen, ohne die Nationalbank zu unterrichten. Es ist dies auch in der Regel von den Banken eingehalten worden. Sie werden auch fernerhin den Wünschen der Nationalbank und Ihres Departements nach Möglichkeit Rechnung tragen und bei grösseren Emissionen ausländischer Werte diese Stellen unterrichten, damit ihre Massnahmen im Interesse des Schutzes unserer Valuta nicht durchkreuzt werden. Die Banken sind sich bewusst, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Bestrebungen der Nationalbank zu unterstützen und anerkennen auch dankbar die grossen Verdienste, die die Nationalbank ihnen und der schweizerischen Wirtschaft in den schwierigsten Zeiten geleistet hat. Sie halten aber daran fest, dass, wie dies in unserm Zirkular vom 19. Oktober 1922 an

Obgleich wir uns in unserm Schreiben vom 3. Dezember an die Bankiervereinigung Ihres Argumentes bedient haben, dass eine grössere Kapitalabwanderung, die ohne Wissen der Nationalbank vor sich gehe, Ihre valutarischen Massnahmen durchkreuze, müssen wir gestehen, dass wir vom Bestehen einer solchen Gefahr nicht völlig überzeugt sind und auch nicht davon, dass Ihnen die Kenntnis der ausländischen Emissionen in Ihrer Devisenpolitik besonders nützlich sei. Die Kapitalausfuhr in Form öffentlich aufgelegter ausländischer Anleihen ist stets nur ein kleiner Teil der gesamten Kapitalausfuhr. Häufig bedeuten ausländische Anleihen nur eine Umwandlung von Bankguthaben in Wertpapiere und bedingen keine neue Nachfrage nach Devisen. Entstehen durch die Emission neue Guthaben, so erfolgt die Verfügung darüber durch das Ausland oft lange darnach und allmählich. Wir sagen Ihnen damit nichts neues.

Sie werden nicht verlangen wollen, dass Ihnen jeder Vergütungsauftrag des Auslandes durch unsere Banken gemeldet werde. Wir halten es für ausgeschlossen, dass die Nationalbank jemals die gesamte Kapitalbewegung über die Grenze wird voraussehen und überblicken können, selbst wenn die von Ihnen angestrebte Berichterstattung durch die Banken zu Ihrer Zufriedenheit arbeitete.

Der beste Massstab dafür, ob ein Übermass der Kapitalausfuhr droht oder bereits vorhanden ist, dürfte der Wechselkurs sein. Indem Sie seine Schwankungen durch devisen- und diskontopolitische Massnahmen innert enger Grenzen zu halten trachten, regulieren Sie damit auch automatisch die Kapitalausfuhr.

Da die Bewegung des Zinsfusses und der Devisenkurse gegenwärtig zu Besorgnissen keinen Anlass gibt und nachdem der Unterzeichnete in der letzten Tagung der eidgenössischen Räte den Standpunkt des Bundesrates in der Frage des Kapitalexports neuerdings mitgeteilt hat, erachten wir den jetzigen Zeitpunkt zur Einberufung einer Konferenz nicht für günstig. Wenn das Direktorium Wert darauf legt, sich über Detailfragen der Berichterstattung mit den Banken zu verständigen, so glauben wir ihm raten zu dürfen, sich ohne Dazwischenkunft des Finanzdepartements mit denselben in Verbindung zu setzen.

unsere Mitglieder bestätigt worden ist, «die Nationalbank hieraus nicht ein Recht auf Kontrolle der Kapitalbewegungen oder gar auf bezügliche Eingriffe ableiten soll». /... / (E 6100 (A), Archiv-Nr. 70).

176

E 1001 1, EVD, 1926

Antrag des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess, an den Bundesrat

Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland.

Bern, 3. April 1926

Am 6. ds. Mts. reisen unsere Unterhändler wieder nach Berlin, um tags darauf die anfangs Februar unterbrochenen Verhandlungen betreffend Abschluss eines Handelsvertrages mit Deutschland wieder aufzunehmen. Nachdem in der ersten

Verhandlungsetappe gegenseitig eine Reihe von weniger wichtigen Tarifpositionen erledigt worden sind, und mit Bezug auf die wichtigen Fragen eine vorläufige Fühlungnahme stattgefunden hat¹, wird es sich bei den jetzt bevorstehenden Verhandlungen um die Erledigung der meisten gegenseitigen Tarifpositionen handeln. Dagegen kann nicht damit gerechnet werden, dass alle Fragen gelöst werden können, sondern es ist damit zu rechnen, dass am Schlusse dieser zweiten Verhandlungsetappe noch einige ganz besonders wichtige Punkte unerledigt sind, die dann einer dritten und hoffentlich letzten Verhandlung vorbehalten bleiben².

Was die unserer Delegation mitzugebenden Instruktionen anbelangt, so können diese selbstverständlich angesichts des ausserordentlich umfangreichen, komplizierten und schwierigen Fragenkomplexes unmöglich in Details gehen. Unseres Erachtens sollten sie sich auf nachfolgende allgemeine Richtlinien beschränken, zu welchen dann noch einige bestimmtere Instruktionen in einzelnen Punkten kommen müssten:

I. Schweizerische Begehren zum deutschen Tarif

Mehr noch als bisher wird die schweizerische Delegation Begehren untergeordneter Natur fallen lassen können oder auf die Bindung der heutigen deutschen Zollansätze beschränken, um sich mit umso grösserem Nachdruck auf die für den schweizerischen Export wirklich wichtigen Warengruppen zu konzentrieren. So soll sie namentlich versuchen, für Käse, Schokolade, einige besonders wichtige chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Seide, Halbseide und Kunstseide, Baumwollgarne und Baumwollgewebe, Stickereien, elektrotechnische Erzeugnisse und Uhren weitere wesentliche Herabsetzungen der deutschen Zölle zu erreichen. Was speziell die Baumwollgarne anbelangt, so ist der deutsche Vorschlag, allfällige Konzessionen nur im Rahmen bestimmter Kontingente zu gewähren, abzulehnen. Was die deutschen Seidenzölle anbelangt, so ist vorderhand das Ergebnis der nächster Tage beginnenden direkten Verhandlungen zwischen der schweizerischen und deutschen Seidenindustrie abzuwarten. Die Diskussion über die deutschen Stickereizölle ist mit dem ausdrücklichen Vorbehalt zu führen, dass der Stickereiverkehrsverkehr nach wie vor ungefähr in bisheriger Weise im Verträge geregelt werde.

II. Deutsche Begehren zum schweizerischen Tarif

Die schweizerische Delegation hat bis jetzt die Verhandlungen ausschliesslich auf der Basis des provisorischen Generaltarifs vom 5. November 1925 geführt und erklärt, dass sie weitere Zugeständnisse als die Bindung der Ansätze unseres heutigen Gebrauchstarifs und damit Verzicht auf die Anwendung der erhöhten Kampfansätze nicht machen könne. Sie hat auch noch keinesweg bei allen deutschen Begehren die Bindung der heutigen Gebrauchssätze offeriert. Unsere Dele-

1. Vgl. Nr. 165.

2. Vgl. Nr. 190.

gation sollte nun im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen zunächst ermächtigt werden, überall da, wo nicht ganz besondere Verhältnisse vorliegen, die Bindung des Gebrauchstarifs anzutragen. Es ist aber keine Frage, dass sich Deutschland damit nicht begnügen wird. Nicht mit Unrecht macht es darauf aufmerksam, dass die Schweiz mit der Einführung ihres jetzigen Gebrauchstarifs vom Jahre 1921 bei einer grossen Menge von Positionen Erhöhungen vorgenommen hat, die weit über eine Ausgleichung der veränderten Wertverhältnisse hinausgehen und die zu einem sehr starken Rückgang der schweizerischen Einfuhr aus Deutschland geführt haben. Es lässt sich auch nicht wohl bestreiten, dass für eine Reihe, namentlich von industriellen und gewerblichen Erzeugnissen, unsere heutigen Zollansätze für Deutschland stark einfuhrhindernd wirken, dass sie zum Teil beträchtlich höher sind als die entsprechenden Ansätze des deutschen Generaltarifs und prozentuale Zollbelastungen ergeben, die als hoch bezeichnet werden müssen. Dazu kommt, dass wir auch im Interesse gewisser weiterverarbeitender Industrien wie in demjenigen von Konsumenten da und dort schon aus Interessesgründen gewisse Reduktionen beantragen müssten. Wenn wir solche Reduktionen als Konzessionen bezeichnen und dafür Gegenleistungen verlangen können, so dürften sie umso eher gerechtfertigt sein. [...]³

Was die besprochenen Herabsetzungen der Ansätze des schweizerischen Gebrauchstarifs anbelangt, so soll unsere Delegation zunächst solche Herabsetzungen in bescheidenem Umfange nur in Aussicht stellen, auf eine zahlenmässige Diskussion aber erst eintreten, sobald die deutschen Konzessionen ein annähernd genügendes Äquivalent für den Verzicht der Schweiz auf Inkraftsetzung des provisorischen Generaltarifs darstellen. [...]

III. Hinsichtlich der *allgemeinen Bestimmungen des Vertrages*

sind für den Augenblick besondere Instruktionen nicht notwendig, indem sich die sämtlichen beteiligten Departemente zuhanden unserer Unterhändler über alle wichtigeren Fragen bereits geäussert haben, sodass die schweizerische Delegation den deutschen Textentwurf⁴ anhand dieser Vernehmlassungen diskutieren wird. Erst aus dieser Diskussion wird sich ergeben, ob und welche besonderen Instruktionen erteilt werden müssen.

Wir beantragen Ihnen, von vorstehenden Ausführungen in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen und den Unterhändlern davon im Sinne von Instruktionen Kenntnis zu geben⁵.

3. Es folgen detaillierte Instruktionen betreffend mögliche Reduktionen bei den Tarifgruppen Nahrungs- und Genussmittel, Leder und Schuhwaren, Holz, Papier, Textilwaren, mineralische Stoffe, Metalle und Maschinen sowie Uhren.

4. Nicht ermittelt.

5. Der Bundesrat stimmte dem Antrag in seiner Sitzung vom 27. 4. 1926 zu. Zur Zeit dieses Beschlusses stand die zweite Verhandlungsetappe der beiden Delegationen in Berlin bereits kurz vor dem Abschluss. Vgl. Nr. 190. Das Volkswirtschaftsdepartement legte dem Bundesrat in der gleichen Sitzung ferner einen Bericht von W. Stucki vom 17. 4. 1926 (Nr. 181) über den Verlauf der Verhandlungen in Berlin vor.

*Aufzeichnung des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess**Kopie an das Politische Departement**Bern, 8. April 1926*

NOTIZ

Angesichts der Reklamation der beteiligten Kreise und des Ausbleibens einer Antwort der türkischen Regierung auf einen Vorschlag des Departements, das provisorische Handelsabkommen zu verlängern, habe ich heute den Geschäftsträger Mouzaffer Kiamil kommen lassen und ihn auf die Lage hingewiesen. Er hat mir eröffnet, dass die Frage dem Ministerrat unterbreitet worden sei und dass dieser sich noch damit beschäftige. Er stellte die Dinge so dar, als ob die türkische Regierung im Prinzip bereits bejaht hätte, aber es brauche eben Zeit für eine definitive Entschliessung. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass inzwischen unsere Waren differenziell behandelt werden und dass dies für uns einen Schaden bedeute und dass die Türkei keinen Nutzen davon habe. Ich eröffne dann dem Geschäftsträger nach vorheriger Besprechung mit Herrn Motta, dass der Bundesrat bereit sei, eine Delegation oder eine Sondermission nach Angora zu schicken, um über Freundschafts-, Niederlassungs- und Handelsverträge zu diskutieren und abzuschliessen¹. Er könne das seiner Regierung berichten. Darin liege aber auch ein Grund mehr, weshalb die türkische Regierung uns nun inzwischen die Behandlung der meistbegünstigten Nation zugestehen sollte².

Der Geschäftsträger verdankt diese Mitteilungen, die er sofort weitergeben werde und die jedenfalls in Angora angenehm berühren werden. Er fügt bei, dass Munir Bey, der türkische Gesandte, der jetzt in Paris weile, beauftragt sei, den Niederlassungsvertrag zu behandeln. Den Handelsvertrag wünsche man in Angora zu bereinigen. Den Entwurf³, den wir übermittelt haben, hätte er bereits seiner Regierung geschickt.

Ich bitte den Geschäftsträger nochmals, seiner Regierung zu berichten, dass wir eine sofortige provisorische Verlängerung der Meistbegünstigung erwarten und dass eine Ablehnung doch eigentlich den Beziehungen unserer beiden Länder nicht entspreche. Der Geschäftsträger verspricht, sein Möglichstes zu tun.

1. *Der Bundesrat fasste in seiner Sitzung vom 16. 4. 1926 folgende Beschlüsse:* 1. Il sera envoyé en Turquie, aussitôt que possible, une mission temporaire qui aura notamment pour but de trouver un règlement aux difficultés qui troublent actuellement les relations commerciales entre la Suisse et la Turquie, de négocier un traité de commerce durable sur la base du projet approuvé par le Conseil fédéral, le 16 mars 1926, et de hâter la négociation du traité d'établissement entre la Suisse et la Turquie.

2. Le Département politique est chargé de demander l'agrément du Gouvernement turc à la nomination de M. Henri Martin, Conseiller de Légation, Attaché commercial de la Légation de Suisse à Londres, en qualité de Chargé d'Affaires de Suisse en Turquie (E 1004 1/299, Nr. 593).

2. *Gemäss Note der türkischen Gesandtschaft in Bern vom 22. 9. 1926 erklärten sich die türkischen Behörden bereit, den schweizerischen Geschäftsleuten die Zollzuschläge, denen sie vom 1. 4. bis 28. 4. 1926 unterworfen waren, zurückzuerstatten* (E 2001 (C) 1/23).

3. *Nicht ermittelt.*

178

E 1001 1, EPD, 1926

*Antrag des Vorstehers des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Bundesrat*

MC.

Traité de conciliation et de règlement
judiciaire entre la Suisse et la Belgique.

Berne, 12 avril 1926

L'Assemblée fédérale ayant, par arrêté du 25 septembre dernier, donné son approbation au traité de conciliation et de règlement judiciaire conclu entre la Suisse et la Belgique, le 13 février 1925¹, le Ministre de Suisse à Bruxelles fut chargé de faire connaître au Ministère belge des Affaires étrangères que le Conseil Fédéral était en mesure de ratifier ce traité aussitôt que, de son côté, le Gouvernement belge serait prêt à en faire autant.

En réponse à cette communication, le Chef de Cabinet du Ministre des Affaires étrangères de Belgique exposa à M. Barbey que, la Belgique ayant accepté, depuis lors, la juridiction obligatoire de la Cour permanente de Justice internationale dans les limites de l'article 36, alinéa 2, de son statut et conclu les traités d'arbitrage de Locarno, le traité de conciliation et de règlement judiciaire belgo-suisse du 13 février 1925 paraissait dépassé par les événements, de sorte que le Gouvernement belge croyait entrer dans les vues du Conseil Fédéral, qui s'est montré partisan convaincu du principe de l'arbitrage obligatoire inconditionnel, en lui proposant d'élargir la portée du traité non encore ratifié.

Nous avons autorisé notre Ministre à Bruxelles à faire savoir au Ministre belge des Affaires étrangères que nous étions disposés à examiner les propositions que le Gouvernement belge jugerait à propos de nous faire dans ce sens².

Par rapport du 13 février³, M. Barbey nous fit parvenir un projet de traité de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage⁴, inspiré des traités d'arbitrage conclus à Locarno, qui lui a été proposé par le Ministère belge des Affaires étrangères comme base éventuelle de négociations.

Ce projet [...] est conçu sur un plan légèrement différent de celui des traités de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage conclus par la Suisse. La procédure qu'il envisage ressemble fort, cependant, à celle que prévoit le traité de conciliation et d'arbitrage obligatoires entre la Suisse et la France. Applicable à tous les différends, de quelque nature qu'ils puissent être, qui viendraient à s'élever entre les deux Etats, il réalise, par conséquent, un progrès indéniable par rapport au traité de conciliation et de règlement judiciaire conclu entre la Suisse et la Belgique le 13 février 1925, qui ne s'applique qu'aux différends d'ordre juridique. Il a, en outre, l'avantage de stipuler la création d'une Commission permanente de

1. *Vgl. Nr. 10.*

2. *Vgl. Nr. 127.*

3. *Nr. 164.*

4. *Nicht abgedruckt.*

conciliation, organisée préalablement à tous différends, tandis que le traité du 13 février 1925 ne prévoyait qu'une commission à constituer de cas en cas.

Comme le traité de conciliation et d'arbitrage obligatoires entre la Suisse et la France, le projet belge fait une distinction entre les différends d'ordre juridique, qui seront soumis à la Cour permanente de Justice internationale, et les différends d'autre nature, dont le règlement est confié à un Tribunal arbitral de cinq membres.

La procédure préalable de conciliation est obligatoire pour les différends d'ordre non juridique. Elle est facultative pour les litiges rentrant dans la compétence de la Cour permanente de Justice internationale. Sur ce point, le système préconisé par le Gouvernement belge diffère de celui qui a été admis par les traités de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage conclus jusqu'ici par la Suisse. Nous sommes entièrement d'accord avec le Gouvernement belge pour reconnaître qu'un grand nombre de différends d'ordre juridique ne pourront se régler en conciliation et devront être tranchés par des juges; telle sera la règle lorsque le litige consistera uniquement dans une conception différente d'un point de droit. Nous sommes d'avis, cependant, que, dans des cas de ce genre, les Parties s'entendraient facilement pour éviter, d'un commun accord, le préalable de conciliation, qui serait voué d'avance à un échec et constituerait simplement une inutile perte de temps. Le Gouvernement belge insistant pour que soit adopté le système inverse, selon lequel il ne sera donné suite à la procédure de conciliation pour les différends d'ordre juridique que si les deux Parties en reconnaissent l'utilité, il n'y a guère d'inconvénients, toutefois, à lui donner satisfaction sur ce point.

Si les principes contenus dans le projet de traité que le Gouvernement belge désire substituer au traité conclu entre la Suisse et la Belgique le 13 février 1925 paraissent fort acceptables et constituent un progrès indéniable sur l'accord de l'an dernier, la forme dans laquelle il nous a été présenté laisse quelque peu à désirer et exige une mise au point.

Nous avons élaboré, en conséquence, une nouvelle rédaction qui respecte entièrement, quant au fond, les propositions du Gouvernement belge, tout en les mettant en harmonie avec la terminologie que nous avons adoptée pour des actes de ce genre et en les complétant sur quelques points. Nous *proposons* donc au Conseil Fédéral

1. d'accepter la proposition du Gouvernement belge d'entrer en négociations avec le Conseil Fédéral en vue de la conclusion d'un traité de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage d'une portée plus étendue que celle de l'accord signé à Bruxelles le 13 février 1925⁵;

2. de charger le Ministre de Suisse à Bruxelles de présenter dans ce but au Ministère belge des Affaires étrangères le projet révisé⁶ joint à la présente proposition⁷.

5. Zum Ergebnis dieser Verhandlungen vgl. Nr. 225.

6. Vgl. Nr. 225, Anm. 3-6 und definitiver Vertragstext, in: Feuille fédérale, 1927, I, S. 622ff. bzw. BBl 1927, I, S. 590ff.

7. Der Bundesrat beschloss am 23. 4. 1926 antragsgemäss (E 1004 1/299, Nr. 631).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. April 1926

566. Réponse à la lettre du Conseil d'Etat tessinois, en date du 23 mars, concernant l'affaire Tonello

Département politique. Proposition du 10 avril 1926

Le Conseil d'Etat tessinois a envoyé au Conseil Fédéral, le 23 mars, une longue lettre, dans laquelle il cherche à justifier son attitude bien connue dans l'affaire Tonello¹.

Le Département politique estime qu'il ne convient pas d'entrer dans une réfutation détaillée des opinions émises par le Conseil d'Etat tessinois. Il suffit de donner acte à celui-ci de ses explications et de marquer en quelques phrases le point de vue du Conseil Fédéral².

Il est dès lors *décidé* de répondre au Conseil d'Etat du Canton du Tessin conformément au projet de lettre soumis par le chef du Département politique, comme suit:

«Al lod. Consiglio di Stato, Bellinzona.

Fedeli e cari Confederati,

Col vostro ufficio del 23 marzo u.s. ci avete intrattenuti della risposta che il Capo del Dipartimento Politico ha impartito per nostro incarico, nella seduta del 10 febbraio del Consiglio Nazionale, alle interpellanze dei signori Perrier e Zeli³ riguardanti la decisione da noi presa, il 5 gennaio di quest'anno, contro il signor Angelo Tonello⁴. Voi dichiarate che questa risposta «non» vi «sembra conforme alla realtà e alla tradizione parlamentare» e ci domandate di prendere e darvi atto della vostra esposizione mediante la quale mirate a giustificare l'attitudine assunta dal Consiglio di Stato e in particolare dall'allora suo Presidente, rispondendo, nel Gran Consiglio ticinese, ad una interpellanza del signor consigliere Zeli, la quale aveva pure per oggetto la menzionata nostra decisione del 5 gennaio.

Abbiamo preso e vi diamo atto ben volentieri delle spiegazioni contenute nel vostro ufficio, ma non riteniamo che sia necessario od utile d'entrare in una nuova discussione sul fondamento e sul significato della nostra decisione succitata.

I fatti e i documenti che diedero luogo alla controversia ebbero lunga eco e larga diffusione nel pubblico. Chiunque volle, potè formarsi un concetto preciso del-

1. E 2001 (C) 3/99.

2. *In seiner Sitzung vom 18.6.1926 beschloss der Bundesrat, die Aufenthaltsbewilligung von Tonello jeweils nur noch für sehr kurze Zeit auf Zusehen hin zu verlängern* (E 1004 1/299, Nr. 1003).

3. *Vgl. Sten. Bull. NR, 1926, S. 36f. – Der Fall Tonello gab auch anlässlich der nationalrätlichen Debatte über den Geschäftsbericht pro 1925 am 8.6.1926 zu Diskussionen Anlass. Vgl. Sten. Bull. NR, 1926, S. 324 und 327f.*

4. *Vgl. Nr. 118, Anm. 4.*

la controversia medesima. Noi non possiamo ammettere che la risposta impartita, in nostro nome, dal Capo del Dipartimento politico non sia stata conforme alla realtà e agli usi parlamentari. Tale risposta, volutamente moderata sì nella forma che nella sostanza, rispecchiava fedelmente il nostro pensiero.

L'interpretazione da voi data alla nostra decisione non era esatta. Se questa avesse fatto nascere il minimo dubbio in voi, una semplice domanda di chiarimento sarebbe bastata a dissiparlo. Non vi muoviamo nessun appunto d'aver tralasciata tale domanda, ma crediamo d'essere nel ragionevole se ci permettiamo di dirvi che prima d'imputarci di aver violato il principio costituzionale della libertà di stampa e la sovranità del vostro cantone, avreste bene agito assicurandovi della fondatezza della vostra interpretazione.

È volontà del Consiglio federale di mantenere col Governo ticinese, come con ogni altro Governo confederato, relazioni cordiali. Facciamo voti che la controversia di cui si tratta sia ormai posta in dimenticanza e non turbi più, nel futuro, la fiducia che, nell'interesse pubblico, deve sempre sussistere fra l'Autorità cantonale e quella federale.

E profittiamo, fedeli e cari Confederati, dell'occasione per raccomandarvi con noi alla protezione divina.

Consiglio federale svizzero.»

180

E 2, Archiv-Nr. 1681

Die Association genevoise pour le maintien des zones franches de 1815 et 1816 an den Staatsrat des Kantons Genf¹

Copie
S

Genève, 16 avril 1926

Le Conseil fédéral a soumis au Conseil d'Etat de Genève le rapport que M. Musy, chef du Département des douanes, lui avait présenté le 23 mars² touchant les répercussions qu'ont pour Genève l'état des changes et *l'encerclement douanier français*. Le Conseil fédéral demande son avis au Conseil d'Etat.

Comme un communiqué du Département des douanes, paru dans les journaux le 11 avril, donne l'essentiel du rapport de M. Musy et pose ainsi la question devant le public, nous nous sentons autorisés à vous communiquer ci-après les considérations qui découlent de l'examen auquel le Comité soussigné a procédé dans sa séance d'hier.

En premier lieu, il a décidé de renouveler auprès de vous la protestation contenue dans sa lettre du 4 février dernier³ contre la lenteur que le parlement français met à aborder la discussion de la convention d'arbitrage du 30 octobre 1924. Le

1. *Unterzeichnet von: C. Henneberg, Präsident, und M. Trottet, Sekretär. Eine Kopie wurde dem Politischen Departement zugestellt.*

2. *Nr. 215, Annex.*

3. *Nicht abgedruckt.*

temps qui s'est écoulé depuis le dépôt du projet de ratification sur le bureau de la Chambre française sera dans quelques jours de dix mois.

Nous réitérons aussi l'expression de notre conviction que de simples conversations entre diplomates ou hommes d'Etat ne suffisent pas pour réveiller en France le sentiment des égards qui sont dûs à un pays ami. La conversation que M. Motta a eue à Genève avec M. Briand n'a pas eu, jusqu'à ce jour, plus de résultats que les entretiens de M. Dunant au Quai d'Orsay. C'est donc tout au moins avec une apparence de raison que nous avons pris la liberté de conseiller l'envoi d'une note formelle et catégorique, avec la fixation d'un délai au-delà duquel la Confédération se sentirait entièrement libre de recourir à d'autres moyens pour se faire rendre justice.

Le Conseil fédéral serait donc bien inspiré si, dès maintenant, il mettait à l'étude ces autres moyens.

M. le Conseiller fédéral Musy désire porter remède à la situation pénible de Genève, et il faut lui en être reconnaissant, surtout s'il se tient à l'écart de toute considération d'ordre fiscal, qui, dans une affaire aussi grave pour un canton, ne peut tenir qu'une place tout à fait subsidiaire. Mais sa suggestion doit être considérée aussi au point de vue d'une pression morale à exercer sur les autorités françaises.

Quelle serait, aux deux points de vue, l'efficacité de mesures de rétorsion appliquées aux importations des zones? La législation fédérale arme-t-elle suffisamment le Conseil fédéral? Quelles sont la valeur et l'étendue des importations qui pourraient être frappées sans préjudice pour nous?

Le Département fédéral [*des finances et des douanes*] croit à cette efficacité. Il se base sur des renseignements qui nous font défaut, alors que la lecture des lois et des statistiques douanières nous amène à une conclusion différente.

Jusqu'à plus ample information, nous ne pensons donc pas qu'une amélioration un peu sensible de la situation économique puisse être atteinte par ce moyen. On doit l'attendre surtout de l'égalisation des prix des deux côtés de la frontière, de l'éloignement des douanes françaises derrière le Jura et le Salève, et de dispositions conventionnelles pour les relations entre Genève et l'ancienne grande zone, déduction faite de la zone sarde, en un mot du rétablissement des relations naturelles. M. Musy s'inquiète de la durée incertaine. Nous pensons qu'il vaut mieux attendre deux ou trois ans, dans une situation qui est certes pénible, que de risquer de compromettre l'avenir par des mesures d'opportunité qui ne cadreraient pas exactement avec la ligne de conduite si claire, logique, ferme et loyale que le Conseil fédéral suit dans ses négociations avec la France.

Quant à une pression de nature économique à exercer sur la France, il est, selon nous, inutile d'envisager d'autres mesures qu'une véritable guerre de tarifs qui s'étendrait à toute la frontière franco-suisse, de Genève à Bâle et d'Hermance à Saint-Gingolph. Des rétorsions qui ne frapperaient que la population étrangère voisine, savoyarde et gessienne, n'auraient guère d'effet, puisque, l'expérience le prouve amplement, la voix de cette population ne peut se faire entendre à Paris.

La véritable pression à exercer sur la France est de l'ordre moral. Elle réside en un appel à l'opinion publique, tant française qu'européenne. La France de la Grande Guerre, de la Société des Nations, du Protocole de Genève et des accords

de Locarno ne peut pas, devant ses propres citoyens et devant le monde, faire figure d'Etat qui viole ses engagements internationaux et se refuse à l'arbitrage, lorsqu'il s'agit d'un petit pays dont elle considère quelque intérêt comme contraire aux siens.

Si le parlement français refuse de ratifier le compromis d'arbitrage, en fera-t-il autant de la convention générale d'arbitrage entre les deux pays, ratifiée déjà par la Suisse? Celle-ci permettrait à la Suisse d'introduire devant la Cour internationale le conflit des zones dans des conditions pour elle plus favorables que le compromis.

S'il repousse aussi la convention générale d'arbitrage, ou en retarde outre mesure l'examen, le parlement français ne pourra empêcher la Suisse de recourir à l'article XV du Pacte et de s'adresser au Conseil ou même à l'Assemblée de la Société des Nations, que l'attitude du gouvernement français dans toute cette affaire, depuis 1918, ne préviendrait certes pas en faveur des prétentions françaises.

Enfin, *ultima ratio*, qui n'est pas la plus mauvaise, il y a une intervention que la Suisse pourrait provoquer, celle des Puissances garantes de 1815. En 1919, elles n'ont renoncé à leur garantie que sous une condition imposée à la France, savoir qu'elle se mettrait d'accord avec la Suisse sur les changements à introduire au régime créé en 1815 et 1816 autour de Genève. S'il est établi que la France ne fait pas ce qu'elle doit pour arriver à cette entente et qu'elle a agi unilatéralement, la condition n'est pas remplie, et toute la question peut être remise en cause, sous l'égide tutélaire des traités de 1815.

Nous pensons donc, Monsieur le Président et Messieurs les Conseillers d'Etat, que les véritables mesures à prendre aujourd'hui se résument dans une attitude encore plus décidée du Conseil fédéral. En mettant ouvertement à l'étude les autres moyens qui sont à la disposition de la Suisse pour se faire rendre justice, en éveillant de cette manière ou d'une autre, l'attention universelle, il agira en plein accord avec le sens profond de sa dignité nationale que possède le peuple suisse, sens que l'administration française ignore sans doute, mais que bien des Français et les gouvernements étrangers connaissent et apprécient.

181

E 7110 1/23

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

S

Berlin, 17. April 1926

Sie werden sich gewundert haben, dass Sie von uns über die hiesigen Handelsvertragsverhandlungen so lange keinen Bericht erhalten haben. Der Grund lag einzig und allein darin, dass nichts oder doch ganz wenig Positives zu berichten war. Dieser Grund besteht eigentlich heute noch, sodass auch dieser Bericht leider einen irgendwie erheblichen Fortschritt in den Verhandlungen nicht feststellen

kann. Die deutsche Delegation ist in ihren Erklärungen zu den schweizerischen Begehren ganz ausserordentlich zurückhaltend und langwierig. Die Gründe für dieses Verhalten sind offenbar verschiedener Art: einmal liegen sie in der ausserordentlich komplizierten deutschen Organisation, wo bei jeder Frage auf eine Reihe von Ministerien, Ressorts, Referenten etc. und dann noch auf die Vertreter der einzelnen Länder Rücksicht zu nehmen ist. Sodann entspricht diese hinhaltende und schleppende Taktik einem bewährten Grundsatz des Auswärtigen Amtes – ein hoher Beamter desselben hat mir selber lachend erklärt «ich möchte auch nicht mit uns verhandeln» –, und ferner entspricht dieses Verhalten ganz besonders auch der überaus ängstlichen und wenig verantwortungsfreudigen Natur des Herrn Windel. Zu alledem scheint nach gewissen Andeutungen zu kommen, dass man hier den Eindruck hat, die Schweiz habe beim Modus vivendi zu gut abgeschnitten und die Deutschen zu sehr herausgelockt.

Schon gleich in der ersten Sitzung entstand eine Schwierigkeit dadurch, dass die Deutschen verlangten, wir sollten wiederum, wie im Januar, mit unseren Erklärungen zur deutschen Wunschliste, d. h. zu den deutschen Begehren auf Herabsetzung unseres Gebrauchstarifs, den Anfang machen. Wir haben dies abgelehnt und immer und immer wieder und nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die bisherigen deutschen Zugeständnisse noch keineswegs eine ausreichende Gegenleistung für den schweizerischen Verzicht auf die Inkraftsetzung des provisorischen Generaltarifs bedeuten könnten, und dass wir solange nicht Erklärungen über die Herabsetzung der Ansätze unseres Gebrauchstarifs abgeben könnten. Nach mühsamen Marktereien haben wir uns schliesslich dahin geeinigt, dass man nicht die beidseitigen Begehrenlisten durcherklärt, sondern nach Warenkategorien abwechslungsweise vorgeht und dass dabei die Deutschen jeweils den Anfang machen sollen. So hat die deutsche Delegation in den bisherigen sieben Plenarsitzungen sukzessive Erklärungen zu der schweizerischen Begehrenliste, ausgenommen gerade die wichtigste Gruppe der Textilien, abgegeben. Trotz allen unsern Bestrebungen konnten wir bisher die deutsche Stellungnahme zu unseren zahlreichen und wichtigen Textilbegehren nicht erfahren. Die direkten Besprechungen zwischen der schweizerischen und der deutschen Seidenindustrie, die ursprünglich für Zürich vorgesehen waren und dann auf deutschen Wunsch anfangs dieser Woche in Berlin stattfanden, verliefen, wie vorauszusehen war, vollkommen ergebnislos. Die deutsche Seite erklärte, unter keinen Umständen unter diejenigen Sätze gehen zu können, die man bereits für Frankreich in Aussicht genommen habe. Wir kennen diese Sätze seit langem und betrachten sie immer noch als viel zu hoch. Diese direkten Besprechungen zwischen den Interessenten sollen übrigens im Mai in der Schweiz fortgesetzt werden und es ist zu hoffen, dass unterdessen auch die französische Seidenindustrie energisch für eine weitere Herabsetzung der deutschen Seidenzölle kämpfen wird. Das ganze übrige Textilgebiet ist, wie gesagt, bis jetzt überhaupt noch nicht besprochen worden.

[...]¹

1. Es folgt eine Schilderung der Verhandlungen über landwirtschaftliche, chemische und pharmazeutische Tarifpositionen.

Sie sehen also, Herr Bundesrat, dass das bisher Erreichte ohne irgendwelche wesentliche Bedeutung ist und die hier schon aufgewendete Zeit und Mühe kaum lohnt. Wir haben denn auch, um nicht ganz aus dem Gleichgewicht gedrückt zu werden, unsere Erklärungen zu den deutschen Wünschen lange nicht in dem Ausmass abgegeben, wie wir es vorgesehen hatten und wie es dem Bundesrat beantragt war. Ziffern unterhalb des Gebrauchstarifs haben wir überhaupt noch nirgends genannt und Reduktionen nur ungefähr bei einem Drittel der ursprünglich vorgesehenen Positionen in Aussicht gestellt. Wir sind überzeugt, dass wir bei einem anderen Vorgehen in kürzester Zeit ausgepumpt gewesen wären und jede Aussicht auf weitere deutsche Konzessionen von Bedeutung verloren hätten. Es ist ja klar, dass man mit einem derartigen Verhandeln furchtbar mühsam vorwärtskommt und eigentlich unnötigerweise Zeit verliert. Wir bedauern dies alle ausserordentlich, müssen den Grund aber einzig und allein in der so wenig entgegenkommenden Haltung der deutschen Delegation erblicken. Wir hoffen sehr, dass Herr Minister Müller in den nächsten Tagen, wie er dies in Aussicht gestellt hat, hieher kommt und dass er dann einen andern Geist in die deutsche Delegation bringen wird. Ich habe das bestimmte Gefühl, dass man unsern provisorischen Generaltarif deutscherseits heute weniger ernst nimmt als im letzten November und deshalb mehr als je auf unserm Gebrauchstarif verhandeln will. Rein persönlich bin ich auch der Auffassung, dass wir mit den Deutschen ohne Inkraftsetzung des neuen Tarifes so wenig zu einem annehmbaren Vertrage gelangen werden wie mit den Tschechen. Wenn auch Herr Dr. Müller nicht ein anderes Tempo und eine andere Mentalität in die deutsche Delegation bringt, so werden sich wohl auch meine Kollegen, denen ich diesen Bericht, weil sie fort sind, leider nicht unterbreiten kann, meiner Ansicht anschliessen. Es tritt eben immer deutlicher zutage, dass man deutscherseits nur ein geringes Interesse hat, den jetzigen Zustand zu ändern und deshalb so ausserordentlich zurückhaltend ist, während doch unser Interesse dringend verlangt, innert möglichst kurzer Zeit die immer noch viel zu hohen deutschen Zollmauern weiter abzubauen.

Was den allgemeinen Teil des Vertrages anbelangt, so ist dieser in der grossen Hauptsache bereinigt. Es wird hier nur hinsichtlich des Veredlungsverkehrs mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen sein.

Wir haben vorgesehen, am 2. Mai Berlin zu verlassen und am 3. Mai in Prag die tschechischen Erklärungen entgegenzunehmen. Wir werden dort voraussichtlich etwa vier, fünf Tage bleiben müssen und also gegen den 10. Mai wieder in Bern sein. Herr Odinga wird rechtzeitig das Nötige vorkehren, um die Sitzung der nationalrätlichen Zolltarifkommission zu verschieben. Er hat übrigens gestern ein von zahlreichen Mitgliedern dieser Kommission unterzeichnetes Schreiben erhalten, welches verlangt, dass die Session nicht in Bern stattfinde. Ich weiss zur Stunde nicht, was er darauf antworten will.

182

E 2, Archiv-Nr. 1681

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an die Association genevoise pour le maintien des zones franches de 1815 et 1816*

Kopie
S MC.

Berne, 22 avril 1926

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre lettre du 16 avril¹ par laquelle vous avez bien voulu nous communiquer le texte de la lettre que vous avez adressée au Conseil d'Etat de Genève au sujet du rapport que le Chef du Département Fédéral des Douanes a présenté au Conseil Fédéral touchant le maintien des facilités dont continuent à bénéficier pour l'importation de leurs produits en Suisse les ressortissants des territoires zoniens. Nous en avons pris connaissance avec un vif intérêt et nous vous remercions de cette obligeante communication.

Notre point de vue n'est pas encore arrêté au sujet de l'opportunité de frapper de droits les importations des zones. Nous croyons utile de préciser, toutefois, que cette éventualité est expressément prévue par l'article 11 de la convention entre la Suisse et la France, du 14 juin 1881, relative au régime douanier entre le Canton de Genève et la zone franche de la Haute-Savoie². Elle apparaît donc non pas comme une mesure de rétorsion contre l'installation à la frontière du cordon douanier français mais comme la mise au point d'un état de fait dans lequel la Suisse consent à la France, sans qu'ils soient compensés par une contrepartie, des avantages qui représentent pour le fisc un sacrifice important et qui peuvent, en outre, léser des intérêts particuliers.

Quant aux moyens de pression qui pourraient être mis en œuvre pour hâter l'examen par le Parlement français du compromis d'arbitrage du 30 octobre 1924, il nous semble que leur emploi serait prématuré tant que nous n'aurions pas de justes motifs de croire que le Gouvernement français ne met pas de bonne volonté à tenir ses engagements. Les conversations que tant le soussigné que le Ministre de Suisse en France ont eues avec M. Briand nous font admettre que tel n'est pas le cas et que les graves difficultés d'ordre intérieur auxquelles le Gouvernement français a eu à faire face suffisent à expliquer le retard subi par la procédure d'approbation du compromis d'arbitrage. Nous n'en persisterons pas moins à saisir toutes les occasions d'insister auprès du Gouvernement français pour que la ratification du compromis d'arbitrage, signé en octobre 1924, puisse être un fait accompli dans le délai le plus bref.

1. Nr. 180.

2. AS 1882-1883, NF 6, S. 515ff.

E 2001 (C) 5/51

*Der Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Bern, 24. April 1926

Sie haben uns mit Zuschrift vom 15. Januar 1926¹, durch Abschrift das Schreiben des Generalsekretariats des Völkerbundes vom 15. Dezember 1925 zur Kenntnis gebracht, das die Vorbereitung der Konferenz betreffend Abrüstung betrifft. Laut diesem Schreiben und den uns bereits früher von Ihnen zugestellten Akten hat der Völkerbundsrat für diese Vorarbeiten eine Kommission eingesetzt und dabei denjenigen Staaten, die in letzterer nicht vertreten sind (worunter auch die Schweiz) unter Zustellung des Fragenschemas Gelegenheit geboten:

- a) ein Memorandum zu denjenigen Punkten einzureichen, die den betreffenden Staat besonders beschäftigen, und
- b) über dieses Memorandum noch mündlich einvernommen zu werden.

Wir haben hierauf zu den Fragen, die vom Völkerbundsrate der Kommission vorgelegt wurden, welche die Abrüstungs-Konferenz vorzubereiten hat, die Vernehmlassung unserer Generalstabsabteilung² eingeholt. Wir legen Ihnen dieselbe, datiert April 1926, mit welcher wir an und für sich einverstanden sind, zur Einsichtnahme und gefälligen Prüfung vor. Wir halten sodann eine Besprechung zwischen Ihrem Departement und uns notwendig, und zwar vorab über die Frage, ob eine Eingabe an das Organ des Völkerbundes zu machen ist und, wenn ja, welche Antwort zu erteilen ist.

Für die Einreichung eines Memorandums ist vom Generalsekretär des Völkerbundes ein bestimmter Termin nicht gesetzt worden. Nach unserer Erkundigung bei Ihrer Abteilung für Auswärtiges soll sich die vom Völkerbund eingesetzte vorbereitende Kommission am 18. Mai 1926 vereinigen; es wäre also dieser Zeitpunkt der nächste, um unsere Eingabe einzureichen, falls eine solche erfolgen soll. Auf alle Fälle sollten wir so bereit sein, dass wir die Interessen der Schweiz im gegebenen Augenblick alsdann ohne Überstürzung vertreten können³.

1. Nicht ermittelt.

2. E 2001 (C) 5/47.

3. *Bemerkung Mottas am Briefkopf:* J'ai lu le travail de l'Etat-major et du Service de l'aviation. Je ne crois pas qu'il convienne d'envoyer déjà maintenant à la Conférence préparatoire un mémorandum. Il faudra suivre avec beaucoup d'attention les travaux de la Conférence préparatoire (qui seront d'ailleurs très longs) et envoyer des mémoranda sur les points qui pourraient présenter un intérêt spécial pour nous. Qui doit suivre spécialement les travaux de la Conférence? Il conviendrait de s'entendre avec le Dép. militaire. 6.5.26.

184

E 2001 (C) 1/40

*Aufzeichnung des Politischen Departementes*¹Kopie
MC.

Berne, 30 avril 1926

NOTICE

Relations entre les Légations
de Suisse et les Missions soviétiques
à l'étranger.

Les Légations de Suisse accréditées dans les Etats où l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques est représentée diplomatiquement ont reçu les instructions suivantes.

Nous vous rappelons que le Gouvernement fédéral n'entretient avec le Gouvernement des Soviets aucune espèce de relations ni officielles ni officieuses. A lui seul, ce fait suffirait à exclure toutes relations du même genre entre nos représentants et ceux du Gouvernement des Soviets. Mais il s'y ajoute le boycott proclamé par ce Gouvernement contre la Suisse et qui n'a toujours pas été levé: les représentants des Soviets à l'étranger gardent pour instructions d'ignorer les représentants de la Suisse. Il n'est pas à présumer qu'ils contreviennent à ces instructions et que le représentant soviétique prenne vis-à-vis de vous l'initiative d'une démarche quelconque.

Si, contre toute attente, ce représentant devait prendre une telle initiative, il conviendrait d'y répondre dans les formes d'usage; et si, de ce fait, vous deviez être amené à échanger des propos avec lui ou même à lui rendre visite, vous auriez naturellement à éviter qu'il pût se méprendre sur la portée de cette conversation, éventuellement de cette visite, qui devrait conserver un caractère entièrement privé.

En dehors de cette hypothèse d'un premier pas fait par lui, vous *ignorerez* absolument le représentant des Soviets; en d'autres termes, vous ne prendrez vis-à-vis de lui l'initiative d'aucune démarche quelconque à titre soit officiel, soit officieux, soit même privé.

1. *Verfasser: P. Bonna.*

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Mai 1926

Commission pour la réforme du Conseil de la Société des Nations

Département politique. Proposition du 5 mai 1926

Les 19, 23 et 26 mars dernier, le Chef du Département politique a eu l'occasion d'entretenir le Conseil fédéral de la Commission instituée par le Conseil de la Société des Nations pour étudier la question de la réforme du Conseil. Cette Commission, qui comprendra des représentants des dix Etats membres du Conseil augmentés des délégués de cinq autres Etats, est convoquée à Genève pour le lundi 10 mai à 11 heures. Le Conseil fédéral a décidé, le 26 mars, de désigner le Chef du Département politique comme son représentant¹.

Les problèmes dont le Conseil de la Société des Nations a saisi la Commission d'étude sont au nombre de quatre: la composition du Conseil, le nombre de ses membres, le mode de leur élection et les candidatures. Le Département politique soumet au Conseil fédéral un projet d'instructions pour son délégué².

En ce qui concerne la composition du Conseil, le projet propose notamment de maintenir le système des sièges permanents et des sièges électifs avec attribution des premiers aux seules grandes Puissances. Le projet reprend également l'idée fort importante de l'introduction d'un système de roulement pour les membres non permanents. Pour ce qui a trait au nombre des membres du Conseil, le projet reste fidèle au point de vue souvent exprimé par le Conseil fédéral et suivant lequel l'organe exécutif de la Société des Nations ne doit pas être un corps trop lourd.

Dans une seconde partie, le projet envisage une solution qui, tout en faisant le minimum de concession à l'opportunité, serait néanmoins de nature à résoudre la crise politique.

Au cours de la discussion, un membre du Conseil insiste sur la nécessité de faire entrer l'Allemagne dans la Société des Nations et de ne pas se montrer intransigeant dans des questions secondaires si, en faisant l'une ou l'autre concession sur des points de second ordre, l'entrée de l'Allemagne peut être facilitée. Car si l'Allemagne n'était pas reçue l'automne prochain, elle resterait certainement en dehors de la Société des Nations pour un temps indéfini et se verrait forcément amenée à se lier plus ou moins étroitement avec la Russie. Nous serions alors en présence, en Europe, de deux camps pour ainsi dire adverses, le camp russo-germanique et celui des pays de l'occident, ce qui aurait sans aucun doute des conséquences désastreuses.

1. *Vgl. Nr. 173.*

2. *Vgl. Annex.*

En outre, l'on fait remarquer qu'il ne serait pas de bonne politique de trop augmenter le nombre des sièges et par là-même l'importance des pays d'outre-mer au sein du Conseil de la Société des Nations. Car la grande majorité des questions importantes n'intéressent que l'Europe et l'on peut se demander s'il est désirable que les autres continents exercent dans ces questions une influence qui pourrait presque devenir prépondérante, tandis que l'Europe ne s'occupe point de leurs affaires à eux. Au cours de la délibération, le Chef du Département politique, qui a été désigné comme délégué suisse dans la commission pour la réforme de la Société des Nations, prie le Conseil fédéral de lui dire quelle attitude il devra prendre au cas où le siège présidentiel lui serait offert. D'après une communication faite à M. Motta par M. de Montenach, du Secrétariat Général de la Société des Nations, il serait en effet fortement question d'offrir la présidence à la Suisse. Il y aurait certaines difficultés à désigner le président, car si l'on ne veut pas le choisir parmi les Etats représentés au sein du Conseil de la Société des Nations, ni parmi ceux qui ont participé à la guerre, il ne reste pour ainsi dire plus que certains pays d'outre-mer. Or, comme ce sont avant tout des intérêts touchant l'Europe qui sont en jeu, il est compréhensible que l'on cherche à faire présider la commission par un délégué de notre continent. M. Motta ajoute qu'il préférerait ne pas falloir assumer la présidence, afin de pouvoir prendre part à la discussion plus librement. Mais il désire connaître l'avis du Conseil fédéral pour le cas où l'on insisterait auprès de lui pour qu'il acceptât la présidence en invoquant des motifs dont il y aurait lieu de tenir compte.

Un membre du Conseil fait remarquer qu'il y aurait vraiment quelque chose de choquant que cette commission, dont les travaux seront d'une importance capitale pour l'Europe, dont des intérêts vitaux sont en jeu, soit présidée et dirigée par le représentant d'un Etat d'outre-mer. En présence de la possibilité que la présidence ne soit pas assumée par un délégué européen au cas où M. Motta, élu éventuellement à la présidence, déclinerait cette fonction, il ne faudrait dès lors pas empêcher le représentant de la Suisse d'accepter si l'intérêt supérieur de la Société des Nations et de l'Europe exigeait cela.

D'autre part, il ne serait pas agréable, ni pour la Suisse, ni pour M. Motta, si les travaux de la commission ne devaient aboutir à aucun résultat ou pas au résultat espéré et que la commission avait été présidée par le délégué de notre pays. La critique ne se ferait pas attendre et les gens ne manqueraient pas qui en rendraient responsable le président.

Dans ces conditions, le Conseil fédéral estime qu'il faut laisser à M. Motta le soin de décider selon sa libre appréciation, en s'inspirant des nécessités de la situation qui se présentera au moment de l'élection du président de la commission.

Dès lors, le Conseil fédéral *décide*:

1) de fixer les instructions au délégué de la Suisse au sein de la Commission d'étude pour la réforme du Conseil de la Société des Nations, conformément au projet d'instructions qui lui a été soumis par le Département politique (voir ci-joint le texte de ces instructions)³;

3. *Als Annex abgedruckt.*

2) de laisser au délégué M. Motta, le soin de décider selon sa libre appréciation, en s'inspirant de la nécessité de la situation qui se présentera alors, s'il doit oui ou non accepter la présidence de la commission, si cette présidence lui est offerte.

ANNEX

COMPOSITION DU CONSEIL DE LA SOCIÉTÉ DES NATIONS (Commission d'étude)

Instructions

I. Le délégué suisse s'inspirera dans son attitude et dans ses interventions des règles et idées essentielles qui suivent:

1. Le système des sièges permanents et des sièges électifs doit être maintenu, de même que le principe de l'attribution de la représentation permanente aux seules grandes Puissances. L'idée de transformer tous les sièges en sièges électifs est soutenable en théorie, mais elle se heurte à des difficultés politiques évidentes. Il serait difficile notamment de concilier la situation spéciale à faire aux grandes Puissances avec les exigences d'un système de roulement.

2. L'idée d'un système de roulement pour les sièges non permanents du Conseil devra être reprise. La question de la durée des mandats et celle des conditions de réélection pourraient être résolues dans un sens permettant, le cas échéant, de tenir compte de l'importance des Etats.

3. Le Conseil de la Société des Nations ne doit pas être un corps trop nombreux, car toute augmentation de ses membres créerait pour lui la tentation et la tendance d'absorber l'activité principale de la Société des Nations. Les droits et les attributions de l'Assemblée viendraient ainsi à en souffrir.

4. L'idée d'assurer une représentation à des groupes d'Etats ayant des intérêts de même nature est juste en soi, mais elle ne se prête pas à être consacrée dans une formule juridique.

5. Le principe suivant lequel tout membre de la Société qui n'est pas représenté au Conseil est invité à y envoyer siéger un représentant lorsqu'une question qui l'intéresse particulièrement est portée devant le Conseil devrait recevoir une application plus large et plus conforme à l'esprit du Pacte.

6. Le principe de l'unanimité pour les décisions du Conseil doit être maintenu.

7. Le principe plusieurs fois proclamé et suivant lequel, dans la désignation des membres électifs du Conseil, il convient de tenir compte des grandes divisions géographiques doit être observé avec plus de rigueur que dans le passé.

II. Le délégué suisse pourra émettre les opinions suivantes:

1. Le principal effort de la Commission d'étude doit être de faciliter à la prochaine Assemblée de la Société des Nations l'admission de l'Allemagne dans la Société avec attribution à cet Etat d'un siège permanent dans le Conseil.

2. Il est équitable que la Pologne soit élue, à la prochaine Assemblée, dans le Conseil, mais cette élection doit se faire à un des sièges électifs qui existent déjà.

3. Même attitude à l'égard de la Chine.

4. Il est également équitable que l'Amérique latine ait au moins deux sièges électifs.

Il serait à examiner si la demande du Brésil d'avoir un siège permanent ne pourrait être satisfaite, dans son esprit, par l'octroi de trois sièges électifs à l'Amérique latine. Dans ce cas, la création d'un septième siège non permanent pourrait être envisagée.

5. La demande de l'Espagne d'obtenir un siège permanent ne peut se justifier au point de vue des principes. Si, cependant, la grande majorité des autres délégués et, en particulier, si tous les représentants des grandes Puissances (y compris celui de l'Allemagne) étaient disposés à entrer dans les vues de l'Espagne, il conviendrait d'étudier les moyens d'empêcher que le précédent créé en faveur d'un Etat qui n'est pas une grande Puissance ne puisse, à l'avenir, être invoqué par d'autres.

III. Les instructions qui précèdent ne sont que des directives générales. Le délégué suisse tiendra le Conseil Fédéral au courant des développements que la situation prendra au cours des délibérations de la Commission en vue de faire compléter et préciser les instructions s'il y avait lieu.

186

E 1004 1/299

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. Mai 1926*¹

752. Commission pour la réforme du Conseil de la Société des Nations

Verbal

Monsieur le président donne connaissance de diverses communications téléphoniques faites par M. Motta en date des 10 et 11 mai au sujet des travaux de la commission d'études pour la réorganisation du Conseil de la Société des Nations.

Il annonce tout d'abord que M. Motta s'est trouvé dans la nécessité d'accepter la présidence de la commission. En effet, tous les autres délégués auraient insisté de la façon la plus pressante, dès avant l'ouverture de la séance ainsi qu'au cours de celle-ci, pour qu'il accepte cette présidence et rende, en le faisant, le plus grand service à la cause commune. M. Motta n'a pas manqué d'opposer à ces sollicitations toutes les raisons qui, à l'avis du Conseil fédéral et au sien, rendaient peu désirable pour la Suisse pareille mission. Mais tous les arguments présentés n'ont pu faire abandonner aux autres délégués l'idée unanime que le représentant de la Suisse se trouvait, dans les circonstances actuelles, seul qualifié pour assumer le rôle en question. Le délégué du Japon, auquel il semble que l'on avait un moment songé comme président, n'a pas paru posséder les qualifications nécessaires pour ce rôle.

La vice-présidence de la commission a été donnée au représentant de l'Argentine, M. Le Breton.

La commission a décidé qu'en principe ses séances seraient publiques; mais des séances privées pourront avoir lieu toutes les fois que cela paraîtra désirable.

L'échange de vues générales va se poursuivre et probablement se terminer au cours de la séance du 11 mai, de sorte qu'on pourrait aborder ensuite l'examen des questions spéciales.

L'atmosphère dans laquelle on discute est, jusqu'ici, bonne et le désir de discuter paisiblement semble général.

Deux points paraissent d'ores et déjà acquis et ne plus guère devoir donner lieu à discussion:

- 1) le principe de l'unanimité des décisions à prendre par le Conseil et
- 2) l'opportunité, sinon la nécessité d'éviter une revision du Pacte.

Jusqu'ici, les représentants du Brésil et de l'Espagne n'ont pas encore manifesté d'opinion.

M. Motta a ajouté que, pour le moment, il n'y a pas lieu pour lui de demander des instructions complémentaires au Conseil fédéral; le fait d'occuper la présidence lui permettra d'ailleurs d'observer une certaine réserve, bien qu'il se soit réservé de manifester également, le moment venu et sur certaines questions, l'opinion du Conseil fédéral.

Il est pris acte de ces communications.

1. *Abwesend: Motta.*

E 2001 (B) 7/12

*Der schweizerische Gesandte in Warschau, H. A. von Segesser,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S G/LI

Warschau, 17. Mai 1926
(Ankunft: 22. Mai 1926)

In meinem politischen Bericht Nr. 12¹ orientierte ich Sie über die Ereignisse der letzten Tage. Nach Abbruch der Schlacht in Warschau zog sich der Präsident der Republik mit der Regierung nach Wilanow, südlich Warschau, zurück, wo er von den Revolutionären eingeholt wurde. Von dort sandte er dem Präsidenten (Marschall) des Reichtages, Rataj, folgenden Brief:

«Wilanow, 14. Mai 1926, Uhr 19.15.

An den Herrn Marschall des Sejm M. Rataj.

Ich bitte den Herrn Marschall unverzüglich auf meinem Aufenthaltsort zu erscheinen, um meine Erklärung abzunehmen, die ich in Gegenwart der Regierung abgeben will, um ein weiteres Blutvergiessen zu verhindern. Bitte einen sofortigen Waffenstillstand zu veranlassen.

S. Wojciechowski.
W. Witos.»

Dort übergab er ihm folgende Briefe:

«Wilanow, den 14. Mai 1926.

I. An den Sejmarschall Maciej Rataj.

Angesichts der geschaffenen Lage, die es mir unmöglich macht, die Amtsgeschäfte des Präsidenten der Republik wahrzunehmen, wie es der von mir geleistete Eid vorschreibt, verzichte ich auf dieses Amt und übertrage im Einklang mit Artikel 40 der Verfassung dem Sejmarschall die Rechte des Präsidenten der Republik.

Wojciechowski.»

«Wilanow, den 14. Mai.

II. An den Präsidenten der Republik. Hiermit unterbreite ich das Rücktrittsgesuch der Gesamtregierung.

Wincenty Witos.»

«Wilanow, 14. Mai 1926.

III. Das Protokoll der Sitzung des Ministerrats, der am 14. Mai 1926 in Gegenwart des Präsidenten der Republik stattfand.

Beginn der Sitzung um 5 Uhr 30 Min. nachmittags. Der Präsident der Republik hat vom Ministerrat eine Antwort auf seine Frage gefordert, ob im Zusammenhang mit der Lage, welche durch die Besetzung der Landeshauptstadt von

1. E 2300 Warschau, Archiv-Nr. 4; *Politischer Bericht Nr. 12 vom 17. 5. 1926.*

den Truppen des Feldmarschalls Pilsudski entstanden ist und das Land auch weiterhin mit einem langwierigen Bürgerkrieg bedroht, der Kampf fortgesetzt oder beendigt werden soll.

Der Ministerrat kam einstimmig zu der Überzeugung, dass eine Fortsetzung der Kämpfe unter diesen Bedingungen zu bewaffneten Handlungen zwischen den einzelnen Teilgebieten der Republik führen könnte, dass es notwendig sei, die ganze Armee zur Verteidigung der Landesgrenzen einzusetzen, welche durch einen Bürgerkrieg bedroht sein könnten, dass es im Interesse des Staates gelegen sei, die Unterschiede zu beseitigen, welche Volk und Armee in zwei feindliche Lager trennen könnten. Darum beschliesst der Ministerrat, dass eine Beendigung der inneren Kämpfe ein Gebot der Stunde ist. In der Überzeugung, dass es der neuen Regierung leichter fallen werde, die schwierigen Aufgaben durchzuführen, hat der Ministerrat beschlossen, seinen Rücktritt zu nehmen. Der Präsident der Republik hat zugleich dem Ministerrat seinen Entschluss bekannt gegeben, das Amt des Präsidenten der Republik niederzulegen. (Es folgen die Unterschriften der Minister und die Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten Wincenty Witos.)»

Für den Fall, dass Ihnen die Polnische Verfassung nicht zur Verfügung steht, lasse ich hier den Text des mehrfach erwähnten Art. 40 folgen:

Art. 40.

«Si le Président de la République ne peut exercer ses fonctions, ou s'il y a vacance pour cause de décès, renonciation ou toute autre cause, il sera suppléé par le maréchal de la Diète.

Art. 41.

Si la Présidence de la République devient vacante, la Diète et le Sénat se réuniront sans délai et de plein droit en Assemblée Nationale, sur l'initiative et sous la présidence du maréchal de la Diète, pour élire un nouveau Président.»

Der Generalstab des Marschalls gab in einem offiziellen Communiqué vom 15. ds. diesen Akten folgende *unwahre* Deutung:

«Der Präsident der Republik verzichtete auf seine Stellung zugunsten des Marschalls Pilsudski, indem er ihn als einzig berufen und würdig befand, Polen zu verwalten!

Die Verwaltung Witos wurde aufgelöst. Marschall Pilsudski mit Marschall Rataj arbeiten an der Schaffung der neuen Verwaltung, welche aus ehrlichen und zur Verwaltung würdigen Menschen bestehen soll.

Die Abteilungen werden, nachdem sie geordnet worden sind, transportweise in ihre Garnisonen gesandt.

Marschall Pilsudski befiehlt Ruhe zu bewahren und eine gegenseitig würdevolle Haltung in den militärischen Truppen zu beobachten.

Der Chef des Generalstabes
[Burckhardt-Bukacki]
Brigade General.»

Man darf aber nicht vergessen, dass dieser Rücktritt eine Folge des militärischen und blutigen Aufbruchs grossen Stils eines im Ruhestand stehenden Offiziers war, der nicht ohne weiteres hingenommen werden kann. Es ist dies die einstimmige Ansicht des diplomatischen Korps.

Heute erhielten die Gesandtschaften die beiliegenden 2 Verbalnoten des Ministeriums des Äussern vom 16. ds.², wovon die erste den Rücktritt des Präsidenten der Republik und die zweite die Zusammensetzung der neuen Regierung enthält.

Das diplomatische Korps beschloss nunmehr, diese Mitteilung identisch zu beantworten. Jede Gesandtschaft sandte heute die beiliegende Verbalnote³ an das Ministerium, deren Fassung den fremden Regierungen freie Hand für die Anerkennung lässt. Diese Formel ist namentlich durch die Vertreter des verbündeten Frankreich, dann England und Italien empfohlen worden und fand allgemeine Unterstützung. Sie erlaubt uns, mit den Ministerien der provisorischen Regierung *de facto* Beziehungen zu unterhalten für den Schutz unserer Mitbürger und Interessen.

ANNEX

Die schweizerische Gesandtschaft in Warschau an das polnische Aussenministerium

Kopie
G/C.

Varsovie, 17 mai 1926

NOTE VERBALE

Par une note en date du 16 de ce mois, le Ministère des Affaires Etrangères a bien voulu faire connaître à la Légation de Suisse, que le Président de la République, Monsieur Stanislas Wojciechowski, ayant résigné ses pouvoirs, le Maréchal de la Diète, Monsieur Mathieu Rataj, en vertu de l'article 40 de la Constitution, a assumé par intérim les fonctions de Président de la République.

Par une seconde note en date du même jour, le Ministère des Affaires Etrangères a fait savoir à la Légation de Suisse, que le Maréchal de la Diète, Monsieur Mathieu Rataj, exerçant par intérim les pouvoirs de Président de la République, a chargé Monsieur Casimir Bartel du soin de former un Ministère, dont la note donnait la composition.

La Légation de Suisse a l'honneur d'accuser réception au Ministère des Affaires Etrangères de cette communication, dont elle ne manquera pas de donner connaissance à son Gouvernement.

2. Nicht abgedruckt.

3. Als Annex abgedruckt.

188

E 2001 (B) 7/12

*Das Politische Departement an den schweizerischen Gesandten in Warschau,
H.A. von Segesser*Kopie¹
S MC.

Berne, 25 mai 1926

Nous avons eu l'honneur de recevoir le rapport du 17 mai² par lequel vous voulez bien nous indiquer dans quelle forme vous a été notifiée la démission de M. Wojciechowski et du Cabinet Witos ainsi que la prise des pouvoirs du Président de la République par le Maréchal de la Diète et la constitution du Cabinet Rataj. Nous approuvons entièrement la suite que vous avez donnée à ces communications en en accusant réception dans la forme adoptée par les autres missions diplomatiques accréditées à Varsovie, forme qui ne tranche pas la question de la reconnaissance de facto ou de jure du Gouvernement polonais actuel.

Nous vous serons reconnaissants de continuer à vous comporter, à cet égard, de la même façon que vos autres collègues, car il va de soi que la Suisse n'a aucune raison de prendre, dans cette affaire, une attitude différente de celle des autres Etats qui entretiennent avec la Pologne des relations diplomatiques.

-
1. *Die Aktenbestände der schweizerischen Gesandtschaft in Warschau wurden durch Kriegseinwirkung vernichtet.*
2. *Nr. 187.*

189

E 1004 1/299

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 28. Mai 1926¹

852. Polen. Beziehungen zur neuen Regierung

Mündlich

Der Gesandte in Warschau hat telegraphisch angefragt², ob er die Beziehungen zum Aussenministerium der neuen polnischen Regierung aufnehmen könne. Eine ganze Anzahl von Vertretern fremder Länder habe dies schon getan und einige weitere seien im Begriff, es zu tun. Der Stellvertreter des Vorstehers des politischen Departements³ ist der Meinung, es stehe der Aufnahme der Beziehungen zum polnischen Aussenministerium nichts im Wege.

Der Rat teilt diese Auffassung und ermächtigt das politische Departement, den Gesandten hievon telegraphisch zu verständigen.

-
1. *Abwesend: Motta und Chuard.*
2. *Von Segesser telegraphierte am 26.5.1926 dem Politischen Departement: [... / Je vous prie de télégraphier si vous estimez que je puis entrer en relations officielles Ministère Affaires étrangères. Représentants France, Vatican, Italie, Angleterre furent par ordre. Danemark en fut chargé aujourd'hui. Suède, Espagne, Finlande, Autriche sans instructions y ont été ou irons encore. [... / (E 2001 (B) 7/12).*
3. *Schulthess.*

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 7. Juni 1926*¹

946. Handelsvertragsunterhandlungen mit Deutschland

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 26. Mai 1926

Die schweizerische Delegation für Handelsvertragsunterhandlungen begab sich den Weisungen des Bundesrates gemäss nach Berlin, wo sie vom 7. April bis 1. Mai weilte. Herr Prof. Laur konnte den Sitzungen zwischen dem 15. und 28. April nicht beiwohnen, weil er in dieser Zeit den Bundesrat an der Generalversammlung des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts in Rom zu vertreten hatte. Am 1. Mai verliess die Delegation Berlin, um vom 3. bis 6. Mai in Prag die Vertragsunterhandlungen mit der Tschechoslowakei weiterzuführen.

Über die zweite Etappe der Verhandlungen mit Deutschland ist folgendes zu berichten:

1. Schweizerische Begehren zum deutschen Zolltarif:

Von den schweizerischen Wünschen wurden 40 gänzlich erledigt, davon 18 durch Herabsetzung der deutschen bisherigen vertragsmässigen oder autonomen Ansätze, 18 durch deren Bindung und 4 durch Verzicht. Der Verzicht auf einzelne Begehren erfolgte, sei es, weil solche vollständig aussichtslos erschienen, sei es, weil das schweizerische Interesse sich als geringfügig herausstellte und in keinem Verhältnis zu den verlangten Gegenleistungen war, oder aber weil es vorteilhafter schien, gewisse Ansätze durch andere Staaten ausfechten zu lassen, in der Meinung, dass die Schweiz auf dem Wege der Meistbegünstigung zu dem gewünschten Resultat kommen könne. Betreffend 65 Positionen des deutschen Tarifs blieben die schweizerischen Begehren offen, doch ist eine grössere Zahl von Unterabteilungen auch dieser Positionen durch Herabsetzung, Bindung oder Verzicht erledigt.

[...]²

Auch in einigen *Textil*begehren kam die deutsche Delegation den schweizerischen Wünschen in annehmbarem Masse entgegen. So wurden die Positionen ungezwirnte und gezwirnte künstliche Seide, Florettgespinste, Seidenzwirn aus Rohseide durch Bindung und Herabsetzung und Beuteltuch durch Herabsetzung erledigt. Für gebleichte, gefärbte und bedruckte Kammgarne wurde die Bindung der schon Belgien gewährten Ansätze zugestanden. Ebenfalls erledigt sind die Pos. betr. Baumwollzwirn, Wirk- und Strickwaren aus Baumwolle, sowie Wachsmuselin und Filze. In bezug auf Baumwollgarne nähern sich die Vorschläge. [...] Auf den schwersten Widerstand hingegen stiessen die Begehren bezüglich anderer Textilien, insbesondere die Seidengewebe, sowie die Stickereien.

1. Abwesend: Chuard.

2. Das Protokoll geht in der Folge auf einzelne erledigte bzw. noch hängige Tarifpositionen ein.

Die deutsche Delegation weigerte sich zunächst, Erklärungen auf diesem Gebiete abzugeben, indem sie verlangte, dass schweizerischerseits vorerst grösseres Entgegenkommen gegenüber den deutschen Begehren gezeigt werden müsste und dass insbesondere Ermässigungen auf dem schweizerischen Gebrauchstarif gewährt werden sollten. Demgegenüber betonte die schweizerische Delegation immer und immer wieder, dass die Ansätze des Gebrauchstarifs schon als Vertragsansätze zu gelten hätten, welche deutscherseits durch Konzessionen erkaufte werden müssen, und dass Reduktionen dieser Ansätze nur ausnahmsweise als Äquivalent für besonders wichtige deutsche Zugeständnisse in Frage kämen. Erst als in der Schlussitzung der schweizerische Vorsitzende nachdrücklich die Inkraftsetzung des neuen provisorischen Generaltarifs in Aussicht stellte, falls deutscherseits nicht bedeutende Reduktionen in den genannten Gebieten angeboten würden, machte die deutsche Delegation Vorschläge, die wenigstens als künftige Grundlage für weitere Verhandlungen dienen können. Für Stickereien wurden um 200 M. niedrigere Ansätze in Aussicht gestellt, während die Ansätze für Seidengewebe um ungefähr 200 M. unter die Ansätze des sogenannten Pariser Abkommens gehen. Dieses letztere ist von den deutschen und französischen Sachverständigen für die Regelung der Zölle zwischen Deutschland und Frankreich in Aussicht genommen worden, und die deutsche Delegation hatte in früheren Sitzungen wiederholt erklärt, unter keinen Umständen weitergehende Offerten machen zu dürfen. Die Erledigung dieser Positionen wird weitere Konferenzen schweizerischer und deutscher Interessenten erfordern. Die Verhandlungen betr. Stickereien werden nur in Verbindung mit der Regelung des Veredlungsverkehrs zu einem Abschluss gebracht werden können.

2. Deutsche Begehren zum schweizerischen Zolltarif:

Die deutsche Delegation verzichtete auf die weitere Geltendmachung von 9 Begehren. [...] Durch Bindung wurden 33 Begehren erledigt. [...]

Ermässigungen der Ansätze des Gebrauchstarifs wurden nur in vereinzelten Fällen zugestanden. Auf diese Weise sind einzig die deutschen Begehren betr. Felchen, Salinglas, Schreinerzirkel und Elektrokarren erledigt worden.

Die schweizerische Delegation stellte sich auf den Standpunkt, dass die Reduktionen, zu welchen sie der Bundesrat ermächtigt hatte, als äusserstes Entgegenkommen gewertet werden sollen und deswegen nur dann angeboten werden dürften, nachdem deutscherseits entsprechende Zugeständnisse gemacht worden waren.

Da dies in den wichtigsten Positionen nicht der Fall war, beschränkte sich die schweizerische Delegation darauf, für gewisse Positionen die Möglichkeit von Ermässigungen anzukünden, ohne aber deren Mass bekanntzugeben. Im einzelnen ist zu sagen, dass die Deutschen besonders hartnäckig die Herabsetzung des Kartoffelzoll verlangten, wobei schweizerischerseits aber nur eine Ermässigung für Saatkartoffeln in Aussicht gestellt werden konnte. Gegenstand eingehender Debatte waren insbesondere die Positionen betreffend Bier, Holz, Schreinerwaren, Möbel, Papier, Karton, Wollgewebe, Korbflechterwaren, Kalk, Weckeruhren, che-

mische Farben und Spielzeug. Für alle diese Waren wurden deutscherseits Herabsetzungen verlangt, die bisher nicht zugestanden werden konnten.

3. Der *Vertragstext* wurde in einigen Ausschusssitzungen besprochen. In bezug auf diesen bestehen keine ernstlichen Differenzen. Immerhin ist zu bemerken, dass deutscherseits die Aufnahme von Bestimmungen betreffend Doppelbesteuerung, Niederlassung und Rechtsschutz gewünscht wird, welche von der schweizerischen Delegation abgelehnt werden musste. Betreffend eine Abmachung über Vermeidung von Doppelbesteuerung wurde darauf hingewiesen, dass wegen der Souveränität der Kantone in Steuersachen eine staatsvertragliche Bindung in dieser Materie schwer möglich wäre. Betreffend Niederlassung und Rechtsschutz wurde auf die noch bestehenden Spezialverträge verwiesen, zu deren Abänderung oder Ergänzung die schweizerische Delegation nicht kompetent sei.

Abschliessend darf darauf hingewiesen werden, dass die Verhandlungen während der zweiten Etappe in dem Masse, das erwartet werden konnte, fortgeschritten sind. Wenn auch einige Hauptprobleme, z. B. der Veredlungsverkehr und die Textilzölle, noch nicht gelöst werden konnten, so sind dieselben doch in den Mittelpunkt der Debatte gerückt und können in Angriff genommen werden, sobald die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Wenn die 16 Plenarsitzungen, die in Berlin stattfanden, nicht noch bessere Resultate gezeitigt haben, so liegt der Grund in der Verzögerungstaktik der deutschen Delegation, welche bezweckte, damit möglichst viel schweizerische Zugeständnisse herauszubringen, ohne ihrerseits genügende Konzessionen zu machen. Für die Fortsetzung der Unterhandlungen, welche in nächster Zeit in der Schweiz erfolgen sollen, wird das Volkswirtschaftsdepartement weitere Instruktionen des Bundesrates einholen.

Es wird *beschlossen*, von den obigen Ausführungen in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen.

191

E 1004 1/299

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 7. Juni 1926*¹

935. Unterzeichnung der Konvention vom 17. Juni 1925 betreffend die Kontrolle des internationalen Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial²

Politisches Departement. Antrag vom 17. Mai 1926

I. Am 31. Oktober vorigen Jahres haben die schweizerischen Delegierten zur Staatenkonferenz, die vom 4. Mai bis zum 17. Juni 1925 in Genf zur Prüfung der Frage des internationalen Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial ge-

1. *Abwesend: Chuard.*

2. *Text des gesamten Vertragspakets in: SdN, Journal Officiel, 1925, Nr. 8, S. 1117ff.*

tagt hat, ihren Schlussbericht an den Bundesrat erstattet³. Dieser Bericht gibt, in Ergänzung der elf Rapporte, welche die Delegation im Mai und Juni nach Bern gesandt hat, eine zusammenfassende Darstellung der Verhandlungen und enthält auch einen kurzen Kommentar der verschiedenen Instrumente, die von der Konferenz ausgearbeitet und zur Unterzeichnung aufgelegt worden sind.

In seiner Sitzung vom 12. Juni 1925⁴ hat der Bundesrat die Delegierten ermächtigt, unter Vorbehalt der Ratifikation ihre Unterschriften unter zwei dieser Abmachungen zu setzen. Es sind dies:

1. Das Protokoll vom 17. Juni 1925 betreffend den chemischen und bakteriologischen Krieg, und
2. das sog. Unterzeichnungsprotokoll, dem eine bloss formale Bedeutung zukommt.

Die Abordnung gibt in ihrem Schlussberichte der Auffassung Ausdruck, dass auch die übrigen aus den Verhandlungen der Konferenz hervorgegangenen Instrumente unterzeichnet werden sollten, nämlich:

1. Die eigentliche Konvention betreffend die Kontrolle des internationalen Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial; sowie
2. die Erklärung betreffend das Gebiet von Ifni und
3. die Schlussakte der Konferenz.

Das Politische Departement schliesst sich aus den Erwägungen, die im folgenden ausgeführt werden, diesem Antrag an.

II. 1. Es scheint zunächst kein Grund vorzuliegen, die Schlussakte der Konferenz vom 17. Juni 1925 nicht zu unterzeichnen. Diese Akte gibt vorerst bloss ein Mitgliederverzeichnis der verschiedenen Abordnungen zur Konferenz wieder, an das sich sodann zwei allgemeine Erklärungen anreihen. Es ist daran zu erinnern, dass das Bureau der Konferenz von der Auffassung ausging, dass die Schlussakte von so generellem Charakter sei, dass sie von allen Delegationen zu Ende der Verhandlungen ohne weiteres zu unterzeichnen gewesen wäre. Demgegenüber behielt sich die schweizerische Delegation auftragsgemäss eine Prüfung der beiden in der Schlussakte enthaltenen Deklarationen, denen immerhin ein grundsätzlicher Charakter zukam, durch den Bundesrat vor; einzelne andere Abordnungen gingen sodann analog vor.

Eine Analyse der zwei prinzipiellen Erklärungen der Schlussakte scheint indessen zu ergeben, dass denselben unbedenklich zugestimmt werden kann.

Was zunächst die zweite Erklärung anbetrifft, so besagt sie im wesentlichen, dass die Waffenhandelskonvention eine Ergänzung durch andere Abmachungen, namentlich betreffend die Kontrolle der Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial, finden müsse. Dies entspricht im Grunde der Auffassung, die der Bundesrat in den Instruktionen der schweizerischen Delegation zur Waffenhandelskonvention bereits angedeutet hat. Zudem hat seither die sechste Völkerbundsversammlung in einer Resolution vom 25. September 1925⁵, die einstimmig

3. *Vgl. Nr. 57, Annex.*

4. *Vgl. Nr. 59.*

5. *Vgl. SdN, Journal Officiel, Suppl. spéc. Nr. 33, S. 117ff.*

– einschliesslich der Stimme der Schweiz – angenommen wurde, den gleichen Gedanken zum Ausdruck gebracht. Die formelle Zustimmung zu dieser Erklärung der Schlussakte dürfte somit angebracht sein.

Aber auch die erste Deklaration scheint unbedenklich genehmigt werden zu können. Sie besagt einerseits in einer Formel, die an sich überflüssig ist und sich nur aus dem Hergang der Verhandlungen erklären lässt, dass die Regierungen der Signatäre «die feste Absicht haben, die internen Gesetze und Verordnungen streng anzuwenden, um jeden Waffenhandel zu verhindern, der nach diesen Bestimmungen als illegal erscheinen könnte». Daran knüpft sich allerdings die Zusage, dass die «interessierten Parteien alle zweckdienlichen Angaben auszutauschen beabsichtigen». Dieser letztere Passus begründet eine gewisse Bindung, der jedoch, wie der Bericht der Delegation ausführt, ein bloss administrativer Charakter, ähnlich wie den häufig durch Notenwechsel übernommenen Verpflichtungen, zukommt. Es liegt kein Anlass vor, diese Erklärung nicht anzunehmen, um so mehr, als in konkreten Fällen diplomatischen Gepflogenheiten entsprechend doch die gewünschten Auskünfte erteilt würden.

Das Politische Departement ist somit der Ansicht, dass die Schlussakte selbst dann unterzeichnet werden könnte, wenn eine Unterzeichnung der Waffenhandelskonvention nicht beschlossen werden sollte.

2. Die Deklaration betreffend das Gebiet von Ifni steht mit der eigentlichen Waffenhandelskonvention dagegen organisch in so engem Zusammenhang, dass dieselbe nur zugleich mit dieser Konvention zu unterzeichnen wäre. Es handelt sich faktisch um eine blosses Spezialklausel, die systematisch besser in dem Waffenhandelsabkommen Aufnahme gefunden hätte. Ein Grund, diese Deklaration nicht gleichzeitig mit der Hauptkonvention namens der Schweiz zu unterzeichnen, ist nicht ersichtlich; im Gegenteil könnte dadurch bloss eine Lücke in der Anwendung der Konvention entstehen.

III. Eine besondere Prüfung erheischt natürlich die Frage der Unterzeichnung des Instrumentes, dessen Ausarbeitung die Hauptaufgabe der Konferenz von Mai und Juni 1925 darstellte, nämlich die Konvention betreffend die Kontrolle des internationalen Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial.

Im Schlussberichte der schweizerischen Delegation ist bereits ausführlich dargelegt worden, dass die vor der Konferenz mit Recht geäusserten Kritiken am Vorentwurf, der als Diskussionsgrundlage diente, während der Verhandlungen in reichem Masse berücksichtigt worden sind. Der Vertragstext, der aus den Verhandlungen schliesslich hervorgegangen ist, sieht eine viel weniger einschneidende Kontrolle vor, als ursprünglich angenommen werden konnte, und schon, wie der Bericht dartut, in weitgehendem Masse den legitimen Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial.

Man kann sich darauf beschränken, im Nachstehenden ergänzend nur auf einzelne Spezialpunkte einzugehen.

1. Es ist zunächst daran zu erinnern, dass die Frist für die Unterzeichnung des Abkommens gemäss dem «Protocole de signature» am 30. September 1926 abläuft. Nach Ablauf dieser Frist kommt nicht mehr das Unterzeichnungs- und Ratifikationsverfahren, sondern bloss noch ein Beitritt in Frage.

Andererseits verpflichten sich gemäss Artikel 37 der Waffenhandelskonvention sämtliche Kontrahenten, die andern Staaten «zum Beitritt zu bewegen». Es ist ferner damit zu rechnen, dass von den Völkerbundsversammlungen ein Druck zum Beitritt zur Konvention erfolgen wird, dem sich zu entziehen auf die Dauer in steigendem Masse schwierig würde. Das Verfahren des Beitrittes bietet nun eine Anzahl Nachteile, die mit dem normalen Unterzeichnungs- und Ratifikationsverfahren nicht verbunden wären. Das endgültige Inkrafttreten der Konvention in bezug auf unser Land wäre grundsätzlich erst auf den Zeitpunkt in Aussicht zu nehmen, an dem die hauptsächlichsten an der Produktion von Waffen, Munition und Kriegsmaterial interessierten Länder ihrerseits endgültig ratifiziert haben werden. (In diesem Sinne hatte seinerzeit der Bundesrat auch beschlossen, den eidgenössischen Räten den Beitritt zur Konvention von St. Germain vom 10. September 1919 zu empfehlen.) Wenn nun der Bundesrat beschliesst, die neue Konvention innerhalb der im «Protocole de signature» vorgesehenen Frist namens der Schweiz unterzeichnen zu lassen, kann er – ohne einen Vorbehalt ausdrücklich zu formulieren – mit dem Antrag an das Parlament betreffend Genehmigung des Abkommens zuwarten, bis faktisch die definitive Zustimmung der in Betracht kommenden Staaten vorliegt. Nach Ablauf der bis zum 30. September 1926 sich erstreckenden Frist dagegen wäre das Beitrittsverfahren u. U. noch in Bewegung zu setzen, *bevor* alle wichtigen an der Produktion von Kriegsgerät beteiligten Länder dem Konventionssystem angeschlossen sind. Das Adhäsionsverfahren ermöglicht keine Trennung von Unterzeichnung und Ratifikation; der Beitritt erfolgt endgültig und das Parlament würde aus allgemeinen Rücksichten eventuell zur definitiven Genehmigung eingeladen werden, bevor sämtliche Erfordernisse gegeben sind, deren Vorhandensein dem Bundesrate im Hinblick auf das Inkraftsetzen des Konventionssystems angezeigt erscheinen könnte.

Noch mehr würde sich nach dem 30. September 1926 das Verfahren komplizieren, wenn – was allerdings nicht erforderlich ist – ausdrückliche Vorbehalte seitens der Schweiz zu formulieren wären. Den allgemeinen Gepflogenheiten entsprechend könnten wohl bei der Unterzeichnung ausdrückliche Reserven angebracht werden; es würde sich dann bis zu der Ratifikation zeigen, ob diese Vorbehalte seitens der anderen Staaten widerspruchslos akzeptiert würden. Dagegen könnte eine verwickelte Situation entstehen, wenn gewisse Vorbehalte in die Adhäsionserklärung auf Grund eines vom Parlament bereits gefassten Beschlusses aufgenommen würden.

2. Zu dem angeführten Argument tritt die Erwägung, dass eine verhältnismässig grosse Zahl von Staaten schon bis heute die Waffenhandelskonvention unterzeichnet haben: Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Österreich, Brasilien, Grossbritannien, Chile, Spanien, Estland, Äthiopien, Finnland, Frankreich, Ungarn, Indien, Italien, Japan, Lettland, Luxemburg, Polen, Rumänien, Salvador, das Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen und die Tschechoslowakei. Erfahrungsgemäss ist damit zu rechnen, dass kurz vor der am 30. September 1926 ablaufenden Unterzeichnungsfrist noch weitere Staaten in nicht unbedeutender Zahl ihre Unterschrift unter die Konvention setzen werden, so dass die Völkerbundsversammlung möglicherweise schon 1926 an die noch fehlenden

Länder nachdrückliche Empfehlungen zum Beitritt ergehen lassen wird. Man kann sich auch nicht verhehlen, dass es nicht leicht sein würde, verständlich zu machen, warum die Schweiz, die seinerzeit ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit ausgedrückt hat, der Konvention von St. Germain von 1919 beizutreten, der neuen, nach mehreren Richtungen hin viel weniger weit gehenden Abmachung fernbleiben sollte.

3. Was sodann die Lage der schweizerischen Industrie anbetrifft, die an der Fabrikation und dem Export von Waffen, Munition und Kriegsmaterial interessiert ist, so könnte geltend gemacht werden, dass der Wegfall der Möglichkeit, an andere Abnehmer als an Regierungen zu liefern, den Geschäftsgang dieser Fabrikation unter Umständen nachteilig beeinflussen könnte. Demgegenüber ist indessen darauf hinzuweisen, dass es gerade einer der hauptsächlichsten Zwecke der Konvention ist, die unkontrollierbaren Waffenlieferungen an auswärtige Private, welche Unruheherde schüren können, zu unterbinden oder doch wenigstens nach Möglichkeit einzuschränken. Zudem würde zum mindesten in den von der Konvention umschriebenen Zonen verschärfter Kontrolle die Lieferung von Kriegsmaterial an Private oder nicht anerkannte Kriegsführende nach dem System des Abkommens praktisch verhindert werden, unabhängig davon, ob das Ursprungsland der Konvention angeschlossen ist oder nicht. Sendungen nach diesen Gebieten erfolgen also auf das Risiko der Exporteure. Was sodann beispielsweise China anbetrifft, das nicht in die Zonen verschärfter Kontrolle einbezogen worden ist, so ist daran zu erinnern, dass praktisch von den an der Abrüstungskonferenz von Washington von 1921/22 vertretenen Mächten ein Überwachungssystem eingeführt, bzw. ins Auge gefasst worden ist, das ebenfalls auf die Dauer die Belieferung Privater verunmöglichen dürfte.

Es ist ferner, wie im Berichte der schweizerischen Delegation angeführt ist, die von der Industrie vor der Waffenhandelskonferenz befürchtete Kontrolle auf ein Minimum reduziert worden, indem von der Schaffung eines Überwachungsorgans gänzlich abgesehen wurde. Die Kontrolle liegt im wesentlichen in der Publizität, und es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, dass die Kontrahenten der Konvention, in Anwendung von Artikel 11 des Abkommens, in ihrem eigenen Interesse nach Möglichkeit die Ausfuhren aus Nicht-Kontrahenten zu erfahren und zu publizieren suchen werden. Der effektive Beitritt zur Konvention wäre einer solchen Sachlage offensichtlich vorzuziehen.

In letzter Linie ist darauf besonders aufmerksam zu machen, dass die Ausfuhr nach den der Konvention nicht angeschlossenen Staaten im System des Abkommens durchaus nicht etwa untersagt ist; die Lieferung nach diesen Staaten untersteht bloss den gleichen Bedingungen wie der Export nach Konventionsstaaten, d. h. es sollen die Sendungen prinzipiell an die Regierungen, bzw. an die ermächtigten Organe derselben gerichtet und statistisch erfasst werden.

Das Interesse der schweizerischen Industrie dürfte somit hinlänglich gewahrt werden, wenn, wie oben ausgeführt, mit der Ratifizierung der Konvention zugewartet würde, bis die anderen industriellen Länder die Ratifikation vollzogen, bzw. Anstalten hiezu getroffen haben werden.

Gestützt auf die vorstehenden Erwägungen wird antragsgemäss *beschlossen*:

Das politische Departement wird ermächtigt, die erforderlichen Massnahmen zur Unterzeichnung der folgenden am 17. Juni 1925 in Genf zur Unterschrift aufgelegten Instrumente zu treffen:

1. Konvention betreffend die Kontrolle des internationalen Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial;
2. Erklärung betreffend das Gebiet von Ifni;
3. Schlussakte der Konferenz für die Kontrolle des internationalen Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial.

Der Beschluss auf Unterzeichnung des ersten dieser Instrumente (Waffenhandelskonvention) erfolgt in der Meinung, dass die Ratifikation jenes Abkommens erst dann vorgenommen werden soll, wenn die wichtigeren an der Produktion von Waffen, Munition und Kriegsmaterial beteiligten Staaten ihrerseits die Konvention endgültig annehmen⁶.

6. Die Unterzeichnung unter diesem Vorbehalt erfolgte am 29. 6. 1926. Die Konvention trat nie in Kraft, weil die erforderliche Anzahl von 14 Ratifikationen nicht erreicht wurde.

192

E 1004 1/299

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 11. Juni 1926

953. Matteottifeiern in Genf und Bern

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departements teilt mit, dass heute abend in Genf und am Sonntag in Bern von den Sozialisten «Matteottifeiern» veranstaltet werden sollen, an denen, wie befürchtet wird, Ausfälle gegen die derzeitige italienische Regierung nicht ausbleiben werden. Der italienische Gesandte in Bern hat den Wunsch geäussert, es möchte dahin gewirkt werden, dass die «Feier» in Genf bis nach Schluss der zurzeit dort tagenden internationalen Konferenz verschoben würde.

Aus der Beratung geht hervor, dass es jetzt wohl zu spät wäre, die beiden Veranstaltungen in Genf und Bern zu verhindern¹. Dagegen sollte die Frage geprüft werden, ob nicht der Genfer Regierung, und zwar auch im Interesse Genfs selbst, nahezulegen wäre, Veranstaltungen dieser Art während der Dauer von Konferenzen des Völkerbundes in Genf zu verbieten.

1. Vgl. dazu Nr. 195.

*Der schweizerische Gesandte in Madrid, M. de Stoutz,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Madrid, 14 juin 1926

Par note datée du 4 de ce mois, que je joins en traduction¹, le Général Antonio Oscar de Fragoso Carmona m'informe des changements survenus dans le Gouvernement de la République Portugaise et qui avaient abouti, à la date que porte cette communication, à la constitution du nouveau Ministère dont il m'indique la composition².

Cette composition a, depuis, été modifiée par un décret publié au journal officiel du 5 juin, [...]

J'ai provisoirement accusé réception de la communication du Général Carmona, en ajoutant que je la portais à la connaissance du Gouvernement Fédéral.

Mon collègue de Suède vient d'apprendre du Chargé d'Affaires de Norvège à Lisbonne que les Chefs de mission résidant dans la capitale sont tombés d'accord pour estimer que la révolution portugaise s'était faite dans le cadre de la Constitution et pour recommander, par conséquent, à leurs gouvernements respectifs, de reconnaître le nouveau régime.

Le fait est que, jusqu'ici, toutes les décisions prises ont été introduites par la formule «usant de la faculté que me (ou, nous) confère l'article (tel ou tel) de la Constitution», et que, pour le moment, aucune opposition ne tente de se manifester dans les masses. Ce serait plutôt, d'après certaines rumeurs, entre certains membres du nouveau cabinet que se dessineraient des velléités de désaccord, le Général Gomes da Costa représentant, paraît-il, une tendance monarchiste non partagée par d'autres membres du cabinet. Mais, pour le moment, je le répète, l'adhésion de la masse paraît suffisamment générale et franche pour qu'il n'y ait pas de raison de prévoir un nouveau changement dans un avenir très prochain.

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *In seinem Politischen Bericht vom 5. 6. 1926 berichtete de Stoutz über den Staatsstreich: [...]*

Pour le moment, le pronunciamiento a complètement réussi. L'armée est entièrement au service de la nouvelle cause. [...]

Ce succès est-il durable? Cela dépendra, sans doute, de ce que sera l'attitude des triumvirs à l'égard du Parlement. Si celui-ci devait rester longtemps muselé, l'expérience pourrait fort bien finir une fois de plus dans le sang. [...] Venu tard aux libertés constitutionnelles, ce peuple n'a pas fini de s'en griser. Trop de gens veulent épuiser les possibilités qu'offre au citoyen le régime démocratique; les uns lui demandent les satisfactions morales des succès oratoires, de l'exercice du pouvoir; les autres courent tout simplement après l'assiette au beurre. Tous, avec une ardeur égale, haïssent la dictature, les uns dans son principe, les autres dans ses conséquences pour eux, si elle est idéaliste et bien intentionnée. Tout ce monde use et abuse du vocabulaire et de la réthorique enflammés de 1789 et de 1848. Dans cette brûlante arène, un dictateur court de tout autres risques que dans l'Espagne monarchique, assez fataliste et indifférente à la chose publique. [...]
(E 2300 Madrid, Archiv-Nr. 5).

Dans ces conditions, je vous serais obligé de vouloir bien examiner s'il ne conviendrait pas de me charger – comme le seront, sans doute, mes collègues de Lisbonne – de répondre à la communication du Gouvernement portugais dans des termes qui impliquent la reconnaissance du nouvel état de choses. Je me suis, en effet, dans mon accusé de réception³, abstenu de toute formule (telle, par exemple, que des vœux adressés au nouveau Gouvernement) qui puisse être interprétée dans ce sens.

P.S. – Le journal officiel du 9 juin publie un décret prononçant la dissolution du Parlement et de toutes les commissions parlementaires de caractère permanent ou transitoire ainsi que l'extinction de tous les droits, prérogatives et fonctions inhérentes à la qualité de membre du Congrès.

3. E 2200 Madrid, Archiv-Nr. 758.

194

E 2200 Madrid, Archiv-Nr. 758

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Madrid, M. de Stoutz*

S MC

Berne, 18 juin 1926

En nous référant à votre lettre du 14 juin¹, nous avons l'honneur de vous faire connaître que la méthode préconisée par les Chefs de mission diplomatiques accrédités à Lisbonne, selon laquelle il appartiendrait à leurs Gouvernements de prendre l'initiative de reconnaître le nouveau Gouvernement portugais, ne cadre guère avec les principes adoptés à cet égard par le Conseil Fédéral.

En raison de la réserve que nous dicte, dans ce domaine, notre situation de petit Etat, le Conseil Fédéral s'impose, en effet, pour règle de ne pas donner formellement sa reconnaissance à un nouveau Gouvernement que si elle lui est formellement demandée et de se borner, dans tous les autres cas, à une reconnaissance tacite, s'il n'existe pas de motifs d'adopter une attitude plus réservée encore.

Nous ne croyons pas qu'il y ait lieu de nous départir de cette règle à l'égard du nouveau Gouvernement portugais. L'accusé de réception que vous avez adressé au Général Carmona nous paraît être tel que pouvait l'attendre un Gouvernement dont il ne nous appartient pas de contester la régularité constitutionnelle, encore qu'il soit issu d'un coup d'Etat militaire. Si ce Gouvernement est reconnu comme légitime par les Puissances, la Suisse n'adoptera certainement pas à son égard une attitude différente de celle des autres Etats; mais nous ne prendrons pas l'initiative de l'en informer; nous attendrons que communication soit faite au Conseil Fédéral, dans les formes accoutumées, c'est-à-dire par lettre autographe du Chef

1. Nr. 193.

de l'Etat, de l'accession au pouvoir d'un nouveau Gouvernement et nous y répondrons par la lettre de style usitée en pareil cas.

Nous continuerons, d'autre part, à recevoir le Ministre de Portugal à Berne et à entretenir avec lui les mêmes relations que par le passé. Nous vous saurons gré de vous comporter, de votre côté, comme si le Gouvernement portugais avait été tacitement reconnu par le Conseil Fédéral.

195

E 1004 1/299

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 18. Juni 1926*1000. Incidents à l'occasion de la manifestation en la mémoire du député italien Matteotti, à Genève¹

Verbal

Le chef du Département politique rappelle la démarche faite par M. Garbasso, mercredi de la semaine dernière, afin d'obtenir que la manifestation soit renvoyée². Car il voulait empêcher que les fascistes italiens participant à la Conférence internationale siégeant en ce moment à Genève fassent une contre-manifestation pouvant amener des bagarres et des incidents désagréables. Le chef du Département de justice et police du canton de Genève, M. Turrettini, a proposé, à deux reprises, au gouvernement genevois d'interdire la manifestation socialiste projetée pour le vendredi soir. Mais les deux fois, sa proposition a été repoussée³.

Il résulte du rapport que M. Turrettini vient d'adresser au Département politique⁴, que la provocation est partie des milieux socialistes et anarchistes, mais les fascistes – parmi lesquels plusieurs fonctionnaires italiens du Secrétariat de la Société des Nations et du Bureau international du Travail et plusieurs délégués à la Conférence internationale siégeant en ce moment à Genève⁵ – ont alors riposté. Il aurait été préférable que les fascistes se fussent abstenus de se rendre à la mani-

1. *Die Kundgebung fand am 11.6.1926 im Gemeindesaal von Plainpalais statt.*

2. *Vgl. Nr. 192.*

3. *Der schweizerische Gesandte in Rom, Wagnière, äusserte sich in einem Schreiben vom 14.6.1926 an Motta dazu wie folgt: [...]* Le Gouvernement genevois, qui a autorisé cette assemblée, contrairement à celui du Canton de Vaud, ignore un fait que l'on ne peut assez affirmer dans nos milieux suisses: à savoir que le fascisme n'est pas un parti politique, mais qu'il représente, en ce moment, l'Italie, son Gouvernement, son Roi, l'immense majorité de sa population. Comme les Italiens en Suisse sont en majorité socialistes, nos compatriotes peuvent facilement se tromper sur la signification et la portée de ces manifestations.

Cet incident pourrait être aplani très vite si le Gouvernement genevois prenait lui-même l'initiative d'une démarche immédiate sous la forme qui paraîtrait la plus opportune. /.../ (E 2001 (B) 7/19).

4. *Bericht vom 17.6.1926 in: E 2001 (B) 7/19.*

5. *8. Session der Internationalen Arbeitskonferenz.*

festation. Mais M. Garbasso a déclaré qu'il ne lui était pas possible d'exercer une influence dans cette direction sur les délégués à la Conférence.

M. Garbasso, dans une entrevue qu'il a eue avec le Chef du Département politique, le 14 courant, lui a montré un télégramme de son gouvernement disant que celui-ci a appris avec beaucoup de regrets ce qui s'est passé à Genève et a été vivement surpris que le Conseil fédéral n'ait pas interdit la manifestation. M. Garbasso dit en outre qu'il a été chargé de déclarer sans réticence que l'Italie ne pourrait plus envoyer de délégués à Genève si des incidents analogues se renouvelaient. M. Motta répondit au ministre de bien vouloir également communiquer sans réticence à son gouvernement que nous regrettons à notre tour que les fascistes se soient arrogé des compétences en matière de police qui n'appartiennent qu'aux seules autorités suisses.

Le Département politique a aussitôt donné (le 15 juin) des instructions à M. Wagnière, notre ministre à Rome⁶, l'informant de la visite et des déclarations faites par M. Garbasso. Il est dit, dans ce télégramme, que le chef du Département politique avait prié téléphoniquement jeudi soir le Conseiller Turrettini d'intervenir pour obtenir le renvoi de l'assemblée, mais que M. Turrettini n'a pu obtenir que ses collègues écoutassent ce conseil officieux. M. Garbasso ayant été informé de la situation donna par le Consul italien à Genève le conseil aux fascistes de ne pas intervenir. Il est certain qu'il conviendra de prendre à l'avenir des mesures plus rigoureuses. Mais l'intervention des fascistes et de fonctionnaires italiens de la Société des Nations est un fait très critiquable. M. Garbasso a été rendu attentif à ce grief. Le Conseil fédéral a été surpris de la menace contenue dans les instructions du gouvernement italien. Elle rend notre tâche envers le gouvernement genevois plus délicate et difficile. Nous avons donné jusqu'ici tant de preuves tangibles de notre volonté très arrêtée de maintenir de bonnes relations avec le gouvernement royal que la menace nous a surpris péniblement. Le chef du Département politique se mettra en rapports avec le Président du gouvernement genevois M. Moriaud pour lui expliquer la nécessité d'une politique plus ferme et vigilante. Mais l'opinion publique se cabrerait si elle apprenait que le gouvernement italien, abandonnant les procédés amicaux, voudrait se servir de la question du siège de la Société des Nations pour exercer des pressions. M. Wagnière est enfin prié d'exposer, avec amicale fermeté, ces considérations au gouvernement royal.

M. Wagnière a répondu le lendemain par la lettre suivante⁷:

«Suivant vos instructions, j'ai demandé immédiatement à être reçu par M. Grandi, Sous-Secrétaire d'Etat, qui, venant tout de suite après M. Mussolini dans la hiérarchie du Ministère et étant Délégué à la Société des Nations et en outre fasciste ardent, me paraissait le plus indiqué pour recevoir mes déclarations. Malheureusement M. Grandi est absent pour deux ou trois jours. J'ai demandé alors de voir M. Bordonaro, Secrétaire général, mais il était parti à la hâte pour Palerme pour raisons de famille. J'ai pris alors un rendez-vous avec le Chef du

6. E 2001 (B) 7/19.

7. E 2001 (B) 7/19.

Service politique, M. Arlotta, Ministre Plénipotentiaire, qui m'a reçu aujourd'hui à 18 h.

Je lui ai expliqué les événements tels qu'ils résultent du rapport que vous m'indiquez et de votre télégramme, en attendant le rapport définitif du Gouvernement genevois⁸. J'ai vivement insisté sur la nécessité de ne pas transporter sur territoire suisse des luttes italiennes entre socialistes et fascistes. M. Arlotta m'a fait remarquer à ce propos que les organisateurs de l'assemblée de Genève étaient suisses et que la réunion était convoquée pour discuter une affaire italienne; ce sont donc des Suisses qui transportent avec les noms de Mussolini et Matteotti des questions italiennes sur territoire suisse.

Ce raisonnement est juste et mérite d'être soumis à l'Autorité genevoise. J'ai tout de même insisté sur le fait que la présence de fascistes et en particulier de fonctionnaires de la Société des Nations avait contribué à donner à cette assemblée un caractère tumultueux.

Je n'ai pas manqué de dire les mesures que vous avez prises et que vous comptez prendre et j'ai insisté sur la pénible impression produite par la menace concernant la participation de l'Italie à la Société des Nations, en me servant des termes de votre télégramme.

J'ai relevé les articles vraiment déplorables de certains journaux italiens tendant à égarer l'opinion publique. A ce propos, en vous parlant de l'article du *Popolo d'Italia*, je n'avais sous les yeux que les citations des journaux romains. Je vois maintenant que cet article a été écrit par Parini, notre mortel ennemi. Je n'ai pas manqué de faire relever la chose par M. Arlotta.

Celui-ci m'a déclaré que jamais la Suisse n'avait été considérée avec plus d'estime que depuis l'avènement du Gouvernement actuel. Il m'a dit cela sans doute pour corriger l'impression produite par la lecture de ces articles déplorables.

M. Arlotta m'a promis de rapporter notre conversation au Premier Ministre, avec lequel je n'ai pas cru devoir conférer personnellement pour le moment.

La rectification concernant la responsabilité du Conseil fédéral a été reproduite par les journaux.

Dans les cercles privés on s'occupe très peu de cette affaire. Cela résulte de diverses informations. Si nos Burklin et Nicole & Cie. ne cherchent pas à envenimer le débat, tout porte à croire que pour le moment le Gouvernement italien se contentera de nos déclarations et que l'incident sera clos. Je me réserve encore de voir M. Grandi à son retour.»

Aussitôt après réception de la lettre de M. Wagnière, le chef du Département politique s'est mis en relations avec le président du gouvernement genevois M. Moriaud, lequel persiste à rejeter toute la faute sur les fascistes.

Le lendemain, M. Garbasso a remis à M. Motta un appel des organisateurs du meeting⁹ d'où il résulte que la manifestation, dès le début, n'était pas simplement une séance commémorative en l'honneur du député Matteotti, mais bien une manifestation antifasciste. Le chef du Département estime toutefois que, malgré

8. *Vgl. Anm. 4.*

9. *Ein Exemplar in: E 2001 (B) 7/19.*

cela, les fascistes n'auraient pas dû intervenir, et il propose de l'autoriser à déclarer à M. Garbasso que le Conseil fédéral est d'avis que les fonctionnaires de la Société des Nations et du Bureau international du Travail n'avaient absolument rien à faire à cette manifestation et n'avaient pas le droit d'aller la «contrôler», que la menace relative à la future participation de l'Italie aux réunions internationales à Genève n'était pas amicale, mais que, d'autre part, de pareilles manifestations ne devraient plus avoir lieu pendant qu'il y a des conférences internationales à Genève et que le Conseil fédéral avait l'intention de faire comprendre cela au gouvernement genevois.

M. Motta attire enfin l'attention du Conseil sur l'interpellation Nicole. Il estime qu'il devrait y être répondu encore au cours de la présente session des Chambres. Si le Conseil fédéral partage cette manière de voir, le chef du Département politique lui soumettra, lundi, le texte de son discours.

Après discussion, il est *décidé*:

Le Conseil est d'accord que M. Motta fasse au ministre d'Italie une déclaration dans le sens qu'il vient d'exposer et, en outre, qu'il réponde à l'interpellation Nicole encore dans la session parlementaire en cours, après avoir soumis les principaux passages de son discours à la prochaine séance du Conseil fédéral¹⁰.

10. Zur Behandlung der Interpellation Nicole vom 14.6.1926 in der Nationalratssitzung vom 23.6.1926 vgl. Sten. Bull. NR, 1926, S. 543ff. – Vgl. auch die Diskussion anlässlich der Behandlung des Geschäftsberichtes pro 1925 im Ständerat, in: StR-Protokoll vom 24.6.1926 (E 1001 (D) d 1/192, S. 92f. und 130f.).

196

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 25. Juni 1926¹

Zwischenfall anlässlich der Matteottifeier in Genf

Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes teilt mit, dass er erfahren hatte, der italienische Konsul in Genf habe dem Generalsekretariat des Völkerbundes und dem Direktor des internationalen Arbeitsamtes die Erklärung zukommen lassen, Italien werde keine Delegierten an die Konferenzen des Völkerbundes und des Arbeitsamtes mehr entsenden, wenn nicht mit Bestimmtheit erwartet werden dürfe, dass Kundgebungen ähnlich wie die Matteottifeier inskünftig unterbleiben werden. Herr Motta habe dem italienischen Gesandten sein Erstaunen über diesen Schritt seiner Regierung geäußert, worauf dieser geantwortet habe, die Erklärung sei lediglich «à toutes fins utiles» gemacht worden und dürfe in keiner Weise als unfreundlicher Akt der Schweiz gegenüber gedeutet werden².

1. Abwesend: Musy.

2. Handschriftliche Aufzeichnung Mottas über das Gespräch mit Garbasso vom 18.6.1926 in: E 2001 (B) 7/19.

Ferner verliert Herr Motta einen Brief des Sekretärs des Völkerbundes³, der ihm von Herrn Montenach überbracht worden ist und worin Sir Eric Drummond seine Überraschung ausdrückt über denjenigen Teil der Antwort des Bundesrates auf die Interpellation Nicole, worin die Teilnahme von Beamten des Sekretariates des Völkerbundes und des internationalen Arbeitsamtes an der Versammlung zu Ehren Matteottis behandelt ist. Der Völkerbundssekretär bedauert die fragliche Stelle der Rede des Herrn Motta und gibt der Meinung Ausdruck, dass der Vertreter des Bundesrates zuerst mit ihm hätte Fühlung nehmen sollen, da er allein das Verhalten seiner Beamten zu beurteilen habe.

Der Vorsteher des politischen Departementes und auch die übrigen Mitglieder des Bundesrates halten diese Zuschrift des Völkerbundssekretariates für sehr unangebracht.

Es wird *beschlossen*,

Herrn Motta zu beauftragen, dem Bundesrate einen Antwortentwurf an Sir Drummond vorzulegen, worin gegen sein Schreiben entschieden Verwahrung eingelegt werden soll⁴.

3. E 2001 (B) 7/19; *Schreiben vom 24.6.1926*. – *Vgl. Nr. 202*.

4. *Vgl. Nr. 201*.

197

E 2001 (C) 4/101

Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta, an den schweizerischen Gesandten in Rom, G. Wagnière

Copie d'un manuscrit.

S

Berne, 30 juin 1926

Je viens de recevoir votre lettre du 27 de ce mois¹ et vous avez sans doute reçu mon télégramme chiffré au sujet de la «germanisation» du Tessin².

Je vois à la lecture de votre lettre – dont je vous remercie cordialement – que vous êtes quelque peu découragé. Je m'explique votre état d'âme à merveille. Mais voici quelques réflexions, qui vous permettront d'envisager la situation avec plus de confiance.

Je vous avoue que les échos d'Italie à ma réponse à l'interpellation Nicole³ ne m'ont pas été désagréables. J'aurais craint des manifestations de satisfaction complètes, car elles auraient déterminé dans l'opinion publique suisse l'impression d'une certaine *faiblesse* de notre part. Sous la modération de l'expression, ma réponse était vis-à-vis des fascistes très ferme. Il était trop évident que la presse italienne l'aurait senti. Mais mon but était bien de faire comprendre aux

1. *Nicht abgedruckt*.

2. *Telegramm vom 29.6.1926; nicht abgedruckt*.

3. *Vgl. Nr. 195, Anm. 10*.

fascistes que nous voulons *être maîtres chez nous*. Or, il était inévitable que la presse officieuse – ayant senti la pointe – n'abondât point en déclarations d'amitié.

Quant à la campagne au sujet de la prétendue «germanisation» du Tessin, j'en perçois bien les dangers. Le malheur est que la matière à cette polémique insensée a été fournie par des journaux suisses. Certaines interprétations fâcheuses présentées au Grand Conseil du Tessin et certaines réponses du Conseil d'Etat tessinois ne sont pas non plus à l'abri de la critique.

J'ai cependant des scrupules très graves à vous charger encore une fois d'une intervention diplomatique. Le Gouvernement italien peut avoir très facilement l'impression que nous avons mauvaise conscience et que nous avons besoin de sa protection spéciale. Or, il n'en est rien. Cela ne signifie pas que, si l'occasion propice se présente, vous ne puissiez relever combien cette propagande est dénuée de toute raison. Mais autre chose est faire une remarque occasionnelle *même très nette et très ferme* et autre chose est de présenter, encore une fois, une réclamation diplomatique à soi.

Lorsque, j'en aurai l'occasion à Genève j'entreprendrai M. Scialoja ou M. Grandi ou les deux de ces choses délicates.

Pour le moment, je crois le mieux est de regarder la situation sans pessimisme, avec calme et sérénité.

Quant à une visite de moi à Mussolini, *elle est exclue*. Vous savez quelles sont nos règles dans cette matière. L'opinion publique verrait une démarche pareille de *mauvais œil*.

Je ne penche pas non plus vers l'idée d'organiser maintenant une visite de journalistes italiens en Suisse. On comprendrait de suite que cette visite a un but politique tiré des circonstances du moment. Mais je ne perds pas de vue votre suggestion et j'en parlerai, le moment venu, avec les journalistes de ma confiance.

Je suis un peu fatigué. J'ai besoin de repos. Je partirai en congé le 10 juillet et je serai absent – exceptionnellement – pendant 40 jours. J'irai, pour trois semaines, à Tarasp. Je n'ai pas l'intention (mais cette intention n'est pas encore très arrêtée) d'aller en Italie.

198

E 1004 1/300

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. Juli 1926*¹

1109. Affaire des zones

Verbal

Le chef du département politique communique que selon une lettre de notre Ministre à Paris du 30 juin² le projet du rapport que doit présenter M. Edouard Soulier sur le compromis d'arbitrage des zones sera de nouveau soumis (après modification) à la commission des Affaires étrangères de la Chambre des

1. *Abwesend: Häberlin und Musy.*

2. E 2, Archiv-Nr. 1681.

Députés dans le courant de la semaine. D'autre part, il résulte d'une lettre de M. Hauteclocque, Secrétaire de l'Ambassade de France à Berne, que M. Hennessy est actuellement à Paris où il suivrait de près la Question de la ratification du compromis, dont il s'emploierait à hâter la discussion dans toute la mesure du possible. M. Hennessy a télégraphié à l'Ambassade que la Commission des Affaires étrangères a examiné le rapport Soulier et entendra mercredi prochain (donc le 7 juillet) les Députés de la Haute-Savoie.

Cette communication donne lieu à un bref échange de vues au sein du Conseil fédéral, lequel constate avec amertume que la France apporte vraiment peu de diligence à liquider cette affaire. Avec un peu de bonne volonté le compromis aurait depuis longtemps pu être discuté par les Chambres et le Sénat. La procédure sera encore très longue. L'un des membres du Conseil déclare qu'à son avis nous avons eu tort de nous tenir aux traités, tandis que la France les ignore purement et simplement, car lors des nouvelles négociations qui devront avoir lieu après que la Cour internationale de La Haye se sera prononcée, la Suisse se trouvera dans une situation inférieure du fait qu'elle n'aura rien à offrir en compensation de ce qu'elle sera obligée de demander à la France. Nous sommes donc là en présence d'un état de choses que nous ne pouvons guère supporter plus longtemps; notre prestige en souffre, et les populations suisses intéressées en pâtissent.

D'un autre côté, la question est soulevée s'il ne faudrait pas envoyer à la France une note lui faisant savoir que nous ne pouvons pas laisser subsister la situation actuelle.

Le chef du Département politique est prié d'examiner ce qu'il y aura lieu de faire³.

3. Am 16.7.1926 genehmigte die französische Deputiertenkammer den Zonenkompromiss. Die Behandlung durch den Senat erlitt in der Folge weitere Verzögerungen. Vgl. Nr. 223 und die Debatte des Nationalrates über den Geschäftsbericht pro 1925 am 7.6.1926, in: Sten. Bull. NR, 1926, S. 313ff.

199

E 1004 1/300

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. Juli 1926¹

1124. Handelsvertrag mit Griechenland

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 30. Juni 1926

Das Volkswirtschaftsdepartement erstattet dem Bundesrate nachfolgenden Bericht:

«I.

Schon im Laufe des Jahres 1925 hat die griechische Regierung wiederholt ihren Willen kundgetan, alle Handelsverträge zu erneuern.

1. Abwesend: Häberlin und Musy.

Damit trat auch an die Schweiz die Notwendigkeit heran, zu der Frage der Ersetzung der provisorischen Handelsübereinkunft von 1887 Stellung zu nehmen.

Bei dieser Gelegenheit wurde es von den beteiligten Departementen als zweckmässig befunden, im Gegensatz zum bisherigen Abkommen die eigentlichen Handelsvertrags- und die Niederlassungsbestimmungen zum Gegenstand verschiedener Verträge zu machen.

Da die griechische Regierung uns die Initiative zur Einleitung der Vertragsunterhandlungen überliess, fertigten wir im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Departementen und Wirtschaftskreisen den Entwurf für einen Handelsvertrag² aus, der am 12. April ds. Js. Ihre Zustimmung fand³.

Das Politische Departement unterbreitete Ihnen seinerseits den Entwurf für einen besondern Niederlassungsvertrag mit Griechenland⁴.

II.

Auf den Mitte April überreichten schweizerischen Handelsvertragsentwurf antwortete die griechische Regierung Ende Mai mit einem Gegenvorschlag⁵. Dieser enthielt, entgegen unserem Entwurf, auch Bestimmungen über die Behandlung der Staatsangehörigen, Gesellschaften und Konsuln. Die griechischen Behörden machten geltend, dass sie prinzipiell diese Materie im gleichen Vertrag wie die Behandlung der Waren regeln möchten, erklärten sich aber schliesslich doch bereit, dem schweizerischerseits geäusserten Wunsche um Trennung der Handels- von den Niederlassungsbestimmungen entgegenzukommen.

III.

Heute haben wir uns daher nur mit den Bestimmungen über die Behandlung der Waren zu befassen. Wie im allgemeinen, so weicht auch in dieser Hinsicht der griechische Vorschlag vom unsrigen stark ab. Griechenland hielt sich dabei hauptsächlich an einige seiner bereits abgeschlossenen oder vor dem Abschluss stehenden neuen Verträge, wie ja auch wir das Bestreben hatten, in unsern Entwurf vor allem solche Bestimmungen aufzunehmen, die in neuern schweizerischen Verträgen enthalten sind. Immerhin liess man griechischerseits durchblicken, dass man sich, abgesehen von einigen wenigen Änderungen, die noch vorgeschlagen würden, mit unserem Textvorschlag abfinden könnte. Unter diesen Umständen und in Anbetracht, dass unser Entwurf ohne Zweifel eine präzisere und eingehendere Regelung des Vertragsverhältnisses darstellen würde, werden wir einstweilen auf unserm Entwurf beharren und haben die griechische Regierung um Bekanntgabe ihrer Abänderungsvorschläge ersucht.

2. E 7110 1/66.

3. Vgl. BR-Protokoll vom 12. 4. 1926 (E 1004 1/299).

4. E 2001 (C) 1/21.

5. E 7110 1/68.

IV.

Wie wir schon in unserem Bericht an Sie vom 9. April dieses Jahres⁶ durchblicken liessen, war zu gewärtigen, dass sich Griechenland nicht mit der Zusicherung der blossen Meistbegünstigung begnügen würde, sondern Tarifbegehren stellen würde. Solche sind denn auch nicht ausgeblieben. Die griechische Regierung verlangt eine Ermässigung der schweizerischen Zölle für Korinthen, getrocknete Feigen, Wein über 13°, Weinspezialitäten, Tabake und Trame, sowie Zollbindungen für Seife, Grège-Seide und Organsin, Olivenöl, Schmirgel, Weinbranntwein, wollene Knüpfteppiche und Schwämme.

Die Mehrzahl dieser Begehren kann schon deshalb nicht ernstlich in Betracht gezogen werden, weil der griechische Anteil an der schweizerischen Gesamteinfuhr der fraglichen Produkte viel zu gering ist, als dass sich eine Tarifkonzession rechtfertigen liesse. Andererseits sind einige Erzeugnisse Rohprodukte und werden als solche jetzt und wohl auch künftighin stets einen niedrigen Zoll geniessen, so dass ein grosses Interesse an der Zollbindung nicht bestehen kann.

Ernst zu nehmen sind vor allem die Begehren für Korinthen, Wein und Tabak. Für Tabak muss nicht nur eine Zollermässigung, sondern sogar jede Bindung abgelehnt werden, da für dieses Produkt die weitere steuerliche Erfassung nicht durch handelsvertragliche Stipulationen verunmöglicht werden darf. Beim Wein tritt die Einfuhr aus Griechenland gegenüber derjenigen aus Spanien, Italien und Frankreich derart zurück, dass eine Bindung gegenüber Griechenland, die uns die Bewegungsfreiheit gegenüber den andern genannten Staaten nehmen würde, gar nicht in Frage kommen kann. Bleiben die Korinthen!

Wir haben den Eindruck, dass der Korinthenzoll den Angelpunkt der griechischen Begehren bilde und dass auf alles andere eher verzichtet würde als auf eine Ermässigung des schweizerischen Zolles für dieses Erzeugnis. Glücklicherweise ist es auch gerade dasjenige Produkt, für das ein schweizerisches Entgegenkommen an Griechenland ohne wirtschaftliche Schädigung berechtigter einheimischer Interessen möglich sein sollte. Dies wurde auch in der gestrigen Sitzung unserer Handelsvertragsdelegation, in der die Frage des Handelsvertrags mit Griechenland zur Erörterung gelangte, allgemein anerkannt. [...]

V.

Es erhebt sich die Frage, ob nicht schweizerischerseits mit Erfolg auf dem Abschluss eines blossen Meistbegünstigungsvertrages beharrt werden könnte. Unseres Erachtens wäre es gefährlich, sich in dieser Hinsicht Illusionen hinzugeben. Die griechische Regierung hat keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie prinzipiell keine blossen Meistbegünstigungsverträge mehr einzugehen gedenkt. Wenn sie im kürzlich unterzeichneten Vertrag mit den Niederlanden von diesem Prinzip abgegangen ist, so geschah es nur, weil erstens der Handelsverkehr mit dem ge-

6. E 1001 I, EVD, 1926.

nannten Staate für Griechenland stark aktiv ist und zweitens Holland die den überwiegend grössten Bestandteil der Einfuhr aus Griechenland bildenden Korinthen zu einem mässigen Zoll (8% vom Wert) hereinlässt.

VI.

Die Schweiz befindet sich nicht in der gleichen Lage, denn wie aus den nachstehenden Zahlen unserer Handelsstatistik hervorgeht, ist unser Handelsverkehr mit Griechenland in hohem Masse für die Schweiz aktiv. Dazu kommt, dass die Korinthen beim gegenwärtigen Zoll mit über 40% vom Wert belastet sind.
[...]

VII.

Im Prinzip sollten schweizerischen Konzessionen auch solche von griechischer Seite gegenüberstehen. Die schweizerische Handelsvertragsdelegation ist aber einstimmig zur Überzeugung gelangt, es sollte einstweilen auf die Geltendmachung schweizerischer Tarifbegehren verzichtet werden. Nicht dass es an Anlass zu berechtigten Forderungen fehlen würde, im Gegenteil. Die Schwierigkeit läge vor allem darin, dass es überaus schwer halten würde, aus der Fülle der schweizerischen Exportartikel nach Griechenland [...] diejenigen wenigen Erzeugnisse auszuwählen, die ein Kompensationsobjekt für das einzige schweizerische Zugeständnis auf Korinthen bilden könnten. Zudem ist zu bedenken, dass Griechenland schweizerische Konzessionen ausdrücklich als eine Art Ausgleich für die für jenes Land ungünstige Bilanz des Handelsverkehrs mit der Schweiz verlangt hat.

Die schweizerische Handelsvertragsdelegation glaubt unter diesen Umständen den Vorschlag verantworten zu können, es sei Griechenland eine Tarifkonzession auf Korinthen anzubieten, ohne dafür eine andere Gegenforderung als diejenige der uneingeschränkten Meistbegünstigung zu stellen. [...]

VIII.

Die Zeit drängt. Die griechische Regierung hat die bisherige Übereinkunft ab 30. Juni nur noch um 15 Tage, d. h. bis 15. Juli, verlängert⁷. Eine Taktik des Hinausschiebens der Entscheidung könnte uns plötzlich vor unangenehme Tatsachen stellen, da von einem Tag zum andern mit der Unterzeichnung eines neuen Tarifvertrages zwischen Griechenland und Grossbritannien zu rechnen ist und auch die griechischen Verhandlungen mit Frankreich in ein akutes Stadium treten. Griechenland ist mit Handelsvertragsunterhandlungen derart in Anspruch genommen, dass die sofortige Entsendung einer Verhandlungsdelegation nach der Schweiz nicht möglich wäre. Andererseits sehen auch wir keine Möglichkeit, gegenwärtig kompetente Persönlichkeiten nach Athen zu delegieren, um die für einen grösseren Tarifvertrag unumgänglich notwendigen mündlichen Verhandlungen

7. Notenaustausch vom 26.6.1926 in Athen zwischen dem griechischen Aussenministerium und dem schweizerischen Geschäftsträger (E 7110 1/68).

gen zu führen. Übrigens würde es sich fragen, ob das auf diese Weise vielleicht, jedoch nicht sicher, zu erreichende bessere Ergebnis den Einsatz – d. h. die Kosten einer besondern Delegation und das Risiko einer wenn auch nur vorübergehenden differentiellen Behandlung der schweizerischen Waren – wert wäre.

Ihre Zustimmung vorausgesetzt, beabsichtigen wir daher, der griechischen Regierung den Abschluss einer provisorischen Übereinkunft vorzuschlagen, die in bezug auf den Text einem endgültigen Vertrag entspräche, deren Tarifteil jedoch aus der einzigen schweizerischen Zollkonzession für Korinthen bestände. Es bliebe dabei vorbehalten, dieses provisorische Abkommen später, vielleicht in einigen Jahren, durch Aufnahme umfassenderer und gegenseitiger Tarifzugeständnisse in einen endgültigen Vertrag umzuwandeln, falls sich das Bedürfnis hiezu geltend machen sollte.

Was den Korinthenzoll anbelangt, so möchten wir schon heute Ihre Ermächtigung für eine Reduktion des gegenwärtigen Ansatzes von Fr. 50 auf Fr. 25 per q nachsuchen. Wir würden aber einstweilen der griechischen Regierung bloss eine Ermässigung auf 35 Fr. anbieten, und nur auf 25 Fr. gehen, wenn es nicht anders zu machen wäre.

Wir haben die begründete Hoffnung, dass sich die griechische Regierung mit einer Zollkonzession für Korinthen zufriedengeben wird. Der Tariftext dürfte zu keinen ernstlichen Schwierigkeiten Anlass bieten, da zwischen den bisherigen Vorschlägen beider Parteien keine sehr gewichtigen materiellen Differenzen liegen. Ein Abschluss binnen nützlicher Frist, der unsere Ausfuhr nach Griechenland vor einer differentiellen Behandlung schützen und somit unliebsamen Vorwürfen der Exportkreise an die Adresse der Bundesverwaltung vorbeugen wird, scheint uns unter den angegebenen Voraussetzungen möglich.

Wir beantragen:

1. Vom vorstehenden Bericht über die Handelsvertragsunterhandlungen mit Griechenland sei in zustimmendem Sinne Vormerkung zu nehmen.

2. Das Volkswirtschaftsdepartement sei zu ermächtigen, die erwähnten Verhandlungen gemäss den vorgezeichneten Richtlinien und vor allem unter eventueller Gewährung einer Zollkonzession für Korinthen in den vorgeschlagenen Grenzen weiterzuführen und gegebenenfalls zum Abschluss zu bringen.»

Es wird beschlossen:

Der Antrag wird grundsätzlich genehmigt; er bleibt aber noch auf dem Kanzleisch.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. Juli 1926¹

Angebliche Germanisierung des Kantons Tessin

Mündlich

Der Gesandte in Rom hat den Vorsteher des politischen Departements auf den in der letzten Zeit von der italienischen Presse gegen die Schweiz durchgeführten Feldzug aufmerksam gemacht, dessen Vorwurf die angebliche Germanisierung des Kantons Tessin bildete². Der Ursprung dazu liegt in einer Erörterung über Verkäufe tessinischer Grundstücke an Deutschschweizer und Deutsche, welcher Gegenstand den Grossen Rat des Kantons Tessin jüngst beschäftigt hat. Der Vorsteher der zuständigen Regierungsdirektion hat es dabei leider unterlassen, die Vorkommnisse auf ihr richtiges Mass zurückzuführen, und liess eher durchblicken, dass diese Vorkommnisse die Behörden des Kantons Tessin beunruhigen. Das bekannte Hetzblatt «Adula» hat natürlich nicht verfehlt, sich dieses Gegenstandes zu bemächtigen, und der ebenso unrühmlich bekannte Journalist Colombi wies auch im «Démocrate» auf die Angelegenheit hin. Von dort fand die Sache ihren Weg zunächst in die französische und dann auch in die italienische Presse, die natürlich sofort in recht unziemlicher Weise Lärm schlug. Da nun bei der bekannten Unfreiheit des italienischen Zeitungswesens ein solcher Pressefeldzug nur mit der zum mindesten stillschweigenden Billigung der Regierung durchgeführt werden kann, so war der Gesandte in Rom der Meinung, es sollte bei der italienischen Regierung ein amtlicher Schritt getan werden, um dem Wühlgeschäft ein Ende zu machen.

Der Vorsteher des politischen Departementes legt dem Bundesrat die Frage zur Aussprache vor. Er selbst teilt die Auffassung des Gesandten nicht. Mit einem offiziellen Schritt in Rom würde höchstens der Verdacht erregt, dass am Ende doch an der angeblichen Germanisierung des Kantons Tessin etwas sei, und ausserdem würde der Anschein erweckt, als ob wir in irgend einer Form den Schutz der italienischen Regierung nötig hätten. Zudem haben solche Schritte keineswegs immer Erfolg, wie die Tatsache zeigt, dass das Archivio storico der Società Palatina in Mailand trotz der Vorstellungen, die bei der italienischen Regierung erhoben worden sind, zu erscheinen begonnen hat³. Der Vorsteher des politischen Departementes möchte daher von einem amtlichen Schritt bei der italienischen Regierung absehen, aber den Gesandten ermächtigen, gelegentlich dort wissen zu lassen, dass die Pressehetze über die angebliche Germanisierung des Kantons Tessin dem Bundesrat recht peinlich gewesen sei⁴.

1. Abwesend: Häberlin und Musy.

2. Zur Antwort Mottas an Wagnière vgl. Nr. 197.

3. Vgl. dazu Nr. 125 und Nr. 106.

4. Mit Telegramm Nr. 15 vom 8.7.1926 teilte das Politische Departement der schweizerischen Gesandtschaft in Rom mit: [...] Il serait opportun faire savoir au Gouvernement italien à pre-

In der Beratung wird der Standpunkt des Vorstehers des politischen Departementes einmütig gebilligt. Dagegen wird eine Abwehr des ungerechtfertigten Angriffs durch die schweizerische Presse angeregt, unter Hinweis darauf, dass, wie die übrige Schweiz den Tessinern, so der Tessin den übrigen Schweizern offenstehen müsse, dass in diesem Austausch von Angehörigen der verschiedenen Kantone umso weniger eine Gefahr liege, als die Anpassung der Zugewanderten in der Regel schon in der zweiten Generation vollständig sei. Bei der angeblichen Germanisierung des Kantons Tessin komme in der Hauptsache die Zuwanderung von Angehörigen der Kantone nördlich des Gotthards in Betracht, also von Schweizern, während im Kanton Tessin eine bedrohliche Überfremdung bestehe durch das Eindringen einer grossen Zahl italienischer Arbeiter und namentlich italienischer Pächter landwirtschaftlicher Grundstücke, was sich leider auch in den mit schweren Opfern des Kantons und des Bundes meliorierten Landstrichen des Kantons Tessin bemerklich mache.

Hieran anknüpfend führt der Vorsteher des politischen Departements aus, er müsse am 18. Juli am Kantonalschützenfest in Faïdo sprechen und beabsichtige bei seiner Rede die Frage der angeblichen Germanisierung des Kantons Tessin im Sinne der in der Beratung eben gefallenen Äusserungen zu berühren, und namentlich auch darauf hinzuweisen, dass es ein beleidigender Gedanke wäre, wenn man dem Volk des Kantons Tessin nicht zutrauen wollte, dass es selbst die nötige Kraft der Selbsterhaltung aufbringe, um sich die zugewanderten Schweizer anderer Zunge einzuverleiben. Alles natürlich ohne die italienische Empfindlichkeit zu reizen, aber mit aller freimütigen Deutlichkeit.

Überdies würde er diesen Anlass dazu benutzen, um den Tessiner Behörden und Bürgern zu sagen, dass sie bisweilen gegenüber dem Bund nicht so eingestellt seien, wie es sein sollte. Diese richtige Einstellung habe besonders auch bei der Behandlung der rivendicazioni ticinesi im Grossen Rat und in der Presse des Kantons gefehlt, bei welchem Anlass der Bundesrat gewissermassen als fremde Macht hingestellt worden sei, der gegenüber es gelte, mit allem Nachdruck seine Ansprüche zu vertreten, während doch Volk und Behörden des Kantons Tessin in Verbindung mit dem Bundesrat nur das Beste des ganzen Landes zu erstreben haben⁵.

Der Rat nimmt von diesem Vorhaben des Vorstehers des politischen Departementes in zustimmendem Sinne Kenntnis.

mière occasion favorable que notre opinion est d'autant plus péniblement affectée qu'elle est persuadée que sans la tolérance complaisante des autorités officielles cette campagne serait impossible. Il est certain que la campagne est de nature à troubler la confiance entre les deux pays et si comme nous le pensons le Gouvernement italien tient à la conserver il devrait agir en conséquence (E 2001 (C) 4/101). *Vgl. Nr. 207.*

5. *Vgl. Nr. 208.*

201

E 1005 2/3

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. Juli 1926*¹

Incidents de Genève, lettre du secrétaire de la S.d.N.

Verbal

M. le chef du département politique se réfère à son exposé du 25 juin dernier² se rapportant aux incidents qui se sont produits à l'occasion de la manifestation à la mémoire du député italien Matteotti et à la lettre qui lui fut adressée, en date du 24 juin³, par le secrétaire général de la Société des Nations au sujet du discours prononcé aux Chambres, le 23 juin⁴. M. Motta présente au Conseil fédéral le projet de réponse qu'il se propose d'envoyer à Sir Eric Drummond⁵.

Ce projet ne donne pas lieu à des observations. Il est dès lors approuvé.

ANNEX

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Generalsekretär des Völkerbundes, E. Drummond*

S

Berne, 2 juillet 1926

M. de Montenach m'a apporté votre lettre du 24 juin dans laquelle vous exprimez un regret de ce que je me sois permis d'apprécier publiquement l'attitude de certains fonctionnaires du Secrétariat sans vous en avoir donné un avis préalable, par analogie, dites-vous, avec les usages diplomatiques dans ces matières. M. de Montenach vous aura sans doute déjà indiqué quelles sont les observations que votre lettre m'avait immédiatement suggérées.

Depuis lors, j'ai soumis votre lettre au Conseil Fédéral. Les paroles contenues dans le discours que j'ai prononcé, le 23 juin, au Conseil National Suisse, en réponse à l'interpellation Nicole, concordent, en effet, avec les instructions précises et formelles du Conseil Fédéral lui-même.

Le Conseil Fédéral m'a expressément chargé de vous faire savoir qu'il ne peut accepter le regret que vous avez cru devoir formuler.

Les actes dont il est question dans mon discours ont été accomplis en public par des fonctionnaires agissant, non pas en leur qualité officielle, mais comme personnes privées. Ni les usages diplomatiques, ni les devoirs de la courtoisie obligeaient le Conseil Fédéral à vous communiquer par avance l'appréciation qu'il jugeait devoir porter sur des actes publiquement connus et d'un caractère privé de fonctionnaires faisant partie du Secrétariat.

Le Conseil Fédéral s'est abstenu, à bon escient, de vous saisir officiellement d'une plainte, car il n'estimait pas opportun de mêler, d'une façon quelconque, le Secrétariat à un incident qui avait surgi et devait être réglé entre le Gouvernement Italien et le Gouvernement Suisse. En outre, celui-ci ne voulait pas vous placer dans la situation, délicate peut-être dans le cas particulier, de devoir envisager des sanctions. J'estime que, dans ces conditions, le procédé du Conseil Fédéral a été irréprocha-

1. *Abwesend: Häberlin und Musy.*

2. *Vgl. Nr. 196.*

3. *E 2001 (B) 7/19.*

4. *Vgl. Sten. Bull. NR, 1926, S. 543ff.*

5. *Der dem Protokoll beigefügte Entwurf des Schreibens ist als Annex abgedruckt.*

ble, tant au point de vue de la forme qu'au point de vue du fond, et j'ose espérer, Monsieur le Secrétaire Général, que vous voudrez bien en convenir vous-même.

Les observations qui précèdent ont été dictées au Conseil Fédéral par le désir qu'il éprouve de conduire toute discussion avec les organismes de la Société des Nations dans un esprit d'entière franchise.

202

E 2001 (B) 7/19

*Der Generalsekretär des Völkerbundes, E. Drummond,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Geneva, 5th July 1926

I have the honour to acknowledge the receipt of your letter of the 2nd July¹, to which it does not appear to me to be necessary to reply in detail.

My letter of the 24th June² expressed regret that «the criticism in that passage of the action of members of the Secretariat was not made, according to the analogy of diplomatic usage, to the Secretary General, to whom alone officials of the Secretariat are responsible for such action».

When I communicated to you this expression of regret, which I feel bound to maintain, it was not in my mind to place the Federal Council in the position of having either to accept or to decline it.

1. Nr. 201, Annex.

2. Nicht abgedruckt. Vgl. Nr. 196.

203

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Juli 1926¹

Incidents de Genève. Lettre du secrétaire de la S.d.N.

Verbal

M. le Chef du Département politique fédéral communique la réponse du secrétaire de la S.d.N. à sa lettre du 2 juillet (voir procès-verbal du même jour)². Il estime qu'il est nécessaire de répondre également à cette nouvelle lettre de Sir Eric Drummond et propose au Conseil le texte suivant:

«J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 5 juillet³, répondant à la mienne du 2 de ce mois.

1. Abwesend: Häberlin, Haab und Musy.

2. Nr. 201.

3. Nr. 202.

Je renonce, comme vous, à entrer dans les détails. Je prends acte bien volontiers de ce que vous n'entendiez pas mettre le Conseil Fédéral dans la situation d'accepter ou de refuser d'accepter le regret que vous lui avez manifesté. Mais je dois constater que l'expression d'un regret à l'adresse d'un Gouvernement – regret que vous déclarez être obligé de maintenir – implique inévitablement une critique, si atténuée soit-elle, de la manière d'agir de ce Gouvernement.

Dans ces conditions, le Conseil fédéral, auquel j'ai soumis votre réponse, me charge de vous faire savoir qu'il ne peut, lui aussi, que maintenir entièrement son point de vue.

Veillez agréer, etc.»

Ce projet ne donne pas lieu à des observations.

Il est, dès lors, *approuvé*.

204

E 1004 1/300

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Juli 1926¹

1162. Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland

Geheim

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 6. Juli 1926

Am 24. Juni hat das Departement über den damaligen Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland Bericht erstattet, und der Bundesrat hat der schweizerischen Delegation neue Instruktionen erteilt². Die Verhandlungen sind seither im Sinne dieser Instruktionen weitergeführt worden und können heute als materiell sozusagen abgeschlossen angesehen werden. Selbstverständlich kann es dabei nicht die Meinung haben, als ob nun alle schweizerischen Wünsche in günstiger oder auch nur zufriedenstellender Weise erfüllt worden wären. Wenn von einem Abschluss gesprochen wird, so ist damit bloss gemeint, dass ein Mehreres kaum mehr erlangt werden kann und man sich fragen muss, ob die Unterzeichnung eines Vertrages auf der jetzigen Basis einem vertragslosen Zustand vorzuziehen sei, ob überwiegende Interessen für den Vertrag sprechen.

1. Die deutschen Begehren zum schweizerischen Tarif

sind nun vollständig erledigt, indem die Schweiz noch einige in ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Bedeutung geringe Konzessionen gemacht, Deutschland sich in allen andern Punkten schliesslich zur Annahme unserer früheren Vorschläge entschlossen hat. Besonders hervorzuheben ist, dass die deutsche Delegation angesichts der vom Bundesrat beschlossenen Erhöhung des Rundholzzolles auf

1. Abwesend: Häberlin, Haab und Musy.

2. E 1001 1, EVD, 1926. – Diese Instruktionen betrafen die noch zu erledigenden beidseitigen Tarifbegehren.

ihr Begehren, für ein Grenzkontingent eine Zollherabsetzung auf *Brettern aus Nadelholz* (Pos. 237) zu erhalten, verzichtet hat. Der *Bierzoll* ist im Sinne der bundesrätlichen Instruktion mit Fr. 9 erledigt worden. Bei dieser Position sowohl als bei den zugestandenen Zollbindungen für Gerste und Malz hat sich die Schweiz ausdrücklich die Einführung einer Biersteuer auf dem Wege von Zuschlagszöllen vorbehalten.

[...]³ 2. *Schweizerische Begehren zum deutschen Tarif.*

Was die deutschen *Textilzölle* anbelangt, so konnten in den letzten Tagen die Kategorien Konfektion aus Baumwolle, Wolle und Seide in annehmbarer Weise erledigt werden. Auf den beiden schwierigsten und wichtigsten Gebieten, Seide und Baumwollstickerei, ist dagegen nur eine teilweise Verbesserung erzielt worden. Was zunächst die *Seide* anbelangt, so erklärt die deutsche Delegation trotz der intensivsten Bemühungen der schweizerischen Unterhändler, vollständig ausserstande zu sein, irgendwelche weiteren Konzessionen zu machen. Das jetzige Angebot sei erfolgt zu einer Zeit, als der französische Franken einen Kurs von 22.– aufwies, während heute dieser Kurs nur noch 13.– betrage. Durch diese Veränderung sei für die deutsche Seidenindustrie die Gefahr eines übermässigen Valutaimportes aus Frankreich gewaltig gestiegen, so dass eigentlich auch die Aufrechterhaltung des letzten Angebotes kaum verantwortet werden könne. Dieses sei übrigens gemacht worden in der Meinung, ein deutsch-französischer Handelsvertrag und damit die Einräumung der Meistbegünstigung durch Deutschland an Frankreich stehe noch in weiter Ferne. Jetzt aber sei Deutschland aus politischen Gründen genötigt, Frankreich in einem Handelsprovisorium die Meistbegünstigung zuzugestehen, und dadurch werde die deutsche Seidenindustrie in unerträglicher Weise belastet. Die deutsche Delegation sei denn auch von einer Spezialkommission des Reichsverbandes der deutschen Industrie wie auch von ihrer Regierung ersucht worden, wenn irgendwie möglich die bisher der Schweiz gemachten Angebote zu reduzieren. Es sei absolut sicher, erklären die deutschen Unterhändler, dass Deutschland in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage sein würde, das jetzige Angebot zu wiederholen, geschweige denn eine weitere Ermässigung der Seidenzölle zuzugestehen.

Das Volkswirtschaftsdepartement hat unterdessen mit der schweizerischen Seidenindustrie auf schriftlichem Wege den mündlich begonnenen Gedankenaustausch fortgesetzt⁴ und von ihr die bestimmte Erklärung erhalten, sie betrachte

3. Das Protokoll erwähnt die Einigung über die Tarifposten Milch, Schokolade, Arzneiwaren und Taschenuhren.

4. Das Volkswirtschaftsdepartement teilte in diesem Zusammenhang der Zürcherischen Gesellschaft für Seidenindustrie am 24. 6. 1926 unter anderem mit: Die seitherigen Besprechungen unserer Delegierten mit den deutschen Unterhändlern haben uns nun in der Überzeugung bestärkt, dass der deutschen Regierung auch die Fixierung der von ihr angebotenen Seidenzölle mit Rücksicht auf andere Länder sehr schwer fällt und für sie eine wesentliche Konzession bedeutet. Es scheint uns sicher zu sein, dass ein allfälliger Verzicht der Schweiz auf die Regelung der Seidenzölle für die deutsche Delegation und für die deutsche Regierung eine sehr wesentliche Er-

zwar die von Deutschland angebotenen Zölle als immer noch absolut unerträglich und stark übersetzt, allein sie lege doch Wert darauf, das Seidengebiet nicht aus dem Vertrage wegzulassen, da immerhin eine erste Bresche geschlagen werde, von der aus man später weiter verhandeln könne. In Übereinstimmung mit den Wünschen unserer Seidenindustrie hat die schweizerische Delegation versucht, wenigstens die uns auf 1. Januar 1928 angebotenen weitem Zollermässigungen sofort zu erhalten und in irgend einer Form festzulegen, dass nach Stabilisierung der französischen und italienischen Valuta über neue Ermässigungen verhandelt werden solle. Beides hat die deutsche Delegation aus den geschilderten Gründen in peremptorischer Weise abgelehnt.

Die schweizerischen Unterhändler sind der Ansicht, dass ein weiteres Beharren nutzlos ist und man sich schliesslich mit den jetzt angebotenen Seidenzöllen vorläufig wird abfinden müssen. Jedenfalls bedeuten sie gegenüber dem heutigen Zustand insofern eine nicht unwesentliche Verbesserung, als die Schweiz oder ein anderer Staat später von einer herabgesetzten Grundlage aus weitere Herabsetzungen erreichen kann. Dagegen dürfte allerdings eine spürbare Belebung des Geschäftes kaum zu erwarten sein.

Ausschlaggebend scheint aber die auch von der schweizerischen Seidenindustrie geteilte Überzeugung zu sein, dass auch ohne Vertragsabschluss und selbst bei Anwendung der schärfsten Kampfmittel ein besseres Resultat kaum erzielbar wäre.

Hinsichtlich der *Stickerei* sind noch teilweise Verbesserungen dadurch erzielt worden, dass es einmal gelungen ist, den Ausrüstungs-Veredlungsverkehr trotz der schärfsten Opposition der deutschen Interessenten in befriedigender Weise zu regeln, und dass sodann Deutschland den Zoll für Plattstich-Stickereien weiter von Mk. 615 auf Mk. 550 zu reduzieren bereit ist. Dagegen lehnt es den Stickerei-Veredlungsverkehr, auch wenn er nur auf das Besticken deutscher Gewebe beschränkt würde, nach wie vor des bestimmtesten ab.

Mit der einstimmigen schweizerischen Delegation ist das Volkswirtschaftsdepartement der Auffassung, dass auch hier, ähnlich wie bei der Seide, eine Aufgabe des grundsätzlichen deutschen Standpunktes in keinem Falle erwartet werden kann und dass, wollte man daran den Vertrag scheitern lassen, nicht nur keine Verbesserung, sondern eine wesentliche Verschlechterung die Folge wäre. Die Opposition der ostschweizerischen Stickerei-Interessenten gegen den Vertrag ist denn auch eine weniger geschlossene, da insbesondere die Ausrüster nun ein unzweifelhaftes Interesse am Vertragsabschluss besitzen. /.../

Das Volkswirtschaftsdepartement kommt deshalb zum Schlusse, es sei, so ausserordentlich bedauerlich dies ist, auf den Stickerei-Veredlungsverkehr zu verzichten, dagegen zu versuchen, den Zoll für Plattstich- und Kettenstichstickereien noch um ca. Mk. 50 weiter herunterzudrücken, schliesslich aber die zuletzt von Deutschland angebotenen Ansätze zu akzeptieren⁵.

Würdigt man nun zusammenfassend das in diesen langwierigen, schwierigen

leichterung bedeuten würde und dass man sich schweizerischerseits durch einen solchen Verzicht sonst nicht erhältliche Konzessionen auf andern Gebieten erwerben könnte (E 7110 1/22).

5. Vgl. dazu Nr. 205 und Nr. 206.

und mühsamen Verhandlungen Erreichte und setzt man es in Beziehung zu dem, was die Schweiz ihrerseits bei Abschluss des Vertrages geben müsste, so ist folgendes festzustellen:

Verbesserungen für den schweizerischen Export nach Deutschland:

Der Abschluss eines eigentlichen Handelsvertrages würde zunächst alle die uns durch Deutschland bei Abschluss des provisorischen Abkommens vom 6. November 1925 gemachten, nicht unerheblichen Zollzugeständnisse für längere Zeit konsolidieren. Dazu kämen weitere zum Teil recht wesentliche Verbesserungen für den schweizerischen Export: [...]⁶

Berücksichtigt man, dass neben diesen direkten Herabsetzungen der Zölle auf vielen Gebieten, namentlich für Textilien, zum Teil sehr wichtige Vereinbarungen über eine günstigere Durchführung der Verzollungsmodalitäten zugestanden wurden, so wird man zum Schlusse kommen, dass der neue Vertrag für die meisten schweizerischen Exportindustrien zum Teil sehr beträchtliche Verbesserungen bringt. Selbst wenn man mit Recht Bedenken dagegen haben kann, bei einzelnen Kategorien Zölle in einem Handelsvertrag festzulegen, die ein Vielfaches der schweizerischen Zölle betragen und an deren Höhe vor dem Krieg kein Mensch auch nur gedacht hätte, so darf doch nicht übersehen werden, dass ohne Vertrag diese Zölle nicht nur nicht verschwinden, sondern in erhöhtem Masse bestehen bleiben würden. Der Hauptvorteil des ganzen Vertrages scheint denn auch darin zu liegen, dass er einen energischen Schritt im Sinne des *Abbaues* übertriebener Zollschranken bedeutet und dass die Schweiz eine erste beträchtliche Bresche in die teilweise so überaus hohe Zollmauer geschlagen hätte. Dazu kommt insbesondere noch, dass die Schweiz das allergrösste Interesse daran hat, die Handelsbeziehungen mit Deutschland, dem wirtschaftlich wichtigsten ihrer Nachbarn, zu regeln und zu sichern, um in den vorauszuhenden Kämpfen mit Frankreich die nötige ruhige Grundlage zu schaffen. Auch für die weitem Verhandlungen mit der Tschechoslowakei ist der Abschluss des Vertrages mit Deutschland von grösstem Vorteil.

Hält man sich vor Augen, dass die Schweiz die oben skizzierten Zollzugeständnisse in der Hauptsache nur auf Grund eines auf dem Papier stehenden Verhandlungstarifs erzielt hat, so wird man angesichts dieser bescheidenen Waffe das Resultat als durchaus erträglich bezeichnen können. Unsere Zugeständnisse bestehen hauptsächlich darin, dass wir uns verpflichten, bei den Deutschland interessierenden Waren unsere heutigen Zölle nicht zu erhöhen. Diese Zollbindungen bedeuten wohl einesteils eine gewisse Fessel, haben aber auf der andern Seite den Vorteil, bei einer Inkraftsetzung des provisorischen Generaltarifs nur diejenigen Erhöhungen faktisch in Wirksamkeit treten zu lassen, die andere Staaten, insbesondere Frankreich, interessieren. Auch dürfte die allenfalls notwendig werdende Inkraftsetzung dieses provisorischen Generaltarifs selbstverständlich angesichts der vielen Deutschland zugestandenen Bindungen bedeutend geringern internen Schwierigkeiten rufen, als das sonst der Fall gewesen wäre.

6. Es folgt eine nach Warenkategorien geordnete Aufzählung dieser Verbesserungen.

Durch den Vertrag würde sich die Schweiz allerdings auch verpflichten, bei 76 ganzen Positionen die Zölle ihres heutigen Gebrauchstarifs etwas abzubauen. Das Volkswirtschaftsdepartement hat aber die bestimmte Überzeugung, dass dieser Abbau sowohl wirtschaftlich wie finanziell durchaus erträglich ist, ja in verschiedener Beziehung sogar von rein internen Gesichtspunkten aus notwendig wäre. Es handelt sich durchwegs um Positionen, bei denen unsere Zölle im Jahre 1921 aussergewöhnlich stark erhöht wurden und heute bedeutend über den entsprechenden Zöllen Deutschlands stehen. Der vorgeschlagene Abbau beträgt durchschnittlich etwa 10% und wird sicherlich nirgends zu einer unerträglichen Belastung der betroffenen Produzenten führen.

Was schliesslich die allgemeinen Bestimmungen des Vertrages anbelangt, so bringen diese keine Neuerungen von Bedeutung. Alle zuständigen Departemente und Amtsstellen haben sich bereits einverstanden erklärt. Hervorzuheben wäre lediglich, dass es gelungen ist, die deutschen Unterhändler zum Verzicht auf die Aufnahme steuerrechtlicher und solcher Bestimmungen, die in einen Niederlassungsvertrag gehören, zu veranlassen. Der grenznachbarliche Verkehr ist in ähnlicher Weise geregelt wie bisher. Eine Abänderung schlägt das Volkswirtschaftsdepartement insofern vor, als es eine vertragliche Pflicht, bestimmte Fleischmengen zollfrei hereinzulassen, nicht eingehen möchte, nachdem Deutschland unser entsprechendes Begehren für Käse abgelehnt hat. Es bleibt dann unserer autonomen Regelung vorbehalten, inwieweit die sich widerstreitenden Interessen zwischen Landwirtschaft und Metzgern einerseits und den Konsumenten der Grenzorte andererseits auszugleichen sind.

[...]

Was das Inkrafttreten des Handelsvertrages anbetrifft, so sollte dieses erst nach der Genehmigung des Vertrages durch die Bundesversammlung erfolgen. Die Arbeiten können sehr wohl derart gefördert werden, dass das Geschäft in der nächsten Septembersession erledigt werden kann. Es wäre aber dafür zu sorgen, dass die Räte das Traktandum bereits in der ersten oder zweiten Woche der nächsten Tagung behandeln.

Endlich bemerkt der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, dass der Handelsvertrag deutscherseits möglicherweise auch vom Gesandten in Bern unterzeichnet werde. In diesem Falle wäre es angezeigt, dass für die Schweiz ausser den Unterhändlern auch der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes unterzeichne. Hierauf wird bei der Abfassung der Vollmachten für die Unterzeichnung Rücksicht zu nehmen sein.

Antragsgemäss wird *beschlossen*:

Mit Deutschland ist ein Handelsvertrag auf Grundlage des vom Volkswirtschaftsdepartement erstatteten Berichtes abzuschliessen.

Dieser Vertrag soll jedoch erst nach Genehmigung durch die Bundesversammlung in Kraft gesetzt werden.

Falls der deutsche Gesandte in Bern den Vertrag deutscherseits mitunterzeichnen sollte, wird für die Schweiz auch der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes zusammen mit den schweizer. Unterhändlern unterzeichnen.

E 7110 1/20

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

Kopie
S

Bern, 8. Juli 1926

Schon lange wollte ich Ihnen über den Gang der Handelsvertragsverhandlungen mit der deutschen Delegation Bericht erstatten. Die Verhandlungen sind aber in den letzten Tagen in ein ausserordentlich kritisches Stadium gelangt, das uns ständig in Atem gehalten hat. Heute ist die Sache durch den Bundesrat auf Biegen oder Brechen eingestellt, und es hängt das Zustandekommen des Vertrages von einem für die deutsche Regierung sicherlich nicht schwierigen Entgegenkommen ab.

Wie von Anfang an vorauszusehen war, bildeten Stickereien, Seide, Arzneimittel und Uhren die Schicksalspositionen des Vertrages. In den beiden letztern haben wir uns schliesslich in annehmbarer Weise geeinigt. /.../ Was die Seide anbelangt, so haben wir seit der Ihnen bekannten letzten deutschen Erklärung trotz unserer allergrössten Anstrengungen absolut nichts Besseres erreichen können. Die deutsche Seidenindustrie scheint eine kolossale Angst vor dem Valutadumping aus Frankreich zu haben, welcher Staat nun offenbar in allernächster Zeit die Meistbegünstigung erhalten soll. Wir hatten schliesslich unser letztes Begehren dahin formuliert, die uns auf den 1. Januar 1928 in Aussicht gestellten, um durchschnittlich Mk. 200.- niedrigeren Sätze als sie sofort in den Vertrag aufgenommen würden, gleich zu erhalten. Auch das ist deutscherseits abgelehnt worden, und es ist der Bundesrat mit uns zur Auffassung gelangt, dass man schweren Herzens trotzdem unterzeichnen solle. Auch den Stickereiverkehrsverkehr sind wir bereit, trotz des schärfsten Protestes aus St. Gallen, preiszugeben, und wir hatten uns von der Delegation aus schliesslich mit einem Stickereizoll von Mk. 550.- einverstanden erklärt.

Nun hat heute Morgen St. Gallen von der Berliner Konfektion die telegraphische Mitteilung erhalten, Deutschland sei nötigenfalls bereit, den Stickereizoll auf Mk. 500.- zu ermässigen, wenn die Schweiz fest bleibe. Der Bundesrat hat sich in seiner heutigen Sitzung¹ eingehend mit der Frage befasst und dahin entschieden, dass unter allen Umständen ein Stickereizoll von Mk. 500.- verlangt werden müsse. Es ist klar, dass er sich neben allen ohnehin wegen Aufgabe des Veredlungsverkehrs zu gewärtigenden Angriffen nicht noch dem Vorwurf aussetzen kann, die deutschen Möglichkeiten zu Zugeständnissen nicht voll ausgeschöpft zu haben.

Wir haben dies der deutschen Delegation soeben zur Kenntnis gebracht und erklärt, dass die Schweiz nun den sämtlichen deutschen Vorschlägen zustimme mit

1. Vgl. Nr. 204.

einzigster Ausnahme des Stickereizolles und von letzterem den Abschluss des Vertrages abhängig mache. Die Deutschen haben sich darüber sehr stark aufgeregt und sind offenbar durchaus gegen dieses Zugeständnis. Herr Minister Müller dagegen hat Herrn Bundesrat Schulthess versprochen, sich lebhaft dafür einzusetzen. Wir hoffen des Bestimmtesten, dass die deutsche Regierung in unserm Sinne entscheiden werde, da die hiesige Delegation keineswegs bestreiten konnte, dass ihr ein Zugeständnis von Mk. 500.– an sich möglich gewesen wäre². Dass die Herren verstimmt sind, ist verständlich, allein nachdem das Unglück – vom deutschen Standpunkt aus betrachtet – wollte, dass nicht nur wir, sondern namentlich St. Gallen durch eine Indiskretion der Berliner Konfektion von dieser Möglichkeit Kenntnis erhielt, werden sie sich wohl damit abfinden müssen.

Im Auftrage von Herrn Bundesrat Schulthess möchte ich Sie bitten, an zuständiger Stelle wenn möglich noch die Entscheidung in unserm Sinne zu beeinflussen und uns telegraphisch über die in Berlin herrschende Auffassung zu berichten.

Ich möchte noch beifügen, dass die deutschen Wünsche zur schweizerischen Begehrenliste vollständig und in jeder Hinsicht erledigt worden sind.

[...]

2. Vgl. Nr. 206.

206

E 7110 1/20

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

Kopie
S

Bern, 12. Juli 1926

Handelsvertragsverhandlungen mit
Deutschland

Bezugnehmend auf den Bericht, den Ihnen der Unterzeichnete kürzlich über den Stand der Verhandlungen hat zukommen lassen¹ und unter Hinweis auf das Telefongespräch mit Herrn Dr. Feer vom letzten Samstag beehren wir uns, Ihnen mitzuteilen, dass die Verhandlungen materiell abgeschlossen sind und der Vertrag² nächsten Mittwoch unterzeichnet wird³. Es ist selbstverständlich, dass wir Ihnen sofort nach der Unterzeichnung einige Exemplare zukommen lassen werden.

Was den Zwischenfall hinsichtlich des Stickereizolles anbelangt, so ist er verhältnismässig rasch beigelegt worden: die deutsche Delegation hat uns die ausdrückliche und schriftliche Versicherung abgegeben, dass es ihr nach den erhaltenen Instruktionen unmöglich sei, den Stickereizoll auf Mk. 500.– zu ermässi-

1. Nr. 205.

2. Vertragstext und zugehörige BR-Botschaft vom 4. 9. 1926 in: BBl 1926, II, S. 330ff. bzw. 269ff.

3. Unterzeichnungsdatum: 14. 7. 1926.

gen. Sie hätte diese Möglichkeit nur gehabt, wenn die Schweiz auf die vertragliche Regelung nicht nur des eigentlichen Stickereiverkehrs, sondern auch des Ausrüstverkehrs verzichtet hätte. Die Schweiz habe dies nicht getan, sondern gegenteils beim Ausrüstverkehr trotz der grössten deutschen Opposition auch durchgedrückt, dass das Sengen bei Baumwollgeweben ausdrücklich als Nationalisierung anerkannt wird. Bei einem solchen deutschen Zugeständnis habe die deutsche Delegation nie die Möglichkeit gehabt und habe sie auch jetzt nicht, beim Stickereizoll unter Mk. 550.– zu gehen. Die Information St. Gallens durch die Berliner Konfektion sei also zum mindesten sehr ungenau, da die Möglichkeit, auf Mk. 500.– zu gehen, nur unter einer Bedingung gegeben war, die nicht erfüllt worden sei.

Der deutsche Gesandte, mit dem wir die Frage auch besprochen haben, erklärte, die deutsche Regierung würde jedenfalls dieser 50 Mark wegen nicht den Vertrag scheitern lassen. Allein es sei sicher, dass dann nicht nur eine tiefe Verstimmung der gesamten deutschen Delegation die Folge wäre, sondern dass auch im Reichsrat und im Reichstag der Vertrag scharf bekämpft würde.

Nach nochmaliger reiflicher Überlegung haben wir gefunden, der wirtschaftliche Vorteil an diesen 50 Mk. wiege die angedeuteten Nachteile nicht auf, umso mehr als St. Gallen einen Stickereizoll von Mk. 550.– an sich als gerechtfertigt ausdrücklich anerkannt hat. Wir haben deshalb unser Begehren fallenlassen und hatten damit auch den letzten Differenzpunkt erledigt.

Mit der deutschen Delegation sind wir dahin übereingekommen, dass der Inhalt des Vertrages von nächsten Donnerstag Morgen an publiziert werden dürfe. Wir beabsichtigen, ihn als Beilage zum schweizerischen Handelsamtsblatt zu veröffentlichen, nachdem am Mittwoch Nachmittag die Presse über die wichtigsten Punkte orientiert wird.

Von deutscher Seite war vorgeschlagen worden, den Vertrag möglichst bald in Kraft zu setzen, wozu die Gegenseite das neue handelspolitische Ermächtigungsgesetz in Anwendung gebracht hätte. Wir wiesen darauf hin, dass bei uns der Bundesrat nur Handelsprovisorien, nicht aber eigentliche Handelsverträge vorläufig in Kraft setzen könne und wir deshalb unbedingt die Ratifikation durch das Parlament abwarten müssten. Dieses tritt bekanntlich erst am 27. September zusammen, sodass die Schweiz frühestens am 15. Oktober zum Austausch der Ratifikationsurkunden bereit sei, wodurch der Vertrag erst auf 15. November in Kraft gesetzt werden könnte. Deutscherseits wurde erwidert, dass in diesem Falle die Anwendung des Ermächtigungsgesetzes keinen Sinn habe und man den normalen Weg beschreiten werde, d. h. der Ratifikation durch den Reichstag in seiner Novembersession. Man ist also darüber einig, dass vor dem 1. Dezember die Ratifikationsurkunden gewechselt werden sollen, und zwar in Berlin, und dass der Vertrag auf 1. Januar 1927 in Kraft gesetzt wird⁴.

Von Seiten des hiesigen deutschen Gesandten ist in letzter Stunde noch der Wunsch geäußert worden, den Vertrag mitzuunterzeichnen, offenbar weil sonst einzig Herr Windel ein ungenügendes Gegengewicht gegen die ganze schweizeri-

4. Vgl. Nr. 222.

sche Delegation gebildet hätte. Dem Wunsche musste natürlich entsprochen werden, was dazu führt, dass schweizerischerseits auch Herr Bundesrat Schulthess mitunterschreibt.

Wenn auch zahlreiche schweizerische Wünsche nicht oder ungenügend befriedigt worden sind, so betrachten wir doch den Vertragsschluss als durchaus vorteilhaft, den Vertrag selber wenn nicht als gut, so doch als erträglich. Auf Einzelheiten einzugehen würde selbstverständlich zu weit führen. Dagegen sind wir sehr gerne bereit, Ihnen in jeder Beziehung über alle Punkte Aufschluss zu geben, die Ihnen nach der Prüfung des Vertrages noch unklar sein sollten. Selbstverständlich wird es uns sehr interessieren, über die Aufnahme, die der Vertrag bei den deutschen Behörden, der Presse und den Interessenten findet, orientiert zu werden.

207

E 2001 (C) 4/101

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 12 juillet 1926

En me référant à ma lettre du 10 courant¹, j'ai l'honneur d'ajouter les détails suivants au sujet de mon entrevue avec Mr. Grandi.

Il s'est tout d'abord vivement loué de la solution donnée à l'incident de Plainpailais, et il s'est exprimé dans les termes les plus amicaux relativement à la correction du Gouvernement Fédéral et sur les relations cordiales et confiantes qui doivent exister entre les deux pays². Mais on m'a fait entendre cette note si souvent!³

Mr. Grandi a abordé lui-même le premier le sujet de la campagne sur la germanisation du Tessin, comme je vous l'ai déjà dit, en insistant sur le fait qu'il est difficile d'empêcher la presse italienne de prendre part à une discussion qui a commencé en Suisse au sujet de l'«italianità» menacée. Tels sont les services qui nous sont rendus par le *Démocrate*, l'*Adula* et le triste Colombi, attaché à la Légation d'Italie par Mr. Garbasso pour le service de presse. Mr. Grandi ne s'est, du reste, pas étendu sur cet argument et paraissait un peu embarrassé quand je lui ai demandé ce que le Gouvernement, dont l'autorité est absolue sur la presse de tout le Royaume, pensait d'une campagne si gravement offensante pour mon pays. En lui exposant la pénible impression produite en Suisse par le langage des journaux italiens, je lui ai montré que toute notre presse, généralement lente à s'émouvoir, partait à son tour en guerre, et que ces polémiques étaient des plus fâcheuses.

1. Nicht abgedruckt.

2. Vgl. Nr. 195.

3. Randbemerkung Mottas: en effet!

Mr. Grandi avait déjà annoncé, il y a quelques jours, à des journalistes qu'il allait mettre un terme à cette campagne. Il n'en a rien fait. Espérons que cette fois-ci je puis compter sur les assurances formelles qu'il m'a données. Autrement je devrais recourir plus haut, car ces articles nous font beaucoup de tort et répandent des alarmes dans le public.

Le ton si facilement inamical des journaux italiens à l'égard de la Suisse peut s'expliquer par les raisons suivantes. En premier lieu le personnel des grands journaux a changé depuis un an et se trouve être partout d'un niveau sensiblement inférieur. Les discussions de politique intérieure ayant à peu près cessé, les journaux se jettent d'autant plus volontiers sur d'autres aliments: ils cherchent tous les moyens de donner de la vie à leurs feuilles forcément monotones et ennuyeuses. En outre, notre démocratie, notre fédéralisme, sont incompris et peu sympathiques à l'élément nationaliste et fasciste. La terreur chez tous les journalistes de ne pas paraître assez ardents sur le terrain national fait qu'aucune voix de bon sens n'ose se prononcer pour rétablir la vérité contre les calomnies qui partent de la *Tribuna*, de *l'Impero* et des feuilles extrêmes.

Une circonstance plus grave qui pourrait expliquer cette campagne est la suivante. De toutes parts on annonce une crise financière qui, malgré l'excellent état des finances officielles, a déjà commencé. Les mesures restrictives prises ces derniers temps révèlent une certaine inquiétude pour ne pas dire plus, dans les sphères dirigeantes. On est heureux de créer des diversions dans la presse, en dirigeant l'attention du public sur d'autres objets. Certaines personnes, appartenant à l'opposition, prétendent même que le Gouvernement chercherait une diversion non seulement dans les journaux, mais en poussant le pays dans quelque aventure. De quel côté? Nul ne le sait. Peut-être ne le sait-il pas lui-même.

Je ne veux pas attacher trop d'importance à ces prophètes de malheur; je crois même qu'ils se trompent. Cependant, nous devons prendre toutes les mesures chez nous pour éviter autant que possible les incidents, les discussions et tout ce qui peut fournir un prétexte quelconque aux pêcheurs en eaux troubles.

P. S. Il ne faut naturellement pas se laisser impressionner outre mesure par ces bruits persistants répandus dans les milieux d'opposition et tendant à faire croire que l'Italie cherche une diversion aux préoccupations actuelles dans quelque aventure étrangère. On ne doit pas oublier qu'elle n'en aurait pas les moyens financiers et qu'elle ne trouverait aucun crédit chez d'autres nations plus fortunées. La diversion est dans les journaux plus que dans les faits.

Ce soir un seul journal, *l'Impero*, publie un nouvel article assez violent et révélant une extraordinaire ignorance sur la question du Tessin. Je ne m'en inquiète pas. Mr. Grandi m'avait fait entendre que la campagne ne pourrait pas s'arrêter tout d'un coup. J'ai donc lieu de croire que ce sont les dernières cartouches.

Je regrette l'article de la *Gazette de Lausanne* constatant qu'il y a, en effet, des abus de germanisation au Tessin. Ce sont des choses que l'on pourra dire plus tard, mais le moment actuel est fort mal choisi. Les journaux italiens et le Gouvernement ne manqueront pas d'en tirer la conclusion que cette campagne insensée et offensante a atteint le but visé et que, pour se faire entendre des Suisses, il faut crier fort.

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 22 juillet 1926

En me référant à ma lettre du 21 sur la question de la germanisation du Tessin¹, j'ai l'honneur de vous faire savoir que j'ai eu hier une entrevue, qui a duré plus de 30 minutes, avec le Premier Ministre.

Il m'a reçu de la façon la plus cordiale et m'a donné de bonnes nouvelles de sa santé. Je lui ait dit que nous venons de traverser une période un peu agitée. Il m'a répondu: «Vous entendez parler de cette campagne au sujet de la germanisation du Tessin?» Je lui ai dit: «Précisément. Mon Gouvernement ne m'a chargé d'aucune intervention pour les raisons que M. le Conseiller Fédéral Motta a exposées dans le discours que vous venez de lire. Mais, dans mes conversations privées au Ministère, je n'ai pas pu taire l'impression que cette campagne avait produite sur les Suisses en Italie et sur l'opinion publique de mon pays.» J'ai déclaré au Premier Ministre que j'avais été indigné de la façon dont un grand journal, *La Tribuna*, avait répondu aux paroles si amicales et loyales que vous veniez de prononcer au Tir Cantonal du Tessin².

Je vous résume les paroles prononcées par le Premier Ministre, et dont il est inutile de souligner l'importance. «Un fait est certain: nous ne nous battons jamais contre la France. Nous continuerons à nous quereller avec elle, mais une guerre est impossible. Quel qu'en soit le résultat, il marquerait notre ruine et la ruine de l'influence en Europe des deux grandes nations latines. En revanche, nous avons tout à redouter du grand bloc germanique de 80 millions d'habitants. C'est pourquoi nous considérons la Suisse comme un tampon nécessaire sur une grande partie de notre frontière. (Le mot tampon a été dit en français). La germanisation du Tessin où s'installent des Princes de la maison des Hohenzollern, serait pour nous un danger considérable qu'aucun Italien ne peut considérer avec indifférence.»

Il est superflu de vous rapporter ma réponse sur cette prétendue germanisation. J'ai cité une fois de plus les chiffres que le Duce, du reste, connaissait. J'ai insisté sur le point que personne en Suisse ne songeait et n'avait intérêt à rompre l'équilibre séculaire des diverses langues et races. J'ai surtout insisté sur le fait que l'ingérence de la presse italienne dans ces affaires intérieures de la Suisse, le ton agressif qu'elle a pris à notre égard sur ce terrain, obtenaient un résultat diamétralement opposé à celui qu'on se proposait et ne pouvaient que créer en Suisse à l'égard de l'Italie des sentiments d'appréhension et de défiance. J'ai relevé à ce propos qu'aucun de nos autres voisins ne se livrait chez nous à des enquêtes et à des campagnes de cet ordre.

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Vgl. Nr. 200.*

Le Gouvernement italien et les journaux paraissent ignorer cet argument qui me paraît de toute importance, et qui a paru frapper mon interlocuteur. Il a tenu à me déclarer, à ce propos, que sa conviction de la nécessité de nos bons rapports était toujours plus profonde, et qu'il avait donné des instructions au Comte Pignatti pour qu'il accentuât dans son discours de présentation cette note de confiance et d'amitié. Bien plus, il saisira la première occasion de s'exprimer publiquement à ce sujet. J'en ai pris acte en l'en remerciant.

[...]³

3. *Wagnière fügte dem Schreiben handschriftlich hinzu:* Je tiens à dire que M. Mussolini n'a nullement paru approuver cette campagne ni surtout l'article de la Tribuna. Il a cherché seulement à expliquer un certain état d'esprit. Je suis forcé de résumer brièvement un long entretien.

209

E 7110 1/138

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

S MC.

Berne, 28 juillet 1926

Ainsi que vous vous en souvenez peut-être, le Ministre des Etats-Unis d'Amérique avait fait, en octobre 1923, des ouvertures officieuses en vue de connaître si le Conseil Fédéral serait disposé à entrer en négociations avec le Gouvernement des Etats-Unis en vue de la conclusion d'un traité d'amitié et de commerce basé sur la clause de la nation la plus favorisée inconditionnelle et destiné à remplacer le traité d'amitié et de commerce conclu entre la Suisse et les Etats-Unis, le 25 décembre 1850¹. Par décision du 9 octobre 1923, le Conseil Fédéral avait autorisé le Chef du Département Politique à faire connaître au Ministre des Etats-Unis que la Suisse était prête à entrer en négociations dans ce but. Cette décision a été portée, le 10 octobre, à la connaissance du Ministre des Etats-Unis, M. Grew, mais aucune proposition ferme ne nous avait été faite jusqu'ici au sujet du traité à conclure.

La Légation des Etats-Unis vient de faire auprès de notre Département des ouvertures verbales analogues à celles de 1923, en laissant entendre que, si nous pouvions accepter en principe la proposition du Gouvernement américain, ce dernier nous ferait parvenir un projet de traité. La Légation a souligné à nouveau qu'il s'agirait d'un traité basé sur la clause de la nation la plus favorisée inconditionnelle, touchant, comme le traité de 1850, à des domaines divers, tels que le commerce, les droits consulaires, la protection de la propriété, etc.

Vous nous obligeriez en nous faisant connaître si nous pouvons persister dans l'attitude prescrite par la décision du Conseil Fédéral du 9 octobre 1923 ou si

1. AS 1854–1857, 5, S. 201ff.

vous estimez désirable que la question de savoir si nous devons entrer en négociations en vue de la conclusion d'un nouveau traité d'amitié et de commerce avec les Etats-Unis fasse l'objet d'un nouvel examen.

210

E 2001 (C) 3/12

Der Adjunkt in der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes, J. Hotz, an den Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes, P. Dinichert

S FS

Bern, 4. August 1926

Vereinigte Staaten. Handelsvertrag

Auf Ihr Schreiben vom 28. Juli¹ beehren wir uns zu antworten, dass wir den Abschluss eines neuen Freundschafts- und Handelsvertrages mit den Vereinigten Staaten von Amerika nach wie vor für wünschenswert erachten. Unser Freundschafts-, Handels- und Niederlassungsvertrag vom 25. November 1850 ist bekanntlich nur noch unvollständig in Kraft, indem die Meistbegünstigungsartikel 8–12 infolge Kündigung durch die Vereinigten Staaten mit dem 24. März 1900 dahingefallen sind². In den letzten Jahren hat die Union mit verschiedenen Ländern, wie Deutschland, Estland, Finnland, Polen, Griechenland usw. Handelsverträge bzw. Handelsabkommen mit der Meistbegünstigungsklausel abgeschlossen. Wenn die Regierung nach dem geltenden Zolltarifgesetz vom 21. September 1922 auch nicht ermächtigt ist, mit fremden Staaten Tarifvereinbarungen zu treffen, haben wir doch gleichwohl alles Interesse, uns auf dem amerikanischen Markt wiederum dauernd die Meistbegünstigung zu sichern.

1. Nr. 209.

2. Die beiden Staaten behandelten sich aber autonom auf dem Fusse der Meistbegünstigung (GBer 1926, S. 518).

211

E 2001 (C) 3/12

*Das Politische Departement
an die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Bern*

Kopie
N MC.

Berne, 7 août 1926

Le 27 juillet, Miss Lucile Atcherson a pris la peine de venir exposer au Département Politique Fédéral que, si ses vues étaient partagées, le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique envisagerait d'entrer en négociations avec le Conseil Fédéral pour remplacer le traité conclu entre la Suisse et les Etats-Unis, le 25 dé-

cembre 1850, par un nouvel accord général, qui devrait être basé sur la clause de la nation la plus favorisée inconditionnelle.

En réponse à cette fort obligeante communication, le Département Politique a l'honneur de faire connaître à la Légation des Etats-Unis d'Amérique que le Conseil Fédéral est d'accord pour reconnaître, avec le Gouvernement Américain, que, les circonstances ayant évolué depuis soixante-seize ans, certaines clauses du traité du 25 décembre 1850, en ce qui concerne les relations commerciales et dans d'autres domaines encore, ne correspondent plus exactement aux circonstances actuelles et pourraient être utilement révisées. Le Conseil Fédéral est donc disposé, en principe, à négocier avec le Gouvernement des Etats-Unis un nouveau traité qui serait fondé sur le principe du traitement inconditionnel de la nation la plus favorisée.

Le Département a pris note de ce que le Gouvernement Américain se réserve, dans ces conditions, de lui faire parvenir un projet de traité destiné à servir de base de négociations¹.

Le Département saisit cette occasion pour renouveler à la Légation des Etats-Unis l'assurance de sa haute considération.

1. *Die amerikanische Gesandtschaft in Bern legte dem Politischen Departement am 28. 10. 1926 einen Vertragsentwurf vor* (E 2001 (C) 3/12).

212

E 1004 1/300

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 19. August 1926¹

1342. Französische Anleihen

Finanzdepartement. Mündlich

Der Vorsteher des Finanzdepartements teilt mit, er habe soeben eine Besprechung mit Herrn Dr. Jöhr, dem Direktor der schweizerischen Kreditanstalt, gehabt, der ihm auseinandersetze, dass Frankreich in der Schweiz ein Anleihen von 60 Millionen Schweizer Franken zum Kurse von 94 aufnehmen möchte. Die Verhandlungen seien dem Abschlusse nahe und der Anleihevertrag solle noch heute abends in Paris seitens der Kreditanstalt unterzeichnet werden, falls der Bundesrat zu dieser Operation seine Zustimmung gebe.

Herr Musy fügt bei, die Sache sei ihm sehr unangenehm. Allerdings handle es sich um ein Finanzgeschäft rein privater Natur, zu welchem der Bundesrat keine Stellung zu nehmen habe, welches also die Bank auch gegen den Willen oder ohne Wissen des Bundesrates machen könne. Im Interesse der schweizerischen

1. *Abwesend: Häberlin, Motta und Chuard.*

Volkswirtschaft wäre es wohl besser, wenn dieses Geschäft nicht vorgenommen würde, einmal weil dadurch dem schweizerischen Geldmarkt neuerdings grosse Beträge entzogen werden, und sodann weil er sich gegenwärtig noch fragen müsste, ob das Darlehen hinreichend sichergestellt sein werde. Wenn jedoch der Bundesrat eine ablehnende Stellung einnehme und dann die Kreditanstalt – die ja trotzdem machen kann, was sie will – unter Hinweis auf diese Stellungnahme erklärt, sie schliesse den Anleihevertrag nicht ab, so werde der Bundesrat dadurch gegenüber der französischen Regierung in eine recht heikle Lage versetzt. Es sei noch beizufügen, dass Frankreich versucht habe, in Holland, England und Amerika ein grosses Anleihen aufzunehmen, dass aber England und Amerika erklärt hätten, es könne von einem solchen Anleihen nicht die Rede sein, solange Frankreich das Londoner bzw. Washingtoner Abkommen nicht ratifiziert habe.

In der Beratung wird von verschiedenen Seiten der Auffassung des Vorstehers des Finanzdepartements zugestimmt, dass der Bundesrat aus naheliegenden Gründen nicht «Nein» sagen dürfe, da eine solche Stellungnahme in Frankreich Missstimmung gegen die Schweiz erregen würde². Andererseits sei es eine starke Zumutung an den Bundesrat, ihn gleichsam vor ein «fait accompli» zu stellen und von ihm zu verlangen, dass er sich innerhalb weniger Stunden in einer so wichtigen Sache äussere und seine Zustimmung in einer Angelegenheit gebe, in welcher die Kreditanstalt einer derartigen Zustimmung gar nicht bedürfe. Vielleicht wäre es am zweckmässigsten, der Kreditanstalt ausweichend zu antworten, und zu sagen, der Bundesrat sei nicht in der Lage, heute schon Stellung zu nehmen; die Zeit sei zu kurz bemessen; bevor er sich eine Meinung bilden könne über den ganzen Fragenkomplex und insbesondere über die Disponibilitäten, müsse er das Direktorium der Nationalbank anhören und dieses um ein Gutachten bitten. Ein Mitglied des Rates wirft auch die Frage auf, ob an die Zustimmung zur Darlehensgewährung nicht die Bedingung zu knüpfen wäre, dass für einen gewissen Betrag Aufträge an die Schweizerische Industrie erteilt werden sollen.

Der Vorsteher des Finanzdepartements weist noch darauf hin, dass wegen eines allfälligen weiteren Sinkens der französischen Valuta immerhin deshalb nichts zu befürchten wäre, weil das Anleihen und dessen Rückzahlung auf Schweizer Franken lauten sollen. Er hat morgen nachmittag in Zürich – wohin er sich in einer anderen Angelegenheit begeben muss – eine Konferenz mit dem Direktorium der Nationalbank und wird bei diesem Anlasse auch die Frage des französischen Anleihens besprechen.

Es wird daher *beschlossen*:

Der schweizerischen Kreditanstalt kann heute noch kein endgültiger Bescheid erteilt werden. Der Vorsteher des Finanzdepartements wird morgen nachmittag

2. In seinem Politischen Bericht Nr. 2 vom 19. 3. 1928 schrieb der schweizerische Gesandte in Paris, Dunant: [...] En ce qui concerne la situation financière de la France, j'ajouterai que M. Poincaré s'est beaucoup loué vis-à-vis de moi du concours que lui a apporté la Société de Crédit Suisse pour les différents emprunts qu'il a été obligé de faire au cours des deux dernières années; il m'assure qu'actuellement il n'envisage plus la nécessité de faire encore appel à une collaboration de ce genre. (E 2300 Paris, Archiv-Nr. 81).

die Angelegenheit mit dem Direktorium der Nationalbank besprechen. Sollte dieses ihm beruhigende Mitteilungen machen, so ist Herr Musy ermächtigt, dem von der Kreditanstalt in Aussicht genommenen Darlehensgeschäft im Namen des Bundesrates zuzustimmen³.

3. *Vgl. Nr. 213.*

213

E 1004 1/300

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 24. August 1926¹

1373. Emprunt français

Département des finances. Verbal

Se référant à son exposé au sujet de l'emprunt français qui va se faire prochainement par l'intermédiaire de la Kreditanstalt suisse (voir procès-verbal du 19 août 1926)², M. le chef du Département rapporte sur les conversations qu'il a eues avec la Direction de la Banque Nationale suisse et avec des représentants du Bankverein suisse et de la Kreditanstalt vendredi et samedi dernier. A la suite de ses entretiens avec la Direction de la Banque Nationale M. le chef du Département des finances a estimé utile de faire connaître comme suit, d'abord oralement et ensuite par écrit, sa manière de voir soit à la Direction de la Kreditanstalt, soit à M. Dubois, administrateur du Bankverein:

«La coïncidence de l'emprunt belge³ et de l'emprunt français, l'ampleur de ces deux opérations pourraient être de nature à influencer notre change et peut-être aussi le marché intérieur des capitaux.

Je suis parfaitement conscient de la nécessité pour la Suisse de reconstituer son portefeuille étranger. Je sais également que tous les capitaux mis à la disposition des banques suisses ne peuvent trouver placement dans l'industrie et le commerce suisses. Je n'ignore pas non plus qu'il faut préférer la souscription publique au système des participations qui exclut tout contrôle et compromet l'imposition fiscale.

D'autre part, il est incontestable que la tenue de notre change est une question capitale tant au point de vue financier qu'au point de vue économique. Depuis des années, le Conseil fédéral et le Département des finances spécialement restent en contact continu avec la Banque Nationale pour discuter les mesures à prendre afin de maintenir le franc suisse à sa parité or. Nous avons consolidé notre dette flottante, nous avons placé des emprunts à l'étranger. Nous nous sommes efforcés de rétablir notre équilibre budgétaire, tout cela pour consolider notre cré-

1. *Abwesend: Chuard.*

2. *Nr. 212.*

3. *Vgl. Nr. 104.*

dit. La plateforme financière ainsi constituée permet aux banques de travailler dans des conditions plus aisées et plus sûres. La confiance en particulier qu'a valu à notre pays la votation du 3 décembre 1922⁴, a certainement contribué à créer l'atmosphère dans laquelle vous pouvez maintenant opérer avec succès. Je reconnais le grand mérite des banques et banquiers suisses qui, par un travail persévérant, des méthodes toujours loyales et parfaitement honnêtes, ont aidé considérablement à créer la confiance qui nous ouvre le chemin des marchés étrangers et vous permet de rayonner utilement dans les pays les plus lointains.

Je regretterais amèrement que la belle rigidité de notre change soit compromise par un exode brusqué des sommes considérables que le Crédit Suisse et le Bankverein se sont engagés à mettre à la disposition de Paris et de Bruxelles. J'estime que c'est de mon devoir de demander et même d'exiger que le transfert s'effectue dans les conditions les moins préjudiciables pour notre change. Dans la conférence que j'ai eue à la Banque Nationale avec vos directeurs comme dans ma conversation avec Monsieur Dreyfuss du Bankverein, j'ai insisté pour que rien ne soit fait dans le domaine du transfert avant que la Banque Nationale ait été utilement avisée, ce qui signifie que la Banque Nationale sera renseignée à l'avance sur l'époque et le chiffre des exportations. J'ai demandé également que, pour le cas où ces fonds doivent servir à constituer des réserves, ces réserves, dans la mesure du possible, restent en Suisse. Le transfert sera fractionné afin d'éviter tout à-coup. Les banques s'efforceront de prélever le moins possible de devises étrangères sur notre marché. Elles nous rendront le grand service de mettre à contribution, à cet effet, leur portefeuille étranger.

Si, malgré toutes ces précautions, le dollar devait dépasser 18, la Banque Nationale interviendra immédiatement et, comme je vous l'ai demandé, vous seconderiez son effort. Il serait, à mon avis, imprudent de laisser le dollar s'élever jusqu'à 20 pour n'intervenir qu'après. Plus l'intervention nécessaire sera retardée, moins elle sera opérante. La Banque Nationale, sur ce point, partage ma manière de voir.

Ce sera un très beau succès pour la banque suisse et notre politique financière que d'effectuer le transfert des capitaux, que vous avez maintenant l'obligation d'exporter vers Paris et Bruxelles, sans que notre change bouge.

Je compte sur la collaboration que vous m'avez promise et j'espère que les grosses opérations que vous avez conclues pourront ainsi être menées à bonne fin sans préjudice pour personne. Vous aurez une nouvelle fois fait la preuve de ce que peut l'habileté de la finance opérant sur la plateforme solide d'une loyale collaboration et d'une confiance réciproque.»

Le Conseil prend acte avec approbation de cette communication.

4. *Es handelt sich um die eidgenössische Abstimmung über das Volksbegehren um Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe. Diese Initiative wurde mit grosser Mehrheit von Volk und Ständen verworfen. Vgl. GBer 1922, S. 4.*

E 2300 Buenos Aires, Archiv-Nr. 6

*Der schweizerische Gesandte in Buenos Aires, K. Egger,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

Politischer Bericht Nr. 20. I.Y. Vertraulich!

Buenos Aires, 25. August 1926

Uruguay anerkennt die Sovietunion.

Heimtückisch, geschickt und zäh, in wohlberechnetem diplomatischem Schachzug, hat die Soviet-Union die erste Bresche in den südamerikanischen Kontinent geschlagen. Aus frühern Berichten wissen Sie, dass Abgesandte aus Moskau wiederholt bei den Kanzleien der grossen Republiken der A-B-C-Staaten anklopfen, ohne Gehör zu finden. Vom grossen Hauptquartier aus, das sich heute noch in Buenos Aires befindet, hat die russische Strategie, unterstützt von einem nicht zu unterschätzenden Generalstab weiblicher jüdischer Elemente, den Eroberungsfeldzug unternommen, wobei an Geld, Sektgelagen, Toiletten, teuren Cigarren und andern materiellen Genüssen, denen ja die südamerikanische Psyche nicht ganz fremd ist, nicht gespart wurde. In Buenos Aires, Santiago und Rio de Janeiro fanden sie verschlossene Türen, und das russische Gold öffnete ihnen nur verschiedene Handelskontore. So sind denn auch in den letzten acht Monaten für 8 Millionen Pesos Gold (40 Millionen Franken) Waren aus den La Plata-Staaten nach Russland verschifft worden.

Bei einer frühern Gelegenheit habe ich Ihnen berichtet, dass vor einigen Monaten die südamerikanischen Staaten Fühlung unter einander genommen hätten behufs Abklärung ihrer Stellung zur Frage der Anerkennung der Soviet-Union. Brasilien, Chile und Argentinien verhielten sich durchaus ablehnend, während Uruguay schon damals allerhand Ausflüchte suchte und sich seine Stellungnahme vorbehielt.

Für alle aber überraschend, wie mir heute Herr Gallardo selbst gestand, kam die gestern erfolgte *Anerkennung de jure der Soviet-Union* durch *Uruguay*. Das ist zweifellos ein unbestrittener Erfolg von Boris *Kraevsky*, dem Vorsitzenden der hiesigen Soviet-Handelsmission.

[...]¹

Wie mir von best unterrichteter Seite gesagt wird, ist die kommunistische Partei Uruguays, die freilich nur 3 Vertreter im Parlament hat, dem Entschluss des Präsidenten der Republik nicht ganz fremd. Sie hat ihn wissen lassen, dass sie demnächst mit diesem Traktandum vor den Kongress gelangen werde, und da sich Uruguay zur Zeit wegen der Präsidentenwahl in fieberhaftem politischem Zustand befindet, wollte die Regierung einer allfällig unangenehmen Debatte durch einen selbstgefassten Entschluss zuvorkommen. Dies ist umso erklärlicher,

1. Es folgt der Wortlaut des offiziellen Telegrammwechsels zwischen der uruguayischen und der sowjetischen Regierung.

als die wenigen kommunistischen Stimmen sowohl im Parlament als auch im Consejo de Administración das Zünglein an der Wage bedeuten und durch ihr Verhalten den roten oder den weissen Sieg herbeiführen können. Diese kommunistischen Stimmen wollte sich Präsident Serrato für die kommenden Wahlen gefügig machen. Die Auskunft habe ich von so hoher glaubwürdiger Stelle, dass an ihrer Wahrheit nicht gezweifelt werden kann.

Vorläufig wird der Schritt Uruguays, das ja von jeher immer auf seine «fortschrittlichen» Tendenzen pochte, weder in Argentinien noch in Chile und vor allem nicht in Brasilien Nachahmung finden, aber der Wurm sitzt nun doch im Holz, und Herr Gallardo sagte mir, dass es für sie sehr unangenehm wäre, wenn eine direkte Anfrage aus Moskau um Anerkennung der Soviet-Union käme. Was vor nicht allzu langer Zeit mit glattem Nein beantwortet worden wäre, würde heute doch erwogen werden müssen, wobei vermehrte Ausfuhrmöglichkeiten in der jetzigen Zeit böser Krise schwer in die Wagschale fallen würden.

215

E 1004 1/300

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 27. August 1926¹

1403. Installation des douanes françaises à la frontière des zones franches

Département des douanes. Proposition du 14 août 1926

Le rapport adressé au Conseil fédéral par le Département des douanes en date du 23 mars dernier au sujet de la situation créée par la suppression de fait des zones franches² a été transmis par le Département politique au Gouvernement genevois en l'invitant à se prononcer sur les conclusions de ce rapport. Par lettre du 11 juin dernier³, adressée au Département politique fédéral, le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève s'oppose à toute modification de la situation actuelle des zones. La proposition du Département des douanes ne concernait que la grande zone d'annexion de 1860, qui n'est pas en cause dans le litige avec la France. Le Gouvernement genevois estime que l'application de droits de douane aux produits de la grande zone serait inopportune, qu'elle affaiblirait au point de vue juridique l'attitude prise par le Conseil fédéral lors de l'installation du cordon douanier à la frontière politique. Il croit, au surplus, qu'au point de vue économique les mesures envisagées seraient inopérantes, parce que la situation actuelle est une conséquence bien plus de la baisse du change français que de l'installation du cordon douanier. Il craint encore que la mesure envisagée ait pour répercussion une augmentation du prix de la vie à Genève; la recette supplémen-

1. Abwesend: Chuard.

2. Als Annex 1 abgedruckt.

3. Auszugsweise als Annex 2 abgedruckt.

taire qu'encaisserait la Confédération causerait un préjudice considérable au canton de Genève et n'aurait pas d'importance comparativement à la recette totale des douanes.

Le Conseil d'Etat genevois prie donc le Conseil fédéral d'écarter définitivement l'idée de la perception des droits sur les produits des zones admis actuellement en franchise.

Bien que le Département des douanes ne puisse faire sienne l'argumentation du Conseil d'Etat du canton de Genève, il croit néanmoins qu'il n'y a pas intérêt à continuer actuellement la discussion, étant donné aussi le fait nouveau intervenu entre temps, c'est-à-dire la ratification de la procédure d'arbitrage par la Chambre française, ratification que le Sénat approuvera probablement aussi dans un avenir rapproché.

Il est décidé de laisser en suspens cette affaire, sous réserve de la reprendre au besoin plus tard si les circonstances venaient à l'exiger⁴.

ANNEX I

E 2, Archiv-Nr. 1681

Bericht des Vorstehers des Finanz- und Zolldepartementes, J.-M. Musy, an den Bundesrat

Pas destiné à la presse

Berne, 23 mars 1926

Installations des douanes françaises
à la frontière des zones franches.

Le 10 novembre 1923, la France a reporté à la frontière politique des Cantons de Genève, de Vaud et du Valais son cordon douanier qui se trouvait jusqu'alors établi à la frontière entre l'ancien territoire douanier français et les zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex. Dès cette date, ces zones franches ont été englobées dans le territoire douanier français et traitées d'une manière générale, sous le rapport douanier, de la même manière que le reste du territoire français. Peu après cette installation, les organes de notre administration des douanes apprenaient que des agents de la douane française cherchaient à acquérir des terrains ou des immeubles à la frontière, en vue de l'installation définitive du service des douanes. Nous avons signalé ces faits en leur temps aux Départements intéressés. Dès la fin de 1924 on vit commencer les préparatifs de construction pour la douane française et, à certains endroits, ces constructions furent même commencées. Ces agissements ne furent naturellement pas sans créer quelque inquiétude à Genève, car nous ne pouvions considérer l'établissement du cordon douanier français à la frontière politique comme définitive.

En date du 30 janvier 1925, le Département politique signalait ces faits à l'Ambassade de France⁵ et, sans vouloir rouvrir une controverse à ce sujet, puisque le compromis signé à Paris le 30 octobre 1924 soumettait la question à la Cour permanente de justice internationale, il déclarait vouloir prévenir tout malentendu auquel pourrait donner lieu, devant la Cour permanente, le silence du Gouvernement fédéral à l'égard des mesures publiques et durables prises ou à prendre par la douane française pour loger ses agents à la frontière franco-suisse dans les zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex. Le Conseil fédéral faisait ainsi toute réserve à cet égard, afin que l'on ne puisse lui opposer cet état de fait au cours de la procédure à suivre.

4. *Vgl. auch Nr. 365.*

5. *Nr. 6.*

Depuis lors, l'administration des douanes françaises a continué ses constructions et, à l'heure actuelle, d'importants bâtiments de douane sont achevés ou sur le point de l'être aux principaux passages entre nos cantons frontière et les zones franches. /.../

Ces faits ont créé une inquiétude bien compréhensible dans le Canton de Genève, car on y voit l'intention bien arrêtée de l'administration française de s'installer pour toujours à notre frontière, et cela sans attendre le jugement que prononcera la Cour permanente de justice internationale.

Dès l'installation du cordon douanier français à la frontière politique, le territoire des zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex a été mis par la France sous le régime du droit commun, c.à.d. que depuis lors la population doit payer les droits de douane et les taxes diverses pour tous les envois à destination des zones. La douane française ne fait d'exception qu'en faveur de l'exportation des produits d'origine zonienne, qui peuvent sortir sans payer les taxes françaises d'exportation si l'origine zonienne est prouvée. Etant toutefois donnée la situation, cette concession agit en notre défaveur et ne profite qu'aux zoniens.

Pour ne pas risquer d'affaiblir en quelque mesure que ce soit notre situation devant la Cour permanente de justice internationale, le Conseil fédéral a décidé, à l'époque, et en plein accord avec le Gouvernement genevois de ne rien changer de notre côté au statut des zones franches. Jusqu'à la fin de l'année dernière, nous avons donc continué à appliquer intégralement toutes les clauses de la convention de 1881 réglant le régime douanier entre le Canton de Genève et la zone franche de la Haute-Savoie⁶ et celles du règlement pour le Pays de Gex annexé à la Convention de commerce de 1906⁷. Ce n'est que le 7 décembre 1925 qu'une certaine restriction fut apportée, dans ce sens que le Conseil fédéral décida que les vins de la grande zone de la Haute-Savoie⁸, c.à.d. de la zone d'annexion de 1860, qui est en dehors de nos revendications, n'auraient dorénavant plus droit à l'admission en franchise et il a réduit en conséquence à 3000 hl le contingent annuel provenant de la zone sarde de 1816 et bénéficiant de la franchise de douane. De son côté, l'administration des douanes a, pour l'année dernière, reporté au 1er janvier 1926 l'époque à laquelle les vins de la petite zone sarde et du Pays de Gex pourraient entrer en franchise dans le Canton de Genève. Ce sont les seules mesures restrictives prises jusqu'ici.

L'établissement du cordon douanier français à la frontière du Canton de Genève a rendu critique la situation du commerce genevois, déjà si fortement touchée par la baisse du change français. Avant la guerre, Genève était le centre commercial de tout le bassin entre le Jura, le Salève et les Voirons. Les habitants de toute cette région essentiellement agricole apportaient leurs produits sur les marchés de Genève et s'approvisionnaient là des objets manufacturés et des denrées coloniales qui leur étaient nécessaires. Depuis la guerre, cette situation s'est modifiée du tout au tout, ce qui provient d'ailleurs non seulement de l'installation du cordon douanier français, mais aussi de la chute de la devise française. Les agriculteurs de la zone ont bien continué à apporter leurs denrées sur les marchés de Genève, pour autant que l'administration française en permettait l'exportation, et ils réalisaient de la sorte un bénéfice appréciable sur les prix de vente dans leur région. Par contre, ils ont à peu près complètement cessé de s'approvisionner à Genève pour leurs propres besoins. Il trouvent, en effet, actuellement chez eux tous les produits qui leur sont nécessaires à des prix plus avantageux, et cela sans avoir à remplir les formalités douanières françaises et à payer les droits et les taxes diverses, qui sont d'une manière générale assez élevés. Si on tient compte en outre de l'avantage que les Genevois eux-mêmes ont à s'approvisionner de l'autre côté de la frontière, on constate un déplacement complet du mouvement commercial dans cette région, au grand détriment du Canton de Genève. Comme nous l'avons dit plus haut, la faute n'en est pas uniquement au cordon douanier français. Le change y est pour sa bonne part. Cependant il n'en reste pas moins que les transactions commerciales qui resteraient possibles sont grandement entravées par la douane française. Tous les produits, objets manufacturés, etc. venant de Genève à destination de la zone sont, maintenant, assujettis aux droits de douane français qui sont souvent fort importants, et paient en outre une finance de statistique, le timbre administratif, la taxe sur le chiffre d'affaires et quelquefois une fi-

6. *Vgl.* AS 1882–1883, NF 6, S. 515ff.

7. AS 1906, NF 22, S. 738ff.

8. *Vgl.* Nr. 130.

nance pour permis. Si l'on ajoute que les formalités sont très compliquées, on comprend l'entrave que ce cordon douanier constitue pour la région de Genève, où les rapports commerciaux avec la zone frontière sont une nécessité.

Les quelques chiffres ci-après mettent en relief la situation :

En 1913, on a exporté du Canton de Genève à destination des zones de la Haute-Savoie des marchandises pour une valeur de 11 millions de francs en chiffres ronds. En 1924, la valeur des marchandises exportées n'est plus que de fr. 1'800'000.-. Même déchet en ce qui concerne le Pays de Gex: en 1913 nous avons exporté à destination de ce pays des marchandises pour une valeur de fr. 1'800'000.-. En 1924, ce chiffre d'exportation est descendu au-dessous de fr. 350'000.-. Si l'on tient compte encore de la plus-value qu'ont subie les marchandises de 1913 à 1924 ensuite de la dépréciation de l'argent, ces chiffres sont suffisamment éloquents et se passent de tout commentaire.

On pouvait espérer, lorsque fut prise la décision de maintenir de notre côté le statut des zones, que le règlement de ce litige avec la France serait rapide et que, d'autre part, un redressement de la situation nous préserverait des complications qui sont survenues du fait de la baisse de la devise française. A l'heure actuelle, il semble bien qu'il faille renoncer à cet espoir. Les doléances du commerce genevois deviennent de plus en plus vives; la baisse du change français, qui s'est accentuée il y a quelque temps, a rendu la situation de plus en plus critique, et l'on n'entrevoit pas que le règlement de cette question des zones puisse avoir lieu avant un très long délai.

Nous avons dû constater en outre que la fraude s'applique aussi à profiter de la situation; dans bien des cas on cherche à faire entrer en franchise chez nous comme produits des zones franches des marchandises provenant de l'intérieur de la France. Notre administration des douanes lutte contre ces fraudes avec tous les moyens dont elle dispose. Un assez grand nombre de procès-verbaux de contravention ont pu être dressés. Cependant, cette lutte est d'autant plus ingrate que, de son côté, l'administration française refuse en général, par principe, de collaborer à la répression, sauf dans les cas où elle y trouve elle-même un intérêt.

Les plaintes ne proviennent pas seulement du Canton de Genève, mais aussi de la région vaudoise avoisinante et de l'intérieur du pays. C'est ainsi que l'Union des propriétaires de tanneries suisses, dont le siège est à Zurich, se plaint de l'importation des cuirs des zones franches qui, en vertu de l'article 4 de la Convention de 1881 relative au régime douanier entre le Canton de Genève et la zone franche de la Haute-Savoie, entrent au $\frac{1}{4}$ du droit fixé au tarif, et même en franchise de droit pour un certain contingent s'ils proviennent du Pays de Gex. De même les fabriques de poteries de la région vaudoise se plaignent de la concurrence désastreuse qui leur est faite par les poteries du Pays de Gex, qui peuvent importer leurs produits en franchise de droit (contingent annuel de 3000 qx. métriques). Une requête formulée par les tuileries de Bellevue et de Carouge montre que le régime actuel a ruiné cette intéressante industrie. Il est certain que cette admission en franchise ou presque en franchise, combinée avec la chute du change, crée à certaines industries, comme à notre commerce, une situation des plus critiques.

La population des zones franches semblait au début, et sous réserve naturellement de certaines exceptions, avoir envisagé dans son ensemble sans beaucoup d'appréhension l'installation du cordon douanier français à la frontière politique. On avait fait miroiter à ses yeux certains avantages, tels qu'indemnités aux communes, etc., et il n'y eut en somme aucune opposition organisée. Le fait que nous avons maintenu en sa faveur les franchises instituées par les Conventions de 1881 et de 1906, a confirmé la population zonienne dans l'idée qu'elle avait tout à gagner au nouveau régime. Depuis lors, il y a eu un revirement dans une partie de la population agricole, revirement provoqué tout d'abord par les procédés d'investigation des douanes françaises, et ensuite par la mesure prise récemment par le Conseil fédéral à l'égard des vins de la grande zone de 1860. Cette mesure a été très sensible en particulier à la population du Chablais et du Faucigny. On commence à entrevoir les suites qu'aurait une restriction encore plus grande des anciennes franchises. Il semble que de divers côtés on cherche à se grouper pour un mouvement en faveur d'un règlement plus rapide de la situation, et cela dans le sens du maintien des anciennes facilités douanières. Reste à savoir quelle est l'influence des promoteurs de ce mouvement. Nous joignons à la présente un rapport du directeur des douanes de Genève qui fait mention de cet état d'esprit.

Nous avons cru devoir donner connaissance de cette situation au Conseil fédéral. En l'état actuel de la question, il ne paraît pas opportun de toucher en ce moment aux concessions prévues dans les

traités en faveur de la petite zone sarde de 1816 et de la zone du Pays de Gex. Mais il n'en est pas de même en ce qui concerne la grande zone d'annexion de 1860. Nos revendications ne portent pas sur cette zone, que la France a créée autonomement, et, en ce qui la concerne, nous pourrions, croyons-nous, sans affaiblir notre situation juridique dans le litige en cause, supprimer la franchise de droit accordée aux produits de cette zone. Le Conseil fédéral en a déjà jugé ainsi dans son arrêté précédemment cité du 7 décembre 1925 au sujet des vins. Logiquement, la mesure prise à l'égard des vins devrait être étendue aux autres produits de la grande zone. Il ne semble pas qu'il y ait lieu de craindre pour l'approvisionnement de la ville de Genève. Que la douane française soit à la frontière ou non, Genève reste le marché naturel des produits du sol et des produits de la petite industrie de cette région. La situation géographique ne leur permet guère une autre orientation.

Naturellement une telle mesure restrictive devrait être prise d'accord avec le Gouvernement genevois. Peut-être le Conseil d'Etat genevois, en présence de l'aggravation de la situation, se trouvera-t-il amené à modifier l'attitude qu'il a prise précédemment.

Une telle mesure ne devrait avoir aucune influence sur le règlement du litige par la Cour permanente de justice internationale. Par contre, il est probable que la population zoniennne, touchée dans ses intérêts vitaux, usera de toutes les influences dont elle dispose pour amener une solution du litige qui ne pourrait que profiter également à notre population frontalière.

A titre d'information, nous ajoutons qu'à la frontière des zones contractuelles de la Haute-Savoie et du Pays de Gex, l'administration des douanes françaises dispose actuellement d'un personnel de 594 hommes, soit de 58 hommes pour le personnel civil et de 536 hommes pour le personnel de surveillance de la frontière. En face de cet effectif imposant, nous n'avons de notre côté pour la surveillance de la frontière que 248 hommes.

[...]

Nous prions le Conseil fédéral de bien vouloir examiner à nouveau cette importante question des zones.

ANNEX 2

E 2, Archiv-Nr. 1681

*Der Staatsrat des Kantons Genf an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*⁹

S

Genève, 11 juin 1926

[...]

Veillez nous permettre tout d'abord de relever qu'il ne peut s'agir d'une «perte» éprouvée par le fisc suisse à la suite du maintien des avantages accordés aux habitants des territoires zoniens. La Confédération n'a, en effet, jamais perçu de droits à l'importation des marchandises en question en Suisse, par conséquent elle n'éprouve pas, à proprement parler, une perte. Ce serait tout au plus un manque à gagner dans la supposition inadmissible où la Confédération voudrait profiter de la misère des temps pour réaliser un gain.

Contrairement à l'opinion exprimée dans le rapport¹⁰, l'application de droits de douanes aux produits de la grande zone serait tout à fait inopportune; elle affaiblirait, au point de vue juridique sans aucun doute, l'attitude si nette prise par le Conseil fédéral au lendemain de l'installation du cordon douanier. Or nous tenons de nouveau à exprimer notre conviction profonde que toute mesure qui pourrait compromettre si peu que ce fût, notre attitude devant la Cour de Justice de La Haye, doit être évitée avec le plus grand soin. Nous devons rester au bénéfice du respect entier de nos conventions.

D'ailleurs, au point de vue économique, les mesures envisagées seraient inopérantes parce que la situation difficile de notre Canton est en premier lieu, comme vous le reconnaissez aussi, une conséquence directe de la baisse du change français. La perception des droits de douane sur les quelques

9. *Unterzeichnet von: A. Moriaud, Präsident, und T. Bret, Kanzler.*

10. *Annex I.*

produits zoniens que l'on pourrait seuls frapper, n'améliorerait nullement la situation économique de notre Canton, car :

Ou bien les produits des zones n'en continueraient pas moins, à la faveur du change et des dispositions de notre loi sur les douanes relatifs au trafic frontalier, à pénétrer dans notre Canton sans que nos voisins s'en trouvent réellement incommodés :

Ou bien la perception des droits entraverait l'importation de ces produits qui deviendraient plus rares sur notre marché, et alors il est fort possible que quelques intermédiaires profiteraient de la situation créée pour faire monter les prix de certains produits agricoles, au détriment de notre population.

Enfin il paraît tout à fait illogique, dans une période où l'on cherche avec raison à lutter contre le haut coût de la vie, de frapper les produits du sol, donc les produits de première nécessité, et des matériaux de construction, tels que les bois et surtout les pierres de carrières qui manquent dans notre Canton.

En ce qui concerne les réclamations des industriels suisses se plaignant de la concurrence que peuvent leur faire les produits entrant des zones en Suisse en franchise, nous devons faire observer que cette situation a existé de tout temps. Il ne faut pas oublier aussi que la presque totalité des tuileries et poteries de la région de Ferney est, depuis un temps immémorial, entre les mains de Suisses vivant eux-mêmes en Suisse.

D'autre part le Conseil d'Etat s'ingénie, dans les limites où les lois le lui permettent, à protéger les commerçants et industriels du Canton contre les commerçants et industriels de la zone venant livrer leurs produits sur le territoire du Canton. Certaines dispositions prises ont déjà donné des résultats favorables.

Nous ne croyons donc pas que la mesure proposée, qui consiste à percevoir des droits de douane à l'entrée en Suisse des produits provenant de la grande zone d'annexion, dans le seul but très problématique de pousser la population zoniennne touchée dans ses intérêts vitaux – comme le dit le rapport – à user de toutes les influences dont elle dispose pour amener une solution du litige, ait une efficacité quelconque. Au contraire, elle s'exercerait en réalité contre les intérêts vitaux du Canton de Genève, qui a déjà assez d'autres difficultés à surmonter pour ne pas se voir imposer de la part du Conseil fédéral lui-même des mesures d'ordre bureaucratique, sans bénéfice sensible pour le fisc.

Des recherches et calculs auxquels nous nous sommes livrés, il résulte en effet que la recette supplémentaire qu'encaisserait la Confédération, tout en causant un préjudice considérable au Canton de Genève, serait sans importance comparativement à la recette totale des douanes.

Le Conseil d'Etat prie donc le Conseil fédéral d'écarter définitivement l'idée de la perception des droits sur les quelques produits des zones admis actuellement en franchise. Au lieu d'instituer de nouvelles taxations qui, quoi qu'on puisse en penser retomberont infailliblement sur les consommateurs genevois, ne conviendrait-il pas que le Conseil fédéral continuât à insister auprès du Gouvernement français par l'entremise de notre Légation à Paris pour que la Convention d'arbitrage soit enfin ratifiée. Nous ne pensons pas, en effet, que ce soit de propos délibéré que la France ait jusqu'à présent retardé cette ratification, elle s'est débattue dans une crise financière et parlementaire qui l'obligeait de concentrer toutes ses forces sur des objets qui sont peut-être, aux yeux du Gouvernement, d'un intérêt plus immédiat et plus important que la ratification du compromis. La promesse verbale qui a été faite par M. Briand à M. Motta semble bien indiquer qu'il n'y a aucune mauvaise volonté et les nouvelles publiées par les journaux ces derniers temps font croire à une prochaine solution.

216

E 2001 (C) 5/5

*Der Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

Kopie

S Ki/AR.

Bern, 2. September 1926

In Beantwortung Ihrer Schreiben vom 6. und 26. August 1926¹ betreffend Völkerbundsfragen beehren wir uns, Ihnen folgende Darlegungen zu unterbreiten:

I. Abrüstung.

Es ist ausserordentlich schwierig, aus dem uns vorliegenden Material ein klares Bild des dermaligen Standes der Abrüstungsfrage zu gewinnen. Es mag das schon dadurch bedingt sein, dass eine praktische Lösung der Abrüstungsfrage sich als äusserst schwierig erweist. Man gewinnt den Eindruck, dass je eingehender die Organe des Völkerbundes sich mit der Frage befassen, die Schwierigkeiten um so höher sich aufürmen. Dazu kommt für die besondern Verhältnisse der Schweiz noch hinzu, dass es allen fremdländischen Sachverständigen ausserordentlich schwer fällt, das Wesen unseres Milizsystems zu erfassen.

Ein wichtiger Punkt scheint immerhin nach den bisher vorliegenden Berichten der Commission préparatoire und ihrer Subkommissionen festzustehen: Am 26. Mai 1926 hat die Commission préparatoire dem Völkerbundsrat einen Bericht über die in der ersten Session der Commission durchgeführten Arbeiten erstattet². Dieser Bericht enthält namentlich Angaben darüber, in welcher Weise das Studium der der Commission préparatoire unterbreiteten Fragen organisiert worden sei. Die Frage IIa lautet:

«Est-il possible de limiter les armements de guerre éventuels d'un pays, ou bien les mesures de désarmement ne doivent-elles viser que les armements de paix?»

Zu dieser Frage nun bemerkt die Commission préparatoire, dass nach ihrem Dafürhalten es nicht möglich ist, die eventuellen Kriegsrüstungen eines Volkes zu beschränken, und sie fährt wörtlich weiter:

«Elle affirme, au contraire, la possibilité de limiter les forces de terre, de mer ou aériennes entretenues en permanence en temps de paix par les divers pays ou pouvant être utilisées immédiatement sans mesures préalables de mobilisation.

Ce principe ne préjuge, d'ailleurs, pas des conditions de cette limitation telles qu'elles résulteront de l'examen des autres questions, et notamment de la question V.» –

Die Frage V handelt von den Grundsätzen, nach welchen das Verhältnis zwischen den einzelnen Ländern zu bewilligenden Rüstungen festgesetzt werden könnte, unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl, der Ressourcen, der geographischen Situation, usw.

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Vgl. SdN, Journal Officiel, 1926, Nr. 7, S. 997ff.*

Die Subkommission A für die militärischen Fragen hat sodann in ihrer Antwort zur Frage I auf Seite 11 ihres Berichtes vom 12. Juni 1926 folgendes ausgeführt:

«Le système basé sur le service obligatoire présente des caractères très variables suivant la durée du service. Lorsque cette durée est réduite au strict minimum nécessaire à une instruction élémentaire qui n'est plus ensuite perfectionnée que par des tirs, cours ou manœuvres échelonnés (système des milices) *il ne comprend aucun effectif utilisable sans mesure de mobilisation*, les hommes étant soit dans leurs foyers, soit en train de recevoir les premiers rudiments d'instruction.»

Daraus würde sich für die Schweiz ergeben, dass allfällig von einer Abrüstungskonferenz zu beschliessende Massnahmen über die Truppenstärke sie nicht betreffen würden, da nach den oben angeführten Aktenstücken wenigstens zurzeit bei den Organen des Völkerbundes die Meinung obzuwalten scheint, dass von der Abrüstung nur die ohne Mobilisation zu kriegerischer Verwendung bereitstehenden Kräfte betroffen werden sollen und dass beim Milizsystem derartig verwendbare Kräfte überhaupt nicht vorhanden seien.

Demgemäss könnten für die Schweiz nur solche Abrüstungsmassnahmen in Betracht fallen, welche sich auf das Kriegsmaterial oder auf die Ausgaben für das Heerwesen beziehen. Was das Kriegsmaterial anbetrifft, so ist die Schweiz im Vergleich zu andern Staaten jedenfalls von vorneherein sehr schwach damit versehen, und es würde schon ein sehr grosser Schritt zur Abrüstung vorgenommen, wenn andere Staaten auf das Niveau der materiellen Kriegsvorbereitung der Schweiz zurückkehren würden.

Was dagegen die Kosten anlangt, so ist bekanntlich das Milizsystem, so wie es in der Schweiz ausgebaut ist, verhältnismässig recht teuer. Es rührt das einmal daher, dass die Schweiz ihren Milizsoldaten einen gegenüber andern Staaten unverhältnismässig hohen Sold bezahlt. Wir erinnern nur daran, dass z. B. der Schweizer Soldat für einen einzigen Dienstag mehr Sold bezieht, als einem französischen Soldaten für einen ganzen 13-tägigen Wiederholungskurs ausgerichtet würde. Der Unterhalt des Kriegsmaterials sodann liegt in der Schweiz ganz wesentlich einem hoch bezahlten Zivilpersonal ob, während diese Arbeit in andern Ländern mit stehenden Armeen den niedrig besoldeten Soldaten übertragen ist. Das gleiche gilt z. T. sogar für die Erstellung des Kriegsmaterials. Die Milizarmee, in der die Stäbe und Truppeneinheiten nicht ständig im Dienste sind, verlangt ausserdem einen erheblich stärkeren Beamtenkörper für die Verwaltung des Wehrwesens, als das bei einer stehenden Armee der Fall ist. Sollte also in der Folge eine Lösung gesucht werden, nach der die Abrüstung durch zahlenmässige Festsetzung der Militärbudgets der einzelnen Länder bewirkt werden sollte, so könnte die Schweiz von einer derartigen Abrüstungsmassregel sehr stark berührt werden. Immerhin ergibt sich aus einem sehr interessanten Bericht des Sekretariats der Commission préparatoire de la Conférence du désarmement – Commission mixte – vom 28. Juni 1926, dass man sich über die enormen Schwierigkeiten, den Umfang der effektiven Rüstungen nach den budgetmässigen Ausgaben zu vergleichen und zu bestimmen, sehr wohl bewusst ist. Dieser Bericht hebt zum Teil gerade die Punkte hervor, von denen wir oben gesprochen haben, z. B. die

Differenzen in den Soldansätzen der verschiedenen Länder. Er weist ferner auf die verschiedene Kaufkraft der Währungen hin und stellt fest, dass auf dem Weg der Budgetlimitierung Abrüstungsmassnahmen jedenfalls erst erfolgen könnten, wenn eine Standardisierung aller Militärbudgets geschaffen wäre. So weit wir heute in der Lage sind, die Vorarbeiten für eine allfällige Abrüstung zu beurteilen, glauben wir nach den vorstehenden Darlegungen zur Annahme berechtigt zu sein, dass die Schweiz kaum davon berührt würde. Dieses Resultat stimmt mit der Auffassung überein, welche die schweizerischen Behörden bisher schon vertreten haben, nämlich dass, wenn alle Staaten ihre militärischen Rüstungen auf den schweiz. Standard zurückführen würden, tatsächlich eine weitgehende Abrüstung eintreten müsste.

Wir glauben, dass es z. Zt. nicht nötig ist, in den Gang der Arbeiten der Commission préparatoire aktiv einzugreifen.

2. Was das «Annuaire militaire» anlangt, so ist dieses für unsere Kenntnis fremder Armeen recht wertvoll. Unter diesem Gesichtspunkt können wir also sein weiteres Erscheinen nur begrüssen. Die Angaben über das schweizerische Wehrwesen sodann entsprechen insbesondere in der letzten Ausgabe im grossen ganzen den tatsächlichen Verhältnissen. Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist für uns kein Grund zu Einwendungen vorhanden. Dagegen möchten wir auch hier hervorheben, dass es ausserordentlich gefährlich ist, auf Grund der Angaben des Jahrbuches Vergleiche zwischen den einzelnen Wehrsystemen ziehen zu wollen. Diese Gefahr dürfte in ganz besonderer Weise für die Schweiz vorliegen, weil auf der einen Seite ihre Militärausgaben verhältnismässig hoch sind und weil andererseits, wie oben bereits hervorgehoben, dem Ausländer das Wesen unseres Milizsystems ausserordentlich schwer verständlich ist. Diese Gefahr kann immerhin keinen Grund bilden, um Einwendungen gegen das weitere Erscheinen des «Annuaire» zu erheben.

3. Sofern Ihr Departement es für notwendig erachtet, dass ein Vertreter des Militärdepartements an der auf morgen Nachmittag vorgesehenen Konferenz teilnimmt, so steht hiefür unser Departementssekretär zur Verfügung. Er wird sich auf seinem Bureau bereithalten, wo er telephonisch jederzeit erreichbar ist.

217

E 2001 (B) 7/9

*Der schweizerische Bundespräsident, H. Häberlin,
an die schweizerische Gesandtschaft in Rom*

Versandkopie
T

Berna, 13 settembre 1926

Vivamente impressionato dal nuovo atto criminale diretto contro il Capo del Governo italiano, il Consiglio federale v'incarica di esprimere al Presidente Mussolini tutta la sua simpatia e cordiali felicitazioni per essere uscito incolume dall'attentato.

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. September 1926*¹

1493. Handelsvertrag mit Griechenland

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 14. September 1926

Der Bundesrat ermächtigte das Volkswirtschaftsdepartement gemäss seinem Antrage vom 3. September² am 4. dies³, Griechenland zur Erleichterung des Abschlusses eines neuen Handelsvertrages eine Ermässigung des Zolles für Korinthen (ex Pos. 33) auf Franken 10 per q anzubieten.

Trotz dieses Angebotes und des Hinweises darauf, dass auf die griechischen Weinspezialitäten und Süssweine (ex Pos. 117c) sowie auf die Argos-Tabake und das Tabak-Bruchmaterial bereits ermässigte Zölle zur Anwendung gelangen, war es leider bis jetzt nicht möglich, den neuen Vertrag zum Abschluss zu bringen. Griechischerseits wird erklärt, dass man sich mit der einzigen Konzession für Korinthen nicht zufriedengeben könne.

Da auch keine weitere Verlängerung der Handelsübereinkunft vom 10. Juni 1887 erwirkt werden konnte, ist diese Übereinkunft am 10. dies ausser Kraft getreten, und es besteht seither zwischen der Schweiz und Griechenland ein vertragsloser Zustand. Nach den Erklärungen von griechischer Seite würde Griechenland seit 11. dies auf die schweizerischen Waren einen Minimaltarif ohne Meistbegünstigung anwenden⁴. Da die bereits in Kraft stehenden neuen Handelsverträge mit Grossbritannien und Frankreich verschiedene griechische Zollermässigungen enthalten, kommt dies einer differenziellen Behandlung der Schweiz gleich.

Nachdem schweizerischerseits durch das Angebot für die Korinthen der Beweis des guten Willens in einwandfreier Weise geleistet wurde und da, wie man die Griechen wiederholt wissen liess, ein besonderes Zollzugeständnis für Wein und Tabak nicht in Betracht kommen kann, ist es unter den dargelegten Verhältnissen unmöglich, einen neuen Vertrag zu vereinbaren, wenn nicht Griechenland sich mit seinen Forderungen mehr bescheidet.

Das Volkswirtschaftsdepartement gedenkt nun, in erster Linie die formelle Antwort der griechischen Regierung auf das letzte schweizerische Angebot abzuwarten und hierauf das weitere Vorgehen mit der schweizerischen Handelsvertragsdelegation zu besprechen.

Einstweilen wird hievon Vormerkung am Protokoll genommen.

1. *Abwesend: Motta und Musy.*

2. E 1001 1/EVD, 1926.

3. *Vgl. BR-Protokoll vom 4. 9. 1926 (E 1004 1/300, Nr. 1447).*

4. *Eine diesbezügliche Mitteilung des griechischen Geschäftsträgers in Bern, V. Dendramis, ist als Annex abgedruckt.*

ANNEX

E 2001 (C) 2/7

*Der griechische Geschäftsträger in Bern, V. Dendramis,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta⁵*

Genève, 9 septembre 1926

NOTICE

Monsieur V. Dendramis, Chargé d'Affaires de Grèce à Berne a l'honneur de porter ce qui suit à la connaissance de M. Motta, Chef du Département Politique de la Confédération Helvétique à propos des négociations en cours entre les deux gouvernements pour la conclusion d'un traité de commerce:

C'est depuis le mois d'avril dernier que ces négociations se poursuivent à Athènes par l'entremise du Chargé d'Affaires Suisse en Grèce. Le gouvernement Hellénique a accueilli toute proposition suisse avec sollicitude et y a fait droit avec le plus grand empressement. Il a modifié à plusieurs reprises son projet pour l'adapter aux désirs du gouvernement de Berne. Aucun traité parmi ceux négociés actuellement à Athènes n'a été inspiré à un tel point du souci pour satisfaire aux désirs de l'autre partie contractante.

Le gouvernement Helvétique ne semble pas, cependant, vouloir donner dans une même mesure satisfaction aux revendications helléniques aussi bien au sujet des ressortissants hellènes que des intérêts commerciaux de la Grèce, aussi restreints qu'ils soient.

Le gouvernement Hellénique verrait toutefois avec le plus vif plaisir une délégation suisse à Athènes. Quant au régime des prorogations, qui a été définitivement clos le 17 septembre, le gouvernement Hellénique n'appliquera pas un régime différentiel qui serait un tarif maximum, mais un de faveur qui correspond au tarif conventionnel de l'ancienne loi du tarif douanier.

5. *Bemerkung Mottas am Kopf der Mitteilung*: Reçu aujourd'hui des mains de M. Dendramis. 10.9.26. à midi.

219

E 2001 (C) 2/7

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

SMA

Bern, 20. September 1926

Handelsvertrag mit Griechenland

Durch die Abteilung für Auswärtiges erhielten wir am 11. dies Kopie der Notiz¹, die Ihnen der griechische Geschäftsträger, Herr Dendramis, übergeben hat.

Wir legen zu Ihrer Orientierung Kopie unserer bezüglichen Bemerkungen² an die genannte Abteilung vom 13. September bei.

1. *Nr. 218, Annex.*

2. *Nicht abgedruckt.*

Ferner gestatten wir uns, Ihnen hiermit Kopie eines Berichts (samt Beilage) unserer Gesandtschaft in Athen vom 13. dies zu übermitteln. Wie daraus, sowie aus einem Schreiben der Gesandtschaft an die Abteilung für Auswärtiges vom 11. dies³, hervorgeht, ist die griechische Vertragskommission gegen die Schweiz missgestimmt wegen der Verweigerung der Niederlassungsbewilligung an griechische Staatsangehörige in der Schweiz. Unser Geschäftsträger hat den Eindruck, dass gerade diese Niederlassungsangelegenheit die ganze Atmosphäre der Verhandlungen auch für den Handelsvertrag vergiftet hat. Wir selbst konnten die Art und Weise nicht begreifen, in der die Griechen in letzter Zeit unsere Begehren für den Handelsvertrag behandelten. Wir konnten uns des Gefühls nicht entwehren, dass eine gewisse feindselige Stimmung vorhanden sein müsse, für die uns jedoch eine Erklärung fehlte. Der Bericht des Herrn Broye gibt uns nun den Schlüssel dazu.

Unter diesen Umständen wird leider kaum mehr damit gerechnet werden können, dass der Handelsvertrag zustande komme, bevor nicht die Frage der Niederlassung der Griechen in der Schweiz eine befriedigende Lösung gefunden hat. Inzwischen wird eine grosse Anzahl schweizerischer Exportartikel in Griechenland differenziell behandelt, was ohne Zweifel unsere Ausfuhr in nicht unbedeutendem Masse schädigt.

Da die Frage des Abschlusses eines Niederlassungsvertrages vom Politischen Departement in Verbindung mit dem Justiz- und Polizeidepartement behandelt wird, sehen wir einstweilen davon ab, mit der letztgenannten Verwaltung die Niederlassungsangelegenheit zu besprechen, dagegen stellen wir ihr für alle Fälle Kopie dieses Briefes samt Beilagen zu.

Nach den Mitteilungen unseres Geschäftsträgers gedenkt der griechische Minister des Äusseren, Herr Argyropoulos, sich in den nächsten Tagen nach Genf zu begeben, wo er die Vertragsangelegenheiten mit Ihnen besprechen wird⁴. Wir hoffen, dass es Ihnen gelingen werde, auch die griechische Zustimmung für den Abschluss eines neuen Handelsvertrages zu erwirken und sprechen Ihnen für alle Ihre wertvollen Bemühungen in dieser Sache unsern verbindlichsten Dank aus.

3. Beide Dokumente in: E 7110 1/66. – In einer Note vom 11.9.1926 an Broye führte das griechische Aussenministerium aus: [...] En ce qui concerne l'établissement, nous avons accepté avec empressement le projet élaboré par le Gouvernement fédéral. Nous n'y avons apporté qu'une seule modification, celle de le placer sur un pied d'entière réciprocité, règle fondamentale qui est l'essence même de tout accord international.

Or, votre Gouvernement l'a refusée en déclarant, avec beaucoup de sincérité du reste, que les lois et règlements des Cantons suisses, de la Police fédérale et d'autres institutions de l'Etat s'y opposaient. Et tout en affirmant ces restrictions, confirmées d'ailleurs par des faits concrets, le Gouvernement fédéral désire assurer aux nombreux ressortissants et aux comptoirs suisses en Grèce tous les avantages, tous les privilèges et immunités, tous les droits de nos nationaux.

Mais en même temps il déclare les leur refuser en Suisse et les leur refuse en réalité.

La question ainsi envisagée rend, vous en conviendrez, Monsieur le Chargé d'Affaires, la négociation peu aisée, car il nous est difficile, sinon impossible, de suivre le Gouvernement fédéral dans la doctrine unilatérale qu'il a bien voulu nous exposer. [...] (E 7110 1/66).

4. Diese Verhandlungen wurden von W. Stucki geführt. Vgl. Annex.

ANNEX

E 2001 (C) 1/21

Aufzeichnung des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes, W. Stucki

Bern, 29. September 1926

AUFZEICHNUNGEN

Auf Wunsch des Herrn Bundesrat Schulthess und im Einverständnis mit Herrn Bundesrat Motta habe ich mich gestern nach Genf begeben, um mit dem griechischen Minister des Äussern, Herrn Argyropoulos, die hängige Frage des schweizerisch-griechischen Handelsvertrages zu besprechen. Ich habe angeknüpft an die letzte Note der griechischen Regierung vom 11. September an unsere Gesandtschaft in Athen⁵ und darauf aufmerksam gemacht, dass die Struktur des schweizerischen Zolltarifsystems dem griechischen durchaus analog ist. Dem griechischen Maximaltarif entspreche der schweizerische Kampfstarif vom 2. Februar 1922, der griechischen Minimalkolonne der Gebrauchstarif des Jahres 1921 und dem griechischen «Minissima» der durch die Handelsverträge mit Italien, Spanien, Österreich und Deutschland herabgesetzte schweizerische Gebrauchstarif (Konventionaltarif). Es sei deshalb durchaus unrichtig, dass dem griechischen «Minissima» schweizerischerseits nur die Herabsetzung des Zolles für Korinthen entgegenstehe, da die Schweiz für griechische Waren bis zur Stunde auch alle Herabsetzungen gewähre, die in den erwähnten Handelsverträgen unter dem Gebrauchstarif zugestanden worden sind. Dies spiele insbesondere für Weine und Weinspezialitäten für Griechenland eine bedeutende Rolle, wozu noch käme, dass die Schweiz seit dem 1. Januar 1924 den Zoll für Argostabake und Tabakabfälle autonom beträchtlich herabgesetzt habe. Ich führte dann im weitern aus, dass es uns vollständig unmöglich sei, für Weine und Weinspezialitäten weitere Konzessionen zu machen und übergab dem Minister den Wortlaut unserer bezüglichen Abmachungen mit Italien und Portugal. Auch hinsichtlich der Tabakzölle sei uns aus bekannten Gründen ein weiteres Entgegenkommen unmöglich. Dagegen hätten wir ja für Korinthen die griechische Forderung vollständig akzeptiert und seien hinsichtlich der Teppiche bereit, statt den von Griechenland geforderten Fr. 200.– sogar die bisherigen Fr. 150.– zu gewähren. Ich machte darauf aufmerksam, dass sich die Schweiz eine differentielle Behandlung ja selbstverständlich nicht gefallen lassen könnte. Wir würden, obschon eigentlich der Retorsionstarif vom 2. Februar 1922 zur Anwendung gebracht werden müsste, dies voraussichtlich nicht tun, sondern genau den gleichen Weg beschreiten, der von Griechenland begangen wurde: Anwendung des Gebrauchstarifs = Minimalkolonne, aber ohne die andern Ländern gewährten vertraglichen Vergünstigungen. Dies hätte zur Folge, dass einmal der Zoll für Korinthen unverändert auf Fr. 50.– bliebe, dass die Argostabake und Tabakabfälle wiederum Fr. 1200.– zu bezahlen hätten und dass endlich für Wein der Satz von Fr. 32.– und für Weinspezialitäten von Fr. 50.– zur Anwendung käme. Ich fügte dem noch ausdrücklich bei, dass voraussichtlich auf den 1. Januar 1927 der Verhandlungstarif vom 5. November 1925 in Kraft gesetzt und damit zum Gebrauchstarif werde, sodass, da handelsvertragliche Reduktionen für Griechenland nicht zur Anwendung kämen, auch für eine Reihe anderer als der obengenannten Waren eine empfindliche Höherbelastung die Folge sein müsste.

Meine Ausführungen schienen dem Minister Eindruck zu machen, und er hat sich für sämtliche Griechenland interessierende Waren die in den verschiedenen Fällen zur Anwendung kommenden schweizerischen Zölle genau notiert. Nach längerer Aussprache erklärte er des Bestimmtesten, er werde persönlich alles daran setzen und hoffe bestimmt damit auch durchzudringen, dass ein Zollkonflikt mit der Schweiz vermieden werde und Ende nächster Woche auf der von mir genannten Basis ein provisorisches Handelsabkommen zum Abschluss gelange. Er hat dann neuerdings die Frage des Niederlassungsvertrages aufgerollt, die zu diskutieren ich wegen Unkompetenz ablehnen musste. Gemäss den Instruktionen von Herrn Bundesrat Motta beschränkte ich mich darauf zu erklären, die Schweiz werde hier baldmöglichst neue Vorschläge machen, die für Griechenland akzep-

5. E 7110 1/66.

tabel sein dürften. Hierauf wurde mir erwidert, dass man hoffe, eine Formel zu finden, die im grossen und ganzen den bisherigen Zustand weiter sichere, ohne wegen mangelnder Reziprozität für Griechenland verletzend und deshalb unannehmbar zu sein.

Herr Argyropoulos erklärte zum Schlusse, es liege ihm aus politischen Gründen daran, in beiden Punkten mit der Schweiz in kürzester Zeit einig zu werden und er hoffe, dieses Ziel bestimmt zu erreichen. Er lege besonderen Wert darauf, die neuen schweizerischen Vorschläge betreffend Niederlassungsvertrag im Verlaufe der nächsten Woche zu erhalten.

220

E 1004 1/301

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 1. Oktober 1926

1574. Türkei. Handelsabkommen

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 30. September 1926

In der Sitzung vom 23. April 1926¹ hat der Bundesrat das provisorische Handelsabkommen genehmigt, das im Wege eines Notenaustausches mit dem hiesigen türkischen Geschäftsträger am 17. gl. Mts.² vereinbart worden ist und durch das sich die beiden Länder in Erwartung des Abschlusses eines definitiven Handelsvertrages bis zum 1. Oktober 1926 die Meistbegünstigung zusichern.

Laut den Berichten unseres Geschäftsträgers in der Türkei, Herrn Legationsrat Henri Martin, haben die Unterhandlungen für einen definitiven Vertrag bis jetzt nicht aufgenommen werden können, weil die Türkei zuerst noch mit verschiedenen andern Ländern, worunter Deutschland, mit denen Unterhandlungen zum Teil schon seit längerer Zeit pendent sind, zum Abschluss gelangen will. Um es in der Regelung unserer Handelsbeziehungen zu keinem Unterbruch kommen zu lassen, hat der Geschäftsträger daher Schritte getan, damit der Modus vivendi für weitere 6 Monate, d.h. bis zum 31. März 1927, verlängert werde. Durch Note vom 19. September³ hat der Minister des Auswärtigen dem Geschäftsträger im Auftrage der türkischen Regierung mitgeteilt, dass dieselbe unserem Vorschlage zustimme und dass während der Dauer dieses provisorischen Abkommens die schweizerischen Boden- und Industrieerzeugnisse bei der Einfuhr in die Türkei diejenige Behandlung geniessen, die in der Handelsübereinkunft von Lausanne vom 24. Juli 1923 für die Erzeugnisse derjenigen Staaten, welche sie unterzeichnet haben, vorgesehen ist.

Auf die Frage, ob die Handelsvertragsunterhandlungen mit der Schweiz bald eröffnet werden können, ist dem Geschäftsträger im Ministerium des Auswärtigen bedeutet worden, dass er hiefür einer besondern Vollmacht bedürfe. In seinem

1. E 1004 1/299, Nr. 648; *BR-Protokoll vom 23. 4. 1926*.

2. AS 1926, NF 42, S. 226f.

3. E 2001 (C) 1/23.

Bericht vom 19.⁴, hier eingetroffen am 27. September 1926, spricht Herr Martin daher den Wunsch aus, die Vollmacht mit dem nächsten Kurier zu erhalten. Zu diesem Zweck muss dieselbe spätestens am nächsten Montag den 4. Oktober hier abgehen. Es ist vorgesehen, dass sich Herr Martin, einmal im Besitz der Vollmacht, im Oktober für eine erste Sitzung nach Angora begeben würde.

Antragsgemäss wird *beschlossen*:

Dem schweizerischen Geschäftsträger in der Türkei, Herrn Legationsrat Henri Martin, wird von der Bundeskanzlei die nötige Vollmacht zur Aufnahme von Unterhandlungen mit der Türkei und zum Abschluss eines Handelsvertrages unter Ratifikationsvorbehalt ausgestellt.

4. E 2001 (C) 1/23.

221

E 2300 Rom, Archiv-Nr. 26

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S Personnel.

Rome, 4 octobre 1926

J'ai l'honneur de vous faire savoir que j'ai été reçu ce matin par M. Mussolini, auquel j'avais demandé une audience.

J'ai commencé par le féliciter au sujet de l'attentat du mois dernier. Il m'a dit: «Je n'y pense déjà plus, mais ce sont des événements très fâcheux et très graves non pas au point de vue de ma personne; il ne s'agit pas de Mussolini, il s'agit de ce qui pourrait se passer si l'attentat réussissait, et cela non seulement pour la situation intérieure, mais pour nos relations avec l'étranger.» Le Duce a prononcé ces paroles avec beaucoup de gravité. Il a même dit: «Nous ne voulons pas recommencer 1914.»

Il a ajouté qu'il demandait à la France de faire ce que lui-même serait prêt à faire en toute occasion quand il s'agit de réfugiés qui viennent compromettre des relations de bon voisinage. «Si les Russes du parti blanc se permettaient quelque attentat contre l'Ambassade de Russie, je les expulserais tous d'Italie. Je n'en demande pas autant à la France, mais je lui demande d'avertir les Italiens réfugiés chez elle qui complotent contre le Gouvernement italien et qui excitent à l'assassinat, comme je puis le prouver d'après des citations de journaux imprimés en France, et de leur faire savoir que, pour les bonnes relations avec l'Italie, leurs menées doivent cesser. La Suisse, qui est beaucoup plus républicaine que la France, et qui a des institutions démocratiques que la France ne connaît pas, et qui est jalouse de son indépendance, a su avertir Tonello, et je lui en suis très reconnaissant.» Le Duce m'a fait à ce propos un très grand éloge de la parfaite correction de nos Autorités.

J'ai saisi l'occasion de lui rappeler que les Autorités italiennes ne s'inspirent pas de l'esprit de confiance et de cordialité dont il a reconnu la nécessité dans nos

relations. Notre accord concernant les passeports est appliqué de façon très large par la Suisse, mais tout au contraire par l'Italie, en premier lieu par les Consuls italiens en Suisse. En outre, nos compatriotes en Italie subissent souvent des vexations de la part des syndicats fascistes qui ignorent nos accords internationaux et qui considèrent comme un intrus tout étranger qui vient travailler en Italie. J'ai pu citer à ce propos au Premier Ministre des chiffres éloquentes concernant le nombre des Italiens entrés en Suisse et celui des Suisses en Italie, et quelques exemples des vexations récemment subies par des compatriotes.

Le Premier Ministre en a pris note; [...] Il m'a promis qu'il télégraphierait au Comte Pignatti pour qu'il donne des instructions plus larges à ses Consuls, et qu'il enverrait une circulaire aux Préfets de l'Italie septentrionale. Il m'a dit, en outre, qu'étant lui-même à la tête des syndicats, je devais lui signaler les cas d'ingérence abusive de syndicats dans les questions concernant des Suisses engagés en Italie.

J'ai profité de ces bonnes dispositions pour lui rappeler également toutes les difficultés que nous éprouvons en matière douanière, et je ne lui ai pas caché qu'il y avait en Suisse un mouvement de plus en plus contraire à l'égard de notre Traité de Commerce avec l'Italie¹, ce qui a paru le surprendre. Ce mécontentement ne pourrait qu'augmenter si l'on multiplie les mesures de restriction et les difficultés douanières à la frontière. J'ai insisté sur l'utilité d'en parler avec le Ministre de l'Economie Nationale.

Espérons qu'il résultera quelque chose de concret des bonnes dispositions qui m'on été exprimées. Le Premier Ministre m'a encore dit qu'il était sensible à la sympathie qui lui a été témoignée par le Conseil Fédéral. En le félicitant, je n'avais pas manqué de lui dire que j'agissais aussi en votre nom.

1. *Handelsvertrag vom 27. 1. 1923*, in: AS 1924, NF 40, S. 105ff.

222

E 7110 1/20

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

Kopie

S

Bern, 8. Oktober 1926

Schweizerisch-deutscher Handelsvertrag.

Nachdem heute der schweizerisch-deutsche Handelsvertrag vom 14. Juli auch im Ständerat, und zwar einstimmig, genehmigt worden ist¹, wird der Bundesrat zur vorgesehenen Ratifikation des Vertrages bereit sein. Da anlässlich der Ver-

1. *Vgl. dazu NR-Protokoll vom 29. 9. 1926* (E 1001 (C) d 1/257, S. 14ff.) und *StR-Protokoll vom 8. 10. 1926* (E 1001 (D) d 1/193, S. 66ff.).

handlungen ausdrücklich von schweizerischer und deutscher Seite vorgesehen worden ist, den Vertrag auf den 1. Januar 1927 in Kraft zu setzen, so müssen die Ratifikationsurkunden spätestens am 1. Dezember 1926 ausgetauscht werden. Es wäre vielleicht gut, wenn Sie beim Auswärtigen Amt gelegentlich hieran erinnern und mitteilen wollten, die Schweiz sei Ende November oder am 1. Dezember zum Austausch und zur Inkraftsetzung des Vertrages auf den 1. Januar des nächsten Jahres bereit.

Angesichts der in letzter Zeit stärker gewordenen deutschen Opposition gegen den Vertrag haben wir uns ernsthaft gefragt, ob es taktisch klug sei, wenn in der Schweiz beide Kammern den Vertrag genehmigen, bevor er die Zustimmung des deutschen Reichstages gefunden hat und ob es nicht besser wäre, das Geschäft im Ständerat erst in der Dezembersession zu behandeln. Wenn mit unserem Einverständnis der Ständerat nun doch schon heute den Vertrag genehmigt hat, so geschah dies namentlich aus zwei Gründen: einmal warten bei uns alle Exportkreise, auch die Stickerei (!) sehlich auf die möglichst baldige Inkraftsetzung des Vertrages. Würde der Ständerat den Vertrag erst im Dezember behandeln, so wäre natürlich eine Inkraftsetzung vor dem 20. Januar 1927 nicht möglich. Zum zweiten wollten wir der deutschen Regierung unter keinen Umständen den Vorwand schaffen, die Schweiz habe ihrerseits die beidseitig vorgesehene Inkraftsetzung auf den 1. Januar verunmöglicht und es könne deshalb ohne Verletzung der eingegangenen, zwar nur moralischen Bindung, auch in Deutschland die Angelegenheit verschleppt werden. Wir hoffen übrigens bestimmt, dass die Genehmigung des Vertrages durch beide schweizerischen Kammern eine ungünstige Wirkung auf die Behandlung im deutschen Reichstage nicht ausüben werde².

Bei dieser Gelegenheit möchten wir Ihnen mitteilen, dass die einstimmigen Unterhändler und das Departement dem Bundesrat beantragen werden, den provisorischen Generaltarif vom 5. November 1925 auf 1. Januar 1927 in Kraft zu setzen, da uns dies mit Rücksicht auf die Verhandlungen mit der Tschechoslovakei und kommende Verhandlungen mit Frankreich und Italien absolut notwendig erscheint³. Sie können die deutschen zuständigen Stellen vertraulich auf diese Absicht aufmerksam machen und darauf hinweisen, dass schon aus diesem Grunde es im beidseitigen Interesse liege, den Handelsvertrag auf den gleichen Zeitpunkt in Kraft zu setzen. Die effektive Anwendung des Tarifs vom 5. November 1925 dürfte übrigens auch der deutschen Regierung insofern angenehm sein, als sie allen Zweiflern gegenüber den Beweis erbringen kann, dass es der Schweiz mit diesem Tarif ernst war und sich also die deutscherseits im Hinblick auf ihn gemachten Konzessionen durchaus rechtfertigen.

2. *Der deutsche Reichstag stimmte dem Vertrag am 13. 11. 1926 zu. Die Ratifikationsurkunden wurden am 1. 12. 1926 ausgetauscht. – Nach Abschluss des Handelsvertrages beschäftigten Anwendungsfragen die beiden Regierungen fast ununterbrochen. (Vgl. GBer 1927, S. 478f. und GBer 1928, S. 498.) 1929 wurde der Vertrag durch ein Zusatzabkommen ergänzt. Vgl. Nr. 470.*

3. *Vgl. Nr. 112, Anm. 9.*

E 2200 Paris 1/1938

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

S MC.

Berne, 9 octobre 1926

En nous référant à votre lettre du 2 août¹, nous avons l'honneur de vous faire connaître que nous partageons votre impression que M. Briand, qui a fait déposer, le 11 août, devant le Sénat le projet de loi portant approbation du compromis d'arbitrage relatif aux zones franches, du 30 octobre 1924, a la ferme intention de hâter l'achèvement de la procédure parlementaire engagée au sujet de cet accord. Au cours des conversations que nous avons eues à Genève, dans le courant du mois dernier, M. Briand s'est exprimé vis-à-vis de nous de la façon la plus catégorique à cet égard et nous sommes convaincus qu'il tiendra parole dès que les vacances parlementaires auront pris fin.

En ce qui concerne le Traité de conciliation et d'arbitrage conclu entre la Suisse et la France, le 6 avril 1925, vous avez bien voulu nous signaler, par lettre du 26 juillet dernier², que M. Soulier, chargé de rapporter sur le projet de loi déposé par le Gouvernement français, le 13 novembre 1925, comptait profiter de ses vacances pour étudier cet accord. Nous pouvons donc espérer que l'examen de notre Traité général de conciliation et d'arbitrage sera abordé par la Chambre des Députés au début de sa session d'automne.

Nous souhaiterions vivement que tel soit bien le cas, car il existe une étroite corrélation entre le compromis du 30 octobre 1924 et le Traité général du 6 avril 1925 et toute difficulté d'interprétation du compromis d'arbitrage serait conjurée si le Traité de conciliation et d'arbitrage obligatoires est en vigueur au moment où la Cour permanente de Justice internationale sera saisie du différend relatif aux zones franches³.

Vous nous obligeriez beaucoup, en conséquence, en rappelant à M. Briand l'existence du Traité de conciliation et d'arbitrage obligatoires conclu, le 6 avril 1925, entre la Suisse et la France et en insistant sur le prix tout particulier que nous attacherions à voir l'examen de ce Traité abordé par le Parlement français, dès sa rentrée.

1. E 2, Archiv-Nr. 1681.

2. *Nicht ermittelt.*

3. *Vgl. auch Nr. 404.*

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 9. Oktober 1926*¹

1614. Handelsvertragsunterhandlungen mit der Tschechoslowakei

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 29. September 1926

[...]

Am 24. Februar 1926 wurden die Verhandlungen in Bern wieder aufgenommen. Im Gegensatz zu den völlig ungenügenden frühern Angeboten anlässlich der Verhandlungen im Dezember 1925² enthielten die neuen Erklärungen der tschechoslowakischen Delegation allerdings eine Reihe Zugeständnisse, welche die Möglichkeit einer Annäherung an die schweizerischen Forderungen nicht von vorneherein gänzlich ausschlossen. Doch waren sie in der Mehrzahl nicht derart, dass sie den schweizerischen Unterhändlern als genügende Grundlage erschienen, um gestützt darauf die Verhandlungen in der bisherigen Weise weiterzuführen. Um endlich einmal einen Schritt vorwärts zu kommen, wurden aus der schweizerischen Liste diejenigen Begehren herausgegriffen, die als Hauptforderungen angesehen werden mussten. Sie betrafen die meisten unserer wichtigsten Exportartikel, wie Schokolade, einzelne Baumwollgarnnummern, Baumwollgewebe, Plattstich- und Kettenstichstickereien, Seidenkreppe, Ganzseidengewebe, Dampfturbinen, Spinnmaschinen, Seidenwebstühle, Dynamomaschinen, Mess- und Zählapparate, Uhren und Teerfarbstoffe. Man war sich darüber einig, dass hier seitens der Tschechoslowakei wesentlich andere Zugeständnisse gemacht werden müssten, wenn ein Vertrag überhaupt zustande kommen sollte. Gestützt auf einen entsprechenden Beschluss des Bundesrates wurde darauf den tschechoslowakischen Unterhändlern die Erklärung abgegeben, hier handle es sich um unsere Hauptforderungen; nur wenn bei diesen namhafte weitere Reduktionen zugestanden würden, sei die Schweiz bereit, auf die Anwendung ihres provisorischen Zolltarifs vom 5. November 1925³ der Tschechoslowakei gegenüber zu verzichten.

Nach Übergabe dieses Ultimatums fanden zwar noch einige Sitzungen statt. Zu irgendwelchen positiven Resultaten ist man aber nicht gelangt. Auf Wunsch der Gegenpartei wurde von schweizerischer Seite bei den bezeichneten Hauptforderungen noch zahlenmässig angegeben, was man unter wesentlichen Zugeständnissen verstehe. Eine definitive Antwort war aber von der tschechoslowakischen Delegation nicht erhältlich. Sie beschränkte sich auf einige Angaben, wo ihrer Ansicht nach eventuell noch gewisse Zugeständnisse gemacht werden könnten, und erklärte, angesichts der neuen Sachlage mit ihrer Regierung Rücksprache nehmen und die Angelegenheit nochmals eingehend prüfen zu müssen. Es wurde darauf

1. *Abwesend: Haab und Scheurer.*

2. *Vgl. Nr. 135.*

3. *Vgl. dazu Nr. 112.*

vereinbart, die Verhandlungen zu unterbrechen und in einem spätern Zeitpunkt wieder aufzunehmen.

Anfangs Mai reiste die schweizerische Handelsvertragsdelegation von Berlin aus, wo sie mit Deutschland über den Abschluss eines schweizerisch-deutschen Handelsvertrages unterhandelt hatte, nach Prag zur Entgegennahme der neuen tschechoslowakischen Erklärungen. Leider lauteten diese wiederum gänzlich unbefriedigend. Wohl wurden einige wenige neue Zugeständnisse gemacht, doch waren diese bei weitem nicht derart, dass sie als einigermaßen genügendes Entgegenkommen der Schweiz gegenüber angesehen werden konnten. Gleichwohl wurde in Aussicht genommen, die Verhandlungen, die damals entsprechend den beidseitigen Dispositionen nur kurze Zeit dauerten, so bald wie möglich wieder fortzusetzen⁴. Infolge starker Inanspruchnahme der beiden Delegationen durch Handelsvertragsverhandlungen mit andern Staaten kam es jedoch diesen Sommer nicht mehr dazu.

Bereits Anfangs Juli ds. Js., also noch vor Abschluss der schweizerisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen, setzte das Volkswirtschaftsdepartement die tschechoslowakische Regierung durch die hiesige tschechoslowakische Gesandtschaft davon in Kenntnis, dass man schweizerischerseits die Verhandlungen ungefähr um den 20. September herum wieder aufnehmen möchte. Da eine Antwort von tschechoslowakischer Seite ausblieb, wurde der Wunsch in der Folge mehrmals wiederholt. Unsere Bemühungen blieben jedoch erfolglos. In einer Note vom 21. September⁵ teilte die tschechoslowakische Gesandtschaft dem Volkswirtschaftsdepartement die ablehnende Antwort des tschechoslowakischen Aussenministeriums mit. Es wurde darin erklärt, dass es der Tschechoslowakei mit Rücksicht auf die gegenwärtig gepflegten Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn und die demnächst beginnenden Verhandlungen mit Deutschland nicht

4. Im Verlaufe der Verhandlungen schlug die tschechoslowakische Delegation unter anderem die Aufnahme von Bestimmungen über die Niederlassung in den Text des Handelsvertrages vor. Die schweizerische Delegation lehnte dies unter dem Hinweis, diese gehörten in einen Spezialvertrag ab, wie aus einem Schreiben der Handelsabteilung an die Abteilung für Auswärtiges vom 10. 11. 1926 hervorgeht (E 2001 (C) 3/18). Das Justiz- und Polizeidepartement äusserte sich in diesem Zusammenhang in seiner Stellungnahme zuhanden des Volkswirtschaftsdepartementes vom 18. 11. 1926 wie folgt: [...] Wir wären entschieden nicht dafür, dass die Sache nun an diesem handelsvertraglichen Ende [...] angefasst würde. Normalerweise sollten Handelsvertrag und Niederlassungsvertrag reinlich getrennte Typen sein und bleiben und wenn auch bei gewissen abgelegenen Staaten (so neuerdings Siam) ein Zusammenschweissen in Frage kommen kann, so gehört doch die Tschechoslowakei sicher nicht zu diesen Staaten [...] (E 7110 1/118).

Der Abschluss eines speziellen Niederlassungsvertrages war von tschechoslowakischer Seite bereits in den Jahren 1924 und 1925 wiederholt angeregt worden. Das Justiz- und Polizeidepartement vertrat hierzu folgenden Standpunkt (Schreiben an das Politische Departement vom 22. 10. 1925): [...] Neue Niederlassungsverträge zu schliessen, sind wir heute nicht in der Lage. Am 25. ds. kommt der neue Verfassungsartikel 69ter zur Volksabstimmung. Wird er angenommen, dann muss ein Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer folgen. Bis dieses unter Dach ist, kann über neue Niederlassungsverträge kaum verhandelt werden [...] (E 2001 (C) 4/25).

5. Nicht ermittelt.

möglich sei, zu dem von der Schweiz bezeichneten Termin in den tschechoslowakisch-schweizerischen Verhandlungen fortzufahren. Sobald die weitere Entwicklung der Verhandlungen mit Ungarn und die allgemeine Situation es zuliesse, werde man aber einen Vorschlag betreffend Fortsetzung des genauen Zeitpunkts für die Verhandlungen mit der Schweiz unterbreiten.

Das Volkswirtschaftsdepartement hat diese Antwort den schweizerischen Unterhändlern mitgeteilt und darauf die ganze Angelegenheit im Schosse der Delegation zur Sprache gebracht. Man war sich darüber einig, dass von tschechoslowakischer Seite neuerdings eine Verschleppung der Verhandlungen versucht werde. Nachdem schon im Juli der tschechoslowakischen Regierung mitgeteilt worden war, dass man in der zweiten Hälfte September die Verhandlungen wieder aufzunehmen wünsche, hatte man in Prag zweifellos genügend Zeit, um sich entsprechend einzurichten. Eine kleine Verzögerung wäre schliesslich noch zu verstehen und zu ertragen gewesen. Eine Hinausschiebung auf unbestimmte Zeit kann sich die Schweiz dagegen nicht mehr gefallen lassen. Die Entwicklung unseres Handelsverkehrs mit der Tschechoslowakei zeigt auch weiterhin ein ungünstiges Bild, wie aus nachstehenden Zahlen hervorgeht:

	Tschechoslowakische Einfuhr in die Schweiz: (Wert in Millionen Franken)	Schweiz. Ausfuhr nach der Tschechoslowakei:
1924	83,0	37,9
1925	93,4	37,9
1926 (Januar–August)	53,8	23,1

Eine Weiterdauer dieses Missverhältnisses ist für die Schweiz nicht mehr länger tragbar. Nachdem nun schon vor bald 1½ Jahren die ersten Schritte zu einer Neuregelung der gegenseitigen Handelsbeziehungen unternommen worden sind, kann sich die Schweiz mit einer weitem Verschleppung und damit einer Fortdauer des gegenwärtigen für sie unbefriedigenden Zustandes nicht mehr abfinden.

Das Volkswirtschaftsdepartement und die schweizerischen Unterhändler sind daher der Meinung, dass nun der Augenblick gekommen sein dürfte, um die schon mehrmals angedrohten handelspolitischen Mittel zur Anwendung zu bringen, die der Schweiz zur Verfügung stehen. Sie halten dafür, dass der bestehende Meistbegünstigungsvertrag mit der Tschechoslowakei auf Ende des Jahres gekündigt und gleichzeitig der provisorische Zolltarif vom 5. November in Kraft gesetzt werden sollen. Da dies praktisch zur Folge hätte, dass vom 1. Januar 1927 an für tschechoslowakische Waren, vor allem für Zucker, Malz, Hopfen, Bier und Glas, bei der Einfuhr in die Schweiz eine differentielle Behandlung zur Anwendung gelangen würde, so wird die genannte Massnahme ihren Eindruck auf die tschechoslowakische Regierung kaum verfehlen. Angesichts der überaus starken tschechoslowakischen Ausfuhr nach der Schweiz – unser Land nimmt unter den Absatzländern der Tschechoslowakei den 8. Rang ein – hat die tschechoslowakische Re-

gierung wohl alles Interesse daran, es nicht zu einer solchen Differenzierung kommen zu lassen. Es ist daher anzunehmen, dass sie einer baldigen Wiederaufnahme der Verhandlungen keine Hindernisse mehr entgegensetzen und auch hinsichtlich der Konzessionen an die Schweiz grösseres Entgegenkommen als bisher zeigen wird.

Das Volkswirtschaftsdepartement und die schweizerischen Unterhändler sind überzeugt, dass man nur auf diesem Wege vorwärts kommen wird. Ohne die erwähnte Massnahme wird es nach den bisherigen Erfahrungen wohl kaum gelingen, mit der tschechoslowakischen Regierung eine baldige und auch für die Schweiz befriedigende Neuregelung zu stande zu bringen. Wenn aber die Gegenseite einmal sieht, dass die wiederholten schweizerischen Erklärungen über den Zweck und die Bedeutung des provisorischen Zolltarifs nicht bloss leere Drohungen waren, sondern dass die Schweiz bereits die nötigen Schritte unternommen hat, um die betreffenden Massnahmen auch zur Anwendung zu bringen, so dürften die nötigen Voraussetzungen für das Zustandekommen eines Vertrages eher geschaffen sein.

Nachteilige Folgen für die Schweiz wird die Kündigung des Vertrages mit der Tschechoslowakei kaum haben. Allerdings würden mit dem Ausserkrafttreten des Vertrages für die schweizerischen Waren bei ihrer Einfuhr in die Tschechoslowakei dann alle Vergünstigungen, die sie gegenwärtig auf Grund des Meistbegünstigungsrechts geniessen, in Wegfall kommen und an deren Stelle die autonomen tschechoslowakischen Zölle zur Anwendung gelangen. Da aber der schweizerische Export nach der Tschechoslowakei, wie bereits ausgeführt, ganz erheblich geringer ist als die tschechoslowakische Einfuhr in die Schweiz, so würde letztere eben ungleich härter betroffen als die schweizerische Ausfuhr. Angesichts der schweren Wirtschaftskrisis in der Tschechoslowakei wird man es dort kaum darauf ankommen lassen wollen, auch noch den schweizerischen Absatzmarkt zu verlieren. Denn eine differentielle Behandlung der tschechoslowakischen Waren durch die Schweiz müsste praktisch wohl dazu führen, dass die wichtigsten tschechoslowakischen Exportartikel, wie Zucker, Malz, Hopfen, Bier und Glas, dann überhaupt nicht mehr nach der Schweiz verkauft werden könnten, da diese Produkte infolge des höhern Zolles eben von anderswo eingeführt würden. Die Schweiz ist keineswegs gezwungen, diese Waren aus der Tschechoslowakei zu beziehen, sondern kann sie auch aus andern Ländern importieren. Nicht gleich verhält es sich dagegen mit der schweizerischen Ausfuhr nach der Tschechoslowakei. Einmal beträgt dieselbe nur einen kleinen Bruchteil der schweizerischen Gesamtausfuhr. Im Jahre 1925 machte sie nur 1,9% aus. Ein allfälliger Rückgang wäre daher kaum besonders empfindlich. Dazu kommt, dass nach der Tschechoslowakei hauptsächlich die typischen schweizerischen Exportartikel, wie Schweizer Käse, Schweizer Schokolade, Seide, Spezialmaschinen und Uhren, Instrumente und Apparate, geliefert werden. Da diese Waren schon bisher, wohl ausschliesslich ihrer besondern Eigenschaften wegen, trotz der hohen tschechoslowakischen Zölle in die Tschechoslowakei Eingang fanden, so würden wahrscheinlich auch die noch höhern autonomen tschechoslowakischen Zölle die Einfuhr hier kaum wesentlich beeinflussen.

Jedenfalls bildet die Möglichkeit eines allfälligen Rückganges der schweizerischen Ausfuhr nach der Tschechoslowakei keinen genügenden Grund, um von der in Aussicht genommenen Massnahme Abstand zu nehmen. Das Risiko, das, wie ohne weiteres zugegeben werden soll, nach dieser Richtung hin bis zu einem gewissen Grade besteht, wird nach der Auffassung des Departements wie auch der Unterhändler reichlich aufgewogen durch die grossen Vorteile, die eine Kündigung des bisherigen Vertrages im gegenwärtigen Moment verspricht. Das Volkswirtschaftsdepartement ist daher mit den schweizerischen Unterhändlern von der Zweckmässigkeit eines solchen Vorgehens überzeugt.

Antragsgemäss wird *beschlossen*:

1. Von vorstehenden Ausführungen wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

2. Das Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, den heute noch zu Recht bestehenden Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei auf den 31. Dezember 1926 zu kündigen⁶.

6. *Vgl. dazu Nr. 229.*

225

E 1004 1/301

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. November 1926¹

1724. Traité de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage entre la Suisse et la Belgique

Département politique. Proposition du 27 octobre 1926

Par décision du 23 avril², le Conseil fédéral, acceptant la proposition belge d'entrer en négociations en vue de la conclusion, entre la Suisse et la Belgique, d'un traité de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage d'une portée plus étendue que celle de l'accord signé à Bruxelles, le 13 février 1925, a approuvé le texte d'un projet que le Ministre de Suisse en Belgique a été chargé de soumettre au Ministère belge des Affaires étrangères.

Le projet approuvé par le Conseil fédéral a été accepté par le Ministère belge des Affaires étrangères, moyennant les amendements suivants:

1. Le deuxième alinéa de l'article premier deviendrait le premier alinéa de l'article 23, de façon à ce que la réserve relative aux différends antérieurs à la ratification du traité projeté s'applique, non seulement aux différends d'ordre juridique, mais encore aux litiges qui devraient être portés devant un tribunal arbitral³.

1. *Abwesend: Schulthess, Haab und Scheurer.*

2. *Vgl. Nr. 178.*

3. – *Projet révisé (E 2001 (C) 7/2), Vom Bundesrat am 23.4.1926 genehmigt (vgl. Nr. 178): Art. 1, Absatz 2. Tous les litiges ayant pour objet un droit, de quelque nature qu'il soit, allégué par*

2. Il serait précisé, à l'article 4, que les membres de la Commission de conciliation seront tous de nationalité différente⁴. L'ordre des alinéas de cet article serait interverti.

3. Le dernier alinéa de l'article 8 devrait préciser que le rapport de la Commission de conciliation énoncera l'avis de chacun des membres de la Commission⁵.

4. La rédaction de l'article 20 serait modifiée de façon à s'appliquer aussi bien aux décisions du tribunal arbitral qualifié pour trancher un litige d'ordre politique qu'aux décisions de la Cour permanente de Justice internationale⁶.

une des Parties contractantes et contesté par l'autre et, notamment, les différends mentionnés à l'article XIII du Pacte de la Société des Nations qui n'auraient pu être réglés, dans un délai raisonnable, par les procédures diplomatiques ordinaires seront soumis pour jugement à la Cour permanente de Justice internationale.

Toutefois, l'engagement stipulé à l'alinéa premier ne s'appliquera qu'aux litiges qui viendraient à s'élever, après l'échange des ratifications du présent traité, au sujet de situations ou de faits postérieurs à cette date.

– Projet définitif (E 2001 (C) 7/2): *Art. 23, Absatz 1*: Le présent traité ne s'appliquera qu'aux litiges qui viendraient à s'élever, après l'échange des ratifications du présent traité, au sujet de situations ou de faits postérieurs à cette date.

4. – Projet révisé: *Art. 4, Absatz 1*. La Commission permanente de conciliation sera composée de cinq membres. Les Parties contractantes nommeront, chacune, un commissaire à leur gré et désigneront, d'un commun accord, les trois autres et, parmi ces derniers, le Président de la Commission. Ces trois commissaires ne devront, ni être ressortissants des Parties contractantes, ni avoir leur domicile sur leur territoire ou se trouver à leur service.

– Projet définitif: *Art. 4, Absatz 1*. La Commission permanente de conciliation sera composée de cinq membres. Les Parties contractantes nommeront, chacune, un commissaire à leur gré et désigneront, d'un commun accord, les trois autres et, parmi ces derniers, le Président de la Commission. Ces trois commissaires ne devront, ni être ressortissants de Parties contractantes, ni avoir leur domicile sur leur territoire ou se trouver à leur service. Ils devront être tous trois de nationalité différente.

5. – Projet révisé: *Art. 8, Absatz 4*. Si les Parties n'ont pas été conciliées, la Commission pourra, à moins que les deux commissaires librement nommés par les Parties ne s'y opposent, ordonner la publication d'un rapport avant même que la Cour permanente de Justice internationale, saisie du différend, ait statué définitivement.

– Projet définitif: *Art. 8, Absatz 4*. Si les Parties n'ont pas été conciliées, la Commission pourra, à moins que les deux commissaires librement nommés par les Parties ne s'y opposent, ordonner, avant même que la Cour permanente de Justice internationale, saisie du différend, ait statué définitivement, la publication d'un rapport où sera consigné l'avis de chacun des membres de la Commission.

6. – Projet révisé: *Art. 20*. Si la Cour permanente de justice internationale établissait qu'une décision d'une instance judiciaire ou de toute autre autorité relevant de l'une des Parties contractantes se trouve entièrement ou partiellement en opposition avec le droit des gens et si le droit constitutionnel de cette Partie ne permettait pas ou ne permettait qu'imparfaitement d'effacer par voie administrative les conséquences de la décision dont il s'agit, il serait accordé à la Partie lésée une satisfaction équitable d'un autre ordre.

– Projet définitif: *Art. 20*. Si la Cour permanente de Justice internationale ou le Tribunal arbitral établissaient qu'une décision d'une instance judiciaire ou de toute autre autorité relevant de l'une des Parties contractantes se trouve entièrement ou partiellement en opposition avec le droit des gens et si le droit constitutionnel de cette Partie ne permettait pas ou ne permettait qu'imparfaitement d'effacer par voie administrative les conséquences de la décision dont il s'agit, la sentence judiciaire ou arbitrale déterminerait la nature et l'étendue de la réparation à accorder à la Partie lésée.

Ces amendements semblent pouvoir être acceptés sans inconvénients.

L'article 5 du traité projeté prévoyant que les commissaires à désigner en commun seraient nommés par S.M. la Reine des Pays-Bas au cas où les deux Gouvernements ne parviendraient pas à s'entendre à ce sujet dans les délais prévus par le traité, des démarches ont été faites en vue d'obtenir l'assurance que le Gouvernement néerlandais ne verrait pas d'inconvénients à cette stipulation. Par note du 22 octobre⁷, la Légation des Pays-Bas à Berne a fait connaître que S.M. la Reine ne faisait aucune objection à l'article dont il s'agit. Cette réponse peut être considérée comme une acceptation du mandat éventuel confié à la Reine des Pays-Bas.

Il résulte de la discussion qu'il sera désirable de ne faire ratifier le traité par les Chambres fédérales qu'après que le Parlement belge l'aura approuvé⁸.

En conséquence, il est *décidé*:

1. d'approuver, dans sa teneur définitive, le projet de traité de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage entre la Suisse et la Belgique⁹;

2. de donner plein pouvoir à M. William Frédéric Barbey, Ministre de Suisse en Belgique, pour procéder, aussitôt que faire se pourra, avec le Ministre des Affaires étrangères de Belgique, à la signature de ce traité¹⁰.

7. Nicht abgedruckt.

8. Die Ratifikation durch das belgische Parlament lag am 12.7.1927 vor. Mit Bundesbeschluss vom 29.9.1927 genehmigten die eidgenössischen Räte den Vertrag. (Vgl. BR-Botschaft vom 13.5.1927, in: BBl 1927, I, S. 587ff.). Am 12.11.1927 wurden in Brüssel die Ratifikationsurkunden ausgetauscht. Der Vertrag trat damit in Kraft.

9. E 2001 (C) 7/2. Vgl. Anm. 3-6. Identisch mit Vertragstext in: Feuille fédérale, 1927, I, S. 622ff. bzw. BBl 1927, I, S. 590ff.

10. Dies erfolgte am 5.2.1927.

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 19. November 1926*¹

1812. Handelsvertragsverhandlungen mit Griechenland

Volkswirtschaftsdepartement. Mündlich

Seit dem 22. September dieses Jahres werden die schweizerischen Waren in Griechenland nicht mehr meistbegünstigt behandelt, so dass die Grosszahl der Importeure die Verzollung in der Hoffnung auf baldigen Abschluss eines neuen Vertrages zurückgestellt hat und die Waren sich in den Lagerhäusern anhäufen. Die Schwierigkeit der Verhandlungen bestand bis jetzt darin, dass Griechenland ausser der vom Bundesrat bereits genehmigten Reduktion des Zolles für Korinthen noch eine Zollherabsetzung für Argostabake verlangte. Nach langen Ver-

1. Abwesend: Haab.

handlungen hat es auch hierauf schliesslich verzichtet, verlangt dagegen nach einem gestern eingetroffenen Bericht unserer Gesandtschaft² die Bindung der heutigen schweizerischen Zollansätze für einige Waren, worunter Wein und Argostabak. In Übereinstimmung mit der Handelsdelegation ist das Volkswirtschaftsdepartement der Ansicht, die Weinzölle sollten mit Griechenland wenn irgendwie möglich nicht gebunden werden. Sollte aber ohne dieses Zugeständnis die baldige Meistbegünstigung nicht zu erreichen sein, so wäre an der Ablehnung nicht unbedingt festzuhalten, da die Weinzölle sowohl Spanien wie Italien gegenüber festgelegt sind, die Generaltarifansätze ohne Kündigung der Meistbegünstigung also nur wirksam werden können, wenn mit den beiden genannten Staaten zugleich die Tarifbindung aufgehoben wird. Es ist dies ausserordentlich unwahrscheinlich. Immerhin dürfte in diesem Falle der Vertrag mit Griechenland höchstens auf 6 Monate fest abgeschlossen werden mit nachheriger einmonatlicher Kündigungsmöglichkeit.

Was dagegen die Bindung des Zolles für Argostabake anbelangt, so kann davon unter keinen Umständen die Rede sein. Dagegen sprechen schon die Projekte des Finanzdepartements für die allfällige Einführung einer Tabaksteuer. Im Einvernehmen mit der Oberzolldirektion ist das Volkswirtschaftsdepartement aber der Ansicht, dass, wenn es nicht anders geht, in einer wenn möglich nicht zu publizierenden Note³ die Erklärung abgegeben wird, die Schweiz werde während der Dauer des Vertragsverhältnisses den Zoll auf Argostabake nicht erhöhen und auch die Belastung der verschiedenen Tabaksorten nicht zum Nachteil der Argostabake verändern.

Das Departement beantragt infolgedessen, nach Athen folgende Instruktion zu erteilen:

1. Wenn möglich ist, abgesehen von den Korinthen, jede Bindung schweizerischer Zölle zu vermeiden.
2. Der Zoll für Argostabake darf unter keinen Umständen gebunden werden.
3. Die Weinzölle können, wenn es absolut nicht anders geht, gebunden werden. In diesem Falle ist das Abkommen höchstens auf 6 Monate fest abzuschliessen und soll nachher jederzeit auf jeden Monat gekündigt werden können.
4. Das Abkommen soll mit der Unterzeichnung und zwar rückwirkend auf den 11. September 1926 in Kraft treten. Es ist als provisorisch zu bezeichnen.

In der Beratung wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, Griechenland gegenüber die bestimmte Erklärung abzugeben, dass in einem endgültigen Handelsvertrag eine Bindung der Weinzölle nicht aufrechterhalten werden könnte.

Es wird daher *beschlossen*:

Dem Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes wird zugestimmt⁴ mit dem Vorbehalt, dass Griechenland gegenüber erklärt wird, die allfällige Bindung der Weinzölle im provisorischen Abkommen werde in einem endgültigen Handelsvertrag nicht aufrechterhalten bleiben können.

2. E 7110 1/66.

3. Die geheime schweizerische Note ist als Annex abgedruckt.

4. Die provisorische Handelsübereinkunft wurde am 29.11.1926 in Athen unterzeichnet und trat am 30.11.1926 in Kraft. Text der Übereinkunft in: AS 1927, NF 43, S. 111 ff.

ANNEX

E 7110 1/68

*Der schweizerische Geschäftsträger in Athen, E. Broje,
an den griechischen Aussenminister, P. Argyropoulos*

Kopie

N Secrète.

Athènes, 29 novembre 1926

A l'occasion de la signature de la Convention Provisoire de Commerce entre la Suisse et la Grèce, en date de ce jour, j'ai l'honneur de déclarer à Votre Excellence, au nom de mon Gouvernement, dans la présente note, à laquelle le Gouvernement de la République Hellénique consent à conférer un caractère secret et à ne pas donner, en conséquence, de publicité, qu'il n'augmentera pas le taux douanier pour les tabacs d'Argos et les brisures de tabac d'Orient sous l'empire du régime actuel – lequel doit durer un an encore au moins –, mais, qu'en revanche, il doit se réserver toute sa liberté pour le cas de l'introduction d'un nouveau système d'imposition générale des tabacs, en ajoutant, toutefois dès aujourd'hui, qu'il n'a pas l'intention de modifier, au détriment des tabacs d'Argos et desdites brisures, le rapport existant pour l'imposition des différentes sortes de tabac.

227

E 2001 (C) 1/19

*Das Politische Departement an den Präsidenten
der schweizerischen Handelskommission in Ägypten, E. Trembley*

Kopie

S MC.

Berne, 23 novembre 1926

Pour faire suite à notre lettre du 6 novembre¹, nous avons l'honneur de vous exposer que l'entretien que le Ministre de Suisse en Grande-Bretagne a eu avec le Ministre des Affaires étrangères d'Egypte lui a laissé une impression fort peu favorable à la réalisation de nos projets².

1. Nicht abgedruckt.

2. Am 7.11.1926 hatte C.R. Paravicini über sein Gespräch mit Saroit Pascha folgendermassen berichtet: [...] il importe de tenir un compte suffisant de la vanité et de la susceptibilité égyptiennes. Les piqûres d'amour-propre s'oublient difficilement au Caire, terre orientale, pays «neuf», Etat très fier de son histoire «pyramidale», etc. Les faits énumérés ci-après seraient, j'en ai l'impression, ceux qui, au Caire, nous sont imputés à faute, reprochés comme des «erreurs».

1) Abstention du Gouvernement fédéral qui, en 1922, n'a pas envoyé ses félicitations au Roi et au peuple égyptien;

2) Choix, comme négociateur, d'un simple commerçant suisse, établi au Caire, au lieu de l'envoi d'une mission spéciale;

3) Introduction d'une réserve relative à la conclusion du traité dans la concession de l'agrément fédéral au Chargé d'Affaires d'Egypte en Suisse.

Au cours de mon entrevue avec lui, Saroit Pacha a fait allusion à ce troisième point d'une manière qui laissait percer de l'humeur. «Quand j'ai vu, a-t-il dit, qu'on faisait des difficultés en Suisse, j'ai supprimé le poste ...» Les deux autres points n'ont pas été effleurés, mais je ne crois pas me tromper en admettant que notre manière de faire n'a pas plu. [...] (E 2001 (C) 1/19). – Am Kopf dieses Schreibens bemerkte Motta: De nos «erreurs» [...] la première et la troisième ne

M. Paravicini a trouvé Saroit Pacha parfaitement orienté au sujet des négociations relatives au traité d'amitié entre la Suisse et l'Égypte que vous avez poursuivies avec Waguih Pacha, mais inébranlable sur les deux points qui restent encore en discussion. Tout en témoignant, dans les formes, une parfaite courtoisie et une grande amabilité, Saroit Pacha s'est gardé de tout empressement à l'égard de nos propositions et n'a paru disposé à aucune concession sur le point de vue égyptien.

Notre Ministre a eu l'impression que son interlocuteur était dominé par le sentiment des difficultés de sa tâche et par la crainte que nous cherchions à profiter de la situation dans laquelle se trouve actuellement son pays et que cet état d'esprit l'empêchait d'adopter une attitude conciliante. Il a cru discerner, en outre, que la susceptibilité du Gouvernement égyptien avait été éveillée par certains épisodes des négociations et il est arrivé à la conviction qu'en insistant davantage pour arriver à un accord, non seulement nous n'arriverions pas à nos fins, mais nous provoquerions un mouvement de mauvaise humeur qui couperait court aux pourparlers entamés et compromettrait les résultats déjà obtenus.

Estimant probable que vous rencontreriez la même résistance que sous le Ministère précédent, sinon une résistance plus prononcée, M. Paravicini nous conseille de laisser pour le moment les choses en l'état, afin de pouvoir reprendre les négociations sur une base favorable aussitôt que les circonstances le permettront.

Tout en nous réservant de réexaminer la question au cas où vous hésiteriez à vous ranger à cette manière de voir, nous serions disposés à nous rallier, pour le moment, à ce conseil de prudence. Si les chances d'emporter l'adhésion du Gouvernement égyptien à notre point de vue paraissent actuellement très faibles, nous n'avons évidemment aucun intérêt à le pousser à bout et il est plus sage de demeurer dans l'expectative. La protection de nos compatriotes est assurée dans de bonnes conditions par les arrangements récemment intervenus. Grâce à votre obligeance, il nous est possible de communiquer avec le Gouvernement égyptien sans passer, lorsqu'il y aurait inconvénient à le faire, par l'entremise des Puissances capitulaires. Le temps nous permettra de renforcer encore votre position d'intermédiaire officieux, qui a déjà rendu de très grands services et de vous placer dans une situation plus forte pour reprendre les pourparlers au moment venu. M. Paravicini a déjà travaillé dans ce sens et a reçu de Saroit Pacha l'assurance que vous pourriez compter sur le meilleur accueil de sa part.

Si, dans les circonstances présentes, nous sommes d'avis qu'il est préférable que vous ne preniez aucune initiative pour rentrer en conversation au sujet du projet de traité d'amitié entre la Suisse et l'Égypte, il va bien sans dire que nous ne préconisons nullement de laisser de côté cette affaire; nous vous serions reconnaissants, au contraire, de continuer à la suivre discrètement et de nous tenir au courant de l'évolution de la situation.

méritent pas de nous arrêter. Quant à la deuxième (désignation d'un commerçant comme négociateur) j'admets qu'elle pourrait avoir une certaine importance, mais si nous avions pu espérer que l'envoi d'une mission nous aurait garanti le succès, nous l'aurions fait volontiers après les premiers sondages. Nous ne pouvions pas envoyer une mission avec l'éventualité d'un échec!

M. Trembley devrait être informé *de l'essentiel* de ce rapport. 19. XI. 1926.

M. Paravicini a été surpris d'apprendre que son entrevue avec Saroit Pacha, à laquelle le Chargé d'Affaires d'Égypte est demeuré présent, avait été rapportée dans la presse égyptienne. Il attacherait du prix à recevoir, si faire se peut, le texte de l'entrefilet publié à ce sujet. Vous nous obligeriez beaucoup en tentant de nous le procurer.

228

E 2300 Den Haag, Archiv-Nr. 4

*Der schweizerische Gesandte im Haag, A. de Pury,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

PB N° 15

Conférence économique

La Haye, 28 novembre 1926

Je viens d'apprendre qu'un des fonctionnaires du Secrétariat-Général de la S.d.N. a été envoyé tout récemment en Hollande et s'est arrêté à Amsterdam pour y examiner si des locaux se prêteraient à la réunion de la conférence économique internationale du mois de mai prochain. Le Journal de Genève du 27, reçu hier soir, parle déjà de cette possibilité! Les démarches d'un représentant du Secrétariat-Général indiquent donc bien qu'il y a quelque chose de sérieux dans l'air.

Sachant que les conférences préparatoires à celle du mois de mai ont été tenues à Genève, que c'est précisément toujours la délégation hollandaise qui, pour des raisons budgétaires, s'est opposée jusqu'à présent à ce que des conférences de ce genre aient lieu ailleurs qu'au siège de la S.d.N., que le Gouvernement Suisse y tient aussi et que le Secrétariat-Général a été à chaque occasion du même avis, il m'a paru nécessaire de vous relater cette nouvelle sans retard.

Serait-ce peut-être un indice que les Russes participeront à la conférence ou que, du moins, on cherche à les y attirer?

Mr. van Karnebeek, accompagné par Mr. Doude, Ministre à Berne, est parti pour Paris jeudi dernier, où il restera jusqu'au moment de se rendre à Genève. Ce voyage pourrait bien avoir aussi quelque chose à voir avec la convocation de la conférence à Amsterdam et une invitation éventuelle du Gouvernement néerlandais. En tous cas il est anormal que le seul membre du Conseil appartenant au groupe européen des pays neutres fasse un séjour d'une dizaine de jours à Paris immédiatement avant la réunion de Genève¹.

1. *In seinem Schreiben vom 2.12.1926 an Motta führte J. D. de Montenach aus: [...]*

J'ai appris d'autre part que le Gouvernement hollandais n'était pas très enclin à adresser une proposition tendant à la convocation de la Conférence Economique à Amsterdam. Il semble même que M. van Karnebeek ait fait tout d'abord un accueil assez réservé aux suggestions qui lui avaient été faites dans ce sens.

Toutefois certaines personnalités influentes d'Amsterdam se sont, on ne sait trop pour quelle raison, imaginé qu'il serait des plus aisé d'obtenir que la Conférence soit convoquée dans leur

ville et qu'il suffirait pour cela que leur Gouvernement en fasse la demande avec quelque insistance. Cet état d'esprit ne laisserait pas d'embarrasser M. van Karnebeek qui se verrait ainsi conduit à formuler une invitation, ne fut-ce que pour éviter l'apparence de s'être désintéressé des vœux exprimés par certains de ses compatriotes.

Je dois ajouter que personne ici ne considère comme probable que le Conseil accepte l'invitation que pourrait formuler M. van Karnebeek. [...]/(E 2001 (C), 5/5).

229

E 1001 1, EVD, 1926

*Antrag des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes,
E. Schulthess, an den Bundesrat*

I.

Bern, 30. November 1926

Handelsvertragsverhandlungen mit
der Tschechoslowakei

Am 9. Oktober hat der Bundesrat das Volkswirtschaftsdepartement ermächtigt, den heute noch zu Recht bestehenden Handelsvertrag (Meistbegünstigungsvertrag) mit der Tschechoslowakei auf den 31. Dezember 1926 zu kündigen¹. Die Kündigungsfrist beträgt 1 Monat, sodass die Kündigung spätestens am 30. November notifiziert werden müsste. Das Volkswirtschaftsdepartement hat, im Einvernehmen mit den Unterhändlern, bisher von einer formellen Kündigung Umgang genommen, dagegen die tschechoslowakische Regierung von dem Beschluss des Bundesrates, auf den 1. Januar 1927 seine Handelsfreiheit zurückzunehmen, in Kenntnis gesetzt. Dieser Schritt hat nun doch zur Folge gehabt, dass die tschechische Handelsvertragsdelegation, die vorher erklärt hatte, es sei ihr unmöglich, vor Jahresende in die Schweiz zu kommen, am 26. November in Zürich eingetroffen ist und den schweizerischen Unterhändlern neue Erklärungen über die Gestaltung der tschechischen Zölle für die wichtigsten schweizerischen Exportwaren abgegeben hat. Aus der Herreise der tschechischen Delegation sowohl wie namentlich aus den abgegebenen Erklärungen geht klar hervor, dass die tschechoslowakische Regierung die Kündigung und damit einen allfälligen Zollkonflikt vermeiden möchte. Nach dem einstimmigen Urteil der schweizerischen Delegation bedeuten die neuen Erklärungen auf verschiedenen Gebieten sehr wesentliche Konzessionen, wenn auch in andern Punkten noch nicht das erreicht ist, was vom schweizerischen Standpunkt aus wünschbar wäre. Eine befriedigende Regelung würde vorliegen für Zuchtvieh, Käse, Baumwollgarne, Chemikalien und Uhren, während auf dem Gebiete der Baumwollgewebe, der Seide und der Maschinen noch weitergehende Konzessionen erreicht werden sollten. Die tschechoslowakische Delegation hat nun mit der grössten Bestimmtheit erklärt, sie habe sich unter dem Zwange einer Notlage entschlossen, gleich die äussersten und allerletzten

1. Vgl. Nr. 224.

Konzessionen zu machen, weitere Zugeständnisse seien absolut unmöglich, es handle sich für die Schweiz um ein «à prendre ou à laisser». Die schweizerische Delegation hat keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie sich schon grundsätzlich einem solchen Diktat nicht beugen könnte; sie hat eine Reihe von Vorschlägen angenommen, bei andern aber Gegenvorschläge gemacht.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Androhung der Kündigung bereits gute Wirkungen gezeitigt hat und die Situation infolge der neuen tschechischen Erklärungen eine andere geworden ist. In Übereinstimmung mit der schweizerischen Delegation ist das Volkswirtschaftsdepartement der Ansicht, dass heute die Kündigung der Meistbegünstigung nicht mehr verantwortet werden könnte. Selbst wenn weitere wesentliche Konzessionen nicht mehr erhältlich sein sollten, so sind die gemachten Zugeständnisse doch derart, dass sie als genügende Grundlage für die Weiterführung der Verhandlungen betrachtet werden können. Dazu kommt, dass nach den Erklärungen der tschechischen Delegation diese nicht ermächtigt wäre, weiter zu verhandeln, wenn die Schweiz die Kündigung aussprechen sollte.

Das Volkswirtschaftsdepartement *beantragt* deshalb dem Bundesrat:

1. Von der Kündigung des Meistbegünstigungsvertrages wird vorläufig Umgang genommen.

2. Der schweizerischen Delegation werden folgende Instruktionen erteilt:

a) Die Verhandlungen sind auf Grund der letzten Erklärungen der tschechoslowakischen Delegation fortzusetzen, solange als möglich in Zürich, hierauf in Prag².

b) Es ist zu versuchen, insbesondere für feine und feinste Baumwollgewebe, sowie für schwere Dynamomaschinen und Elektromotoren eine weitere Ermässigung der tschechischen Zölle zu erlangen, und der tschechischen Delegation mitzuteilen, dass der Bundesrat unter dieser Voraussetzung auf die Kündigung verzichtet hat.

c) Auch auf den übrigen für den schweizerischen Export wichtigen Gebieten sind weitere Zollermässigungen in Verbindung mit Konzessionen, die auf dem heutigen schweizerischen Gebrauchstarif gemacht werden können, anzustreben. Dabei ist die schweizerische Delegation ermächtigt, den Bierzoll nötigenfalls bis auf Fr. 7.– zu ermässigen. Bei den übrigen tschechischen Begehren zum schweizerischen Tarif kann die schweizerische Delegation von sich aus Ermässigungen bis zu 20% unter die gegenwärtigen Gebrauchszölle zugestehen³.

2. *Vgl. dazu Nr. 241.*

3. *Auf Wunsch Musys und im Einverständnis mit Schulthess wurde die Ermässigung des Bierzolls auf Fr. 7.50 festgesetzt. Im übrigen beschloss der Bundesrat am 30. 11. 1926 antragsgemäss (E 1004 1/301, Nr. 1884).*

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 30. November 1926*¹

1869. Wirtschaftskonferenz, Abrüstungskonferenz

Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departements gibt Kenntnis von einem Bericht des Herrn de Montenach in Genf². Danach wird in den Kreisen des Generalsekretariats des Völkerbunds davon gesprochen, dass die holländische Regierung beabsichtige, die Abhaltung der internationalen Wirtschaftskonferenz in Amsterdam anzuregen³. Eine förmliche Einladung hiezu scheint allerdings noch nicht vorzuliegen. Bei einigen Mitgliedern der wirtschaftlichen Abteilung des Generalsekretariats herrscht augenscheinlich ein gewisses Bedauern darüber, dass es nicht gelungen sei, die Sowietregierung zur Entsendung von Abgeordneten an internationale Konferenzen nach Genf zu bestimmen, und es wird angenommen, dass Russland an der Wirtschaftskonferenz teilnehmen könnte, wenn sie in Amsterdam stattfände. Demgegenüber scheint Sir Eric Drummond auf dem Standpunkt zu stehen, dass kein genügender Grund dafür vorliege, die Wirtschaftskonferenz anderswo als in Genf abzuhalten, da der Teilnahme Russlands an der Wirtschaftskonferenz keine grosse Bedeutung zukomme und ein Zugeständnis an die Sowietregierung bei diesem Anlass ein Zeichen der Schwäche wäre. Etwas anders ist die Sachlage bei der Abrüstungskonferenz, die voraussichtlich allerdings erst im Jahr 1928 zusammentreten wird. Japan liess nämlich wissen, es könne an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz nicht mit Aussicht auf einen Erfolg teilnehmen, wenn Russland der Konferenz fernbleibe; das Gleiche dürfte für Finnland und andere der Randstaaten gelten. Der Völkerbundsrat wird sich in allernächster Zeit mit diesen Fragen befassen, und es ist nicht ausgeschlossen, dass er sich an den Bundesrat wenden wird.

Der Vorsteher des politischen Departementes bemerkt hiezu, es sei ja allerdings nicht gesagt, dass alle vom Völkerbund einberufenen internationalen Konferenzen in Genf stattfinden müssten, was auch gar nicht möglich wäre, obgleich bis anhin die Ansicht obgewaltet habe, Genf eigne sich in erster Linie zum Sitz solcher Veranstaltungen. Den Erwägungen Japans und der übrigen Nachbarn Russlands hinsichtlich der Abrüstungskonferenz lasse sich eine gewisse Berechtigung nicht absprechen, und es wäre am Ende erträglich, wenn die Abrüstungskonferenz anderswo als in Genf abgehalten würde, da zweifellos die Anwesenheit russischer Delegierter in Genf von der öffentlichen Meinung in der Schweiz nur ungern gesehen würde. Um so mehr müsse aber der Schweiz daran liegen, dass die internatio-

1. *Abwesend: Haab.*

2. *Vgl. Nr. 231, Anm. 1.*

3. *Vgl. dazu Nr. 228.*

nale Wirtschaftskonferenz, für deren Gelingen die Teilnahme Russlands keine unerlässliche Voraussetzung bilde, in Genf abgehalten werde.

Der Vorsteher des politischen Departements ersucht vorläufig um die Ermächtigung, Herrn de Montenach wissen zu lassen, der Bundesrat habe von seinem Bericht Kenntnis genommen und müsse unter allen Umständen wünschen, dass die internationale Wirtschaftskonferenz in Genf stattfinde⁴.

Der Rat stimmt den Ausführungen des Vorstehers des politischen Departements zu und erteilt ihm die erbetene Ermächtigung.

4. Vgl. Nr. 231.

231

E 2001 (C) 5/5

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an J. D. de Montenach*

Kopie

S

Berne, 1er décembre 1926

Je vous remercie bien cordialement de votre lettre du 27 novembre¹, que j'ai reçue hier au matin.

[...]

J'ai estimé de mon devoir de donner communication de vos informations au Conseil fédéral², qui en a pris note à titre officieux.

J'avoue que la nouvelle d'une suggestion ou proposition hollandaise tendant à ce que la Conférence économique se réunisse à Amsterdam m'a quelque peu étonné. Il avait toujours été entendu, jusqu'ici, que la Conférence aurait lieu à Genève. La participation des Russes ne pourrait apporter aucune contribution utile. Les frais de la Conférence s'en trouveraient augmentés. Les Russes pourraient se trouver encouragés dans leur politique de chantage envers la Confédération. Je

1. Mit Schreiben vom 27.11.1926 orientierte de Montenach den Vorsteher des Politischen Departementes über die Möglichkeit einer holländischen Initiative zur Verlegung der Wirtschaftskonferenz von Genf nach Amsterdam: [...] Depuis quelques jours je savais qu'il était question d'une proposition du Gouvernement hollandais d'offrir l'hospitalité à Amsterdam en mai prochain à la Conférence Economique. (Il y a été fait allusion ce matin dans les journaux). Je savais d'autre part que l'invitation n'avait pas encore été formulée d'une façon précise, mais que certains membres de la Section économique avaient exprimé le regret de ne pouvoir persuader les Soviets à se faire représenter à cette conférence si elle se tenait à Genève. [...]

Sir Eric [Drummond] m'accorda aussitôt l'entretien que je lui demandai et je dois dire qu'il a fort bien compris ma préoccupation.

Il m'a exposé très clairement ses vues sur la situation et il m'a autorisé à en faire un usage discret.

A son avis, qui est celui de ses collègues du Secrétariat, il n'y aurait aucune bonne raison de réunir la Conférence Economique en une autre ville que Genève (E 2001 (C) 5/5).

2. Vgl. Nr. 230.

crains que la Société des Nations souffrirait dans son prestige, non seulement en Suisse, mais dans tous les pays, notamment, je pense, dans les Etats-Unis de l'Amérique du Nord.

Je crois que vous feriez bien de dire ces choses à M. le secrétaire général, Sir Eric Drummond, dont vous m'avez d'ailleurs communiqué les points de vue qui concordent, dans la substance, avec les miens.

Je reconnais que la question sera plus délicate lorsqu'il s'agira de fixer le lieu où sera convoquée la Conférence du désarmement. Je comprends que plusieurs Etats attachent un prix considérable à la participation des Russes et que ceux-ci auront beau jeu lorsqu'ils chercheront à soulever leurs difficultés bien connues contre la Suisse. Mais il me semble qu'il *serait prématuré* d'aborder la question maintenant. Si je suis bien informé, la Conférence du désarmement ne pourra avoir lieu qu'en 1928. Le Conseil de la S.d.N. n'aura probablement à s'occuper de la date et du lieu de la Conférence que dans la deuxième partie de l'année prochaine.

Nos relations avec les Russes n'ont subi, depuis le début de cette année, aucune variation. Nous sommes toujours à un point mort. Mais en politique il faut toujours savoir compter avec l'imprévu. Il se pourrait que, d'ici au moment où le Conseil de la Société aura à délibérer, les difficultés existantes entre la Russie soviétique et nous soient résolues.

Je ne voudrais pas vous donner la peine de venir expressément à Berne. Je vous écris ici tout ce que je pourrais vous dire de vive voix. Mais je vous serai toujours très obligé de me tenir au courant des développements de l'affaire.

232

E 2001 (C) 5/5

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Mr. Persönlich und vertraulich!

Berlin, 1. Dezember 1926

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass mich gestern Abend Herr Staatssekretär von Schubert in ein vertrauliches Gespräch folgenden Inhaltes zog:

Die Deutsche Regierung habe ein Interesse daran, dass Russland an der vorbereitenden Konferenz vom März 1927 betreffend Abrüstung teilnehme, wäre es auch nur, damit es einmal Farbe bekennen müsse. Nun mache aber einerseits die Russische Regierung nach wie vor Schwierigkeiten wegen Genf als Sitzungsort, und andererseits sei der Generalsekretär des Völkerbundes aus grundsätzlichen und technischen Erwägungen einer Verlegung der Sitzung nach einem andern Land abgeneigt. Es wäre deshalb doch erwünscht, wenn einmal der Streitfall zwischen der Schweiz und Russland beigelegt werden könnte. Deshalb habe auch seinerzeit die Deutsche Regierung eingewilligt, die Vermittlerrolle zu übernehmen und sei dann erstaunt und unangenehm berührt gewesen, als Russland unerwarte-

terweise die Verhandlungen über Frankreich geleitet habe¹. Dabei seien diese dann erst noch erfolglos geblieben. Auf meine Bemerkung, dass der Bundesrat bis zur äussersten Grenze dessen, was sich noch mit der Würde der Schweiz vertragen, entgegengekommen sei, anerkannte dies Herr von Schubert. Er erklärte auch zu verstehen, dass es bei der heutigen Lage für beide beteiligten Länder schwierig sei, die Initiative zu neuen Verhandlungen zu ergreifen. Deshalb sei jetzt geplant, dass Japan seine guten Dienste anbieten werde, was anlässlich der bevorstehenden Sitzung des Völkerbundsrates geschehen solle und wovon er mich in Kenntnis setzen wollte.

Ich mache darauf aufmerksam, dass Herr von Schubert mir diese Mitteilung gemacht hat am Tage nach dem Besuch des Generalsekretärs des Völkerbundes bei der Deutschen Regierung und kurz vor Eintreffen des Herrn Tschitscherin in Berlin.

1. *Randbemerkung Mottas*: Also kam die Initiative von Rußsland!

233

E 7110 1/80

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

S

Rom, 2. Dezember 1926

Handelsvertragliches Verhältnis
zu Italien. – Vorgesehene
Besprechung

Unser Bericht über die Besprechungen, welche wir in Ihrem Auftrage mit den hiesigen zuständigen Behörden geführt haben, um sie auf das Unbefriedigende der gegenwärtigen Lage unserer Handelsbeziehungen mit Italien besonders aufmerksam zu machen und eine Besprechung zwischen Delegierten beider Länder anzubahnen, hat sich leider mehr verzögert, als wir dies gewünscht hätten¹. Herr Generaldirektor Di Nola war bis vor kurzem abwesend und nach seiner Rückkehr musste der Meistbegünstigungsvertrag mit Griechenland abgeschlossen und unterzeichnet werden.

Es hat nun vorgestern nach unserer ersten Besprechung mit Herrn Ciancarelli, dem Vorsteher des «Ufficio Coordinamento Economico» beim Ministerium des Auswärtigen, eine Konferenz stattgefunden, an welcher auf italienischer Seite die Herren Ciancarelli und Di Nola und unsererseits der Unterzeichnete und Herr Legationsrat von Sonnenberg teilnahmen.

Gestützt auf die Instruktionen, welche uns in Bern anlässlich unserer Unterredung gegeben wurden und auch die Orientierungen der Handelsabteilung über die

1. *Vgl. auch Nr. 221.*

einzelnen Punkte, in welchen sich bei uns die Missstimmung besonders geltend macht, wurde den beiden italienischen Vertretern in Anlehnung an die Notiz der Handelsabteilung vom 10. November 1926² die Sachlage in einer dem Umstande angepassten dringenden Form auseinandergesetzt.

Zunächst betonten wir die Notwendigkeit, Aufklärungen und wenn nötig zweckdienliche Garantien zu erhalten, mit Bezug auf die verschiedenen Dekrete, welche eine Erschwerung der Handelsbeziehungen mit dem Auslande nach sich gezogen haben (Bevorzugung der nationalen Waren, Behinderung des Zahlungsverkehrs, Propaganda gegen die Einfuhr, Zwangsbestimmungen für italienische amtliche Stellen).

Als weiteres Begehren erläuterten wir die erhebliche Zahl der vorliegenden Zollkontroversen, welche dadurch bedingt werden, dass die italienischen Zollbehörden bei der Anwendung unseres Handelsvertrages sich beinahe durchwegs durch einschränkende und auch schikanöse Richtlinien leiten lassen. Schliesslich wurde auch Veranlassung genommen, den italienischen Vertretern zu zeigen, dass sich die Verhältnisse hinsichtlich der Einfuhr in die Schweiz von einigen wichtigen Produkten, wie Automobile, Kunstseide, u.s.w., erheblich geändert haben und zwar vielfach infolge von Massnahmen, die von andern Staaten und auch von Italien selbst getroffen wurden, so dass unsere Zollansätze nicht mehr derart sind, dass sie tatsächlich als der Sachlage angepasst betrachtet werden können. Es ergebe sich daraus die Notwendigkeit für uns, unsere Besprechungen, welche im Verlaufe des Jahres zu keinem Ziele führen konnten, nun ernstlich aufzunehmen.

Auf unsere Ausführungen antwortete vorgehend Herr Di Nola, und er sprach zunächst von den obengenannten Dekreten allgemeiner Natur und wies darauf hin, dass keines derselben den Rahmen des Zulässigen in der italienischen Gesetzgebung und mit Rücksicht auf die internationalen Verträge überschreite. Andere Länder hätten auf diesem Gebiete zur Durchführung ihrer wirtschaftlichen Sanierung und zur Hebung der Devisen Verfügungen getroffen, die sehr viel weiter gehen. So z. B. Frankreich, Deutschland und zum Teil auch die Vereinigten Staaten. Die Propaganda zum Schutze der einheimischen Produkte werde durchwegs vorgenommen, und Italien hätte mit seinen Dekreten und den bekannten Sanktionen nur bezweckt, dieser ganzen Aktion einen bestimmten Rahmen zu zeichnen, so dass dadurch der Einfuhr aus dem Auslande tatsächlich auch Garantien eingeräumt werden.

In der Angelegenheit der Erschwerung der Einfuhr durch Behinderung des Zahlungsverkehrs argumentieren die italienischen Vertreter dahin, dass das Vorgehen der italienischen Regierung nur eine temporäre Aktion im Sinne der vielgenannten «Battaglia della Lira» bedeute. Die derzeitigen Einschränkungen im Zahlungsverkehr sollen eine Aufwertung der italienischen Lira nach sich ziehen und damit gewissermassen die Einfuhr schweizerischer Produkte nach Italien erleichtern, indem die gegenwärtig starken Preisdifferenzen dadurch abgeschwächt werden. Man scheint auf italienischer Seite uns beinahe darauf hinweisen zu wollen, dass die derzeitigen Schwierigkeiten in gewisser Hinsicht sogar im Interesse un-

2. Nicht ermittelt.

serer Exporteure liegen. Natürlich wurde nicht ermangelt, auf diese Ausführungen zu antworten, und besonders erklärten wir, dass es im Interesse einer normalen Abwicklung unserer Handelsbeziehungen und zur Sicherheit der schweizerischen Lieferanten und der italienischen Abnehmer unbedingt erforderlich sei, über den Umfang und die Einzelheiten sämtlicher Hemmungsbestimmungen in der Weise orientiert zu werden, dass nicht wie gegenwärtig stetsfort Missverständnisse über die Tragweite der Verfügungen vorliegen und damit den Abschluss von Geschäften verunmöglichen. Die italienischen Vertreter erwiderten darauf, dass diese Aufschlüsse von den zuständigen Stellen (sie selbst waren nicht auf dem Laufenden) eingeholt werden müssen und der Gesandtschaft mitgeteilt werden könnten. Nun wissen wir aus Erfahrung, wie lange diese Orientierungen auf sich warten lassen, so dass wir darauf dringen, dass die fraglichen Auskünfte in verbindlicher Form einer Delegation gegeben werden.

Bezüglich der Zollkontroversen und der Haltung des Expertenkollegiums stellt Herr Di Nola neuerdings darauf ab, dass das betreffende Kollegium, welches durch gesetzliche Bestimmung eingesetzt ist, einzig und allein zuständig sei, zur Lösung der betreffenden Streitfälle, so dass nur in beschränktem Masse in einer Konferenz über die einzelnen Fälle gesprochen werden könnte, namentlich dann, wenn sie schon auf administrativem Wege dem Kollegium unterbreitet worden sind. Wir erwähnten hier die Verhandlungen vom November 1925 und die Erledigung verschiedener Anliegen, welche damals erzielt werden konnte.

Viel einschneidender selbstverständlich für Italien ist die Frage der Möglichkeit einer Vertragsrevision, mit Rücksicht auf einige Positionen, die in unserem Vertrag mit Italien gebunden sind. Herr Di Nola sprach sich dahin aus, dass unsere Begehren für die Freigabe der Bindung unserer Automobilzölle und Kunstseidenzölle ein Gebiet betreffe, das für die italienische Volkswirtschaft von ganz besonderer Wichtigkeit sei und dass die italienische Regierung in diesen Fragen mit den betreffenden Industriekreisen, an welche s. Zt. Versprechungen abgegeben wurden, Fühlung nehmen müsste.

Wenn auch von einer ablehnenden Haltung der beiden italienischen Vertreter mit Bezug auf eine Konferenz nicht gesprochen werden kann, stellen wir doch fest, dass versucht wird, die Besprechung zu umgehen, und man bestrebt sich, uns zu zeigen, dass eine Abklärung der Verhältnisse und entsprechende Modifikationen nicht notwendig seien und auch gegebenenfalls auf rein diplomatischem Wege behandelt werden könnten. Es war natürlich für uns ein Leichtes, den beiden Herren auseinanderzusetzen, wie auch wir wohl verstehen können, dass die Konferenz für Italien keiner Notwendigkeit entspreche, dass von schweizerischer Seite aber unbedingt darauf beharrt werden müsse, wenn nicht eine Sachlage eintreten sollte, für welche wir die Verantwortung nicht übernehmen möchten. Ferner wurde unsererseits dargelegt, dass es im beidseitigen Interesse liege, angelehnt an die guten und freundschaftlichen politischen Beziehungen, auch auf wirtschaftlichem Gebiete ein Einvernehmen zu schaffen, in welchem die Auswirkung des Handelsvertrages für beide Teile der Billigkeit entspreche.

Die beiden Vertreter und namentlich Herr Di Nola liessen dann durchblicken, dass vielleicht doch ein Programm bzw. eine Begehrenliste aufgestellt werden

sollte, wogegen wir einwandten, dass es sich doch zuerst um eine vertrauliche Fühlungnahme handle, für welche kein besonderes Programm auszuarbeiten sei, umso mehr als doch schon in dieser Unterredung alle nötigen Angaben gemacht worden seien.

Schliesslich wies der Unterzeichnete darauf hin, dass er bereit sei, die Wünschbarkeit einer Konferenz Herrn Mussolini selbst persönlich vorzutragen und ihm zu zeigen, dass die gegenwärtige Sachlage eine solche erheische.

Die Vertreter des Ministeriums des Auswärtigen und des Volkswirtschaftsministeriums erwiderten darauf, dass sie sofort mit ihren Ministern Rücksprache nehmen werden, um uns dann zu Ihren Händen mitzuteilen, ob die Konferenz zu Anfang des Jahres in Aussicht genommen werden kann, in welcher Form und eventuell welche Vorbereitungen dafür zu treffen wären.

234

E 2001 (C) 5/5

*Der schweizerische Gesandte im Haag, A. de Pury,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

PB N° 16

La Haye, 3 décembre 1926

Conférence économique

Le 28 novembre je vous ai fait parvenir quelques informations recueillies à bonne source sur la présence d'un délégué de la S.d.N. à Amsterdam chargé d'examiner les lieux pour la convocation éventuelle de la conférence économique internationale dans cette ville¹. J'apprends aujourd'hui que ce délégué, M. Pelte, est allé voir aussi ici le Secrétaire général du Ministère des Affaires Etrangères auquel il a dit que le Secrétariat général de la S.d.N. désirerait pour trois raisons que la conférence ait lieu à Amsterdam:

1) Parce que cette conférence comptera environ un millier de personnes et qu'il n'y a pas à Genève un local suffisant pour réunir tant de gens sous le même toit, tandis qu'à Amsterdam l'Institut Colonial, nouvellement inauguré, répond à toutes les exigences.

2) Parce que le Secrétariat général voudrait que la conférence ait lieu précisément dans un milieu commercial tel qu'Amsterdam où la navigation, la banque et le commerce sont réunis.

3) Parce que Amsterdam est bien plus central que Genève pour tout un groupe de pays et tout aussi central pour d'autres.

Le Secrétaire général du Ministère croit aussi que, la Hollande ayant toujours été un pays libre échangiste, le Secrétariat général pense que son territoire est spécialement approprié pour y tenir une conférence économique internationale.

1. *Vgl. Nr. 228.*

Cette initiative part du Secrétariat général lui-même. Son délégué a avancé ici uniquement les raisons techniques mentionnées plus haut, mais n'a parlé d'aucune raison politique, ni de la présence des Russes qui paraît assurée à Amsterdam, ni de celle des Américains du nord qui ne serait peut-être pas certaine au siège de la S.d.N. Toutefois je crois savoir que ces deux raisons entrent aussi en ligne de compte pour le Secrétariat général.

La municipalité d'Amsterdam doit se prononcer encore sur la possibilité de tenir dans cette ville une réunion internationale d'aussi grande envergure et d'aussi longue durée et on attend qu'elle fasse certaines concessions financières qui permettront au Gouvernement d'accepter immédiatement que la conférence ait lieu en Hollande si on le lui demande. Avant son départ pour Paris, contrairement à ce que je pensais, M. van Karnebeek n'avait pas encore été saisi de cette question².

2. *Bemerkung Mottas am Briefkopf*: Cette information est en contradiction avec celles que M. de Montenach nous a envoyées de Genève. 6. XII. 26. – *Vgl. dazu Nr. 228, Anm. 1.*

235

E 2001 (C) 5/5

J.-D. de Montenach an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

S

Genève, 4 décembre 1926

La lettre que je vous adressai hier matin¹, vous aura mis au courant de l'usage que j'avais fait de votre réponse en date du 1^{er} décembre². J'estimai en effet que le meilleur moyen d'informer Sir Eric Drummond de votre point de vue était de lui communiquer les lignes que j'avais reçues de vous. Je les accompagnai toutefois d'un bref commentaire afin de lui fournir l'occasion de se prononcer sur les points qui me paraissaient les plus délicats et les plus importants. Je ne puis mieux faire maintenant que de vous communiquer ces deux écrits sur lesquels Sir Eric a inscrit des notes marginales³ assez suggestives. Elles sont rédigées en anglais, mais il vous sera aisé de vous les faire traduire, et vous vous rendrez mieux compte, ayant les originaux sous les yeux, de ce que j'appellerais les «réactions» du Secrétaire Général. J'avoue qu'elles me causent une certaine perplexité, son intention étant évidemment d'insister sur l'aspect de la question qui, à son avis, lui donnerait un certain caractère d'urgence.

Je ne crois pas cependant qu'il convienne d'en conclure que les membres du Conseil se montreront pressés de s'adresser au Gouvernement Fédéral.

Dans le cas d'une délibération du Conseil sur la question dont il s'agit, il faudrait essayer surtout de prévenir des indiscretions, les propos des membres du

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Nr. 231.*

3. *Französische Übersetzung als Annex abgedruckt.*

Conseil ayant moins d'importance en eux-mêmes, du point de vue qui nous intéresse, que l'usage qui pourrait en être fait dans la suite pour compliquer la situation. Si toutefois les membres du Conseil songeaient réellement à vous pressentir, préféreriez-vous que ce soit par l'entremise du Secrétaire Général ou par celle de certaines légations? En vous posant cette question, mon but est surtout de me trouver à même de donner un avis si, d'aventure, j'étais consulté.

Le représentant du Japon a fait hier matin, à la séance privée du Comité du Conseil, une allusion assez précise à la position particulière de son gouvernement dans le sens que je vous ai indiqué l'autre jour. Comme j'assistais à la séance, j'ai pu m'enquérir de la teneur du communiqué qui, comme vous le constaterez, est assez vague. D'ailleurs le représentant japonais s'était borné à souligner la difficulté sans insister sur sa nature ou sur ses conséquences.

En tout état de cause, il vous sera plus aisé maintenant de vous faire une idée de la situation telle qu'elle se présente ici.

De son côté, le Secrétaire Général est suffisamment informé de votre manière de voir pour être à même d'orienter, s'il y a lieu, les membres du Conseil.

En ce qui me concerne, je ne puis que me borner à vous tenir au courant. Toutefois, si vous le jugiez opportun, je pourrais essayer de faire une allusion à la question en parlant à certains membres du Conseil, ceux avec qui j'ai de bonnes relations personnelles, comme Lord Cecil, Benes, Sokal, Scialoja ..., mais je ne me hasarderais à les pressentir de la sorte que si vous me faisiez connaître le sens dans lequel il conviendrait que je m'exprime. Il me faudrait, en effet, être assuré d'interpréter exactement votre pensée.

ANNEX

Randbemerkungen von Sir Eric Drummond⁴

1. Je ne crois pas qu'il y ait beaucoup de chances pour que Amsterdam soit choisi.
2. C'est là le point essentiel. Si la Russie ne vient pas à la IIIe réunion de la Commission préparatoire, je ne crois pas qu'elle viendra à la Conférence. L'affaire est donc réellement urgente.
3. Je crois qu'il en est ainsi, mais je crois tout de même qu'il est probable que la question sera soulevée.
4. Malheureusement, le temps presse pour les raisons que j'ai données plus haut; nous ne pouvons ajourner indéfiniment.
5. Toute la question est maintenant devant le Conseil. Personnellement, je crois toujours qu'elle sera probablement soulevée à une réunion privée et secrète. Voir aussi mes notes marginales.
6. Je ne crois pas qu'il en soit ainsi et je crois que les Etats-Unis, vu l'attitude du Japon, appuieraient la participation de la Russie à la Commission préparatoire.
7. Mais il y a les travaux préparatoires et si la Russie n'est pas invitée à y prendre part, elle ne viendra probablement pas à la Conférence.

4. *Bemerkung Mottas am Kopf der Notiz*: Traductions. Notes marginales de Sir Eric Drummond, de 1 à 5 à une notice de M. de Montenach, de 6 à 7 à la lettre de moi à M. de Montenach (du 1. XII. 26).

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 6. Dezember 1926*¹

Relations avec la Russie

Département politique. Verbal

Le chef du Département politique fait part qu'il a reçu une lettre de notre Ministre à Berlin² disant que le gouvernement allemand aurait intérêt à ce que la Russie participe déjà à la Conférence préparatoire du désarmement. Les Allemands auraient été surpris, l'année dernière, en apprenant que nos pourparlers avec les Russes avaient eu lieu par l'intermédiaire de la France. Le Japon serait, paraît-il, disposé à prêter ses bons offices pour faire disparaître la tension actuelle entre la Confédération et la Russie.

M. Motta a aussi reçu une lettre de M. Jean Daniel de Montenach³, lequel lui demande ce qu'il devrait répondre si, dans des conversations privées, l'un ou l'autre membre du Conseil de la Société des Nations désirait savoir si la Suisse serait disposée à reprendre les négociations avec les Russes et si elle en prendrait éventuellement l'initiative ou préférerait attendre que l'initiative parte d'ailleurs. En outre, M. de Montenach demande si le Conseil fédéral préférerait que ce soit la Société des Nations ou un Etat tiers qui offrît ses bons services.

Au cours de la discussion il est constaté que le Conseil fédéral ne voudrait pas se refuser à participer à une solution du différend qui existe entre notre pays et la Russie des Soviets. Mais après ce qui s'est passé l'année dernière, nous devons éviter toute démarche de notre part qui pourrait donner l'impression que c'est le Conseil fédéral qui aurait pris l'initiative de nouveaux pourparlers directs ou par l'intermédiaire de tiers. Puis *il est décidé*, sur la proposition du Chef du Département politique, de prier M. Motta de répondre à M. de Montenach qu'il est parfaitement compréhensible que l'on désire à Genève avoir la présence des Russes déjà à la Conférence préparatoire du désarmement, mais qu'il ne serait pas opportun que le Conseil de la Société des Nations ou le Secrétaire Général entreprissent des démarches auprès de la Suisse; si, par contre, un Etat tiers – par exemple le Japon – offrait ses bons offices au Conseil fédéral, celui-ci ne les refuserait pas. Il ne s'agirait pas de discuter la question générale de nos relations diplomatiques avec la Russie soviétique, mais simplement de régler le différend qui est né de l'affaire Vorowski, par exemple par le retrait du boycottage que le gouvernement russe a décrété contre nous et – en échange – le retrait par le Conseil fédéral des mesures tendant à la fermeture de nos frontières aux ressortissants russes⁴.

1. *Abwesend: Haab.*

2. *Nr. 232; Schreiben vom 1. 12. 1926.*

3. *Nicht eindeutig ermittelt. Vgl. Nr. 231 und 235.*

4. *Motta antwortete de Montenach am 6. 12. 1926 in diesem Sinne (E 2001 (C) 5/5).*

E 2001 (C) 5/5

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Mr. Vertraulich!
Beziehungen zu Russland

Berlin, 7. Dezember 1926

Ich schrieb Ihnen am 1. ds.¹, dass evtl. Japan seine guten Dienste für die Schlichtung unseres Konfliktes mit Russland anbieten werde und meldete ferner in meinem Politischen Bericht vom 4. ds.², dass der hiesige Englische Botschafter sich bei Prof. Stein nach dem Stand dieser Angelegenheit erkundigt und die Wünschbarkeit einer Verständigung betont habe.

Wenn die Haltung Tschitscherins in dieser Angelegenheit die Stellungnahme seiner Regierung wiedergibt, so dürfte aber die Aussicht auf eine für die Schweiz annehmbare Beilegung gering sein.

Tschitscherin hat auf der hiesigen Russischen Botschaft einen Presseempfang gegeben, an dem er sich über die russische Politik und das Verhalten seines Landes zu andern Staaten äusserte und dabei der Schweiz gegenüber sehr unfreundliche Ausdrücke fand. Ich übermittle Ihnen beiliegenden Bericht in der «Vossischen Zeitung» N° 577 von heute und in der «B.Z. am Mittag» N° 333 ebenfalls von heute.

Professor Stein, der dem Empfang beiwohnte und sich nach seiner Aussage besonders an der Fragestellung an Tschitscherin beteiligte, besuchte mich soeben, um mir den von ihm herrührenden Bericht in der B.Z. mündlich zu ergänzen. Er sagte mir, dass die Äusserungen des russischen Kommissärs gegenüber der Schweiz nicht nur im Inhalte, sondern auch im Ton sehr unfreundlich gewesen seien. Er hat den Eindruck, dass diese Haltung nicht nur allein der persönlichen Auffassung von Tschitscherin entspreche, sondern auf die Weisung von Stalin zurückzuführen sei. Dieser habe sich offenbar, im Gegensatz zu Krassin, hauptsächlich nach dem Osten eingestellt. Wenn der Westen sich gegenüber Russland ablehnend verhalte, so lasse Russland ihn eben liegen und suche sein Aktionsfeld wieder vermehrt in Indien, Persien und China. Daher auch die verschärfte Absage an den Völkerbund und im Zusammenhang damit die Betonung der Differenz mit der Schweiz.

1. Vgl. Nr. 232.

2. E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 27.

238

E 2200 Berlin 2/2

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

S handschriftlich confidentielle

Berne, 8 décembre 1926

J'ai bien reçu votre lettre personnelle et confidentielle du premier de ce mois¹. Je vous en remercie.

Comme je préfère écrire en français plutôt qu'en allemand, je me permets de vous répondre dans la première de ces langues.

En même temps que je recevais communication de la conversation que vous avez eue avec M. de Schubert, j'avais des informations de Genève, par M. Jean Daniel de Montenach², suivant lesquelles M. le secrétaire général Eric Drummond se préoccupait aussi de la question de la participation des Russes à la Conférence du désarmement.

J'ai donc voulu consulter le Conseil fédéral. Celui-ci aurait été disposé à accepter les bons offices du Japon si le Gouvernement de celui-ci nous les avait proposés. Il aurait été entendu que les bons offices se limiteraient à régler *le différend* né de l'affaire Vorowski, sans empiéter sur la question générale de la reconnaissance *de jure* et sur nos relations diplomatiques avec la Russie soviétique.

Ce matin je reçois de M. de Montenach une lettre d'après laquelle M. le vicomte Ischii, délégué du Japon au Conseil de la Société des Nations, n'aurait pas l'intention de prendre une initiative dans la question russe, pas même en une séance secrète du Conseil.

Cette nouvelle m'a surpris. La communication que M. de Schubert vous a faite n'était-elle qu'un ballon d'essai?

Je demeure persuadé que le différend entre nous et les Russes devrait une bonne fois être réglé. Nous n'avons rien à gagner à laisser toujours dans les mains des Russes un moyen de chantage.

Il m'est venu à l'esprit que le Gouvernement allemand désire peut-être nous offrir ses bons offices lui-même, mais qu'il ne s'aventure pas à le faire de peur d'essuyer un refus.

La question est assez délicate. Notre opinion publique est toujours très sensible à ce point douloureux. L'intervention de l'Allemagne pourrait donner lieu à des commentaires désagréables, surtout après l'échec de la négociation du début de cette année faite par l'entremise de la France. Mais j'incline à croire que si l'Allemagne savait de ne pas accomplir une démarche désagréable à la France, elle, l'Allemagne, caresserait assez l'idée d'offrir sa médiation ou ses bons offices aux deux Parties.

1. Nr. 232.

2. Vgl. Nr. 235.

Je ne pense pas non plus que le Conseil fédéral refuserait les bons offices de l'Allemagne si celle-ci se décidait à nous les offrir. Mais bien entendu, il faudrait être assuré que les Russes agiraient de même et que le péril d'un nouvel échec fût réduit au minimum. La solution, à mon avis la plus simple et aussi la plus honorable pour les deux Parties, serait celle de laisser tomber d'un côté le *boycott* russe contre nous et, de l'autre côté, notre fermeture de frontière (*Grenzsperre*) contre les Russes. L'affaire Vorowski et tout ce qui s'y rattache gagneraient à sombrer dans l'oubli.

J'ai tenu à vous tenir au courant de mes idées afin que, si l'occasion se présente à nouveau de parler avec M. de Schubert, vous sachiez exactement à quoi vous en tenir.

239

E 2001 (C) 5/5

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Spp. Persönlich und vertraulich.

Berlin, 15. Dezember 1926

Ich beehre mich, den Empfang Ihres persönlichen und vertraulichen Schreibens vom 8. ds.¹ zu bestätigen. Wenn ich dies nicht schon früher tat, so liegt der Grund darin, dass ich Ihnen wenn möglich gleichzeitig über eine nochmalige Unterredung mit Herrn von Schubert berichten wollte, dieser aber bekanntlich in Genf war. Er ist nun gestern nachmittag nach Berlin zurückgekehrt, und ich hatte noch gleichen Abends Gelegenheit, mit ihm zu sprechen.

Ihre Frage, ob es sich bei der Ihnen von mir gemeldeten Mitteilung des Staatssekretärs an mich betreffend eine japanische Intervention vielleicht um einen Versuchsballon gehandelt habe, glaube ich verneinen zu dürfen. Herr von Schubert zeigte sich nämlich aufrichtig erstaunt darüber, dass der japanische Vertreter den erwarteten Schritt nicht unternommen habe; denn dass er erfolgen werde, sei ihm vom Generalsekretär des Völkerbundes bei dessen Besuch in Berlin erklärt worden. Er, Herr von Schubert, habe allerdings in Genf darauf verzichtet, den Generalsekretär oder den japanischen Vertreter an die Angelegenheit zu erinnern, dies aber nur, weil er mit den deutschen Ansprüchen wegen der Militärkontrolle usw. Arbeit und Sorgen genug gehabt habe.

In der Sache selbst bezeichnet es Herr von Schubert nach wie vor als wünschenswert, dass der Konflikt beigelegt werde. Zwar sei ja für die Wirtschaftskonferenz trotz der russischen Haltung Genf als Konferenzort bestimmt worden; er selbst habe dies als Referent beantragt, mit der Begründung, dass man auf die Reibungen zwischen zwei Staaten nicht Rücksicht nehmen könne. Allein für die Abrüstungskonferenz wäre es doch sehr notwendig, dass Russland an ihr teil-

1. Nr. 238.

nehme, da sonst ein ernsthaftes Resultat von vornherein nicht zu erwarten sei. Meine Bemerkung, dass Russland wohl gerade deshalb den Konflikt mit der Schweiz gerne weiter bestehen lasse, liess Herr von Schubert nicht gelten. Er habe kürzlich auch mit Tschitscherin darüber gesprochen und dabei den Eindruck gewonnen, dass dieser die Beilegung des Konfliktes wirklich wünsche, aber glaube, aus Prestigegründen an den gestellten Bedingungen festhalten zu müssen. Um zu sondieren, ob allfällig die Deutsche Regierung daran denke, nunmehr ihre guten Dienste anzubieten, fragte ich Herrn von Schubert, ob er in Genf, nachdem Japan sich nicht gerührt habe, etwas von der Initiative eines andern Landes gehört habe. Er verneinte dies, fügte aber bei, dass er die Frage im Auge behalten und mich über allfällige Anregungen auf dem Laufenden halten wolle. Bei dem wiederholt geäusserten Interesse, das Deutschland wegen der Abrüstungskonferenz an der Beilegung des schweizerisch-russischen Konfliktes hat, würde es meines Erachtens nur eines kleinen Anstosses bedürfen, um die Deutsche Regierung zu veranlassen, einen bezüglichen Versuch zu unternehmen bezw. bei der Russischen Regierung zu sondieren, wie diese sich einem deutschen Vermittlungsvorschlag gegenüber verhalten würde. Nach den Äusserungen des Herrn von Schubert zweifle ich allerdings daran, dass eine Verständigung auf dem von Ihnen skizzierten Boden, d. h. lediglich durch Fallenlassen des russischen Boykottes einerseits und der schweizerischen Grenzsperrre andererseits erzielt werden kann.

240

E 2001 (C) 3/14

Aufzeichnung des Sekretärs in der Abteilung für Auswärtiges, K. Stucki

PC.

Bern, 15. Januar 1927

NOTIZ

Es spricht vor Herr Dr. Erich *Weinzinger*, österreichischer Honorarkonsul in Addis-Ababa, Abessinien.

Herr *Weinzinger* berichtet, er halte sich seit 18 Jahren in Abessinien auf und habe ursprünglich der österreichisch-ungarischen Konsularkarriere angehört. Seinerzeit sei er Erzieher Seiner Kaiserlichen Hoheit, des Ras Tafari gewesen und sei noch heute mit ihm befreundet. Er betreibe gegenwärtig in Abessinien eine Kaffee-Plantage und sei gleichzeitig Vertreter deutscher Unternehmungen. Im März nächsthin werde er als europäischer Berater in abessinische Dienste treten.

Herr *W.* berichtet sodann, seinen Einfluss beim Ras Tafari sei darauf gerichtet, die Beziehungen Abessiniens zu den kleineren neutralen europäischen Mächten nach Möglichkeit zu festigen und zu diesem Zwecke den Abschluss möglichst zahlreicher Handels- und Niederlassungsverträge zwischen Abessinien und diesen Staaten anzuregen. Er komme soeben von Wien, wo er den in Abschrift beige-schlossenen abessinisch-österreichischen Handelsvertrag dem Bundespräsidenten zur Unterschrift vorgelegt habe. Der Vertrag sei wegen der besonderen staatsrecht-

lichen abessinischen Verhältnisse, wiewohl auf fünf Jahre fest abgeschlossen, nicht mit Ratifikationsvorbehalt versehen, und daher werde im österreichischen Bundesgesetzblatt vermutlich nur die materiell wichtige Bestimmung des Artikels 1 veröffentlicht werden. Dies umso mehr, als der Vertrag formell in zwei Punkten anstössig sei, insofern 1.) als Abessinien im französischen Text das Alternat nicht habe zugestehen wollen, 2.) als der Vertrag nicht einwandfrei datiert sei.

Herr Weinzinger betonte, sein Schritt sei rein privater Natur, wiewohl er wisse, dass Ras Tafari dem Abschluss eines Meistbegünstigungsvertrages mit der Schweiz durchaus günstig gesinnt sei. Er stellte einen offiziellen schriftlichen Schritt der abessinischen Regierung in dieser Richtung in Aussicht für den Fall, dass schweizerischerseits angenommen werde, es könne auf diese Weise rascher zu einem Abschluss gelangt werden.

Ich erwiderte Herrn Weinzinger, ich werde meinem Chef von seinen Mitteilungen Kenntnis geben und danke ihm auf alle Fälle für seine Bemühungen. Es sei mir indessen nicht möglich, mich zu einer Angelegenheit zu äussern, die materiell in die Zuständigkeit verschiedener Bundesdepartemente falle und für deren Behandlung nur der Gesamtbundesrat zuständig sei. Es könne jedoch angenommen werden, dass der Bundesrat etwaigen abessinischen Eröffnungen eine gute Aufnahme bereiten werde. Immerhin müsse ich ihn ganz privat darauf aufmerksam machen, dass einem Abschluss auf fünf Jahre schweizerischerseits verfassungsrechtliche Bedenken entgegenstehen, sofern kein Ratifikationsvorbehalt angebracht werde. Diese Schwierigkeit liesse sich dadurch umgehen, dass ein provisorisches, stillschweigend zu verlängerndes Abkommen von einjähriger Geltungsdauer abgeschlossen würde. Sodann wies ich darauf hin, dass die Verhandlungen und der Abschluss am zweckmässigsten anlässlich der Genfer Völkerbundversammlung, zu der ja eine abessinische Delegation zu erscheinen pflege, erfolgen würden. Herr Weinzinger sagte, er werde diese unverbindlichen Äusserungen nach seiner Rückkehr in Addis-Ababa zuständigen Orten bekannt geben.

[...]

241

E 1004 1/302

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. Januar 1927¹

64. Handelsvertragsunterhandlungen mit der Tschechoslowakei

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 7. Januar 1927

Gemäss den vom Bundesrat am 3. Dezember 1926 für die Schweizerische Delegation festgelegten Instruktionen², hat sich diese am 5. gl. Mts. nach Prag begeben und dort bis unmittelbar vor Weihnachten die Verhandlungen weitergeführt.

1. *Abwesend: Musy.*

2. *In einer Sitzung vom 3. 12. 1926 ergänzte der Bundesrat seine Instruktionen vom 30. 11. 1926 (E 1004 1/301, Nr. 1909). Vgl. Nr. 229.*

Es ist dabei die grosse Mehrzahl der in Zürich noch offen gebliebenen Punkte in befriedigender Weise erledigt worden, so dass heute sowohl mit Bezug auf den allgemeinen Vertragstext wie hinsichtlich der beidseitigen Tarifanlagen nur noch ganz wenige Punkte der Erledigung harren. Im einzelnen ist über die Prager Verhandlungen, soweit es sich um wichtige Fragen handelt, folgendes zu berichten:

Die tschechische Delegation hat allen schweizerischen Vorschlägen bis auf zwei Ausnahmen zugestimmt; so ist von ihr insbesondere das früher abgelehnte Schiedsgericht akzeptiert worden, wogegen sie sich noch Einzelschlüsse bezüglich der Durchführung des Schiedsgerichts-Verfahrens vorbehalten hat. Einen gleichen Vorbehalt hat sie angebracht hinsichtlich der Behandlung der Konsularbeamten, wo die Schweiz bekanntlich nur die Meistbegünstigung, nicht aber die Reziprozität in Vorschlag gebracht hat.

Was die schweizerischen Begehren zum technischen Zolltarif anbelangt, so war für Leinen- und Seide-Stickereien eine Einigung verhältnismässig leicht, wogegen die baumwollenen Stickereien zu der kleinen Gruppe von Positionen gehören, die heute noch unerledigt sind. [...] Es besteht hier noch eine wesentliche Differenz, die zu überbrücken ziemlich schwierig sein dürfte.

Die tschechische Delegation hat eine beträchtliche Reduktion der *Uhrenzölle* offeriert. Es gelang schweizerischerseits, den Zoll für fertige Uhren noch etwas weiter zu ermässigen. Alle weitem Anstrengungen waren angesichts der scharfen Opposition des tschechischen Finanzministeriums erfolglos, so dass unsere Delegation schliesslich ihre Zustimmung zu den letztangebotenen Ansätzen gegeben hat. [...]

Bezüglich der tschechischen Begehren zum schweizerischen Tarif harren noch drei Fragen der Erledigung:

[...]³

3. Die tschechoslowakische Regierung hat von allem Anfang an einen ganz besondern Wert darauf gelegt, sich durch den Handelsvertrag einen vermehrten und besondern *Schutz der Herkunftsbezeichnung* für gewisse ihrer Produkte zu sichern. Es handelte sich dabei um Hopfen, Bier und Mineralwässer. Was letztere anbelangt, so ist die Frage durch Art. 182 der schweizerischen Verordnung betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen in einer Weise erledigt, die den tschechischen Wünschen volle Befriedigung gibt. Auch mit Bezug auf den Hopfen ergeben sich keine Schwierigkeiten, indem auch nach Ansicht des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements ohne weiteres eine Bestimmung in den Vertrag aufgenommen und intern durchgeführt werden kann, wonach als «tschechoslowakischer» Hopfen in der Schweiz nur solcher Hopfen verkauft werden darf, der den internen gesetzlichen Bestimmungen der Tschechoslowakischen Republik entspricht (Prüfung durch besondere Kontrollstellen, Plombierung etc.).

Schwieriger ist die Regelung der Angelegenheit beim Pilsner Bier. Es handelt sich dabei darum, dass nach dem Wunsch der Gegenseite beim Verkauf von Bier

3. Die Fragen 1 und 2 betreffen tschechoslowakische Forderungen auf Herabsetzung der Zölle für Schweinefleisch und Möbel.

in der Schweiz nur dann das Wort «Pilsner» Bier verwendet werden darf, wenn das betreffende Bier durch eine der verschiedenen in Pilsen existierenden Brauereien hergestellt worden ist. Die schweizerische Delegation hat bis jetzt auf Wunsch des Justiz- und Polizeidepartements dieses Begehren abgelehnt. Für das genannte Departement waren dabei folgende Überlegungen massgebend: Es sei zwar zuzugeben, dass die rechtliche Grundlage für einen derartigen absoluten Schutz des Pilsner Biers bestehe und dass auch die praktische Durchführung irgendwelche wesentlichen Schwierigkeiten kaum zeitigen würde. Allein man befürchte, durch eine solche staatsvertragliche Bestimmung den bisherigen grundsätzlichen Standpunkt der Schweiz bei internationalen Konferenzen über den Schutz der Herkunftsbezeichnungen zu schwächen. Dieser Standpunkt sei dahin gegangen, jede Erweiterung der Madrider Konvention im Sinne des Überganges von einem relativen Schutz der Herkunftsbezeichnung zu einem absoluten zu bekämpfen. Unser Land habe bisher immer besondern Wert darauf gelegt, dem schweizerischen Richter die Cognition darüber vorzubehalten, ob eine an sich geographische Herkunftsbezeichnung durch die Praxis zu einer Gattungsbezeichnung, zur Bezeichnung der Herstellungsart geworden sei. So habe sich der schweizerische Delegierte noch am letzten Kongress im Haag (1925) in diesem Sinne gegen die Erweiterung der Madrider Konvention ausgesprochen.

Das Volkswirtschaftsdepartement vermag diese Bedenken nicht als ausschlaggebend anzuerkennen. In Übereinstimmung mit dem Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins und mit dem Kaufmännischen Directorium in St. Gallen kann es sich nicht vorstellen, dass ein absoluter Schutz der Herkunftsbezeichnungen für die schweizerische Wirtschaft nachteilige Folgen haben könnte. Es neigt im Gegenteil zur Ansicht, dass bei der wirtschaftlichen Struktur unseres Landes, die bekanntlich die Herstellung hochwertiger Qualitätswaren bedingt, überwiegende Interessen dafür sprechen, international den Schutz von Herkunftsbezeichnungen (wie denjenigen von Mustern etc.) möglichst auszudehnen und damit Treu und Glauben im internationalen Handelsverkehr zu fördern. Aber selbst wenn man diese Ansicht nicht teilen sollte, so wäre es nach Meinung des Volkswirtschaftsdepartements unbedenklich, in einem einzelnen kurzfristigen Vertrag auf einem bestimmt abgegrenzten Gebiet einen solchen Schutz zuzugestehen. Dies namentlich dann, wenn durch eine solche Konzession, an der der Vertragskontrahent, wie dies vorliegend der Fall ist, ein wesentliches Interesse hat, für unsere Wirtschaft nennenswerte Vorteile erhältlich gemacht werden können.

Angesichts des sehr starken Widerstandes der tschechischen Stickereiinteressenten gegen jede weitere Herabsetzung der Stickereizölle ist nämlich nach Auffassung des Volkswirtschaftsdepartements eine solche nur dann zu erwarten, wenn die Schweiz dafür eine Gegenleistung machen kann, an der andere einflussreiche tschechische Kreise ein wesentliches Interesse haben. Dies trifft mit Bezug auf den Schutz des Pilsner Bieres zweifellos zu. Das Departement ist deshalb der Ansicht, es sollte die schweizerische Delegation versuchen, durch Gewährung des verlangten Schutzes für Pilsner Bier eine weitere namhafte Reduktion der tschechischen Stickereizölle zu erzielen. Nach sorgfältiger gemeinsam mit Vertretern der Stickereiindustrie aufgestellter Berechnung wäre diese «namhafte» Reduktion

auf ca. 2000 tschechische Kronen zu beziffern. Wäre eine solche erreichbar, so würde dies für die schweizerische Stickereiindustrie einen schätzenswerten und bedeutenden Vorteil darstellen, während eine Herabsetzung, die wesentlich unter der genannten Summe liegen würde, gegenüber dem heutigen tschechischen Angebot eine spürbare Veränderung nicht bedeuten könnte und das Zugeständnis betreffend Schutz des Pilsner Bieres nicht zu rechtfertigen vermöchte. Nach der vollen Überzeugung des Departements, die von den sämtlichen schweizerischen Unterhändlern geteilt wird, würde dagegen eine Herabsetzung um 2000 Kr. den Schutz des Pilsner Bieres ohne weiteres und reichlich lohnen und es müssten in diesem Falle die mehr grundsätzlichen Bedenken gegen eine solche Vertragsbestimmung zurücktreten. Sollten die Zugeständnisse der Tschechoslowakei unter dieser Grenze bleiben, so wird das Departement die Angelegenheit dem Bundesrate nochmals vorlegen.

Ob bei einer Einigung auf dieser Basis die bezügliche Schutzbestimmung in den Handelsvertrag selber aufgenommen würde, d. h. der schweizerische Richter direkt den Handelsvertrag anzuwenden hätte, oder ob gestützt auf eine vertragliche Verpflichtung der Schweiz eine entsprechende interne Verordnung zu erlassen wäre, müsste in Verbindung mit dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement noch näher geprüft werden.

Antragsgemäss wird daher *beschlossen*:

1. Vom Bericht des Volkswirtschaftsdepartements über den Stand der Handelsvertragsunterhandlungen mit der Tschechoslowakei wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

2. Die tschechoslowakischen Begehren betreffend weitere Herabsetzung der schweizerischen Gebrauchszölle für Schinken und gebogene Möbel aus Buchenholz sind abzulehnen.

3. Die schweizerischen Delegierten erhalten Weisung zu versuchen, die Zölle für baumwollene Stickereien um weitere ca. 2000 Kronen zu ermässigen. In diesem Falle kann dem tschechischen Wunsch betreffend absoluten Schutz des Pilsner Bieres entsprochen werden. Hinsichtlich der Form hätte sich die schweizerische Delegation mit dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement zu verständigen.

4. Die schweizerische Delegation hat neuerdings und mit allem Nachdruck den Versuch zu machen, den tschechischen Zoll für goldene Armbanduhren auf 25 Kronen und für andere goldene Uhren auf 30 Kronen herabzusetzen⁴.

4. Zum weiteren Verlauf der Verhandlungen vgl. 247.

E 2, Archiv-Nr. 1681

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

Copie d'un manuscrit de Monsieur
le Président Motta.

S

Berne, 22 janvier 1927

Les retards qui s'annoncent de nouveau dans *l'affaire des zones* commencent à me troubler.

Je vous envoie ci-jointe, en original, une lettre de M. Logoz¹, lettre que vous voudrez bien me renvoyer.

Le Journal de Genève (N° 21) de ce matin publie un article sur lequel j'attire votre attention.

Que faire? J'avais eu la tentation d'écrire *directement et personnellement* à M. Briand et, dans ce cas, je vous aurais prié de porter vous-même ma lettre à son destinataire. Avant de me décider à cette démarche, j'attends votre avis.

Mais il est vrai que ma patience est à bout. Cette manière d'agir – de nos «amis» les Français – m'écœure et me scandalise.

Si vous estimez pouvoir aller vous-même au Quai d'Orsay pour rappeler, encore une fois, le *devoir* de hâter la procédure, je vous y autorise et je vous invite même à y parler un langage très net². Des procédés comme ceux dont nous sommes les victimes, sont fait pour *ébranler* et même *détruire* toute confiance.

ANNEX

Professor P. Logoz an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

S

Genève, 21 janvier 1927

J'ai l'honneur de porter à votre connaissance les faits suivants, relatifs à la question des zones franches.

Un de mes Collègues de l'Université, M. Thibaudet (Français), ayant eu récemment l'occasion de se rendre à Paris, de tierces personnes l'ont prié de rendre visite à M. le sénateur Victor Bérard. Il l'a fait et a rapporté de cet entretien, l'impression que M. V. Bérard n'est pas à la veille de présenter son rapport à la commission des affaires étrangères du Sénat.

M. Bérard a dit ou laissé entendre, paraît-il, qu'«il ferait son possible pour arranger tout le monde», mais que le Sénat travaille lentement, que nombre de projets attendent leur tour d'être discutés par lui, bref, que la ratification du compromis des zones viendra, mais on ne sait trop quand!

De telles nouvelles créent à Genève une inquiétude qui pourrait conduire, je le crains, à une campagne de presse désagréable et à une résurrection des sentiments d'irritation auxquels le compromis de 1924 avait mis fin.

1. *Als Annex abgedruckt.*

2. *Vgl. Nr. 253.*

Je viens, en particulier, d'être informé que le Journal de Genève – toujours extrêmement modéré de ton jusqu'ici dans cette affaire – va publier un article sur ce thème: La France est-elle de bonne foi? Notre patience est à bout. Il faut saisir de l'affaire le Conseil de la Société des Nations.

Il serait pourtant si hautement désirable d'éviter tout cela! Peut-être, du moins, cette explosion d'impatience donnera-t-elle à M. Dunant l'occasion de faire de nouvelles et pressantes démarches pour faire comprendre à Paris les inconvénients graves que de nouveaux retards peuvent avoir. Peut-être aussi le Département Politique envisagera-t-il tel ou tel autre moyen d'attirer très sérieusement là-dessus l'attention du Gouvernement français³.

Quoiqu'il en soit, j'ai cru de mon devoir d'attirer votre attention, Monsieur le Conseiller fédéral, sur l'état d'esprit qui tend à se former dans certains milieux genevois et je vous prie de me croire.

3. *Das Politische Departement zog bereits im Schreiben an Dunant vom 1.11.1926 den Aspekt der öffentlichen Meinung in der Schweiz in Betracht: [...] Nous ne pouvons pas, cependant, laisser ignorer au Gouvernement français l'effet déplorable que produirait, sur l'opinion publique suisse, tout nouveau retard qui, pour quelque cause que ce soit, viendrait à se produire dans le cours de la procédure parlementaire engagée au sujet du compromis arbitral du 30 octobre 1924. [...]* (E 2200 Paris 1/1938).

243

E 2001 (C) 5/17

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond*

Kopie

S PB/NV.

Berne, 25 janvier 1927

Par lettre en date du 10 de ce mois¹, vous avez bien voulu saisir officiellement le Gouvernement fédéral du texte de la résolution que la VIIe Assemblée de la Société des Nations a votée, le 25 septembre 1926, concernant l'arbitrage, la sécurité et le règlement pacifique des différends internationaux². Vous avez ajouté que, dans sa séance du 8 décembre suivant, le Conseil avait fait sienne la résolution de l'Assemblée et vous avait chargé d'en informer les Etats membres de la Société.

En vous remerciant de cette communication, dont nous avons pris acte avec un vif intérêt, nous avons l'honneur de vous faire savoir que le Conseil Fédéral a appris avec satisfaction que le Conseil de la Société des Nations est prêt à collaborer avec les Etats membres de la Société pour la conclusion de Conventions d'arbitrage. Depuis 1921, la Suisse a fait à de nombreux Etats des ouvertures en vue de la conclusion de traités de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage. Le meilleur accueil a été réservé à nos propositions et, sur leur base, la Suisse a conclu dix-sept traités de conciliation, de règlement judiciaire ou d'arbitrage dont dix sont déjà entrés en vigueur et ont été remis pour enregistrement au Secrétariat Général de la Société des Nations. Des négociations sont encore en cours avec divers Etats et nous permettront, sans doute, de conclure encore d'autres traités ana-

1. *Nicht abgedruckt.*

2. SdN, Journal Officiel, Suppl. spéc. Nr. 44, S. 120.

logues. La certitude de pouvoir compter sur l'appui du Conseil constitue néanmoins, aux yeux du Conseil Fédéral, une garantie nouvelle et sérieuse en faveur de la politique que la Suisse poursuit. La coopération du Conseil ne peut pas manquer, soit d'encourager grandement les Etats qui font du règlement de leurs litiges par des voies pacifiques une thèse essentielle de leur programme international, soit d'attirer à nouveau sur cette attitude l'attention des Gouvernements qui hésitent encore à s'engager dans la même voie.

244

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 28. Januar 1927¹

Beziehungen zu Russland

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes teilt mit, es sei ihm gestern von Herrn alt Nationalrat Forrer ein Brief des Privatdozenten Dr. jur. et phil. Arnold Wolfers in Berlin, des Schwiegersohnes des Herrn Forrer, übermittelt worden², worin Wolfers berichtet, er habe jüngst in einem Gespräch mit einem in Moskau wohnenden und dort bestens angesehenen deutschen Journalisten auch die Frage der schweizerisch-russischen Beziehungen berührt. Der deutsche Journalist habe ihm hierauf mitgeteilt, er habe vor kurzer Zeit bei einer Besprechung mit der massgebendsten Persönlichkeit des russischen Aussenministeriums (– vermutlich also Tschitscherin –) der Meinung Ausdruck gegeben, es sei doch unbegreiflich, dass Russland sich weigere, Delegierte an die Weltwirtschaftskonferenz nach Genf zu entsenden und so in schädlicher Abgetrenntheit von der übrigen Welt zu verharren. Darauf habe der Russe an den Streitfall mit der Schweiz erinnert, dessen Beilegung an der Weigerung des Bundesrates, sein «aufrichtiges Bedauern» über den Fall Worowsky auszusprechen, gescheitert sei, und beigefügt, er, der deutsche Journalist, habe offenbar Beziehungen zu der Schweiz und könne allenfalls selbst erkennen, was sich zur Beilegung des Streites machen liesse. Im übrigen hat der deutsche Journalist aus der Unterredung den Eindruck gewonnen, dass die Russen im Grunde die Nichtbeteiligung an der Weltwirtschaftskonferenz sehr bedauern und annehmen, sie seien in dieser Hinsicht auch das Opfer eines englischen Schachzuges geworden. Herr Wolfers gibt nun in seinem Schreiben der Meinung Ausdruck, der Augenblick scheine ihm sehr günstig, um zur Beilegung der Misshelligkeit zwischen der Schweiz und Russland etwas zu unternehmen; er glaubt, wenn er ermächtigt würde, durch Vermittlung des deutschen Journalisten in Moskau wissen zu lassen, dass die Schweiz die Entsendung russischer Ab-

1. *Abwesend: Musy.*

2. E 2001 (C) 12/1.

geordneter zur Weltwirtschaftskonferenz nach Genf gerne sehen würde, dies den Anlass zur Wiederaufnahme von Verhandlungen geben könnte, um den alten Streitfall aus der Welt zu schaffen. Er gehe dabei von der Annahme aus, dass die Weiterverfolgung der Angelegenheit Herrn alt Nationalrat Forrer anzuvertrauen wäre.

Der Vorsteher des politischen Departementes ist der Meinung, es stehe dem nichts entgegen, Russland durch den vorerwähnten Kanal wissen zu lassen, dass die Schweiz es gerne sähe, wenn russische Abgeordnete sowohl zur Weltwirtschaftskonferenz als zur Abrüstungskonferenz entsandt würden, und die Schweiz durchaus gewillt sei, die nötigen Massnahmen zum Schutze der Abgeordneten zu ergreifen. Er ersucht daher um die Ermächtigung, Herrn Forrer dies kundzutun.

Sollte dies dann zu Verhandlungen mit Russland über die Beilegung des bestehenden Streites führen, so wären sie aber seiner Meinung nach durch die Gesandtschaft in Berlin aufzunehmen, weshalb er beabsichtigt, Herrn Rüfenacht in der Sache auf dem Laufenden zu halten. Eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Russland könnte aber vorläufig noch nicht in Betracht fallen.

In der Beratung wird die Abwesenheit des Herrn Musy bedauert, dessen Auffassung in der russischen Frage von derjenigen der übrigen Mitglieder des Rates abwich. Doch glaubt der Rat, annehmen zu dürfen, auch Herr Musy wäre mit dem jetzt in Frage stehenden Vorgehen einverstanden, da die Mitteilung, die den Russen zukommen soll, dem entspricht, was schon mehrfach vom gesamten Rat gebilligt worden ist, und der Schweiz keinerlei Nachteil bringen kann. Überdies ist, weil der deutsche Journalist Ende dieser Woche nach Moskau zurückzukehren gedenkt, eine Verschiebung der Beschlussfassung nicht möglich.

Der Rat erteilt dem Vorsteher des politischen Departementes die erbetene Ermächtigung.

245

E 2001 (C) 7/2

*Aufzeichnung des Sekretärs in der Abteilung für Auswärtiges
des Politischen Departementes, C. Gorgé*

PL.

Berne, 30 janvier 1927

NOTICE

relative à la reprise éventuelle des pourparlers avec le Gouvernement
des Etats-Unis d'Amérique en vue de la conclusion d'un traité
à clause compromissoire entre les deux pays.

A la suite d'une conversation qu'il a eue avec M. Max Huber, M. de Pury nous demande si le moment ne serait pas venu de reprendre les pourparlers en vue de la conclusion d'une convention d'arbitrage avec les Etats-Unis d'Amérique. Il nous signale, en se fondant sur la documentation publiée par le Greffe de la Cour Inter-

nationale de Justice, «que les Etats-Unis ont signé, depuis 1919, 12 traités et conventions dans lesquels figure la clause conditionnelle ou même obligatoire de la compétence de la Cour de Justice internationale», ainsi que 5 accords «pour le renouvellement de conventions d'arbitrage» et une convention avec les Pays-Bas (sur les boissons alcooliques) qui prévoient une substitution de la Cour internationale de Justice à la Cour permanente d'arbitrage dans le cas où le Sénat américain déciderait d'adhérer à la Cour de Justice. Les 12 traités susvisés n'ont toutefois pas été ratifiés par les Etats-Unis. Ceux-ci ne se trouveraient actuellement liés, en ce domaine, que pour les cinq traités généraux d'arbitrage dont il est question plus haut.

Les négociations avec les Etats-Unis ont été interrompues, en 1923, sur le refus du Gouvernement américain de conclure des traités d'arbitrage d'un autre type que les traités d'avant-guerre contenant la clause des «intérêts vitaux, de l'indépendance et de l'honneur des Etats contractants». Encore les traités de ce genre conclus par les Etats-Unis prévoient-ils que le «compromis» doit, au même titre qu'un traité international, faire l'objet d'une approbation parlementaire. Un traité de ce type avait été signé, le 29 février 1908, entre la Suisse et les Etats-Unis; il avait été conclu pour cinq ans; ce délai écoulé, il avait été renouvelé pour une nouvelle période de cinq ans et est venu définitivement à expiration en décembre 1918. En 1923, le Gouvernement des Etats-Unis aurait été disposé à le mettre à nouveau en vigueur pour une durée de cinq ans. Mais nous avons décliné cette proposition, d'une part, parce que les traités du type américain ont une portée pratique presque nulle et que, d'autre part, nous préférons attendre, avant de reprendre les pourparlers sur une base meilleure, que la question de l'adhésion éventuelle des Etats-Unis à la Cour permanente de Justice internationale eût été élucidée. Les choses en restèrent là depuis lors.

Serait-il opportun aujourd'hui de renouer la discussion? Cela paraît douteux. Le Gouvernement des Etats-Unis nous proposerait sans doute un traité du type de 1908, ce qui ne serait guère acceptable. En admettant qu'un pareil traité soit muni d'une clause prévoyant la possibilité de modifications au cas où les Etats-Unis adhéreraient à la Cour internationale de Justice, sa valeur pratique ne s'en trouverait guère augmentée. Une clause comme celle-là est d'ailleurs inutile. Il est évident que, dans le cas où les Etats-Unis adhéreraient à la Cour, le Département d'Etat demanderait de lui-même un réajustement de ses traités d'arbitrage sans qu'il soit besoin d'invoquer une clause antérieure de renvoi éventuel à la Cour de Justice. Cette formule de renvoi se comprenait encore lorsqu'il paraissait probable que les Etats-Unis reconnaîtraient la juridiction de la Cour de Justice. Elle servait en quelque sorte d'excuse à une politique d'arbitrage qui paraissait si peu conforme aux tendances nouvelles qu'on ne voulait plus lui prêter qu'un caractère provisoire. Aujourd'hui, cette réserve américaine d'un nouveau genre ne se justifie même plus pour des raisons d'opportunité politique, puisque l'adhésion des Etats-Unis à la Cour de Justice de La Haye est plus problématique que jamais.

Le Sénat américain, dont dépend la politique des Etats-Unis en matière d'arbitrage, est, en réalité, réfractaire à tout progrès en matière d'arbitrage. Son attitude au cours de ces vingt dernières années le prouve surabondamment. On sait l'op-

position systématique, irréductible qu'il a faite à tous les efforts tentés par le Gouvernement pour conclure des traités quelque peu libéraux en la matière. Aussi longtemps qu'il n'aura pas modifié une attitude sur laquelle les enseignements de la grande guerre ne paraissent pas avoir beaucoup influé, il serait vain d'envisager la conclusion d'une convention d'arbitrage de quelque valeur avec les Etats-Unis.

Le fait est que les quatre ou cinq traités généraux d'arbitrage qui lient actuellement les Etats-Unis sont d'un type nettement suranné, du moins à nos yeux. Ils n'ont même pas la valeur du traité entre la Suisse et le Japon, qui marque la limite extrême, peut-on dire, où nous pouvons utilement aller. Ce traité fait du moins une réalité du recours à la Cour permanente de Justice internationale et n'oblige pas à mettre en branle toute la procédure parlementaire pour la seule conclusion d'un compromis dont l'établissement est déjà subordonné à la réserve illimitée des intérêts vitaux, de l'indépendance et de l'honneur des Etats contractants.

Rien, dans ces conditions, ne justifierait une modification de la ligne de conduite que nous avons été amenés à adopter depuis nos premières ouvertures à Washington. Mieux vaut nous confiner, comme nous l'avons fait depuis 1923, dans une attitude d'expectative.

On pourrait répondre dans ce sens à M. de Pury et mettre au courant notre Légation à Washington, qui est sans doute du même avis que nous, puisqu'elle ne nous a plus écrit à ce sujet depuis l'échec de 1923¹.

1. *Der Abschluss des französisch-amerikanischen Schiedsvertrages am 6.2.1928 veranlasste Gorgé in einer Notice complémentaire vom 2.4.1928 zu folgender Feststellung: [...] Ce traité marque une nouvelle orientation de la politique américaine en matière d'arbitrage en ce sens qu'elle s'écarte des traités de l'ancien type munis de la réserve des intérêts vitaux, de l'indépendance ou de l'honneur des Etats contractants. Elle ne s'en écarte toutefois que pour substituer à ces réserves surannées d'autres réserves qui, si elles procèdent d'un esprit plus libéral en la matière, limitent encore dans une mesure considérable l'application du principe de l'arbitrage obligatoire. [...] (E 2001 (C) 7/2). Gorgé vertrat nun die Ansicht, die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten nicht zu weit hinauszuschieben. – Diese Notice complémentaire ist vor Bekanntwerden der amerikanischen Initiative vom 2.4.1928 redigiert worden. Vgl. Nr.384.*

246

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Spp. Persönlich
Beziehungen zu Russland

Berlin, 31. Januar 1927

Ich beehre mich, Ihnen bestens dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 26. ds.¹ und der darin erwähnten 3 Beilagen zu bescheinigen.

1. *In diesem Schreiben bat Motta den schweizerischen Gesandten in Berlin um folgende Angaben: [...] Je suppose que vous connaissez M. le Dr. Wolfers et que celui-ci se mettra, très pro-*

Ich kenne Herrn Dr. Wolfers persönlich. Als er hierher kam, ging ihm der Ruf eines Salonsozialisten voraus; er soll seinerzeit auch einer der Führer der sozialistischen Richtung in der Studentenverbindung «Zofingia» gewesen sein. Ferner habe seine politische Weltanschauung ihn veranlasst, aus dem Advokaturbureau seines Schwiegervaters, in dem er zuerst tätig war, auszutreten. Hier ist er aber meines Wissens parteipolitisch nicht hervorgetreten. Der Vortrag über schweizerische und deutsche Demokratie, den ich kürzlich von ihm anhörte, war sachlich und von vaterländischer Wärme.

Ich habe Herrn Dr. Wolfers wiederholt in mein Haus eingeladen und zwar nicht nur zu den grossen Schweizer-Tees, sondern auch zu intimeren Anlässen. Es verwundert mich deshalb ein wenig, dass er sich nicht zuerst an mich gewandt hat. Ich will ihm dies aber nicht verübeln, angesichts seines jugendlichen Glaubens, zu einer hochpolitischen Rolle berufen zu sein. Aber etwas verwundert bin ich darüber, dass Herr a. Nationalrat Dr. Forrer sich bereit erklärt hat, mich in der fraglichen Angelegenheit auszuschalten. Ich danke Ihnen, dass Sie hierauf nicht eingegangen sind.

Sehr korrekt scheint es mir übrigens nicht, dass Herr Dr. Wolfers es seinem Schwiegervater überlassen wollte, ob nicht gewisse Umstände Bern, also Ihrem Departement, verschwiegen werden sollen [...]

Zur Sache selbst erlaube ich mir folgende Bemerkungen:

Wenn die Prämisse Wolfers, dass Russland Gewicht auf die Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz lege, dass also die Schweiz für Russland den Schlüssel zu dieser Konferenz in Händen habe, richtig ist, so verstehe ich nicht recht, warum die Schweiz diesen für Russland so wertvollen Schlüssel von sich aus offerieren soll. Abgesehen davon ist es doch noch fraglich, ob Russland wirklich Gewicht auf die Teilnahme legt. Ich hatte kürzlich Gelegenheit, mich darüber mit einigen Herren zu unterhalten. Während die Nationalökonom Professor Georg Bernhard und Geheimrat Dr. Julius Wolff ein russisches Interesse für vorhanden betrachten, sind die Gesandten der russischen Nachbarländer Estland und Litauen übereinstimmend der Ansicht, Russland sei froh, den schweizerischen Konflikt als Vorwand für sein Ausbleiben zu benützen, da es gar nicht wünsche, in Genf Erklärungen abzugeben, statistische Angaben etc. zu machen und sich an den Beratungen über die Gesundung einer Wirtschaft zu beteiligen, deren Form es perhorresziere. Ist dies richtig, so wird die Erklärung, zu deren Abgabe Sie den unbekanntenen Journalisten ermächtigten, kaum die erwünschte Wirkung haben, sondern von Russland lediglich als Ausdruck unseres Bedürfnisses nach einer Verständigung aufgefasst werden.

Wenn ferner Herr Dr. Wolfers rät, dass durch keinerlei Indiskretionen die öffentliche Meinung auf das Wörtchen «aufrichtig» als Adjektivum des Bedauerns

blement, en rapport avec vous. J'aimerais connaître le nom du journaliste allemand qui a d'abord parlé avec Monsieur Wolfers.

Je vous serais reconnaissant de me tenir au courant de tout ce que vous pourrez apprendre au sujet des répercussions éventuelles de la conversation de M. Wolfers avec le journaliste dont il s'agit (E 2200 Berlin 2/2).

gelenkt werde, so vergisst er, dass seinerzeit nach dem Besuche Tschitscherins in Berlin seine Äusserung gedruckt in der Presse zu lesen war, dass der Streit um dieses Beiwort gegangen sei.

Sie schreiben mir, dass Sie den Namen des deutschen Journalisten zu vernehmen wünschen. Auch im Briefe an Herrn Dr. Forrer haben Sie diesen Wunsch ausgesprochen und dabei Herrn Dr. Wolfers ermächtigt, sich an mich zu wenden. Ich weiss nun nicht, ob ich mit meiner Frage an Wolfers abwarten soll, bis er mich allfällig aufsucht, oder ob ich ihn, wenn er nicht von selbst kommt, zu mir zu bitten habe². Ich darf Sie darüber noch um Ihre gefällige Weisung bitten.

Wenn der Russische Botschafter überhaupt der ihm inzwischen wohl durch den deutschen Journalisten gemachten Mitteilung weitere Folge geben will, so wird dies kaum in der nächsten Zeit geschehen, da er übermorgen Berlin für mehrere Wochen verlässt.

2. *Randbemerkung Mottas*: Herr Rüfenacht sollte Herrn Dr. Wolfers zu sich bitten. *Vgl. Nr. 250.*

247

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Februar 1927¹

Handelsvertragsunterhandlungen mit der Tschechoslowakei

Mündlich

Als Stellvertreter des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes erinnert der Vorsteher des Militärdepartementes daran, dass der Bundesrat beschlossen hat, bei den Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei ein Zugeständnis in der Richtung der Anerkennung der Bezeichnung «Pilsner Bier» als Herkunftsbezeichnung zu machen, sofern dagegen die Herabsetzung des Stickereizolles um 2000 Kronen eingehandelt werden könne, welche Zollherabsetzung für unsere Stickereiindustrie unerlässlich ist, wenn der Vertrag für sie überhaupt einen Wert haben soll². Die Vertreter der Tschechoslowakei sind nun aber ausserordentlich hartköpfig und wollen den Stickereizoll zum Gegenstand neuen Marktes machen. Hierauf können sich unsere Unterhändler nicht mehr einlassen und Herr Stucki, deren Führer, ist nun der Meinung, es sollte auf irgend eine Weise der Widerstand gebrochen werden. Er glaubt, das könnte dadurch geschehen, dass der Vorsteher des politischen Departementes in einem Brief dem Minister des Auswärtigen der Tschechoslowakei, Herrn Benesch, die Sachlage auseinandersetzt und ihn wissen lässt, ein weiteres Markten sei ausgeschlossen und es handle sich nur mehr um die Annahme des schweizerischen Begehrens zum

1. *Abwesend: Schulthess und Musy.*

2. *Vgl. dazu Nr. 241.*

Stickereizoll gegen das Zugeständnis bezüglich des Pilsner Biers oder um den Abbruch der Verhandlungen. Gleichzeitig wäre dann auf dem einen oder andern Wege in der Presse bekanntzugeben, dass die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei nicht so glatt verlaufen, wie bisher erwartet und von ihrer Seite verbreitet wurde. Eine solche Mitteilung dürfte um so eher die erwünschte Wirkung haben, als die Tschechoslowakei zur Zeit auch mit Ungarn und Deutschland in einem lebhaften Kampf um Handelsverträge steht.

Der Vorsteher des politischen Departementes erklärt sich bereit, Herrn Benesch im angedeuteten Sinne zu schreiben³, trotzdem dessen Einfluss in der Regierung zur Zeit vielleicht nicht mehr so ausschlaggebend ist, wie früher. Schon die Tatsache, dass sich der Bundesrat zu einem solchen Schritt entschliesst, wird der Regierung in Prag den Ernst der Sachlage deutlich vor Augen führen und, wie zu hoffen, eine günstige Einwirkung auf die Vertragsunterhandlungen zeitigen⁴.

Auf Grund der Beratung ergibt sich allgemeine Billigung der vom Volkswirtschaftsdepartement und vom politischen Departement in Aussicht genommenen Schritte. Was die Mitteilung über den Stand der Vertragsunterhandlungen anbelangt, überlässt es der Rat dem Volkswirtschaftsdepartement, zu entscheiden, auf welchem Wege es diese Mitteilung an die Presse gelangen lassen soll⁵.

3. Vgl. Nr. 248.

4. Zur abschliessenden Verhandlungsrunde traf die tschechoslowakische Delegation laut Telegramm von W. Stucki an T. Odinga vom 9. 2. 1927 am 10. 2. 1927 in Bern ein (E 7110 1/118).

5. In seinem Antrag vom 17. 2. 1927 an den Bundesrat berichtete das Volkswirtschaftsdepartement: Nachdem die sämtlichen materiellen Differenzen gemäss den letzten Instruktionen des Bundesrates erledigt werden konnten – für baumwollene Stickereien konnte der Zoll noch um ca. 200 Kronen weiter herabgedrückt werden als der Bundesrat vorgesehen hatte –, ist der Handelsvertrag gestern unterzeichnet worden. [...] Wir möchten noch besonders hervorheben, dass es gelungen ist, die früher schweizerischerseits zugestandene Reduktion des Bierzolls auf Fr. 7.50 rückgängig zu machen, wodurch der Bierzoll auf Fr. 9.– bestehen bleibt, wie er im deutsch-schweizerischen Handelsvertrag vereinbart wurde. [...] (E 1001 1, EVD, 1. 1.–30. 6. 1927). Vertragstext in: BBl 1927, I, S. 257ff. – Der Nationalrat behandelte den Vertrag in seiner Sitzung vom 24. 3. 1927. Vgl. dazu E 1001 (C) d 1/261, S. 24ff. Der Ständerat schloss sich der Zustimmung des Nationalrates am 30. 3. 1927 an. Datum des Inkrafttretens: 12. 7. 1927.

248

E 2001 (C) 3/18

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den tschechoslowakischen Aussenminister, E. Beneš¹*

Kopie

S

Berne, 8 février 1927

Veillez me permettre de m'adresser directement à vous dans l'affaire suivante que j'estime importante pour les bonnes relations entre nos deux pays.

1. W. Stucki teilte Motta am 8. 2. 1927 mit: Unter höflicher Bezugnahme auf die gestrige Unterredung und die heutige Besprechung im Bundesrate beehre ich mich, Ihnen beiliegend einen Ent-

Bien qu'ouvertes il y a près de deux ans, les négociations en vue de la conclusion d'un traité de commerce entre la Tchécoslovaquie et la Suisse n'ont pas encore abouti. Vers la fin de l'année dernière, elles sont même entrées dans une phase assez critique qui amena le Conseil Fédéral à envisager la dénonciation de la convention assurant à l'un et à l'autre pays le traitement de la nation la plus favorisée. Grâce aux concessions faites par votre Gouvernement dans une mesure un peu plus large que par le passé, il fut heureusement possible, au dernier moment, d'éviter cette dénonciation, que j'aurais sincèrement regrettée et que, de tout mon pouvoir, je me suis appliqué à prévenir, dans l'intérêt de nos excellentes relations. Depuis lors, les négociations ont avancé d'un grand pas et conduit finalement à une entente sur la plupart des questions.

Mais une divergence extrêmement importante subsiste encore quant aux droits tchécoslovaques sur les broderies de coton. La tournure que, sur ce point, les négociations ont prise tout récemment ne laisse pas de m'inquiéter et me fait craindre que l'œuvre si laborieusement édifiée ne soit compromise au moment où nous touchons au but. Vous comprendrez donc que, dans ces circonstances, je vienne vous prier de rechercher avec moi un moyen d'écartier ce dernier obstacle.

Si la délégation suisse, agissant par mandat du Conseil Fédéral, attache une importance toute particulière à obtenir une réduction bien plus sensible des droits de douane tchécoslovaques sur les broderies, cette attitude est dictée par d'impérieuses nécessités, non seulement d'ordre économique, mais aussi de politique intérieure. Par son importance économique, l'industrie de la broderie venait, avant la guerre, en tête de toutes les industries suisses et, aujourd'hui encore, bien qu'atteinte par une crise dépassant de beaucoup en acuité celles qui ont sévi dans d'autres branches, elle occupe encore le troisième rang parmi nos industries d'exportation. Elle est répandue dans toute la Suisse orientale et de son sort dépend celui de cette grande et industrielle région. C'est dire toute l'importance qui s'attache, même du point de vue politique suisse, à une solution satisfaisante de la question de la broderie.

Si, conformément aux propositions de la délégation tchécoslovaque, la Suisse acceptait que le traité fixât pour les broderies des droits qui, non seulement seraient de sept à huit fois plus élevés que les droits suisses sur les mêmes articles, mais dépasseraient même de beaucoup les taux figurant dans tous les autres traités de commerce conclus par mon pays, cela représenterait une charge qui ne pourrait être supportée et qui compromettrait l'avenir de la politique commerciale de la Suisse et le sort de l'industrie de la broderie. Toute la Suisse orientale s'élèverait contre pareil état de choses – et je dois reconnaître qu'elle le ferait à bon droit.

Je ne méconnais nullement les difficultés que, sur ce point, le Gouvernement tchécoslovaque doit surmonter, lui aussi. Mais, tenant compte de ces difficultés, le Conseil Fédéral a consenti à des taux qui excèdent le quintuple du droit suisse et le double du droit fixé, par exemple, dans le traité de commerce austro-suisse.

wurf zum Schreiben an Minister Beneš zu übermitteln (E 2001 (C) 3/18). *Dieser Entwurf ist nicht ermittelt.*

Pour les raisons que j'ai eu l'honneur de vous exposer, il est décidé à ne pas aller plus loin dans la voie des concessions.

Je me permets donc de m'adresser à vous, Monsieur le Ministre, et de vous prier amicalement de considérer la situation spéciale de la Suisse et, si possible, d'intervenir auprès des instances compétentes pour faciliter la conclusion du traité de commerce, auquel j'attache le plus grand prix.

J'aurais voulu m'entretenir d'abord avec votre Ministre à Berne de cette délicate question, mais M. Veverka est malheureusement absent pour cause de maladie. D'autre part, nous n'avons pas encore de Légation de Suisse à Prague; il est dans mon désir d'en faire créer une et de prendre les mesures nécessaires à ce sujet dès que votre Gouvernement aura donné, comme je le souhaite, son adhésion préalable à notre projet d'accréditer aussi à Prague notre Ministre à Vienne, étant entendu que la Suisse aurait en Tchécoslovaquie un Chargé d'Affaires ad interim, comme elle l'a dans le Royaume des Serbes, Croates et Slovènes et en Grèce².

2. Zur Antwort von Beneš vgl. Nr. 261.

249

E 1004 1/302

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Februar 1927¹

193. Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes. Schweizerische Delegation

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 29. Januar 1927

In seiner Sitzung vom 9. Dezember 1926 hat der Völkerbundsrat, gestützt auf eine ihm durch die VI. Völkerbundsversammlung erteilte Ermächtigung beschlossen, auf den 4. Mai 1927 nach Genf eine internationale Wirtschaftskonferenz einzuberufen². Mit Schreiben vom 22. Dezember 1926 an das Politische Departement hat der Generalsekretär des Völkerbunds den Bundesrat eingeladen, zur Teilnahme an der Konferenz fünf schweizerische Persönlichkeiten zu bestimmen und ihm die Nominationen bis Ende Januar 1927 bekannt zu geben³.

Aus den Akten ergibt sich, dass die Delegierten an dieser Wirtschaftskonferenz weder direkte Vertreter der verschiedenen Regierungen sein sollen noch auch gänzlich unabhängig von diesen aus den Kreisen der Wirtschaft bestimmt werden, wie dies beim vorbereitenden Komitee der Fall war. Die Meinung geht vielmehr dahin, dass die einzelnen Teilnehmer an der Konferenz nur gestützt auf ihre

1. Abwesend: Schulthess und Musy.

2. In einem ausführlichen Bericht vom 22. 12. 1926 beschrieb E. Péquignot, Adjunkt in der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes, die Vorbereitungsphase der internationalen Wirtschaftskonferenz aus schweizerischer Sicht (E 7800 3/150).

3. E 2001 (C) 5/14.

Sachkenntnis und die wirtschaftlichen Gruppen, die sie vertreten, zu bezeichnen sind. Die Ernennung erfolgt aber trotzdem durch die Regierungen, um zu erwirken, dass diese den Arbeiten der Konferenz und ihren allfälligen Beschlüssen ein erhöhtes, mehr als nur akademisches Interesse schenken sollen. Jeder Staat bezeichnet derart fünf Teilnehmer an der Konferenz, trägt aber für deren Voten und für ihre Stimmabgabe keinerlei Verantwortung. Die von den einzelnen Regierungen bestellten Delegationen bilden nicht in dem Sinne eine Einheit, dass, durch einen bezeichneten Delegationschef, Meinungen und Anträge der einzelnen Staatsdelegationen zum Ausdruck kommen sollen. Es ist also sehr wohl denkbar, dass die einzelnen Mitglieder der gleichen Delegation ganz verschiedenartige Meinungen zum Ausdruck bringen.

Das Arbeitsprogramm der Konferenz ergibt sich aus der vorliegenden Tagesordnung. Obschon das vorbereitende Komitee schon eine nicht unbeträchtliche Sichtung und Konzentration des ganzen ungeheuren Materials vorgenommen hat, bilden doch die noch zur Diskussion stehenden Fragen einen derart umfangreichen und schwierigen Komplex, dass bei der Ernennung der einzelnen Delegationen auf eine gewisse Arbeitsteilung Rücksicht genommen werden muss. Hierauf macht denn auch der Völkerbundsrat ausdrücklich aufmerksam. So wird auch bei der Bestellung der schweizerischen Delegation darnach getrachtet werden müssen, Persönlichkeiten derart zu bestimmen, dass die verschiedenen Gebiete der Tagesordnung sachkundig behandelt werden können.

Aus der Tagesordnung ergeben sich vier grössere Fragengruppen, nämlich:

1. allgemeine wirtschaftliche Fragen,
2. Hemmnisse des internationalen Verkehrs (Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, Zolltarife, Handelsverträge, etc.),
3. Industriefragen (internationale Kartelle und Truste, etc.) und
4. landwirtschaftliche Fragen.

Diese Gliederung der Tagesordnung führt zunächst dazu, vier Persönlichkeiten zu ernennen, die für die Behandlung der genannten vier Gruppen besonders qualifiziert erscheinen und die zugleich bis zu einem gewissen Grade die grossen wirtschaftlichen Interessengruppen des Landes repräsentieren. Dabei scheint es selbstverständlich zu sein, dass die Schweiz – gleich wie dies offenbar die meisten übrigen Staaten tun – mindestens einen eigentlichen Staatsvertreter bezeichnet, der sich insbesondere mit den oben unter 2. genannten Fragen des internationalen Handels zu befassen hätte. Nach den eingelaufenen Informationen werden die meisten Staaten zu diesem Zwecke die Leiter ihrer handelspolitischen Abteilung nach Genf delegieren. Das Volkswirtschaftsdepartement möchte deshalb vorschlagen, das Gleiche zu tun und den *Direktor der Handelsabteilung* als Delegierten zu bezeichnen.

Zur Behandlung der allgemeinen Wirtschaftsfragen, die ja naturgemäss in verschiedener Beziehung eng mit Fragen der internationalen Finanz zusammenhängen, scheint dem Departement dann weiter Herr Leopold *Dubois*, Präsident des Schweizerischen Bankvereins, besonders geeignet zu sein. Herr Dubois war längere Zeit Präsident des Finanzkomitees des Völkerbundes und bekanntlich auch Mitglied des Komitees zur Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz. Er verfügt des-

halb über eine grosse Erfahrung auf diesen Gebieten und auch über eine wertvolle Personenkenntnis der Völkerbundsreise.

Zur speziellen Behandlung der oben unter Ziffer 3. erwähnten Industriefragen sollte ein kompetenter Vertreter der schweizerischen Industriekreise herangezogen werden. Das Departement hat deshalb den Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins um Vorschläge ersucht und möchte, gestützt darauf, Herrn Dr. Ernst *Wetter*, Vizepräsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, in Vorschlag bringen.

Dass hinsichtlich der unter Ziffer 4. erwähnten landwirtschaftlichen Fragen ein berufener Vertreter der schweizerischen Landwirtschaft zu ernennen ist, scheint ohne weiteres klar. In Übereinstimmung mit dem Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, dem es selber nicht möglich ist, die Landwirtschaft an der Wirtschaftskonferenz zu vertreten, schlägt das Departement Herrn Staatsrat Ferdinand *Porchet*, in Lausanne, vor.

Endlich scheint es notwendig zu sein, auch den schweizerischen Arbeitnehmern eine Vertretung an der Wirtschaftskonferenz zu gewähren. Da nur ein Delegierter für diese Kreise in Betracht kommen kann, so hat das Departement die grösste und wichtigste Arbeitnehmer-Organisation, den Schweizerischen Gewerkschaftsbund, um einen Vorschlag ersucht. Er empfiehlt Herrn Dr. Max *Weber*, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Neben den fünf Delegierten, die jeder Staat zu ernennen hat, können der Delegation noch Experten beigegeben werden, die aber kein Recht zur Teilnahme an der Diskussion und zur Stimmabgabe besitzen. In der Beratung werden nur für die Arbeitnehmerschaft Experten in Aussicht genommen, und zwar die Herren Nationalrat Scherrer, um auch den christlichsozialen Organisationen eine Vertretung zu gewähren, und alt Nationalrat Baumann als Vertrauensmann der Angestellten.

Die Entschädigung für die Delegierten und Experten ist von den einzelnen sie ernennenden Staaten zu tragen. Das Volkswirtschaftsdepartement wird hierüber später einen Antrag stellen.

Es wird daher *beschlossen*:

1. Als schweizerische Mitglieder der am 4. Mai 1927 in Genf zusammentretenden internationalen Wirtschaftskonferenz werden vom Bundesrat bezeichnet die Herren:

- a) Walter Stucki, Direktor der Handelsabteilung im eidg. Volkswirtschaftsdepartement, in Bern,
- b) Leopold Dubois, Präsident des Schweizerischen Bankvereins, in Basel,
- c) Ferdinand Porchet, Mitglied des Staatsrats des Kantons Waadt, in Lausanne,
- d) Dr. Ernst Wetter, Vizepräsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, in Zürich,
- e) Dr. Max Weber, Volkswirtschaftlicher Mitarbeiter des Gewerkschaftsbundes, in Bern.

2. Der Delegation werden als Experten beigegeben die Herren Nationalrat Josef Scherrer (St. Gallen) und alt Nationalrat R. Baumann (Luzern).

3. Das Politische Departement wird beauftragt, diese Nominationen dem Generalsekretär des Völkerbundes unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, den Ernannten von ihrer Wahl Kenntnis zu geben.

250

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Mr. Persönlich und vertraulich
Beziehungen zu Russland

Berlin, 9. Februar 1927

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 3. ds.¹ zu bestätigen.

Ich habe heute Herrn Dr. Wolfers gesprochen. Der in Frage stehende Journalist ist Herr Paul Scheffer, Korrespondent des «Berliner Tageblatt» in Moskau. Er hat laut Mitteilung des Herrn Dr. Wolfers in Abwesenheit des Russischen Botschafters mit dessen Botschaftsrat gesprochen in dem Sinne, dass die Schweiz bedauern würde, wenn Russland der bekannten Differenzen wegen die Weltwirtschaftskonferenz nicht beschicken würde und dass sie nach wie vor bereit sei, auf der früher erörterten Basis diese Differenz zu beseitigen. Der Botschaftsrat habe über dieses Gespräch nach Moskau berichtet, von wo kürzlich der telegraphische Bescheid eingetroffen sei, dass die Antwort brieflich erfolgen werde. Um diese abzuwarten und sich weiterhin zur Verfügung zu halten, bleibe Herr Scheffer vorläufig noch in Berlin. Sobald die Antwort aus Moskau eintreffe, werde sie Herr Scheffer Herrn Dr. Wolfers bekanntgeben, der sie dann seinerseits mir mitteilen werde.

Ich hoffe also, in den nächsten Tagen Ihnen weitem Bericht geben zu können².

1. Nicht abgedruckt.

2. Vgl. Nr. 254.

251

E 2001 (C) 12/1

J. D. de Montenach an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

S Personnel

Genève, 9 février 1927

Au cours de notre entretien d'hier j'avais été conduit à faire allusion à l'échange de vues qui avait eu lieu au Secrétariat entre certains hauts fonctionnaires sur la participation de représentants des Soviets à la Conférence du Désarmement.

Je vous avais laissé entendre qu'il ressortait des propos tenus au cours de cette réunion que l'on prêtait au Gouvernement allemand l'intention d'offrir ses bons offices au Conseil Fédéral en vue de contribuer à aplanir les difficultés que vous

savez. Certains hauts fonctionnaires observèrent qu'il faudrait, en tout état de cause, éviter que l'initiative allemande fût ignorée du Gouvernement français, celui-ci ayant l'année dernière prêté ses bons offices dans un but analogue.

Des explications échangées il semblait résulter que le Gouvernement français ne ferait sans doute aucune observation, mais que pour des considérations de courtoisie et afin de prévenir tout risque de froissement, il serait opportun de mettre Paris au courant des intentions du Gouvernement allemand et, le cas échéant, de l'accueil réservé par le Gouvernement Fédéral à ces ouvertures.

L'impression recueillie depuis lors à Paris est que le Quai d'Orsay ne serait pas indifférent à la démarche que tenterait le Gouvernement allemand, non qu'il songe à s'y opposer, ni qu'il estime avoir lui-même une sorte de droit de priorité si une négociation de ce genre devait se rouvrir. Son sentiment paraît plutôt qu'il existe, à son égard, une certaine obligation de courtoisie de la part du Gouvernement Fédéral.

Le Secrétaire Général m'a donc engagé ce matin à vous écrire, à titre strictement personnel, pour vous faire connaître que si le Gouvernement allemand proposait ses bons offices au Gouvernement Fédéral et que celui-ci envisageât la possibilité de les accepter, il serait peut-être opportun de s'assurer qu'il n'existe point d'objection de la part du Gouvernement français. Sir Eric paraissait croire que le Gouvernement Fédéral tiendrait, sans doute, lui-même, s'il était pressenti par le Gouvernement allemand, à faire une démarche auprès du Gouvernement français pour prévenir tout risque de malentendu¹.

1. *Motta antwortete de Montnach am 15.2.1927*: [...] J'incline à penser que, si des pourparlers devenaient possibles, ils auraient lieu *directement*. Le Conseil Fédéral ne refuserait pas – je le pense – des offres de bons offices de la part d'une Puissance tierce, mais la voie directe est, sans contredit, la meilleure. Si un autre Gouvernement que le Gouvernement français prenait l'initiative de nous offrir, encore une fois, ses bons offices, nous en aviserions au préalable le deuxième (E 2001 (C) 12/1). *Vgl. dazu Nr.255, Anm.2.*

252

E 1004 1/302

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 11. Februar 1927¹

219. Handelsvertrag mit Italien

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 9. Februar 1927

I. Nach dem Inkrafttreten des Handelsvertrages zwischen der Schweiz und Italien vom 27. Januar 1923² ereignete sich eine grössere Zahl von Beanstandungen bei der Verzollung schweizerischer Waren in Italien. Da bei den meisten Anstän-

1. *Abwesend: Musy und Schulthess.*

2. AS 1924, NF 40, S. 105ff.

den weder auf rein administrativem noch auf diplomatischem Wege eine befriedigende Erledigung zu erzielen war, sah sich das Volkswirtschaftsdepartement schliesslich gezwungen, die Abhaltung einer Konferenz zur Besprechung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten vorzuschlagen. Diese Konferenz hat vom 25.–28. November 1925 in Bern stattgefunden und sie endigte mit einer annehmbaren Lösung der meisten Schwierigkeiten³. Die getroffenen Vereinbarungen wurden in die Form eines Protokolls gekleidet, das erst nach der Genehmigung durch die beiden Regierungen in Kraft trat.

II. Seit der Konferenz vom November 1925 sind die Klagen der schweizerischen Exporteure über Anstände im Verkehr mit Italien noch zahlreicher geworden als vorher. Es zeigt sich italienischerseits das eifrige Bestreben, durch veränderte Auslegung des Textes von Tarifpositionen diese eines wesentlichen Teils ihres eigentlichen Inhaltes zu entkleiden. Mehrere dieser Fälle treffen nicht nur bestimmte Maschinen oder Maschinenteile, sondern ganze Gruppen von solchen, so dass die Tragweite der neuen Verfügungen oft eine sehr weitgehende ist. Was aber unsere Fabriken besonders empört, ist die Häufigkeit der Zollschikanen und willkürlichen Auslegung des Tarifs, denen sie zudem nicht selten machtlos gegenüber stehen, weil die Einleitung des Zollstreitverfahrens gewöhnlich die Entnahme von Mustern bedingt und solche vielen Sendungen (z. B. von dringend benötigten Ersatzteilen zu Maschinen oder Apparaten) nicht entnommen werden können. Ausserdem sehen die Betroffenen oft von formellen Zollbeschwerden ab, weil die Erfahrung zeigt, dass das Zollexpertenkollegium, das alle Zollanstände zu begutachten hat, wo immer möglich diejenige Auslegung wählt, die nicht nur für den Fiskus, sondern vor allem auch für die italienische Industrie am günstigsten ist. Dazu lassen die Entscheide monatelang, manchmal bis zu einem Jahre, auf sich warten, so dass der Fabrikant in der Zwischenzeit im ungewissen über den Zoll ist, den er bei Offerten in Anrechnung bringen soll.

Besonders viele Klagen hat die schweizerische Maschinenindustrie vorzubringen⁴ und da die Maschinen und Apparate in unserem Export nach Italien eine hervorragende Stellung einnehmen – 20–25% der Gesamtausfuhr entfallen auf diese Erzeugnisse – so kommt diesen Klagen auch eine spezielle Bedeutung zu.

[...]⁵

3. Vgl. dazu GBer 1925, S. 495.

4. Mit Schreiben an die Handelsabteilung vom 22.1.1927 beklagte sich die Maschinenfabrik Oerlikon über die Verletzung des Handelsvertrages und führte aus: [...] Wir erlauben uns kein Urteil über die Nützlichkeit von Konferenzen. Aber es scheint uns, dass die italienischen Delegierten unter dem Drucke des Diktators stehen, dem zu widersprechen sie den Mut nicht finden werden. Wohl werden sie versprechen, aber nachher gehts genau wie vorher. Das einzige Mittel, uns Recht zu verschaffen, ist die Drohung den Handelsvertrag zu kündigen, und wenn das nichts hilft, die Ausführung dieser Drohung. Verlieren kann die Schweiz dabei nichts. Alle Artikel, die wir heute so haufenweise aus Italien beziehen, sind ebenso gut von Frankreich und Spanien erhältlich. Seide werden uns die Italiener nur zu gerne weiter liefern gegen unsere Schweizerfranken. Durch das Gewährenlassen der heutigen Zustände wandern mehr und mehr Industrien nach Italien ab und wie wir wissen, sind solche ausgewanderten Industrien die grössten Feinde der einheimischen Industrie. [...] (E 7110 1/80).

5. Es schliesst eine Schilderung von Einzelfällen an.

III. Neben den eigentlichen Anständen gibt es aber noch verschiedene andere Fragen, die eine Aussprache erheischen. So schreibt ein Gesetzesdekret vom Januar 1926, das im Juli gleichen Jahres in ein Gesetz umgewandelt worden ist, allen öffentlichen Körperschaften sowie allen irgendwie eine staatliche Unterstützung geniessenden Unternehmen die *Bevorzugung der einheimischen Industrie* vor und zwar unter Androhung schwerer Strafen, die auch in Fällen, in denen vielleicht eine Berücksichtigung des Auslandes nicht ausgeschlossen wäre, manches Unternehmen davon abhalten werden, eine Bestellung im Ausland aufzugeben. Da eine Mitwirkung der italienischen Industrie bei der Ausführung des Gesetzes vorgesehen ist und diese somit von den ausländischen Offerten Kenntnis erhält, kann man sich denken, dass sie alles in Bewegung setzen wird, um in jedem Einzelfalle wenn immer möglich sich die Bestellung zu sichern. Auch von diesen Vorschriften wird, wie von den Zollschikanen, in erster Linie die ausländische Maschinenindustrie betroffen.

Im vergangenen Jahre hat ferner eine eifrige *Propaganda gegen die Einfuhr* eingesetzt, die besonders vom Volkswirtschaftsminister Belluzzo nachhaltig unterstützt wurde. Wenn sie auch allgemeiner Natur ist, enthält sie doch eine besondere Spitze gegen die Einfuhr von Maschinen und Apparaten, weil dies eines der Gebiete ist, auf dem sich nach Auffassung an massgebender Stelle Italiens am ehesten von den Bezügen aus dem Auslande frei machen könnte. Bei der zurzeit in Italien vorhandenen straffen Organisation kann jene Propaganda nicht leicht genommen werden; denn wenn sie durch eine Kontrolltätigkeit der bestehenden Organisationen und einen mehr oder weniger gelinden Druck unterstützt würde, könnte sie für den Absatz ausländischer Produkte bedenkliche Folgen haben.

Zur Hintanhaltung des Importes sind auch *Zollerhöhungen* teils bereits in Kraft gesetzt worden, teils in Aussicht genommen. Bedenken erweckt ausserdem ein Projekt über die *Herkunftsangabe auf Waren*, die dem gleichen Zwecke dienen sollte. *Einfuhrbeschränkungen* wären nach einem im Monat August 1926 erlassenen Dekret ebenfalls in Aussicht genommen, doch hat man, wohl wegen der vertraglichen Bindungen und der bisherigen Stellungnahme Italiens im Völkerbund zum Problem der Einfuhr- und Ausfuhrverbote, bis jetzt von konkreten Massnahmen abgesehen. Zu erwähnen ist schliesslich die *Behinderung des Zahlungsverkehrs durch die Devisenvorschriften*, die allerdings soweit sie die Einfuhr trifft, mehr Begleiterscheinung als beabsichtigter Zweck zu sein scheint. *Schutzgesuche* dieser und jener *italienischer Produktionskreise* (z. B. der Käseproduzenten gegen die Einfuhr aus der Schweiz), denen nach Zeitungsmeldungen von zuständiger Seite Unterstützung in Aussicht gestellt wurde, ohne dass die Art dieser Unterstützung bereits klar zutage treten würde, erheischen ebenfalls unsere Aufmerksamkeit.

IV. Die Beschwerden der von der italienischen Tendenz der Abschnürung der Einfuhr am empfindlichsten getroffenen schweizerischen Kreise haben in letzter Zeit zu verschiedenen Malen ihren Weg in die Presse unseres Landes gefunden und sich sogar zu einem Gesuch des Vereins Schweizerischer Maschinenindustrieller um Kündigung des Handelsvertrages verdichtet, das dem Departement vom Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins einstweilen mit

dem Ersuchen übermittelt worden ist, womöglich vorerst durch direkte Fühlungnahme mit der italienischen Regierung festzustellen, ob nicht auch ohne Kündigung die bestehenden Übelstände beseitigt werden könnten⁶.

Verschiedentlich sind auch aus den Kreisen der Industrie, der Landwirtschaft und des Gewerbes unseres Landes Wünsche um einen bessern Zollschutz laut geworden, die nur verwirklicht werden könnten, falls Italien ganz oder teilweise auf die Bindung der in Betracht kommenden schweizerischen Zölle verzichten würde. Es dürfte zweckmässig sein, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Italien in eine teilweise Revision solcher vertraglicher Vereinbarungen einwilligen würde.

V. Angesichts der geschilderten Schwierigkeiten und andern schwebenden Fragen hat das Volkswirtschaftsdepartement, im Einvernehmen mit der Handelsvertragsdelegation, als opportun erachtet, Italien die Abhaltung einer neuen Konferenz vorzuschlagen. Die italienische Regierung hat die Anregung angenommen und aus verschiedenen Gründen Rom als Ort der Besprechung in Vorschlag gebracht. Die Schweiz kann dieses Begehren um so weniger abschlagen, als die letzte Konferenz vom November 1925 in Bern stattgefunden hat und es zudem in Anbetracht der zur Diskussion gelangenden wichtigen Fragen wünschbar erscheint, dass die italienische Delegation mit ihrer Regierung in ständiger Fühlung bleiben könne. Als Tag des Beginns der Besprechungen wird der 21. Februar in Aussicht genommen.

Es wird sich bei der beabsichtigten Besprechung einmal darum handeln, für eine Reihe von Anständen und Meinungsverschiedenheiten, die die Auslegung des schweizerisch-italienischen Handelsvertrages und die Anwendung des italienischen Zolltarifs betreffen, eine befriedigende Lösung zu finden.

Darüber hinaus müssen wir formelle Zusicherungen dafür zu erlangen suchen, dass nicht weiterhin mit allen möglichen Mitteln eine Beeinträchtigung der Einfuhr schweizerischer Erzeugnisse herbeigeführt wird. Bei einer solchen Forderung können wir mit Nachdruck darauf hinweisen, dass die Schweiz einer der besten Kunden Italiens ist und dass die Einfuhr aus Italien in unser Land rund 2½ mal so gross ist, wie die schweizerische Ausfuhr nach Italien.

Ferner soll sondiert werden, ob italienischerseits Geneigtheit bestehen würde, auf allfällige schweizerische Wünsche nach einer teilweisen Revision des Handelsvertrages von 1923 ohne Kündigung einzugehen und unter welchen Bedingungen. Es wird sich in dieser Hinsicht selbstverständlich nur um eine erste Fühlungnahme handeln, ohne dass irgendwelche Bindungen eingegangen würden. Die Frage einer Revision und besonders einer allfälligen Kündigung des Handelsvertrages muss von zu vielen Gesichtspunkten und Erwägungen heraus geprüft werden, als dass es möglich oder opportun wäre, sie im Rahmen der bevorstehenden Besprechung zum Austrag zu bringen.

Antragsgemäss wird *beschlossen*:

1. Vom Bericht des Volkswirtschaftsdepartements wird in zustimmendem Sinne Vormerkung genommen.

6. E 7110 1/80; Schreiben des Vororts an Schulthess vom 27.1.1927.

2. Die Herren Direktor Stucki, Chef der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, und Oberzolldirektor Gassmann werden ermächtigt, im Sinne der Darlegungen des Departements über die einzelnen Fälle von Schwierigkeiten im Handelsverkehr zwischen der Schweiz und Italien im allgemeinen und in der Auslegung und Anwendung des schweizerisch-italienischen Handelsvertrages im besondern, mit der italienischen Regierung zu verhandeln, sowie bezügliche Vereinbarungen unter Vorbehalt der Ratifikation durch den Bundesrat zu treffen und zu unterzeichnen. Die Frage einer allfälligen Revision des Handelsvertrages soll dagegen nur erörtert werden, ohne dass irgendwelche Bindungen eingegangen würden.

3. Den genannten Herren Delegierten wird ein Protokollauszug als Weisungen des Bundesrates für die Besprechungen zugestellt⁷.

⁷. Zum Ergebnis dieser Besprechungen im Februar/März in Rom vgl. Nr. 278 und Nr. 297.

253

E 2, Archiv-Nr. 1681

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Paris, 12 février 1927

Le rapport que M. Victor Bérard doit présenter au Sénat sur le compromis d'arbitrage des zones était attendu pour la semaine dernière (voir ma lettre du 28 janvier)¹. Avant-hier, je suis donc allé au Quai d'Orsay et j'ai demandé au Directeur politique d'Europe si ce rapport était prêt. A ma très grande déception, j'ai appris que ce n'était pas le cas.

Me prévalant des instructions contenues dans la lettre personnelle que vous avez bien voulu m'écrire le 22 janvier², j'ai carrément déclaré à mon interlocuteur que toutes ces tergiversations avaient assez duré et je lui ai demandé à voir M. Briand auquel je tenais à exposer moi-même le devoir de hâter – enfin! – la procédure.

Le Ministre des Affaires Etrangères m'a reçu aujourd'hui à midi; immédiatement, je suis entré dans le vif du sujet qui m'amenait et je lui ai fait part de la surprise et de la préoccupation que causait à Berne la lenteur excessive du Sénat. M. Briand m'a répondu qu'il était le premier à regretter ce retard contre lequel il a lutté en écrivant récemment au Président de la Commission sénatoriale des Affaires Etrangères; aussi s'attendait-il au dépôt du rapport Bérard dans le délai envisagé; mais il semble que, par suite d'une intervention directe de M. Hennessy au-

1. Nicht abgedruckt.

2. Nr. 242.

près de M. Victor Bérard, un malentendu se soit produit; le sénateur aurait cru comprendre que l'Ambassadeur désirait prendre connaissance de son travail avant sa communication à la commission; or, cette supposition était erronée. Quoi qu'il en soit M. Briand m'a assuré que le rapport Bérard était à la veille d'être terminé et serait incessamment soumis à la commission des Affaires Etrangères, en sorte que le dépôt sur le bureau du Sénat pourra avoir lieu très prochainement: «d'ici à quelques jours» a prétendu le Ministre «en sorte que, le Sénat devrait certainement en avoir terminé avant la fin de ce mois.» J'ai remercié M. Briand de sa déclaration rassurante et je lui ai dit que vous en prendriez acte avec satisfaction.

Au moment où j'allais prendre congé de lui, M. Briand m'a encore dit: «Tâchez d'éviter, si vous le pouvez, que vos journaux ne secouent (sic) le Sénat ces jours-ci, car les sénateurs sont susceptibles, surtout aux pressions de l'extérieur qui fréquemment vont à fin contraire.»

J'ai répliqué: «Vous reconnaîtrez que dans un pays d'opinion publique comme le nôtre, il était naturel de voir la presse s'étonner, fin janvier, de ce qu'un projet déposé le 3 août n'avait pas encore été rapporté.» – «Mais il y a eu les vacances et les élections» a fait observer M. Briand; «quoi qu'il en soit, je vous confirme que, d'ici à fin courant, j'attends la solution du Sénat.»

Tel est, Monsieur le Président, le compte rendu de mon entretien avec le Ministre des Affaires Etrangères; il ne me reste qu'à souhaiter la réalisation entière de ses prévisions; je ne saurais vous dire quelle satisfaction profonde j'éprouverai si, réellement, nous n'avons plus qu'une quinzaine de jours à attendre pour mener à bien la ratification du compromis.

254

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Riffenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departmentes, G. Motta*

S R/Pl.

Beziehungen zu Russland

Berlin, 13. Februar 1927

Ich hatte gestern Abend den Besuch des Herrn Doktor Wolfers. Nach seiner Mitteilung ist der fragliche Journalist Herr Scheffer auf die russische Botschaft gebeten worden zur Entgegennahme der aus Moskau eingetroffenen Antwort. Diese lautete dahin, die russische Regierung nehme mit Befriedigung davon Kenntnis, dass die schweizerische Regierung das Fernbleiben Russlands von der Weltwirtschaftskonferenz bedaure, und zur Beilegung des Konfliktes bereit sei. Die russische Regierung sei ihrerseits zur Wiederaufnahme von Verhandlungen bereit, wünsche aber, solche direkt, d. h. ohne Vermittlung einer dritten Macht zu führen. Allerdings hege Moskau einige Bedenken, dass der in der schweizerischen Presse geführte Angriff gegen den russischen Vertreter des Roten Kreuzes die Verhand-

lungen ungünstig beeinflussen könne. Ich habe einen solchen Angriff nicht gelesen. Nach der Mitteilung Wolfers wurde «Die Thurgauer-Zeitung» genannt, mit der Erwähnung der Kantonszugehörigkeit des Herrn Bundesrat Häberlin. Der Vertreter der russischen Botschaft habe beigefügt, nicht dafür garantieren zu können, dass die russische Presse auf den Angriff schweigen werde. Scheffer habe deshalb die russische Botschaft gebeten, eine allfällig geplante Antwort der russischen Presse telegraphisch abzustellen, und Wolfers warf die Frage auf, ob nicht in ähnlichem Sinne auf die schweizerische Presse eingewirkt werden könnte. (Davon, dass die Rücksendung der Einladung des Völkerbundes an Russland durch dieses und die Motivierung dieser Grobheit ebenfalls nicht die beste Atmosphäre für Verhandlungen schafft, hat Moskau nichts gesagt).

Ferner habe sich der Vertreter der russischen Botschaft beunruhigt gezeigt über die Nachricht der Kölnischen Zeitung, von einer bevorstehenden Intervention des Völkerbundes und wiederholt erklärt, seine Regierung wünsche in Ruhe und ohne Einmischung Dritter zu verhandeln.

Damit der Angriff auf den russischen Vertreter des Roten Kreuzes und eine allfällige Intervention des Völkerbundes nicht die Verhandlungen stören, halte Scheffer deren baldige Einleitung für angezeigt. Für den Fall, dass Sie wünschen, dass verhandelt und dass in Berlin verhandelt werde, stellt Scheffer sich zur Anbahnung zur Verfügung. In der Tat wäre es, da ja eine dritte Macht nicht beigezogen werden soll, erwünscht, einen Mann zu haben, der die Vorschläge und Antworten betreffend Ort und Zeit der ersten Zusammenkunft und betreffend die verhandelnden Personen als Bote vermitteln könnte. Verzichtet man auf seine Dienste, so will Scheffer Mittwoch, den 16. dies wieder verreisen. Er hat deshalb Wolfers um eine Mitteilung bis Dienstag den 15. dies gebeten, ob man seiner bedürfe oder nicht, und ich wäre Ihnen meinerseits für eine bezügliche telegraphische Antwort zuhänden von Wolfers dankbar. Im übrigen darf ich Ihren Instruktionen entgegensehen¹.

1. Vgl. Nr. 255.

255

E 2200 Berlin 2/2

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

S Vertraulich
Beziehungen zu Russland

Bern, 15. Februar 1927

Ich bekenne mich dankend zum Empfang Ihres werten Schreibens vom 13. d.M.¹ und bestätige ich Ihnen das chiffrierte Telegramm, das an Sie, in meinem Auftrage, durch die Abteilung für Auswärtiges gesandt worden ist.

1. Nr. 254.

Ich erhielt Ihren Brief gestern während einer Sitzung des Bundesrates und so konnte ich die Frage, um die es sich handelt, meinen Kollegen zum Entscheide sofort unterbreiten².

Der Bundesrat hat die Frage, ob nun Verhandlungen mit der Sovietregierung eingeleitet werden sollen, noch nicht endgültig entschieden. Er ist aber der Meinung, dass, wenn Verhandlungen eingeleitet werden sollen, dieselben *direkt* und zwar in *Berlin* durch unsern Gesandten, also durch Sie selbst, geführt werden sollen. Ferner ist der Bundesrat der Meinung, dass Sie, Herr Minister, in der nächsten Zeit nach Bern, zwecks Entgegennahme von Instruktionen, kommen sollten.

Ich bitte Sie, die Zeit nach Ihrer Konvenienz zu wählen. Ich bin von Bern abwesend in den Tagen vom 24. bis 28. Februar, ferner den 4. März. An allen andern Tagen stehe ich Ihnen zur Verfügung.

Sobald ich weiss, wann Sie nach Bern kommen können, werde ich auch die Delegation für Auswärtiges für die nötigen Besprechungen einberufen.

Da die Sache im Grunde keine sehr grosse Eile hat, wollte der Bundesrat nicht, dass Herr Scheffer sich in Berlin zu unserer Verfügung halte.

[...]

Immerhin neige ich der Auffassung zu, dass der Bundesrat sich für die Einleitung von Verhandlungen entschliessen wird. Selbstverständlich wird die Frage der *Anerkennung de jure* nicht in Diskussion gezogen werden dürfen. Unser Standpunkt bleibt immer der gleiche.

2. Das Protokoll der Bundesratssitzung vom 14. 2. 1927 führt aus: [...] In der Beratung wird der Meinung Ausdruck verliehen, dass wir wohl bald einmal – sei es wegen uns selbst, sei es wegen unserer Beziehungen zum Völkerbund – in neue Verhandlungen mit Russland werden eintreten müssen, damit wir nicht zu gegebener Zeit unter einem Drucke von aussen (Völkerbund oder dritte Macht) doch gezwungen würden, nachzugeben. Andererseits spricht das letzte grobe Schreiben der Sovietregierung an den Völkerbund gegen die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges und die Wünschbarkeit der Aufnahme der Verhandlungen im jetzigen Augenblick. Jedenfalls könne aber der jetzige Zustand ohne Schaden für die Schweiz nicht mehr allzu lange aufrecht erhalten werden.

Es wird daher *beschlossen*:

Die Frage, ob nun Verhandlungen mit der Sovietregierung eingeleitet werden sollen, wird später entschieden werden. Falls solche stattfinden, so müssen sie aber direkt, und zwar durch unsern Gesandten in Berlin, geführt werden. Dieser wird infolgedessen Herrn Scheffer für seine bisherigen Dienste danken und ihn abreisen lassen. Ferner ist der Gesandte zu ersuchen, in der nächsten Zeit nach Bern zu kommen, zwecks Entgegennahme von Instruktionen (E 1005 2/3).

E 7110 1/91

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an das Kaufmännische Direktorium in St. Gallen*

Kopie
S KB

Bern, 17. Februar 1927

Handels- und Rechtshilfevertrag
mit Jugoslawien

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 10. d.M. ¹ beehren wir uns Ihnen mitzuteilen, dass uns offiziell von angeblichen Absichten der jugoslawischen Regierung, mit der Schweiz einen Tarifhandelsvertrag abzuschliessen, nichts bekannt ist. Wir werden uns immerhin durch die schweizerische Gesandtschaft in Belgrad erkundigen.

Nachdem nun durch den Abschluss des tschechischen Vertrags momentan eine gewisse Pause in den Handelsvertragsunterhandlungen eintritt, wird unser weiteres Programm insbesondere von der Entwicklung unserer Beziehungen mit Frankreich abhängig sein. Wie Ihnen bekannt ist, erwartet man für die allernächste Zeit die Veröffentlichung des neuen französischen Tarifs, und es wird nach dessen Erscheinen zu prüfen sein, ob und wann die Schweiz in Verhandlungen über den Abschluss eines Vertrags mit Frankreich eintreten soll. Gegenwärtig verhandeln wir übrigens noch mit der Türkei und mit Finnland und prüfen die Frage, ob allfällig auch Tarifverträge mit Belgien und Ungarn abgeschlossen werden könnten. Wir werden immerhin diese Prüfung nun auch auf Jugoslawien ausdehnen und behalten uns vor, auf die Angelegenheit später zurückzukommen.

Was einen allfälligen Rechtshilfevertrag anbelangt, so könnte dieser keinesfalls in Verbindung mit einem Handelsvertrag abgeschlossen werden, sondern wäre separat zu bearbeiten. Wir werden dem hiefür zuständigen Politischen Departement von Ihrer Anregung Kenntnis geben.

1. Das Kaufmännische Direktorium hatte darin festgestellt: [...]

Nachdem die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland bereits vor einiger Zeit ihren Abschluss gefunden haben und auch diejenigen mit der Tschechoslowakei eigentlich ihrem Ende entgegengehen, fragen wir uns, ob es nicht möglich wäre, dem sich immer mehr geltend machenden Bedürfnis nach einer Regelung der Wirtschaftsbeziehungen mit Jugoslawien Rechnung zu tragen. Nach den erhaltenen Berichten muss dieses Absatzgebiet als ein zunehmend aufnahmefähiges erachtet werden und das Interesse an diesem, für unsere Erzeugnisse auch aufnahmewilligen Markt, ist nach unserem Dafürhalten unbedingt ein so grosses, dass eine handelsvertragliche Vereinbarung sobald als möglich angestrebt werden sollte. [...]

[Wir] geben der Erwartung Ausdruck, dass gleichzeitig auch das Zustandekommen eines Rechtshilfevertrages zwischen der Schweiz und Jugoslawien angestrebt wird. Wir möchten an dieser Stelle die Wünschbarkeit eines solchen nicht näher begründen, indem wir die betreffenden Verhältnisse als Ihnen bekannt voraussetzen. Wir bemerken lediglich, dass in hiesigen Geschäftskreisen der Nachteil, säumige Schuldner nicht am Sitz des Fabrikanten einklagen und verurteilen lassen zu können und das Urteil in der Folge in Jugoslawien sofort zur Durchführung zu bringen, immer mehr empfunden wird (E 7110 1/91).

E 27, Archiv-Nr.23380/1

*Der Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

Kopie

S Sch/AR.

Bern, 18. Februar 1927

Sie haben uns am 21. Januar abhin einige Fragen betreffend die Verhandlungen der Commission préparatoire de la conférence du désarmement übermittelt¹. Wir haben sie der Generalstabsabteilung zur Prüfung und zum Bericht überwiesen und die beiliegende Antwort erhalten²; wir sind damit einverstanden und erlauben uns deshalb, sie Ihnen als unsere Ansichtäusserung zuzusenden.

Wir möchten nur die von der Generalstabsabteilung zuletzt berührte Frage etwas näher behandeln, nämlich die, wie wir uns zu den Arbeiten der Commission préparatoire und später zu denjenigen der Abrüstungskonferenz selber zu verhalten haben. Wir empfinden in dieser Hinsicht seit längerer Zeit gewisse Besorgnisse, die wir im Folgenden so kurz als möglich darlegen wollen.

Dass es sich bei der Abrüstung um eine wichtige Frage handelt, ist klar. Für uns stellt sie sich anders als für viele andere Völker, aber darum ist ihre Bedeutung nicht geringer. Vom Standpunkt unserer Aussenpolitik können wir jede Verminderung der Militärrüstungen begrüssen und unterstützen. Wir verlangen weder fremdes Gebiet noch eine irgendwie geartete Herrschaft über fremdes Volk; wir haben auch nicht Land und Leute zu verteidigen, die gegen ihren eigenen Willen oder gegen denjenigen eines Staates, dem sie früher angehörten, zu uns gekommen sind und selber eine Zurückversetzung in den frühern Stand wünschen oder von einem fremden Staat zurückverlangt werden. Unsere Politik ist vollkommen friedlich und unsere Landesverteidigung hat keinen andern Zweck als den der Abwehr ungerechtfertigter Angriffe. Dieser Sachlage entspricht unsere Armee in ihrer Gestaltung und Ausrüstung und entsprechen auch die Grundsätze der Führung und Verwendung, auf denen unsere gesamte Arbeit aufgebaut ist. Geht der Grad der Kriegsbereitschaft in den für unser Verhalten massgebenden Ländern zurück, so kann auch unsere Abwehr oder die Vorbereitung dazu im Sinne der Entlastung geordnet werden. Dann stossen wir aber auf ein grosses Hindernis,

1. *Das Politische Departement hatte sich damals wie folgt geäussert: [...] Über den Verlauf der bisherigen Verhandlungen haben wir Sie durch Übermittlung der Verhandlungsprotokolle und weiterer Dokumente fortdauernd auf dem Laufenden gehalten. Es wäre uns nun ausserordentlich wertvoll, zu erfahren, welche der bisher in Genf behandelten Fragen nach der Auffassung Ihres Departements mit besonderer Aufmerksamkeit weiterverfolgt werden sollten. Sodann ersuchen wir Sie, uns mitzuteilen, ob es sich Ihres Erachtens rechtfertigt, vor dem neuen Zusammentritt der «Commission préparatoire» zu irgend einer der bisher aufgetauchten Fragen Stellung zu beziehen. [...] (E 27, Archiv-Nr.23 380/1).*

2. *Als Annex abgedruckt.*

den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht. Er hat für uns nicht nur militärische sondern ebenso sehr politische Bedeutung. Er ist eine der wichtigsten Äusserungen der auf dem Grundsatz der Gleichheit beruhenden Demokratie und zugleich in seiner Anwendung eines der stärksten Bande, die unsere vielgestaltige Eidgenossenschaft zusammenhalten. Müssen wir unsere Rüstungen herabsetzen, so kann das nur durch eine Verringerung der Zahl unserer Soldaten geschehen; an der Ausbildungszeit kann nichts gestrichen werden, wir bleiben mit unserer heutigen Dienstzeit immer noch weit unter dem, was in andern Ländern von den Freunden der Abrüstung vorgeschlagen wird; an der Ausstattung unserer Truppen mit Kampfmitteln kann ebenfalls nichts abgelassen werden, bestehen hier doch schon eine ganze Reihe von Mängeln, die nach dem heutigen Stand der Dinge kaum zu ertragen sind. Müssen wir aber die Zahl unserer Soldaten vermindern, so kann das nur durch eine Herabsetzung der Rekrutenziffer geschehen, mit andern Worten so, dass wir nicht alle Tauglichen zum Militärdienst einberufen und damit auf den verfassungsmässigen Grundsatz der Wehrpflicht aller verzichten. Wir wiederholen, dass die Wirkungen einer solchen Massnahme ebenso sehr auf politischem wie auf militärischem Gebiet sich fühlbar machen würden. Es steht für uns fest, dass unser Volk eine Armee, die nicht aus der allgemeinen Wehrpflicht hervorgeht, ganz einfach nicht ertragen würde. Wie gross die Gefahren sind, die einer Republik aus einem Gegensatz zwischen Volk und Armee erwachsen können, lehrt die Geschichte mit eindringlicher Deutlichkeit.

Wir glauben, dass schon diese allgemeinen Erwägungen allein uns veranlassen müssen, der ganzen Entwicklung der Angelegenheit unsere ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wir werden dazu aber auch durch einzelne Tatsachen veranlasst.

Wir erwähnen in dieser Hinsicht den Bericht, den der argentinische Vertreter Perez über das Wehrwesen unseres Landes erstattet hat. Es geht daraus mit aller Deutlichkeit hervor, wie schwer es andern Leuten wird, unsere Verhältnisse richtig einzuschätzen. Es verwundert uns das weiter nicht, fällt es doch auch den nicht seltenen Besuchern unserer Armee nicht leicht, die als Fachleute und mit dem Auftrag, unsere militärischen Einrichtungen zu untersuchen, zu uns kommen. Gewisse entscheidende Dinge erfassen sie trotz Augenschein und Erläuterung oft überhaupt nicht. Kein Land ist wie das unsrige Missverständnissen ausgesetzt.

Einen andern Fall betrifft die von der Commission préparatoire aufgeworfene Frage: Est-il possible de limiter les armements de guerre éventuels d'un pays ou bien les mesures de désarmement ne doivent elles viser que les armements de paix? Die Antwort lautete: La Commission estime qu'il n'est pas possible actuellement de limiter les armements de guerre éventuels d'un pays. Elle affirme, au contraire, la possibilité de limiter les forces de terre, de mer et aériennes entretenues en permanence en temps de paix par les divers pays ou pouvant être utilisées immédiatement sans mesures préalables de mobilisation. Diese Antwort ist für uns durchaus annehmbar. Wir unterhalten keine Truppen, die ohne vorhergehende Mobilmachung unmittelbar verwendbar wären. Allfällige Abrüstungsmassnahmen würden uns also nicht betreffen.

Nun glauben wir aber aus verschiedenen Meldungen schliessen zu müssen, dass die Commission préparatoire die in ihrer erwähnten Antwort vertretene Ansicht geändert hat oder doch ändern könnte. Wie es sich damit verhält, wissen wir nicht und können wir nicht in Erfahrung bringen³.

Damit kommen wir auf den unserer Ansicht nach entscheidenden, jedenfalls sehr heiklen Punkt, nämlich den, wie wir es anstellen müssen, um über das, was in der Abrüstungsfrage geht, auf dem Laufenden zu bleiben und unsere Interessen rechtzeitig und wirksam verfechten zu können.

Wie Sie selber erfahren haben, ist es ausserordentlich schwierig, in der gewaltigen Papierflut dasjenige zu entdecken, was wichtig ist und entscheidend werden kann. Schon die Masse selbst ist schwer zu bewältigen; dazu kommt die eigentümliche Art des Ausdruckes, bei der man oft nur mit grosser Mühe im stande ist zu verstehen, was eigentlich gemeint ist. Es braucht geradezu ein eigentliches Studium, wenn man nur einigermaßen sich ein Urteil über den Gang der Dinge bilden will.

Ganz abgesehen davon, dass wir zurzeit niemanden haben, dem diese Arbeit zugewiesen werden kann, befinden wir uns im Militärdepartement insofern in einer ungünstigen Lage, als wir mit dem Völkerbund und den mit ihm zusammenhängenden Einrichtungen in gar keinen Beziehungen stehen. Wir sind weder imstande, uns ein Bild darüber zu machen, in welcher Richtung die Entwicklung geht, noch besitzen wir irgend ein Mittel, unsere besonders geartete Stellung zur Geltung zu bringen, bevor die bindenden Beschlüsse gefasst sind.

Aus diesem Zustand heraus können für uns eines Tages ganz unangenehme Überraschungen erwachsen. So ist es ganz gut möglich, dass wir in kürzester Frist zu irgend einer Frage Stellung nehmen müssen, ohne dass wir uns über die Sachlage genügend Rechenschaft geben könnten. Wie leicht können wir uns dann täuschen, besonders wenn wir an den Druck denken, der auch dann im Sinne der Zustimmung zu den ohne uns getroffenen Vereinbarungen sicher uns gegenüber ausgeübt werden wird.

Wir sind daher der Ansicht, dass der heute fehlende Zusammenhang auf irgend eine Weise hergestellt werden sollte. Wir sind leider nicht in der Lage, einen be-

3. In seinem Schreiben an das Politische Departement vom 31. 8. 1927 stellte das Militärdepartement in Bezug auf den Bericht über die dritte Session der Commission préparatoire de la conférence du désarmement vom 26. April 1927 fest: [...] Die Kommission hat sich, wie aus dem vorliegenden Texte geschlossen werden muss – allerdings nur unter den Vorbehalten der deutschen, englischen und amerikanischen Vertretungen – auf dem Grundsatz geeinigt, dass die Beschränkung der Bestände an Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten sich nur beziehen soll auf diejenigen Teile der Wehrmacht, die ohne Mobilisationshandlungen verwendungsfähig sind [...]. Aus diesem Artikel [...] ergibt sich für unser Land der sichere Schluss, dass die vorgeschlagene Beschränkung der Bestände unsere Armee nicht berühren wird, da sie über keinerlei Kräfte verfügt, die ohne Mobilisation verwendungsfähig wären. Wir wollen nicht verhehlen, dass dieses Resultat für uns von unserm spezifisch schweizerischen Standpunkt aus Beruhigung bringt, weil eine Lösung der Abrüstungsfrage, welche uns zwingen würde, unsere Bestände in einem Masse herabzusetzen, dass wir den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht aufheben müssten, uns vor eine nach unserer Ansicht sozusagen unlösbare Aufgabe gestellt hätte. [...] (E 2001 (C) 5/7).

stimmten Vorschlag zu machen, weil wir, wie gesagt, keine Beziehungen zu den Einrichtungen des Völkerbundes unterhalten. Vielleicht wissen Sie einen Weg und deshalb bitten wir Sie, die Angelegenheit einer Prüfung zu unterwerfen⁴.

ANNEX

*Der Chef der Generalstabsabteilung, H. Roost,
an den Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer*

S

Berne, 16 février 1927

Réduction des armements

Enumération des questions traitées par la «Commission préparatoire de la Conférence du désarmement» et qui nous intéressent tout particulièrement.

En réponse à vos N^o 41/2/1 des 20 et 24 janvier 1927⁵ et après étude forcément rapide des volumineux documents:

- Documents de la Commission préparatoire de la Conférence du désarmement, Série I. Genève, décembre 1925;
 - Rapport à la 7e. Assemblée de la Société des Nations sur l'œuvre du Conseil, sur le travail du Secrétariat et sur les mesures prises pour exécuter les décisions de l'Assemblée. Genève, 1er juin 1926 (voir p. 10-18);
 - Documents de la Commission préparatoire de la Conférence du désarmement, Série II. Genève, 1er août 1926;
 - Sous-Commission B, Rapport N^o I. Genève, 30 novembre 1926;
 - Rapport de la Sous-Commission A. Genève, décembre 1926⁶,
- nous nous permettons d'attirer l'attention toute particulière du Département Politique Fédéral sur les points suivants:

1. Comparaison des budgets.

Il faut suivre de très près les études qui se font en vue de rechercher une solution dans la comparaison des budgets et par voie de conséquence dans la réduction des budgets militaires. Comme nous l'avons déjà laissé entrevoir dans notre rapport de mars 1926, des études comparatives des budgets des différentes armées sont, non seulement difficiles à l'extrême, mais dangereuses, parce qu'elles peuvent conduire à des solutions contraires à la réalité et être très défavorables à notre organisation militaire actuelle, totalement différente de celle des autres nations.

Du reste, dans quelque domaine que ce soit, des comparaisons entre notre système militaire et celui d'un de nos voisins sont quasi impossibles et ne peuvent qu'être désavantageuses pour nous qui avons réalisé cette réduction des armements recherchée par la Société des Nations. En outre, il ne faut pas oublier que les personnalités étrangères capables de comprendre et de juger notre système

4. *In seinem Schreiben vom 23.2.1928 an das Politische Departement führte das Militärdepartement aus: [...]*

Die Generalstabsabteilung hat mit unserer Zustimmung für die Behandlung derjenigen Angelegenheiten des Völkerbundes, an welchen unser Militärwesen interessiert ist, Herrn Oberst Züblin, gewesenen Kommandanten der Infanterie-Brigade 14, Rechtsanwalt in Zürich, als Berater zugezogen, dem sie jeweilen auch das Aktenmaterial übergibt. [...] (E 27, Archiv-Nr. 23380/1).

5. *Nicht abgedruckt.*

6. *Die zitierten Dokumente in: E 2001 (C) 5/51.*

militaire sont infiniment rares. L'appréciation donnée sur notre armée à la page 35 des «Documents de la Commission préparatoire de la Conférence du Désarmement, Série II; Genève, 1er août 1926» par l'honorable représentant de la République Argentine (M. Perez) est une preuve nouvelle de ce que nous avançons⁷. C'est méconnaître totalement les éléments de notre armée et son mécanisme intérieur pour affirmer que nous sommes «le Pays le plus armé de l'Europe», que nous sommes «armés jusqu'aux dents» et que notre armée est «constituée de tous les éléments nécessaires à une grande armée».

2. Du droit de déclarer la guerre.

Il nous apparaît qu'en abordant les questions «potentiel de paix» et «potentiel de guerre», les études faites jusqu'ici ne tiennent pas suffisamment compte du fait qu'il existe dans les divers pays une différence énorme quant à l'instance à laquelle est délégué *le pouvoir ou le droit de déclarer la guerre*. Comme nous l'avons déjà signalé dans notre étude de mars dernier, le fait que ce droit ou ce pouvoir est délégué à un «collège» comme chez nous (Assemblée nationale) ou à une seule personne (Italie par ex.) peut offrir une garantie de paix ou un gros danger de guerre. L'histoire est riche en enseignements dans cet ordre d'idées. Nous sommes d'avis que, quoique d'ordre politique, ce facteur doit être très sérieusement examiné dans l'étude de la sécurité d'une nation vis-à-vis d'une nation voisine.

3. Armements offensifs, armements défensifs.

Les rapports des Sous-commissions nous laissent nettement entrevoir quelles difficultés les commissions éprouvent à répondre à la question IV du Programme Benes. Y a-t-il des armements «offensifs» et des armements «défensifs»? Or, à notre avis, c'est là une question qui nous intéresse beaucoup, car notre organisation, et notre armée qui en découle, est de A à Z un armement défensif, dans son esprit comme dans ses moyens. C'est cet esprit qui a été relevé d'une façon judicieuse par l'honorable M. Perez (Argentine) dans son exposé dont nous faisons mention au chiffre 1 ci-dessus; et il faut avouer qu'en appréciant le caractère politique de notre organisation militaire il a été mieux inspiré qu'en cherchant à représenter sa puissance matérielle.

A notre avis: aviation de bombardement, chars de combat, artillerie lourde à grande puissance, comme la plupart des gaz de combat sont des armements «offensifs» et moyens que nous ne possédons pas.

4. Gaz de combat.

Nous devons soutenir tous efforts, toute initiative tendant à supprimer l'emploi des gaz dans les guerres futures.

Voilà pour l'instant les quelques points sur lesquels nous désirons attirer l'attention toute particulière des personnalités qui seront chargées de représenter nos intérêts lors des délibérations futures sur le Désarmement.

7. *Perez führte in der Sitzung vom 19.5.1926 aus: [...] We must take into account what I will call potential peace strength. By definition all arms are offensive. As the United States delegate very rightly said, it is man himself who makes the weapon offensive or defensive according to circumstances.*

I will quote an example. I read in a book by an English writer that, in proportion to its population, Switzerland was the most strongly-armed country in Europe. Granted that that is so, no one could possibly suggest that the Swiss Army is an aggressive army, although it comprises all the elements necessary for a large army. As the result of her neutrality, Switzerland possesses a large potential peace strength, and, although armed to the teeth, her army – and if she could have one, her navy – would be in no sense aggressive, and no one need ever be afraid of Switzerland on account of her potential peace strength.

Accordingly, I think that, as M. Paul-Boncour said, the question is not purely technical but has also a general aspect to which we can give a reply (E 2001 (C) 5/51).

Toutefois, le moment nous semble encore peu favorable pour présenter une liste définitive. A l'étude des documents publiés jusqu'ici, il est difficile, sinon impossible, de se faire une idée de la tournure que prendra l'étude des rapports des Sous-commissions par la Commission préparatoire. Nous pensons que cette Commission devra tout d'abord chercher à établir un résumé avant de passer à l'élaboration du rapport définitif au Conseil. Si tel est le cas, alors nous pouvons attendre ce moment où toutes les questions seront clarifiées, où une opinion commencera à se dessiner, pour examiner à nouveau, sur une base simplifiée, s'il est opportun de nous faire officiellement entendre sur les points qui nous préoccuperaient plus particulièrement. –

En vous adressant le présent rapport, nous nous permettons de rappeler notre suggestion de l'an dernier sur l'opportunité de désigner, sinon créer, un organe spécialisé, chargé de suivre très attentivement tous ces débats et études relatifs au Désarmement, de ce problème extrêmement ardu qui sera très long à être solutionné, si jamais l'on y arrive. Les études entreprises prennent une telle envergure et la documentation devient de jour en jour si complexe et si volumineuse qu'il nous est impossible, tant au point de vue temps que moyens, de les suivre avec l'attention convenable. Or cette question du Désarmement, suivant la tournure que prendra la suite des travaux à Genève, peut avoir une répercussion et une influence prépondérantes sur toute notre organisation militaire.

258

E 2001 (C) 2/11

*Aufzeichnung des Gesandtschaftssekretärs in der Abteilung für Auswärtiges
des Politischen Departementes, P. Bonna*

handschriftlich

Bern, 21 février 1927

NOTICE

Miss Atcherson vient me demander où en est la question de l'adhésion éventuelle de la Suisse au «Nine-Power Treaty» concernant la Chine, signé à Washington, le 6 février 1922.

Je réponds à Miss Atcherson que nous sommes fort obligés au Gouvernement américain des efforts qu'il a faits pour réserver à la Suisse le droit d'adhésion éventuelle à ce traité, que la question demeure ouverte, mais que les événements qui, depuis le printemps dernier, se sont déroulés en Chine nous ont empêchés et nous empêchent encore de nous départir d'une attitude d'expectative à l'égard d'un programme politique élaboré à un moment où les conjonctures actuelles ne pouvaient pas être envisagées.

Miss Atcherson paraît avoir très bien compris qu'il est en effet impossible de se prononcer en ce moment sur un programme aussi général à l'égard d'un pays déchiré par la guerre civile. Elle me demande, toutefois, si notre attitude d'expectative pourrait lui être confirmée par note.

J'ai réussi à lui faire admettre qu'elle nous rendrait service en n'insistant pas et en se bornant à faire savoir à son Gouvernement, comme un renseignement officieux, que, sans considérer l'affaire comme terminée, nous attendons de voir comment les choses vont se tourner¹.

1. *Randbemerkung Dinicherts*: D'accord avec cette réponse.

259

E 2001 (C) 1/22

*Der Gesandte des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in Bern,
M. Jovanovitch, an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta¹*

S

Berne, 21 février 1927

D'ordre de mon Gouvernement j'ai l'honneur de vous informer que le Gouvernement Royal est disposé à entrer en pourparlers avec le Conseil Fédéral en vue de la conclusion d'un nouveau traité de commerce entre le Royaume des Serbes Croates et Slovénes et la Suisse.

Dans le cas où le Conseil Fédéral serait disposé à entrer en pourparlers à Belgrade, les pourparlers pourraient commencer déjà au cours du mois de mars ou avril. Si au contraire, le Conseil Fédéral préfère que les pourparlers soient menés à Berne, le Gouvernement ne pourrait entrer en pourparlers qu'à partir du mois de mai².

1. *Bemerkung Mottas am Briefkopf*: Apporté aujourd'hui par M. Jovanovitch. 22. II. 27.

2. *Vgl. Nr. 272*.

260

E 2001 (C) 1/59

Aufzeichnung des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartementes, H. Häberlin

Copie für's Politische Departement

AUFZEICHNUNG ÜBER DEN BESUCH
DES HERRN MINISTER PIGNATTI, VOM 22. FEBRUAR 1927

Der italienische Gesandte will unsere Aufmerksamkeit lenken auf die Bulletins der II. sozialistischen Internationale, die vom Sekretär Dr. Adler in Zürich herausgegeben und in verschiedenen Blättern auszugsweise wiedergegeben werden; sie enthielten namentlich unwahre und übertriebene Angaben über die Behandlung der *confinati*. Er weist ferner hin auf einen Artikel in der *Libera Stampa* vom 21. Februar 1927, gezeichnet von Francesco Frola, *ex-deputato italiano*. Endlich beklagt er sich, dass ein Korrespondent in Lugano nach auswärts, speziell an den *Daily Herald* in London, aufpeitschende Artikel sende, die vor allem von Kriegsrüstungen Italiens sprächen und angeblich positive Tatsachen über Herstellung von Kriegsmaterial und dergleichen anführten. Konklusion: Gegen Auslassungen von Schweizern in der schweizerischen Presse hält die Gesandtschaft ihre Bemerkungen zurück. Gegen Ausländer erwartet sie die Anwendung derjenigen Mittel, welche Ausschreitungen verhindern können, speziell Verwarnung.

Antwort: Wir nehmen Notiz von den Mitteilungen. Gegen formal injuriöse Presseerzeugnisse haben wir stets in der gewünschten Form reagiert; es steht übrigens auch die Klage nach Bundesstrafrecht offen. – Wir haben bereits via Nationalrat Grimm nach Zürich wissen lassen, dass wir die Bildung von Agitationszellen gegen Italien in der Schweiz nicht dulden würden; Grimm hat das Bestehen solcher in Abrede gestellt und auch als für seine Partei unerwünscht bezeichnet. (Pignatti: Auch wir behaupten keine solche Zellenbildung in Zürich).

Was die falschen Angaben über Kriegsrüstungen anbelangt, so sehen wir dem Nachweis entgegen, dass sie aus der Schweiz stammen; wir wollen uns überlegen, wie solchen Hetzereien, wenn deren Unrichtigkeit dargetan ist, vorgebeugt werden kann. – Was die Schilderungen über das Los der *confinati* anbelangt, so müssen wir uns äusserste Zurückhaltung auferlegen, da wir schon Berichte von absolut nicht böswilligen Unparteiischen gesehen haben, welche bestätigten, dass derartige politische Internierte als Verbrecher, z.B. mit Handschellen, behandelt wurden. (Pignatti: Das Benehmen vieler solcher politischer Gegner war nach unserer Anschauung ein verbrecherisches). Wir glauben nicht, dass ein Prozess oder auch nur ein Versuch des administrativen Einschreitens gegen solche Darstellungen ein nützliches Resultat für die Bestrebungen nach einem ungetrübten Einvernehmen ergeben würde.

Pignatti: Haben Sie Beobachtungen gemacht über provokatorisches Benehmen der Fascisten, abgesehen etwa vom Vorfalle in Genf, der aber z.B. von Ferrata missbilligt wurde?

Antwort: Ich habe zur Zeit keine Klagen anzubringen. Bei diesem Anlasse bitte ich aber Excellenz, einmal an Herrn Signori die Frage zu stellen, ob er bei jenem Vorfall in Genf anwesend war oder nicht.

Pignatti: Ist seitens des Departements sonst eine Klage vorhanden, von der ich Notiz nehmen könnte?

Antwort: Es bleibt immer noch unsere generelle Klage, dass die Weisung Mussolinis an die italienische Vertretung in der Schweiz, wonach die Einholung der vorausgehenden Zustimmung zur Visumserteilung in Rom nicht mehr nötig sein soll, von den italienischen Konsulaten ignoriert wurde und die Konsulate eigne Politik treiben. Erst kürzlich hat wieder ein Schweizer durch die hiedurch verursachte Verzögerung eine gute Stelle verloren.

Pignatti: Es ist richtig, dass alle Konsulate sofort gegen die Weisung Mussolinis vom Herbste 1926 vorstellig geworden sind.

Antwort: Es handelt sich um eine Weisung, die, wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, schon am 11. September 1925 von Mussolini erlassen wurde. Sie wurde mir damals von Excellenz Garbasso vorgelesen. Für uns ist vor allem die Erscheinung neu, dass ein Befehl des Duce missachtet werde von seinen Beamten; diese ganz singuläre Erscheinung musste uns befremden.

Pignatti: Mir ist nur eine Weisung von 1926 gegenwärtig. Übrigens habe ich bereits in einzelnen Fällen, wie demjenigen von Gertrud Hochuli, eingegriffen. Es handelt sich wohl in der Hauptsache um das Konsulat in Basel. Die kantonalen Behörden sollten unsern Konsulaten gelegentlich auch etwas larger entgegenkommen. Ich untersage immerhin auch jede konsularische Politik auf eigene Faust.

E 2001 (C) 1/40

*Der tschechoslowakische Aussenminister, E. Beneš,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Prague, 22 février 1927

J'ai bien reçu votre aimable lettre du 8 février¹ et j'ai donné à nouveau à nos délégués des instructions pressantes de ne rien négliger pour aboutir à la conclusion du traité de commerce. Je me réjouis aujourd'hui que cette tâche ait été accomplie ce qui ne manquera pas de resserrer encore nos liens d'amitié. Je dois constater que ce n'était pas facile de surmonter toutes les difficultés qui ont surgi à cette occasion. J'ai parfaitement compris l'intérêt que vous avez attaché à ce que les desiderata de votre industrie fussent entendus, mais d'autre part, je n'ai pu ne pas prendre en considération les besoins de notre propre pays. Je suis heureux d'avoir pu contribuer, de mon mieux, à écarter les difficultés qui se sont accumulées.

A cette occasion je tiens à vous dire, mon cher Président, que j'ai été ainsi que mon Gouvernement très sensible à l'accueil particulièrement chaleureux que vous avez bien voulu réserver aux délégués tchécoslovaques.

Dans votre lettre, vous avez bien voulu me parler du désir de créer à Prague une légation. J'en suis déjà informé et je serai heureux de pouvoir voir à Prague votre représentant diplomatique. Nos relations réciproques tout en étant très suivies y gagneraient encore davantage.

Je comprends parfaitement les difficultés que vous avez à surmonter pour faire représenter la Suisse dans tous les Etats et en conséquence, nous ne voudrions pas les aggraver par les trop grandes exigences. Mais je sais d'autre part que vous ne voudriez pas créer une chose qui ne nous conviendrait pas entièrement et c'est pourquoi que je me permets de vous informer que la combinaison de la Légation avec le Ministre de Suisse à Vienne et à Budapest, accrédité de même en Tchécoslovaquie, mais siégeant à Vienne, est de nature à nous créer quelques petites difficultés. C'est pourquoi notre Gouvernement apprécierait beaucoup si on pouvait trouver une autre combinaison (par ex. Varsovie et Prague, ou Bucarest et Prague etc.)².

1. Nr. 248.

2. *Bemerkung Mottas am Briefkopf*: Communiqué au Conseil fédéral, en séance, le 4. III. 27.

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Mr. Persönlich und vertraulich
Beziehungen zu Russland

Berlin, 23. Februar 1927

Ich beehre mich, den Empfang des Telegramms der Abteilung für Auswärtiges vom 18. ds.¹ zu bestätigen, nach dem ich am 9. März zur Entgegennahme der Instruktionen in Bern erwartet werde. Wie ich Ihnen bereits mitzuteilen mir erlaubte, werde ich am 7. März mit verschiedenen andern Angehörigen des hiesigen Diplomatischen Corps einer Einladung der Stadt Leipzig zum Besuch der dortigen Mustermesse folgen. Ich werde am Abend desselben Tages direkt von Leipzig nach der Schweiz fahren und demnach Dienstag, den 8. März abends in Bern eintreffen. Ich werde also schon am Vormittag des 9. März bei Ihnen anfragen, zu welcher Stunde Sie mich empfangen können.

Herr Dr. Wolfers bat mich gestern, den Journalisten Herrn Scheffer noch vor dessen Abreise nach Moskau zu empfangen. Ich glaubte keinen Grund zu einer Ablehnung zu haben. Die beiden Herren waren gestern bei mir. Herr Scheffer hat nach seiner Angabe den schweizerisch-russischen Konflikt zuerst in Moskau zur Sprache gebracht, wo man ihm, allerdings ohne grosse Begeisterung, erklärt habe, dass die Russische Regierung jederzeit zur Beilegung bereit sei; dieselbe Mitteilung ist ihm, wie ich Ihnen bereits berichtete, dann auch hier in Berlin gemacht worden. Herr Scheffer glaubt, dass der Russischen Regierung heute wirklich an einer Verständigung mit der Schweiz gelegen sei. Sie wünsche tatsächlich, an der Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen, vielleicht weniger wegen der dort zu verhandelnden Fragen selbst, als aus Prestige Gründen. Russland fühle sich nach der litauischen Krise und infolge des Konfliktes mit England isoliert und sehe sich gezwungen, seine Politik etwas zu mässigen. Die Regierung sei auch sehr enttäuscht darüber gewesen, dass die Verlegung der Weltwirtschaftskonferenz nach Amsterdam, wofür sie bereits Delegierte bezeichnet gehabt habe, abgelehnt worden sei. Herr Scheffer wollte von mir wissen, wie weit auf schweizerischer Seite die Geneigtheit zu einer Verständigung bestehe. Ich sagte ihm, dass ich am 9. März ohnehin in Bern sein werde, wobei die Frage der Unterhandlungen besprochen werden solle, immerhin in der Meinung, dass die Anerkennung de jure ausser Diskussion bleibe. Herr Scheffer äusserte die Befürchtung, dass ein längeres Schweigen der Schweiz von russischer Seite als Mangel an Geneigtheit zur Verständigung empfunden werden und die Russische Regierung selbst wieder zurückhaltender machen könnte. Er fragte mich, ob er der Russischen Botschaft sagen dürfe, es sei dies nicht die Bedeutung des bisherigen schweizerischen Stillschweigens. Ich erin-

1. Nicht abgedruckt.

nerte ihn daran, dass meine Regierung ja bereits durch ihn habe erklären lassen, zur Beilegung des Konfliktes auf annehmbarer Grundlage bereit zu sein, woran sich nichts geändert habe. Wenn die Besprechung in Bern erst im März stattfinden könne, so sei das ausschliesslich auf rein äusserliche Gründe zurückzuführen. Ich nehme an, dass Herr Scheffer dies der Russischen Botschaft mitteilen wird.

Ich benützte den Anlass, Herrn Scheffer Ihren Dank für seine Bemühungen auszusprechen.

263

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Mr. Persönlich und vertraulich
Beziehungen zu Russland

Berlin, 25. Februar 1927

Im Anschluss an ein Gespräch über die englische Note an Russland zog mich gestern Abend Herr Staatssekretär von Schubert in einer Gesellschaft bei Seite, um die Frage an mich zu richten, ob denn wirklich keine Verständigung zwischen der Schweiz und Russland möglich sei. Ich erinnerte ihn an den von schweizerischer Seite wiederholt bewiesenen guten Willen zu einer solchen, insbesondere an die in Bern durch Vermittlung des Französischen Botschafters geführten Verhandlungen, die nur infolge der russischen Halsstarrigkeit erfolglos geblieben seien und machte ihn ferner darauf aufmerksam, dass das von ihm mir seinerzeit angekündigte Anerbieten der guten Dienste Japans in Genf unterblieben sei. Er bemerkte dazu, dass damals ein Missverständnis vorgelegen habe. Der Japanische Delegierte habe von seiner Regierung den Auftrag gehabt, einen Antrag aus dem Schosse des Rates auf Intervention zu unterstützen und gegebenenfalls seine guten Dienste anzubieten. Da aber ein solcher Antrag von keiner Seite gestellt worden sei, habe der Japaner geschwiegen.

Herr von Schubert betonte mehrmals das grosse Interesse, das seine Regierung daran habe, dass Russland nicht wegen eines Konfliktes mit der Schweiz den Konferenzen fernbleiben müsse oder sich doch nicht mehr auf diesen Konflikt berufen könne, wobei er aber ausdrücklich erklärte, dass er mir diese rein persönliche Mitteilung weder offiziös mache, noch mit ihr irgend eine Zumutung an die Schweiz stellen wolle. Ich sagte ihm, dass ich in nächster Zeit in Bern sein und Ihnen bei diesem Anlasse Kenntnis von dem Gespräch geben werde; meines Erachtens sei eine Verständigung möglich, wenn Russland hierzu wirklich guten Willens sei.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 4. März 1927

Vortrag des Obersten Ulrich Wille

Mündlich

In der Angelegenheit des Obersten Wille (siehe Protokoll vom 1. März d. Js.)¹ hat der Herr Bundespräsident den Besuch des italienischen Gesandten erhalten. Dieser war etwas aufgeregt. Herr Pignatti hat offenbar von seiner Regierung sehr strenge Weisungen erhalten. Herr Motta versuchte ihn zu beruhigen. Er wies darauf hin, dass der Vortrag Oberst Willes rein technischen Charakter hatte, dass er nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, und dass er übrigens von einigen Zeitungen ungenau und unvollständig und ohne die Zustimmung des Verfassers wiedergegeben wurde. Er hob ferner hervor, dass Oberst Wille keineswegs beabsichtigt habe, den politischen Wert des schweizerisch-italienischen Schieds- und Vergleichsvertrages² herabzusetzen, oder etwa die vollständige Loyalität der italienischen Regierung in Zweifel zu ziehen. Der Vorsteher des politischen Departementes gab der Hoffnung Ausdruck, dass der Zwischenfall mit dieser seiner Erklärung als erledigt betrachtet werden könne. Immerhin sei er bereit, diese Unterredung durch die Depeschagentur in der Öffentlichkeit bekanntmachen zu lassen, wenn Italien einverstanden sei und dies zur Erledigung der Angelegenheit wünsche³.

Was den Fall verschärft, sind nach Ansicht des Herrn Motta die Ausführungen in der «Nationalzeitung»⁴ im Anschlusse an die auszugsweise Wiedergabe des Vortrages Wille. Herr Motta bemerkte aber Herrn Minister Pignatti, dass dies die Meinungsäusserung eines Privaten sei, gegen die die Bundesbehörden nichts vorgehen können⁵. Der Genannte begriff dies.

1. In der Sitzung vom 1. 3. 1927 äusserte sich der Vorsteher des Militärdepartementes, Scheurer, zum Vortrag «Kampf im Lande», den Oberst U. Wille an der Generalversammlung der Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich gehalten hatte. [...] Das Referat behandelte den Fall eines feindlichen Einbruches in die Schweiz. Dabei beschränkte sich Oberst Wille auf die zwei Fälle eines italienischen oder französischen Einbruches. Der Referent liess auch einen Satz einfließen, der auf das diplomatisch-politische Gebiet übergreift und dahin ging: Italien würde uns nie zu einem Frieden oder zu einem Verzicht zwingen können, «wenn wir nur alteidgenössisch denken und nicht den Völkerbund oder den Haag anrufen». Demnach wäre also jede schiedsgerichtliche oder diplomatische Beilegung eines kriegerischen Konfliktes als verwerflich und nicht alteidgenössisch zu verurteilen. [...] (E 1005 2/3).

2. Vergleichs- und Schiedsvertrag vom 20. 9. 1924, in: AS 1925, NF 41, S. 179ff.

3. Laut Protokoll der Bundesratssitzung vom 8. 3. 1927 stimmte Italien diesem Vorschlag zu, womit die Angelegenheit vom Bundesrat als erledigt betrachtet wurde (E 1005 2/3). Vgl. auch Nr. 267 und Nr. 281.

4. Nr. 89 vom 22. 2. 1927.

5. Am 7. 3. 1927 teilte Motta dem Chefredaktor der «Nationalzeitung», R. Amstein, mit: [...] Ich bin sicher, Herr Chefredaktor, dass Sie mich richtig verstehen, wenn ich Sie bitte, darüber wa-

Herr Scheurer hatte seinerseits eine Unterredung mit dem italienischen Militärattaché. Er gab ihm eine ähnliche Erklärung ab, wie Herr Motta sie dem Gesandten gegeben hat. Ferner setzte er ihm auseinander, dass es jedem Fachmann ohne weiteres als selbstverständlich erscheinen müsse, dass bei der Erörterung von Problemen der Landesverteidigung auf bestimmte Hypothesen von Angriffen seitens des einen oder andern Nachbarstaates abgestellt werde. Dies bedeute noch keineswegs, dass man dem betreffenden Nachbarstaate irgendwelche Angriffsabsichten unterschiebe.

Der Vorsteher des Militärdepartementes fügt bei, dass er seit der letzten Sitzung in den Besitz des genauen Wortlautes des Vortrages Wille gelangt sei. Er habe das Referat aufmerksam durchgelesen und nichts darin gefunden, das in militärischer Hinsicht in Würdigung des Ortes und der Eigenschaft der Zuhörer (Offiziersgesellschaft) als unangebracht zu bezeichnen wäre. Hingegen seien die Ausführungen politischer Natur, insbesondere jene über den Völkerbund und das Haager Schiedsgericht, unbedingt zu beanstanden. Sie richten sich aber weniger gegen Italien, als gegen den Bundesrat und seine Aussenpolitik.

Herr Scheurer hat dem Obersten Wille bereits im Sinne des in der Sitzung vom 1. März geäußerten Wunsche geschrieben und wird ihm jetzt nochmals schreiben.

Von diesen Ausführungen wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

chen zu wollen, dass ähnliche Stimmungen und Überlegungen in Ihrer Zeitung nicht mehr Platz finden. Meine Bitte ist mir einzig und allein durch meine Sorge um das Landeswohl eingegeben. [...]/(E 2001 (C) 1/59).

265

E 2, Archiv-Nr. 1681

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S
Zones

Paris, 4 mars 1927

Vous vous souvenez qu'au cours de l'entretien que j'avais eu avec lui, le 12 février¹, le Ministre des Affaires Etrangères m'avait déclaré que le compromis d'arbitrage des zones passerait au Sénat avant la fin du mois. Je constate que cette prédiction ne s'est pas réalisée, parce que, malgré l'intervention personnelle de MM. Briand et Fromageot auprès d'elle, la Commission sénatoriale des Affaires Etrangères a traîné l'étude du rapport de M. Victor Bérard; ce dernier a continué aujourd'hui son exposé devant ladite Commission, qui, toutefois n'en a pas encore terminé la discussion, en sorte que la suite a été remise à sa prochaine séance, qui aura lieu dans 8 jours. Je suis contrarié de constater ce retard, qui ne

1. Vgl. Nr. 253.

me semble pas étranger au fait qu'on a feint de découvrir maintenant que, de son côté, la Suisse n'a point encore ratifié définitivement le premier alinéa de l'article 435 du Traité de Versailles².

D'autre part, le «Journal des Débats» de ce jour relève, dans un article que votre service de presse vous aura signalé, le «point obscur» de la procédure parlementaire fédérale; je n'arrive pas à comprendre comment l'on peut parler d'obscurité dans une maison de verre; et le «Journal» de ce matin consacre également à cette question un article demandant que le problème soit élucidé. Vous n'ignorez pas que ces deux gazettes ont toujours été favorables au point de vue suisse.

Il me serait très agréable d'apprendre le plus vite possible si vous avez l'intention de demander aux Chambres fédérales de traiter au cours de leur session de printemps les divergences sur l'arrêté fédéral concernant la suppression de la neutralisation de la Savoie du Nord³. Evidemment, il ne nous faudrait pas encourir la critique ou le reproche d'être nous-mêmes en retard pour la Savoie après que le Parlement français aura voté le compromis d'arbitrage des zones. Admettons que ce vote intervienne encore au cours du présent mois et qu'à Berne il en soit de même pour l'abrogation de la neutralisation de la Savoie; le résultat serait que, pour les zones les ratifications pourraient être immédiatement échangées tandis qu'en ce qui concerne la question de la Savoie, nous devrions attendre les 90 jours constitutionnels du délai référendaire. Or, vu l'état d'âme de quelques sénateurs, qui veulent que les deux alinéas de l'article 435 soient définitivement adoptés en même temps, je crois qu'il sera difficile d'obtenir ici un décalage de trois mois entre les deux questions. Si chacun des deux Parlements attend l'autre, cela peut durer encore longtemps. Mais il appartient aux Gouvernements de décréter l'entrée en vigueur d'une décision parlementaire (sauf lorsque cette date est fixée dans la loi elle-même, ce qui n'est pas le cas pour l'article 435); rien n'empêcherait donc le Pouvoir exécutif français de rassurer les sénateurs en leur expliquant qu'après l'adoption, par eux, du compromis d'arbitrage des zones, l'échange des ratifications aurait lieu contre la déclaration suisse de renonciation à la neutralité de la Savoie. De son côté, le Pouvoir exécutif suisse déclarerait aux Chambres fédérales, si elles adoptent en mars le projet d'arrêté concernant la Savoie, qu'il veillerait à ne faire état de cet arrêté vis-à-vis de la France qu'au moment de l'échange des ratifications sur le compromis d'arbitrage des zones.

Il serait opportun que les discussions parlementaires sur ces deux questions prissent fin; la sagesse des deux Gouvernements saura faire le reste.

2. *Art. 435 des Versailler Vertrages* in: BBl 1919, V, S. 222ff. – *Dunant hatte bereits in seinem Schreiben vom 23.2.1927 an das Politische Departement auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, dass die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten den definitiven Verzicht der Schweiz auf die neutralisierte Zone Hochsavoyens mit der Ratifikation des Zonenkompromisses verknüpfen könnte* (E 2, Archiv-Nr. 1681).

3. *Vgl. Nr. 266.*

266

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. März 1927

Zonenfrage

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes berichtet über den gegenwärtigen Stand der Zonenangelegenheit. Er erinnert daran, dass die französische Kammer am 16. Juli 1926 mit der grossen Mehrheit von 534 gegen 1 Stimme dem Schiedsabkommen zugestimmt hat. Hingegen stehe die Ratifikation durch den Senat noch aus. Nun scheinen im letzten Augenblicke dort aber Schwierigkeiten entstanden zu sein. Plötzlich habe dort jemand die seit Jahren genau bekannte Tatsache als neu hervorgeholt, dass die Schweiz denjenigen Teil von Artikel 435 des Versailler Vertrages noch nicht genehmigt hat, der sich auf die *Neutralisation Nordsavoyens* bezieht. Dieser Artikel sieht den Hinfall der Neutralisation vor; doch ist gemäss Anlage 1 dazu (Note des Bundesrates vom 5. Mai 1919) die Ratifikation der Schweiz ausdrücklich vorbehalten¹.

Die Frage der Neutralisation Nordsavoyens, die vorwiegend von militärischer Bedeutung ist, während die Freizonenangelegenheit hauptsächlich wirtschaftliches und politisches Gepräge hat, sollte nach der Absicht des Bundesrates möglichst bald von der Bundesversammlung behandelt werden. Schon am 14. Oktober 1919 kam seine Botschaft an die Räte heraus, in der die Genehmigung des Verzichtes auf die Neutralisation beantragt wurde. Bereits am 21. November des gleichen Jahres stimmte der Nationalrat dem Antrage zu. Unterdessen ergaben sich aber in der andern mit Frankreich zu regelnden Angelegenheit, derjenigen der Freizonen, beträchtliche Unstimmigkeiten. Sie erreichten einen Höhepunkt, als die französische Regierung in einer Note vom 26. März 1921 erklärte, ihre Handlungsfreiheit zurückzunehmen.

Wegen der Anstände in der Freizonenfrage nahm der Ständerat die Angelegenheit der Neutralisation Nordsavoyens erst in Behandlung, als in jener Frage eine vorläufige Lösung mit dem Abkommen vom 7. August 1921² gefunden zu sein schien. Auf Grund eines neuen Antrages des Bundesrates, vom 2. Dezember 1921, fasste er am 22. des gleichen Monats im Sinne der Genehmigung Beschluss. Während somit im Hauptpunkte Übereinstimmung mit dem Nationalrate bestand, wich der Beschluss in einzelnen Klauseln von demjenigen des Nationalrates ab, u. a. darin, dass ihm der Referendumsvorbehalt beigefügt wurde. Zur Behe-

1. Vgl. BBl 1919, V. S. 222ff.

2. *Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich zur Regelung der Handelsbeziehungen und des freundnachbarlichen Grenzverkehrs zwischen den ehemaligen Freizonen Hochsavoyens sowie der Landschaft Gex und den angrenzenden schweizerischen Kantonen*, BBl 1921, IV, S. 562ff.

bung der Differenzen hatte sich neuerdings der Nationalrat mit der Sache zu befassen. Nun trat aber wiederum die Freizonenangelegenheit in den Vordergrund: Behandlung durch die Bundesversammlung, Referendum, wuchtig verwerfender Volksentscheid, ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zwischen der Schweiz und Frankreich, bis schliesslich das erwähnte Schiedsabkommen unterzeichnet wurde, das immer noch des Austausches der Ratifikationsurkunden bedarf.

Die Gegner der Schweiz drücken nun im Senat offenbar darauf, dass die Genehmigung des Schiedsabkommens durch den Senat an die Bedingung geknüpft werde, dass wir die sofortige Erklärung unseres Verzichtes auf die Neutralisation Nordsavoyens abgeben. Es wird nunmehr wohl schwierig sein, die Frage der Ratifikation des Schiedsabkommens einer glücklichen Lösung entgegenzuführen, ohne dass gleichzeitig auch die Frage betreffend die Neutralisation Nordsavoyens erledigt wird.

Das beste wäre nun, dass Frankreich das Zonenabkommen (Schiedsvertrag) ohne weiteres genehmigt und auf unseren guten Willen und unsere ehrliche Absicht vertraut, dass wir die Frage der Neutralisierung Nordsavoyens bald im Sinne der Zustimmung zum Versailler Vertrag vor die massgebenden Instanzen unseres Landes (in letzter Linie vor das Volk) bringen werden³. Allerdings dürfen wir nicht zu sehr auf die Lösung zählen, und unter Umständen zufrieden sein, wenn bei der Genehmigung des Abkommens der Regierung die Weisung erteilt wird, den Austausch der Ratifikationsurkunden erst vorzunehmen, wenn die Frage der Neutralisierung Nordsavoyens von der Schweiz in Ordnung gebracht sein wird.

Der Vorsteher des politischen Departementes fügt bei, dass sich Herr Prof. Logoz zur Verfügung gestellt habe, um mit Herrn Fromageot in Paris zu sprechen und zu erwirken, dass das Zonenabkommen nun endlich von Frankreich geneh-

3. *Motta führte in diesem Zusammenhang in einem Schreiben an Dunant vom 4.3.1927 aus: [...]* En revanche, si, [...], le Gouvernement français, de lui-même ou sous la pression de la Commission des Affaires étrangères du Sénat, estimait devoir différer la ratification du compromis d'arbitrage du 30 octobre 1924 jusqu'à ce que la question de la renonciation de la Suisse à la neutralité de la Savoie du Nord puisse être considérée comme définitivement liquidée, non seulement quant au fond, mais à la forme, les complications les plus regrettables seraient à redouter. L'opinion publique suisse ne supporterait pas sans impatience, quels que puissent être les arguments juridiques par lesquels le Gouvernement français justifierait son attitude, de voir la ratification du compromis d'arbitrage des zones faire l'objet d'un marchandage dont le but serait manifestement de gagner du temps et de prolonger à la frontière suisse une situation née d'un coup de force, qui est tout à l'avantage de la France et au détriment de la Suisse. Nul ne saurait prévoir quelles conséquences ce mouvement d'opinion risquerait d'entraîner; mais nous ne pourrions exclure la possibilité, soit d'un refus du Conseil National de voter à son tour les termes de l'arrêté fédéral adopté par le Conseil des Etats, le 22 novembre 1921, soit d'un referendum populaire. Il serait donc désirable que le Gouvernement français fût bien convaincu que, dans l'intérêt des bonnes relations entre la Suisse et la France et d'un règlement satisfaisant des questions visées à l'article 435 du traité de Versailles, il est ardemment à souhaiter que la ratification du compromis d'arbitrage des zones intervienne dans le plus bref délai possible, afin de permettre au Conseil Fédéral d'assurer, le plus rapidement que faire se pourra, la liquidation de la question de la neutralité de la Savoie du Nord, et que les termes de cette proposition ne peuvent être renversés sans de très graves inconvénients (E 2200 Paris 1/2007).

migt werde. Er bittet den Rat um die Ermächtigung, das Anerbieten des Herrn Logoz anzunehmen und ihn zu beauftragen, in Paris mit Herrn Fromageot in Verbindung zu treten und wenn möglich eine Lösung im Sinne einer vorbehaltlosen Ratifikation zu erlangen; sollte dieses Ziel nicht erreicht werden können, so würde Herr Logoz zum mindesten die Genehmigung des Abkommens mit der Weisung an die franz. Regierung, den Austausch der Ratifikationsurkunden noch zu verschieben, zu erlangen sich bemühen⁴.

Von diesen Ausführungen wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

4. Vgl. dazu Nr. 270.

267

E 2001 (C) 1/59

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Rom, G. Wagnière*

Copie d'un manuscrit de

M. le Président Motta.

S

Berne, 10 mars 1927

Je reçois régulièrement vos rapports et vos lettres personnelles que je lis toujours avec beaucoup d'intérêt. Vos informations confidentielles tirées de la chronique politique et sociale ont pour moi une grande valeur, parce qu'elles me font connaître certains dessous de la situation italienne ou me permettent de contrôler les renseignements que je reçois d'autres sources.

Quant à *l'affaire Wille* je dois reconnaître que vous avez parfaitement raison dans les commentaires dont vous l'avez accompagnée. Nos militaires sont souvent imprudents. Dès qu'ils se mêlent de faire de la politique extérieure, comme tels, ils disent des sottises.

J'ai bien senti que le point douloureux et sensible pour les Italiens, ce n'était point l'allusion de M. Wille à la Société des Nations et aux traités d'arbitrage, mais la pensée à peine ébauchée que l'armée italienne ne doit pas inspirer aux Suisses trop de préoccupation. Aussi l'observation qui vous a été faite par M. Grandi¹ trahissait-elle mieux que toute autre remarque la raison de l'irritation italienne.

1. Am 7.3.1927 berichtete Wagnière dem Vorsteher des Politischen Departementes: [...] En même temps il [Grandi] ne m'a pas caché que l'on avait été très péniblement impressionné par les propos tenus par l'officier suisse qui aurait parlé de l'armée italienne en termes assez dédaigneux. Il aurait dit que l'armée française sur le Jura serait bien plus à craindre que l'italienne sur les Alpes, etc. etc. Naturellement rien ne pouvait plus froisser l'amour-propre italien que de pareils propos, en ce moment surtout. Et rien ne serait plus apte à provoquer chez les officiers de son armée, sinon en haut lieu, le désir de nous prouver qu'elle vaut plus que ce qu'on en pense dans notre état-major. [...] (E 2001 (C) 1/59). Motta bemerkte dazu am Rande: Voilà le point sensible!

Vous avez vu que j'ai pu arranger le côté diplomatique de l'affaire sans trop de difficultés. M. Pignatti (toujours amical et bien intentionné) avait reçu des instructions assez raides. Une conversation amicale a suffi, encore une fois, à libérer l'affaire de son venin. Mais nous avons fait savoir à M. Wille que sa manière de parler devant des officiers était peu correcte. La leçon, je l'espère, servira.

Il est plus que ridicule, il est sot de se donner l'air de considérer l'armée italienne comme une quantité moins sérieuse que celle d'autres pays. Tel n'est pas l'avis des personnes compétentes et qui savent. Je suis intervenu aussi auprès de la *National-Zeitung* qui avait publié un article désagréable de son collaborateur militaire. Je fais naturellement tout mon possible pour veiller aux bonnes relations avec l'Italie, mais la tâche est rendue assez délicate par l'état *d'hypersensibilité* dont souffre l'opinion italienne, sans en exclure le Gouvernement.

268

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 11. März 1927

Beziehungen zu Russland

Mündlich

Der *Vorsteher des politischen Departements* teilt unter Hinweis auf die letzten Beratungen und Beschlüsse des Bundesrates betreffend die Beziehungen zu Russland (siehe die Prot. vom 28. Januar und 14. Februar 1927)¹ mit, dass die Delegation für Auswärtiges, bestehend aus den Herren Bundespräsident Motta, Bundesrat Scheurer, in Vertretung des verhinderten Hrn. Bundesrat Schulthess, und Bundesrat Häberlin, im Beisein des schweizer. Gesandten in Deutschland, Minister Rüfenacht, und des Chefs der Abteilung für Auswärtiges, Minister Dinichert, am 9. März die Frage der Wiederanbahnung von Beziehungen mit Russland, so wie sie sich dermalen zu stellen scheint, eingehend erörtert hatte².

Es wurde allgemein anerkannt, dass die Beilegung des bestehenden Konfliktes zwischen der Schweiz und Sowjetrussland aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt aus Rücksicht auf das Verhältnis Russlands zum Völkerbunde, höchst wünschenswert sei. Da anderseits der Zeitpunkt zu einer Wiederaufnahme von Verhandlungen nicht ungünstig erscheint, so war die Delegation übereinstimmend der Auffassung, dass direkte Verhandlungen zwischen dem schweizer. Gesandten und der Sovietbotschaft in Berlin ohne Verzug aufgenommen werden sollten. Im Verlaufe ihrer Beratungen hat sich die Delegation auch die Frage vorgelegt, ob die gegenwärtige Spannung zwischen England und Sowjetrussland, sowie die Stellung Italiens zum bessarabischen Problem uns nicht veranlassen sollten, noch zuzu-

1. Vgl. Nr. 255, Anm. 2.

2. *Handschriftliches Protokoll Rüfenachts* in: E 2200 Berlin 2/2.

warten. Die Delegation, wie auch die Herren Dinichert u. Rüfenacht, kamen aber zum Schlusse, dass diese Umstände uns nicht hindern sollten, dasjenige zu tun, was in unserem Interesse zu liegen scheint. Russland, das gegenwärtig wohl ein gewisses Gefühl der Isolierung habe, sei vielleicht zur Beilegung des Konfliktes unter günstigeren Bedingungen geneigter als bisher.

Da Herr Rüfenacht sehr viele Beziehungen in Berlin hat, dürfte er wohl leicht eine Persönlichkeit finden, die ein Zusammentreffen des russischen Botschafters mit ihm herbeiführen könnte, bei welchem Anlasse ein erster Gedankenaustausch möglich wäre und dann das weitere Vorgehen vereinbart würde.

Herr Musy äussert sehr starke Bedenken gegen die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den Sovietbehörden. Er widersetzt sich entschieden jedem Schritt und jeglicher direkten oder indirekten Unterhandlung, die eine de jure Anerkennung von Sovietrussland, oder die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen oder auch nur die Gewährung irgend welcher Entschädigung oder Unterstützung an die Tochter Worowskis zum Zwecke oder zur Folge haben könnte. Er ist überzeugt, dass die gegenwärtigen Machthaber in Russland nach wie vor das grösste Misstrauen und die grösste Verachtung verdienen und dass unsere Industrie sich einer gewaltigen Täuschung hingibt, wenn sie glaubt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Russland Geschäfte machen zu können.

Unter diesem ausdrücklichen Vorbehalt will immerhin Herr Musy der Wiederaufnahme von Verhandlungen kein Hindernis entgegensetzen, die ausschliesslich die Aufhebung des Boykotts bezwecken. Es darf aber unter keinen Umständen weitergegangen werden. Dieser eine Punkt, die Beseitigung des Boykotts, ist das alleinige Ziel, das wir verfolgen dürfen, und zwar lediglich um zu verhindern, dass der Schweiz vorgeworfen werde, sie habe dem Völkerbund dadurch Schwierigkeiten bereitet, dass die Russen wegen ihr nicht nach Genf gekommen sind.

Herr Motta bemerkt, dass die Anerkennung de jure gar nicht in Frage stehe. Es soll gegenwärtig lediglich die Aufhebung des Boykotts und die Anbahnung von Handelsbeziehungen angestrebt werden.

Auch *die übrigen Mitglieder* des Rates erklären, dass es sich nach ihrer Ansicht zurzeit ausschliesslich darum handeln könne, durch Aufhebung des Boykotts der schweizer. Industrie die Möglichkeit zu verschaffen, direkt mit den Abnehmern in Russland zu verkehren.

Daraufhin werden die einzelnen Punkte der Richtlinien besprochen, von denen sich der schweizerische Unterhändler leiten lassen soll³.

Den Punkten 1–5 wird ohne weiteres zugestimmt. Sie lauten:

1. Die zu erstrebende Verständigungsformel kann durch einen Hinweis auf die aus dem bestehenden Konflikte für den Völkerbund sich ergebenden Schwierigkeiten eingeleitet werden.

2. Auf ein allfälliges Begehren der de jure Anerkennung der Sovietregierung ist unter keinen Umständen einzutreten.

3. Eine Aufzeichnung des Politischen Departementes über diese Besprechung in: E 2001 (C) 12/1.

3. In erster Linie ist zu versuchen, eine Regelung herbeizuführen, bei der der Fall Worowski überhaupt nicht mehr erwähnt wird.

4. Gelingt dies nicht, so ist als Ausgangspunkt der Verhandlungen der am 1. Dezember 1924 in Aussicht genommenen Formel der Vorzug zu geben gegenüber dem letzten schweizerischen Vorschlage vom Januar 1926.

5. Der in der Formel von 1924 enthaltene Protest des Bundesrates gegen die von der Sovietregierung erhobenen Anschuldigungen ist vorerst aufrecht zu erhalten, könnte aber in der Verhandlung fallen gelassen werden.

Die Ziffern 6 und 7 der Instruktion würden lauten:

6. Der in der Formel von 1924 enthaltene Ausdruck des *Beileids* (sogar eines lebhaften oder tiefen Beileids) an die Sovietregierung für den Tod Worowskis kann erneuert werden, unter Hinweis auf das der Familie Worowski bereits ausgesprochene Beileid des Bundesrates.

7. Gegebenenfalls kann, statt des Ausdruckes des Beileids, wie in der letzten Formel vom Januar 1926 unbedenklich bestätigt werden, dass der Bundesrat die Ermordung Worowskis stets verurteilt und *bedauert* habe. Dagegen ist ein ausdrückliches *Bedauern* gegenüber der Sovietregierung nach wie vor abzulehnen.

In der Formel laut Ziffer 6, ist nur von «Beileid» die Rede, und nicht auch von «Bedauern», wie in der letzten Formel vom Januar 1926. Gegenüber dem Einwande, dass die blosser Äusserung von «Beileid» jetzt, nach so langer Zeit kaum schicklich und angemessen wäre, da das Beileid ein spontaner Gefühlsausdruck sei, so dass man heute nur noch ein «Bedauern» kundgeben könne, wird in der Beratung bemerkt, dass der Anwendung der Formel von 1924 mit dem Ausdrucke «des Beileids» oder einer Erneuerung des Beileids nichts entgegenstehe, falls die Russen sich damit begnügen sollten. – Es wird *beschlossen*, dass nur das «Beileid» ausgedrückt werden solle, falls diese Formel den Russen genügt. Im andern Falle würde das einfache oder ein «aufrichtiges Bedauern» (also nicht etwa ein «ausdrückliches» Bedauern) ausgesprochen, eventuell wenn nötig unter gleichzeitiger «Erneuerung des Beileids». Es darf aber unter keinen Umständen eine Formel gewährt werden, die irgendwie den Sinn einer Entschuldigung hätte.

Für Ziffer 8 ist folgender Wortlaut vorgeschlagen:

8. Die Erwähnung einer allfälligen Unterstützung an die Tochter Worowskis ist, wenn immer möglich, zu vermeiden. Nötigenfalls kann die Bereitwilligkeit erklärt werden, diese Frage bei Anlass späterer Verhandlungen über die gesamten zwischen den beiden Ländern zu erledigenden Fragen zu erörtern, oder überhaupt einer Formel im Sinne derjenigen vom Januar 1926 zugestimmt werden.

Herr Musy verlangt Streichung des zweiten Satzes. Seines Erachtens darf unter keinen Umständen von einer Entschädigung oder Unterstützung an die Tochter Worowskis die Rede sein. Die Schweiz trifft keine Verantwortung und zwar weder am Morde noch an der Freisprechung Conradis. Die Zuerkennung einer Entschädigung oder Unterstützung an die Tochter des Sovietagenten würde aber von den Russen als ein Geständnis unserer Schuld ausgelegt und ausgeschlachtet.

Hierauf wird erwidert, dass wir die Russen nicht daran hindern können, die Entschädigungsfrage aufzuwerfen. Sollten sie dies tun, so würden wir durch die Ziffer 8 lediglich die Möglichkeit einer Diskussion dieses Punktes in einer spätern

Besprechung offen lassen, ohne jetzt schon endgültig Stellung zu nehmen oder den Grundsatz der Entschädigungsleistung anzuerkennen.

Diese ganze Ziffer 8 wird stillschweigend mehrheitlich angenommen.

Den Ziffern 9 und 10, lautend:

«9. Eine Verständigung soll die Aufhebung der beidseitig bestehenden Boykottmassnahmen unmittelbar zur Folge haben.

10. Für die Feststellung der Verständigung kann ein Notenaustausch in Aussicht genommen werden.»

wird ohne weiteres zugestimmt.

269

E 1004 1/303

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 11. März 1927

374. Militärmission in Columbien

Mündlich

Der Vorsteher des Militärdepartementes führt aus, im Herbst dieses Jahres laufe die Zeit, für welche sich die Mitglieder der schweizerischen Militärmission in Columbien verpflichtet haben, ab¹. Die politischen Verhältnisse in Columbien waren in der ersten Zeit der Wirksamkeit der Militärmission nicht eben förderlich. Seit dem letzten Regierungswechsel ist das anders geworden, wie auch der Leiter der Mission anerkennt, so dass sie nunmehr eine erspriessliche Tätigkeit entfalten kann. Es ist auch den beteiligten Offizieren mit der Zeit gelungen, durch ihre Tüchtigkeit und Geradheit das Vertrauen der massgebenden Kreise zu gewinnen, so dass die Mission jetzt auf die nötige Unterstützung, namentlich auch durch den columbischen Präsidenten und den Kriegsminister zählen kann. Der Gesandte von Columbien hat denn auch mit dem Militärdepartement Fühlung genommen und die Frage aufgeworfen, ob allenfalls die Militärmission noch weitere drei Jahre in Columbien bleiben und um einen oder zwei Offiziere verstärkt werden könnte. Die gegenwärtigen Mitglieder der Mission wären gewillt, diesem Ansinnen zu entsprechen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist es auch nicht ausgeschlossen, dass mit der Zeit in vermehrtem Masse Armeebedarf an Columbien geliefert werden könnte. Sollte die weitere Wirksamkeit der Mission in's Auge gefasst werden, dann müsste allerdings über die Anstellungsbedingungen für die Offiziere neu verhandelt werden; denn es hat sich erwiesen, dass die ursprünglichen Gehaltsansprüche allzu bescheiden bemessen wurden. Da vom schweizerischen Standpunkte aus einer Fortdauer der Mission nichts im Wege steht, so ersucht der Vorsteher des Militärdepartementes um die Ermächtigung, den columbischen Gesandten wissen zu lassen, der Bundesrat sei grundsätzlich geneigt, der Verlän-

1. Diese Militärmission war ein Überbleibsel der schweizerischen Kommission, die 1924 den Grenzkonflikt zwischen Kolumbien und Venezuela beilegte (GBer 1924, S. 39).

gerung der Wirksamkeit der Militärmission näherzutreten². Dessen wollte der Gesandte versichert sein, bevor er in dieser Sache amtliche Schritte unternahme.

Der Rat nimmt von diesen Mitteilungen in zustimmendem Sinne Kenntnis.

2. *Das Resultat der Verhandlungen mit Kolumbien findet sich im Protokoll der Bundesratssitzung vom 2.10.1928*: M. le chef du département militaire rappelle que le contrat passé entre notre mission militaire en Colombie et le gouvernement de cet Etat a expiré en automne 1927. Sur les instances dudit gouvernement, la mission a été prolongée et le département militaire vient de recevoir communication du projet de contrat qui doit régler les conditions d'engagement des quatre officiers de la mission pour une nouvelle période.

Cependant, la situation de la mission s'est modifiée depuis un an. La mission est l'objet d'attaques très vives à propos de commandes d'avions faites en Suisse par le gouvernement colombien et elle se plaint de n'avoir pas été défendue avec assez de fermeté lors d'une interpellation à la chambre bolivienne. Son chef estime que le rappel de la mission s'impose.

M. le chef du département militaire estime qu'il est indiqué de donner suite à la demande de la mission, mais que cette mesure doit être prise dans des conditions qui ne risquent pas d'altérer nos rapports avec le gouvernement colombien. (E 1004 1/312, Nr. 1574). *Auf Antrag des Vorstehers des Militärdepartementes beschloss der Bundesrat, die Militärmission zurückzurufen.*

270

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. März 1927¹

Zonenschiedsabkommen

Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes führt folgendes aus:

Gestern ersuchte Herr Logoz, der gegenwärtig in Genf mit Herrn Fromageot wegen der bei der Genehmigung des Schiedsabkommens über die Zonenfrage im französischen Senat aufgetauchten Schwierigkeiten in Fühlung steht, telegraphisch um eine dringliche Unterredung. Er kam abends an und besprach die Angelegenheit mit mir und Herrn Dinichert. Heute vormittag trat die Delegation für auswärtige Angelegenheiten² zusammen, die die Überzeugung gewann, der Gesamtbundesrat müsse zur gegenwärtigen Sachlage Stellung nehmen.

Die Sachlage ist folgende: Dass der französische Senat das Schiedsabkommen in der Zonenangelegenheit ratifiziere und die Regierung ermächtige, die Ratifikationsurkunden auszutauschen, so dass dann die Savoyerfrage völlig getrennt von der Zonenangelegenheit ihre Regelung finden könnte, dafür ist jede Hoffnung geschwunden. Der Senat wird das Schiedsabkommen nur in einer Form ratifizieren, die es mit der Savoyerfrage in Verbindung bringt. Was diese anbelangt, so ist sie gegenwärtig neuerdings beim Nationalrat hängig. Der hauptsächliche Unter-

1. *Abwesend: Haab.*

2. *Mitglieder: Motta, Häberlin und Schulthess.*

schied zwischen den Schlussnahmen der beiden Kammern (Beschluss des Nationalrates vom 21. November 1919³ und Beschluss des Ständerates vom 22. Dezember 1921⁴) besteht darin, dass der Ständerat auf Grund der am 30. Januar 1921 angenommenen Abänderung des Art. 89 der Bundesverfassung (Unterstellung von Staatsverträgen unter das Referendum) den Übereinkommensentwurf mit der Referendums Klausel versehen hat. Die Angelegenheit ist vom Nationalrat nicht weiter verfolgt worden, weil die inzwischen in der Zonenfrage durch das eigenmächtige Vorgehen Frankreichs entstandene Spannung es nicht rätlich erscheinen liess, die Übereinkunft in der Savoyerfrage dem Referendum auszusetzen. In den Verhandlungen zwischen den Herren Logoz und Fromageot sind nun zwei Arten der Verbindung zwischen dem Zonenschiedsabkommen und der Savoyerfrage, wie sie auf französischer Seite erwogen wird, zur Erörterung gelangt.

Die erste bestünde darin, dass der Senat zwar das Schiedsabkommen ratifiziert, aber die Regierung verpflichtet, die Ratifikationsurkunden für das Schiedsabkommen erst dann auszutauschen, wenn gleichzeitig auch die Ratifikationsurkunden in der Savoyerfrage ausgetauscht werden. Da nun die Frist für die Einreichung der ersten Prozessschriften im Schiedsverfahren über die Zonenfrage mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden zu laufen beginnt, so hätte diese Art der Verbindung mit der Savoyerfrage eine Verzögerung des ganzen Schiedsverfahrens zur Folge; denn nach Mitteilung der bedingten Ratifikation des Schiedsabkommens durch Frankreich müsste hievon den eidgenössischen Kammern Mitteilung gemacht und es müsste, nachdem wie vorauszusehen, der Nationalrat in Zustimmung zum Ständerat Beschluss gefasst hätte, der Ablauf der Referendumsfrist abgewartet werden, bevor gleichzeitig die Ratifikationsurkunden in beiden Angelegenheiten ausgetauscht werden könnten und damit das Schiedsverfahren seinen Lauf nähme.

Die zweite Art der Verbindung zwischen beiden Angelegenheiten bestünde darin, dass zwar das Schiedsabkommen ratifiziert und die Ratifikationsurkunden ausgetauscht würden, aber vorgängig durch einen Notenwechsel zwischen den beiden Regierungen festgestellt würde, dass das Verfahren vor dem Schiedsgericht zum Stillstand komme, wenn die Schweiz nicht in der Lage wäre, innert der ersten sechsmonatigen Frist dieses Verfahrens die Savoyerübereinkunft endgültig zu verabschieden. Die Folge dieser Bindung wäre natürlich auch, dass das Schiedsverfahren überhaupt nicht mehr zur Durchführung gelangen könnte, wenn die Savoyerübereinkunft verworfen würde.

Die erste Lösung hat den Nachteil, das Wirksamwerden des Zonenschiedsabkommens von vornherein zu verzögern. Es hat den Vorteil, eine klare Sachlage zu schaffen, ohne sachliche Änderung des von den eidgen. Kammern schon ratifizierten Schiedsabkommens in der Zonenfrage.

Die zweite Lösung brächte den Vorteil, dass der Fristenlauf dieses Schiedsabkommens sofort beginnen könnte; allein dieser Vorteil müsste erkauft werden

3. *Vgl.* Sten. Bull. NR, 1919, S. 957ff.

4. *Vgl.* Sten. Bull. StR, 1921, S. 494ff.

durch die Einwilligung in eine Hemmung dieses Fristenlaufes durch verspätete Genehmigung des Savoyerabkommens. Hierin liegt aber, oder es kann doch darin erblickt werden eine sachliche Abänderung des schon genehmigten Schiedsabkommens in der Zonenfrage, dessen Wirksamwerden an eine neue Bedingung geknüpft würde. Da der Bundesrat dieser Abänderung vor der Abstimmung im französischen Senat zustimmen müsste, ansonst dieser die Ratifikation verweigern würde, so erhöbe sich sofort die heikle Frage, ob der Bundesrat zur Einwilligung in eine Abänderung an dem von den eidgen. Kammern schon ratifizierten Schiedsabkommen überhaupt zuständig sei, oder ob nicht vielmehr einzig die Kammern über eine solche Abänderung zu entscheiden hätten.

In der Beratung wird allgemein der ersten Lösung der Vorzug gegeben. Es wird dabei zu Gunsten dieser Lösung noch betont, dass sie die Verantwortung für die Verzögerung der Wirksamkeit des Schiedsabkommens beim französischen Senat belässt, wo sie auch hingehört, während bei der zweiten Lösung der Bundesrat von vornherein die Verantwortlichkeit für eine spätere Verzögerung der Wirksamkeit des Schiedsabkommens mit übernehmen müsste. Nach der ersten Lösung genügt es auch, dass der Nationalrat dem Beschluss des Ständerates in der Savoyerfrage zustimmt, um alle Schwierigkeiten, abgesehen vom Referendum, zu beseitigen, während die zweite Lösung noch vor beide Kammern gebracht werden müsste.

Auf Grund der Beratung wird *beschlossen*:

Das politische Departement wird ermächtigt, Herrn Logoz anzuweisen, er solle Herrn Fromageot wissen lassen, der Bundesrat gebe der ersten zur Erwägung gestellten Verbindung zwischen dem Schiedsabkommen in der Zonenfrage und dem Savoyerabkommen den Vorzug und sehe, wenn eine solche Verbindung sich in der Tat nicht vermeiden lasse, der Ratifikation des Schiedsabkommens in diesem Sinne durch den französischen Senat entgegen.

271

J.I.6 1/1

Aufzeichnung des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess

Bern, 14. März 1927

NOTIZ

Gestern hatte ich Gelegenheit, den *belgischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Vandervelde* auf der belgischen Gesandtschaft zu sehen.

Wir sprachen neben anderen Dingen auch von den französischen Tendenzen, den Zolltarif zu revidieren und von der handelspolitischen Lage Belgiens und der Schweiz gegenüber Frankreich¹. Der belgische Minister verhehlte nicht, dass

1. In einem Schreiben vom 16.4.1927 an den schweizerischen Gesandten in Brüssel, W.F. Barbey, äusserte sich der Direktor der Handelsabteilung, W. Stucki, zum projektierten französischen Zolltarif folgendermassen: [...] Wir haben von Ihren Mitteilungen mit grösstem Interesse Kenntnis genommen und ersehen aus denselben mit Genugtuung, dass man in Belgien den neuen

seines Erachtens Verhandlungen mit Frankreich sehr schwer sein werden². Belgien stehe mitten drin. Wie sie endigen werden, sei schwer vorauszusehen. Mit Rücksicht auf eine Mitteilung, die uns von der schweizerischen Gesandtschaft in Paris zugekommen war, frug ich Herrn Vandervelde, wie Belgien vorgehe, ob es zunächst die Vollendung des französischen Zolltarifs abwarte und nachher unterhandle oder ob es vorgängig der parlamentarischen Verabschiedung des französischen Zolltarifs zu einem Abschluss zu kommen suche. Herr Vandervelde erklärte mir, dass seines Erachtens gesucht werden müsste, zu einem Verträge zu kommen, bevor das französische Parlament den neuen Zolltarif angenommen habe, indem es nachher jedenfalls schwierig sei, Abänderungen zu erreichen.

Nebenbei sei bemerkt, dass Herr Vandervelde die Verhandlungen des Völkerbundsrates in Genf für verhältnismässig befriedigend erklärte, namentlich sei zu begrüssen, dass in der Saar-Frage eine Einigung habe erzielt werden können. Deutschland habe in vernünftiger Weise Konzessionen gemacht. Und begrüssenswert seien auch die Besprechungen zwischen Stresemann und Zaleski, die eine Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen erhoffen liessen.

französischen Tarif ungefähr gleich beurteilt wie hier. Unsere Kreise der Wirtschaft und des Handels betrachten mit vollem Recht den französischen Tarif für sehr viele schweizerische Exportprodukte als durchaus prohibitiv. Wenn nicht die französische Minimalkolonnie ausserordentlich stark reduziert wird, so besteht nach hiesiger Ansicht keine Möglichkeit, zu einer Einigung zu gelangen und die Schweiz wäre gezwungen, schärfste Abwehrmassnahmen zu ergreifen.

Wir teilen durchaus die Auffassung, dass es bei dieser Situation zweckmässig ist, wenn die verschiedenen hauptsächlich betroffenen Staaten, die nun mit Frankreich in Handelsvertragsunterhandlungen eintreten, unter sich Fühlung nehmen. Herr Bundesrat Schulthess hat dem hiesigen belgischen Gesandten schon vor einiger Zeit den Vorschlag gemacht und er ist zweifellos nach Brüssel mitgeteilt worden. Eine Antwort ist bis jetzt nicht eingetroffen.

Wir bitten Sie, uns auch in Zukunft über diese eminent wichtige Frage vollständig auf dem laufenden zu halten (E 7110 1/55). – *Vgl. dazu Nr.308.*

2. Auch Stucki sah den kommenden Verhandlungen mit Frankreich mit grossen Bedenken entgegen und vertrat die Meinung, dass der französische Zolltarif durch rücksichtslosen Protektionismus gekennzeichnet sei, wie er in einem Schreiben vom 2.4.1927 an die schweizerische Gesandtschaft in Brüssel ausführte (E 7110 1/55).

272

E 7110 1/91

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den Gesandten des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in Bern,
M. Jovanovitch*

*Kopie
S HM*

Berne, 14 mars 1927

Le Département politique fédéral nous a transmis la lettre que vous avez adressée, le 21 février¹, à M. Motta, Président de la Confédération, lettre par laquelle vous l'informez, d'ordre du Gouvernement Royal, que celui-ci est disposé à entrer

1. *Nr.259.*

en pourparlers avec le Conseil fédéral en vue de la conclusion d'un nouveau traité de commerce. Vous ajoutez qu'au cas où le Conseil fédéral accepterait d'entamer les négociations à Belgrade, elles pourraient déjà commencer au mois de mars ou d'avril, mais que, s'il préférerait qu'elles fussent conduites à Berne, le Gouvernement Royal ne pourrait entamer les pourparlers qu'au mois de mai.

Nous vous remercions de ces communications et savons gré au Gouvernement Royal d'avoir bien voulu se déclarer prêt à entrer en négociations. Ainsi que le soussigné a eu l'honneur de le dire dans l'entretien qu'il a eu aujourd'hui avec Votre Excellence, le Conseil fédéral est disposé, lui aussi, à ouvrir des pourparlers qu'il espère voir menés à bonne fin dans l'intérêt des deux pays. Il ne nous serait toutefois pas possible, à notre vif regret, de négocier à Belgrade, attendu que nos délégués ne pourraient s'y rendre. Aussi serions-nous très obligé au Gouvernement Royal de consentir à négocier à Berne.

Au cours de l'entretien d'aujourd'hui, il a été convenu entre vous et le soussigné, de ce qui suit:

Comme il s'agira, selon toute probabilité, de conclure non seulement un accord reposant sur la clause de la nation la plus favorisée, mais aussi un traité à tarifs, les deux Gouvernements établiront les listes de leurs desiderata et les échangeront entre le 15 et le 20 avril. Les délégations des deux pays prendront contact à Berne, dans les derniers jours du mois d'avril, c'est-à-dire avant l'ouverture de la Conférence économique internationale.

273

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des politischen Departementes, G. Motta*

S R/Spp. Persönlich und vertraulich
Beziehungen zu Russland

Berlin, 16. März 1927

Gestern nachmittag fand in der Wohnung des Herrn Geheimrat Deutsch meine erste diesmalige Zusammenkunft mit dem Russischen Botschafter statt. Er war begleitet von seinem Botschaftsrat, ich von Herrn Minister Vogel. Die Besprechung war gegenüber derjenigen vom Dezember 1924 dadurch erleichtert, dass der Botschafter die deutsche Sprache jetzt ziemlich beherrscht, sodass die Übersetzungstätigkeit seines Botschaftsrates nur hinsichtlich einzelner Ausdrücke einzusetzen hatte, und ferner dadurch, dass der Botschafter diesmal viel weniger leidenschaftlich auftrat als 1924.

Der mir erteilten Weisung gemäss versuchte ich die Lösung ohne Erwähnung des Falles Worowski, also lediglich durch gegenseitiges Fallenlassen der Boykottmassnahmen. Dies wurde glatt abgelehnt bezw. mit dem Begehren um de jure Anerkennung beantwortet, die es allerdings ermöglichen würde, einen Strich unter

die Vergangenheit und damit auch unter den Fall Worowski zu ziehen. Ohne diese Anerkennung, erklärte der Botschafter, würde eine nackte Aufhebung des Boykotts einer russischen Kapitulation gleich kommen, die für seine Regierung ausgeschlossen sei. Denn es handle sich eben, wenn nicht alles durch die Anerkennung getilgt werde, nur und gerade darum, den Fall Worowski mit seinen Folgen zu liquidieren. Der Botschafter kam, wie das letzte Mal, auch im Verlaufe der weitem Verhandlungen immer wieder auf die Anerkennung zurück mit dem Hinweis darauf, wie einfach und glatt diese Lösung alle Schwierigkeiten beseitigen würde. Als ich schliesslich bestimmt erklärte, dass zur Zeit die Anerkennung nicht in Frage kommen könne, meinte der Botschafter: «Wir können warten.»

Die Ablehnung einer Lösung ohne Erwähnung des Falles Worowski war, nach der Ablehnung der Anerkennung meinerseits, von Seiten des Botschafters eine so kategorische, dass es zwecklos gewesen wäre, weiter zu insistieren. Ich legte deshalb die nachstehende Formel zur Diskussion vor:

«Die Russische Regierung hat es abgelehnt, an internationalen Konferenzen auf schweizerischem Boden teilzunehmen, solange der Konflikt zwischen ihr und der Schweizerischen Regierung andauert. Dieser Konflikt besteht in dem von der Russischen Regierung gegenüber der Schweiz verhängten Boykott einerseits und der von der Schweizerischen Regierung verfügten Visumsperrung gegenüber russischen Staatsangehörigen andererseits. Dieser Konflikt soll jetzt, schon aus Rücksicht auf den Völkerbund, beigelegt werden.

Da sein Anlass die am [10.]Mai 1923 in Lausanne erfolgte Ermordung des Herrn Worowski und das Attentat auf die Herren Divilkowski und Ahrens war, steht der Schweizerische Bundesrat nicht an, neuerdings zu erklären, wie sehr er diese verbrecherischen Handlungen verurteilt und bedauert. Dabei hält er aber seinen Protest gegen die von der Russischen Regierung aus Anlass der erwähnten Vorfälle ihm gegenüber erhobenen Anschuldigungen aufrecht.

Damit erklären die beiden Regierungen den Konflikt als erledigt und die gegenseitigen Sperrmassnahmen als aufgehoben.»

Der Botschafter bemerkte in erster Linie, dass seine Äusserungen zum Wortlaut vorläufig unverbindlich seien, da er sich dessen genaue Prüfung vorbehalten müsse. Dies vorausgeschickt, erklärte er sich mit der Einleitung einverstanden, wenn die Erwähnung des Völkerbundes gestrichen werde. Russland habe keine Rücksicht auf den Völkerbund zu nehmen; wenn es nach Genf gehen würde, so wäre es nicht wegen, sondern trotz des Völkerbundes. Er blieb diesbezüglich fest, ich behielt mir Ihre Weisung vor; wir werden die Worte wohl weglassen müssen¹. Dies wird zwar den Wert der Einleitung etwas vermindern; die Rücksicht auf den Völkerbund als schweizerisches Motiv kann ja aber beim Zustandekommen einer Lösung gegebenenfalls in der Presse oder in den Räten oder in einem Schreiben an den Völkerbund betont werden.

Zur Vermeidung des Kampfes um das Adjektiv «aufrichtig» zum «Bedauern» hatte ich, wie Sie sehen, eine andere Satzform gewählt und dabei das farblosere

1. *Randbemerkung Mottas:* Es scheint mir auch.

«sehr» eingeschaltet. Im übrigen ging ich, auch durch die Qualifikation der Taten als verbrecherische, ziemlich weit, in der Hoffnung, die Russische Regierung damit zu befriedigen, sie vom «aufrichtig» abzulenken und vielleicht von der Rentenforderung abzuhalten. Der Botschafter kam aber auf die Frage des Adjektives zurück. Als ich ihm aber auseinandersetzte, dass und warum heute nach der Vorgeschichte das Wort «aufrichtig» für uns unannehmbar sei, liess er sein Begehren fallen. Dagegen beanstandete er das Wort «neuerdings», da der Bundesrat bis jetzt sein Bedauern in dieser Form noch nie ausgesprochen habe. Ich verwies ihn auf die Reise des Vertreters des Politischen Departements nach Lausanne, sowie darauf, dass im französischen Vorschlag der bezügliche Passus unbeanstandet geblieben sei. Der Botschafter insistierte nicht weiter, behielt sich aber seine Stellungnahme vor.

Nun kam er aber auf die Rente, deren Anerkennung er verlangte. Auf meine Frage hin, was uns Russland für die Ermordung eines Gesandtschaftsangestellten und die Plünderung der Gesandtschaft anbiete, verwies er auf unsere Verweigerung der Anerkennung, die es verunmögliche, jetzt die Vergangenheit zu liquidieren und es notwendig mache, den Fall Worowski mit seinen Konsequenzen für sich allein zu behandeln. Auch machte er geltend, dass im Januar 1926 von schweizerischer Seite wenigstens die Erwähnung der Rente zugestanden worden sei, was allerdings nicht genügt habe, da die Russische Regierung die grundsätzliche Anerkennung einer Entschädigungspflicht verlangen müsse. Ich erklärte, dass eine solche Anerkennung jeder völkerrechtlichen Grundlage entbehre und abgesehen von allem andern auch zur Vermeidung eines Präzedenzfalles abgelehnt werden müsse. Aber auch nur die Erwähnung einer später zu diskutierenden Rente sei heute nicht mehr am Platze, da ja die Tochter Worowski verheiratet sei und einer Hilfe gewiss nicht bedürfe. Der Botschafter bestritt Letzteres nicht, erklärte aber, es sei seiner Regierung nicht um das Geld, sondern um den Grundsatz zu tun. Ich stellte fest, dass also das russische Begehren auf die Statuierung einer Verantwortlichkeit der Schweizerischen Regierung hinauslaufe, die, da ein Verschulden nicht vorliege, abgelehnt werden müsse, oder doch auf eine moralische Demütigung, zu der ebenfalls ein Anlass nicht vorhanden sei und deren Versuch bei Verhandlungen über eine gütliche Verständigung nicht am Platze sei, vielmehr die letztere verunmögliche. Schliesslich schlug ich vor, eine Brücke dadurch zu schlagen, dass, wenn die Rente absolut erwähnt werden müsse, dies in der Weise geschehe, dass das früher gestellte russische Begehren einer Rente infolge der seitherigen Verheiratung der Tochter schon aus diesem Grunde als gegenstandslos erklärt werde. Der Botschafter behielt sich die einzuholenden neuen Instruktionen vor. Ich selbst rückte mit der äussersten Konzession, die Bereitwilligkeit des Bundesrates zur späteren Erörterung zu erklären, noch nicht heraus, da mir schien, dass der Botschafter diesmal in der Rentenfrage weniger hartnäckig sei als früher und sich meinen Argumenten nicht ganz verschlossen habe.

Die Erneuerung des Protestes des Bundesrates lehnte der Botschafter als novum gegenüber 1926, sowie auch deshalb ab, weil ja die Russische Regierung ihre Vorwürfe nicht wiederhole und deshalb auch kein Anlass zu einer Wiederholung des Schweizerischen Protestes vorliege. Was das novum betrifft, so bemerkte ich,

dass der Passus wörtlich aus der Formel von 1924 übernommen sei und materiell sei der Protest deshalb gerechtfertigt, weil der Bundesrat, wenn er heute erneut den Vorfall bedaure, dabei auch wiederum bedaure, dass die Russische Regierung in der bekannten Weise auf denselben reagiert habe, ein Bedauern, das eben nur in die Form des Protestes gekleidet werden könne. Der Botschafter erklärte, dass dieser Protest das Zustandekommen einer Verständigung wesentlich erschwere. Auf seine Frage, ob das bezügliche schweizerische Begehren ultimativ sei, antwortete ich, dass, wenn die Lösung nur noch von diesem Punkte abhängen werde, ich bereit sei, darüber allfällig neue Instruktionen einzuholen. Ich machte also von der Befugnis, den Protest nötigenfalls fallen zu lassen, vorläufig noch keinen Gebrauch, da ich hoffe, ihn noch als Kompensationsobjekt in der Entschädigungsfrage verwenden zu können, umso mehr, als dem Botschafter sehr an der Weglassung gelegen zu sein scheint.

In letzter Linie verlangte der Botschafter die Wiederaufnahme der Bestimmung, nach der die russischen Regierungsvertreter in Genf dieselbe Behandlung und dieselben Privilegien und Immunitäten geniessen sollen wie die Regierungsvertreter irgend eines andern Staates. Ich machte darauf aufmerksam, dass diese ausdrückliche Bestimmung in der Formel vom Januar 1926 nicht enthalten gewesen sei, worauf der Botschafter einen früheren Entwurf vorlegte, der sie in der Tat aufweist. Ich behielt mir Ihre bezüglichen Instruktionen vor. Aus den Akten ersehe ich, dass eine bezügliche Erklärung enthalten ist im Schreiben des Politischen Departements an den Generalsekretär des Völkerbundes vom 30. Dezember 1925², und zwar damals noch unabhängig von der Frage der Beilegung des Konfliktes. Es scheint mir deshalb, dass dem bezüglichen Begehren, wenn es aufrecht erhalten wird, entsprochen werden kann. Ja, der Passus scheint mir sogar für uns günstig zu sein, da er einmal die bezüglichen Vorrechte ausdrücklich auf die internationalen Konferenzen beschränkt und zudem so ausgelegt werden kann, dass die Russen auf die Beschickung der Konferenzen Gewicht legen und deshalb zur Verständigung bereit gewesen seien³.

Der Botschafter schreibt heute nach Moskau um Instruktionen. Werden diese brieflich erteilt, so erwartet er sie auf Montag den 21. ds., sodass unsere Besprechung am 22. oder 23. wird fortgesetzt werden können. Möglicherweise wird er aber die Antwort telegraphisch und schon Freitag erhalten, in welchem Falle wir Sonnabend den 19. ds. wieder zusammenkommen würden. Ich wäre Ihnen deshalb für eine telegraphische Instruktion dankbar, die sich nach dem Gesagten nur auf folgende drei Punkte beziehen müsste, da ich für alle andern Ihre Weisungen besitze:

1. Kann in der Einleitung der Hinweis auf den Völkerbund weggelassen werden? – Ich erlaube mir, es zu beantragen.
2. Kann beim Ausdruck des Bedauerns das «neuerdings» gestrichen werden? – Ich erlaube mir, Festhalten zu beantragen.
3. Kann am Schluss die Einräumung der Privilegien eines Regierungsvertreters

2. Nr. 139.

3. Randbemerkung Mottas: richtig!

den russischen Delegierten nach Genf ausdrücklich zugesichert werden? – Ich erlaube mir, es zu beantragen⁴.

In einer allfälligen telegraphischen Antwort genügt es, auf die Nummern dieser drei Punkte Bezug zu nehmen, ohne ihren Inhalt zu wiederholen⁵.

4. *Randbemerkung Mottas zu jedem der drei Punkte: Ja.*

5. *Das Politische Departement übermittelte dem schweizerischen Gesandten in Berlin am 18.3.1927 folgendes Telegramm: N° 5. Ihr Bericht 16. März. Delegation Auswärtiges billigt durchaus Ihre ganze Stellungnahme und ist mit Ihren Vorschlägen zu den drei Punkten einverstanden. Bei Punkt zwei könnte nötigstenfalls Wort neuerdings durch andere gleichwertige Wendung ersetzt werden, wie z. B. entsprechend früheren Kundgebungen Bundesrates (E 2001 (C) 12/1). – Motta setzte den Bundesrat am 21.3.1927 über die Mitteilungen Rüfenachts und die erteilten Instruktionen in Kenntnis (E 1005 2/3).*

274

E 2001 (C) 1/23

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

*Kopie
S NV.*

Berne, 18 mars 1927

Par lettre du 17 mars¹, la Division du Commerce de votre Département a bien voulu nous faire connaître que M. Martin, ayant rencontré, de la part des négociateurs turcs de la convention de commerce, une certaine résistance contre l'insertion dans cette convention d'une clause compromissoire², demandait à recevoir

1. *Der Inhalt dieses von Direktor W. Stucki unterzeichneten Schreibens lautet:*

Der schweizerische Geschäftsträger in der Türkei gibt uns mit Schreiben aus Angora vom 4. ds. Kenntnis von einer Unterredung mit dem Generaldirektor der Konsular- und Handelsangelegenheiten im Ministerium des Auswärtigen betreffend die in unsern Entwurf zu einem Handelsvertrag aufgenommene Schiedsgerichtsklausel. Raghîb Baki Bey habe bemerkt, eine solche Klausel sei von der Türkei bis jetzt mit keinem Lande vereinbart worden, selbst Deutschland habe man sie verweigert. Wir seien nicht allein, sondern man müsse auch mit den andern Ländern rechnen. Hr. Martin hat darauf geantwortet, dass er im Falle ihm die Aufnahme der Klausel in einer Sitzung mit der türkischen Delegation verweigert werden sollte, er eine Audienz beim Minister der Auswärtigen nachsuchen würde. Er wünscht, dass wir ihm im Einvernehmen mit Ihnen telegraphisch Instruktionen erteilen, ob er die Aufnahme der Klausel zur *conditio sine qua non* des Vertragsabschlusses machen solle.

Was uns betrifft, möchten wir nicht, dass die Unterhandlungen wegen dieser Frage scheitern oder auch nur ungebührlich lange hinausgezogen würden.

Da aber unsere Stellungnahme natürlich auch auf die Frage der Aufnahme der Schiedsgerichtsklausel in den Niederlassungsvertrag einwirken wird, bitten wir Sie, uns Ihre Auffassung mit möglichster Beförderung mitteilen zu wollen (E 2001 (C) 1/23).

2. *Art. 12 des schweizerischen Entwurfs vom Februar 1927 lautet:*

Les différends qui viendraient à s'élever au sujet de l'interprétation ou de l'application de la présente Convention, y compris le Protocole de signature qui lui est annexé, et qui n'auraient pu

des instructions télégraphiques sur la question de savoir si l'acceptation de cette clause par la Turquie devait être considérée comme une condition sine qua non d'un accord. L'insertion d'une clause compromissoire dans la convention commerciale se trouvant en étroite connexion avec l'insertion d'une clause analogue dans la convention d'établissement entre la Suisse et la Turquie, M. Stucki a eu l'obligeance de nous demander notre avis au sujet de la question posée par M. Martin.

Nous avons l'honneur de vous exposer qu'en ce qui concerne tout au moins la convention d'établissement, dont certaines clauses, notamment celles qui ont trait à la régularisation du droit de propriété des Suisses en Turquie, risquent d'être d'application difficile, nous attacherions une grande importance à prévoir, dans le texte même de l'accord à intervenir, une clause assurant le règlement arbitral ou judiciaire de toute difficulté d'application ou d'interprétation. Nous n'ignorons pas que, jusqu'ici, la Turquie n'a pas fait figurer de clause compromissoire dans les traités conclus par elle, mais nous sommes d'avis que les motifs de politique générale, qui ont pu engager le Gouvernement turc à se garder les mains libres à cet égard, n'ont guère de raison d'être dans les rapports entre la Suisse et la Turquie, de sorte qu'il ne paraît pas entièrement exclu qu'il nous soit fait sur ce point une concession qui aurait été refusée à d'autres Etats. Nous jugeons, en tout cas, qu'il vaut la peine de tenter un sérieux effort pour parvenir à ce résultat. Nous avons donné à M. Martin des instructions dans ce sens et nous avons eu, de notre côté, divers entretiens à ce sujet avec le Ministre de Turquie à Berne. Nous croyons avoir convaincu Munir Bey de l'utilité de l'insertion d'une clause compromissoire dans la convention d'établissement et dans la convention de commerce entre la Suisse et la Turquie et nous avons reçu de lui l'assurance qu'il s'emploierait à défendre ce point de vue auprès de son Gouvernement, dont nous le savons très écouté.

Il nous semble, dans ces conditions, qu'il importe, avant tout de voir, ce que donnera l'intervention du Ministre de Turquie à Berne en faveur de notre manière de voir. Nous avons lieu d'espérer qu'elle nous fera donner satisfaction, mais il se peut aussi – Munir Bey ne nous l'a pas caché – que nous nous heurtions sur ce point à une opinion de principe à laquelle le Gouvernement turc se montrera irréductiblement décidé à ne pas laisser faire de brèche. Il va de soi que, s'il en était

être réglés par la voie diplomatique dans un délai raisonnable seront soumis, à la requête d'une seule des Parties, à un tribunal arbitral, qui sera, sauf entente contraire, composé de cinq membres, les parties contractantes nommant, chacune, un arbitre à leur gré et désignant, d'un commun accord, les trois autres et, parmi ces derniers, le surarbitre.

Si le tribunal arbitral n'était pas constitué dans les quatre mois qui suivent la notification d'une demande d'arbitrage, chacune des Parties pourra, par voie de simple requête, déférer ce différend à la Cour permanente de Justice internationale. Si le litige requiert célérité, les Parties Contractantes pourront convenir de le porter devant la Chambre de procédure sommaire de la Cour de Justice précitée.

En cas de contestation sur le point de savoir si le litige a trait à l'interprétation ou à l'application de la Convention, cette question préjudicielle sera soumise à l'arbitrage ou, le cas échéant, au règlement judiciaire dans les mêmes conditions que celles prévues aux alinéas 1 et 2 du présent article (E 2200 Ankara 1/14).

ainsi, nous n'envisagerions nullement que le refus du Gouvernement turc d'insérer une clause compromissoire dans la convention d'établissement et dans la convention de commerce que nous négocions actuellement fût un motif suffisant pour renoncer à conclure des accords qui répondent, l'un et l'autre, à un impérieux besoin pour notre pays.

Si nous nous rangeons donc entièrement à l'avis de M. Stucki que la clause compromissoire ne doit pas être une condition sine qua non de la conclusion des conventions envisagées, nous ne doutons pas que vous serez d'accord avec nous pour estimer qu'il sera toujours temps de céder sur ce point si, malgré tous nos efforts, nous ne pouvons amener le Gouvernement turc à accepter nos propositions à ce sujet. Nous ne saurions dissimuler, dans ces circonstances, que nous sommes étonnés de voir M. Martin insister, dans le rapport même où il indique que les négociations relatives à la convention commerciale entre la Suisse et la Turquie n'ont donné lieu qu'à deux conférences et ne pourront être menées à chef avant plusieurs semaines, pour apprendre, *par télégraphe*, si nous sommes disposés à abandonner une position qui n'a pas encore été suffisamment défendue.

Nous sommes d'avis que la question posée par M. Martin n'exige pas une réponse télégraphique et qu'il suffirait de l'engager à défendre énergiquement, pour le moment, la clause compromissoire prévue par le projet suisse de convention commerciale entre la Suisse et la Turquie, en se réservant, vis-à-vis du Gouvernement turc, de demander de nouvelles instructions à cet égard au cas où il n'obtiendrait pas satisfaction³.

3. *Im Sinne dieser Ausführungen teilte Stucki Martin am 23.3.1927 mit: [...] Was uns betrifft, sind wir mit der Auffassung des Politischen Departementes vollständig einverstanden und haben Sie deshalb mit [...] Telegramm vom 22. ds. ersucht, mit aller Energie darauf zu beharren, dass die Schiedsgerichtsklausel in den Handelsvertrag aufgenommen werde (E 2200 Ankara 1/5).*

275

E 2, Archiv-Nr. 1681

Das Politische Departement an die schweizerische Gesandtschaft in Paris

Versandkopie

T N° 3

Berne, 18 mars 1927, 18 h

Votre 5.¹ Veuillez faire démarche immédiate pour obtenir que Sénat français approuve compromis semaine prochaine². Hennessy insista aujourd'hui même

1. *Die schweizerische Gesandtschaft in Paris meldete damit gleichentags: Kürzliche Genfer Unterredung betreffend Zonen hat noch keine Beschleunigung verursacht, da Senatskommission seither nicht zusammenkam, sodass Angelegenheit kaum nächste Woche wird hier behandelt werden können (E 2, Archiv-Nr. 1681).*

2. *Mit Telegramm Nr. 6 vom 19.3.1927 an das Politische Departement meldete Dunant die Ausführung des Auftrags: Votre trois concernant Zones. Fis démarche insistante chez directeur poli-*

dans ce sens. Il faut absolument éviter que Sénat s'arrête à l'idée de ne vouloir approuver compromis avant que Suisse ait définitivement renoncé neutralité Savoie, car cette attitude risquerait provoquer complications très graves. Si Sénat approuve compromis semaine prochaine, Conseil Fédéral fera tous ses efforts pour obtenir qu'accord relatif à neutralité Savoie soit approuvé par Assemblée fédérale semaine suivante, sous réserve référendum facultatif. Ratifications des deux accords seraient échangées simultanément, si Gouvernement français réclame cette procédure.

tique qui avait reçu téléphone pressant Hennessy. Ministère des Affaires Etrangères fait tout son possible et Conseil Cabinet doit s'en occuper aujourd'hui pour exercer pression sur Commission sénatoriale dans la mesure où celle-ci la supporte. D'autre part j'ai agi indirectement chez Bérard par ami commun (E 2, Archiv-Nr. 1681).

276

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 21. März 1927

Zonenfrage

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes gibt einigen Aufschluss über die jüngsten Schritte, die unternommen wurden, um die Erledigung der Zonenangelegenheit im französischen Senat zu beschleunigen¹. Es steht mit Sicherheit zu erwarten, dass der Senat das Abkommen wohl genehmigen wird, aber nur unter dem Vorbehalt unserer Zustimmung zur Aufhebung der Neutralisierung Nordsavoyens.

Unter diesen Umständen sollte die nationalrätliche Kommission für das Abkommen über die Aufhebung der Neutralisierung Nordsavoyens möglichst bald einberufen werden. Der Departementsvorsteher bittet um die Ermächtigung, Herrn Lohner, Präsident, zu ersuchen, die Kommission noch diese Woche zu besammeln. Die Kommission wäre zu veranlassen, dem Nationalrat Zustimmung zum Ständeratsbeschluss vom 22. Dezember 1921 betreffend die Savoyerfrage² zu beantragen³. Immerhin würde die Schlussabstimmung noch ausgesetzt, bis nach Genehmigung des Schiedskompromisses im Zonenhandel durch den Senat. Unser Gesandte würde beauftragt, den zuständigen Stellen in Paris vom Kommissionsbeschluss sofort Kenntnis zu geben, in der Erwartung, dass dann die Zustimmung zum Zonenabkommen vom Senat nicht länger hinausgeschoben würde.

Der Rat ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

1. *Vgl. Nr. 275.*

2. *Vgl. Sten. Bull. StR, 1921, S. 494ff.*

3. *Vgl. Nr. 277.*

277

E 2, Archiv-Nr. 1681

*Das Politische Departement an die schweizerische Gesandtschaft in Paris**Versandkopie**T Nr. 4*

Berne, 23 mars 1927, 20.30 h

Commission Conseil national pour affaire neutralité Savoie vient de décider à l'unanimité de faire rapport semaine prochaine en demandant au Conseil adhérer à décision Conseil des Etats¹. Loi sur rapports entre les Conseils prévoit qu'après liquidation divergences un vote final doit intervenir dans chaque Conseil. Vote final ne pourrait se faire qu'après approbation du compromis par Sénat, car nous ne pourrions risquer laisser procédure referendum s'ouvrir sans que notre peuple soit convaincu que ratification compromis ne fait plus de doutes. Si Sénat français approuvait compromis au plus tard jeudi semaine prochaine Assemblée fédérale pourrait procéder au vote final fin même semaine. Il serait entendu que actes ratification seraient échangés en même temps pour les deux questions. Il importe que Gouvernement français soit informé immédiatement des dispositions parfaitement loyales des Chambres fédérales, afin qu'il obtienne que commission Sénat approuve son rapport encore cette semaine et que Sénat en discute également sans retard. Nous comptons sur vous pour faire effort décisif nécessaire et attendons rapport télégraphique.

1. *Protokoll der Sitzung der nationalrätlichen Kommission, in: E 2, Archiv-Nr. 1681. – Der Nationalrat schloss sich in seiner Sitzung vom 31.3.1927 nach Bereinigung der Differenzen dem Beschluss des Ständerates vom 22.12.1921 über den Verzicht auf die Neutralisierung Nord-savoyens an. Vgl. Sten. Bull. NR, 1927, S. 193ff.*

278

E 7110 1/80

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Gesandten in Rom, G. Wagnière**Kopie**S KB*

Bern, 23. März 1927

Schweizerisch-italienischer Handelsvertrag

Sie werden sich gewundert haben, seit unserer Rückkehr nach Bern noch keinerlei materiellen Bericht über unsere Absichten hinsichtlich des weitem Vorgehens gegenüber Italien erhalten zu haben. Der Grund liegt darin, dass fast mit einem Schlage unsere Hauptaufmerksamkeit in handelspolitischer Beziehung nach Westen abgelenkt worden ist. Der lang erwartete Entwurf der französischen

Regierung zu einem neuen Zolltarif ist kurz nach unserer Rückkehr eingetroffen und bildet, zusammen mit gewissen Erklärungen der französischen Regierung, gegenwärtig für uns Gegenstand so grosser Besorgnis, dass alle andern Fragen an Bedeutung zurücktreten müssen. Der Unterzeichnete war dieser Sache halber einige Tage in Paris, ein Grund mehr, die italienische Angelegenheit etwas zurückzustellen.

Wie vorauszusehen war, hat unsere Berichterstattung über die Besprechungen in Rom beim Bundesrat sowohl wie bei der schweizerischen Handelsdelegation und den schweizerischen Interessenten grosse Enttäuschung und teilweise Erbitterung hervorgerufen. Trotzdem sind wir, mit Rücksicht auf die ausserordentlich schwierige Situation gegenüber Frankreich, in der Handelsdelegation zur einstimmigen Auffassung gelangt, dass die Schweiz im gegenwärtigen Moment nicht daran denken darf, den Vertrag mit Italien zu kündigen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass sich der Bundesrat in einer seiner nächsten Sitzungen dieser Auffassung anschliessen wird¹. Unter diesen Umständen bleiben von den in Rom besprochenen Möglichkeiten² nur die zwei letzten, d. h. man begnügt sich mit einer dem Grundsatz nach heute schon zugestandenem Veränderung je einer Position des schweizerischen und des italienischen Zolltarifs: Erhöhung der schweizerischen Zölle für Automobile und Erhöhung der italienischen Zölle für Automotoren; oder aber, man verhandelt gegenseitig über ein kleines Zusatzabkommen, bei welchem schweizerischerseits Kunstseide, Butter, Erbsen und Erbsenkonserven in Frage kämen, wobei man Italien einige Gegenkonzessionen in Aussicht stellen könnte. Die Meinungen darüber, welcher von diesen beiden Wegen gewählt werden soll, sind heute noch geteilt. Immerhin besteht in der Handelsdelegation eine Mehrheit für die Auffassung, man sollte – wenigstens im Moment – sich mit der Regelung der Automobilfragen begnügen und auf alles andere, abgesehen natürlich von den noch hängigen Einzelfragen wie Teile elektrischer Maschinen usw., verzichten. Eine endgültige Abklärung werden die nächsten Tage bringen. Unterdessen müssen auch noch einige technische Fragen weiter geprüft werden.

Wir möchten Sie selbstverständlich bitten, Italien gegenüber nichts davon verlauten oder durchblicken zu lassen, dass man in der Schweiz in Folge der veränderten Situation gegenüber Frankreich auf die Idee der Kündigung verzichtet hat, so dass uns jede Stosskraft für eine befriedigende Teillösung entfällt. Wir möchten Sie vielmehr ersuchen, Herrn Di Nola mitzuteilen, der Bundesrat möchte seine Entschlüsse in voller Kenntnis aller Verhältnisse fassen, wozu auch bestimmte Erklärungen Italiens über die Frage der doppelten Erhebung der Umsatzsteuer auf Uhren, der Verzollung von Teilen elektrischer Maschinen und die übrigen Einzelfragen, wo italienische Erklärungen noch ausstehen, gehören. Wir wären Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie das Äusserste daran setzen wollten, um uns die versprochenen italienischen Vorschläge so rasch als irgendwie möglich zukommen zu lassen.

1. Vgl. Nr. 297.

2. Vgl. Nr. 252.

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Spp. Persönlich und vertraulich
Beziehungen zu Russland

Berlin, 23. März 1927

Heute hat die zweite Besprechung stattgefunden.

Der Russische Botschafter erklärte:

1. Die Einleitung unseres Entwurfes wird abgelehnt. Eine ausdrückliche Erklärung, dass die Teilnahme Russlands an der Internationalen Konferenz die Beilegung des Konfliktes als wünschbar erscheinen lasse, möge angezeigt gewesen sein zur Begründung der französischen Intervention und sei deshalb bei der Formel vom Januar 1926¹ als Einleitung am Platze gewesen. Heute, wo die Parteien direkt verhandeln und dadurch beweisen, dass sie den Konflikt zu beseitigen wünschen, sei die Erwähnung eines Motivs überflüssig.

2. Auf die Betonung der Aufrichtigkeit wird verzichtet, dagegen der Grad des Bedauerns durch eine andere Fassung festgelegt.

3. Die Wiederholung des schweizerischen Protestes wird abgelehnt.

4. Am grundsätzlichen Begehren eines materiellen Beistandes an die Tochter Worowski wird festgehalten.

Der Botschafter legte mir den beiliegenden russischen Gegenentwurf vor², aus dem ausser dem Gesagten hervorgeht, dass das «erneut» nicht mehr beanstandet und überdies auf die ausdrückliche Erwähnung der Privilegien der Delegierten verzichtet wird.

Ich antwortete:

Zu 1. dass ich Ihre Instruktion einholen werde, aber glaube, Wortlaut vorbehalten, dass eine Verständigung nicht an dieser Frage scheitern werde.

Zu 2. dass mir die Superlative überflüssig und etwas reichlich erscheinen, dass ich aber auch diesbezüglich Ihre Instruktion einholen werde.

Zu 3. dass ich vorläufig am Protest festhalten müsse.

Zu 4. dass ich Weisung habe, auch nur die Erwähnung einer Entschädigung abzulehnen.

An diese Erklärungen knüpfte sich eine lange Diskussion. Der Botschafter äusserte sein Befremden darüber, dass heute einerseits verweigert werde, was im Januar 1926 schon offeriert war, nämlich der Grundsatz der Beihilfe aus Versöhnlichkeit, und dass andererseits neu verlangt werde, wovon damals nicht die Rede war, die Erneuerung des Protestes. Was speziell die Beihilfe betrifft, so machte der Botschafter u. a. geltend, dass die Russische Regierung seinerzeit nach der Ermordung des türkischen Politikers Djevad (?) in Tiflis von sich aus eine Entschädigung angeboten habe, trotzdem ihr nicht einmal der Vorwurf eines Verschuldens

1. Vgl. Nr. 155.

2. Als Annex abgedruckt.

gemacht worden sei. Ich erwiderte, darin liege eben der Unterschied. Hätte die Russische Regierung seinerzeit nicht versucht, den Bundesrat als verantwortlich hinzustellen, so würde die Entschädigungsfrage leicht sein. Jetzt aber könnte eine finanzielle Leistung als Anerkennung einer solchen Verantwortlichkeit ausgelegt werden. Der Botschafter meinte, das werde durch die Betonung der Versöhnlichkeit vermieden, und überdies sei die Sache schon im Januar 1926 so gelegen. Er möchte wissen, was sich seit dieser Zeit zugetragen habe, das ein Abgehen des Bundesrates von dessen damaligen Zugeständnissen rechtfertigen würde. Ich wies in erster Linie auf die Verheiratung der Tochter Worowski hin, ferner auf die öffentliche Meinung und erklärte schliesslich, das Suchen nach einer Formel im Januar 1926 habe eben bewiesen, dass es unmöglich sei, zwei grundsätzliche Differenzen mit Worten zu verkleistern. Nach allem wolle eben die Russische Regierung auch bei der mildesten Formel den Grundsatz der Entschädigung festlegen, der vom Bundesrat ebenso grundsätzlich abgelehnt werden müsse. Ich fragte schliesslich den Botschafter mit der ausdrücklichen Erklärung, diesbezüglich keinen Auftrag zu haben, was er, da wir vor einer Mauer stehen, von einer eventuellen schiedsgerichtlichen Beurteilung der Frage der Entschädigung oder von der eventuellen Wiederanrufung einer dritten Macht halten würde, wobei ich allerdings gleich auf die Schwierigkeiten hinwies, etwa Deutschland zu begrüssen, nachdem Frankreich versagt habe. Ich bemerkte, dass, wenn ein Dritter etwa dem Bundesrat nahelegen würde, die Unterstützungsfrage zu erwägen, dies ein Einlenken ermöglichen könnte und umgekehrt, dass, wenn der Dritte der Russischen Regierung den Verzicht vorschlagen würde, dies derselben ihn erleichtern könnte. Der Botschafter lehnte diesen Gedanken, den ich übrigens nur zur Sondierung seiner Hartnäckigkeit geäussert hatte, glatt ab. Da wir am direkten Unterhandeln seien, sollten wir zuerst versuchen, uns zu verständigen; er werde neue Instruktionen einholen. Daraus konnte ich schliessen, dass er doch noch zu weiteren Konzessionen bereit sei. Ich blieb deshalb in der Entschädigungsfrage fest und erklärte, es gar nicht nötig zu haben, meinerseits nochmals in Bern anzufragen, da meine Instruktion bindend sei; wohl aber werde ich hinsichtlich der andern Punkte Weisungen einholen, insbesondere über das allfällige Fallenlassen des Protestes.

Der Botschafter versuchte, meine Auffassung dahin zu resümieren, dass auf dem Boden des russischen Gegenentwurfes eine Verständigung möglich sei, wenn gegen den schweizerischen Verzicht auf den Protest von russischer Seite die Entschädigungsfrage fallen gelassen werde. Ich sagte ihm, ich würde eine solche Lösung, Wortlaut der Formel im übrigen vorbehalten, soweit an mir, wenigstens befürworten. Ich habe den Eindruck, dass der Botschafter sich dem Gedanken an den Verzicht auf die Entschädigungsfrage gegenüber nicht mehr ganz ablehnend verhält, und dass unsere Wiederholung des Protestes in unserem Entwurf deshalb vielleicht gute Dienste geleistet hat.

Für den Fall aber, dass ich doch gezwungen sein werde, von Ziffer 8 Absatz 2 der Instruktionen³ Gebrauch zu machen, ersuche ich Sie um gefällige Mitteilung der Formel. Ich erlaube mir folgenden Vorschlag:

3. Vgl. Nr. 268.

«Gleichzeitig erklärt sich der Schweizerische Bundesrat, vom Geiste der Versöhnung geleitet, aber unter Ablehnung einer Rechtspflicht, bereit, bei Anlass späterer Verhandlungen über die zwischen den beiden Ländern zu erledigenden Fragen zu prüfen, ob im Falle der Bedürftigkeit der Tochter des Herrn Worowski dieser eine materielle Beihilfe zu gewähren ist».

Im fernern ersuche ich Sie auch um eine gefällige Instruktion hinsichtlich der allfällig am übrigen Inhalt des russischen Vorschlages zu verlangenden Abänderungen.

Dass ich im Falle des russischen Verzichtes auf die Entschädigungsfrage den Protest fallen lassen kann, betrachte ich dabei nach der Instruktion als gegeben.

Durch die ausführliche russische Einleitung mit der Erwähnung der Ermordung und des Freispruchs wird der darauf folgenden Erklärung des Bundesrates, besonders wenn sie nach der allfälligen Streichung der Entschädigungsfrage nur noch aus einem kurzen Satz besteht, nach meinem Empfinden eine starke Bedeutung beigelegt, die noch durch die Worte: «haben folgendes vereinbart» betont wird. Ich möchte vorschlagen, ähnlich wie in meinem Entwurfe zu sagen

«Da der zwischen den Regierungen etc. ... bestehende Konflikt die Folge der Ermordung ... ist, erklärt der Schweizerische Bundesrat erneut ...»

Im zweiten Absatz konstatiere ich mit Genugtuung, dass nur das Bedauern über die Verbrechen, nicht aber auch über den Freispruch ausgesprochen werden soll. Im übrigen sollte vielleicht versucht werden, das «äusserst» durch «sehr» zu ersetzen. Statt der Schweizerischen Regierung wäre dann wohl überall der Schweizerische Bundesrat zu nennen.

Der Russische Botschafter hofft, seine neuen Instruktionen bis nächsten Montag zu erhalten. Für diesen Fall haben wir die nächste Zusammenkunft auf Dienstag, den 29. ds. in Aussicht genommen. Ich würde Ihnen deshalb für die Zustellung Ihrer Instruktionen ebenfalls bis Montag dankbar sein⁴.

ANNEX

E 2200 Berlin 2/2

Russischer Vorschlag vom 23. März 1927

Die Regierungen der Union der S.S.R. und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, in dem Bestreben, den zwischen beiden Staaten bestehenden Konflikt beizulegen, welcher infolge der Ermordung des Vertreters der U.d.S.S.R., Herrn *Worowski*, auf dem Territorium der Schweiz während der Konferenz in Lausanne, und infolge des Attentats auf die Herren *Arens* und *Diwilkowski* entstanden ist, und welcher durch den Freispruch der an der Ermordung und dem Attentat Schuldigen durch das Gericht in Lausanne noch vertieft wurde, haben folgendes vereinbart:

Die Schweizerische Regierung erklärt erneut, dass sie die Verbrechen, die den Konflikt verursacht haben, durchaus verurteilt und diese äusserst bedauert. Gleichzeitig ist die Schweizerische Regierung in versöhnlichem Geiste bereit, der Tochter des Herrn *Worowski* materiell beizustehen, worüber Einzelheiten festgesetzt werden sollen bei den zukünftigen Verhandlungen zwischen den Regierungen der Union der S.S.R. und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Komplex der Fragen, welche zwischen den beiden Ländern zu regeln sind.

Damit erachten die beiden Regierungen den Konflikt als erledigt und heben die gegenseitigen Sperrmassnahmen auf, welche durch die Regierungen gegenüber den Staatsangehörigen des anderen Landes verhängt wurden.

4. Vgl. Nr. 282.

E 7110 1/91

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Geschäftsträger in Belgrad, K. von Jenner*

Kopie
S KB

Bern, 23. März 1927

Handelsvertragsunterhandlungen
mit Jugoslawien

Wir bestätigen Ihnen bestens dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 19. d. M. ¹, von dessen Inhalt wir mit Interesse Kenntnis genommen haben.

Nachdem wir mit dem hiesigen jugoslawischen Gesandten bestimmt vereinbart haben, die gegenseitigen Wunschlisten zwischen dem 15. und 18. April in Bern auszutauschen, können wir unmöglich sozusagen hinter seinem Rücken einem andern Vorgehen zustimmen. Dazu kommt, dass es technisch gar nicht möglich sein wird, Herrn Todorovitch die schweizerischen Begehren schon am 10. April zuzustellen, da die in Betracht kommenden schweizerischen Wirtschaftsgruppen ihre Wünsche bis Ende d. M. einzureichen haben und wir mindestens 14 Tage benötigen, um sie zu prüfen und zu einer schweizerischen Begehrenliste zu verarbeiten. Selbstverständlich sind wir gerne bereit, Ihnen zuhanden von Herrn Todorovitch

1. Jenner hatte darin berichtet: [...]

Herr Milan Todorovitch, z. Zt. Chef der Sektion für Handelsverträge am Ministerium des Äusseren teilte mir heute mit, dass er wahrscheinlich gegen den 20. April in Bern eintreffen werde. Er wünscht nun jedoch bereits einige Zeit vor seiner Abreise, in den Besitz Ihrer Wunschlisten zu kommen, damit er dieselben noch mit den hiesigen interessierten Wirtschaftskreisen besprechen kann, u. zw. wäre es ihm sehr angenehm, womöglich bis spätestens 10. April in den Besitz dieser Dokumente zu kommen.

Herr Todorovitch liess nun recht deutlich durchblicken, dass er zu der Promptheit der S.H.S. Gesandtschaft in Bern kein allzugrosses Vertrauen habe, und es ihm deshalb angenehm wäre, wenn die Spedition der Wunschlisten nicht nur auf dem Wege der S.H.S. Gesandtschaft in Bern, sondern über mich geleitet würde. – Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesem Wunsche in der Ihnen gutscheinenden Form, ohne Herrn Jovanovitch auszuschalten, nachkommen wollten (Vielleicht durch Übersendung einiger Kopien an mich).

Die hiesige Delegation wird Ihnen ihre Desiderata ebenso rechtzeitig zur Kenntnis bringen. Herr Todorovitch sieht für die Verhandlungen keine grossen Schwierigkeiten voraus, höchstens etwa im Betreff der Einfuhr von Schlachtvieh.

Meinerseits hätte ich nun in der Hauptsache den Wunsch, dass den hiesigen Delegierten nahegelegt würde, die S.H.S. Regierung möchte in der Angelegenheit der Protokollierung, bzw. Niederlassung der Vertreter schweizerischer Firmen und bei der Zulassung von Niederlassungen solcher Firmen auf dem Territorium des Königreiches, mehr Entgegenkommen zeigen.

Insbesondere möchte sie auf die Bedingung der Nationalisierung von hiesigen Niederlassungen schweizerischer Firmen verzichten (Mehrheit des Aktienkapitals und Mehrheit der Leitung in jugoslawischen Händen). Obschon sich diese Forderungen, wie alle hierzulande, praktisch auf irgend eine Art umgehen lassen, zwingen sie doch die Interessenten zu allerhand ihnen ungewohnten Umtrieben und zu unnötigen Kosten und verhindern im Prinzip die Gründung von Filialen schweizerischer Industrien im Königreiche. /.../ (E 7110 1/91).

einige Kopien der schweizerischen Liste im gleichen Moment zuzustellen, in welchem wir sie der hiesigen jugoslawischen Gesandtschaft übergeben.

Wir möchten Sie noch bitten, Herrn Todorovitsch darauf aufmerksam zu machen, dass, internationalem Brauche entsprechend, die gegenseitigen Begehrenlisten Zug um Zug ausgetauscht werden sollten, wir die unsrige also nur übergeben können, wenn wir im gleichen Moment die jugoslawische erhalten. Es wird deshalb nötig sein, dass die hiesige Gesandtschaft spätestens am 15. April im Besitz der jugoslawischen Begehren ist.

Was nun Ihre Wünsche hinsichtlich des abzuschliessenden Vertrags anbelangt, so beehren wir uns dazu folgendes zu bemerken:

Der Bundesrat legt seit Jahren das grösste Gewicht darauf, dass in den abzuschliessenden Tarif-Handelsverträgen nur diejenigen Punkte geordnet werden, die sich auf den direkten Warenaustausch, d. h. den Handel im engern Sinn beziehen. Alle Fragen des Niederlassungsrechts, der Fremdenpolizei, der Behandlung der Geschäftsfirmen etc. sollen nach schweizerischer Auffassung nicht in den Handelsverträgen, sondern in besondern Niederlassungsverträgen, Rechtshilfeverträgen u. dgl. geregelt werden. Der Grund für diese Stellungnahme ist ein doppelter: einmal bieten gerade die Fragen des Niederlassungsrechts vom schweizerischen Standpunkt aus, mit Rücksicht auf die weitgehende Souveränität der Kantone, sehr grosse Schwierigkeiten, welche die ohnehin immer schwieriger werdenden Tariffragen nicht noch komplizieren sollten; sodann legen wir Wert darauf, die diversen Fragen in verschiedenen Verträgen zu ordnen, damit, wenn beispielsweise infolge eines einzigen Zollsatzes die Kündigung des Tarifhandelsvertrags nötig wird, die übrigen vertraglichen Abmachungen über Niederlassung etc. unberührt bleiben. Aus diesen Gründen werden wir wahrscheinlich davon Umgang nehmen müssen, die im zweiten und dritten Absatz der Seite 2 Ihres Schreibens genannten Fragen im Handelsvertrag zu ordnen. Wir geben aber dem Politischen Departement von Ihren Wünschen Kenntnis, damit sie in Verbindung mit einem allfällig abzuschliessenden Niederlassungsvertrag berücksichtigt werden können.

Was dagegen Ihre Anregung betreffend Zollkautionen für Musterkollektionen anbelangt, so nehmen wir dieselbe entgegen und werden versuchen, diese Materie im Handelsvertrag in befriedigender Weise zu regeln.

281

E 2001 (C) 1/59

*Der Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S Sch/AR.

Bern, 24. März 1927

Aus mehreren Berichten des Herrn Minister Wagnière in Rom ersehen wir, dass auch ihn die Erörterungen, die sich an den Vortrag des Obersten Wille geknüpft haben, stark beschäftigen und ihm auch nachträglich noch Ungelegenheiten verursachen. Es ist deswegen vielleicht nicht unangebracht, wenn wir Ihnen zu

Handen der Gesandtschaft in Rom den Sachverhalt, wie wir ihn haben feststellen können, mitteilen.

In erster Linie weisen wir darauf hin, dass es sich um einen Vortrag in der Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich gehandelt hat, also um einen Vortrag in einer geschlossenen Gesellschaft, zu der nur Offiziere Zutritt hatten und tatsächlich auch nur solche anwesend waren. Die Vorträge in diesem Verein sind der Übung gemäss nur für die Teilnehmer bestimmt, und wenn sie veröffentlicht wurden, so geschah das bis dahin nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Vortragenden. Die Berichterstattung im vorliegenden Fall ist ohne Zutun des Obersten Wille erfolgt¹. Er erklärt selber, dass er sie bedaure; wir glauben ihm das gern schon deswegen, weil sie, wie wir uns haben überzeugen können, den Inhalt des Vortrages ganz unvollständig und zum Teil geradezu falsch wiedergibt.

Wenn man den Ort und die Zuhörer in Betracht zieht, so begreift man auch ohne weiteres den Inhalt des Vortrages. In einer so rein militärischen Umgebung ist es ganz natürlich, dass über militärische Fragen gesprochen wird, und es geht dabei, wie es auf andern Gebieten auch oft vorkommt, dass nämlich im Munde des Fachmannes manches ganz natürlich sich darstellt, was unter andern Umständen als gefährlich oder doch als unnötig erscheinen könnte.

In Bezug auf den Inhalt des Vortrages ist festzustellen, dass er nichts enthält, was als eine Beleidigung der italienischen Armee angesehen werden könnte, es sei denn, dass schon die Äusserung der Zuversicht, wir könnten in der Verteidigung standhalten, als eine solche Beleidigung angesehen würde. Der italienische Militärattaché hat dem Unterzeichneten gegenüber in der Tat Miene gemacht, diesen Standpunkt zu vertreten. Auf den Hinweis, dass jede anständige Armee auf Erfolg in einem allfälligen Kriege rechne, hat er seine Ansicht fallen lassen und zugegeben, dass dem so sei. Mit vollem Recht, denn sonst könnte schliesslich uns der Bestand unserer Armee überhaupt zum Vorwurf gemacht werden.

Eine Wendung, welche für die italienische Armee nicht gerade anerkennend lautet, ist im Anschluss an den Vortrag Wille in der Nationalzeitung erschienen. Von wem sie stammt, ist uns unbekannt, jedenfalls ist Oberst Wille daran in keiner Weise beteiligt. Ein Korrespondent jener Zeitung hat uns mitgeteilt², der in Frage stehende Artikel sei der Aufmerksamkeit des verantwortlichen Redaktors entgangen und die unvorsichtige Äusserung werde richtiggestellt werden. Wir sind dem betreffenden Korrespondenten in der Abfassung einer bezüglichen Erklärung behülflich gewesen und glaubten annehmen zu dürfen, dass wir damit alles getan haben, was in unserer Macht steht.

Von dem, was Oberst Wille gesagt hat, sind zwei Äusserungen uns gegenüber von italienischer Seite als anfechtbar hervorgehoben worden. Die eine war die, in der von einem Krieg mit Italien und unserm Verhalten in einem solchen Fall gesprochen wurde; die zweite betraf den Wert des Völkerbundes, des Gerichtshofes in Haag und der Schiedsverträge.

1. Gemäss Protokoll der Bundesratssitzung vom 1.3.1927 wurde der Vortrag von einem dem Offizierscorps angehörenden Pressevertreter veröffentlicht (E 1005 2/3).

2. Randbemerkung: Dr. Steinmann.

Was nun die erste dieser Äusserungen anbetrifft, diejenige in Bezug auf einen Krieg mit Italien, so hat es damit folgende Bewandnis: Oberst Wille wollte seinen Zuhörern begreiflich machen, dass allerdings entsprechend unserer Politik unsere Armee nur zur Abwehr bestimmt sei und ein Angriffskrieg für sie nicht in Frage komme. Deswegen müsse sie aber gleichwohl in allen Kampfarten ausgebildet sein und sowohl im Stellungskrieg als in der Bewegung zur Verteidigung und zum Angriff sich eignen. In einem allfälligen Krieg gegen Italien sei in der Hauptsache mit der Verteidigung zu rechnen. In einem Krieg mit Frankreich dagegen könne unsere Armee nicht einfach eine bestimmte Linie besetzen und sich dort behaupten, sondern sie werde gegebenen Falles zum Angriff übergehen und durch grössere oder kleinere Vorstösse den Vormarsch des Gegners verhindern müssen. Davon, dass der Kampf gegen Frankreich schwerer sein werde mit Rücksicht auf den Wert der französischen Armee im Vergleich zu demjenigen der italienischen, ist kein Wort gesagt worden. Die soeben erwähnten Ausführungen haben also rein militärtechnische Bedeutung. Wenn dabei der Krieg nach bestimmten Fronten erwähnt worden ist, so ist das nicht deswegen geschehen, weil Oberst Wille dem einen oder dem andern Nachbarn eine Kriegsabsicht zuschieben wollte, sondern weil er mit Fällen rechnete, wie sie praktisch für uns eintreffen können. Wir glauben nicht, dass ihm daraus ein Vorwurf zu machen sei. Wir haben z. B. die Manöver der 3. und der 4. Division, die letztes Jahr stattgefunden haben, auf der Grundlage durchgeführt, dass wir uns mit schwachen Kräften gegen den Angriff eines unserer Nachbarn verteidigen müssen. Im einen Fall war es Frankreich, das uns auf der Linie Vallorbe–Basel angegriffen hatte und tief in unser Land vorgedrungen war, im andern Fall Deutschland, von dem angenommen wurde, dass es unter ähnlichen Verhältnissen zwischen Basel und Konstanz unsere Grenze überschritten habe. Wir wissen wohl, dass alle derartigen Annahmen nicht ohne Gefahr sind, aber schliesslich müssen wir mit den Verhältnissen rechnen, wie sie sind. Es tut das übrigens jede Armee, ohne dass die Fachleute daran etwas auszusetzen haben.

Die zweite beanstandete Äusserung betreffend die Bedeutung des Völkerbundes und der Schiedsverträge missbilligen wir ebenfalls und haben das dem Obersten Wille in unzweideutiger Weise gesagt. Wenn aber in dieser Hinsicht jemand Grund hat, unzufrieden zu sein, so ist es der Bundesrat, gegen dessen Politik sich jene Bemerkung wendet. Sie ist in einem gewissen Sinn das Gegenstück zu der ebenso falschen Behauptung, wir hätten nach Gründung des Völkerbundes und Abschluss der Schiedsverträge keine Armee mehr notwendig.

Wir glauben aber nicht, dass deswegen eine Beschwerde eines Staates gerechtfertigt sei, mit dem wir einen Schiedsvertrag abgeschlossen haben.

Der Wert dieser Verträge ist bekanntlich bestritten. Es finden sich in allen Ländern Leute, die ihnen jede Bedeutung absprechen, andere warnen vor Überschätzung. Tatsächlich wird überall neben diesen Verträgen an der Aufrechterhaltung der Landesverteidigung weiter gearbeitet. Wie sich Italien dazu stellt, geht aus dem hervor, was der Ministerpräsident am 29. Januar 1926 in der Kammer gesagt hat: «La nostra pace più sicura sarà all'ombra delle nostre spade.» Gleichen Inhalts ist eine für die Öffentlichkeit bestimmte Äusserung des Herrn Briand aus al-

lerjüngster Zeit: «Sachons organiser nous-mêmes notre propre armée et notre propre frontière. Les conditions de notre sécurité ne sont pas ailleurs que chez nous. C'est à nous de savoir les réaliser.» Wenn man denkt, dass diese Aussprüche von verantwortlichen Staatsmännern herkommen und als der Ausdruck der von ihnen verfolgten Politik anzusehen sind, so wird man kaum sagen dürfen, dass der für das Verhalten seines Landes durchaus nicht verantwortliche Oberst Wille mit seinem Urteil wirklich einen fremden Staat hat verletzen können.

Anders steht es allerdings in Bezug auf unsere eigenen schweizerischen Verhältnisse. Unsere Politik stützt sich kurz ausgedrückt auf das Recht einerseits, die Armee andererseits. Wer der Berufung auf das Recht jede Bedeutung abspricht, tadelt damit unser Verhalten. Dieser Tadel geht in erster Linie gegen die verantwortlichen Behörden, vorab den Bundesrat. Wir haben den Obersten Wille nicht in Zweifel darüber gelassen, wie unpassend und gefährlich seine Behauptungen in dieser Hinsicht seien. Gerade wir als kleines Land hätten allen Anlass auf dem Gebiete des Rechtes alle diejenigen Stützen zu suchen, die dort zu finden seien. Im Notfall würden ja unsere Kräfte im Kampfe mit einer benachbarten Grossmacht niemals ausreichen. Wir müssten daher die Hülfe, die uns ein Schiedsvertrag, die diplomatische oder wirtschaftliche Unterstützung eines befreundeten Staates, die öffentliche Meinung der Welt und ähnliche Dinge mehr geistiger Art leisten könnten, hoch einschätzen und sorgsam vorbereiten. Ein Widerspruch zwischen unserer Politik der Schiedsverträge und der Pflege freundschaftlicher Beziehungen mit allen Ländern einerseits und der Fürsorge für unsere Landesverteidigung andererseits bestehe nicht.

Wir hoffen, dass unsere daherigen Darlegungen ihren Zweck erreicht haben. Wir sehen aber diesen Punkt als unserer innern Politik angehörend an und glauben wie gesagt nicht, dass er einem fremden Staat berechtigten Anlass zu Beschwerde geben könnte.

Natürlich bedauern wir den ganzen Vorfall und seine Folgen aufrichtig. Die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Zeit sind so gross, dass es durchaus unnötig ist, sie auf die Weise, wie es durch den Vortrag des Obersten Wille geschehen ist, zu vermehren. Wir haben aber kein Mittel in der Hand, eine Wiederholung mit Sicherheit auszuschliessen³.

Die militärpolitische Lage in unsern Nachbarländern hat gegenüber früher ganz gewaltige Veränderungen erlitten und ist bis zur Stunde in starkem Fluss geblieben. Wir erinnern an die Vorgänge in Frankreich und namentlich an die dort geplanten gewaltigen Arbeiten auf dem Gebiet der Befestigung. In Bezug auf Italien fällt für uns die starke Verschiebung der Armee in Betracht, deren grösster Teil im Norden des Landes liegt, ferner die grossen Strassenbauten, die beständigen Übungen in allernächster Nähe unserer Grenzen, wobei es an kleinern Verletzungen derselben nicht fehlt, die willkürliche Absperrung der Grenzen usw.

3. In seiner Sitzung vom 8.2.1929 rügte der Bundesrat einen Artikel Oberstdivisionär Willes in der «Allgemeinen schweizerischen Militärzeitung» Nr.1 vom 15.1.1929 und verlangte von ihm in Zukunft mehr Zurückhaltung in seiner Beurteilung der Massnahmen der obersten Landesbehörde (E 1005 2/3).

Dass diese Tatsachen unsere öffentliche Meinung beschäftigen, ist selbstverständlich, und dass sie namentlich auch in militärischen Kreisen besprochen werden, lässt sich nicht vermeiden; es ist sogar die Pflicht unserer Offiziere, sich damit zu beschäftigen. Bei aller Vorsicht lässt sich in einem Land, das wie das unsrige an die volle Freiheit des Redens und des Schreibens gewöhnt ist, nicht verhindern, dass gelegentlich die Ergebnisse dieser Beschäftigung der Öffentlichkeit bekannt werden. Es war das zu allen Zeiten so und zwar nicht nur bei uns, sondern auch in andern Ländern. Wir erinnern in dieser Beziehung nur an ein einziges Beispiel, das im Zusammenhang mit den französischen Plänen steht. Es ist bei deren Erörterung verlangt worden, dass neben den Befestigungen an der französisch-deutschen Grenze auch solche gegen unser Land erstellt werden sollten, mit der Begründung, dass heute ein deutscher Durchmarsch durch die Schweiz wahrscheinlicher sei als früher. Diese Behauptung will sagen, entweder dass unser Wille zur Behauptung der Neutralität schwächer geworden sei oder unsere militärische Kraft. Wenn man die Sache böse auffasst, so kann die eine und die andere Deutung als verletzend empfunden werden. Wir haben vorgezogen, der Sache keine Bedeutung beizumessen und sie nicht weiter zu verfolgen.

Im Verkehr mit Frankreich geht das ohne Schwierigkeiten ab, halten in dieser Beziehung die Franzosen uns doch im allgemeinen Gegenrecht. Anders steht die Sache leider mit Hinsicht auf Italien.

Wir haben dort mit einer Geistesverfassung zu rechnen, die unter Umständen auch ein ganz harmloses Wort als beleidigend auffasst. Daran ist vorläufig nichts zu ändern. Dazu kommt aber eine Aufpasserei, die alles, was irgendwo geschrieben oder gesprochen wird, aufstöbert und nach Italien meldet, häufig leider sogar in entstellter und übertriebener Form. Wir haben uns davon bei der oben erwähnten Besprechung mit dem italienischen Militärattaché überzeugen können, der sich auf Vorfälle berief, die sich vor vielen Monaten abgespielt haben sollen (mündliche Äusserungen von Offizieren, Zeitungsartikel und dergleichen) und die uns vollkommen unbekannt waren. Dass es unter diesen Umständen zu Auseinandersetzungen kommen muss, die unter gewöhnlichen Verhältnissen dahinfallen würden, ist unglücklicherweise nicht zu vermeiden.

Wir wissen wohl, dass wir mit diesen Darlegungen nichts Neues sagen. Wir machen sie hier gleichwohl, um daran den Schluss zu knüpfen, dass die Vorfälle der letzten Monate durchaus nicht so ausgelegt werden dürfen, als ob etwa in der Armee eine feindselige Stimmung gegen Italien bestehe und sogar planmässig unterhalten werde. Alle diese Vorfälle sind an und für sich durchaus harmlos und würden unter gewöhnlichen Umständen unbeachtet bleiben. Das Schlimme ist, wir wiederholen es, dass sie von italienischer Seite geflissentlich ins hellste Licht gestellt und übertrieben, zum mindesten aber in der denkbar ungünstigsten Weise ausgelegt werden.

Wir werden nach wie vor unser Möglichstes tun, alles zu vermeiden, was zu Störungen der Beziehungen zwischen den beiden Ländern führen könnte. Leider sind die Mittel, über die wir verfügen, nicht derart, dass sie mit Sicherheit wirken. Wir müssen bei der Wahl unserer Massnahmen vorsichtig sein. Wollten wir zum Beispiel mit allgemeinen Dienstbefehlen, Strafandrohung und dergleichen wirken,

so könnte der Erfolg sehr leicht ein anderer sein als derjenige, den wir wünschen. Immerhin hoffen wir, wirklich ernst zu nehmende Dinge vermeiden zu können⁴.

4. *Bemerkung Mottas am Briefkopf*: Ich gehe mit diesem Schreiben *in allen Teilen* einig. Empfang bestätigen und danken. Eine Copie des Schreibens unserem Gesandten in Rom übersenden. 27.III.27.

282

E 2200 Berlin 2/2

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

S OT. Vertraulich
Beziehungen zu Russland

Bern, 25. März 1927

Ihr Bericht vom 23. d. M.¹ ist in meinen Händen. Die Delegation für Auswärtiges hat heute Nachmittag darüber beraten. Wir billigen in allen Teilen Ihre Handlungsweise.

Was den Ingress betrifft, so wären wir mit der Streichung der Worte, die auf die Teilnahme Russlands an den Völkerbundskonferenzen Bezug haben, einverstanden. Vom Freispruch von Lausanne sollte nicht die Rede sein. Jedenfalls soll jede Formel vermieden werden, welche irgend eine Kritik des Urteils in sich schliessen würde. Im übrigen wäre also der russische Ingress annehmbar, genauere und bessere sprachliche Redaktion vorbehalten.

Bei dem «verurteilen» und «bedauern» könnten wir uns mit «sehr» an Stelle von «äusserst» abfinden. Auch sprachlich ist dieses «äusserst» nicht zu empfehlen.

Den Protest lassen wir, wie Sie bereits wissen, ohne Bedenken fallen. Wir würden aber grosses Gewicht darauf legen, dass von irgend einer Hülfe an die Tochter Worowskis nicht mehr gesprochen würde. Sollte diese Streichung nach einer neuen Anstrengung nicht erreichbar erscheinen, so würden wir dem von Ihnen gemachten Vorschlag zustimmen. Wesentlich ist dabei, dass der Grundsatz einer Entschädigungspflicht nicht anerkannt werde und dass die Diskussion darüber bei zukünftigen allgemeinen Verhandlungen nicht nur die «Einzelheiten», sondern die grundsätzliche Frage selbst zum Gegenstand haben müsste.

Auch die Formel «haben folgendes vereinbart» sollte, wenn möglich, vermieden werden. Mit Ihrem Vorschlag auf Seite 6 Ihres Berichts sind wir einverstanden².

Wir danken Ihnen verbindlichst für Ihre Bemühungen und hoffen, dass Sie die Verhandlungen zu einem guten Erfolg führen werden.

1. Nr. 279.

2. Vgl. Nr. 279, S. 476.

283

E 2001 (C) 1/23

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Geschäftsträger in Konstantinopel, H. Martin*

S NV.

Berne, 28 mars 1927

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre télégramme N° 3 du 27 mars¹ et nous vous en remercions vivement.

Nous avons appris avec satisfaction que vous étiez tombé d'accord avec le Ministre turc des Affaires étrangères pour que les négociations relatives à la convention d'établissement se poursuivent à Berne entre Munir Bey et nous. En effet, si, en raison des avantages que vous avez fait valoir en faveur de cette procédure, nous étions entièrement d'accord avec votre projet de mener de front les négociations de la convention de commerce et celles de la convention d'établissement, il ne rentrerait nullement dans nos intentions de prendre l'initiative de demander au Gouvernement turc de négocier la convention d'établissement à Angora et moins encore d'insister pour obtenir une décision dans ce sens. Nous sommes heureux que cette question se trouve aujourd'hui réglée de telle sorte que soit écartée toute possibilité de malentendu à son sujet.

Nous nous félicitons d'apprendre que Munir Bey recevra pour instructions de hâter le cours des négociations que nous avons entamées avec lui de façon à ce que la convention d'établissement entre la Suisse et la Turquie puisse être soumise à l'approbation du Parlement turc avant le 15 mai prochain. Nous sommes, en ce qui nous concerne, entièrement prêts à mener rapidement les choses. Nous possédons, croyons-nous, tous les éléments nécessaires pour achever les négociations dans un délai rapproché. Le seul point sur lequel nous craignons d'être insuffisamment préparés est celui qui a trait au protocole additionnel concernant la régularisation de la propriété immobilière. Ainsi que nous vous l'avons écrit, ce protocole additionnel n'a pas encore été abordé dans nos conversations officielles avec Munir Bey. Au cours d'une conversation officieuse, ce dernier nous a donné à entendre que le Gouvernement turc était, en principe, d'accord avec notre proposition, mais qu'il aurait besoin de certaines précisions complémentaires pour se rallier à notre formule. S'il devait insister dans ce sens et comme il s'agirait d'obtenir des renseignements de fait qui ne pourraient être recueillis que sur place, nous envisagerions de proposer au Ministre de Turquie de vous laisser le soin de discuter directement avec le Ministère turc des Affaires étrangères les termes du protocole additionnel dont nous avons établi le texte de concert avec vous et avec votre avocat conseil. Si vous pouviez aborder avec le Ministère turc des Affaires étrangères la question du protocole additionnel de la convention d'établissement, nous vous saurons gré d'entrer immédiatement en matière afin de gagner du temps.

1. Nicht abgedruckt.

Vous voudriez bien, alors, nous informer que les négociations du protocole additionnel sont engagées à Angora et nous envoyer, dès que faire se pourrait, le texte dont vous auriez convenu avec le Gouvernement turc afin qu'il soit inséré à la suite de la convention qui devrait être signée à Berne².

En ce qui concerne la clause compromissoire, nous sommes d'avis d'attendre la réponse de Munir Bey à notre proposition. Au cas où, ainsi que vous nous le faites prévoir, le Gouvernement turc exprimerait le désir que cette clause fût abandonnée pour faire l'objet d'un traité général de conciliation et d'arbitrage, nous y consentirions au reçu d'une déclaration écrite et nous entamerions, en vue de la conclusion de ce traité d'arbitrage, des négociations qui pourraient être poursuivies sans hâte. Car ce serait, à notre avis, compliquer inutilement les choses que de chercher d'arriver à un accord à cet égard avant le 15 mai, date antérieurement à laquelle doivent être signées les conventions de commerce et d'établissement.

2. Das Niederlassungsabkommen zwischen der Schweiz und der Türkei wurde am 7.8.1927 in Ankara unterzeichnet. Vgl. auch BR-Botschaft vom 21.10.1927, in: BBl 1927, II, S. 289ff.

284

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 28. März 1927

Zonenfrage

Politisches Departement. Mündlich

Nach Mitteilung des französischen Botschafters scheint der Berichterstatter im Senat die Absicht zu haben, das Zonenabkommen erst dann dieser Behörde zur Genehmigung zu empfehlen, nachdem die Schweiz die Savoyerfrage vollständig in Ordnung gebracht haben wird¹. Der Vorsteher des Politischen Departements sollte daher nach Meinung des Botschafters in Paris die schriftliche Erklärung überreichen lassen, dass die schweizerische Regierung den gleichzeitigen Austausch der beiden Ratifikationsurkunden als gegeben betrachte. In ähnlichem Sinne sollte auch dem Botschafter geschrieben werden, damit dieser ebenfalls vorstellig wird. Auf diese Weise könnte vielleicht erreicht werden, dass die Frage des Zonenabkommens noch vor Ostern im Senat ihre Erledigung findet.

In der Beratung wird an die Aussprache in der Sitzung vom 12. März² erinnert und bemerkt, dass der Bundesrat alles vermeiden sollte, was zu einer Verbindung der Zonenangelegenheit mit der Savoyerfrage führen könnte. Da aber die tatsäch-

1. Die schweizerischen Schritte (vgl. Nr. 277) zeitigten laut Telegramm der schweizerischen Gesandtschaft in Paris vom 25.3.1927 in der Senatskommission keine Resultate (E 2, Archiv-Nr. 1681).

2. Vgl. Nr. 270.

lichen Verhältnisse nicht ausser Acht gelassen werden dürfen, und offenbar ohne beruhigende Zusicherungen unsererseits die Sache vor dem Senat nicht zum Abschluss gelangen kann und sogar die Gefahr entsteht, dass die Angelegenheit an die Kammer zurückgeht, so wird die Abgabe einer Erklärung im Sinne der Ausführungen des Bundespräsidenten kaum zu umgehen sein. Sie sollte aber nicht schriftlich, sondern bloss mündlich, erfolgen.

Es wird daher *beschlossen*:

Der Vorsteher des Politischen Departements wird ermächtigt, dem französischen Botschafter *mündlich* zu erklären, dass unter den gegebenen Verhältnissen schweizerischerseits einem gleichzeitigen Austausch der Ratifikationsurkunden über die Abkommen betr. die Zonenfrage und die Savoyerfrage zugestimmt würde³.

3. Vgl. Nr.306.

285

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Mr. Persönlich und Vertraulich
Beziehungen zu Russland

Berlin, 31. März 1927

In der gestrigen Fortsetzung der Unterhandlungen eröffnete der Russische Botschafter das Gespräch mit der Mitteilung, dass zu seinem persönlichen Bedauern die Lage sich bis zur Gefahr des Scheiterns einer Lösung versteift habe, wenn die Schweiz auf ihrem Standpunkt beharre. Er habe nämlich die bestimmte Instruktion bekommen, am Grundsatz der materiellen Beihilfe für die Tochter Worowskis festzuhalten, und zwar handle es sich dabei nicht nur um eine Weisung der Kommissare für auswärtige Angelegenheiten, sondern um einen am letzten Donnerstag gefassten Beschluss der Gesamtregierung. Er müsse also an der von ihm vorgeschlagenen Formel festhalten, und er fragte mich nach meinen neuen Instruktionen. Ich erklärte ihm, dass ich ermächtigt sei, die Wiederholung des Protestes fallen zu lassen, wenn von russischer Seite auf die Erwähnung einer Beihilfe verzichtet werde. Der Botschafter erklärte sich hierzu ausserstande. Er rekapitulierte den ganzen Gang der früheren Verhandlungen und bezeichnete ein Abgehen von dem Begehren angesichts der öffentlichen Meinung in Russland und des Prestiges der Regierung als unmöglich. Auch meinen Vorschlag, zu erklären, dass das russische Begehren – sei es infolge eines sicher leicht zu erwirkenden Verzichts der Tochter Worowskis, sei es unter Berufung auf deren Verheiratung – gegenstandslos geworden sei, womit doch der russische Standpunkt grundsätzlich gewahrt bliebe, bezeichnete der Botschafter nach den ihm zugekommenen Weisungen als unannehmbar. Nach langem Hin und Her, wobei ich auch auf unsere

öffentliche Meinung und das Prestige unserer Regierung, sowie überdies auf das Überflüssige hinwies, eine Frage festlegen zu wollen, deren materielle Bedeutungslosigkeit doch ausser Zweifel stehe, gab schliesslich der Botschafter folgende Erklärung ab:

Im Januar 1926 seien zwei Punkte streitig gewesen: Der Ausdruck «aufrichtig» und die Frage, ob die Schweizerische Regierung bereit *sei* oder nur bereit *sein werde*, eine materielle Beihilfe zu gewähren. Russland habe damals auf dem Ausdruck «aufrichtig» und für die grundsätzliche Anerkennung der Beihilfe auf der Gegenwart beharrt. Heute habe Russland ein Interesse an der Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz und der Abrüstungskonferenz, für die es bereits Delegierte bezeichnet habe. Aus diesem Grunde sei es schliesslich bereit, von seinen damaligen Forderungen abzugehen. Es habe dies zum Teil schon durch den Verzicht auf das «aufrichtig» getan und wolle schliesslich noch weitergehen und auch in der zweiten früheren Differenz nachgeben, indem es sich mit der Zukunft der Bereitwilligkeit statt mit der Gegenwartsform begnüge und damit den schweizerischen Vorschlag vom 31. Januar 1926¹ unverändert annehme. Darin liege eine glatte Kapitulation. Überdies noch hinter den damaligen schweizerischen Vorschlag zurückzugehen, könne die Russische Regierung nicht verantworten. Auch liege hierzu irgend ein sachlicher Grund nicht vor. Jedenfalls sei die Annahme des schweizerischen Vorschlages vom 31. Januar 1926 ihr letztes Wort. Der Botschafter würde es sehr bedauern, wenn der ernstliche russische Verständigungswille durch eine Überspannung der schweizerischen Forderungen, bezw. durch ein Zurückgehen hinter den eigenen schweizerischen Vorschlag von 1926, nicht anerkannt würde. Die Öffentlichkeit würde aber erfahren, dass Russland der Schweiz bis zu deren eigenem früheren Vorschlag habe entgegenkommen wollen.

Bei dieser Sachlage ist es ausgeschlossen, dass die Erwähnung einer materiellen Beihilfe vermieden werden kann, und es wäre damit der Zeitpunkt gekommen gewesen, mit meiner letzten mir erlaubten Konzession, der Erwähnung einer Beihilfe im Sinne der Instruktion, herauszurücken. Ich unterliess es aber vorläufig aus zwei Gründen. Erstens wollte ich nicht, nachdem ich mich bisher so bestimmt gegen jede Erwähnung verwahrt hatte, durch einen bezüglichen Vorschlag zeigen, dass ich zu ihm schon ermächtigt gewesen sei, und sodann beschäftigte mich die Überlegung, ob es überhaupt einen Zweck habe und ratsam sei, den Vorschlag noch zu bringen. Die Erklärung des Botschafters war, wie gesagt, bestimmt, und ich hörte auch aus einer Bemerkung von ihm insbesondere, dass die Russische Regierung sich nicht etwa bloss mit der Bereitwilligkeit, später über das «Ob» zu verhandeln, begnügen könne, sondern an der früher von der Schweiz offerierten, grundsätzlichen Bereitwilligkeit, die Beihilfe zu gewähren und nur deren Modalitäten den späteren Verhandlungen vorzubehalten, festhalte. Ich behielt mir deshalb lediglich die Einholung neuer Instruktionen vor, und wir nahmen für den Fall, dass diese bis Samstag morgen eintreffen sollten, eine nochmalige Zusammenkunft für diesen Tag in Aussicht.

1. Vgl. Nr. 155.

Die Frage ist nun die, was geschehen wird, wenn, wie zu erwarten, die Russische Regierung einen neuen schweizerischen Vorschlag ablehnt. Entweder werden wir nachträglich doch noch entgegenkommen, oder aber die Verhandlungen als gescheitert erklären müssen. Wir sind dann in der unangenehmen Lage, dass die Russische Regierung nach dem Scheitern der Verhandlungen öffentlich und insbesondere dem Völkerbund gegenüber wird erklären können, sie sei bereit gewesen, den eigenen Vorschlag des Bundesrates vom Januar 1926 nunmehr unverändert und vorbehaltlos anzunehmen, die Schweizerische Regierung aber sei hinter ihr damaliges Anerbieten zurückgegangen und deshalb für die weitere Fortdauer des Konfliktes mit dessen Folgen verantwortlich.

Unter diesen Umständen frage ich mich, ob es nicht vielleicht ratsam ist, die Russische Regierung bei ihrer Erklärung, den schweizerischen Vorschlag vom 31. Januar 1926 nachträglich anzunehmen, zu behaften in dem Sinne, dass damit die ganze damalige Formel angenommen werden müsse. D. h.: Beibehaltung einer Einleitung als Motiv der Verständigung, Weglassung der Erwähnung des Freispruchs und Weglassung jeglichen Grades des Bedauerns. Nachdem seinerzeit der Bundesrat sich mit der fraglichen Formel einverstanden erklärt, die Russische Regierung sie aber abgelehnt hat, so würde in ihrer nachträglichen Annahme durch die letztere immerhin ein schweizerischer Erfolg liegen. Sollte aber die Russische Regierung nochmals Verschlechterungen an ihr verlangen und die Verständigung daran scheitern, so würden wir wenigstens vor der Öffentlichkeit und dem Völkerbund salviert sein. Ich darf übrigens bemerken, dass mir der russische Standpunkt durch die nachträgliche Annahme unserer früher gebilligten Formel bis zum Äussersten gegangen zu sein, nicht als unverständlich und unversöhnlich erscheint.

Wenn Sie mich dazu ermächtigen, würde ich an der nächsten Zusammenkunft feststellen, dass Russland unsern Vorschlag vom 31. Januar 1926 angenommen hat, sodass die Formel zu lauten hätte wie folgt:

«Vom Wunsche geleitet, im allgemeinen Interesse die Teilnahme der Regierung der Union der S.S.R. an der Internationalen Wirtschaftskonferenz und an der Abrüstungskonferenz zu erleichtern, steht der Schweizerische Bundesrat nicht an, erneut zu erklären, dass er die Ermordung des Herrn Worowski sowie das gleichzeitige Attentat auf die Herren A. und D. verurteilt und bedauert. Er wird überdies, vom Geiste der Versöhnlichkeit geleitet, bereit sein, der Tochter des Herrn Worowski eine materielle Beihilfe zu gewähren, wenn einmal direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen der Union der S.S.R. und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Gesamtheit der zwischen den beiden Ländern noch zu erledigenden Fragen eingeleitet werden, wobei dann die Art und Weise dieser Beihilfe gleichzeitig mit diesen Fragen wird diskutiert werden können.»

Wenn Sie mich dagegen anweisen, doch noch einen abgeschwächten Vorschlag vorzulegen, so proponiere ich folgende Formel:

«Er erklärt sich überdies aus versöhnlichem Geiste bereit, wenn einmal ... eingeleitet werden, dabei auch über die Gewährung einer materiellen Beihilfe an die Tochter des Herrn Worowski zu verhandeln.»

Ich darf Sie bitten, mich wenn möglich telegraphisch instruieren zu wollen, wobei ich Ihre Antwort verstehen würde wie folgt:

«Erster Vorschlag»: Ich habe die Formel vom 31. Januar 1926 in vorstehendem Texte vorzulegen.

«Zweiter Vorschlag»: Ich habe den obenstehenden, abgeschwächten Vorschlag zu machen.

«Abwarten»: Ich habe weitere schriftliche Instruktionen abzuwarten und hiezu die Zusammenkunft vom 2. April zu verschieben².

2. Das Schreiben Rüfenachts vom 31. März wurde im Bundesrat in der Sitzung vom 2. April 1927 behandelt. Der Vorsteher des Politischen Departementes wies dabei darauf hin, dass der Bundesrat in der Sitzung vom 12. Februar 1926 intern einer von Frankreich vorgeschlagenen Formel zugestimmt hatte, die weiter ging als die in Frage stehende bundesrätliche Fassung vom 31. Januar 1926. Es gehe kaum an, dass der Bundesrat hinter seinen eigenen früheren Vorschlag zurückgehe. Unter diesen Umständen sollte der schweizerische Gesandte in Berlin ermächtigt werden, der ersten Formel zuzustimmen. In der Beratung teilten sämtliche Mitglieder des Rates die Auffassung des Vorstehers des Politischen Departementes, Musy allerdings unter Vorbehalt seines grundsätzlichen Widerstandes gegen eine Entschädigung (E 1005 2/3). – Als Antwort auf das Schreiben vom 31. März übermittelte das Politische Departement Minister Rüfenacht am 2. April 1927 folgendes Telegramm: Sieben. Erster Vorschlag. Seid ermächtigt auf dieser Grundlage Notenaustausch vorzunehmen. Auswärtiges (E 2001 (C) 12/1).

286

E 1004 1/303

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 31. März 1927

530. Question Reinhard concernant le corps des volontaires de Shanghai

Département politique. Proposition du 30 mars 1927

Le 28 mars, M. *Reinhard*, Conseiller national, à Berne, a posé au Conseil fédéral la «petite question» suivante:

«Le Conseil fédéral sait-il que des citoyens suisses se sont engagés dans le corps des volontaires de Shanghai et, en cette qualité servent, pour des intérêts étrangers, contre les armées chinoises? Sait-il que le Consulat général de Shanghai approuve leur attitude?

Considère-t-il que la participation de citoyens suisses à une guerre contre un Etat avec lequel la Suisse a conclu un traité d'amitié est compatible avec la constitution fédérale et le droit international? N'est-il pas en mesure de décider les Suisses en Chine, par l'entremise du Consulat général de Shanghai, à se retirer de ces troupes, qui servent des intérêts étrangers et à observer à l'étranger également la neutralité suisse?»

Il est *décidé* de faire à la «petite question» Reinhard la réponse suivante:

Antwort des Bundesrates, vom 31. März 1927¹

Schanghai besitzt zwei fremde Freiwilligenkorps. Das eine ist dem Gemeinderat des Internationalen Settlements, das andere der Gemeindeverwaltung der französischen Konzession unterstellt. Es handelt sich in beiden Fällen um eine Art Bürgergarde, welcher die Aufgabe zukommt, Settlement und Konzession in Zeiten von Wirren zu verteidigen und die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Das internationale Freiwilligenkorps besteht aus Angehörigen beinahe sämtlicher Staaten, welche Verträge mit China abgeschlossen haben und auch aus Chinesen. Bis September 1924 wurden die Schweizer verschiedenen Einheiten zugeweiht. Durch Beschluss des Gemeinderates wurde damals eine neue Infanteriekompanie (später in eine leichte Artillerie-Batterie umgewandelt) aufgestellt, welche aus Dänen, Holländern, Norwegern, Schweden und Schweizern zusammengesetzt werden sollte. Dem Beispiele der übrigen beteiligten Konsulate folgend, welche ihren Staatsangehörigen von diesem Beschluss Kenntnis gegeben hatten, erging seitens des schweizerischen Generalkonsulats eine entsprechende Mitteilung an den «Swiss Rifle Club», bei dem sich die Schweizer anmeldeten. Es befinden sich auch Schweizerbürger im Freiwilligenkorps der französischen Konzession.

Die Freiwilligenkorps wurden im Laufe der letzten Jahre wiederholt mobil gemacht. Der Dienst ist ausschliesslich ein Ordnungs- und Polizeidienst auf dem Gebiete der fremden Niederlassungen. Die in Schanghai ansässigen Schweizer haben, wie die übrigen Fremden, Interessen zu verteidigen; das Generalkonsulat in Schanghai hat keine Veranlassung – und auch nicht die erforderliche Kompetenz dazu – Schweizern die freiwillige Beteiligung an Massnahmen zu untersagen, welche seitens der zuständigen Gemeindebehörden zu diesem Zwecke getroffen werden.

1. Dem Protokoll als Anlage beigeheftet.

287

E 27, Archiv-Nr. 23398

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer*

S PL.

Berne, 1er avril 1927

Erection en Suisse d'une station
radiotélégraphique destinée à l'usage
exclusif de la Société des Nations.

Pendant la première session qu'elle a tenue à Genève du 18 au 26 mai dernier, la Commission préparatoire de la Conférence du désarmement a été saisie par la délégation française d'une proposition tendant, entre autres, à «mettre à l'étude les méthodes ou règlements propres à faciliter la réunion du Conseil dans un délai

très court en cas de guerre ou de menace de guerre». La proposition française s'inspirait de l'idée que «la détermination de la méthode et des mécanismes susceptibles de mettre en œuvre les secours dont un Etat attaqué pourrait bénéficier est nécessaire pour permettre à cet Etat de calculer les réductions ou limitations d'armements qu'il peut consentir». La Commission accueillit favorablement cette proposition et décida de la transmettre au Conseil «en lui demandant qu'elle puisse être immédiatement prise en considération».

Par une résolution du 4 septembre 1926, le Conseil chargea son «Comité» d'examiner différentes propositions parmi lesquelles figurait la proposition de la délégation française. Après avoir pris l'avis du Secrétaire Général et de la Commission consultative et technique des communications et du transit, le Comité recommanda au Conseil de donner «mandat permanent à son organisation technique du transit pour veiller à ce que les communications de toute nature entre Genève et les diverses capitales soient constamment améliorées ...» En ce qui concerne plus spécialement les communications radiotélégraphiques, son rapport au Conseil contient le passage suivant: «Le Comité s'est particulièrement préoccupé de la situation de la Société des Nations en matière de télégraphie sans fil; par sa nature même, la télégraphie sans fils semblerait être éminemment apte à favoriser les communications rapides et sans interruption entre le Secrétariat Général et les Membres de la Société des Nations. Le Comité croit qu'il serait à recommander que la situation actuelle, en ce qui concerne cette question, soit améliorée le plus tôt possible, dans les limites des possibilités, mais il croit, en outre, hautement désirable que les études nécessaires soient immédiatement engagées pour que la Société des Nations puisse disposer des moyens de communication radiotélégraphique lui permettant la plus grande indépendance et la plus grande universalité compatibles avec les progrès techniques. A cet effet, le Comité recommande au Conseil que l'organisation technique du transit mette à l'étude cette question en vue de présenter un rapport au Conseil à la date la plus rapprochée possible.» Ces considérations rencontrèrent l'approbation du Conseil et, sur la proposition de M. Beneš, il fut décidé d'inviter la Commission consultative et technique des communications «à engager immédiatement, en collaboration avec le Secrétaire Général, en vue de présenter un rapport au Conseil à la date la plus rapprochée possible, les études nécessaires pour que la Société des Nations puisse avoir à sa disposition une station radiotélégraphique à elle, suffisamment puissante, lui permettant de communiquer par ses propres moyens avec le plus grand nombre possible d'Etats membres de la Société» (Résolutions du Conseil en date du 8 décembre 1926, chiffre 3, lettre c).

Depuis lors, la Commission des communications et du transit s'est réunie à Genève et, selon une communication de presse datée du 2 mars, elle se serait occupée de la création d'une station radiotélégraphique à l'usage de la Société des Nations. Elle aurait toutefois estimé «que cette étude devrait avoir lieu avec l'aide de techniciens» et aurait «chargé le Secrétariat de la Société des Nations de procéder à une étude préparatoire». La question en serait là.

Nous ignorons si le Secrétariat Général consultera, au cours de son étude préparatoire, l'un ou l'autre des services compétents de l'administration fédérale. Ce

serait logique, puisque l'érection d'une station radiotélégraphique sur notre territoire est nécessairement subordonnée à une autorisation des Autorités Fédérales et qu'à défaut de cette autorisation, le projet serait condamné à rester lettre morte. Ce qui est à peu près certain, c'est que la question viendra un jour devant l'Assemblée de la Société des Nations, le Conseil s'étant déjà réservé d'examiner l'opportunité de l'inscrire à l'ordre du jour de la prochaine Assemblée. Pour ne pas nous trouver pris au dépourvu, il s'agirait maintenant d'étudier, sous toutes ses faces, à tête reposée, mais sans perdre de temps, une question sur laquelle nous pouvons être appelés à nous prononcer à plus ou moins bref délai.

Le Département des Chemins de Fer a déjà examiné le projet du point de vue technique. Sa conception lui paraît utopique. Il le trouve irréalisable en raison déjà des frais considérables qu'occasionnerait l'entretien d'une station de ce genre et en raison aussi des difficultés d'ordre technique à surmonter. Cette opinion est corroborée par une étude à laquelle s'est livrée à ce sujet M. le Dr Rothen, Directeur de la «Radio-Station Marconi», à Berne. Quelle que soit la valeur de ces avis, d'autres pourront en mettre en doute le bien-fondé et soutenir qu'une institution comme la Société des Nations est capable de mener à bien une entreprise de cette envergure. Si leur opinion prévalait, – et c'est une supposition que nous nous devons d'envisager, – la question qui se poserait alors serait la suivante: La Suisse peut-elle autoriser la création sur son territoire d'une station radiotélégraphique soustraite à tout contrôle de sa part et réservée à l'usage exclusif de la Société des Nations?

Abstraction faite de son côté technique, le problème se présente sous un double aspect: Il touche à notre neutralité et à notre défense nationale. A la neutralité d'abord, parce qu'il n'est pas sûr que l'établissement d'une station de ce genre sur notre territoire soit compatible avec les obligations résultant de notre neutralité militaire; à notre défense nationale ensuite, parce qu'on doit se demander si, en cas de guerre, la présence sur notre sol d'une station qui échapperait à tout contrôle de notre part ne pourrait pas rendre illusoires, à un moment donné, certaines mesures prises par le haut commandement pour assurer le secret de son système de défense ou d'attaque.

En ce qui concerne la neutralité, il nous suffira de rappeler ici qu'il a toujours été dans l'intention de la Suisse d'observer, en cas de guerre de la Société des Nations avec un Etat ou des Etats en rupture de Pacte, la plus stricte neutralité militaire. Nous ne saurions permettre, sur notre territoire, aucun acte qui pourrait constituer une immixtion dans les opérations militaires, ou pourrait être regardé comme une faveur faite à l'un des belligérants au détriment de l'autre. A cet égard, le Conseil Fédéral, dans son message aux Chambres fédérales concernant l'accession de la Suisse à la Société des Nations, du 4 août 1919¹, est allé jusqu'à considérer comme incompatible avec notre neutralité le fait pour certains officiers supérieurs de séjourner, en cas de guerre, au siège de la Société. Que dire alors de l'installation sur notre territoire de la station radiotélégraphique projetée?

Le cas a déjà été envisagé par le Conseil Fédéral dans le Message précité. «La

1. BBl 1919, IV, S. 541ff.

neutralité ne serait pas atteinte, déclare-t-il, par l'existence sur notre territoire d'une station de télégraphie sans fil ou par fil de la Société des Nations, à la condition qu'elle n'ait pas été installée pendant la guerre et qu'elle serve aussi aux communications publiques.» L'article 3, lettre b, de la Convention de La Haye, concernant les droits et les devoirs des Puissances et des personnes neutres en cas de guerre sur terre, interdit bien, en effet, aux belligérants d'utiliser toute installation radiotélégraphique «établie par eux avant la guerre sur le territoire de la Puissance neutre dans un but exclusivement militaire, et qui n'a pas été ouverte au service de la correspondance publique». On peut d'ores et déjà admettre que la Société des Nations ne se servirait pas de sa station radiotélégraphique dans un but exclusivement militaire; mais pour qu'elle puisse l'utiliser dans le cas d'une guerre collective déclanchée sur la base de l'article XVI du Pacte, il faudrait encore – et, aux termes de l'article 3 de la Convention de La Haye précitée, ce serait la preuve qu'elle n'a pas un caractère militaire exclusif – que cette station fût ouverte au public en temps normal comme en temps de guerre. Or, même en admettant que la Société des Nations s'en tienne à la Convention de La Haye et n'insiste pas pour avoir l'usage exclusif de la station dont il s'agit, on peut se demander si le fait que la station radiotélégraphique serait entre ses mains n'aurait pas pour résultat de favoriser ses intérêts au point que l'Etat ou les Etats en rupture du Pacte trouveraient que l'équilibre est rompu à leur détriment et reprocheraient à la Suisse de ne pas se conformer aux devoirs découlant de la stricte neutralité militaire qu'elle s'est imposée. Il serait d'ailleurs difficile de faire droit à une réclamation de ce genre, si fondée fût-elle, puisque nous envisageons, par hypothèse, le cas d'une station qui serait exploitée par la Société elle-même et dont le contrôle nous échapperait complètement. Dans une éventualité de ce genre, qui nous dit que nous ne nous exposerions pas aux pires conséquences, les Etats en guerre avec la Société pouvant, en arguant de la violation de nos devoirs de neutralité, prendre la détermination de chercher à détruire une station qui, de par les renseignements de toute nature qu'elle transmettrait, leur paraîtrait, à tort ou à raison, jouer un rôle néfaste dans le cours des opérations?

A supposer, au surplus, que la question d'une station radiotélégraphique pût être réglée de manière à mettre le principe de notre neutralité militaire à l'abri de toute critique, le problème ne serait pas encore résolu pour nous; car, comme nous l'avons déjà relevé, la question de neutralité mise à part, il resterait encore celle de savoir si, en cas de guerre ou en cas d'une menace de guerre qui nous amènerait à occuper nos frontières, les exigences de notre armée et de la défense nationale autoriseraient la présence, sur notre sol, d'une station radiotélégraphique dont les émissions ne seraient pas contrôlées.

Nous nous sommes bornés à indiquer de façon toute sommaire les premières objections auxquelles nous paraît se heurter, du double point de vue de la neutralité et de la défense nationale, l'idée qui s'est fait jour à Genève de doter la Société des Nations d'une station radiotélégraphique lui appartenant en toute propriété. Vu l'importance que cette question présente pour la Suisse, vous nous obligeriez vivement en l'étudiant à votre tour et en nous faisant part, le moment venu, des observations et des réserves qu'elle vous paraîtra devoir appeler.

E 2001 (C) 8/31

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen
Departementes, P. Dinichert*

S

Bern, 1. April 1927

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 11. v.M. ¹ und beziehend auf die heutige mündliche Besprechung betreffend die Verhandlungen mit Ägypten beehren wir uns, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Auf den Abschluss eines Handelsvertrages, der uns kaum irgendwelche nennenswerten Tariferlässigungen sondern in der Hauptsache wohl nur die uneingeschränkte Meistbegünstigung bringen könnte, legen wir wohl einen gewissen Wert. Da wir aber heute diese Meistbegünstigung – einzig von der Behandlung des Tabaks und der Tabakfabrikate abgesehen – de facto schon besitzen, so kann das Interesse am Abschluss dieses Handelsvertrags ohne weiteres zurücktreten zugunsten der von Ihnen angeführten Verzögerungstaktik.

Was uns an dieser Frage viel wichtiger erscheint, ist die Errichtung einer diplomatischen Vertretung in Ägypten, die geeignet wäre, sich sehr intensiv mit der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zu befassen. Wir sind nämlich der bestimmtesten Ansicht, dass für den schweizerischen Export, der sich bekanntlich immer mehr nach entferntern Ländern ausdehnen muss, in Ägypten noch beträchtliche Absatzmöglichkeiten liegen, die mit Aussicht auf Erfolg entwickelt werden könnten. Wir fürchten nun sehr, dass von diesem Gesichtspunkte aus eine Verzögerung in der Lösung der Frage recht schädlich wirken könnte, da unterdessen andere Konkurrenzstaaten, wie namentlich Deutschland, lebhaft tätig sind, neue Beziehungen anzuknüpfen, neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen,

1. *In diesem Schreiben führte die Abteilung für Auswärtiges aus: [...] Il va de soi que nous pourrions charger M. Tremblay de reprendre les négociations en vue de la conclusion de l'accord commercial en faisant abstraction du traité d'amitié. Il est probable qu'il serait assez facile d'arriver à une entente sur la base du projet d'accord commercial approuvé par le Conseil fédéral. Ce changement de tactique aurait, toutefois, le double inconvénient a) de marquer, plus nettement que nous ne le voudrions, que, pour le moment, nous renonçons à l'espoir de conclure prochainement le traité d'amitié destiné à nous permettre d'avoir une représentation officielle en Egypte sans priver nos ressortissants des avantages du régime capitulaire; b) de nous défausser d'un atout sur lequel nous avons compté pour le moment où les négociations de ce traité pourront être reprises, atout constitué par l'intérêt que le Gouvernement égyptien attache à conclure un arrangement commercial avec la Suisse, qui est un important client de l'Egypte.*

Sans nous exagérer l'importance de cet inconvénient, il nous semblerait donc désirable de ne rentrer en négociations avec le Gouvernement égyptien en vue de la conclusion du seul accord commercial que si, du point de vue économique, nous avons un réel intérêt à le faire. Comme, si nous sommes bien informés, les importations de Suisse en Egypte jouissent, en fait, sauf, peut-être, dans certains domaines spéciaux, du traitement de la nation la plus favorisée, tel n'avait pas paru être le cas jusqu'ici. [...] (E 2001 (C) 1/19).

deutsche Waren bekannt zu machen; für den schweizerischen Absatz wird es so bekanntlich ständig schwieriger, in ein Gebiet zu dringen, wo sich die Konkurrenz schon niedergelassen hat.

Wir vermögen nun nicht zu beurteilen, ob es wirklich im Interesse der in Ägypten sesshaften Schweizer absolut notwendig ist, die von der ägyptischen Regierung hinsichtlich der Gerichtsbarkeit für bestimmte Verbrechen geforderte Reserve abzulehnen. Jedenfalls wären wir Ihnen ausserordentlich dankbar, wenn Sie die Frage nochmals einlässlich prüfen und dabei berücksichtigen wollten, dass wir den grössten Wert darauf legen, zugunsten der Ausdehnung unseres Exports nach Ägypten *möglichst bald* eine diplomatische Vertretung in jenem Lande zu schaffen. Wir wären Ihnen verbunden, wenn Sie uns über die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit auf dem laufenden halten wollten².

2. Vgl. Nr. 289.

289

E 7110 1/131

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

S NV.

Berne, 5 avril 1927

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre lettre du 1er avril¹ et nous vous en remercions vivement. Nous avons pris acte du prix tout particulier que vous attachiez à voir se créer dans le plus bref délai possible une représentation diplomatique de Suisse en Egypte, armée pour défendre nos intérêts économiques dans ce royaume. Il est à peine besoin de dire que nous partageons entièrement vos vues à cet égard et que nous souhaiterions fort, pour ce qui nous concerne, non seulement pour la défense de nos intérêts commerciaux, mais pour la protection de nos nationaux et pour la sauvegarde de divers intérêts politiques et moraux, pouvoir envisager, dès maintenant, la création d'une Légation de Suisse au Caire ou de toute autre représentation officielle de la Confédération en Egypte. C'est dans ce but qu'avec le concours du président de la commission commerciale suisse au Caire nous avons opiniâtement poursuivi pendant deux années des négociations pour la conclusion d'un traité d'amitié destiné à nous permettre d'organiser en Egypte notre représentation propre, sans que nos ressortissants perdent le bénéfice du régime des capitulations dont ils jouissent en tant que protégés des Puissances capitulaires. Mais nous sommes partis, jusqu'ici, du point de vue que, si nous ne pouvions assurer directement à nos compatriotes en Egypte une situation équivalente à celle de la plupart des autres étrangers avec lesquels ils entrent en concurrence, mieux valait laisser subsister le régime actuel, qui assure, en tout

1. Nr. 288.

cas, à nos ressortissants le traitement des étrangers les plus favorisés et les met, par conséquent, sur un pied d'égalité avec les ressortissants des Etats qui nous font concurrence dans le domaine commercial.

Les renseignements que nous avons recueillis sur l'administration de la justice en Egypte nous ont confirmés dans cette manière de voir. Nous avons l'impression qu'admettre une brèche au régime d'exterritorialité totale de nos ressortissants vis-à-vis de la justice indigène et consentir à des exceptions précisément en ce qui concerne des délits politiques, que le code pénal égyptien punit plus sévèrement et selon des normes assez différentes de celles que connaît le droit européen, ouvrirait la porte à des abus et exposerait nos compatriotes à de véritables dangers. Nous aurions les plus grands scrupules à modifier le statu quo actuel sans avoir la certitude que le sort des Suisses en Egypte ne s'en trouvera pas empiré, et mieux vaudrait, nous semble-t-il, différer de quelques années encore l'organisation de notre représentation officielle en Egypte, que de consentir, pour le faire plus tôt, à un véritable marché de dupe².

[...]

2. *Bemerkung Mottas am Fusse des Schreibens*: P.S. Nous remarquons que la question dont il s'agit a été déjà discutée dans le Conseil fédéral. Celui-ci s'est toujours déclaré d'accord avec le point de vue de principe que nous exposons ci-dessus. Il faut de temps à autre savoir résister à ceux qui veulent des légations partout.

290

E 2001 (C) 12/1

Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht, an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

S R/Spp. Persönlich und vertraulich
Beziehungen zu Russland

Berlin, 5. April 1927

Im Besitze Ihres Telegramms vom 2. ds.¹ habe ich mich gestern sofort mit dem Russischen Botschafter in Verbindung gesetzt. Wir trafen uns gleichen Tages nachmittags.

Ich stellte einleitend fest, dass, nachdem der Botschafter in der letzten Konferenz erklärt habe, sowohl auf das Wort «aufrichtig» zu verzichten als auch das Futurum der Bereitwilligkeit zu einer materiellen Beihilfe zu akzeptieren, wir auf dem Boden der Formel vom 31. Januar 1926 stehen, die der Bundesrat trotz schwerer Bedenken aufrecht zu erhalten sich entschlossen habe. Es seien infolge der direkten Verhandlungen lediglich zwei redaktionelle Änderungen nötig gewesen: einmal die Weglassung der Erwähnung der Französischen Regierung in der Einleitung und sodann die Streichung des Wortes «direkt» bei Erwähnung der zu-

1. *Vgl. Nr. 285, Anm. 2.*

künftigen Verhandlungen, da dieses Adjektivum seinerzeit beigefügt worden sei zur Unterscheidung von den unter französischer Vermittlung indirekt geführten. Da aber diesmal schon die gegenwärtigen Verhandlungen direkte seien, habe die Erwähnung dieser Verhandlungsart für die Zukunft keinen Sinn. Der Botschafter stimmte dieser letzteren Änderung ohne Weiteres zu. Ich legte ihm hierauf den beiliegenden Entwurf (A) vom 4. April² vor, den ich gegenüber dem in meinem Bericht vom 31. März enthaltenen redaktionell noch etwas verbessert hatte.

Der Botschafter geriet in einige Aufregung: So seien seine letzten Erklärungen nicht gemeint gewesen. Er habe in der Tat darauf hingewiesen, dass im Januar 1926 zwei Streitpunkte vorhanden gewesen seien, die durch den russischen Vorschlag beseitigt werden: der Ausdruck «aufrichtig» und das Futurum der Bereitwilligkeit einer Beihilfe. Das letztere habe er vorbehaltlos angenommen, auf das «aufrichtig» habe er verzichtet, in der selbstverständlichen Meinung, dass es gemäss dem russischen Vorschlag vom 23. März³ durch die farblosere Ausdrücke «durchaus» und «äusserst» ersetzt werde. Eine vollständige Weglassung des Grades des Bedauerns würde aber eine Annahme des wörtlich unveränderten schweizerischen Vorschlages vom 31. Januar 1926 und damit einen schweizerischen Triumph vor der Öffentlichkeit sowie die Niederlage der Russischen Regierung bedeuten. Weder könne er die Annahme dieser Formel befürworten, noch sei er im Zweifel darüber, dass seine Regierung sie unbedingt ablehnen werde. Ich muss allerdings zugeben, dass bei der vorletzten Zusammenkunft der Botschafter zwar erklärt hat, hinsichtlich des «aufrichtig» nachgegeben zu haben, dass er aber allerdings dieses Nachgeben auch auf die Ersetzung des umstrittenen Wortes durch einen andern Ausdruck beziehen konnte.

Im übrigen beanstandete er unsere Einleitung. Der Hinweis auf das allgemeine Interesse in der Formel vom Januar 1926 möge am Platze gewesen sein zur Erklärung der französischen Vermittlung; bei einer direkten Verständigung bedürfe es eines solchen Hinweises nicht mehr. Zudem sei dieser, auf Russland bezogen, unzutreffend. Seine Regierung suche eine Verständigung mit der Schweiz nicht des Völkerbundes wegen, sondern aus ihrem eigenen Interesse für die Teilnahme an Konferenzen und aus dem Wunsche, wenn möglich mit allen Ländern im Frieden zu leben. Er verlangte deshalb Ersetzung unserer Einleitung durch diejenige des russischen Vorschlages vom 23. März. Ich machte demgegenüber darauf aufmerksam, dass wohl der Bundesrat sich zu seinem ausserordentlichen Entgegenkommen in der Frage der Beihilfe nur aus Rücksicht auf das allgemeine Interesse habe entschliessen können und deshalb verlangen müsse, auf dieses Bezug zu nehmen. Im übrigen erwähne ja die Formel diese Rücksicht nur als schweizerisches, nicht auch als russisches Motiv einer Verständigung, und die Russische Regierung vergebe sich deshalb nichts, wenn sie der Fassung zustimme. Dieses Argument liess der Botschafter gelten und er erklärte, die Aufnahme der schweizerischen Einleitung zu empfehlen für den Fall, dass man sich in der Ersetzung des Wortes «aufrichtig» verständige. Einerseits, um wenn möglich zu verhüten, dass eine Lö-

2. Vgl. Annex.

3. Vgl. Nr. 279, Annex.

sung abermals an einem einzigen Adverbium scheitere und andererseits, um gleichzeitig zu vermeiden, dass die Russische Regierung sich auf ihre Ausdrücke festlege oder gar schärfere wähle, willigte ich in die Erörterung der allfälligen Ersetzung des «aufrichtig» ein, mit der ausdrücklichen Erklärung, dass ich keine Kompetenz habe, über den Wortlaut unseres Vorschlages (A) vom 4. ds. hinauszugehen und nur mitrede, um dem Botschafter seine Berichterstattung zu erleichtern, da er sich ohnehin gegen die nackte Streichung des «aufrichtig» erklärt habe. Ich wandte mich also in erster Linie gegen das Wort «äusserst», das schon grammatikalisch nicht am Platze stehe, da es kein reines selbständiges Adverb, sondern ein Beiwort zu einem Adjektiv oder Adverb sei. Der Botschafter liess dies gelten. Auf der Suche nach einem andern Ausdruck lehnte er das «wie sehr» (der Bundesrat die Ermordung verurteilt) ab, da die russische Sprache diese Satzstellung nicht kenne. Das «sehr» allein wiederum genügte ihm nicht. Ich schlug dann, wieder unter allem Vorbehalt, vor, das «äusserst» zu streichen und einfach das «durchaus» stehen zu lassen, sodass es lauten würde: «durchaus verurteilt und bedauert» (wobei wir für uns noch annehmen können, das «durchaus» beziehe sich nur auf das «verurteilt»). Der Botschafter konnte sich schliesslich für seine Person damit einverstanden erklären. Er verlangte nun aber noch, dass, wenn die schweizerische Einleitung angenommen werde, wenigstens ein Teil der russischen in die schweizerische Erklärung selbst aufgenommen werde, d. h. es sollte die Ermordung und das Attentat als Ursache des Konfliktes bezeichnet und dessen Vertiefung durch den Freispruch erwähnt werden. Hiegegen wehrte ich mich des bestimmtesten. Wenn der Bundesrat das schwere Opfer der Bereitwilligkeit zur Beihilfe zu bringen bereit sei, so wolle er nicht noch überdies alle andern russischen Begehren annehmen; auch sei in allen früheren Formeln vom Freispruch nie die Rede gewesen und der Bundesrat müsse es ablehnen, zu einem Urteil öffentlich Stellung zu nehmen. Der Botschafter gab schliesslich nach und begnügte sich mit einem Passus, der die Ermordung und das Attentat als Anlass des Konfliktes erwähnt, was meines Erachtens unbedenklich konzediert werden kann, umsomehr, als es schon in unserer ersten Formel stand.

Der Botschafter wird in seinem Bericht die beiden Formeln A und B vom 4. ds. seiner Regierung unterbreiten, wobei die in B rot unterstrichenen Worte die gestern neu hinzugekommenen sind⁴. Er erklärte mir, persönlich Stellung zu nehmen wie folgt:

1. Er wird Ablehnung der Formel A beantragen.
2. Er wird zu Formel B beantragen, die Einleitung – Hinweis auf das allgemeine Interesse – stehen zu lassen, wenn man sich über den Grad des Bedauerns einigt.
3. Zu der Frage, ob das «durchaus» unter Streichung des «äusserst» als genügend betrachtet werden könne, wird er eine persönliche Ansicht nicht äussern.
4. Er wird beantragen, den Hinweis auf die Ursache des Konfliktes so aufzunehmen, wie er in Formel B steht.

Durch Kurier wird sein Bericht auf die Sitzung der Regierung am 7. ds. in Moskau sein. Der Botschafter erwartet die telegraphische Antwort am Freitag, sodass

4. Vgl. Annex.

voraussichtlich am Samstag weiter verhandelt werden kann. Ich darf Sie bitten, mir wenn möglich auf diesen Zeitpunkt Ihre Instruktionen zukommen zu lassen, insbesondere über die Fragen:

1. Habe ich an der Formel A festzuhalten, was nach der Behauptung des Boten den Abbruch der Verhandlungen zur Folge haben wird?

2. Oder darf ich die Formel B annehmen, wenn die Russische Regierung ihr zustimmt⁵?

ANNEX

*Formeln A und B*⁶:

Vom Wunsche geleitet, im allgemeinen Interesse die Teilnahme der Regierung der Union der S.S.R. an der Internationalen Wirtschaftskonferenz und an der Abrüstungskonferenz zu erleichtern, steht der Schweizerische Bundesrat nicht an, erneut zu erklären, dass er die Ermordung des Herrn Worowski sowie das gleichzeitige Attentat auf die Herren Arens und Diwilkowski, *wodurch der zwischen den beiden Ländern bestehende Konflikt veranlasst worden ist, durchaus* verurteilt und bedauert. Er wird überdies im Geiste der Versöhnlichkeit bereit sein, wenn einmal Verhandlungen zwischen den Regierungen der Union der S.S.R. und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Gesamtheit der zwischen den beiden Ländern noch zu erledigenden Fragen eingeleitet werden, der Tochter des Herrn Worowski eine materielle Beihilfe zu gewähren, deren Art und Weise gleichzeitig mit diesen Fragen wird diskutiert werden können.

Damit erklären die beiden Regierungen den zwischen ihren Ländern bestehenden Konflikt als beigelegt und die gegenseitigen Sperrmassnahmen als aufgehoben.

5. Nach der Beratung der Vorschläge des schweizerischen Gesandten in der Sitzung des Bundesrates vom 8. April 1927 (E 1005 2/3), übermittelte das Politische Departement Minister Rüfenacht folgendes Telegramm: Acht. Ihr Bericht vom 5. April. Der Bundesrat ist bereit die Formel B anzunehmen. Wort *durchaus* ist zutreffend, könnte aber auf Begehren Gegenpartei durch gleichwertiges ersetzt werden, wie z. B. *entschieden* oder sogar im Notfalle *lebhaft*. Bundesrat lehnt nur Adjektiva ab, die widersinnig oder demütigend erscheinen könnten. An reinen Wortschönheiten soll Einigung nicht scheitern. Auswärtiges (E 2001 (C) 12/1).

6. Formel B unterscheidet sich von Formel A lediglich durch die zusätzliche Aufnahme des kursiv gedruckten Passus.

291

E 1004 1/303

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 5. April 1927

571. Verhandlungen mit Jugoslawien betr. Abschluss eines neuen Handelsvertrages

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 4. April 1927

Mit Note vom 21. Februar 1927¹ hat der hiesige jugoslawische Gesandte dem Politischen Departement mitgeteilt, dass seine Regierung bereit wäre, in Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Handelsvertrages zwischen der Schweiz

1. Nr. 259.

und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen einzutreten. Er fügte bei, dass, wenn die schweizerische Delegation nach Belgrad reisen könne, die Verhandlungen schon im Monat März oder April möglich wären. Müssten diese dagegen in Bern stattfinden, so könnten sie vom jugoslawischen Standpunkt aus im Monat Mai beginnen.

Besprechungen mit der hiesigen jugoslawischen Gesandtschaft haben die Situation insofern weiter abgeklärt, als einmal nach der Auffassung der jugoslawischen Regierung nicht nur ein Meistbegünstigungsvertrag, sondern ein eigentlicher Tarifvertrag in Frage käme und sodann, dass die Verhandlungen ungefähr am 20. April in Bern beginnen könnten.

Nachdem das Volkswirtschaftsdepartement die aufgeworfene Frage der schweizerischen Unterhändler-Delegation unterbreitet hatte, die sich einstimmig für den Abschluss eines Tarifhandelsvertrags mit Jugoslawien aussprach, erklärte es sein prinzipielles Einverständnis mit den von der Gesandtschaft gemachten Vorschlägen. Die Unterhändler-Delegation hat sodann einen Vorschlag für den allgemeinen Text eines Handelsvertrags sowie eine schweizerische Begehrenliste ausgearbeitet². Was den allgemeinen Text anbelangt, so entspricht er in jeder Beziehung den Handelsverträgen, die die Schweiz in den letzten Jahren mit verschiedenen Staaten abgeschlossen hat. Eine Besonderheit besteht lediglich darin, dass zu Artikel 2, welcher die gegenseitige uneingeschränkte Meistbegünstigung stipuliert, ausdrücklich eine Ausnahme mit Bezug auf die französisch-schweizerischen Abmachungen über die Zonen vorgesehen wird. Es dürfte dies deshalb nötig sein, weil der alte schweizerisch-serbische Handelsvertrag vom 28. Februar 1907³ diese Ausnahme ebenfalls ausdrücklich vorgesehen hat und man vermeiden sollte, dass aus einer allfälligen Weglassung der Schluss gezogen werde, die Schweiz sei damit einverstanden, auch das Zonenregime der allgemeinen Meistbegünstigung zu unterstellen. Praktisch könnte dann wohl der Hinweis im Vertrag selber weggelassen und nur in einem Protokoll niedergelegt werden, dass in dieser Beziehung eine Änderung gegenüber dem frühern Rechtszustand nicht eintritt.

Die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Jugoslawien sind gemäss Noten vom 20. September 1919 und vom April 1921⁴ in der Weise geregelt, dass der alte schweizerisch-serbische Vertrag vom 28. Februar 1907 in seinem allgemeinen Textteil noch Gültigkeit hat, wogegen die damals vereinbarten beidseitigen Tarifbindungen als dahingefallen zu betrachten sind.

Die Schweiz hat ein nicht unerhebliches Interesse, durch Tarifvereinbarungen den Export nach Jugoslawien zu fördern. Diese Bestrebungen bieten insofern Aussicht auf einen gewissen Erfolg, als heute die schweizerisch-jugoslawische Handelsbilanz für die Schweiz sehr stark passiv ist. Während im Jahre 1913 einer Einfuhr aus Serbien von 1,1 Millionen eine Ausfuhr von 1,9 Millionen gegenüberstand, wurden im Jahre 1926 für ca. 20 Millionen jugoslawische Waren in die Schweiz importiert, dagegen nur für 8 Millionen Franken schweizerische Waren

2. Nicht ermittelt.

3. AS 1907, NF 23, S. 94ff.

4. Nicht ermittelt.

nach Jugoslawien ausgeführt. Im Jahre 1925 betrug der Import aus Jugoslawien sogar über 26 Millionen Franken. Diese Verhältnisse berechtigen die Schweiz unzweifelhaft, für ihre wichtigsten Exportprodukte erhebliche Ermässigungen der heutigen sehr hohen jugoslawischen Zölle zu fordern und als Gegenleistung in der Hauptsache lediglich die Bindung der bescheidenen schweizerischen Gebrauchs-zölle zu offerieren. Von diesen Erwägungen ausgehend hat die Unterhändlerdelegation im Einvernehmen mit dem Vorort des schweiz. Handels- und Industrie-Vereins und mit dem schweizer. Bauernsekretariat die schweizerische Begehrenliste aufgestellt. Es werden darin für Schokolade, kondensierte Milch, Käse, Kindermehle, einzelne Baumwollgewebe, Stickereien, Hutgeflechte, Seidengewebe, Seidenbänder, Schuhe, Aluminiumwaren, Dynamomaschinen, Transformatoren, elektrische Apparate und Uhren angemessene Zollherabsetzungen verlangt, während für eine Reihe weiterer Waren die Bindung der in Kraft stehenden jugoslawischen Konventionalzölle vorgesehen wird. Wenn man sich auch angesichts der verhältnismässig bescheidenen Gegenleistungen, die die Schweiz anzubieten in der Lage ist, auf die notwendigsten Forderungen konzentrieren muss, so dürfen doch bei der zukünftigen Bedeutung der Exportmöglichkeiten nach Jugoslawien die wichtigsten, bekanntlich immer etwas vielgestaltigen schweizerischen Ausfuhrinteressen nicht unberücksichtigt bleiben.

Es ist vorgesehen, die gegenseitigen Vorschläge und Begehrenlisten am 10. April in Belgrad auszutauschen. Was die den schweiz. Delegierten zu erteilenden Instruktionen hinsichtlich der jugoslawischen Forderungen anbelangt, die heute naturgemäss noch nicht bekannt sind, so wird das Departement dem Bundesrat später Antrag stellen.

[...]

Es wird deshalb antragsgemäss *beschlossen*:

1. Das Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, durch Vermittlung der schweizer. Gesandtschaft in Belgrad der jugoslawischen Regierung den Entwurf zu einem Handelsvertrag sowie die schweizer. Begehrenliste zu unterbreiten.

2. Die schweizer. Delegation für die Verhandlungen mit Jugoslawien wird bestellt aus den Herren:

- a. W. Stucki, Direktor der Handelsabteilung,
- b. Prof. Dr. Laur, in Brugg,
- c. Dr. E. Wetter, in Zürich,
- d. Oberzolldirektor A. Gassmann,
- e. Nationalrat Dr. Th. Odinga, in Küsnacht/Zürich.

3. Das Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, den Kanzler der schweiz. Gesandtschaft in Belgrad für ca. 10 Tage zu den Verhandlungen in Bern zuzuziehen.

Aufzeichnung des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess

Bern, 8. April 1927

BESUCH DES POLNISCHEN
GESANDTEN HERRN MODZELEWSKI

Die Schweiz beklagte sich schon seit langer Zeit darüber, dass Polen die uns zugesicherte Meistbegünstigung¹ nicht respektiert, und ganz speziell uns Einfuhrkontingente, die es auf gewissen Waren Frankreich zugesteht, vorenthält.

Nachdem schon verschiedene Vorstellungen in Warschau nichts gefruchtet haben, habe ich den polnischen Gesandten hierher gebeten und ihm unsere Klagen eröffnet. Dabei habe ich bei aller Höflichkeit immerhin darauf hingewiesen, dass es uns peinlich wäre, wenn wir die Angelegenheit vor eine Vergleichskommission oder ein Schiedsgericht bringen müssten. Wir seien aber nicht in der Lage, uns mit der gegenwärtigen Situation abzufinden.

Herr Modzelewski wendete ein, dass die Schweiz gleich behandelt werde wie andere Länder, indem Polen überall auf einen Ausgleich seiner Handelsbilanz hinarbeitet. Er machte geltend, dass die Differenz, die zwischen der polnischen und schweizerischen Statistik bestehe, namentlich darauf zurückzuführen sei, dass die Schweiz die polnische Einfuhr z. B. von Kohle mit dem Wert der Ware an der Schweizergrenze registriert, während Polen bloss den Verkaufswert an der polnischen Grenze eintrage. Die Transportkosten seien aber sehr grosse und daher ergäbe sich ein grosser Teil der Differenz.

Schliesslich stelle ich Herrn Modzelewski ein kleines Aide-Mémoire² in Aussicht, das ich ihm tags darauf überschicken werde und welches die wesentlichen Punkte, die ich ihm mitteilte, wiederhole. Er betonte, wie sehr Polen auf gute und freundschaftliche Beziehungen zur Schweiz halte und versprach, unsere Reklamationen, ich brauchte absichtlich diesen Ausdruck, seiner Regierung weiterzugeben.

1. *In der Handelsübereinkunft vom 26.6.1922. Vertragstext in: AS 1922, NF 38, S.482ff.*

2. *Nicht ermittelt.*

293

E 1004 1/303

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. April 1927

576. Rheinregulierung

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes teilt mit, dass in der Frage der Kostenverteilung für die Rheinregulierung in Berlin eine erste Fühlungnahme zwischen deutschen und schweizerischen Delegierten stattgefunden habe¹. Dabei habe man sich auf deutscher Seite prinzipiell bereit erklärt, einen Teil der Kosten der Rheinregulierung zwischen Basel und Strassburg zu übernehmen, sofern die Schweiz ihrerseits an den Kosten der Kanalisierung der Strecke Basel–Bodensee partizipiert. Weitere Verhandlungen über diesen Gegenstand werden folgen². In nächster Zeit soll auch mit Frankreich wegen seiner Kostenbeteiligung an der Rheinregulierung Fühlung genommen werden.

Das politische Departement wird den Bericht unserer Delegierten seinerzeit auf den Kanzleisch legen. Die Angelegenheit ist sehr vertraulich und darf vorläufig nicht in der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

1. Die Verhandlungen dauerten vom 14. bis 17.3.1927.

2. Vgl. Nr.387. – Am 17.5.1927 befasste sich die Schweizerische Rheinkommission in Bern mit dem Regulierungsprojekt. Protokoll dieser Sitzungen in: E 2001 (C) 11/3.

294

E 1004 1/303

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. April 1927¹*610. Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich²

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 11. April 1927

Vor einigen Wochen ist, als Vorlage der Regierung an das Parlament, der Entwurf zu dem schon lange mit Spannung erwarteten neuen französischen Zolltarif erschienen. Nachdem sich das Volkswirtschaftsdepartement mit sehr grosser Mühe die nötige Anzahl von Exemplaren dieses Entwurfes verschaffen konnte, ist es sofort an das Studium desselben gegangen und hat insbesondere auch die

1. Abwesend: Haab und Häberlin.

2. Zu den handelsvertraglichen Verhältnissen mit Frankreich vor den vorgesehenen neuen Verhandlungen vgl. GBer 1926, S.516.

Rückwirkung der neuen französischen Zölle auf die schweizerisch-französischen Handelsbeziehungen einer eingehenden Prüfung unterzogen. Der Entwurf ist ausserordentlich umfangreich und kompliziert, sodass eine Vergleichung zwischen den jetzigen und den neuen Zöllen ungewöhnlich zeitraubend und schwierig war. Der Entwurf behält das frühere französische System eines Doppeltarifes mit Maximal- und Minimalkolonnen bei, erstere bestimmt für Waren aus Ländern, mit denen Frankreich nicht in geordneten Handelsbeziehungen steht, letztere anzuwenden auf Waren aus denjenigen Staaten, mit denen Frankreich zu einer handelsvertraglichen Regelung gelangt ist. Nach der Botschaft der französischen Regierung, die dem Entwurf beigegeben ist, beharrt Frankreich grundsätzlich auf der Tarifautonomie, d. h. das Maximum an französischen Zugeständnissen in Handelsvertragsverhandlungen soll in der Gewährung der Minimalkolonnen in Verbindung mit einer vollständigen oder partiellen Meistbegünstigung bestehen. Die französische Regierung hat unsere Gesandtschaft in Paris wissen lassen, dass sie den Entwurf noch vor den Sommerferien dieses Jahres parlamentarisch verabschieden und damit zum Gesetze machen will. Von diesem Momente an könnten über die Minimalzölle Verhandlungen mit dem Ausland nicht mehr gepflogen werden, während vorher grundsätzlich darüber gesprochen werden dürfe. Allerdings sei die Minimalkolonnen in keiner Weise ein Verhandlungstarif und es könne sich nur ganz ausnahmsweise darum handeln, dass einzelne Positionen anlässlich von Handelsvertragsverhandlungen etwas «retouchiert» würden. Ungefähr die gleichen Mitteilungen wurden dem Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes in Paris seitens der zuständigen Stellen des französischen Handelsministeriums gemacht mit dem Beifügen, Frankreich sei bereit, in der nächsten Zeit schon mit der Schweiz in diesem Sinne in Handelsvertragsverhandlungen zu treten.

Die Prüfung des Entwurfes hat nun ergeben, dass Frankreich seine Zölle fast auf der ganzen Linie sehr stark erhöhen will. Für einzelne Gruppen von Waren, an denen der schweizerische Export in hohem Masse interessiert ist, beträgt die vorgesehene Zollerhöhung ein Vielfaches der heutigen Ansätze, sodass heute schon gesagt werden muss, dass, z. B. für die Uhrenindustrie, die wichtigsten Teile der chemischen Industrie, grosse und wichtige Gruppen der Maschinen- und Apparateindustrie, sowie einzelne Gruppen der Textilindustrie, die neuen Zölle für die Schweiz prohibitiv wirken und unannehmbar sein würden. Diese Tatsache, in Verbindung mit der französischen Erklärung, dass von wesentlichen und vielfachen Herabsetzungen durch Handelsvertragsverhandlungen keine Rede sein könne, hat bei den schweizerischen Wirtschaftskreisen grosse und berechtigte Bestürzung verursacht.

Es liegt auf der Hand, dass die Schweiz bei diesen Verhältnissen das grösste Interesse daran hat, möglichst bald mit Frankreich über die Modifikation seiner Minimalkolonnen in Verhandlungen zu treten. Nicht weniger selbstverständlich ist, dass diese Verhandlungen wirtschaftlich und auch politisch ausserordentlich schwierig sein werden und dass heute schon mit einem allfälligen Scheitern derselben gerechnet werden muss. Bei den jetzigen französischen Zöllen steht nämlich einer schweizerischen Einfuhr aus Frankreich von 500 Millionen Franken ein

schweizerischer Export nach Frankreich von nur 150 Millionen Franken gegenüber. Die Inkraftsetzung der vorgesehenen Zollerhöhung würde den ohnehin ausserordentlich zurückgedrängten schweizerischen Export noch auf einen Bruchteil reduzieren, was für die schweizerische Wirtschaft gewiss nicht ertragbar wäre.

Bei solchen Verhältnissen glaubt das Volkswirtschaftsdepartement hinsichtlich der bevorstehenden Verhandlungen eine gewisse Abweichung vom bisher üblichen Vorgehen empfehlen zu sollen:

Zunächst wird es notwendig sein, in der Zusammensetzung der schweizerischen Verhandlungsdelegation auch das welsche Element zu berücksichtigen, da unser gegenwärtiges Unterhändlerkollegium bekanntlich keinen Vertreter der Westschweiz aufweist. Sodann dürfte es angesichts der ungewöhnlich grossen Bedeutung der ganzen Frage zweckmässig sein, von vornherein auch innerpolitisch eine etwas breitere Grundlage zu schaffen, insbesondere durch Beizug eines Vertreters der Arbeitnehmer. Diese Überlegungen würden an sich dazu führen, die Unterhändlerdelegation ziemlich stark zu vergrössern. Da aber für Frankreich voraussichtlich die Unterhandlungen einzig durch den Direktor der Handelsverträge im französischen Handelsministerium³ geführt werden, so erscheint es kaum angängig, dieser Persönlichkeit eine schweizerische Delegation von ca. 10 Persönlichkeiten gegenüberzustellen.

Es wird deshalb vorgeschlagen, zunächst einmal eine Kommission zu ernennen, welcher die Vorbereitung der Verhandlungen anvertraut wird und aus deren Mitte später eine kleine Verhandlungsdelegation von höchstens vier Mitgliedern zu ernennen wäre, die, in ständigem Kontakt mit den übrigen Mitgliedern der Kommission, die Unterhandlungen mit der französischen Delegation führen würde.

Was nun die Zusammensetzung der Kommission anbelangt, so erscheint es gegeben, zunächst die bisherigen Unterhändler, welche die grossen schweizerischen Produktionsgruppen vertreten, zu ernennen. Da Herr Prof. Laur voraussichtlich im Verlaufe dieses Sommers infolge seiner Lehrtätigkeit an der Eidg. Technischen Hochschule unabkömmlich ist, so muss er durch einen andern Vertrauensmann der Landwirtschaft ersetzt werden. Mit seinem Einverständnis wird Herr Staatsrat Porchet in Lausanne vorgeschlagen. Dies würde selbstverständlich nicht hindern, dass Herr Prof. Laur, der auf dem Gebiete der Handelsvertragsverhandlungen die grösste Erfahrung hat, zu den Sitzungen der Vorbereitungskommission zugezogen wird.

Keiner besondern Begründung bedarf der Vorschlag, auch einen Vertreter von Genf in die Kommission zu bestellen. Das Volkswirtschaftsdepartement schlägt vor Herrn alt Nationalrat Eduard Steinmetz, der zugleich als Vertreter des eigentlichen Handelsstandes zu betrachten ist.

Im weitem würde das Departement grossen Wert darauf legen, auch der Arbeiterschaft eine Vertretung einzuräumen in der Person von Herrn Nationalrat Grosspierre. Da dieser den Kreisen der Arbeiterschaft der an den Verhandlungen im höchsten Grade interessierten Uhrenindustrie angehört, so muss der Eindruck

3. D. Serruys.

vermieden werden, als ob die Uhrenindustrie durch einen Vertrauensmann ihrer Arbeiter, unter Ausschluss eines Vertreters der Unternehmer, repräsentiert werde. Hiezu kommt, dass es auch vorteilhaft ist, wenn die eidgenössischen Räte in der Kommission eine gewisse Vertretung erhalten. Das Departement schlägt im weitem vor, Herrn Nationalrat Sandoz, Uhrenindustrieller in Tavannes, zu ernennen.

Hinsichtlich der Bestellung der eigentlichen Verhandlungsdelegation möchte sich das Volkswirtschaftsdepartement den definitiven Antrag noch vorbehalten. Es werden aber schon heute in Aussicht genommen die Herren Direktor Stucki, Dr. Wetter, Staatsrat Porchet und alt Nationalrat Steinmetz, denen ein Experte der Zollverwaltung beizugeben wäre.

Wenn und sobald sich der Bundesrat mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt, würde das Departement die Kommission zusammenberufen, sie über die allgemeinen Verhältnisse orientieren und ihr den Entwurf zu einer schweizerischen Begehrenliste vorlegen. Dieser Entwurf sollte dann ungefähr am 20. April durch die Schweizerische Gesandtschaft in Paris der französischen Regierung unterbreitet werden⁴. Gleichzeitig hätte Frankreich seine formulierten Wünsche zum schweizerischen Zolltarif vorzulegen. Die gegenseitige Prüfung dieser Desiderata würde wohl mindestens zehn bis vierzehn Tage erfordern, sodass die eigentlichen Verhandlungen erst nach Beendigung der Weltwirtschaftskonferenz in Genf aufgenommen werden könnten, an welcher sowohl verschiedene Mitglieder der schweizerischen als der Chef der französischen Delegation teilnehmen werden.

Gestützt auf obige Ausführungen wird antragsgemäss *beschlossen*:

1. Zur Vorbereitung und Beratung in den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich wird eine Kommission bestellt, bestehend aus den Herren

Direktor *Stucki*,
Professor *Laur*,
Dr. *Wetter*,
Oberzolldirektor *Gassmann*,
Nationalrat *Odinga*,
Staatsrat *Porchet*,
Nationalrat *Sandoz*,
Nationalrat *GrosPierre* und
alt Nationalrat *Steinmetz*;

2. aus der Mitte dieser Kommission wird später eine kleine Verhandlungsdelegation ernannt;

3. das Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der unter 1.) erwähnten Kommission am 20. April in Paris die schweizerische Begehren-Liste überreichen zu lassen.

4. Vgl. Nr.301.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. April 1927¹

Beziehungen zu Sowjetrussland

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes gibt Kenntnis von einem Bericht unseres Gesandten in Berlin vom 9. ds. Mts.², woraus hervorgeht, dass nunmehr eine hinterhältige russische Taktik eingesetzt hat. Noch bevor Herr Rüfenacht im Besitze des bundesrätlichen Telegramms vom 8. ds.³ war, schlug der Botschafter eine Zusammenkunft für den 8. April vor, da er eine Mitteilung zu machen habe. Diese bestand darin, dass der Botschafter die telegraphische Instruktion erhalten habe, am russischen Vorschlage vom 23. März festzuhalten. Unser Gesandter verhehlte ihm sein Erstaunen nicht, dass, nachdem man nach wiederholten und weitgehenden Konzessionen an der Konferenz vom 4. ds. nahe am Ziele zu sein schien, durch die starre Haltung der Russischen Regierung nun alles wieder in Frage gestellt sei. Der Botschafter versuchte, seine früheren Erklärungen über seine persönliche Stellungnahme abzuschwächen und konnte im übrigen nur feststellen, dass er durch die erhaltenen Instruktionen gebunden sei. Auf eine Bemerkung unseres Gesandten, dass diese Instruktionen, wenn sie ultimativer Natur seien, die Sache zum Scheitern bringen werden, erwiderte er, dass in der telegraphischen Weisung noch ein Brief angekündigt sei, der wohl nähere Ausführungen enthalten und ihm vielleicht einen Spielraum gewähren werde.

Nach Empfang des bundesrätlichen Telegramms schlug Herr Rüfenacht eine nochmalige Zusammenkunft für den 9. ds. Mts. vor, in der er dem Botschafter mitteilte, dass er inzwischen die Zustimmung zur Formel B, aber nur zu dieser, erhalten habe. Herr Rüfenacht fügte jedoch bei, dass, da zwei unvereinbare Erklärungen der Regierungen sich gegenüberstehen, es Aufgabe der Unterhändler sein müsse, eine neue vermittelnde Formel zu suchen, und legte dem Botschafter eine Fassung in Form einer rein persönlichen Anregung und unter ausdrücklichem Vorbehalt der Stellungnahme des Bundesrates vor.

Gleichzeitig gab Herr Rüfenacht zu seinem individuellen Vorschlage mündlich folgenden Kommentar: 1. Die russische Einleitung wird grundsätzlich angenommen. Da jedoch die nachfolgende Erklärung des Bundesrates sich nicht als eine gegenseitige Vereinbarung darstellt, ist eine andere Redaktion zu wählen. 2. Die Bezeichnung des Herrn Worowski als russischer Regierungs-Vertreter ist angesichts der bezüglichen alten Streitfrage unannehmbar. Wenn die Russische Regierung Gewicht darauf legt, ihm eine amtliche Eigenschaft beizulegen, so kann er

1. *Abwesend: Haab und Häberlin.*

2. E 2001 (C) 12/1.

3. *Vgl. Nr. 290, Anm. 5.*

als damaliger russischer Delegierter in Italien bezeichnet werden. 3. Da es bekannt ist, dass Lausanne auf Schweizergebiet liegt, ist die Erwähnung von beiden ein Pleonasmus. 4. Die Erwähnung des Freispruchs, die auch in den früheren Formeln von 1926 nicht enthalten war, ist unannehmbar. 5. Dagegen wird als Grad des Bedauerns neben dem «durchaus» noch das «sehr» konzediert. 6. «Bei Beginn der Verhandlungen ...» könnte darauf schliessen lassen, dass in erster Linie die Beihilfe vor allem anderen zu präzisieren sein wird. Herr Rüfenacht verlange deshalb seine Übersetzung der Formel vom 31. Januar 1926. Hiermit hat sich der Botschafter bereits einverstanden erklärt. 7. Zum Schluss der russischen Formel: Die russischen Sperrmassnahmen beziehen sich nicht nur auf schweizerische Staatsangehörige, sondern auch auf schweizerische Geschäftshäuser und Waren. Entweder sind letztere bei der Aufhebung auch zu erwähnen, oder es ist diese nur generell nach dem Vorschlage unseres Gesandten zu erklären. Auch hiermit hat sich der Botschafter einverstanden erklärt.

Der russische Botschafter hat den Vorschlag des Herrn Rüfenacht sofort telegraphisch nach Moskau übermittelt und erwartet eine telegraphische Antwort für Montag oder Dienstag. Herr Rüfenacht ersucht daher seinerseits um baldige, wenn möglich ebenfalls telegraphische, Mitteilung, ob der Bundesrat den Vorschlag im Falle der Annahme von russischer Seite genehmigt und ob er gegebenenfalls damit einverstanden ist, dass der Gesandte ihn vorerst als unser äusserstes Entgegenkommen bezeichne.

[...] ⁴

Der persönliche Vorschlag des Herrn Rüfenacht vom 9. April 1927, den er nur unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Bundesrat machte, hat folgenden Wortlaut:

«Im Hinblick auf das Bestreben der Regierungen der Union der S.S.R. und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, den zwischen den beiden Staaten bestehenden Konflikt beizulegen, der infolge der Ermordung des Herrn Worowski während der Konferenz in Lausanne (oder auf schweizerischem Gebiet) und infolge des Attentats auf die Herren Arens und Diwilkowski entstanden ist, erklärt der Schweizerische Bundesrat erneut, dass er diese verbrecherischen Handlungen durchaus verurteilt und sehr bedauert. Er wird überdies im Geiste der Versöhnlichkeit bereit sein, wenn einmal Verhandlungen zwischen den Regierungen der Union der S.S.R. und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Gesamtheit der zwischen den beiden Ländern noch zu erledigenden Fragen eingeleitet werden, der Tochter des Herrn Worowski eine materielle Beihilfe zu gewähren, deren Art und Weise gleichzeitig mit diesen Fragen wird diskutiert werden können.

Damit erklären die beiden Regierungen den zwischen ihren Ländern bestehenden Konflikt als beigelegt und die gegenseitigen Sperrmassnahmen als aufgehoben.»

Der Vorsteher des politischen Departementes fügt bei, er habe erfahren, dass die Russische Botschaft in Berlin die deutsche Regierung über den Gang der Ver-

4. Es folgt der Text des russischen Vorschlages vom 23.3.1927. Als Annex zu Nr.279 abgedruckt.

handlungen auf dem Laufenden halte. Er ist der Ansicht, dass der von Herrn Rüfenacht vorgeschlagenen neuen Formel unbedenklich zugestimmt werden könne; sie sei für uns annehmbar. Hingegen sei diese Formel als unser äusserstes Entgegenkommen zu bezeichnen; eine Erwähnung des Freispruchs oder die Anerkennung einer offiziellen Qualität Worowskis müsse unbedingt abgelehnt werden. Herr Motta beantragt daher Zustimmung zum Vorschlage Rüfenacht.

In der Beratung schliessen sich die Herren *Schulthess*, *Scheurer* und *Chuard* der Ansicht des Vorstehers des politischen Departementes an.

Herr *Musy* erklärt hingegen, der neuen Formel unseres Gesandten nicht zustimmen zu können. Er erinnert daran, dass er stets gegen eine Wiederaufnahme der Beziehungen mit Russland gewesen sei, da er dem gegenwärtigen Regime keine Achtung und kein Zutrauen entgegenbringen könne. Der heutige Stand der Verhandlungen beweise neuerdings, dass man es mit Leuten zu tun habe, die darauf ausgehen, uns zu täuschen und zu hintergehen. Die Wiederaufnahme der Beziehungen werde uns keinen Nutzen bringen. Herr *Musy* fügt bei, dass er letzthin den Anträgen des politischen Departementes und der sog. Formel «B» nur deshalb keinen Widerstand entgegengesetzt habe, weil er annahm, dass unter keinen Umständen nachträglich weiter gegangen werde. Der Russische Vorschlag vom März 1927 gehe aber viel weiter und müsse unbedingt verworfen werden. Und auch die neue Formel des Herrn Rüfenacht gehe über die Formel «B» hinaus und sei unannehmbar. Er müsse daher verlangen, dass sie abgelehnt werde.

Herr *Motta* erwidert, dass die Differenzen zwischen dem neuen Vorschlage des Herrn Rüfenacht und der Formel «B» sehr klein seien. Sie lägen nur in der Fassung des Ingresses und in der Einschaltung des Wörtchens «sehr» vor dem Zeitwort «bedauern». Wir könnten es vor der Öffentlichkeit nicht rechtfertigen, wegen dieser mehr redaktionellen Unterschiede die Verhandlungen zum Scheitern gebracht zu haben. Zu beachten sei ferner, dass Herr Rüfenacht seinen Vorschlag dem russischen Botschafter zuhanden seiner Regierung bereits bekanntgegeben habe.

Hierauf wird gemäss Antrag des politischen Departementes mit allen Stimmen gegen diejenige des Herrn *Musy* *beschlossen*:

Die von unserem Gesandten in Berlin zuletzt vorgeschlagene Formel wird genehmigt. Sie ist als das äusserste Entgegenkommen des Bundesrates zu bezeichnen. Eine Erwähnung des Freispruchs von Lausanne, sowie die Anerkennung einer offiziellen Qualität Worowskis in der Schweiz bleiben unannehmbar⁵.

5. Im Anschluss an die Sitzung vom 12. April 1927 übermittelte das Politische Departement Minister Rüfenacht folgendes Telegramm: Neun. Ihr Bericht 9. April. Bundesrat hat die von Ihnen zuletzt vorgeschlagene Formel genehmigt und ist damit einverstanden, dass sie als unser äusserstes Entgegenkommen bezeichnet werde. Erwähnung Freispruchs und Anerkennung einer offiziellen Qualität Worowskis in der Schweiz bleiben unannehmbar. Auswärtiges (E 2001 (C) 12/1).

296

E 2001 (C) 1/23

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Geschäftsträger in Ankara, H. Martin*

S

Türkei: Handelsvertrag

Bern, den 13. April 1927

Wir bestätigen Ihnen hiemit den Empfang Ihrer beiden Schreiben Nr.36/37 vom 2. und 6. April a.c.¹ betreffend die Frage der Schiedsgerichtsklausel (Art. 12)² unseres Entwurfs zu einem Handelsvertrag mit der Türkei. Wir haben von Ihren Ausführungen mit grossem Interesse Kenntnis genommen und uns unverzüglich mit dem Politischen Departement in Verbindung gesetzt. In Übereinstimmung mit demselben sind wir mit Ihrem Vorgehen völlig einverstanden und haben daher davon Vormerkung genommen, dass unter den geschilderten Voraussetzungen Artikel 12 unseres Vertragsentwurfes (Schiedsgerichtsklausel) dahinfällt³.

1. E 2001 (C) 7/7.

2. Vgl. Nr. 274, Anm. 2.

3. Die Handelsübereinkunft zwischen der Schweiz und der Türkei wurde am 4.5.1927 in Ankara unterzeichnet. Vgl. auch BR-Botschaft vom 31.5.1927, in: BBl 1927, I, S. 681ff.

Nach dem Verzicht der Schweiz auf die Schiedsgerichtsklausel wurden mit der Türkei separate Schiedsvertragsverhandlungen aufgenommen. Der dabei ausgehandelte schweizerisch-türkische Vertrag zur Erledigung von Streitigkeiten im Vergleichs-, Gerichts- und Schiedsverfahren wurde am 9.12.1928 unterzeichnet. Vgl. BR-Botschaft vom 11.3.1929, in: BBl 1929, I, S. 311ff. Vgl. auch Nr. 459.

297

E 1004 1/303

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 14. April 1927¹

633. Handelsvertrag mit Italien

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 4. April 1927

I.

Am 12. März 1927 erstattete das Volkswirtschaftsdepartement Bericht² über das vorläufige Ergebnis der Besprechungen, die im Februar/März die Herren Direktor Stucki, Chef der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes, und

1. Abwesend: Häberlin.

2. E 2001 (C) 3/15.

der Oberzolldirektor Gassmann in Rom mit Vertretern der italienischen Regierung hatten.

Der Zweck dieser Besprechungen war vor allem, einerseits, für eine grössere Anzahl Anstände und Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung des schweizerisch-italienischen Handelsvertrages und des italienischen Zolltarifs eine befriedigende Lösung zu finden, anderseits, zu sondieren, ob und unter welchen Bedingungen Italien geneigt wäre, auf einige schweizerische Wünsche um Entlassung aus der vertraglichen Bindung gewisser schweizerischer Zölle ohne Kündigung einzugehen.

In bezug auf die Anstände und Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung des Handelsvertrages und des italienischen Tarifs wurde für eine Reihe von Einzelfällen eine Verständigung erzielt, die allerdings erst im Rahmen der Erledigung aller hängigen Fragen wirksam werden wird. Einige wichtige Streitpunkte harren allerdings noch der Erledigung. Immerhin konnte seit der Besprechung ein nicht unwesentlicher Fortschritt verwirklicht werden, indem unter Mitwirkung italienischer und schweizerischer Zollorgane sowie von Vertretern der Spediteure die zugestandene Untersuchung der Verhältnisse im Zollamt Chiasso vorgenommen wurde, die ohne Zweifel gute Früchte zeitigen wird.

Was die Wünsche um Entlassung aus den handelsvertraglichen Bindungen der schweizerischen Zölle für Automobile, Gemüsekonserven und Erbsen, Kunstseide und Butter betrifft, so hat Italien eine Diskussion über die Automobilzölle, im Zusammenhang mit einer italienischen Gegenforderung um Freigabe der Zölle für die Automobilmotoren, als möglich bezeichnet. Dagegen wurde italienischerseits strikte erklärt, dass auf Gesuche für die andern genannten Erzeugnisse nicht eingegangen werden könne.

II.

Für die Weiterführung der Verhandlungen bestehen folgende drei Möglichkeiten:

a) Die Schweiz kündigt den Handelsvertrag. In diesem Falle müssten sofort Verhandlungen über einen neuen Vertrag auf breitester Grundlage aufgenommen werden;

b) die Abänderung des Vertrages wird auf eine kleine Anzahl gegenseitiger Tarifbegehren beschränkt;

c) der Vertrag bleibt bestehen mit Ausnahme der Änderung der Position Automobile auf schweizerischer Seite und der Position Automobilmotoren auf italienischer Seite, wobei allerdings eine bedeutendere Erhöhung der schweizerischen Automobilzölle kaum in Frage käme.

Das Volkswirtschaftsdepartement hat die Sachlage, auch im Schosse der Handelsvertragsdelegation eingehend geprüft und ist dabei, in völligem Einvernehmen mit dieser Delegation, zu folgenden Schlüssen gelangt:

a) An eine Kündigung des Handelsvertrages mit Italien ist gegenwärtig, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen zwischen der Schweiz und Frankreich, nicht zu denken.

b) Ebenso muss die Frage einer Teilrevision des Vertrages zurzeit ausgeschlos-

sen werden, da auch in diesem Falle eigentliche Unterhandlungen über ein Zusatzabkommen aufgenommen werden müssten, was wegen der Verhandlungen mit Frankreich kaum tunlich wäre. Zudem könnte die Opportunität einer Teilrevision nicht ohne weiteres bejaht werden, da sie angesichts der jetzigen Tendenzen der italienischen Volkswirtschaft sehr leicht weiter führen könnte, als dem Volkswirtschaftsdepartement selbst angenehm wäre.

c) Bleibt die dritte Möglichkeit: Beschränkung der Revision auf die Position Automobile auf schweizerischer und die Position Automobilmotoren auf italienischer Seite. Mit der Handelsvertragsdelegation ist das Volkswirtschaftsdepartement der Ansicht, dass nur dieser Weg zurzeit gangbar sei. Er bietet überdies die grössten Erfolgsaussichten, weil, wie gesagt, die italienische Regierung sich zur Diskussion bereit erklärt hat.

III.

Anlässlich der Besprechungen in Rom wurde versucht, die völlige Entlassung aus der vertraglichen Bindung der Automobilzölle zu erwirken. Italienischerseits lehnte man jedoch ein solches Begehren kategorisch ab, unter Hinweis darauf, dass die Automobilausfuhr einer der wichtigsten, wenn nicht der wichtigste, Posten des industriellen Exportes Italiens sei und dass daher seit Jahren keine Tarifverträge mehr abgeschlossen würden, die nicht Sicherungen hinsichtlich der Automobilzölle enthielten. Wenn schon keine neuen Verträge ohne Bindungen eingegangen würden, so könne umsoweniger davon die Rede sein, auf bestehende Bindungen zu verzichten. Die schweizerische Delegation konnte sich dieser Argumentation nicht verschliessen. Sie suchte daher festzustellen, wie sich die italienische Regierung zur Festsetzung eines Einheitszolles von 200 Franken per q für Automobile und Chassis (d. h. die ganze jetzige Position 914) stellen würde. Aber auch mit der Stipulierung eines Einheitsansatzes konnte man sich auf italienischer Seite nicht befreunden. Anhand von Zahlen über die verschiedenen Wagentypen der Fiat, die mehr als 80% der Gesamtausfuhr von Automobilen bestreitet, wurde dargelegt, dass durch die Ansetzung eines einheitlichen Zolles die billigeren Automobile prozentual viel stärker belastet würden als die Luxuswagen.

[...]

Nach eingehender Prüfung der Verhältnisse mit der Handelsvertragsdelegation und mit Fachleuten kam man allgemein zur Überzeugung, dass prinzipiell der italienische Vorschlag der Staffelung nicht von der Hand gewiesen werden sollte und dass er sich auch ganz wohl mit den Erfordernissen der schweizerischen Zollpraxis vereinbaren lasse, wenn die Unterschiede zwischen den einzelnen Stufen so gehalten werden, dass die Anregung zum Versuch der Zollhinterziehung durch künstliche Verminderung des Gewichts der zur Einfuhrverzollung vorgewiesenen Wagen fehlt.

[...]

Der Hauptzweck einer Erhöhung der Automobilzölle, die bessere Erfassung dieser Finanzquelle, würde damit erreicht, dass nach den angestellten Berechnungen, auf der Grundlage der Einfuhr von 1926, die vorstehend angeführten Zölle gegenüber den jetzigen für den Fiskus einen jährlichen Mehrertrag von rund 6

Millionen Franken ergeben dürften. Wenn daneben auch die bestehende schweizerische Automobilindustrie eine kleine Verstärkung des Schutzes gegen die ausländische Konkurrenz erzielen würde und zudem der Wunsch der Bundesbahnen – wie überhaupt der schweizerischen Talbahnen – nach einer Erschwerung der Automobilkonkurrenz in einem allerdings bescheidenen Masse in Erfüllung gehen könnte, so wären dies Begleiterscheinungen der Zollerhöhung, die vom Gesichtspunkte der schweizerischen Gesamtinteressen aus gewiss nicht als unerfreulich bezeichnet werden könnten.

Dabei würde die Heraufsetzung der Zölle in einem durchaus erträglichen Rahmen bleiben. Wenn auch eine genaue Berechnung deshalb ausgeschlossen ist, weil die eingehende Staffelung nach dem Gewicht bis jetzt nicht bestand, so kann doch eine mittlere Belastung von rund 20%, die für viele Automobile zweifelsohne unterschritten würde, als nicht zu weit von der Wirklichkeit abweichend betrachtet werden. Der beste Beweis dafür, dass die Erhöhung nicht als übertrieben bezeichnet werden könnte, liegt übrigens darin, dass trotz der gegenwärtigen Bindung der Zölle italienischerseits als Grundlage für eine weitere Diskussion bereits Ansätze genannt wurden, die hinter den von uns in Aussicht genommenen nicht allzusehr zurückstehen.

Durch eine Vereinbarung mit Italien im vorgesehenen Sinne würde die endgültige Stellungnahme des Bundesrates abgesehen von der Maximalhöhe der neuen Ansätze in keiner Weise präjudiziert. Die Abmachungen mit Italien würden der Schweiz lediglich das Recht verleihen, mit einer Erhöhung bis zu den vereinbarten Zöllen zu gehen. Es bliebe somit durchaus dem Bundesrat vorbehalten, zu bestimmen, ob diese Höchstansätze in den Gebrauchstarif hinübergenommen werden oder ob Zölle, die zwischen diesen Maxima und den jetzigen Ansätzen liegen, zur Anwendung gelangen sollten.

IV.

Was die italienische Gegenforderung anbetrifft, so dürfte ihr, falls hinsichtlich der schweizerischen Automobilzölle eine befriedigende Zusage erhältlich ist, ohne viel Bedenken entsprochen werden können. Italien verlangt die Entlassung aus der Zollbindung für die Automotoren, die im Vertrage nicht namentlich aufgeführt sind, aber unter die gebundene Position der Verbrennungsmotoren im allgemeinen (italienische Tarifnummer 396^a 2) fallen. Allenfalls könnte sich Italien auch mit einer Aufhebung der Bindung nur für die Tourenwagenmotoren begnügen. Da ein wesentliches schweizerisches Fabrikationsinteresse für diese Motoren nicht besteht, wird es möglich sein, Italien in diesem Punkte zu entsprechen, falls es zu einer Verständigung über die schweizerischen Automobilzölle kommt.

V.

Sollte die Delegation ermächtigt werden, auf der vorliegend skizzierten Grundlage mit Italien weiter zu unterhandeln, so würde sie natürlich dem letzten italienischen Angebot Forderungen gegenüberstellen, die 20 Franken über dem liegen, was sie endgültig zu erreichen wünscht.

Wird das Programm der Verhandlungen mit Italien dahin beschränkt, dass einerseits die Freigabe der Bindung der Automobilmotorenzölle mit der italienischen Zustimmung zu einer Erhöhung der schweizerischen Automobilzölle kompensiert werden soll und andererseits die in frühern Berichten ausführlich erwähnten Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten betreffend die Anwendung des Handelsvertrages und des italienischen Zolltarifs in bestmöglicher Weise beseitigt werden sollen, so dürfte es genügen, die Besprechungen einstweilen durch unsere Gesandtschaft in Rom weiterführen zu lassen.

Gemäss dem Wunsche der Italienischen Regierung, und auch im Interesse der Verhandlungen selbst, sind Mitteilungen an die Öffentlichkeit über die in Frage stehenden Besprechungen auch weiterhin noch zu unterlassen³.

Antragsgemäss wird *beschlossen*:

1. Vom vorstehenden Bericht wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

2. Das Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, die Unterhandlungen mit der italienischen Regierung über die Einzelfälle von Schwierigkeiten im Handelsverkehr zwischen der Schweiz und Italien im allgemeinen und in der Auslegung und Anwendung des schweizerisch-italienischen Handelsvertrages im besondern, weiterzuführen⁴.

[...]

3. Am 4.2.1927 hatte der Direktor der Handelsabteilung, Stucki, dem Vorort mitgeteilt, Italien wünsche nicht andere Staaten, wie z. B. Deutschland, über die Besprechungen mit der Schweiz zu unterrichten (E 7110 1/80).

4. Am 24.9.1927 wurde ein Verhandlungsprotokoll unterzeichnet. In: AS 1927, NF 43, S.479ff. – Vgl. auch Nr.353.

In seiner Sitzung vom 10.6.1929 genehmigte der Bundesrat das Zusatzprotokoll vom 31.5.1929 zum Handelsvertrag mit Italien, worin die italienische Regierung auf die Bindung des schweizerischen Zolls für frische Butter verzichtet (E 1004 1/316, Nr.1073). Text des Protokolls in: AS 1929, NF 45, S.286. Vgl. dazu Nr.483.

298

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Spp. Persönlich und vertraulich
Beziehungen zu Russland

Berlin, 14. April 1927

In Bestätigung meines heutigen Telegramms¹, mit dem ich Ihnen die erfolgte Unterzeichnung der Erklärungen meldete, beehre ich mich, Ihnen ergänzend noch folgendes mitzuteilen:

1. Mit Telegramm vom 14.4.1927 orientierte die schweizerische Gesandtschaft in Berlin das Politische Departement folgendermassen über den Abschluss der Verhandlungen: Eins. Betrifft russische Angelegenheit. Soeben Erklärungen nach meinem Vorschlag 9. April mit Variante «wäh-

Ihrem Auftrage gemäss habe ich dem Botschafter gestern mitgeteilt, dass Sie meine Formel vom 9. ds. genehmigen, aber als äusserstes Entgegenkommen bezeichnet haben. Er erklärte, für seine Person einverstanden zu sein, und er glaubte, nach seinen letzten Instruktionen auch zur Unterzeichnung ermächtigt zu sein. Da aber seine Regierung, als sie diese Instruktionen erteilte, den genauen Wortlaut meines Vorschlages noch nicht kannte und sich bis heute noch nicht zu ihm geäußert hat, so wünschte er sich doch die Ratifikation vorzubehalten, die er jedoch als sicher betrachte. Da er morgen oder übermorgen an den Sowjet-Kongress reisen will, wünschte er die Sache vorher formell in Ordnung zu bringen. Wir tauschten deshalb heute die in Kopie beiliegenden Noten² aus, unter gleichzeitiger Aufnahme eines ebenfalls in Kopie beiliegenden Protokolls³, nach dem der Notenwechsel erst beim Eintreffen der Genehmigung durch die Regierungen als vollzogen gelten soll. Ich bedarf übrigens für meine Person nach Ihrem Telegramm einer nochmaligen Genehmigung nicht mehr und habe sie nur zur Wahrung des Gleichgewichts vorbehalten. Es ist vereinbart, dass nach Eingang der russischen Genehmigung das erwähnte Protokoll vernichtet wird, womit der Notenwechsel automatisch in Kraft tritt. Sobald dies geschehen ist, werde ich Ihnen telegraphieren.

Wie ich Ihnen telegraphierte, haben der Botschafter und ich uns gegenseitig verpflichtet, der Presse vorerst, d. h. vor dem Inkrafttreten des Notenwechsels, keine Mitteilungen zukommen zu lassen, und ich darf Sie bitten, die bezüglichen Weisungen erteilen zu wollen. Nach dem Inkrafttreten soll es jeder Regierung freistehen, die ihr gutschneidenden Mitteilungen zu machen.

Wenn die Sache, wie der Botschafter zuversichtlich glaubt, in den allernächsten Tagen in Kraft tritt, werde ich hier wohl von verschiedenen Seiten über die Angelegenheit befragt werden. Da mir diese jetzt noch frisch im Gedächtnis ist, habe ich mir für meinen Gebrauch einige Notizen zusammengestellt. Diese können vielleicht, wenn Sie mit ihnen einverstanden sind, auch Ihrem Pressedienst bei der Redigierung eines allfälligen Communiqués nach dem Inkrafttreten dienlich sein. Ich erlaube mir deshalb, Ihnen eine Abschrift⁴ zuzustellen.

ANNEX I

Abschrift

Berlin, 14. April 1927

PROTOKOLL⁵

Die unterzeichneten Vertreter ihrer Regierungen haben heute einen Notenwechsel vorgenommen zur Beilegung des zwischen den beiden Ländern bestehenden Konfliktes. Dieser Notenwechsel soll aber erst als vollzogen gelten nach erfolgter Genehmigung durch die beiden Regierungen.

rend der Konferenz in Lausanne» und Weglassung «schweizerisches Gebiet» beidseitig unterzeichnet, aber unter Vorbehalt erwarteter Ratifikation durch russische Regierung. Habe vereinbart, dass vorerst keine Mitteilung an Presse erfolgen soll. Brief folgt. (E 2001 (C) 12/1).

2. *Text der von Krestinski an Rüfenacht gerichteten Note als Annex 2 abgedruckt.*

3. *Als Annex 1 abgedruckt.*

4. *Nicht abgedruckt. Vgl. dazu Nr. 300.*

5. *Unterzeichnet von Rüfenacht und Krestinski.*

ANNEX 2

*Der sowjetische Botschafter in Berlin, N. Krestinski,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

N⁶

Berlin, 14. April 1927

Ich beehre mich, Eurer Excellenz ergebenst mitzuteilen, dass die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken mich zum Austausch der nachstehenden Erklärungen mit Eurer Excellenz ermächtigt hat:

«Im Hinblick auf das Bestreben der Regierungen der Union der S.S.R. und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, den zwischen den beiden Staaten bestehenden Konflikt beizulegen, der infolge der Ermordung des Herrn Worowski während der Konferenz in Lausanne und infolge des Attentats auf die Herren Arens und Diwilkowski entstanden ist, erklärt der Schweizerische Bundesrat erneut, dass er diese verbrecherischen Handlungen durchaus verurteilt und sehr bedauert. Er wird überdies im Geiste der Versöhnlichkeit bereit sein, wenn einmal Verhandlungen zwischen den Regierungen der Union der S.S.R. und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Gesamtheit der zwischen den beiden Ländern noch zu erledigenden Fragen eingeleitet werden, der Tochter des Herrn Worowski eine materielle Beihilfe zu gewähren, deren Art und Weise gleichzeitig mit diesen Fragen wird diskutiert werden können.

Damit erklären die beiden Regierungen den zwischen ihren Ländern bestehenden Konflikt als beigelegt und die gegenseitigen Sperrmassnahmen als aufgehoben»⁷.

6. Es handelt sich um das Original. Vgl. dazu Nr. 299.

7. Die schweizerische Note vom 14.3.1927 an den sowjetischen Botschafter enthält die gleichlautende Erklärung.

299

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R.

Beziehungen zu Russland

Berlin, den 15. April 1927

In Bestätigung meines heutigen Telegramms¹ beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, dass heute nach Eintreffen der russischen Ratifikation das dieselbe vorbehaltende Protokoll² vernichtet worden und damit der Notenwechsel vom 14. ds. endgültig vollzogen ist.

Da heute am Charfreitag abend ein eingeschriebener Brief nicht mehr spedierte würde, ich aber das Original der russischen Note³ uneingeschrieben nicht absenden möchte, werde ich es morgen an Sie abgehen lassen.

1. Nicht abgedruckt.

2. Nr. 298, Annex 1.

3. Nr. 298, Annex 2.

Was die Veröffentlichung in den beiden beteiligten Ländern betrifft, so hat die russische Botschaft von ihrer Regierung die Mitteilung erhalten, dass die Presse von Moskau die Erklärung morgen Samstag mittag wörtlich bringen wird, was ich Ihnen telegraphisch meldete. Für die Berliner Presse schlug ich ein kurzes sachliches Communiqué vor; die Russische Botschaft erklärte jedoch, zu befürchten, dass bei dem hier für die Frage herrschenden starken Interesse die Presse *[sich]* mit einem solchen nicht begnügen und alsdann möglicherweise entstellte Wiedergaben aus russischen Zeitungen bringen könnte. Aus diesem Grunde wird die Botschaft der hiesigen Presse den Wortlaut zur Verfügung stellen, jedoch nicht vor morgen Samstag nachmittag, so dass die Veröffentlichung in Deutschland frühestens in den am Sonntag morgen erscheinenden Nummern wird erfolgen können. Ich werde natürlich die Besprechung der Angelegenheit durch die hiesige Presse verfolgen und behalte mir vor, Sie um Instruktionen für mein Verhalten gegenüber allfälligen für die Schweiz ungünstigen Kommentaren zu ersuchen.

Ich erlaube mir, Ihnen das mir durch die Erteilung des Verhandlungsauftrages erwiesene Vertrauen bestens zu verdanken. Nicht unerwähnt will ich lassen, dass Herr Minister Vogel an allen Besprechungen teilgenommen und mich mit seinem Rat unterstützt hat.

Hoffentlich bedeutet die Beilegung des Konflikts für unser Land eine Ostergabe und nicht ein Danaergeschenk.

300

E 2200 Berlin 2/2

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

S PC. Persönlich und vertraulich

Bern, 16. April 1927

Wir beehren uns, den Empfang Ihres Schreibens vom 14. d.M.¹ anzuzeigen, dem eine Aufzeichnung zu der eben abgeschlossenen Übereinkunft mit Russland beigegeben war. Ihre interessanten Ausführungen haben unsere volle Aufmerksamkeit gefunden. In Abwesenheit von Herrn Bundespräsident Motta, aber im Einverständnis mit seinem Stellvertreter, Herrn Bundesrat Schulthess, haben wir Ihnen heute morgen nachstehendes Chiffre-Telegramm gesandt:

«Ihr eins und zwei und Bericht 14ten. Beglückwünschen Sie zur Regelung. Veröffentlichen Text Erklärung ohne Kommentar. Halten in der Tat vorderhand amtliche Kommentare an Presse für unerwünscht, da sie Diskussionen mit Gegenseite rufen müssten, die wohl besser unterbleiben.»

Wir sind in der Tat der Meinung, dass es im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit nicht angezeigt sei, der Presse amtliche Kommentare zur Einigung mit

1. Nr. 298.

Russland zu übergeben, da solche Kommentare aller Voraussicht nach Gegenäusserungen von russischer Seite rufen und damit eine Diskussion heraufbeschwören würden, die besser unterbleibt.

Dass die schweizerische Presse an diese Übereinkunft Erörterungen anschliesst, ist unvermeidlich. Es liegt für sie nahe, für die Beurteilung der nunmehr zustande gekommenen Übereinkunft den Wortlaut des Abkommens heranzuziehen, der bei den Verhandlungen vom Januar 1926 zur Erörterung gestanden hat.

Sollten die Behörden der Union der S.S.R. sich in der russischen Presse zur Übereinkunft äussern, so werden wir natürlich prüfen, was und wie wir darauf zu antworten haben.

Wir möchten nicht verfehlen, Sie zum Abschlusse der Übereinkunft wiederholt auf das lebhafteste zu beglückwünschen, und bitten Sie, Herr Minister, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung genehmigen zu wollen.

301

E 2200 Paris 1/2052

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

S KB

Handelsvertragsunterhandlungen

Bern, 19. April 1927

Bezugnehmend auf unsere letzte Besprechung und die heutige telephonische Unterhaltung beehren wir uns, Ihnen beiliegend den Entwurf zu einer Note zuzustellen, die im Verlaufe des morgigen Tages durch Sie der französischen Regierung zu übergeben wäre¹. Selbstverständlich steht es Ihnen frei, redaktionelle Änderungen, die Sie für zweckmässig erachten sollten, vorzunehmen. In diesem Falle bitten wir um Zusendung einer Kopie des überreichten Wortlauts. Wie wir bereits mündlich vereinbart haben, würden Sie bei der Übergabe der Note durchblicken lassen, dass der Bundesrat durch den Bundesbeschluss vom 18. Februar 1921 vom Parlament die Ermächtigung erhalten hat, die Zölle jederzeit der wirtschaftlichen Lage anzupassen, so dass er in keiner Weise etwa an den provisorischen Generaltarif vom November 1925² gebunden wäre.

Was die schweizerische Begehrenliste anbelangt, so ist diese letzten Samstag von der bestellten Kommission einlässlich geprüft worden. Nach den gefassten Beschlüssen bedarf sie noch verschiedener Abänderungen, weshalb wir Ihnen das Dokument erst in zwei bis drei Tagen zusenden können. Immerhin ist mit Sicherheit damit zu rechnen, dass Sie so rechtzeitig in seinem Besitz sein werden, dass der Austausch noch in dieser Woche erfolgen kann, falls Frankreich dazu bereit ist.

1. Diese Note vom 20.4.1927 ist als Annex 1, die französische Antwortnote als Annex 2 abgedruckt.

2. Vgl. dazu Nr. 112.

Die Begehrenliste muss ausdrücklich als *provisorisch* bezeichnet werden, da es angesichts der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich war, eine endgültige Liste aufzustellen. Die Schweiz muss sich also gewisse Ergänzungen, eventuell auch Abänderungen, noch vorbehalten.

Endlich bitten wir Sie darauf hinzuweisen, dass es sich vorläufig nur um die Besprechung der Zollansätze handeln kann und eine Revision der heute noch geltenden Vertragstexte offenbar im beidseitigen Interesse und der mangelnden Zeit halber auf später verschoben werden muss.

ANNEX 1

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den französischen Aussenminister, A. Briand*

Copie
N

Paris, 20 avril 1927

En me référant à la communication verbale qui m'a été faite le 4 mars dernier à votre Sous-Direction des Relations commerciales, ainsi qu'à l'entretien qui a eu lieu le 21 mars, en présence de votre collaborateur M. Coulondre, entre M. Serruys et M. Stucki, Directeur des affaires commerciales au Département fédéral de l'économie publique, j'ai l'honneur de faire savoir à Votre Excellence que le Conseil fédéral suisse est prêt à entrer en négociations avec le Gouvernement français en vue de la conclusion d'un nouveau traité de commerce.

Je serai en mesure de remettre incessamment à Votre Excellence la liste des desiderata suisses en échange des desiderata français et je propose que cet échange ait lieu cette semaine encore.

D'ordre du Conseil fédéral, je me permets dès maintenant de faire remarquer que le projet de nouveau tarif douanier français, dont le Parlement a été saisi, a suscité en Suisse une grande inquiétude. Il comporte des augmentations de droits si nombreuses et si considérables que sa mise en application rendrait impossible l'exportation en France des articles les plus importants de la production suisse. Aujourd'hui déjà, la balance des échanges commerciaux entre les deux pays est très défavorable à la Suisse. En effet, tandis que la valeur des importations de France en Suisse est d'environ 500 millions de francs suisses, l'exportation de Suisse en France ne s'élève qu'à 150 millions de francs suisses. La mise en application du projet de tarif français aggraverait encore considérablement cet état de choses.

Le Conseil fédéral se déclare prêt à négocier un nouveau traité, dans le ferme espoir que le Gouvernement français tiendra compte des relations amicales qui existent entre les deux pays et des intérêts légitimes de l'exportation suisse, que mon Gouvernement ne saurait sacrifier.

ANNEX 2

*Das französische Aussenministerium
an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant³*

N

Paris, 28 avril 1927

Vous avez bien voulu, par votre lettre en date du 20 avril 1927⁴, me faire savoir que le Conseil Fédéral était prêt à entrer en négociations avec le Gouvernement français en vue de la conclusion

3. *Die Note ist folgendermassen unterzeichnet:* Pour le Ministre des Affaires étrangères, le Ministre Plénipotentiaire, Directeur des Affaires Politiques et Commerciales, Beaumarchais.

4. *Annex 1.*

d'un nouveau traité de commerce et à échanger à cet effet, avec lui, à très bref délai, des listes contenant les desiderata de chacune des parties.

J'ai l'honneur de vous remercier de cette communication et de vous faire connaître que de son côté le Gouvernement français est tout disposé à entamer des pourparlers commerciaux avec la Suisse et à procéder dans le plus bref délai possible à l'échange de listes proposé par le Gouvernement fédéral. Le Ministère français du Commerce et de l'Industrie s'est mis activement à la préparation des desiderata français qui pourront, je l'espère, vous être transmis à la fin de cette semaine en échange de ceux dont vous me faites prévoir l'envoi. Les pourparlers des deux délégations pourront donc vraisemblablement s'engager vers la fin du mois de mai, après le retour de Genève de M. Seruys.

Dès à présent, toutefois, je tiens à vous marquer que le Gouvernement français ne saurait accepter les conclusions que, dans votre lettre précitée, vous considérez comme résultant des statistiques suisses des exportations de la Confédération en France et qui vous paraissent essentielles pour les prochaines négociations.

De l'avis des services techniques français, seules les statistiques *d'importation* valent comme éléments certains d'appréciation, parce que c'est à l'importation seulement que, pour la perception des droits de douane, de l'impôt sur le chiffre d'affaires, des taxes statistiques de toute nature, un contrôle sérieux est possible. Or, il résulte de la comparaison des chiffres que fournissent les statistiques françaises et suisses à *l'importation* que les marchandises suisses placées sur le marché français au cours de l'année 1926 ont représenté 9% des exportations totales de la Suisse, tandis que les exportations françaises en Suisse au cours de la même année représentent 5% environ de nos exportations totales. Ainsi, il apparaît que pour l'ensemble des exportations des deux pays la Suisse a une situation meilleure sur le marché français que la France sur le marché suisse.

Si, d'une façon absolue, la balance des échanges commerciaux entre les deux pays a été favorable à la France, cette situation que vous estimez devoir mettre en relief, n'a rien, semble-t-il, que d'assez normal, puisqu'il n'en était pas autrement pendant la période d'avant-guerre et elle ne paraît pas s'être très sensiblement aggravée par rapport à celle-ci, les importations suisses en France s'étant élevées en 1913 à 135.242.000 francs suisses contre une exportation française de 406.150.000 francs et en 1926 ces deux chiffres étant respectivement 150.000.000 et 495.000.000.

Il apparaît en conséquence que le Gouvernement fédéral ne saurait tirer argument de ces statistiques pour réclamer de nombreux abaissements sur les droits inscrits dans le projet de tarif français.

Par ailleurs, comme vous le savez, le Gouvernement français n'a pas légalement la possibilité de négocier en dessous de son tarif minimum. Ce n'est qu'à titre exceptionnel que des abattements pourront être effectués sur ce tarif. Il ne vous échappera pas que, dans ces conditions, les demandes suisses susceptibles d'être accueillies seront nécessairement assez limitées et que ces réductions ne pourront porter que sur des produits intéressants *tout particulièrement* les exportations de la Confédération.

Il va de soi que de notre côté nous limiterons nos revendications à un petit nombre de produits et que nous aurons le souci de faire figurer, sur notre liste, seulement ceux pour lesquels l'expérience a démontré que la tarification suisse actuelle entrave un courant normal d'importation.

302

E 2001 (C) 12/1

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an die schweizerischen Gesandtschaften¹*

*Kopie**Rundschreiben PC.*

Bern, 21. April 1927

Die Beilegung des schweizerisch-russischen Konfliktes

Wie Sie bereits aus der Tagespresse ersehen haben dürften, haben der schweizerische Gesandte in Deutschland, Herr Rüfenacht, und der Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Herr Krestinski, am 14. April letztthin zu Berlin einen Notenwechsel vollzogen, durch den der seit bald vier Jahren bestehende Konflikt zwischen den beiden Ländern beigelegt worden ist. Nachstehend beehren wir uns, Ihnen den deutschen Urtext der ausgetauschten Erklärung zur Kenntnis zu bringen: [...]²

Verschiedentlich war in den letzten Wochen erwogen worden, Sie über den Gang der neuen Verhandlungen mit Russland zu unterrichten. Die Besprechungen nahmen aber bei allen Schwierigkeiten einen so schnellen Verlauf und zeigten vor allem ein so rasch wechselndes Bild, dass unser Bericht kaum je den letzten Stand der Dinge hätte widerspiegeln können. Als zudem die Presse infolge von Indiskretionen sich mit der Sache zu beschäftigen begann, mochte man sich sagen, dass es Ihnen vielleicht nicht ganz unerwünscht sei, den von allen Seiten zu gewärtigenden Anfragen guten Gewissens Ihr «Ignoramus» entgegenzusetzen und solcherweise Aushorchversuchen aus dem Wege gehen zu können.

Für die Erläuterung des Notenaustausches glauben wir, uns auf folgende Bemerkungen beschränken zu dürfen.

Es ist unrichtig, dass, wie in Pressenachrichten vermutet wurde, die deutsche Regierung die Aufnahme der neuen Verhandlungen veranlasst und hierauf ihre guten Dienste angeboten habe. Bereits zu Anfang dieses Jahres hatte der Bundesrat durch private Kanäle vernommen, dass in Moskau bedauert werde, die Teilnahme Sowjetrusslands an der Weltwirtschaftskonferenz am bestehenden Konflikte mit der Schweiz scheitern zu sehen, und dass demnach Geneigtheit zur Wiederaufnahme von Verhandlungen mit dem Bundesrate bestehen dürfte.

Mit Rücksicht auf unsere eigenen Interessen, wie auch wegen unserer Beziehungen zum Völkerbunde beschloss daher der Bundesrat, zu einem neuen Versuche zur Beilegung des Konfliktes Hand zu bieten, und zwar in der Weise, dass die Besprechungen, ohne Mitwirkung einer dritten Regierung oder fremder Persön-

1. Das Rundschreiben ist gerichtet an die schweizerischen Gesandtschaften in London, Madrid, Paris, Rom, Stockholm, Warschau, Wien, Washington, Berlin, Brüssel, Bukarest, Buenos Aires, Athen, Belgrad, Rio de Janeiro und Tokio, ferner an das schweizerische Generalkonsulat in Montreal und den schweizerischen Geschäftsträger in der Türkei, H. Martin.

2. Es folgt der Text der Erklärung, die in den am 14.4.1927 in Berlin ausgetauschten Noten enthalten ist. Vgl. Nr. 298, Annex 2.

lichkeiten, direkt zwischen den diplomatischen Vertretern der beiden Länder in Berlin geführt werden sollten. Das erste Zusammentreffen der Herren Rüfenacht und Krestinski hat am 15. März letztthin stattgefunden; es war von einem Berliner Grossindustriellen, zu dem beide Herren Beziehungen unterhalten, vermittelt worden, und in dessen Hause haben sich die Verhandlungen von Anfang bis zu Ende abgespielt.

Zu Beginn der Verhandlungen wiederholte die Sowjetregierung beharrlich das Begehren um de jure-Anerkennung. Würde diese gewährt, so wäre damit nach dem russischen Vorschlag auch die Angelegenheit Worowski erledigt gewesen. Selbstredend konnte die Anerkennung dermalen nicht in Frage kommen, und so musste der Konflikt durch gesonderte Erledigung seiner Ursache, nämlich der Angelegenheit Worowski, beseitigt werden.

Die Art der Erledigung war für den Bundesrat insofern präjudiziert, als er bei dem unter französischer Vermittlung vorgenommenen Verständigungsversuche vom Januar 1926 gewisse Erklärungen abgegeben hatte, an denen, soweit es Konzessionen an die Sowjetregierung waren, diese natürlich würde festhalten wollen, über die hinauszugehen aber der Bundesrat nicht gesonnen war.

Eine solche Konzession des Bundesrates war die grundsätzliche Bereitwilligkeit, der Tochter Worowskis eine materielle Beihilfe zu gewähren, wenn nämlich einmal die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern über die Gesamtheit der zu erledigenden Fragen eröffnet würden, wobei dann über die Art und Weise dieser Unterstützung werde diskutiert werden können. Die Versuche, dieses frühere Zugeständnis, auch mit dem Hinweis auf die veränderte materielle Lage der Interessentin – sie hat sich inzwischen verheiratet – und auf dessen sachliche Bedeutungslosigkeit, wieder rückgängig zu machen, sind auf hartnäckigen russischen Widerstand gestossen. Nachdem Russland in zwei weitem, unten zu erwähnenden Differenzpunkten nachgegeben und zwei seiner Postulate fallen gelassen hatte, glaubte der Bundesrat, sich nicht, auf die Gefahr des Scheiterns hin, auf die Ablehnung dieser Forderung versteifen zu sollen. Eine völkerrechtliche Verpflichtung zur Gewährung einer solchen materiellen Beihilfe besteht allerdings nicht; der Bundesrat hat denn auch eine Rechtspflicht abgelehnt, was bereits in der Wahl des jede Verantwortlichkeit ausschliessenden Wortes Beihilfe, anstelle von Entschädigung, zum Ausdruck kommt, und überdies ausdrücklich erklärt, dieses Zugeständnis nur aus Versöhnlichkeit zu machen. Er wollte damit einem, wie es scheint, in der russischen Öffentlichkeit stark verbreiteten Gefühle Rechnung tragen. Wenn man sich fragt, wieso sich der Bundesrat zu einem solchen, wenn auch erst zukünftigen, Entgegenkommen entschliessen konnte, wo er doch seinerseits noch Rechenschaft für Schweizer Leben und Gut zu fordern hat, so ist zu antworten, dass eine Verknüpfung des Falles Worowski mit der Erörterung des Gesamtproblems der schweizerisch-russischen Beziehungen zu einer uferlosen und unfruchtbaren Diskussion geführt haben würde, ganz abgesehen davon, dass die Sowjetregierung die de jure-Anerkennung zur Vorbedingung einer allgemeinen Auseinandersetzung machte. So musste vorläufig der Fall Worowski als Ursache des beizulegenden Konfliktes für sich allein erledigt werden. Dabei ist aber ausdrücklich zu bemerken, dass die Bereitwilligkeit des Bundesrates zu einer ma-

teriellen Beihilfe erst für die Zukunft, d. h. auf den Zeitpunkt der Generalabrechnung, ausgesprochen worden ist.

Gerade diese Zukunftsform war einer der Punkte, über die im Januar 1926 eine Verständigung ausgeblieben ist. Die Sowjetregierung hatte damals verlangt, dass der Bundesrat sich jetzt schon grundsätzlich zur Gewährung einer Beihilfe bereit erkläre (*est prêt*), während der Bundesrat dies erst für die Zukunft tun wollte (*sera prêt*). Die Sowjetregierung hat sich nunmehr mit dieser Zukunftsform, die also eine Beihilfe von der Erledigung auch der schweizerischen Ansprüche abhängig macht, begnügt.

Ein weiterer Differenzpunkt, über den man im Jahre 1926 nicht hinwegkam, war die Bezeichnung des Grades, in dem der Bundesrat das Attentat zu bedauern erklären wollte. Er war der Ansicht, im Ausdruck seines Bedauerns mit Bezug auf den Vorfall sei alles inbegriffen. Die Sowjetregierung verlangte aber die ausdrückliche Erklärung eines «aufrichtigen» Bedauerns. In diesem russischen Begehren musste der Bundesrat ein ungerechtfertigtes Misstrauen gegen seine Aufrichtigkeit erblicken, und er lehnte aus diesem Grunde den verlangten Zusatz ab, was wiederum die russische Regierung veranlasste, an ihm festzuhalten. Der Bundesrat ist in den neuen Verhandlungen dabei geblieben, widersinnige oder für uns demütigende Adverbia abzulehnen, und die Sowjetregierung ist ihm schliesslich entgegengekommen, indem sie sich mit den Ausdrücken «verurteilt durchaus» und «bedauert sehr» zufrieden gab.

Als Kompensation für diese russischen Konzessionen – Fallenlassen des Wortes «aufrichtig» und Annahme der Zukunftsform für die Beihilfe – stellte die russische Regierung aber noch zwei neue Begehren: Es sollte in der Erklärung des Bundesrates Herr Worowski als Vertreter der Union der S.S.R. bezeichnet und ferner die Freisprechung des Attentäters als Grund der Verschärfung des Konfliktes erwähnt werden. Der Bundesrat konnte hierauf nicht eintreten. Nach der Auffassung der einladenden Konferenzmächte war Herr Worowski zur Zeit seiner Ermordung nicht offizieller Vertreter seiner Regierung in Lausanne; dieser Standpunkt war für den Bundesrat immer massgebend gewesen, und er konnte auch jetzt davon nicht abgehen. Was sodann das freisprechende Urteil betrifft, so hätte dessen Erwähnung im Zusammenhange mit der Erklärung des Bedauerns über die Tat als öffentliche Kritik der Regierung am Geschworenengericht ausgelegt werden können, was der Bundesrat vermeiden musste. Die Sowjetregierung verzichtete schliesslich auf diese zwei Postulate.

Der Bundesrat glaubt, mit der Berliner Erklärung an die äusserste Grenze des mit der Würde des Landes vereinbaren Entgegenkommens gegangen zu sein. Er hat dies getan im ehrlichen Willen, die durch das beklagenswerte Geschehnis von Lausanne aufgeregte öffentliche Meinung in Russland durch einen Loyalitätsbeweis zu beruhigen, die Verkehrshindernisse zwischen den beiden Ländern zu beseitigen und nicht zuletzt im allgemeinen Interesse der Mitwirkung der Sowjetregierung an den Konferenzen des Völkerbundes.

Was die fernerliegenden Auswirkungen dieses Notenaustausches anbelangt, so lässt sich darüber heute noch kaum etwas Bestimmtes sagen. Die Berliner Erklärung spielt auf «die Gesamtheit der zwischen den beiden Ländern noch zu erledigen-

genden Fragen» an. Aber erst wenn die Verhandlungen über diese Fragen nicht nur eingeleitet sind, sondern zu einem befriedigenden Ergebnisse geführt haben werden, können nach dem dermaligen Standpunkte des Bundesrates die rechtliche Anerkennung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und damit die Wiederaufnahme der offiziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern in Erwägung gezogen werden³.

3. Zur parlamentarischen Diskussion des Berliner Abkommens anlässlich der Behandlung des Geschäftsberichtes pro 1926 in der Junisession 1927 vgl. Sten. Bull. NR, 1927, S.372ff. und StR-Protokoll vom 8.6.1927 (E 1001 (D) d 1, S. 11ff.).

303

E 4001 (A) 1/26

*Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, H. Häberlin,
an Nationalrat E. Nobs*

*Kopie
S*

Bern, 22. April 1927

Ihre Zuschrift vom 7. April¹ wollte ich nicht beantworten, ohne vorher namentlich mit dem Vorsteher des Politischen Departements hierüber Fühlung genommen zu haben. Da zufällig er wie ich in letzter Zeit wiederholt abwesend waren, konnte dies erst gestern geschehen.

Wir sind übereinstimmend der Ansicht und haben das übrigens auch schon früher kundgegeben, dass die Praxis ausländischer Staaten, ihren Angehörigen die Pässe nicht mehr zu erneuern, wenn dies aus rein politischen Motiven geschieht, für die Schweiz als Gaststaat zu grossen Unannehmlichkeiten führen kann. Wird der Pass nicht erneuert wegen schlechter Aufführung, so liegt der Fall für uns einfach; dann haben wir selbst ein Interesse daran, den schriftenlosen Mann in seine Heimat abzuschieben. Anders bei politischer Beanstandung. Hier werden wir dem Manne, wenn er zu Hause strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen hat, in der Regel Asyl gewähren, auch wenn die Gefahr späterer Verarmung besteht. Nicht ganz so liegt die Frage, wenn kein eigentliches Asylrecht in Frage kommt, weil zu Hause keine Verfolgung droht, aber immerhin der Mann offenbar aus politischen oder auch wirtschaftlichen Gründen wieder näher herangezogen werden will. Hier müssen wir uns wirklich überlegen, ob wir in allen solchen Fällen die schriftenlos Gewordenen einfach bei uns behalten wollen.

Das Schwierige ist, dass die Erteilung oder Verweigerung von Ausweisschriften eben ein Ausfluss des Souveränitätsrechtes ist, in das wir rechtlich nicht eingreifen können. Wir halten es immerhin für unser gutes Recht, gegen eine uns schädigende oder doch störende Ausübung des Entzugsrechts vorstellig zu werden. Das ist schon früher in einzelnen Fällen geschehen und soll wiederholt werden. Jeden-

1. Nicht ermittelt.

falls ist es uns recht, wenn uns Fälle, wo tatsächlich politisch harmlose Ausländer so behandelt werden wie Sie es schildern, unter genauer Angabe der Personalien und der Verumstände gemeldet werden, damit wir das nötige Material in Händen haben. Weil uns Zwangsmittel kaum zur Verfügung stehen – es ist nicht zu übersehen, dass wir auf gewisse Kategorien von ausländischen Arbeitern wirtschaftlich geradezu angewiesen sind – hängt viel von der Art und Weise ab, wie die Vorstellungen angebracht und begründet werden.

Dass wir mit der Ausweisung bzw. Wegweisung bisher in derartigen Fällen schnell bei der Hand gewesen wären, werden Sie kaum in Erfahrung gebracht haben.

304

E 2001 (C) 12/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki*

Kopie zur Kenntnis des
Politischen Departementes
S

Handelsbeziehungen zu Russland

Berlin, 25. April 1927

Wie zu erwarten war, haben sich nach der Unterzeichnung des schweizerisch-russischen Protokolls vom 14. ds. Mts.¹ zahlreiche Schweizerfirmen an die Gesandtschaft gewendet, um Mittel und Wege in Erfahrung zu bringen, wie sie am besten die Handelsbeziehungen mit Russland wieder aufnehmen könnten. Einige Firmen gehen so weit, die Vermittlung der Gesandtschaft für die Befürwortung ihrer Offerten bei der hiesigen Handelsvertretung der Sowjet-Union zu erbitten.

Derartigen Ansuchen gegenüber nehme ich nun folgenden Standpunkt ein und gedenke, ihn auch beizubehalten, solange mir keine abweichenden Instruktionen Ihrerseits zugehen:

1. Solange die diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion noch nicht aufgenommen sind, kann ein direkter Verkehr zwischen der Gesandtschaft und der Handelsvertretung nicht in Frage kommen². Die Gesandtschaft darf sich keine Schritte gestatten, die von russischer Seite irgendwie als Präjudiz für die spätere de jure-Anerkennung der Sowjet-Regierung aufgefasst werden könnten.

2. Abgesehen von diesen politischen und völkerrechtlichen Rücksichten muss der Verkehr zwischen schweizerischen Firmen und der Handelsvertretung der Sowjets als rein privater Geschäftsverkehr betrachtet werden³, in welchen die Schweizerische Gesandtschaft als Amtsstelle nicht direkt vermittelnd eingreifen

1. Vgl. Nr. 298.

2. Randbemerkung Mottas: ja.

3. Randbemerkung Mottas: ja.

darf. Es muss der Initiative der einzelnen schweizerischen Firmen überlassen bleiben, sich mit der Handelsvertretung in Verbindung zu setzen und bei ihr den Abschluss ihrer Geschäfte zu betreiben. Die Gesandtschaft muss sich darauf beschränken, den schweizerischen Firmen mit Auskünften und Wegleitungen zur Seite zu stehen. So macht sie den schweizerischen Firmen nähere Angaben über die Adresse und die Organisation der Handelsvertretung und mahnt sie zur Vorsicht bei der Aufstellung ihrer Abschlussbedingungen.

Nach meiner Ansicht sind diejenigen schweizerischen Firmen am besten gestellt, mit der Handelsvertretung in nähere Beziehungen zu kommen, die in Berlin Filialen oder ständige Vertreter unterhalten. Die Sowjet-russische Handelsvertretung ist nämlich als einzige russische Einkaufsstelle in Deutschland ausserordentlich stark umworben, und deshalb können es sich deren Beamten erlauben, beim Abschluss von Geschäften die verschiedenen Lieferanten gegeneinander auszuspielen und bei der Aufstellung der Kaufbedingungen eine ausserordentliche Zähigkeit und Pedanterie zu entwickeln. Es gibt deutsche Firmen, die sozusagen täglich mit der Sowjetvertretung verhandeln, um mit ihr im Geschäft bleiben zu können. Ausnahmefälle vorbehalten, dürfte deshalb die persönliche Anwesenheit des Lieferanten oder dessen Vertreters in Berlin zum Abschluss von Geschäften mit der hiesigen Handelsvertretung unumgänglich nötig sein. Eine Ausnahme bilden natürlich diejenigen Fälle, wo die Sowjetunion auf den Einkauf in der Schweiz angewiesen ist, wie dies z. B. bei gewissen Ersatzteilen für Maschinen der Fall ist.

305

E 7110 1/91

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki,
an den Präsidenten der jugoslawischen Verhandlungsdelegation, M. Todorovitch*

*Kopie
S*

Berne, 5 mai 1927

Dans la séance plénière des deux délégations, en date du 28 avril, vous avez bien voulu soumettre à la délégation suisse, en vue de la poursuite des négociations, trois propositions alternatives, savoir:

1. Les parties renoncent à joindre au traité une annexe tarifaire; elles se bornent à conclure immédiatement une convention de caractère général, conforme à l'état actuel des négociations.

2. Les parties mettent au point la partie générale du traité et y adjoignent de courtes annexes tarifaires qui ne contiendraient que des positions du tarif sur lesquelles un accord a déjà été réalisé au cours des négociations.

3. Les parties cherchent à étendre cet accord à d'autres positions du tarif.

Pour cette dernière éventualité, vous nous avez fait entrevoir quelques autres concessions modestes sur les droits de douane.

Pour des raisons que j'ai eu l'honneur de vous exposer de vive voix et en mon nom personnel dans la séance mentionnée ci-dessus, la délégation suisse regrette de ne pouvoir considérer vos propositions comme des moyens propres à mener promptement à chef les négociations en cours. Sans compter qu'à l'heure actuelle nous sommes matériellement empêchés de poursuivre les négociations, notamment pour le motif que plusieurs membres de notre délégation participeront à la Conférence économique de Genève, je me vois obligé d'attirer de nouveau votre attention sur les points suivants:

a) Dans la partie générale du traité, deux points très importants pour la Suisse, à savoir la question des certificats d'origine et le statut des voyageurs de commerce, ne sont pas réglés et la Suisse ne saurait renoncer ici à des demandes qu'elle a pu faire admettre intégralement dans tous ses récents traités de commerce.

b) La Suisse a renoncé à des demandes importantes concernant la partie générale du traité, uniquement dans l'espoir qu'elle trouverait de larges compensations dans la fixation des droits de douane yougoslaves.

c) Les réductions douanières que vous avez concédées jusqu'ici en faveur de l'exportation suisse et celles que vous nous laissez espérer au cours de négociations futures sont, à notre avis, si minimes et si insignifiantes pour la totalité de notre exportation que la fixation contractuelle de droits aussi élevés non seulement ne profiterait en rien à la Suisse, mais constituerait pour elle un sérieux désavantage, en considération des négociations qu'elle conduira avec d'autres Etats.

Dans ces conditions, la délégation suisse estime qu'il est opportun, pour des raisons matérielles et techniques, de suspendre pour l'instant les pourparlers. Dans sa séance de ce jour¹, le Conseil fédéral suisse s'est rangé à cette manière de voir, tout en se déclarant prêt à poursuivre les négociations, si la Yougoslavie est à même de présenter, pour servir de base à la discussion, des propositions autres que celles du 28 avril.

1. *Diese Sitzung fand erst am 9.5.1927 statt. Im Protokoll wird ausgeführt: [...] Comme la délégation suisse unanime, le Département a la conviction qu'aucune des propositions yougoslaves ne peut servir de base à un traité de commerce. Les divergences mentionnées ci-dessus concernant la partie générale du traité ne jouent peut-être pas pratiquement dans nos relations avec la Yougoslavie un rôle très important. Mais une concession du côté suisse aurait le grand désavantage d'obliger la Suisse à renoncer à des demandes qu'elle a pu faire admettre dans tous ses autres traités de commerce et qu'elle a un intérêt notable à voir accepter dans les nouveaux traités. En tout état de cause, une telle renonciation ne se justifierait que par des concessions sur les droits yougoslaves. Or, les offres qui ont été faites et ce que l'on pourrait encore, le cas échéant, obtenir aujourd'hui dans ce domaine, représentent si peu de chose qu'il n'y a aucun intérêt sérieux à conclure un traité de commerce sur de telles bases. [...] Il convient enfin de faire remarquer que la Yougoslavie est à la veille d'entamer des négociations avec l'Allemagne et la Tchécoslovaquie; la Suisse ne pourrait que tirer profit du fait que ces pays auraient réussi à obtenir, avant qu'elle conclue elle-même un traité, la réduction d'une série de droits yougoslaves importants aussi pour elle. La tournure que prendra la Conférence économique de Genève contribuera aussi à éclaircir la situation. Il sera tout particulièrement intéressant de voir si la Conférence sera à même de s'opposer aux tendances nationalistes d'isolement qui voudraient favoriser la création d'une industrie yougoslave. [...] (E 1004 1/304, Nr. 741).*

Zur Wirtschaftskonferenz in Genf vgl. Nr. 328.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 9. Mai 1927¹

Question des zones

Département politique. Verbal

Le Chef du Département politique fait part que, dans la question des zones (v. procès-verbal du 28 mars 1927 et d'autres séances précédentes) notre ministre à Paris lui a transmis, par lettre du 23 avril, une note du Ministère français des Affaires étrangères, dont voici le contenu²:

«Le Ministère des Affaires Etrangères, se référant à l'entretien du Ministre de Suisse à Paris avec le Directeur des Affaires Politiques et Commerciales du Département, serait très obligé à la Légation de Suisse de lui faire savoir si le Gouvernement fédéral est disposé à ce que les instruments de ratification relatifs d'une part, à la Convention des zones franches, d'autre part à la zone neutralisée de la Savoie soient échangés simultanément, le moment venu, par les Gouvernements suisse et français.»³

Après discussion il est *décidé*, sur la proposition du Chef du Département politique, de faire remettre par notre légation à Paris, au Ministère des Affaires étrangères, une note⁴ contenant l'adhésion du Conseil fédéral à la proposition du Gouvernement français.

E 2, Archiv-Nr. 1681

ANNEX

Kopie

NOTE REMISE AU MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
PAR LA LÉGATION DE SUISSE EN FRANCE,
LE 12 MAI 1927

Par note du 22 avril, le Ministère des Affaires Etrangères a bien voulu demander à la Légation de Suisse si le Gouvernement Fédéral est disposé à ce que les instruments de ratification relatifs, d'une

1. *Abwesend: Scheurer und Häberlin.*

2. *Zum Zustandekommen dieser Note gibt ein Schreiben Dunants vom 20.4.1927 an Motta Auskunft:* Ainsi que vous m'aviez donné l'ordre, lorsque j'ai eu l'honneur de vous voir récemment à Berne, je me suis préoccupé dès mon retour à Paris, de provoquer, de la part du Gouvernement français, une demande de simultanéité d'échange des instruments de ratification aussi bien dans la question des zones franches que dans celle de la neutralité de la Savoie. [...] (E 2, Archiv-Nr. 1681). *Eine Vereinbarung über diesen gleichzeitigen Austausch sollte laut Dunant der französischen Regierung ermöglichen, erneut Druck auf die zögernde Senatskommission auszuüben.* – *Motta war übrigens der Meinung, dass* avec un peu plus de zèle de la part du Gouvernement français l'affaire serait réglée depuis longtemps, *wie er in einer Randbemerkung zu einem Telegramm der schweizerischen Gesandtschaft in Paris an das Politische Departement vom 4.4.1927 festhielt* (E 2, Archiv-Nr. 1681).

3. *Original in:* E 2200 Paris 1/2007.

4. *Als Annex abgedruckt.*

part, à la Convention des zones franches, d'autre part, à la zone neutralisée de la Savoie soient échangés simultanément, le moment venu, par les Gouvernements Suisse et Français.

D'ordre de son Gouvernement, la Légation de Suisse a l'honneur de faire connaître au Ministère des Affaires Etrangères que le Conseil Fédéral se rallie à la proposition du Gouvernement Français que l'échange des instruments de ratification du compromis arbitral relatif à la question des zones franches conclu entre la Suisse et la France, le 30 octobre 1924, ait lieu au moment où le Gouvernement Suisse sera en mesure de déclarer définitive la renonciation de la Confédération à la neutralité de la Savoie du Nord, et simultanément avec cette déclaration.

307

E 2001 (C) 4/21

*Der Staatssekretär im persischen Aussenministerium, F. Pakhravan,
an den Sekretär der französischen Gesandtschaft in Teheran, P. Ballereau*

Kopie

N

Téhéran, 10 mai 1927¹

Comme V. Exc. le sait, la volonté sublime de S.M. le Roi des Rois mon Auguste Souverain a décidé de suspendre et d'annuler la juridiction des Consuls et les privilèges des étrangers en Perse communément appelés Capitulations. Sans aucun doute les changements généraux survenus dans ce pays ainsi que ceux de l'opinion publique rendaient nécessaire l'exécution de ce dessein. D'un autre côté, le gouvernement persan a toujours respecté les traités signés et les engagements pris par lui de son propre arbitre et sans contrainte et a toujours fait son possible pour éviter d'y porter atteinte. En conséquence, le Gouvernement persan a décidé, pour atteindre le but que se propose S.M. et qui constitue actuellement l'espoir et le désir du peuple persan, de renouveler tous les traités que la Perse a actuellement avec les puissances amies². Comme les intérêts suisses en Perse sont confiés à la Légation de France, je vous serais très reconnaissant d'informer le Gouvernement suisse que mon Gouvernement annule le traité conclu en date du 23 juillet 1873³ entre la Perse et la Suisse et ce conformément au chapitre 6 de ce traité, et également que mon Gouvernement serait très heureux que le Gouvernement suisse prenne des mesures pour conclure un nouveau traité avec la Perse pendant le délai d'un an durant lequel le traité existant sera respecté et appliqué, car à partir du 10 mai 1928 le traité actuel sera abrogé et sans effets, et ce à fin que ne soient pas rompues les bonnes relations existant entre les deux gouvernements et nations persans et suisses.

1. Die Note trägt zusätzlich das Datum: 10 Ordibehecht 1305.

2. Schah Resa Pahlavi I. verkündete am 26.4.1927 die Aufhebung der Kapitulationen.

3. AS 1874-75, NF 1, S. 196ff.

308

J.I.6 1/1

Aufzeichnung des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess

Bern, 11. Mai 1927

NOTIZ

Herr Minister Peltzer führt den Kabinettschef des belgischen Ministeriums des Auswärtigen Van Langenhove bei mir ein, der insbesondere in die Schweiz gekommen ist, um mit uns Fühlung zu nehmen über die Anregung betreffend die Vertragsverhandlungen mit Frankreich¹. Belgien befindet sich in einer ähnlichen Lage wie wir. Ich hebe hervor, dass die Schweiz in gar keinem Falle die Ansätze des projektierten französischen Zolltarifs annehmen könne, weil das der Vernichtung ihrer Ausfuhr gleichkäme.

Herr Van Langenhove bestätigt mir, dass man in Belgien die gleiche Ansicht habe und fest bleiben werde. Er wird sich nach Genf begeben, um dort mit Herrn Stucki Fühlung zu nehmen und über Einzelheiten zu sprechen.

Gleichzeitig regt er auch noch an, ob man Vertragsverhandlungen zwischen der Schweiz und Belgien in Betracht ziehe und dass man die Zusammenkunft in Genf und hier so motiviere.

1. *Vgl. Nr. 271.*

309

E 1004 1/304

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. Mai 1927¹

772. Handelsbeziehungen mit Frankreich

Volkswirtschaftsdepartement. Mündlich

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes teilt mit, er sei tags zuvor in Genf gewesen, um mit der schweizer. Delegation der Wirtschaftskonferenz zu konferieren und auch mit 2 massgebenden französischen Delegierten noch speziell die Ordnung der schweizerisch-französischen Handelsbeziehungen zu besprechen.

Er macht kurz zusammengefasst die folgenden Mitteilungen:

1. Die Wirtschaftskonferenz verläuft relativ befriedigend. Frankreich hatte die Tendenz, sich durch die Resolutionen gleichsam einen Freibrief für seinen Zolltarif ausstellen zu lassen und tendierte mit aller Macht dahin, seinen Vertreter Ser-

1. *Abwesend: Scheurer und Häberlin.*

ruys zum Berichterstatter der wichtigsten Kommission, derjenigen für Handels- und Zollsachen, ernennen zu lassen. Der Widerstand gegen die französischen Tendenzen war indessen in der ganzen Konferenz sehr gross und es kam dies auch dadurch zum Ausdruck, dass zwei andere Berichterstatter, ein Amerikaner und ein Belgier, gewählt wurden. – Auch sachlich drang die französische Ansicht nicht durch, und es hat namentlich auch Herr Dubois zweimal, zuerst in der Plenarversammlung, dann in der Handelskommission, sich mit Energie gegen den übermässigen französischen Protektionismus ausgesprochen.

Die Resolutionen, die die Konferenz fassen wird, werden also jedenfalls die französischen Tendenzen nicht decken, und es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Konferenz auch in Frankreich einen gewissen Eindruck macht und den bereits vorhandenen Widerstand gegen das Zolltarifgesetz ermutigt².

In der industriellen Kommission wurde namentlich die Frage der Kartellbildung erörtert. Die Schweiz vertrat mit Recht die Auffassung, dass mit grösster Vorsicht vorzugehen sei. Es müsse verhindert werden, dass die Roh- und Hilfsstoffe verteuert würden. Etwas wichtiges wird vermutlich auf diesem Gebiete nicht herauskommen.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft ist die Lage noch nicht vollständig abgeklärt.

2. Die Besprechung mit den Herren Loucheur und Serruys, die französische Delegierte an der Wirtschaftskonferenz sind, wurde seinerzeit durch Herrn Loucheur in Bern angeregt. In Genf kam Herr Loucheur auf die Idee zurück und Herr Dubois lud dann die beiden genannten Franzosen, sowie den Chef des Volkswirtschaftsdepartements und Herrn Stucki zum Nachtessen ein. In letzter Stunde wurde auch Herr Botschafter Hennessy gebeten, anwesend zu sein, da er sich in Genf befand.

Nach dem Nachtessen fand im Salon des Herrn Dubois eine ergiebige Aussprache statt, in der zunächst Serruys den französischen Standpunkt ausführlich darlegte. Bemerkenswert ist, dass er dabei die Ansätze der französischen Minimalkolonnen nun nicht mehr als definitiv bezeichnete, sondern ohne weiteres zugestand, dass hierauf noch erhebliche Konzessionen gemacht werden könnten und sollten. Der Tarif richte sich, sagte Herr Serruys, namentlich gegen Deutschland, mit dem Frankreich sich ein erträgliches Regime erzwingen wolle. Es müsse nämlich insbesondere für das Elsass sorgen, das für seine Industrieprodukte speziell auch der chemischen Industrie auf einen wesentlichen Absatz in Deutschland angewiesen sei. Der Schweiz könnten Konzessionen gemacht werden auf den Artikeln, die sie hauptsächlich interessieren, für die Waren aber, die für die Verhandlungen mit Deutschland wichtig seien, müsse Frankreich seine Waffe für die Verhandlungen mit diesem Lande aufsparen.

Der Chef des Volkswirtschaftsdepartements hat dann, unterstützt von den Herren Dubois und Stucki, den schweizerischen Standpunkt in sehr entschiedener Weise auseinandergesetzt. Er wies auf den Stand der Handelsbilanz hin und auf

2. Zur Wirtschaftskonferenz in Genf vgl. Nr. 249, Nr. 328.

die Tatsache, dass durch die Inkraftsetzung des französischen Zolltarifs unser Export nach Frankreich auf ein Minimum zurückginge. Die Schweiz könne sich nicht nur mit Worten vertrösten lassen, sie müsse grundlegende Konzessionen auf der Minimalkolonnen verlangen, und zwar werde es nicht ankommen, dass man ihr beispielsweise nur für die Uhrenindustrie etwas biete und sie für die chemische und Maschinenindustrie auf die Konzessionen vertröste, die Frankreich später Deutschland zu machen bereit sei und die dann auf dem Wege der Meistbegünstigung der Schweiz auch zugute kämen. Die Schweiz verfolge ihre Interessen allein. Wenn sie zufällig sich in Beziehung auf einzelne Zollpositionen mit den deutschen decken, so sei das eine Tatsache, die nicht aus der Welt geschafft werden könne und die eben darauf zurückzuführen sei, dass sowohl Deutschland wie die Schweiz eine bedeutende chemische und Maschinenindustrie besässen.

Man einigte sich dann schliesslich dahin, dass die Verhandlungen Ende Mai beginnen sollten, aber von der schweizerischen Seite wurde kein Zweifel darüber gelassen, dass wir unsere Interessen energisch zu vertreten gezwungen seien. Von französischer Seite wurde alles mögliche Entgegenkommen in Aussicht gestellt und man trennte sich mit der Feststellung, dass beidseitig der beste Wille und auch die bestimmte Hoffnung bestehe, sich zu einigen.

Von diesen Mitteilungen wird am Protokoll Notiz genommen.

310

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. Mai 1927¹

Question des zones

Département politique. Verbal

Le Chef du Département politique a eu la visite de M. Hennessy, qui, à titre personnel et sans en avoir mandat de son gouvernement, a fait la suggestion suivante²: La Commission des Affaires étrangères du Sénat fixerait sans tarder

1. *Abwesend: Scheurer und Häberlin.*

2. *Motta nahm in seinem Schreiben an Dunant vom 10.5.1927 ausführlich zu den Vorschlägen Hennessys Stellung und erklärte unter anderem: [...] Je suis persuadé que les intentions de M. Hennessy sont loyales. Mais je ne puis me rendre compte – pour le moment – de l'accueil que les Chambres fédérales et l'opinion publique feraient à la procédure sus-ébauchée. Je crains toujours qu'un déclenchement de la procédure de référendum, avant que le Sénat ait approuvé le compromis, puisse placer le Conseil fédéral et le pays dans une situation des plus délicates.*

Il ne s'agit pas, dans mon esprit, d'une question de prestige. Il s'agit du moyen le meilleur pour atteindre le but, qui est l'approbation du compromis des Zones.

L'acceptation de la suggestion de M. Hennessy ne ferait pas perdre plus de temps que la procédure consistant à faire voter le Sénat avant l'Assemblée fédérale. Dans les deux hypothèses l'échange des actes entre les deux Gouvernements se ferait à peu près au même temps.

Je ne conteste donc pas que la suggestion dont il s'agit doit être examinée sans parti pris. Mais l'objection qui demeure très forte dans mon esprit est celle-ci: le vote du Sénat précédant celui de

ses propositions au Sénat, en donnant à son vote une large publicité; les Chambres fédérales voteraient ensuite l'arrêté concernant la Savoie; puis le Sénat procéderait à son tour au vote sur l'affaire des zones, et – après écoulement du délai référendaire – l'échange des ratifications sur les deux objets aurait lieu.

Dans une lettre qu'il vient d'adresser au Conseil fédéral³, le gouvernement genevois déclare que lui et la députation genevoise à Berne désirent vivement qu'il soit procédé dans la session de juin des Chambres fédérales au vote final sur la question de la neutralité de la Savoie.

Selon l'avis du Chef du Département politique, le mieux serait de faire savoir à M. Hennessy que le Conseil fédéral n'est, *pour le moment*, pas en mesure de donner suite à sa suggestion, mais de prier l'Ambassadeur de faire son possible pour que la commission du Sénat prenne une décision au plus vite, après quoi le Conseil fédéral pourra se rendre compte de l'impression produite en Suisse par cette décision et verra s'il peut risquer de provoquer le vote final des Chambres sur la question de la Savoie.

Après discussion le Conseil se déclare d'accord qu'il soit procédé de cette manière.

l'Assemblée fédérale nous garantit moralement contre le danger d'une demande de *référéndum*, tandis que le simple vote de la Commission nous laisse dans l'incertitude et dans les aléas. Voyez-vous une nouvelle lutte populaire au sujet de la neutralité de la Savoie? Même si j'espère que nous l'emporterions, je ne puis envisager les difficultés de la consultation sans éprouver un sentiment d'angoisse pour nos relations futures avec la France. [...] (E 2, Archiv Nr. 1681). – *Dunant stimmte in seinem Antwortschreiben vom 12.5.1927 vollumfänglich zu* (E 2, Archiv-Nr. 1681).
3. *Schreiben vom 14.5.1927; nicht abgedruckt.*

311

E 2, Archiv-Nr. 1681

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

Copie d'un autographe de M. le
Président Motta
S

Berne, 19 mai 1927

Je vous avais promis, dans ma dernière lettre¹, *de nouvelles instructions* dans l'affaire des Zones.

J'en ai, en effet, causé longuement, aujourd'hui et hier, avec M. l'Ambassadeur Hennessy. Celui-ci a envoyé, aujourd'hui même, un long télégramme à son Gouvernement. J'ai expliqué à M. Hennessy qu'il est maintenant *absolument indispensable* que la Commission des Affaires étrangères du Sénat s'occupe de l'affaire et *fixe ses propositions au Sénat* en donnant à son vote une large publicité. Si la

1. *Vgl. Nr. 310, Anm. 2.*

Commission ne se décide pas à faire ce geste *nécessaire et urgent*, il est impossible au Conseil fédéral de demander aux Chambres de procéder au vote final dans la question de la neutralité de la Savoie, car laisser s'ouvrir la *période référendaire* sans avoir reçu un apaisement suffisant, ce serait un acte de folie téméraire.

La Commission du Sénat devrait avoir pris ses conclusions *avant la fin du mois*.

Le Conseil fédéral pourrait ensuite chercher à obtenir des Chambres qu'elles votent – par l'acte du vote final – l'arrêté concernant la Savoie, *à une condition*, et ce serait que *quelques jours après* (une semaine ou dix jours) le *Sénat approuverait* les conclusions de sa commission.

Cette approbation par le Sénat permettrait d'espérer qu'un mouvement référendaire *ne serait pas lancé*. Si, par malheur, un groupe de citoyens, tenu en méfiance par les tergiversations du Sénat, lançait le *référendum*, personne ne pourrait plus répondre du résultat du vote populaire. J'ajoute même qu'une demande de *référendum* aboutirait presque certainement (malgré tous nos efforts contraires) à un refus de l'arrêté de l'Assemblée fédérale. La question des Zones deviendrait alors une plaie saignante, sans possibilité de guérison et nos relations avec la France en seraient *très gravement affectées*.

Sans une garantie *très nette et très précise* que le Sénat *approuverait le compromis des Zones* avant qu'un mouvement référendaire *ait eu le temps de s'organiser*, le Conseil fédéral ne peut pas engager les Chambres dans la procédure du vote final quant à la neutralité de la Savoie. En agissant autrement, il jouerait avec le feu et risquerait de compromettre les intérêts supérieurs qui sont confiés à sa garde.

Veillez donc, monsieur le ministre, vous rendre de nouveau auprès du Ministère français des Affaires étrangères et exposer cette situation en toute franchise et loyauté, mais aussi avec *toute la fermeté nécessaire*.

Il faut que la commission ait pris position avant la fin du mois –; il faut ensuite que nous ayons *la certitude* que si l'Assemblée fédérale procède au vote final, celui-ci sera suivi *à très bref délai* par le vote du Sénat approuvant les conclusions de la Commission².

Toute autre procédure est hérissée de dangers. Si le Gouvernement français veut le but, il doit vouloir aussi le moyen. Or, le moyen est clair et ne comporte plus de discussions entre des hommes de bonne foi.

Il me semble, d'ailleurs, que l'accord conclu avec le Gouvernement français au sujet de la *simultanéité de l'échange* des ratifications facilite au Sénat français la marche à suivre. La France n'a rien à craindre; elle n'aura pas à nous donner la ratification du compromis des Zones si nous ne sommes pas à même de déclarer valablement la renonciation à la neutralité de la Savoie. La *simultanéité* dont je parle est une *garantie commune et réciproque*.

Veillez me faire rapport *le plus tôt possible*³. L'affaire entre dans une phase décisive. J'ai pleine confiance que vous saurez nous aider à sortir de la grave difficulté.

2. Vgl. dazu Nr. 314.

3. Die anschliessende Berichterstattung Dunants in: E 2, Archiv-Nr. 1681.

312

E 2200 Paris 1/2052

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

S

Bern, 24. Mai 1927

Für Ihre laufende Berichterstattung über den Entwicklungsgang des französischen Zolltarifs möchte ich Ihnen, soeben aus Genf zurückgekehrt, verbindlichst danken. Gleichzeitig beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Am letzten Samstag hatte mir Herr Serruys erklärt, er fahre diese Woche für ca. 8 Tage nach Berlin, worauf wir am 2. Juni die Verhandlungen in Paris beginnen könnten. Gestern nun teilte er mir plötzlich mit, er verzichte auf die Reise nach Berlin, da gemäss direkter Abmachung zwischen Berlin und Paris die deutsch-französischen Verhandlungen bereits heute, den 24. Mai, in Paris aufgenommen würden. Wir haben Sie heute telegraphisch um Nachricht darüber gebeten, ob diese Mitteilung zutreffend sei, da die deutsche Delegation in Genf von dieser angeblichen Abmachung keine Kenntnis hatte. Gestützt auf die gestrige Erklärung von Serruys habe ich mit ihm vereinbart, unsere Verhandlungen am 8. Juni in Paris zu beginnen.

Mit dieser Vereinbarung ist Ihrer Anregung, die Aufnahme der Verhandlungen etwas hinauszuschieben, Rechnung getragen. Ich betrachte es als einen grossen Vorteil, wenn Deutschland vor uns anfängt, da ja, wie Sie wissen, die Hauptschwierigkeit bei den Artikeln liegen wird, an deren Export nach Frankreich Deutschland und die Schweiz interessiert sind. Bei allen Besprechungen in Genf habe ich deshalb darnach getrachtet, den Verhandlungsbeginn möglichst hinauszuschieben, ohne aber Frankreich irgendwelche Möglichkeiten zu geben, auf eine mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Schweiz hinzuweisen.

[...]¹

1. Es schliessen rein administrative Mitteilungen an.

313

E 1004 1/304

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 7. Juni 1927

905. Handelsvertragsunterhandlungen mit Frankreich

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 1. Juni 1927

Nachdem der Bundesrat in seiner Sitzung vom 31. Mai 1927 die Delegation¹ bestimmt hat, die am 8. Juni die Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag

1. Der Delegation gehörten W. Stucki, E. Wetter, F. Porchet und E. Steinmetz an. Im weiteren war ihr Oberzollinspektor P. Comte zugeteilt.

mit Frankreich aufzunehmen hat, unterbreitet das Volkswirtschaftsdepartement seine Auffassung und seine Anträge über die der Delegation zu erteilenden Instruktionen.

I.

Durch Beschluss vom 12. April abhin² ist das Volkswirtschaftsdepartement ermächtigt worden, im Einvernehmen mit der bestellten Vorbereitungs-Kommission eine Liste der schweizerischen Begehren zum französischen Tarif aufzustellen und diese am 20. April der französischen Regierung zu überreichen. Diese schweizerische Begehrenliste wurde durch die Handelsabteilung zusammen mit dem Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins und dem Schweizerischen Bauernsekretariat ausgearbeitet und von der Vorbereitungs-Kommission mit einigen Abänderungen genehmigt. Trotzdem man sich bestrebt hat, nur die wichtigsten Begehren aufzunehmen und nur da Zollherabsetzungen zu verlangen, wo die entsprechenden schweizerischen Zölle wesentlich niedriger sind als die Ansätze des neuen französischen Tarifentwurfs, ist die Liste doch recht umfangreich geworden und enthält eine grosse Anzahl von Begehren um beträchtliche Herabsetzung der französischen Zölle. Sie kann auch unmöglich als definitiv angesehen werden, und es ist bei ihrer Übergabe an die französische Regierung ausdrücklich der Vorbehalt angebracht worden, dass sie unter Umständen einige Abänderungen, aber auch Ergänzungen erfahren müsse. Der Grund zu diesem Vorbehalt liegt darin, dass es angesichts des ausserordentlichen Umfangs und der Kompliziertheit des neuen französischen Tarifentwurfes einerseits und der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit andererseits vollständig ausgeschlossen war, bei der Aufstellung der schweizerischen Wunschliste die wirtschaftlichen Fachorganisationen und die einzelnen Firmen zur Vernehmlassung einzuladen. Unterdessen sind nun aber sowohl beim Vorort als direkt beim Departement zahlreiche Begehren solcher Organisationen und Firmen eingelangt, die wenigstens teilweise noch berücksichtigt werden müssen. Die schweizerische Delegation wird deshalb unter allen Umständen noch eine Nachtragsliste einzureichen haben. Diese wird gegenwärtig ausgearbeitet, kann aber vor der Abreise der Delegation nach Paris kaum fertiggestellt werden. Nachdem die eingelangten Nachtragsbegehren schon beim Vorort und dann auch bei der Handelsabteilung einer sorgfältigen Sichtung unterzogen worden sind, darf man es der schweizerischen Delegation überlassen, die Nachtragsliste in Paris endgültig zu bereinigen und der französischen Delegation zu überreichen.

Die allgemeinen Instruktionen hinsichtlich dieser schweizerischen Begehren zum französischen Tarif werden dahin lauten müssen, es seien die Forderungen nach Möglichkeit durchzusetzen und jedenfalls für wichtige schweizerische Exportprodukte wesentlich höhere als die in der Begehrenliste vorgeschlagenen Zollansätze ohne ausdrückliche Zustimmung des Bundesrates nicht anzunehmen. Es ist selbstverständlich Pflicht der schweizerischen Delegation, sorgfältig darauf Bedacht zu nehmen, nicht auf die Begehren einzelner schweizerischer Industriegrup-

2. Vgl. Nr. 294.

pen zum Nachteil anderer, ebenso wichtiger, ein allzugrosses Gewicht zu legen, sondern dafür zu sorgen, dass die Interessen aller für den Export nach Frankreich wichtigsten Hauptproduktionsgruppen gleichmässig berücksichtigt werden.

II.

Anlässlich der Wirtschaftskonferenz in Genf hat der Chef der französischen Delegation Herrn Direktor Stucki die französische Begehrenliste überreicht. Es werden darin für 123 Positionen des gegenwärtigen schweizerischen Gebrauchs-tarif Bindungen der heutigen Ansätze und für 52 Positionen Reduktionen verlangt. Das Volkswirtschaftsdepartement hat diese Begehrenliste vor einigen Tagen mit der Vorbereitungs-Kommission sehr eingehend besprochen und bemerkt, in Übereinstimmung mit ihr, folgendes:

Nachdem schon heute das Niveau des französischen Zolltarifs dasjenige des schweizerischen bedeutend übersteigt, das französische aber gemäss dem neuen Entwurf gewaltig erhöht werden soll, und nachdem heute schon die schweizerisch-französische Handelsbilanz für unser Land ausserordentlich ungünstig ist, kann es sich selbstverständlich unter keinen Umständen darum handeln, die auf dem französischen Tarifentwurf verlangten und eventuell zugestandenen Ermässigungen durch entsprechende Reduktionen auf dem schweizerischen Gebrauchstarif zu kompensieren. Es ist aber für die schweizerische Delegation auch weder möglich noch zweckmässig, die Verhandlungen in der Hauptsache auf Grund des provisorischen Generaltarifs vom 5. November 1925 zu führen, da dieser seine Wirksamkeit in den Verhandlungen mit Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei fast vollständig eingebüsst hat und in der grossen Mehrzahl seiner Positionen durch diese Verträge heute schon gebunden ist. Was jener provisorische Generaltarif der Schweiz an Kampfpositionen gegenüber Frankreich noch übrig lässt, genügt unter keinen Umständen für die bevorstehenden, so ausserordentlich schwierigen Verhandlungen. Auch die Ausarbeitung eines neuen speziell auf die schweizerisch-französischen Verhältnisse zugeschnittenen provisorischen Generaltarifs ändert infolge der zahlreichen Bindungen mit den oben erwähnten drei Staaten, namentlich aber auch mit Italien und Spanien, an dieser ungünstigen Situation wenig. Es muss unter diesen Umständen zum vornherein auf die Idee verzichtet werden, im Falle des Scheiterns der Verhandlungen durch eine allgemeine und allen Ländern gegenüber durchzuführende Erhöhung der bei uns nicht gebundenen Zölle antworten zu können. Der Kampf kann nicht auf diese Weise geführt werden, sondern einzig auf dem Boden der *Meistbegünstigung*: Entweder gibt Frankreich durch zahlreiche und wesentliche Ermässigungen dem schweizerischen Export die Möglichkeit, den französischen Markt wenigstens einigermaßen zu bewahren, dann muss die Schweiz im allgemeinen den französischen Waren den heutigen niedrigen Gebrauchs-Konventionaltarif und die volle Meistbegünstigung geben; oder aber, die Verhandlungen führen infolge ungenügenden Entgegenkommens auf den französischen Zöllen zum Bruch, dann kann die Schweiz einzig und allein durch differenzielle Behandlung der französischen Produkte, d. h. durch Verweigerung der Meistbegünstigung, den nötigen Druck

ausüben. Über diese allgemeine Richtlinie herrscht in der vorbereitenden Kommission volle Einstimmigkeit, und das Departement ist mit ihr der bestimmten Auffassung, dass die Verhandlungen auf dieser Grundlage zu führen sind. Es führt dies im einzelnen zu nachstehenden Schlussfolgerungen:

a) Die schweizerische Delegation soll erklären, dass die Schweiz im allgemeinen bereit sei, den französischen Waren den bisherigen sehr bedeutenden schweizerischen Markt durch Gewährung der Meistbegünstigung und Bindung der grossen Mehrzahl der Frankreich besonders interessierenden Zollansätze zu sichern. Sie könne dies aber selbstverständlich nur unter der bestimmten Voraussetzung tun, dass die Ansätze der Minimalkolonne des französischen Tarifentwurfs so weitgehend ermässigt werden, dass mindestens der gegenwärtige schweizerische Export ungefähr aufrecht erhalten werden kann.

b) Dementsprechend und unter den genannten Bedingungen könne den französischen Wünschen auf *Bindung* der Positionen des schweizerischen Gebrauchstarifs entsprochen werden, immerhin mit einigen Ausnahmen, wo besondere Verhältnisse vorliegen, nämlich:

Die Bindung ist, wenigstens vorläufig, abzulehnen für: frische Tafelbutter, Weichkäse, Kunstseide und Automobile.

Wenn auch diese Waren bereits, namentlich im Vertrag mit Italien, gebunden sind, so handelt es sich doch entweder um so ausserordentlich niedrige Zölle, dass über kurz oder lang eine gewisse Erhöhung unumgänglich wird, oder dann um Positionen, deren nochmalige Bindung gegenüber Frankreich unsere Stellung hinsichtlich der Notwendigkeit, den Vertrag mit Italien zu verbessern, allzusehr schwächen würde. Dagegen besteht kein Grund, dass die schweizerische Delegation nötigenfalls die Verpflichtung eingehen könnte, gewisse Maximalansätze nicht zu überschreiten, nämlich

für Butter	Fr. 40.-,
„ rohe Kunstseide	„ 100.-,
„ Automobile	„ 200.-.

c) Abgesehen von diesen unter b erwähnten Ausnahmen kann ohne weiteres den französischen Wünschen nach Bindung der Ansätze überall da entsprochen werden, wo die betreffenden Positionen schon durch andere Verträge gebunden sind. Auch die übrigen Forderungen sind zu erfüllen, wobei es aber der Delegation überlassen bleibt, das Zugeständnis der Bindung bei einzelnen wenigen Positionen, namentlich für gewisse Baumwollgarne und -Gewebe und gewisse Seidenartikel, zunächst noch von einer befriedigenden Regelung der entsprechenden schweizerischen Wünsche abhängig zu machen. Hierbei muss aber unter allen Umständen vermieden werden, bei der französischen Delegation den Eindruck zu erwecken, als ob der Entwurf zur französischen Minimalkolonne einerseits und der schweizerische Gebrauchstarif andererseits als gleichwertige Verhandlungsgrundlagen anerkannt werden können. Die Schweiz wird viel mehr immer und immer wieder darauf hinweisen müssen, dass sie ihre gegenwärtigen, für Frankreich so ausserordentlich günstigen Zollverhältnisse nur dann weiterbestehen lassen könne, wenn für die wichtigsten schweizerischen Exportprodukte der französische Markt geöffnet werde.

d) Angesichts der geschilderten Verhältnisse können wesentliche *Ermässigungen* des schweizerischen Gebrauchstarifs nicht in Frage kommen. Die bezüglichen Begehren sind deshalb abzulehnen, mit Ausnahme der Position 1044, Kupfervitriol, wo eine Ermässigung von Fr.8.– auf Fr.7.– angetragen werden kann und der Position 1055^a, Kastanienextrakt, wo der Zoll von Fr.5.– auf Fr.4.– herabgesetzt werden darf. Weitere Reduktionen sind in der ersten Phase der Verhandlungen nicht zu bewilligen.

e) Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit und Wichtigkeit der Verhandlungen und die leichte Möglichkeit von Paris nach Bern zu kommen, ist der schweizerischen Delegation zu empfehlen, nach einer ersten, eventuell zweiten Lesung zur mündlichen Berichterstattung zurückzukommen, Fühlung mit der vorbereitenden Kommission zu nehmen und, wenn nötig, neue Instruktionen des Bundesrates einzuholen.

III.

Bekanntlich sind die *allgemeinen Bestimmungen* des schweizerisch-französischen Handelsvertrages von 20. Oktober 1906³ heute noch in Geltung, können aber jederzeit auf drei Monate gekündigt werden. Es wird selbstverständlich nötig werden, auch diesen allgemeinen Vertragstext einer Revision zu unterziehen und ihn zu modernisieren. Dies gilt insbesondere für die Frage der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, wo die jetzige Regelung den schweizerischen Interessen auf die Dauer nicht gerecht wird. Da die für die Verhandlungen zur Verfügung stehende Zeit aber ausserordentlich kurz ist, so wird es unmöglich sein, noch alle diese zahlreichen und zum Teil schwierigen Fragen neu zu ordnen.

Die schweizerische Delegation wird sich deshalb vorläufig auf die Frage der Tarifabreden beschränken, über diese jedoch nur im Sinne eines Provisoriums verhandeln, um einen neuen langfristigen Vertrag erst als Gesamtheit eines neuen Textes und der getroffenen Tarifabmachungen gleichzeitig in Kraft treten zu lassen. Sollte die französische Delegation aus irgendeinem Grunde prinzipiell diesem Vorschlag nicht zustimmen können, so hätte die schweizerische Delegation zu berichten und neue Instruktionen zu verlangen.

Dass die bevorstehenden Besprechungen in keiner Weise die Zonenangelegenheit in ihrer weitesten Bedeutung erfassen dürfen, ohne dass seitens des Bundesrates ausdrückliche und präzise Instruktionen erteilt werden, ist wohl ohne weiteres selbstverständlich.

Es wird *beschlossen*:

Von diesen Ausführungen wird in genehmigendem Sinne Kenntnis genommen und der bezügliche Protokollauszug wird den schweizerischen Unterhändlern als Instruktion übergeben.

3. AS 1906, NF 22, S.688ff.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 13. Juni 1927

Zonenfrage

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes hatte kürzlich eine Unterredung mit dem französischen Botschafter. Dieser bestätigte ihm, dass die Senatskommission beschlossen habe, dem Senat die Ratifikation des Zonenabkommens zu beantragen¹. Hingegen sei es vollständig ausgeschlossen, dass der Senat den Genehmigungsbeschluss fassen werde, solange nicht schweizerischerseits die Savoyerfrage endgültig geregelt ist. Vor Ablauf der Referendumsfrist über diese Frage ist also die Zustimmung Frankreichs zum Zonenabkommen nicht zu erwarten.

Unter diesen Umständen bleibt nach Ansicht des Vorstehers des politischen Departementes nichts anderes übrig, als die Schlussabstimmung über die Savoyerfrage in den eidg. Räten schon jetzt vornehmen zu lassen. Es sollte aber den Kommissionen vorgeschlagen werden, zur Beruhigung der Volksmeinung noch eine Bestimmung in den Bundesbeschluss aufzunehmen, wonach die Erklärung des Verzichtes auf die der Schweiz zustehenden Rechte auf die neutralisierte Zone Savoyens erst dann abgegeben werden soll, wenn der Austausch der Ratifikationsurkunden zu der am 30. Oktober 1924 zwischen der Schweiz und Frankreich abgeschlossenen Schiedsordnung bezüglich der Freizonen vorgenommen wird (Simultanaustausch)². Falls der Rat diese Auffassung teilt, so würde Herr Motta

1. *Der französische Botschafter in Bern, Hennessy, übergab Motta am 11.6.1927 folgende schriftliche Mitteilung: L'Ambassade de France a été avisée, ce matin, que la Commission des Affaires Etrangères du Sénat qui s'est réunie hier s'est prononcée à l'unanimité pour l'approbation du compromis d'arbitrage sur les zones franches sans inclusion de réserves. En outre, afin de remonter l'intention bien arrêtée du Sénat de procéder au vote final dès qu'il aura tous apaisements en ce qui concerne l'abrogation irrévocable de la zone neutralisée de Savoie les membres de cette Commission sont disposés à donner à leur décision toute la publicité nécessaire sous forme de communiqué de presse et au besoin d'interview (E 2, Archiv-Nr. 1681).*

2. *Diese Bestimmung wurde von den eidgenössischen Räten in den Bundesbeschluss vom 24.6.1927 aufgenommen, nachdem dies von den beiden parlamentarischen Kommissionen gemeinsam beantragt worden war. Vgl. BBl 1927, I, S. 862f. – Motta äusserte sich in der Sitzung der nationalrätlichen Kommission vom 15.6.1927 gemäss Protokoll zur Frage eines möglichen Referendums: [...] Die Frage, ob wir mit den Spitzen des Volksbundes [für die Unabhängigkeit der Schweiz] in Verbindung treten sollen, ist auch behandelt worden, wir sind aber zum Schlusse gekommen, dass es gefährlich wäre mit dieser Organisation von Macht zu Macht zu verhandeln. Wir wollen bei den Herren keinen Grössenwahn emporkommen lassen. Dagegen ist etwas anderes im Wurf. Die Herren, die seinerzeit in Genf, in Verbindung mit dem Volksbund, das Referendum gegen das Zonenabkommen ergriffen haben, wollen mit dessen Spitzen in Verbindung treten und versuchen, sie zu veranlassen, im Interesse Genfs von ihrem Vorhaben abzusehen. Darüber hinaus soll nicht gegangen werden. Wenn überdies die beiden Kommissionen einstimmig*

unverzüglich im obigen Sinne mit den beiden Kommissionspräsidenten Rücksprache halten.

Der Rat erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden³.

sind und die Räte die Schlussabstimmung in den nächsten Tagen vornehmen, so hoffe ich, dass in diesen Kreisen auch die Vernunft über die Leidenschaft siegen wird (E 2, Archiv-Nr. 1681).

3. *Nachdem die beiden Räte die von ihren Kommissionen beantragte Ergänzung gutgeheissen hatten (vgl. Sten. Bull. NR, 1927, S. 249ff. bzw. Sten. Bull. StR, 1927, S. 131ff.), schritten sie am 24.6.1927 zur Schlussabstimmung über den Bundesbeschluss betreffend die Zustimmung der Schweiz zur Aufhebung der Neutralisierung Nordsavoyens (Text in: BBl 1927, I, S. 862). Im Nationalrat votierten 94 Mitglieder dafür und 5 dagegen, im Ständerat 29 dafür und 3 dagegen. Vgl. Sten. Bull. NR, 1927, S. 409 bzw. Sten. Bull. StR, 1927, S. 155. Am 27.9.1927 lief die Referendumsfrist unbenutzt ab. – Zum weiteren Verlauf der Angelegenheit nach Ablauf der Referendumsfrist vgl. Nr. 347.*

315

E 1004 1/304

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. Juni 1927

949. Démarche de M. Bron à Paris

Département politique. Verbal

Ainsi que le Conseil fédéral le sait, M. Bron, président du Conseil d'Etat du canton de Genève, a fait à plusieurs reprises des démarches auprès de représentants des autorités françaises, dans le but de liquider certaines questions dans l'intérêt de son canton¹. M. Bron déclare dans un discours qu'il vient de prononcer au Grand Conseil de Genève, qu'il s'est rendu plusieurs fois à Paris où il a rencontré à différentes reprises le ministre de l'air et plusieurs chefs de service. Les directeurs des compagnies d'aviation auraient conclu avec lui des arrangements.

Le Chef du Département politique a eu dernièrement la visite de M. Bron et a saisi l'occasion pour lui dire que son discours et les nouvelles de ses entrevues à Paris avec les représentants d'un Gouvernement étranger auraient vivement surpris le Conseil fédéral, étant donné que les rapports officiels entre les cantons et les Gouvernements étrangers ou leurs représentants devaient avoir lieu par l'intermédiaire du Conseil fédéral. M. Bron a répondu que ses pourparlers et démarches étaient restés dans les limites de la Constitution fédérale et qu'il n'avait aucunement engagé la Suisse, que, d'ailleurs, les conversations se rapportaient uniquement au trafic aérien.

Quoique ces déclarations ne se couvrent pas entièrement avec les affirmations contenues dans le discours de M. Bron au Grand Conseil, il y a cependant lieu, se-

1. *Vgl. auch Nr. 31 und das Votum von Nationalrat E. Reinhard in der Debatte über den Geschäftsbericht pro 1926 vom 23.6.1927, in: Sten. Bull. NR, 1927, S. 378.*

lon l'avis de Chef du Département politique, de considérer l'incident comme liquidé.

Le Conseil partage cette opinion et charge le Chef du Département politique de faire savoir par lettre à M. Bron que, vu ses déclarations, il considère l'affaire comme liquidée.

316

J.I.6 1/1

Aufzeichnung des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess

Bern, 23. Juni 1927

NOTIZ

Herr Dubois, Präsident des Schweizerischen Bankvereins, bestätigt mir, anlässlich eines zufälligen Besuches, dass die polnische Anleihe¹ sine die vertagt ist.

Ich teile ihm mit, dass zwischen der Schweiz und Polen Schwierigkeiten bestehen und dass die polnische Regierung tatsächlich der Schweiz die volle Meistbegünstigung nicht zugesteht, insbesondere ihr Einfuhrkontingente für Waren nicht gewähre, die sie anderen Staaten einräumt.

Herr Dubois ist bereit, anlässlich weiterer Anleiheverhandlungen mit Polen an diese Verhältnisse zu erinnern und von der polnischen Regierung zu verlangen, dass sie den gerechtfertigten Forderungen der Schweiz entgegenkomme. Er bittet, ihn über die Verhandlungen auf dem Laufenden zu halten.

1. Es handelt sich um eine Staatsanleihe zur Stabilisierung der polnischen Währung.

317

E 1004 1/305

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. Juli 1927¹

1130. Handelsübereinkunft mit Spanien

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 11. Juli 1927

I.

Mit Note vom 17. vor. Mts.² teilte die hiesige spanische Gesandtschaft mit, dass seit einiger Zeit die Handelspolitik ihrer Regierung darauf gerichtet sei, die Zollermässigungen und Zollbindungen durch die Meistbegünstigung zu ersetzen.

1. Abwesend: Scheurer, Chuard und Häberlin.

2. E 2001 (C) 3/14.

Daher habe die Regierung beschlossen, die Revision aller bestehenden Handelsübereinkommen vorzunehmen, in denen Ermässigungen oder Bindungen spanischer Zölle stipuliert wurden.

Die spanische Gesandtschaft notifierte demgemäss den Vorschlag ihrer Regierung, die Handelsübereinkunft zwischen Spanien und der Schweiz vom 15. Mai 1922³ zu revidieren, um die darin zugunsten der Eidgenossenschaft festgesetzten Vertragszölle durch die Meistbegünstigung zu ersetzen.

Der Note war ein konkreter Vorschlag zur Abänderung der Übereinkunft von 1922⁴ beigegeben, nach welchem lediglich deren Beilage B (Ermässigungen spanischer Zölle) als dahingefallen zu betrachten wäre, während die Beilage A (Bindungen und Ermässigungen schweizerischer Zölle) bestehen bliebe. Nach dem Entwurf würde die Meistbegünstigung nur im bisherigen Rahmen, d. h. für ungefähr 500 von den rund 1500 Positionen des spanischen Zolltarifs, weitergewährt.

Ähnliche Noten haben alle andern Staaten erhalten, deren Verträge mit Spanien noch Bindungen oder Ermässigungen spanischer Zölle enthalten. Diejenigen europäischen Staaten, die den grössten Handelsverkehr mit Spanien aufweisen (Frankreich, Deutschland und Grossbritannien) haben in ihren neuen Abkommen mit Spanien der Jahre 1926 und 1927 bereits auf die Zugeständnisse auf dem spanischen Tarif verzichtet und sich, abgesehen von einer Ausnahme (Grossbritannien für Kohlen) mit der unbeschränkten (Grossbritannien) oder beschränkten (Frankreich und Deutschland) Meistbegünstigung begnügt. Von den andern Ländern, die ausser der Schweiz zurzeit noch Abkommen mit Bindungen spanischer Zölle aufweisen (Italien, Belgien, Schweden, Österreich, Tschechoslowakei, Finnland usw.) pflegt nur noch Italien einen grössern Warenaustausch mit Spanien.

[...]

IV.

Die spanische Regierung schlägt, wie schon gesagt, nur die Aufhebung der Ermässigung spanischer Zölle vor, während die Bindungen und Ermässigungen schweizerischer Zölle bestehen blieben. Aber selbst wenn auch Spanien sich mit der blossen Meistbegünstigung begnügen sollte, würde dadurch seine Ausfuhr nach der Schweiz nicht in erheblichem Masse schlechter gestellt.

Die spanisch-schweizerische Handelsübereinkunft von 1922 ermässigt oder bindet nämlich die schweizerischen Zölle für rund 70–75% der Gesamteinfuhr spanischer Produkte in die Schweiz. Für den Hauptteil dieser Einfuhr sind jedoch die Zölle noch in schweizerischen Verträgen mit andern Staaten, speziell mit Italien, gebunden und da es sich um Artikel handelt, die auch diese andern Staaten unserem Lande in grossen Mengen liefern (z. B. den Hauptartikel Wein) kann Spanien mit ziemlicher Sicherheit darauf zählen, dass diese dem Abschluss von Verträgen mit gegenseitigen Tarifizugeständnissen günstiger gesinnten Staaten nollens volens stets auch seine Geschäfte besorgen werden. Bei Aufhebung der Beilage A zum Abkommen von 1922 (Bindungen und Ermässigungen schweizerischer

3. *Vertragstext einschliesslich Beilagen in: BBl 1922, II, S. 147ff.*

4. *Als Annex 2 abgedruckt.*

Zölle) würde nur für Malagatrauben, Südfrüchte der Pos. 39b, Safran und Paprika eine Zollerhöhung eintreten, die zudem für die letztgenannten Gewürze ganz ohne Belang wäre. Nur 6% der spanischen Ausfuhr nach der Schweiz würden durch die Beseitigung der Bindungen und Ermässigungen des Vertrages von 1922 eine Schlechterstellung erfahren, und diese Schlechterstellung wäre so bescheiden, dass der weitere Absatz dadurch kaum erheblich beeinträchtigt werden dürfte.

Was die 25–30% der Einfuhr aus Spanien betrifft, für die die Übereinkunft von 1922 die schweizerischen Zölle weder ermässigt noch bindet, so entfallen davon über zwei Drittel auf Rohstoffe, für die die Schweiz äusserst niedrige Zölle aufweist, während der Rest zum grössten Teil aus Lebensmitteln besteht, für die die Schweiz andern Staaten Zollermässigungen oder -Bindungen zugestanden hat.

V.

Laut den von verschiedenen Seiten eingelangten Berichten scheint bei keinem der Staaten, die in einem regern Warenaustausch mit Spanien stehen und die der spanische Vorschlag trifft, Geneigtheit zu bestehen, diesen unverändert anzunehmen. Allerdings scheinen alle im Prinzip der Meinung zu sein, dass es weder wohl anginge, noch möglich wäre, von Spanien die Beibehaltung der Tarifverträge zu verlangen. Man wäre bereit, dem spanischen Antrag prinzipiell zu entsprechen, nicht aber ohne Gegenforderungen, besonders inbezug auf gewisse Sicherungen gegen beträchtliche Zollerhöhungen, zu stellen. So hat dem Vernehmen nach die italienische Regierung dem spanischen Direktorium einstweilen geantwortet, das Begehren könne nur unter Reserve entgegengenommen werden. Der Wert der Meistbegünstigungsklausel wäre bei Annahme des spanischen Vorschlages für den einen und den andern Staat sehr verschieden. Die italienische Regierung müsse vorerst den Schaden, der sich für ihr Land aus der neuen Lage ergeben würde, eingehend prüfen. Eine gemeinsame Prüfung der Sachlage sei notwendig, um Bedingungen zu vereinbaren, die den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und der Billigkeit mehr entsprächen. Ungefähr auf der gleichen Linie dürften sich die Antworten der andern in Betracht kommenden Staaten bewegen.

VI.

Die Vernehmlassungen der an der Ausfuhr nach Spanien beteiligten wirtschaftlichen Kreise sind eingeholt worden. Die vorläufigen Rückäusserungen des Schweiz. Bauernverbandes⁵ und des Vorortes des Schweiz. Handels- und Industrievereins⁶ stimmen beide darin überein, dass weder die einseitige Aufhebung

5. *Der Bauernverband antwortete der Handelsabteilung am 4.7.1927: [...] Das Vorgehen der Schweiz wird wohl in hohem Masse davon bedingt werden, was andere Länder tun. Jedenfalls möchten wir empfehlen, die ganze Angelegenheit dilatorisch zu behandeln, und zunächst die weitere Entwicklung der Verhältnisse noch abzuwarten [...] (E 7110 1/115).*

6. *Das Schreiben des Vorortes an die Handelsabteilung vom 30.6.1927 schliesst wie folgt: [...] Unseres Erachtens kann [...] die Antwort auf die spanische Note nur dahin lauten, dass der darin enthaltene Vorschlag für die Schweiz leider gänzlich unannehmbar ist (E 7110 1/115).*

der Beilage B zum Vertrag (spanische Zölle) noch die Beschränkung auf die gegenseitige Gewährung der Meistbegünstigung in Frage kommen dürfen, weil in beiden Fällen die neuen Vereinbarungen viel zu einseitig zugunsten Spaniens spielen würden.

Diese Auffassung erscheint angesichts der vorstehend skizzierten Verhältnisse durchaus richtig. Es dürfte sich daher empfehlen, die ganze Angelegenheit nach Möglichkeit dilatorisch zu behandeln. Viel kann die Schweiz dabei schwerlich verlieren, denn selbst im Falle, dass Spanien zu einer Kündigung der jetzigen Übereinkunft schreiten sollte, wäre ihre Lage nicht schlechter als bei sofortiger unveränderter Annahme des spanischen Vorschlages. Verschiedene Berichte der schweizerischen diplomatischen Vertretungen in Rom und Madrid lassen die Erwartung berechtigt erscheinen, dass die Verschleppungstaktik bis auf weiteres gar nicht aussichtslos ist.

VII.

Gestützt auf diese Erwägungen wird antragsgemäss *beschlossen*:

Das Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, auf die Note der hiesigen spanischen Gesandtschaft vom 17. Juni 1927 ungefähr in folgendem Sinne zu antworten:⁷

Wenngleich Industrie, Landwirtschaft und Handel der Schweiz noch nicht die Möglichkeit gehabt haben, den spanischen Vorschlag der Aufhebung aller Bindungen und Ermässigungen spanischer Zölle in allen Richtungen auf seine volle Tragweite hin zu prüfen, so möchten wir doch heute schon darauf eine vorläufige Antwort erteilen.

In erster Linie gestatten wir uns zu bemerken, dass wir von allen Seiten darauf aufmerksam gemacht werden, wie das vorliegende Begehren ganz einseitig zugunsten Spaniens und ganz einseitig zulasten der Schweiz lautet. In Übereinstimmung mit dieser Auffassung bedauert der Bundesrat, den spanischen Vorschlag nicht ohne weiteres annehmen zu können. Bevor er sich endgültig äussern kann, muss er über folgende Punkte im klaren sein:

1. Wäre Spanien bereit, nicht nur die Anlage B (Zölle bei der Einfuhr in Spanien), sondern auch die Anlage A (Zölle bei der Einfuhr in die Schweiz) zur Handelsübereinkunft von 1922 fallen zu lassen?

2. Wäre Spanien bereit, irgendwelche Garantien über die Höhe der künftigen Zölle für diejenigen Waren zu geben, deren Ansätze heute in der Anlage B zur Übereinkunft gebunden sind?

3. Wäre die spanische Regierung ebenfalls zu Verhandlungen über solche Garantien bereit?

⁷ Dies erfolgte mit Note vom 15.7.1927 (nicht abgedruckt). – Zur Antwort der spanischen Regierung vgl. Nr. 339.

*Aufzeichnung des Gesandtschaftssekretärs in der Abteilung für Auswärtiges
des Politischen Departementes, P. Bonna*

Berne, 13 juillet 1927

NOTICE POUR MONSIEUR LE MINISTRE DINICHERT

En rapprochant les renseignements assez fragmentaires qui nous sont parvenus de Paris, de Rome et de Londres, la situation créée par la dénonciation des traités capitulaires par la Perse semble apparaître de la manière suivante:

a) La dénonciation persane est juridiquement correcte, sauf à l'égard de la France et de l'Espagne, dont les traités capitulaires sont perpétuels.

b) Les représentants des Puissances à Téhéran se seraient concertés au sujet d'une attitude commune, dans laquelle la France et l'Espagne auraient réclamé le respect de leurs droits, tandis que les autres demanderaient l'égalité de traitement.

c) L'Espagne semble hors de jeu, car ses intérêts en Perse sont gérés par la France et il n'y a pas de Légation de Perse à Madrid. Quant au Gouvernement français, il paraît éprouver peu de goût pour le rôle de Winkelried; le Quai d'Orsay n'a pas cru devoir indiquer à M. Dunant qu'il se trouvait dans une meilleure situation que la nôtre pour contester la dénonciation persane; il s'est borné à indiquer qu'il chercherait son inspiration à Londres.

d) A Londres, on paraît incliner à juger la résistance difficile, tandis qu'on semble encore la croire possible à Rome. Le Ministre de Grande-Bretagne en Perse est actuellement en correspondance continue avec le Foreign Office par rapport à cette matière et Sir Austen Chamberlain serait heureux de l'autoriser à fournir toutes les explications voulues, au fur et à mesure, sur le point de vue britannique au représentant auquel les intérêts suisses sont confiés, c'est-à-dire au Ministre de France.

Aussi bien à Paris qu'à Londres, on met visiblement peu de bonne volonté à renseigner la Suisse. On semble ne pas s'être aperçu qu'il y a une Légation de Perse à Berne et que nous pouvons traiter sans le concours des Puissances.

Je me demande si nous n'aurions pas intérêt à le faire sans tarder davantage.

En effet:

a) Il est manifeste que les Puissances ont de la peine à se mettre d'accord et l'on peut prévoir, dès maintenant, qu'elles n'obtiendront pas le maintien pur et simple du régime capitulaire actuel. Elles arriveront à un compromis, qui sera long à négocier et dont nous ne sommes pas sûrs de pouvoir bénéficier, le 10 mai 1928.

b) Il est évident, au contraire, que si, au moment où le Gouvernement persan attend, peut-être avec un peu d'anxiété, de voir ce que les Puissances vont faire, nous montrions quelque bonne volonté à céder sur la juridiction consulaire, nous avons toute chance de le trouver bien disposé et conciliant sur le reste. Il semble

donc probable que nous pourrions obtenir, même en matière d'immunité de juridiction, le traitement de la nation la plus favorisée.

Le Département de l'Economie Publique nous demande de maintenir la clause de la nation la plus favorisée inconditionnelle existante dans le traité de 1873.

Il semble que, dans ces conditions, nous pourrions, avec chance de succès, proposer à la Légation de Perse de convenir, par un échange de note, que la dénonciation par la Perse du traité entre la Suisse et la Perse ne s'applique qu'à l'article 5, à l'abrogation duquel nous ne voyons pas d'inconvénient, que les autres articles continueront à subsister d'année en année, mais qu'il est entendu qu'au cas où la Perse concéderait aux ressortissants d'autres Etats des privilèges spéciaux en matière juridictionnelle, les Suisses en jouiraient aussi longtemps qu'eux.

319

E 2300 Rom, Archiv-Nr.27

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 19 juillet 1927

J'ai l'honneur de vous rendre compte de l'entretien que j'ai eu hier avec M. Mussolini.

Le Premier Ministre m'a fait l'accueil le plus aimable, en me reprochant amicalement de ne pas avoir été le voir plus souvent ces derniers temps. Je lui ai répondu que je me faisais un scrupule de le déranger, sachant combien son temps est absorbé, et que je ne venais chez lui que dans des cas que je jugeais très importants. J'ai ajouté que devant me rendre prochainement en Suisse et ayant l'honneur de passer avec le Président de la Confédération et d'autres membres du Gouvernement Fédéral la journée du 1er août, il me serait précieux de pouvoir leur rapporter les impressions du Chef du Gouvernement italien sur la situation générale.

Sans perdre une seconde, M. Mussolini m'a répondu qu'il avait trois choses importantes à me dire à ce propos:

1. Je crois fermement à la paix en Europe. Aucun Etat n'a envie de se mettre en guerre. Tous redoutent la guerre plus que jamais. Les Balcaniques peuvent s'agiter et fomenter des foyers incendiaires, ils n'entraîneront pas les autres Etats d'Europe. La leçon de 1914 a suffi. Les derniers incidents, entre autres l'heureuse solution du différend albano-serbe, sont une preuve évidente de cet état d'esprit. En outre, la situation économique générale ne permet pas un conflit armé: ce serait une folie ruineuse.

2. L'Italie est entièrement pacifique. Elle n'a aucune velléité belliqueuse. Tout ce qu'on écrit à ce sujet est faux. Elle est pacifique par nécessité, mon Gouvernement étant absorbé, en ce moment, par les problèmes économiques. En outre, une

grande pensée, un grand projet nous occupe principalement: l'organisation de l'Etat corporatif. C'est la grande révolution opérée par le fascisme, mais l'œuvre n'est pas encore achevée, et le moment serait le moins opportun pour nous aventurer dans des difficultés internationales.

3. Dites et répétez que mes sentiments pour la Suisse sont toujours animés de la plus cordiale amitié. J'aime et je respecte votre pays. Je rends hommage à la manière dont il accomplit ses devoirs internationaux; je lui suis en particulier reconnaissant de ne pas laisser se créer chez lui des foyers d'intrigues contre l'Italie. J'ai constaté aussi avec satisfaction que dans vos milieux financiers on marquait de la confiance dans notre avenir économique: j'ai lu, entre autres, avec plaisir un article de votre Revue financière. (?) Dans 10 ans notre Traité de conciliation¹ sera certainement renouvelé si je suis au pouvoir. Vous pouvez en être assuré.

Après avoir remercié le Président de ces paroles et des sentiments dont nous avons eu d'autres preuves, je lui ai rappelé qu'au point de vue de la situation politique générale il avait, dans son récent discours à la Chambre, prononcé des paroles qui avaient inquiété et intrigué l'opinion publique, en parlant d'une guerre possible vers 1935. Pourquoi cette date? Vous savez qu'en France on y a vu une menace contre ce pays qui aurait, à ce moment, le recrutement des classes nées pendant la guerre mondiale, c. à. d. au moment de la plus faible natalité.

M. Mussolini m'a dit: «J'ai cité ce moment comme étant celui où la France évacuerait les territoires allemands. Nous devons nous attendre à ce que l'Allemagne saisisse ce moment pour soulever d'autres questions et demander la révision du Traité de Versailles. Celle du corridor polonais, véritable absurdité, sera certainement soulevée et pourra provoquer des complications.»

Comme vous voyez, dans les conversations que j'ai eues avec M. Mussolini, c'est toujours d'un danger allemand dont il se montre inquiet.

Au moment de partir, le Premier Ministre m'a encore répété: «Dites bien que l'ordre règne en Italie. Nous avons dû prendre quelques mesures rigoureuses pour faire baisser les prix de la vie. Il en est résulté quelque mécontentement, mais le bon ordre ne sera pas troublé: le pays travaille et prospère.»

Je préfère traiter dans une lettre à part les questions dont j'avais à entretenir le Premier Ministre, celle des difficultés faites aux Suisses qui viennent en Italie pour y travailler et celle de nos négociations économiques. A ce propos, je dois vous rapporter une déclaration suivant laquelle il y aurait en ce moment en Italie plus de 200,000 chômeurs. Vous vous souviendrez peut-être que l'an dernier M. Mussolini m'avait affirmé que non seulement il n'y avait pas de chômage, mais que certaines industries, comme la Fiat, pourraient occuper un plus grand nombre d'ouvriers.

Au cours de ma visite, qui a duré plus de 30 minutes, j'ai remis à M. Mussolini un livre dont M. le chanoine Philippona m'avait chargé de lui faire hommage. Cet ouvrage d'histoire est précédé d'une dédicace imprimée dont l'emphase est vraiment excessive. Je ne pouvais cependant pas me refuser à cette simple transmission.

1. *Vergleichs- und Schiedsvertrag vom 20.9.1924*, in: AS 1925, NF 41, S. 179ff.

*Das Politische Departement
an den Vorsteher des Finanz- und Zolldepartementes, J.-M. Musy*

Kopie

S PF.

Berne, 23 juillet 1927

Le Comité financier de la Société des Nations a soumis au Conseil de la Société, conformément au désir que celui-ci lui avait exprimé le 8 décembre 1926, un rapport sur la question de l'assistance financière aux Etats victimes d'une agression¹. Il y démontre, en grands traits, de quelle façon cette assistance pourrait être réalisée pratiquement. Il se borne, cependant, à traiter l'aspect purement technique du problème, en laissant de côté, pour le moment, les points qui ont un caractère plutôt politique (p. ex. définition et détermination de la victime de l'agression, les Etats qui pourront participer au plan, le montant maximum de l'aide financière à prévoir).

Voici l'essentiel des propositions du Comité:

Les Etats désirant participer au plan d'assistance concluraient une convention aux termes de laquelle chacune des parties contractantes aurait à garantir, dans une proportion déterminée d'après la contribution qu'elle verse à la Société des Nations, les intérêts et l'amortissement annuels des emprunts émis, avec le consentement du Conseil, par l'Etat attaqué. L'accord fixerait la somme maximum que les Etats signataires pourraient être appelés à garantir. La sécurité ainsi créée n'a cependant pas paru suffisante au Comité financier et il demande, dans son rapport, que quelques Etats jouissant d'une situation financière puissante s'engagent à garantir les emprunts doublement: ils se porteraient garants au même titre que tous les autres Etats contractants et ils garantiraient en outre, à eux seuls, vis-à-vis des souscripteurs, la totalité du montant. Les Etats assumant la garantie supplémentaire auraient, à part cela, à faciliter l'émission publique, dans leurs pays, des emprunts émis conformément à la convention, dans la mesure où ils participeraient à la garantie supplémentaire.

Pour plus de détails, nous renvoyons au rapport du Comité financier, qui constitue l'appendice de la publication ci-jointe de la Société des Nations (extrait du procès-verbal de la sixième séance du Conseil: réduction des armements)².

Par une résolution du 17 juin dernier, prise à la suite d'un échange de vues qui est résumé dans le document que nous venons de mentionner, le Conseil de la Société a décidé d'ajourner à sa prochaine session la discussion du fond du rapport élaboré par le Comité financier, afin de donner aux membres de celle-là l'occasion de présenter leurs observations relatives au projet qui s'y trouve esquissé. Nous joignons à ces lignes copie de la lettre par laquelle le Secrétaire général de la Société des Nations nous a communiqué cette résolution³.

1. SdN, Journal Officiel, 1927, Nr. 7, S. 922ff.

2. SdN, Journal Officiel, 1927, Nr. 7, S. 797ff.

3. *Schreiben vom 11. 7. 1927; nicht abgedruckt.*

Vous nous obligeriez en voulant bien nous faire connaître votre attitude en ce qui concerne les idées émises par le Comité financier et cela, si possible, avant la fin du mois d'août, de sorte que nous soyons en mesure de communiquer au Secrétariat général à Genève les remarques éventuelles avant la prochaine session du Conseil qui aura lieu au commencement du mois de septembre prochain. Il nous serait d'autant plus agréable de recevoir votre réponse avant l'époque indiquée qu'il n'est pas exclu que le rapport du Comité donne lieu à une discussion au sein de la VIIIe Assemblée de la Société des Nations, qui s'ouvrira le 5 septembre.

Quant à nous, nous n'avons pas manqué d'examiner avec soin le côté du problème qui intéresse particulièrement notre Département. Il s'agit de la question de savoir si la participation de la Suisse à une convention basée sur les principes élaborés par le Comité financier serait compatible avec notre neutralité⁴. Nous sommes arrivés à la conclusion qu'une réponse affirmative s'impose puisque le projet prévoit uniquement des mesures d'ordre économique et qu'en entrant dans la Société des Nations, nous avons renoncé à la neutralité économique⁵.

Nous ajoutons que nous adressons une lettre analogue au Département de l'Economie Publique, Division du Commerce.

4. Vgl. dazu BBl 1927, II, S.678 und BBl 1928, II, S.1220f. (*Berichte des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sessionen der Völkerbundsversammlung von 1927 und 1928*) sowie Nr.491 und Nr.494.

5. In seiner *elfseitigen* Notice concernant le rapport du Comité financier de la Société des Nations relatif à l'assistance financière aux Etats victimes d'une agression vom 17.8.1927 schreibt P. Widmer (*Sekretär in der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes*): [...] L'organe compétent de la Société des Nations ayant reconnu, par la Déclaration de Londres, que notre neutralité est compatible avec le Pacte et «justifiée par les intérêts de la paix générale», il faut admettre, jusqu'à preuve du contraire, que la Suisse a le droit de poursuivre une politique qui cherche à éviter tout ce qui pourrait être préjudiciable à la neutralité. Cela est dans l'intérêt de la Société même. Or la preuve du contraire ne saurait être fournie qu'en ce qui concerne le principe de notre participation aux sanctions économiques proprement dites. [...] (E 2001 (C) 5/53).

321

E 1004 1/305

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 25. Juli 1927¹

1183. Traité de commerce avec la France. Période du 4 au 8 juillet

Département de l'économie publique. Proposition du 18 juillet 1927

Avant de se séparer le 16 juin dernier, les délégations suisse et française étaient convenues de se reconstruire de nouveau à Paris, dès le 27 juin. Or, le 24, la Légation de Suisse à Paris faisait savoir que les négociations ne pouvaient être reprises

1. *Abwesend: Motta, Haab und Musy.*

à la date fixée. La raison en était que les pourparlers avec l'Allemagne absorbaient complètement la délégation française et, en particulier, son chef, M. Seruys, directeur des Accords commerciaux au Ministère du Commerce.

Ce ne fut que le 4 juillet que la délégation suisse regagna Paris, afin d'entendre les déclarations françaises sur nos demandes concernant l'horlogerie, l'industrie de la soie et de la broderie. Dans l'intervalle, les délégués suisse et français de ces trois industries s'étaient rencontrés à Paris, en présence de deux observateurs de caractère officiel (pour la Suisse, M. Wetter), sans que toutefois leurs discussions eussent abouti à un résultat appréciable.

Le 5 juillet, les délégations suisse et française se retrouvèrent au Ministère du Commerce.

Dès le 8 juillet, les négociations furent interrompues à nouveau, d'un commun accord. On convint de se retrouver à Paris au cours du mois de septembre. Cette période de deux mois sera employée, de part et d'autre, à éclaircir diverses questions d'ordre technique qui ont surgi au cours des pourparlers.

Les négociations, qui ont eu lieu du 5 au 8 juillet, ont mis de nouveau en relief les divergences fondamentales qui séparent les points de vue suisse et français. Cependant, elles n'ont point été vaines. En effet, la délégation française a cédé sur la question des droits ad valorem prévus pour notre horlogerie au projet de tarif; elle a admis en principe des droits spécifiques; d'autre part, elle s'est déclarée prête à certaines concessions, si insuffisantes qu'elles soient encore, sur les droits qui frappent l'importation des broderies et des soieries.

Dans son dernier rapport², le Département de l'Economie publique faisait allusion à l'influence directe que les négociations franco-allemandes exercent sur nos propres négociations. Un fait nouveau s'est produit, qui comporterait de graves conséquences pour les rapports commerciaux entre la Suisse et la France.

L'accord provisoire du 5 août 1926, qui règle les relations entre la France et l'Allemagne, prorogé en février et en mars 1927, est arrivé à expiration le 30 juin, sans qu'il fût possible aux Parties de s'entendre ni sur sa prorogation ni sur un régime qui pût le remplacer. A partir de cette date, le tarif autonome est donc appliqué en Allemagne aux marchandises de provenance française et les produits exportés d'Allemagne en France supportent les droits du tarif général français. Dès le début de juillet, les deux délégations reprirent contact, afin de négocier un nouvel accord provisoire d'une portée plus large que le précédent, qu'elles espéraient pouvoir conclure et soumettre à l'approbation de leurs parlements respectifs avant le 15 juillet.

Vu le retard apporté à la discussion du projet de tarif douanier, en instance devant la Chambre, le Parlement français a autorisé le Gouvernement à modifier les taux du tarif minimum actuellement en vigueur, afin de faciliter la conclusion d'accords commerciaux. Ce n'est donc plus le projet de tarif, mais bien le tarif actuel qui servirait de base à l'accord provisoire franco-allemand. L'Allemagne obtiendrait le traitement de la nation la plus favorisée pour tous les articles visés par

2. *Als Annex abgedruckt.*

le nouvel accord; en revanche, la France relèverait, pour certains de ses articles, les droits figurant à son tarif actuel.

Si l'accord aboutit, il en résultera une augmentation immédiate et, à ce que l'on dit, considérable, quoique inférieure à celle qu'accuse le projet de tarif, des droits du tarif français actuel, et cela pour des articles qui intéressent la Suisse au premier chef, tels que les machines, les appareils électro-techniques et les produits chimiques. A l'avenir, il y aurait lieu de compter pour ces articles avec la concurrence accrue de l'Allemagne, qui jouirait comme la Suisse de la clause de la nation la plus favorisée³.

Dès la fin juin, le chef de la délégation suisse avait été informé, par une voie indirecte, des intentions du Gouvernement français. Toutefois, le Département souligne le fait qu'aucune communication officielle ne lui est parvenue à ce sujet, de sorte qu'il ignore encore les détails du projet d'accord.

Le Département se réserve donc, lorsqu'il sera en possession d'informations plus complètes, de faire rapport au Conseil fédéral et, le cas échéant, de lui demander de nouvelles instructions.

Il est *décidé* de prendre acte de ce rapport avec approbation.

ANNEX

E 1001 1, EVD, 1. 1.-31. 6. 1927

*Bericht des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den Bundesrat*

AD.

Berne, 24 juin 1927

La séance d'ouverture des négociations entre la Suisse et la France en vue de la conclusion d'un traité de commerce a eu lieu au Quai d'Orsay, le mercredi 8 juin, en présence de M. Bokanowski, Ministre du Commerce, et de M. Dunant, Ministre de Suisse à Paris. M. Bokanowski adressa à la délégation suisse des paroles de bienvenue, auxquelles il ajouta quelques appréciations sur les relations commerciales entre les deux pays. M. Dunant remercia M. Bokanowski de son accueil et exprima l'espoir que les négociations se termineraient heureusement.

Au lendemain de cette séance toute formelle, les délégations se rencontrèrent au Ministère du Commerce pour commencer leurs travaux.

La délégation suisse développa, par l'organe de son chef, le point de vue formulé dans les instructions du Conseil fédéral du 7 avril 1927. Elle déclara qu'il y avait avant tout trois éléments à considérer: la situation des échanges, la situation tarifaire réciproque et les intentions prochaines des Parties.

Au point de vue des échanges, elle constate que le déficit de notre balance du commerce allait en s'aggravant. Quant aux droits de douane, la Suisse accuse, d'après les statistiques internationales récemment établies, un indice très faible en comparaison d'autres pays, en particulier de la France. Elle n'a pas d'instrument de négociation proprement dit, mais un tarif d'usage, déjà réduit par les traités de commerce. Si la France donne suite à son intention de relever encore ses droits de douane, l'exportation suisse en France sera réduite à la portion congrue.

Dans ces conditions, la Suisse ne saurait offrir à la France autre chose que le bénéfice de la situation actuelle, c'est-à-dire le tarif d'usage de 1921, avec les abattements stipulés dans nos traités et dont la France bénéficie en vertu du jeu de la clause de la nation la plus favorisée. Elle consentirait

3. *Vgl. dazu Nr. 334.*

en outre à certaines consolidations. En revanche, elle attend d'importantes réductions sur le projet de tarif douanier français.

Le chef de la délégation française, M. Serruys, déclara que, d'une manière générale, le traité devait avoir pour objectif le maintien des courants commerciaux réciproques, que la France était prête à accorder certaines réductions pour les produits spécifiquement suisses, mais qu'elle ne pouvait se contenter en retour de simples consolidations.

Après ce bref échange de vues qui révèle des opinions sensiblement divergentes, on passa à l'examen de détail des demandes. La délégation suisse exprima le désir de ne répondre aux desiderata français que lorsque la délégation française se serait elle-même prononcée sur les demandes suisses. [...]⁴

Les réponses françaises à nos demandes furent énoncées dans une série de séances échelonnées du 8 au 16 juin. Conformément à un accord entre les deux Parties, d'importants articles de notre exportation devaient faire l'objet de discussions au sein de conférences d'experts dans la période du 22 au 28 juin. D'autre part, la délégation française refusait de répondre à nos demandes concernant la mécanique, les machines et les produits chimiques, avant que les négociations menées parallèlement avec l'Allemagne soient arrivées à un certain stade. Dans ces conditions, on convint d'interrompre les pourparlers pour une dizaine de jours et, dès le 17, notre délégation rentra en Suisse, laissant sur place un observateur pour suivre les discussions d'experts. La délégation a immédiatement repris contact avec la Commission délibérative; une séance de la Commission aura lieu le vendredi 24 juin, à Berne.

Depuis le 8 juin, la situation a changé, du fait du retard apporté par la Chambre à la discussion du tarif. Un nombre considérable d'amendements ont été apportés et des divergences de vues existent encore entre le Gouvernement et la Commission des douanes. Selon toute probabilité, le tarif ne pourra pas être voté avant la fin de l'année par le Parlement. Ce retard est de notre intérêt. Nous gagnerons ainsi du temps et pourrons négocier sans trop de précipitation.

La délégation suisse se rendra de nouveau à Paris le 27 juin pour poursuivre les négociations. Le Département se réserve, dès que la délégation aura pris connaissance du résultat des réunions d'experts, de faire un second rapport au Conseil fédéral et, le cas échéant, de lui demander de nouvelles instructions.

4. *Es folgt die Stellungnahme der französischen Delegation zu den einzelnen schweizerischen Tarifbegehren.*

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 25. Juli 1927¹

1184. Einfuhr in Polen. Kontingente

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 15. Juli 1927

Bis Mitte des Jahres 1925 hatte Polen die Einfuhr nur für wenige Waren verboten. Auf der Verbotsliste figurierten: Pasteten; Bonbons; Konfitüren; Obstgelée; Pulver und Pastillen mit Zucker; Früchte in Likören, Arrak, Cognac; Schokolade und Kakao mit Zucker; Marmeladen aus Früchten und Beeren; Fruchtsäfte mit Beimischung von Alkohol; alkoholische Getränke; feine Käse in Detailver-

1. *Abwesend: Motta, Haab und Musy.*

packungen; Austern, Krebse u. dgl.; künstliche Süsstoffe; kosmetische Mittel und Parfums.

Durch Verordnungen vom 17. Juni und 11. Juli 1925 ist die Liste der für die Einfuhr verbotenen Waren bedeutend erweitert worden. Die neuen Einfuhrverbote wurden jedoch infolge des Zollkrieges mit Deutschland vorläufig nur auf deutsche Waren angewendet. Seit dem 14. August gl. Js. (Verordnung vom 7. August) konnten jedoch diese Waren nur noch mit besonderer Bewilligung in Polen eingeführt werden, auch wenn sie aus andern Ländern als Deutschland stammten und versandt wurden. Eine letzte Ausdehnung der Einfuhrverbote wurde durch Verordnung vom 23. September 1925 vorgenommen, sodass nun alle wichtigeren schweizerischen Exportartikel vom Verbot betroffen wurden.

Um die Einfuhr zu regeln, wurden für jedes Land Einfuhrkontingente auf Grund des Imports im Jahre 1924 und im 1. Halbjahr 1925 festgesetzt. Der Schweiz wurden für die Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1925 autonome folgende Kontingente gewährt (in q): Kakao in Pulver 240 (mit andern Ländern); Halbfabrikate und Erzeugnisse aus Gummi 70; Erzeugnisse aus Kupfer und Kupferlegierungen 280; Nickel 110; Erzeugnisse aus Draht 20; Transmissionen 20; Uhrmachererzeugnisse 20; Baumwollgewebe, roh und gebleicht 40; Baumwollgewebe, mercerisiert 10; Wachseleinwand, Wachstuch 10; Seidengewebe 200 und Spitzen und Stickereien 10. Für alle andern Waren mussten die Importeure für jede einzelne Sendung Einfuhrbewilligungen nachsuchen, doch wurde deren wohlwollende Behandlung zugesichert. Als Grundlage für die Festsetzung der Kontingente diente die polnische Statistik pro 1924, die jedoch aussergewöhnlich stark von der schweizerischen abweicht und zwar mit Bezug auf die Kontingentsfrage zu Ungunsten der Schweiz. Die nachfolgenden Ziffern verstehen sich in Schweizerfranken und Zloty; im Jahre 1924 stand der Zloty al pari:

1924	Schweiz. Ausfuhr nach Polen	Polnische Einfuhr in die Schweiz
Schweiz. Statistik	30 535 000	14 592 000
Polnische Statistik	23 045 000	5 624 000
Differenz	7 490 000	8 968 000

Für das Jahr 1926 wurden an Stelle der Warenkontingente für bestimmte Länder *allgemeine* Kontingente, d. h. die Höchstmenge der Waren bestimmter Kategorien festgesetzt, welche überhaupt nach Polen eingeführt werden konnten. Als Grundlage diente die Einfuhr pro 1924 nach der polnischen Handelsstatistik. Die Kontingente wurden nie veröffentlicht und konnten auch nicht in Erfahrung gebracht werden. Der schweizer. Gesandtschaft in Warschau wurde immerhin Ende März 1926 vom Ministerium des Äussern eine Liste derjenigen Waren zur Kenntnis gebracht, für welche überhaupt keine Kontingente festgesetzt worden seien und auch keine Einfuhrbewilligungen erteilt wurden; darunter figurierten einzig

gewisse Baumwollgewebe, Seidenwaren und Vorhangstoffe, welche für die Schweiz in Betracht fielen.

Verschiedenen Ländern sind im Laufe des Jahres 1926 Spezialkontingente gewährt worden, die sich auf Kompensationen stützten. Die mehrmaligen Forderungen der Schweiz um Zuteilung von Kontingenten sind dagegen stets mit der Begründung abgewiesen worden, dass Kontingente nur an Länder erteilt würden, für welche die polnische Handelsbilanz aktiv sei. Ausserdem wollte Polen der Schweiz für gewisse Waren nur unter der Bedingung Einfuhrkontingente bewilligen, dass sich unser Land verpflichte, polnische Erzeugnisse in gewissem Umfange abzunehmen, wobei sich die Austauschsummen zum mindesten ausgleichen müssten. Ganz abgesehen davon, dass die Schweiz ihre Einfuhrverbote aufgehoben hat, lehnte sie grundsätzlich das Kompensationssystem ab. Zudem hatte Polen, im Gegensatz zu seinen Behauptungen, u. a. auch Frankreich und Italien Kontingente gewährt, trotzdem seine Handelsbilanz im Jahre 1926 nach der polnischen Statistik mit diesen Ländern passiv war. Der polnischen Regierung ist zu verschiedenen Malen amtlich mitgeteilt worden, dass die Schweiz die Verweigerung von Kontingenten als im Widerspruch mit der schweizerisch-polnischen Handelsübereinkunft vom 27. Juni 1922² stehend betrachte. Der genannte Vertrag setzt die Schweiz in den Genuss der uneingeschränkten Meistbegünstigung, im Gegensatz zum Reziprozitäts-System. Wenn daher andern Ländern Kontingente gewährt wurden, so hätten sie im gleichen Umfange auch der Schweiz zugestanden werden sollen und zwar ohne Kompensation.

Da sich die Lage auch anfangs dieses Jahres nicht geändert hatte, benützte Herr Direktor Stucki Ende Februar anlässlich seines Aufenthalts in Rom die Gelegenheit, die Kontingentsfrage mit Herrn Vize-Minister Dolezal, der als Delegierter Polens an den Verhandlungen des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes teilnahm, zu besprechen. Dabei wurde in aller Form gegen das polnische Verhalten Verwahrung eingelegt und für den Fall einer weitem Weigerung, der Schweiz angemessene Kontingente zu erteilen, gedroht, die ganze Sache einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Unterm 13. April abhin wurde die schweizerische Gesandtschaft in Warschau neuerdings beauftragt, Einfuhrkontingente zu verlangen. Als Grundlage der übergebenen Kontingentsliste diente die schweizer. Handelsstatistik pro 1924.

Die letzten Verhandlungen in dieser Angelegenheit, welche in Paris zwischen Hrn. Direktor Stucki und Hrn. Minister von Segesser schweizerischerseits und Herrn Ministerialrat Sygietinsky polnischerseits geführt wurden, ergaben als Resultat das vorliegende Abkommen, welches am 5. Juli unterzeichnet worden ist³. Es ist nicht zu bestreiten, dass die zugestandenen Einfuhrkontingente recht bescheiden sind. Sie entsprechen immerhin der Einfuhr im Jahre 1924, als in Polen nur für die eingangs erwähnten Waren ein Einfuhrverbot bestand, und da auch die andern Ländern gewährten Spezialkontingente soweit bekannt auf dieser Grundlage beruhen, ist nunmehr dem schweizerischen Standpunkt mit Bezug auf die

2. Die Übereinkunft wurde am 26.6.1922 abgeschlossen. Text in: AS 1922, NF 38. S.482ff.

3. Original des Protokolls in: K I, Nr. 11173.

Meistbegünstigung Rechnung getragen worden. Das Abkommen unterliegt der Ratifikation durch die beiden Regierungen und soll auf 1. Oktober 1927 in Kraft treten⁴.

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements fügt diesem Bericht mündlich bei, das Abkommen sollte zwar genehmigt werden, wobei aber der Vorbehalt zu machen wäre, dass das Departement ermächtigt sei, auf das Abkommen zurückzukommen und seine Abänderung zu verlangen, sobald anderen Ländern weitere oder grössere Einfuhrkontingente eingeräumt würden.

Demgemäss wird *beschlossen*:

Das am 5. Juli 1927 von schweizerischen und polnischen Vertretern unterzeichnete Abkommen über die der Schweiz von Polen gewährten Einfuhrkontingente wird in dem Sinne genehmigt, dass das Volkswirtschaftsdepartement ermächtigt ist, sich vorzubehalten, auf das Abkommen zurückzukommen und seine Abänderung zu verlangen, sobald Polen andern Ländern weitere oder grössere Einfuhrkontingente einräumen würde.

4. Vgl. dazu Nr. 335 und Nr. 342.

323

E 2001 (D) 1/221

*Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartementes, J.-M. Musy,
an das Kartell der schweizerischen Banken*

Kopie
S

Berne, 3 août 1927

Depuis nombre d'années, le Département fédéral des finances suit de près tout ce qui se passe dans le domaine de l'exportation des capitaux. Il s'est toujours préoccupé de traiter cette question particulièrement délicate et ardue d'une manière large et bienveillante, évitant autant que possible tout ce qui était de nature à entraver la liberté d'action des banques.

L'utilité et même la nécessité de placer des capitaux à l'étranger ne sont pas contestées. La discussion ne saurait porter que sur l'importance des sommes et sur le choix du moment. Comme l'expérience l'a démontré, les emprunts étrangers se suivent parfois de si près qu'il se produit de l'encombrement. Il nous semble dès lors qu'il serait opportun de mettre ordre à cet état de choses. Le pays aurait tout à gagner à ce que le travail des banques fût mieux réglé et qu'il fût dans une plus large mesure le fruit d'une collaboration spontanée.

Alors que l'émission d'emprunts intérieurs par le Cartel de banques suisses et par l'Union des banques cantonales est soumise à une réglementation, celle des emprunts étrangers est laissée au hasard. L'émission de ces emprunts ne pourrait-elle pas être soumise au même régime? Serait-il possible d'octroyer à ce cartel la compétence de prendre lui-même et sur sa propre responsabilité toute décision concernant les emprunts étrangers et l'échelonnement de leurs émissions? Il est possible que la réalisation de cette idée se heurte à de sérieuses difficultés. Mais si

une solution n'est pas possible dans cette direction, les établissements financiers qui émettent des emprunts étrangers devraient alors se prêter à un arrangement libre, s'engager à ne conclure aucun emprunt étranger à l'insu et sans le consentement de la Banque nationale et du Département fédéral des finances. Un «gentlemen's agreement» de ce genre à la manière anglaise nous paraît non seulement possible, mais nécessaire. Une enquête à laquelle s'est livrée la Banque nationale suisse a établi que tous les Gouvernements et toutes les banques d'émission se réservent le droit de cooptation et d'intervention dans la question de l'exportation des capitaux. Partout le besoin d'une réglementation s'est fait sentir, partout on a trouvé une solution à cette délicate question.

Nous n'ignorons pas que l'émission des emprunts étrangers en Suisse n'absorbe qu'une partie des capitaux exportés. Depuis longtemps avant la guerre, les capitaux s'en vont par d'autres canaux invisibles au grand public. Mais l'émission des emprunts étrangers est incontestablement de toutes les formes d'exportation celle qui attire le plus l'attention du public, qui préoccupe le plus la presse de toutes les nuances et donne chaque année lieu à de nouvelles petites questions et à des interpellations au sein des Conseils législatifs. Il suffirait d'un fait imprévu, même peu important pour déclencher un mouvement populaire qui réclamerait l'intervention de l'Etat dans ce domaine. Il n'est pas non plus exclu qu'une initiative demandant que l'exportation des capitaux fût soumise au contrôle ait plein succès, soit au sein du Parlement, soit auprès du peuple. Nous engageons donc les chefs responsables de nos grands établissements financiers à ne point se borner à des considérations purement techniques ou économiques, mais à tenir compte aussi des éléments impondérables de la politique. Il serait certainement plus agréable aux banques de prendre elles-mêmes l'initiative de réglementer ces questions que de laisser les choses en arriver à un tel point que l'Etat soit obligé de soumettre l'activité de ces établissements à un statut rigide et schématique.

Si nous conseillons aux banques de prendre des mesures de leur propre chef, ce n'est pas uniquement parce que nous jugeons prudent de leur part de ménager l'opinion publique, mais encore parce que des nécessités économiques l'exigent. Si nos grands établissements financiers agissaient de concert avec les autorités suivant un plan déterminé et des directives uniformes, ils obtiendraient, lors des pourparlers relatifs aux emprunts, des avantages dont bénéficieraient soit les détenteurs d'obligations d'emprunts étrangers d'avant-guerre, soit notre industrie d'exportation, soit d'autres éléments de notre population. Notre département des finances reçoit fréquemment des mémoires indiquant que lors de l'émission de tel ou tel emprunt étranger on aurait dû réserver certains avantages au profit de l'industrie nationale. Nous sommes persuadés que c'est grâce à un «gentlemen's agreement» du genre de celui que nous avons préconisé plus haut que l'on pourrait, en mainte circonstance, obtenir des avantages appréciables, en particulier à l'occasion de la conclusion de traités de commerce et d'établissement.

Il faut arriver à l'avenir à tirer des emprunts étrangers un parti encore plus profitable pour l'ensemble du pays. On a déjà obtenu d'appréciables résultats, mais nous pouvons faire mieux. La réalisation du projet que nous recommandons influencerait aussi favorablement l'évolution du taux de l'intérêt et faciliterait la po-

litique d'escompte et de devises pratiquée par la Banque nationale. Nous savons que le placement en Suisse d'emprunts étrangers constitue la méthode la plus avantageuse d'exporter les capitaux. Elle assure au fisc des recettes intéressantes, elle facilite l'obtention d'avantages économiques d'ordre général et surtout elle permet un contrôle. Il est donc dans l'intérêt public d'éviter une réglementation rigide qui l'entraverait et le rendrait peut-être impossible. Il faut par conséquent trouver le moyen d'ordonner, de coordonner sans nuire à une opération qui, à l'avenir comme par le passé, demeure une opération nécessaire.

Le but que nous poursuivons est dès lors d'amener les grands établissements financiers suisses du Cartel à discuter librement entre eux nos suggestions et celles de la Banque nationale et à soumettre au Département des finances leurs propositions éventuelles concernant la réglementation de l'exportation des capitaux.

324

E 2001 (C) 5/47

*Der Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Bern, 15. August 1927

Wir beehren uns auf Ihre beiden Schreiben vom 1. April 1927¹, und vom 3. dies², betreffend die bei den Organen des Völkerbundes in Prüfung befindliche Frage der radiotelegraphischen Verbindung ihres Sitzes in Genf mit der Aussenwelt folgendes zu antworten:

Die Errichtung einer eigenen drahtlosen Telegraphiestation des Völkerbundes auf schweizerischem Gebiet wäre, wie auch Ihnen selbstverständlich nicht entgangen ist, höchlich geeignet, zu schweren grundsätzlichen Konflikten zwischen der Souveränität der Schweiz und der Exterritorialität des Völkerbundes zu führen, insbesondere wenn diese Station auf eigenem Grundstücke des Völkerbundes erstellt oder von eigenem Personal desselben betrieben würde (Art. 7 des Völkerbundsvertrages). Wir halten deshalb dafür, dass in allererster Linie die Errichtung bezw. der Betrieb einer dergestalt gedachten Station schweizerischerseits mit aller Entschiedenheit zu verhindern gesucht werden muss. Zu Hülfe kommen uns hierbei vor allem die von den verschiedenen begutachtenden schweizerischen Stellen (eidg. Post- und Eisenbahndepartement, Direktion der Marconi-A.G. in Bern und Waffenchef des Genie) hervorgehobenen technischen und finanziellen grossen Schwierigkeiten, die sich der Einrichtung einer eigenen Funkenstation des Völkerbundes entgegenstellen. Sodann bietet, wie diese Begutachtungen hervorheben, die Schweiz mit ihren radiotelegraphischen sowie drahtlichen Telegraph- und Tele-

1. Nr. 287.

2. E 27, Archiv-Nr. 23398.

phoneinrichtungen dem Völkerbunde die vollständige Möglichkeit, schnell und gut mit der Aussenwelt zu verkehren, sodass er einer besondern Station gar nicht bedarf, was in geeigneter Weise ebenfalls geltend zu machen sein wird. Soweit es sich diesbezüglich noch um die Vervollkommnung letzterer bestehender Verkehrseinrichtungen und die Vorbereitung ihres nutzbringenden Gebrauches handelt, werden sich die Organe des Völkerbundes mit den schweizerischen zuständigen Amtsstellen ins Einvernehmen zu setzen haben; sie werden, wie aus dem Berichte des eidg. Eisenbahndepartements vom 26. Februar 1927 hervorgeht³, selbstverständlich bei den schweizerischen Stellen das nötige Verständnis für die Bestrebungen des Völkerbundes finden, die dahingehen, insbesondere in Krisenzeiten über möglichst rasche und sichere Verbindungen verfügen zu können.

Für den Fall jedoch, dass die Völkerbundsorgane sich dennoch von ihrem Gedanken an die Einrichtung einer eigenen Funkenstation in Genf nicht abbringen lassen sollten, wird schweizerischerseits, wie bereits von Ihnen hervorgehoben wird, diesem Vorhaben gegenüber bestimmt Stellung genommen werden müssen. Sie haben dabei hervorgehoben, dass eine solche Einrichtung für uns sowohl hinsichtlich der Ausübung unserer Neutralität, als auch hinsichtlich der Landesverteidigung in Betracht kommt, und auf die Ausführungen des Bundesrates in seiner Botschaft betreffend die Frage des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund, vom 4. August 1919 (Bundesblatt 1919, IV, S. 609 & ff.) verwiesen, die das Verhältnis des Völkerbundssitzes in Genf zu unserer Neutralität zum Gegenstande haben.

Wir halten nun bestimmt dafür, dass, sobald es sich um eine Aktion des Völkerbundes (Art. 16 und 17 des Paktes) handelt, der letztere vom Standpunkte der schweizerischen Neutralität aus als kriegführende Macht zu betrachten ist und dass der Völkerbund hieraus die Konsequenzen zu ziehen hat. Er ist daher den Bestimmungen von 3 des Haager-Abkommens betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges, vom 18. Oktober 1907, unterworfen, und dies setzt voraus, dass er als Kriegführender während seiner Executionen auf die Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs angewiesen bleibt, über welche die Schweiz schon nach eigenem Rechte die Verfügungsgewalt behält. Letztere ist überdies nach dem gleichen Abkommen ihrerseits nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, den Kriegführenden die Benützung eigener, nicht-öffentlicher funkentelegraphischer oder anderer Verkehrseinrichtungen in solchen Fällen zu verbieten, was also auch vom Standpunkte des internationalen Rechts aus die Befugnis zur Kontrolle des Nachrichtendienstes voraussetzt. Der Gebrauch einer, seinen alleinigen Zwecken dienenden, exterritorialen, d. h. unserer Kontrolle entzogenen Funkenstation des Völkerbundes während einer seiner Aktionen darf somit von der Schweiz nicht zugelassen werden, auch wenn diese Station angeblich nicht ausschliesslich zu kriegerischen Zwecken verwendet werden wollte.

Wir haben sodann aber auch von unserem eigenen militärischen Standpunkte aus allen Grund, das Bestehen einer von der schweizerischen Kontrolle unabhän-

3. Nicht abgedruckt.

gigen Funkenstation auf unserem Gebiete nicht zuzulassen. Wie schon von Ihnen angeführt wird, würde eine solche Station sich mit unserer Sicherheit absolut nicht vertragen, sobald die Schweiz selbst mit einem Kriege bedroht wird und daher zu Abwehrmassnahmen schreiten muss. Dieser Fall kann jederzeit unvermuthet eintreten, auch bevor uns jemand, sei es der Völkerbund oder ein einzelner Staat, zu Hülfe kommt. Man denke sich nun, was das bedeuten würde, wenn von einer exterritorialen Funkenstation aus unsere militärischen und sonstigen Vorkehren ins Ausland und gar unserem Gegner mitgeteilt werden könnten, ohne dass wir hiegegen rechtzeitig einzuschreiten vermöchten. Diese Möglichkeit ist durchaus ins Auge zu fassen, indem die Verwaltung des Völkerbundes aus Personen verschiedenster Nationalitäten zusammengesetzt ist und unserer Befehlsgewalt nicht untersteht; der gute Wille der Leitenden dieser Verwaltung allein würde uns noch keine Gewähr dafür bieten, dass die Funkenstation insgeheim nicht doch zu unserem Schaden missbraucht würde. Da dieser Schaden, wenn man weiss, wie wichtig die Unterbindung eines feindlichen Nachrichtendienstes schon von Anfang einer Mobilmachung an ist, unter Umständen einen sehr bedeutenden Umfang annehmen könnte, so stellen wir die militärischen Interessen der Schweiz unbedingt ihren Neutralitätspflichten noch voran, wo es sich hier um die Verhinderung einer mit unserer Sicherheit unvereinbaren Einrichtung handelt.

Wir gelangen demnach zum Schlusse, dass, sofern der Völkerbund eine Funkenstation in Genf oder Umgebung auf schweizerischem Gebiet haben will, diese Station nur als eine öffentliche, den schweizerischen Gesetzen unterliegende eingerichtet und betrieben werden darf, so, dass sie der Kontrolle der schweizerischen Behörden allezeit und unbedingt unterstellt bleibt.

325

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. August 1927¹

Zwischenfälle an der italienischen Grenze

Geheim

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des Politischen Departementes orientiert über die Mitteilungen, die er von unserer Gesandtschaft in Rom bezüglich der Schritte erhalten hat, die diese infolge der jüngsten Grenzzwischenfälle an der schweizerisch-italienischen Grenze zu unternehmen beauftragt worden war. Aus diesen Mitteilungen ergibt sich, dass die italienische Regierung sofort eine Untersuchung über die ihr gemeldeten Fälle angeordnet und formelle Weisungen erteilt hat, damit derartige Vorkommnisse inskünftig vermieden werden. Herr Motta hält dafür, dass der Bundes-

1. Abwesend: Chuard, Häberlin und Schulthess.

rat diesen Angelegenheiten auch weiterhin die grösste Aufmerksamkeit wird schenken müssen, da es angezeigt ist, alles aufzubieten um zu verhindern, dass die Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse den guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern schaden könnte².

Der Vorsteher des Finanzdepartementes macht auf einige Vorfälle aufmerksam, die ihm seitens der Zollorgane aus letzter Zeit gemeldet wurden und die ihn sehr beunruhigen³. Er teilt auch mit, dass infolgedessen unser Grenzwachtchef im Tessin seinen Leuten die Weisung erteilt habe, inskünftig bei ihren Patrouillengängen das Gewehr und scharfe Patronen mitzunehmen, und nicht bloss die Pistole, wie das bisher üblich war. Die Vorsteher des Militär- und des Post- und Eisenbahndepartements bemerken, dass sie in weiten Kreisen unserer Bevölkerung eine starke Beunruhigung wahrgenommen haben wegen der sich immer öfters wiederholenden Zwischenfälle an der Südgrenze, die von den italienischen Grenzschutzorganen verursacht werden. Es sei unbedingt notwendig, dass diese fortwährenden Übergriffe seitens Italiens nun einmal aufhören⁴.

Daraufhin wird von den Mitteilungen des Vorstehers des Politischen Departements in zustimmendem Sinne Vormerk genommen.

2. Vgl. auch Nr. 353.

3. Eine umfassende Zusammenstellung der Zwischenfälle an der italienisch-schweizerischen Grenze im Frühling/Sommer 1927 in: E 2001 (C) 1/11.

4. Die eidgenössischen Räte befassten sich anlässlich der Behandlung des Geschäftsberichtes pro 1927 mit den Grenzzwischenfällen. Vgl. Sten. Bull. NR, 1928, S. 336ff. und Sten. Bull. StR, 1928, S. 150ff.

326

E 6100 (A), Archiv-Nr. 107

*Die Schweizerische Bankgesellschaft
an den Vorsteher des Finanz- und Zolldepartementes, J.-M. Musy*

Kopie

S Direktion

Zürich, 18. August 1927

Die Erledigung Ihres geehrten Schreibens vom 3. August¹ in Sachen ausländische Anleihen ist infolge der Ferienzeit etwas verzögert worden.

Auf dessen Inhalt eintretend, geben wir zu, dass der Gedanke, den Vertrieb von Auslandsanleihen in der Schweiz durch ein schweizerisches Bankenkartell zu zentralisieren, und eine gewisse Regulierung in der Anleihensauflage eintreten zu lassen, bestechend wirken mag, weil damit dem Schweizerischen Finanzdepartement und der Schweizerischen Nationalbank der Überblick über einen Teil der schweizerischen Kapitalbewegung scheinbar erleichtert würde². Doch sind wir

1. Nr. 323.

2. Zu dieser Frage schrieb die Nationalbank am 8. 8. 1927 an das Finanz- und Zolldepartement: [...] Après avoir examiné le problème sous toutes ses faces, nous sommes arrivés à la conclusion

überzeugt, dass die Nachteile eines solchen Systems dessen Vorteile weit überwiegen würden, und es scheint uns überhaupt recht zweifelhaft, ob die ins Auge gefasste Kontrolle des ausländischen Anleihengeschäftes auf dem Wege über ein Kartell schweizerischer Banken zu erreichen wäre. Selbst wenn für die Durchführung der ganz verschiedenartig gestalteten Auslands-Emissionen die Gruppierung der schweizerischen Banken erzielt werden könnte, würde sie aller Voraussicht nach zu schwerfällig arbeiten. Auch für die schweizerischen Finanzgeschäfte begrenzt sich das bestehende Kartell bekanntlich auf die gemeinsame Behandlung gewisser Kategorien von Inlands-Emissionen (Eidgenössische, Kantonale und Kommunale Anleihen), die von allen Banken leicht und rasch zu beurteilen sind. Die Unterbringung von grösseren Tranchen *internationaler* Anleihen, so weit trotz der hohen schweizerischen Stempel- und Couponssteuer-Pauschalierungsbeträge dafür noch die öffentliche Auflage in der Schweiz in Frage kam, wurde zwar auch bisher in vielen Fällen unter gemeinsamer Mitwirkung der grossen schweizerischen Banken durchgeführt. Daneben gibt es aber Anleihengeschäfte, die sich nicht nach einem bestimmten System behandeln lassen, die aus besondern Beziehungen einzelner Banken mit internationalen Gruppen resultieren und wobei für die Urteilsbildung oft Unterlagen massgebend sind, die für bestimmte Geschäfte nur einzelnen Banken zugänglich sind und im Stadium der Geschäftsvorbereitung nicht wohl zum Gegenstand einer allgemeinen Erörterung unter den Banken gemacht werden können. Eine kartellmässige Behandlung derartiger Operationen scheint uns kaum denkbar und müsste den Emissionsapparat überaus schwerfällig gestalten.

Das hindert ja u.E. keineswegs, dass die Banken in der Begebung von Auslandsanleihen Rücksicht auf die Devisen-Politik der Nationalbank nehmen und letztere von bevorstehenden grösseren Emissionen avisieren. Dass dabei begründeten Einwendungen Rechnung getragen wird und seitens der schweizerischen Banken auch die Interessen der Inlands-Industrie wo immer möglich gewahrt werden, dürfte leicht zu belegen sein.

Dagegen möchten wir sehr warnen vor der Idee, die Kapitalbewegung durch die Genehmigung seitens einer Zentralstelle binden zu wollen, weil ein solches Unterfangen die unerlässliche Elastizität des Marktes hemmen müsste und die Zentralstelle mit einer Verantwortlichkeit beladen würde, der sie eigentlich ausweichen sollte und die dann leicht Veranlassung zur Ablehnung an und für sich legitimer und wünschenswerter Operationen werden könnte. Der beste Regulator für das Tempo der Beteiligungen an Auslandsemissionen liegt in dem schweizerischen Kapitalmarkt selbst, in dessen sorgfältiger Beachtung und in der Anpassung an dessen Leistungsfähigkeit. Wenn im Inland der Kapitalbedarf stärker einsetzt, gehen die Auslandsemissionen sozusagen automatisch zurück und die Aufnahmefä-

qu'un «gentlemen's agreement» du genre de celui adopté par les banques de Londres serait également pour nous la meilleure solution. Sans entraver la liberté d'action des banques, un semblable accord nous permettrait de suivre d'une façon permanente les démarches précédant chaque emprunt étranger; il en résulterait certainement une meilleure coordination de ces emprunts, tout en assurant le plus de profit possible pour l'industrie nationale. [...] (E 6100 (A), Archiv-Nr. 107).

higkeit des Marktes für Auslandsanleihen sinkt, sobald genügend inländische Emissionen vorliegen und für dieselben ein angemessener Zinsertrag bewilligt wird. So lange aber für den jährlich aus ausländischen und inländischen Quellen in die Schweiz fliessenden Kapitalzuwachs nicht genügend Verwendung in Inlandsanlagen vorhanden ist, wird eine staatliche Reglementierung der Kapitalbewegung entweder Schaden stiften oder wirkungslos bleiben und bald würde man erkennen, dass die Freizügigkeit des Kapitals zu stören letzten Endes auf eine Schädigung der schweizerischen Volkswirtschaft selbst hinauslaufen würde. Die Abwanderung der Kapitalien nach gastfreundlicheren Ländern wäre dann kaum zu hindern und eine staatliche Einmischung könnte leicht zur Folge haben, dass auch die schweizerischen Kapitalisten den Weg nach dem Ausland direkt nehmen, anstatt wie bis anhin durch Vermittlung der schweizerischen Banken einen gewissen Prozentsatz ihrer Vermögensteile in ausländischen in der Schweiz kotierten Werten anzulegen, wovon der schweizerische Fiskus nur Nutzen gezogen hat und wobei auch der schweizerischen Industrie vielfach direkte oder indirekte Vorteile gesichert werden konnten.

Man sollte sich daher hüten, das Vertrauen der Kapitalisten in die gesunden Verhältnisse des schweizerischen Finanzmarktes durch behördliche willkürliche Hemmungen des legitimen Anlagegeschäftes zu stören, solange dasselbe sich in soliden Bahnen bewegt. Die Freiheit der Kapitalbewegung auf dem schweizerischen Markte wird auch den internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zu gut kommen und den schweizerischen Banken ermöglichen, die interessante Rolle zu wahren, die sie bisher auf finanziellem Gebiete haben ausüben können.

327

E 7110 1/55

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins*

Kopie

S K B

Handelsbeziehungen mit Frankreich

Bern, 5. September 1927

Wie Ihnen bekannt ist, tritt mit dem morgigen Tage in Frankreich ein neuer, dem deutsch-französischen Handelsvertrag vom 17. August d.J. angepasster Minimaltarif in Kraft. Dieser bringt für zahlreiche Waren, an deren Ausfuhr nach Frankreich auch die schweizerische Wirtschaft zum Teil in hohem Masse interessiert ist, sehr beträchtliche Erhöhungen gegenüber den Ansätzen des heute für schweizerische Waren noch geltenden Minimaltarifs. Wir haben uns bemüht, so rasch als es uns irgendwie möglich war, die schweizerischen Exportinteressenten über diese Verhältnisse aufzuklären und ihnen über die Höhe der Zollaufschläge für die einzelnen Waren durch Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt Aufschluss zu geben. Schon jetzt sind bei uns – und sicherlich auch bei Ihnen – zahlreiche Proteste und Vorstellungen schweizerischer Firmen gegen diese Zoller-

höhungen eingegangen. Mit deren Inkraftsetzung werden sich diese Stimmen zweifellos noch stark vermehren.

In weiten Kreisen scheint man der Ansicht zu sein, die Schweiz könne und solle diese französischen Zollerhöhungen nicht ohne energische Gegenmassnahmen hinnehmen. Ihnen ist bekannt, dass wir zu einem rechtlichen Protest keine Handhabe besitzen und dass die einzig mögliche Gegenmassnahme darin bestehen würde, den bestehenden Handelsvertrag und insbesondere die darin enthaltene Meistbegünstigung auf drei Monate zu kündigen. Da an der durch den deutsch-französischen Vertrag geschaffenen, für die Schweiz unheilvollen Situation namentlich gewisse Industrien, viel weniger aber Landwirtschaft und Gewerbe, interessiert sind, so möchten wir Sie bitten, uns so rasch wie möglich mitzuteilen, ob Ihrer Ansicht nach die Kündigung vorgenommen und die Verhandlungen unter dem Druck dieser Kündigung weitergeführt werden sollten.

Was diese Fortführung der Verhandlungen anbelangt, so haben wir unter allen Umständen ein eminentes Interesse daran, sie so rasch als möglich wieder aufzunehmen und zu beenden. Gestützt auf die bestimmte Erklärung Ihres Herrn Vizepräsidenten¹, dass er vor dem 25. d.M. nicht abkömmlich wäre, haben wir Frankreich vorgeschlagen, die Verhandlungen am 26. September in Paris wieder zu beginnen².

1. *E. Wetter.*

2. *Zur Antwort des Vororts vgl. Nr. 329.*

328

E 1004 1/306

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 13. September 1927¹

1434. Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes

Volkswirtschaftsdepartement. Mündlich

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements macht darauf aufmerksam, dass es angezeigt erscheine, die schweizer. Delegation an der diesjährigen Völkerbundsversammlung zur Abgabe einer Erklärung zu ermächtigen, wonach die Schweiz mit den Ergebnissen der letzten internationalen Wirtschaftskonferenz einverstanden sei und den von der Konferenz aufgestellten Grundsätzen² zustimme.

Der Rat ist mit der Abgabe einer solchen Erklärung einverstanden³.

1. *Abwesend: Motta.*

2. *Vgl. offiziellen Schlussbericht der Konferenz, in: E 2001 (C) 5/15.*

3. *Vgl. SdN, Journal Officiel, 1928, Nr. 5, S. 727. Vgl. auch GBer 1927, S. 467ff. – Es existieren keine Konferenzberichte der schweizerischen Delegation.*

E 7110 1/55

*Der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins
an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*¹

S Bi/M

Handelsbeziehungen mit Frankreich

Zürich, 19. September 1927

Die Umfrage, zu welcher uns Ihr Schreiben vom 5. d. Mts.² betreffend die Kündigung des Meistbegünstigungsverhältnisses mit Frankreich veranlasste, hat gezeigt, dass die durch die französischen Zollerhöhungen geschaffene Lage allgemein als unhaltbar angesehen wird. Die Schweiz muss mit Nachdruck darauf bestehen, dass in aller Bälde eine Änderung eintritt, und es ist zweifellos angezeigt, dass dies schon vor der Wiederaufnahme der Delegationsbesprechungen Frankreich mit allem Nachdruck zur Kenntnis gebracht wird. Angesichts des rigorosen Charakters der französischen Massnahmen, welche die ohnehin zu Ungunsten der Schweiz bestehende Einseitigkeit durch direkte Abdrosselungen weiter stark verschärfen, drängt sich der Gedanke an die Kündigung um so mehr auf, als diese in der handelspolitischen Praxis als keineswegs besonders ausserordentliches Mittel erscheint, um den ernstlichen Willen zu einer raschen Erzielung der Änderung der bestehenden Lage zum Ausdruck zu bringen. So wurden seinerzeit z. B. die Verhandlungen mit Italien unter den Druck der Kündigung gestellt. Immerhin ist es naheliegend und ebenfalls Übungsgemäss, in der Form der Kündigung nicht allzu schroff vorzugehen. Wir würden es der ganzen Situation vielleicht am angemessensten empfinden, wenn Frankreich in einer Note die Kündigung zwar noch nicht formell ausgesprochen, aber unmissverständlich mitgeteilt würde, dass die Schweiz sich zu diesem Schritt genötigt sehen werde, sobald die wiederbeginnenden Verhandlungen Zweifel an der festen Hoffnung aufkommen lassen würden, dass sie rasch zu einem für die Schweiz annehmbaren Ziel führen. Dieses Vorgehen, welches der Vorort als das zweckmässigste glaubt empfehlen zu sollen, wäre durchaus im Einklang mit dem Gesamtergebnis unserer Umfrage und erscheint auch taktisch richtig. Man würde sich weder irgendwie schwach zeigen noch irgendeinem berechtigten französischen Vorwurf über allzu brüskes Vorgehen aussetzen. Gleichzeitig hätte man den Vorteil, für die eigentliche Kündigung den besten Moment wählen und den Wert der Kündigung als psychologisches Druckmittel gewissermassen doppelt ausmünzen zu können, einmal im Moment der bestimmten Inaussichtstellung für den Fall nicht befriedigenden Fortgangs der Verhandlungen und sodann bei der Vornahme während der Verhandlungen selbst.

1. *Unterzeichnet von: E. Wetter, Vizepräsident, und L. Bindschedler, 1. Sekretär.*

2. *Nr. 327.*

*Der schweizerische Geschäftsträger in Paris, R. de Weck,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Paris, 21 septembre 1927

En réponse à votre dépêche du 16 courant¹, j'ai l'honneur de porter à votre connaissance que je viens d'avoir avec le Sous-Directeur d'Asie au Ministère des Affaires Etrangères une conversation sur la situation engendrée par le geste du Gouvernement persan qui a dénoncé, pour le 10 mai 1928, divers traités capitulaires conclus par la Perse avec certains Etats européens.

M. Charvériat m'a dit, tout d'abord, que la France ne ferait pas état du caractère perpétuel de son traité pour s'opposer en principe à l'abolition des capitulations, mais que, disposée à renoncer au régime capitulaire, elle s'efforcerait d'obtenir, en échange de cet abandon d'un droit strict, que rien ne soit changé au «statu quo» tant que les garanties jugées indispensables en matière judiciaire pour les Européens résidant en Perse n'auront pas été données par le Cabinet de Téhéran.

Les Persans, au dire de mon interlocuteur, sont atteints, actuellement, d'une fièvre nationaliste intense et se montrent très pressés de mettre fin à l'état de choses ancien, symbolisé par le régime des capitulations, mais ils se relèvent incapables ou du moins ne se hâtent guère de remplacer par une construction nouvelle le système qu'ils prétendent détruire. Dans ces conditions, une sage lenteur semble être de mise pour les négociateurs européens.

Mon interlocuteur m'a dit encore que les conversations se poursuivent à Téhéran entre le Chargé d'Affaires de France et le Ministre de Grande-Bretagne. Les Français tiennent beaucoup à agir là-bas en plein accord avec l'Angleterre. M. Charvériat semble croire que les Italiens ne sont pas aussi intraitables à l'égard des revendications persanes que vos informations ne l'indiquaient². Il estime que les Puissances qui ont en Perse les intérêts les plus considérables arriveront, sous peu, à se mettre d'accord pour exiger des Persans un minimum de garantie en faveur des étrangers dans l'ordre judiciaire. Cette question lui paraît primordiale. Son opinion est qu'il serait dangereux de négocier de nouveaux traités sans avoir pris de minutieuses précautions pour la période transitoire.

Sans vouloir donner de conseils au Gouvernement fédéral, le Sous-Directeur d'Asie pense que la Suisse aurait intérêt à ne pas déployer trop de hâte. L'arrangement qu'elle pourrait conclure actuellement avec la Perse en devançant les autres Etats risquerait d'être prématuré. Sans parler des difficultés qu'il serait susceptible de créer, pour l'avenir, aux grandes Puissances, il pourrait être préjudiciable aux intérêts des Suisses en Perse, lesquels se trouveraient démunis, devant une période

1. Nicht abgedruckt.

2. Vgl. dazu Nr. 318.

de transition qui peut être longue, de tout recours contre l'arbitraire des tribunaux persans³.

M. Charvériat m'a promis de me tenir informé de tout fait nouveau dont il pourrait avoir connaissance.

3. *Das Politische Departement antwortete Dunant am 1.12.1927: [...]*

Nous sommes entièrement disposés à conformer à ces vues notre ligne de conduite.

Nous venons, cependant, d'être officieusement informés que la Légation de Perse à Berne prendra sous peu l'initiative de faire auprès de nous une démarche au sujet de cette affaire. Il nous sera difficile d'opposer à ses ouvertures une fin de non-recevoir.

Nous vous serions reconnaissants, en conséquence, d'exposer officieusement à M. Charvériat la situation dans laquelle nous allons nous trouver et de tenter, pour nous permettre d'adapter notre attitude à celle des autres Puissances capitulaires en Perse, d'obtenir des renseignements aussi précis que possible sur les garanties que les Grandes Puissances se sont mises d'accord pour demander au Gouvernement Persan comme conditions de l'abrogation des capitulations en Perse, sur les démarches qui ont pu être faites dans ce sens à Téhéran et sur l'accueil qui leur a été réservé (E 2001 (C) 4/21).

331

E 2001 (C) 3/12

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den Chef der Abteilung für Auswärtiges
des Politischen Departementes, P. Dinichert*

S

Handelsvertrag [mit den Vereinigten Staaten]

Bern, 21. September 1927

Wir bestätigen Ihnen hiermit den Empfang Ihres Schreibens vom 16. crt.¹ i./S. Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit den USA. In Beantwortung desselben beehren wir uns, Ihnen folgendes mitzuteilen:

1. *Dinichert unterrichtete die Handelsabteilung am 16.9.1927, dass das Politische Departement die Auffassung des Justiz- und Polizeidepartementes teile, wonach der Handelsvertrag vom Niederlassungsvertrag zu trennen sei (E 7110 1/138). – Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, Häberlin, hatte sich in seinem Bericht an das Politische Departement vom 2.4.1927 wie folgt geäußert: [...]* Es scheint uns nicht vorteilhaft, die Bestimmungen eines Handelsvertrages und diejenigen eines Niederlassungsvertrages zusammenzuwerfen, wie der Entwurf dies tut. Das mag angehen mit Staaten, deren Verkehr mit uns wenig bedeutend ist. Bei den Vereinigten Staaten würden wir jedoch Trennung befürworten [...] Niederlassungs- und Handelsvertrag sind ihrem Wesen nach von ungleicher Dauerhaftigkeit, die Verhältnisse hinsichtlich der Niederlassung und der Konsulate sind weniger Änderungen unterworfen wie diejenigen des Handels. Das ist aber nicht der hauptsächlichste Grund unserer Stellungnahme; dieser liegt vielmehr darin, dass wir weniger unter Druck stehen, wenn Beides getrennt wird. Die Vereinigung bewirkt, dass bei Änderung in den handelsvertraglichen Verhältnissen alles in Einem gekündet wird und dass dann bei neuen Verhandlungen uns auf den Gebieten der Niederlassung und des Konsulatswesens Konzessionen verlangt werden können, im Ausgleich solcher auf dem Gebiete des Handels. Bei Trennung bleibt uns der Niederlassungsvertrag auch während der Handelsvertrag «in Reparatur» ist [...] (E 2001 (C) 3/12).

Wir teilen Ihre Auffassung, dass es vorzuziehen wäre, wenn die eigentlichen handelsvertraglichen Bestimmungen in einer besondern Übereinkunft geregelt würden. Dabei könnte, vor allem mit Rücksicht auf die amerikanische Einstellung zu solchen Abkommen, nur ein Meistbegünstigungsvertrag ohne Tarifabreden in Frage kommen. Für einen solchen Meistbegünstigungsvertrag sind unsere Vorarbeiten nahezu abgeschlossen. Wie Ihnen jedoch bekannt sein dürfte, sind wir gegenwärtig durch dringende Handelsvertragsunterhandlungen mit dem Ausland, speziell mit Frankreich, ausserordentlich in Anspruch genommen. Wir werden jedoch nicht ermangeln, sobald wie möglich in der Frage des Abschlusses eines Meistbegünstigungsvertrages, der, wie bereits betont, allein in Betracht fällt, dem Bundesrat Bericht und Antrag zu unterbreiten.

332

E 1004 1/306

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 21. September 1927¹

1486. Verhaftung auf dem Passwang

Justiz- und Polizeidepartement. Mündlich

Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes berichtet über die jüngste Verhaftung von 23 schriftenlosen Italienern im Klubhaus der Basler «Naturfreunde» auf dem Passwang durch die Solothurner Kantonspolizei. Sämtliche Angeklagten, die im Klubhaus einen «Kurs» absolvierten, wurden soeben vom Amtsgericht von Balsthal wegen Verletzung der fremdenpolizeilichen Vorschriften (unbefugtes Überschreiten der Landesgrenze) zu je 5 Jahren Landesverweisung und zu je zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Freiheitsstrafe sollen sie an die Grenze abgeschoben werden.

Es soll sich bei diesem «Kurse» auf Bergeshöhe um eine systematische Unterweisung in der kommunistischen und antifascistischen Propaganda handeln, wie schon das Interesse zeigt, das die kommunistische Partei von Basel der ganzen Angelegenheit entgegenbrachte.

Nun hat soeben der italienische Gesandte auf dem Justiz- und Polizeidepartement vorgesprochen und die Namen der ausgewiesenen Italiener zu erfahren gewünscht. Der Departementsvorsteher erklärte, er könne diesem Begehren nicht entsprechen, denn es handle sich nicht um Verbrecher.

Von diesen Mitteilungen wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

1. Abwesend: Chuard und Motta.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 26. September 1927¹

1516. Ägypten. Provisorisches Handelsabkommen

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 17. September 1927

In Übereinstimmung mit den Absichten des Bundesrates hat das Politische Departement im Jahr 1925 den Entwurf zu einem Freundschaftsvertrag mit Ägypten aufgestellt, der der Schweiz erlaubt hätte, daselbst eine offizielle Vertretung zu errichten und wie die Kapitularmächte die Konsularjurisdiktion auszuüben. Gleichzeitig mit dieser Vorlage wurde der ägyptischen Regierung der Entwurf zu einem Handelsabkommen unterbreitet, durch das sich die beiden Länder für den gegenseitigen Warenverkehr die Meistbegünstigung zusichern würden². Während der letztere Entwurf ohne weiteres die Zustimmung der ägyptischen Regierung fand, machte sie hinsichtlich der im Freundschaftsvertrag vorgesehenen Befreiung der in Ägypten ansässigen Schweizerbürger von der Gerichtsbarkeit einen Vorbehalt, indem sie sich das Recht wahren wollte, gewisse politische Verbrechen, die das ägyptische Strafrecht mit besonderer Strenge ahndet, durch die eigenen Gerichte aburteilen zu lassen. An dieser Forderung hält die nationalistische Regierung auch jetzt noch fest, sodass es zweckmässig erscheint, für den Abschluss eines Freundschaftsvertrages eine günstigere politische Konstellation abzuwarten.

Nachdem das Politische Departement anfänglich Bedenken getragen hatte, das Handelsabkommen allein abzuschliessen und der ägyptischen Regierung dadurch zu verstehen zu geben, dass die Schweiz auf den Abschluss des Freundschaftsvertrages einstweilen verzichtet, ist es nunmehr gestützt auf die Berichte des Präsidenten der schweizerischen Handelskommission in Kairo, Hrn. Ernest Trembley, zu einer gegenteiligen Auffassung gelangt.

Wie Herr Trembley mitteilt, macht sich in Ägypten gegenwärtig eine starke Bewegung für die Ersetzung des heutigen Zollregimes, gemäss welchem die Wareneinfuhr mit einigen Ausnahmen, worunter Tabak und Fabrikate daraus, einem einheitlichen Wertzoll von 8½% unterliegt, durch einen spezifischen Tarif geltend. Da die wiederholt erneuerten Handelsübereinkünfte Ägyptens mit den Kapitularmächten zum Teil bereits abgelaufen, zum Teil dem Ablauf nahe sind – die noch am längsten gültige Übereinkunft mit Italien erlischt im Jahre 1930 – wird die Regierung in absehbarer Zeit freie Hand erhalten, um den Zolltarif den Bedürfnissen des Fiskus und der nationalen Produktion anzupassen.

Es erhebt sich nun die Frage, ob mit dem Abschluss eines Handelsabkommens zugewartet werden soll, bis Ägypten die Neuordnung seines Zollregimes durchge-

1. Abwesend: Motta und Musy.

2. Vgl. Nr. 15.

führt hat, oder ob es sich empfiehlt, unsere Handelsbeziehungen mit ihm schon jetzt zu regeln. Herr Trembley macht in dieser Beziehung darauf aufmerksam, dass verschiedene Staaten, die sich in ähnlicher Lage wie die Schweiz befanden, d. h. mit Ägypten keine Verträge abgeschlossen hatten, in den letzten Jahren provisorische Abkommen nach einem einheitlichen Typ vereinbart haben. Solche Abkommen, enthaltend die Meistbegünstigungsklausel mit gewissen Ausnahmen, bestehen mit Ungarn, Litauen, Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland, der Türkei und Persien.

Falls die Schweiz ihre Handelsbeziehungen mit Ägypten zu regeln wünschte, glaubt Herr Trembley, dass sich dieses nicht weigern würde. Nach den Erklärungen des Unterstaatssekretärs im Ministerium des Auswärtigen, Waguih Pascha, könnte es sich aber für einstweilen nur um ein provisorisches Abkommen entsprechend den mit den erwähnten Ländern abgeschlossenen handeln. Von der Meistbegünstigung wären, soweit es die Einfuhr in Ägypten anbetrifft, auszunehmen Tabak in Blättern und der Verkehr mit den Nachbarländern wie Sudan und Palästina. Als Kündigungsfrist wären drei oder sechs Monate vorzusehen.

Da sich die Schweiz und Ägypten gegenwärtig de facto bereits auf dem Fusse der Meistbegünstigung behandeln, würde uns ein Handelsabkommen, mit Ausnahme etwa der Tabakfabrikate, für die Ägypten den Vertragsstaaten einen Vorzugszoll einräumt, weiter keine praktischen Vorteile bringen. Immerhin könnte es uns vor Überraschungen schützen, falls Ägypten dazu kommen sollte, noch andere Produkte aus Nichtvertragsländern differentiell zu behandeln. Unsere Einfuhr aus Ägypten, im Wert von rund 50 Millionen Fr. im Jahre 1926, besteht sozusagen ganz (49 Millionen Fr.) in Rohbaumwolle, einem notwendigen Rohstoff für die schweiz. Industrie, während in unserer Ausfuhr, im Wert von ca. 13,4 Millionen Fr. im Jahr 1926, alle unsere Hauptexportartikel vertreten sind. Das grössere Interesse an einer Regelung der Handelsbeziehungen liegt daher zweifellos auf schweizerischer Seite.

Da sich das Volkswirtschaftsdept. im Interesse unseres Exports für die möglichst beförderliche Errichtung einer offiziellen Vertretung in Ägypten ausgesprochen hat, glaubt Herr Trembley, dass die Unterhandlungen über ein Handelsabkommen zum Anlass benützt werden könnten, um eine temporäre diplomatische Mission nach Kairo zu entsenden, die ohne Schwierigkeit beliebig lang beibehalten werden könnte. Das Departement ist aber der Ansicht, dass von einer solchen Mission füglich abgesehen werden kann, da es Herrn Trembley nicht schwer fallen dürfte, das Abkommen zum Abschluss zu bringen.

Antragsgemäss wird *beschlossen*:

Das Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, durch Vermittlung des Präsidenten der schweizer. Handelskommission in Kairo, Hrn. Ernest Trembley, mit der ägyptischen Regierung ein provisorisches Handelsabkommen abzuschliessen und zu diesem Zweck Noten nach den vorgelegten Entwürfen³ auszutauschen⁴.

3. E 7110 1/131.

4. Vgl. dazu Nr. 360.

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 26. September 1927*¹

1517. Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 23. September 1927

Bekanntlich haben bereits im Juni und Juli ds. Js. in Paris Verhandlungen über den Abschluss eines schweizerisch-französischen Handelsvertrages stattgefunden. Gleichzeitig verhandelte die französische Regierung auch mit einer deutschen Delegation, was in verschiedener Beziehung für die schweizerisch-französischen Besprechungen Erschwerungen, Verzögerungen und Komplikationen brachte. Insbesondere stellte sich Frankreich auf den Standpunkt, dass Besprechungen und allfällige Abmachungen über die Zölle gewisser auch für uns äusserst wichtiger Warenkategorien für die französisch-deutschen Verhandlungen vorbehalten bleiben müssten und wir dann einfach via Meistbegünstigung die gleichen Zollzugeständnisse erhalten würden, die man Deutschland zu machen in der Lage sei. Es handelte sich dabei insbesondere um die Maschinenindustrie, Mechanik, Elektrotechnik und Chemie (inklusive Pharmazeutik und Farben). Unsere Delegierten liessen schon in jenem Zeitpunkt keinen Zweifel darüber, dass diese Gebiete auch für uns von ausserordentlicher Wichtigkeit sind und wir gezwungen seien, hier viele und selbständige Begehren zu stellen. Eine Diskussion über die einzelnen schweizerischen Forderungen war aber in jenem Momente nicht erreichbar, und die schweizerisch-französischen Besprechungen beschränkten sich auf diejenigen Warenkategorien, die nicht Gegenstand der französisch-deutschen Verhandlungen waren.

Die französisch-deutschen Besprechungen schienen zunächst zum Scheitern verurteilt zu sein, da am 30. Juni die provisorische Handelsübereinkunft zwischen den beiden Staaten abgelaufen war, ohne dass sie sich über eine neue Regelung der gegenseitigen Handelsbeziehungen hätten verständigen können. Es herrschte deshalb von diesem Zeitpunkt an zwischen den beiden Staaten ein vertragsloser Zustand, wobei man gegenseitig die Generaltarife zur Anwendung brachte. Deutschland hatte immer erklärt, nur dann zum Abschluss eines neuen Handelsabkommens bereit zu sein, wenn ihm französischerseits die volle Meistbegünstigung wenigstens de facto eingeräumt werde. Nachdem diese Forderung von der französischen Regierung lange Zeit als undiskutierbar abgelehnt worden war, trat für sie eine neue Situation ein, weil das französische Parlament es trotz aller Anstrengungen der Regierung abgelehnt hatte, noch vor den Sommerferien den Entwurf zu einem neuen Zolltarif durchzuberaten und in Kraft zu setzen. Damit war auf sehr lange Zeit hinaus die Verwirklichung des Projektes Bokanowski verunmöglicht, was die französische Regierung veranlasste, auf dem Umweg über einen

1. *Abwesend: Motta und Musy.*

Handelsvertrag mit Deutschland wenigstens einen wesentlichen Teil der von ihr seit langem beabsichtigten Erhöhungen des bisherigen Minimaltarifs zu erreichen. Sie erklärte deshalb der deutschen Regierung ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Einräumung der Meistbegünstigung, allein nicht auf der Basis der damals geltenden Minimalzölle, sondern auf der Grundlage von zunächst in beidseitigem Einverständnis festzulegenden Zollerhöhungen. Deutschland trat auf diesen Vorschlag ein und es kam schliesslich, am 17. August ds. Js., zur Unterzeichnung eines neuen deutsch-französischen Handelsvertrages, der am 6. September in Kraft getreten ist. Dieser Vertrag bringt Deutschland die seit langem angestrebte Meistbegünstigung, wobei bloss für einige wenige Positionen das Inkrafttreten der Meistbegünstigung erst auf den 15. Dezember 1928 vorgesehen ist. In einer dem Vertrag beigehefteten Liste B werden nun die Erhöhungen des Minimaltarifs festgesetzt, während in einer weniger umfangreichen Liste A diejenigen Positionen enthalten sind, für welche Deutschland die Ansätze des vor Unterzeichnung des Abkommens geltenden französischen Minimaltarifs zugesichert werden. Wenn man berücksichtigt, dass Deutschland bis zum Inkrafttreten dieses neuen Abkommens in der Regel den französischen Generaltarif, d. h. das Vierfache des Minimaltarifes, bezahlt hat und deshalb nicht nur ausserordentlich hohe Zollansätze zu übersteigen hatte, sondern gleichzeitig auf dem französischen Markt den andern ausländischen Lieferanten gegenüber sehr stark benachteiligt war, so ergibt sich ohne weiteres, dass es durch diesen Vertrag eine wesentliche Besserstellung gegenüber dem früheren Zustand erzielt hat. Die Erhöhungen des französischen Minimaltarifes konnten von Deutschland akzeptiert werden, da es ja vom Genuss desselben ausgeschlossen war und die neuen Ansätze in der Regel immerhin niedriger sind als diejenigen des früheren Generaltarifs.

Ganz anders als für Deutschland gestaltet sich nun die Lage für diejenigen Länder, die schon bisher in Frankreich den Minimaltarif beanspruchen konnten. Für sie bedeutet der Abschluss des deutsch-französischen Vertrages und die damit verbundene Erhöhung der französischen Minimalzölle eine sehr beträchtliche Verschlechterung der Ausfuhrmöglichkeiten nach Frankreich; eine Verschlechterung in doppelter Richtung: einmal die starke Erhöhung der Zölle an und für sich und sodann die Gleichstellung mit der vorher benachteiligten deutschen Konkurrenz. Für die Schweiz insbesondere ist die Verwirklichung dieser Massnahmen ausserordentlich schwerwiegend. Es handelt sich dabei, wie schon oben erwähnt, hauptsächlich um die grossen Gebiete der Maschinen, Instrumente und Apparate, der Pharmazeutik, Chemie und Farben, der Eisen- und Kupferwaren, und sodann auch der Seide und der Papiererzeugung. Nahezu die Hälfte unseres Gesamtexportes nach Frankreich wird derart von ganz plötzlich in Kraft gesetzten Zollerhöhungen betroffen, Erhöhungen, die teilweise ein Mehrfaches der vorher geltenden Ansätze betragen.

Von denjenigen Partien des Projektes Bokanowski, die vom Vertrag mit Deutschland unberührt geblieben und deshalb nicht in Kraft gesetzt worden sind, interessieren uns insbesondere die Baumwoll- und die Uhrenindustrie. Für erstere kommen die im Projekt vorgesehenen Zollherabsetzungen nicht zur Anwendung, für letztere ist die Gefahr der Anwendung der vorgesehenen Zollerhöhungen

wenigstens momentan beseitigt. Da die Ermächtigung zur vorläufigen Inkraftsetzung von Änderungen des französischen Minimaltarifs, welche das Parlament der Regierung erteilt hat, auf den 13. Oktober ds. Js. befristet ist, so können weitere Veränderungen des französischen Minimaltarifes nur erfolgen, wenn entweder vor dem soeben genannten Zeitpunkt ein Handelsvertrag mit einem andern Staate abgeschlossen werden kann, oder wenn das französische Parlament den Entwurf der Regierung in Beratung zieht und genehmigt. Beides erscheint sehr unwahrscheinlich. Jedenfalls behaupten alle Kenner der Verhältnisse, dass die Tarifrevision vom Parlament infolge der bevorstehenden Wahlkampagne unmöglich vor Ende des Jahres 1928 erledigt werden könne.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich ohne weiteres, wie verschiedenartig die Interessen der grossen schweizerischen Produktionsgruppen sich hinsichtlich der Regelung unserer Handelsbeziehungen mit Frankreich gestalten: Maschinenindustrie, Elektrotechnik, Chemie und Seidenindustrie betrachten den heutigen Zustand als absolut unhaltbar und dringen auf möglichst raschen Abschluss eines befriedigenden Handelsvertrages. Diese Gruppe wird unterstützt durch die Baumwollindustrie, die zwar von keiner Erhöhung betroffen wurde, dagegen mit Sicherheit von einem neuen Abkommen gewisse, wenn auch voraussichtlich bescheidene Reduktionen erwarten kann. In entgegengesetzter Richtung laufen die Interessen der Uhrenindustrie, die vom heutigen Zustand durchaus befriedigt ist und von einer Neuregelung mit Sicherheit nur Zollerhöhungen, d. h. eine Verschlechterung der jetzigen Ausfuhrmöglichkeiten, gewärtigen muss.

Aus den eingehenden Beratungen, die am 22. und 23. ds. Mts. im Schosse der vom Bundesrat bestellten vorbereitenden Kommission und der Unterhändler gepflogen worden sind, ergeben sich folgende Überlegungen und Richtlinien für das weitere Vorgehen:

Die Interessen der von den jüngsten Zollerhöhungen betroffenen Industrien, sowie derjenigen Produktionsgebiete, die vom Abschluss eines Handelsvertrages eine Ermässigung der heutigen Zölle erwarten dürfen, sind gegenüber den gegenteiligen Interessen, insbesondere der Uhrenindustrie, derart überwiegend, dass die Schweiz mit allem Nachdruck den baldigen Abschluss eines Handelsvertrages mit Frankreich anstreben muss. Zweck dieses Vertrages wird sein, den von den Zollerhöhungen betroffenen Industrien möglichst rasch die nötigen Erleichterungen zu verschaffen, der Baumwollindustrie zu den in Aussicht gestellten Ermässigungen der seit langem geltenden Zölle zu verhelfen und für die Uhrenindustrie und einige weniger wichtige Gebiete Ansätze festzulegen, die möglichst stark unter denjenigen des Projektes Bokanowski und möglichst nahe an den heute noch geltenden liegen. Diesem schweizerischen Bestreben wird Frankreich insbesondere hinsichtlich des ersten Punktes zweifellos grosse Schwierigkeiten bereiten. Man scheint sich nämlich seitens der französischen Regierung auf den Standpunkt stellen zu wollen, dass die Zölle für alle diejenigen Waren, die Gegenstand des deutsch-französischen Vertrages sind, ein für allemal festgelegt seien und andern Staaten gegenüber nicht weiter reduziert werden könnten. Dies wird damit begründet, dass diese Zölle schon von der deutschen Delegation teilweise weit unter die Ansätze des Tarifprojektes heruntergedrückt worden seien, dass sie das Mini-

mum dessen bedeuten, was die französische Industrie zum Schutz, namentlich vor der deutschen Konkurrenz, nötig habe und dass jede weitere Ermässigung durch das Spiel der Meistbegünstigung ohne weiteres auch der so gefürchteten deutschen Konkurrenz zugute käme. Für uns ist dieser Standpunkt unannehmbar, da er aus den oben geschilderten Gründen für die betroffene Industrie eine ausserordentliche Erschwerung, in vielen Fällen eine vollständige Unterbindung der Ausfuhr, bedeuten würde. Die schweizerische Delegation wird deshalb unter allen Umständen verlangen müssen, dass die von ihr gestellten Begehren auch dann diskutiert und in weitestem Masse berücksichtigt werden, wo es sich um Positionen handelt, die nach französischer Auffassung in der Liste B des Vertrages mit Deutschland bereits endgültig fixiert sind. Wie wichtig diese Frage für die schweizerische Wirtschaft ist, ergibt sich daraus, dass der schweizerische Export durch die Zollerhöhungen in folgendem Ausmasse betroffen würde: Maschinenindustrie 24 Millionen, Instrumente und Apparate 6 Millionen, Chemie 20 Millionen, Seide 11 Millionen, Eisen- und Kupferwaren 8 Millionen, Papier 4 Millionen. Angesichts der grossen Bedeutung dieser Ziffern wird man Frankreich zu verstehen geben müssen, dass bei der ohnehin äusserst ungünstigen Handelsbilanz in vielen Fällen die vorgenommenen Zollerhöhungen unmöglich akzeptiert werden können. Die schweizerische Delegation wird allerdings der von Frankreich befürchteten Rückwirkung allfälliger weiterer Zugeständnisse an die Schweiz auf die Konkurrenz aus Deutschland in möglichst weitgehendem Masse dadurch Rechnung tragen müssen, dass sie sich, wo es angeht, auf schweizerische Spezialitäten beschränkt. In vielen Fällen wird dies aber unmöglich sein, was mit Sicherheit zu ausserordentlichen Schwierigkeiten und hartnäckigen Diskussionen führen wird.

Es ist angesichts dieser Situation von verschiedenen schweizerischen Kreisen mit Nachdruck verlangt worden, der Bundesrat solle die von Frankreich vorgenommenen Zollerhöhungen durch sofortige Kündigung der Meistbegünstigung beantworten. Das Volkswirtschaftsdepartement hat über diese wichtige Frage die Meinungsäusserung des Vorortes des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins eingeholt². Diese geht dahin, es sei im Moment noch von einer Kündigung Umgang zu nehmen, eine solche aber gleich zu Beginn der Verhandlungen der französischen Regierung in bestimmte Aussicht zu stellen, falls diese nicht bereit sei, uns auch wesentliche Konzessionen auf den Gebieten zu machen, die im Verträge mit Deutschland geregelt sind. In Übereinstimmung mit den sämtlichen Mitgliedern der vorbereitenden Kommission möchte das Departement im Augenblick noch nicht so weit gehen. Bei der starken französischen Empfindlichkeit dürfte es kaum zweckmässig sein, die Verhandlungen gleich mit den Drucke der Kündigung zu eröffnen. Sollte aber die französische Regierung auf dem Standpunkte beharren, dass die im Verträge mit Deutschland geregelten Positionen ein noli me tangere seien und sollte darüber jede Diskussion abgelehnt werden, so bliebe in der Tat keine andere Möglichkeit als die Antwort, in diesem Falle müssten die Unterhändler dem Bundesrat die Kündigung beantragen. Das Volkswirt-

2. Vgl. Nr. 329.

schaftsdepartement ist somit der Ansicht, es sei der schweizerischen Delegation hinsichtlich dieses wichtigsten und schwierigsten Punktes die Instruktion zu erteilen, eine eingehende Diskussion der die Schweiz interessierenden Positionen des französisch-deutschen Vertrages unter allen Umständen zu verlangen und, bei den für uns wichtigen Punkten, auf den Begehren nach wesentlichen Herabsetzungen zu beharren – es betrifft dies insbesondere Strickmaschinen, Werkzeugmaschinen, gewisse Maschinenteile, dynamo-elektrische Maschinen, eine Reihe von elektrischen Instrumenten und Apparaten sowie zahlreiche Erzeugnisse der chemischen und pharmazeutischen Industrie. – So lange die französische Delegation zu Verhandlungen über diese Kategorien nicht bereit ist, soll die schweizerische Delegation auch die Diskussion über andere, vom deutsch-französischen Vertrag nicht betroffene Partien des französischen Tarifs nach Möglichkeit ablehnen und insbesondere ein Eintreten auf die französischen Wünsche zum schweizerischen Tarif verweigern. Sollte die französische Delegation eine Diskussion der schweizerischen Begehren hinsichtlich der erwähnten Produkte überhaupt grundsätzlich ablehnen, so ist hierüber in Verbindung mit der schweizerischen Gesandtschaft in Paris, unter eingehender Darlegung der Verhältnisse, ein Entschcheid des französischen Handelsministeriums, resp. der französischen Regierung, zu verlangen und, wenn auch dieser ablehnend sein sollte, sind die Verhandlungen zwecks Berichterstattung an den Bundesrat zu unterbrechen. In diesem Falle dürfte eine Kündigung kaum zu umgehen sein, was von der schweizerischen Delegation zum Ausdruck gebracht werden soll.

Die übrigen Kapitel der schweizerischen Begehren zum französischen Tarif geben dem Departement im Augenblick nur zu wenigen Bemerkungen Anlass:

Auf *landwirtschaftlichem* Gebiet dürfte eine Einigung unschwer zu erzielen sein, da die französische Regierung Deutschland gegenüber, entgegen ihrer früheren Stellungnahme, verschiedene landwirtschaftliche Zölle gebunden oder gar ermässigt hat und die bezüglich schweizerischen Begehren deshalb kaum wird ablehnen können. Was die *Textilindustrie* – mit Ausnahme der Seide – anbelangt, so wird die schweizerische Delegation nach wie vor auf grössere Ermässigungen der heutigen Zölle dringen müssen, als sie im Revisionsprojekt vorgesehen sind. In bezug auf die *Uhrenindustrie* endlich hat die französische Delegation schon im Juli auf das für uns absolut unannehmbare Prinzip der Wertzölle verzichtet und einen neuen Vorschlag auf der Basis von spezifischen Zöllen in Aussicht gestellt. Dieser Vorschlag ist gegenwärtig noch nicht im Besitz des Volkswirtschaftsdepartementes und es können Instruktionen nicht erteilt werden, bevor er eingelangt und einer gründlichen Prüfung, auch seitens der interessierten industriellen Kreise, unterzogen sein wird.

In seinen mündlichen Ausführungen fügt der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes bei, dass den Delegierten empfohlen werden sollte, bei der Geltendmachung der schweizerischen Begehren, – soweit dies unsere Interessen ertragen können – schon von Anfang an weise Mass zu halten, damit im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen der Schweiz von französischer Seite nicht der Vorwurf gemacht werden kann, sie habe ganz unannehmbare Forderungen gestellt.

Der Rat stimmt dieser Auffassung zu.

Es wird hierauf antragsgemäss *beschlossen*:

Von den vorstehenden Ausführungen wird im Sinne von Instruktionen an die schweizerischen Unterhändler, die die Verhandlungen mit Frankreich am 27. d. Mts. in Paris wieder beginnen, Kenntnis genommen.

335

E 2001 (D) 1/222

*Der schweizerische Gesandte in Warschau, H. A. von Segesser,
an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

Copie
S G/BS.

Warschau, 27. September 1927

[...]

Sonntag morgen besuchte mich der Pariser Direktor des Bankers' Trust, Herr Fischer, einer der Hauptunterhändler der amerikanischen Anleihe, um sich zu erkundigen, ob ich bereits der polnischen Regierung eine Erklärung abgegeben habe, wonach die schweizerische Finanzgruppe ihre Beteiligung von der vorherigen Ratifizierung durch Polen des Pariser Kontingentsprotokolls vom 6. Juli 1927, abhängig mache. Die Unterhändler hätten von der Schweizergruppe, gemäss Weisungen des Bundesrates, imperative Instruktionen in diesem Sinne erhalten.

Mir war bisher lediglich Auftrag erteilt worden, in Verbindung mit unsern Reklamationen wegen Nichtrespektierung von Valutasicherungsklauseln durch polnische Gerichte, mit dem eventuellen Rückzug der Schweiz von der polnischen Anleihe zu drohen, was ich zuletzt Ende Juni in einer Besprechung mit dem Vize-Ministerpräsidenten, Herrn Bartel, tat.

Betreffend eine Vinkulierung der Anleihefrage mit der Ratifizierung des Kontingentsprotokolls durch Polen, hatte ich aber nie, weder hier oder in Bern, noch in meiner Abwesenheit die Gesandtschaft, Weisungen erhalten. Ich konnte infolgedessen hier nicht ohne Weiteres auf eine blosser Mitteilung eines Delegierten des amerikanischen Bankers' Trust hin vorgehen, sondern erbat sofort telegraphisch durch das Politische Departement Weisungen¹, während Herr Fischer an die

1. Das Politische Departement unterbreitete den Inhalt dieses Telegramms vom 25.9.1927 dem Volkswirtschaftsdepartement mit Schreiben vom 26.9.1927: Nous avons l'honneur de vous faire connaître que la Légation de Suisse à Varsovie nous télégraphie ce qui suit:

«Cinq. Urgent. Concerne emprunt américain. Veuillez télégraphier si, comme affirme négociateur Fischer, groupe suisse a donné, par ordre Conseil fédéral, instructions impératives refuser notre participation si protocole contingent suisse signé juillet Paris pas ratifié avant premier octobre. J'ignore cette combinaison. Prière télégraphier si dois faire déclaration dans sens indiqué au Gouvernement polonais. Protocole pas encore ratifié. Signature emprunt est proche.»

Vous nous obligeriez beaucoup en nous faisant connaître s'il est exact que la participation de banques suisses à l'emprunt que le Gouvernement polonais cherche à contracter en Amérique dépend de la ratification de l'arrangement commercial conclu entre la Suisse et la Pologne au

Schweizergruppe telegraphierte, um sie zu veranlassen, für mich Weisungen aus Bern zu erwirken. Ihr Telegramm², mag es nun auf Intervention der Schweizergruppe oder auf meine Anfrage zurückzuführen sein, traf Montag nachmittag gleich nach drei Uhr bei mir ein.

Ich versuchte sofort sowohl den Leiter des Ministeriums des Äussern, den Vize-Ministerpräsidenten, Herrn Bartel, und den Handelsminister zu erreichen, doch ergebnislos, da überhaupt nach drei Uhr hierzulande weder Chefs noch massgebende Beamte in den Ministerien bleiben.

Ich beschränkte mich unter diesen Umständen einstweilen darauf, Herrn Fischer zu benachrichtigen, dass ich von Ihnen Weisungen erhalten und baldmöglichst vollziehen werde. Er telephonierte mir am späten Abend, dass die Delegierten in den Verhandlungen mit den Polen nun die Erklärung der Schweizergruppe abgegeben und so für meine Demarche den Weg geebnet hätten. Es wurde nachts weiter verhandelt. Jedenfalls war die Regierung schon durch das «Cabinet noir» in den Besitz Ihrer Weisungen an mich gelangt und ist infolgedessen auch von Ihrer Absicht orientiert, was nichts schadet.

Nach vergeblichem Versuche im Ministerium des Äussern oder Ministerrat heute morgen überhaupt jemand vor 11½ telephonisch zu erreichen, konnte ich mir schliesslich für heute 6 Uhr abends ein Rendez-vous beim Chef des politischen Departements des Ministeriums des Äussern sichern. Der Handelsminister wird mich Donnerstag, der Vize-Ministerpräsident, Herr Bartel, Freitag mittag empfangen. Es muss offenbar die Parole ausgegeben worden sein, mich möglichst spät zu empfangen. Ich spreche nicht vom Marschall, der (aus hier nicht zu erörternden Gründen) seit über 6 Wochen niemanden empfängt.

Unsere Beteiligung von 6 Millionen Dollars macht den zehnten Teil der Anleihe aus und stellt in Zloty ca. 54 Millionen, also einen beachtenswerten Betrag, dar. Bei meiner Rückkehr hatte mir Herr Dr. Steiner gemeldet, dass das Pariserprotokoll immer noch nicht durch den Ministerrat ratifiziert worden sei und dass Herr Sygietński sich darüber beschwere, dass die, wie Sie wissen, von polnischen Gesandten projektierten Import-Offices immer noch nicht gegründet seien, wofür die Schweiz natürlich nicht verantwortlich sein kann. Mir persönlich erklärte der Ministerialrat, dass der Dossier seit zwei Monaten beim Handelsminister liege, der noch keinen Antrag an den Ministerrat gestellt habe.

mois de juillet dernier, s'il vous paraît opportun que M. de Segesser fasse une déclaration dans ce sens au Gouvernement polonais et, le cas échéant, laquelle. /.../ (E 2001 (D) 1/222).

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes antwortete gleichentags: Im Besitze Ihrer Zuschrift vom 26. September beehren wir uns, Ihnen mitzuteilen, dass wir in der von Ihnen erwähnten Angelegenheit bereits vor Empfang Ihres Schreibens an unsere Gesandtschaft in Warschau telegraphiert haben. Wir baten sie, sich nach der endlichen Ratifikation des Protokolls über die Einfuhrkontingente zu erkundigen.

Die Banken haben den Beschluss, dass sie an dem Anleihen nicht teilnehmen, wenn dieses Protokoll nicht ratifiziert werde, aus eigener Machtvollkommenheit gefasst. Der Unterzeichnete hat übrigens den polnischen Gesandten Herrn Modzelewski schon vor einiger Zeit von diesem Entschcheid verständigt (E 2001 (D) 1/222).

2. Dieses Telegramm ist nicht auffindbar. Vgl. Anm. 1. – Zur Aktenlage der Gesandtschaft in Warschau, vgl. Nr. 188, Anm. 1.

Trotz der grossen Geldbedürftigkeit Polens muss man immerhin mit der Möglichkeit rechnen, dass es durch die Abhängigmachung der schweizerischen Beteiligung an der grossen Anleihe, von der Ratifizierung des Kontingentsprotokolls auf 1. Oktober, gekränkt, auf unsere 6 Millionen Dollars verzichtet und das Protokoll nicht ratifiziert, was sehr bedauerlich wäre. Diese Befürchtung behalte ich natürlich für mich, umsomehr, als soviel ich durch Herrn Fischer höre, die Unterhändler die Interessen der Schweizergruppe gewissenhaft verfechten und jedenfalls sich nur mit allerschwersten Bedenken dazu verstehn könnten, an dem in über einem Jahr ausserordentlich mühevoller und oft verdriesslicher Arbeit aufgebauten Anleihewerk, etwas ändern zu lassen. Wie die Sache heute steht (fast zur Unterzeichnung bereit) könnte, wenn wir nicht die vereinbarten Kontingente bekommen und infolgedessen aus dem Finanzierungskonzern der Anleihe austreten sollten, die ganze Anleihe wohl nur durch Einspringen der Amerikaner oder einer andern Gruppe mit 6 Millionen Dollars gerettet wird / *sic*/. Ob und inwiefern die Polen diese Möglichkeit in Erwägung ziehen, ist mir zur Zeit, wo ich diesen Bericht schreibe, unbekannt, werde mich aber vorsichtig zu informieren suchen.

Soeben – 15 Uhr 40 – benachrichtigt mich Herr Fischer, dass der Anleihevertrag nun soweit gediehen ist, dass die Unterzeichnung morgen erfolgen könnte. Angesichts des imperativen Auftrages der Schweizergruppe fragt er mich an, ob die Unterzeichnung erfolgen dürfe, *falls* mir von zuständiger Stelle ein *bindendes Versprechen* der rechtzeitigen Ratifizierung des Kontingentsvertrages gegeben würde. Herr Fischer teilt meine Ansicht, dass das Hinausschieben der von mir verlangten Rendez-vous polnische Manöver seien. Die amerikanischen Unterhändler wirken aber mit allen Kräften bei der Regierung dahin, dass mir die verlangte Zusicherung ungesäumt gegeben werde. Auf Herrn Fischers Drängen, habe ich mich im Sinne Ihrer telegraphischen Anfrage und Weisungen vom 26. d. M. bereit erklärt, mein Einverständnis zur Unterzeichnung des Anleihe-Vertrages auch namens der Schweizergruppe zu gestatten, *sobald mir seitens der Regierung bindende Zusicherungen für Ratifizierung und Aktivierung des Kontingentsabkommens auf 1. Oktober* gegeben werden.

Ich bedaure sehr, dass weder ich persönlich noch meine Gesandtschaft über die in Ihrem Telegramm erwähnte sachbezügliche Erklärung an Herrn Modzelewski nicht früher orientiert wurde. Es hätte dies unsere Intervention wesentlich erleichtert und derselben das Odium einer finanziellen Pression in letzter Stunde genommen.

[...]

336

E 2001 (D) 1/222

*Der schweizerische Gesandte in Warschau, H.A. von Segesser,
an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

S G/BS.

Warschau, 29. September 1927

Ich bestätige meinen Brief¹ und Telegramm vom 27. September² über den damaligen Stand der Verhandlungen der amerikanischen Anleihe und beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich gestern und bis heute ohne Nachrichten vom Ministerium des Äussern geblieben bin. Dagegen meldete mir gestern 23 Uhr Herr Fischer, dass in einer gemeinsamen Sitzung zwischen den Delegierten und den Regierungsvertretern, welche um 7½ Uhr begonnen hatte, ernste Schwierigkeiten entstanden seien und dass infolgedessen die Verhandlungen der Delegierten, wie auch die meinigen, keineswegs erleichtert würden. Wie ich schon auf anderm Wege vernommen hatte, ist die ganze Anleihefrage in der Tat wieder dadurch festgefahren, dass die Polen in Überschätzung ihres Kredites im Auslande, den von den Geldgebern in Aussicht genommenen Emissionskurs als zu gering betrachten. Marschall Pilsudski muss deshalb dieser Ablehnung des vorgesehenen Kurses zugestimmt haben. Heute früh suchte ich im Hotel Herrn Fischer auf, bei welchem ich den Amerikaner Denis traf. Beide Herren waren äusserst nervös und deprimiert wegen den geradezu unbegreiflichen Verhandlungsmethoden der Polen. Sie schienen sogar einen scheiternden Ausgang der Verhandlungen nicht für unmöglich zu halten. Auf jeden Fall sei in der heutigen Lage nicht daran zu denken, dass man vor etwa Mitte nächster Woche sich soweit einigen könne, dass die schon oft angesagte Unterzeichnung des Anleihevertrages vollzogen werden könne.

Als Herr Denis das Zimmer verlassen hatte, sagte mir Herr Fischer «rein persönlich», die heutige Lage schaffe der Schweiz eine ausgezeichnete Gelegenheit aus der Anleihekombination auszutreten, da bei der langsamen Arbeitsweise, die hier üblich ist, die Ratifizierung des Kontingentsabkommens Polens kaum auf 1. Oktober zu Stande kommen würde. Trotz dem persönlichen Charakter dieser Äusserung, glaube ich, dass Herr Fischer sich zu derselben zum grossen Teil als Vertreter der amerikanischen Gruppe fühlte, welche die imperativen Weisungen der schweizerischen Gruppe betreffend des «Junctim» zwischen Ratifizierung des Pariser Protokolls und der Beteiligung der Schweizergruppe, in grosse Verlegenheit gebracht ist [*sic*].

Nach reiflichen Erwägungen würde ich es als nicht in unsern Interessen liegend betrachten, wegen ein oder einigen Tagen Verspätung in der Ratifizierung des Pariser Protokolls aus der Anleihekombination auszutreten. Mit dem schweizerischen Austritt wäre jedenfalls das Schicksal des Pariser Protokolls endgültig besiegelt. Die öffentliche Meinung Polens würde derart aufgebracht, dass dieser

1. Nr. 335.

2. Nicht abgedruckt.

Schritt unsern Export in diesem Land geradezu lahm legen würde. Was dies zu bedeuten hätte, geht schon daraus hervor, dass für die Periode Januar-August 1927 einer polnischen Einfuhr in die Schweiz von 18,4 Millionen, eine Schweizerausfuhr von 20,4 Millionen entgegensteht. Unser Import hat sich somit seit 1926 ganz wesentlich gebessert und hat sogar einen Aktivüberschuss zu Gunsten der Schweiz ergeben. [Im] Handelsministerium, wo Herr Ministerialrat Sygietiński als Chef des Einfuhrwesens mächtiger ist denn je, dürften Einfuhrbewilligungen für Schweizerwaren im Falle eines Bruches immer schwieriger erhältlich sein.

Heute um 1 Uhr hatte ich nun eine längere Konferenz mit Herrn Handelsminister Kwiatkowski und Vize-Minister Dolezal. Die Kombination zwischen Pariser Protokoll und Anleihe kam nur beiläufig zur Sprache, weil ich es für inopportun erachtete, die Erörterungen gerade mit diesem heiklen Punkte zu beginnen. Die mir bereits durch das Ministerium des Äussern und die amerikanischen Delegierten angekündigte Sitzung der Kontingentskommission für das Pariser Protokoll, ist erst auf morgen Freitag Abend einberufen. Ein Mitglied derselben äusserte sich heute mir gegenüber sehr optimistisch und meinte, dass die Genehmigung der Liste, welche den Mitgliedern bereits zum Studium mitgeteilt wurde, 99% Chancen hätte. Herr Kwiatkowski dagegen erklärte, dass das Ministerium aus *wirtschaftlichen* Gründen, d. h. Bedürfnissen des polnischen Marktes und wegen der Sorge um die Balancierung der Handelsbilanz, der Kommission Streichungen oder Reduktionen auf den sogenannten Luxuswaren (d. h. den grössten Teil der Liste) empfehlen müsse. Ich verwahrte mich, unter dem Hinweis darauf, dass bei den Pariser Verhandlungen der Vertreter des Handelsministeriums die im Protokoll festgesetzten Kontingente anstandslos bewilligt hätte. [...] Herr Kwiatkowski betonte, dass sich das Ministerium durch rein wirtschaftliche Motive leiten lasse und fügte bei, dass, wenn das Ministerium des Äussern oder der Finanzen (welches die Anleiheverhandlungen leitet) von ihm aus *politischen* Gründen das Stehenlassen oder die Nichtreduktion einzelner Positionen dringend verlange, er einem solchen Drucke nachgeben müsste. Nach seiner Auffassung müsste die Bereinigung der Liste der Vorlage derselben an den Wirtschaftsausschuss des Ministerrates vorgehen. Es liegt auf der Hand, dass ein derartiges Verfahren die Liquidierung der Angelegenheit ausserordentlich erschweren und verlangsamen würde. Ich entschloss mich deshalb, mich dafür zu verwenden, dass der angedeutete Druck auf das Handelsministerium morgen, vor der Zusammenkunft der Kontingentskommission ausgeübt wird. Ich habe deshalb für morgen vormittag Rendezvous beim politischen Direktor des Ministeriums des Äussern und für 12 Uhr ein solches beim Vize-Minister Bartel genommen, in der Hoffnung, auf diese Weise die ganze Liste durchzubringen.

Da, wie bereits angedeutet, die allgemeinen Anleiheverhandlungen wieder ins Stocken geraten sind, würde ich es aus schon angeführten Gründen als inopportun erachten, wenn, falls das Pariser Protokoll nicht bis 1. Oktober genehmigt ist, die Schweizergruppe aus der Anleihe ausscheiden würde. Ich habe sie deshalb in meinem heutigen Telegramm³ gebeten mich zu ermächtigen, parallel mit dem

3. Nicht abgedruckt.

Stand der Hauptverhandlungen die kurzfristige Hinausschiebung des Ratifizierungstermins für das Protokoll zu gestatten⁴.

Der Vollständigkeit halber füge ich bei, dass der Minister mir sagte, dass die Schweiz mit oder ohne Anleihe, jedenfalls einen Teil der Pariser Kontingentsliste erhalten würde. Ich lege dieser Äusserung nur insofern Bedeutung bei, als sie vielleicht der Ausdruck des Wunsches Polens ist, eine Formel zu finden, um den Eindruck zu vermeiden, in letzter Stunde einem Drucke nachzugeben. Ich weiss durch die amerikanischen Unterhändler, dass dieser Druck, so verständlich er von unserm Standpunkt aus sein mag, hier sehr übel aufgefasst worden ist, und man kann von Glück sprechen, dass die Zeitungen bisher darüber schwiegen. Die der Regierung nahe stehenden Blätter haben die gestrigen Stockungen der Verhandlungen wegen des Emissionskurses zu ziemlich unhöflichen Ausfällen gegen die internationale Finanz benützt.

4. *Das Politische Departement telegraphierte darauf im Auftrag des Volkswirtschaftsdepartementes der schweizerischen Gesandtschaft in Warschau am 30. 9. 1927: [...]* Dringet entschieden auf Ratifikation Pariserabkommen. Mit Hinausschiebung Termins um einige Tage nötigenfalls einverstanden. Haben gegen Beteiligung Schweizerbanken nichts einzuwenden. Ohne Ratifikation Pariserabkommens könnten diese wegen öffentlicher Meinung nicht mitmachen. Überdies wären dann Handelsbeziehungen schwierig (E 2001 (D) 1/222).

337

E 2001 (C) 3/12

*Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, H. Häberlin,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Bern, 30. September 1927

Im Besitze Ihres Briefes vom 16. September 1927¹ beehren wir uns Ihnen mitzuteilen, dass wir die darin enthaltenen Vorschläge geprüft haben und in Bälde in der Lage sein würden, Ihnen unsere Bemerkungen dazu zu übermitteln. Bevor wir dies jedoch tun, möchten wir die Frage der Methode des weiteren Vorgehens zur Diskussion stellen. Es scheint uns, dass wir zuallererst wissen sollten, ob das Volkswirtschaftsdepartement sich mit dem Vorschlage, 2 getrennte Verträge auszuarbeiten, einen betreffend Niederlassung, den andern betreffend Handelsfragen, einverstanden erklärt². Sodann schiene es uns angezeigt, trotz des Drängens der amerikanischen Instanzen die von unserer Gesandtschaft eingeforderten Berichte wenn irgend möglich abzuwarten. Und endlich fragen wir uns, ob man nicht den Amerikanern besser mit schweizerischen Entwürfen aufwarten sollte, statt auf der Basis des von Ihnen vorgelegten Projektes zu verhandeln. Unsere Stellung

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Vgl. dazu Nr. 331.*

würde dadurch eher erleichtert. Zudem fällt uns aber auf, dass der Entwurf Dinge enthält, die offenbar gar nicht auf unsere Verhältnisse passen. Wir vermuten, dass es sich um einen amerikanischen Typusentwurf handelt, auf Grund dessen mit allen möglichen Staaten verhandelt wird. Ist dies richtig, so wäre es einfacher und zweckdienlicher, auf Grund eines schweizerischen Entwurfes jene Punkte zur Diskussion zu stellen, welche uns direkt interessieren, ohne erst solche ausmerzen zu müssen, die lediglich auf Grund des Typus zur Diskussion gestellt sind.

Wir gewärtigen gerne Ihre Stellungnahme zu den obigen Äusserungen³.

3. Vgl. Nr. 340.

338

E 1004 1/306

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 4. Oktober 1927¹

1559. Mesures prises pour esquiver les droits de douane ordonnés par le Gouvernement de Nankin

Département politique. Proposition du 3 octobre 1927

Au courant de cet été, le Département Politique avait été informé que l'on s'attendait, à Shanghai, à ce que le Gouvernement de Nankin, formé par les Généraux qui ont succédé à Chang-Kai-Chek et qui contrôle une partie des ports de la Chine du Sud, cherchât à se procurer des ressources par une majoration des droits de douane. Cette éventualité fit l'objet d'une délibération du Corps consulaire de Shanghai, qui exprima, le 27 juillet, par un télégramme adressé au doyen du Corps diplomatique à Pékin, l'avis que, le cas échéant, les Consuls étrangers devraient prendre des mesures pour assurer le débarquement, dans les concessions étrangères, des marchandises frappées de droits contraires aux traités, en se passant du concours de la douane chinoise et en encaissant eux-mêmes, pour le compte de la Chine, les droits de douane prévus contractuellement. Cette procédure qui, dans la pratique internationale européenne, aurait quelque chose d'inouï, semble n'être pas sans précédent en Chine. Elle aurait déjà été employée au XIX^{ème} siècle, dans des circonstances analogues, et certaines puissances maritimes l'utiliseraient depuis quelques mois pour éviter le paiement de droits de tonnage majorés contrairement aux traités en vigueur.

Par télégramme du 16 septembre², le Consulat général de Suisse à Shanghai a fait connaître au Département Politique que le Gouvernement de Nankin avait résolu de frapper les vins et spiritueux, qui sont soumis déjà à un droit ad valorem de 12½%, d'une taxe supplémentaire de 30% et que les Consuls d'un certain nombre de puissances, notamment de la France, de la Grande-Bretagne et de l'Italie,

1. *Abwesend: Haab, Musy und Häberlin.*

2. E 2001 (C) 1/18.

assuraient le débarquement des vins et spiritueux consignés à l'adresse de leurs ressortissants dans la Chine du Sud sans le concours de la douane chinoise, moyennant paiement en leurs mains des droits légaux. Le Consulat général de Suisse demande l'autorisation de prendre des mesures analogues en faveur des maisons suisses qui font le commerce des vins et spiritueux.

Bien que les exportations de vins et spiritueux de Suisse en Chine soient très minimes (environ 13'000 fr. en 1926), cette majoration n'est pas sans inconvénient pour nos intérêts, en raison du fait que l'une des plus importantes maisons faisant le commerce des vins et spiritueux à Shanghai est la maison Hirsbrunner et Cie, de nationalité suisse. D'autres négociants suisses en Chine paraissent également se livrer à ce genre de commerce. Il est évident que ce genre de négoce deviendrait impossible si les vins et spiritueux consignés à des maisons suisses doivent acquitter une taxe illégale de 30% ad valorem, que les mêmes marchandises expédiées aux concurrents britanniques, français ou italiens de nos ressortissants n'ont pas à acquitter. Il y aurait des avantages d'ordre pratique à autoriser le Consulat général de Suisse à Shanghai à s'associer aux mesures prises par plusieurs grandes puissances pour soustraire leurs ressortissants au paiement d'une lourde taxe, réclamée contrairement aux traités en vigueur. La majoration de taxes dont il s'agit étant édictée par un Gouvernement irrégulier et ayant manifestement pour but de permettre à celui-ci de poursuivre les hostilités contre le Gouvernement de Pékin, seul reconnu par les puissances, les Etats auxquels la Chine est liée en matière commerciale, soit par un traité à tarif, soit par la clause de la nation la plus favorisée, sont fondés à en empêcher l'application à leurs ressortissants en employant la méthode déjà utilisée par le passé, de l'encaissement des droits de douane par leurs Consulats.

Si les mesures prises à cet égard étaient adoptées par tous les autres Etats intéressés, il semble que la Suisse pourrait s'y associer sans scrupule. Le fait que le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique a renoncé à imiter ces mesures engage, cependant, à examiner de très près ce problème délicat. La Légation de Suisse à Berlin a été chargée, en conséquence, de connaître l'avis du Gouvernement allemand, dont la situation est, sur ce point, analogue à la nôtre. Les démarches faites par M. Rüfenacht ont établi que le Gouvernement allemand est encore hésitant sur la conduite à adopter. Il n'exclut pas, cependant, la possibilité de conformer sa politique à celle de la majorité des autres puissances. M. Rüfenacht a été invité par l'Office des Affaires étrangères à lui faire connaître le plus tôt possible, la décision du Conseil fédéral au sujet de cette affaire.

Quelques hésitations que le Département politique éprouve à ce que la Suisse se fasse elle-même justice en Chine, il a l'impression qu'elle ne courrait pas grand risque à conformer son attitude à celle de la majorité des puissances. L'abstention des Etats-Unis d'Amérique répond, soit à des motifs politiques intérieurs basés sur la prohibition de l'alcool, soit à un programme politique en Chine, auquel la Suisse peut difficilement songer à s'associer. Il semble peu probable qu'un excès de réserve de sa part, qui aurait des conséquences dommageables pour les commerçants suisses en Chine, puisse être contrebalancé, plus tard, par des avantages appréciables.

Il est en conséquence *décidé* d'autoriser le Consulat général de Suisse à Shanghai à prendre des mesures analogues à celles auxquelles se sont résolues la majorité des Puissances pour soustraire les vins et spiritueux consignés à l'adresse de leurs ressortissants à la perception de droits de douane illégaux³.

3. *Vgl. dazu* GBer 1927, S. 490.

339

E 7110 1/115

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den spanischen Gesandten in Bern, M. López-Roberts y Terry*

Kopie
S MM.

Berne, 6 octobre 1927

Répondant à ma lettre du 15 juillet dernier, vous avez bien voulu me faire savoir, en date du 26 août¹, que votre Gouvernement ne peut offrir, quant au futur régime douanier qui serait appliqué aux marchandises suisses énumérées dans l'annexe B de la Convention de commerce conclue entre la Suisse et l'Espagne, le 15 mai 1922, que la seule garantie que ces marchandises ne seront pas soumises à un traitement moins favorable que celui accordé par l'Espagne aux marchandises analogues de la nation la plus favorisée. Serait exclu de ce traitement le régime que l'Espagne applique ou pourrait appliquer au Portugal, aux Républiques hispano-américaines et à la zone espagnole du Maroc. Le Gouvernement espagnol se réserve, en outre, de n'accorder le traitement de la nation la plus favorisée à la Suisse que si le régime appliqué par celle-ci aux marchandises espagnoles lui paraît justifier une telle mesure.

La Suisse ne serait donc plus traitée, à l'avenir, que sur le pied de la nation la plus favorisée, pour ceux de ses produits qui bénéficient actuellement de taux conventionnels réduits. Et encore ce régime comporterait-il les restrictions mentionnées ci-dessus. D'après le décret-loi n° 1333, du 20 juillet 1927, toutes les stipulations concernant les droits espagnols doivent être remplacées par la clause du traitement de la nation la plus favorisée, clause qui comporte l'application du tarif dit conventionnel (tarif minimum, correspondant à la deuxième colonne du tarif actuel). Comme, aux termes du même décret, le tarif minimum ne peut pas être réduit par traités, l'octroi de la clause de la nation la plus favorisée équivaldrait, en réalité, à l'application d'un tarif minimum que le Gouvernement espagnol serait libre de modifier, faute de stipulations conventionnelles, et qui ne comprendrait pas de concessions proprement dites. La Suisse courrait ainsi le risque de voir diverses de ses marchandises complètement ou presque complètement exclues du marché espagnol, par la fixation de droits prohibitifs.

1. *Nicht abgedruckt.*

D'autre part, la Suisse continuant à accorder le traitement de la nation la plus favorisée à l'Espagne, la plus grande partie des importations espagnoles en Suisse resteraient au bénéfice des droits réduits concédés par celle-ci à d'autres Etats, droits qu'elle ne peut pas modifier unilatéralement. Comme la plupart des produits pour lesquels le marché suisse offre un débouché important à l'Espagne – par exemple le vin, les fruits du Midi, etc. – sont également exportés par d'autres Etats concluant généralement des traités à tarifs, l'Espagne aurait l'assurance que ses principaux articles d'exportation pourraient toujours être importés en Suisse dans des conditions favorables à leur écoulement.

Il y aurait, dès lors, entre le traitement appliqué aux marchandises suisses en Espagne et le traitement appliqué aux marchandises espagnoles en Suisse, une inégalité qui serait en opposition par trop évidente avec le principe «do ut des», devant servir de base au règlement équitable des relations commerciales entre deux pays. Tant les milieux économiques suisses que le Gouvernement fédéral se refusent à croire qu'il soit réellement dans l'intention du Gouvernement espagnol de demander à la Suisse d'accepter une telle inégalité de traitement, qui, d'ailleurs, serait aussi nettement contraire à l'esprit des résolutions adoptées ce printemps, en matière de politique commerciale, par la Conférence économique internationale de Genève.

Aussi ai-je été chargé par le Conseil fédéral de vous demander de vouloir bien attirer l'attention de votre Gouvernement sur la situation exposée ci-dessus. Le Conseil fédéral se plaît à espérer qu'un nouvel examen de la question convaincra le Gouvernement espagnol de la nécessité de modifier sa proposition tendant à la révision de la Convention de commerce hispano-suisse de 1922².

2. Zur spanischen Antwort vgl. Nr. 359.

340

E 2001 (C) 3/12

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, H. Häberlin*

S NV.

Berne, 7 octobre 1927

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre lettre du 30 septembre¹ et nous vous en remercions vivement.

Le Département fédéral de l'Economie publique nous a fait connaître qu'il se ralliait entièrement à votre opinion qu'il serait opportun de proposer au Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique la conclusion de deux accords distincts, l'un, pour le commerce et, l'autre, touchant la protection juridique des ressortissants

1. Nr. 337.

de chacun des deux Etats établis sur le territoire de l'autre et le statut des consuls, au lieu de réunir, comme le fait le traité américano-suisse de 1855² et le projet³ qui nous a été remis l'automne dernier, ces stipulations très diverses dans un traité d'amitié, de commerce et consulaire.

Nous sommes prêts à faire à la Légation des Etats-Unis à Berne une proposition dans ce sens. Mais, pour éviter de donner l'impression que nous cherchons à gagner du temps, nous préfererions ne la formuler qu'en remettant simultanément un projet de traité d'amitié, de protection juridique et consulaire qui sera encore à établir.

Nous partageons votre avis que nous avons pleine liberté de rédiger ce projet comme nous l'entendons et que nous pourrions fort bien, en principe, opposer un projet-type suisse au projet-type américain. Il nous semble cependant que, pour ne pas accentuer à l'excès les divergences fondamentales existant entre les conceptions suisses et américaines, nous devrions nous efforcer de reprendre, dans le projet américain, les stipulations qui apparaissent comme acceptables et nous accommoder, dans la mesure où nous pouvons le faire sans de sérieux inconvénients, d'une phraséologie qui semble répondre à certaines tendances de la politique américaine.

C'est ce que nous avons essayé de faire en conservant certains articles du projet américain sous réserve des amendements rédactionnels indispensables et en vous proposant d'en remplacer d'autres par des rédactions entièrement nouvelles. Il va de soi, cependant, que nous sommes tout disposés à examiner de plus amples modifications encore sur les points que vous nous signaleriez.

Nous ne serions nullement opposés, d'autre part, à un remaniement du plan même de l'accord projeté (répartition de l'article premier en plusieurs articles distincts, etc.) dans la mesure où cette opération pourrait se faire sans donner au Gouvernement américain l'impression que nous nous sommes délibérément refusés à tenir compte de ses premières propositions.

2. Am 30.4.1855 stimmte der Bundesrat den Abänderungen zum Vertrag mit den Vereinigten Staaten vom 23.12.1850 zu. Vgl. BBl 1855, II, S. 19ff.

3. Nicht abgedruckt.

341

E 7110 1/64

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

S

Paris, 10. Oktober 1927

Als wir am Samstag Abend die Sitzung mit der französischen Delegation verliessen, hatten wir eigentlich alle das Gefühl, es habe kaum einen Sinn, noch länger hier zu bleiben. Mit Bezug auf das ganze, an jenem Tage zur Diskussion ste-

hende grosse und wichtige Gebiet der Elektrotechnik haben uns nämlich die Franzosen erklärt, dass irgendwelche Reduktion der Deutschland zugestandenen Zölle vollständig ausgeschlossen sei. Als wir nachdrücklich insistierten, wurde die Diskussion sofort, zum ersten Mal in dieser Verhandlungsetappe, lebhaft und unangenehm. Über Details werde ich mündlich berichten.

Die Sitzungen von Donnerstag und Freitag führten zu einer Auseinandersetzung über die Maschinenzölle. Serruys hat es wiederum abgelehnt, bestimmte zahlenmässige Vorschläge zu machen, dagegen durch einen Fachexperten alle möglichen mehr technischen Angaben über die Bedeutung der französischen Maschinenindustrie, die Höhe der Zollbelastung etc., machen lassen, um dann schlussendlich zu erklären, so wie die schweizerischen Forderungen gestellt seien, liesse sich nichts machen, da die Rückwirkung auf die deutsche Konkurrenz viel zu stark und für Frankreich viel zu gefährlich wäre. Er verlangte auf der ganzen Linie eine weitere Spezifikation der schweizerischen Forderungen, d. h. Beschränkung auf gewisse Typen und gewisse Gewichtskategorien. Wir wiesen darauf hin, dass wir unsere neue Begehrenliste ja gerade nach diesem Gesichtspunkte aufgestellt hätten und uns eine weitere Spezialisierung in vielen Fällen kaum möglich erscheine. Immerhin haben wir sofort Herrn Cattani, den Sekretär des Vereins schweizerischer Maschinen-Industrieller, kommen lassen, und er wird heute und in den nächsten Tagen mit den französischen Experten die Möglichkeit einer weiteren Spezialisierung einlässlich prüfen. Ich habe den Eindruck, dass auf dem Gebiet der Maschinen vielleicht doch noch gewisse nicht zu unterschätzende Konzessionen in Einzelfällen zu erreichen sind, während, wie oben gesagt, für die Elektrotechnik kaum irgendetwas erlangt werden kann. Morgen besprechen wir nun noch die Chemie und nachher wird sich ein ziemlich vollständiges Bild über die Lage gewinnen lassen. Nach den absolut negativen Erklärungen für die Elektrotechnik haben wir alle die Überzeugung, dass die Anwendung des äussersten Druckes, d. h. die Kündigung der Meistbegünstigung, nicht zu vermeiden sein wird. Wir gedenken, hier am Donnerstag abzureisen, während die Spezialbesprechungen für die Maschinenindustrie, an denen ausser Herr Cattani nur noch Herr Dr. Bindschedler, eventuell für einige Tage auch Herr Dr. Wetter, teilnehmen wird, fort dauern.

Der Gesamteindruck ist also durchaus ungünstig, das Resultat so, wie wir es erwartet hatten. Einmal mehr haben wir die Erfahrung gemacht, dass man sich äusserst entgegenkommend zeigt, so lange es sich um schöne Worte handelt, und dass man sofort gereizt wird, wenn man die Realisierung dieser schönen Worte verlangt. Die weitschweifigen Ausführungen von Serruys in den letzten Tagen lassen sich eigentlich in den Satz zusammenfassen: Wir haben der Schweiz jetzt unsern guten Willen bewiesen, indem wir ihr zeigten, weshalb wir diese Zölle haben müssen, und es ist nun Sache der schweizerischen Delegation, daheim nachzuweisen, dass man Frankreich zu Unrecht Vorwürfe macht! Diese Mentalität wird jedenfalls nur dann einigermaßen geändert werden können, wenn man sich in Paris darüber Rechenschaft gibt, dass ohne Entgegenkommen der immerhin sehr bedeutungsvolle Export nach der Schweiz ernsthaft gefährdet wird.

*Der schweizerische Gesandte in Warschau, H. A. von Segesser,
an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

Kopie
S G/BS.

Warschau, 12. Oktober 1927

Die Anleihe galt einige Tage als so gut wie begraben, als die New Yorker Finanzgruppe nach Kenntnisnahme der Berichte ihrer Delegierten in Warschau, ihnen Vollmacht gab, von sich aus, unter Berücksichtigung der Lage und Mentalität in Polen, neue Vorschläge der polnischen Regierung zu unterbreiten. Die Herren Fischer und Monnet arbeiteten infolgedessen eine neue Kombination, auf Grund eines Emissionskurses von 92 und Garantie auf den Zolleinnahmen der Republik aus, welche sie Samstag überraschend den Polen unterbreiteten. Diese nahmen den Vorschlag glatt an, da er die Prestige des Landes wahrt und nicht zuletzt dem Marschall Pilsudski eine neue Aureole als «Retter des Vaterlandes» und, gegenüber den Linksparteien und dem kleinen Volke, als Besieger des «fremden Kapitalismus» gibt.

New York erbat sich Sonntag nachmittag zwei Tage Zeit um *[über]* den Vorschlag Fischer-Monnet, über welchen man einstweilen nur mit Polen, nicht aber mit den Anleihegebern einig geworden war, Kalkulationen zu machen und mit den europäischen Finanzgruppen Fühlung zu nehmen.

Gestern traf nun aus New York (direkt bei den Delegierten) die Zustimmung der europäischen Gruppen ein, so dass gestern abend alle materiellen Schwierigkeiten beseitigt waren. Der Ministerrat genehmigte spät abends den Vertrag, unmittelbar nachher ratifizierte auch sein Wirtschaftsausschuss unser Pariser-Kontingentsabkommen vom 5. Juli 1927 ohne Veränderungen und mit Rückwirkung auf 1. Oktober. Heute 9 Uhr früh benachrichtigte mich Herr Fischer davon und kündigte mir eine Bestätigung durch das Handelsministerium an.

Diese traf tatsächlich heute zuerst 11 Uhr 15 telephonisch durch Vize-Handelsminister Dolezal und 11 Uhr 30 durch den Chef der Direction d'Occident des Aussenministeriums, Herrn Thadée Romer, ein. Letzterer stellte mir für morgen eine schriftliche Bestätigung in Aussicht. Infolgedessen benachrichtigte ich Sie sofort telegraphisch und teilte Herrn Fischer mit, dass angesichts der Ratifizierung des Pariser-Kontingentsabkommens, der Vorbehalt der Schweizerbanken gegenstandslos geworden sei und dass ich infolgedessen gegen die Unterzeichnung des Anleihevertrages keinen Einspruch mehr erhebe. Diese erfolgt nun heute.

Ich bin glücklich, Ihnen die endliche Erledigung dieser beiden für die Zukunft Polens und unsern Export nach diesem Lande so wichtigen Angelegenheiten melden zu können, und behalte mir vor, darauf zurückzukommen, sobald ich im Besitze der Bestätigungsnote betreffend Ratifizierung des Kontingentsabkommens, sowie des Anleihevertrages, sein werde¹.

¹ Von Segesser bestätigte am 13.10.1927 dem Politischen Departement, dass ihm die erwähnte Note überreicht worden sei (E 2001 (D) 1/222).

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 13. Oktober 1927¹*1605. Internationale Konferenz über die Abschaffung
der Ein- und Ausfuhrverbote und Beschränkungen

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 6. Oktober 1927

I.

Am 17. Oktober 1927 tritt in Genf eine internationale Konferenz zusammen, die sich mit der Abschaffung der Verbote und Beschränkungen, die die Ein- und Ausfuhr von Waren betreffen, beschäftigen soll. Der Bundesrat hat bereits beschlossen, an der Konferenz teilzunehmen und als einzigen Delegierten der Schweiz Herrn Direktor W. Stucki bezeichnen.

Nachstehend wird über die Konferenz Bericht erstattet und Anträge für die Instruktionen an den Delegierten gestellt. Dabei verweist das Volkswirtschaftsdepartement, was die bisherigen Vorgänge betrifft, auf ein Exposé, das als Beilage I vorgelegt ist.

II.

Zur Vorlage selbst übergehend verweist das Volkswirtschaftsdepartement zunächst auf die vorgelegte gedruckte Beilage, die den Gegenstand der Beratungen bildet, und auf die derselben beigegebenen näheren Erklärungen².

Der Zweck des angestrebten Staatsvertrages ist die Abschaffung der noch bestehenden Verbote und Einschränkungen, die sich auf den Warenverkehr beziehen, unter Vorbehalt bestimmter Ausnahmen. Die Schweiz hat in ihren neuesten Handelsverträgen Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen, wiederum unter Vorbehalt der bekannten Ausnahmen, die in Art. 4 der Vorlage behandelt sind, wegbedungen, und es bestehen bei uns eigentlich keine solchen Massnahmen mehr, wenn man die Regelung der Käseausfuhr als eine einem Monopol vergleichbare Massregel betrachtet. Das Departement hat auch keineswegs die Absicht, in Zukunft auf das System der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, die in einer gewissen Periode der Nachkriegszeit unumgänglich notwendig waren, zurückzugreifen, und keine wirtschaftliche Gruppe hat dies im Parlament oder in der öffentlichen Diskussion je verlangt.

Steht also die Schweiz grundsätzlich auf dem Boden der Freiheit des Warenverkehrs und hat sie diese in einer ganzen Reihe von Handelsverträgen ausdrücklich anerkannt und sanktioniert, so ist es offenbar wieder etwas anderes, eine Konvention über diesen Gegenstand zu schliessen, die unabhängig ist von andern wirtschaftlichen Abmachungen, eine Konvention, in der nicht ein bestimmter Gegen-

1. Abwesend: Motta, Haab und Scheurer.

2. Beilagen nicht ermittelt.

kontrahent auftritt, die vielmehr eine unbekannte Gruppe von Staaten umfassen wird, und über deren Zahl das Departement kein Urteil haben kann. Die Freiheit des Warenverkehrs ist es bereit demjenigen zuzugestehen, der sie der Schweiz einräumt, der aber zugleich durch einen Handelsvertrag ihr weitere erträgliche Bedingungen bietet. Soll die Schweiz sich ganz unabhängig von allen andern wirtschaftlichen Abmachungen verpflichten, von vorneherein auf Ein- und Ausfuhrverbote oder -beschränkungen zu verzichten, wenn ihr auf der andern Seite nichts geboten wird als der gleiche Verzicht, der aber unter Umständen durch Zollmassregeln wieder illusorisch gemacht werden kann? Gegenüber diesen Erwägungen lässt sich ausführen, dass die Schweiz bereits, sogar tatsächlich, auf Massregeln dieser Art verzichtet hat und dass dieser Verzicht zufolge der Meistbegünstigungsklausel auch denjenigen Staaten zugute kommt, die mit ihr keine Tarifverträge abgeschlossen haben. So, kann gesagt werden, bringe die ganze Konvention für die Schweiz eigentlich nichts Neues und es dürfe ihr unbedenklich beigegeben werden.

Andererseits muss aber doch auch hervorgehoben werden, dass der Beitritt zu dieser Konvention uns wohl wenig greifbaren Vorteil bringen wird, wenn auch nicht zu leugnen ist, dass vielleicht einige der Staaten, die heute noch Verbote oder Beschränkungen des Warenverkehrs aufrechterhalten, beitreten, und somit auf ihre Massregeln verzichten werden.

Das Volkswirtschaftsdepartement glaubt, dass es im Hinblick auf die Beratungen der Wirtschaftskonferenz von Genf und mit Rücksicht auf gewisse Stimmungen im Lande selbst, namentlich aber in Beziehung auf die Auffassungen, die international in letzter Zeit die Oberhand gewonnen haben, nicht angehe, wenn die Schweiz den Beratungen der Konferenz von vorneherein fernbleiben oder sich ohne weiteres ablehnend verhalten würde. Von den wirtschaftlichen Verbänden spricht sich der Bauernverband eher, wenn auch nicht unbedingt, gegen den Beitritt aus. Der Vorort des schweizerischen Handels- und Industrievereins, der sich noch vor wenigen Jahren von einer solchen Konvention auch nichts versprach, scheint seine Ansicht geändert zu haben. Das Departement ist also der Meinung, die Schweiz solle sich an der Konferenz grundsätzlich bereit erklären, auf die Beratung des Entwurfes einzutreten, namentlich um so Missverständnisse zu vermeiden, die eine andere Haltung erwecken könnte. Indessen müssen gewisse Vorbehalte gemacht werden, die das Departement im folgenden noch besprechen wird und von deren Erfüllung die endgültige Stellungnahme abhängen muss.

III.

Das Volkswirtschaftsdepartement durchgeht nun die wichtigsten Artikel des Vorentwurfes und kommt dann auf die Punkte zu sprechen, die die Schweiz speziell interessieren:

Art. I. Dieser Artikel enthält den Grundsatz der Abschaffung der Verbote und der Beschränkungen für die Einfuhr und Ausfuhr von Waren. Er könnte seines Erachtens etwas kürzer gefasst werden, ohne dass sein Wert darunter litte. Sachlich ist nichts weiter zu bemerken.

Art. 2 gibt zu einer Bemerkung Veranlassung, die ausführlicher bei *Art. 4* behandelt wird. *Art. 2* bestimmt, dass die Staaten, die in der Anwendung ihrer allgemeinen Gesetzgebung die Einfuhr oder Ausfuhr von Waren gewissen Regeln unterwerfen, die die Art und Weise, die Form, den Ort, die Einfuhr- und Ausfuhrstellen oder die Anbringung von Marken betreffen, sich verpflichten, aus diesen Vorbehalten nicht ein verkapttes Verbot oder eine willkürliche Einschränkung zu machen. Die Bestimmung mag eigentlich überflüssig erscheinen. Dagegen ist die Frage zu besprechen, wer darüber entscheidet, ob ein solches verkapttes Verbot oder eine willkürliche Einschränkung vorliegt. Und hier möchte das Departement schon, ähnlich wie bei *Art. 4*, betonen, dass die Staaten in der Bestimmung der Art und Weise der Einfuhr, der Form der Einfuhr und der Ein- und Ausfuhrstellen, sowie der Anbringung von Marken frei sein müssen und dass eine internationale Kontrolle hierüber nicht zugelassen werden könnte, schon deshalb, weil sie unendlichen Reibereien und Friktionen rufen müsste.

Zu *Art. 3* sei bemerkt, dass auch er für die Schweiz keine Bedeutung hat, da sie der Konvention über die Vereinfachung der Zollförmlichkeiten bereits beigetreten ist.

Art. 4, der die sogenannten klassischen Ausnahmen von der Freiheit des Warenverkehrs aufführt, kann inhaltlich in diesem Bericht seiner Länge halber nicht wiedergegeben werden. Er scheint auf den ersten Blick die notwendigen Vorbehalte erschöpfend wiederzugeben, mit andern Worten, die Fälle, in denen Beschränkungen des Warenverkehrs zulässig sind, in vollständiger Weise aufzuzählen. Das Departement muss aber doch noch eine Ergänzung anbringen.

In der Schweiz bestehen Bundesgesetze über das Absinthverbot und über die Herstellung von Kunstwein und Kunstmost. Es wird angenommen, dass das Hand in Hand damit gehende Einfuhrverbot für diese Waren ohne weiteres unter Ziff. 7 von *Art. 4* subsumiert werden könne, obwohl dort nur von Kontrollmassregeln gesprochen wird, die gleichwertig oder ähnlich seien, wie die, die auf entsprechenden Produkten im Innern des Landes angewendet werden. Es wäre also festzustellen, dass nationale Gesetze, die die Herstellung oder den Vertrieb einer Ware im Innern des Landes beschränken oder verbieten, ohne weiteres auch auf den Import angewendet werden können.

Die wichtigste Bemerkung, zu der *Art. 4* Anlass gibt, ist jedoch eine allgemeine und grundsätzliche. Die Ansichten über das, was beispielsweise im Interesse der Gesundheit von Menschen und Tieren, ferner zum Schutze von Pflanzen, sowie im Interesse der öffentlichen Moral, aber auch der nationalen Verteidigung und der öffentlichen Ruhe und Ordnung notwendig ist, gehen sicherlich in den verschiedenen Ländern auseinander. Es muss nun ein jeder Staat selbst darüber entscheiden, welche Massregeln er als notwendig oder wünschenswert betrachtet, und es kann keine Rede davon sein, dass irgend eine internationale Instanz berechtigt wäre, die auf Grund von *Art. 4* national geschaffenen Ausnahmen auf ihre Begründetheit und Rechtfertigung nachzuprüfen. Wäre dies möglich, so würde die Souveränität des Staates eingeschränkt, umso mehr als auch Rückwirkungen auf die interne Gesetzgebung unausbleiblich wären. Daneben aber gäbe eine solche Nachprüfung Veranlassung zu ständigen Reibungen, zu Schiedsverfahren, ja sogar Prozessen vor dem internationalen Gerichtshof. Das Departement muss

es absolut und kategorisch ablehnen, dass irgend eine internationale Instanz die von den schweizerischen Behörden, gestützt auf Art. 4, Ziff. 1–10 getroffenen Massregeln nachzuprüfen berechtigt wäre. Wenn dieser Vorbehalt nicht erfüllt würde, so ist die Konvention für die Schweiz unannehmbar.

Es ist nicht zu vergessen, dass sowohl in Beziehung auf Verfassungsbestimmungen und Gesetze wie im Hinblick auf deren Anwendung und Verfügungen in einzelnen Fällen Differenzen entstehen können, und es kann offenbar nicht die Rede davon sein, dass ein Staat auf seine eigenen Auffassungen verzichten müsste und in Beziehung auf die Mittel, die er zum Schutze der in Art. 4 erwähnten Interessen zu ergreifen für notwendig hält, beschränkt wird.

[...]

Art. 5. Hier wird bestimmt, dass jeder Staat hinsichtlich der Einfuhr und Ausfuhr alle Massregeln treffen könne, um ausserordentlichen und anormalen Verhältnissen zu begegnen und um die Lebensinteressen des Landes in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung zu wahren. Indessen sollen, fährt dann Absatz 2 fort, zufolge der schweren Inkonvenienzen, die durch Verbote und Beschränkungen herbeigeführt werden, solche Massregeln nur im Falle ausserordentlicher Notwendigkeit eintreten, und sie sollen kein Mittel bilden können, um die nationale Produktion zu schützen oder eine unterschiedliche Behandlung zum Schaden irgendeines andern kontrahierenden Staates einzuführen.

Die Ansichten über diese Bestimmung gehen auseinander. Der Vorort des schweizer. Handels- und Industrievereins regt die Streichung der Bestimmung an, ebenso, merkwürdigerweise, die Direktion des schweiz. Gewerbeverbandes. Auch abgesehen von diesen Vernehmlassungen geht der Artikel den einen zu weit, den andern zu wenig weit. Tatsache ist, dass die Handelsverträge, die die Schweiz abgeschlossen hat, einen solchen Vorbehalt nicht enthalten, und das Departement hat sich daran, namentlich auch im Hinblick darauf, dass die Verträge kurzfristig abgeschlossen worden sind, nicht gestossen. Der Vorort des schweizer. Handels- und Industrievereins fürchtet nun, der Artikel 5 könnte, wenn er international allgemein anerkannt würde, Beschränkungen des Warenverkehrs schaffen, die heute nicht mehr zulässig sind und somit statt einer Verbesserung eine Verschlimmerung des Zustandes bringen. Das Departement glaubt jedoch, diese Befürchtungen seien nicht gerechtfertigt, und es kann sich mit dem Antrage des Vorortes nicht einverstanden erklären.

Anlässlich der Beratung des Zolltarifgesetzes wurde einmütig anerkannt, dass in Zukunft der Bundesrat ermächtigt sein soll, nicht nur wie bis jetzt als Retorsion ausserordentliche Massregeln wie Zollerhöhungen, Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen gegen einen bestimmten Staat zu erlassen, sondern man war auch einig, dass die Regierung wenigstens mit Zustimmung der Bundesversammlung in die Lage versetzt werden müsste, auch gegenüber einer ausserordentlichen wirtschaftlichen Situation Abwehrmassregeln zu treffen³.

[...]

3. Vgl. auch Nr. 112.

Es erübrigt noch, den folgenden wichtigen Punkt hervorzuheben. Die andern Staaten haben es sehr leicht, auf Grund von Art. 5, sei es durch reine Regierungsmassnahmen, sei es durch rasch erhältliche Parlamentsbeschlüsse von den Vorbehalten von Art. 5 Gebrauch zu machen. Die Schweiz hat bis jetzt kein Gesetz, das dem Bundesrat die nötige Kompetenz einräumen würde. Das Volkswirtschaftsdepartement möchte daher an dieser Stelle schon betonen, dass es sich vorbehalten müsse, einen allfälligen Beitritt zu dieser Konvention nur dann zu empfehlen, wenn gleichzeitig durch einen Akt der Gesetzgebung die Grundlage gelegt wird, damit die Schweiz sich nicht nur negativ bindet, sondern sich auch gleichzeitig positiv in die Lage versetzt, von den Kompetenzen Gebrauch zu machen, welche die Konvention den Staaten verleiht. Es wäre also vor der Ratifikation des Abkommens die Frage der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen in einem Gesetze zu regeln und dem Bundesrat die nötigen Kompetenzen zu verleihen, damit auch die Schweiz die Vorbehalte von Art. 5 dieser Konvention sich dienstbar machen kann. [...]

Der Art. 7 wirft die Frage der Erledigung von Streitigkeiten auf. Man sollte vor allem aus / *sic* / davon absehen, irgend eine neue Instanz zu schaffen, oder irgend ein Schieds- oder Gerichtsverfahren vorzusehen. Es wird Sache der verschiedenen Staaten sein, eventuell die Streitigkeiten vor eine Schiedskommission oder ein Schiedsgericht zu bringen, falls die von ihnen abgeschlossenen Verträge dies vorsehen. In dieser Beziehung besteht wohl schon die Möglichkeit, auf Grund von Art. 36 des Statuts des internationalen Gerichtshofes, solche Streitigkeiten vor dessen Forum zu bringen. Man wird diese Bestimmung, wie auch diejenige aller andern Schiedsverträge nicht aus der Welt schaffen können. Infolgedessen bleibt zur Beseitigung der Schwierigkeiten und zur Vermeidung einer unerwünschten Einmischung irgendwelcher internationaler Instanzen in die nationale Gesetzgebung und deren Vollziehung nur ein Mittel, das ist die absolute Anerkennung dafür, dass ein jedes Land autonom und endgültig über die Anwendung der Vorbehalte in Art. 4 und 5 entscheidet. Es muss absolut vermieden werden, dass die internationalen Beziehungen noch durch einen Rattenkönig von Reklamationen vor allen möglichen Instanzen erschwert und vergiftet werden.

Die Art. 8–12 enthalten Schlussbestimmungen, teilweise Ballast. Hervorzuheben ist noch die Beschränkung der Dauer auf 4 Jahre, mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr, so dass also das Abkommen für einmal effektiv für 5 Jahre abgeschlossen würde.

Es ist heute noch nicht möglich, darüber zu entscheiden, ob die Schweiz in die Lage kommt, dem Abkommen seinerzeit beizutreten und es schon in Genf zu unterzeichnen oder nicht. Zuerst wird man einmal sehen müssen, wie die Verhandlungen verlaufen und welche Staaten effektiv beitreten. Grund zu besonderer Eile liegt nicht vor. Das Departement betrachtet, wie schon wiederholt betont, diese ganze Konvention eher als einen Ausfluss einer gewissen Geschäftigkeit des Völkerbundes denn als ein wirkliches Bedürfnis.

Gestützt auf das Vorausgeführte wird antragsgemäss *beschlossen*:

1. Von den vorstehenden Ausführungen wird in zustimmendem Sinne Vormerk genommen;

2. Das Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, den Delegierten im Sinne dieser Ausführungen zu instruieren.

Dabei ist auf die Wahrung der autonomen Entscheidung hinsichtlich der Anwendung von Art. 4 und 5 der Konvention besonders Gewicht zu legen.

344

E 2001 (C) 5/47

*Der Vorsteher des Post- und Eisenbahndepartementes, R. Haab,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Bern, 24. Oktober 1927

Eigene drahtlose Station
für den Völkerbund

Wie Ihnen bekannt ist, gehen die Organe des Völkerbundes mit dem Plan um, bei Genf eine eigene Station für drahtlose Telegraphie zu errichten. Ihr Departement hat sich in seinen Schreiben an uns vom 30. März, 2. April und 4. Oktober 1927¹ damit beschäftigt und sich anfänglich dahin ausgedrückt, die Frage scheinbar, so wichtig sie sei, doch noch nicht dringlichen Charakter anzunehmen und bedürfe der Prüfung durch die beteiligten Departemente. Das Militärdepartement hat seine Bedenken inzwischen in dem Schreiben an Sie vom 15. August 1927 dargelegt². Gleichzeitig hat aber auch das Völkerbundssekretariat seinen Plan weiterverfolgt. Am 10. September 1927 ist ein Bericht der Commission consultative et technique des communications et du transit 1927 erschienen, worin dem Völkerbunde von einer Expertenkommission empfohlen wird, eine eigene mittelstarke Radiotelegraphenstation anzuschaffen, die aber, damit sie in Krisenzeiten sicher funktioniere und ihre Kosten einigermaßen decke, auch in der übrigen Zeit möglichst intensiv für allen möglichen Verkehr benützt werden müsse. Damit wird dieses Projekt vom Standpunkt unserer Telegraphenhoheit aus vollends unannehmbar und man kann dem Völkerbundssekretariat nur dankbar dafür sein, dass es seine Absicht so offen darlegt. Wir gestatten uns, noch einen Bericht der Marconi Radio Station Bern A. G. vom 14. Oktober 1927 beizulegen³.

Es erhebt sich nun die Frage, ob es nicht doch dringlich geworden sei, dass der Bundesrat in der Sache Stellung beziehe. Wir erinnern daran, dass der Völkerbundsrat schon am 8. Dezember 1926 beschlossen hat, die Frage der Errichtung einer eigenen Radiostation sofort prüfen zu lassen. Dieser Beschluss sowohl wie nun auch die Expertenempfehlung vom 10. September 1927 sind dem Bundesrat v. Völkerbundssekretariat notifiziert worden. Verhält sich der Bundesrat demgegenüber weiterhin bloss abwartend, so wird man in Völkerbundskreisen nicht

1. Alle drei Schreiben nicht abgedruckt.

2. Nr. 324.

3. Nicht abgedruckt.

ganz mit Unrecht daraus auf eine stillschweigende Zustimmung zu diesen offenkundig betriebenen und offiziell mitgeteilten Plänen schliessen dürfen. Es ist dann nicht ausgeschlossen, dass sich insbesondere der Völkerbundsrat überrascht zeigen wird, wenn die Schweiz erst in einer spätern Phase, die bereits einem *fait accompli* ähnlich sein könnte, mit ihrem Einspruch hervortreten wollte. Dadurch würde aber der Standpunkt der Schweiz zweifellos geschwächt.

Wir möchten Sie daher bitten, das Erforderliche in die Wege zu leiten, damit der Bundesrat seine ablehnende Auffassung möglichst bald dem Völkerbundssekretariat kundgeben kann. Sofern Sie eine vorausgehende Konferenz der beteiligten drei Departemente für wünschbar erachten, sind wir gerne hiezu bereit. Dem Militärdepartement geben wir hievon Abschrift⁴.

4. Das Militärdepartement stellte seinerseits in einem Schreiben an das Politische Departement vom 20. 10. 1927 fest, dass gewisse fremde Einflüsse am Werk sind, nicht nur die Errichtung einer exterritorialen Radiostation in Genf an sich gegen den Willen der Schweiz durchzudrücken, sondern alsdann noch einer solchen Station zum weitem Nachteile der schweizerischen fiskalischen und ökonomischen Interessen einen Teil des Nachrichtenverkehrs auch schon in gewöhnlichen Zeiten zuzuwenden. – Im weiteren führte das Militärdepartement aus: /.../

Besagte Versuche ausländischer, offenbar hinter die Völkerbundsorganisation sich machender Kreise sind jedoch angetan, unser Misstrauen zu steigern und uns im Widerstande zu bestärken, den wir der Stellung unseres Departements entsprechend, im allgemeinen Interesse der militärischen Sicherheit des Landes und sodann auch der schweizerischen Neutralität dem Projekte betreffend eine eigene Radiostation des Völkerbundes entgegensetzen müssen.

Wir ersuchen Sie deshalb, in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise den Organen des Völkerbundes mitzuteilen, dass die Schweiz der Errichtung und dem Betriebe einer der schweizerischen Souveränität entzogenen, also exterritorialen Funkenstation nicht zustimmen kann. /.../

Wir brauchen hier kaum noch dabei anzudeuten, mit welchen Unannehmlichkeiten und Nachteilen es für die Schweiz alsdann verbunden wäre, wenn sie ein formelles Veto gar erst vor der Völkerbundsversammlung selbst vorbringen würde und bei dessen Begründung vor aller Welt auf eine Erörterung ihrer eigenen militärischen Vorkehren für den Mobilmachungsfall eintreten müsste. Wir empfehlen daher dringend ein entschiedenes Einschreiten schon beim nächsten hiefür irgendwie geeigneten Anlass. /.../ (E 2001 (C) 5/47).

345

E 2001 (C) 5/50

*Der Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Bern, 31. Oktober 1927

Unter den von den Organen des Völkerbundes ins Auge gefassten Massnahmen für möglichst rasche und geeignete Verbindungen seines Sitzes mit der Ausenwelt in Krisenzeiten kommt auch der Luftverkehr in Betracht. Die Prüfung der letztern Frage beschlägt hauptsächlich die Bereithaltung genügender Start- und Landungsmöglichkeiten, die Regelung des Hin- und Rückfluges in Angele-

genheiten des Völkerbundes und die Verfügung über eine hinreichende Anzahl Luftfahrzeuge für diese Reisen.

Die Erweiterung des Flugplatzes von Cointrin bei Genf für diese Bedürfnisse des Völkerbundes wird zur Zeit nach der technischen und finanziellen Seite geprüft. Vom grundsätzlichen Standpunkte aus ist für uns hier wichtig, dass die Völkerbundsorgane nicht Exterritorialität dieses Flugplatzes bzw. eines Teiles desselben beanspruchen, und dass sie für alle Fälle rechtzeitig darüber aufgeklärt werden, dass die Schweiz die Anlage und den Betrieb eines ihrer Souveränität entzogenen, also nicht unter ihrer Kontrolle stehenden Flughafens bzw. eines Teiles eines solchen unter keinen Umständen zulassen wird.

Die Gründe dieses unseres entschieden ablehnenden Standpunktes sind die gleichen, die uns zum Widerstande gegen die von Völkerbundskreisen geplante extritoriale Funkenstation bewegt haben, nämlich in erster Linie die Wahrung unserer militärischen Sicherheit und sodann auch die Wahrung der Stellung der Schweiz als neutrales Land im Falle einer Aktion des Völkerbundes gemäss Art. 16 und 17 des Paktes, d. h. vom Augenblicke an, wo der Völkerbund vom Standpunkte der schweizerischen Neutralität aus als kriegführende Macht zu betrachten sein wird.

Diese beiden Punkte, die Wahrung der militärischen Interessen und derjenigen unserer Neutralität, von denen unser Departement speziell die ersteren geltend zu machen hat, sind sodann dem Grundsätze nach auch bei der Regelung des Luftverkehrs selbst in Sachen des Völkerbundes massgebend. Soweit diese unsere Interessen, vorab die militärischen, nicht berührt werden, müssen wir es dem eidg. Eisenbahndepartement und seinem Luftamte überlassen, die Frage der Luftverbindungen des Völkerbundssitzes zu begutachten und jenachdem auch zu regeln. Vom Standpunkte unserer Militärverwaltung aus haben wir keinen Anlass, die möglichst rasche und geeignete Abwicklung dieses Luftverkehrs zu beeinträchtigen, selbst in Krisenzeiten nicht, solange besondere Massnahmen für die schweizerische Landesverteidigung nicht in Betracht kommen. Wir haben uns daher auch nicht mit dem Falle zu beschäftigen, in welchem die Krise zu einer Aktion des Völkerbundes gegen einen an die Schweiz nicht angrenzenden Staat führt, und wo diesfalls die Schweiz nicht zu besondern militärischen Sicherheitsmassnahmen, wie Teil- oder Generalmobilmachung, veranlasst wird. Bestimmungen zur Wahrung der Rechte und Einhaltung der Pflichten der Schweiz als neutrales Land in einem solchen Falle sind nicht von unserem Departement aufzustellen; es wird aber Ihrem Departement nicht entgehen, dass die Duldung militärischer Beratungen, Vorbereitungen und Anordnungen des Völkerbundes, sobald letzterer als kriegführend gilt, auf Schweizerboden und also insbesondere auch zu diesen Zwecken beabsichtigte Flüge von und nach Genf oder andern schweizerischen Orten sich mit unserer Neutralität nicht vertragen werden. Für Zeiten nun, in welchen die Notwendigkeit besonderer militärischer Massnahmen für uns nicht besteht, haben wir betreffend den Flugdienst zu Völkerbundeszwecken bloss folgendes geltend zu machen:

a) Sofern nicht die jeweils bestehenden Luftverkehrslinien (d. h. die jeweils betriebenen Luftverkehrsunternehmen mit ihren Luftrouten) benützt werden

können, sondern besondere Flüge von irgend einem ausländischen Orte her und nach dem Auslande zurück ausgeführt werden müssen, wird für diese Sonderflüge gelten, dass jedenfalls das Überfliegen unserer Festungsgebiete verboten bleibt. Ob über dieses Verbot hinaus für solche Sonderflüge zum voraus noch bestimmte Luftrouten vorgeschrieben werden, muss immerhin dem Ermessen der schweizerischen Behörden vorbehalten bleiben.

b) Für den diplomatischen und überhaupt amtlichen Verkehr des Völkerbundes können auch staatliche, also auch militärische Flugzeuge verwendet werden. Alle diese Flugzeuge müssen ein besonderes Abzeichen des Völkerbundes tragen, von Piloten in Zivil gesteuert werden und dürfen nicht bewaffnet sein noch Photographieapparate mit sich führen.

c) Über Verwendung schweizerischer ziviler Flugzeuge bei diesem Verkehr haben wir nicht zu entscheiden, dagegen fällt die Verwendung unserer eigenen militärischen Flugzeuge für den Völkerbund ausser Betracht.

Kann sich der Luftverkehr für Zwecke des Völkerbundes unter den von uns vorstehend gemachten Vorbehalten bis auf weiteres unbehindert abwickeln, so erhält die Angelegenheit ein anderes Gesicht, sobald die Schweiz selbst zu Mobilisationsmassnahmen schreiten muss. Dann kommt die militärische Beschlagnahme der schweizerischen Zivilflugzeuge und der Betriebsstoffe, die Einberufung der Zivilflieger in den Militärdienst sowie die Unterstellung aller Flugplätze mit ihren Einrichtungen und Radiostationen unter die Militärgewalt in Betracht, zugleich mit den besondern Anordnungen zur Sicherung der militärischen Massnahmen gegen Spionage und Störungen. Diese Änderung der Lage vermag von einem Tage auf den andern einzutreten, und sie bedingt, dass alsdann auf den Verkehr des Völkerbundes nur noch diejenigen Rücksichten genommen werden dürfen, die das politische Interesse ohne Gefährdung und Erschwerung unserer Landesverteidigung als notwendig erscheinen lässt. Es ergibt sich hieraus, dass die Schweiz einerseits eine Verpflichtung, den Flugverkehr zu Völkerbundszwecken sicherzustellen, weder eingehen kann noch darf, und andererseits, dass sie sich alle Souveränitätsrechte, also vor allem das Kontrollrecht und die Befugnis, besagten Verkehr jenachdem besonders zu regeln, einzuschränken oder ganz zu untersagen, ausdrücklich wahren muss.

Wie sich der Luftverkehr des Völkerbundes alsdann noch abwickeln kann, hängt je nach der Intensität der Gefährdung der Schweiz, ihrer militärischen Lage und möglichen Gegnerschaft ab. Die schweizerische zivile Aufsichtsbehörde über den Luftverkehr und sodann die Militärbehörden werden die ihnen geboten erscheinenden, dem einzelnen Falle angepassten Massnahmen zu treffen haben, so insbesondere was die Zulassung der Ein- und Ausflüge nach bestimmten Landungs- bzw. von bestimmten Startplätzen, die noch erlaubten Luftrouten, die Benützung der Funkenstationen dieser Plätze (nur noch Funken in Klarschrift, eventuell mit Gebrauch der allgemeinen im Luftverkehr gebräuchlichen Chiffres), die militärische Begleitung allfällig noch erlaubter, von den Luftrouten abweichender Sonderflüge, die Kontrolle der Passagiere und des mitgeführten Gepäcks etc. anbelangt. Gegenüber der Verwaltung des Völkerbundes kann vorerst nur ein allgemeiner Vorbehalt zur Anwendung von Ausnahme-Massnahmen im Mo-

bilmachungsfalle gemacht werden, während die Vorbereitung derselben unter den eidgenössischen Behörden selbst noch einer besondern Prüfung bedarf.

Nachdem Sie im Schreiben vom 18. Juni 1927 an das Generalsekretariat des Völkerbundes¹ allgemein festgestellt haben, dass die Behandlung des Problems der Luftverbindung des Völkerbundes, soweit sie politische Fragen, insbesondere unsere Landesverteidigung und Neutralität berührt, vollständig vorbehalten bleibt, wird es sich für Ihr Departement, sobald die erwartete diesbezügliche Erkundigung seitens dieses Völkerbundsorgans eingetroffen ist, darum handeln, den allgemeinen Vorbehalt zu präzisieren. Unser vorliegendes Schreiben bezweckt daher, Ihnen, soweit die speziell von uns zu vertretenden Interessen in Betracht kommen, eine Wegleitung zu geben. Wir nehmen dabei an, dass ein Gleiches vom eidg. Eisenbahndepartement aus geschehen wird, dem wir eine Abschrift unseres Schreibens zustellen. Nachdem Sie hierauf durch diese Berichterstattungen der beiden Departemente in den Stand versetzt sein werden, Ihre Antwort an das Generalsekretariat des Völkerbundes aufzusetzen, wird sich alsdann unter Umständen vor ihrer definitiven Abfassung noch die Wünschbarkeit einer mündlichen Aussprache zwischen den interessierten Departementen ergeben; wir werden selbstverständlich bereit sein, uns an einer solchen internen Konferenz vertreten zu lassen.

1. *Nicht abgedruckt.*

E 1004 1/307

346

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. November 1927¹

1686. Intern. Konferenz über Ein- und Ausfuhrbeschränkungen

Volkswirtschaftsdepartement. Mündlich

Der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes erstattet Bericht über den Stand der Verhandlungen an der Konferenz über Ein- und Ausfuhrbeschränkungen in Genf.

Eine ganze Reihe von Staaten konnten sich nicht dazu verstehen, sofort alle Ein- und Ausfuhrbeschränkungen aufzuheben, und da das Zustandekommen eines Vertrages an dieser Tatsache zu scheitern drohte, so wurde schliesslich gegenüber dem Prinzip der Abschaffung eine ganze Reihe von vorübergehend gedachten Ausnahmen in den Vertrag aufgenommen. Der Ausgangspunkt war, dass England glaubte, auf das Farbeneinfuhrverbot nicht verzichten zu können, Deutschland meldete infolgedessen die Einschränkungen, die das Kohlenwirtschaftsgesetz vorsieht, Frankreich Einfuhrbeschränkungen auf Alteisen, auf Kohle usw., und so ging es weiter. Andererseits wurde beim Beitreten den Staaten

1. *Abwesend: Scheurer.*

das Recht eingeräumt, 1930 von der Konvention zurückzutreten, falls bis dann die Beschränkungen nicht dahinfallen sollten.

So bedauerlich diese Reserven sind, so hält das Volkswirtschaftsdepartement doch dafür, dass das Übereinkommen Positives genug bietet, um einen Fortschritt zu bedeuten.

Der schon mehrfach genannte Art. 4, der die Vorbehalte allgemeiner Natur gegenüber den Ein- und Ausfuhrbeschränkungen fixiert, wurde stark verändert. In Zukunft sollen Beschränkungen nicht mehr einfach im Hinblick auf die Landesverteidigung erlassen werden können, sondern nur solche, welche Kriegsmaterial betreffen. Dadurch würde verhindert, dass alle möglichen Massnahmen mit der Rücksicht auf die Landesverteidigung gerechtfertigt werden können. Der Artikel wurde überhaupt präziser gefasst und etwas zusammengezogen. Hinsichtlich unserer Bestimmungen über die Ausfuhr elektrischer Energie wird ein Vorbehalt angemeldet werden. Die Bestimmungen über das Getreidemonopol finden ordentlicher Weise unter Art. 4 Platz. Ein Hauptstreitpunkt in Beziehung auf Art. 4 und dann auch Art. 5, wonach Staaten ermächtigt werden, in ganz ausserordentlichen Fällen wirtschaftliche Ein- und Ausfuhrbeschränkungen einzuführen, war der, ob die bezüglichen Massnahmen der Staaten autonom sein oder vor eine internationale Instanz gezogen werden sollen. Das Volkswirtschaftsdepartement beharrt auf der ersteren Auffassung, weil viele Ermessensfragen mitspielen und weil es ganz undenkbar erscheint, dass eine Menge von Einzelverfügungen eines Staates, die z. B. in sanitätspolizeilicher Hinsicht erlassen werden müssen, Gegenstand eines internationalen Prozesses bilden können. Ein Gerichtshof wäre für deren Beurteilung auch gar nicht geeignet. Die Verhandlungen über diesen Punkt sind noch nicht abgeschlossen.

Diese Bestimmungen stehen in Verbindung mit Art. 7. (Die Artikel sind nach dem ursprünglichen Text bezeichnet). Dort soll ein fakultatives Vergleichsverfahren und ein Schiedsgericht für juristische Streitigkeiten aus der ganzen Konvention eingeführt werden, immerhin unter Vorbehalt der Fälle aus Art. 4 und 5. Nun muss durch die Redaktion der Protokollerklärungen dafür gesorgt werden, dass dann die Streitigkeiten aus diesen Artikeln 4 und 5 nicht etwa nach Art. 36 des Statuts des Haager Gerichtshofes oder auf Grund von besondern Schiedsverträgen Gegenstand einer gerichtlichen Erledigung werden können.

Das Volkswirtschaftsdepartement bittet den Bundesrat, ihm die Ermächtigung zu erteilen, durch Vermittlung des von Genf herbeigereisten Sekretärs dem schweizerischen Delegierten die der Lage und den vorstehenden Ausführungen entsprechenden Instruktionen zu erteilen.

Der Rat stimmt dieser Auffassung bei und erteilt dem Volkswirtschaftsdepartement die von ihm gewünschte Ermächtigung².

2. *Vgl. auch* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Ratifikation der Internationalen Übereinkunft für die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen vom 8. November 1927 und 11. Juli 1928, sowie der Internationalen Vereinbarungen betreffend die Ausfuhr von Häuten, Fellen und Knochen vom 11. Juli 1928, vom 22. März 1929. *und Vertragstexte*, in: BBl 1929, I, S. 393ff.

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S Urgent.

Paris, 10 novembre 1927

En me référant à votre télégramme N° 10¹ et à votre lettre du 5 de ce mois², j'ai l'honneur de vous informer que M. Briand m'a reçu ce matin. Je lui ai déclaré sans ambages que la proposition déposée par M. Fernand David au Sénat et tendant à ajourner la discussion du projet de loi relatif au compromis d'arbitrage des zones franches avait causé la plus mauvaise impression en Suisse et provoqué une certaine émotion au Palais Fédéral, où l'on s'est donné tant de peine pour faire aboutir non seulement l'arrêté fédéral sur le dit compromis, mais aussi l'arrêté fédéral relatif à la renonciation à la neutralité de la Savoie du Nord³.

M. Briand a tenu à me rassurer tout de suite et m'a dit qu'il serait désolé si, en Suisse, on attachait à cette manœuvre du Sénateur de St-Julien une importance qu'elle ne saurait avoir. Il s'agit d'un coup de bluff purement électoral en faveur d'un candidat qui va se présenter en Haute-Savoie sous les auspices de M. Fernand David et veut pouvoir dire qu'il partage entièrement l'opinion de ce dernier quant aux zones. M. Briand a ajouté qu'il doit comparaître mercredi prochain devant la Commission Sénatoriale des Affaires Extérieures et qu'il compte absolument s'opposer à la prise en considération de la proposition David, en même temps qu'il insistera pour que cette affaire soit enfin discutée dans le courant de ce mois. Evidemment, le rapport de M. Victor Bérard n'est pas encore distribué, parce que son auteur, non content d'avoir «pondu» 400 pages, est encore en train de figoler, en historien méticuleux qu'il est. Mais M. Briand tient à pouvoir dire à Genève, lorsqu'il s'y rendra le 4 décembre pour la séance du Conseil de la S.d.N., que la question des zones est liquidée en ce qui concerne le Parlement français. Le Ministre des Affaires Etrangères a été aussi affirmatif que possible et m'a prié d'être auprès de vous l'interprète de son désir d'en finir; il a reconnu que nous avions été parfaitement corrects, que ces tergiversations ne sont pas d'ordre gouvernemental, mais proviennent uniquement d'une obstruction parlementaire à laquelle il veut mettre un terme. M. Fernand David n'avait, d'après M. Briand, prévenu personne de son intention de déposer une proposition d'ajournement, en sorte que le Quai d'Orsay en a été désagréablement surpris le tout premier.

J'ai remercié de son attitude M. Briand, qui a eu l'amabilité d'ajouter quelques compliments à mon adresse personnelle à l'occasion de l'anniversaire que je viens de célébrer.

1. E 2200 Paris 1/2007.

2. *Das Politische Departement forderte darin Dunant zu einer démarche très catégorique auprès de M. Briand auf* (E 2200 Paris 1/2007).

3. *Vgl. Nr. 314, Anm. 3.*

J'ai également vu M. Lucien Hubert, Président de la Commission Sénatoriale des Affaires Extérieures, et je ne lui ai pas dissimulé l'étonnement profond que provoque la manœuvre dilatoire de M. Fernand David. Mon interlocuteur m'a dit exactement la même chose que M. Briand, à savoir que le Sénateur de St-Julien était allé de l'avant sans prévenir qui que ce soit, en sorte que la Commission dont il est le Président a été stupéfaite d'entendre le Président du Sénat lire le texte de la proposition d'ajournement. D'après M. Lucien Hubert, il n'y a aucun doute quelconque que la Commission continuera à se montrer favorable à la ratification et que, après avoir entendu M. Briand, elle se déclarera hostile à la proposition de M. David.

Enfin, j'ai joint M. Amé Leroy, qui est déjà entré en fonctions à Genève comme Consul Général de France, mais se trouve fréquemment à Paris pour remplir, auprès de M. Briand, les fonctions de Chef de Cabinet, parce que son collègue, M. Léger, est très souffrant. M. Leroy a naturellement le plus vif désir de célébrer son arrivée à Genève par l'annonce que la double question des zones et de la neutralité de la Savoie a reçu sa solution parlementaire; il m'a dit: «Vous connaissez M. Fernand David; il s'est obstiné sur cette question et a voulu tenter d'aller aussi loin que possible, mais je ne vois pas par quel artifice de procédure réglementaire il pourrait prolonger encore l'attente; ne vous faites pas de soucis; l'influence dont le Président Briand jouit au Palais du Luxembourg permettra de repousser aisément la proposition David et l'affaire passera au Sénat. Malheureusement, ce petit incident aura provoqué un nouveau retard de quelques jours. Ce qu'il faut, avant tout, faire maintenant, c'est d'insister auprès de M. Victor Bérard pour qu'il cesse de corriger perpétuellement les épreuves de son rapport; j'accompagnerai mercredi prochain M. Briand à la Commission du Sénat et je suis persuadé que je pourrais vous donner aussitôt après une bonne nouvelle».

Tel est, Monsieur le Président, le compte-rendu aussi fidèle que possible des trois entretiens que j'ai eus; vous voyez que mes interlocuteurs français ont tous été surpris de cet ultime effort de M. Fernand David, mais qu'ils sont persuadés que, d'ici au milieu de la semaine prochaine, ils en auront eu raison. J'espère très vivement qu'il en sera ainsi.

[...]

E 2001 (C) 5/18

*Der Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S Sch.

Bern, 15. November 1927

Wir halten die kleine Anfrage Sigg entweder als einen schlechten Witz oder als eine Anmassung; eine derart wichtige Frage kann doch vom Bundesrat unmöglich in seiner Antwort auch nur annähernd so behandelt werden, wie das geschehen sollte, will man sich nicht allen Missdeutungen aussetzen¹.

Wir könnten uns daher mit einer Antwort einverstanden erklären, die ungefähr folgendermassen lauten würde:

«Die kleine Anfrage behandelt eine Frage, die für die Zukunft unseres Landes von der allergrössten Wichtigkeit ist und deren Lösung zu den schwersten Aufgaben gehört, die in Gegenwart und Zukunft dem Schweizervolk und seinen Behörden gestellt werden. Die auch nur einigermassen erschöpfende Behandlung geht weit über den Rahmen hinaus, welcher der Antwort auf eine kleine Anfrage durch die Natur der Sache gezogen ist.

Wir begnügen uns deshalb zu erklären, dass wir die gestellten Fragen unter den heutigen Verhältnissen verneinen.»²

Jedenfalls würden wir uns aber der äussersten Kürze befleissen und dem Fragesteller gar nicht die Ehre antun, lange Erörterungen an ihn zu verschwenden; etwa so:

«Die Schweiz hat die entscheidende Abrüstung, die politische, seit langem vollzogen. Ihre Armee hat nur den Zweck, die Neutralität und Unabhängigkeit des Landes zu schützen und stellt nach ihrer Aufgabe und ihrer Organisation eine Form der Landesverteidigung dar, die unter den gegebenen Umständen als eine weitgehende Abrüstung angesehen werden muss. Wir sind also vorangegangen und haben niemandem zu folgen.

Unsere Armee ist übrigens in erster Linie zum Schutz des Landes und nicht zu demjenigen des Völkerbundssitzes bestimmt. Ob und in welchem Umfange wir sie aufrecht erhalten wollen, haben unser Volk und seine Behörden zu bestimmen.

1. *Der Text der Kleinen Anfrage lautet:*

Hält es der Bundesrat in Anbetracht des neuerlich betonten Friedenswillens der im Völkerbunde vereinigten Staaten und der vom Völkerbund wiederum ausdrücklich anerkannten Neutralität der Schweiz nicht für geboten, seinerseits in der tatsächlichen militärischen Abrüstung zu folgen und zu diesem Zwecke vorerst dem Rat des Völkerbundes die Frage zu unterbreiten, ob er bei vollständiger Abrüstung der Schweiz und der Ersetzung ihres Milizheeres durch eine blosse Ordnungstruppe die Sicherheit des Völkerbundssitzes für ausreichend garantiert erachte?

2. *Randbemerkung Mottas:* Ich bin mit dieser Form der Antwort einverstanden. 16. 11. 27. – In der Sitzung des Bundesrates von 30. 9. 1927 wurde beschlossen, diesen Text – mit kleinen stilistischen Änderungen – als Antwort auf die Kleine Anfrage Sigg zu wählen (E 1004 1/307, Nr. 1827).

Keine aussenstehende Instanz, und wäre sie noch so hochgestellt und mächtig wie der von uns hochgeehrte Rat des Völkerbundes, kann uns von der Pflicht befreien, in einer für den Bestand und die Zukunft unseres Staates ausschlaggebenden Frage selber den Entscheid zu treffen.»

349

E 2300 Rom, Archiv-Nr. 27

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

Rapport Politique n° 10¹

Rome, 17 novembre 1927

Un membre de nos chambres fédérales, de passage à Rome, m'a exprimé sur nos relations avec l'Italie des idées décourageantes. «Nous ne maintenons la paix et l'amitié, a-t-il dit en substance, qu'en nous résignant à subir beaucoup d'ennuis.» Si ce ne furent pas ses propres paroles, ce fut bien le sens des propos qu'il m'a tenus au cours d'une longue conversation².

Veillez me permettre de développer ici ce que j'ai répondu à ce parlementaire, en ajoutant certains détails que je ne lui ai pas fournis, mais que je juge utile de mettre sous vos yeux.

Pour juger les relations de la Suisse avec l'Italie, il faut considérer aussi les rapports de l'Italie avec ses autres voisins. Je ne parle pas de la Yougoslavie: vous savez ce qu'il en est. Je ne parle pas de l'Autriche, qui continue à éprouver toutes les humiliations de la défaite. Mais voyez la France, nation alliée; voyez comment on interprète ici chacun de ses actes, les campagnes incessantes de la presse, les démonstrations navales dont elle a lieu de s'alarmer, les perpétuels incidents à sa frontière, infiniment plus graves que ceux dont nous avons à nous plaindre, et pour lesquels la France n'obtient souvent aucune satisfaction. Je puis citer aussi l'Allemagne. C'est contre son Ambassade que furent organisées les plus violentes manifestations qui se soient produites à Rome à l'adresse d'une puissance étrangère sous le régime fasciste. A cette heure, les journaux partent en guerre contre l'ancien empire allié pour le moindre article de la presse allemande sur la question du Haut Adige.

1. *In einem beigelegten Schreiben vom gleichen Tag an P. Dinichert führte Wagnière aus:* Le rapport politique que j'ai l'honneur de vous envoyer par le courrier est de nature un peu spéciale. Il ne devrait être reproduit dans le rapport périodique communiqué aux Légations /vgl. dazu Nr. 68, Anm. 1/ qu'avec de très fortes coupures, comme vous vous en convaincrez à la lecture. Il conviendrait peut-être même de n'en reproduire que la partie concernant le nombre et l'importance des colonies suisses et étrangères en Italie. Je m'en remets du reste à votre jugement (E 2300 Rom, Archiv-Nr. 27). – *Bemerkung Mottas am Kopf des Politischen Berichtes:* Rapport intéressant à lire. 19. XI. 27.

2. *Randbemerkung Mottas:* Ce membre des Ch/ambres/ féd/érales/ est – je crois – M. Dollfus dont l'opinion n'a pas, dans ces choses, beaucoup de poids.

En réalité, l'Italie se trouve, depuis le coup d'Etat fasciste, dans un état qui rappelle celui de la République française au lendemain de la révolution. Le bouleversement de ses institutions intérieures, les mesures extraordinaires qu'elle a prises pour la défense d'un régime combattu âprement par les *émigrés* à l'étranger, les forces qu'elle accumule à sa frontière contre leurs machinations possibles, la fièvre nationaliste que le Gouvernement entretient à dessein, car cette exaltation nationale est nécessaire à son existence, elle justifie tous ses actes, elle le fait vivre: tous ces éléments devaient avoir leur répercussion sur les relations du Royaume avec les autres pays, et en particulier avec ses voisins.

Dans le nombre de ces nations – même si l'on y comprend l'Allemagne – la Suisse demeure particulièrement exposée par le fait de sa frontière si accidentée, de l'irrédentisme toujours en éveil, et qui ne désarme pas vis-à-vis des pays où l'on parle italien, et aussi pour une autre raison que nous ne devons jamais perdre de vue, et que vous connaissez mieux que moi: la Suisse possède en Italie la colonie étrangère la plus nombreuse, la plus importante au point de vue du commerce et de l'industrie, la plus enviée, la plus jalouée surtout dans certaines villes où nos compatriotes dirigent les plus grandes fabriques, détiennent encore des hôtels de premier ordre et ont une part éminente dans les grandes affaires financières.

En effet, les Allemands, plus nombreux que les Suisses avant la guerre, n'étaient que 8000 en 1921. D'après ce qu'on nous apprend à l'Ambassade d'Allemagne, ils devraient atteindre maintenant le chiffre de 15 000. Mais l'Allemagne n'exigeant pas l'immatriculation, il n'est pas possible d'être exactement renseigné sur ce point.

Les Français sont beaucoup moins nombreux et occupent, par rapport aux Suisses, une place très secondaire dans le commerce et l'industrie du royaume. Il en est de même des Anglais, représentés essentiellement par des touristes. Les Belges ont de très grosses affaires en Italie, mais un très petit nombre de ressortissants. Comme les Hollandais, Suédois, Grecs, Espagnols, ils se comptent par quelques centaines. Les Suisses sont 17 000.

Si l'on tient compte de ces circonstances, on doit reconnaître que la Suisse, par rapport aux autres Etats, est encore privilégiée. Le public suisse est informé par ses journaux des incidents et des conflits; il ignore les relations de chaque jour, les avantages que nous en retirons, les preuves de bon vouloir et d'amitié. Notre traité d'arbitrage a marqué une date dans l'histoire des relations internationales. Le protocole commercial que nous venons de signer témoigne aussi de la bonne volonté du Gouvernement Royal et de son chef, qui est intervenu directement à cette occasion. Le «Duce» a multiplié, ces dernières années, à notre égard des déclarations amicales, qui ne répondent, malheureusement, pas toujours aux faits, mais qu'il n'a prodiguées à aucun autre Etat, et qui n'en sont pas moins un gage précieux pour la continuité de nos bons rapports.

Enfin, sur le marché du travail et en ce qui concerne les facilités du trafic, malgré tous les accrocs, tous les obstacles dont nous nous plaignons, nous sommes encore de tous les pays d'Europe le plus favorisé, car aucun autre n'a conclu avec l'Italie des arrangements comme celui qui concerne les cartes de tourisme, dont nos compatriotes ont largement profité; aucun autre ne trouve à placer en

Italie un aussi grand nombre de travailleurs, malgré les restrictions chaque jour plus sévères à l'égard des étrangers.

Sans doute, les journaux italiens parlent souvent très mal de nous. Cela n'est pas surprenant. Ils sont tous fascistes et hostiles à la démocratie. La Suisse est le pays type d'un principe qu'ils détestent, qu'ils sont obligés de combattre, d'autant plus qu'il est admiré, prôné par beaucoup d'Italiens résidant en Suisse: il est le principal argument des émigrés italiens, comme la légitimité du roi était la raison invoquée par les émigrés de France contre la République et plus tard contre l'Empire. D'autre part, le langage de beaucoup de journaux suisses – du Journal de Genève aux feuilles socialistes – à l'égard du fascisme, certaines manifestations, comme la lettre retentissante des étudiants tessinois au Conseil Fédéral³, ne tendent pas à créer plus de sympathie dans la presse fasciste à notre égard.

Ce sont ces faits qu'il convient de ne pas perdre de vue pour juger de notre situation présente à l'égard du pays voisin, dont l'amitié nous est si nécessaire et précieuse.

3. *Randbemerkung Mottas*: Il ne s'agit pas d'une lettre au *Conseil fédéral*, mais d'un article de «l'Avanguardia», journal hebdomadaire des jeunes radicaux tessinois. Cet article est, à mon avis, des plus fâcheux, car il défigure la réalité!

350

E 7110 1/55

*Die schweizerische Gesandtschaft in Paris an das Politische Departement*¹

Empfangskopie
T Nr. 39

Paris, 28 novembre 1927, 16.50 h
(*Ankunft*: 28 novembre 1927, 21 h)

Pour Commerce. Briand me reçut immédiatement après séance Conseil des Ministres lequel semble s'être occupé première fois négociations commerciales avec Suisse². A l'unanimité, y compris Bokanowski, le Conseil décida faire tout son possible pour arriver entente avec nous et donna directives favorables au Ministère du Commerce qui étudie d'urgence nouvelles concessions. Serruys et Coulondre iront dans quelques jours Berne soumettre concessions et expliquer ce qu'elles signifient pour France, mais ils ne resteront pas jusqu'à réponse Conseil Fédéral en sorte qu'après leur exposé vous aurez temps examiner propositions. Conformément votre téléphone ce matin insistai pour obtenir avant ce voyage quelques précisions. Briand répéta bonne disposition du Gouvernement pour parvenir accord³.

1. *Vermerk des Politischen Departementes am Schluss der Kopie*: Copies transmises à la Division du Commerce.

2. *Zu den Beweggründen der Ministerratssitzung vgl. Nr. 356.*

3. *Stucki teilte den Mitgliedern der vorbereitenden Kommission für die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich am 28.11.1927 mit: [...]* Unter diesen Umständen wird der Bundesrat jedenfalls mit der Beschlussfassung über den Antrag der Kommission zuwarten bis er von den französischen Vorschlägen Kenntnis genommen hat. [...]/ (E 7110 1/55).

351

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 29. November 1927

Zonenfrage

Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes weist darauf hin, dass in der Behandlung der Zonenfrage in Frankreich nun doch eine etwelche Beschleunigung zu erhoffen sei, da laut telegraphischen, gestern eingetroffenen Berichten der Gesandtschaft in Paris der französische Ministerrat sich mit der Sache befasst und beschlossen habe, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, er möchte den Berichterstatte der Senatskommission, Herrn Bérard, kommen lassen und ihm nahelegen, seinen Bericht zu vollenden, damit der Senat so bald wie möglich das Schiedsabkommen verabschieden könne. Das beweist doch, dass die französische Regierung ernstlich bestrebt ist, die Angelegenheit zu fördern. Allerdings vermochte der französische Botschafter, nach seiner Rückkehr aus Paris, wo er einer Besprechung mit Senator Bérard im Aussenministerium beigewohnt hatte, dem Bundespräsidenten noch keine bestimmten Angaben darüber zu machen, in welchem Zeitpunkte der Senat vermutlich die Angelegenheit behandeln werde¹.

Sodann teilt der Vorsteher des politischen Departementes mit, er habe von alt Bundesrat Ador ein Schreiben bekommen², worin dieser Protest erhebt gegen die Darstellung des Verlaufs der von ihm in Paris vor Abschluss des Versailler Friedensvertrages geführten Verhandlungen über die Zonen- und die Savoyerfrage³, wie sie in der Begründung des Antrages des Senators David auf Verschiebung der Behandlung des Zonenschiedsabkommens gegeben wird. In seinem Schreiben weist er darauf hin, dass gerade auf seine Veranlassung hin, in den Art. 435, Abs. 2, des Versaillervertrages⁴ die Worte «d'un commun accord» aufgenommen wurden, nach seinem Sinne in der Absicht, eine einseitige Abänderung des Zonenregimes zu verhindern, wie sie von Frankreich dann allerdings doch durch die Vorrückung der Zollgrenze an die politische Grenze vorgenommen worden ist. Von einer vorweggenommenen Anerkennung einer solchen Massnahme Frankreichs durch ihn könne somit gar keine Rede sein; dies um so weniger, als er die Einfügung jener Worte gerade deshalb verlangt habe, weil in den Verhandlungen

1. Mit Schreiben vom 10. 12. 1927 teilte Motta dem schweizerischen Gesandten in Paris mit, dass er nicht mehr mit der Verabschiedung des Zonenkompromisses durch den Senat vor Ende des Jahres rechne und dass ein Treffen zwischen ihm und Briand in Genf anlässlich der Sitzung des Völkerbundesrates nicht sinnvoll erscheine, da keine praktischen Resultate zu erwarten seien (E 2200 Paris 1/2007). Vgl. auch Nr. 363.

2. E 2, Archiv-Nr. 1681; Schreiben vom 25. 11. 1927.

3. Diese Verhandlungen dauerten vom 29. 4. bis 5. 5. 1919.

4. BBl 1919, V, S. 223.

eine Andeutung über die Absicht Frankreichs, die Zollgrenze vorzuschieben, gefallen war⁵.

Der Vorsteher des politischen Departementes ist der Meinung, es würde bei der französischen Regierung einen guten Eindruck machen, wenn ihr der Protest von alt Bundesrat Ador zur Kenntnis gebracht würde, und ersucht um die Ermächtigung, dies zu tun⁶.

Diese Ermächtigung wird auf Grund der Beratung erteilt.

Gleichzeitig wird der Meinung Ausdruck gegeben, es wäre zu begrüßen, wenn der Protest des Herrn Ador der Öffentlichkeit durch eine geeignete Zeitung bekanntgegeben würde, worauf sich der Vorsteher des politischen Departementes bereit erklärt, in dem Antwortschreiben an Herrn Ador eine Anregung in diesem Sinne zu machen.

5. Der Protest Adors veranlasste das Politische Departement zu einer Prüfung des genauen Sachverhaltes. Von besonderem Interesse sind die in diesem Zusammenhang verfassten Exposés der 1919 direkt beteiligten L. Cramer vom 20. 12. 1927, L. Boissier vom 21. 12. 1927 und A. Dunant vom 5. 1. 1928. Diese Dokumente in: E 2, Archiv-Nr. 1646. Zum Verlauf der fraglichen Verhandlungen vgl. auch DDS VII/1, Nr. 375, Annex 4.

6. Dunant überreichte dem französischen Aussenministerium am 14. 12. 1927 ein entsprechendes Memorandum (E 2200 Paris 1/2007).

352

E 2001 (C) 1/64

*Der schweizerische Gesandte in Wien, M. Jaeger,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S OD. Persönlich. Dringlich

Wien, 29. November 1927

Herr Bundeskanzler Seipel hat mich anlässlich unserer jüngsten Unterredung vertraulich gebeten, ich möchte bei Ihnen darum nachsuchen, dass der schweizerische Vertreter in der Kontrollkommission der Garantiestaaten, die Österreich seinerzeit Hilfskredite eröffnet haben, wenn möglich eine den österreichischen Wünschen entgegenkommende Haltung einnehmen möchte. Wie Ihnen bekannt sein wird, tritt am 2. Dezember nächsthin in London das Reliefkomitee zusammen, um über den Antrag der österreichischen Regierung zu beraten, wonach die neu aufzunehmende österreichische internationale Anleihe die Priorität vor den Reliefkrediten erhalten soll.¹

1. Österreich beabsichtigte eine neue Anleihe von 725 Millionen Schilling aufzunehmen. Das Kontrollkomitee der Garantiestaaten der Völkerbundsanleihe von 1923 erteilte anlässlich seiner Sitzung vom 11./12. 10. 1927 dazu seine grundsätzliche Zustimmung (in Abwesenheit des offiziellen schweizerischen Vertreters P. Dinichert). Ebenfalls im Oktober 1927 ersuchte die österreichische Regierung die durch das internationale Komitee für wirtschaftliche Wiederaufbaukredite in London (Relief Committee) vertretenen Gläubigerstaaten aus der Anleihe von 1920 zugunsten dieser neuen Anleihe auf die Geltendmachung ihrer Prioritätsrechte zu verzichten (GBer 1927, S. 34).

Der Kanzler meinte, er wäre dankbar, wenn der schweizerische Vertreter² diesmal einfach «mit den Grossen» stimmen möchte. Offenbar scheint er darüber informiert zu sein, dass die in der Kommission vertretenen Grossmächte für den österreichischen Antrag eingenommen sind.

Der Kanzler hat vertraulich darauf hingewiesen, dass die sozialdemokratische Opposition es höhnisch ausschlagen würde, wenn es der bürgerlichen Regierung in Österreich nicht gelingen sollte, für ihr Anleihen ebensoviel Entgegenkommen und nicht schlechtere Bedingungen zugestanden zu erhalten, als sie die sozialdemokratische Wiener Stadtverwaltung auf dem amerikanischen Geldmarkt erreicht hat.

Ich füge zu Ihrer Orientierung noch bei, dass auch der österreichische Finanzminister Kienböck anlässlich einer gelegentlichen Zusammenkunft denselben Wunsch geäussert hat, ich möchte für die österreichischen Interessen in voller Kenntnis und in sachgemässer Würdigung der derzeitigen Lage Österreichs ein gutes Wort einlegen. Im Verlaufe der Unterhaltung mit dem Finanzminister merkte ich, dass er von irgend einer Seite die Information erhalten haben musste, dass der schweizerische Vertreter den österreichischen Interessen in dieser Frage nicht dasjenige Wohlwollen entgegenbringe, das Österreich erwarten zu können hoffte. Ich weiss nicht, auf welche Information sich der Minister stützte und konnte es auch nicht in Erfahrung bringen.

Den vom Bundeskanzler und vom Finanzminister zum Ausdruck gebrachten Wunsch darf ich zur Entsprechung angelegentlichst empfehlen, da die für Österreich zu erwartende finanzielle Hilfe geeignet ist, diejenigen staatspolitischen Folgen für unsern Nachbarn zu zeitigen, deren Erreichung in der Richtung der von Ihnen und dem Schweizerischen Bundesrate vertretenen Politik liegt.

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie mir darüber Mitteilung machen wollten, was ich gelegentlich sowohl dem Kanzler als dem Finanzminister über die Folge, die meiner Demarche gegeben worden ist, berichten soll³.

2. Schweizerischer Vertreter im Reliefkomitee war L. Micheli.

3. Vgl. Nr. 355.

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 1er décembre 1927

J'ai l'honneur de vous rendre compte de l'entretien que j'ai eu hier avec le Chef du Gouvernement.

L'audience était fixée pour 18½ hrs. Il m'a fait attendre un quart d'heure et s'en est excusé, ayant dû conférer avec M. Scialoja, qui part aujourd'hui pour

Genève. L'entretien a duré $\frac{3}{4}$ d'heure. J'ai quitté le bureau présidentiel à 19½ hrs.

M. Mussolini était d'excellente humeur et d'une amabilité charmante. J'ai commencé par le remercier de son action relative à nos négociations commerciales; vous savez qu'il est intervenu efficacement dans la question des droits d'entrée sur les automobiles, et qu'en général il a eu une influence conciliante auprès des négociateurs italiens.

Après quoi, je lui ai parlé des incidents de frontière. Je lui ai dit sur ce chapitre tout ce que j'avais à lui dire: la cause première de ces incidents, c. à. d. le nombre excessif de troupes de police à notre frontière et le manque de préparation à ce service délicat des miliciens fascistes, l'impression déplorable causée en Suisse par la répétition de ces incidents et par l'arrestation, sur territoire suisse, d'hommes aussi hautement honorables que le professeur Rickli et M. Schläpfer, qui savent lire les cartes et connaissent la région beaucoup mieux que les miliciens qui les ont arrêtés.

M. Mussolini m'a interrompu en me demandant quand avait eu lieu le dernier incident. Je lui ai répondu: «Au commencement de septembre.» «Vous reconnaissez donc, m'a-t-il dit, que depuis 2 mois et demi aucun incident ne s'est produit. Eh bien, c'est le résultat des ordres que j'ai donnés et des dispositions sévères que j'ai prises: déplacement des fonctionnaires responsables, punition des officiers.»

«Ne pourrions-nous pas avoir connaissance des sanctions qui ont été prises?»

«Vous en serez informés!»¹

Le Duce a encore ajouté que nous ne devons pas douter de l'esprit qui anime ces troupes à notre frontière: «elles ne pèchent que par ignorance et par excès de zèle, mais soyez bien certain qu'il n'y a, de leur part, ,nessun dolo'.»

Je lui ai répondu que je n'en doutais pas, que je le remerciais des mesures prises, que la fin de la saison de tourisme était aussi pour quelque chose dans la fin des incidents, ce qu'il a reconnu².

J'ai ajouté que le nationalisme avait engendré un certain état d'esprit qui fait voir parfois dans chaque étranger un ennemi. Or, comme nous sommes les plus nombreux en Italie, ce sont nos compatriotes qui se ressentent plus spécialement de ces sentiments. [...]³

J'ai abordé alors le thème des difficultés faites aux Suisses qui viennent en Italie chercher un emploi, et je n'ai pas caché au Duce que malgré les instructions si libérales qu'il avait données il y a deux ans, le régime avait augmenté de sévérité. A ma grande surprise, j'ai constaté qu'il ignorait absolument toutes les mesures dont nous avons été informés ces derniers temps: refus de visa aux institutrices suisses, gouvernantes et bonnes d'enfants, autorisation d'entrée en Italie aux employés suisses engagés par des maisons ayant des relations spéciales avec la

1. *Randbemerkung Mottas*: C'est important!

2. *Vom 8.-10. 10. 1927 führte der Oberzolldirektor, A. Gassmann, und der Generalinspektor der Pubblica sicurezza beim Ministerium des Innern in Rom, Dr. de Filippis, Besprechungen über die Grenzverletzungen im Tessin. Zum Abschluss dieser Verhandlungen wurde ein Protokoll unterzeichnet (in: E 2001 (C) 1/11), dessen Empfehlungen der Bundesrat in seiner Sitzung vom 11. 11. 1927 zustimmte (E 1004 1/307, Nr. 1760).*

3. *Wagnière berichtete in der Folge über die Besprechung von Einzelfällen.*

Suisse, à l'exclusion de toute autre, etc. «Comment, s'est-il écrié, puisque nous n'avons pas d'institutrices italiennes! C'est une profession que nos jeunes filles ne recherchent pas.» Et le Duce m'a fait répéter les termes dans lesquels cette communication nous a été faite à Rome comme à Berne. Il s'est montré aussi surpris des dispositions concernant les employés de commerce; du reste, a-t-il remarqué, toutes les maisons italiennes sont en rapport avec la Suisse.

Cela vous démontre une fois de plus que la plupart de ces mesures dont nous avons à nous plaindre sont prises en dehors de lui et à son insu; c'est pourquoi ses interventions en notre faveur se heurtent à des oppositions latentes et demeurent souvent sans effet. Cela n'est pas fait pour faciliter nos démarches.

A ce propos, M. Mussolini m'a répété les déclarations qu'il m'avait déjà faites à plusieurs reprises, et qu'il a encore renforcées avec une chaleur vraiment émouvante. Il ne perd aucune occasion, m'a-t-il dit, d'exposer à ses subordonnées et aux chefs des organisations fascistes combien il était nécessaire à l'Italie de continuer à entretenir avec la Suisse des relations d'amitié et de collaboration: les Suisses en Italie doivent être traités mieux que les autres étrangers. Il n'a pas dit cela exactement sous cette forme, mais c'était bien le sens de ses paroles. «Bien plus, en considérant la politique générale, la Suisse, tout en respectant sa stricte neutralité, tient une place considérable, et il faut qu'on le sache en Italie; il ne doit pas y avoir de ‚malumore‘ en Suisse à l'égard de l'Italie.» (C'est la première fois qu'il s'est exprimé de la sorte sur l'importance de la Suisse au point de vue européen.)

Je suis absolument convaincu de la sincérité de ces sentiments et de ces paroles. La cause de nos difficultés, comme je vous l'ai déjà dit bien souvent, provient d'un état d'esprit répandu par le nationalisme d'abord, par le fascisme ensuite, et contre lequel il nous est parfois impossible de lutter, même avec l'appui et l'amitié du dictateur.

J'ai profité de sa bonne humeur pour lui demander des renseignements sur le projet de parlement corporatif. «Il sera composé, m'a-t-il dit, des représentants des corporations fascistes, mais on y fera place à un certain nombre de représentants de groupements non pas anti-fascistes, mais simplement non fascistes ou, si vous voulez, afascistes: il y aura donc des éléments d'une opposition possible.» Il a prononcé ces paroles avec le sourire d'un homme qui ne croit pas au parlementarisme, même sous la forme corporative, et il a terminé en parlant des critiques très vives adressées, ces jours-ci, au Gouvernement parce que le Gouverneur de Rome a abattu en une nuit tous les platanes qui ornaient une des principales artères de la ville. A ce propos, il m'a parlé des arbres de Rome et de tout ce qu'il avait fait dans ce domaine. Ce fut la fin de notre entretien.

Aufzeichnung des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess

Bern, 2. Dezember 1927

KONFERENZ MIT DEM FRANZÖSISCHEN BOTSCHAFTER
UND DEN HERREN SERRUYS UND COULONDRE

Die französische Regierung hat, nachdem sie den Eindruck gewonnen hatte, dass die Schweiz im Hinblick auf die Stockung in den Handelsvertragsverhandlungen zur Kündigung des gegenwärtigen Meistbegünstigungsvertrages schreiten werde, die Herren Serruys, directeur des accords commerciaux im Handelsministerium und Coulondre, Direktor für Handelsangelegenheiten im Ministerium des Auswärtigen, nach Bern abgeordnet, um die Lage mit dem Departementsvorsteher zu besprechen und neue Vorschläge vorzulegen.

Die Herren werden ca. 11 Uhr vom französischen Botschafter eingeführt.

Nach der üblichen Begrüssung stellt Herr Serruys an mich die Frage, ob die Schweiz entschlossen sei, auf jeden Fall zur Kündigung zu schreiten. Er könnte es ja verstehen, dass wir durch die öffentliche Meinung zu diesem Schritte gedrängt werden. Wäre dem so, d. h. sei die Kündigung auf alle Fälle zu erwarten, so hätten Besprechungen jetzt keinen Sinn. Sie wären dann nach der Kündigung aufzunehmen.

Ich erkläre Herrn Serruys, dass die Kommission für die Vorbereitung des Handelsvertrages mit Frankreich in Übereinstimmung mit den schweizerischen Unterhändlern dem Departement den Antrag auf Kündigung gestellt hätte, dass ich im Begriffe gewesen sei, diesen Antrag an den Bundesrat zu leiten und dass dieser zweifellos zugestimmt hätte, dass aber eine Beschlussfassung noch nicht vorliege. Die Entscheidung hänge nun davon ab, ob die von Herrn Serruys zu machenden Konzessionen genügende seien, um uns den Abschluss eines Übereinkommens zu ermöglichen. Wenn dies nicht der Fall sei, so wären wir genötigt, zur Kündigung zu schreiten.

Daraufhin erklärte Herr Serruys, die französische Regierung habe den ganz besondern Wunsch, wenn immer möglich, mit uns einig zu werden. Er habe Ordre bekommen, uns Zugeständnisse zu machen, die nicht mehr durch wirtschaftliche Gründe sondern durch politische Erwägungen diktiert seien. Man wünsche in Frankreich einen Konflikt mit der Schweiz zu vermeiden. Wenn wir gekündigt hätten, so wäre er nicht in der Lage gewesen, uns in späteren Verhandlungen so weit entgegenzukommen. Er teile uns nun seine äussersten Zugeständnisse mit, und müsse beifügen, dass, wenn wir nicht einig würden und die Kündigung erfolge, die französische Regierung von weiteren Verhandlungen absehen und den Dingen den Lauf lassen werde.

Ich verwies Herrn Serruys darauf, dass die Schweiz ein ausgezeichneter Kunde Frankreichs sei, auch ihrerseits eine Verständigung begrüssen werde, dass wir

aber vom Standpunkt unserer Interessen aus keine Lösung annehmen können, die den Export in wichtigen Gebieten unserer Industrie, wie dies jetzt der Fall sei, verunmöglichen würde. Vor allem müssen nun einmal die Gruppen von Zöllen diskutiert werden, die zufolge des französisch-deutschen Handelsvertrags durch das Dekret vom 30. August 1927 mit Wirkung auf den 6. September des gleichen Jahres erhöht worden seien.

H. Serruys teilt mit, er sei in der Lage, auf diesem Gebiete Konzessionen zu machen und zwar solche, die die französische Industrie, die sich schon über den deutsch-französischen Handelsvertrag beklage, niemals anerkennen werde und ausdrücklich missbillige. Er machte auch geltend, es wäre wünschenswert, wenn die Verhandlungen rasch erledigt werden könnten, denn, wenn die Zugeständnisse bekannt würden, dann würden die Widerstände in den parlamentarischen und Wirtschaftskreisen wachsen. Die Stimmung in den Zollkommissionen des französischen Parlaments sei eine reservierte. Jene Kreise möchten weniger weit gehen als die Regierung.

Der Unterzeichnete und Direktor Stucki betonten wiederholt, dass die bis jetzt gemachten Zugeständnisse für uns unannehmbar seien und dass die Interessen wie die öffentliche Meinung uns verbieten würden, uns damit oder mit Zugeständnissen zu begnügen, die nicht durchgreifende wären.

Nach dieser allgemeinen Aussprache, in der die beidseitigen Standpunkte mit Entschiedenheit vertreten wurden und die in durchaus angenehmen Formen verlief, eröffnete Herr Serruys zunächst die Zugeständnisse, die */zu machen/* er im Gebiet der Maschinenindustrie ermächtigt und willens sei.

Nach 1 Uhr wurde die Besprechung abgebrochen. Für die einzelnen französischen Vorschläge wird auf die Notizen von Direktor Stucki verwiesen.

Der Gesamteindruck der Besprechung ist, was die Absichten der französischen Regierung betrifft, nicht ungünstig. Andererseits lassen sich aber die Vorschläge in ihrer Auswirkung nicht so rasch überblicken und es muss immerhin noch fraglich erscheinen, ob man zu einer Einigung gelangen kann.

355

E 2001 (C) 1/64

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den schweizerischen Gesandten in Wien, M. Jaeger*

Kopie
S NV.

Berne, 3 décembre 1927

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre lettre du 29 novembre¹ nous relatant la conversation que vous avez eue avec Mgr Seipel concernant la renonciation par les Etats ayant participé, en 1920, à l'action de secours en faveur de

1. Nr. 352.

l'Autriche au droit de priorité que leur confèrent leurs créances de relèvement en faveur du nouvel emprunt de 750 millions de schellings que l'Autriche se prépare à contracter. Nous en avons pris connaissance avec un vif intérêt et nous nous empressons de vous exposer ce qui suit.

Nous avons été informés, dans le courant d'octobre, de la démarche faite par le Gouvernement autrichien auprès du Comité international des crédits de relèvement économique en vue d'obtenir des Relief Creditors l'abandon de leur droit de priorité en faveur du nouvel emprunt et la prorogation au 31 décembre 1957 du moratoire opposable jusqu'en 1943 aux créances de relèvement de 1920. Nous en avons aussitôt informé le Département fédéral des Finances qui, par lettre du 10 novembre, dont vous voudrez bien trouver copie sous ce pli², a exprimé l'avis que les Relief Creditors sont en droit de subordonner à une contre-prestation leur acquiescement aux propositions autrichiennes et de faire dépendre l'abandon de leur droit de priorité et la prorogation du moratoire de la présentation par l'Autriche d'un plan d'amortissement. Pour permettre au représentant de la Suisse au Relief Committee de se rendre exactement compte de l'objectif à atteindre, le Département des Finances traçait alors les lignes générales du plan d'amortissement qu'il désirait obtenir.

Des instructions dans ce sens ont été adressées à la Légation de Suisse à Londres. Nous croyons qu'elles ont correspondu, en gros, à celles que d'autres Gouvernements ont données à leurs Agents. Nous avons été informés, en effet, que le délégué suédois au Relief Committee a reçu, au début de novembre, des instructions dans le même sens, mais plus rigoureuses encore.

Le Département des Finances a eu, vraisemblablement, l'occasion de faire connaître le point de vue développé dans sa lettre du 10 novembre au délégué financier autrichien venu en Suisse pour obtenir remise de la tranche suisse de l'emprunt de 1923³. Nous ne croyons pas qu'il y ait lieu de la regretter.

En effet, le 26 novembre, le Ministre d'Autriche à Berne est venu nous remettre la notice ci-jointe⁴, qui contient des propositions de règlement de la dette de relèvement, à la vérité différentes de celles envisagées à prime abord par le Département des Finances, mais qui fournissent néanmoins la preuve d'un sérieux effort du Gouvernement autrichien pour ne pas prêter complètement les droits des Etats qui lui sont venus en aide en 1920 et constituent une base de discussion parfaitement acceptable. Après avoir pris l'avis du Département fédéral des Finances, nous avons donné, en conséquence, au représentant de la Suisse au Relief Committee pour instruction de déclarer, à la séance du 2 décembre, que les nouvelles propositions autrichiennes permettraient sans doute à la Suisse de renoncer, pour sa part, à faire valoir, vis-à-vis du nouvel emprunt autrichien, un droit de priorité basé sur sa créance de relèvement à condition que les autres Relief Creditors agissent de même. En ce qui concerne le plan d'amortissement, M. Micheli a été chargé de ne pas insister sur les intérêts, d'accepter, en principe, le

2. *Original als Annex 1 abgedruckt.*

3. *Vgl. dazu Nr. 19, Anm. 5.*

4. *Original als Annex 2 abgedruckt.*

règlement du capital en quarante versements, mais de chercher à obtenir que les premiers versements soient augmentés pour alléger les suivants. Néanmoins, si tous les autres Relief Creditors devaient accepter telle quelle la proposition autrichienne, M. Micheli est chargé de se rallier à l'opinion de la majorité sans autre réserve que celle de ratification.

Ces instructions sont données, naturellement, sous réserve de l'approbation ultérieure du Conseil fédéral⁵ que nous ne saurions consulter au sujet d'un accord à intervenir sans pouvoir en préciser les termes. Nous ne pouvons pas perdre de vue, d'autre part, que les crédits de relèvement accordés à l'Autriche en 1920, de même que la prorogation du délai de paiement au 1er janvier 1943, ont fait l'objet de procédures législatives, de sorte que la question constitutionnelle de savoir quelles sont les formalités à accomplir pour modifier les décisions prises ne peut être tranchée sans un examen attentif.

Nous croyons pouvoir d'ores et déjà poser en principe qu'il n'est nullement dans les intentions du Conseil fédéral de compliquer la tâche du Gouvernement autrichien. Ainsi que vous l'avez vu, le représentant de la Suisse dans le Relief Committee a reçu des instructions très souples, qui, tout en pourvoyant à la défense de nos intérêts légitimes, vont au-devant de la proposition autrichienne et ne s'opposent pas à son acceptation.

Il nous semble inutile que vous fassiez une déclaration dans ce sens au Gouvernement autrichien, qui doit être déjà informé du résultat, que, pour notre part, nous ne connaissons pas encore, de la séance du Relief Committee du 2 décembre. Nous avons eu, d'ailleurs, l'occasion de renseigner M. Di Pauli, tout au moins dans leurs grandes lignes, au sujet des instructions qui ont été données au représentant de la Suisse dans le Relief Committee. Il nous paraît important, en revanche, qu'ainsi que vous en avez exprimé le désir, vous soyez exactement orienté sur l'attitude que nous avons adoptée dans cette affaire. Nous ne manquerons pas de vous tenir au courant de son développement.

ANNEX I

*Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartementes, J.-M. Musy,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Relief Bonds

Bern, 10. November 1927

Wir haben die Ehre, unsern Standpunkt zu dem Begehren Österreichs an das Relief Bond Committee kurz darzulegen, es möchten die Relief-Gläubiger auf ihre Priorität zugunsten einer neuen Anleihe verzichten und sich damit einverstanden erklären, dass die Rückzahlung hinausgeschoben werde.

1. Wir halten dafür, dass wir ohne irgendwelche Gegenleistung Österreichs nicht auf unser Prioritätsrecht zugunsten der neu aufzunehmenden Anleihe verzichten sollen.

5. Der Bundesrat genehmigte die Instruktionen an Micheli in seiner Sitzung vom 12.12.1927 (E 1004 1/307, Nr. 1935).

6. Zu Verlauf und Ergebnissen der Londoner Verhandlungen vgl. Nr. 415. – Zugehörige Akten in: E 2001 (C) 1/64 und E 2001 (C) 2/41.

2. Diese Gegenleistung könnte darin bestehen, dass Österreich, wie der Präsident des Relief Committee vorschlägt, einen Tilgungsplan vorlegt, dessen erste Tilgungsquote schon nächstes Jahr fällig würde.

3. Ist Österreich bereit, diese Gegenleistung zu bieten, so erklären wir uns einverstanden, dass die letzte Tilgungszahlung nicht schon 1943, sondern erst 1957 erfolgt, d. h. die Tilgungsdauer um 15 Jahre verlängert wird.

4. Die englische Vertretung im Relief Committee will allem Anschein nach Österreich weiter entgegenkommen als wir und wird unsere obigen Vorschläge, wie die ähnlich lautenden Schwedens, als ungenügend bezeichnen. Um eine Verständigung zu erleichtern, könnte unsererseits folgende weitere Konzession zugestanden werden:

- a. Erstreckung der Tilgungsfrist, sagen wir auf das Jahr 1970 oder
- b. Ermässigung oder äusserstenfalles Verzicht auf die Verzinsung der Relief-Schuld.

Wie Sie dem Vorstehenden entnehmen, weicht unser Standpunkt von demjenigen, der in dem Entwurf zu einem Antwortschreiben des Relief Committee an die österreichische Regierung zum Ausdruck kommt, darin ab, dass das Committee auf die Priorität ohne Gegenleistung verzichten will, dagegen für die Verschiebung der Rückzahlung der österreichischen Schuld von 1943 auf 1957 eine Kompensation in Form eines Tilgungsplanes verlangt.

Wir sehen unsererseits nicht ein, warum wir ohne weiteres auf unser Prioritätsrecht verzichten sollen. Zur Zeit als um die Völkerbundsanleihe verhandelt wurde, stand Sein oder Nichtsein Österreichs auf dem Spiele. Indem die Relief-Gläubiger seinerzeit auf die Priorität zugunsten der Völkerbundsanleihe verzichteten, stärkten sie die Finanzkraft des Schuldners und erhöhten, trotz des Verzichts auf die Priorität, die Sicherheit der Relief-Kredite.

Heute ist die Sachlage anders. Österreich würde u. E. die neue Anleihe von 725 Millionen Schilling auch dann erhalten, wenn das Prioritätsrecht der Relief-Kredite nicht aufgegeben würde; nur wären die Zinsbedingungen für die neue Anleihe etwas härter. Es handelt sich nicht mehr um Sein oder Nichtsein Österreichs, sondern um schwerere oder mildere Übernahmebedingungen. Erhält Österreich durch den Verzicht der Relief-Gläubiger auf ihr Prioritätsrecht von den neuen Anleihegläubigern eine niedrigere Verzinsung zugestanden, so wird sein Budget entsprechend weniger stark belastet und gestattet ihm, Abzahlungen auf die Relief-Schuld zu leisten.

Leistet Österreich vom nächsten Jahr an gewisse Abzahlungen, so lässt sich die Erstreckung der Tilgungsfrist verantworten, ja sogar ein Abstrich auf jenem Teil der Schuld, der sich durch Nichtbezahlung der Zinsen automatisch erhöht. Verzichten wir dagegen ohne Gegenleistung Österreichs auf die Priorität, so laufen wir Gefahr, dass die Relief-Schuld von Jahr zu Jahr mehr als *quantité négligeable* betrachtet wird, von der man erwartet, dass sie eines Tages vollständig gestrichen werde.

ANNEX 2

Aufzeichnung der österreichischen Gesandtschaft in Bern

Bern, 26. November 1927

NOTIZ

Wir wollen im Reliefkomitee folgenden Vorschlag machen: Tilgung des Kapitals von 848 Millionen Schilling in 40 Jahresraten ab 1. I. 1929.

- 5 Jahre zu 10 Millionen Schilling,
- 10 Jahre zu 15 Millionen Schilling,
- 25 Jahre zu 25.92 Millionen Schilling.

Was die von den amerikanischen Bankiers aufgeworfene Frage betrifft, ob wir gemäss dem Prospekt das Recht haben, vor 1942 zu zahlen, so haben wir den Prospekt geprüft und es besteht kein Zweifel darüber, dass wir zur vorzeitigen Zahlung berechtigt sind. Die englische Regierung würde selbst Ratenzahlung in 62 Jahren (ohne Zinsen) annehmen.

Indem wir jetzt schon erklären, dass wir bereit sind, mit den Zahlungen sofort zu beginnen und das Kapital in 40 Jahresraten zurückzuzahlen, kommen wir den Wünschen des Reliefkomitee's wei-

test entgegen. An der Rückstellung der Pfandrechte müssen wir jedoch festhalten, ebenso wie wir ein Junktim zwischen unserem Zugeständnis und der Rückstellung der Pfandrechte ablehnen müssen. Die Verhandlungen mit Amerika in der Frage der Rückzahlung der Reliefkredite dürften mehrere Monate in Anspruch nehmen, da ein solches Abkommen vom Kongress genehmigt werden muss. Die Rückstellung der Pfandrechte ist eine *Conditio sine qua non* für die Aufnahme der neuen Anleihe durch Österreich. Ein Junktim zwischen dem von uns angebotenen Arrangement und der Rückstellung der Pfandrechte würde die Anleiheverhandlungen verunmöglichen.

356

E 1001 1, EVD, 1. 7.–31. 12. 1927

*Antrag des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den Bundesrat*

KB

Bern, 7. Dezember 1927

Handelsvertragsverhandlungen
mit Frankreich

Am 24. November hat, wie Ihnen bekannt ist, die vorbereitende Kommission einstimmig beschlossen, dem Departement zuhanden des Bundesrats die sofortige Kündigung des bestehenden Meistbegünstigungsvertrags mit Frankreich zu empfehlen. Der Chef der schweizerischen Delegation hatte unmittelbar vor seiner Abreise von Paris die französische Delegation über diesen zu erwartenden Beschluss nicht im Zweifel gelassen und es ist in der Folge auch durch Herrn Minister Dunant die Stellungnahme der Kommission offiziös zur Kenntnis des Quai d'Orsay gebracht worden.

Nachdem der dem Beschluss der Kommission entsprechende Antrag an den Bundesrat sowie der Entwurf der Kündigungsnote bereits ausgearbeitet war, hat die französische Regierung auf Intervention der «Affaires Etrangères» sehr rasch und lebhaft interveniert. Durch Herrn Minister Dunant liess sie uns dringend bitten, mit der Kündigung noch zuzuwarten, da man bereit sei, der Schweiz wesentlich mehr als bisher und bis aufs Äusserste entgegenzukommen. Der französische Ministerrat, der sich am 28. November mit der Frage einlässlich befasst hat, erteilte dem Handelsminister entsprechende Instruktionen. Wir liessen durch Herrn Dunant mitteilen, dass der Bundesrat nur dann in der Lage sei, auf die sofortige Kündigung zu verzichten, wenn ihm innert kürzester Frist neue weitgehende und präzise Konzessionsvorschläge Frankreichs vorgelegt werden könnten. Hiemit war man in Paris einverstanden und delegierte letzten Donnerstag den Chef der französischen Delegation, begleitet vom Direktor der Handelsangelegenheiten im Ministerium des Äusseren, zu diesem Zwecke nach Bern.

Bevor die französischen Delegierten, begleitet vom französischen Botschafter, dem Chef des Volkswirtschaftsdepartementes ihre neuen Vorschläge unterbreiteten, gaben sie folgende Erklärung ab:

Die französische Regierung sei bereit, der Schweiz ihre neuen und auch endgültigen Vorschläge zu unterbreiten, in der Meinung, dass schweizerischerseits dann auf die Kündigung verzichtet werde. Wenn aber der Bundesrat entschlossen sei,

mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung, die Kündigung unter allen Umständen auszusprechen, so sei es der französischen Regierung unmöglich, diese Vorschläge schon jetzt zu machen. Diese wären als Maximum dessen zu betrachten, was auch nach ausgesprochener Kündigung französischerseits zugestanden werden könnte, mit andern Worten, die von der Schweiz beabsichtigte und angedrohte Kündigung hätte auf die Haltung der französischen Regierung genau die gleiche Wirkung wie wenn dieselbe bereits notifiziert worden wäre. Sollte der Bundesrat auch nach Kenntnisnahme der neuen Vorschläge die Kündigung aussprechen, so müsste es Frankreich ablehnen, nachher weiter zu verhandeln und wäre genötigt, dem Schicksal seinen Lauf zu lassen.

Wir haben geantwortet, dass wir Kündigung und Zollkrieg niemals als Selbstzweck betrachten, sondern lediglich als Mittel, um zu erträglichen Verhältnissen zu kommen. Wenn dieses Ziel ohne Zwangsmittel erreicht werden könne, so seien wir die Ersten, dies zu begrüßen. Es hänge alles davon ab, ob die neuen französischen Vorschläge das allgemeine Bild der Lage derart zu unsern Gunsten verändern, dass der Abschluss eines auch für uns erträglichen Abkommens möglich sei.

Nach Kenntnisnahme dieser Antwort wurden uns die französischen Vorschläge unterbreitet. Sie sind in zahlreichen eingehenden und langwierigen Verhandlungen zwischen den beiden französischen Delegierten und dem Direktor unserer Handelsabteilung sehr einlässlich geprüft und diskutiert worden. In zahlreichen Punkten konnten sie im Verlaufe der Diskussion nicht unwesentlich verbessert werden. Die Mitglieder der schweizerischen Delegation wurden ständig auf dem laufenden gehalten und hatten Gelegenheit, zu allen neuen Vorschlägen einlässlich Stellung zu nehmen. Auch sind zahlreiche Einzelfragen mit den betreffenden schweizerischen Interessenten und mit Experten besprochen worden.

[...]¹

Was nun schliesslich das weitere Vorgehen anbelangt, so möchten wir Ihnen im Einvernehmen mit der vorbereitenden Kommission folgendes vorschlagen:

a) Gemäss Abmachung mit der französischen Delegation würde sich Herr Direktor Stucki, in Begleitung von Herrn Dr. Wetter als Vertreter der Industrie, heute nach Paris begeben, um der französischen Regierung die Stellungnahme des Bundesrates zur Kenntnis zu bringen. Es hätte dies in der Weise zu geschehen, dass erklärt würde, der Bundesrat sehe nur dann die Möglichkeit, zu einem Abschluss zu gelangen und damit auf die Kündigung zu verzichten, wenn Frankreich bereit und in der Lage sei, den letzten schweizerischen Begehren zu entsprechen.

b) Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass in dieser nächsten Etappe eine weitere Anzahl von Positionen im angeführten Sinn erledigt werden kann. Mit Bezug auf alle wird dies unmöglich sein und es hätte dann der schweizerische Delegierte die französischen Antworten, soweit sie unbefriedigend sind, der Delegation und dem Bundesrat zwecks Einholung neuer Instruktionen zu unterbreiten. Anlässlich der Teilnahme der Herren Stucki und Serruys an den Sitzungen des «Comité Eco-

1. Der Antrag gibt die Verhandlungen und ihre Ergebnisse bezüglich der einzelnen Tarifposten wieder.

nomique» in Genf, zwischen dem 17. und 21. Dezember ds. Js., wird sich vielleicht Gelegenheit bieten, auch die letzten Differenzen zu beheben. Wir haben bereits vorgesehen, dass entweder unmittelbar vor oder nach Weihnachten die französische Delegation nochmals nach Bern kommt, um die Restpunkte zu bereinigen.

c) Bei dem eventuell abzuschliessenden Abkommen handelt es sich um ein Provisorium, das, wie gesagt, hauptsächlich dazu bestimmt sein soll, den seit dem 6. September schwer benachteiligten schweizerischen Exportindustrien die nötigen Erleichterungen zu verschaffen. Die Verhandlungen über einen umfassenden Vertrag müssen also weitergehen. Wir haben für das Provisorium eine feste Dauer bis ca. 31. März 1929 vor, wenn möglich mit einer monatlichen Kündigungsfrist. Unter allen Umständen muss das vorläufige Abkommen eine Klausel enthalten, wonach die französische Regierung, wenn sie weitere Erhöhungen des Minimaltarifs vornehmen wollte, der Schweiz hievon Kenntnis zu geben und darüber mit ihr zu verhandeln hat und wonach, für den Fall, dass solche Verhandlungen nicht zur Einigung führen sollten, die Schweiz berechtigt wäre, sofort – auf höchstens ein Monat – das Provisorium zu kündigen, um ihre volle Handlungsfreiheit zurückzugewinnen. Nur in dieser Weise wird man z. B. der Uhrenindustrie und der Landwirtschaft eine gewisse Sicherheit geben können, dass nicht schon in kurzer Zeit auch für diese Gebiete wesentliche Zollerhöhungen eintreten.

d) Wie Ihnen bekannt ist, hatte Frankreich ursprünglich eine grosse Begehrenliste eingereicht, in welcher zahlreiche Bindungen der schweizerischen Gebrauchszölle, aber auch eine Anzahl Herabsetzungen verlangt werden. Wir haben es unter allen Umständen abgelehnt, in diesem Provisorium Reduktionen der schweizerischen Gebrauchszölle in Erwägung zu ziehen. Wir werden aber nicht ablehnen können, einen Teil der französischen Bindungswünsche zu erfüllen, schon damit auch nach aussen der Anschein einer gewissen Reziprozität gewahrt wird. Wir beantragen Ihnen, es sei die schweizerische Delegation zu ermächtigen, insbesondere diejenigen Zölle zu binden, die bereits in Handelsverträgen mit andern Staaten festgelegt sind (worunter z. B. Wein und Automobile) und im allgemeinen eine Liste schweizerischer Zollbindungen zuzugestehen, die verhältnismässig denjenigen Garantien entspricht, die Frankreich zugunsten der schweizerischen Exportindustrie durch das Provisorium gibt.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dass das Provisorium so rasch als irgendwie möglich in Kraft tritt. Bei der heutigen Situation wird es französischerseits der parlamentarischen Ratifikation unterliegen. Die französische Regierung ist bereit, dafür zu sorgen, dass diese Ratifikation spätestens im Verlaufe des Monats Januar erfolgt, so dass das Abkommen am 15. Februar 1928 in Kraft treten könnte. Es herrscht Einverständnis darüber, dass andernfalls die Schweiz wiederum ihre volle Handlungsfreiheit zurückgewinnt.

Wir beantragen Ihnen, von vorstehenden Ausführungen in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen, in der Meinung, dass dieselben als Instruktionen für die schweizerischen Delegierten zu gelten haben ².

2. Der Bundesrat erhob diesen Antrag am 7. 12. 1927 zum Beschluss (E 1004 1/307, Nr. 1923).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 23. Dezember 1927

2011. Italien, Stabilisierung der Währung

Mündlich

Italien ist im Begriffe, seine Währung zu stabilisieren und zwar auf der Grundlage: 1 Goldfranken = 3,66 Lire. Dazu hat Italien die Hilfe des Auslandes nötig. Es muss ein grosses Bankenkonsortium gegründet werden zu diesem Zwecke. Die Vorbereitungen sind schon weit gediehen und die Mitwirkung der grossen Emissionsinstitute von England, Frankreich, Belgien, Polen, Deutschland und Nordamerika ist gesichert. Auch die Schweiz sollte sich beteiligen und überdies ist in Aussicht genommen, dass die Schweiz. Nationalbank als Zentralstelle des Bankenkonsortiums zu amten und namentlich die zu bildende grosse Wertschriftenhinterlage, das Sicherungs-Portefeuille, zu verwalten hätte. Herr Direktor Bachmann hat den Vorsteher des politischen Departementes hievon in Kenntnis gesetzt und die Frage aufgeworfen, ob der Bundesrat damit einverstanden wäre, dass die Nationalbank die ihr zugemutete Beteiligung an der Stabilisierungsaktion und die Funktion einer Zentralstelle übernehme. Auch der Vorsteher des Finanzdepartementes ist bei der Sache begrüsst worden.

Der Vorsteher des politischen Departementes hat geantwortet, der Bundesrat würde ein solches Vorgehen sicherlich begrüssen, da der Schweiz daran gelegen sein müsse, dass die italienische Währung stabilisiert werde, und da eine solche Beteiligung bei der weitgehenden Verteilung des Risikos kaum eine Gefahr in sich schliesse. Was die Schweiz bei der Stabilisierung der belgischen Währung getan habe, könne sie gegenüber Italien nicht ablehnen¹.

Der Vorsteher des polit. Departementes ersucht den Rat, von diesen Mitteilungen in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen.

Der Rat gibt diesem Ersuchen statt, wobei in der Beratung die Erwartung zum Ausdruck kommt, auch Frankreich werde dem Beispiel Belgiens und Italiens bald folgen².

1. Vgl. Nr. 104.

2. Zur Stabilisierung der italienischen Lira vgl. auch Nr. 395.

E 2001 (C) 3/59

*Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, H. Häberlin,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R.

Bern, 27. Dezember 1927

Im Besitze Ihres Schreibens vom 29. November 1927¹ haben wir die Frage des Verhältnisses des schweizerisch-italienischen Niederlassungsvertrages² zum Obligatorium des Eintritts in die Syndikate³ geprüft und sind dabei zu folgendem Ergebnis gekommen, das allerdings bei der noch nicht vollständigen Übersicht über die Verhältnisse nur ein provisorisches ist:

Man könnte anfechten, dass auch Nichtmitglieder, die der betreffenden Berufskategorie angehören, zu Beiträgen an das Syndikat angehalten werden können (ob es wirklich geschieht, wissen wir nicht). Italien hätte dagegen den Einwand, dass das auch für Italiener gelte, dass also das *Traitement national* nicht verletzt sei. Anders ist es mit dem Recht zum Beitritt, das Ausländern erst nach 10 jährigem Aufenthalt zusteht, und mit dem Ausschluss von jeder Möglichkeit, mehr als die Stellung eines blossen Mitgliedes zu erlangen. Hier wird aber Italien darauf hinweisen, dass die Syndikate ein Gemisch von Gewerkschaft und staatlichem Organismus sind, dass es sich um politische Rechte handle und dass es nicht verpflichtet sei, solche zu gewähren. Gegen das Verlangen, dass unsere Landsleute bei den Syndikaten gleichberechtigt mitmachen dürfen, sprechen auch taktische Bedenken; die Syndikate setzen nationale Gesinnung voraus und machen deren Förderung bei den Mitgliedern zur Pflicht, es ist aber nicht unsere Sache, uns dafür einzusetzen, dass unsern Landsleuten diese Gesinnung, d. h. die Anhängerenschaft an ein dem unsern widersprechendes politisches System zur Pflicht gemacht und eingepflanzt werde. Beschränken wir uns aber auf den Protest gegen den Beitragszwang für Nichtmitglieder, dann bleibt der Einwand bestehen, dass auch Italiener ihm unterworfen seien und wir hätten eine Möglichkeit des Erfolges wohl nur, wenn andere Ausländer vom Beitragszwang ausgenommen wären,

1. E 2001 (C) 3/59.

2. *Text des Vertrages vom 22. 7. 1868* in: AS 1866–1869, 9, S. 706ff.

3. *Mit Schreiben vom 2. 11. 1927 teilte Wagnière dem Vorsteher des Politischen Departementes seine Haltung in der Frage des Syndikatsbeitrittes in Italien arbeitender Schweizer mit: /.../ Nous avons toujours recommandé à nos compatriotes de s'abstenir de toute agitation de parti et de toute participation à des mouvements socialistes ou autres, en les prévenant qu'il nous serait difficile d'intervenir pour eux en cas d'expulsion. De même en ce qui concerne les syndicats, nous leur recommandons de ne pas accepter de charge dans le Comité et de se tenir à l'écart de toute manifestation politique. /.../ En revanche, nous ne pouvons pas engager nos compatriotes à ne pas entrer dans les syndicats qui ont, du reste, en maintes circonstances un caractère obligatoire et, dans ce cas, nous estimons qu'ils doivent payer les taxes, prélevées par ces syndicats sur tous leurs membres. /.../ (E 2001 (C) 3/59).*

d.h. wenn uns nicht Meistbegünstigung gewährt würde. Für letzteres haben wir zur Zeit keine Anhaltspunkte⁴.

4. Zur Frage der Behandlung der Schweizer in Italien vgl. Interpellation Schmid-Zürich vom 4.6.1928, in: NR-Protokoll vom 21.6.1928 (E 1001 (C) d 1/268, S. 316ff.

359

E 7110 1/115

*Der spanische Gesandte in Bern, M. López-Roberts y Terry,
an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

N¹

Berne, 13 janvier 1928

La Légation Royale d'Espagne a l'honneur de porter à la connaissance du Département Fédéral de l'Economie Publique, selon les instructions qu'Elle vient de recevoir, que le Gouvernement de S.M.C. regrette vivement de ne pas pouvoir accéder à la modification proposée par le dit Département concernant la revision de la Convention de Commerce existante entre les deux pays², car il s'agirait de l'annulation de la politique commerciale à l'extérieur adoptée par l'Espagne depuis quelques temps et d'accord avec laquelle ont été déjà révisées les Conventions de Commerce existantes avec l'Allemagne, la France et la Grande-Bretagne, et l'on procède à présent à la revision de toutes les autres encore actuellement en vigueur avec les autres pays.

Ce qui précède ne serait nullement obstacle à ce que, au moment de procéder à la revision du Tarif Douanier de l'Espagne, déjà imminent, le Conseil de l'Economie Nationale puisse tenir compte des productions les plus importantes de la Suisse en ce qui concerne la fixation des droits correspondants, en procurant les favoriser */sic/*, pourvu que les intérêts de la production nationale n'en soient pas affectés; mais, bien entendu, cette manifestation ne comporte aucun engagement qui puisse entraver la liberté d'action du Gouvernement de S.M.C. en ce qui concerne le nouveau Tarif.

Si, nonobstant ce qui précède, le Conseil Fédéral insistait dans sa demande, le Gouvernement de S.M.C. se verrait forcé, bien à son regret et par les raisons exposées, à dénoncer la Convention, et, en conséquence Elle prie le Département Fédéral de l'Economie Publique de bien vouloir lui faire connaître d'urgence une réponse. Dans le cas où cette réponse ne serait pas parvenue dans un délai raisonnable au Gouvernement de S.M.C., celui-ci estimerait que le Conseil Fédéral continue à maintenir son point de vue³.

1. Es handelt sich um die Übersetzung des spanischen Originaltextes, welche von der Gesandtschaft in Bern der Note beigelegt wurde.

2. Vgl. Nr. 339.

3. Vgl. dazu Nr. 369.

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 13. Januar 1928*¹

70. Ägypten. Provisorisches Handelsabkommen

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 11. Januar 1928

In der Sitzung vom 26. September 1927² hat der Bundesrat das Volkswirtschaftsdepartement ermächtigt, durch Vermittlung des Präsidenten der schweizerischen Handelskommission in Kairo, Hrn. Ernest Trembley, mit der ägyptischen Regierung ein provisorisches Handelsabkommen abzuschliessen und zu diesem Zwecke Noten nach den vorgelegten Entwürfen auszutauschen.

Herr Trembley hat sich nach seiner Rückkehr aus der Schweiz mit dem ägyptischen Ministerium des Auswärtigen in Verbindung gesetzt, das den Vorschlag des Volkswirtschaftsdepartementes dem Finanzministerium zur Prüfung überwiesen hat.

Mit Schreiben vom 5. Januar³ teilt nun Herr Trembley dem Volkswirtschaftsdepartemente mit, dass ihm der Unterstaatssekretär im Auswärtigen, Waguih Pascha, einen Gegenentwurf zu einem Notenaustausch eingehändigt habe. Abgesehen von der Redaktion besteht die einzige Abweichung darin, dass nach dem Entwurf des Volkswirtschaftsdepartementes das Abkommen sofort nach erfolgtem Notenaustausch in Kraft treten und jederzeit auf sechs Monate kündbar sein soll, während der ägyptische Entwurf vorsieht, dass das Abkommen 14 Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft tritt und auf drei Monate kündbar sein soll.

Da der ägyptische Text in materieller Beziehung gewährt, was das Volkswirtschaftsdepartement gewünscht hat, ist es der Meinung, dass es den Vorschlag ohne weiteres annehmen könne. Das Departement hat daher telegraphisch seine Zustimmung erteilt. *Beschluss:*

Vormerkung am Protokoll⁴.

1. *Abwesend: Musy.*

2. *Vgl. Nr. 333.*

3. E 7110 1/131.

4. *Das provisorische Abkommen wurde am 22.6.1928 vom Bundesrat genehmigt (E 1004 1/310, Nr. 1069). Der Notenaustausch fand am 9.6.1928 statt, und die Zustimmung des ägyptischen Ministerrates erfolgte am 23.6.1928. Die Ratifikationsurkunden wurden am 11.12.1928 ausgetauscht. Das Abkommen trat am 26.12.1928 in Kraft (GBer 1928, S. 501). Text der ausgetauschten Noten in: AS 1928, NF 44, S. 846ff. – Am 31.10.1929 kündigte Ägypten das provisorische Abkommen auf den 16.2.1930.*

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 13. Januar 1928*¹

Handelsvertrag mit Frankreich

Geheim

Volkswirtschaftsdepartement. Mündlich

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich sind nunmehr derart fortgeschritten, dass demnächst ein Teilhandelsvertrag für eine Anzahl Warenkategorien abgeschlossen werden kann². Die Ratifikation dieses Vertrages, der eine Dauer bis Ende März 1929 hätte, mit einer jederzeitigen dreimonatigen Kündigungsfrist von diesem Zeitpunkte an, sollte unbedingt vor dem 15. Februar nächsthin vorgenommen werden. Über gewisse, in diesem Abkommen nicht geregelte Gebiete, sollen nunmehr ebenfalls Verhandlungen aufgenommen werden. Sofern über ein zweites Abkommen innert nützlicher Frist eine Einigung nicht erzielt wird, kann das erste Teilabkommen von beiden Staaten sofort auf einen Monat gekündigt werden.

Es erhebt sich nun die Frage, was bezüglich der Ratifikation geschehen soll³. Bekanntlich tritt die Bundesversammlung erst am 5. März wieder zusammen. Frankreich verlangt aber, dass die Schweiz mit der Ratifikation nicht bis zu diesem Zeitpunkt zuwarte, andernfalls die französischen Kammern nicht in der Lage wären, das Abkommen noch dieses Frühjahr zu genehmigen.

Die Einberufung der Bundesversammlung zu einer ausserordentlichen Session in der ersten Hälfte Februar lediglich zur Behandlung des Geschäftes «Genehmigung eines Teilhandelsvertrages mit Frankreich» sollte vermieden werden und der Bundesrat die Ratifikation des von unserer Delegation unterzeichneten Vertrages von sich aus vornehmen, allerdings nach vorheriger Einholung des Einverständnisses der Zolltarifkommissionen der eidg. Räte. Dabei hat es die Meinung, dass das Abkommen der Bundesversammlung sofort bei Beginn der Märzsession unterbreitet würde. Da in den beiden Zolltarifkommissionen alle an einem derartigen Abkommen beteiligten Gruppen der Bundesversammlung vertreten sind, dürfte die Stellungnahme der Räte im März kaum von derjenigen der Kommissionen abweichen.

1. Abwesend: Musy.

2. Dieses Zusatzabkommen zur Handelsübereinkunft vom 20.10.1906 wurde am 21.1.1928 in Paris unterzeichnet. Text des Übereinkommens in: BBl 1928, I, S. 704ff. – Über die ausgehandelten Vereinbarungen gibt der Bericht des Volkswirtschaftsdepartementes an den Bundesrat vom 23.1.1928 Auskunft (E 1001 1, EVD, I, 1.–31.5.1928).

3. Vgl. die als Annex 1 und 2 auszugsweise abgedruckten Dokumente. – Das Abkommen wurde von den beiden Regierungen am 3.3.1928 durch Notenaustausch ratifiziert (vgl. dazu Nr. 373). Der Bundesrat hatte hierfür die Zustimmung der Zolltarifkommissionen der eidgenössischen Räte erhalten. Dem Parlament wurde die Übereinkunft erst nachträglich zusammen mit dem Ergänzungsabkommen vom 11.3.1928 vorgelegt. Vgl. auch BR-Botschaft vom 19.3.1928, in: BBl 1928, I, S. 645ff.

In der Beratung wird bemerkt, dass wir es in der Hand haben, das Teilabkommen sofort auf einen Monat zu kündigen, falls die Bundesversammlung es nicht genehmigen sollte. Als Grund dieser Kündigung wäre aber nach aussen der Mangel einer Einigung über diejenigen Gebiete geltend zu machen, die nun Gegenstand neuer Verhandlungen bilden sollen⁴. Deshalb müssten unsere Unterhändler die Weisung erhalten, den Abschluss der Besprechungen über das zweite Abkommen solange hinauszuschieben, bis die Bundesversammlung über den ersten Teilvertrag Beschluss gefasst haben wird.

Der Rat erklärt sich mit dem vom Volkswirtschaftsdepartement vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.

ANNEX I

E 7110 1/55

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den Präsidenten der Zollkommissionen der eidgenössischen Räte⁵*

Kopie
S

Bern, 20. Januar 1928

Hiedurch beehren wir uns Ihnen mitzuteilen, dass vermutlich morgen, den 21. Januar, in Paris das Abkommen mit Frankreich abgeschlossen wird. Es handelt sich um ein Teilabkommen im Sinne, dass es namentlich die Gebiete betrifft, in welchen zufolge des französisch-deutschen Vertrages wesentliche Zollerhöhungen eingetreten sind. Daneben sind auch eine Anzahl weiterer Positionen, insbesondere auf dem Gebiete der Textilindustrie, einbezogen worden.

Die französische Regierung hält darauf, dass das Abkommen am 25. Februar in Kraft tritt und bis ungefähr Mitte Februar ratifiziert werden muss. Wir konnten uns diesem Begehren nicht verschliessen, weil die französische Kammer im Begriffe ist, sich aufzulösen und in die Ferien zu gehen und erst wieder Anfang Juni nach den Neuwahlen zusammentritt.

So unangenehm es uns ist, unmittelbar vor dem Zusammentritt der eidgenössischen Räte ein Abkommen von uns aus zu genehmigen, das wir aus politischen Gründen gerne der Bundesversammlung unterbreitet hätten, so können wir uns dieser Pflicht nicht entziehen, wenn wir nicht die wirtschaftlichen Interessen unseres Landes schädigen wollen. Das Abkommen bringt nämlich, wie wir bereits ausführten, wesentliche Reduktionen für Exportindustrien, die unter den heutigen französischen Zöllen schwer leiden. Ratifiziert der Bundesrat nicht, so wird das ganze Abkommen in Frage gestellt und die jetzigen hohen Zölle bestehen weiter. Die Schweiz bietet in dem Abkommen nichts anderes als die Bindung einer grösseren Anzahl von Positionen ihres Gebrauchstarifes. Die Mehrzahl dieser Zollpositionen ist bereits durch Verträge mit andern Ländern gebunden. Für eine Anzahl von Positionen allerdings ist die Bindung neu. Das vorgesehene Teilabkommen wäre Ende März 1929 auf drei Monate kündbar. Andererseits kann es aber auch jederzeit auf einen Monat gekündigt werden, wenn wir uns in den weitem Verhandlungen, über die noch nicht erledigten Gebiete mit Frankreich nicht einigen. In dieser Bestimmung liegt ein wichtiges Ventil.

Aus den erwähnten Gründen und aus weitem Erwägungen, die wir den Kommissionen teils schriftlich teils mündlich vorbringen werden, sehen wir uns vor die Notwendigkeit gestellt, im Interesse des Landes die Ratifikation des Abkommens durch den Bundesrat vorzusehen. Andererseits möchten wir dies aber doch nicht tun, ohne den Zollkommissionen Aufschluss erteilt und uns ihrer Zustimmung versichert zu haben.

Unter diesen Umständen sehen wir und zu unserm lebhaften Bedauern genötigt, Sie zu bitten, die Zollkommissionen für den Monat Februar einzuberufen. /... /

4. Vgl. Annex I.

5. NR T. Odinga und StR B. Bolli.

ANNEX 2

E 1001 1, EVD, 1. 1.-31. 5. 1928

*Bericht des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den Bundesrat*

Geheim

Bern, 30. Januar 1928

Handelsvertrag mit
Frankreich

/.../

Ratifikation: Bekanntlich war in weitem Kreisen der Schweiz und namentlich auch in der schweizerischen Handelskammer in Paris die nicht unbegründete Befürchtung ausgesprochen worden, die französische Regierung werde den Vertrag mit uns unterzeichnen, das französische Parlament aber die Ratifikation verschleppen und damit die Inkraftsetzung des Vertrages bis nach Durchführung der französischen Neuwahlen hinauszögern. Wir haben deshalb die ausdrückliche Bedingung gestellt, dass die Schweiz ihre volle Freiheit zurücknehmen könne, wenn die Ratifikation durch das französische Parlament nicht bis spätestens zum 31. Januar 1928 erfolgt sei. Damit war man auf der Gegenseite grundsätzlich einverstanden, schlug aber als Frist den 15. Februar vor, welchem Vorschlag wir zugestimmt haben. Als sich dann die letzten Verhandlungen in Paris bedeutend länger hinauszogen als vorgesehen war, erklärte man uns, dass das französische Parlament mindestens einen Monat zur Prüfung und Ratifizierung des Abkommens verlangen müsse, und es hat sich deshalb, im Einvernehmen mit uns, die schweizerische Delegation zur Verlängerung der Frist bis zum 25. Februar bereit erklärt. Das Abkommen enthält somit die Bestimmung, dass jeder Vertragsteil seine volle Handlungsfreiheit zurückgewinne, wenn es nicht bis zum 25. Februar ratifiziert und in Kraft gesetzt werden kann. Wir sind mit unsern Unterhändlern der Ansicht, dass die Schweiz ein wesentliches Interesse an dieser Bestimmung hat, denn nur unter ihrem Drucke wird es bei der heutigen Stimmung und Arbeitsmethode des französischen Parlaments möglich sein, die Erleichterung des Abkommens innert kurzer Frist zum Vorteile unserer Exportindustrie in Kraft zu setzen. Alle Kenner der französischen Parlamentsverhältnisse haben übereinstimmend versichert, dass das französische Parlament in den letzten zwei bis drei Wochen vor seinem Auseinandergehen nicht die geringsten Garantien mehr dafür biete, einen Handelsvertrag mit der Schweiz zu diskutieren und zu genehmigen. Das Risiko einer derartigen Verschiebung – es würde sich praktisch um eine Verschiebung bis mindestens Ende des Jahres handeln – ist derart gross, dass unseres Erachtens der an und für sich unangenehme Umstand mit in Kauf genommen werden muss, ein solches Abkommen kurze Zeit vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung durch den Bundesrat zu ratifizieren. Sollten übrigens die Zollkommissionen der beiden Räte dem Abkommen nicht zustimmen, so kann der Bundesrat die Ratifizierung unterlassen, und sollte das Abkommen von der Bundesversammlung nicht genehmigt werden, so wäre es ein leichtes, die Verhandlungen über den 15. März hinaus zu verzögern, womit die Möglichkeit geschaffen wäre, den Vertrag auf den 15. April zu kündigen. Das Abkommen wäre dann nur ca. 1½ Monate in Kraft gewesen.

Wie bereits erwähnt, sollen die *Verhandlungen über den zweiten Teil des Vertrages* in einigen Wochen, d. h. ca. am 10. Februar aufgenommen werden. Es handelt sich dabei insbesondere um die Uhrenindustrie, um die Stickerei und einige andere Teilpositionen. Unsere Delegation hat das nötige vorgekehrt, dass gewisse Vorarbeiten sofort an die Hand genommen werden; so finden bereits im Verlaufe dieser Woche in Paris direkte Besprechungen zwischen schweizerischen und französischen Uhrenindustriellen statt. Es darf also mit einiger Sicherheit angenommen werden, dass bis zum 15. März die sämtlichen Zollpositionen, die die beiden Länder interessieren, geregelt werden können. Ob es möglich ist, darüber hinaus auch die umfangreichen und komplizierten allgemeinen Bestimmungen, wie sie im Handelsvertrag von 1906 geregelt sind, zu revidieren, kann vorläufig noch nicht beurteilt werden. Schlimmstenfalls würden diese Bestimmungen, die nun seit 22 Jahren Geltung hatten, ca. ein weiteres Jahr in Kraft bleiben. Da sie zu wesentlichen Beschwerden nicht Anlass gegeben haben, so würde man sich schweizerischerseits wohl ohne weiteres damit abfinden können.

/.../

E 2001 (C) 4/107

*Der schweizerische Gesandte in Washington, M. Peter,
an den amerikanischen Staatssekretär, F. B. Kellogg*

Kopie
NL/SS

Washington, January 17, 1928

It has been brought to my knowledge that a Bill concerning the return of alien property seized during the war and at present held by the Alien Property Custodian has already passed the House of Representatives of the United States and is now being considered by the Committee of Finance of the Senate. In this connection, I beg to invite Your Excellency's attention to the following:

In pursuance to the enemy trading legislation of the United States, enacted on October 6, 1917, assets in the United States of certain Swiss individuals and corporations were seized by the Alien Property Custodian¹. I understand such measures were justified by the United States on account of the allegation that such individuals and corporations were doing business with firms and persons within those countries with which the United States was at war. During the last years, numerous proceedings were instituted by the Legation and myself with the Department of State and the Alien Property Custodian, in order to obtain the release of those assets, inasmuch as they were owned by individuals and corporations of a neutral State.

The Trading with the Enemy Act was amended by Congress on June 5, 1920, to permit such neutral individuals to recover property seized by the Custodian, but up to the present time no legislation has been enacted relieving certain neutral corporations, and among them certain Swiss corporations, from the enemy status imposed by the Trading with the Enemy Act, and the consequent seizure of their property.

Under the laws of the United States and of Switzerland, the corporate entity is recognized, and the assets belong to it and not to the individuals who might own the shares at any given time: Particularly, following the interpretation of the Trading with the Enemy Act by the Supreme Court of the United States in *Behn Meyer & Company v. Miller*, 266 U.S. 465, corporate entity is considered a person and its nationality that of the country where it is organized and existing, irrespective of the nationality of the stockholders therein. In that case, which concerned a British corporation, the Supreme Court held that the seizure of the corporate assets in the United States by the Alien Property Custodian on the ground that the shares were owned by Germans was an erroneous construction of the law. Such corporations are subject to the usual obligations imposed by the State and are likewise entitled to the equal protection of the laws.

1. *Zur Frage des sequestrierten schweizerischen Eigentums in den Vereinigten Staaten* vgl. GBer 1925, S. 51 und GBer 1927, S. 53f.

The proposed legislation now pending in the Senate provides in effect, in paragraph 13, on page 27 thereof, that such neutral corporations, in order to recover their property still held by the Alien Property Custodian, shall be obliged, as provided in Section (m) of the proposed Bill, to file a consent that 20% of their property may be retained by the United States, in other words, Section 13 of the proposed legislation makes no distinction between a corporation organized and existing within the countries with which the United States was formerly at war and certain corporations organized and existing under and by virtue of the laws of Switzerland.

If such proposed legislation is finally enacted into law, certain Swiss corporations and in consequence Swiss shareholders therein, will suffer substantial losses. The interested parties are entitled by international law to demand a return of their possessions, and they have the right to expect an immediate and full restitution, as no claims remain to be made as far as they are concerned.

I consequently have the honor, by instruction of my Government and with reference to the treaty of November 25, 1850², between Switzerland and the United States of America, to request Your Excellency to take such steps as may be appropriate to safeguard the rights of the Swiss corporations and Swiss nationals, particularly with the view of assuring the complete release of Swiss properties which are still held by the Alien Property Custodian³.

2. AS 1854–1857, 5, S. 201ff.

3. *Das Staatsdepartement teilte der schweizerischen Gesandtschaft am 23.1.1928 mit, es habe die Note an den Finanzausschuss des Senates weitergeleitet* (E 2001 (C) 4/107).

363

E 1004 1/308

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 20. Januar 1928

94. Préparation de la Déclaration portant renonciation définitive par la Suisse à la neutralité militaire de la Savoie du Nord

Département politique. Proposition du 16 janvier 1928

Par arrêté fédéral du 24 juin 1927, l'Assemblée fédérale a autorisé le Conseil fédéral à donner son consentement définitif à l'abrogation de la neutralité militaire de la Savoie du Nord au moment où il sera procédé à l'échange des instruments de ratification du Compromis d'arbitrage relatif aux zones franches conclu entre la Suisse et la France, le 30 octobre 1924. Cet arrêté fédéral est devenu définitif le 27 septembre, aucune demande de référendum n'ayant été formulée dans les délais utiles.

Les derniers renseignements qui sont parvenus au département politique permettent d'escompter, d'autre part, que le Sénat français donnera, avant mi-février

prochain, son approbation au Compromis d'arbitrage des zones et que cet Acte sera aussitôt ratifié par le Gouvernement français. L'échange des instruments de ratification doit donc être prévu pour un avenir rapproché¹. Il serait désirable que, du côté suisse, tout fût préparé de façon à éliminer des complications éventuelles.

La Déclaration à laquelle le Conseil fédéral doit procéder au moment de l'échange des instruments de ratification du Compromis des zones est, à la différence d'un instrument de ratification, un Acte international dont les termes n'ont pas fait, entre les Parties, l'objet d'une négociation préalable. Le texte de cette Déclaration a été soumis à une étude attentive de la part du Département politique, de concert avec M. Logoz, conseiller national. Mais il serait bon, pour se prémunir contre toute possibilité de difficultés, d'en soumettre la teneur, à titre officieux, au Ministère français des affaires étrangères afin de s'assurer qu'elle correspond à ce à quoi il s'attend.

Conformément à la proposition du Département politique, le Conseil fédéral *autorise* ce dernier à charger la légation de Suisse en France de soumettre, à titre officieux², le projet ci-joint de Déclaration portant renonciation définitive par la Confédération à la neutralité militaire de la Savoie du Nord au Ministère français des affaires étrangères.

1. Vgl. dazu Nr. 381.

2. Dunant überbrachte den Entwurf am 23. I. 1928 dem französischen Aussenministerium. Über die anschliessenden Verhandlungen zwischen Paris und Bern, welche zu einem für beide Seiten annehmbaren Text führten (vgl. Nr. 381 Annex 1), gibt ein Briefwechsel zwischen Motta und Dunant Auskunft (E 2, Archiv-Nr. 1682).

364

E 2001 (C) 3/14

*Der schweizerische Gesandte in Madrid, M. de Stoutz,
an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki*

Kopie¹

S

Madrid, 10 février 1928

Convention commerciale
avec l'Espagne

Au moment où il s'agit d'arrêter les termes de la réponse du Conseil Fédéral à la note espagnole du 13 janvier², j'admets que je ne puis pas exagérer la fréquence de mes rapports s'ils ont pour objet de rectifier ou compléter une opinion déjà exprimée touchant les dispositions dans lesquelles on attend ici cette réponse.

1. Das Politische Departement gelangte wie üblich direkt durch die schweizerische Gesandtschaft in Madrid in Besitz dieser Kopie. Das an die Handelsabteilung gerichtete Original ist nicht ermittelt.

2. Nr. 359.

Le fait que l'entrée en vigueur du nouveau tarif n'est plus envisagée que pour le début de l'année prochaine au plus tôt m'a paru appeler d'une manière plus pressante une solution au problème que ce retard, même lorsqu'il paraissait devoir être moindre, avait déjà fait surgir: qu'en doit-il être, au point de vue douanier, de la période d'un an qui s'écoulerait entre une renonciation actuelle aux consolidations et l'entrée en vigueur du nouveau tarif? On nous a répété ici maintes fois que, sur bien des positions qui intéressent l'industrie étrangère, les taux de la future deuxième colonne seraient sans doute inférieurs à ceux de l'actuelle, à savoir sur les positions où l'industrie étrangère n'entre pas en concurrence avec l'industrie nationale. C'est reconnaître que la deuxième colonne actuelle est, sur beaucoup de points, inutilement prohibitive. Or, c'est celle qu'on s'appête à nous appliquer uniformément une fois supprimées toutes les consolidations subsistantes et il n'avait jamais été question jusqu'ici que de nous l'appliquer telle qu'elle est à ce jour. Il valait la peine de souligner auprès de qui de droit cette anomalie et d'obtenir, si possible, l'assurance d'un meilleur traitement pendant cette période intermédiaire. C'est ce qui m'a décidé à aller voir aujourd'hui M. Castedo. J'ai commencé par lui dire que je n'avais aucune instruction, aucun mandat et ignorais tout de la réponse qui allait être faite par le Conseil Fédéral, si ce n'est qu'elle était très prochaine. J'ai ajouté qu'on était très surpris à Berne de la hâte que le Gouvernement espagnol éprouvait encore à modifier la base de ses relations commerciales avec nous, aujourd'hui qu'il a la certitude de ne pouvoir mettre en vigueur son nouveau tarif avant l'année prochaine. Après avoir donné ainsi à M. Castedo une raison de n'être point encore certain d'une réponse favorable je lui ai dit qu'à mon avis les chances qu'elle le fût pourraient être augmentées si nous rencontrions du côté espagnol quelque bon vouloir et quelque compréhension des problèmes graves et difficiles que pose pour nous la prétention de l'Espagne. Et j'ai mentionné plus particulièrement le problème nouveau de la période intermédiaire entre une renonciation éventuelle à nos consolidations et la mise en vigueur du nouveau tarif. M. Castedo a d'emblée admis la possibilité d'un abaissement par voie de décret des droits de l'actuelle deuxième colonne qui nous gêneraient par trop sans profit pour l'économie espagnole. J'ai cité, à titre d'exemple, le cas des montres-bracelet or qui auraient à payer 40 pesetas au lieu des 8 actuels et cela aux dépens beaucoup plus sans doute du consommateur espagnol que du fournisseur suisse. M. Castedo a reconnu qu'il serait absurde de ne pas accorder dans de pareils cas les atténuations nécessaires. J'ai insisté sur ce que je citais là un exemple particulièrement typique, mais qu'il allait sans dire que les réductions qui, à notre avis, pourraient être consenties sans dommage et auxquelles nous devons attacher une très grande importance intéressaient de très nombreuses positions. «Dans le cas – lui ai-je dit – où la réponse annoncée du Conseil Fédéral comporterait l'abandon des consolidations, il est à supposer que ce serait à partir d'une certaine date, d'ailleurs assez prochaine, éloignée peut-être de quelques semaines, sans doute encore en mars (hochements de tête affirmatifs de M. Castedo, qui a l'air de trouver ce délai très légitime). Ne pensez-vous pas qu'un décret tenant le plus large compte possible des vœux que nous aurions exprimés pour cette période intermédiaire pourrait être mis en vigueur le jour même où tombe-

raient nos consolidations? En donnant ainsi une preuve immédiatement palpable de votre bon vouloir, vous faciliteriez la tâche du Conseil Fédéral Suisse vis-à-vis de son opinion publique et atténueriez chez nous le sentiment désagréable qu'il se serait laissé arracher un sacrifice sans aucune compensation; ni présente ni à venir. En organisant d'une manière supportable le régime intermédiaire, vous nous communiqueriez un sentiment de plus grande sécurité à l'égard de ce que nous réserve le régime futur.» M. de Castedo a immédiatement et sans aucune hésitation ni réticence répondu qu'il pourrait être procédé de la sorte. «Dès que le Président du Conseil – a-t-il dit – sera rentré de Séville, c'est-à-dire dès lundi ou mardi, je lui soumettrai cette idée et je ne doute pas qu'elle lui agrée; vous savez en effet qu'il est très accessible aux idées raisonnables.» J'ai insisté encore une fois sur ce que je ne parlais qu'à titre personnel et ignorais tout des intentions du Conseil Fédéral qui ne les avait, d'ailleurs, peut-être pas définitivement arrêtées, mais à qui il pourrait être utile de savoir qu'on envisageait ici la possibilité d'un abaissement autonome de certains taux de la deuxième colonne actuelle, par voie de décret entrant en vigueur au moment même où nos consolidations cesseraient d'être applicables, décret en vue duquel nous pouvions formuler nos vœux.

Je me borne à ces indications que je viens de vous télégraphier et dont vous ferez l'usage qui vous paraîtra bon³.

3. Vgl. Nr. 368.

365

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 10. Februar 1928¹

Zones de Genève

Secret

Verbal

M. le chef du département politique communique qu'il a reçu, le 9 février, M. l'ambassadeur de France. Celui-ci lui a communiqué à titre de courtoisie, que le gouvernement français devra déclarer au Sénat que le compromis des zones n'a rien à faire avec la zone de 1860 et que les «compositeurs amiables» de la Cour de La Haye n'auraient à s'occuper en aucun moment, ni directement ni indirectement, de la grande zone susindiquée².

M. le chef du département politique lui a répondu qu'il prenait note de sa communication, que la Confédération n'avait jamais prétendu avoir des droits de servitude active sur la zone de 1860, mais qu'il se refusait à déclarer le consentement du Conseil fédéral à l'interprétation du gouvernement français. Toute interprétation, en quelque sorte authentique, du compromis exigerait que le Conseil fédéral saisît à nouveau les Chambres fédérales. Le Conseil fédéral ne saurait s'y prêter.

1. Abwesend: Schulthess und Scheurer.

2. Vgl. dazu Nr. 377 und Nr. 380.

L'interprétation du compromis est d'ailleurs affaire des juges, qui, en cas de doute ou de contestation, auront à trancher même la question de leur compétence.

Il a ajouté qu'il n'avait pas le droit de demander au gouvernement français de poser devant le Sénat la question de confiance mais que, si le Sénat n'approuvait pas le compromis dans cette session, il ne resterait plus à la Confédération qu'un moyen de droit: le recours à la Société des nations, et que le Conseil fédéral ne reculerait pas, le cas échéant, devant cette grave éventualité.

Il n'a pas caché que les atermoiements du Sénat produisaient sur l'opinion suisse l'effet le plus déplorable et que le refus d'approuver le compromis porterait un coup des plus graves à l'amitié de la Confédération pour la République française.

L'ambassadeur a lu à M. le chef du département politique une dépêche de son gouvernement où il était formellement reconnu que, dans l'intention primitive de ce dernier, la Cour de La Haye aurait eu la compétence de s'occuper aussi de la grande zone. Il n'a pas contesté que la formule contenue dans l'article 2 du compromis a été proposée par le négociateur français.

M. le chef du département politique donne lecture de la lettre qu'il a adressée à ce sujet, en date du 9, à notre ministre à Paris.

En ce qui concerne la date probable de la discussion au Sénat, l'ambassadeur n'a pas pu donner une réponse précise; il a parlé du 12 ou du 13 mars. Notre ministre à Paris, rapporte, en revanche, dans un télégramme du 9³, que M. Briand lui a déclaré être convaincu que tout serait terminé avant la fin du mois courant⁴.

Il ressort de la discussion que le Conseil est unanime à *approuver* la réponse faite à l'ambassadeur et le texte de la lettre adressée à notre ministre à Paris.

Le Conseil est également d'accord que, conformément à l'intention exprimée dans la séance du 7 par M. le chef du département des finances et douanes, ce département lui propose, le moment venu, de soumettre au régime du droit commun l'entrée en Suisse des produits de la grande zone⁵. Le désir est exprimé que notre ministre à Paris, ainsi que l'ambassadeur de France, en soient avisés⁶.

3. E 2, Archiv-Nr. 1682.

4. *Vgl. Nr. 380.*

5. *Vgl. auch Nr. 215. – Das Finanz- und Zolldepartement verzichtete in der Folge auf einen solchen Antrag.*

6. *Mit Schreiben vom 11.2.1928 teilte Motta der schweizerischen Gesandtschaft in Paris mit: /.../ Si, par malheur, l'affaire devait définitivement se gêner et devenir inextricable, il va sans dire qu'une des premières mesures que le Conseil fédéral devrait prendre, ce serait d'appliquer aux produits des Zones, en tout cas de la grande Zone, le régime de droit commun. /.../ (E 2, Archiv-Nr. 1682).*

E 2001 (C) 3/9

*Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, H. Häberlin,
an den Zürcher Stadtrat B. Kaufmann*

Kopie

S

Bern, 15. Februar 1928

Ihre Zuschrift vom 10. Februar¹ kommt erst heute zur Beantwortung, weil wir Wert darauf legten, auch die Stellungnahme des Bundesrates zu kennen. Dieser hat sich im Jahre 1926 mit einer ähnlichen Frage zu befassen gehabt. Er hat sich damals auf den Standpunkt gestellt, die Teilnehmer an Sitzungen des Executiv-Komitees der sozialistischen Arbeiter-Internationale sollen sich politischer Tätigkeit ausserhalb der Konferenz enthalten. So war es seinerzeit vorgesehen worden bei Bewilligung der Einreise des Sekretärs, Herrn Dr. Friedrich Adler, von der man wusste, dass sie ohnedies stark angefochten werden dürfte.

Auch heute noch haben sowohl die zulassende Behörde als Herr Dr. Adler alles Interesse daran, dass nicht die Auffassung Nahrung gewinne, Herr Adler bilde den Mittelpunkt von politischen Agitationskundgebungen, die von Ausländern in der Schweiz ausserhalb der Kongresstätigkeit veranstaltet werden. Wenn der Bundesrat trotzdem den angemeldeten Vorträgen nichts in den Weg legen will, so geschieht das unter der ausdrücklichen Voraussetzung, dass dabei der Gaststaat als solcher und seine völkerrechtlichen Beziehungen zu andern Staaten respektiert werden. Dass die Referate *in geschlossenen Parteiversammlungen* abgehalten werden, müssen wir schon deshalb verlangen, um die Voraussetzungen, unter welchen seinerzeit die Zulassung des Herrn Dr. Adler zustande kam, nicht ganz vergessen zu lassen. Wir sind im übrigen überzeugt, dass Sie selbst das Nötige veranlassen werden, um aus unserer heutigen Zustimmung keine Dissonanzen für die Zukunft erstehen zu lassen.

Von den angemeldeten Rednern bedarf wohl nur Herr Abramovitsch als Russe eines Visums; er wird es erhalten. Die Nationalität des Herrn Albarda ist mir unbekannt.

1. Nicht ermittelt.

367

E 2001 (C) 7/1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S R/Mr.

Berlin, 15. Februar 1928

Anlässlich meiner Anwesenheit in Bern haben Sie mich mündlich beauftragt, gelegentlich bei der Deutschen Regierung zu sondieren, ob sie, nachdem Deutschland dem Art. 36 des Statuts des ständigen Internationalen Gerichtshofes beigetreten ist, bereit sei, die Bestimmungen des bestehenden schweizerisch-deutschen Schiedsvertrages vom Jahre 1921 im Sinne der Anpassung an das erwähnte Statut zu erweitern.

Ich konnte diese Sondierung umso eher vornehmen, als in Art. 2 des beiliegenden Gesetzesentwurfes (N^o 3862) die Reichsregierung sich die Ermächtigung zur Anpassung bestehender Schiedsverträge an das Statut geben liess und in der zugehörigen Denkschrift in erster Linie auf den Vertrag mit der Schweiz hinwies. Dieser Gesetzesentwurf ist inzwischen angenommen worden.

Ich sprach also mit Herrn Ministerialdirektor Gaus, der bekanntlich seinerzeit von deutscher Seite die Verhandlungen über den Vertrag von 1921 geführt hat. Während Herr Gaus vor Jahren gegenüber meiner damaligen Sondierung von einer Ausdehnung des genannten Vertrages nichts wissen wollte und insbesondere dessen Art. 4¹ verteidigte, trat er jetzt auf die Anregung sofort ein. Dabei schlägt er in der Hauptsache vor:

1.) den schweizerisch-deutschen Vertrag als primäre Schiedsordnung bestehen zu lassen und nicht etwa zu Gunsten des Statuts aufzulösen, da die Ordnung des Vertrages dem Statut seiner Ansicht nach vorzuziehen sei²,

2.) dagegen die Zuständigkeit aus dem Vertrage derjenigen aus dem Statut anzupassen durch Streichung von Art. 4 des Vertrages³,

3.) in Art. 8 des Vertrages unter Verkürzung der Frist den Haager Gerichtshof als subsidiäres Gericht einzusetzen.

Was die Form der Vertragsänderung betrifft, so kann die Deutsche Regierung nach Art. 2 des oben erwähnten Gesetzes die Ergänzung ohne Mitwirkung des Parlaments vornehmen.

Herr Ministerialdirektor Gaus hat in der Sache bereits an Herrn Minister Müller in Bern geschrieben, der Ihnen also wohl in den nächsten Tagen übereinstimmend mit dem Vorstehenden berichten wird. Ich darf Ihren weiteren Weisungen entgegensehen, sofern die Angelegenheit nicht ausschliesslich in Bern behandelt werden wird⁴.

1. AS 1922, NF 38, S. 345f. – Vgl. dazu Nr. 32.

2. *Randbemerkung Dinicherts*: Ist sehr diskutabel, weil die Zuständigkeit des Haager Gerichtshofes vorzuziehen wäre.

3. *Randbemerkung Dinicherts*: Einverstanden.

4. Vgl. Nr. 388.

368

E 7110 1/115

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den schweizerischen Gesandten in Madrid, M. de Stoutz*

Kopie

S GH. Express. Chargé

Bern, 15. Februar 1928

Wir beehren uns, den Empfang Ihrer Berichte vom 9.¹ und 10. ds. Mts.² über die Frage der Änderung der Handelsübereinkunft mit Spanien dankend zu bestätigen.

Von Ihren Ausführungen haben wir mit Interesse Kenntnis genommen und erlauben uns, dazu folgendes zu bemerken:

Nachdem der Bundesrat in seiner letzten Note³ gegenüber den spanischen Begehren einen durchaus ablehnenden Standpunkt eingenommen hatte und sich seit jenem Zeitpunkt die Situationen bei uns in keiner Weise grundsätzlich geändert hat, haben wir nicht ohne Bedenken von den Mitteilungen Kenntnis genommen, die Sie Herrn Castedo gemacht haben. Auch wenn man berücksichtigt, dass Sie nachdrücklich hervorgehoben haben, rein persönlich und ohne irgendwelche Instruktionen zu sprechen, fürchten wir doch, dass Herr Castedo den Eindruck gewonnen hat, es sei eine Änderung der schweizerischen Stellungnahme, d. h. ein grundsätzlicher Verzicht auf unsere Konzessionen zu erwarten. Noch mehr überrascht hat uns, dass Sie einen solchen Verzicht mit Wirkung auf kurze Zeit, d. h. schon für den Monat März in Aussicht stellten. Dies war ja schon aus rein legalen Gründen durchaus unmöglich, da der Bundesrat nicht von sich aus auf den für uns wesentlichen Inhalt eines Vertrages verzichten könnte, der seinerzeit vom Parlament ratifiziert wurde. Ein solcher Verzicht müsste enthalten sein in einem neuen Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern, der den heute noch bestehenden aufheben und sich mit der reinen Meistbegünstigung begnügen würde. Ein solcher neuer Handelsvertrag aber bedürfte der Ratifikation durch das schweizerische Parlament.

Abgesehen von dieser Formfrage glauben wir kaum, dass der Bundesrat den Standpunkt wird verlassen können, den er in seiner letzten Note an die hiesige spanische Gesandtschaft zum Ausdruck gebracht hat. Dies umsoweniger, als der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins mit aller Energie dagegen Stellung nimmt. Mit Rücksicht auf die grosse Schwierigkeit der Entscheidung möchten wir dem Bundesrat nicht Antrag stellen, ohne dass die Angelegenheit mit Ihnen mündlich eingehend besprochen worden wäre. Da nicht nur der Chef unserer Handelsabteilung, sondern auch die Herren Prof. Laur und Dr. Wetter nächste Woche in Paris sind, so möchten wir Sie bitten, zu einer Besprechung

1. E 2001 (C) 3/14.

2. Nr. 364.

3. Nr. 339.

der ganzen Frage mit den genannten drei Herren nächsten Dienstag, den 21. ds., nach Paris zu fahren⁴. Die Besprechung wird ohne Gegenbericht nachmittags ca. 5 Uhr in der Chambre de commerce suisse, 61, Avenue Victor-Emmanuel, stattfinden. Die Herren logieren im Hotel Bristol, Rue du Faubourg St. Honoré. Wir haben Ihnen in diesem Sinne heute telegraphiert und hoffen, dass Sie abkömmlich sind.

Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit dieser Besprechung bitten wir Sie, die spanische Regierung wissen zu lassen, dass uns eine Antwort bis zum 20. Februar nicht möglich ist und wir um weitere zwei bis drei Wochen Geduld bitten müssen.

Endlich erlauben wir uns, darauf aufmerksam zu machen, dass es sehr wichtig ist, wenn die schweizerischen Kaufleute in Spanien nicht Angst vor einem eventuellen Zollkrieg zeigen, sondern bei jeder Gelegenheit darauf aufmerksam machen, dass die spanische Zumutung für die Schweiz nicht annehmbar sei.

4. Vgl. dazu Nr. 369.

369

E 7110 1/115

Aufzeichnung des Sekretärs des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Péquignot

Berne, 22 février 1928

NOTICE

Aujourd'hui, à 11 heures, M. Stucki, Directeur de la Division du Commerce, m'appelle de Paris au téléphone. Il me déclare que M. de Stoutz, notre Ministre en Espagne, a eu hier à Paris, avec MM. Laur, Wetter et lui-même, une longue conférence au cours de laquelle a été examiné le problème soulevé par la proposition du Gouvernement espagnol au sujet de la convention de commerce hispano-suisse, du 15 mai 1922.

M. Stucki déclare qu'à la suite de cette conférence, on a établi le texte d'un projet d'instructions destinées à M. de Stoutz. Ce texte a été adopté à l'unanimité. M. Stucki me le dicte au téléphone. Le voici:

Instruktionen für Herrn Minister de Stoutz.

I. Die Annahme des spanischen Vorschlages, wie er heute immer noch vorliegt, d. h. schweizerischer Verzicht auf jede spanische Zollbindung, dagegen Beibehaltung der Spanien eingeräumten Konzessionen auf dem schweizerischen Tarif, ist vollkommen ausgeschlossen.

II. Mit Rücksicht auf die bereits mehrfach geschilderten Verhältnisse kann auch die schweizerische Meistbegünstigung gegen die spanische Meistbegünstigung auf der Basis der heutigen zweiten Kolonne des spanischen Tarifes nicht in Frage kommen.

III. Es ist dagegen nicht ausgeschlossen, dass der Bundesrat der Neuorientierung der spanischen Handelspolitik Rechnung tragen könnte durch gegenseitigen Verzicht auf jede vertragliche Festlegung von Zollansätzen. Absolute Voraussetzung hierfür ist aber, dass wir genau wissen, welche Zölle für die uns interessierenden Positionen zu bezahlen sind, im Augenblick wo ein allfälliger Verzicht auf die vertragliche Tarifabmachung wirksam wird.

IV. Zu diesem Zwecke ist Herrn Castedo mitzuteilen, dass die Schweiz an sich verlangen müsste, es seien die heute vertraglich festgelegten Zollansätze durch die spanische Regierung autonom, auf dem Dekretswege, der Minimalkolonnen einzuverleiben. Wenn die spanische Regierung glaubt, es sei dies nicht in vollem Umfange möglich, so solle sie für jede einzelne Position der heute vertraglich festgelegten spanischen Zollansätze angeben, ob sie unverändert beibehalten würden, oder ob eine Erhöhung oder eine Ermässigung vorgesehen sei und in welchem Umfange solche Erhöhungen oder Ermässigungen vorgenommen würden. Nur dann könne der Bundesrat beurteilen, ob er überhaupt noch ein Interesse an einer vertraglichen Abmachung mit Spanien besitzt. Die grosse schweizerische Konzession würde darin bestehen, dass bei einem solchen Vorgehen keine vertragliche Sicherheit dafür bestehen würde, dass die uns bekannt gegebenen Zölle nicht innert kürzerer oder längerer Zeit verändert werden. Für einen solchen Fall müsste eine kurzfristige Kündigungsmöglichkeit vorgesehen werden, wobei die Schweiz bereit wäre, Spanien ein gleiches Recht einzuräumen, falls schweizerischerseits gewisse Spanien besonders interessierende Zölle erhöht würden.

V. Wenn die spanische Regierung es ablehnt, uns verbindlich mitzuteilen, welche Zölle nach einem allfälligen Verzicht auf die vertraglichen Bindungen zu bezahlen sind, und weigert sie sich, über diese Ansätze in eine Diskussion einzutreten, so sieht der Bundesrat keine Möglichkeit, seinen bisherigen Standpunkt zu verändern.

M. Stucki me prie de donner connaissance immédiatement de ce texte à M. le Président de la Confédération et de lui demander si, de son côté, il l'approuve. Dans l'affirmative, M. de Stoutz repartirait immédiatement pour Madrid et communiquerait de vive voix à M. Castedo le point de vue exposé dans les instructions¹.

Par téléphone, je donne lecture du texte à M. Schulthess, retenu chez lui par une indisposition. Je lui fais remarquer qu'il a été établi d'un commun accord entre MM. Stucki, Laur, Wetter et de Stoutz. J'ajoute que M. de Stoutz exposerait verbalement à M. Castedo le point de vue suisse.

Le Président de la Confédération déclare qu'il approuve ce texte et m'autorise

1. De Stoutz meldete der Handelsabteilung am 28.2.1928 die Ausführung seines Auftrages: /.../ En résumé, mes instructions ont pu être exécutées sans accident et jusqu'au point où leur exécution s'est heurtée non point à une volonté contraire, mais à la nécessité de l'interrompre pour donner à l'autre partie le temps de nous satisfaire. Il est vrai que M. Castedo n'a pu encore me parler qu'en son nom personnel, mais il l'a fait avec une autorité qui permet d'escompter la ratification du Gouvernement. Reste à savoir, il est vrai, jusqu'à quel point l'esprit de conciliation des Espagnols va se manifester dans le régime douanier qu'ils offriront de substituer du jour au lendemain aux consolidations. /.../ (E 7110 1/115).

à l'annoncer par téléphone à M. Stucki. M. Schulthess renseignera le Conseil fédéral dans la séance de vendredi prochain, 24 février².

A 11 h. $\frac{3}{4}$, j'appelle au téléphone M. Stucki, que j'atteins à la Chambre suisse du Commerce à Paris. Je lui fais part de l'approbation de M. Schulthess.

2. Der Bundesrat nahm in seiner Sitzung vom 24.2.1928 in zustimmendem Sinne von den Instruktionen an den Gesandten in Madrid Kenntnis (E 1005 2/3).

370

E 7110 1/55

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

S RW. Dringend

Bern, 24. Februar 1928

Mit Ihrer Zuschrift vom 3. ds. Mts.¹ betreffend den in Aussicht genommenen Handelsvertrag mit Frankreich unterbreiteten Sie uns einen Entwurf zu einem Artikel über die Behandlung der Handelsgesellschaften zur Vernehmlassung; Sie machten insbesondere darauf aufmerksam, dass der uns unterbreitete Entwurf nur die allgemeinen Grundsätze über die rechtliche Behandlung der Handelsgesellschaften vorsehe, unter Weglassung aller weiteren Bestimmungen, insbesondere derjenigen fiskalischer Natur.

Mit Schreiben vom 6. ds. Mts.² haben wir uns Ihrer Auffassung grundsätzlich angeschlossen; dabei haben wir jedoch übersehen, dass unsere Antwort auch als eine Zustimmung ausgelegt werden könnte bezüglich der Weglassung der fiskalischen Bestimmungen, die vom Eidgenössischen Finanzdepartement seinerzeit mit unserem Einverständnis in Vorschlag gebracht worden waren.

Wir haben nun die letztere Frage noch einmal mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement geprüft und haben auch eine Vernehmlassung des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins /.../ eingeholt³. Auf Grund die-

1. Nicht ermittelt.

2. Nicht ermittelt.

3. Der Vorort führte in dieser Vernehmlassung vom 23.2.1928 aus: /.../ Wenn wir auch unsererseits die grundsätzliche Richtigkeit der Auffassung des Volkswirtschaftsdepartementes nicht bestreiten möchten, insbesondere insoweit nicht, als eigentliche und umfassende Doppelbesteuerungsabkommen in Frage kommen, so sind wir doch entschieden der Meinung, dass diese grundsätzliche Auffassung nicht davon abhalten sollte, den Anlass des Abschlusses eines Handelsvertrages zu benutzen, um den dringendsten Fällen internationaler Doppelbesteuerung beizukommen. Diese praktische Notwendigkeit scheint uns um so offensichtlicher zu sein, als, wie Sie mit Recht bemerken, dem Abschluss eigentlicher Doppelbesteuerungsabkommen schweizerischerseits nicht unerhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen, und als leider mit grösster Sicherheit damit gerechnet werden muss, dass der Bund als selbständiger Vertragskontrahent wohl für

ser Vernehmlassungen können wir nicht umhin, noch einmal auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Grundsätzlich sind wir durchaus Ihrer Auffassung, dass Vorschriften über den Ausschluss von Doppelbesteuerung nicht in einen Handelsvertrag gehören. Auch die Niederlassungsverträge sollten übrigens mit solchen Bestimmungen nicht belastet werden. Vielmehr gehören Vorschriften über die Vermeidung von Doppelbesteuerung, namentlich dann, wenn man sich nicht nur auf die Regelung einzelner Steuerkonflikte beschränkt, in besondere Verträge, wie dies im Abkommen vom 24. Oktober 1927 zwischen der Republik Österreich und dem Kanton St. Gallen⁴ der Fall gewesen ist und wie dies auch von den Völkerbundsexperten, die sich mit diesen Fragen zu befassen hatten, empfohlen wird.

Wenn wir trotz dieser grundsätzlichen Stellungnahme die Auffassung vertreten, dass im vorliegenden Fall eine Ausnahme gemacht werden sollte, so liegt dies im folgenden begründet.

Die Klagen schweizerischer Handels- und Industrieunternehmungen, die in Frankreich ihre Geschäftstätigkeit ausüben, haben sich in letzter Zeit stark vermehrt. Der Fall der Aluminium-Industrie-Aktiengesellschaft Neuhausen, die nach Auffassung des französischen Finanzministeriums $\frac{9}{10}$ ihres Gesamteinkommens in Frankreich versteuern soll, obwohl nur einige Prozente des Gesamtgewinns aus Frankreich stammen und bereits daselbst in vollem Umfange bei den betreffenden Tochtergesellschaften fiskalisch erfasst werden, ist Ihnen bekannt und mag in diesem Zusammenhange besonders erwähnt werden. Auf gerichtlichem Wege, dessen Beschreitung mit grossen Kosten verbunden ist, gelingt es höchst selten, zu einem befriedigenden Ergebnisse zu gelangen; denn das, was sich auf Grund von Billigkeitserwägungen als fiskalischer Übergriff charakterisiert, ist meistens durch die Gesetzgebung gestattet. Für eine diplomatische Intervention fehlt es in der Regel an der rechtlichen Grundlage, da die Doppelbesteuerung nach herrschender Auffassung keine Rechtswidrigkeit in sich schliesst. Es bleibt somit nichts anderes übrig, als ernstlich in Erwägung zu ziehen, ob durch Gegenmassnahmen auf dem Steuergebiet dieser übertriebenen Fiskalität begegnet und unseren Bemühungen mehr Nachdruck gegeben werden soll. Dass solche Mittel, über deren Zulässigkeit das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement sich in bejahendem Sinne ausgesprochen hat, aber auch eine gewisse Gefahr für die Ausgestaltung der beidseitigen Handelsbeziehungen in sich schliessen, darüber darf man sich keinen Täuschungen hingeben. Die Vereinbarung gewisser Rechtsnormen über die Aufteilung der Steuerkompetenzen würde dieser Gefahr vorbeugen und einem *dringenden* Bedürfnis unserer Industrie entsprechen.

längere Zeit kaum in die Lage kommen wird, solche umfassende Doppelbesteuerungsverträge abzuschliessen. Verträge aber, wie sie von einzelnen Kantonen bisher mit dem Ausland abgeschlossen wurden, können den Anforderungen, die an eigentliche Doppelbesteuerungsverträge gestellt werden müssen, schon wegen ihres beschränkten materiellen Vertragsinhaltes keineswegs genügen, ganz abgesehen davon, dass es jedem Kanton frei steht, ob er einem solchen Abkommen beitreten will oder nicht. /.../ (E 2001 (C) 2/6).

4. AS 1928, NF 44, S. 333ff.

Während somit solche Vereinbarungen dringend erwünscht sind, muss man demgegenüber berücksichtigen, dass es ausgeschlossen ist, in absehbarer Zeit mit Frankreich einen Doppelbesteuerungsvertrag abzuschliessen. Ein solches Abkommen bietet, sobald man sich nicht auf gewisse Fälle beschränkt, grosse Schwierigkeiten, weil Frankreich ein wesentlich anderes Steuersystem kennt als dasjenige, das den kantonalen Steuergesetzgebungen zu Grunde liegt. Die französischen Steuern sind im wesentlichen Sachsteuern, die an der Quelle erhoben werden, während die schweizerische Steuergesetzgebung vom System der allgemeinen Personalsteuer beherrscht wird, die das Subjekt für sein Vermögen und sein Einkommen an seinem Domizil zu erfassen sucht. Aus diesen grundsätzlichen Unterschieden werden sich erhebliche Schwierigkeiten für eine umfassende Beseitigung der Doppelbesteuerung ergeben.

Der Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens wird auch nicht dadurch erleichtert, dass in der Schweiz die Steuergesetzgebung den Kantonen zusteht. Es ist auch die Auffassung vertreten worden, dass der Bund nicht zuständig sei, Doppelbesteuerungsabkommen im eigenen Namen zu schliessen. Bei diesen Schwierigkeiten wird somit kaum erwartet werden können, dass es gelingen wird, in nächster Zeit ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich zustande zu bringen.

Die Neuordnung der Handelsbeziehungen zu Frankreich bietet nun vielleicht die Möglichkeit, dass in nächster Zukunft diejenigen Schutzbestimmungen vereinbart werden, deren der schweizerische Handel und die schweizerische Industrie bedürfen. Unseres Erachtens sollte diese Gelegenheit nicht versäumt und ein dahingehender Versuch gemacht werden.

Dass von Seiten der Kantone Einwendungen aus verfassungsrechtlichen Gründen erhoben werden, ist hier kaum zu befürchten, da sich die Abmachungen auf die Besteuerung von Handelsunternehmungen beschränken und die in Aussicht genommene Regelung mit dem kantonalen Steuerrecht im Einklang ist; ferner aber sind die Interessentenverbände mit dem Vorgehen einverstanden. In diesem Zusammenhange mag auch daran erinnert werden, dass der Bundesrat vor kurzem von einem Bericht des Eidgenössischen Finanzdepartementes, wonach nach der Bundesverfassung der Bund berechtigt, wenn auch nicht verpflichtet sei, auf steuerrechtlichem Gebiete im eigenen Namen Verträge mit dem Auslande abzuschliessen, in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen hat.

Das Eidgenössische Finanzdepartement hat Ihnen seinerzeit den Text zweier Artikel unterbreitet, denen wir ebenfalls zustimmen. Wenn dadurch auch nicht die Doppelbesteuerung der Handels- und Industrieunternehmungen im vollen Umfange beseitigt wird, so gewähren diese Bestimmungen doch den nötigsten Schutz vor fiskalischen Übergriffen seitens Frankreichs. Insbesondere würde es nicht mehr vorkommen, dass eine schweizerische Gesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verselbständigten Unternehmungen in Frankreich ebenfalls der französischen Steuerhoheit unterworfen wird.

Da die vorgeschlagene Ordnung auf Gegenseitigkeit beruht, so braucht man sie nicht als eine Konzession Frankreichs aufzufassen. Es mag darauf hingewiesen werden, dass im Niederlassungsvertrage, den Frankreich und Belgien am

6. Oktober 1927 abgeschlossen haben, eine ähnliche Bestimmung enthalten ist. Allerdings würden wir es vorziehen, wenn die vom Eidgenössischen Finanzdepartement beantragte Formulierung im Handelsvertrage Aufnahme finden könnte.

Wir möchten Sie daher nochmals bitten, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die vom Eidgenössischen Finanzdepartement über die Besteuerung der Filialen und der Handels- und Industrieunternehmungen vorgeschlagenen Bestimmungen im Handelsvertrage Aufnahme finden könnten⁵.

5. Vgl. dazu Nr. 485. – In der Folge versuchte die Schweiz auf dem Weg eines besonderen Vertrages zu einer Regelung der Doppelbesteuerung von Unternehmen zu gelangen. 1929 wurde schliesslich die Aufnahme von Verhandlungen über ein umfassendes Doppelbesteuerungsabkommen vereinbart. Vgl. GBer 1928, S. 72 und GBer 1929, S. 72.

371

E 2001 (C) 7/2

*Der Gesandte der Vereinigten Staaten von Amerika in Bern, H. R. Wilson,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*¹

S

Berne, 25 février 1928

Me référant à notre conversation d'hier soir relative à la possibilité de rédiger un accord bilatéral entre nos deux pays qui contiendrait peut-être une clause semblable en essence à l'article 435 du Traité de Versailles, j'ai étudié ledit article ce matin même, et j'y trouve les mots «tout en reconnaissant les garanties stipulées en faveur de la Suisse par les Traités de 1815».

Je vous serais très reconnaissant si vous vouliez bien charger quelqu'un de votre Département de me faire parvenir les traités de 1815 en cause. En outre, si vous avez connaissance d'une analyse ou d'une étude traitant de l'étendue des obligations vis-à-vis de la Suisse des Parties contractantes, j'attacherais du prix à la recevoir. Malheureusement la bibliothèque de la Légation fait défaut à cet égard, et c'est pour cette raison que je me permets de vous déranger ainsi.

1. *Bemerkung Mottas am Briefkopf: [...]* Dans une conversation que j'ai eue le 24 de ce mois avec M. Wilson, je lui ai expliqué que nos deux pays auraient pu conclure un traité de conciliation et d'arbitrage. A cette occasion on aurait pu tirer au clair la position des Etats-Unis à l'égard de la neutralité suisse telle qu'elle a été reconnue par le traité de Versailles. 27.2.28. – Vgl. auch Nr. 392, Anm. 1.

372

E 2001 (C) 5/9

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an die diplomatischen Vertretungen der Schweiz im Ausland*

*Kopie
Rundschreiben¹*

Berne, 28 février 1928

Le présent rapport a pour but de vous mettre au courant des diverses phases par lesquelles a passé, au cours des derniers mois, la question du transfert à Vienne du siège de la Société des Nations. Il n'est point aisé, au milieu d'informations parfois contradictoires, de démêler l'écheveau des divers intérêts en présence. Toutefois, nous fondant sur les renseignements que quelques-uns de nos représentants ont bien voulu nous fournir ainsi que sur les articles de la presse nous croyons pouvoir reconstituer ainsi le développement de l'affaire.

Une première constatation s'impose. C'est l'article VII, premier alinéa, du Pacte de la Société des Nations qui désigne Genève comme siège de la Société. Cependant, le deuxième alinéa ajoute immédiatement que «le Conseil peut, à tout moment, décider de l'établir en tout autre lieu». Le message du Conseil fédéral du 4 août 1919 concernant l'accession de la Suisse à la Société des Nations s'exprime à ce propos en ces termes: «Le texte désignant Genève n'est donc pas protégé contre toute modification par la clause de révision du Pacte et l'on n'est pas fondé à parler ici d'un droit spécial et contractuel de la Suisse et de la création, au profit de la Suisse, d'une situation juridique spéciale résultant du fait qu'elle abritera le siège de la Société.» Il importe de préciser ce point au moment d'aborder la question du transfert; car deux conséquences découlent immédiatement du deuxième alinéa de l'article VII, à savoir, premièrement, que, juridiquement du moins, le choix d'un nouveau siège pour la Société dépend du Conseil et, secondement, que sa décision devrait être prise à l'unanimité.

La presse a commencé à reprendre la question du siège au début du mois de novembre dernier. L'a-t-elle fait de son propre mouvement ou y a-t-elle été incitée? Nous trouvons, à ce sujet, deux indications dans les rapports des Légations de Suisse à Vienne et à Prague. Le 13 de ce mois, M. Jaeger nous écrivait que, dans une conversation qu'il avait eue avec le vice-président du Conseil fédéral d'Autriche, son interlocuteur lui avait déclaré qu'au début, la campagne de presse avait été déclanchée par M. Bénès. Et M. Bruggmann s'exprimait en ces termes à la date du 15: «Je ne puis me défendre de l'impression que l'attaque de la presse a été provoquée par des personnalités officielles au milieu desquelles des Tchécoslovaques pourraient bien aussi se trouver.»

Inspiré ou non, la campagne de presse a débuté, le 11 novembre, dans le «New York Times» par un article de M. Wythe Williams, président de l'associa-

1. Verteiler: Paris, Madrid, Rom, Bukarest, Wien, Warschau, Stockholm, Berlin, Brüssel, Washington, Rio de Janeiro, Den Haag, Belgrad, Athen, Prag, Tokio, London, Buenos Aires, Konstantinopel sowie Generalkonsulate Montreal und Shanghai.

tion internationale des journalistes accrédités auprès de la Société des Nations. M. Williams écrivait de Vienne, où il s'était rendu, qu'un comité allait se fonder dans la capitale autrichienne, qu'il comprendrait de nombreux personnages influents et travaillerait à réaliser le transfert de la Société des Nations à Vienne, où le Secrétariat général et le Bureau international du Travail pourraient s'installer dans la partie de la Hofburg construite par l'archiduc François-Ferdinand.

Très vite, l'article de M. Williams éveilla des échos. Celui des journalistes qui se distinguait également par son empressement à soutenir la thèse du transfert était M. André Glarner, correspondant à Genève de l'«Exchange Telegraph» et secrétaire général de l'association présidée par M. Williams. La presse autrichienne se montrait particulièrement friande de nouvelles relatives au déplacement et elle leur consacrait de nombreux commentaires.

Jusqu'à la fin de l'année, le Département ne s'est cependant pas laissé impressionner par toutes ces rumeurs. Il attribuait la campagne de MM. Williams et Glarner à quelque mauvaise humeur à l'égard de Genève, ville qui n'offre pas les distractions d'une grande capitale. On savait aussi M. Williams monté contre la Suisse ensuite, notamment, d'un incident survenu à son arrivée. Venu à Genève en automobile, il s'était attendu à ce que sa qualité de correspondant de presse pour les questions de la Société des Nations le dispensât des droits d'entrée sur sa voiture.

Mais ce qui contribuait particulièrement à tranquilliser le Département, c'était trois interventions destinées à maintenir notre confiance. La première avait été effectuée par le Ministre d'Autriche. De retour d'un séjour à Vienne, il était venu nous donner l'assurance, de la part du Chancelier fédéral lui-même, que le Gouvernement autrichien se refuserait à aborder le sujet du transfert aussi longtemps que la question ne serait pas soulevée par le Conseil de la Société des Nations, seul compétent. Secondement, à l'issue de la session du Conseil du mois de décembre, Sir Eric Drummond avait chargé son collaborateur M. de Montenach de nous confirmer les sentiments amicaux de la plupart des membres du Conseil ainsi que des hauts fonctionnaires du Secrétariat général. Enfin, le Ministre de Colombie, qui représente son pays au Conseil, nous dit avoir remporté de la session l'impression que ses collègues ne songeaient pas à déplacer le siège. Mgr Seipel répondait, du reste, au même moment, à une question de la commission du budget du Conseil national autrichien, dans le sens dans lequel le Ministre d'Autriche à Berne s'était exprimé.

Par ailleurs, les travaux relatifs à l'établissement définitif à Genève des organes permanents de la Société des Nations se poursuivaient normalement. Le comité chargé par la huitième Assemblée de choisir l'un des neuf projets de palais des Assemblées et de Secrétariat général qui avaient obtenu un premier prix s'était réuni au début de novembre; il avait fait étudier les plans par des spécialistes, s'était retrouvé à Genève à la mi-décembre et avait pris une décision.

La question entra dans sa deuxième phase avec l'année nouvelle. Le 9 janvier, Mgr. Seipel, au cours de sa réception diplomatique bimensuelle, déclara à notre Ministre que le problème du transfert n'était plus aussi anodin que précédemment et que, du côté de l'Italie, de la Pologne et de la Tchécoslovaquie, on l'en avait entretenu. Il ajouta qu'il se refusait à considérer la Société des Nations comme un

cirque ambulante, que les intérêts touristiques de l'Autriche ne sauraient être déterminants et que toute la question relevait de la politique.

M. Jaeger chercha à apprendre si c'était les Ministres d'Italie, de Pologne et de Tchécoslovaquie qui avaient abordé le sujet avec le Chancelier, quand ils l'avaient fait et s'ils avaient agi sur instructions. Ses observations l'ont amené à admettre que les entretiens dataient du matin même, que c'était bien ses collègues qui avaient parlé et qu'ils étaient intervenus d'accord avec leur Gouvernement.

Les propos de Mgr Seipel, quoique glissés plutôt en passant, exigeaient que le Département se montrât vigilant. Le Ministre de Suisse à Vienne fut chargé de prêter la plus vive attention au problème et autorisé à déclarer que le Conseil fédéral considérerait tout acte tendant à priver Genève du siège de la Société des Nations comme nettement inamicale, qu'il n'y avait aucune raison d'infliger à Genève et, par Genève, à la Confédération suisse tout entière, une semblable humiliation. Nous ajoutons que le transfert du siège de Genève à Vienne serait contraire, non à la lettre, mais à l'esprit du Pacte; car il ne pourrait guère avoir que cette explication: la tendance des vainqueurs à maintenir sans changement les résultats de la guerre consacrés par les traités.

On s'imagine, écrivions-nous encore, que le transfert du siège à Vienne empêchera le rattachement de l'Autriche à l'Allemagne. Nous-mêmes n'avons aucun intérêt à ce rattachement. Nous l'avons montré en participant activement à l'œuvre de reconstruction de l'Autriche. Mais nous pensons que l'établissement du siège serait un bien faible obstacle à opposer à l'«Anschluss». M. Jaeger avait encore pour mission de faire savoir au Chancelier fédéral que ses propos nous avaient été rapportés, que nous ne doutions pas de son amitié à notre égard, mais que le Conseil fédéral suivrait l'affaire avec attention et s'opposerait de toutes ses forces à un coup qui atteindrait le prestige de la Confédération.

Entre temps, M. Jaeger avait vu le Secrétaire général du Ministère des Affaires étrangères. La manière dont M. Peter envisageait les choses lui parut bien correspondre à la façon de voir du Chancelier et du Gouvernement fédéral. Dans un rapport du 2 février, notre Ministre nous écrivait ce qui suit: Cela m'a intéressé d'entendre le Secrétaire général. Comme il s'est servi des expressions «cirque ambulante» et «intérêts touristiques», je dois admettre qu'il était au courant des intentions du Chancelier. Or il pensait que, si quelqu'un demandait à l'Autriche de prendre une initiative, la réponse serait négative. Les excellentes relations qui unissent la Suisse et l'Autriche lui paraissaient interdire à son pays toute autre attitude que celle, loyale selon lui, qu'il avait adoptée. Si certaines puissances voulaient agir, elles devaient le faire elles-mêmes, à Genève, au Conseil de la Société des Nations. Alors seulement, le moment serait venu pour Vienne de se préoccuper du problème.

Un passage de la déclaration faite le 9 janvier par Mgr Seipel nous avait particulièrement frappés: c'est celui où le Chancelier fédéral prétend que, du côté de l'Italie, on avait abordé la question du transfert. Nous voulûmes en avoir le cœur net et chargeâmes le Ministre de Suisse à Rome de demander une audience à M. Mussolini. M. Wagnière devait nettement représenter au Chef du Gouvernement italien qu'une attitude de l'Italie favorable au transfert de la Société des

Nations à Vienne serait ressentie douloureusement par le peuple suisse et le Conseil fédéral. Notre Ministre à Rome put s'acquitter de sa mission le 13 de ce mois. La réponse de M. Mussolini fut la suivante: «Les bruits du transfert du siège ont pris naissance à la suite d'articles d'un journaliste américain. J'en ai eu connaissance, et je connais tous les motifs qui pourraient sembler favorables à Vienne. Mais Genève offre des avantages incomparables, étant, beaucoup plus que Vienne, à l'abri des intrigues politiques et particulièrement balkaniques. (Il a beaucoup insisté sur le danger du voisinage des Balkans.)

Aucune démarche n'a été entreprise en faveur de ce transfert. La première personne ayant une qualité officielle qui m'en a parlé est M. Schuller, le délégué autrichien bien connu, qui est venu me voir, il y a une quinzaine de jours, pour me remercier, de la part de Mgr Seipel, du prêt que nous avons consenti à l'Autriche et de la suppression du contrôle militaire. Au cours de la conversation, il a abordé la question du transfert, sans prendre parti. Je sais, en effet, que ce transfert serait envisagé en particulier par la Tchécoslovaquie, et principalement par M. Bénès, comme un «zuccherino» à donner à l'Autriche. Il y a des gens qui s'imaginent que l'on pourrait ainsi empêcher l'«Anschluss».

En ce qui me concerne, je ne prêterais pas les mains, comme je l'ai déclaré à Schuller, à cette opération, en premier lieu par égard pour la Suisse, ensuite, parce que je la juge tout à fait défavorable au but poursuivi. C'est ma conviction, que j'ai toujours soutenue; je n'ai donc ordonné et encouragé aucune démarche quelconque dans le sens que vous dites. Du reste, il ne doit pas y avoir eu de démarches officielles quelconques. Ce sont des bruits qui courent et vous ne devez pas vous en préoccuper.»

M. Jaeger nous avait déjà informés, le 3 février, que celui de ses collègues qui semblait pousser le plus activement au transfert était le Ministre de Tchécoslovaquie. Le 7, le Chargé d'Affaires de Suisse à Prague nous rendait compte d'une conversation qu'il avait eue avec le Directeur de la Section politique au Ministère des Affaires étrangères. M. Krofta s'était exprimé en ces termes: «Il s'agit probablement d'une tentative de pression sur le Gouvernement suisse que l'on amènerait par là à se montrer plus libéral en matière de privilèges diplomatiques. La Tchécoslovaquie est extrêmement intéressée au transfert du siège à Vienne, car l'Autriche s'en trouverait en quelque sorte neutralisée. La Tchécoslovaquie, qui est entourée d'Allemands, doit favoriser tout effort tendant à les empêcher de s'unir.» Le 18, M. Wagnière nous rapportait un propos du nouveau Ministre de Monaco à Rome. Ce diplomate, qui arrivait de Prague, affirmait que l'idée du transfert était soutenue par M. Bénès, qui se montrait très enthousiaste de l'idée. Enfin, M. Rufenacht nous faisait part de ces déclarations recueillies à l'Office allemand des Affaires étrangères.

Mgr Seipel a mis très adroitement son affaire en scène. L'Office allemand des Affaires étrangères a envisagé sans enthousiasme la visite à Vienne du Chancelier d'Empire et du Ministre des Affaires étrangères. Bien que ce voyage dût, soi-disant, revêtir un caractère tout à fait officieux, il fallait cependant s'attendre à ce qu'il fournît l'occasion d'entretiens politiques, ce qui n'était, à ce moment-là, pas du tout à souhaiter. Effectivement, Mgr Seipel a posé aux visiteurs des questions

précises. D'abord, il a proposé une union douanière. Quand on lui en eut signalé les impossibilités présentes, il souhaita de connaître le point de vue du Gouvernement allemand dans la question du rattachement. On lui répondit que l'opération se heurterait, actuellement, à une interdiction, que l'Allemagne avait, pour l'instant, d'autres préoccupations en matière de politique étrangère et qu'elle désirait que le développement de la question suivit simplement son cours. Mgr Seipel sollicita alors, en faveur de l'Autriche, un secours tout au moins d'ordre économique. Comme la situation de l'Allemagne s'opposait à ce qu'on le lui promît, Mgr Seipel constata alors que l'Autriche n'avait aucun appui à attendre de l'Allemagne et qu'il fallait donc qu'elle se protégeât elle-même. Craignant un coup de main de la part de la Yougoslavie, qui aurait pour conséquence une intervention italienne, l'Autriche se sentirait plus en sécurité si la Société des Nations avait son siège à Vienne. Mais, comme les Puissances ne toléreraient pas la présence de la Société des Nations en Allemagne, il fallait donc que l'on renonçât définitivement à l'idée du rattachement. Il fallait plus encore. Vienne devrait être neutralisée; des troupes seraient nécessaires pour protéger la Société des Nations et l'Etat siège. Le reste de l'Autriche serait annexé à d'autres pays, à la Bavière surtout.

A Berlin, on ne croit pas non plus que la récente visite de Mgr Seipel à Prague ne soit qu'une réminiscence de son activité professorale.

Un haut fonctionnaire de l'Office des Affaires étrangères considère d'emblée comme erronée l'idée suivant laquelle la Société des Nations pourrait éviter un conflit armé si elle avait son siège près de la zone dangereuse. Semblable mesure serait analogue à celle qui consisterait à transférer un grand quartier général sur le front, où il risquerait d'être submergé. Il est d'avis que la Suisse, pays central et Etat neutre par excellence, est le siège le plus indiqué et que la Société ne saurait être transférée sans motifs absolument péremptoires. Telle est également l'opinion de M. Stresemann, et il y a lieu de croire que la Grande-Bretagne ne consentirait pas à un déplacement.

Comme le dit fonctionnaire relevait, en manière de conclusion, que le transfert lui paraissait très peu vraisemblable et que M. Rüfenacht cherchait à résumer la situation en disant que l'Allemagne et la Grande-Bretagne voteraient donc contre, le premier fit des réserves. Ce qu'il avait dit de la Grande-Bretagne n'avait que la valeur d'une opinion et, d'autre part, la manière rapide et souvent changeante dont M. Stresemann prendrait ses déterminations ne permettait pas de prédire sûrement son attitude au moment décisif. Si, par exemple, l'Allemagne devait se trouver isolée, il ne lui serait guère loisible de s'opposer, seule, à un transfert.

M. Gaus, directeur ministériel et l'un des délégués allemands à la Société des Nations, s'est montré, devant M. Rüfenacht, adversaire déclaré d'un déplacement, aussi bien pour des considérations d'ordre allemand que par égard pour la Suisse et parce que, du point de vue de la Société des Nations, aucun argument sérieux ne milite en faveur du transfert, tandis que de nombreuses raisons s'y opposent. Le sous-secrétaire général allemand de la Société des Nations, M. Dufour-Féronce, partage aussi cette manière de voir.

Résumée, l'affaire semble se présenter ainsi: Dès le début, le foyer de l'intrigue se trouve à Prague. Ce fait est confirmé par des renseignements concordants de

Prague, de Rome et de Vienne. Opposer un obstacle de plus au rattachement de l'Autriche à l'Allemagne, tel est le but poursuivi par M. Bénès. La Tchécoslovaquie trouve auprès du Chancelier fédéral d'Autriche une certaine résistance, qui se transforme progressivement en passivité, puis en complaisance. L'action concertée de Prague et de Vienne ne semble cependant guère s'être étendue au-delà. L'Allemagne s'est montrée plutôt opposée et l'Italie fort catégorique. On est donc en droit de considérer que, toute surprise réservée, le coup a fait long feu.

A l'ordre du jour de la session du Conseil qui s'ouvrira le 5 mars, figure la question du futur palais des Assemblées et du nouveau Secrétariat général. Il semble que les architectes désignés par le Comité des cinq aient mis au point le projet choisi, celui de MM. Nénot et Flegenhaimer. Si le Comité les accepte sous leur forme révisée, les plans pourront être soumis au Conseil dans quelques jours. La décision du Conseil une fois prise, on peut bien espérer que la question du siège se trouvera, sinon définitivement résolue, – car juridiquement elle ne le sera jamais, – du moins soustraite à toute autre considération que celles absolument péremptoires qui pourraient rendre un transfert nécessaire.

373

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 5. März 1928

Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich

Geheim

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 3. März 1928

Die Verhandlungen, die seit dem 16. Februar in Paris über den zweiten Teil des schweizerisch-französischen Handelsvertrages geführt worden sind¹, haben bisher einen ziemlich schleppenden Verlauf genommen. Es lag dies u. a. darin begründet, dass der Chef der französischen Delegation in den zahlreichen Sitzungen der beiden Kammern des französischen Parlamentes die verschiedenen Handelsverträge und das «additif douanier» zu vertreten hatte und dass er überdies noch

1. Die Instruktionen für die schweizerische Delegation wurden vom Bundesrat am 17.2.1928 festgelegt (E 1005 2/3). Sie beinhalteten die folgenden allgemeinen Punkte:

a. *Begehren zum französischen Tarif*: Die im Additif vorgesehenen Positionen haben für die schweizerische Volkswirtschaft keine ausserordentliche Bedeutung. Immerhin sind darin eine grössere Zahl von Positionen enthalten, die im Interesse des schweizerischen Exports teilweise nicht unbeträchtlich ermässigt werden sollten. [...]

b. *Französische Begehren zum schweizerischen Tarif*: In erster Linie ist die Delegation zu ermächtigen, in dieser Etappe nunmehr Frankreich alle diejenigen *Bindungen* schweizerischer Gebrauchszölle zu gewähren, die bisher mit Rücksicht auf die noch kommenden Verhandlungen zwar nicht abgelehnt, aber doch zurückgestellt worden sind. [...]

c. *Vertragstext*: Es soll in dieser zweiten Verhandlungsetappe auch versucht werden, wenn immer möglich, über einen neuen Vertragstext mit Frankreich zu einer Einigung zu gelangen. [...]

gleichzeitig Verhandlungen mit Italien führen muss. Zudem bot die rechtzeitige Ratifikation des ersten schweizerisch-französischen Abkommens vom 21. Januar 1928 bekanntlich sehr beträchtliche Schwierigkeiten, zu deren Überwindung die beiden Delegationschefs geraume Zeit in Anspruch nehmen mussten. Das genannte Abkommen vom 21. Januar ist nun, gemeinsam mit den Verträgen Frankreichs mit Italien und Deutschland, sowie mit dem «additif douanier» am 2. März endgültig von Kammer und Senat ratifiziert worden, sodass der Austausch der Ratifikationsurkunden am 3. erfolgen kann. Gemäss Notenwechsel vom 25. Februar 1928 wird das Abkommen rückwirkend auf den 25. Februar in Kraft gesetzt.

Materiell stand im Zentrum der Verhandlungen über den zweiten Teil des Abkommens die Stickerei. Die schweizerische Delegation hat dabei in ständigem Kontakt mit einer vierköpfigen Delegation aus St. Gallen gearbeitet und bisher nicht unwesentliche Erfolge erzielt, Erfolge, die allerdings noch nicht zu einem annehmbaren Resultat geführt haben. [...]

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Frankreich nach sehr starkem Widerstand die grundsätzliche schweizerische Forderung eines Einheitszolles für die verschiedenen Stickereiarten angenommen hat, während bekanntlich bisher die Verzollung des Gewebes einerseits mit einem Stickereizuschlag andererseits vorgenommen wurde. Diese grundsätzliche Änderung bedeutet eine sehr erhebliche Erleichterung für unsern Stickerelexport.

Mit Rücksicht auf die die sehr grosse Bedeutung des Modezentrums Paris für den Absatz der schweizerischen Stickerei muss unter allen Umständen eine weitere erhebliche Herabsetzung der französischen Stickereizölle durchgesetzt werden. Die schweizerische Delegation ist deshalb dahin zu instruieren, der französischen Regierung in aller Form mitzuteilen, dass für die Schweiz ein Abkommen unannehmbar wäre, welches höhere Stickereizölle vorsehen würde als sie in den verschiedenen in letzter Zeit abgeschlossenen schweizerischen Handelsverträgen festgelegt sind. Die Durchsetzung dieses Postulates führt dazu, dass Frankreich bestickte Gewebe zu einem niedrigeren Zoll wird zulassen müssen als unbestickte baumwollene Gewebe. Dies bietet selbstverständlich französischerseits erhebliche Schwierigkeiten. Trotzdem sind wir mit unserer Delegation der Meinung, dass schweizerischerseits an der erwähnten Forderung unter allen Umständen festgehalten werden muss.

[...]

Das zweite wichtige Gebiet der gegenwärtigen Verhandlungen betrifft die baumwollenen Garne und die Baumwollgewebe. Seit langer Zeit erhebt Frankreich hier ausserordentlich übersetzte Zölle, trotzdem die französische Baumwollindustrie immer mehr zu einer Exportindustrie geworden ist. Schon das Projekt Bokanowski hatte deshalb eine Ermässigung dieser Ansätze um ca. 15–28% vorgesehen, eine Ermässigung, die aber, da sie im «additif douanier» nicht aufgenommen wurde, bis jetzt nicht in Kraft gesetzt worden ist. Die schweizerische Delegation hat bedeutend weitergehende Herabsetzungen verlangt. Noch in der letzten Sitzung ist französischerseits erklärt worden, dass man bereit sei, der Schweiz die vorgesehenen Herabsetzungen vertraglich einzuräumen, dass aber

eine Reduktion unter die Ansätze des Projektes Bokanowski vollständig abgeschlossen sei. Der Chef der schweizerischen Delegation hat hierauf dem französischen Handelsminister in aller Form mitgeteilt, dass sich die Schweiz mit diesem Bescheide unmöglich zufrieden geben könne und auf weitem Herabsetzungen beharren müsse. Er ist so weit gegangen, den Abbruch der Verhandlungen in Aussicht zu stellen, falls auf diesem Gebiet, sowie auf der Stickerei nicht wesentlich mehr, als bisher angeboten wurde, gewährt werden könne. Es ist ihm schliesslich zugesagt worden, dass man bereit sei, für besonders feine Baumwollgewebe, an deren Export die Schweiz namentlich interessiert ist, weitere Reduktionen zuzugestehen. Eine ganz allgemeine Herabsetzung der ganzen grossen Kategorie der Baumwollgarne und -gewebe dagegen könne unmöglich in Frage kommen.

Der schweizerischen Delegation muss Instruktion gegeben werden, für einzelne Arten von Baumwollgeweben, sowie für Baumwollzwirn nachdrücklich auf weitem Ermässigungen zu beharren, dagegen schliesslich auf die geforderte umfassende Herabsetzung aller Baumwollpositionen zu verzichten. Dagegen hätte sie zu versuchen, auch eine Herabsetzung der Druckzuschäge für Baumwollgewebe durchzusetzen, welche Herabsetzung besonders im Interesse der glarnerischen Druckindustrie liegt.

Weitere Schwierigkeiten liegen vor bei wollenen und seidenen *Wirkwaren*. Soweit diese aus Wolle hergestellt werden, sind französische Herabsetzungen nach den bisherigen Erklärungen zu erwarten, wogegen bei seidenen Wirkwaren die Aussichten schlecht sind. Hier muss schweizerischerseits das herausgeholt werden, was möglich ist, ohne dass daraus eine Schicksalsfrage für den Abschluss des Vertrages gemacht werden darf.

[...]

Was die *französischen Gegenforderungen* betrifft, so sind dieselben in letzter Stunde in einer neuen Liste zusammengefasst worden. Diese bietet aber gegenüber den bisherigen französischen Begehren keine Abweichungen von wesentlicher Bedeutung, so dass sie gemäss den bisherigen Instruktionen behandelt werden können.

Hinsichtlich des *allgemeinen Teiles des Vertrages* ist schweizerischerseits ein vollständiger Entwurf² ausgearbeitet und der französischen Delegation übergeben worden. Er bildete Gegenstand einlässlicher Besprechungen zwischen den beiden Delegationen. Dabei wurde festgestellt, dass noch sehr erhebliche Meinungsdivergenzen bestehen, so dass eine Einigung in kurzer Zeit unmöglich ist. Diese Frage muss für eine dritte Verhandlungsetappe zurückgelegt werden; vorläufig wird der heutige Vertragstext, der nun seit 22 Jahren in Kraft ist, noch einige Monate weiter Geltung haben.

Voraussichtlich wird es kaum möglich sein, das gegenwärtig zur Verhandlung stehende zweite Abkommen mit Frankreich noch durch das jetzige französische Parlament ratifizieren zu lassen. Es muss deshalb damit gerechnet werden, dass dieses Abkommen französischerseits durch die neue Kammer, welche Anfangs

2. Dieser Entwurf wurde dem Bundesrat am 17.2.1928 vorgelegt. Kopie in: E 2001 (C) 2/6.

Juni zusammentreten wird, zu ratifizieren ist, so dass die Inkraftsetzung erst etwa auf 1. August möglich sein wird. Es wird dies dem Bundesrat erlauben, den zweiten Teil des Abkommens gemeinsam mit dem Vertrag vom 21. Januar in der Junisession den eidgenössischen Räten vorzulegen³.

Antragsgemäss wird *beschlossen*:

Von vorstehenden Ausführungen wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen und diese sind der schweizerischen Delegation als Instruktion zu übermitteln.

3. Das *Ergänzungsabkommen* (Text in: BBl 1928, I, S. 786ff.) wurde am 11.3.1928 in Paris unterzeichnet und trat am 15.4.1928 in Kraft. Vgl. auch *BR-Botschaft vom 19.3.1928*, in: BBl 1928, I, S. 645ff. Zu den *Verhandlungen der eidgenössischen Räte* vgl. *NR-Protokoll vom 22.3.1928* (E 1001 (C) d1/267, S. 195ff.) und *StR-Protokoll vom 16.3.1928* (E 1001 (D) d1/199, S. 36f.).

374

E 1004 1/309

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 5. März 1928

374. Convention d'établissement et de commerce entre la Suisse et la Perse

Département politique. Proposition du 27 février 1928

Par lettre du 10 mai 1927¹, le ministère des affaires étrangères de Perse informa le chargé d'affaires de France à Téhéran de la décision du gouvernement persan de dénoncer, pour le 10 mai 1928, le traité d'amitié et de commerce intervenu, le 23 juillet 1873, entre la Suisse et la Perse² et de son désir de conclure avant ce terme un nouveau traité avec la Suisse. Une communication analogue a été faite à la même date à tous les Etats auxquels la Perse est liée par des traités contenant des clauses capitulaires.

Le traité d'amitié et de commerce entre la Suisse et la Perse avait été conclu pour une durée de douze années. Il est entré en vigueur le 27 octobre 1874, de sorte que, depuis le 27 octobre 1886, il ne subsiste plus que par tacite reconduction. Aux termes de son article 8, chacune des parties a le droit de le dénoncer en tout temps moyennant avertissement un an à l'avance. La légation de France à Téhéran, chargée de la gérance du consulat de Suisse en Perse, était qualifiée pour recevoir l'avis de dénonciation. La démarche faite par le gouvernement persan apparaît donc comme régulière à la forme et inattaquable en droit, de sorte que la dénonciation du traité d'amitié et de commerce entre la Suisse et la Perse doit être tenue pour acquise pour le 10 mai 1928.

1. Nr. 307.

2. AS 1874-75, NF 1, S. 196ff.

Avant d'examiner de quelle façon ce traité pourrait être remplacé, le département politique a désiré connaître l'attitude des grandes puissances à l'égard de la dénonciation générale, par le gouvernement persan, de tous les traités capitulaires conclus par la Perse. Les investigations faites à cet effet avec le concours de nos légations à Paris, à Londres et à Rome lui ont permis d'apprendre qu'après avoir tenté d'établir une unité de front, les puissances capitulaires y ont renoncé. Chacune d'elles a repris sa liberté d'action et défendra à sa guise ses intérêts en Perse.

Le jour de Noël, une dépêche Havas, d'allure officieuse, publiait que «la France a accepté, en principe, de modifier et même de supprimer le régime des capitulations en Perse, mais qu'elle ne saurait accepter que ses nationaux fussent placés dans une situation inférieure à celle des ressortissants d'autres pays».

Les choses en étant là, le moment paraît venu, pour la Suisse aussi, de prendre position à l'égard des ouvertures du gouvernement persan touchant la conclusion d'un nouveau traité d'amitié et de commerce dont les clauses capitulaires seraient éliminées. Il y a, en effet, un certain intérêt politique à ce que notre pays ne soit pas le dernier à prêter les mains à une réforme qui paraît aujourd'hui inévitable et à laquelle le gouvernement persan attache naturellement la plus grande importance.

Il faut, sans doute, exclure la possibilité, pour notre pays, qui n'a en Perse que des intérêts minimes, de préciser lui-même le système judiciaire qui devrait servir de transition entre le régime des capitulations et l'assimilation complète des étrangers aux indigènes. Il semble donc qu'à l'exemple de la France elle-même, il faudrait se contenter d'obtenir, sur ce point, le traitement de la nation la plus favorisée. On éprouverait, cependant, certains scrupules à conclure définitivement un accord sur cette base avant qu'il fût matériellement possible de connaître quel sera le régime juridictionnel applicable, en Perse, aux étrangers les mieux traités et à renoncer d'avance à toute possibilité de discussion au cas où ce régime s'avérerait insupportable.

Il paraît, dans ces conditions, que le meilleur moyen de donner au gouvernement persan une preuve de nos dispositions conciliantes, sans nous voir prématurément entraînés à conclure un accord abrogeant le régime des capitulations, consisterait à proposer au gouvernement persan, comme base de négociations, un projet de convention d'établissement et de commerce entre la Suisse et la Perse d'un type entièrement nouveau, dont l'examen à Téhéran exigeât un certain laps de temps. Le traité d'amitié et de commerce du 23 juillet 1873 est un peu vieilli dans beaucoup de ses clauses et il ne peut être mauvais de le remplacer par un accord d'un type plus moderne. Au pis aller, si les négociations d'un nouvel accord ne pouvaient être terminées avant le 10 mai, nous conserverions la faculté de demander qu'à titre tout à fait provisoire, le traité de 1873 fût maintenu en vigueur jusqu'à l'achèvement des négociations, son article 5 étant remplacé par la clause générale de la nation la plus favorisée.

D'entente avec les départements fédéraux de justice et police et de l'économie publique, le département politique a élaboré, dans cet esprit, un projet de convention d'établissement et de commerce entre la Suisse et la Perse³, basé sur la clause

3. E 1004 1/309, Nr. 374.

de la nation la plus favorisée, pour la rédaction duquel il s'est inspiré tant du projet-type de convention d'établissement et de commerce établi en 1926⁴ de concert avec les départements de justice et police et de l'économie publique que de la convention d'établissement et de protection juridique conclue entre la Suisse et la Grèce, le 7 décembre 1927⁵. L'article 4 a été spécialement rédigé de façon à prévoir le traitement de la nation la plus favorisée dans le domaine juridictionnel et administratif sans laisser place à aucune équivoque et sans avoir à insister plus que de raison sur ce point délicat⁶.

Conformément à la proposition déposée, le Conseil *arrête*:

1) Il est pris acte de la dénonciation par le gouvernement persan, pour le 10 mai 1928, du traité d'amitié et de commerce conclu, le 23 juillet 1873, entre la Suisse et la Perse;

2) le projet de convention d'établissement et de commerce entre la Suisse et la Perse présenté par le département politique est approuvé;

3) le département politique est chargé d'entrer en négociations avec la légation de Perse à Berne pour conclure, sur la base de ce projet, un accord destiné à remplacer le traité de 1873 dénoncé.

4. Die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes brachte im November 1925 einen Entwurf zu diesem Mustervertrag dem Politischen Departement und dem Justiz- und Polizeidepartement zur Vernehmlassung. Es handelte sich dabei um einen Handelsvertrag, auf der Basis der gegenseitigen Meistbegünstigung, ergänzt durch Bestimmungen über Rechtsschutz und Konsularwesen. Anfangs 1926 gelangten die beteiligten Departemente zu einer Einigung über den Inhalt des Projet-type. Akten in: E 2001 (D) 1/25 und E 13 (B)/1.

5. AS 1928, NF 44, S. 808ff.

6. Art. 4 des Entwurfs lautet:

Les ressortissants de chacune des Parties contractantes jouiront, pourvu qu'ils se conforment aux lois et règlements du pays, d'une protection et d'une sécurité complètes relativement à leurs personnes et à leurs biens. Ils bénéficieront, pour tout ce qui concerne l'administration de la justice tant civile que pénale et l'application des sanctions judiciaires, ainsi que dans leurs rapports avec les Autorités administratives, des mêmes droits et privilèges que les ressortissants de la nation la plus favorisée. Ils auront, notamment, libre accès, soit comme demandeurs, soit comme défendeurs, auprès de toutes les instances judiciaires et administrations et ils jouiront de la faculté de choisir eux-mêmes, pour la sauvegarde de leurs intérêts, des avocats ou mandataires dûment autorisés en vertu des lois du pays (E 1004 1/309, Nr. 374).

375

E 1004 1/309

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 5. März 1928*373. Traité d'amitié et de commerce entre la Suisse
et les Etats-Unis d'Amérique

Département politique. Proposition du 3 février 1928

Département de l'économie publique. Corapport du 16 février 1928

Département politique. Corapport du 23 février 1928¹

Par décision du 9 octobre 1923, le Conseil fédéral a pris acte des ouvertures faites par le ministre des Etats-Unis d'Amérique à Berne touchant la conclusion, entre la Suisse et les Etats-Unis, d'un accord destiné à remplacer le traité d'amitié et de commerce, du 25 novembre 1850, encore en vigueur entre les deux pays et s'est déclaré prêt à entrer en négociations à cet effet. Cette décision fut communiquée le jour même à M. Grew.

Par note du 28 octobre 1926², la légation des Etats-Unis d'Amérique à Berne a remis au département politique un projet de traité d'amitié, de commerce et consulaire, destiné à servir de base de discussion. Ce projet a été aussitôt soumis à l'examen des divers services fédéraux intéressés. L'étude attentive à laquelle il a été procédé a conduit à la conclusion qu'un grand nombre de stipulations du projet américain ne pourraient être acceptées sans amendement et qu'il serait préférable de négocier et de conclure séparément avec la légation des Etats-Unis à Berne deux accords distincts: l'un ayant trait au statut juridique et aux privilèges consulaires, qui concerne plus spécialement le département politique et le département de justice et police, l'autre touchant les questions commerciales, qui est du ressort du département de l'économie publique. Cette procédure, qui a l'avantage de ne pas lier ensemble des matières fort différentes, est conforme à la pratique internationale actuelle, le département politique croit pouvoir admettre qu'elle rencontrera l'agrément du gouvernement des Etats-Unis.

D'entente avec le département de justice et police et, pour le protocole final, avec le département de l'économie publique, le département politique a élaboré, en conséquence, le projet ci-joint³ de traité d'amitié, de protection juridique et consulaire entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique.

Ce projet appelle les observations suivantes:

[...]

Protocole final. Le projet du département politique portait primitivement que «ni l'une ni l'autre des Parties contractantes ne saurait invoquer la clause de la nation la plus favorisée pour réclamer, soit le bénéfice des avantages qu'un Etat

1. *Diese drei Dokumente in:* E 2001 (C) 3/12.

2. E 2001 (C) 3/12.

3. *Nicht abgedruckt.*

tiers aurait obtenus à raison d'une sentence arbitrale ou judiciaire internationale». Il a semblé au département de l'économie publique que cette disposition était formulée d'une manière trop catégorique⁴. Elle paraît avoir été prévue, exposa-t-il, pour tenir compte de considérations d'ordre fiscal. Sur ce point, elle consacre le bien-fondé de l'attitude d'une puissance étrangère qui, contrairement à la demande qui lui avait été faite, refusa de faire bénéficier la Suisse, en vertu de la clause de la nation la plus favorisée, d'une sentence arbitrale rendue contre elle dans un différend fiscal avec un autre Etat. Les raisons pour lesquelles le gouvernement suisse abandonnerait, expressément et sur toute la ligne, un point de vue qu'il n'a pu faire triompher sur un point particulier devraient, semble-t-il, être exposées. Cela d'autant plus que la question de principe de savoir si le bénéfice de la clause de la nation la plus favorisée s'étend aux avantages résultant d'une sentence arbitrale ou judiciaire internationale mériterait un examen approfondi. En matière commerciale, en tous cas, le département de l'économie publique n'hésiterait pas à soutenir l'affirmative et à revendiquer ce bénéfice. Dans ces conditions, il paraîtrait préférable, soit de ne pas mentionner cette question délicate dans le protocole, soit, au moins, de rédiger la stipulation en cause de telle manière que la renonciation qu'elle prévoit ne puisse être invoquée uniquement et exclusivement que dans les domaines faisant l'objet du traité d'amitié, de protection juridique et consulaire.

La doctrine du droit des gens pose en principe qu'un arbitrage ne déploie ses effets qu'entre les Parties litigantes⁵. On peut se demander, cependant, si, lorsqu'une sentence judiciaire ou arbitrale a fixé l'interprétation qu'il convient de donner à un engagement contractuel intervenu entre deux Etats, les Etats bénéficiant de la clause de la nation la plus favorisée ne peuvent se prévaloir de l'interprétation qu'une décision impartiale a déclarée seule juste.

En attendant que le perfectionnement du droit international fournisse sur ce point une solution incontestable, le seul moyen d'éviter l'incertitude consisterait à le trancher empiriquement par des stipulations expresses à insérer dans les accords basés sur la clause de la nation la plus favorisée. Mais on peut légitimement hésiter avant de décider s'il convient de le faire dans le sens de l'affirmative ou de la négative.

Admettre que les avantages résultant de sentences arbitrales pourront être revendiqués en vertu de la clause de la nation la plus favorisée nous permettrait de bénéficier utilement de la solution qu'un autre Etat ayant des intérêts analogues aux nôtres aurait réussi à obtenir, par une procédure judiciaire ou arbitrale, d'un pays nous accordant le traitement de la nation la plus favorisée. Il n'y aurait aucun motif péremptoire de nous priver de cet avantage si la solution judiciaire ou arbitrale des différends internationaux était de règle dans les relations entre tous les Etats. Nous courrions le risque, peut-être, d'être entraînés parfois à aller plus

4. Das Protokoll folgt hier den Ausführungen des Volkswirtschaftsdepartementes in seinem Mitbericht vom 16. 2. 1928.

5. Das Protokoll folgt bis zur Beschlussfassung den Ausführungen des Politischen Departementes in seinem Mitbericht vom 23. 2. 1928.

loin que nous ne le pensions et à devoir concéder, non seulement à un Etat déterminé, mais à tous les Etats auxquels nous aurions accordé le traitement de la nation la plus favorisée, des facilités que nous n'aurions pas prévues; mais nous serions assurés de la réciprocité.

Dans l'état actuel des relations internationales, il serait préférable, au risque de ne pouvoir réclamer le bénéfice d'une sentence arbitrale donnant à un Etat tiers des droits auxquels nous aurions intérêt à prétendre, de limiter le jeu de la clause de la nation la plus favorisée.

Ce conseil de prudence paraît s'imposer avec une force particulière dans les relations entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique. En effet, tant en vertu des traités suisses de règlement judiciaire et d'arbitrage que par suite de l'adhésion de la Suisse à l'article 36, 2e alinéa, du statut de la cour permanente de justice internationale, la majorité des Etats avec lesquels la Suisse est en rapport peuvent exiger qu'un engagement international conclu par la Confédération fasse l'objet d'une décision judiciaire ou arbitrale. Au contraire, les Etats-Unis, qui ne sont pas près d'adhérer à l'article 36, 2e alinéa, du statut de la cour, n'ont conclu jusqu'ici qu'un nombre très limité de traités d'arbitrage. Encore ces derniers sont-ils entourés de réserves qui en diminuent considérablement la portée; chaque cas d'arbitrage devra, notamment, faire l'objet d'un compromis spécial approuvé par le Sénat américain, qui aura donc la faculté d'éviter une sentence lorsqu'un procès lui paraîtra s'engager dans des conditions défavorables aux Etats-Unis. Force est donc de reconnaître que, si l'extension de l'application d'une sentence arbitrale par le jeu de la clause de la nation la plus favorisée devait être admise actuellement dans les relations entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique, semblable principe favoriserait les Etats-Unis plutôt que la Suisse.

Si les considérations qui précèdent paraissent décisives en faveur de la réserve à la clause de la nation la plus favorisée dans le protocole final du projet de traité ci-annexé on n'oserait affirmer qu'elles s'imposent avec autant de force dans le domaine du traité de commerce. Il est possible qu'en matière commerciale, les Etats-Unis se soient montrés moins circonspects à l'égard de l'arbitrage que dans d'autres domaines et que nous puissions admettre le principe de l'extension des sentences arbitrales par le jeu de la clause de la nation la plus favorisée sans avoir à craindre que ce principe ne joue guère qu'en faveur des Etats-Unis. Ce point mérite en tous cas d'être examiné attentivement, et le département de l'économie publique a eu grand' raison de demander que la question ne soit pas préjugée tant qu'il n'aura pas été complètement élucidé.

Bien que l'insertion d'une réserve dans un protocole final au traité d'amitié, de protection juridique et consulaire entre la Suisse et les Etats-Unis ne puisse guère être invoquée pour interpréter d'autres accords que le susdit traité, il n'y a aucun inconvénient, bien au contraire, à donner au dit protocole final une teneur qui interdise une pareille extension⁶.

6. *Der endgültige Text des Protocole final, wie er am 23.2.1928 vom Politischen Departement vorgeschlagen und vom Bundesrat beschlossen wurde, ist als Annex abgedruckt.*

Se fondant sur ces considérations, le Conseil *arrête*:

1. Le département politique est chargé de proposer à la légation des Etats-Unis d'Amérique à Berne de remplacer le traité d'amitié et de commerce américano-suisse du 25 novembre 1850 par deux accords distincts, soit un traité d'amitié, de protection juridique et consulaire et un traité de commerce.

2. Le projet /.../ de traité d'amitié, de protection juridique et consulaire entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique, est approuvé.

3. Le département politique est chargé de soumettre, comme base de discussion, ce projet de traité à la légation des Etats-Unis d'Amérique.

4. Le chargé de l'économie publique est chargé d'examiner s'il n'y a pas lieu de soumettre à la légation des Etats-Unis à Berne un projet de traité de commerce entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique⁷.

ANNEX

PROTOCOLE FINAL

Au moment de procéder à la signature du traité d'amitié, de protection juridique et consulaire conclu à la date de ce jour entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, déclarent qu'il est bien entendu que ni l'une ni l'autre des Parties contractantes ne saurait invoquer la clause de la nation la plus favorisée prévue par ledit traité d'amitié, de protection juridique et consulaire pour réclamer, soit le bénéfice des avantages qu'un Etat tiers aurait obtenus à raison d'une sentence arbitrale ou judiciaire internationale, soit le traitement fiscal spécial qui aurait été stipulé en faveur des ressortissants d'un Etat tiers par un accord destiné à éviter la double imposition.

7. Punkt 4 des Beschlusses figuriert nicht im Antrag des Politischen Departementes. – Am 22.6.1928 hiess der Bundesrat einen Entwurf zu einem Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten gut und liess ihn durch das Volkswirtschaftsdepartement der amerikanischen Gesandtschaft in Bern unterbreiten (E 1004 1/310). Es kam in der Folge aber nicht zu konkreten Verhandlungen, da eine Stellungnahme der amerikanischen Regierung zu den beiden schweizerischen Entwürfen ausblieb. Vgl. GBer 1928, S. 36 und 502.

376

E 2001 (C) 4/21

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den persischen Geschäftsträger in Bern, M. K. Schayesteh*

Kopie
NRD.

Berne, 6 mars 1928

Par note du 29 février¹, vous avez bien voulu nous exposer que le Gouvernement Persan, désirant, dans un but de simplification technique, appliquer un tarif douanier uniforme à toutes les marchandises importées en Perse, se propose, si le

1. Nicht abgedruckt.

Conseil Fédéral y consent, de prélever sur les marchandises provenant de Suisse les droits de douane prévus par le traité douanier conclu, le 31 janvier 1928, entre la Perse et la Russie.

Nous avons l'honneur de vous faire connaître que le Conseil Fédéral ne soulèvera aucune objection à l'application aux marchandises suisses du tarif douanier récemment convenu entre la Perse et la Russie, à condition, bien entendu, que le nouveau tarif soit appliqué, en même temps et dans les mêmes conditions, aux marchandises provenant de tout autre pays et constitue, par conséquent, le traitement de la nation la plus favorisée prévu par le traité suisse-persan d'amitié et de commerce, du 23 juillet 1873.

Nous voyons dans la clause de la nation la plus favorisée la base la mieux appropriée au développement ininterrompu des excellentes relations existant entre la Suisse et la Perse, relations auxquelles l'application réciproque d'un traitement différentiel ne pourrait que porter préjudice. C'est pourquoi nous avons fondé sur la clause de la nation la plus favorisée le projet de convention d'établissement et de commerce², destiné à remplacer le traité de 1873, que nous vous avons communiqué par note verbale en date de ce jour. Nous estimons d'ailleurs que, même au cas où un accord, remplaçant le traité d'amitié et de commerce actuellement en vigueur, ne pourrait intervenir avant le 10 mai prochain, il serait de l'intérêt des deux pays de continuer, après cette date, à s'accorder l'un à l'autre les avantages qu'ils auraient concédés à d'autres Etats et, notamment, le bénéfice des droits de douane les plus réduits. Nous nous plaisons à croire que le Gouvernement Persan partage notre avis sur ce point.

Si le tarif douanier prévu par l'accord russo-persan du 31 janvier 1928 devient le tarif applicable, en Perse, aux marchandises provenant des Etats les plus favorisés, les Autorités Fédérales souhaiteraient pouvoir l'étudier et le faire connaître aux exportateurs. Nous vous serions très obligés, en conséquence, de consentir à nous en procurer cinq ou six exemplaires.

2. E 1004 1/309, Nr. 374.

377

E 2, Archiv-Nr. 1682

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S Express

Paris, 7 mars 1928

A la fin de mon rapport du 1er mars¹, j'exprimais le regret que le Ministre des Affaires Etrangères eût été obligé de quitter Paris pendant les derniers jours qui précèdent la séance au cours de laquelle le Sénat discutera le compromis d'arbitrage des zones.

1. Nicht abgedruckt.

Durant cette absence, une «surprise» de la dernière heure s'est produite.

Pendant que vous rendiez visite à Genève à M. Briand², la Commission sénatoriale des Affaires Extérieures s'occupait, une fois de plus, du compromis d'arbitrage des zones et approuvait le rapport de M. Victor Bérard tendant à rejeter la proposition des 3 sénateurs de la Haute-Savoie qui voulaient surseoir à la discussion.

Les deux rapports Bérard 1) pour la ratification et 2) contre le renvoi paraîtront probablement après-demain vendredi.

Il est certain qu'au Sénat M. Fernand David interviendra en faveur de sa proposition de renvoi, mais celle-ci semble n'avoir aucune chance d'être acceptée, vu la décision prise par la Commission et l'attitude qu'observera le Gouvernement; il en sera de même des amendements que ce parlementaire pourrait présenter, s'il le juge à propos, au cours du discours sans doute violent qu'il prononcera contre le compromis.

Nous pouvons donc nous attendre à ce que le Sénat vote sans modifications et définitivement le compromis la semaine prochaine; peut-être la seule séance du 13 courant ne sera-t-elle pas suffisante pour épuiser le débat.

Mais où la «surprise» surgit, c'est ensuite. En effet, ladite Commission a décidé, pour apaiser quelque peu M. Fernand David, de proposer au Sénat de voter une résolution de caractère interne et qui invitera le Gouvernement à veiller à ce que la zone de 1860 reste en dehors des débats de La Haye; en réalité, le Sénat, sans vouloir adopter les amendements Fernand David, s'inspirerait quand même de leur fond et, désireux de s'immiscer dès maintenant dans l'interprétation du compromis, préciserait sa manière de voir quant aux clauses douanières du règlement arbitral prévu par l'alinéa 2 de l'article 2 du compromis³.

Il faut croire que les nombreux «apaisements» fournis à répétition reprises par le Quai d'Orsay à la Commission ne lui ont pas paru suffisants puisque celle-ci, après avoir adopté le compromis, estime opportun d'indiquer encore au Gouvernement avec quelle arrière-pensée cette adoption a eu lieu. C'est le résultat de la manœuvre tentée auprès de vous, le mois dernier, par l'Ambassadeur de France et que vos réponses catégoriques ont heureusement fait échouer.

Nous faut-il prendre position contre ce projet de résolution «interne» française? Cela me paraît difficile car, pour nous, l'essentiel est d'aboutir enfin à la ratification du compromis tel quel; or, nous l'obtiendrons la semaine prochaine⁴. Les juges de La Haye sont indépendants; ils se trouveront devant un texte formel dans une affaire de nature exclusivement judiciaire ou arbitrale; la tentative d'interprétation que veut faire le corps politique d'une des parties ne saurait les influencer. D'ailleurs, reste à savoir si le Gouvernement français acceptera le projet de résolution dont il s'agit et, le cas échéant, de quelle manière il y donnera

2. *Randbemerkung-Mottas*: Dans ma conversation du 6 de ce mois avec M. Briand, à Genève, celui-ci m'a dit: «Je lie mon sort au sort du compromis.»

3. BBl 1924, III, S. 954.

4. *Bemerkung Mottas am Briefkopf*: L'essentiel est que l'échange des signatures de la ratification se fasse sans réserves. Le reste n'est qu'une interprétation. – *Vgl. dazu Nr. 380.*

suite; évidemment, les démarches de M. Hennessy permettent d'envisager la réponse à cette question.

Quant à nous, après tant de tergiversations et d'alarmes, atteignons le but.

Si la discussion au Sénat nous donne sujet à observations, vous aurez la faculté de vous laisser interpeller au cours de la troisième semaine de la session, c'est-à-dire, *après* l'échange des instruments de ratification; à ce moment, vous aurez libre jeu pour répondre à l'interpellateur que la Suisse s'est constamment refusée à déclarer son consentement à l'interprétation française du compromis, parce que c'est affaire des juges.

En résumé, Monsieur le Conseiller Fédéral, je peux vous confirmer que les amendements éventuels de M. Fernand David seront combattus au Sénat, et que l'on s'attend à l'adoption sans modifications ni réserves du projet de loi tel qu'il a passé à la Chambre des Députés. Toutefois, et c'est sur ce point que la situation est modifiée depuis hier, nous nous trouvons en présence d'une proposition de résolution, dont le ou les auteurs sont des roués, et dans laquelle a pu pénétrer l'essence des dits amendements: la zone de 1860 est déclarée tabou aux juges internationaux de La Haye par une assemblée parlementaire; c'est une confusion inouïe; je suis fier qu'elle ne se soit pas produite dans mon pays.

378

E 2, Archiv-Nr. 1682

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Zones

Paris, 13 mars 1928

[...]

Dans ma lettre d'hier¹, je vous exprimais mon sentiment sur le ton inamical que M. Victor Bérard a employé à l'égard de la Suisse dans son rapport condensé pour recommander la ratification².

Or, depuis lors, j'ai eu l'occasion de parcourir rapidement les quatre volumes de l'immense travail historique du dit Sénateur et j'ai été indigné d'y trouver, à l'égard de la Suisse et de ses Magistrats, des expressions absolument inadmissibles; au hasard j'en pêche quelques-unes:

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Der Bericht Bérard bildete den Ausgangspunkt für das* Mémoire adressé le 12 avril 1928 au Conseil d'Etat de la République et canton de Genève, par Eugène Petite, vicaire général de Sa Grandeur Monseigneur Marius Besson, évêque de Lausanne, Genève et Fribourg, au sujet d'un point du plus haut intérêt pour le canton de Genève, dans le litige pendant entre la Suisse et la France, au sujet des Zones (E 2, Archiv-Nr. 1689). *Diese Denkschrift brachte die Frage der 1873 durch den Kanton Genf eingezogenen Kirchengüter in Beziehung mit dem Zonenprozess und hatte eine ausgiebige Diskussion in der nationalrätlichen Kommission (vgl. Protokoll vom 1. 6. 1928, in: E 2, Archiv-Nr. 1689) und dem Plenum des Nationalrates anlässlich der Behandlung des Geschäftsberichtes pro 1927 zur Folge. Vgl. Sten. Bull. NR, 1928, S. 329ff.*

Volume II, page 306: «Mais les gens des douanes et les gardes de la frontière dépendaient soit de MM. Schulthess et Hoffmann, soit de l'Etat-Major et du Général Wille, dont nous connaissons la déférence à l'égard de l'Allemagne et les trahisons contre les Alliés.»

Volume II, page 385: «Il s'agissait des deux complaisants de l'Allemagne, M. Schulthess et M. Müller.»

Volume II, page 391: «Heureuse combinaison, qui permettra toutes les passes habituelles de la diplomatie fédérale! On enverra M. Ador donner à Paris de bonnes paroles ... mais, de Berne, M. Calonder pourra les renier tout à son aise.»

Volume II, page 482: «Dans quelles mesures M. Ador avait-il dû céder aux exigences des membres germanophiles du Conseil fédéral, les Schulthess et les Müller?»

Volume II, page 491: «Le 8 mai, le Conseil fédéral organise la campagne d'obstruction, de refus ou de délai qui, durant 8 ans, rendra cette ratification impossible. On peut regretter que nos diplomates n'aient pas, sur le champ, arrêté les frais et rompu toute conversation avec de tels partenaires.»

Volume III, page 428: «Là encore, le Conseil fédéral énonçait une vérité incomplète.»

Volume IV, page 333: «Il est bien certain que si le Gouvernement fédéral avait, dès 1919, dit la vérité à son peuple, l'affaire eût été réglée tout aussitôt.»

Volume IV, page 334: «En négligeant donc tous ses engagements antérieurs, en oubliant que la Suisse avait empoché le double salaire de ses engagements ... le Conseil fédéral était sûr de trouver contre la France toute l'opinion de son peuple; il faisait – chose rare – l'unanimité des électeurs pour lui-même et contre nous.»³

Il est probable que, de votre côté, vous aurez également retenu quelques-unes des rédactions absolument critiquables du rapporteur du Sénat qui, il faut bien le dire, s'est laissé aller à montrer la Suisse comme un pays de gens retors et dont le Gouvernement inspirerait la méfiance par ses procédés diplomatiques. Il me semble impossible de laisser ces propos injustes sans les relever vertement⁴; vous apprécierez de quelle manière il vaudrait le mieux s'y prendre à cet effet.

3. *Randbemerkung Mottas*: Tout ceci est un pur scandale!

4. *Randbemerkung Mottas*: Certainement!

E 2001 (C) 5/9

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Paris, 14 mars 1928

J'ai eu l'honneur de recevoir votre dépêche du 28 février 1928 relative à diverses intrigues ourdies au cours de ces derniers mois en vue de faire transférer de Genève à Vienne le siège de la Société des Nations¹. C'est avec le plus vif intérêt que j'ai pris connaissance des informations recueillies à ce sujet par vos Services et je vous remercie d'avoir bien voulu me les communiquer.

Bien que la question dont il s'agit paraîsse aujourd'hui enterrée et ne présente plus guère qu'un intérêt rétrospectif, vous ne jugerez peut-être pas inutile de recevoir les quelques renseignements que j'ai pu rassembler sur l'accueil que l'idée du transfert a reçu en France.

Tout d'abord, il vous intéressera sans doute d'apprendre que, d'après un de nos compatriotes qui occupe une situation assez importante au Secrétariat Général de la S.d.N., le Président du Conseil de Tchécoslovaquie aurait été, en l'occurrence, le porte-parole et l'agent d'exécution du Chancelier autrichien. Le véritable promoteur de la tentative serait Mgr Seipel. M. Bénès lui aurait donné son concours en échange de contre-prestations dont on ne connaît pas très bien la nature exacte.

La presse française ne s'est guère occupée d'un transfert éventuel de la S.d.N. à Vienne. Deux journalistes interrogés à ce sujet par un de mes collaborateurs lui ont laissé entendre que si M. Bénès attachait beaucoup de prix à combler les vœux du Chancelier autrichien, il n'était pas impossible que ses desseins eussent rencontré une certaine sympathie auprès de M. Berthelot dont l'amitié avec l'homme d'Etat tchécoslovaque est bien connue.

Il n'en semble pas moins certain que dans les milieux diplomatiques français et dans l'opinion éclairée l'idée du transfert ne rencontre aucun écho². Les divers personnages que nous avons pu interroger sont unanimes à déclarer que l'installation du Secrétariat Général sur les rives du Danube pourrait tout aussi bien favoriser que contrarier le rattachement de l'Autriche à l'Allemagne. A ce point de vue donc, le transfert ne présenterait pour la France aucun intérêt. Il offrirait, en revanche, le très sérieux inconvénient de transporter le centre de gravité de la Ligue dans une atmosphère germanique et dans un milieu de langue allemande. Si, donc, les intrigues de M. Bénès et de Mgr Seipel devaient être reprises par eux ou par d'autres, on peut espérer qu'elles susciteraient en France des résistances obstinées.

1. Nr. 372.

2. *Randbemerkung Mottas*: Briand m'a déclaré, que la question ne se pose pas.

380

E 2, Archiv-Nr. 1682

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Zones

Paris, 14 mars 1928

En me référant à mes entretiens téléphoniques d'hier soir et d'aujourd'hui, j'ai l'honneur de vous confirmer que le Sénat a adopté, dans sa séance de ce matin et à l'unanimité de ses membres présents (ils étaient peu nombreux), le projet de loi autorisant le Président de la République à ratifier la Convention portant compromis d'arbitrage entre la France et la Suisse au sujet des zones franches.

Je vous enverrai le compte rendu sténographique des deux séances au cours desquelles M. Fernand David a tout d'abord, et pendant une heure, défendu la proposition d'ajournement; puis ce fut le tour de M. Victor Bérard, qui n'a pas mis moins de trois heures à combattre mollement la proposition de son ami David, à critiquer avec véhémence tout ce que la Suisse a pu faire depuis 1574 jusqu'au mois dernier; son discours était une paraphrase des 2000 pages imprimées que je vous ai envoyées et, comme vous pourrez le lire in extenso dans le «Journal Officiel», il me paraît inutile de vous en faire un compte rendu. Toutefois, je ne vous cacherai pas que pour le Ministre de Suisse qui assistait dans la tribune diplomatique à ce débat, c'était vraiment pénible d'avoir le sentiment de recevoir une volée de bois vert de la part d'un homme malintentionné et qui s'efforçait d'interpréter de travers tout ce qui a pu être dit ou écrit par les Autorités suisses. Je ne peux que vous confirmer ce que je vous écrivais hier et avant-hier au sujet du ton inamical de M. Victor Bérard, qui se dit notre ami; je préfère cent fois mieux des adversaires déclarés comme M. Fernand David.

Enfin, le Sénat a entendu, pendant une courte demi-heure, M. le Ministre des Affaires Etrangères exprimer son affection pour la Suisse et dire du bien d'elle; M. Briand a parlé chaleureusement, voire même avec émotion, et je n'ai pas caché à son Chef de Cabinet, qui était là, que j'étais reconnaissant de cette intervention.

Dans le discours de M. Briand, il faut relever un passage fort important: il exprime l'espoir que, après ratification du compromis d'arbitrage, il devrait être possible aux deux parties de s'entendre sans aller à La Haye¹; il y a là une invitation à notre égard pour ouvrir de nouveau la négociation; le Conseil Fédéral appréciera quelle attitude il faut prendre vis-à-vis de cette ouverture, qui a, je dois l'avouer, rencontré beaucoup d'assentiment chez les auditeurs de M. Briand².

1. *Randbemerkung Mottas*: Impossible!

2. *Mit Schreiben vom 13.4.1928 an Motta äusserte sich Prof. Logoz in diesem Zusammenhang wie folgt: [...]* Nul ne peut prévoir dans quel sens la Cour résoudra la question de savoir où la France a le droit d'installer son cordon douanier. Mais en tout cas ce n'est qu'après que cette question aura été complètement élucidée, qu'un accord direct entre la Suisse et la France sera éventuellement possible sans trop de grands risques référendaires du côté suisse. [.../ (E 2, Archiv-Nr. 1689).

Peut-être aurez-vous déjà eu le temps de relever dans les rapports Bérard toute la place qui y est contenue par des affaires qui n'ont rien à voir avec le compromis lui-même; c'est ainsi qu'après avoir évoqué la question du Rhin, une part est faite à des projets ferroviaires; un sénateur de l'Ain, M. Eugène Chanal, s'en est emparé ce matin et la réponse de M. Victor Bérard nous a appris que la construction de la ligne directe Saint-Amour-Bellegarde, ainsi que le dédoublement de la voie Bellegarde-Annemasse-Bouvret étaient envisagés; j'aurai soin de suivre cette question de près.

Il nous faut penser maintenant à l'échange des instruments de ratification; nous avons un délai maximum de 10 jours. J'attends donc 1. les instruments de ratification sur les zones franches et, 2. la déclaration de renonciation à la neutralisation de la Savoie du Nord. [...] J'espère donc être prochainement mis en mesure de procéder, avec M. Briand, à un échange de documents qui mettra le point final au chapitre commencé il y a dix ans.

Désormais, la parole sera aux juges de La Haye, à moins que, retenant la suggestion dont M. Briand a entretenu, ce matin, le Sénat, le Conseil Fédéral ne donne son adhésion à une nouvelle tentative d'entente directe.

Je tiens encore à attirer votre attention tout-à-fait spéciale sur le fait que M. Briand ne s'est pas opposé à la proposition de résolution de la Commission quant à la zone de 1860, parce qu'il a estimé, a-t-il déclaré, qu'il s'agissait là d'un simple vœu n'ayant aucune force légale quelconque. C'est dans ces sentiments que le Sénat a, avant d'accepter, sans modification, le projet de loi, adopté comme ordre du jour la proposition de résolution dont il s'agit.

381

E 1004 1/309

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 16. März 1928

456. Ratification du compromis d'arbitrage conclu, le 30 octobre 1924, entre la Suisse et la France concernant les zones franches

Département politique. Proposition du 14 mars 1928

Le Sénat français ayant approuvé, le 14 mars 1928, le compromis d'arbitrage conclu entre la Suisse et la France, le 30 octobre 1924, au sujet de la question des zones, le ministre de Suisse à Paris doit remettre au gouvernement français, à l'occasion de l'échange des ratifications du compromis, la déclaration que le Conseil fédéral a été autorisé à faire par l'arrêté fédéral du 24 juin 1927 concernant l'abolition de la neutralité militaire de la Savoie du Nord¹. Par décision du 20 janvier 1928, le Conseil fédéral avait autorisé le département politique à charger la

1. Vgl. dazu Nr. 314.

légation de Suisse en France de soumettre, à titre officieux, au ministère français des affaires étrangères un projet de déclaration dans ce sens². A la demande de ce ministère, le préambule du projet a été légèrement modifié de façon à éviter que la Suisse et la France pussent être appelées à fournir des explications détaillées sur les conditions dans lesquelles les Etats participant aux traités de Vienne et de Paris de 1815, non signataires du traité de Versailles, ont acquiescé à l'abrogation des stipulations de 1815 concernant la neutralité de la Savoie. L'accord a été réalisé sur le texte ci-joint³, qui paraît assurer la pleine sauvegarde de nos droits.

Il est désirable que M. Dunant mette à profit l'audience qui lui sera accordée par M. Briand en vue de l'échange des instruments de ratification du compromis d'arbitrage et de la remise de la déclaration concernant la neutralité de la Savoie pour obtenir que le ministre de Suisse et le ministre de France à La Haye s'entendent afin d'effectuer simultanément la remise, au greffe de la Cour permanente de justice internationale, du compromis d'arbitrage. Bien que les délais prévus par le compromis d'arbitrage courent à partir de la date de l'échange des instruments de ratification et non point à partir de la notification du compromis à la cour, il est souhaitable que cette notification, qui est exigée par l'article 40 du statut de la cour, ait lieu dans le plus bref délai possible, ne serait-ce que par égard pour les juges. Pour éviter toute possibilité de malentendu, le mieux serait que M. Dunant pût d'emblée communiquer au ministre français des affaires étrangères le texte ci-joint de la lettre que le ministre de Suisse à La Haye serait chargé de remettre au greffe de la Cour⁴. Conformément à l'article 35 du règlement de la cour, la lettre d'envoi du compromis doit désigner les agents des parties. Le projet ci-annexé indique, selon la décision du Conseil fédéral du 5 novembre 1925⁵, que la Confédération sera représentée dans le procès des zones par M. de Pury, ministre de Suisse à La Haye, et par M. Logoz, conseiller national, professeur à l'Université de Genève.

Conformément à la proposition faite, le Conseil *arrête*:

1. Le compromis d'arbitrage intervenu entre la Suisse et la France, le 30 octobre 1924, est ratifié;
2. le texte ci-joint de la déclaration touchant l'abolition de la neutralité de la Savoie du Nord est approuvé;
3. la chancellerie fédérale est chargée de préparer l'instrument de ratification et le texte de la déclaration susvisée;
4. pleins pouvoirs seront délivrés à M. Alphonse Dunant, ministre de Suisse à Paris, pour procéder, aussitôt que faire se pourra, avec le ministre français des affaires étrangères à l'échange des instruments de ratification du compromis d'arbitrage relatif aux zones franches et à la remise de la déclaration concernant l'abolition de la neutralité de la Savoie du Nord⁶;

2. Vgl. Nr. 363.

3. Als Annex 1 abgedruckt.

4. Als Annex 2 abgedruckt.

5. Vgl. Nr. 110.

6. Dies erfolgte am 21.3.1928.

5. est confirmée la décision du Conseil fédéral, du 5 novembre 1925, concernant la désignation de M. Arthur de Pury, ministre de Suisse à La Haye, et de M. Paul Logoz, conseiller national, professeur à l'Université de Genève, en qualité d'agents pour représenter la Confédération devant la Cour permanente de justice internationale dans la procédure judiciaire relative aux zones franches;

6. les termes du projet ci-joint de lettre du ministre de Suisse à La Haye au greffier de la Cour permanente de justice internationale sont approuvés et le département politique est autorisé à charger le ministre de Suisse à Paris de soumettre officieusement ce projet au ministère français des affaires étrangères.

ANNEX I

Erklärung betreffend die Abschaffung der Neutralisierung Nordsavoyens

Le Conseil Fédéral de la *Confédération Suisse* considérant qu'un accord, constaté par note de la légation de Suisse à Paris au ministère Français des affaires étrangères en date du 5 mai 1919, est intervenu entre le gouvernement Suisse et le gouvernement Français pour l'abrogation, conformément à l'article 435 du traité de Versailles, des stipulations des traités et conventions, déclarations et autres actes complémentaires relatifs à la zone neutralisée de la Savoie,

que, toutefois, la valeur définitive de cet accord avait été subordonnée à l'approbation du dit accord par le chambres fédérales,

considérant que ledit accord a été approuvé, le 24 juin 1927, par le Conseil national et le Conseil des Etats, *déclare* au nom de la Confédération Suisse:

Est dorénavant pleinement et à tous égards valable et définitif l'assentiment donné par la Suisse à l'abrogation des stipulations contenues dans l'acte final du Congrès de Vienne du 9 juin 1815, le traité de Paris du 20 novembre 1815 et l'acte du 20 novembre 1815 et rédigées en ces termes:

I.

Acte final du Congrès de Vienne du 9 juin 1815.

Article 92.

Les provinces de Chablais et du Faucigny et tout le territoire de la Savoie au nord d'Ugine appartenant à Sa Majesté le roi de Sardaigne feront partie de la neutralité de la Suisse telle qu'elle est reconnue et garantie par les Puissances.

En conséquence, toutes les fois que les Puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilité ouverte ou imminente, les troupes de Sa Majesté le roi de Sardaigne qui pourraient se trouver dans ces provinces se retireront et pourront à cet effet passer par le Valais, si cela devient nécessaire; aucunes autres troupes armées d'aucune autre puissance ne pourront traverser ni stationner dans les provinces et territoires susdits, sauf celles que la Confédération suisse jugerait à propos d'y placer; bien entendu que cet état de chose ne gêne en rien l'administration de ces pays où les agents civils de Sa Majesté le roi de Sardaigne pourront aussi employer la garde municipale pour le maintien du bon ordre.

II.

Traité de Paix à Paris, du 20 novembre 1815, entre la France d'une part, la Grande-Bretagne, l'Autriche, la Prusse et la Russie, de l'autre.

Article 3, alinéa 2.

La neutralité de la Suisse sera étendue au territoire qui se trouve au Nord d'une ligne à tirer depuis Ugine, y compris cette ville, au Midi du lac d'Annecy, par Faverges jusqu'à Lecheraine, et de là au lac du Bourget jusqu'au Rhône, de la même manière qu'elle a été étendue aux provinces de Chablais et de Faucigny, par l'article 92 de l'acte final du Congrès de Vienne.

III.

Acte portant reconnaissance et garantie de la neutralité perpétuelle de la Suisse et de l'inviolabilité de son territoire, du 20 novembre 1815.

Alinéa 3.

Les Puissances reconnaissent et garantissent également la neutralité des parties de la Savoie, désignées par l'acte du Congrès de Vienne du 29 mars mil huit cent quinze, et par le Traité de Paris de ce jour, comme devant jouir de la neutralité de la Suisse de la même manière que si elles appartenaient à celle-ci.

En foi de quoi, la présente déclaration a été signée par le Président de la Confédération et le Vice-chancelier et munie du sceau fédéral.

ANNEX 2

Projet

LETTRE DU MINISTRE DE SUISSE
AU GREFFIER DE LA COUR

Me référant à l'article 40 du Statut de la Cour et à l'article 35 de son Règlement, j'ai l'honneur de vous remettre ci-joint, en vous priant de vouloir bien en donner connaissance à la Cour, la copie dûment certifiée d'un compromis intervenu, le 30 octobre 1924, entre la Suisse et la France pour soumettre à la Cour permanente de Justice internationale la question des zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex.

Je suis autorisé à vous faire connaître, conformément à l'article 42 du Statut de la Cour, que le soussigné, ministre de Suisse aux Pays-Bas, et M. Paul Logoz, membre du Conseil national Suisse, professeur à l'Université de Genève, rempliront les fonctions d'agents du Conseil fédéral au cours de la procédure judiciaire visée par le compromis.

D'autre part, pour les notifications et communications qui auront à lui être faites dans la même instance, mon Gouvernement élit domicile en la Légation de Suisse à La Haye, Parkstraat 26.

382

E 2200 Washington 14/1

*Der amerikanische Staatssekretär, F. B. Kellogg,
an den schweizerischen Geschäftsträger in Washington, E. Lardy*

N

Washington, April 2, 1928

I beg to refer to the Legation's note of July 3, 1923¹, and previous correspondence regarding the conclusion of a new arbitration treaty between Switzerland and the United States, and to transmit herewith for the consideration of your Government and as a basis for negotiation a proposed draft of an arbitration treaty², the provisions of which operate to extend the policy of arbitration enunciated in the convention signed at Washington, February 29, 1908³, (which expired by limitation on December 23, 1918), and are identical in effect with the pro-

1. *Nicht ermittelt.*

2. *Als Annex abgedruckt.*

3. AS 1909, NF 25, S. 311ff.

visions of the arbitration treaty signed between the United States and France on February 6, 1928 [...].

You will observe that Article I of the treaty with France⁴ does not appear in the draft submitted herewith. Its language was borrowed from the language of the Treaty for the Advancement of Peace signed in 1914, and some question having arisen as to whether the new treaty affected the status of the Treaty of 1914, the matter has been resolved in the case of France by an exchange of notes recording the understanding of both Governments that the earlier conciliation treaty was in no way affected by the later arbitration treaty. In order to obviate further questions of this nature, however, it seemed desirable to avoid the incorporation in other arbitration treaties of any portion of the language of the earlier conciliation treaties, where such treaties exist, and in such cases I have therefore proposed the elimination of Article I of the French treaty and amended Article II (which is Article I of the draft transmitted herewith) by substituting for the words "the above-mentioned Permanent International Commission" the words "the Permanent International Commission constituted pursuant to" the applicable treaty of conciliation. As no such conciliation treaty is yet in force between Switzerland and the United States, this latter formula is not applicable at this time. I have therefore made no mention in Article I of any Permanent International Commission referring instead to "an appropriate commission of conciliation". The negotiation and conclusion of an arbitration treaty can thus proceed independently of negotiations with respect to a conciliation treaty.

The Government of the United States would be pleased, however, if a conciliation treaty could come into force between Switzerland and the United States, and I take this opportunity to suggest that your Government might care to consider again the ratification of the so-called Bryan treaty which was signed by the two Governments on February 13, 1914⁵. While the Senate of the United States took favorable action on August 13, 1914, it does not appear that Switzerland has ever ratified that instrument.

I feel that by adopting a treaty such as that suggested herein and by bringing into force the treaty signed February 13, 1914, we shall not only promote the friendly relations between the Peoples of our two countries, but also advance materially the cause of arbitration and the pacific settlement of international disputes. If your Government concurs in my views and is prepared to ratify the treaty signed February 13, 1914, and to negotiate an arbitration treaty along the lines of the draft transmitted herewith, I shall be glad to enter at once upon such discussions as may be necessary.

4. *Art. I des amerikanisch-französischen Vertrages lautet:* Any disputes arising between the Government of the United States of America and the Government of the French Republic of whatever nature they may be, shall, when ordinary diplomatic proceedings have failed and the High Contracting Parties do not have recourse to adjudication by a competent tribunal, be submitted for investigation and report, as prescribed in the treaty signed at Washington, September 15, 1914, to the Permanent International Commission constituted pursuant thereto.

5. *Vertragstext in:* E 2200 Washington 14/1.

ANNEX

DRAFT TREATY OF ARBITRATION

The President of the United States of America and the Swiss Federal Council

Determined to prevent so far as in their power lies any interruption in the peaceful relations that have always existed between the two nations;

Desirous of reaffirming their adherence to the policy of submitting to impartial decision all justiciable controversies that may arise between them; and

Eager by their example not only to demonstrate their condemnation of war as an instrument of national policy in their mutual relations, but also to hasten the time when the perfection of international arrangements for the pacific settlement of international disputes shall have eliminated forever the possibility of war among any of the Powers of the world:

Have decided to conclude a new treaty of arbitration enlarging the scope and obligations of the arbitration convention signed at Washington, February 29, 1908, which expired by limitation on December 23, 1918, and for that purpose they have appointed as their respective Plenipotentiaries

The President of the United States of America

The Swiss Federal Council

who, having communicated to one another their full powers found in good and due form, have agreed upon the following articles:

Article I

All differences relating to international matters in which the High Contracting Parties are concerned by virtue of a claim of right made by one against the other under treaty or otherwise, which it has not been possible to adjust by diplomacy, which have not been adjusted as a result of reference to an appropriate commission of conciliation, and which are justiciable in their nature by reason of being susceptible of decision by the application of the principles of law or equity, shall be submitted to the Permanent Court of Arbitration established at The Hague by the Convention of October 18, 1907, or to some other competent tribunal, as shall be decided in each case by special agreement, which special agreement shall provide for the organization of such tribunal if necessary, define its powers, state the question or questions at issue, and settle the terms of reference.

The special agreement in each case shall be made on the part of the United States of America by the President of the United States of America by and with the advice and consent of the Senate thereof, and on the part of Switzerland in accordance with its constitutional laws.

Article II

The provisions of this treaty shall not be invoked in respect of any dispute the subject matter of which

- a) is within the domestic jurisdiction of either of the High Contracting Parties,
- b) involves the interests of third Parties,
- c) depends upon or involves the maintenance of the traditional attitude of the United States concerning American questions, commonly described as the Monroe Doctrine,
- d) depends upon or involves the observance of the obligations of Switzerland in accordance with the Covenant of the League of Nations.

Article III

The present treaty shall be ratified by the President of the United States of America by and with the advice and consent of the Senate thereof and by Switzerland in accordance with its constitutional laws.

The ratifications shall be exchanged at Washington as soon as possible, and the treaty shall take effect on the date of the exchange of the ratifications. It shall thereafter remain in force continuously

unless and until terminated by one year's written notice given by either High Contracting Party to the other.

In faith thereof the respective Plenipotentiaries have signed this treaty in duplicate in the English and French languages, both texts having equal force, and hereunto affix their seals.

383

E 1004 1/309

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. April 1928

561. Rapport Bérard au Sénat français sur les zones de Genève

Département politique. Proposition du 22 mars 1928

Conformément à la proposition du département politique, le Conseil *charge* la légation de Suisse à Paris de remettre au gouvernement français l'aide-mémoire ci-après accompagné des passages du rapport¹ qui est mentionné:

«Le Conseil fédéral avait remarqué à regret que l'exposé des motifs de la proposition de résolution ayant pour objet de surseoir à la discussion du projet de loi concernant le compromis de règlement judiciaire relatif aux zones franches présentée au Sénat français, le 3 novembre 1927, par MM. David, Gallet et Curral s'exprimait de façon peu amicale à l'égard de la Suisse; mais il n'avait pas cru devoir en entretenir le Gouvernement français. Le Conseil fédéral est parfaitement conscient, en effet, que l'une des prérogatives des membres du parlement est de pouvoir exprimer librement n'importe quelle opinion et qu'un gouvernement ne saurait être tenu pour responsable de déclarations qu'il n'a guère le moyen d'empêcher, même lorsqu'elles paraissent peu conformes aux règles de la courtoisie internationale.

Le Conseil fédéral ne peut dissimuler, en revanche, la pénible surprise avec laquelle il a constaté que le même esprit inamical à l'égard de la Suisse anime les rapports faits, sur la question des zones franches, au nom de la commission des affaires étrangères du Sénat, par le rapporteur de cette commission, et les annexes de ces rapports. Le Conseil fédéral a relevé dans ces documents un ton de polémique inusité dans les relations internationales et maints passages discourtois – parfois même outrageants – pour la Suisse et ses magistrats. Les plus frappants de ces passages sont reproduits dans le document ci-joint. Le Conseil fédéral ne doute pas que le gouvernement français, à l'attention duquel ils ont pu échapper, en désapprouvera l'esprit et le ton.»²

1. Die beigelegten Passagen aus dem Bericht Bérard sind nicht auffindbar. Vgl. dazu Nr. 378.

2. Das Memorandum wurde von Dunant am 19.4.1928 dem französischen Aussenministerium übergeben.

384

E 2001 (C) 7/2

*Der schweizerische Geschäftsträger in Washington, E. Lardy,
an den Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert*

S

Washington, 3 avril 1928
(Ankunft: 16. April 1928)

En me référant à mon télégramme N° 4¹ /.../ j'ai l'honneur de vous faire parvenir sous ce pli copie de la note² que M. Kellogg, Secrétaire d'Etat, m'a remise hier et qui concerne:

1. la négociation éventuelle d'un nouveau traité d'arbitrage;
2. la ratification du traité de conciliation «Bryan» du 13 février 1914.

La note est très explicite, de sorte que de longs commentaires semblent inutiles. Dans l'ensemble, on peut dire, je crois, que le projet³ qui nous est soumis correspond assez exactement au traité franco-américain du 6 février 1928, avec cette seule, mais très importante différence que l'article premier du traité avec la France, où l'on avait inséré la procédure de conciliation des traités Bryan, a été éliminé. Le vice grave du traité franco-américain, qui avait introduit une procédure de conciliation en la soumettant, par erreur, aux réserves de l'article III (II nouveau) est ainsi supprimé. Mais le traité n'est plus, dès lors, qu'un simple traité d'arbitrage et c'est pourquoi l'on nous demande de le compléter par la ratification du traité de conciliation Bryan du 13 février 1914.

Le projet de traité est, certes, loin d'appliquer le principe de la juridiction obligatoire à tous les différends d'ordre juridique. Il est vrai que la clause dite «des intérêts vitaux» y a été supprimée, mais la portée des réserves nouvelles /.../ est mal définie; en outre, la conclusion des compromis reste soumise à l'assentiment du Sénat. Mais, du moment où il s'agit d'un traité type, soumis simultanément à une série d'Etats, je serais surpris que des contre-propositions analogues à celles que nous avons présentées en septembre 1921 fussent facilement accueillies, si elles devaient rester isolées.

Vous trouverez sous ce pli le communiqué du Département d'Etat relatif à l'ouverture de négociations avec la Suisse, tel qu'il vient de paraître dans le «United States Daily». Ainsi que vous le verrez, nous sommes le quatorzième gouvernement auquel les Etats-Unis ont proposé la conclusion d'un traité d'arbitrage depuis que le traité franco-américain du 6 février dernier a été signé. J'ai discrètement sondé M. Kellogg au sujet de l'ordre de convocation adopté; il m'a déclaré avoir songé d'abord aux Etats dont les traités d'arbitrage avec les Etats-Unis venaient à expiration prochainement, puis aux Etats qui, comme la Suisse,

1. Die Gesandtschaft in Washington setzte das Politische Departement mit diesem Telegramm vom 2.4.1928 vom Eingang der amerikanischen Note in Kenntnis (E 2001 (C) 7/2).

2. Nr.382 (Original).

3. Nr.382, Annex.

avaient des traités déjà expirés et à ceux qui n'en avaient jamais conclus jusqu'ici avec les Etats-Unis.

Je me suis borné, pour l'instant, à accuser réception de la note, en annonçant que j'en communiquais la teneur à mon gouvernement, avec le projet de traité, pour examen.

385

E 2001 (C) 5/18

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer*

*Kopie
S SA.*

Bern, 4. April 1928

Herr Nationalrat Bringolf hat am 21. März folgendes Postulat im Nationalrat eingereicht:

«Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen und den eidgenössischen Räten beförderlichst Bericht und Antrag einzureichen, ob nicht die schweizerische Delegation im Völkerbund beauftragt werden soll, den Vorschlag der Sowjetdelegation auf vollständige und beschleunigte Abrüstung, der der vorbereitenden Abrüstungskonferenz und dem Völkerbundssekretariat eingereicht wurde, zu ihrer eigenen Sache zu machen und an der nächsten Tagung der Völkerbundsversammlung dafür einzutreten.»

Wir beehren uns, Ihnen nachstehend den Entwurf einer Antwort des Bundesrates zur Äusserung zu unterbreiten:

«Die Sowjetdelegation hat ihre Abrüstungsvorschläge der Kommission für die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz unterbreitet¹, einer Völkerbundskommission, in der die Schweiz nicht vertreten ist. Ob die nächste Völkerbundsversammlung sich materiell mit einzelnen dieser Kommission unterbreiteten Vorschlägen befassen wird, kann heute nicht vorausgesagt werden. Der Bundesrat wird jedenfalls nach wie vor, mit der durch die besondere Lage unseres Landes bedingten Reserve, alle jene Bestrebungen unterstützen, die seines Erachtens einer wirklichen Abrüstung förderlich sind².»

1. In seinem Bericht an die Generalstabsabteilung vom 28. 3. 1928 schrieb A. Züblin in diesem Zusammenhang: [...] Ich habe diese Protokolle [der Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskommission vom März 1928] durchgearbeitet, um mich auf dem Laufenden zu halten, insbesondere auch mit Bezug auf die einlässliche Behandlung des russischen Vorschlags auf Totalabrüstung. Die bezüglichen Voten der Mitglieder ausser Soviet-Russland und Deutschland enthalten den grössten Teil alles desjenigen, was man überhaupt gegen die Totalabrüstung grundsätzlich vorbringen kann, insbesondere aber gegen den sehr oberflächlich ausgearbeiteten und von Widersprüchen strotzenden Vertragsentwurf der russischen Delegation. Sie sind daher auch von Wichtigkeit für eine allfällige parlamentarische Behandlung dieser Frage, die, wenn ich nicht irre, durch eine kommunistische Motion oder dgl. angeregt wurde. Von Bedeutung sind insbesondere die Ausführungen der Vertreter von Grossbritannien und Holland. Ich habe mir darüber eine Anzahl Notizen der wesentlichsten Punkte gemacht, die im Notfall in kurzer Zeit ausgearbeitet und zur Verfügung gestellt werden könnten (E 27, Archiv-Nr. 23380/1).

2. Das Postulat wurde in der Wintersession 1931 vom Nationalrat unbeantwortet abgeschrieben.

386

E 2001 (C) 5/105

*Der Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer,
an die Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes*

S K/G.

Bern, 12. April 1928

Gaskrieg-Protokoll und
Konvention betr. Kontrolle des
Handels mit Kriegsmaterial.

In Beantwortung Ihrer Anfrage vom 25. Februar¹ beehren wir uns, Ihnen in der Beilage den Bericht zu überreichen, den uns die Generalstabsabteilung erstattet hat².

Wir stimmen dem Berichte bei, trotzdem wir es sehr begrüsst hätten, wenn es der Schweiz möglich gewesen wäre, dass Protokoll betr. den Gaskrieg³ zu ratifizieren und damit das Ihre zur Ausschaltung der Giftgase als Kriegswaffe beizutragen. Die Überzeugung aber, dass trotz Washington und Genf die Grosstaaten den Gaskrieg sowohl nach der aktiven wie nach der passiven Seite sehr intensiv vorbereiten, zwingt uns, auf den ideellen Standpunkt zu verzichten und auf dem Boden der allerdings wenig erfreulichen Wirklichkeit zu verbleiben.

[...]

-
1. Nicht ermittelt.
 2. Nicht abgedruckt.
 3. BBl 1923, II, S. 790ff.

387

E 1004 1/309

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 20. April 1928¹

658. Verhandlungen über die Ausführung der Rheinregulierung Basel–Strassburg

Politisches Departement. Antrag vom 2. April 1928

Der Bericht der Delegation über die Verhandlungen, die vom 17. bis 21. Januar in Berlin stattgefunden haben, liegt vor². Deren Ergebnis kann kurz folgendermassen zusammengefasst werden.

1. Deutschland verzichtet auf die Forderung des gleichzeitigen Ausbaus der Strecken Strassburg–Basel und Basel–Bodensee, unter der Bedingung, dass man sich schweizerischerseits bereit erkläre:

-
1. Abwesend: Musy.
 2. Am 30. 1. 1928 erstattete die schweizerische Delegation Bericht an den Bundesrat (E 2001 (C) 11/11). Dem Bericht sind beigefügt: Verhandlungsprotokoll vom 21. 1. 1928 und dessen Beilagen a) und b).

a) über die Ausführung der Wasserstrasse Basel–Bodensee mit der badischen Regierung einen Vertrag abzuschliessen, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse die Ausführung des Unternehmens möglich erscheinen lassen;

b) die Verhandlungen über die Erteilung neuer Konzessionen für Kraftwerke zwischen Basel und Bodensee nach bisherigen Grundsätzen weiterzuführen und die Erstellung der neuen Kraftwerke, soweit es die Rücksichten auf die nationalen Interessen der Schweiz erlauben, durch Erleichterung der Ausfuhr elektrischer Energie zu fördern.

2. Die Zusicherungen, die bereits im März 1927 über die Kostenbeteiligung Deutschlands gegeben worden sind, bleiben aufrecht erhalten. Deutschland ist bereit, 40% an die Erstellungskosten des Regulierungswerks beizutragen und den Unterhalt des regulierten Rheins auf seinem Staatsgebiete sowie auch die Haftung für eine allfällige Schädigung des Regulierungswerkes unterhalb Strassburg auf seinem Staatsgebiete zu übernehmen. Sollte Frankreich einen Bruchteil an die Kosten beitragen, so würde dieser von den Anteilen Deutschlands und der Schweiz prozentual abgezogen.

3. Der schweizer. Entwurf zu einer Vereinbarung zwischen den drei Ländern über die Ausführung der Regulierung wurde nach einigen Änderungen und Ergänzungen als Grundlage für die Verhandlungen mit Frankreich gutgeheissen. Die Frage, ob daneben noch ein besonderer Bauvertrag abzuschliessen sein wird, bleibt offen.

4. Deutschland verlangt, dass die bisher erreichten Resultate in einer vom Bundesrat und der deutschen Reichsregierung unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnenden Vereinbarung festgelegt werden.

Es ist vorläufig noch ungewiss, ob Frankreich sich bereit finden werde, die Gesamtkosten des Unterhalts des regulierten Rheins auf seinem Gebiete sowie die Haftung für allfällige auf seinem Gebiete entstehende Schädigungen zu übernehmen, und ob darüber hinaus noch mit einem Beitrage Frankreichs an die Baukosten des Regulierungswerkes gerechnet werden könne.

Die Ablehnung Frankreichs, einen solchen Beitrag zu leisten, würde an und für sich keine Änderung des vorgelegten Vertragsentwurfes bedingen. Wohl aber würde eine neue Situation entstehen, wenn Frankreich sich weigern sollte, die Gesamtkosten des Unterhalts des Rheins auf französischem Gebiete sowie die entsprechende Schadenshaftung zu übernehmen. In diesem Falle wären wichtige Voraussetzungen, auf denen der Vertragsentwurf beruht, als nicht erfüllt zu betrachten und dementsprechend neue Verhandlungen mit Deutschland anzubahnen. Der Vertragsentwurf wird jedenfalls vom Bundesrat erst dann der Bundesversammlung zur Genehmigung zu unterbreiten sein, wenn einmal die Übernahme der heute noch ungedeckten Unterhaltskosten und der entsprechenden Haftpflicht, sei es durch Frankreich, sei es durch Deutschland, gesichert sein wird.

In der Beratung wird vom Vorsteher des Justiz- u. Polizeidepartements auf die Gefahr aufmerksam gemacht, mit Deutschland und Frankreich abzuschliessen, bevor die Frage der Beteiligung Basels abgeklärt ist, denn wenn einmal eine Verständigung mit diesen Staaten zustande gekommen ist, sind wir international verpflichtet und haben kein Druckmittel mehr gegenüber Basel. Wenn wir den Ver-

trag mit Deutschland jetzt genehmigen, so müssen wir mindestens einen Vorbehalt machen, der uns erlauben würde, falls wir mit Basel nicht einig werden, vom Verträge zurückzutreten. Auch ist sicher damit zu rechnen, dass wenn wir den Vertrag mit Deutschland jetzt gutheissen, Frankreich jede Beteiligung an den Baukosten ablehnen wird; denn mit dieser Gutheissung hätten wir bereits kundgegeben, dass wir gewillt sind, die Rheinregulierung ohne eine solche Beteiligung durchzuführen.

Herr Bundespräsident erinnert daran, dass er mit der in der Regulierungsfrage eingeschlagenen Politik nie einverstanden war. Er will heute auch dem Bundesrat keine Schwierigkeiten bereiten, muss aber zum Passus des Entwurfs einer Abmachung mit Deutschland, wonach «die Ausführung des Grossschiffahrtswegs von Basel zum Bodensee zu erstreben sei» einen ausdrücklichen Vorbehalt machen. Im weitem fragt er sich, ob die französische Regierung sich nicht verletzt finden wird, wenn wir mit ihr Verhandlungen in einem Zeitpunkt anbahnen, wo wir bereits mit Deutschland einig geworden sind.

Der Vorsteher des Politischen Departements beantragt:

«Der Bundesrat möge das Protokoll über die Berliner Verhandlungen vom 21. Januar 1928, mit dessen zwei Beilagen a) dem Entwurfe der Abmachungen zwischen Deutschland und der Schweiz; b) den Vorschlägen zu einem Verträge zwischen der Schweiz, Deutschland und Frankreich betreffend die Ausführung der Regulierung des Rheins zwischen Strassburg/Kehl und Istein, gutheissen³.

Das Politische Departement sei zu ermächtigen, der deutschen Regierung von der Gutheissung dieses Protokolls Kenntnis zu geben und zugleich mit ihr die oben unter a) genannten Abmachungen vertraglich festzulegen».

Die Basler Angelegenheit sei eine interne Frage. Bindende Zusicherungen könne die Basler Regierung nur geben, wenn einmal der Grosse Rat gesprochen habe, und es gehe nicht an, eine öffentliche Diskussion hervorzurufen, bevor die internationale Seite der Frage klargelegt sei. Es sei auch nicht zu befürchten, dass die französische Regierung sich dadurch verletzt fühlen werde, dass wir uns mit Deutschland zuerst geeinigt hätten: sie werde sogar froh darüber sein. Was endlich die Erklärung über die Schiffbarmachung der Strecke Basel–Bodensee betrifft, so sei Deutschland sehr weit unter seine erste Forderung zurückgegangen und es sei nicht daran zu denken, ein grösseres Entgegenkommen von ihm zu erreichen.

Der Vorsteher des Militärdepartements ist der Meinung, man müsse jetzt die Verhandlungen mit Basel aufnehmen. Wenn wir einmal den Vertrag mit Deutschland abgeschlossen haben, werden die Basler jegliche Beteiligung ablehnen, und dann, bei der Ausführung der Arbeiten, immer die kostspieligeren Lösungen fordern.

Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements macht darauf aufmerksam, dass es sich einstweilen nicht darum handelt, einen Beschluss des Basler Grossen Rates zu provozieren, sondern nur Zusicherungen von der Regierung zu bekom-

3. Vgl. Anm. 2.

men. Er beantragt, die Regierungen der beiden Basel und Aargau von dem Stand der internationalen Verhandlungen zu unterrichten und mit ihnen über die Übernahme eines prozentualen Anteils der der Schweiz zufallenden Quote zu unterhandeln. Bis zur Regelung dieser Frage solle sich der Bundesrat weder mit Deutschland binden noch mit Frankreich in Unterhandlungen einlassen.

Der Vorsteher des Politischen Departements will nicht darauf bestehen, dass das Berliner Protokoll jetzt gutgeheissen werde, kann sich aber nicht damit einverstanden erklären, dass die Verhandlungen mit Frankreich erst dann aufzunehmen seien, wenn die Frage der Beteiligung der Kantone abgeklärt sei. Man könne doch die Verhandlungen parallel mit Frankreich und mit den Kantonen führen in der Meinung, dass man sich erst dann mit Frankreich binden solle, wenn man im klaren sei betreffend die Beteiligung der Kantone.

Auf Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig *beschlossen*:

I. Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Protokoll über die Berliner Verhandlungen vom 21. Januar 1928, mit dessen zwei Beilagen:

- a) dem Entwurfe der Abmachungen zwischen Deutschland und der Schweiz,
- b) den Vorschlägen zu einem Vertrage zwischen der Schweiz, Deutschland und Frankreich betreffend die Ausführung der Regulierung des Rheins zwischen Strassburg/Kehl und Istein.

II. 1. Der Bundesrat erachtet eine prozentuale und erhebliche Beteiligung der interessierten Kantone als eine notwendige Voraussetzung zum Abschluss eines Vertrages mit Deutschland und Frankreich.

2. Das Politische Departement wird beauftragt, diesen Beschluss den betreffenden Kantonsregierungen mitzuteilen und mit ihnen Verhandlungen betreffend die Höhe ihrer Beteiligung anzubahnen, die im Verhältnis zu den von der Schweiz zu übernehmenden Verpflichtungen festzusetzen wäre⁴.

3. Das Politische Departement und das Departement des Innern werden eingeladen, dem Bundesrate Anträge einzureichen betreffend die an die Kantone zu stellenden Forderungen.

III. 1. Das Politische Departement wird ermächtigt, die französische Regierung auf dem Notenwege zur Aufnahme von Verhandlungen über die Ausführung der Rheinregulierung einzuladen⁵, unter Berufung auf die zwischen Deutschland, der Schweiz und Frankreich abgeschlossene Vereinbarung vom 10. Mai 1922⁶ und auf die Beschlüsse der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt vom 10. Mai 1922⁷ und 29. April 1925⁸; die zu diesem Zwecke an die französische Regierung zu richtende Note ist in Abschrift der deutschen Regierung bekanntzugeben. Die Verhandlungen sollen im Sinne einer Sondierung vorgenommen und nicht abgeschlossen werden, bevor die Frage der Beteiligung der interessierten Kantone klargelegt ist.

4. Vgl. dazu Nr. 443.

5. Vgl. Nr. 398.

6. Text der Vereinbarung in: BBl 1922, II, S. 1034.

7. BBl 1922, II, S. 1036f.

8. GBer 1925, S. 43ff.

2. Die schweizer. Delegation wird beauftragt, in den Verhandlungen mit Frankreich, im Einvernehmen mit der deutschen Delegation, nachstehend erwähnte Ziele zu verfolgen:

a) Zustimmung Frankreichs mit der Schweiz und mit Deutschland einen Vertrag über die Ausführung der Regulierung des Rheins zwischen Strassburg/Kehl und Istein im Sinne des zwischen der Schweiz und Deutschland vereinbarten Entwurfes abzuschliessen;

b) Übernahme der Kosten des Unterhalts des regulierten Rheins auf französischem Gebiet durch Frankreich;

c) Haftung Frankreichs für allfällige Schädigungen des Regulierungswerks unterhalb Strassburg, soweit diese Schäden auf französischem Gebiete erwachsen.

Die Delegation wird ferner beauftragt, nach Möglichkeiten darnach zu trachten, Frankreich auch für eine Beitragsleistung an die Baukosten des Regulierungswerkes zu gewinnen.

388

E 2001 (C) 7/1

*Aufzeichnung der deutschen Gesandtschaft in Bern*¹

Bern, 1. Mai 1928

AUFZEICHNUNG

Die von dem deutschen Reichsaussenminister am 23. September 1927 in Genf abgegebene Erklärung zu der fakultativen Bestimmung gemäss Artikel 36 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes hat durch das «Gesetz über die Anrufung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag» vom 17. Februar 1928 für Deutschland Gesetzeskraft erlangt. Durch Artikel 2 dieses Gesetzes wird die Reichsregierung ermächtigt, Massnahmen zu treffen, durch die in Abänderung der bereits bestehenden allgemeinen Schiedsgerichts- und Vergleichsverträge die Gerichtsbarkeit des Haager Gerichtshofes für alle in Artikel 36, Absatz 2 des Statuts aufgeführten Arten von Streitigkeiten begründet oder ausgedehnt wird.

Nach Auffassung des Auswärtigen Amtes enthält dieser Artikel *nicht* eine Ermächtigung, die bestehenden Schiedsgerichts- und Vergleichsverträge durch vollkommen neue Verträge zu ersetzen. Artikel 2 ermöglicht vielmehr nur die *Abänderung und Ergänzung* der bestehenden Verträge.

Für den deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag vom 3. Dezember 1921 käme nach Auffassung der Deutschen Regierung eine Abänderung in doppelter Richtung in Frage, nämlich:

1. die Streichung des Artikels 4 des Vertrages und

1. *Bemerkung Mottas am Kopf des Dokumentes*: Von Herrn Minister Müller mir übergeben.
2. V. 28.

2. die Vereinbarung einer Bestimmung, wonach mangels einer Verständigung über die Schiedsordnung solche Streitigkeiten, die nach dem Vertrag dem schiedsgerichtlichen Verfahren unterliegen, durch Antrag einer Partei einen Monat nach Ankündigung an die andere Partei unmittelbar vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof gebracht werden können. Eine solche Bestimmung ist auch in den Locarno-Verträgen enthalten.

Abgesehen von diesen rechtlichen Erwägungen, die einer Ersetzung des bisherigen deutsch-schweizerischen Vertrages durch einen völlig neuen Vertrag entgegenstehen, sprechen für Deutschland auch Gründe allgemein rechtspolitischer Art gegen eine Änderung der Gesamtgrundlage. Der deutsch-schweizerische Vertrag ist der erste und eingehendste von allen von Deutschland abgeschlossenen Verträgen dieser Art. Von deutscher Seite ist dem Vertrag stets eine besondere Bedeutung beigemessen worden, die auch durch die nur in der Präambel dieses Vertrages vorgesehene Grenzgarantie ihren Ausdruck findet.

Falls die Bundesregierung ihre endgültigen Entschliessungen so lange zurückstellen will, bis die Beratungen des Sicherheitskomitees über die Aufstellung neuer Muster von Schiedsgerichts- und Vergleichsverträgen einen gewissen Abschluss gefunden haben, ist die Deutsche Regierung hiermit selbstverständlich einverstanden. Im übrigen ist die Reichsregierung zu einer Abänderung und Ergänzung des Vertrages in den oben aufgezeigten Grenzen, die am zweckmässigsten wohl durch ein Protokoll vorzunehmen wäre, jederzeit bereit.

389

E 2001 (C) 1/82

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

*Kopie
S RZ.*

Berne, 2 mai 1928

Vous aurez suivi, comme nous, la discussion qui s'est engagée entre le Gouvernement français et le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique au sujet de la conclusion d'un traité portant prohibition de la guerre comme instrument de la politique nationale.

Dans la note que l'Ambassadeur de France à Washington a adressée, le 30 mars dernier, au Département d'Etat, le Gouvernement français, répondant aux propositions américaines relatives au projet de pacte multipartite pour la proscription de la guerre, déclarait entre autres ce qui suit: «... Si telle est bien, sur ces trois points fondamentaux, la pensée du Gouvernement américain et s'il est bien entendu, d'une façon générale, que les obligations du nouveau pacte ne doivent se substituer en rien ni porter aucune atteinte aux obligations antérieures d'actes internationaux comme le pacte de la Société des Nations, les accords de Locarno ou les traités de garantie de neutralité dont elles ne sauraient modifier le caractère ni la portée, les divergences de vue qui avaient pu se manifester au cours des pha-

ses antérieures de la négociation porteraient sur des mots bien plus que sur la réalité du problème devant lequel les deux Gouvernements se trouvent aujourd'hui placés.»

Dans le discours qu'il a prononcé, le 29 avril, à l'issue d'un banquet offert par la Société américaine de droit international, M. Kellogg a exposé la manière de voir des Etats-Unis à l'égard des réserves françaises et s'est arrêté, en particulier, au passage que nous venons de citer de la note de M. Claudel en date du 30 mars. «A propos des considérations relatives à certains traités garantissant la neutralité, nous dit une dépêche de l'Agence Havas, le Secrétaire d'Etat a relevé que les Etats-Unis n'étaient pas exactement informés sur les traités auxquels la France a fait allusion et qu'il ne pouvait en conséquence en discuter les dispositions. Il est cependant raisonnable de supposer que les relations entre la France et les Etats dont elle garantit la neutralité sont suffisamment étroites et cordiales pour permettre à la France de persuader ces Etats d'adhérer, en temps opportun, au pacte proposé par les Etats-Unis. Si cette éventualité se réalisait, aucun signataire du traité contre la guerre ne pourrait attaquer un neutre sans violer le traité, dégageant ainsi automatiquement la France et les autres puissances de leurs obligations.»

Nous ne voyons pas bien non plus à quels traités de garantie le Gouvernement français a voulu faire allusion. A-t-il pensé seulement à la neutralité suisse, qui se trouve être reconnue, sinon garantie, par la France sans l'être par les Etats-Unis? Vous nous obligeriez beaucoup en cherchant à élucider ce point, qui ne laisse évidemment pas de nous intéresser¹.

1. *Vgl. Nr. 390.*

390

E 2001 (C) 1/82

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Paris, 10 mai 1928

Par dépêche du 2 de ce mois¹, vous avez bien voulu me demander de vous apporter, si possible, quelques précisions sur un point abordé dans la discussion qui s'est engagée entre le Gouvernement Français et le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique au sujet d'un projet de pacte destiné à proscrire la guerre.

Il s'agissait, en particulier, de déterminer si, dans sa note du 30 mars dernier, M. Claudel, en faisant allusion à des «traités de garantie de neutralité», aurait entendu désigner la neutralité de la Suisse.

M. Corbin, Directeur Politique au Ministère des Affaires Etrangères, à qui j'ai posé la question, m'a avoué sans ambages que le Gouvernement Français n'avait pas spécialement en vue, lorsqu'il a donné ses instructions à son Ambassadeur,

1. *Nr. 389.*

les textes contractuels reconnaissant la neutralité de la Suisse, pas plus, d'ailleurs, que le Traité de 1839 garantissant la neutralité belge. (A ce propos, il n'est pas inutile de relever que, malgré la volonté exprimée par la Belgique de ne plus être une Puissance neutre, le Traité de 1839 n'est pas considéré ici comme abrogé. Pour qu'il le fût, il faudrait, en effet, un accord non encore réalisé entre les diverses Puissances signataires).

A la thèse américaine, qui peut se résumer dans la formule: «Renonciation à toute guerre», la France continue à opposer la sienne inspirée du Pacte de la Société des Nations et qui peut, à son tour, se définir comme suit: «Guerre à celui qui déchaînera la guerre» la France estime que sa qualité d'Etat membre de la Société des Nations et les traités auxquels elle est partie, traités dont les plus récents ont été enregistrés à Genève, peuvent, dans certains cas, l'obliger à recourir à la guerre. Dans les réserves qu'elle oppose au projet de M. Kellogg, elle songe surtout à s'assurer la possibilité de remplir ses obligations contractuelles.

Chacune des deux parties – France et Amérique – paraît, d'ailleurs, vouloir plaider sa cause auprès des autres Puissances. Celles-ci semblent, pour l'instant, rester dans l'expectative. C'est, du moins, le cas de l'Espagne, d'après ce que m'a dit l'autre jour M. Quinones de Leon.

Les explications de M. Corbin ne permettent pas, en vérité, de dire avec certitude pour quels motifs le mot de «neutralité» figure dans la note du 30 mars de M. Paul Claudel. Tout ce que j'en puis inférer est que, si la situation des Puissances neutres d'Europe a été envisagée par le Cabinet de Paris, c'est à titre tout-à-fait subsidiaire.

391

E 2001 (C) 2/59

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an die Schweizerische Nationalbank*

Kopie
S RW.

Bern, 18. Mai 1928

Wir beziehen uns auf unsere Zuschrift vom 2. Mai¹ betreffend finanzielle Angelegenheiten mit Rumänien und beehren uns Ihnen mitzuteilen, dass uns in der Zwischenzeit eine weitere Beschwerde schweizerischer Gläubiger zugegangen ist, die ein Einschreiten der Gesandtschaft in Bukarest nötig macht. Es handelt sich, wie Sie der beiliegenden Eingabe des Schweizerischen Office für Forderungen in Rumänien entnehmen wollen, um die Durchführung der schweizerisch-rumänischen Abkommen vom 13. Juni 1924 und 31. Januar 1925 betreffend die Abtragung der rumänischen Schuldverpflichtungen². Diese Abkommen wurden von

1. Nicht ermittelt.

2. Das Interesse der Schweiz galt vordringlich der Tilgung der rumänischen privaten Vorkriegsschulden. Zu diesem Zweck waren am 13.6.1924 und am 31.1.1925 zwischen den schweizerischen Gläubigern und einer rumänischen Delegation zwei Abkommen geschlossen worden. Vgl. GBer 1925, S. 53f.

den Gläubigervertretern und einer Delegation der rumänischen Regierung abgeschlossen und sind im Gesetzeswege in Rumänien in Kraft gesetzt worden. Das Politische Departement war offiziös bei den Verhandlungen beteiligt und ist auch im Schweizerischen Office, das die Durchführung des Abkommens zu überwachen hat, vertreten. Von den Abkommen werden Forderungen im Gesamtbetrage von ca. 22 Millionen Franken betroffen.

Das Office hat nun die Erfahrung machen müssen, dass die rumänische Finanzverwaltung, die die Eintreibung der Forderungen zu besorgen hätte, sobald von dem rumänischen Office ein sogenanntes «Certificat de déchéance» ausgestellt ist, ihre Mitwirkung verweigert. Es handelt sich um ca. 250 Fälle für einen Gesamtbetrag von rund Fr. 2'500'000.-. In allen diesen Fällen ist das Eintreibungsverfahren nicht zur Durchführung gelangt, obwohl nach dem klaren Wortlaut der Abkommen die betreffenden Summen in der gleichen Art und Weise wie Steuern einzuheben wären. Es muss somit leider als erwiesen betrachtet werden, dass die Finanzorgane sich den Verpflichtungen, die sich aus dem Abkommen ergeben, entziehen und dadurch die Durchführung des Abkommens illusorisch machen. Es ist nun allerdings möglich, dass dieses Versagen der Finanzverwaltung nicht auf Direktiven des Finanzministeriums beruht, sondern auf dem Verhalten der untern Finanzorgane, die, statt ihre Beamtenpflichten zu erfüllen, von sich aus den Schuldnern Entgegenkommen zeigen. Wie dem auch sei, so darf vom Finanzministerium verlangt werden, dass es seine Organe dazu anhält, die Eintreibung der Forderung, wie dies in dem Abkommen vorgesehen ist, zu besorgen.

Sofern die Schweizerische Nationalbank oder Schweizerbanken eingeladen würden, sich durch Gewährung von Anleihen oder auf andere Weise an der Stabilisierung der rumänischen Währung zu beteiligen, so wäre es erwünscht, wenn die diplomatische Intervention, mit der die Schweizerische Gesandtschaft in Bukarest dieser Tage beauftragt wird, dadurch unterstützt werden könnte, dass auf diese ungünstigen Erfahrungen bei der Durchführung der schweizerisch-rumänischen Abkommen hingewiesen und es als notwendig bezeichnet wird, dass das rumänische Finanzministerium die nötigen Massnahmen trifft, dass diese Mängel beseitigt werden.

392

E 2001 (C) 7/2

*Antrag des Vorstehers des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Bundesrat¹*

Kopie
RZ.

Berne, 21 mai 1928

Conclusion d'un traité de conciliation
et d'arbitrage avec les Etats-Unis

A la suite de l'approbation par les Chambres fédérales des grandes lignes de la politique que le Conseil fédéral se proposait d'adopter dans le domaine du règlement pacifique des différends internationaux et qu'il avait définie dans son rapport aux Conseils législatifs du 11 novembre 1919², le Département politique avait saisi le Gouvernement des Etats-Unis, comme nombre d'autres Gouvernements, de propositions tendant à la conclusion d'un traité de conciliation et d'arbitrage à effets étendus. Les pourparlers entamés à cet effet à Washington n'avaient, toutefois, abouti à aucun résultat. Le Gouvernement américain, qui entendait réserver son attitude jusqu'à règlement de la question de l'adhésion des Etats-Unis à la Cour permanente de Justice internationale, ne voulait pas conclure des traités d'arbitrage d'un autre type que les traités d'avant-guerre contenant la clause des intérêts vitaux, de l'indépendance et de l'honneur. Aussi s'était-il borné à nous proposer de mettre à nouveau en vigueur, pour une durée de cinq ans, le traité de ce type qui avait été conclu entre les deux pays le 29 février 1908³ et qui, après deux renouvellements, était venu à expiration en décembre 1918. Nous n'avions pas cru devoir donner suite à cette proposition, préférant attendre des temps meilleurs pour conclure avec les Etats-Unis un traité à clause compromissoire qui présentât un réel intérêt pratique.

La participation des Etats-Unis à la Cour permanente de Justice internationale s'étant heurtée, semble-t-il, à d'insurmontables difficultés, ce n'est que récemment que le Gouvernement américain se résolut à donner une nouvelle orientation à sa politique en matière d'arbitrage. Le 6 février dernier, il conclut avec le Gouvernement français un traité d'arbitrage qui, s'il comportait encore des clauses restrictives du principe de l'arbitrage, n'éliminait pas moins les réserves surannées des intérêts vitaux, de l'indépendance et de l'honneur. Le traité conclu venait se combiner, par ailleurs, avec le traité d'enquête-conciliation déjà en vigueur entre la France et les Etats-Unis.

Peu de temps après la conclusion du traité franco-américain, le Gouvernement des Etats-Unis s'offrit à négocier des traités analogues avec la plupart des pays.

1. *Verfasser ist C. Gorgé, welcher in einer Aufzeichnung vom 19.4.1928 die Möglichkeit in Betracht zog, in einem Protokoll, qui formerait partie intégrante au traité à conclure, die Anerkennung der schweizerischen Neutralität durch die Vereinigten Staaten zu erreichen* (E 2001 (C) 7/2).

2. BBl 1919, V, S. 925ff.

3. *Vgl.* BBl 1908, IV, S. 98ff.

C'est ainsi qu'il fit des ouvertures à cet effet dans plusieurs capitales et communiqua à notre Légation à Washington un projet du traité d'arbitrage⁴ qu'il serait prêt à conclure avec la Suisse. Comme, d'après ce projet, l'arbitrage serait d'application limitée et qu'à Washington on attache du prix à la procédure d'enquête-conciliation telle qu'elle a été instituée par les traités connus sous le nom de traités Bryan, le Gouvernement américain nous propose, en même temps, de ratifier et de mettre en vigueur le traité Bryan conclu, en 1914, entre les Etats-Unis et la Suisse⁵. Si cette proposition était acceptée, les rapports des deux pays en matière d'arbitrage et de conciliation seraient donc réglés par deux traités distincts: un traité Bryan et un traité d'arbitrage.

Le traité Bryan, soit le «traité concernant l'ajournement d'une déclaration de guerre entre la Suisse et les Etats-Unis», signé, à Washington, le 13 février 1914, n'a pas été ratifié, conformément à une entente intervenue entre les parties, en raison de la guerre mondiale, qui éclata quelques mois plus tard et qui paraissait devoir apporter des modifications dans la pratique de l'arbitrage international. La guerre finie, il ne fut plus question de cet accord entre les deux pays.

Devrions-nous maintenant le sortir de l'oubli pour le soumettre à l'approbation des Chambres? – Ce ne serait guère expédient, semble-t-il. Dans l'intervalle, de grands progrès ont été réalisés dans le domaine de l'arbitrage et de la conciliation. Ce qui pouvait apparaître, en 1914, comme une innovation heureuse a fait, depuis, l'objet d'enquêtes et d'études dont le résultat ne saurait être passé sous silence. Il n'est pas jusqu'à la terminologie utilisée dans ce domaine qui n'ait subi l'influence du temps et de l'expérience. S'il n'est pas entré en vigueur, le traité du 13 février 1914 n'a pas moins vieilli. Le seul titre dont on l'a affublé: «Traité concernant l'ajournement d'une déclaration de guerre entre la Suisse et les Etats-Unis» ferait aujourd'hui l'effet d'une étrangeté. Que l'on maintienne en vigueur un traité quelque peu démodé, il n'y a là rien d'anormal; mais ratifier tout exprès un traité qui, dès le premier jour, se révélerait désuet serait d'une opportunité douteuse.

On pourrait songer à conclure un nouveau traité de conciliation avec les Etats-Unis. Il n'y a toutefois pas lieu de se dissimuler qu'en dépit de tous les progrès réalisés, ce traité ne différerait sans doute pas considérablement de l'ancien en raison du peu de plasticité de la politique américaine dans ce domaine. Or, comme nous aurions à conclure, en même temps, un traité d'arbitrage, on ne voit pas pourquoi la négociation ne porterait pas sur un accord qui réunirait les deux traités en un seul. L'essentiel pour le Gouvernement des Etats-Unis, ce n'est pas, ce nous semble, de se lier par deux traités distincts avec tels pays donnés, mais bien de contracter avec eux un minimum d'engagements conformes aux principes dont il entend s'inspirer dans sa politique d'arbitrage. Cependant, si nous voulons aboutir à la conclusion d'un accord avec les Etats-Unis, nous n'y parviendrons guère qu'en suivant aussi près que possible les lignes générales des projets que le

4. *Nr. 382, Annex.*

5. *Vertragstext in: E 2200 Washington 14/1.*

Gouvernement américain propose comme modèles. Reste à examiner si ce qu'on nous offre est acceptable et, le cas échéant, si nous aurions intérêt à prêter les mains à un accord qui s'avérerait de valeur assez médiocre.

En ce qui concerne la procédure de conciliation, il ne fait guère de doute que le Gouvernement américain s'en tiendra au principe de la conciliation n'intervenant qu'à titre subsidiaire. L'idée d'une procédure préliminaire de conciliation ne paraît pas avoir gagné beaucoup d'adeptes aux Etats-Unis. L'arbitrage y est toujours considéré comme la méthode de règlement par excellence, la conciliation étant réservée aux cas où le recours à des arbitres n'apparaît plus compatible avec la souveraineté et la dignité étatiques. Cette conception n'est point l'apanage exclusif des hommes d'Etat américains. C'est sur le principe de la conciliation subsidiaire qu'est fondé, par exemple, le système à la base de notre traité d'arbitrage et de conciliation avec l'Allemagne et de nos traités de conciliation avec la Suède, le Danemark et les Pays-Bas. Ce même principe apparaît dans les accords de Locarno. Nous aurions mauvaise grâce, dans ces conditions, à faire des difficultés pour l'introduire dans un accord avec les Etats-Unis.

Quant à la procédure d'arbitrage, son application ne pourrait guère être étendue au-delà des limites que lui a assignées le Gouvernement des Etats-Unis. Abstraction faite de certaines modifications apportées à son préambule, le projet soumis à notre examen est la reproduction intégrale du traité d'arbitrage franco-américain, moins son article premier, qui constitue un simple renvoi au traité Bryan en vigueur entre les Etats-Unis et la France. Demander plus que ce qui a été octroyé à la France serait, de toute évidence, s'exposer à un refus.

[...] ⁶

On pourrait reprocher [*à l'article premier*] du projet américain de ne pas envisager l'éventualité d'un désaccord entre les parties sur l'organisation du tribunal arbitral. A défaut d'entente sur ce point, la mise en œuvre de la procédure d'arbitrage se trouverait paralysée. Nombre de traités conclus par la Suisse ont paré à ce risque. Il n'y aurait, toutefois, pas grand intérêt à combler cette lacune dans le traité qui nous occupe; car, même si l'établissement du compromis était confié à une instance impartiale en cas de désaccord persistant entre les parties, son exécution ultérieure ne serait pas moins subordonnée au consentement du Sénat des Etats-Unis. Il est inutile de trop systématiser lorsque tout dépend, en dernier ressort, de la bonne volonté d'une des parties.

L'introduction d'une méthode de règlement qui permettrait d'assurer le fonctionnement en quelque sorte automatique de la procédure d'arbitrage irait à l'encontre des conceptions américaines. Les Etats-Unis n'ont jamais accepté et n'accepteront vraisemblablement pas avant longtemps de s'engager à recourir à l'arbitrage sans réserver l'approbation définitive du Sénat. Cette condition est pour eux d'importance primordiale, et il serait vain de chercher à en provoquer l'élimination en faisant valoir que, grevé d'une pareille clause, le traité comporte, en

6. Es folgt eine ausführliche Diskussion der einzelnen Artikel des amerikanischen Entwurfs, die nur auszugsweise abgedruckt ist.

définitive, moins une obligation qu'une faculté de recourir à des arbitres dans des cas donnés. Le fait est que les Etats-Unis sont opposés au principe de l'arbitrage strictement obligatoire.

Quant aux réserves qui conditionnent l'application du traité, la quatrième (réserve des engagements contractés par la Suisse en conformité du Pacte de la Société des Nations) ne jouerait qu'en notre faveur et servirait de pendant à la troisième réserve (doctrine de «Monroe»), dont les Etats-Unis auraient le bénéfice exclusif. Pour ce qui est des trois autres réserves, on peut dire qu'intimement liées à la politique étrangère des Etats-Unis, elles sont à prendre ou à laisser. On a déjà observé et le Département d'Etat a confirmé officieusement à notre Légation qu'elles restreignent assez considérablement le nombre des contestations arbitrales. Cela est surtout vrai dans le cas d'un traité conclu par les Etats-Unis avec une grande Puissance, attendu que les différends qui viendraient à surgir entre les deux pays revêtiraient assez facilement, en raison de l'importance des intérêts en jeu, un caractère politique marqué. Mais, dans les rapports entre la Suisse et les Etats-Unis, le risque de voir dégénérer un litige en un conflit d'ordre politique est moins grand. L'effet limitateur des réserves américaines n'aurait donc pas, à tout prendre, la portée qu'on serait tenté de leur attribuer de prime abord.

La première réserve, qui exclut de l'arbitrage les différends issus de questions relevant de la compétence exclusive de chaque Etat, paraît aller un peu de soi. Elle correspond à l'article XV, alinéa 8, du Pacte de la Société des Nations, comme aussi à la jurisprudence de la Cour permanente de Justice internationale. Il est conforme aux principes à la base de la communauté internationale qu'un Etat n'a pas à répondre, devant des arbitres ou des juges, d'actes qu'il a accomplis dans les limites de sa souveraineté sans manquer en quoi que ce soit à ses engagements internationaux.

La deuxième réserve, celle des Etats tiers, est d'origine déjà ancienne. On la retrouve dans la plupart des traités d'arbitrage d'avant-guerre. Ses fins sont plutôt d'ordre politique. Aussi n'aurait-elle pas, dans nos rapports avec les Etats-Unis une importance pratique considérable. Elle serait appelée à jouer dans le cas, par exemple, où nous réclamerions du Gouvernement américain une mesure dont l'adoption aurait une répercussion directe sur le règlement d'une affaire pendante entre les Etats-Unis et un Etat tiers. Encore faudrait-il, pour que les conditions d'un recours à l'arbitrage ne se trouvassent pas remplies dans cette hypothèse, que cet Etat ou bien n'eût rien à demander aux Etats-Unis ou bien ne pût, en cas de contestation, se prévaloir lui-même d'un traité à clause compromissoire. Il est de fait, cependant, que cette réserve est susceptible de donner matière à controverse quant à son interprétation. C'est ce qu'ont déjà fait observer certains juristes américains.

La troisième et dernière réserve, la réserve tirée de la doctrine de «Monroe», est d'ordre éminemment politique. Elle ne nous intéresse pas particulièrement sous le rapport du traité d'arbitrage à conclure; car il est douteux que la Suisse entre jamais en conflit avec les Etats-Unis à propos de questions qui touchent «au maintien de l'attitude traditionnelle des Etats-Unis d'Amérique dans les affaires américaines».

Si les réserves dont il s'agit ne sont pas de nature à réduire sensiblement les possibilités d'arbitrage pour des différends de l'ordre de ceux qui, en temps normal, pourraient s'élever entre la Suisse et les Etats-Unis, on serait fondé à faire valoir, en revanche, que le traité projeté offre peu de garanties contre le fait pour l'une des parties contractantes d'invoquer abusivement l'une ou l'autre desdites réserves. L'imperfection du traité à cet égard serait indéniable. Mais il ne paraît guère possible d'y remédier, étant donné que les Etats-Unis n'admettraient certainement pas que le bien-fondé d'une réserve invoquée dans un cas particulier pût être soumis à l'appréciation d'un collège d'arbitres. Ce procédé se heurterait d'ailleurs à de sérieuses difficultés d'application en raison de ce que, dans la pratique américaine, aucune question ne peut être déférée à un tribunal arbitral sans l'autorisation expresse du Sénat. Le fait qu'il n'existe pas de possibilité juridique de contester la légitimité d'une réserve ne permettrait pas, toutefois, d'en inférer sans autre que l'application de l'accord dépendrait du bon plaisir de chaque Etat. Les traités internationaux sont dominés par le principe de la bonne foi, et il n'y a pas de raison d'admettre que les parties contractantes ne se conformeraient pas loyalement à ce principe dans l'interprétation des réserves du traité d'arbitrage. Il ne faut pas non plus perdre de vue que là où la possibilité serait fermée à l'un des Etats de recourir à l'arbitrage, la faculté lui resterait d'en appeler à une commission de conciliation. Or il serait assez délicat pour un Gouvernement de se réclamer arbitrairement du bénéfice d'une réserve exclusive de l'arbitrage dans un différend qu'il est toujours possible de soumettre à l'appréciation d'une commission impartiale. Le contrôle serait évidemment dépourvu de sanction, mais ce serait quand même un contrôle.

Si le traité qui nous est proposé par les Etats-Unis aurait d'incontestables défauts, il comporterait néanmoins des avantages. Les Etats-Unis sont actuellement libres de toute obligation envers la Suisse en ce qui concerne le règlement amiable de différends. Or un accord médiocre serait encore préférable à une situation vide de tout engagement, surtout dans nos relations avec un Etat où nous avons d'importants intérêts à sauvegarder. La Suisse aurait donc intérêt à accueillir favorablement les ouvertures du Gouvernement américain et à négocier le traité en question sur les bases proposées.

Nous avons élaboré, à l'intention du Département d'Etat à Washington, un contre-projet de traité⁷ qui, tout en reprenant les principes fondamentaux à la base des traités Bryan et du projet américain de traité d'arbitrage, tiendrait compte de nos critiques, sans pour autant contenir des stipulations qui n'auraient aucune chance d'être agréées par le Gouvernement américain.

Nous avons reporté, dans le préambule de notre contre-projet, la déclaration concernant la proscription de la guerre comme instrument de la politique nationale, déclaration qui n'a guère, ici, que la portée d'un vœu pie. Ce vœu est celui de la Suisse comme celui de tout Etat pacifique. En l'insérant dans le traité, nous ne préjugeons en aucune manière la question de savoir si, comme le prétend le Gou-

7. *Als Annex abgedruckt.*

vernement américain, l'abolition générale des guerres peut être conventionnellement stipulée sans aucune réserve quant aux engagements découlant du Pacte pour les Etats membres de la Société des Nations. Comme le Gouvernement américain a particulièrement à cœur de voir intervenir un pacte multilatéral portant proscription de la guerre, il pourrait prendre ombrage de l'absence de toute allusion à ce sujet dans notre préambule et peut-être même y voir une manifestation contre une politique qu'il s'efforce actuellement de faire prévaloir auprès des grandes Puissances. La déclaration dont il s'agit ne nous engageant positivement à rien, il paraîtrait indiqué, pour des considérations d'opportunité politique, de la maintenir en tête de notre contre-projet.

Les trois premiers articles du contre-projet sont consacrés à la procédure de conciliation. Ils constituent un petit traité Bryan. La plupart des stipulations du traité de ce type que nous avons signé avec les Etats-Unis s'y retrouvent; mais nous avons cru devoir les compléter sur les trois points que voici:

1. En cas de désaccord sur le choix du président de la commission de conciliation, la nomination est effectuée conformément à l'article 45 de la Convention de La Haye pour le règlement pacifique des conflits internationaux, du 18 octobre 1907. Il importe que le défaut d'entente entre les parties sur le choix du président n'ait pas pour effet d'ajourner indéfiniment la constitution de la commission.

2. Les traités Bryan ne prévoient, ni la façon dont la commission est saisie d'un différend, ni le lieu où elle tiendra ses réunions. L'article 3, alinéa 1, de notre contre-projet comblerait ces lacunes.

3. Pour la procédure devant la commission, l'alinéa 2 du même article renvoie, en principe, aux dispositions du titre III de la première Convention de La Haye du 18 octobre 1907, alors que les traités Bryan ne disent mot de la procédure proprement dite.

Nous avons maintenu, sans y rien changer, le mode de composition de la commission tel qu'il est prévu par les traités Bryan et par la Convention de La Haye de 1907 (article 45). Nous préférions, évidemment, que trois des commissaires fussent désignés d'un commun accord par les parties; mais, comme cette question n'est pas de première importance et qu'une commission de conciliation de cinq membres constituée selon le mode indiqué dans le projet américain peut soutenir la comparaison avec le commissaire unique de notre traité avec la Hongrie ou avec la commission de conciliation de trois membres avec l'Autriche, par exemple, il serait de bonne politique de renoncer à demander au Gouvernement des Etats-Unis, sur un point d'ordre plutôt secondaire, une concession que nous n'obtiendrions, peut-être, qu'au détriment d'autres concessions plus importantes.

Les articles 4 et 5 de notre contre-projet règlent, avec la précision nécessaire, la procédure d'arbitrage en pleine conformité avec les stipulations correspondantes du projet américain. Alors que ce dernier projet prévoit expressément que le compromis doit, du côté américain, être approuvé par le Sénat, l'article 4, alinéa 3, de notre projet se borne à stipuler que «le compromis sera ratifié et entrera en vigueur dès l'échange des instruments de ratification». Conformément à la pratique internationale courante, un traité n'a pas à spécifier de quelle manière doit

intervenir la ratification. Il s'agit d'une question qui relève exclusivement de la législation interne de chaque pays.

L'article 6 du contre-projet oblige les parties à s'abstenir de tout acte propre à compromettre le succès de la conciliation ou l'exécution de la sentence arbitrale. Il est conforme, dans son esprit et son but, à la clause typique des traités Bryan qui fait un devoir aux parties contractantes «de ne pas se déclarer la guerre ni d'ouvrir les hostilités pendant l'examen de la commission et avant que celle-ci ait présenté son rapport».

Quant au dernier article de notre projet, il n'appelle pas d'observations particulières; il ne diffère de l'article correspondant du projet américain qu'au point de vue de la forme.

Vu ce qui précède, nous *proposons* de charger le Département politique de soumettre au Gouvernement des Etats-Unis le contre-projet de traité de conciliation et d'arbitrage entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique⁸.

ANNEX

PROJET DE TRAITÉ DE CONCILIATION ET D'ARBITRAGE ENTRE LA SUISSE ET LES ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE

Le Conseil Fédéral Suisse
et
le Président des Etats-Unis d'Amérique

animés du désir de resserrer les liens d'amitié qui unissent la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique, désireux d'affirmer à nouveau leur adhésion à la politique consistant à soumettre à un règlement pacifique tous les différends qui viendraient à s'élever entre les deux pays,

également convaincus de la nécessité de proscrire, dans les relations internationales, la guerre comme instrument de la politique nationale et de hâter le moment où la conclusion d'accords internationaux pour le règlement pacifique de différends entre Etats aura écarté pour toujours les possibilités de guerre entre n'importe quelles Puissances,

ont résolu de conclure, à cet effet, un traité de conciliation et d'arbitrage et ont désigné leurs plénipotentiaires, savoir,

Le Conseil Fédéral Suisse: /.../

Le Président des Etats-Unis d'Amérique: /.../

lesquels, après s'être fait connaître leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier.

Les Parties Contractantes s'engagent à soumettre, pour examen et rapport, à une Commission permanente de conciliation tous les différends, de quelque nature qu'ils soient, qui viendraient à s'élever entre elles et n'auraient pu être réglés par la voie diplomatique ou par voie d'arbitrage.

8. *Der Bundesrat billigte in seiner Sitzung vom 25.5.1928 den vom Politischen Departement vorgelegten Entwurf ohne Abänderung* (E 1004 1/310, Nr. 883).

Article 2.

La Commission permanente de conciliation comprendra cinq membres et sera constituée de la façon suivante dans les six mois qui suivront l'échange des ratifications du présent traité: Les Parties Contractantes nommeront chacune deux membres, l'un parmi leurs propres ressortissants, l'autre parmi ceux d'un Etat tiers, et désigneront d'un commun accord le cinquième membre, qui sera de plein droit le Président de la Commission.

En cas de désaccord sur le choix du Président de la Commission, il sera procédé à sa nomination conformément à l'article 45 de la Convention de La Haye pour le règlement pacifique des conflits internationaux, du 18 octobre 1907.

Tant que la procédure n'est pas ouverte, chacune des Parties Contractantes aura la faculté de révoquer tout commissaire désigné par elle et de lui désigner un successeur, comme aussi de retirer son consentement à la nomination du Président de la Commission. Dans ce cas, il y aura lieu de procéder sans délai au remplacement des membres dont le mandat a pris fin.

Il sera pourvu au remplacement des commissaires selon le mode fixé pour leur nomination.

Pendant la durée effective de la procédure, les membres de la Commission de conciliation recevront une indemnité dont le montant sera arrêté entre les Parties Contractantes.

Chaque Partie supporte ses propres frais et une part égale des frais de la Commission.

Article 3.

La Commission de conciliation sera saisie sur requête adressée à son Président par l'une des Parties Contractantes. Elle se réunira, sauf convention contraire entre les Parties, au lieu désigné par son Président.

La Commission réglera elle-même sa procédure, en tenant compte, sauf décision contraire prise à l'unanimité, des dispositions contenues au titre III de la Convention de La Haye pour le règlement pacifique des conflits internationaux, du 18 octobre 1907.

Les Parties Contractantes s'engagent à seconder à tous égards les travaux de la Commission.

La Commission présentera son rapport dans le délai d'une année à compter du jour où elle aura été saisie du différend, à moins que les Parties Contractantes ne prolongent d'un commun accord ce délai. Un exemplaire du rapport sera remis à chacune des Parties.

Le rapport de la Commission n'aura, ni en ce qui concerne l'exposé des faits, ni en ce qui concerne les considérations juridiques, le caractère d'une sentence arbitrale.

Article 4.

Tout différend dans lequel les Parties Contractantes se contesteraient réciproquement un droit sera soumis directement à la Cour permanente d'arbitrage à La Haye ou à un autre tribunal.

Les Parties Contractantes établiront, dans chaque cas particulier, un compromis spécial qui pourvoira, s'il y a lieu, à l'organisation du tribunal, définira ses compétences et déterminera l'objet du différend, ainsi que toutes autres conditions arrêtées entre elles.

Le compromis sera ratifié et entrera en vigueur dès l'échange des instruments de ratification.

Article 5.

Chacune des Parties Contractantes aura la faculté de s'opposer au règlement arbitral de tout différend dont l'objet:

- a) relève de sa compétence exclusive;
- b) affecte les intérêts d'Etats tiers;
- c) touche au maintien de l'attitude traditionnelle des Etats-Unis d'Amérique dans les affaires américaines, communément connue sous le nom de doctrine de «Monroe»;
- d) touche à l'observation des engagements assumés par la Suisse en conformité du Pacte de la Société des Nations.

Article 6.

Durant le cours d'une procédure de conciliation ou d'arbitrage, les Parties Contractantes s'abstiendront de toute mesure pouvant avoir une répercussion préjudiciable sur l'acceptation des conclusions du rapport de la Commission de conciliation ou sur l'exécution de la sentence arbitrale.

Article 7.

Le présent traité sera ratifié. Les instruments de ratification en seront échangés à Washington dans le plus bref délai possible.

Le traité entrera en vigueur dès l'échange des ratifications. Il demeurera en vigueur jusqu'à l'expiration d'un délai d'un an à compter du jour où l'une des Parties Contractantes aura notifié à l'autre son intention d'y mettre fin.

En foi de quoi, les plénipotentiaires ont signé le présent traité, en deux exemplaires, chacun en langues française et anglaise, et y ont apposé leurs cachets.

393

E 2001 (C) 7/1

Das Politische Departement an die deutsche Gesandtschaft in Bern

Kopie
N RP.

Bern, 23. Mai 1928

In einer am 2. d. M. von seiner Exzellenz dem Deutschen Gesandten dem Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements überreichten Aufzeichnung¹ sind die Gründe dargelegt, aus welchen die Reichsregierung es als wünschbar erachtet, dass der deutsch-schweizerische Schieds- und Vergleichsvertrag vom 3. Dezember 1921 infolge der Unterzeichnung und Ratifikation der in Artikel 36, Absatz 2, des Statuts des ständigen internationalen Gerichtshofes vorgesehenen fakultativen Bestimmung durch das Deutsche Reich nicht einer völligen Umänderung unterworfen werde. Nach Auffassung der Deutschen Regierung käme eine Änderung des Vertrages vom 3. Dezember 1921 in doppelter Richtung in Frage:

1. Die Streichung des Artikels 4 des Vertrages und
2. die Vereinbarung einer Bestimmung, wonach mangels einer Verständigung über die Schiedsordnung solche Streitigkeiten, die nach dem Vertrage dem schiedsgerichtlichen Verfahren unterliegen, durch Antrag einer Partei einen Monat nach Ankündigung an die andere Partei unmittelbar vor den ständigen internationalen Gerichtshof gebracht werden können.

Das Politische Departement wäre seinerseits gerne geneigt, dem Wunsche der Deutschen Regierung Rechnung zu tragen und auf dem Weg eines Protokolls den oberwähnten Vertrag in Einklang zu bringen mit den Verpflichtungen, die Deutschland und die Schweiz gegenseitig auf Grund ihrer Teilnahme am Genfer

1. Nr. 388.

Protokolle betreffend die obligatorische Gerichtsbarkeit des ständigen internationalen Gerichtshofes übernommen haben.

Die obenangeführten Vorschläge der Deutschen Regierung würden die Erreichung dieses Zieles gestatten. Immerhin kann sich die Frage stellen, ob nicht insoweit eine andere Lösung vorzuziehen wäre, dass die Parteien zu ermächtigen wären, lediglich einen Monat nach erfolgter Ankündigung gegebenenfalls an den internationalen Gerichtshof zu gelangen. Es dürfte wohl einfacher sein, die Bestimmung so abzufassen, dass die beiden Regierungen, wenn sie nach Ablauf einer Frist von einem Monat vom Tage der Stellung eines schiedsgerichtlichen Begehrens einer der Parteien an gerechnet, sich über die Schiedsordnung oder über die Zusammensetzung des Schiedsgerichts nicht haben einigen können, jede von ihnen die Möglichkeit besitzen solle, sich unmittelbar an den Gerichtshof im Haag zu wenden. Würde die Bestimmung der Verträge von Locarno bezüglich der Ankündigung von einem Monat in das vorgesehene Protokoll aufgenommen, so ergäbe sich daraus der Nachteil, dass nicht der genaue Zeitpunkt festgesetzt würde, von dem an jede der Parteien mit Grund anzunehmen befugt wäre, dass über die Ausarbeitung einer Schiedsordnung oder über die Zusammensetzung des Gerichts keine Einigung mehr möglich sei; nun ist es aber von nicht geringer Bedeutung, jeden Zweifel darüber auszuschliessen, mit welchem Tag eine Partei die Streitigkeit ohne weiteres vor den internationalen Gerichtshof bringen kann.

Bevor die Angelegenheit dem Bundesrat unterbreitet wird, hat das Politische Departement den Entwurf zu einem Protokoll² ausgearbeitet, der als Grundlage für weitere Erörterungen gedacht ist.

Die neue Fassung, die dem Artikel 8, Absatz 1, des Vertrages vom 3. Dezember 1921 zu geben vorgeschlagen wird, hätte auch die Aufhebung der letzten beiden Absätze des Artikels zur Folge. Es ist noch hinzuzufügen, dass der Bundesrat das fragliche Protokoll nur unter Vorbehalt der Genehmigung der eidgenössischen Räte unterzeichnen könnte, da es eine Abänderung des Vertrages vom 3. Dezember 1921 zum Gegenstande hat.

Das Politische Departement wäre der Deutschen Gesandtschaft zu Danke verpflichtet, wenn sie den vorliegenden Entwurf der Deutschen Regierung geneigtest übermitteln und ihm in der Folge die Bemerkungen bekanntgeben wollte, zu denen er ihrerseits Anlass geben sollte³.

2. Nicht abgedruckt. Der Text, welcher der Note beigelegt wurde, ist unter den vorliegenden Entwürfen des Politischen Departementes nicht eindeutig bestimmbar.

3. Die deutsche Reaktion ist aktenmässig nicht belegt. Hingegen gibt der Antrag des Politischen Departementes an den Bundesrat vom 21.6.1928 darüber Auskunft: [...] après examen d'un projet de protocole élaboré par nos soins, le Gouvernement allemand nous a saisis, à son tour, d'un contre-projet qui, moyennant certaines modifications de peu d'importance auxquelles il s'est rallié sans difficulté, pourrait nous donner toute satisfaction. [...] (E 1001 1, EPD, 1928). – Am 25.6.1928 genehmigte der Bundesrat das Protokoll über die Abänderung des zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reich abgeschlossenen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrages vom 3. Dezember 1921 (E 1004 1/310, Nr. 1077). (Text des Protokolls in: BBl 1928, II, S. 1104). Die Unterzeichnung erfolgte am 29.8.1928 in Bern. – Vgl. auch BR-Botschaft vom 14.12.1928 (sie ist im wesentlichen mit dem Antrag des Politischen Departementes vom 21.6.1928 identisch), in: BBl 1928, Bd. II, S. 1098ff. – Vgl. auch Nr. 459.

394

E 1004 1/310

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 25. Mai 1928*¹

886. Création d'une Légation de Suisse en Turquie

Département politique. Proposition du 18 mai 1928

En prenant, le 16 avril 1926², la décision d'envoyer en Turquie une Mission diplomatique extraordinaire chargée de régler les difficultés auxquelles donnaient lieu les relations turco-suisse et de négocier les conventions d'établissement et de commerce prévues par le traité d'amitié conclu, entre la Suisse et la Turquie, le 19 septembre 1925³, le Conseil Fédéral laissait ouverte la question de l'organisation définitive de la représentation suisse dans cet Etat.

Le moment est venu de reprendre l'examen de cette question, la solution provisoire qui lui a été donnée ne pouvant guère se prolonger sans inconvénient, et de proposer à l'Assemblée Fédérale, qui, conformément à la pratique actuellement suivie, doit se prononcer en pareils cas, la création, à titre durable, d'une Légation de Suisse en Turquie.

Le Département politique a établi, à cet effet, un projet de message dans lequel il a indiqué les motifs qui le conduisent à exclure la possibilité de donner à la représentation suisse en Turquie un caractère consulaire et à considérer comme nécessaire la transformation de la Mission actuellement existante en une Légation confiée à un Ministre plénipotentiaire.

Il est *décidé* d'approuver les textes français et allemand du projet de message à l'Assemblée Fédérale concernant la création d'une Légation de Suisse en Turquie⁴.

1. *Abwesend: Musy und Motta.*

2. E 1004 1/299, Nr. 593; *BR-Protokoll vom 16.4.1926.*

3. *Vgl. BR-Botschaft vom 5.1.1926, in: BBl 1926, I, S. 4ff.*

4. *Vgl. BR-Botschaft vom 25.5.1928, in: BBl 1928, II, S. 117ff. – Nach dem zustimmenden Beschluss der eidgenössischen Räte und dem Ablauf der Referendumsfrist ernannte der Bundesrat am 16.10.1928 H. Martin zum ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in der Türkei (E 1004 1/312, Nr. 1642). Am 11.11.1928 übergab Martin sein Beglaubigungsschreiben.*

395

E 2300 Rom, Archiv-Nr. 28

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

Rapport Politique n° 9

Rome, 3 juin 1928

«Die Schreckensherrschaft in Italien». Ce titre, que je rencontre à chaque instant dans certains journaux suisses, est évidemment exagéré. En six ans de fascisme, il y a eu l'assassinat de Matteotti et quelques autres faits sanglants; il n'y a pas eu une seule condamnation à mort. Si l'on parle de «Schreckensherrschaft» pour l'Italie, de quels termes doit-on se servir pour la Russie?

Ce qui caractérise la situation actuelle en Italie, sous cet aspect extérieur d'ordre parfait qui frappe tous les voyageurs et que le Royaume n'avait jamais connu jusqu'ici, c'est un certain sentiment d'insécurité qui se manifeste en premier lieu dans le domaine financier. Malgré les comptes magnifiques du Ministère qui nous montrent les finances de l'Etat en parfait équilibre avec des résultats chaque mois plus satisfaisants, malgré la stabilisation de la lire, malgré les mesures du Gouvernement pour régler les prix des loyers, des denrées alimentaires, des hôtels et même des chaussures, l'opinion publique n'est pas rassurée; elle s'inquiète du lendemain; l'absence de contrôle et de critique au Parlement et dans la presse augmente ses appréhensions, d'autant plus que les Banques, qui ont de l'argent en abondance, limitent leurs crédits à des termes très courts.

La critique nécessaire du Parlement, si elle ne se manifeste pas dans les discours, apparaît dans le rapport présenté récemment par le député Tumidei, un spécialiste en matière financière, comme président de la Commission générale du budget. Les journaux n'en disent rien, mais j'ai le rapport sous les yeux et il est, avec toute la prudence voulue, d'une singulière éloquence. Les dépenses prévues au budget ont augmenté de plus de deux milliards en quatre ans; les paiements effectifs ont augmenté de quatre milliards. Le rapporteur conjure le Gouvernement de limiter ses frais. «Au moment, dit-il, où nous réalisons la stabilisation de notre monnaie, cette augmentation de dépenses ne peut et ne doit pas être maintenue. Autrement, l'Etat sera obligé de recourir à une forte augmentation des impôts.»

Inutile de relever que les milliards, il y a quatre ans, valaient beaucoup moins que ceux dépensés en 1928.

Ce rapport contient beaucoup d'autres observations qui laissent le lecteur perplexe et ébranlent sa confiance dans l'équilibre du budget de l'Etat.

Il est certain que la danse des milliards continue et augmente sans cesse d'intensité. 800 millions pour les assainissements agricoles, me disait l'autre jour le Ministre de l'Economie, au déjeuner offert au Congrès pour le contrôle des semences. Cinq milliards pour les travaux publics en cours; rien que pour la Sardaigne on a voté un milliard de travaux. Et chaque année des centaines de millions s'engouffrent dans les sables des Colonies.

A Rome, nous assistons à des travaux édilitaires, devant lesquels tous les régimes précédents avaient reculé pour raison d'économie: événements, larges avenues comportant d'énormes démolitions, transformation de la vieille ville en une cité moderne, moins pittoresque et plus aérée, mais au prix de formidables dépenses. Pour l'archéologie, les fouilles d'Herculanum, la mise au jour des anciens forums de Rome, on n'hésite devant aucun sacrifice; des quartiers entiers sont démolis.

Ajoutez les dépenses pour l'art, la reconstruction du somptueux opéra de Rome, les œuvres sociales, les subventions aux œuvres de délassement des ouvriers, à la presse, aux innombrables feuilles et revues fascistes, à tous ceux qui, sous couleur de patriotisme, exploitent la caisse de l'Etat.

Et je ne parle pas de ces expéditions aventureuses qui flattent l'amour-propre national. Celle de Nobile a déjà coûté 25 millions, d'après ce que m'a dit un sous-secrétaire d'Etat; il faudra tripler ce chiffre pour la recherche des malheureux perdus dans les glaces et pour les indemnités aux familles en cas de mort.

Et toutes ces commémorations et toutes ces fêtes! C'est une agitation perpétuelle qui enrichit les cafetiers, mais grève la caisse de l'Etat. Dix mille ouvriers milanais transportés à Rome, cinq mille petites écolières venant, de tous les points de l'Italie, défiler devant le Duce, etc. etc. Pour la première fois, un journal ose lever la voix. Le *Regime fascista*, organe de Farinacci, écrit que les Italiens sont excédés de toutes les fêtes qui se succèdent à jet continu; «les cérémonies dominicales avec les défilés habituels, les saluts à la romaine et les discours sont devenus intolérables; les mêmes choses se répètent avec une asphyxiante monotonie. Le peuple préfère une journée de soleil à un discours ...».

Et l'homme de la rue pense que tous ces discours et toutes ces fêtes, patriotiques, militaires, sportives, artistiques, organisées ou encouragées par le Gouvernement, doivent lui coûter très cher. Et ici encore il se demande d'où vient l'argent.

Il est du devoir de l'observateur impartial de noter ces inquiétudes d'ordre financier. Mais, je le répète, elles ne suffiront ni à renverser, ni même à ébranler le régime. Il est fort, très fort, et peut affronter les murmures de Tumidei et la fronde de Farinacci.

396

E 2001 (C) 1/11

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 4 juin 1928

En vous confirmant ma lettre du 2 février, qui s'est croisée avec la vôtre du même jour concernant les incidents de frontière¹, j'ai l'honneur de vous faire savoir que j'ai eu samedi dernier un long entretien à ce sujet avec M. Guariglia, Chef du service politique.

1. *Beide Schreiben nicht abgedruckt.*

Comme je vous l'avais écrit, j'avais évité, depuis le mois de novembre, de me rendre chez ce haut fonctionnaire, qui m'avait manifesté une certaine impatience à l'égard de nos réclamations répétées.

M. Guariglia a interprété comme il le fallait l'absence de mes visites dans ce long espace de temps et m'a déclaré de la façon la plus amicale qu'aucun malentendu ne devait subsister entre nous. Nous devons comprendre, m'a-t-il dit, la situation si difficile dans laquelle il se trouve vis-à-vis de l'autorité de police, et que je vous ai déjà maintes fois exposée.

De mon côté, j'ai expliqué que mon Gouvernement ne faisait de réclamations que pour des cas sérieux, et qu'il se bornait à signaler les autres. Mais évidemment l'opinion publique chez nous s'est beaucoup émue, et nous devons espérer que, dans cette saison d'été qui commence maintenant, ces incidents ne se renouvelleront pas, grâce aux mesures prises par le Gouvernement Royal.

A ce propos, M. Guariglia m'a dit: «Je vois venir l'été en tremblant», ce qui n'est pas très rassurant pour nous. Cela signifie que l'autorité de police entend commander seule à la frontière, sans tenir compte, dans la mesure qu'il faudrait, des avertissements du Palais Chigi. Je me permets donc d'insister sur la nécessité de mettre en garde tous les milieux intéressés contre les dangers des excursions à la frontière. J'en ai déjà prévenu M. Guariglia, qui a trouvé la chose toute naturelle.

M. Guariglia m'a déclaré que les deux douaniers fautifs de l'alpe «Grotta» avaient été sévèrement punis. Nous avons reçu depuis lors une confirmation écrite de cette nouvelle.

397

E 2200 Washington 14/1

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Washington, M. Peter*

S RZ.

Berne, 5 juin 1928

Nous avons l'honneur d'accuser réception et de vous remercier de la lettre N° 4.17, en date du 18 mai¹, par laquelle vous avez bien voulu nous communiquer le texte des traités suivants conclus par les Etats-Unis:

1. Traité d'arbitrage avec l'Italie, du 19 avril;
2. Traité d'arbitrage avec l'Allemagne, du 5 mai;
3. Traité de conciliation avec l'Allemagne, du 5 mai.

Cette communication nous est parvenue au moment même où nous vous adressons notre réponse aux ouvertures du Gouvernement américain relatives à la conclusion d'un traité d'arbitrage entre la Suisse et les Etats-Unis.

Nous avons pris note que les Gouvernements italien et allemand ont accepté telles quelles les propositions américaines. Les raisons de cette adhésion totale

1. Nicht ermittelt.

aux vues du Département d'Etat doivent sans doute être recherchées dans des considérations d'opportunité politique.

En ce qui nous concerne, nous n'avons évidemment pas les mêmes motifs de nous ranger à cette façon un peu sommaire de négocier. Si nous nous sommes efforcés de présenter au Gouvernement américain un contre-projet² qui se rapprochât autant que possible de ses conceptions, nous n'estimons pas moins que la discussion doit se poursuivre sur un terrain dégagé de toutes préoccupations d'ordre politique. Au cas où le Gouvernement américain se refuserait à entrer en pourparlers sur des propositions qui ne correspondraient pas rigoureusement aux siennes, il va sans dire que le Conseil Fédéral pourrait se voir amené à adopter une attitude qui équivaldrait à l'abandon pur et simple des négociations.

Nous n'attendons d'ailleurs pas tant d'intransigeance de la part du Département d'Etat. Comme vous l'avez vous-même observé, le traité de conciliation conclu par l'Allemagne n'est pas absolument conforme aux traités Bryan du premier type, puisque, d'une part, il enlève aux Parties la faculté de modifier la composition de la Commission de conciliation une fois instituée et que, d'autre part, il subordonne la faculté pour la Commission d'offrir spontanément ses services aux Parties en litige à un vote unanime de ses membres. Le Gouvernement américain a ainsi accepté de s'écarter des principes à la base des traités qu'il a proposés comme modèles, et cela dans une mesure qui permet d'augurer favorablement, semble-t-il, de l'accueil que rencontrera à Washington le contre-projet de traité approuvé par le Conseil Fédéral. Nous n'avons, en effet, apporté aucune modification essentielle au projet américain³ ni au traité Bryan de 1914. La clause de ce dernier traité relative aux bons offices que la Commission de conciliation peut, le cas échéant, offrir d'elle-même aux Parties a cependant été élaguée de notre projet. Elle ne nous paraît pas présenter, en effet, un réel intérêt pratique. On a peine à imaginer le cas où les rapports entre les deux Gouvernements deviendraient tels qu'une détente ne pourrait être obtenue que par l'intervention plus ou moins inopinée de la Commission de conciliation. Nous doutons, pour notre part, qu'il faille voir dans cette clause originale des traités Bryan une nouvelle ressource pour le règlement pacifique des différends internationaux. L'idée qui en est la base est sans doute excellente en théorie; mais il y a tout lieu de penser qu'elle demeurera à l'état d'idée dans le domaine des contingences. C'est ce que vous pourrez exposer au Département d'Etat au cas où il s'enquerrait des raisons pour lesquelles la clause dont il s'agit ne figure pas dans le projet du Conseil Fédéral.

2. *Nr. 392, Annex.*

3. *Nr. 382, Annex.*

E 2001 (C) 11/12

*Das Politische Departement an die französische Botschaft in Bern**Kopie*
N SA.

Berne, 7 juin 1928

L'accord intervenu à Strasbourg, le 10 mai 1922, entre les délégations allemande, française et suisse à la Commission centrale pour la navigation du Rhin concernant la régularisation du Rhin entre Bâle et Strasbourg dispose, entre autres, que les trois Etats s'entendront entre eux au sujet des conditions d'exécution et du règlement des dépenses résultant des travaux de cette régularisation.

Ainsi qu'il a été annoncé par le délégué suisse à la Commission centrale pour la navigation du Rhin lors de la dernière session de cette Commission, une première prise de contact a eu lieu entre les représentants de l'Allemagne et de la Suisse, au cours de l'année passée, en vue d'examiner la répartition des frais d'établissement et les modalités à envisager pour l'exécution des travaux. M. Herold a exposé, à cette occasion, que ces pourparlers n'avaient pas encore abouti à un résultat concret, mais qu'ils seraient repris sous peu et que la Suisse estimait qu'il y aurait lieu pour elle, à ce moment, de pressentir également le Gouvernement Français.

Depuis lors, cette reprise des pourparlers a eu lieu et les deux délégations se sont entendues sur le texte d'un projet de «Propositions en vue d'un accord à conclure entre la Suisse, l'Allemagne et la France, concernant l'exécution des travaux de régularisation du Rhin entre Strasbourg/Kehl et Istein»¹. Les deux délégations ont estimé qu'il y aurait lieu, maintenant, de demander au Conseil Fédéral Suisse de porter ce texte à la connaissance du Gouvernement Français, en le priant de désigner ses représentants pour un examen détaillé du projet entre les trois délégations et de proposer date et lieu pour leur réunion.

Ci-joint, l'Ambassade de France voudra bien trouver le projet dont il s'agit. Le Département Politique Fédéral saurait grand gré à l'Ambassade de le transmettre à son Gouvernement et de lui exposer ce qui précède. Se basant sur l'accord susmentionné du 10 mai 1922 ainsi que sur les résolutions de la Commission centrale pour la navigation du Rhin des 10 mai 1922 et 29 avril 1925 relatives à la régularisation du Rhin, le Conseil Fédéral se plaît à croire que le Gouvernement Français prêtera sa collaboration en vue de fixer définitivement entre les trois Etats intéressés les conditions d'exécution des travaux de la régularisation et du règlement des dépenses résultant de ces travaux. Il serait particulièrement obligé au Gouvernement Français de bien vouloir lui faire parvenir sa réponse le plus tôt possible².

1. *Vgl. Nr. 387, Anm. 2.*

2. *Vgl. Nr. 446.*

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 15. Juni 1928¹

1012. Kleine Anfrage Duft

Politisches Departement. Antrag vom 7. Juli 1928

Antragsgemäss wird die Kleine Anfrage von Herrn Nationalrat Duft vom 15. März 1928² wie folgt beantwortet³.

Das amerikanische Gesetz vom 10. III. 1928 (Settlement of War Claims Act), mit welchem die Vereinigten Staaten von Amerika die Freigabe des beschlagnahmten Eigentums der Angehörigen der früher feindlichen Staaten regeln, berührt nicht allein die Beziehungen zwischen diesen Staatsangehörigen und der Union. Gewissen Partien des Gesetzes kommt vielmehr der Charakter einer Ergänzung oder Abänderung des Gesetzes über den Handel mit dem Feinde (Trading with the Enemy Act) zu, und in dieser Hinsicht ist besonders hervorzuheben, dass der neue Paragraph 16, sub sec. b, sec. 9 des Trading with the Enemy Act (sec. 11 des Gesetzes vom 10. III. 1928) ganz allgemein das Recht auf Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums jeder Einzelperson, Gesellschaft oder Personenvereinigung («an individual, partnership, association, or other unincorporated body of individuals, or a corporation») gewährt. Diese Fassung, die bei den Eigentümern der beschlagnahmten Werte nicht die Angehörigkeit zu einem ehemals feindlichen Staate voraussetzt, entspricht dem im Trading with the Enemy Act enthaltenen Begriffe des «enemy». Denn als solcher, als Feind im Sinne dieses Gesetzes, gelten nicht nur feindliche Staatsangehörige, sondern auch Einzelpersonen oder Personenvereinigungen, die mit einem feindlichen Staate gewisse wirtschaftliche Beziehungen unterhalten. Dieser Begriffsbestimmung ist es zuzuschreiben, dass z. B. einzelne schweizerische Gesellschaften, an denen in erheblichem Masse deutsches Kapital beteiligt ist, von den amerikanischen Behörden als feindlich behandelt worden sind und dass sie vergeblich die Aufhebung der Beschlagnahme

1. *Abwesend: Motta.*

2. *Der Text lautet:* Indem Repräsentantenhaus und Senat der Vereinigten Staaten von Nordamerika den Erlass eines Gesetzes beschlossen haben, das die Rückerstattung des zur Kriegszeit bei den Angehörigen des Deutschen Reiches beschlagnahmten Eigentums vorsieht, ist der völkerrechtliche Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums auch unter ehemals feindlichen Staaten zur Wiederanerkennung gelangt.

Da die während des Krieges auch bei in den U.S.A. niedergelassenen Schweizerischen Unternehmungen vorgekommenen Beschlagnahmen weder durch die erwähnte «Alien Property Return Bill» noch durch einen andern Rechtsakt aufgehoben sind, wird der Bundesrat um Auskunft gebeten, ob er bereit ist, alle ihm zu Gebote stehenden diplomatischen und rechtlichen Behelfe zu ergreifen, um die Freigabe des noch unter dem nordamerikanischen Sequester befindlichen schweizerischen Eigentums zu erwirken.

3. *Der Wortlaut der Kleinen Anfrage und die bundesrätliche Antwort sind dem Protokoll als Anhang beigeheftet.*

über ihre in den Vereinigten Staaten liegenden Vermögenswerte angestrebt haben. Die Bestimmungen der neuen obenerwähnten Gesetzgebung kommen nun aber natürlich auch ihnen zugute, wenn sie sich der für die Erreichung der Freigabe vorgesehenen Formalitäten unterziehen.

Es ist zu bemerken, dass der Bundesrat bei der amerikanischen Regierung sich angelegentlich dafür verwendet hatte, dass die fraglichen Gesellschaften, die nach schweizerischem Rechte gegründet wurden, die in der Schweiz ihren Sitz haben und deren Kapital vorwiegend in schweizerischen Händen ist, nicht als feindliche behandelt werden⁴. Da die amerikanische Regierung indessen sich durch die erwähnten Bestimmungen der amerikanischen Landesgesetzgebung als gebunden erachtete, war diesen Bemühungen leider kein Erfolg beschieden. Die grundsätzliche Freigabe alles feindlichen Eigentums lässt nun weitere Schritte nicht als erforderlich erscheinen; doch können die beteiligten schweizerischen Gesellschaften, wenn sie bei der Ausfolgung ihres Eigentums wider Erwarten weiteren Schwierigkeiten begegnen sollten, auch fernerhin auf die nachdrückliche diplomatische Unterstützung der eidgenössischen Behörden zählen⁵.

4. Vgl. Nr. 362.

5. Zur Freigabe des sequestrierten schweizerischen Eigentums in den übrigen am 1. Weltkrieg beteiligten Staaten sowie zur Frage der Kriegsschäden im allgemeinen vgl. GBer 1925, S. 50f., GBer 1926, S. 71f., GBer 1927, S. 53f., GBer 1928, S. 65f., GBer 1929, S. 65f. sowie den Bericht betreffend die Frage der Wiedergutmachung der von Schweizerbürgern im Weltkrieg erlittenen Kriegsschäden, vom 30. September 1929, BBl 1929, III, S. 37ff.

400

E 2200 London 42/1

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den schweizerischen Gesandten in London, C. R. Paravicini*¹

S RD

Berne, 21 juin 1928

Sous ce pli, nous avons l'honneur de vous communiquer copie d'une note² par laquelle la Légation de Chine à Berne nous informe que le Gouvernement nationaliste chinois, «ayant définitivement pris le pouvoir et établi officiellement son autorité», a autorisé le Chargé d'Affaires à Berne, M. Chi Yung Hsiao, à continuer ses fonctions auprès du Conseil fédéral.

Cette communication pose en fait la question de la reconnaissance par la Suisse du Gouvernement nationaliste. En effet, si nous avons continué jusqu'ici à reconnaître à M. Hsiao la qualité de Chargé d'Affaires de Chine, c'était sur la

1. Es handelt sich um ein Rundschreiben an die schweizerischen Gesandtschaften in Paris, London, Rom, Berlin und Den Haag (E 2001 (C) 2/12).

2. E 2001 (C) 2/12; Note vom 20.6.1928.

base de la fiction, adoptée par tous les autres Etats, qu'il représentait l'ancien Gouvernement légal de Pékin, encore que nous ne pouvions nous faire d'illusion sur l'existence réelle et l'autorité dont disposait ce fantôme de Gouvernement. A la suite de la communication qui vient de nous parvenir, nous devons tenir M. Hsiao pour le représentant du Gouvernement nationaliste issu de la faction sudiste qui semble s'être emparée de la Chine toute entière.

Afin de pouvoir apprécier la suite qu'il y a lieu de donner à la communication qui vient de nous être adressée, nous attacherions le plus grand prix à connaître quelle attitude adopteront les autres Gouvernements, auxquels une notification semblable paraît avoir été faite en même temps qu'à nous.

Vous nous obligeriez beaucoup, en conséquence, en tentant d'obtenir des renseignements auprès du Foreign Office sur l'attitude que le Gouvernement britannique se propose d'adopter à cet égard.

Nous vous serions très reconnaissants de considérer cette affaire comme présentant quelque urgence³.

3. Vgl. Nr. 407.

401

E 2001 (C) 4/22

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

Kopie
S RD

Berne, 21 juin 1928

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre lettre du 14 juin¹ et nous n'avons pas manqué d'avoir avec le Chargé d'Affaires de Perse à Berne un entretien au cours duquel nous lui avons signalé, en attirant très fermement son attention sur le sérieux de cette affaire, que, d'après les nouvelles parvenues en Suisse, les marchandises de provenance suisse seraient frappées, à l'importation en Perse, de droits majorés, alors que les Persans et les marchandises persanes continuaient à jouir, à l'entrée en Suisse, à tous les égards, du traitement de la nation la plus favorisée.

M. Schayesteh nous a déclaré que, selon les renseignements qu'il possède, le Parlement persan se serait, en effet, vu amené à voter, au début du mois de mai dernier, au moment où les négociations qui se poursuivaient à Téhéran entre le Gouvernement persan et les Puissances les plus intéressées en Perse semblaient traîner, une loi frappant de droits majorés les marchandises provenant d'Etats avec lesquels un accord ne serait pas intervenu en ce qui concerne l'abolition des

1. *W. Stucki führte darin aus: [...] [Wir beehren uns,] Ihnen mitzuteilen, dass die Chambre suisse de l'horlogerie bereits Reklamationen von Uhrenfirmen erhalten hat, wonach deren Waren bei der Einfuhr in Persien höheren Zöllen unterliegen, weil die Schweiz die Übereinkunft über die Abschaffung der Kapitulationen noch nicht unterzeichnet habe. (E 2001 (C) 4/22).*

capitulations. M. Schayesteh s'est déclaré convaincu, en revanche, que, si le tarif prévu par cette loi a été appliqué à des marchandises suisses, il doit s'agir d'un malentendu, car il serait inexplicable que le Gouvernement persan eût voulu appliquer un tarif de combat à la Suisse, qui a été le premier des Etats au bénéfice du régime capitulaire en Perse à se déclarer prêt à conclure avec le Gouvernement persan un accord faisant abstraction de tous privilèges spéciaux en matière de juridiction.

M. Schayesteh nous a promis d'appeler télégraphiquement l'attention des Autorités persanes sur le fait que, la Suisse ayant formulé dès le 6 mars des propositions concrètes en vue de la conclusion d'une convention de commerce et d'établissement basée sur les principes généraux du droit et la clause de la nation la plus favorisée, il ne se justifierait pas de lui refuser le bénéfice du tarif minimum en matière commerciale; il espère être en mesure de nous apprendre, dans un avenir très rapproché, que le Gouvernement persan a pris les mesures nécessaires à cet effet.

Nous aurons soin de vous tenir au courant des déclarations complémentaires qui nous seront faites à cet égard.

402

E 1004 1/310

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 22. Juni 1928

1066. Handelsvertragsverhandlungen mit Jugoslawien

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 21. Juni 1928.

(Siehe Protokolle vom 5. April¹ und 9. Mai 1927².)

Das Volkswirtschaftsdepartement berichtet:

«Durch unsere Berichte vom 4. April und 2. Mai 1927³ haben wir Sie über den Gang der Handelsvertragsverhandlungen orientiert, die im Frühling 1927 zwischen einer schweizerischen und jugoslawischen Delegation gepflogen worden sind. Im Bericht vom 2. Mai haben wir Ihnen einlässlich die Gründe auseinandergesetzt, aus welchen der Abschluss eines Handelsvertrages mit Jugoslawien kaum möglich sei, und Sie haben unserem Antrag entsprechend beschlossen, diese Verhandlungen zu unterbrechen.

Schon seit einiger Zeit ist durch die hiesige jugoslawische Gesandtschaft sondiert worden, ob die Schweiz zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit sei. Wir konnten einen solchen Vorschlag selbstverständlich nicht ablehnen, liessen

1. Nr. 291.

2. Vgl. Nr. 305, Anm. 1.

3. Beide Anträge in: E 1001 1, EVD, 1. 1.–30. 6. 1928.

aber deutlich durchblicken, dass die Schweiz kaum in der Lage wäre, ihren früheren Standpunkt aufzugeben und die Verhandlungen wenig Aussicht auf Erfolg hätten, wenn es Jugoslawien nicht möglich sei, seine Haltung sowohl in bezug auf die Wünsche zum schweizerischen Tarife wie hinsichtlich der schweizerischen Begehren zum jugoslawischen Tarif wesentlich zu ändern. Nach längern, sowohl in Bern als in Belgrad geführten Vorverhandlungen hat uns nun die hiesige jugoslawische Gesandtschaft am 5. d. M. eine Notiz⁴ überreicht, worin wir gebeten werden, zuhanden ihrer Regierung auf folgende zwei Fragen Antwort zu geben:

1. Wäre der Bundesrat bereit, im vorgesehenen Handelsvertrag die gegenwärtig bestehenden Zölle für Vieh und tierische Produkte zu binden und herabzusetzen?

2. Falls der Bundesrat nicht in der Lage wäre, diesem Wunsche zu entsprechen, wird gefragt, ob man zum Abschluss eines Handelsvertrages mit bloss allgemeinen Bestimmungen, d. h. ohne Tarifanlagen, bereit sei.

Wir haben die Angelegenheit mit der schweizerischen Handelsdelegation einlässlich besprochen und beehren uns, Ihnen gestützt auf diese Beratungen unsere Auffassung hinsichtlich der Beantwortung der jugoslawischen Note wie folgt zu unterbreiten:

Schon anlässlich der ersten Verhandlungsetappe hat die schweizerische Delegation gemäss den ihr erteilten Instruktionen für die meisten Zollpositionen, an denen Jugoslawien ein Interesse bekundet hat, die Bindung der heutigen Ansätze zugesagt oder doch in Aussicht gestellt. Dagegen musste sie auf die zahlreichen Wünsche nach teilweise sehr beträchtlicher Reduktion der schweizerischen Vieh- und Fleischzölle selbstverständlich ablehnend antworten. Mit Rücksicht darauf, dass der jugoslawische Zolltarif allgemein bedeutend höher ist als der schweizerische und die Handelsbilanz zwischen den beiden Ländern für die Schweiz ausgesprochen passiv ist, konnte die schweizerische Delegation keine andere Haltung einnehmen als dies gegenüber allen andern Staaten mit ähnlichen Verhältnissen geschehen ist: Bindung des heutigen Gebrauchstarifes gegen entsprechende beträchtliche Herabsetzung des jugoslawischen Tarifes, insbesondere hinsichtlich industrieller Produkte. Gerade weil die jugoslawische Delegation diesen schweizerischen Forderungen in keiner Weise entgegengekommen ist und im grossen und ganzen nur die Bindung der heute schon bestehenden sehr hohen Zölle angeboten hat, mussten die Verhandlungen abgebrochen werden.

Diese Verhandlungsbasis hat sich seit einem Jahre für die Schweiz in keiner Weise geändert. Sie kann wohl in zahlreichen Fällen Jugoslawien gewisse Zölle binden, sie kann aber, gerade angesichts der heutigen Lage der schweizerischen Landwirtschaft, unmöglich die Zölle für Vieh, Fleisch, Holz, Obst usw. wesentlich herabsetzen. Unter diesen Umständen besteht natürlich auch sehr geringe Aussicht darauf, dass Jugoslawien seine Industriezölle bedeutend ermässigen würde, was für uns eine absolute Voraussetzung für den Vertragsabschluss war und ist. Wir geben uns deshalb keinen Illusionen darüber hin, dass mit Jugoslawien im jetzigen Moment ein eigentlicher und für die Schweiz interessanter Tarif-

4. E 7110 1/91.

vertrag abgeschlossen werden könnte. Um jedoch über die Stellungnahme der jugoslawischen Regierung zu den schweizerischen Begehren möglichste Klarheit zu erhalten, und namentlich um den Eindruck zu vermeiden, die Wiederaufnahme der Verhandlungen sei zufolge Widerstandes der Schweiz gescheitert, möchten wir anregen, die erste der in der jugoslawischen Note aufgeworfenen Fragen nicht einfach ablehnend sondern dahin zu beantworten, die Schweiz sei eventuell bereit, den jugoslawischen Wünschen nach Bindung gewisser Zölle ziemlich weitgehend zu entsprechen, wogegen aber deren Reduktion kaum in Erwägung gezogen werden könne. Unter allen Umständen müsse aber angesichts des Niveaus der beidseitigen Tarife und der Gestaltung der Handelsbilanz verlangt werden, dass die jugoslawischen Zölle für schweizerische Industrieprodukte und Käse wesentlich herabgesetzt würden. Die Jugoslawische Regierung werde gebeten, sich über die Möglichkeit, diesen schweizerischen Wünschen zu entsprechen, zu erklären.

Was den Abschluss eines blossen Meistbegünstigungsvertrages ohne Tarifabreden anbelangt, so sind wir mit der einstimmigen Handelsdelegation der Auffassung, dass die Schweiz an einem solchen Abkommen gegenwärtig ein äusserst geringes Interesse hat. Seit der Entstehung des jugoslawischen Staates haben sich die beiden Länder stets meistbegünstigt behandelt und zwar gestützt auf einen Notenaustausch, wonach der allgemeine Teil des ehemaligen serbisch-schweizerischen Handelsvertrages bis zu einer allfälligen Kündigung weiter in Geltung bleiben soll. Wir hätten also aus dem Abschluss eines blossen Meistbegünstigungsvertrages keine Verbesserung der gegenwärtigen Situation zu erwarten. Die Gefahr, dass uns Jugoslawien die Meistbegünstigung kündigen könnte, ist sehr gering, da bei einer allfälligen Differenzierung Jugoslawien mehr zu verlieren hätte als die Schweiz. Dazu kommt, dass nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen und nach unserer Kenntnis der jugoslawischen Handelspolitik auch hinsichtlich der allgemeinen Vertragsbestimmungen zwei sehr wesentliche Differenzen bestehen, nämlich mit bezug auf Ursprungszeugnisse für Transitwaren und hinsichtlich der Behandlung der Handelsreisenden. Es besteht sehr wenig Aussicht, dass Jugoslawien in einem künftigen Verträge den schweizerischen Standpunkt akzeptieren würde. Auf ihn zu verzichten wäre aber mit Rücksicht auf die Konsequenzen gegenüber andern Staaten mit sehr erheblichen Nachteilen verbunden. Es scheint uns deshalb zweckmässiger zu sein, den bisherigen, allerdings unbefriedigenden Zustand weiterdauern zu lassen, als in einem neuen Vertrag auf schweizerische Postulate zu verzichten, die eine grosse allgemeine Bedeutung haben und die für unsere Handelsbeziehungen mit andern Ländern noch wichtiger sind als gegenüber Jugoslawien. Aus diesen Gründen würden wir Ihnen empfehlen, im gegenwärtigen Moment auf Verhandlungen über den Abschluss eines blossen Meistbegünstigungsvertrages nicht einzutreten.»

Gestützt auf vorgehende Ausführungen wird antragsgemäss *beschlossen*:

1. Von vorliegendem Bericht wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, die jugoslawische Note vom 5. Juni 1928 im Sinne dieses Berichtes zu beantworten.

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer*

Kopie
S SA.

Bern, 28. Juni 1928

Wir beehren uns, mit nachstehenden Ausführungen auf Ihr Schreiben vom 12. April betreffend die Ratifikation der von der Konferenz für die Kontrolle des internationalen Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial im Jahre 1925¹ aufgestellten Texte zurückzukommen.

In dem Ihrem Schreiben beigegebenen Berichte der Generalstabsabteilung wird zunächst der Standpunkt vertreten, dass mit der Ratifikation des Gaskriegprotokolls zugewartet werden sollte, bis das Protokoll von sämtlichen europäischen Staaten ratifiziert sein wird und wir selbst genügende Vorbereitungen für den Gaskrieg getroffen haben werden. Diese Auffassung wird unter anderm damit begründet, dass es in der Schweiz kaum verstanden würde, wenn wir dieses Protokoll ratifizierten, dessen ungeachtet jedoch die Rüstungen für den Gaskrieg fortsetzen würden.

Wir fragen uns, ob dieser Erwägung nicht ein Missverständnis zugrunde liege. Gemäss dem Schlussabsatze des Protokolls sollen dessen Bestimmungen nur gelten zwischen denjenigen Staaten, die dem Protokolle beigetreten sind. Rechtlich besteht somit kein Zweifel darüber, dass Rüstungen der einzelnen Staaten für den Gaskrieg zulässig bleiben, auch nachdem sie das Protokoll ratifiziert haben. Es will uns sogar scheinen, dass die Rechtfertigung ihrer Rüstungen für den Gaskrieg denjenigen Staaten leichter fallen wird, die ihrerseits diese Ratifikation vollzogen haben. Sie werden umso eher darauf hinweisen können, dass es nicht in ihrer Macht liegt, dem Protokoll universelle Anerkennung zu verschaffen, dass aber die Gefahr des Gaskrieges nach wie vor besteht, solange einzelne Staaten dem Protokolle fern bleiben. Da die schweizerische Delegation bekanntlich seinerzeit sehr aktiv an der Aufstellung des Gaskriegprotokolls mitgewirkt hat² und da es auch nach der Auffassung Ihres Departements ausserordentlich wünschenswert wäre, wenn das im Protokoll niedergelegte Verbot allgemeine Geltung erlangte, würden wir besonderen Wert darauf legen, wenn schweizerischerseits die Ratifikation der Vorlage nicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden müsste.

Unseres Erachtens wäre es durchaus möglich, die Ratifikation des Gaskriegprotokolls getrennt von der Ratifikation des Übereinkommens betreffend die Kontrolle des internationalen Waffen- und Munitionshandels vorzunehmen. Wir hätten es allerdings begrüsst, die Ratifikation auch dieses Übereinkommens, wenigstens durch Ausarbeitung der erforderlichen Botschaft an die Räte, vorzubereiten. Der Bundesrat hat bekanntlich seinerzeit beschlossen, das Übereinkom-

1. Nr. 386.

2. Vgl. Nr. 57.

men unterzeichnen zu lassen, in der Meinung, dass dessen Ratifikation «erst dann vorgenommen werden soll, wenn die wichtigeren an der Produktion von Waffen, Munition und Kriegsmaterial beteiligten Staaten ihrerseits die Konvention endgültig annehmen». In der an die Räte zu richtenden Botschaft wäre also gegebenenfalls darauf hinzuweisen, dass die Ratifikation durch den Bundesrat erst nach Erfüllung dieser Voraussetzung erfolgen wird. Sollten Sie indessen die von der Generalstabsabteilung am Schluss ihres Berichtes erwähnte Auffassung teilen, dass als weitere Voraussetzung für die Ratifikation dieses Übereinkommens auch noch das Inkrafttreten einer Konvention über die *Fabrikation* von Waffen, Munition und Kriegsmaterial treten müsse, so dürfte es als verfrüht erscheinen, mit unsern Vorschlägen schon heute an die Bundesversammlung heranzutreten.

Wir wären Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie den vorstehend berührten Fragen Ihre nochmalige Aufmerksamkeit widmen wollten.

404

E 2001 (C) 7/4

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

Kopie

S RD

Berne, 6 juillet 1928

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre rapport du 3 juillet¹ et nous vous remercions vivement de la nouvelle démarche que vous avez faite auprès du Ministère des Affaires étrangères en vue de tenter d'obtenir que le Sénat français aborde enfin l'examen du traité de conciliation et d'arbitrage obligatoires conclu entre la Suisse et la France le 6 avril 1925.

Nous avons appris avec regret qu'il semble exclu que cet examen ait lieu avant les vacances parlementaires. Nous vous serions très reconnaissants de continuer à ne négliger aucune occasion d'insister auprès du Gouvernement français sur la nécessité d'en finir et sur les inconvénients multiples qu'entraînent, pour les relations entre la Suisse et la France, les méthodes de temporisation pratiquées par M. Victor Bérard².

Ajoutons, à titre confidentiel et pour votre orientation personnelle seulement, qu'indépendamment des diverses questions actuellement pendantes dont la solution serait facilitée par l'entrée en vigueur du traité franco-suisse de conciliation et d'arbitrage obligatoires, il pourrait, de l'avis de M. Logoz, être utile, pour le développement de la procédure ouverte devant la Cour permanente de Justice internationale au sujet de l'affaire des zones, que ce traité pût être invoqué à titre supplétoire au cas où des difficultés surgiraient touchant l'interprétation du compromis du 31 octobre 1924.

1. Nicht abgedruckt.

2. Vgl. die diesbezüglichen Voten in der Debatte des Nationalrates über den Geschäftsbericht pro 1928 am 11.6.1929, im: Sten. Bull. NR, 1929, S. 295 und 302.

E 2200 Bukarest 3, Dossier-Nr. VII-5

*Der Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank,
G. Bachmann, an den Direktor der rumänischen Nationalbank, C.F. Baicoiano*

Copie.

S

Zurich, 6 juillet 1928

Nous suivons en Suisse avec un vif intérêt les efforts faits par votre Gouvernement et votre Banque d'émission en vue de la stabilisation du change roumain et sommes heureux de constater que ces efforts sont couronnés de succès. Nous avons appris, d'autre part, que la stabilisation légale, qui doit se faire dans un avenir rapproché, sera soutenue par une action internationale de crédit, analogue aux actions entreprises des dernières années en faveur d'autres pays. Notre établissement, comme aussi les grandes banques suisses, seront vraisemblablement appelés à participer à cette action et nous aurions beaucoup aimé donner notre concours sans arrière-pensée, car les échanges d'idées, les relations économiques et financières entre nos deux pays sont trop anciens pour que nous ne suivions pas avec sympathie le développement de la Roumanie. Malheureusement, certaines questions pendantes refroidissent momentanément les sentiments amicaux que nous avons d'ordinaire, en Suisse, à l'égard de votre pays. Au premier rang de ces questions, je mentionnerai les difficultés auxquelles se heurte l'exécution des accords des 13 Juin 1924 et 31 Janvier 1925, relatifs au règlement des créances privées suisses sur les débiteurs roumains. Comme vous le savez, le recouvrement forcé des créances contre les débiteurs qui se déroberent à leurs engagements a été confié, par ces accords, à l'administration roumaine des finances qui doit procéder, en principe, comme pour le recouvrement des impôts. Or, l'office suisse de recouvrement de ces créances se plaint auprès des autorités fédérales de la carence de l'administration roumaine qui ne remplit pas son mandat comme il est prescrit. Ces difficultés sèment un certain mécontentement dans des cercles étendus de la population¹.

Je pense que, comme ancien délégué roumain aux négociations qui ont abouti à la conclusion des accords précités, il vous tient à cœur que leur exécution se fasse selon les normes conventionnelles admises et signées par votre Gouvernement. Je me permets ainsi de venir vous demander si vous seriez disposé à attirer l'attention des organes roumains compétents sur cet état de choses déplorable, en les priant de vouloir bien donner les instructions nécessaires aux organes exécutifs en vue de l'application des accords.

Je m'excuse de venir vous importuner avec cette question, mais vous comprendrez peut-être son importance quand je vous aurai dit que, tant que les créanciers suisses n'auront pas l'assurance que leurs droits, dûment reconnus, seront respectés, l'opinion publique suisse ne comprendrait pas que notre banque accorde

1. Vgl. dazu Nr. 391.

de nouveaux crédits à votre pays. Inutile de vous dire que nous serions vivement contrariés de devoir rester à l'écart de l'action internationale en faveur de votre pays et peut-être les banques suisses devraient-elles, elles aussi, se récuser par égard pour l'opinion publique. Il me paraît que cette abstention de la Suisse devrait être évitée, dans l'intérêt réciproque de nos deux pays, qui ne peuvent que gagner à entretenir des relations amicales et suivies.

Je vous serais très obligé de me communiquer votre opinion sur cette question et de me renseigner éventuellement sur le résultat des démarches que vous jugeriez bon d'entreprendre auprès de votre Gouvernement.

406

E 2001 (C) 4/22

*Der persische Geschäftsträger in Bern, M. K. Schayesteh,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

N N° 226

Berne, 6 juillet 1928

Me référant à l'entretien que j'ai eu l'honneur d'avoir avec Votre Excellence le 20 juin, entretien relatif au régime douanier appliqué aux marchandises suisses en Perse, j'ai l'avantage de vous faire savoir que j'ai exposé votre point de vue à mon Gouvernement. Je viens de recevoir la réponse suivante:

D'après la loi du 13 ordybehechte, les marchandises des pays qui n'ont pas de traité avec la Perse seront soumises au tarif maximum. Comme l'élaboration d'un traité demande un certain temps, la plupart des pays ont signé avec la Perse une convention provisoire leur permettant d'éviter les effets de cette loi. Le Gouvernement persan serait disposé à conclure avec la Suisse une convention reposant sur les mêmes bases que celles des conventions signées avec d'autres pays. Ce traité provisoire serait en vigueur jusqu'au 10 mai 1929. La signature de ce traité pourrait avoir lieu soit à Berne entre le Gouvernement helvétique et la Légation Impériale de Perse, soit à Téhéran entre le Gouvernement persan et le Plénipotentiaire désigné par la Suisse.

Veillez donc je vous prie, me faire savoir quelles sont les dispositions du Gouvernement fédéral à ce sujet. Sitôt que j'en serai informé, je les transmettrai à Téhéran en vue de l'ouverture des pourparlers.

Je juge à propos de rappeler à Votre Excellence qu'en date du 16 mai¹, je vous ai fait connaître les grandes lignes des traités conclus entre la Perse et la France, ainsi qu'entre la Perse et l'Angleterre².

1. Nicht abgedruckt.

2. Zur Antwort des Politischen Departementes vgl. Nr. 412.

E 2200 London 42/1

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den schweizerischen Gesandten in London, C. R. Paravicini*

S RD Urgent.

Berne, 10 juillet 1928

En nous référant à votre lettre du 5 juillet¹ nous avons l'honneur de vous faire connaître que, d'après les renseignements qui nous sont parvenus, une note semblable à celle² par laquelle la Légation de Chine à Berne nous a informés que le Gouvernement chinois, «ayant définitivement pris le pouvoir et établi officiellement son autorité», a autorisé le Chargé d'Affaires de Chine à Berne à continuer ses fonctions auprès du Conseil fédéral n'a fait, jusqu'ici, l'objet d'aucune réponse de la part des Gouvernements français, italien et néerlandais³. Il semble que, d'une façon générale, on demeure dans l'expectative à l'égard du Gouvernement nationaliste chinois et qu'on soit décidé à attendre la suite des événements avant de tenir le Gouvernement de Nankin comme le Gouvernement exerçant l'autorité sur la Chine tout entière.

Nous sommes confirmés dans le sentiment qu'une certaine circonspection est recommandable par un rapport du Consulat général de Suisse à Shanghai, en date du 18 juin⁴, duquel il résulte que le Corps diplomatique à Pékin s'est borné à émettre l'avis qu'il continuerait à traiter comme par le passé avec le Gouvernement de Nankin sans trancher la question de savoir s'il est le Gouvernement central de toute la Chine. M. Isler ajoute que, depuis sept ans qu'il est à Shanghai, il a vu se succéder sept Gouvernements, issus d'un coup d'Etat, d'une révolte de palais ou d'une révolution, qui tous, comme celui de Nankin, qui est le huitième, ont prétendu, à un moment quelconque de leur courte existence, être le Gouvernement central de tout le pays.

Un fait nouveau nous empêche, toutefois, de pratiquer dans toute sa rigueur l'adage «Wait and see». Le Bureau international de l'Union postale universelle a reçu de la Direction générale des Postes de Chine le télégramme suivant:

«Direction générale des Postes inaugurée à Nankin nouvelle capitale. Prière informer Administrations d'Union adresser toutes correspondances pour Direction générale Directeurs généraux des Postes Nankin. Adresse télégraphique est Diralpo Shanghai. Liushufan Directeur général, Shields Co-Directeur général ad intérim en l'absence de Picard Destelan en congé de courte durée»

1. Nicht abgedruckt. Es handelt sich um das Antwortschreiben zu Nr. 400.

2. E 2001 (C) 2/12.

3. Die ebenfalls am 10.7.1928 an die schweizerischen Gesandtschaften in Paris, Rom, Berlin und Den Haag gerichteten Schreiben gleichen Inhalts enthielten folgende zusätzliche Information: Le Foreign Office en a accusé réception en précisant toutefois que la réception de la note n'implique nullement la reconnaissance du Gouvernement nationaliste de Nankin (E 2001 (C) 2/12).

4. E 2300 Shanghai, Archiv-Nr. 2.

et nous demande s'il peut faire part de cette communication aux Administrations postales de l'Union.

Nous sommes d'avis que la transmission de ce renseignement de fait n'impliquerait, ni de la part du Bureau international de l'Union postale universelle, ni de la part du Conseil fédéral ou des autres Gouvernements à l'Administration postale desquels cette notification parviendrait, reconnaissance du transfert à Nankin de la capitale de la Chine. Néanmoins, nous préfererions n'engager le Bureau international de l'Union postale universelle à agir dans ce sens qu'avec la certitude que cette communication ne soulèvera pas d'objection de la part du Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité. Nous vous serions fort obligés, en conséquence, de vous informer discrètement de ce que l'on pense à cet égard au Foreign Office⁵.

5. Das Foreign Office erklärte sich mit dem Vorgehen des Politischen Departementes einverstanden. Die Aussenministerien in Paris, Rom, Berlin und Den Haag erhoben ebenfalls keine Einwände. – Vgl. auch Nr. 458.

408

E 2001 (C) 1/17

*Der chinesische Geschäftsträger in Bern, Chi Yung Hsiao,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

NN° N 5.

Berne, 14 juillet 1928

Par ordre de mon gouvernement, j'ai l'honneur de vous transmettre, sous ce pli¹, une déclaration publiée le 7 juillet courant par le Ministère des Affaires Etrangères du Gouvernement Nationaliste de la République de Chine, au sujet de la conclusion de nouveaux traités entre la Chine et de différentes puissances étrangères².

ANNEX

DECLARATION BY THE MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
OF THE NATIONALIST GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF CHINA
ON THE CONCLUSION OF NEW TREATIES
(7th July 1928)

The Nationalist Government, with a view to adapting themselves to the present day circumstances and with the object to promoting the welfare of the friendly relations between China and different countries have always considered the abrogation of all the unequal treaties and the conclusion of new treaties on the basis of equality and mutual respect for territorial sovereignty as the most pressing problem at the present time.

1. *Als Annex abgedruckt.*

2. *Vgl. auch Nr. 410 und zur Reaktion des Politischen Departementes Nr. 416.*

These aims have been embodied in the declaration repeatedly made by the Nationalist Government.

Now that the unification of China is an accomplished fact, it is the task of the Nationalist Government to make every effort fully to realise these aims. While they will continue to afford protection to foreign lives and property in China, according to law, the Nationalist Government hereby make the following specific declaration with regard to all the unequal treaties:

1) All the unequal treaties between the Republic of China and other countries which have already expired, shall be, ipso facto, abrogated, and new treaties shall be concluded.

2) The Nationalist Government will immediately take steps to terminate, in accordance with proper procedure, those unequal treaties which have not yet expired and conclude new treaties.

3) In the case of old treaties which have already expired but which have not yet been replaced by new treaties, the Nationalist Government will promulgate appropriate interim regulations to meet the exigencies of such situation.

409

E 7110 1/115

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Gesandten in Madrid, M. de Stoutz*

Kopie
S KB.

Bern, 16. Juli 1928

Schweizerisch-spanischer Handelsvertrag

Hiemit bestätigen wir Ihnen den Empfang Ihrer Berichte vom 4., 7. und 9. d.M. ¹ Von ihrem Inhalt, wie namentlich von demjenigen der Note vom 7. Juli ², haben wir mit grösstem Interesse aber auch, wie Sie, mit starker Enttäuschung Kenntnis genommen. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der nun zu treffenden

1. Nicht abgedruckt.

2. In dieser Note der spanischen Unterhändler R. Lopez de Lago und S. Castedo wurden der schweizerischen Seite zusammenfassend folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Rédaction d'une convention révisée hispano-suisse sur la base du traitement réciproque de la nation la plus favorisée avec caractère général, et du maintien, pour l'Espagne, des consolidations de l'Annexe A de la convention en vigueur, à l'exception de la position 1044 qui n'offre pas un intérêt particulier pour l'Espagne.

2. La suppression de l'Annexe B et l'application à la Suisse du traitement mentionné de la nation la plus favorisée et, dans le nouveau système douanier de 1929, du tarif conventionnel générique avec tous les bénéfices qu'il comporte, qui sont ceux dont peut jouir tout autre pays.

3. Une proposition au Gouvernement de Sa Majesté, recommandant le maintien des droits actuels, avec caractère général et par le moyen d'une disposition appropriée, pour les 25 positions précitées de l'Annexe B, au cas où la nouvelle convention serait signée à une date permettant son entrée en vigueur le 1er septembre ou le 1er octobre prochain, au plus tard; ou bien, en lieu et place de cette solution, la stipulation que la nouvelle convention entre en vigueur le 1er janvier 1929, mais toujours à la condition qu'elle ait pu être signée le 15 septembre prochain; il n'y aurait alors aucun changement dans le régime des produits suisses pour tout le reste de l'année.

4. L'examen par le Conseil de l'Economie Nationale des demandes suisses relatives aux nouveaux tarifs, examen auquel il serait apporté tout l'esprit d'harmonie possible, tout en ayant égard, d'une manière raisonnable et prudente, aux demandes de la production nationale (E 7110 1/115).

Entscheidungen ist die ganze Sachlage letzten Samstag nachmittag in Baden, wo sich Herr Bundespräsident Schulthess gegenwärtig zur Kur aufhält, unter seinem Vorsitz von der schweizerischen Unterhändlerdelegation einlässlich behandelt worden. Wir beehren uns, Ihnen hiemit vom Resultat dieser Besprechungen im Sinne von Instruktionen für Ihr weiteres Vorgehen Kenntnis zu geben:

Wie Sie wohl kaum anders erwartet haben, war die einstimmige und bestimmte Auffassung die, dass auf der durch die Note vom 7. d.M. geschaffenen Grundlage für die Schweiz der Abschluss eines neuen Vertrages gänzlich ausgeschlossen ist:

a) Es wird für den Bundesrat durchaus unmöglich sein, von dem durch ihn bereits betonten Prinzip der vollen Reziprozität mit Bezug auf Zollbindungen abzuweichen, d. h., entweder geben beide Staaten hinsichtlich der Höhe gewisser Zölle vertragliche Garantien oder aber beide Staaten verzichten auf solche und begnügen sich mit der Behandlung auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation. Wir bitten Sie deshalb, den spanischen Unterhändlern zur Kenntnis zu bringen, dass die Schweiz einem Abkommen, wonach in einer Liste A gewisse schweizerische Zölle gebunden würden, ohne dass in einer Liste B entsprechende spanische Bindungen vorgesehen sind, unter keinen Umständen zustimmen kann.

Die Gründe für diese Stellungnahme sind Ihnen bereits bekannt. Wir fügen lediglich bei, dass die Schweiz, so lange es überhaupt eine schweizerische Handelspolitik gibt, niemals einen derartig einseitigen Vertrag abgeschlossen hat. Der Hinweis der spanischen Delegierten auf den jüngst abgeschlossenen schweizerisch-französischen Handelsvertrag ist ebenso verfehlt wie lächerlich: Ein kurzer Blick auf die Tarifanlagen dieses Vertrags zeigt ja gerade, dass die Schweiz von Frankreich unendlich viel mehr Zollherabsetzungen und *Bindungen* erhalten hat, als sie ihrerseits gewährte. Gerade der Hinweis auf diesen Vertrag und die französische Handelspolitik überhaupt spricht nicht für, sondern in hohem Masse gegen die spanische Forderung. Da man offenbar spanischerseits gelegentlich darauf hinweist, das Bestreben nach absoluter Tarifautonomie bedeute nur die Nachahmung des französischen Beispiels, dürfte es nicht unzweckmässig sein, wenn Sie den Herren folgendes in Erinnerung rufen:

Es ist richtig, dass die französische Handelspolitik seit Méline (1892) grundsätzlich den Standpunkt der Tarifautonomie auf der Basis eines Doppelkolonnen-Tarifs vertreten hat, d. h. die Minimalkolonne sollte unveränderlich bleiben und nicht zum Gegenstand handelsvertraglicher Besprechungen und Herabsetzungen gemacht werden können, die Bindung der Minimalkolonne oder einzelner ihrer Positionen sollte abgelehnt werden und die Meistbegünstigung grundsätzlich nicht für den ganzen Tarif, sondern nur für einzelne vertraglich festzusetzende Gruppen und Positionen gewährt werden können. Auf diesem Standpunkt stand die französische Regierung noch bei Erscheinen des Tarifprojektes Bokanowski, im März 1927. *Unter dem Eindruck der machtvollen Kundgebung der Weltwirtschaftskonferenz vom Mai 1927, in Genf, hat dann aber Frankreich sukzessive diesen Standpunkt vollständig verlassen.* In den seit Jahresfrist abgeschlossenen Verträgen (mit Deutschland, Belgien, der Schweiz, etc.) gibt Frankreich nicht nur die uneingeschränkte Meistbegünstigung, sondern es verhandelt auf seinem Mini-

maltarif und hat den verschiedenen Staaten darauf viele und wesentliche Ermässigungen zugestanden und vor [*allem*] alle Positionen, die diese Staaten interessieren, *gebunden*, d. h. in ihrer Maximalhöhe vertraglich festgelegt. Damit ist Frankreich unzweideutig zu den Staaten übergegangen, die die Politik der Tarifhandelsverträge schon seit langem befolgt haben (Deutschland, Italien, Belgien, Österreich, Tschechoslowakei, Jugoslawien etc. etc.). So gibt es heute in Europa, ausgenommen von England und Holland mit ihren aussergewöhnlich liberalen Zöllen, keine wichtigeren Staaten mehr, die es ablehnen, andern Staaten vertragliche Garantien in Form von Zollbindungen hinsichtlich der Gestaltung ihrer Zölle zu geben. Einzig und allein Spanien will sich diese krasse Verletzung der Empfehlungen der Genfer Wirtschaftskonferenz leisten, wobei es leider bei verschiedenen Grossmächten bis jetzt nicht genügend Widerstand gefunden hat.

Es ist selbstverständlich, dass in dieser ersten Frage auch die «*dignité nationale*» eine Rolle spielt, aber, wie Sie bereits zutreffend bemerkt haben, keineswegs für Spanien, das von uns etwas verlangt, was es zu geben verweigert, sondern einzig und allein für uns. Gerade weil diese Frage materiell weder für Spanien noch für uns von wesentlicher Bedeutung ist, glauben wir bestimmt annehmen zu können, dass Spanien auf diese absolut ungerechtfertigte Forderung verzichten wird.

b) Aus der spanischen Note ist zu entnehmen, dass man jegliche Garantie oder auch nur Erklärung über die Gestaltung der uns interessierenden Zölle des neuen spanischen Tarifs, der am 1. Januar 1929 in Kraft treten soll, ablehnt. Was man uns offeriert, ist lediglich entweder die Beibehaltung der heutigen Zölle für 25 Positionen bis Ende Dezember 1928 oder aber die Beibehaltung der vollständigen Liste B bis zum genannten Zeitpunkt. Diese Alternative ist uns eigentlich vollkommen unverständlich, da wir ja wirklich kein Interesse daran hätten, uns – immer für den genannten Zeitraum – mit der Bindung von 25 Positionen zu begnügen, wenn gleichzeitig die Möglichkeit besteht, diese Bindung für alle 50 Positionen der Liste B zu erhalten. So wie die Dinge aber liegen, interessiert uns dieses Zwischenregime, das praktisch fast auf nichts zusammenschrumpfen würde, nicht mehr. Wir teilen in dieser Hinsicht vollkommen Ihre Auffassung und nehmen mit Ihnen an, dass Spanien mit einer allfälligen Kündigung bis zum 1. Oktober zuwarten wird, so dass dann unter allen Umständen noch während drei Monaten, d. h. bis zum 31. Dezember, der bisherige Vertragszustand andauern würde. Ein besseres Resultat wäre aber auch bei Annahme der spanischen Vorschläge praktisch nicht erreichbar.

c) Wir geben uns vollkommen Rechenschaft darüber, dass bei Ablehnung der spanischen Vorschläge und bei Kündigung des Vertrags durch Spanien auf 31. Dezember der Nachteil für uns darin liegt, dass Spanien während dieser Zeit noch einen wesentlichen Teil seiner Weinlieferungen nach der Schweiz wird ausführen können. Wir haben uns deshalb reiflich überlegt, ob es nicht, wie Sie angeregt hatten, zweckmässiger sei, von Spanien eine auf 1. August befristete Erklärung zu verlangen und dann gegebenenfalls unsererseits auf anfangs November zu kündigen. Wir sind aber doch übereinstimmend zur Auffassung gelangt, dass es aus internen und externen Gründen vorteilhafter und zweckmässiger sei, das Odium der Kündigung nicht auf uns zu nehmen, sondern es den Spaniern zu

überlassen. Es würde zu weit führen, Ihnen hier die innerpolitischen Erwägungen auseinander zu setzen, die zu diesem Entschluss geführt haben.

d) Wenn Sie demnach den spanischen Delegierten mitteilen, dass ihre Vorschläge für die Schweiz unannehmbar seien, einmal weil die Beibehaltung der Liste A ohne gleichzeitige Beibehaltung der Liste B für die Schweiz unmöglich sei, und so dann weil die Schweiz an einem Abkommen, welches die Verhältnisse nur bis Ende Dezember 1928 regelt, kein genügendes Interesse habe, so bestehen hinsichtlich der zu erwartenden spanischen Reaktion zweierlei Möglichkeiten: entweder man macht Ihnen neue Vorschläge, über die wir uns dann wieder auszusprechen hätten, oder aber die Verhandlungen kommen nicht vom Fleck und Spanien kündigt uns den Vertrag am 1. Oktober auf Ende Dezember. In letzterem Fall wäre dann schweizerischerseits abzuklären, ob wir ab 1. Januar 1929 zwar die Vertragszölle verlieren, aber doch meistbegünstigt behandelt werden oder ob man uns differenzieren will. Bevor sich die Schweiz hinsichtlich ihres Verhaltens entschliesst, wird sie unter allen Umständen den neuen spanischen Tarif kennen müssen. Je nach seiner Höhe für uns hauptsächlich interessierende Artikel wird man bestimmen, ob wir Spanien die Meistbegünstigung weiter geben können, und in Verbindung damit wird sich eventuell die Frage stellen, ob und wie man hinsichtlich der drei Positionen des schweizerischen Tarifs, die nur gegenüber Spanien heute gebunden sind (trockene Malagatrauben, Safran und Pfeffer) entgegenkommen kann.

Wir bitten Sie also, den spanischen Delegierten mitzuteilen, dass ihre Vorschläge für uns unannehmbar sind und wir entweder neue Vorschläge gewärtigen oder aber der spanischen Regierung das weitere Vorgehen und damit die Verantwortung für alle Folgen überlassen müssen.

P.S. Wie Sie wahrscheinlich wissen, war vor einiger Zeit der spanische Arbeitsminister in der Schweiz, wo er auch bei Herrn Bundespräsident Schulthess vorgesprochen hat. Die Herren kamen dabei auch auf die Frage des Handelsvertrags zu sprechen und Herr Schulthess hatte den Eindruck, dass der spanische Minister sehr viel Verständnis und guten Willen für die Lage der Schweiz hätte. Vielleicht wäre es zweckmässig, wenn Sie auf geeignetem Wege an ihn gelangen könnten, um seinen Einfluss zugunsten der Schweiz etwas zu mobilisieren.³

3. Zum weiteren Verlauf der Angelegenheit vgl. Nr. 453.

*Der schweizerische Generalkonsul in Shanghai, J. L. Isler, an den
Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes, P. Dinichert*

S JLI/ET.

Shanghai, 18 juillet 1928
(Ankunft: 6. August 1928)

En confirmation de ma dépêche télégraphique d'hier¹, j'ai l'honneur de porter à Votre connaissance que le 17 juillet à midi M. S. K. Chen, Secrétaire au Ministère des Affaires Etrangères et Chef de Bureau du Ministère à Shanghai (c'est là un poste absolument distinct de celui de Commissaire pour les Affaires Etrangères de la province de Kiangsu), m'a remis au nom de M. C. T. Wang une note du 12 juillet² et une déclaration datée du 7 du même mois³ relative à la procédure que le Gouvernement Nationaliste se propose d'adopter pour mettre fin aux traités dits inégaux et pour conclure de nouveaux traités «basés sur le respect mutuel de la souveraineté territoriale». /.../

Ainsi que je Vous l'ai télégraphié, j'ai déjà eu l'honneur d'attirer Votre attention sur la déclaration du 7 juillet par mon rapport du 9⁴ et Vous en ai transmis en même temps le texte, tel qu'il avait été publié par l'Agence officieuse «Kuo Min News». Le document n'est donc pas nouveau. Le Ministère Nationaliste des Affaires Etrangères paraît simplement s'être avisé ultérieurement de la nécessité de le communiquer par la voie diplomatique aux Gouvernements intéressés, s'il désirait qu'il en fût pris note. En fait, selon mes informations, il doit avoir été remis aux représentants de toutes les puissances capitulaires en Chine, y compris celles dont les traités ont déjà été abrogés ou dénoncés.

J'ignore naturellement la suite que les puissances entendent donner à cette communication, mes collègues s'étant bornés à transmettre à leurs légations respectives à Pékin les notes adressées à celles-ci; il sera d'ailleurs facile d'obtenir les renseignements nécessaires à Paris, Londres, Rome, La Haye et Washington, pour ne citer que les Gouvernements qu'il me paraîtrait utile de faire sonder à ce sujet. Personnellement j'estime que la note du 12 juillet et son annexe comportent une réponse de notre part d'abord parce que, malgré les troubles et la guerre civile, nous avons toujours entretenu d'excellents rapports avec tous les Gouvernements qui se sont succédés en Chine depuis 1921 et qu'il est de notre intérêt de demeurer en bons termes avec le Gouvernement actuel avec lequel plusieurs industriels suisses sont déjà en relations d'affaires; ensuite parce que notre Traité, différant de celui des autres Etats, nous confère en quelque sorte une situation privilégiée. Il est bien entendu que notre réponse, tout en étant suffisamment chaleureuse dans la forme, devrait demeurer assez vague dans le fond et ne pas engager

1. Nicht abgedruckt.

2. Nicht abgedruckt.

3. Vgl. Nr. 408, Annex.

4. Nicht abgedruckt.

l'avenir; car nous ne pouvons, me semble-t-il, entrer dans la voie que le Gouvernement Nationaliste souhaiterait de nous voir prendre avant que de plus grandes puissances l'aient fait avant nous. Or pour l'instant nous manquons absolument d'exemples concluants, les puissances capitulaires dont les traités ont été dénoncés ou abrogés depuis 1926, soit la Belgique, le Japon, l'Espagne, le Portugal, le Danemark et l'Italie donnant plutôt l'impression de vouloir maintenir leurs privilèges que celui d'y renoncer. J'ajoute que je me suis borné à accuser au Ministre des Affaires Etrangères la réception de sa note et de la déclaration-annexe en lui faisant savoir que je Vous les transmettais.

Il me reste à relever à ce propos que le Gouvernement Nationaliste a, par sa note du 12 juillet, expressément reconnu, qu'en l'absence d'une Légation de Suisse en Chine, le Chef du poste de Shanghai y faisait en quelque sorte fonctions d'agent diplomatique, alors que les Gouvernements antérieurs lui avaient toujours refusé cette qualité en l'obligeant à correspondre avec le Ministère des Affaires Etrangères par l'intermédiaire du Commissaire local pour les Affaires Etrangères. C'est là, me semble-t-il, un avantage appréciable à une époque où l'on peut être appelé d'un jour à l'autre à négocier avec les dirigeants actuels de Nankin ou avec leurs successeurs. Afin de montrer qu'il ne s'agit pas d'une conception erronée de leur part et que le soussigné ne s'arroge pas des fonctions qu'il ne lui appartient pas d'exercer, j'estimerai hautement désirable qu'il fût autorisé à s'intituler «Consul Général et Agent Diplomatique de Suisse». On obtiendrait ainsi le maximum de rendement d'un poste consulaire qui, de par la force des choses, est devenu en quelques années un poste diplomatique et sera, à mon avis, appelé de plus en plus à prendre ce caractère; cela sans qu'il soit besoin d'apporter aucune modification au statut du poste et sans qu'il en résulte une augmentation de frais. Je ne crois pas avoir besoin de rappeler les nombreux précédents que nous fournit à ce sujet l'histoire diplomatique.

411

E 2200 Bukarest 3, Dossier-Nr. VII-5

*Der rumänische Aussenminister, N. Titulescu,
an den schweizerischen Geschäftsträger in Bukarest, P. Ritter*

N N° 48059

Bucarest, 19 juillet 1928

Me référant à la lettre de Votre Légation en date du 12 Juin 1928¹, j'ai l'honneur de porter à Votre connaissance que nous avons fait les démarches nécessaires auprès des organes compétents.

L'Office Roumain des Paiements nous a communiqué qu'il a fait toutes les diligences nécessaires pour que les certificats de déchéance délivrés, soient investis avec la formule exécutoire.

1. Nicht abgedruckt.

Il nous a également communiqué qu'il a fait toutes les démarches nécessaires, pour accélérer l'exécution rapide des certificats de déchéance, dès qu'il a été saisi par l'Office Suisse.

Le retard signalé par Votre lettre a été dû à l'agglomération des travaux des organes d'exécution.

Donnant suite à Votre lettre du 12 Juin 1928, le Ministère des Finances a renouvelé ses instructions aux organes d'exécution en vue d'accélérer la procédure de recouvrement.

Par un ordre circulaire en date du 11 Juillet 1928, le Ministère des Finances a rappelé aux Administrations Financières l'importance de l'exécution rapide des débiteurs par la voie sommaire prévue dans la loi pour le recouvrement des créances de l'Etat, en faisant ressortir en même temps les préjudices causés par tout retard.

Afin d'accélérer l'exécution, de pouvoir exercer un contrôle plus efficace et de prendre des sanctions, le Ministère des Finances a demandé aux Administrations Financières des tableaux détaillés, contenant les poursuites déjà engagées à la demande de l'Office Roumain des Paiements et spécifiant les résultats obtenus (sommes recouvrées, ou la cause du retard, si le recouvrement n'a pas eu lieu).

412

E 2001 (C) 4/22

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den persischen Geschäftsträger in Bern, M. K. Schayesteh*

Kopie

S RD Urgent.

Berne, 20 juillet 1928

Nous avons eu l'honneur de recevoir la note du 6 juillet¹ par laquelle vous nous faites connaître que le Gouvernement Persan, constatant que la conclusion d'une convention définitive d'établissement et de commerce entre la Suisse et la Perse ne pourrait intervenir avant un certain temps, préconise la conclusion entre les deux pays d'un accord provisoire du genre de ceux qu'il a conclus avec l'Allemagne, la France et l'Italie et subordonne à l'entrée en vigueur d'un tel accord provisoire l'application aux marchandises suisses en Perse du tarif douanier minimum.

Il va de soi que le Conseil Fédéral, au nom duquel nous vous avons fait, tant par notes des 6 mars² et 29 mai³ derniers qu'au cours de diverses conversations, des déclarations précises touchant la nécessité qu'il y a à ce que le régime de la nation la plus favorisée continue à être appliqué, en attendant la conclusion d'une

1. Nr. 406.

2. Nr. 376.

3. Nicht abgedruckt.

convention d'établissement et de commerce définitive, aux ressortissants et aux marchandises des deux pays, ne saurait avoir d'objection à conclure avec le Gouvernement Persan un accord provisoire analogue à celui qui est intervenu entre l'Allemagne et la Perse, par échange de notes en date du 15 mai 1928, accord qui pourrait entrer immédiatement en vigueur.

Nous inspirant de l'accord provisoire germano-persan dont il s'agit et en en simplifiant encore les termes afin d'en faciliter la négociation, nous avons l'honneur de vous soumettre ci-joint le projet de deux notes à échanger entre nous dans le plus bref délai possible⁴.

Nous vous serions reconnaissants de soumettre télégraphiquement les projets ci-joints à votre Gouvernement et de lui demander l'autorisation de procéder au plus tôt à cet échange de notes.

Nous vous prions, d'autre part, de vouloir bien confirmer à nouveau à Téhéran qu'ainsi que nous vous l'avons déclaré à diverses reprises, le Conseil Fédéral s'attend à ce que le Gouvernement Persan, prenant acte de nos propositions du 6 mars dernier touchant la conclusion d'un accord basé sur le traitement de la nation la plus favorisée, de notre acquiescement de principe à un arrangement provisoire dans ce sens et du fait que les marchandises persanes n'ont jamais cessé d'entrer en Suisse au bénéfice du tarif minimum suisse, fasse sans aucun retard le nécessaire pour que, dès le 10 mai 1928, le tarif minimum persan soit appliqué aux marchandises suisses.

4. *Vgl. Nr. 420.*

413

E 2001 (C) 4/59

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 24 juillet 1928

J'ai l'honneur de vous rendre compte de l'entretien que j'ai eu hier avec le Chef du Gouvernement, que j'ai voulu saluer avant de partir en vacances.

Le Duce m'a tout de suite demandé si j'avais d'autres cas à lui signaler de difficultés faites à des Suisses établis en Italie. J'ai pu lui répondre, en toute sincérité, qu'aucun nouveau cas ne s'était produit depuis les instructions fort heureuses qu'il a données aux Questures, et que vous connaissez. En effet, j'ai interrogé à ce sujet tous nos Consuls, et leurs réponses sont unanimes.

Le Premier Ministre s'est informé de certains cas que je lui avais indiqués, et dont il se souvenait parfaitement, par exemple des deux maîtresses d'école de Milan, licenciées pour avoir épousé des Suisses. Il m'a demandé si elles avaient obtenu quelque indemnité. Je lui ai notifié que l'une avait reçu 17 000 liras et l'autre 15 000 liras. Je ne savais pas encore si elles s'en déclaraient satisfaites. De toutes façons, l'intervention du Chef du Gouvernement a été efficace. Il a ajouté que

je ne devais pas craindre de lui signaler personnellement des cas qui pouvaient être résolus par lui sans passer par la filière administrative. C'est fort aimable de sa part, mais, comme vous pensez, pas toujours facilement réalisable.

A ce propos, je lui ai parlé de sa décision d'abolir le visa sur le passeport des étrangers venant travailler en Italie, à titre, naturellement, de réciprocité de la part des autres Etats. «Je souhaite, ai-je dit, que la Suisse puisse se montrer non moins libérale que vous dans ce domaine.» Il m'a interrompu par cette boutade: «Il est facile d'être plus libéral que moi.» Je lui ai expliqué cependant, une fois de plus, combien différente était la situation des deux pays, l'Italie n'ayant jamais à craindre une invasion de main-d'œuvre étrangère, tandis que cette main-d'œuvre est déjà surabondante en Suisse, comme le prouvent les chiffres vraiment impressionnants de nos statistiques. Il m'a fait observer que la politique de l'Italie n'était plus la même qu'autrefois dans le domaine de l'émigration, qu'elle retient ses ouvriers et exige tout au moins toutes sortes de précautions avant de les laisser partir pour l'étranger: la Suisse n'a donc rien à craindre.

Je lui ai dit aussi que ce que nous redoutions pour nos compatriotes en Italie c'étaient moins les difficultés opposées à leur entrée dans le Royaume que celles dont ils peuvent être l'objet une fois établis. «Nous n'avons chez nous, lui ai-je dit, rien de comparable à certaines pressions qui n'ont rien d'officiel, mais qui s'exercent dans les industries et le commerce contre la main-d'œuvre étrangère; c'est là ce qui impressionne le plus nos compatriotes.» Il m'a répondu que nos craintes n'étaient pas fondées et m'a fait comprendre plus ou moins que ces pressions ne s'exerceraient pas contre nos ressortissants. Mais, comme j'ai eu souvent l'occasion de vous le dire, il n'est pas entièrement le maître des courants qu'il a lui-même provoqués. En tous cas, je note combien ses dispositions sont toujours favorables et amicales à notre égard, ce qui me fait déplorer le langage de tant de nos journaux, et même de nos hommes politiques, en plein Parlement.

Je lui ai dit que j'aurai l'occasion de vous voir prochainement, ainsi que les autres membres du Haut Conseil Fédéral, et qu'il aurait peut-être quelque communication à me faire concernant, par exemple, son exposé politique du matin même au Conseil des Ministres.

Il m'a répondu: «Vous pouvez dire à M. Motta que je n'ai rien à changer aux déclarations que j'ai faites au Sénat concernant la Suisse en particulier. Quant à la situation générale, je la juge favorablement. Nous sommes en train de négocier avec la France un Traité Général qui sera bien accueilli. (Il confirme ainsi ce que je vous écrivais dernièrement après ma conversation avec M. de Beaumarchais). Le Pacte Kellogg ne suffira pas à assurer la paix au monde. Mais il est un symptôme encourageant d'un esprit qui domine à cette heure. Aucun des grands Etats ne peut songer à une aventure quelconque dans la situation économique actuelle. Tous désirent la paix, et si quelque petite flamme surgit dans les Balkans, elle ne suffira pas à propager l'incendie. Quant aux manifestations de Vienne en faveur de l'Anschluss, elles ne nous impressionnent pas outre mesure. Monseigneur Seipel se montre très réservé, et j'ai confiance dans sa politique. Sans doute, le rattachement de l'Autriche à l'Allemagne serait pour la Suisse un grave danger, d'autant plus qu'il est voulu par les 15 millions de socialistes allemands,

lesquels exerceraient une attraction redoutable sur leurs correligionnaires en Suisse. Mais nous n'en sommes pas encore là.»

J'ai saisi l'occasion pour remercier le Duce personnellement de son intervention dans l'affaire des papiers de Haller et pour lui confirmer les termes de votre lettre, dont je lui avais fait tenir une copie.

En sortant, j'ai rencontré les Ambassadeurs d'Espagne et de France et le Ministre de Bulgarie, qui attendaient dans l'antichambre du Premier Ministre.

414

E 1004 1/311

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 27. Juli 1928¹

1214. Zones de Genève. Premier mémoire suisse à la Cour permanente de justice internationale

Département politique. Proposition du 23 juillet 1928

Le département politique soumet au Conseil fédéral le premier mémoire suisse concernant l'affaire des zones², qui devra être remis au Greffe de la Cour permanente de justice internationale au début d'août prochain, à temps pour pouvoir être imprimé avant le 5 septembre 1928³.

Ce mémoire a été élaboré par M. Logoz, conseiller national⁴. Après un exposé détaillé du développement historique de l'affaire des zones, il conclut à ce qu'il plaise à la Cour:

«1. Dire qu'entre la Suisse et la France, l'article 435, 2e alinéa, du traité de Versailles, avec ses annexes, n'a pas abrogé les stipulations du protocole des conférences de Paris du 3 novembre 1815, du traité de Paris du 20 novembre 1815, du traité de Turin du 16 mars 1816 et du manifeste de la Cour des Comptes de Sardaigne du 9 septembre 1829, relatives à la structure douanière et économique des zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex.

2. Dire qu'entre la Suisse et la France, l'article 435, 2e alinéa, du traité de Versailles, avec ses annexes, ayant, en ce qui concerne la convention à conclure entre la Suisse et la France, pour seul objet l'institution d'un régime mieux adapté aux circonstances actuelles, n'a pas nécessairement pour but de faire abroger les stipulations du protocole des conférences de Paris du 3 novembre 1815, du traité de

1. *Abwesend: Haab und Chuard.*

2. *Die vom Politischen Departement dem Bundesrat vorgelegte Fassung des Premier mémoire suisse (E 2, Archiv-Nr. 1690) ist mit Entwurf gekennzeichnet. Die vom Bundesrat genehmigte definitive Fassung trägt den Vermerk confidentiel und ist unter der gleichen Signatur archiviert. Die endgültige Fassung liegt auch gedruckt (Publikation des Internationalen Gerichtshofes) vor (E 2, Archiv-Nr. 1691).*

3. *Zu den Fristen für die Einreichung der Prozessschriften vgl. GBer 1928, S. 32.*

4. *Zur Ausarbeitung des Premier mémoire suisse vgl. E 2, Archiv-Nr. 1689 und E 2, Archiv-Nr. 1690.*

Paris du 20 novembre 1815, du traité de Turin du 16 mars 1816 et du manifeste de la Cour des Comptes de Sardaigne du 9 septembre 1829, relatives à la structure douanière et économique des zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex, et que les dites stipulations ne seront abrogées qu'à la condition que la Suisse et la France, d'un commun accord, les remplacent par un règlement franco-suisse dans lequel il appartient aux Parties, compte tenu des réserves suisses du 5 mai 1919 en vertu desquelles la France ne peut imposer à la Suisse le transfert du cordon douanier français à la frontière franco-suisse, d'adapter aux circonstances actuelles les modalités du régime des territoires visés à l'article 435, 2e alinéa, du traité de Versailles.»

M. le président propose de supprimer, dans les conclusions, sous chiffre 2, le mot «nécessairement», qui affaiblit sans raison majeure la portée du chiffre 1.

En ce qui concerne le texte du mémoire, il estime, d'une manière générale, qu'il faut se borner, dans cette phase du débat, à développer la question de droit, seule en cause, et se garder d'offrir des concessions que le gouvernement français pourrait invoquer plus tard contre nous. Il s'agit, en ce moment, de plaider, et non pas de négocier. En aucun cas, on ne devrait donner de l'article 435 une interprétation dépassant celle qui est contenue dans la note du 5 mai 1919. Il faut également laisser de côté tout ce qui pourrait laisser croire que le Conseil fédéral reprend sa proposition de 1920 sur la réciprocité des échanges. Cette offre avait été faite, au reste, à la condition que la structure douanière des zones fût maintenue. La condition n'ayant pas été acceptée par la France, l'offre est caduque.

Par ces motifs, il y aurait lieu de supprimer ou de corriger les passages suivants:

P. 243: «En d'autres termes, le Conseil fédéral se déclare prêt à tenir compte, par le moyen d'un accord à conclure avec la France, d'un courant d'opinion qui s'était manifesté en France, peu avant l'expiration de la convention franco-suisse de 1881 et qui tendait à demander à la Suisse l'élargissement et la consolidation des avantages douaniers jusqu'alors accordés par elle aux zones.»

P. 245: «C'est en s'inspirant de ces idées françaises que le Gouvernement fédéral, par sa note du 5 mai 1919, a accepté l'article 435 du traité de Versailles, en ce qui concerne les zones franches, comme un engagement pris par lui de compléter les stipulations des traités de 1815 et autres actes complémentaires (à supposer qu'elles ne fassent pas l'objet d'une novation librement convenue entre la France et la Suisse), par une nouvelle convention franco-suisse destinée à ouvrir plus largement qu'auparavant le territoire suisse aux produits des zones franches.»

P. 246: «Le projet suisse de janvier 1920 consacrait une équitable réciprocité des échanges entre ces régions; il était fondé sur une large application du principe de la libre importation en Suisse des produits des zones, ces dernières devant d'autre part subsister telles qu'elles avaient existé jusqu'alors.»

M. le chef du département militaire voudrait que le mémoire parle un langage plus ferme à propos du transfert du cordon douanier à la frontière. Sans doute le texte de la note du 12 novembre 1923⁵ y est-il reproduit. Mais il serait indiqué

5. BBl 1924, III, S. 983ff.

d'ajouter que le Conseil fédéral maintient intégralement l'opinion qu'il a exprimée alors.

Dans la séance de l'après-midi, M. Logoz, invité à prendre part à la discussion, soumet au conseil des modifications qui tiennent compte des observations présentées par M. le président aux pages 243 et 246 du mémoire.

M. le président insiste pour qu'on élimine, à la page 245, les mots «ouvrir plus largement». Du fait que les facilités accordées actuellement s'appliquent non pas aux produits des petites zones, mais à ceux de la grande zone, l'expression pourrait être invoquée contre nous dans une mesure qui dépasse de beaucoup nos intentions. Comment établir ce qui, dans les contingents actuels, revient aux petites zones? Le point de départ étant incertain, l'engagement que nous prendrions ne l'est pas moins.

M. le chef du département militaire renouvelle les observations qu'il a faites ce matin.

Après discussion, le conseil *arrête*:

Le projet de mémoire et les conclusions sont approuvés avec les modifications suivantes:

I. Concernant les conclusions:

Remplacer sous chiffre 2 «nécessairement» par «obligatoirement» (proposition de M. Motta) et «et que lesdites stipulations» par «mais que lesdites stipulations» (proposition de M. Musy)⁶.

II. Concernant le texte du mémoire:

a) rédiger les pages 243 à 246 conformément aux propositions nouvelles de M. Logoz, sauf à remplacer à la page 245 les mots «ouvrir plus largement» par «faciliter davantage» ou un terme approchant⁷;

b) donner suite à l'idée exposée par M. le chef du département militaire.

ANNEX I

E 2, Archiv-Nr. 1690

CONCLUSIONS

Le Gouvernement fédéral suisse

Conclut à ce qu'il

Plaise à la Cour:

1. Dire qu'entre la Suisse et la France, l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles, avec ses annexes, n'a pas abrogé les stipulations du Protocole des Conférences de Paris du 3 novembre 1815, du Traité de Paris du 20 novembre 1815, du Traité de Turin du 16 mars 1816 et du Manifeste de la Cour des Comptes de Sardaigne du 9 septembre 1829, relatives à la structure douanière et économique des zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex.

6. Die definitive Fassung der Conclusions ist als Annex I abgedruckt.

7. Die Passagen der Seiten 243 bis 246 des Entwurfs und ihre durch den Bundesrat genehmigte Neuformulierung (in der gedruckten Fassung S.121 bis 123) sind einander im Annex 2 gegenübergestellt.

2. Dire qu'entre la Suisse et la France, l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles, avec ses annexes, ayant, en ce qui concerne la convention à conclure entre la Suisse et la France, pour seul objet l'institution d'un régime mieux adapté aux circonstances actuelles, n'a pas obligatoirement pour but de faire abroger les stipulations du Protocole des Conférences de Paris du 3 novembre 1815, du Traité de Paris du 20 novembre 1815, du Traité de Turin du 16 mars 1816 et du Manifeste de la Cour des Comptes de Sardaigne du 9 septembre 1829, relatives à la structure douanière et économique des zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex, mais que lesdites stipulations ne seront abrogées qu'à la condition que la Suisse et la France, d'un commun accord, les remplacent par un règlement franco-suisse dans lequel il appartient aux Parties, compte tenu des réserves suisses du 5 mai 1919 en vertu desquelles la France ne peut imposer à la Suisse le transfert du cordon douanier français à la frontière franco-suisse, d'adapter aux circonstances actuelles les modalités du régime des territoires visés à l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles⁸.

ANNEX 2

E 2, Archiv-Nr. 1690

Entwurf

Seite 243:

c) Par sa note du 5 mai 1919, le Conseil fédéral s'engage «uniquement à régler – d'un commun accord avec la France – d'une façon mieux appropriée aux conditions économiques actuelles les modalités des échanges entre les régions intéressées».

En d'autres termes, le Conseil fédéral se déclare prêt à tenir compte, par le moyen d'un accord à conclure avec la France, d'un courant d'opinion qui s'était manifesté en France, peu avant l'expiration de la convention franco-suisse de 1881 et qui tendait à demander à la Suisse *l'élargissement et la consolidation des avantages douaniers jusqu'alors accordés par elle aux zones*.

Seite 245:

C'est en s'inspirant de ces idées françaises⁹ que le Gouvernement fédéral, par sa note du 5 mai 1919, a accepté l'article 435 du traité de Versailles, en ce qui concerne les zones franches, *comme un engagement pris par lui de compléter les stipulations des traités de 1815 et autres actes complémentaires* (à supposer qu'elles ne fassent pas l'objet d'une novation librement convenue entre la France et la Suisse), *par une nouvelle convention franco-suisse destinée à ouvrir, plus largement qu'auparavant, le territoire suisse aux produits des zones franches*.

Definitive Fassung

c) Par sa note du 5 mai 1919, le Conseil fédéral s'engage «uniquement à régler – d'un commun accord avec la France – d'une façon mieux appropriée aux conditions économiques actuelles les modalités des échanges entre les régions intéressées».

En d'autres termes, le Conseil fédéral a voulu tenir compte d'un courant d'opinion qui s'était manifesté en France, peu avant l'expiration de la Convention franco-suisse de 1881, et qui tendait à demander à la Suisse l'élargissement et la consolidation des avantages douaniers jusqu'alors accordés par elle aux zones.

C'est en s'inspirant de ces idées françaises que le Gouvernement fédéral, par sa note du 5 mai 1919, a accepté l'article 435 du Traité de Versailles, en ce qui concerne les zones franches, *comme un engagement pris par lui de compléter les stipulations des traités de 1815 et autres actes complémentaires* (à supposer qu'elles ne fassent pas l'objet d'une novation librement convenue entre la France et la Suisse), *par une nouvelle convention franco-suisse destinée à faciliter, grâce à un régime de franchises plus libéral et juridiquement plus stable que par le*

8. Ziffer 2 wurde in der Réplique suisse durch einen neuen Text ersetzt. Vgl. Nr. 472.

9. Das Mémoire nimmt Bezug auf französische Stimmen, die sich gegen die Forderung nach uningeschränkter Gleichbehandlung der Zonenexporte nach der Schweiz wandten.

passé, l'entrée en Suisse des produits des zones franches instituées par les traités de 1815 et autres actes complémentaires.

Seiten 245/246

Il est donc inexact de dire, ainsi que l'a fait une note française remise au Département politique fédéral le 10 mai 1921, qu'une telle interprétation de l'article 435, alinéa 2, du traité de Versailles met en contradiction les deux termes de cet alinéa, «l'accord prévu ne pouvant logiquement aboutir à *confirmer un régime* qui ne répond plus aux circonstances actuelles».

Au contraire. Au régime de 1815/1816, *qui crée les zones franches sans contre-partie obligatoire* à la charge de la Suisse ou de Genève, le Gouvernement fédéral de 1919, par l'article 435, alinéa 2, du traité de Versailles, s'est engagé à apporter dorénavant, sous la forme d'un traité à conclure entre la Suisse et la France et à conclure entre elles «dans les conditions jugées opportunes par les deux pays», les tempéraments qu'avaient réclamés en France même et dès 1912, divers spécialistes du problème des zones. Le Gouvernement fédéral a fait mieux. Il a manifesté, par ses actes, sa volonté de se conformer à cet engagement.

En janvier 1920, dès la première conférence franco-suisse réunie à Paris en vue d'établir les modalités du règlement prévu par l'article 435, alinéa 2 in fine, du traité de Versailles, les délégués du Conseil fédéral suisse ont fait des propositions qui démontrent la loyauté et le libéralisme avec lesquels le Gouvernement fédéral entendait se conformer à l'engagement pris par lui, le 5 mai 1919, de «régler d'une façon mieux appropriée aux conditions économiques actuelles les modalités des échanges entre les régions intéressées». *Le projet suisse de janvier 1920 consacrait une équitable réciprocité des échanges entre ces régions*; il était fondé sur une large application du principe de la libre importation en Suisse des produits des zones, ces dernières devant d'autre part subsister telles qu'elles avaient existé jusqu'alors. L'examen de ces propositions suisses ne fut, cependant, pas même abordé par les négociateurs français, ces derniers n'envisageant qu'une seule solution: celle qui impliquerait le transfert du cordon douanier français à la frontière politique.

Il est donc inexact de dire, ainsi que l'a fait une note française remise au Département politique fédéral le 10 mai 1921, qu'une telle interprétation de l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles met en contradiction les deux termes de cet alinéa, «l'accord prévu ne pouvant logiquement aboutir à *confirmer un régime* qui ne répond plus aux circonstances actuelles».

Au contraire. Le régime de 1815–1816 *créé les zones franches sans contre-partie obligatoire* à la charge de la Suisse ou de Genève. Le Gouvernement fédéral, par l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles tel qu'il l'a accepté dans sa note du 5 mai 1919, s'est engagé à «adapter aux circonstances actuelles» le régime institué en 1815–1816 *en lui donnant cette contre-partie* – ainsi que l'avaient réclamé en France même, et dès 1912, divers spécialistes du problème des zones – *dans un traité à conclure entre la Suisse et la France* «dans les conditions jugées opportunes par les deux pays».

Le Gouvernement fédéral a d'ailleurs manifesté ensuite, par ses actes, sa volonté de se conformer à cet engagement. Si, jusqu'ici, cette volonté n'a pas pu avoir d'effet, c'est que les propositions faites dans ce sens par le Gouvernement fédéral n'ont jamais été même examinées par les négociateurs du Gouvernement français, ces derniers n'ayant constamment envisagé qu'une seule solution: celle qui impliquerait le transfert du cordon douanier français à la frontière politique.

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 31. Juli 1928*¹

1261. Crédit de relèvement à l'Autriche

Département politique. Proposition du 27 juillet 1928

Par rapport du 9 décembre 1927², le Département politique a exposé au Conseil fédéral que le Gouvernement autrichien, désirant contracter un nouvel emprunt de 775 millions de schellings, avait été amené à demander aux Etats participant à l'emprunt de relèvement de 1920 de renoncer, en faveur du nouvel emprunt projeté, au privilège de priorité conféré aux créances de relèvement et à proposer au Comité international des crédits de relèvement économique à Londres (Relief Committee) un plan d'amortissement du capital de sa dette.

Par décision du 12 décembre, le Conseil fédéral a approuvé les instructions données au délégué de la Suisse dans le Relief Committee³, instructions aux termes desquelles celui-ci était autorisé à déclarer que la proposition autrichienne de payer, en quarante versements annuels dès le 1er janvier 1929, le capital de sa dette de relèvement, les créanciers faisant abandon des intérêts, constituait une base de négociations acceptable et que la Suisse était prête à renoncer, pour sa part, en faveur du nouvel emprunt autrichien, au droit de priorité basé sur sa créance de relèvement, à condition que les autres Relief Creditors agissent de même.

Le représentant de la Suisse et des autres Etats créanciers ayant fait des déclarations analogues, le Président du Relief Committee informa, par lettres des 12 et 16 décembre 1927, le Ministre d'Autriche à Londres que les Relief Creditors renonçaient, en faveur de l'emprunt projeté, au droit de priorité de leurs créances de 1920 et les négociations relatives à l'amortissement du capital prêté se poursuivirent à Londres entre le Relief Committee et des plénipotentiaires autrichiens.

Ces négociations furent longues et difficiles. Elles se heurtèrent à des obstacles suscités par les «trustees» de l'emprunt autrichien conclu, en 1923, sous les auspices de la Société des Nations, qui formulaient des réserves de principe au sujet du droit de l'Autriche d'effectuer avant 1943 le paiement de dettes antérieures à l'emprunt investi du privilège de tout premier rang⁴. En outre, les Etats-Unis d'Améri-

1. *Abwesend: Haab und Motta.*

2. E 2001 (C) 1/64.

3. *Vgl. Nr. 355.*

4. *Am 8.3.1928 befasste sich in Genf das Kontrollkomitee der Garantiestaaten der Völkerbundsanleihe von 1923 erneut mit den im Zusammenhang mit der 725-Millionen-Anleihe stehenden Fragen und bestätigte seinen Grundsatzentscheid vom 12.10.1927 (vgl. Nr. 352, Anm. 1). Der offiziöse schweizerische Vertreter in diesem Komitee, P. Dinichert, äusserte sich dabei zur Funktion der Treuhänder. Das Protokoll führt aus: M. Dinichert signale la différence qui existe entre la tâche et les responsabilités des fidei-commissaires des maisons de banque représentant les por-*

que, qui ont contre l'Autriche une créance de relèvement de plus de 255 millions de schellings, ne participent pas au Relief Committee, de sorte que des tractations spéciales durent être poursuivies avec eux et un événement politique, la tension subite qui se produisit, ce printemps, entre l'Autriche et l'Italie à propos de la question du Tyrol, amena ce dernier Etat, créancier au titre des crédits de relèvement autrichien pour une somme supérieure à 223 millions de schellings, à adopter, dans le sein du Relief Committee, une attitude négative. Les autres Relief Creditors prêtèrent, en revanche, le 15 juin dernier, les mains à un accord constaté par les notes suivantes:

1) une note par laquelle le Ministre d'Autriche à Londres soumet au Relief Committee la proposition du Gouvernement autrichien d'acquitter, en faveur du Danemark, de la France, de la Grande-Bretagne, de la Norvège, des Pays-Bas, de la Suède et de la Suisse, une somme équivalant à 772'542'231.78 schellings, par vingt-cinq versements échelonnés du 1er janvier 1943 au 1er janvier 1968, avec faculté pour l'Autriche de commencer l'amortissement de sa dette dès le 1er janvier 1929;

2) une note par laquelle le Président du Relief Committee accepte la proposition alternative du Gouvernement autrichien;

3) une note par laquelle M. Juch, Chef de section au Ministère autrichien des Finances, dûment autorisé à cet effet, déclare que le Gouvernement autrichien fera usage de la faculté de commencer ses paiements dès le 1er janvier 1929;

4) une note par laquelle le Président du Relief Committee prend acte de cette déclaration.

Il a été, en outre, bien entendu que si, soit l'Italie, soit les Etats-Unis d'Amérique, obtenaient par la suite d'autres avantages, ceux-ci seraient automatiquement étendus aux Etats participant à l'arrangement du 15 juin 1928.

L'arrangement intervenu assurera à la Suisse le paiement de 24'503'000 fr. en remboursement de 24'066'421.98 francs prêtés en 1920; le quart environ de cette somme sera versé avant 1943, date jusqu'à laquelle l'Autriche a terme.

Par la lettre du 10 juillet 1928⁵, le Département fédéral des finances exprime l'avis que la solution trouvée après de laborieuses négociations est, non seulement acceptable, mais favorable aux créanciers, qui, vu la situation financière de l'Autriche, ont intérêt à obtenir, le plus tôt possible, le paiement partiel des sommes qui leur sont dues. Il est vrai qu'ainsi que le Conseil fédéral l'avait envisagé dès le 12 décembre 1927, il a dû être fait entièrement abandon des intérêts, encore qu'ils aient fait, l'an dernier, l'objet d'engagements précis et de l'émission de bons spéciaux de la part de l'Autriche. Mais, pour quiconque a suivi le développement de cette affaire, il n'a jamais fait de doute que le paiement d'intérêts composés de sa dette de relèvement excéderait les capacités financières de l'Autriche. Cette

teurs de titres de l'emprunt et les responsabilités des représentants des Gouvernements garants. Les fidei-commissaires ont uniquement à se préoccuper des intérêts des souscripteurs; les représentants des Etats garants doivent, en outre, se donner comme but final la reconstruction économique et financière du pays, suivant les principes de la Société des Nations (E 2001 (C) 5/14).

5. E 2001 (C) 2/41.

opinion s'imposait avec tant de force que les intérêts de cette créance n'ont jamais figuré que pour mémoire dans les comptes de la Confédération, où, en revanche, une somme de 9'300'485 fr. a été réservée en vue de l'amortissement partiel du capital prêté dont le remboursement semblait douteux.

Si l'on garde présent à l'esprit que le prêt consenti en 1920 à l'Autriche n'était pas un placement de fonds, mais une action de secours commandée par des motifs politiques impérieux, on ne saurait hésiter à considérer comme satisfaisant le règlement de compte intervenu à Londres et à admettre que la Suisse n'aurait pu, sans paraître s'associer au mouvement de mauvaise humeur de l'Italie, refuser d'y participer. D'accord avec le Département fédéral des finances, le Département politique estime donc pouvoir recommander le plan d'amortissement de la dette autrichienne de relèvement adopté par le Relief Committee.

L'ouverture de crédits de relèvement aux Etats de l'Europe centrale ayant fait l'objet de l'arrêté fédéral du 29 septembre 1920⁶ et la décision du Conseil fédéral du 2 septembre 1921 relative au moratoire accordé à l'Autriche ayant également été soumise à l'Assemblée fédérale⁷, la question pouvait se poser de savoir si le règlement touchant les conditions de paiement de cette créance devrait faire, de même, l'objet d'une procédure parlementaire. Bien que, comme le Département des finances, le Département politique fût d'avis que cette question devait se résoudre par la négative, l'acceptation du plan de paiement autrichien étant un acte de gestion qu'aux termes du chiffre 14 de l'article 102 de la Constitution fédérale, le Conseil fédéral est seul compétent pour effectuer, ledit département a tenu à recueillir, sur ce point, l'opinion motivée du Département de Justice et Police. La consultation que ce dernier lui a fait parvenir confirme entièrement cette manière de voir.

Par ces motifs, le conseil *arrête*:

Il est pris acte au procès-verbal de l'arrangement concernant le paiement de la dette autrichienne de relèvement accepté par le Comité international des crédits de relèvement économique le 15 juin dernier.

Le Département des finances est autorisé à prendre, d'entente avec le Département politique, les mesures relatives à l'exécution de l'arrangement intervenu⁸.

6. *Vgl. dazu* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die internationale Kreditaktion zugunsten Zentraleuropas, vom 17. Juni 1920, BBl 1920, III, S. 610ff.

7. *Vgl.* Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Beteiligung der Schweiz an der internationalen Kreditaktion zugunsten Zentraleuropas, vom 3. Oktober 1921, BBl 1921, IV, S. 439ff.

8. *Vgl. auch* GBer 1928, S. 40.

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Generalkonsul in Shanghai, J. L. Isler*

Kopie
S RD.

Berne, 13 août 1928

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre rapport du 18 juillet¹ et nous vous en remercions vivement.

La communication qui vous a été faite, le 12 juillet, du programme du Gouvernement nationaliste chinois touchant la revision des «traités inégaux» et le statut des étrangers en Chine correspond à une démarche analogue que la Légation de Chine à Berne a effectuée auprès de nous, le 14 juillet².

Après un examen attentif de la situation, nous nous sommes résolus à laisser cette communication sans réponse: Ses termes mêmes n'en comportent pas nécessairement une, puisque le Gouvernement chinois se borne à annoncer son intention «de faire immédiatement des démarches pour substituer de nouveaux accords aux traités inégaux qui ne sont pas encore abrogés». Il nous paraît préférable, d'autre part, d'éviter, pour le moment, tout ce qui pourrait être interprété dans la suite comme une reconnaissance expresse ou tacite du Gouvernement de Nanking comme le Gouvernement exerçant le pouvoir sur la Chine entière. Or une réponse écrite à la communication dont il s'agit impliquerait, à tout le moins, de notre part, reconnaissance du droit de ce Gouvernement de dénoncer les traités existants et d'en conclure de nouveaux au nom du pays tout entier.

Nous avons eu l'occasion d'exposer au Chargé d'Affaires de Chine à Berne les motifs de la réserve dont nous devons nous inspirer en semblable matière, tant que l'attitude des principales Puissances européennes n'aura pas changé et nous avons été heureux de trouver en lui une parfaite compréhension de notre situation³.

Le degré de circonspection ne nous est naturellement pas prescrit et il va de soi que rien ne s'oppose à ce que, étant sur place, vous entreteniez avec le Gouvernement de Nanking les relations de fait exigées par les circonstances et des rapports courtois correspondant à nos sentiments amicaux pour le peuple chinois et à notre entière neutralité dans ses querelles intestines. Nous nous félicitons donc que vous ayez accusé réception de la notification qui vous a été adressée. Nous sommes convaincus que vous l'avez faite en termes appropriée et avec toute la prudence désirable. Il n'y aurait pas d'inconvénient à ce que, si l'occasion se pré-

1. Nr. 410.

2. Nr. 408.

3. P. Dinichert bemerkte am Kopf einer von P. Bonna am 8. 8. 1928 verfassten Notice sur la situation du Gouvernement de Nankin: J'ai eu aujourd'hui une longue conversation avec M. Hsiao au sujet des affaires de Chine. Je l'ai persuadé, de nous saisir, actuellement, d'aucune demande officielle quelconque quant à nos rapports (officiels) avec la Chine. 8. 8. 28 (E 2001 (C) 1/17).

sentait, vous confirmassiez, comme venant de votre part, qu'il vous paraît certain que le Conseil Fédéral, dont la décision doit être naturellement réservée, ne verrait, le moment venu, aucune objection à prêter son concours à une revision du statut des étrangers en Chine⁴.

Ainsi que vous l'avez relevé, il est fort intéressant de constater, d'autre part, que le Gouvernement de Nanking renonce à se montrer aussi formaliste que ses prédécesseurs et vous adresse directement des communications de caractère diplomatique. Nous ne pouvons que nous en féliciter en raison des simplifications que cette méthode comportera pour l'avenir. Nous n'avons donc aucun intérêt à formuler une objection à ce que le Gouvernement de Nanking vous attribue, ce faisant, le titre de «Acting Swiss Consul-General at Shanghai and Acting Swiss Minister to China», mais nous ne croyons pas pouvoir vous autoriser à faire vous-même usage du titre de «Consul Général et Agent diplomatique de Suisse», qui ne pourrait que donner lieu à des malentendus, les précédents dans lesquels ce titre a été employé étant sans analogie avec votre situation actuelle.

En effet, à une exception près (au Siam, avant 1885), le titre de «Consul Général et Agent diplomatique» n'a été porté jusqu'ici que par les représentants d'Etats souverains dans des pays de demi-souveraineté (en Serbie jusqu'en 1879, en Roumanie jusqu'en 1880, en Bulgarie jusqu'en 1908, en Egypte jusqu'en 1914) (Satow «Diplomatic Practice» p.246). En outre, les «Consuls Généraux et Agents diplomatiques», de même que les «Consuls Généraux et Chargés d'Affaires» que la Suisse a eus autrefois en Argentine, en Espagne et au Brésil, sont des chefs de missions diplomatiques, dont la nomination est précédée d'une demande d'agrément et qui ont présenté des lettres de créance au Gouvernement auprès duquel ils résident. Or nous n'avons besoin d'insister ni sur l'impossibilité où nous nous trouverions actuellement de vous accréditer auprès d'un Gouvernement que nous n'avons pas reconnu, ni sur les difficultés auxquelles se heurterait la création d'une Légation de Suisse en Chine, qui impliquerait une décision de l'Assemblée fédérale. Signalons, en outre, que, si vous étiez formellement revêtu d'une fonction diplomatique, le Gouvernement chinois serait fondé à exiger que vous résidassiez dans la capitale et non pas à Shanghai, ce qui ne saurait nous convenir pour le moment.

4. *Der schweizerische Generalkonsul in Shanghai telegraphierte dem Politischen Departement am 28.12.1929: Chinese Government decided on declaration abolishing extraterritoriality 1st january 1930. [...] (E 2001 (C) 3/13).*

417

E 2001 (C) 5/47

*Der Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S Sch.

Bern, 14. August 1928

In Antwort auf Ihre Anfrage vom 26. Juli 1928¹ beehren wir uns, Ihnen eine Ausfertigung des Berichtes zuzustellen, den uns die Generalstabsabteilung erstattet hat². Der Bericht gibt uns zu weitem Bemerkungen nicht Anlass. Wir fügen ferner bei ein Memorial betreffend Convention über den internationalen Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial, das von Herrn Oberst Züblin, dem Mitarbeiter der Generalstabsabteilung für die Völkerbundsfragen, ausgearbeitet worden ist³.

Was die Anregung der Generalstabsabteilung in ihrem Berichte vom 9. August anbetrifft, den Obersten Züblin in Zürich der Abordnung zuzuteilen, die an der nächsten Völkerbundsversammlung unser Land vertreten wird, so möchten wir folgendes bemerken:

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, dass die mit der Abrüstung zusammenhängenden Beschlüsse des Völkerbundes für uns eines Tages sehr grosse Bedeutung erlangen können. Sachlich können wir jeder Rüstungsbeschränkung ruhig entgegensehen; unsere militärischen Einrichtungen gehen in Bezug auf Abrüstung weit über das hinaus, was der Völkerbund in absehbarer Zeit wird beschliessen können. Formell steht aber die Sache anders. Wird der Abbau in der Weise durchgeführt, dass die Zahl der auszubildenden Soldaten oder die Summe der auf das Wehrwesen verwendeten Gelder vermindert wird, so kommen wir in eine äusserst schwierige Lage. Mit Rücksicht auf Ausland und Inland sollten wir mitmachen, unsere eigenartigen Verhältnisse erlauben uns das aber nicht.

Wir verzichten darauf, diese Ansicht hier näher zu begründen, wir haben das schon mehrfach getan. Wir wiederholen sie nur, um zu zeigen, dass wir uns in einer Stellung befinden wie sozusagen kein anderes Land. Deswegen hat die Abrüstung für uns ihre besondere Bedeutung und wir haben allen Anlass, die Entwicklung, die sie nimmt, genau zu verfolgen. Das legt ganz von selbst den Gedanken nahe, jemanden zu beauftragen, sich dieser Aufgabe besonders anzunehmen, sowohl während der Völkerbundsversammlung als namentlich auch in der Zwischenzeit. Schon nur die Bewältigung der immer wachsenden Papierflut verursacht eine solche Arbeit, dass sie mit den uns und, wie wir denken, auch Ihnen

1. E 27, Archiv-Nr. 23380/1.

2. Nicht abgedruckt.

Die Generalstabsabteilung nahm darin Stellung zu den einzelnen Punkten von Kapitel 4, Réduction des armements, aus dem Rapport à la 9e session ordinaire de l'Assemblée de la Société des Nations sur l'œuvre du Conseil, sur le travail du Secrétariat et sur les mesures prises pour exécuter les décisions de l'Assemblée, in: SdN, Journal Officiel, Suppl. spec. Nr. 64, S. 214ff.

3. Nicht ermittelt.

zur Verfügung stehenden Kräften nicht bewältigt werden kann. Wir sind schon lange überzeugt, dass früher oder später die Folgerung aus dieser Erkenntnis gezogen werden muss.

Ob der Augenblick jetzt gekommen ist, mag fraglich erscheinen. Wir möchten Sie aber bitten, die Sache zu untersuchen. Wir stehen zur nähern Erörterung der Angelegenheit jederzeit gerne zu Ihrer Verfügung⁴.

4. Vgl. auch Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die neunte Völkerbundsversammlung, vom 14. Dezember 1928, in: BBI 1928, II, S. 1197ff.

418

E 1004 1/311

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 21. August 1928¹

1353. Errichtung einer Radiostation in Genf

Politisches Departement. Antrag vom 17. August 1928

Gemäss Beschluss des Bundesrates vom 13. Januar 1928² hat das politische Departement am 20. gl. Mts. ein Memorandum an das Völkerbundssekretariat gerichtet³, in dem die technischen Einwendungen gegen die Errichtung einer besondern Radiostation des Völkerbundes offiziell geltend gemacht wurden, mit dem Bemerkten, dass der Bundesrat bereit sei, diese Einwendungen in den in Betracht fallenden Fachorganen des Völkerbundes zu vertreten. Der Völkerbundsrat hatte bekanntlich in seiner Dezember-Session 1926 den Fachausschuss für die Verkehrswege und den Durchgangsverkehr ersucht, «d'engager immédiatement, en vue de présenter un rapport au Conseil, à la date la plus rapprochée possible, les études nécessaires pour que la Société des Nations puisse avoir à sa disposition une station radiotélégraphique à elle, suffisamment puissante, lui permettant de communiquer par ses propres moyens avec le plus grand nombre possible d'Etats membres de la Société». Der Fachausschuss seinerseits hatte wiederum seinen Generalsekretär beauftragt, das Problem unter Zuzug von Experten näher abzuklären. Zwei Expertenkomitees, wovon das eine die Frage betreffend den Bau der Station (construction et aménagement de la station), das andere die betriebstechnische Seite des Problems prüfen sollte, waren dementsprechend vom Präsidenten des Fachausschusses auf Begehren des Generalsekretärs eingesetzt worden.

Das erstgenannte Komitee trat Ende Januar d. Js. zusammen und nahm in Anwesenheit einer Vertretung des Bundesrates, bestehend aus den Herren Obertele-

1. Abwesend: Chuard.

2. E 1004 1/308.

3. E 2001 (C) 5/48; Memorandum vom 13. 1. 1928.

graphendirektor Furrer und Herrn Muri von der eidgenössischen Obertelegraphendirektion, Kenntnis von dem oben erwähnten schweizerischen Memorandum. In Anbetracht der ihm gestellten eng umschriebenen Aufgabe, die bautechnische Seite der Frage der Errichtung einer besondern Völkerbunds-Radiostation abzuklären, hielt sich das Komitee nicht für zuständig, zunächst auf die mehr grundsätzliche Vorfrage einzutreten, ob es überhaupt zweckmässig sei, wenn der Völkerbund eine eigene Station errichte. Der anwesende britische Experte Oberst Lee betonte jedoch, dass nach seiner Auffassung diese Vorfrage noch nicht mit der notwendigen Gründlichkeit geprüft worden sei und mit Rücksicht auf die finanzielle Tragweite der Angelegenheit unbedingt weiter verfolgt werden sollte. Dieser Auffassung wurde in der Folge auch in der März-Session des «Fachausschusses» vom britischen Mitgliede, Herrn Baldwin, Ausdruck gegeben. Auf dessen Vorschlag, der vom schweizerischen Mitgliede, Herrn Direktor Herold, lebhaft unterstützt worden war, beschloss der «Fachausschuss», die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen über die technische Seite des Problems der Errichtung einer besondern Völkerbunds-Radiostation zusammen mit dem schweizerischen Memorandum an den Rat weiterzuleiten und in einem Berichte darauf hinzuweisen, dass die betriebstechnische Seite der Angelegenheit noch einer nähern Abklärung bedürfe. Der Schlussabsatz des Berichtes der «Commission consultative» hat folgenden Wortlaut:

«La Commission s'est estimée en état de transmettre au Conseil dès maintenant le présent rapport général afin que, selon les désirs exprimés par la dernière Assemblée, il puisse être soumis aux gouvernements en temps utile pour être examiné par la prochaine Assemblée. Toutefois, afin d'éviter tout malentendu et pour que l'Assemblée ait tous éclaircissements supplémentaires possibles, les questions d'exploitation qui ont déjà été soumises à la consultation individuelle d'experts qualifiés ou d'autres questions qui se lieraient nécessairement à celles-là feront l'objet d'un examen de la part d'un comité spécial dont les vues seront communiquées par le président de la Commission des communications et du transit en temps utile, avant la prochaine Assemblée.»

Auf dieselbe Lücke in den bisherigen Untersuchungen betreffend die Errichtung einer Radiostation des Völkerbundes wies schliesslich in der Juni-Session des Völkerbundsrates Sir Austen Chamberlain hin. Im Anschluss an die Feststellung, dass eine im Eigentum des Völkerbundes stehende Station in normalen Zeiten mit Verlust arbeiten müsste, dass aber die bisherigen Untersuchungen keine Anhaltspunkte darüber bieten, ob eine solche eigene Station des Völkerbundes in Krisenzeiten wirklich besser funktionieren würde als eine andere Station, führte Sir Austen Chamberlain insbesondere folgendes aus:

«Sir Austen Chamberlain constate, dans le dernier paragraphe du rapport de la Commission, qu'un Comité spécial va être nommé pour examiner cette partie du problème, et dans son rapport au Conseil, M. Zaleski a insisté sur la nécessité d'avoir le rapport supplémentaire de la Commission des communications et du transit assez tôt *[pour]* qu'il puisse être examiné par l'Assemblée, lors de sa session ordinaire suivante. Faute de pouvoir disposer à ce moment de ce rapport, Sir Austen craint que l'Assemblée ne possède pas tous les renseignements indispensables lui

permettant d'examiner d'une manière appropriée cette question sous ses différents aspects. Il propose que le Comité spécial qui doit préparer ce rapport supplémentaire soit chargé de soumettre un rapport général sur les avantages et les inconvénients que présente l'établissement d'une station de la Société, du point de vue de la radiotélégraphie, tant dans l'ordre financier que dans l'ordre pratique. Le rapport devrait porter particulièrement sur la question de savoir jusqu'à quel point une telle station pourrait répondre aux exigences télégraphiques de la Société des Nations en temps normal et en temps de crise, et jusqu'à quel point des arrangements spéciaux visant l'utilisation des moyens existants de communications par T.S.F.⁴ pourraient répondre à ses exigences en donnant les garanties de sécurité nécessaires, surtout en temps de crise.

Lors de la transmission à l'Assemblée du rapport actuellement examiné par le Conseil, il espère donc qu'il sera clairement spécifié que ce rapport ne contient pas toutes les informations nécessaires pour que l'Assemblée puisse prendre une décision en la matière, et il se permet d'insister pour que le Comité spécial soit chargé de poursuivre ses recherches en tenant compte des directives qu'il vient d'indiquer.»

Dieses Begehren des britischen Vertreters ist vom Rate zum Beschluss erhoben worden.

Der erwähnten Ratssitzung vorgängig, hatte auf Anregung des politischen Departementes Ende Mai eine Besprechung der Angelegenheit in Genf stattgefunden, zwischen Sir Eric Drummond und einigen seiner Mitarbeiter einerseits und den Chefs des Post- und Eisenbahndepartements und des politischen Departements, sowie Obertelegraphendirektor Furrer andererseits⁵. Der Vorsteher des politischen Departements hat bei dieser Gelegenheit auch auf die Bedenken politischer und juristischer Natur, die schweizerischerseits gegen den Bau einer Völkerbundsstation bestehen, kurz hingewiesen. Die Vertreter des Bundesrates gaben ferner die Erklärung ab, dass die schweizerischen Behörden, um ihr weitgehendes Entgegenkommen auf die Wünsche des Völkerbundes zu bekunden, bereit wären, eine neue Station in Genf zu errichten und dem Völkerbunde unter gewissen Bedingungen nicht nur die Priorität für seinen radiotelegraphischen Verkehr in normalen Zeiten, sondern auch weitgehende Erleichterungen für die Benutzung der Station in Krisenperioden einzuräumen. Sir Eric Drummond hielt eine Verständigung in der Angelegenheit nicht für ausgeschlossen, betonte aber, dass der Völkerbund an der Forderung festhalten müsse, wonach die Station in Krisenzeiten der selbständigen Verwaltung des Völkerbundes unterstellt werde. Der Völkerbund, der ja, wie Sir Eric Drummond ausführte, in erster Linie an der Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität interessiert sei, würde sich verpflichten, von der Station keinerlei «neutralitätswidrigen» Gebrauch zu machen und könnte sich auch damit einverstanden erklären, dass die Benützung der Station in Krisenzeiten durch einen Vertrauensmann des Bundesrates («observateur») überwacht würde. Es wurde schliesslich vereinbart, dem Generalsekretariate zuhanden der

4. *Télégraphie sans fil.*

5. *Eine Aufzeichnung dieser Besprechung vom 31.5.1928 in: E 2001 (C) 5/48.*

Völkerbundsversammlung und des Rates die schweizerische Offerte der Errichtung einer Radiostation in Genf schriftlich bekannt zu geben, unter Darlegung der Bedingungen, die schweizerischerseits an die Benützung der Station geknüpft werden müssten.

Der Beschluss des Völkerbundsrates, das mit der Untersuchung der betriebstechnischen Seite des Problems der Errichtung einer Völkerbundsstation beauftragte Expertenkomitee zu beauftragen, ebenfalls zu prüfen, «jusqu'à quel point une telle station pourrait répondre aux exigences télégraphiques de la Société des Nations en temps normal et en temps de crise et jusqu'à quel point des arrangements spéciaux visant l'utilisation des moyens existants de communications par T.S.F. pourraient répondre à ses exigences en donnant les garanties de sécurité nécessaires, surtout en temps de crise», liess es dem politischen Departement und dem Post- und Eisenbahndepartement angezeigt erscheinen, zunächst einmal zuhanden des Expertenkomitees, in einem als provisorisch bezeichneten Memorandum ausschliesslich die technische Seite der schweizerischen Offerte darzulegen. Ein entsprechendes Memorandum wurde dem Generalsekretariat am 29. Juni d. J. übermittelt⁶. In der Begleitnote wurde erwähnt, dass der Bundesrat in der endgültigen Fassung des Memorandums den allfälligen Bemerkungen des Expertenkomitees Rechnung tragen werde und gleichzeitig auch seine weiteren Bedingungen rechtlich-politischer Natur bekanntgeben werde.

Das genannte Expertenkomitee tagte anfangs Juli wiederum im Beisein einer schweizerischen Vertretung, bestehend aus den Herren Obertelegraphendirektor Furrer und Dr. Rothen, Direktor der Radio-Schweiz A.G. In einem von ihm aufgestellten Berichte stellte das Komitee fest, dass die absolute Unabhängigkeit einer Radiostation für den Verkehr des Völkerbundes in Krisenzeiten sowohl durch eine vom Völkerbund errichtete Station wie durch eine im Eigentum des schweizerischen Staates oder einer schweizerischen Gesellschaft stehende Station, *sofern diese in Krisenzeiten der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt würde*, gewährleistet werden könnte. Das Komitee zählte sodann eingehend die Bedingungen auf, die in technischer, betrieblicher und finanzieller Hinsicht an die Erstellung einer schweizerischen Station und an deren Betrieb in Krisenzeiten gestellt werden müssten⁷.

Das eidgenössische Post- und Eisenbahndepartement ist der Auffassung, dass diese Bedingungen im allgemeinen und unter Vorbehalt etwas anderer Formulierung an einigen Stellen annehmbar seien und hat dementsprechend den Entwurf eines endgültigen technischen Memorandums ausgearbeitet. Das politische Departement hat seinerseits den Text einer Begleitnote aufgestellt, in der die Vorbehalte erwähnt werden, die schweizerischerseits auf Grund politischer, juristischer und militärischer Erwägungen an den Betrieb der Station in Krisenzeiten gestellt werden müssten. Es hat dabei nach Möglichkeit den Standpunkt des Völkerbundssekretariates, wonach der Völkerbund nur dann auf den Bau einer eigenen unabhängigen Station verzichten könnte, wenn die Schweiz sich verpflichten

6. E 2001 (C) 5/48.

7. Vgl. SdN, Journal Officiel, 1928, Nr. 9, S. 1369ff.

würde, eine von ihr zu errichtende Station in Krisenzeiten der Verwaltung des Völkerbundes zu unterstellen, nach Möglichkeit in Einklang zu bringen versucht mit den Neutralitätspflichten der Schweiz einerseits und den Interessen unserer Landesverteidigung andererseits.

Die in der Note und dem Memorandum vorgeschlagene Lösung hat in jeder Hinsicht den Charakter eines Kompromisses, hätte es sich nur darum gehandelt, für den notwendigen Ausbau der Radiostation in Münchenbuchsee eine rationelle Lösung zu finden, so wäre selbstverständlich der Vorschlag der Errichtung einer besondern Station in Genf gar nicht aufgetaucht. Es hätte genügt, die bestehenden Anlagen in Münchenbuchsee zu erweitern. In politischer und militärischer Hinsicht sodann wäre es zweifellos vorteilhafter gewesen, wenn die Schweiz über die von ihr errichteten Anlagen auch in Krisenzeiten die volle Verfügungsgewalt hätte wahren können. Demgegenüber stand aber das Bedürfnis des Völkerbundes, in Krisenzeiten über eine von staatlichen Eingriffen unabhängige Station zu verfügen. Alle zuständigen Organe des Völkerbundes, darunter auch das «Comité d'arbitrage et de sécurité», haben sich dahin ausgesprochen, «qu'en cas de crise généralisée, notamment dans la période précédant immédiatement une mobilisation et surtout dans la période même de la mobilisation, la mainmise totale ou partielle des autorités nationales sur les moyens de communications risquera sûrement dans bien des cas de rendre relativement lentes et peu sûres les communications intéressant la Société des Nations ... si lesdites communications ne pouvaient pas dans ce cas être assurées par des moyens spéciaux et indépendants de l'ensemble du système des communications nationales».

Es ist klar, dass die Schweiz, der die Ehre zukommt, den Sitz des Völkerbundes zu beherbergen, auch die Pflicht hat, diesen Bedürfnissen des Völkerbundes nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Der Radio-Schweiz A.G. und dem Post- und Eisenbahndepartement liegt besonders viel daran, den Bau einer unabhängigen Station des Völkerbundes und damit die Abwanderung des gesamten telegraphischen Verkehrs des Völkerbundes von der schweizerischen Station zu verhindern. Die finanziellen Opfer, die der Bau einer getrennten Stationsanlage in Genf der Schweiz auferlegt, scheint den zuständigen Instanzen im Hinblick auf den voraussichtlichen Verlust, den die Radio-Schweiz A.G. und mit ihr die Eidgenossenschaft durch den Bau einer unabhängigen Völkerbundsstation erleiden würde, erträglich zu sein. Es kommt hinzu, dass die Schweiz auf diesem Wege eine direkte drahtlose Verbindung mit Südamerika und Japan erhalten wird, die sie allein nicht verwirklichen könnte. Die Vorbehalte, die in der Note in bezug auf die Benützung der Station in Krisenzeiten gemacht werden, dürften sodann auch die bestehenden Bedenken juristisch-politischer und militärischer Natur stark einschränken. Der Umstand, dass der Völkerbund, wie dies Sir Eric Drummond betonte, an der Wahrung der schweizerischen Neutralität in Krisenzeiten selbst in hohem Masse interessiert ist, scheint dem Departement eine Garantie dafür zu sein, dass mit der in Frage stehenden Station, selbst wenn deren Verwaltung in Krisenzeiten an den Völkerbund übergehen wird, kein Missbrauch getrieben werden wird.

Die Frage der Errichtung einer Völkerbundsstation steht auf der Traktandenliste der nächsten Völkerbundsversammlung. Dieselbe wird endgültig darüber zu

entschlossen haben, ob eine eigene Völkerbundsstation zu errichten sein wird, oder aber, ob ein Abkommen mit der schweizerischen Regierung im Sinne des vorliegenden Entwurfes zu einem Memorandum getroffen werden soll. Aufgabe der schweizer. Delegation wird es sein, für den schweizerischen Vorschlag einzutreten und nötigenfalls den Inhalt sowohl der Note wie des Memorandums durch mündliche Ausführungen zu ergänzen.

In der Beratung wird bemerkt, dass die Schweiz unter keinen Umständen in ihren Zugeständnissen weiter gehen dürfe, als dies nunmehr geschehen ist. An den jetzt noch verbliebenen Rechten müsse unbedingt festgehalten werden. Es bleibe leider nichts anderes übrig, als der Errichtung einer Radiostation für den Völkerbund in Genf im Sinne der Vorlage zuzustimmen, weil die Schweiz unter dem Drucke eines Zwanges stehe und der Völkerbund andernfalls möglicherweise auf französischem Boden, hart an der Grenze, in Annemasse, eine eigene Station bauen würde, was die befürchteten Unzukömmlichkeiten und Schwierigkeiten kaum ganz beseitigen würde. Ausserdem hätte die Schweiz in früheren Botschaften die Errichtung einer Radiostation bereits versprochen und da müsse Wort gehalten werden. Dann aber sei auch anzunehmen, dass – aus der Entwicklung der Dinge zu schliessen – eine «Krisenzeit», die ein Eingreifen des Völkerbundes notwendig machen sollte und eine Unterstellung der Radiostation unter die Verwaltung des Völkerbundssekretariates erfordern würde, wohl kaum je eintreten dürfte. In dieser Erwartung sei es auch leicht möglich, der Vorlage zuzustimmen. In der Vereinbarung mit dem Völkerbunde sollte aber der Zustand der «Krisenzeit» genau umschrieben werden, damit hierüber keine Unklarheit bestehen kann.

Endlich ergibt sich aus der Beratung, dass in der ganzen Angelegenheit auch die Zustimmung der Organe der «Radio-Schweiz A.G.» notwendig sei und ferner, dass von den Völkerbundsstaaten die Erklärung gefordert werden solle, dass sie der Schweiz wegen der Tätigkeit des Völkerbundes oder der Radiostation, insbesondere in «Krisenzeiten», niemals Vorwürfe machen oder Schwierigkeiten bereiten werden.

Gestützt auf die Ausführungen im Antrage des politischen Departementes und im Sinne der Beratung wird einstimmig *beschlossen*:

1. Das dem Bundesrate zur Genehmigung vorgelegte Memorandum sowie die zugehörige Begleitnote werden gutgeheissen.
2. Das politische Departement wird mit der Übermittlung dieser Schriftstücke an das Völkerbundssekretariat beauftragt⁸.

8. *Vgl. dazu* SdN, Journal Officiel, 1928, Nr. 12, S. 1974ff. – *Vgl. auch* BBl 1928, II, S. 1221ff.

419

E 2001 (C) 3/14

*Aufzeichnung des Gesandtschaftssekretärs in der Abteilung für Auswärtiges
des Politischen Departementes, P. Bonna*

Berne, 23 août 1928

NOTICE

sur le projet de convention d'établissement et de commerce
entre la Suisse et l'Ethiopie.

Au cours de diverses conversations, M. David *Hall*, négociant à Addis Abeba, qui s'est présenté à Berne muni d'une lettre du Ras Tafari l'accréditant pour l'accomplissement de diverses tâches spéciales en Suisse (engagement de personnel, etc.), a fait allusion à l'intérêt qu'il y aurait à la conclusion, le plus tôt possible, d'une convention d'établissement et de commerce entre la Suisse et l'Ethiopie. Il a été répondu à M. Hall que, dans ce but, le plus simple serait que la délégation éthiopienne à la Société des Nations fit dans ce sens des ouvertures à la délégation suisse, qui examinerait quelle suite pourrait leur être donnée.

D'autre part, M. Weinzinger, ancien Consul d'Autriche à Addis Abeba, actuellement rédacteur de la «Correspondance d'Ethiopie», a écrit personnellement à M. Karl Stucki, qu'il connaît, pour lui demander, à titre officieux, de la part du Gouvernement éthiopien, quel accueil serait fait à des ouvertures officielles tendant à la conclusion d'une convention d'établissement et de commerce entre la Suisse et l'Ethiopie. Les Départements fédéraux de Justice et Police et de l'Economie publique s'étant prononcés favorablement à cet égard – le Département de l'Economie publique considère même comme très désirable la conclusion d'un accord entre la Suisse et l'Ethiopie – M. Stucki a été autorisé à faire savoir à M. Weinzinger que des ouvertures du Gouvernement éthiopien rencontreraient en Suisse le meilleur accueil¹. Une communication directe du Gouvernement éthiopien n'est pas encore parvenue ici.

Il avait été convenu avec les Départements fédéraux de Justice et Police et de l'Economie publique que, si le Gouvernement éthiopien demandait au Conseil fédéral d'élaborer un projet de convention d'établissement et de commerce entre les deux pays, le texte [...] lui serait communiqué².

1. Am 26.6.1928 hatte K. Stucki an Weinzinger geschrieben: [...] Was nun Ihre Eröffnungen vom 16. Mai im Hinblick auf den Abschluss eines Freundschafts- und Handelsvertrages zwischen der Schweiz und Äthiopien anbelangt, so wurden sie unverzüglich dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement mitgeteilt, das in der Sache in erster Linie mitinteressiert ist. Gestern ist uns die Antwort der genannten Verwaltungsstelle zugekommen. Es ergibt sich daraus, dass sie durchaus geneigt wäre, auf Besprechungen über einen derartigen Vertrag einzugehen. [...] (E 2001 (C) 3/14).

2. Der Entwurf sah folgende Punkte vor: 1) Rechtsgleiche Behandlung von Einheimischen und Ausländern, 2) Gleiche Behandlung in- und ausländischer Geschäftshäuser, 3) Gegenseitige Meistbegünstigung bei Im- und Exporten (E 2001 (C) 3/14). – Am 25.11.1929 übergab A. Durnant dem äthiopischen Gesandten in Paris den Vertragsentwurf.

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den persischen Geschäftsträger in Bern, M.K. Schayesteh*

Copie.

N

Berne, 28 août 1928

Prenant acte de ce que les circonstances ne permettent pas la conclusion rapide, entre la Suisse et la Perse, d'un traité d'établissement et de commerce définitif, j'ai l'honneur, au nom du Conseil Fédéral Suisse, de vous faire parvenir la déclaration suivante constituant règlement provisoire des relations entre la Suisse et la Perse:

1) Sous condition d'une parfaite réciprocité, la représentation diplomatique de la Perse sur le territoire suisse jouira des privilèges et immunités consacrés par le droit commun international.

Les représentants consulaires de la Perse sur le territoire suisse, régulièrement munis de l'exequatur, pourront, sous condition d'une parfaite réciprocité, y résider dans les localités où ils étaient jusqu'alors admis. Ils bénéficieront des privilèges honorifiques et immunités personnelles de juridiction et de fiscalité consacrés par les règles et pratiques du droit commun international.

Le traitement accordé aux représentants diplomatiques et consulaires de la Perse sur le territoire suisse, sous condition de réciprocité, ne sera, en aucun cas, inférieur au traitement accordé aux dits représentants d'un tiers pays quelconque.

2) Sous condition d'une parfaite réciprocité, les ressortissants persans continueront à être admis et traités sur le territoire suisse conformément aux règles et pratiques du droit commun international. Ils y jouiront, quant à leurs personnes et à leurs biens, droits et intérêts, de la plus entière protection des lois et des Autorités territoriales. Ils bénéficieront sur le territoire suisse d'un traitement général qui ne sera en aucun cas inférieur à celui accordé aux ressortissants d'un tiers pays quelconque.

En matière de statut personnel, les ressortissants persans en Suisse resteront soumis aux dispositions de leurs lois nationales.

3) Sous condition d'une parfaite réciprocité, les marchandises produites ou fabriquées en Perse seront soumises, à leur entrée en Suisse, au traitement douanier prévu par les lois en vigueur au moment de leur entrée en Suisse et bénéficieront du tarif minimum suisse et de tous abaissements de ce tarif qui seraient consentis aux produits similaires, naturels ou fabriqués, originaires de n'importe quel autre pays.

Les stipulations ci-dessus deviennent immédiatement applicables et demeureront en vigueur jusqu'à l'expiration d'un délai de trente jours à partir de la notification qui serait faite par le Conseil Fédéral de son intention d'y mettre fin.

E 2001 (C) 7/2

*Der schweizerische Gesandte in Washington, M. Peter,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S P/MB. Confidentielle

*Washington, 29 août 1928
(Ankunft: 27. September 1928)*

Aussitôt après réception de votre lettre du 14 août¹ je suis allé voir M. Castle qui m'a répondu que le Secrétaire d'Etat avait été trop occupé, avant son départ pour Paris, pour avoir le temps d'achever l'étude de notre contre-projet de traité de conciliation et d'arbitrage². M. Castle ne pense pas que le Département d'Etat puisse nous donner une réponse avant la seconde moitié du mois de septembre³.

La semaine dernière les Ministres de Pologne, de Tchécoslovaquie et de Norvège ont signé les deux traités de conciliation et d'arbitrage tels qu'ils leur avaient été présentés par le Gouvernement des Etats-Unis. Les Gouvernements de ces pays avaient fait d'abord quelques objections et proposé quelques amendements à divers articles des traités, mais sur l'insistance du Département d'Etat ils avaient retiré ensuite ces propositions pour admettre purement et simplement les textes types qui nous ont été également soumis.

Il résulte des renseignements que j'ai pu obtenir sur les négociations entre la Légation de Pologne et le Département d'Etat, que le motif invoqué pour refuser toute modification au texte des traités est «le désir formel du Gouvernement américain qu'il y ait uniformité dans la série des traités actuellement soumis à divers Etats. Chaque fois qu'un changement a été demandé par un Gouvernement, le Gouvernement américain l'a prié de bien vouloir retirer sa proposition, dans l'intérêt de l'uniformité. Aucun Gouvernement n'a, dès lors, insisté pour obtenir la modification qu'il sollicitait. Si le Gouvernement américain consentait à faire un changement quelconque à l'égard d'un Etat, il serait mis dans cette situation de consentir, en faveur de cet Etat, à ce qu'il avait uniformément refusé jusqu'alors».

Cette réponse a été faite à la Pologne qui demandait qu'à l'article 1er du traité d'arbitrage les mots «by the application of the principles of law and equity» soient changés par les mots «by the application of the principles of international law and custom». Bien qu'en principe il n'ait vu aucun inconvénient au changement suggéré par le Gouvernement polonais, le Département d'Etat a cru devoir toutefois le refuser parce qu'ayant soumis des traités identiques ou pratique-

1. E 2200 Washington 14/1.

2. Nr. 392, Annex.

3. Mit Schreiben vom 21.6.1928 setzte Peter das Politische Departement von der Übergabe des schweizerischen Gegenentwurfes in Kenntnis und folgerte aus der gleichzeitigen Unterredung mit Castle: [...] si par extraordinaire le Département d'Etat ne se montrait pas disposé à entrer dans nos vues, ce ne serait pas parce qu'il ne les partage pas, mais bien pour éviter toute discussion avec le Sénat. [...] / (E 2001 (C) 7/2).

ment identiques à trente Gouvernements à la fois, dont plusieurs, notamment la France, l'Italie, l'Allemagne, la Finlande et le Danemark, ont déjà accepté sans changement le texte proposé, le Gouvernement américain serait embarrassé d'expliquer ensuite, soit aux Gouvernements étrangers, soit au Sénat, pourquoi il a admis les modifications des uns et pas celles des autres.

Ces renseignements m'ont été communiqués à titre *très confidentiel* par la Légation de Pologne qui m'a prié d'en faire un usage *très discret*.

Il est donc à prévoir que la même réponse nous sera faite pour la modification que nous avons proposée à l'article 1er du traité d'arbitrage⁴ (article IV de notre contre-projet).

4. Nr. 382, Annex.

422

E 1004 1/311

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 30. August 1928¹

1390. Adhésion de la Suisse au Pacte Kellogg

Département politique. Proposition du 29 août 1928

Le département politique présente le rapport suivant:

«Par note en date du 27 août², dont inclus copie avec une traduction française, le Ministre des Etats-Unis d'Amérique communique au Chef du Département Politique le texte du Pacte Kellogg³ conclu à Paris le même jour, et demande au Conseil Fédéral d'examiner la possibilité pour la Suisse d'adhérer à cet accord.

L'article 3, alinéa 2, du traité prévoit qu'il restera ouvert, après son entrée en vigueur, à l'adhésion de tous les Etats «aussi longtemps qu'il sera nécessaire». Il deviendra obligatoire pour tout Etat adhérent dès dépôt de l'instrument d'adhésion à Washington.

L'entrée en vigueur du traité est subordonnée, selon le même article 3, premier alinéa, au dépôt des instruments de ratification des quinze Etats signataires. Le fait pour un Etat de signer sans ratifier ultérieurement et de faire ainsi échec à l'accord intervenu à Paris reste évidemment dans le domaine des possibilités. Ne va-t-on pas jusqu'à se demander si le Sénat américain approuvera lui-même un traité dont la stipulation essentielle a fait l'objet d'importantes réserves d'interprétation? Quels que soient les doutes qu'on puisse encore entretenir, ici et là, sur le résultat final de l'initiative Briand-Kellogg l'accord conclu lundi dernier à Paris n'a pas moins de grandes chances de recueillir les quinze ratifications nécessaires à son entrée en vigueur.

1. *Abwesend: Chuard und Musy.*

2. *Als Annex 1 abgedruckt.*

3. *Wortlaut der Paktes in: BBl 1928, II, S. 1117ff.*

Nous ne passerons pas ici en revue toutes les critiques qu'a suscitées ce traité de structure si squelettique. On les connaît dans l'ensemble. On reproche, avant tout, au Pacte Kellogg de vouloir bannir la guerre comme instrument de politique nationale sans prévoir aucune sanction déterminée contre l'Etat qui violerait ses engagements. On lui reproche encore d'autoriser des interprétations qui en affaiblissent singulièrement la portée. Que l'on songe à tous les aléas que comporte la réserve britannique sur les régions dont la prospérité et l'intégrité présentent un intérêt vital pour la sécurité de la Grande-Bretagne! Que l'on songe aussi au fait que la doctrine de Monroe est sortie indemne des laborieuses négociations qui ont précédé l'entente entre les principales Puissances contractantes! Si l'on admet que les autres Etats contractants seraient fondés à faire valoir, le cas échéant, des réserves du même ordre, on est amené à penser que le Pacte Kellogg ne tend, en définitive, à proscrire la guerre que dans la mesure où la défense de recourir à la force des armes ne serait pas en opposition avec les intérêts primordiaux des Etats contractants. Or, comme un Etat ne déclare généralement la guerre que pour sauvegarder des intérêts qu'à tort ou à raison, il tient pour absolument vitaux, on pourrait soutenir, à la rigueur, que le Pacte Kellogg ne modifiera pas profondément l'état des choses existant. Il n'ajoutera pas sensiblement, croyons-nous, aux mesures prévues par le Pacte de la Société des Nations dans le domaine de la prévention des guerres. Lorsqu'on l'examine sous tous ses aspects et qu'on cherche à en apprécier la valeur intrinsèque, la formule à la base du traité Kellogg paraît assez peu consistante au point de vue juridique.

Sa véritable valeur est plutôt d'ordre politique ou moral. Un traité qui retient depuis des mois l'attention du monde et auquel de grands Etats semblent attacher une réelle importance représente, dans les relations internationales, un fait dont on ne saurait sous estimer la signification. C'est un événement qui compte et avec lequel il faut compter. Qu'il le veuille ou non, l'Etat, faible ou puissant, qui pratiquerait une politique d'abstention à l'égard du Pacte Kellogg – à supposer, bien entendu, qu'il entre finalement en vigueur – s'exposerait, tôt ou tard, à des suspicions sur la façon dont il envisage la légitimité de la guerre comme instrument de politique nationale.

Il serait, certes, difficile, de concevoir qu'un soupçon de cet ordre pût jamais peser sur un Etat foncièrement pacifique comme la Suisse. Nous n'avons pas moins intérêt à ne laisser planer aucune équivoque sur l'accueil que peut rencontrer chez nous tout effort destiné à rendre de plus en plus difficile le recours aux armes. Car le principe consacré par le Pacte Kellogg est en pleine harmonie avec l'idée même de notre neutralité. Si nous sommes neutres et si nous entendons le rester, c'est aussi parce que nous avons renoncé à obtenir quoi que ce soit autrement que par la force de notre bon droit. En adhérant au Pacte Kellogg, nous ne ferions que témoigner, sur le plan international notre sympathie pour un principe qui s'est depuis longtemps implanté chez nous au point d'y acquérir l'autorité et la force d'une tradition.

Pour ces motifs, nous estimons qu'il y aurait intérêt à faire connaître au Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique que le Conseil fédéral se rallie entièrement aux principes consacrés par le Pacte Kellogg et qu'il ne doute guère que l'étude

attentive à laquelle il va soumettre la question l'amènera à proposer aux Chambres fédérales de l'autoriser à faire acte d'accession au nouveau traité⁴.»

Au vu du rapport ci-dessus, le Conseil fédéral *décide*, conformément à la proposition du département politique, de charger ce département d'adresser au Ministre des Etats-Unis d'Amérique une note conforme au projet joint à la proposition⁵.

ANNEX I

E 2001 (C) 1/82

*Der Gesandte der Vereinigten Staaten von Amerika in Bern, H. R. Wilson,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta⁶*

N N° 87

Berne, August 27, 1928

I have the honor to inform you that the Governments of Australia, Belgium, Canada, Czechoslovakia, France, Germany, Great Britain, India, the Irish Free State, Italy, Japan, New Zealand, Poland, South Africa and the United States of America have this day signed in Paris a treaty binding them to renounce war as an instrument of national policy in their relations with one another and to seek only by pacific means the settlement or solution of all disputes which may arise among them.

This treaty, as Your Excellency is aware, is the outcome of negotiations which commenced on June 20, 1927, when M. Briand, Minister for Foreign Affairs of the French Republic, submitted to my Government a draft of a pact of perpetual friendship between France and the United States. In the course of the subsequent negotiations this idea was extended so as to include as original signatories of the antiwar treaty not only France and the United States, but also Japan, the British Empire and all the Governments which participated with France and Great Britain in the Locarno agreements, namely, Belgium, Czechoslovakia, Germany, Italy and Poland. This procedure met the point raised by the British Government in its note of May 19, 1928, where it stated that the treaty from its very nature was not one which concerned that Government alone, but was one in which that Government could not undertake to participate otherwise than jointly and simultaneously with the Governments in the Dominions and the Government of India; it also settled satisfactorily the question whether there was any inconsistency between the new treaty and the treaties of Locarno, thus meeting the observations of the French Government as to the necessity of extending the number of original signatories.

The decision to limit the original signatories to the powers named above, that is, to the United States, Japan, the parties to the Locarno treaties, the British Dominions and India, was based entirely upon practical considerations. It was the desire of the United States that negotiations be successfully concluded at the earliest possible moment, and that the treaty become operative without the delay that would inevitably result were prior universal acceptance made a condition precedent to its coming into force. My Government felt moreover that if these powers could agree upon a simple

4. *Der Beitritt der Schweiz zum Kellogg-Pakt wurde vom Parlament am 7.6.1929 beschlossen. Zu den Debatten in den beiden Räten vgl. Sten. Bull. NR, 1929, S. 213ff. und Sten. Bull. StR, 1929, S. 44ff. – Vgl. auch Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den Beitritt der Schweiz zu dem am 27. August 1928 in Paris abgeschlossenen Vertrag über den Verzicht auf den Krieg, vom 17. Dezember 1928, BBl 1928, II, S. 1105ff.*

5. *Als Annex 2 abgedruckt.*

6. *Bemerkung Mottas am Kopf der Note: Cette note m'a été apportée ce soir à 5 h. 45 par M. Moffat, chargé d'affaires des Etats-Unis. [...] J'ai remercié et félicité son Gouvernement. J'ai déclaré que nous aurions répondu avec une note dans laquelle le Conseil fédéral pourrait indiquer ses intentions. 27. 8. 28*

renunciation of war as an instrument of national policy there could be no doubt that most if not all of the other powers of the world would find the formula equally acceptable and would hasten to lend their unqualified support to so impressive a movement for the perpetuation of peace. The United States has, however, been anxious from the beginning that no state should feel deprived of an opportunity to participate promptly in the new treaty and thus not only align itself formally and solemnly with this new manifestation of the popular demand for world peace, but also avail itself of the identical benefits enjoyed by the original signatories. Accordingly in the draft treaty proposed by it the United States made specific provision for participation in the treaty by any and every power desiring to identify itself therewith and this same provision is found in the definitive instrument signed today in Paris. It will also be observed that the powers signing the treaty have recorded in the Preamble their hope that every nation of the world will participate in the treaty and in that connection I am happy to be able to say that my Government has already received from several Governments informal indications that they are prepared to do so at the earliest possible moment. This convincing evidence of the world-wide interest and sympathy which the new treaty has evoked is most gratifying to all the Governments concerned.

In these circumstances, I have the honor formally to communicate to Your Excellency for your consideration and for the approval of your Government, if it concurs therein, the text of the above-mentioned treaty as signed today in Paris, omitting only that part of the Preamble which names the several plenipotentiaries.

[...]

The provisions regarding ratification and adherence are, as Your Excellency will observe, found in the third and last article. That article provides that the treaty shall take effect as soon as the ratifications of all the powers named in the Preamble shall have been deposited in Washington and that it shall be open to adherence by all the other powers of the world, instruments evidencing such adherence to be deposited in Washington also. Any power desiring to participate in the treaty may thus exercise the right to adhere thereto and my Government will be happy to receive at any time appropriate notices of adherence from those governments wishing to contribute to the success of this new movement for world peace by bringing their peoples within its beneficent scope. It will be noted in this connection that the treaty expressly provides that when it has once come into force it shall take effect immediately between an adhering power and the other parties thereto, and it is therefore clear that any government adhering promptly will fully share in the benefits of the treaty at the very moment it comes into effect.

I shall shortly transmit for Your Excellency's convenient reference a printed pamphlet containing the text in translation of M. Briand's original proposal to my Government of June 20, 1927, and the complete record of the subsequent diplomatic correspondence on the subject of a multilateral treaty for the renunciation of war. I shall also transmit as soon as received from my Government a certified copy of the signed treaty.

ANNEX 2

E 2001 (C) 1/82

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Gesandten der Vereinigten Staaten von Amerika, H. R. Wilson*

*Kopie
N RZ.*

Berne, 30 août 1928

Nous avons eu l'honneur de recevoir la note N° 87, en date du 27 août⁷, par laquelle Votre Excellence a bien voulu nous remettre le texte du traité portant condamnation de la guerre comme instrument de politique nationale, signé le même jour à Paris, en demandant au Conseil Fédéral d'examiner la possibilité pour la Suisse d'adhérer au dit accord.

7. Annex 1.

Nous avons également reçu un exemplaire du document publié par les soins du Gouvernement des Etats-Unis et contenant le texte des notes échangées au cours de la négociation.

En vous remerciant de ces importantes communications, nous nous empressons de vous informer que le Conseil Fédéral en a pris connaissance avec le plus grand intérêt et qu'il se réjouit de l'heureux aboutissement d'un accord qui constitue une si éloquente manifestation en faveur du maintien de la paix dans le monde.

Un traité collectif, comme le Pacte Kellogg, qui condamne le recours à la guerre pour le règlement des différends internationaux et la proscribit formellement comme instrument de politique nationale, un traité qui fait, au surplus, un devoir aux Etats contractants de rechercher, par des voies pacifiques, le règlement de tous les différends, de quelque nature qu'ils soient, était assuré de rencontrer l'accueil le plus favorable auprès du Gouvernement et du peuple suisses.

La renonciation à la guerre comme instrument de politique nationale est en pleine harmonie avec la politique traditionnelle de la Suisse et se trouve effectivement consacrée par cette maxime d'Etat fondamentale qu'est pour elle la neutralité permanente. L'idée que tous les différends doivent être réglés ou résolus par des moyens pacifiques répond aussi pleinement aux conceptions que la Suisse, pour sa part, s'efforce de réaliser par la politique qu'elle poursuit dans le domaine de l'arbitrage international.

Le Conseil Fédéral est persuadé, dès lors, que l'étude attentive à laquelle il doit soumettre la question l'amènera sans doute à proposer aux Chambres Fédérales de l'autoriser à faire acte d'accession au nouveau traité.

423

E 2001 (C) 1/61

*Der schweizerische Geschäftsträger in Rom, T. von Sonnenberg,
an den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, H. Häberlin*

Kopie¹

S

Rom, 6. September 1928

Bisher habe ich davon abgesehen, Ihnen über die Verhaftung des Cesare Rossi² Bericht einzusenden und Ihnen Angaben zu machen, über die Art und Weise wie hier der Zwischenfall mit sichtlicher Zurückhaltung besprochen und beurteilt wird.

Unsere Zeitungen haben so ziemlich alles wiedergegeben, was hier über die Angelegenheit publiziert wird. Zunächst eine Schilderung des Vorkommnisses begrifflicherweise mit der für Italien zuträglichen Reserve. Daraufhin kam, offenbar von offizieller Seite, eine Berichtigung namentlich hinsichtlich der Rücksichten, die man bei der Verhaftung und bei der Abführung Cesare Rossi gegenüber hätte walten lassen.

Schliesslich meldete ein offizielles Communiqué, dass Rossi in Rom eingekerkert sei und sich vor dem Spezialgericht zu verantworten hätte.

Sie werden verstehen, dass es für uns ausserordentlich heikel ist, auch in italienischen Freundeskreisen, etwas in Erfahrung zu bringen, über die Vorkehrungen, die zur Verhaftung geführt haben. Man ist sichtlich befriedigt über das Gelingen

1. Vermerk am Briefkopf: An das Politische Departement zur gefälligen Kenntnisnahme.

2. Vgl. dazu Nr. 424.

des Streiches und hütet sich wohl, das Vorgehen der italienischen Agenten, wenn auch nicht zu kritisieren, so doch als ein Gebahren hinzustellen, welches unsererseits gegebenenfalls als Verletzung unserer Hoheitsrechte oder als ungebührliche Einmischung in unsere eigenen Aufsichtsobligationen betrachtet werden könnte.

Die Ausführungen in unserer Presse habe ich ebenfalls mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt und die einzelnen Meldungen, namentlich der Tessiner Blätter, die mir zur Verfügung stehen, gesammelt. Es ist wohl auch, wiederum in diesem Falle, wahrzunehmen, dass er willkommene Veranlassung bietet, gegen das Regime in Italien und seine zweifellos gewalttätigen Methoden aufzutreten. Ganz abgesehen von dem Vorgehen der italienischen Polizei, über welches noch genaue Angaben erforderlich sind, muss gesagt werden, dass derselbe Cesare Rossi, dessen Rolle in der Matteotti-Affäre bekannt ist, seinerzeit von der gleichen Partei auf's Äusserste angegriffen wurde, die ihn jetzt gewissermassen, wenn auch indirekt in Schutz nimmt, weil er als rücksichtslos ehrgeiziger Gegner Mussolini's für den Duce und das Regime als besonders gefährlich bezeichnet wird und unschädlich gemacht werden musste, da er zu Beginn des Fascismus stark Fuss gefasst hatte und wohl mit einer Menge von unangenehmen Geheimnissen ausgerüstet sein muss.

Den einzigen höchst sonderbaren Ausfall gegen das Vorgehen der italienischen Polizei bei der Verhaftung, entnehme ich der gestern Abend erschienen sensationellen Notiz im «*Impero*». Es scheint denn auch, dass man in den höchsten und heftigsten fascistischen Kreisen doch auch geteilter Meinung ist über die Korrektheit des angewandten Spitzelverfahrens. Immerhin muss damit gerechnet werden, dass es sich um eine ausgesprochene Feindschaft zwischen dem früheren Parteisekretär Farinacci und den Leitern des «*Impero*» handelt.

Bei der strengen italienischen Zensur, die stets den «*Impero*» als «enfant terrible» besonders im Auge hat, ist es erstaunlich, dass eine solche Nachricht überhaupt nicht die Konfiskation der Nummer nach sich gezogen hat.

Farinacci, dessen heftiges Temperament bekannt ist, wird jedenfalls zur Sache Stellung nehmen. Wenn die Meldung nicht aus Hass gegen ihn erfunden ist, und das wird sich zeigen, so läge zweifellos eine Indiskretion vor über die Aussprache, die im obersten Fascistenrat unter dem Präsidium Mussolini's über die Affäre Rossi erfolgt wäre. Für uns würde feststehen, dass eine Persönlichkeit an hoher Stelle, die sicherlich informiert ist, die Handlungsweise der italienischen Polizeior-gane als unkorrekt und für uns verletzend bezeichnet, was für die Schweiz den Schluss zuliesse, dass eine Protestkundgebung begründet wäre.

Der Bundesrat wird inzwischen von den tessinischen Behörden eingehenden Bericht über die Vorgänge erhalten haben und es wird sich demnach zeigen, ob die erhärteten Tatsachen die Grundlage bilden können, für eine diplomatische Intervention. Die Frage ist selbstverständlich sehr heikel; der Schritt wird sorgsam abgewogen werden müssen, denn es liegt auf der Hand, dass die Regierung alles tun wird, um unter naiven Vorwänden der Frage der ungehörigen Einmischung auszuweichen.

Es ist bekannt, dass das fascistische Regime in Italien in Fragen der Ausnahme-Gerichtsbarkeit, der persönlichen Freiheit, der rücksichtslosen Haltung der

Polizeiorgane eine Stellung einnimmt, welche derjenigen von Staaten mit einer rein demokratisch-konstitutionellen Auffassung vollkommen zuwider läuft. Dieses gesamte System hat eine Spannung ausgelöst, welche einerseits die Feinde unerbitterlich macht, anderseits aber auch den um das zehnfache ausgebauten Dienst der öffentlichen Sicherheit in seinem Besessensein der Verantwortung zu Handlungen veranlasst, die für uns ebenso undelikat wie unverständlich sind.

Wir denken dabei auch an die leichtfertige Art, mit welcher wegen des geringsten Vergehens, oder blossem Anstoss, fremde Staatsangehörige in Italien verhaftet und während längerer Dauer in der Haft belassen werden, als ob das Gut der persönlichen Freiheit dem freien Ermessen der Polizeiorgane ausgeliefert wäre. Die Italiener selbst werden womöglich noch schärfer mitgenommen.

Man muss unwillkürlich dabei an den Umstand denken, dass einige der höchsten Würdenträger des Fascismus seinerzeit schon verschiedentlich mit der Kerkerluft in Berührung getreten sind. Vor einiger Zeit noch erwähnte ein Freund des Duce, der seinen Werdegang erzählte, dass er nicht weniger als 14 Mal in Haft gesessen habe.

Zum Fall Rossi scheint es uns ziemlich klar, dass die Polizeiorgane des Kantons Tessin über Personen, die sich auf Kantonsgebiet aufhielten, zu wenig orientiert waren, wo doch die Grenzzone einer besondern Überwachung und Aufmerksamkeit unterstellt werden sollte. Wir wollen dabei nicht etwa sagen, dass man bei uns zum durchgreifenden italienischen Überwachungssystem übergehen sollte, aber mehr Vorsicht wäre doch geboten. Dies umso mehr als man weiss, oder wissen muss, dass bei uns wie in Frankreich, und wir weisen auf die Affäre Garibaldi in Nizza hin, ein eigentliches Netz von italienischen Agenten die «fuorusciti» überwachen und in ihrer Tätigkeit beobachten muss. So geht denn auch, und es ist an und für sich bedauerlich, die Aufgabe des durch die politischen Verhältnisse bei unserem südlichen Nachbarn unbedingt erforderlichen Überwachungsdienstes über den Rahmen der scheinbar bisher getroffenen Vorkehrungen des tessinischen Dienstes hinaus. Die besondern Verhältnisse in der Grenzzone machen es uns zur Pflicht, Massnahmen zu veranlassen, die dazu angetan sind, so weit wie nur möglich wenigstens über die Identität der Ausländer orientiert zu sein, die sich auf unserem Gebiet aufhalten und über den Grund ihres Aufenthaltes. Auf italienischer Seite wird dies mit peinlicher Genauigkeit den Schweizern und allen Ausländern gegenüber gehandhabt.

Dies führt uns speziell auf die Frage der Identität des Cesare Rossi, beziehungsweise auf seine Ausweispapiere, die gefälscht gewesen sein sollen. Sie werden selbstverständlich untersucht haben, ob Polizeiorgane oder Grenzüberwachungsstellen in der Schweiz davon Kenntnis hatten, dass der betreffende offenbar aus Frankreich eingereiste Italiener, tatsächlich der «fuoruscito» Cesare Rossi sei, auf den es die italienische Polizei bekanntermassen abgesehen hat.

Wenn dies bekannt war, und es hätte wohl bekannt sein sollen, hätte unsererseits nicht zugegeben werden können, dass er unter falschem Namen sich auf unserem Gebiet aufhält. Allenfalls hätte die kantonale Behörde darauf aufmerksam gemacht werden müssen und sich danach einrichten.

Wir erwähnen dies, weil allenfalls bei einer Intervention Italien darauf hinwei-

sen könnte, dass, abgesehen von den Umständen, die zur Verhaftung geführt haben, festgestellt werden muss, dass wir auf schweizerischem Boden staatsfeindliche italienische Elemente aufnehmen, ohne über ihre Personalien unterrichtet zu sein, was demnach die italienischen Polizeiorgane beinahe veranlassen müsste, einen geheimen Überwachungsdienst zu organisieren, der im Grunde genommen uns selbst obliegen würde.

Gerne sehe ich Ihrer gefälligen Vernehmlassung entgegen, um zunächst über die Stellungnahme des Bundesrates orientiert zu sein. Bis zum Erhalt Ihrer Instruktionen werde ich die angemessene Zurückhaltung walten lassen, Sie dabei aber doch über Bemerkenswertes auf dem Laufenden halten.

424

E 1004 1/312

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 10. September 1928

1454. Verhaftung des Cesare Rossi

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes berichtet über den derzeitigen Stand des Falles Rossi:

«Die beim politischen Departement durch Vermittlung der tessinischen Polizeidirektion eingelaufenen Berichte des Chefs der kantonalen Gendarmerie deuten darauf hin, dass das Unternehmen, welches zur Entführung des Rossi aus Lugano und dessen Verhaftung in Campione geführt hat, von Personen vorbereitet wurde, die sich seit ungefähr zwei Monaten in Bissone niedergelassen hatten. Am 15. Juli d. Js. wurde von dem Unternehmer Giovanni Praderio in Santa di Vignello die ihm gehörige Villa in Bissone, welche wenige 100 Meter von Campione auf schweizerischem Gebiet gelegen ist, an einen gewissen *Giuseppe Cristiani* vermietet. Die Villa wurde von diesem Zeitpunkt an bewohnt durch Cristiani selbst, einem ungefähr 40jährigen Italiener, Fräulein Maria Cristiani, 25jährig, und Frau Bianca Traversa, ungefähr 60jährig. Die Genannten waren im Besitze von Pässen und gaben an, zu Kurzwecken nach Bissone gekommen zu sein. Eine Bestätigung der Behauptung, dass Cristiani Agent der fascistischen Polizei sei, liegt bis dahin nicht vor. Während des Aufenthaltes der Betreffenden in Bissone sei ihnen ein einziger Brief durch die Post zugestellt worden. Hingegen habe sich Cristiani häufig nach Lugano und nach Campione begeben und sei am letztern Ort im Restaurant «Lieto Soggiorno» verkehrt. Ebenso sei vor der Villa Praderio in Bissone regelmässig dreimal wöchentlich ein Automobil mit einem Nummernschild, das die Bezeichnung Roma aufwies, vorgefahren.

Anfangs August bewarben sich Cristiani und vier weitere Italiener, darunter der sich in Campione aufhaltende avvocato Luigi Rivoli bei dem Vertreter der S.A. Aval, Enrico Biaggi, in Lugano, um den Ankauf eines gebrauchten Fiatwa-

gens. Der Kauf kam am 6. August d. Js. zustande; in der Folge bestand Cristiani die Fahrprüfung und erhielt auf seinen Namen die kantonale Verkehrsbewilligung für den Wagen, der das Nummernschild 6798 H trug. Cristiani war bereits am 28. Juli d. J. in den Schweizerischen Touring Club, Sektion Chiasso, eingetreten, von welchem ihm das Tryptique für Italien Nr. 82497 verabfolgt wurde.

Über die Persönlichkeit der Begleiter des Cristiani und Rivoli konnte Sicheres nicht festgestellt werden. Biaggi erinnert sich lediglich, dass der Eine als «Ragioniere» und ein anderer als «capitano» angeredet wurde. Die Namen der durch die Presse genannten Maffei und Pisani werden durch die Polizeiberichte nicht bestätigt.

Am 27. August gegen 6 Uhr abends stieg im Hotel Adler in Lugano ein von Frankreich kommendes Paar ab, welches sich unter den Namen:

1) *Bozzoli*, Probo, possidente, italiano, domiciliato a Parigi, 16, rue Albert,

2) *Durant*, Marguerite ou Rita, francese, domiciliata a Parigi, 192 Av. Daumesnil,

einschrieben. Es wurde den Genannten ein Zimmer mit zwei Betten zugewiesen. Am 28. August gegen 4 Uhr abends empfingen dieselben einen Herrn mit einer ungefähr 60jährigen Dame, mit welchen sie sich kurze Zeit im Hotel unterhielten. Gegen 10 Uhr abends verliess das Paar Bozzoli-Durant das Hotel Adler und erkundigte sich noch beim Hotelpersonal über die Möglichkeit zu später Nachtstunde dahin zurückzukehren, da offenbar eine Ausfahrt geplant war.

Es ist anzunehmen, dass Bozzoli, dessen Identität mit Cesare Rossi nicht mehr bezweifelt wird, und seine Begleiterin Marguerite Durant sofort und ohne weiteren Halt in Bissone nach Campione gefahren und daselbst in Haft genommen worden sind. Die sämtlichen Telephonanschlüsse in Campione werden durch die schweizerische Station in Bissone bedient und die dortige Telephonistin Regina Piffaretti gibt an, dass bereits um 10 Uhr 30 des gleichen Abends von Nr. 49 in Campione Nr. 2143 in Como verlangt wurde. Die Telephonistin erinnert sich, dass im Verlaufe des Gespräches wörtlich gesagt wurde «è nato il maschietto, la mamma è svenuta, la comare l'assiste e fa tutto». Der angeführte telephonische Anschluss in Como, welcher unmittelbar darauf nochmals verlangt wurde, ist als das Grand Hôtel Plinius festgestellt worden, wo sich offenbar das Zentrum der ganzen Operation befand.

Um 10 Uhr 35 wurde von demselben telephonischen Anschluss in Campione der Carabinieri-Oberst in Como verlangt und ausgeführt, man habe die Carabinieri zurückgezogen (prelevati), weil entgegen der vorher bestehenden Absicht, man nicht wollte, dass sie bei der «operazione» anwesend seien.

Um 10 Uhr 45 wurde sodann die Verbindung mit der Direktion der Carabinieri nachgesucht und um die Entsendung von Carabinieri gebeten, welche sofort zugesichert worden sei.

Um 11 Uhr 04 abends verlangte der Anschluss Nr. 49 in Campione eine Verbindung mit dem Innenministerium in Rom und die Telephonistin erinnert sich, dass versichert worden sei, «l'operazione era riuscita».

Um 11 Uhr 10 abends wurde von Como aus der Anschluss Nr. 49 in Campione verlangt; die Telephonistin glaubt, es sei erklärt worden, dass für die Entsen-

dung von Carabinieri Sorge getragen worden sei. Ein weiterer telephonischer Anruf von Como aus erfolgte noch um 11 Uhr 35 derselben Nacht.

Der Besitzer des Apparates Nr. 49 in Campione wird nicht angegeben; indessen sei in der vorhergehenden Woche mehrmals der bereits genannte avvocato Rivoli an den Apparat Nr. 49 verlangt worden.

Am 29. August, 7 Uhr 40 morgens wurde dem Hotel Adler die telephonische Mitteilung gemacht, dass Bozzoli bei einem Automobilunfall verunglückt sei und dass die Durant bei ihm zu bleiben habe. Ihr Gepäck werde am gleichen Morgen durch eine Vertrauensperson abgeholt werden.

Um 10 Uhr desselben Morgens sei derselbe Herr wie am Vortage erschienen (Cristiani) und habe das Gepäck des Paares Bozzoli-Durant zurückgezogen und als dessen Adresse Hotel Plinius in Como angegeben, an welches seine Korrespondenz nachzusenden sei.

Es ist festgestellt, dass das Gepäck am 29. von Lugano nach Campione verbracht wurde, nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr von dort über Bissone-Maroggia nach Chiasso in demselben Automobil, welches die N^o 6798 T *[sic]* trug und um 5 Uhr 30 abends die Grenze passierte.

Der verhaftete Bozzoli sei mit dem Kursschiff, das um 7 Uhr 50 Campione verlässt, am 29. August in Begleitung von vier Carabinieri nach Porto Ceresio und von dort über Varese nach Como verbracht worden. Die Durant habe Campione mit dem Kursschiff um 11 Uhr 05 verlassen. Es ist ebenso bestätigt, dass in der Nacht vom 28. auf den 29. Carabinieri auf einem Motorboot von Porlezza und Porto Ceresio nach Campione gebracht worden sind.

Der Abtransport Rossis wurde auf dem Schiff durch den diensttuenden tessinischen Polizeibeamten Sargenti und ebenso durch den Zollgrenzwächter von Bissone beobachtet. Mit der Durant wurde gleichfalls das Gepäck des Paares transportiert, das am gleichen Vormittag von Lugano nach Campione geschafft wurde.

Rossi soll anlässlich seiner Überführung einen sehr niedergeschlagenen Eindruck gemacht haben, während die Durant in lebhaftem und fröhlichem Gespräche mit den sie begleitenden zwei Carabinieri beobachtet wurde. Wie auch aus den Aussagen des Besitzers des Hotel Adler hervorgeht, sprach Frl. Durant geläufig italienisch.

Die halbtagsweise in der Villa Praderio in Bissone beschäftigte Erwina Paltenghi fand dieselbe am Morgen des 29. August verschlossen vor. Cristiani und Frau Traversa seien bereits abgereist gewesen, hingegen war Frl. Cristiani noch anwesend und dafür besorgt, dass das Gepäck noch am selben Tage weggeschafft wurde. Die von der Polizei an Ort und Stelle angeordnete Untersuchung über allenfalls von Cristiani oder Frau Traversa zurückgelassene Effekten haben nichts Wichtiges zu Tage gefördert. Frau Traversa habe einmal der Paltenghi gegenüber erklärt, die Zusammenkünfte des Cristiani im Restaurant «Lieto Soggiorno» in Campione seien darauf zurückzuführen, dass er mit italienischen Mechanikern zusammenkomme, welche beabsichtigten das Casino in Campione anzukaufen, um daraus eine Teigwarenfabrik zu machen. Der Leiter des Hotel Adler in Lugano ist polizeilich angewiesen worden, allfällige an das Paar Bozzoli-Durant gerichtete Korrespondenz der kantonalen Gendarmerie abzugeben. Es sind bis

dahin zwei Briefe der M^{me} Durant in Paris eingetroffen; in einem derselben führt sie aus, dass sie mit Ungeduld einen Brief über das Ergebnis der Zusammenkunft mit «F.» erwarte. Es ist noch nicht festgestellt, ob «F.» mit Cristiani zu identifizieren sei, oder ob letzterer lediglich eine Zusammenkunft zwischen Bozzoli und «F.» zu vermitteln gehabt habe. Aus den Bemerkungen eines Einwohners von Campione an den Gendarmerie-Beamten Luigi Crivelli in Lugano geht hervor, dass die italienische Polizei seit ungefähr zwei Monaten bemüht sei, eine sehr wichtige Persönlichkeit zu ergreifen.

Hingegen steht noch nicht sicher fest, ob den genannten Cristiani, seinen Begleiterinnen und Rivoli irgendwelche amtliche Eigenschaft zugekommen sei, noch ob diese letztern überhaupt bei der Entführung Rossis am 28. August abends 10 Uhr im Automobil anwesend waren. Auch über die Rolle der Frl. Marguerite Durant steht nichts weiteres fest. Die Untersuchung wird insbesondere in dieser Richtung fortzusetzen sein. Es konnte auch nicht festgestellt werden, durch wen am Telephonanschluss Nr. 49 in Campione erklärt worden ist, «er habe keinen Widerstand geleistet; sobald ich den Rock aufgeknöpft und die Schärpe gezeigt hatte, wurde er sprachlos». Die kantonale Gendarmerie schliesst aus dieser Erklärung, dass die Verhaftung durch höhere Beamte der Sicherheitspolizei vorgenommen wurde; es ist aber nicht festgestellt, ob diese auch bei den auf Schweizerboden vor sich gehenden Vorbereitungshandlungen betätigt gewesen waren.

Der Podesta von Campione Vitalini soll einem Freunde gegenüber erklärt haben, dass er von dem Unternehmen keine Kenntnis hatte; in Campione hätten sich verschiedene italienische Polizeibeamte in Zivil aufgehalten. Er sei zwecks Legalisierung der stattgefundenen Verhaftung am Abend des 28. August herbeigezogen worden. Rossi habe sich geäußert: «Mi sono lasciato prendere come un imbecile». Er habe wohl geahnt, dass etwas mit ihm geplant sei, jedoch sei die Sache so unvorhersagbar und rasch durchgeführt worden, dass er nicht Zeit gefunden habe, seinem Schicksal zu entgehen.

In der Beratung wird namentlich die Frage aufgeworfen, ob von Italien die Herausgabe Rossis verlangt werden solle. Da kaum zu erwarten ist, dass Italien einem solchen Begehren freiwillig entsprechen würde, so muss die Frage genau überlegt und jedenfalls noch die vollständige Abklärung einiger Punkte abgewartet werden. Ein energischer Protest drängt sich aber unter allen Umständen auf.

Der Bundesrat wird daher nächste Woche über die diplomatischen Folgen Beschluss fassen¹.

1. Vgl. Nr. 427.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 10. September 1928

1434. Völkerbundsrat. Wahlen

Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes erinnert daran, dass im Völkerbundsrat drei der nichtständigen Sitze infolge des Ausscheidens von Columbien, Holland und China wieder zu besetzen sind. Da seinerzeit drei der nichtständigen Sitze den Staaten von Südamerika zugesichert worden sind, so wird an Stelle von Columbien unzweifelhaft Venezuela einen Sitz erhalten. Diese Wahl ist gesichert und es erscheint angezeigt, dass auch die schweizerische Vertretung für sie eintrete. An Stelle von Holland wird das wieder in den Völkerbund zurückgekehrte Spanien treten. Anträge in diesem Sinne sind gestellt und zwar gehen sie dahin, dass zunächst Spanien ein nichtständiger Sitz zugeteilt und ihm sodann in einem besondern Beschluss auch die Wiederwählbarkeit zuerkannt werden soll. Es scheint für die Schweiz gegeben, gemäss diesen Anträgen zu Gunsten Spaniens zu stimmen. Was nun China anbelangt, so muss zunächst über seine Wiederwählbarkeit entschieden werden. Wird sie ihm zuerkannt, so steht ausser Zweifel, dass es auch wiedergewählt wird. Allein, ob ihm die Wiederwählbarkeit zuerkannt werde, ist nicht ganz sicher, weil Persien sehr darauf dringt, dass dies nicht geschehe und einer der nichtständigen Sitze Persien eingeräumt werde. Grundsätzlich ist der Standpunkt Persiens wohl richtig. Die schweizerische Delegation ist aber der Meinung, es könne doch beim Entscheid über diese heikle Frage nicht rein auf theoretische Erwägungen abgestellt werden, und es sprächen Zweckmässigkeitsgründe dafür, das gewaltige chinesische Reich, das nach langer Gärung nun zu einer gewissen Festigung gelange, zu berücksichtigen und ihm die Wiederwählbarkeit zuzuerkennen, schon um es nicht aus dem Völkerbund zu verscheuchen und es nicht einer einzigen Grossmacht in die Arme zu treiben. Die Delegation würde also für die Wiederwählbarkeit Chinas stimmen. Vermöchte China die hiefür nötige Zweidrittelsmehrheit nicht zu erlangen, dann käme die Delegation allerdings in den Fall, für die Zuerkennung des freiwerdenden nichtständigen Sitzes im Rat an Persien zu stimmen.

Der Rat nimmt von diesen Mitteilungen in zustimmendem Sinne Kenntnis.

426

E 2200 Bukarest 3, Dossier-Nr. VII-5

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Geschäftsträger in Bukarest, P. Ritter*

S RW. Dringend

Bern, 15. September 1928

Wir beziehen uns auf Ihre Zuschrift vom 16. August¹ betreffend die Angelegenheiten finanzieller Natur, die mit der rumänischen Regierung anhängig sind, und beehren uns, Ihnen mitzuteilen, dass in der Zwischenzeit auch die Schweizerische Nationalbank, und zwar durch Vermittlung der Banque de France, angefragt wurde, ob sie bereit sei, an einer Kreditaktion der Emissionsbanken verschiedener Länder zu Gunsten der Rumänischen Nationalbank mitzumachen.

Die Schweizerische Nationalbank wäre grundsätzlich bereit, dieser Einladung Folge zu leisten, ist aber mit Recht der Auffassung, dass eine solche Mitwirkung sich nur dann rechtfertigen kann, wenn die noch schwebenden finanziellen Angelegenheiten, wenn nicht geregelt sind, so doch in einer Art und Weise geprüft werden, die eine befriedigende Erledigung erwarten lässt.

Der Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, Herr Professor Bachmann, hat am 3. September Herrn Baicoiano den in Abschrift beiliegenden Brief² zukommen lassen, aus dem Sie ersehen werden, dass die Anregung gemacht wird, das rumänische Aussenministerium solle der Gesandtschaft bezüglich der anhängigen Angelegenheiten, von denen die wichtigsten genannt werden, gewisse beruhigende Erklärungen abgeben.

Wir haben nun, im Einvernehmen mit der Schweizerischen Nationalbank und mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement, geprüft, ob diese Anregung von Herrn Professor Bachmann auch auf offiziellem Wege gemacht werden könnte und beehren uns, Ihnen in der Beilage einen Notentwurf zu übersenden, mit der Bitte, eine Note entsprechend diesem Entwurfe möglichst bald an das Aussenministerium zu richten³.

Wie Sie dem Entwurf entnehmen wollen, handelt es sich um die Frage, ob die schweizerischen Banken an einer internationalen Anleihe des rumänischen Staates sich beteiligen sollen und ob die Schweizerische Nationalbank einen Teilbetrag eines Kredites zu Gunsten der Rumänischen Nationalbank übernehmen soll. In beiden Fällen ist bezüglich der Beteiligung der Schweiz noch kein endgültiger Entscheid getroffen. Was insbesondere die Stellungnahme der Nationalbank anbelangt, so wird demnächst der Bankausschuss, und in der Folge auch der Bankrat, einen Entschluss zu fassen haben. Im Bankrat sind, gemäss dem Nationalbankgesetz, die verschiedenen Zweige der schweizerischen Volkswirtschaft vertreten. Bekanntlich wird von gewisser Seite eine grundsätzliche Opposition gegen den

1. E 2001 (C) 2/59.

2. Nicht abgedruckt.

3. Vgl. Nr. 431.

Kapitalexport gemacht. Wenn ausserdem dann noch bekannt wird, dass die berechtigten Vorstellungen der Schweizerischen Gesandtschaft in finanziellen Angelegenheiten nicht berücksichtigt worden sind, so muss man bestimmt erwarten, dass der Bankrat einen ablehnenden Entscheid treffen wird. Wir machen auch besonders darauf aufmerksam, dass der Bankrat noch Ende dieses Monats zusammentreten wird und dass daher eine dringliche Behandlung der in der Note gemachten Anregungen angezeigt ist. Bei Überreichung der Note wäre auf die Dringlichkeit besonders hinzuweisen.

Bei Übergabe der Note bitten wir Sie auch darauf aufmerksam zu machen, dass die schweizerische Regierung es deshalb sehr begrüssen würde, wenn die anhängigen Angelegenheiten einer Regelung entgegengeführt werden könnten, weil sie sonst sich genötigt sähe, in Erwägung zu ziehen, ob nicht der Schieds- und Vergleichsvertrag⁴ angerufen werden soll.

4. *Schieds- und Vergleichsvertrag vom 3.2.1926*, in: AS 1926, NF 42, S. 521ff.

427

E 1004 1/312

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. September 1928

1478. Angelegenheit Rossi

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des politischen Departementes legt den Entwurf einer Note an die ital. Regierung¹ vor. Diese würde von unserem Gesandten oder Geschäftsträger in Rom übergeben. Darin wird nicht das Begehren um Herausgabe Rossis gestellt, weil ein solches Verlangen rechtlich schwierig zu begründen wäre, da die Verhaftung ja in Campione, also auf italienischem Gebiet erfolgte. Die italienische Regierung würde einem derartigen Begehren ganz gewiss nicht entsprechen. Übrigens ist die Person Rossis für uns gar nicht interessant; der Verhaftete kam bekanntlich unter falschem Namen und mit einem falschen Pass in unser Land. Hingegen ist der Vorfall als solcher, d. h. sind die Umstände, die die Verhaftung Rossis ermöglichten, für uns von besonderer Wichtigkeit². Die auf unserem Gebiete

1. E 2001 (C) 1/61. *Vgl. Annex.*

2. *Aus dem Urlaub schrieb Wagnière am 15.9.1928 dem Vorsteher des Politischen Departementes: [...] Ce qu'on ignore en Suisse c'est que, loin de nous montrer trop passifs à Rome, nous sommes le pays qui réclame le plus souvent et qui ne laisse passer le moindre incident sans démarches au Palais Chigi, comme me l'a déclaré Guariglia dont je vous avais rapporté les paroles. Dans l'état d'excitation des esprits en Italie, nous devons penser aussi à notre nombreuse colonie qui peut ressentir douloureusement un accès de mauvaise humeur provoqué d'en haut. L'affaire/ Rossi n'en vaut pas la peine. [...]* (E 2001 (C) 1/61).

getroffenen Vorbereitungen und die bei uns entwickelte Spionagetätigkeit italienischer Agenten stellen einen durchaus unerträglichen Eingriff in unsere Souveränität dar.

Die tessinische Polizei und die Bundesanwaltschaft haben in den letzten Tagen die Entdeckung gemacht, dass in diesem Kanton Agenten der italienischen Polizei über Schweizer, Italiener und andere Ausländer in unzulässiger Weise Informationen einziehen und Beobachtungen besorgen, die dann an die zuständigen Behörden in Italien weitergeleitet werden. Dies bedeutet eine Verletzung der Gebietshoheit und eine Gefährdung der äussern und innern Sicherheit der Eidgenossenschaft. Insbesondere haben sich die Italiener Vezzari Santore und Vernizzi Angelo eine solche Spionagetätigkeit zu schulden kommen lassen; beide wurden verhaftet, der eine ist aber jüngst wieder freigelassen worden. Sie sollten unbedingt ausgewiesen werden. Die Frage ist nun, ob in der Note von der Spitzeltätigkeit italienischer Agenten gesprochen und ob Vezzari und Vernizzi dabei genannt werden sollen. Im vorliegenden Entwurf ist hievon keine Andeutung gemacht.

Herr Häberlin unterstützt die Ausführungen des Vorstehers des politischen Departementes. Er fügt bei, dass Vezzari als Agent eines gewissen Signori, Beamter der italienischen Gesandtschaft für das Passwesen, handelte. Doch sollte im jetzigen Augenblicke gegen diesen Beamten noch nichts vorgekehrt werden. Hingegen sollte die Ausweisung Vezzaris und Vernizzis sofort erfolgen. Es liegt kein Grund vor, mit dieser Massnahme zuzuwarten.

Redner legt den Entwurf zu einem Ausweisungsbeschlusse vor und beantragt ferner, die Ausweisung der beiden Italiener in der Note zu erwähnen, ohne dass es jedoch notwendig wäre, ihre Namen zu nennen.

Herr Musy wünscht, dass in der Note stärker betont werde als es im Entwurfe geschehen ist, dass die schweizer. Zöllner bei Campione durch die Agenten der ital. Polizei getäuscht wurden, als diese ihnen erklärten, dass sie sich am folgenden Tage mit den zuständigen Behörden unseres Landes wegen der nächtlichen Überfahrt von Polizisten nach Campione nachträglich auseinander setzen werden, es dann aber nicht taten.

Herr Motta ist mit den Anträgen der Herren Häberlin und Musy einverstanden. Die Note würde der ital. Regierung unverzüglich überreicht und zwar durch den Geschäftsträger Hrn. Sonnenberg, da der Gesandte Hr. Wagnière zurzeit in der Schweiz in den Ferien weilt.

Es wird daher *beschlossen*:

1. An die ital. Regierung wird unverzüglich eine Note gemäss Entwurf aber mit den von den HH. Häberlin und Musy beantragten Ergänzungen gerichtet [...]³.
2. Die beiden Italiener Vezzari und Vernizzi werden gemäss vorgelegtem Beschlussentwurf ausgewiesen.

3. Die definitive Fassung ist dem Protokoll beigelegt. Der Wortlaut der am 19.9.1928 vom schweizerischen Geschäftsträger in Rom dem italienischen Aussenministerium übergebenen Note ist als Annex wiedergegeben.

ANNEX

E 2200 Rom 18/1

*Die schweizerische Gesandtschaft in Rom an das italienische Aussenministerium*⁴Kopie
Nr. 469

Rome, 19 septembre 1928

NOTE VERBALE

D'ordre de son Gouvernement, la Légation de Suisse a l'honneur de saisir le Gouvernement Royal des faits suivants, en relation avec l'arrestation survenue à Campione, le 28 août dernier, des nommés *Cesare Rossi* et *Marguerite Durand*.

Le 27 août descendirent à l'Hôtel Adler à Lugano deux personnes qui s'y inscrivirent comme Probo Bozzoli, ressortissant italien, et Marguerite ou Rita Durand, de nationalité française. Rien dans leur attitude ne paraît avoir fait surgir des doutes quant à leur véritable identité. Le lendemain, 28 août, vers la fin de l'après-midi, ils reçurent la visite d'un homme d'une quarantaine d'années et d'une dame plus âgée, avec lesquels ils s'entretenirent assez longuement; puis, les deux visiteurs s'en allèrent. Le même soir, à 10 heures, le soi-disant Bozzoli et dame Durand quittèrent, à leur tour, l'hôtel en annonçant qu'ils rentreraient probablement tard; mais ils ne reparurent plus à l'hôtel.

En effet, le lendemain matin, le 29, de bonne heure, on téléphona à l'hôtel Adler que Bozzoli avait été victime d'un accident d'automobile, que dame Durand se trouvait auprès de lui et qu'une personne de leur confiance passerait à l'hôtel pour régler leur compte et prendre possession de leurs bagages. Environ une heure plus tard, soit vers 9 heures, l'homme même qui avait rendu la visite de la veille se présenta, paya la note de l'hôtel et, muni des clefs des bagages, emporta ceux-ci en automobile à Campione.

Il est établi, d'autre part, que Cesare Rossi, qui est la même personne que Probo Bozzoli, et Marguerite Durand furent mis en état d'arrestation à Campione, le 28 août, à 10 heures ½ du soir, soit une demi-heure après leur sortie de l'Hôtel Adler.

Immédiatement après cette arrestation, diverses administrations italiennes en ont été avisées, de Campione, dans des conditions qui indiquent que, d'entente avec elles, les dispositions nécessaires pour l'arrestation avaient été prises à l'avance. A son passage même à la frontière, l'automobile qui transportait, de Lugano à Campione, Rossi et dame Durand était attendu par plusieurs personnes, manifestement investies d'un mandat officiel, puisqu'elles procédèrent, séance tenante, à leur arrestation.

Le lendemain matin, 29 août, Cesare Rossi, accompagné de quatre hommes en uniforme et armés, fut transféré à Porto Ceresio, par le bateau régulier quittant Campione à 7 heures 58, tandis que Marguerite Durand, accompagnée de deux carabinieri, suivit, avec les bagages enlevés à Lugano au cours de la matinée, par le bateau touchant Campione à 11 heures 05.

L'homme qui rendit visite à Cesare Rossi à l'Hôtel Adler l'après-midi du 28 août, qui, évidemment, l'engagea à faire la sortie en automobile du même soir et qui, le lendemain matin, se fit délivrer les bagages à l'hôtel Adler sur la base de fausses déclarations est identique avec l'individu qui, en possession d'un passeport italien établi au nom de Giuseppe Cristiani, habitait depuis plusieurs semaines, avec deux dames, munies de passeports aux noms de Maria Cristiani et de Bianca Traversa, la villa Praderio à Bissone, à proximité immédiate de l'enclave italienne de Campione. C'est lui aussi qui, en compagnie d'autres Italiens, acheta à Lugano, au début d'août, la voiture automobile Fiat qui servit, entre autres, au transport des bagages de l'hôtel Adler à Campione, le 29 août. Les courses fréquentes de Cristiani tant à Lugano qu'à Campione ont, d'ailleurs, été remarquées.

Que le soi-disant Cristiani agissait en relation étroite avec la Police italienne ne saurait guère être contesté. Une preuve décisive est fournie à cet égard par le fait que Cristiani s'est trouvé en mesure

4. *Bemerkung Sonnenbergs am Kopf der Kopie*: Note remise personnellement avec les observations contenues dans l'office du *D[épartement] P[olitique] 17 sept[embre]* à M. Grandi le 19 *sept[embre]* à 12 h 30.

de se présenter à l'hôtel Adler, le 29 août, dès 9 heures du matin, muni des clefs des bagages des deux voyageurs et de se faire remettre ainsi malle et valises, à la suite aussi de la fausse nouvelle qui venait d'être téléphonée à l'hôtel avec le concours de la Police de Campione. Quant aux clefs, qui se trouvaient en possession de Cesare Rossi et de dame Durand au moment de leur arrestation, il est clair que Cristiani n'a pu les recevoir que des mains de la Police. C'est donc grâce à la complicité de celle-ci que Cristiani a pu, frauduleusement, s'emparer d'objets ne lui appartenant pas, acte tombant sous le coup de la loi pénale et à l'égard duquel les Autorités suisses se réservent, bien entendu, toute action en conformité avec la législation en vigueur.

Dans un autre ordre de faits, il convient de relever ce qui suit :

A la veille de l'arrestation opérée à Campione, les trois carabinieri qui s'y trouvaient stationnés semblent en avoir été éloignés en prévision de cet événement. Mais, dans la nuit même du 28 au 29 août, quatre carabinieri, accompagnés d'un garde de finance, qui demandaient à se rendre, de toute urgence et en exécution d'ordres pressants, à Campione pour assurer, soi-disant, le transfert en Italie de trois criminels dangereux, furent très exceptionnellement admis à passer à Morcote, sur un bateau privé, tandis qu'à Caprino, un commissaire de Police, un lieutenant des gardes de finance et trois carabinieri armés obtinrent, la même nuit, le passage, à destination de Campione, sur la base d'affirmations analogues. Ces convois nocturnes, effectués sur des embarcations particulières, devaient, également selon les dires des agents qui les conduisaient, faire l'objet, dès le lendemain, des démarches voulues auprès des Autorités suisses compétentes en vue de régulariser, après coup, cette manière de procéder contraire au *modus vivendi* existant. Aucune démarche de ce genre n'a, cependant, été entreprise.

De tout ce qui précède, il résulte à l'évidence que des actes ont été accomplis sur territoire suisse par des agents de la Police italienne ou des personnes agissant de concert avec elle en vue de provoquer et d'assurer l'arrestation, sur territoire italien, de personnes recherchées en Italie. Le Conseil Fédéral Suisse voit dans ces agissements des actes portant atteinte à la souveraineté territoriale de la Suisse et, par conséquent, contraires au droit international.

En s'élevant avec force contre de pareils procédés, le Conseil Fédéral se plaint à admettre que le Gouvernement Royal ne peut que les désapprouver pleinement, pour sa part aussi, et qu'il voudra bien prescrire une enquête rigoureuse en vue d'établir les responsabilités encourues et prendre les sanctions qui s'imposent.

La Légation est, de plus, chargée d'attirer la sérieuse attention du Gouvernement Royal sur le fait regrettable que les Autorités suisses ont eu récemment connaissance d'autres cas encore où des organes officiels italiens se sont servis d'agents pour pratiquer en Suisse un service d'informations illécite, ce qui vient d'amener le Conseil Fédéral à prononcer l'expulsion de deux Italiens du territoire suisse.

Le Conseil Fédéral ne veut point douter non plus que le Gouvernement Royal tiendra à veiller à ce que des incidents de ce genre, préjudiciables aux excellents rapports existant entre les deux pays, ne puissent se reproduire, et il se réserve de prendre, de son côté, d'autres mesures appropriées à cet effet.

E 2300 Rom, Archiv-Nr. 28

*Der schweizerische Geschäftsträger in Rom, T. von Sonnenberg,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, (matin), 19 septembre 1928

Je vous confirme mon télégramme N° 27¹, par lequel j'ai voulu vous donner connaissance, sans aucun retard, de la situation telle qu'elle se présentait ici hier soir, au moment où les journaux italiens publiaient les nouvelles dans l'affaire Rossi, télégraphiées de Suisse.

Vous jugerez vous-même le langage de l'«*Impero*». Je vous remets l'article en annexe. Le Premier Ministre l'a d'ailleurs fait séquestrer.

De tous côtés on me demande des nouvelles comme si nous nous trouvions en présence d'une véritable crise de nos relations avec l'Italie.

Nos correspondants suisses à Rome aussi étaient très vibrés par les excès inouïs de langage des quotidiens de Rome. On me faisait observer que leur langage dépassait pour ainsi dire celui auquel les belligérants nous avaient accoutumés au moment de la guerre.

Soyez bien certain que je ne pense pas à m'alarmer de cette bourrasque due à l'attitude d'une presse sur laquelle nous vous avons maintes fois dit notre opinion. Mais il m'était impossible de laisser passer ces outrages pour mon pays sans exprimer mon indignation en haut lieu.

Je me suis donc rendu vers 8 heures du soir auprès du Chef de Cabinet du Premier Ministre qui m'a dit immédiatement qu'il se doutait bien du but de ma visite. Il l'attendait évidemment et je suis donc certain aussi qu'il l'a comprise.

J'ai protesté vivement contre le langage des journaux², mais tout particulièrement contre les attaques vulgaires et grossières de l'«*Impero*».

M. Mameli m'a déclaré tout de suite que le journal que je tenais à la main avait été séquestré deux heures auparavant par ordre du Premier Ministre et que, par conséquent, les télégrammes à l'étranger qui auraient reproduit l'article de Carli seraient arrêtés. J'ai pu me rendre compte que la question dont j'entretenais le Chef de Cabinet du Premier Ministre venait de faire l'objet d'un examen de la part des Chefs du Palais Chigi. Aussi M. Mameli a pu me dire sans autre que le Gouvernement déplorait ces excès de langage mais que, d'autre part, nous devions cependant reconnaître que les communiqués venus de Berne dans la

1. E 2001 (C) 1/61: *Telegramm vom gleichen Tag an das Politische Departement.*

2. *Am 18.12.1929 äusserte sich Wagnière in einem Schreiben an Motta zum Verhältnis Mussolini – italienische Presse und kam dabei auch auf die Affäre Rossi zurück: [...] On m'affirme à ce propos que, lors de l'affaire Rossi, un des articles les plus injurieux dirigés contre la Suisse avait été inspiré par le Chef du Gouvernement qui, d'autre part, n'a pas cessé de témoigner à votre représentant les dispositions les plus amicales et les plus conciliantes. [...] (E 2300 Rom, Archiv-Nr. 29). Motta bemerkte dazu am Rand: Je n'en suis pas trop surpris!*

matinée, avant même que la note annoncée fût entre les mains du Gouvernement italien, avaient pu créer cette irritation fâcheuse. L'opinion est alarmée, me dit-il, et il eût été indiqué de tenir compte à Berne dans une plus large mesure de l'atmosphère fasciste. On aurait pu se convaincre que toute l'Italie fasciste est extrêmement sensible à tout ce qui a trait au traître Cesare Rossi. On était donc ici, dit-il, en droit de penser que le Gouvernement Fédéral, s'il voulait éviter l'apparence d'accroître l'affaire sur le terrain international, aurait fait ses communiqués au moment même où il faisait remettre sa Note entre les mains du Gouvernement italien, en vue d'éviter cet intervalle scabreux qui pouvait inciter les esprits violents des «avanguardisti» de la presse à s'égarer³.

Je lui ai répondu que cette considération ne changeait en rien le fond de la question. Le Gouvernement italien savait parfaitement qu'une enquête était en cours et qu'elle aboutirait prochainement (et cela il le désirait lui-même) par une démarche du Conseil Fédéral auprès de lui⁴. Quant aux expulsions qui ont été annoncées, elles ne justifient en rien une irritation se manifestant par de pareilles insultes.

En outre, j'ajoutais que j'avais pris soin d'avertir M. Grandi et qu'il m'avait assuré lui-même qu'il ferait son possible pour éviter des polémiques venimeuses de la presse et que des attaques de ce genre ne pouvaient pas être admises aujourd'hui, uniquement parce que le Conseil Fédéral avait annoncé les dispositions qu'il venait de prendre.

Enfin M. Mameli m'a dit que le Ministère avait de la peine à comprendre que la remise d'une Note aussi importante se fit tant attendre et qu'elle ne soit pas encore entre les mains du Gouvernement italien⁵. Je vous prie donc instamment de faire en sorte que la situation ne soit pas prolongée. Mais j'ai tout lieu de croire que votre document m'a été expédié.

Vous me direz peut-être que tout ceci est excessif. Mais nous ne pouvons pas ne pas tenir compte de l'état d'esprit d'ici et c'est pourquoi je regrette moi-même que vous ne m'ayez pas fait parvenir votre Note avant de l'annoncer.

Certes, le droit est de notre côté et pour nous la franchise immédiate vis-à-vis de notre opinion publique s'impose. Mais, si nous voulons défendre ce bon droit avec sagesse, et je pense particulièrement envers l'Italie fasciste, il nous faut chercher à agir tout de même avec une prudence plus adaptée aux circonstances spéciales, car l'irritation actuelle, même en admettant qu'elle puisse être quelque peu artificielle, ne peut être que préjudiciable à nos relations futures, en nous laissant malgré tout un sentiment de malaise.

Comment ne pas considérer à propos de toute cette affaire, qui nous fait apparaître le sentiment national poussé à l'outrance, les agissements fébriles à l'étran-

3. *Randbemerkung Dinicherts*: Tout cela paraît un prétexte. Jamais on n'a prétendu qu'on ne pouvait annoncer *le fait* d'une démarche avant qu'elle ne fût faite; autre chose est une publication quant au *contenu* d'une note non remise.

4. *Randbemerkung Dinicherts*: C'est exact.

5. *Randbemerkung Dinicherts*: L'envoi est parti de Berne le *jour même* de la décision du C[onseil] F[édéral].

ger, la susceptibilité malade et la facilité d'explosions de colère, combien nos rapports avec l'Italie, tout amicaux qu'ils soient, restent fragiles. Ils exigent de tous les milieux responsables beaucoup de compréhension.

J'interprète aussi la pensée de mon Ministre en rappelant combien nous devons attacher de prix à éclairer les cercles intéressés et l'opinion en général chez nous sur l'état réel de l'Italie en ce qui concerne nos relations avec elle dans les domaines les plus variés.

Je vous serais obligé de vouloir bien, en m'accusant réception de mes rapports, me dire pour ma gouverne si vous êtes d'accord avec ma manière d'agir.

429

E 2200 Rom 18/1

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den schweizerischen Geschäftsträger in Rom, T. von Sonnenberg*

S RD.

Bern, 21. September 1928

Wir beehren uns, den Empfang Ihrer beiden Schreiben vom 19. d. M.¹ betreffend die Angelegenheit Cesare Rossi zu bestätigen und haben mit grossem Interesse von Ihren aufschlussreichen Mitteilungen Kenntnis genommen; ebenso sind uns Ihre Telegramme vom 19. dies² am selben Tage zugegangen.

Wir haben Ihrem letzten Schreiben mit Genugtuung entnommen, dass Ihrer Unterredung mit dem Unterstaatssekretär des Aussenministeriums, Herrn Grandi, jede Schärfe fehlte und somit die Hoffnung begründet ist, dass die schwebenden Angelegenheiten zwischen der Schweiz und Italien, welche die öffentliche Meinung der beiden Länder in gespannter Erwartung und Aufregung halten, auch seitens der italienischen Regierung mit Ruhe und der nötigen Objektivität geprüft und behandelt werden. Wir legen unsererseits den grössten Wert darauf, dass diese Atmosphäre, welche allein ein gegenseitiges Verständnis ermöglicht, den im Gange befindlichen Verhandlungen gewahrt bleibe, und dass alles vermieden werde, was die bestehende Empfindlichkeit schüren könnte.

Wir billigen Ihre in der sehr delikaten Situation anfangs dieser Woche unternommenen Schritte durchaus und sind Ihnen dankbar, dass Sie die Würde unseres Landes mit Entschiedenheit und doch der gebotenen Vorsicht gewahrt haben. Wir begrüssen es, dass Ihre Unterredung mit dem Kabinettschef des Ministerpräsidenten den gewünschten Erfolg hatte, was darauf schliessen lässt, dass die italienische Regierung grundsätzlich wohl zu einem Entgegenkommen geneigt ist. Ihre an die Mitteilung über das Gespräch mit Herrn Mameli geknüpften Betrachtungen über den geistigen Zustand der Presse und der öffentlichen Meinung haben

1. Nr. 428 und E 2001 (C) 1/61.

2. E 2001 (C) 1/61.

unsere ganz besondere Beachtung gefunden. Wir haben nicht verfehlt, Ihre Zuschrift sofort an den in Genf weilenden Departementsvorsteher weiterzuleiten und behalten uns vor, darauf zurückzukommen, nachdem Herr Bundesrat Motta davon Kenntnis nehmen konnte.

Es war ebenso unser Bemühen, auf die schweizerische Presse in beruhigendem Sinne und aufklärend einzuwirken und dem Aufkommen von Missdeutungen vorzubeugen; übrigens haben sich die massgebenden Organe der schweizerischen Presse bei Besprechung der Angelegenheit Rossi und der Ausweisung italienischer Spitzel der grössten Objektivität bemüht.

Was insbesondere die Frage der Opportunität der über die Bundesratssitzung vom 12. d.M. herausgegebenen Communiqués betrifft, möchten wir darauf hinweisen, dass angesichts des begreiflicherweise ziemlich erregten Zustandes der öffentlichen Meinung, wie aus den Stimmen der Presse hervorging, und mit Rücksicht auf den Zusammentritt der Bundesversammlung anfangs dieser Woche eine offizielle Äusserung kaum weiter aufschiebbar war, umsomehr als angesichts der nur allmählich erhältlichen Ergebnisse der durch die tessinische Polizei durchgeführten Untersuchung eine Mitteilung über die Stellungnahme des Bundesrates zum Falle Rossi vorher nicht möglich gewesen ist. Übrigens entnehmen wir Ihren Ausführungen, dass auch der italienischen Regierung bekannt war, dass nach vorläufigem Abschluss der Untersuchung ein offizieller Schritt des Bundesrates zu gewärtigen sei. Das Communiqué über den Fall Rossi konnte daher nur von beruhigendem Einflusse sein und im Sinne einer Entspannung wirken. Um indessen jede überflüssige Diskussion der Geschehnisse und Erörterung der offiziell der italienischen Regierung bekannt gegebenen Ergebnisse der Untersuchung zu vermeiden, haben wir von einer Veröffentlichung des Wortlauts der durch Ihre Gesandtschaft übergebenen Note oder auch nur einer blossen Bekanntgabe des Inhalts abgesehen, bis das Parlament sich mit den Angelegenheiten befasst haben wird; die Beantwortung der im Nationalrat eingereichten Interpellationen dürfte voraussichtlich am 27. d.M. stattfinden³.

Wir fügen diesem Schreiben eine Niederschrift über die Besprechung des Unterzeichneten mit dem italienischen Gesandten in Bern⁴ bei und haben zum Verständnis der darin berührten Punkte noch folgendes zu bemerken.

Die Einvernahme der in Kanton Tessin verhafteten Spitzel und die Beschlagnahme von Schriftstücken haben ergeben, dass wenigstens die ausgewiesenen Agenten Vezzari und Vernizzi unter den direkten Weisungen des Vizekonsuls Signori, Vorsteher des Passbureaus der italienischen Gesandtschaft, gearbeitet haben. Eine zusammenfassende Notiz über das vorläufige Ergebnis der polizeilichen Einvernahme hoffen wir Ihnen morgen übersenden zu können. Immerhin darf als feststehend erachtet werden, das Signori Aufträge für die Einholung von Informationen erteilt hat, die sich nicht nur auf italienische fuorusciti, sondern auch auf

3. Vgl. *Behandlung der Interpellationen Maunoir, Zeli und Schmid vom 17.9.1928*, in: *NR-Protokoll vom 27.9.1928* (E 1001 (C) d 1/270, S. 520ff.) und *des Postulats Graber vom 17.9.1928*, in: *NR-Protokoll vom 28.9.1928* (E 1001 (C) d 1/270, S. 598ff.).

4. *Als Annex abgedruckt.*

schweizerische Staatsangehörige und Angehörige anderer Staaten bezogen haben. Unsere definitive Stellungnahme hinsichtlich des weitem Verbleibens Signoris in der Schweiz wird davon abhängig gemacht werden müssen, ob die weitere Untersuchung die belastenden Aussagen Vezzaris und seiner Komplizen, auf die unser Verlangen bis dahin allein gestützt werden konnte, bekräftigen und allenfalls weiteres Material zu Tage fördern wird.

ANNEX

*Aufzeichnung des Chefs der Abteilung für Auswärtiges
des Politischen Departementes, P. Dinichert*

Kopie
RL.

Berne, 19 septembre 1928

A sa demande, je reçois, à 3 heures ½, le Ministre d'Italie, qui est chargé par M. Mussolini de faire, verbalement, au Département Politique les déclarations suivantes au sujet du «communiqué» publié à la suite de la séance du Conseil Fédéral du 17 septembre⁵ et télégraphié à Rome par le Comte Pignatti:

- 1) La nouvelle annonçant la remise d'une note au sujet de l'affaire Rossi est grave, cela d'autant plus qu'elle fait suite à une violente campagne de presse contre l'Italie et le fascisme.
- 2) Grave est également l'expulsion prononcée contre deux Italiens avec des motifs, officiellement donnés, offensants pour les autorités de police italiennes et le Gouvernement du Roi.
- 3) Le Gouvernement italien prendra des décisions lorsqu'il sera en possession de la note annoncée.
- 4) En attendant, le Ministre a pour instruction de faire entendre avec fermeté, s'il ne l'a pas déjà fait, que le Gouvernement royal considère comme inadmissible notre intervention dans l'arrestation d'un citoyen italien sur territoire italien par des agents italiens et que cette attitude ne peut être acceptée par le Gouvernement fasciste et l'opinion publique italienne.

Je prends acte, à destination du Conseil Fédéral, de ces déclarations, en faisant immédiatement observer que, dans leurs conclusions, on s'est mépris complètement sur la portée de la démarche faite aujourd'hui même à Rome puisque la note suisse s'élève contre des actes accomplis sur territoire suisse et non sur territoire italien. Comme preuve, je donne lecture de notre note au Comte Pignatti, qui en prend acte, mais ne tient pas à en recevoir copie.

J'aborde ensuite l'affaire des deux expulsions et j'informe le Ministre d'Italie qu'un des agents officiels italiens compromis est son collaborateur Signori, préposé au service des passeports de la Légation. Je demande au Comte Pignatti, qui ne peut être surpris de cette ouverture, s'il a quelque intention à cet égard. Il me répond qu'après le «communiqué» considéré sur ce point comme offensant pour son Gouvernement, il ne saurait envisager aucune mesure.

J'exprime l'avis, tout en remarquant qu'il ne s'agit point d'une demande du Conseil Fédéral, que l'éloignement de Signori serait, dans les circonstances actuelles, une mesure opportune. Je demande au Comte Pignatti de faire part, en tous cas, à son Gouvernement de ce que notre enquête a établi une activité inadmissible de Signori. Il me répond qu'il donnera connaissance de cette communication à son Gouvernement, tout en se déclarant nettement contre le rappel de Signori.

A ma demande précise à ce sujet, le Comte Pignatti répond qu'il n'a pas connaissance d'une activité de Signori qui ne serait pas régulière et visée par les termes d'une lettre adressée jadis par le Chef du Département Fédéral de Justice et Police à M. Garbasso, le prédécesseur de Pignatti.

J'observe que je ne connais pas cette lettre, mais qu'il est d'emblée exclu de vouloir lui donner une interprétation qui admettrait certains des agissements de Signori, notamment celui de se procurer

5. Vgl. Nr. 427.

des renseignements contre rétribution. Je ne crois, pour le moment, devoir en dire davantage sur les faits constatés à la charge de Signori, tout en insistant auprès du Ministre, pour qu'il se fasse complètement renseigner, à l'usage aussi de son Gouvernement, par Signori lui-même sur sa propre activité.

Cet échange de vues, tout officiel, a été suivi d'une longue conversation de caractère plutôt personnel et de forme amicale, sans que celle-ci ait, cependant, pu changer quelque chose aux positions officielles prises. Le Comte Pignatti se considérait comme lié par les instructions qu'il venait de recevoir et admettait que l'affaire allait se poursuivre à Rome sur la base de notre note.

430

E 2200 Rom 18/1

*Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, H. Häberlin,
an den schweizerischen Gesandten in Rom, G. Wagnière*

S

Bern, 21. September 1928

Am 19. September hat auf Ersuchen des hiesigen italienischen Gesandten eine Besprechung desselben mit Herrn Minister Dinichert stattgefunden, über deren Verlauf Sie zweifellos auch Mitteilung erhalten haben durch das Politische Departement¹. Die Aufzeichnung des Herrn Dinichert enthält folgende Stelle:

«Le Comte Pignatti répond qu'il n'a pas connaissance d'une activité de Signori qui ne serait pas régulière et visée par les termes d'une lettre adressée jadis par le Chef du Département fédéral de Justice et Police à Monsieur Garbasso, le prédécesseur de Pignatti.»

Herr Dinichert hat hierauf bereits die richtige Antwort gegeben, dass er, ohne das erwähnte Schreiben zu kennen, es ausschliessen müsse, dass durch dasselbe Akte, wie sie Signori vorgenommen habe, gedeckt würden.

Der Unterfertigte hat, sobald er von dieser Unterredung Kenntnis erhielt, das einzig in Frage kommende Schreiben an Minister Garbasso, das vom 3. April 1923 datiert² und seinerzeit in Kopie der Bundesanwaltschaft mitgeteilt wurde, dem Dossier entnehmen lassen und dem Bundesrate heute vollinhaltlich Kenntnis davon gegeben. Es liegt mir aber daran, dass auch unsere Gesandtschaft in Rom sofort darüber auf dem Laufenden gehalten werde. Es kann mir nicht passen, dass wieder, wie bei der Beantwortung der Interpellation Zimmerli³, durch eine mindestens nicht wohlwollende Version seitens der hiesigen italienischen Gesandtschaft, der Handel auf meinem Buckel ausgedroschen werden solle⁴.

1. Vgl. Nr. 429, Annex.

2. E 4001 (A) 1/39.

3. Vgl. NR-Protokoll vom 22. 9. 1927 (E 1001 (C) d 1/264, S. 140ff).

4. Am 18.1.1928 teilte Wagnière dem Vorsteher des Politischen Departementes mit: [...] Dr. Sonnenberg] est allé hier [...] voir Lojacono [...] pour lui parler de nouveau des difficultés que nous rencontrons dans l'application de nos accords avec l'Italie concernant l'entrée de certaines catégories de ressortissants, dont nous entretenons aujourd'hui même le département] de

Wie Sie aus dem Inhalt der beiliegenden Abschrift ersehen, handelte es sich damals einerseits darum, die direkte Inanspruchnahme von kantonalen Behörden und Amtsstellen durch Ausländer auszuschalten und sie auf den Dienstweg über die italienische Gesandtschaft und die Bundesanwaltschaft zu verweisen. Und so dann scheint mir doch auch klipp und klar gesagt zu sein, dass *jedem* Ausländer die Ausübung *irgendwelcher* polizeilicher Funktion und Rechte aberkannt werde. Dass damit auch die *Organisation* eines Kundschafterdiestes, das Anwerben von bezahlten Spitzeln und dergleichen getroffen sei, dürfte für einen Unbefangenen auch klar sein. Wozu hätten wir sonst damals diese Präzisierung vorgenommen und eben die Vermittlung durch die Gesandtschaft verlangt, auf deren korrekte Auffassung wir uns glaubten verlassen zu dürfen! –

Dass wir der Gesandtschaft umgekehrt nicht verbieten können, von ihr vertrauenswürdig erscheinenden italienischen Staatsangehörigen Meldungen über verdächtige Erscheinungen entgegenzunehmen und an uns weiterzuleiten, ist ebenso selbstverständlich und ist von uns bei diesem Anlass auch ausgesprochen worden – aber nicht mehr! Wir haben darum auch nie Anstand genommen, wenn Signori als Beamter der Gesandtschaft unserer Bundesanwaltschaft Meldungen über beunruhigende Erscheinungen, behauptete Attentatsvorbereitungen und dergleichen brachte, die zuständigen kantonalen Polizeiorgane hierüber zu informieren, wobei wir freilich wiederholt falschen Alarm konstatierten, und deshalb das Begehren aussprechen mussten, es möchten uns in Zukunft die Gewährsmänner mitgeteilt werden, damit wir sie selbst auf ihre Glaubwürdigkeit prüfen könnten. Das hatte dann meines Wissens ein Nachlassen der Meldungen zur Folge.

Über eine unkorrekte Handlungsweise Signoris ist uns vor den jetzigen Vorfällen nur *einmal* eine kontrollierbare Nachricht zugekommen. Am 11. Mai 1926 hat im Gemeindehaus Plainpalais eine antifascistische Kundgebung stattgefunden, die nicht zuletzt durch das Erscheinen einer fascistischen Gruppe mit verursacht worden war, obwohl die hiesige italienische Gesandtschaft von einem solchen Besuche abgemahnt hatte. Erst ein halbes Jahr später erfuhren wir, dass damals Signori mit anwesend gewesen und sogar das Zeichen zum Proteste gegen gewisse antifascistische Äusserungen gegeben habe. Ich selbst habe in einer durchaus freundschaftlichen Besprechung mit Herrn Pignatti vom 22. Februar 1927⁵, als er mich fragte, ob wir – abgesehen von jenem Vorfalle in Genf, der aber zum Beispiel von Ferrata missbilligt worden sei – Beobachtungen über provokatorisches Benehmen von Fascisten gemacht hätten, ihm geantwortet, ich hätte zur Zeit keine Klagen anzubringen, möchte ihn aber, weil er gerade die Rede auf den Vorfall in Genf bringe, bitten, einmal an Herrn Signori die Frage zu stel-

J/ustice/ et P/olice/. Contre notre attente, Lojacono a repris ses griefs exposés en novembre au sujet de la discussion au *C/onsei/ national* sur la malheureuse interpellation Zimmerli et du discours de M. le C. F. Haerberlin contenant des critiques à l'adresse du gouvernement italien. Comme il s'agit d'accords qui constituent aux yeux du Ministère un avantage accordé à la Suisse et dont ne jouissent pas les autres Etats, ces critiques, bien que justifiées, paraissent avoir irrité au plus haut point Lojacono qui avait favorisé leur conclusion. Je vous prie de n'en rien dire (de ce qui précède) à M. le C. F. Haerberlin. [...] (J. I. 1 1/2).

5. *Vgl. Nr. 260.*

len, ob er bei jenem Vorfall in Genf anwesend gewesen sei oder nicht. Herr Pignatti hat diese unmissverständliche Andeutung damals entgegengenommen, ohne weiter darauf einzutreten, und ist auch später nicht darauf zurückgekommen. – Ich glaube nicht, dass ich mich sonst einmal über Signori mit Pignatti unterhalten habe; ich kenne den Herrn persönlich gar nicht.

431

E 2200 Bukarest 3, Dossier-Nr. VII-5

*Die schweizerische Gesandtschaft in Bukarest
an das rumänische Aussenministerium*

Kopie

Bucarest, 21 septembre 1928¹

NOTE-VERBALE

Le Ministère des Affaires Etrangères n'ignore pas que la Banque Nationale Suisse et les grandes banques suisses ont été invitées à participer à une action internationale de crédit en vue de la stabilisation de la monnaie roumaine.

Le Conseil Fédéral, qui serait en principe désireux de pouvoir recommander à la Banque d'émission et aux grandes banques privées de prêter leur concours à cette œuvre de restauration monétaire, ne pourrait cependant, à son très vif regret, le faire tant que certaines questions financières dans lesquelles des intérêts appréciables suisses en Roumanie sont en jeu ne seront entrées, du moins, dans la voie du règlement.

Parmi les affaires qui, depuis des années, ont fait l'objet de pourparlers entre cette Légation et le Ministère sans qu'il ait été possible de trouver jusqu'ici la base d'un arrangement satisfaisant, la Légation se borne à citer les suivantes:

1) La Ville de Craiova, qui avait émis, en 1906, un emprunt en or et en diverses monnaies, ne remplit plus, depuis plusieurs années, ses obligations, bien que celles-ci se trouvent clairement stipulées dans le contrat d'émission. Les pourparlers entamés dernièrement entre l'administration de cette ville et le Crédit Suisse à Zurich n'ont pas abouti. La Ville n'ayant pas répondu aux propositions que le Crédit Suisse lui a fait parvenir, par l'intermédiaire de la Légation de Roumanie à Berne, en vue d'arriver à une solution amiable.

2) La Ville de Bucarest, qui, en 1895 et 1898, avait émis des emprunts en lei or, conteste, en se basant sur une loi roumaine, la validité de la clause or, même vis-à-vis de ses créanciers étrangers. Elle offre à ceux-ci de reprendre le service de la dette en francs belges ou en francs français. Cette proposition ne tient point compte de la situation juridique, ni de la capacité financière de cette Ville, qui pourrait sans doute envisager un règlement analogue à celui qui est intervenu pour les rentes or de l'Etat.

1. Bemerkung am Kopf der Kopie: Remise le 22 à Argetoianu.

3) En ce qui concerne les accords des 13 juin 1924 et 31 janvier 1925 concernant le recouvrement des créances privées, le Ministère Royal des Finances, grâce à l'obligeante entremise du Ministère des Affaires Etrangères, a donné les instructions nécessaires aux organes compétents pour procéder aux mesures d'exécution forcée sur la base des certificats de déchéance établis par l'Office Roumain. Mais si, sur ce point, des assurances ont été données, les créanciers suisses sont fondés à se plaindre de ce que l'Office Roumain refuse de mettre au bénéfice des dits accords les créances constituées par des titres libellés en or ou en monnaies fortes et laisse la Banque Agricole S.A. à Bucarest profiter des facilités de l'accord, auxquelles, selon les réserves faites par les négociateurs suisses, elle ne saurait prétendre.

4) La Compagnie des Chemins de fer de la Vallée Szamos, dans laquelle la Banque pour Valeurs de Transports à Glaris (Suisse) possède des intérêts importants, a été obligée par l'Etat Roumain de remettre à l'Administration ferroviaire l'exploitation de son entreprise sans qu'une partie des recettes ou une indemnité correspondant à la valeur réelle de l'entreprise lui eût été versée, conformément aux droits stipulés dans le contrat de concession.

Le Gouvernement Fédéral est d'avis que l'attitude prise par les Autorités Roumaines dans ces divers cas, qui, malgré les démarches réitérées de la Légation, n'ont encore pu être réglés, serait de nature à influencer défavorablement la décision que devront prendre la Banque Nationale et les banques privées au sujet de l'émission d'un emprunt roumain de stabilisation en Suisse. Ces difficultés pourraient être aplanies si, au moment où les banques suisses auront à s'occuper de cette question, on constatait que les pourparlers engagés dans les cas dont il s'agit prennent une tournure rassurante. Le Gouvernement Roumain faciliterait grandement les choses s'il se déclarait disposé à agir sur les débiteurs, afin de les amener à formuler des propositions d'arrangement qui tiennent compte de la situation juridique en même temps que de leur capacité de paiement, et à inviter les administrations en question à réexaminer les revendications des créanciers suisses en vue d'aboutir à une solution prochaine et équitable. La question de la participation de la Banque Nationale Suisse et des banques privées suisses au crédit de stabilisation en faveur de la Roumanie serait, en toute apparence, résolue favorablement au cas où les organes compétents, à l'instant de prendre une décision, se trouveraient en présence de propositions acceptables de la part des débiteurs.

Le Gouvernement Fédéral, tout en souhaitant vivement que la Suisse se trouve en mesure de contribuer à l'œuvre de solidarité internationale envisagée, ne peut, dans l'état actuel des questions pendantes, qu'approuver la réserve observée par les milieux bancaires suisses, il attacherait donc un grand prix à ce que le Ministère voulût bien examiner avec une particulière attention les présentes propositions².

2. Zur rumänischen Antwort vgl. Nr. 434.

E 2001 (C) 4/22

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S FS

Bern, 26. September 1928

In der Note der persischen Gesandtschaft vom 6. Juli ds. Js.¹, wovon Sie uns mit Schreiben vom folgenden Tage² Kopie übermittelt haben, wurde uns mitgeteilt, dass nach dem neuen persischen Tarifgesetz die Waren aus Ländern, welche mit Persien keinen Vertrag abgeschlossen haben, dem Höchsttarif unterworfen werden. Da der Abschluss eines Vertrages eine gewisse Zeit beanspruche, hätten die meisten Länder mit Persien ein provisorisches Abkommen vereinbart, um die Wirkungen dieses Gesetzes abzuwenden. Die persische Regierung sei bereit, mit der Schweiz ein Abkommen auf der gleichen Basis wie die mit den andern Ländern abgeschlossenen zu treffen. Dieses provisorische Abkommen würde bis zum 10. Mai 1929 in Kraft bleiben.

Das am 28. August durch Notenaustausch vereinbarte Abkommen³ ist nun zwar zeitlich nicht begrenzt; es kann aber, wie das deutsch-persische Abkommen vom 15. Mai, von jeder der beiden Regierungen jederzeit auf 30 Tage gekündigt werden. In den provisorischen Abkommen Persiens mit der Tschechoslowakei und mit Österreich vom 17. Juni ist dagegen vereinbart, dass sie bis zum Abschluss eines definitiven Vertrages, längstens jedoch bis zum 10. Mai 1929 in Kraft bleiben sollen.

Wir haben also jedenfalls mit der Möglichkeit zu rechnen, dass Persien unserem provisorischen Abkommen auf den 10. Mai nächsthin ein Ende machen werde. Da unter allen Umständen vermieden werden muss, dass mit diesem Zeitpunkt wiederum ein vertragsloser Zustand eintritt und unsere Waren neuerdings dem persischen Höchsttarif unterworfen werden, haben wir alles Interesse daran, dass ein definitiver Vertrag rechtzeitig zustandekommt.

Als Grundlage für die Unterhandlungen über einen solchen Vertrag wurde der persischen Regierung am 6. März ds. Js. ein vom Bundesrat genehmigter Entwurf übermittelt⁴, der auf dem von den beteiligten Departementen seinerzeit aufgestellten sogenannten Einheitsentwurf beruht. Da damals noch Ungewissheit darüber bestand, welche Stellung die beteiligten Mächte zu der persischen Forderung auf Abschaffung der Kapitulationen einnehmen würden, erschien es angezeigt, sich mit dem Abschluss eines neuen Vertrages, worin auf die Rechte aus den Kapitulationen verzichtet würde, nicht zu beeilen und der Regierung einen Text vorzuschlagen, dessen Prüfung eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen würde.

1. Nr. 406.

2. Nicht abgedruckt.

3. Vgl. Nr. 420.

4. Vgl. Nr. 374 und Nr. 376.

Der Gang der Unterhandlungen für das provisorische Abkommen lässt darauf schliessen, dass sich eine Einigung über einen definitiven Vertrag auf Grundlage des von uns vorgelegten Entwurfes schwierig gestalten und geraume Zeit benötigen dürfte, dies besonders auch deswegen, weil die Schweiz in Teheran keinen Vertreter besitzt, der mit den Unterhandlungen betraut werden könnte. Wir fragen uns daher, ob wir nicht besser tun würden, für unsere Unterhandlungen Anlehnung an die andern Staaten zu suchen, die mit Persien über einen definitiven Vertrag zu unterhandeln haben⁵, wie Grossbritannien, Italien, Deutschland, Frankreich, Österreich, die Tschechoslowakei usw. Wir nehmen an, dass es möglich ein würde, durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaften in diesen Ländern die Vertragsentwürfe, welche ihren Unterhandlungen als Grundlage dienen, zu beschaffen und über den Gang derselben auf dem laufenden gehalten zu werden.

5. Der Bundesrat befasste sich in seiner Sitzung vom 13.12.1929 mit den Vorschlägen für einen Freundschafts- und einen Niederlassungsvertrag (E 1004 1/313, Nr. 2088), und am 31.12.1929 billigte er einen Entwurf für einen Handelsvertrag (E 1004 1/313, Nr. 2240). Diese Vorschläge wurden der persischen Gesandtschaft übermittelt, führten aber zu keinem Verhandlungsdurchbruch. Die Verträge wurden erst 1934 abgeschlossen. Vgl. BBl 1934, III, S. 157ff.

433

E 2001 (C) 4/89

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, H. Häberlin*

Kopie
S RN.

Bern, 26. September 1928

Wir beehren uns, den Empfang Ihres Schreibens vom 10. d. M.¹ zu bestätigen, dessen Inhalt wir eingehend geprüft haben. Wie wir schon mit unserer Zuschrift vom 9. August d. J.² dargelegt haben, können auch wir eine Massnahme, die, wie die allgemeine Abschaffung der noch bestehenden Einreisevisa, eine Erleichterung der Freizügigkeit und des Reiseverkehrs zur Folge haben wird, nur begrüßen. Wir haben dabei insbesondere auch unsere Landsleute im Ausland im Sinne, die namentlich, soweit sie in Kleinstaaten, wie z. B. den baltischen Staaten, niedergelassen sind und aus beruflichen Gründen zu häufigen Geschäftsreisen in die Nachbarstaaten sich zu begeben haben, über die Notwendigkeit der jeweiligen Beschaffung eines Einreisevisums öfters Klagen an unsere dortigen Vertretungen gerichtet haben. Dabei hegen wir kaum Bedenken, dass durch die Aufhebung des Visums die Einreise von Sowjetrussen oder Staatenloser gefördert würde, da gerade die Oststaaten zum grossen Teil hinsichtlich der Zulassung solcher äusserst

1. Nicht ermittelt.

2. Nicht ermittelt.

zurückhaltend sind³. Ebenso glauben wir nicht, dass durch die Abschaffung des Visums eine Überflutung durch Angehörige solcher Oststaaten selbst zu befürchten sei, da in Anbetracht der relativ grossen Entfernungen und der nicht unbedeutenden Reisekosten ein beträchtlicherer Zudrang kaum zu erwarten sein wird, vorausgesetzt, dass durch die Massnahmen, welche Sie im Interesse des Schutzes des einheimischen Arbeitsmarktes vorschlagen, der Zugang zu den Erwerbsmöglichkeiten in der Schweiz weiter eingeschränkt bleibt⁴.

Wir können ebenfalls Ihrem Vorschlag einer Aufhebung der Grenzkontrolle beistimmen⁵. Wir würden es indessen für gut finden, wenn gleichzeitig den kantonalen Polizeidirektionen bestimmte Vorschläge über die im Innern des Landes durchzuführende Kontrolle gemacht würden, da wir glauben, dass das an Stelle der bisherigen Grenzkontrolle tretende Verfahren einer weitern Abklärung und nähern Präzisierung bedarf.

Wir sind auch mit Ihrer Anregung einverstanden, in die Regelung der zukünftigen Verhältnisse mit den verschiedenen Staaten das Obligatorium der Einholung einer Zusicherung des Aufenthalts zum Zwecke des Stellenantritts aufzunehmen, das eine weitere Ausgestaltung des bisher mit Deutschland geltenden Systems, welches sich im allgemeinen bewährt hat, darstellen würde. Bei unserm Vorschlage, den Arbeitgeber zur Einholung der Bewilligung zu verpflichten, hatten wir namentlich im Auge, die Einreise von Ausländern nach der Schweiz, welche in der Folge eine Stelle nicht erhalten können und nur mit Schwierigkeiten wieder wegzuschaffen sind, nach Möglichkeit zu vermeiden. Bei dem von Ihnen vorgeschlagenen Systeme dürften aber solche Zustände sich kaum einstellen, wenn gleichzeitig der Arbeitgeber verpflichtet wird, einem Ausländer die Anstellung zu verweigern, der sich nicht im Besitz einer Aufenthaltsbewilligung zum Zwecke des Stellenantritts befindet. Der nach der Schweiz eingereiste Arbeitnehmer, der eine Zusicherung nicht besitzt und sie in der Folge auch nicht beschaffen kann, hat wohl keinen Grund, sich darüber zu beklagen, dass er zur Erwerbsarbeit nicht zugelassen wird, weil er die Reise auf eigenes Risiko unternommen hat.

Das von Ihnen vorgeschlagene System entspräche somit dem in die Vereinbarung über die Aufhebung des Sichtvermerkzwangs zwischen dem deutschen Reich und dem Königreich Italien aufgenommenen. Dabei wäre bei den Verhandlungen mit Italien besonders Gewicht darauf zu legen, dass schweizerischen Hotelangestellten, sowie Angestellten von schweizerischen Firmen und solchen Geschäften, die mit der Schweiz in Verbindung stehen, diese Zusicherung ohne weiteres erteilt werden kann, da sie heute schon in der Kompetenz der Konsulate

3. *Anmerkung des Verfassers:* Eine einlässliche Prüfung der besondern Verhältnisse jedes einzelnen Oststaates müsste allerdings für den Zeitpunkt, in dem die Verhandlungen über die Aufhebung des Visums mit ihm aufgenommen werden, noch vorbehalten werden.

4. *Vgl. dazu die grundsätzlichen Ausführungen des Chefs der Zentralstelle für Fremdenpolizei, H. Rothmund, zur Visafrage, an der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren am 14. 9. 1925 in Freiburg (E 4001 (A) 1/26).*

5. *In diesem Sinne beschloss der Bundesrat am 18. 1. 1929:* Das Passvisum ist für die Angehörigen aller von der Schweiz anerkannten Staaten aufzuheben; für die europäischen Länder soweit Gegenrecht gewährt wird (E 1004 1/314, Nr. 127).

liegt. Noch abzuklären wäre indessen, in welchen Fällen nach der erwähnten Vereinbarung (Art. 3, Absatz 2) die Zusicherung der Bewilligung zum Stellenantritt überhaupt nicht verlangt wird.

434

E 2200 Bukarest 3, Dossier-Nr. VII-5

*Das rumänische Aussenministerium
an die schweizerische Gesandtschaft in Bukarest*

N° 61020

Bucarest, 27 septembre 1928

NOTE-VERBALE

Les négociations en vue de l'emprunt de stabilisation préoccupent assez vivement le Gouvernement Roumain pour que tous les efforts financiers de la Roumanie, dans ces temps derniers soient destinés à donner satisfaction presque exclusivement aux justes réclamations provenant des pays aux crédits desquels on fait appel.

La prospérité financière déjà obtenue a permis, à elle seule, les efforts accomplis jusqu'ici, et qui ont déjà commencé à être appréciés à leur juste valeur par les milieux intéressés.

La plupart des nombreux litiges soulevés par l'état précaire des finances roumaines d'après-guerre, ont déjà pu être aplanis et le Gouvernement Roumain est même fondé de croire, que, lorsque l'emprunt étranger aura donné au pays l'appui espéré, la Roumanie sera en état de faire le dernier effort nécessaire pour que la satisfaction la plus complète soit donnée à toutes les réclamations justifiées.

En ce qui concerne les intérêts des ressortissants suisses, dont il est question dans la note-verbale du 21 septembre 1928¹, le Gouvernement Roumain, qui désire tout particulièrement la participation de la Banque Nationale et du marché financier suisse à l'action internationale pour la stabilisation du leu, – a déjà fait à plusieurs reprises les démarches nécessaires demandées par la Légation Suisse. Si certaines questions mentionnées dans la note-verbale n'ont pas encore trouvé la solution désirée, la difficulté tient surtout à ce que les municipalités roumaines jouissent d'une autonomie administrative et patrimoniale, qui empêche l'immixtion directe du Gouvernement dans leur gestion financière.

Nonobstant, à la suite des interventions qu'il a faites le Gouvernement Roumain espère que ces difficultés, elles aussi, seront bientôt aplanies:

1. En ce qui concerne l'emprunt-or de la ville de Craiova, – le Maire de ce Municipale, à la suite d'une nouvelle délégation qu'il lui a été donné et porteur de nouvelles propositions, doit partir incessamment pour Zurich.

1. Nr. 431.

2. La ville de Bucarest, qui, – il y a un mois environ, a déjà fait une proposition aux porteurs suisses des obligations de 1895 et 1898, – proposition qui n'a pas été acceptée, – a décidé, à la suite d'une nouvelle intervention du Gouvernement, de reprendre les pourparlers sur une nouvelle base plus avantageuse pour les porteurs.

3. En ce qui concerne l'exécution des accords du 13 juin 1924 et 31 janvier 1925, concernant le recouvrement des créances privées, le Ministère Royal des Finances a non seulement donné les ordres, les plus formels en vue d'accélérer l'exécution des débits roumains défaillants, mais en même temps, il a pris les mesures les plus sévères requises, en vue d'un contrôle direct aussi serré que possible, des opérations, – comme le prouvent bien les circulaires envoyées aux administrations financières du pays, dont copie ci-jointe².

4. Dans l'affaire de la Compagnie des Chemins de Fer de la Vallée de S/z/a-mos, les autorités roumaines compétentes, qui sont, depuis quelque temps déjà, en pourparlers avec les représentants des porteurs, ont reçu des instructions pour hâter les négociations et le Gouvernement Roumain est prêt d'y mettre terme par un accord à conclure dans le plus bref délai.

Il résulte de ce qui précède, que le Gouvernement Roumain n'a pas négligé d'agir sur les différentes autorités et même sur certains débiteurs qui sont, comme les municipalités, indépendantes vis-à-vis de l'état.

Il les a invités à aller sans retard, aussi loin que possible dans la recherche d'une solution équitable.

Le Gouvernement Roumain manquerait à son devoir si, en remerciant le Gouvernement Fédéral pour les suggestions faites ou qu'il voudra bien lui faire aussi à l'avenir, – ne le priaient en même temps de s'entremettre auprès de la Banque Nationale Suisse et des grandes banques privées pour leur faire connaître que leur participation à l'action internationale en vue de la stabilisation de la monnaie roumaine est de nature à resserrer d'avantage les relations commerciales et financières entre la Suisse et la Roumanie pour le grand avantage des deux pays.

2. Nicht abgedruckt.

435

E 1004 1/312

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. Oktober 1928*¹

1573. Convention du Gothard. Conditions de dénonciation

Verbal

M. le chef du département de l'intérieur communique que des députés aux chambres fédérales se sont informés des mesures prises par le Conseil fédéral pour obtenir, au bénéfice de l'article 374 du traité de Versailles, la dénonciation

1. Abwesend: Häberlin und Musy.

de la convention du Gothard. Il constate que le délai pendant lequel l'Allemagne est tenue, aux termes de cet article, d'accepter la dénonciation expire le 28 juin 1929.

M. le chef du département des chemins de fer rappelle que la question a été traitée jadis par le Conseil fédéral et que des démarches ont été faites tant à Berlin qu'à Rome pour obtenir l'exécution de l'article 374. Tandis que l'Allemagne se déclarait prête à renoncer à toutes les dispositions de la convention qui lèsent la souveraineté de la Suisse, l'accueil fait à nos ouvertures par le gouvernement italien a engagé le Conseil fédéral à s'abstenir de toute nouvelle démarche. La question est donc réglée.

M. le chef du département de l'intérieur se demande s'il ne serait pas prudent de communiquer aux chambres, par la voie du rapport de gestion par exemple, que le Conseil fédéral a été empêché de faire usage de l'article 374 du traité de Versailles.

Sur la proposition de M. le président, il est *décidé* de mettre cette question à l'étude².

2. *Das Protokoll der Bundesratssitzung vom 9.10.1928 führt aus:* M. le chef du département des chemins de fer communique, en complément aux explications fournies dans la séance du 2 octobre, le texte de la note italienne du 2 juin 1923 qui oppose une fin de non-recevoir à la demande de dénonciation de la convention du Gothard.

Sur sa proposition et d'accord avec M. le chef du département de l'intérieur, le conseil *décide* de ne faire aucune communication aux chambres concernant l'impossibilité d'appliquer l'article 374 du traité de Versailles (E 1004 1/312).

Die angeführte italienische Note datiert nicht vom 2. sondern vom 9.6.1923 (E 2001 (D) 2/219). – Vgl. in diesem Zusammenhang die Ausführungen von Bundesrat Haab anlässlich der Debatte über den Geschäftsbericht pro 1928, in: Sten. Bull. NR, 1929, S. 519ff.

436

E 2001 (C) 1/61

Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière, an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

S

Rome, 4 octobre 1928

J'ai l'honneur de vous confirmer notre lettre du 2 octobre¹ et mon télégramme de ce jour N° 37² sur l'affaire Rossi.

Je vous ai écrit par ma lettre partie au commencement de l'après-midi³ par le courrier allemand les impressions recueillies au Palais Chigi. Si j'ai bien compris

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Schreiben vom 4. 10. 1928; nicht abgedruckt.*

M. Grandi, le Duce redoute par-dessus tout les répercussions de ce conflit parmi les «fuorusciti» italiens. C'est ce qui explique surtout son ressentiment actuel. J'ai donc lieu de croire que notre débat sur cette affaire ne saurait aboutir à aucun autre résultat et qu'il serait, par conséquent, inutile de formuler d'autres demandes. Le Conseil Fédéral jugera s'il doit se borner à prendre acte de la réponse en exprimant ses réserves.

La publicité donnée à notre première note provoquera chez notre public le désir de connaître la réponse italienne. Suivant les usages diplomatiques, il est de règle de ne publier un échange de notes que sur l'entente préalable des deux Gouvernements⁴. Du reste, la note italienne n'est pas de nature à donner satisfaction à notre public, tout au contraire; je suppose donc que si une publication est jugée indispensable, elle se fera sous la forme d'un court résumé.

Si le Conseil Fédéral juge que d'autres expulsions s'imposent, peut-être serait-il opportun d'en informer le Gouvernement italien par son Ministre à Berne, afin qu'il n'apprenne pas ces faits par les journaux. Il y a là une question d'usage, au sujet de laquelle je m'en réfère à votre jugement⁵.

4. *Randbemerkung Mottas*: C'est exact. Mon discours contenait des remarques à ce sujet. 6. X. 28. – *In der Debatte des Nationalrates über die Affäre Rossi vom 27./28. 9. 1928 legte Motta die Haltung des Bundesrates dar. Vgl. NR-Protokolle vom 27. und 28. 9. 1928* (E 1001 (C) d 1/272, S. 520ff.).

5. *Randbemerkung Mottas*: Ce point de vue ne me semble pas juste. – *Handschriftliche Ergänzung des Schreibens*:

P. S. M. Grandi, dans un précédent entretien, aurait manifesté le désir que si le Conseil fédéral venait à prendre d'autres décisions, le *Ministère* en fût informé par nous. L'assemblée de Zurich présidée par un conseiller national contre le fascisme n'est pas pour faciliter nos affaires. *W[agnière]*.

437

E 1004 1/312

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 4. Oktober 1928*¹

1601. Affaire Rossi

Verbal

(Voir le procès-verbal du 17 septembre 1928)².

M. le chef du département politique communique:

- 1) la note verbale du gouvernement italien du 1^{er} octobre³;
- 2) une lettre de M. Wagnière du même jour⁴;

1. *Abwesend: Häberlin.*

2. *Nr. 427.*

3. *Als Annex abgedruckt.*

4. E 2001 (C) 1/61.

3) une lettre de la Légation de Paris contenant des déclarations faites par dame Norfini, mère de demoiselle Marguerite Durand, sur les conditions dans lesquelles Rossi s'est rendu en Suisse⁵;

4) une nouvelle lettre de M. Wagnière rapportant un entretien d'un de ses collaborateurs avec le ministre Lojacono⁶.

Le ton de la note italienne n'est pas discourtois et il faut retenir notamment la déclaration d'après laquelle l'incident n'est pas de nature à troubler les relations entre les deux pays. Le gouvernement conteste, d'autre part, que la police italienne ait accompli aucun acte sur territoire suisse. Il ressort de ses déclarations que si des actes de cette nature avaient été commis, il les condamnerait. Si cette thèse peut être enregistrée avec satisfaction, il est impossible, d'autre part, d'admettre les explications du gouvernement sur la question de fait. Plus que jamais, surtout au vu de la déclaration de dame Norfini, je suis persuadé de l'exactitude de notre version. En ce qui concerne la question des clefs en particulier, il tombe sous les sens que la personne qui a opéré à Lugano au lendemain du rapt, n'aurait pu le faire si la police italienne ne lui avait pas remis ces clefs.

Je vous soumettrai donc, dans une prochaine séance, un projet de réponse déclarant d'une manière amicale, mais ferme, que nous ne pouvons pas admettre la version italienne. En outre, il faut que M. Wagnière soit admis à exposer toute l'affaire à M. Mussolini et saisisse cette occasion pour demander le rappel de Signori, chef du service des passeports à la légation de Berne, que les usages diplomatiques ne nous permettent pas d'expulser. S'il était impossible d'arriver à une entente, on pourrait à titre de dernière ressource, recourir à la procédure de conciliation prévue par le traité de 1924⁷.

M. le chef du département des chemins de fer a été surpris en bien par le ton de la note et, comme il a toujours pensé que la participation de la police au rapt de Rossi ne pouvait être prouvée d'une manière absolue, il serait disposé à clore l'incident. Le recours à la procédure de conciliation doit être écarté. Ce qu'il faut obtenir, en revanche, c'est le rappel de Signori.

M. le chef du département politique: Il ne doit pas être impossible de faire reconnaître à M. Mussolini que des fonctionnaires italiens ont commis un excès de zèle et d'obtenir que des sanctions soient prises au moins sous la forme d'un blâme. Nous ne pouvons pas admettre les explications italiennes sur la question de fait, pas plus que le grief aux organes de notre gouvernement de ne s'être pas laissés guider par un souci jaloux des bonnes relations entre les deux pays.

M. le chef du département militaire estime également que nous ne pouvons laisser la note sans réponse. Il ne s'agit pas seulement du passé, mais surtout de l'avenir. Notre but doit être de faire cesser la surveillance exercée par la police fasciste chez nous non seulement sur des Italiens, mais également sur des ressortissants

5. E 2001 (C) 1/61; *Schreiben des schweizerischen Geschäftsträgers in Paris, R. de Weck, an den Bundesanwalt, F. Stämpfli, vom 1. 10. 1928.*

6. E 2001 (C) 1/61; *Schreiben vom 2. 10. 1928.*

7. Vertrag zwischen der Schweiz und Italien zur Erledigung von Streitigkeiten im Vergleichs- und Gerichtsverfahren, vom 20. 9. 1924, in: AS 1925, NF 41, S. 179ff.

suisse. Il faut dissiper en particulier l'atmosphère de suspicion et de délation dans laquelle vivent nos compatriotes du Tessin.

M. le chef du département de l'intérieur insiste sur la nécessité de répondre à l'accusation injuste mentionnée par M. Motta. C'est un reproche que nous ne pouvons pas accepter. Au surplus, il est inutile de se presser et il vaut peut-être mieux laisser à l'agitation publique le temps de se calmer.

M. le chef du département des finances: Le fait capital, c'est que, contrairement à Bismarck dans l'affaire Wohlgemuth, le gouvernement italien ne revendique nullement pour sa police le droit d'exercer en Suisse. La question de fait est secondaire et ne pourra, au reste, jamais être complètement éclaircie. Il serait utile, en revanche, d'attirer l'attention du gouvernement italien sur la situation à la frontière, qui est absolument intenable. A tous les passages alpestres, des agents italiens se tiennent à l'affût et se précipitent sur toute personne qui, même inconsciemment, pose un pied sur territoire italien. Si l'on ne met pas fin à cet état des choses, des incidents graves peuvent éclater un jour ou l'autre.

M. le chef du département politique ne veut pas sous-estimer la valeur des assurances données par le gouvernement italien sur la question de droit, mais ces assurances ne peuvent avoir d'effet pratique que si l'on ne conteste pas les faits. Or, c'est précisément l'attitude que prend le gouvernement italien.

Sur la proposition du président, il est *décidé*:

1. Le département politique est chargé de présenter un projet de note verbale rédigé de telle façon que l'Italie n'ait pas besoin de répliquer⁸.

2. Le département examinera s'il est possible de tenir compte, dans cette note, des observations du chef du département des finances sur le contrôle à la frontière.

M. le chef du département politique donne lecture d'un projet de *communiqué* à la presse qui est adopté dans la forme suivante:

«La note verbale italienne en réponse à celle que le Conseil fédéral a fait remettre par notre Légation de Rome, le 19 septembre, a été remise à celle-ci le premier octobre. Elle est parvenue à Berne le jour suivant. Ainsi que la note du Gouvernement italien le constate expressément, l'incident Rossi n'est pas de nature à troubler les bonnes relations entre les deux pays et les deux gouvernements. La conversation sera poursuivie. Le Conseil fédéral informera, en temps opportun, l'opinion publique de ses démarches et de leurs résultats.»

8. Vgl. Nr. 440.

ANNEX

E 2200 Rom 18/1

*Das italienische Aussenministerium
an die schweizerische Gesandtschaft in Rom*

Nr. 6019

Roma, 1° ottobre 1928

NOTA VERBALE

Il Regio Ministero degli Affari Esteri ha l'onore di comunicare alla Legazione Svizzera in Roma, in risposta alla nota verbale in data 18 settembre scorso⁹, quanto segue:

Il Governo Fascista non ha mancato di portare la massima attenzione sulla ricostruzione che il Consiglio Federale Elvetico ha creduto di fare sulle circostanze che avrebbero condotto all'arresto del fuoruscito Cesare Rossi e di certa Margherita Durand avvenuto a Campione il 28 agosto u. s.

Poichè i fatti verificatisi in territorio italiano non hanno nulla che possa riguardare il Governo Elvetico, il Governo Fascista crede di dover limitare la sua risposta solamente per quei pretesi atti preparatori che le Autorità italiane avrebbero compiuto in territorio svizzero e che sarebbero stati interpretati dal Consiglio Federale come una violazione della sovranità territoriale della Svizzera, e come tali, contrari al diritto internazionale.

Il Governo Italiano deve innanzi tutto dichiarare che non ha mai avuto intenzione di recare la benchè minima lesione alla sovranità territoriale di alcuno Stato e tanto meno ha mai pensato di farlo nei riguardi della Svizzera. – Se alla ricostruzione induttiva dei fatti si sostituisce la disamina obiettiva di essi, sulla base di affermazioni della cui autenticità il R. Governo assume tutta la responsabilità, il Consiglio Federale Elvetico sarà portato a giudicare altrimenti questa così detta violazione di sovranità territoriale.

Nessun atto è stato mai compiuto su territorio svizzero per indurre il Cesare Rossi e la sua compagna a varcare il confine del Regno e cadere sotto le giuste sanzioni delle leggi italiane.

Il Governo Fascista poté prendere tutte le predisposizioni per l'arresto del Rossi al momento in cui varcava la frontiera perchè risultava da tutta una trama da lui progettata, e di cui si seguivano in Italia tutte le fila, che egli intendeva avvicinarsi al confine per avere, con gente qui residente, abboccamenti destinati a fini delittuosi da compiere nel Regno, contro la sicurezza del Regno e contro gli organi costituiti del Regno. – Tutto ciò sarà, nell'apposita sede, ampiamente e irrefutabilmente documentato.

Le persone residenti in Italia che dovevano abboccarsi con lui erano sorvegliate in modo che gli abboccamenti non avrebbero potuto avere luogo al di là del confine; di guisa che era previsto nelle stesse lettere mandate dal Rossi ai suoi complici italiani che egli si sarebbe deciso a commettere l'imprudenza di varcare il confine.

Da ciò le misure preordinate non soltanto a Campione, ma su tutto il settore di confine ove egli, da un momento all'altro, poteva presentarsi. Quale parte abbia avuto quel certo signor Cristiani, il quale è un libero cittadino qualsiasi, nel comunicare al Rossi il luogo di convegno prestabilito tra il Rossi da una parte ed i suoi complici residenti in Italia dall'altra, non è cosa che riguarda il Governo Italiano.

Non è esatta poi l'induzione che il Cristiani abbia ricevuto dalla polizia italiana le chiavi per rilevare dall'Albergo il bagaglio del Rossi e della Durand perchè tali chiavi furono consegnate a lui dalla Durand in persona, la quale scrisse di suo pugno al Direttore dell'Hôtel Adler una lettera per chiedere la consegna di detto bagaglio. Fu la stessa Durand a telefonare all'Albergo la notizia di un preteso incidente automobilistico, perchè essa non voleva far sapere di essere stata arrestata. Il concorso della polizia italiana in questa telefonata si limitò a consentire la telefonata stessa, trattandosi di persona in istato di arresto. Ogni azione di diritto comune per questa consegna di bagagli è quindi fuori luogo; ma se le Autorità Elvetiche credono di esercitarla, il Governo Fascista non ha nulla da dire.

9. Nr. 427, Annex.

Chiarite così le cose, il R. Governo non può nascondere alla Legazione di Svizzera l'impressione sfavorevole provata nel constatare con quale facilità un incidente di questo genere sia stato esagerato, quasi con compiacenza, dalla generalità della stampa svizzera, senza preoccupazione per l'inevitabile pregiudizio che ne sarebbe derivato ai rapporti tra i due Paesi.

Se una cura gelosa delle buone relazioni tra i due Paesi dovesse guidare gli Organi della pubblica opinione e del Governo in Svizzera, essa dovrebbe essere intesa a ricercare invece quali sono le cause di questi incidenti.

Il Governo Fascista ritiene che sia suo preciso dovere di lealtà dichiarare francamente che esso ritrova queste cause nella larga tolleranza con cui talune autorità elvetiche lasciano piena facoltà di movimento e di azione nel loro territorio a elementi pericolosi per l'ordine interno italiano e per gli Organi supremi dello Stato italiano. E' questa situazione che obbliga le autorità del Regno a provvedere alla difesa dello Stato con una assidua vigilanza onde non sia facile ai nemici del Regime Fascista di varcare impunemente i custoditi confini. Ma di ciò non ha ragione di dolersi il Paese ove essi abbiano sino allora liberamente risieduto, vociferato e complottato contro l'Italia.

Il Regio Ministero degli Affari Esteri ritiene che l'incidente ridotto alla sua naturale e minima portata, non è tale da turbare le relazioni fra i due Paesi, relazioni che il Governo Fascista ha in animo di rendere sempre più cordiali.

438

E 2001 (D) 1/222

*Das Direktorium der schweizerischen Nationalbank
an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

*Kopie
S MS/M.*

Zürich, 6. Oktober 1928

Wir beehren uns, mit folgender dringlicher Angelegenheit an Sie zu gelangen:

Wie Ihnen bekannt ist, ist die Nationalbank an dem letztes Jahr von einer Reihe der namhaftesten Notenbanken der Bank Polski gewährten Valutastabilisierungskredit im Gesamtbetrage von \$ 20 Millionen mit einem Anteil von ½ Mill. \$ beteiligt. Die Grundlagen des bezüglichen Abkommens haben wir seinerzeit den Bundesbehörden bekanntgegeben und wir dürfen uns hier wohl darauf beschränken, auf diese Akten Bezug zu nehmen. Grundlegend ist dabei für die Beteiligung der Nationalbank, dass eine Inanspruchnahme des von ihr gewährten Kredites gegen Deckung in Wechselportefeuille zu erfolgen hat, welche Wechsel vom Treuhänder der beteiligten Notenbanken, d. i. die Niederländische Bank, an Stelle der Kreditgeber in Verwahrung und Verwaltung genommen werden.

Laut Abkommen sollte der auf 1 Jahr eingeräumte Kredit auf den 18. dieses Monats dahinfallen. Wie der Erstunterzeichnete¹ mit Schreiben vom 22. pto.² dem eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement mitteilte, soll nun aber der Kredit für ein weiteres Jahr erneuert werden. Die Gründe, die eine solche Verlängerung als notwendig erscheinen lassen, liegen darin, dass die Sanierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen sich nicht in dem Masse und Tempo verwirklicht hat, wie seinerzeit beim Abschluss des Kreditabkommens

1. Der Präsident des Direktoriums, G. Bachmann.

2. Nicht ermittelt.

vorausgesehen wurde. Laut einer dem Direktorium der Bank zugegangenen Mitteilung des Gouverneurs der Federal Reserve Bank von New York ist die Angelegenheit im Hinblick auf den nahe bevorstehenden Ablauf des jetzigen Kreditabkommens dringlich geworden. Wir haben denn auch erfahren, dass die übrigen am Notenbanken-Kredit beteiligten Institute sich mit der Erneuerung des Kredites bereits einverstanden erklärt haben, und man erwartet auch die Zusage der Schweizerischen Nationalbank bis nächsten Donnerstag, den 11. ds.

Auf Grund des mit dem Politischen-, Finanz- und Volkswirtschaftsdepartement in dieser Angelegenheit geführten Schriftwechsel hat das Direktorium aus den gleichen Erwägungen, die letztes Jahr zur erstmaligen Beteiligung der Nationalbank an dieser Kreditaktion geführt haben, beschlossen, den Bankbehörden die Erneuerung dieser Beteiligung für ein weiteres Jahr zu empfehlen, zumal, nachdem die Bank sich einmal engagiert hatte, ein Zurücktreten bei den gegenwärtigen Umständen wohl geeignet wäre, dem polnischen Kredit, vor allem aber auch unsern Handelsbeziehungen zu diesem Lande zu schaden. Im Hinblick auf die Tragweite dieser Interessen lässt sich nach Ansicht des Direktoriums die neuerliche Übernahme des mit der Kreditbeteiligung verbundenen Risikos von den zuständigen Bankbehörden wohl verantworten.

Inzwischen ist auch die Angelegenheit wegen der Valutastabilisierungsaktion zugunsten Rumäniens soweit gediehen, dass die Nationalbank auch hier in der Frage ihrer Beteiligung an dem vom Notenbanken-Konsortium zugunsten der rumänischen Nationalbank zu erteilenden Kredit von ca. 20 Millionen \$, wobei eine Beteiligung der Nationalbank, wie bei der polnischen Aktion, mit einer halben Million \$ in Betracht kommt, definitiv Stellung nehmen muss. Wir dürfen uns wohl auch hier der Kürze halber auf die mit den oben genannten Departementen des Bundesrates in der Sache geführten Korrespondenz beziehen. Aus den gleichen Erwägungen, wie sie bei der polnischen Aktion bestimmend sind, hat das Direktorium beschlossen, den Bankbehörden eine Beteiligung an dieser rumänischen Aktion im genannten Betrage ebenfalls zu empfehlen.

Die Anträge des Direktoriums an die Bankbehörden erfolgen in beiden Fällen unter der Voraussetzung, dass die hauptsächlichsten übrigen Notenbanken ebenfalls mitmachen, sowie dass ferner zuhanden der die Verantwortung tragenden zuständigen Bankbehörden die Bestätigung vorliegt, dass der Bundesrat von der Sachlage Kenntnis genommen hat und die vorgesehene Beteiligung der Schweizerischen Nationalbank an diesen beiden Kreditaktionen aus allgemein-schweizerischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen begrüßen würde.

Angesichts der Dringlichkeit, insbesondere des polnischen Geschäftes, ist unser Bankausschuss zur Behandlung dieser Angelegenheiten zu einer Extrasitzung auf nächsten Mittwoch, den 10. ds., nachmittags nach Bern einberufen worden und es wäre uns sehr gedient, wenn wir in dieser Sitzung die im vorangehenden Absatz genannte Bestätigung vorlegen könnten³. Der Erstunterzeichnete wird bereits nächsten Dienstag, den 9. ds., sich in Bern befinden und zwecks allenfalls gewünschter weiterer Aufschlusserteilung gerne zu Ihrer Verfügung stehen.

3. Vgl. Nr. 441.

439

E 2001 (D) 1/222

*Der schweizerische Gesandte in Warschau, H. A. von Segesser,
an den Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert*

S Per Flugpost. Eilt

Warschau, 8. Oktober 1928
(Ankunft: 11. Oktober 1928)

Ihr Geehrtes vom 2. Oktober¹ enthielt die Anregung, die Frage der Erneuerung des durch 14 Emissionsbanken 1927 der «Bank Polski» eröffneten aber von ihr nicht benützten Stabilisierungskredites von 20 Millionen Dollar, mit unseren Forderungen wegen den Obligationen der Linie Warschau–Wien und auch der Banque Foncière du Jura gegen einige Krakauer Privatgläubiger zu verbinden.

So sehr ich für ein Zusammenarbeiten zwischen unsern Banken und unserm Exporthandel bin, so entschieden muss ich von dieser Verquickung abraten. Als 1927 Polen die Ratifizierung unseres Pariser Kontingentsabkommens vom 5. Juli übermässig verschleppte, mussten wir, um es durchzudrücken, unsere Beteiligung an der grossen internationalen Anleihe in letzter Stunde von dessen Inkrafttreten abhängig machen. So peinlich mir dies war, habe ich dieses Vorgehen seinerzeit in unserer Notlage selbst empfehlen müssen. Es fiel mir damals die unangenehme Rolle eines «*maitre chanteur*» zu, die mir und unserm Lande hier sehr übel genommen wurde und auch auf die amerikanischen Unterhändler nicht den besten Eindruck machte.

Die Frage der Obligationen der Linie Warschau–Wien und erst gar die rein private Forderung der Banque Foncière du Jura, mit derjenigen der einfachen Erneuerung eines im vergangenen Jahres überhaupt nicht in Anspruch genommenen Kredites zu verbinden, betrachte ich als ganz unangebracht. Dies um so mehr, als unsere Nationalbank nur mit einem bescheidenen Bruchteil am Kredit beteiligt ist und derselbe als «moralische» Stütze erteilt wird. Gestern sagte mir Mr. Dewey, dass er bereits im Besitze der vorbehaltenen Zustimmung der 13 andern Emissionsbanken ist und dass nur diejenige der Schweizerischen Nationalbank noch ausstehe, was ihm offensichtlich unangenehm ist und peinlich auffällt. Er bestätigte mir, dass der Kredit fast sicher, ebensowenig wie der 1927 eröffnete, in Anspruch genommen werden müsste *[sic]*.

Die in Sachen der Linie Warschau–Wien intervenierenden Gesandten geben sich nicht den geringsten Illusionen hin, dass dort, solange die Abrechnung Polens mit Russland nicht günstig für ersteres erfolgt, etwas zu holen ist! Eher wäre später einmal eine internationale Anleihe in Aussicht zu nehmen, um Polen zu ermöglichen, die Obligationäre teilweise zu befriedigen. Diese Angelegenheit muss somit für heute beiseite gelegt werden.

Noch weniger eignet sich die Forderung der Banque Foncière du Jura gegen einzelne Krakauer Private für ein «*junctim*». Mit diesen «*junctim*» haben

1. Nicht abgedruckt.

namentlich Deutschland und Polen die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Sie sind deshalb hier verpönt. In diesem Spezialfalle habe ich schon wiederholt in Ihrem Auftrage damit gedroht, denselben einem Schlichtungs- oder Schiedsverfahren zu unterbreiten. Derselbe scheint in der Tat dafür geeigneter als für ein «junctim».

Ich drahte Ihnen infolgedessen², dass ich davon entschieden abrate, schweizerische Vorbehalte bei der Erneuerung des Kredites, der von unserm gemeinsamen Vertrauensmann Mr. Dewey als «moralische Stützung» Polens betrachtet wird, zu machen. Ein Vorbehalt würde hier nicht nur in polnischen Kreisen schlechten Eindruck machen, und jedenfalls praktisch ergebnislos bleiben. Ich rate deshalb ganz entschieden davon ab.

2. Das entsprechende Telegramm datiert vom 8.10.1928 und traf am 9.10. in Bern ein (E 2001 (D) 1/222).

440

E 1004 1/312

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 9. Oktober 1928*¹

1622. Affaire Rossi

Verbal

M. le chef du département politique constate que la *Suisse*, la *Tribune de Lausanne*, et la *Nouvelle Gazette de Zurich* ont publié, à la suite de la dernière séance², des renseignements sur la teneur de la note verbale italienne du 1^{er} octobre³. Ces indiscretions lui rendant encore plus délicate sa tâche, déjà suffisamment difficile, il exprime le ferme espoir qu'aucune fuite ne se produira plus désormais.

Les renseignements complémentaires réunis par l'enquête renforcent sérieusement la version de l'incident qui a été donnée dans notre note verbale du 18 septembre⁴. Il est prouvé notamment que Rossi, aussi bien que Cristiani, de son vrai nom Nicola Traversa, étaient en possession de faux passeports. Contrairement aux allégations du gouvernement italien, la main de la police italienne apparaît partout dans les actes délictueux commis sur notre sol.

a. *Projet de note.* Il est impossible de laisser sans réponse la note italienne. Le ton de notre réponse doit être ferme. Toute autre tactique à l'égard des fascistes serait mauvaise. C'est l'esprit qui a présidé à la rédaction du projet de note. C'est également dans ce sens que s'est exprimé M. Sonnenberg, conseiller de la légation de Rome, qui est venu en congé à Berne.

1. *Abwesend: Hüberlin und Scheurer.*

2. *Vgl. Nr. 437.*

3. *Nr. 437, Annex.*

4. *Nr. 427, Annex. Diese schweizerische Note datiert vom 19.9.1928.*

Il faut que M. Wagnière saisisse l'occasion de la remise de la note pour causer si possible avec M. Mussolini, en tous cas avec M. Grandi. La question qui se pose est de savoir si nous devons laisser entendre que nous n'attendons pas de réponse à notre note ou si nous devons insister pour que le gouvernement italien reconnaisse que des irrégularités ont été commises et qu'il est disposé à prendre des sanctions. Personnellement, je préférerais cette seconde solution mais, comme il est douteux que nous obtenions cette satisfaction, je crois que nous devons nous contenter de mesures autonomes.

C'est ici que se pose la question du rappel de M. Signori. A titre particulièrement confidentiel, M. Motta communique qu'il a eu samedi un entretien à ce sujet avec M. Pignatti. Celui-ci lui a déclaré que Signori avait été appelé à Rome et qu'il ne croyait pas que le gouvernement le maintiendrait à Berne. Si cette prévision se réalise, nous pourrions nous déclarer satisfaits. Mais, par égard pour le gouvernement italien, on ne devrait pas publier la nouvelle.

M. le chef du département politique propose en conséquence de donner pour instructions à M. Wagnière:

a) en ce qui concerne la suite de la conversation diplomatique, de chercher à obtenir une réponse dans le sens susindiqué, mais au cas où il en sentirait l'impossibilité, de ne pas insister;

b) en ce qui concerne Signori, de demander son rappel et, au cas où celui-ci aurait déjà eu lieu, d'en exprimer la satisfaction du Conseil fédéral.

M. le chef du département des chemins de fer déclare approuver le projet de note. Quant au rappel de Signori, comme c'est la seule satisfaction que nous puissions obtenir, il faudra pouvoir la communiquer, le moment venu, pour apaiser notre opinion publique, même au risque que le gouvernement italien s'en offusque.

En ce qui concerne les indiscretions de la presse, il reconnaît avoir renseigné le correspondant de la *Nouvelle Gazette de Zurich*, mais seulement après que les deux autres journaux cités par le chef du département politique eurent pris les devants et sans donner aucune information qui ne fût contenue déjà dans ces derniers. Il est entièrement d'accord que le secret doit être gardé sur les affaires de cette nature, mais à condition que chacun se conforme à cette règle.

M. le chef du département de l'intérieur approuve également le projet de note. Celui-ci est rédigé de telle façon que le gouvernement italien peut ne pas y répondre sans que personne puisse en conclure que nous ayons subi une défaite. Mais c'est à la condition que Signori s'en aille.

M. le chef du département des finances pense, comme M. Motta, que le gouvernement italien ne nous donnera pas satisfaction par une nouvelle note. C'est précisément l'habileté de la rédaction proposée qu'elle n'appelle pas nécessairement une réponse.

Le projet de note est approuvé sans opposition. [...]⁵

b. *Projet de communiqué:*

M. le chef du département politique commente un projet de communiqué à la

5. Es folgt der Text des Entwurfs. Der Wortlaut der am 11. 10. 1928 dem italienischen Aussenministerium übergebenen Note ist als Annex wiedergegeben.

presse. Pour donner une certaine satisfaction aux journaux qui réclament la publication de la note italienne, il a cherché tout d'abord à résumer cette dernière dans le communiqué. Mais il y a renoncé en se disant que la publication d'un résumé encouragerait ces journaux à insister pour que la note fût publiée intégralement. Or, à l'heure actuelle, cette publication serait une grave erreur, car elle nous mettrait en mauvaise posture.

En réponse à une question de M. le président sur l'époque à laquelle la publication pourrait avoir lieu, M. le chef du département politique déclare que la question pourra être examinée au vu du résultat de la conversation de M. Wagnière. Une fois l'incident réglé, il n'y aura plus aucun inconvénient à publier toute la correspondance, même sans l'adhésion du gouvernement italien.

M. le chef du département des chemins de fer attire l'attention sur la situation difficile qui est faite, à la veille des élections, aux partis nationaux. C'est le cas notamment dans la Suisse orientale, où les socialistes cherchent à tirer parti du silence du Conseil fédéral et à exploiter l'irritation causée dans le public par les empiètements fascistes.

M. le chef du département politique déclare qu'au Tessin au contraire, où l'on est directement intéressé au règlement de l'affaire, l'opinion à peu près unanime approuve la manière d'agir du Conseil fédéral et l'encourage à ne pas se laisser intimider par les socialistes. Il estime que, dans une affaire d'ordre international, le Conseil fédéral ne doit pas se laisser influencer par l'approche des élections, mais il s'inclinera si le Conseil fédéral juge utile de publier la note italienne.

M. le chef du département de l'intérieur déclare que, dans la Suisse romande, l'opinion est parfaitement calme. La publication de la note italienne ne servirait au reste pas à grand chose, puisque l'essentiel en est déjà connu. Ce qui serait utile, ce serait de publier la note de ce jour, et il ne semble pas que cela soit impossible avant les élections.

M. le président aimerait qu'on éliminât du projet de communiqué le passage où il est dit que les règles diplomatiques interdisent la publication de la correspondance diplomatique avant le règlement de l'affaire qui en fait l'objet. Il ne faut pas avoir l'air de faire la leçon à la presse.

M. le chef du département des finances croit aussi qu'on peut raccourcir le communiqué.

Finalement le projet de communiqué est approuvé sans opposition dans la forme suivante:

«Le Conseil fédéral a approuvé, dans sa séance d'aujourd'hui, le texte d'une nouvelle note verbale que le Département politique lui a soumis et que la Légation de Suisse à Rome aura à remettre au Gouvernement italien au sujet de l'affaire Rossi.

Dans sa note du 1^{er} octobre, le Gouvernement italien avait déclaré qu'il n'a jamais eu l'intention de porter atteinte si peu que ce fût, à la souveraineté territoriale d'aucun Etat et qu'encore moins il a songé à le faire à l'égard de la Suisse. La discussion ne porte donc pas sur des questions de principe, mais uniquement sur des questions de fait, et elle se poursuit dans une atmosphère parfaitement amicale.

Le Conseil fédéral invite la presse et le public à faire preuve de compréhension en s'abstenant d'entraver par des demandes de publications prématurées la procédure en cours. Les notes échangées seront publiées dès que les usages diplomatiques généralement admis le permettront.»

ANNEX

E 2200 Rom 18/1

*Die schweizerische Gesandtschaft in Rom
an das italienische Aussenministerium*

Kopie

Rome, 11 octobre 1928

NOTE VERBALE

Conformément aux instructions de son Gouvernement, la Légation de Suisse a l'honneur de faire au Ministère Royal des Affaires Etrangères les communications suivantes.

Le Conseil Fédéral Suisse a pris connaissance avec le plus grand intérêt de la note que le Ministère Royal des Affaires Etrangères a adressée à la Légation de Suisse, en date du 1er de ce mois⁶, au sujet des circonstances dans lesquelles est intervenue, le 28 août dernier, l'arrestation des nommés Cesare Rossi et Marguerite Durand.

Le Conseil Fédéral tient, tout d'abord, à exprimer sa satisfaction d'avoir trouvé dans cette note la confirmation du fait que le Gouvernement italien n'a jamais eu l'intention de porter atteinte, dans quelque mesure que ce fût, à la souveraineté territoriale de la Suisse. Le Conseil Fédéral est heureux de prendre acte de cette assurance.

Dans la partie qui se rapporte à l'examen des faits, la note du Ministère Royal débute en déclarant que ceux-ci, pour autant qu'ils se sont déroulés sur territoire italien, ne peuvent concerner en rien le Gouvernement suisse.

Le Conseil Fédéral estime que tout Etat a le droit de s'élever contre des actes imputables aux Autorités d'un autre Etat si ces actes, même commis sur le territoire de celui-ci, doivent avoir des répercussions inadmissibles sur le territoire du premier. Si donc certains actes imputables à des Autorités italiennes, même commis en Italie, ont eu des répercussions inadmissibles sur le territoire suisse, le Conseil Fédéral est fondé à s'en plaindre. A cet égard, il suffira de rappeler quelques données précises et incontestables, sans qu'il y ait lieu de reprendre l'ensemble des circonstances exposé sommairement dans la note de la Légation du 19 septembre⁷, exposé que les informations en possession des Autorités suisses leur permettent de maintenir, aujourd'hui encore, dans toutes ses parties.

Il est avéré que c'est munis de passeports irrégulièrement établis à de faux noms que tant Cesare Rossi que le soi-disant Guiseppa Cristiani, en réalité le ragioniere Nicola Traversa, habitant à Milan – sans insister sur le cas de la prétendue Maria Cristiani, sa sœur, – sont entrés en Suisse et que Nicola Traversa y a séjourné pendant des semaines, en y déployant une activité qui, du point de vue suisse, était illicite. Les Autorités italiennes ayant peut-être déjà en mains ou ayant, en tout cas, le moyen de se procurer les trois passeports dont il s'agit, elles n'auront pas de difficultés à constater qui est responsable de telles irrégularités.

En ce qui concerne l'enlèvement des bagages de Cesare Rossi et de Marguerite Durand à l'Hôtel Adler, à Lugano, les explications que contient la note du Ministère Royal ne paraissent pas pouvoir infirmer les conclusions auxquelles aboutissait, à cet égard, la précédente note de la Légation. Que dame Durand ait elle-même téléphoné la fausse nouvelle à l'Hôtel Adler et elle-même remis les clefs des bagages au prétendu Cristiani, cela semble n'avoir que peu d'importance, étant arrêtée, elle n'a

6. Nr. 437, Annex.

7. Nr. 427, Annex.

pu faire l'un et l'autre qu'avec le concours de la police. Celle-ci n'avait point le droit de faciliter au prétendu Cristiani, même avec l'assentiment de dame Durand, l'enlèvement des bagages qui se trouvaient sur le territoire suisse et appartenaient à un tiers. En allant prendre indûment possession, à Lugano, des bagages en question pour les conduire à Campione et en abandonnant aussitôt après sa résidence de Bissonne, le soi-disant Cristiani, comme du reste pendant tout le temps de son séjour en Suisse, n'a pas eu les allures d'un citoyen quelconque, libre de ses mouvements, mais plutôt celles d'un homme agissant de concert avec la police de son pays.

Il est superflu d'exposer ici le rôle complémentaire joué par la nommée Bianca Traversa, mère de Nicola Traversa, qui servit d'intermédiaire pour les relations de Cesare Rossi avec ses correspondants en Italie, rôle que les Autorités italiennes doivent connaître, puisqu'elles tenaient, d'après leurs informations, tous les fils de ce qu'elles considéraient comme une intrigue politique criminelle.

Le Gouvernement Royal voudra donc reconnaître que les Autorités suisses se trouvent dans la nécessité de veiller attentivement à ce que de semblables agissements ne puissent se reproduire.

Le Conseil Fédéral ne saurait, d'autre part, se dispenser de relever le passage de la note du 1er octobre parlant d'une large tolérance avec laquelle les Autorités suisses laisseraient pleine liberté de mouvement et d'action à des éléments dangereux pour l'ordre intérieur et pour les organes suprêmes de l'Etat en Italie. Ce reproche, qui n'est pas dépourvu de gravité, ne saurait être adressé de manière fondée à aucune Autorité suisse. Le Conseil Fédéral peut, au contraire, affirmer en toute conscience que, chaque fois qu'il lui a été signalé que des menées dirigées contre l'ordre intérieur de n'importe quel Etat pourraient se tramer en Suisse, les Autorités suisses se sont montrées toutes disposées à prendre les mesures commandées par les circonstances et compatibles avec la législation nationale. Les enquêtes effectuées n'ont jamais révélé, jusqu'ici, que des actes dangereux pour la sûreté de l'Etat italien ou de personnalités dirigeantes italiennes eussent été ourdis sur le territoire suisse. Le Conseil Fédéral tient à répéter, au demeurant, ainsi que le Chef du Département Politique l'a déclaré, le 27 septembre, devant le Conseil National⁸, que les Autorités suisses seront toujours prêtes à accueillir les renseignements et à examiner les plaintes qui leur parviendraient, par les voies normales, au sujet d'agissements se préparant ou se perpétrant en Suisse au détriment de légitimes intérêts étrangers et, en particulier, de légitimes intérêts italiens. Ce qui ne pourrait, par contre, jamais être toléré, c'est l'organisation sur le territoire suisse d'un service étranger de renseignements illicites au détriment de citoyens suisses ou d'autres personnes établies en Suisse.

Le Conseil Fédéral n'a jamais eu tendance à grossir ou à exagérer les incidents qui ont formé l'objet de sa note du 19 septembre. Il se plaît à constater avec le Gouvernement Royal que ces incidents, tirés au clair, ne peuvent et ne doivent troubler les bonnes relations traditionnelles entre les deux pays et que, lui aussi, a à cœur de développer toujours davantage ces relations en les entourant d'une atmosphère amicale de franchise réciproque. Le Conseil Fédéral a la confiance que le Gouvernement Royal, après un nouvel examen de l'affaire, prendra spontanément, de son côté, les mesures qu'elle comporte.

8. Vgl. *NR-Protokoll vom 27.9.1928* (E 1001 (C) d 1/270, S. 579ff.).

E 2001 (D) 1/222

*Das Politische Departement an den schweizerischen Gesandten in Warschau,
H.A. von Segesser¹*

Kopie
S RW.

Bern, 12. Oktober 1928

Wir sind im Besitz Ihrer Zuschrift vom 8. dieses Monats sowie Ihres Telegramms vom folgenden Tage² betreffend den polnischen Stabilisierungskredit und danken Ihnen für Ihre Vernehmlassung bezüglich der Frage, ob die beiden von uns genannten Angelegenheiten (Banque Foncière du Jura, Bahngesellschaft Warschau–Wien) mit der Frage der Kreditgewährung an Polen in Zusammenhang gebracht werden sollen.

Nachdem sämtliche andern Emissionsbanken ihre Zustimmung erteilt haben, würde es keinen Erfolg versprechen, wenn die Schweiz ihre Mitwirkung von der Regelung der erwähnten Angelegenheiten abhängig machen würde. Wir schliessen uns daher mit der Schweizerischen Nationalbank Ihrer Auffassung an, dass davon Umgang genommen wird, eine vorgängige Erledigung jener Fälle zu verlangen.

Dagegen hat sich das Generaldirektorium der Schweizerischen Nationalbank bereit erklärt, bei Erteilung der Zustimmung wenigstens auf die erwähnten Angelegenheiten hinzuweisen. Damit dürfte wenigstens Polen gegenüber zum Ausdruck gebracht werden, dass, wenn die Schweiz auch in Zukunft als Kreditgeberin in Betracht kommen soll, die noch nicht geregelten finanziellen Angelegenheiten einer befriedigenden Erledigung entgegengeführt werden müssten. Wir haben es lebhaft begrüsst, dass die Schweizerische Nationalbank sich wenigstens in dieser Form für den Gläubigerschutz einsetzt.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, dass das Politische Departement grundsätzlich dem Standpunkte Nachachtung zu verschaffen sucht, dass von der Schweiz aus Kredite nur solchen Staaten gewährt werden, die ihre finanziellen Verpflichtungen anerkennen und nach bestem Können auch erfüllen; insbesondere sollten solchen Staaten keine neuen Kredite eingeräumt werden, deren Regierungen die berechtigten Vorstellungen der schweizerischen Aussenvertretungen nicht berücksichtigen. Mag es bei Gewährung von Auslandskrediten angezeigt sein, dass man mit der Verbindung wirtschaftlicher Kompensationen zurückhaltend ist, namentlich dann, wenn eine internationale Kreditaktion in Frage steht, so wird man doch verlangen müssen, dass vor Gewährung neuer Kredite die Kreditwürdigkeit wieder hergestellt sei. Das sogenannte «*junctim*» verbindet in diesem Falle keine verschiedenen Gebiete.

Wenn hie und da gewisse Schwierigkeiten bestanden, seitens der Privatbanken zu erreichen, dass sie sich an diese Grundsätze halten, so hat sich andererseits die

1. Verfasser: H. Frölicher.

2. Nr. 439.

Schweizerische Nationalbank stets bereit gefunden, von der kreditpolitischen Waffe im Interesse des Gläubigerschutzes Gebrauch zu machen. In gewissen Fällen ist es denn auch gelungen, auf diese Weise die schweizerischen Gläubigerrechte zu schützen. Wenn andere Staaten, wie Deutschland und Polen, die als Kreditgeber eben weniger in Betracht kommen, mit dem sogenannten «*junctim*» keine guten Erfahrungen gemacht haben, so kann jedenfalls für die Schweiz nicht das gleiche behauptet werden.

Was nun die von uns erwähnten beiden Angelegenheiten anbelangt, so möchten wir noch auf folgendes hinweisen.

Der Standpunkt der polnischen Regierung, dass zunächst eine Regelung mit Russland gefunden werden müsse, bevor eine Erfüllung der erwähnten Verpflichtungen ins Auge gefasst werden könne, lässt sich nicht rechtfertigen. Da Polen die Bahnanlagen übernommen hat und diese den Gläubigern verpfändet waren, so erfordert es Recht und Billigkeit, dass auch die Gläubiger der Bahngesellschaft etwas erhalten.

Im Falle der Banque Foncière du Jura, wo klare schweizerische Valutaansprüche vom höchsten polnischen Gericht aberkannt wurden, ist es leider nicht möglich, die Einleitung des Schlichtungs- oder Schiedsverfahren zu beantragen, weil die Frist von einem Jahr seit dem letztinstanzlichen Urteil unbenutzt verstrichen ist³. Man dürfte daher gezwungen sein, bei der Gewährung neuer Kredite auf eine Erledigung dieser Angelegenheit zu dringen, wenn es nicht bei dem bisherigen Misserfolg sein Bewenden haben soll.

3. Vgl. Vergleichs- und Schiedsvertrag zwischen der Schweiz und Polen vom 7.3.1925, in: AS 1926, NF 42, S. 268ff.

442

E 1004 1/312

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 26. Oktober 1928¹

1696. Stabilisation de la devise roumaine

Département des finances. Verbal

De vastes opérations financières internationales se préparent dans le but de stabiliser la devise roumaine. Il a été demandé à la Banque nationale suisse de bien vouloir également s'y intéresser. Notre Banque nationale s'est intéressée à plusieurs reprises à une opération analogue au profit des Etats qui ont déjà stabilisé leur devise. En ce faisant, elle a non seulement été utile aux pays directement intéressés, mais a collaboré à une œuvre dont ont profité tous les autres Etats.

1. Abwesend: Schulthess und Scheurer.

La Banque nationale désire connaître l'opinion du Conseil fédéral sur sa participation éventuelle au crédit d'escompte sollicité par la Roumanie auprès des Banques européennes, anglaises et américaines.

Le Département des Finances estime que, pour des motifs d'ordre économique en particulier, la Banque nationale suisse serait bien inspirée de participer à cette opération dans la mesure où le projet de répartition le prévoit. Il demande dès lors à être autorisé à faire savoir à la Banque nationale que le Conseil fédéral considère qu'il est dans l'intérêt national suisse qu'elle participe au crédit d'escompte sollicité par la Roumanie².

Le Conseil fédéral est d'accord avec cette proposition.

2. Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank beschloss in seiner Sitzung vom 27. 10. 1928 sich mit \$ 500'000 an der internationalen Anleihe für Rumänien zu beteiligen (E 2001 (C) 2/59).

443

E 2001 (C) 11/12

*Der Vorsteher des Departementes des Innern, E. Chuard,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Bern, 27. Oktober 1928

Rheinregulierung Basel-Strassburg

Die Antwortschreiben der Kantone Baselstadt vom 18. September und Baselland vom 5. Oktober 1928¹ betreffend Beteiligung an den Kosten der Rheinregulierung veranlassen uns zu folgenden Ausführungen:

I. Der Auffassung beider Kantone, dass die Frage der Kostenbeteiligung des Kantons Baselland von derjenigen des Kantons Baselstadt getrennt zu behandeln sei, können wir uns anschliessen. In der Anfrage des Bundesrates war das Gesuch um Beteiligung beider Basel mit $\frac{2}{5}$ der gesamten Ausgaben nur deshalb gemeinsam gestellt worden, weil es äusserst heikel war, die Prozentsätze des Anteils jedes Kantons bestimmen zu wollen. Übrigens ist es praktisch für das Endergebnis ohne Bedeutung, ob in dieser Angelegenheit mit beiden Kantonen gemeinsam oder getrennt weiterverhandelt wird.

Die ablehnende Antwort des Kantons Baselland kommt uns nicht unerwartet. Die Interessen von Baselland an der Rheinregulierung sind vielmehr gleich denjenigen der andern Rheinuferkantone der Strecke Basel-Bodensee als denjenigen des Kantons Baselstadt. Letzterer ist an der Rheinschiffahrt und somit an der Ausführung der Rheinregulierung mehr interessiert als alle andern schweizerischen Kantone und nimmt in dieser Beziehung eine besondere Stelle ein.

1. Beide Schreiben nicht ermittelt.

Wir sind deshalb der Ansicht, dass es nicht zweckmässig ist, den Kanton Baselland um Wiedererwägung seines Beschlusses zu veranlassen. Auch soll dieser Entscheid in keiner Weise die Förderung der Rheinregulierungsfrage hemmen. Die finanzielle Kraft des kleinen Kantons Baselland ist doch nicht so bedeutend, dass, wenn auch bei grösster finanzieller Anstrengung eine Summe zusammengebracht werden könnte, diese mit Bezug auf die Gesamtausgaben der Rheinregulierung von Belang wäre.

II. Dass der Zeitpunkt des Baues von ausschlagender Bedeutung ist, stimmt nicht nur für den Kanton, sondern auch für den Bund². Die Instanzen des Bundes wissen diesen Umstand zu würdigen. Der Bund hat durch Subventionen grosse Summen in den Schiffahrtsanlagen investiert, die nur dann nutzbringend sind, wenn die Rheinschiffahrt gesichert ist, d.h. wenn die Regulierung ausgeführt wird. Dass die Frage der Rheinregulierung in den 2 verflossenen Jahren nur langsam fortgeschritten ist, ist auf andere Momente zurückzuführen.

III. Wohl ist die Rheinregulierungsfrage eine eidgenössische Angelegenheit. Das hindert aber nicht, dass Basel von der Ausführung des geplanten Unternehmens bedeutend grössere Vorteile für sich erwartet, als die übrige Schweiz; infolgedessen ist es nur billig, wenn eine besondere Beitragsleistung verlangt wird.

Dass der Bund dem Kanton keinerlei Mitspracherecht gebe, kann nicht gesagt werden. Von Anfang an ist der Bund in der Frage der Rheinregulierung Hand in Hand mit dem Kanton Basel vorgegangen; die kantonalen und eidgenössischen kompetenten Instanzen haben stets in enger Fühlungnahme gearbeitet; dies nicht anerkennen zu wollen ist unberechtigt. Es stimmt, dass die Rheinschiffahrtskommission seit dem 17. Mai 1927 nicht mehr einberufen worden ist³. Dies schien bis

2. Der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins äusserte sich in diesem Zusammenhang in einem Schreiben vom 17.12.1928 an den Bundesrat: [...] Dass die Rheinschiffahrt Strassburg-Basel für die schweizerische Volkswirtschaft von ausserordentlicher Bedeutung ist und es in noch erhöhtem Masse werden könnte, geht schon aus ihren bisherigen Leistungen hervor. Der Umstand, dass bei günstigen Wasserverhältnissen Rekordleistungen wie diejenige des Jahres 1927 erzielt werden konnten, spricht doch sicherlich deutlich genug dafür, dass, wenn die technischen Voraussetzungen für eine ungestörte Schiffahrt einmal erfüllt sind, auch genügend Güter vorhanden sein werden, um diese Schiffahrt zu alimentieren. Wir dürfen uns wohl nähere Ausführungen darüber ersparen, wie ausserordentlich gross das Interesse der schweizerischen Volkswirtschaft daran ist, dass die Frachtspesen auf den Massengütern, die wir einzuführen gezwungen sind und von denen die wichtigsten in ihren Einfuhrmengen eine bemerkenswerte Konstanz aufweisen, nach Möglichkeit reduziert werden. Dass die Öffnung des Rheins für die ungehinderte Schiffahrt bis nach Basel in erster Linie zu einer solchen Herabsetzung führen muss, ist wohl unbestreitbar. Die vermehrte Konkurrenzfähigkeit der Schiffahrt auf dem korrigierten Rhein wird sich in diesem Sinn auswirken. [...] Vor allem aber wird in einer konkurrenzfähigen und leistungsfähigen Rheinschiffahrt zugleich das beste Mittel geschaffen werden, um die ausländischen Eisenbahnen zu zwingen, ihre Frachten herabzusetzen. Für unsere Volkswirtschaft wird daraus ein nicht zu unterschätzender Vorteil entstehen, der auch dann vorhanden ist, wenn für den Transport einzelner Güter die Eisenbahn dennoch vorgezogen werden sollte. Wird die Rheinregulierung aber weiter hinausgeschoben und lässt man den Zustand des Rheinbettes sich fortwährend verschlimmern, so begibt sich die Schweiz dieses einen Mittels, das sie besitzt, um für ihre lebenswichtigsten Zufahrtslinien die niedrigst möglichen Frachten zu sichern (E 2001 (C) 11/12).

3. Vgl. dazu Nr. 293, Anm. 2.

jetzt auch überflüssig. Um Vorwürfen vorzubeugen, erschiene es vielleicht angezeigt, diese Kommission wieder einmal einzuberufen. Eine freie Aussprache wird dazu beitragen, die durch alle Verzögerungen aufgeregten Gemüter zu beruhigen.

IV. Baselstadt scheint vergessen zu haben, dass der Bund die Basler Hafengebäuden mit 50% subventioniert hat und somit auch für Anlagen, die von Basel erstellt wurden, grosse Opfer gebracht hat. Es erscheint nicht verständlich, dass die Basler es sich sogar als ein Verdienst anrechnen, dass sie für ihre Mithilfe bei den Verhandlungen dem Bunde nicht Rechnung gestellt haben.

Die Regierung des Kantons Baselstadt erklärt sich immerhin bereit, eine Beteiligung von Fr. 4'000.000.– dem Parlament vorzuschlagen. Diese Summe ist beträchtlich und macht rund 10% der Gesamtausgaben aus. Dadurch hat Basel sein grosses Interesse am projektierten Werk bekundet und Verständnis für die Situation gezeigt. Wir sind immerhin der Ansicht, dass der Bund auf einen Beitrag von Fr. 6'000.000.– oder 15% des schweizerischen Anteils an den Regulierungskosten bestehen sollte. Wir ersuchen Sie, uns mitzuteilen, ob Sie sich unserer Auffassung anschliessen. Vielleicht könnte im Anschluss daran eine Besprechung zwischen den Vorstehern des politischen Departements und des Departements des Innern einerseits und der Rheinschiffahrtsdirektion des Kantons Baselstadt andererseits stattfinden, um zu dem erwünschten Ziel zu gelangen. Sodann erschiene es vielleicht angezeigt, speziell mit dem eidg. Finanzdepartement in Fühlung zu treten und hierauf die schweizerische Rheinkommission einzuberufen.

Da nun grundsätzlich die Mitbeteiligung Basels gesichert ist, steht unseres Erachtens nichts mehr im Wege, dass nun die von Deutschland erwünschte Vereinbarung zur Feststellung der bis jetzt zwischen beiden Regierungen erreichten Resultate unter Ratifikationsvorbehalt vom Bundesrat unterzeichnet wird⁴. Durch diesen Schritt kann die öffentliche Meinung, die von der Stellungnahme des Bundesrates überrascht und enttäuscht wurde, etwas beruhigt werden.

V. Es wird später, bei der Weiterführung der Grossschiffahrt über die Grenzen des Kantons Baselstadt hinaus, zu prüfen sein, inwieweit es angezeigt ist, von den obern Rheinuferkantonen einen Beitrag an die Regulierungskosten zu verlangen. Durch die gegenwärtige Beteiligung des Kantons Baselstadt wird diese Frage in keiner Weise präjudiziert. Wir halten allerdings dafür, dass Beiträge dieser Kantone besser für die allfällige Kanalisierung der Strecke Basel–Bodensee in Aussicht genommen werden, dies dürfte sich auch deswegen empfehlen, damit nicht an den Bund hinsichtlich des Ausbaues der Strecke Basel–Bodensee unbillige Forderungen gestellt werden. Eine Beitragsleistung der Kantone oberhalb Basel an die Regulierungskosten unterhalb Basel müsste geradezu die oberen Kantone veranlassen, auf einen raschen Ausbau der Strecke Basel–Bodensee zu dringen.

VI. Wie schon hervorgehoben wurde, ist eine Beitragsleistung des Kantons Baselstadt durchaus gerechtfertigt; es darf auf keinen Fall zugegeben werden, dass der Bund *unter dem Drucke der Dringlichkeit des Werkes* mehr gefordert hat, als nur das, was angemessen und billig ist. Die Argumentierung mit den

4. Vgl. dazu Nr. 468.

hohen Kriegssteuern, die der Kanton bezahlt, bezieht sich, soviel wir wissen, auf die Subventionierung der internationalen Hochschulinstitution in Genf.

VII. Es erscheint ausgeschlossen, dass Frankreich sich an den Kosten der Regulierung finanziell beteiligen wird. Es ist daher um so mehr zu bedauern, dass kostbare Monate verstreichen müssen, nur um schliesslich eine ablehnende Antwort in dieser Hinsicht entgegenzunehmen. Gleichwohl kann die Schweiz auf Verhandlungen mit Frankreich nicht verzichten, weil unter allen Umständen angestrebt werden muss, dass Frankreich den Unterhalt der Strecke Istein-Strassburg auf der französischen Seite des Stromes übernimmt und sich auch bereit erklärt, für allfällige Schädigungen unterhalb Strassburg auf französischem Ufer aufzukommen, die als Folge der Regulierung oberhalb Strassburg gedeutet werden könnten. Man kann sich fragen, ob die Schweiz nicht neuerdings in bestimmterer Weise mittels einer Note an Frankreich gelangen sollte. Die schweizerische Delegation in der Rheinzentalkommission sollte jedenfalls die nächste Sitzung dazu benützen, um sich über die Absichten der französischen Regierung offiziös zu informieren.

Die obigen Darlegungen fassen wir folgendermassen zusammen:

1.) Die vom Kanton Baselstadt als Beitragsleistung für die Rheinregulierungsarbeiten anerbundene Summe von Fr. 4'000.000.- sollte auf mindestens Fr. 6'000.000.- erhöht werden. Das Ziel könnte vielleicht durch konferenzielle Besprechungen im oben erwähnten Sinne erreicht werden.

2.) Auf einen Beitrag des Kantons Baselland ist zu verzichten.

3.) Dem Bundesrat ist die Unterzeichnung der Vereinbarung zur Feststellung der bis jetzt zwischen beiden Regierungen erreichten Resultate unter Ratifikationsvorbehalt nunmehr zu beantragen.

4.) Die französische Regierung ist an unser Begehren betreffend Aufnahme von Verhandlungen zu erinnern. Die schweizerische Delegation in der Rheinzentalkommission soll beauftragt werden, sich über die Absichten der französischen Regierung offiziös zu informieren.

444

E 2001 (C) 1/82

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Washington, M. Peter*

Kopie
S RZ.

Berne, 30 octobre 1928

En revoyant les pièces de notre dossier relatives au pacte Kellogg, nous avons constaté, bien à regret, que vous n'avez pas reçu copie de notre réponse à la note par laquelle la Légation des Etats-Unis d'Amérique nous avait prié d'examiner la possibilité pour la Suisse d'adhérer au pacte de renonciation à la guerre¹. Cet

1. Vgl. Nr. 422.

oubli, que nous nous empressons de réparer, s'explique par le fait qu'au moment où nous adressions notre réponse au Ministre des Etats-Unis, soit le 30 août, celui de nos services qui traite plus spécialement cette affaire se trouvait tout entier accaparé par les travaux relatifs à notre participation à la IX^e Assemblée de la Société des Nations, qui s'ouvrait quatre jours plus tard à Genève.

Nous vous remettons, dès lors, sous le présent pli, la copie de la lettre que nous avons reçue de M. Wilson, ainsi que la copie de la réponse que nous lui avons fait tenir conformément aux instructions du Conseil fédéral.

Bien qu'il ne soit pas encore absolument certain que l'accord conclu à Paris trouvera grâce aux yeux du Sénat américain et bien que, dans la note-circulaire qu'il a adressée, en juin dernier, aux quatorze Gouvernements invités à signer cet instrument, le Gouvernement des Etats-Unis n'ait envisagé l'adhésion d'autres Etats qu'*après* l'entrée en vigueur du dit accord («as soon as the treaty comes into force»), nous inclinons à penser que, pour donner à notre geste toute la portée voulue, le Conseil fédéral serait bien inspiré en sollicitant des Chambres fédérales, dans un avenir prochain, l'autorisation d'adhérer au pacte Kellogg. Aussi le saisirions-nous probablement d'une proposition dans ce sens. Si, contre toute attente, le pacte de renonciation à la guerre ne devait pas dépasser le stade de l'apposition des signatures et être ainsi condamné à rester juridiquement lettre morte, nous ne nous exposerions qu'à voir notre adhésion frappée de caducité. Ce serait évidemment un inconvénient, mais un inconvénient qui ne nous paraît pas contre-balancer les avantages d'une adhésion quasi spontanée à un acte international dont la Suisse ne pourrait guère ne pas reconnaître la haute portée morale.

Au cas où, pour les raisons suséposées, le Conseil fédéral se résoudrait à soumettre, avant son entrée en vigueur, l'accord dont il s'agit à l'approbation des Chambres fédérales, ce dont nous vous instruirions en temps voulu, il y aurait lieu d'examiner s'il ne conviendrait pas de tirer, autant que possible, parti de ces bonnes dispositions pour obtenir une réponse favorable des Etats-Unis à nos contre-propositions relatives à la conclusion d'un traité de conciliation et d'arbitrage entre les deux pays². Si ce dernier traité ne saurait tant s'en faut mesurer son importance à celui du pacte de Paris, il ne nous serait pas moins, dans les conjonctures actuelles, d'une utilité plus directe. Il y a, d'autre part, un lien étroit de connexité entre le traité auquel on nous demande d'adhérer et celui que nous avons encore à négocier, puisque le pacte Kellogg fait une obligation expresse aux Etats contractants de recourir, en cas de différends, à des procédures de règlement pacifique. Ce serait là des raisons suffisantes pour chercher à mener à bien la négociation commencée.

2. Vgl. Nr.397 und Nr.421.

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. November 1928*1777. *Affaire Rossi*

Verbal

Voir le procès-verbal du 9 octobre 1928¹.

M. le chef du département politique complète les renseignements qu'il a fournis au conseil dans les précédentes séances au sujet des négociations engagées à Rome. Il en ressort notamment:

a) *Affaire Rossi*. La note italienne du 1er novembre² n'appelant pas de réponse, l'incident peut-être considéré comme clos.

Sans doute, cette note ne nous donne-t-elle pas les satisfactions auxquelles nous pourrions prétendre, mais il n'y aurait aucune chance de les obtenir en continuant la conversation. Il est à remarquer, au surplus, que la note italienne est assez embarrassée et qu'elle n'infirme sur aucun point notre note du 11 octobre. Rien ne s'oppose maintenant à la publication des notes, à laquelle le gouvernement italien déclare ne rien objecter.

b) *Affaire Signori*. Le rappel de M. Signori étant la seule satisfaction que nous puissions enregistrer, il est absolument nécessaire que nous le publiions. Jusqu'ici, il n'a pas été possible d'obtenir le consentement du gouvernement italien à cette publication, le rendez-vous que M. Wagnière avait demandé à M. Mussolini pour hier ayant été ajourné à lundi prochain. Si notre presse n'avait pas annoncé comme imminente la publication de la correspondance, on pourrait la retarder jusqu'à la semaine prochaine. Mais, dans les conditions actuelles, ce nouvel ajournement serait une déception pour l'opinion publique et, comme il ne saurait être question de publier la correspondance sans mentionner le départ de M. Signori, mieux vaut procéder immédiatement à cette publication en ajoutant que «le fonctionnaire italien impliqué dans l'affaire des renseignements illicites a quitté la Suisse».

c) *Affaire Parini*. Un message injurieux pour les autorités suisses, publié par M. Parini, secrétaire général du fascio à l'étranger, a été désavoué verbalement par M. Mussolini dans son dernier entretien avec M. Wagnière. Comme il serait très désirable que nous puissions faire état de ce désaveu dans une communication officielle, M. Wagnière a reçu pour instruction de demander le consentement de M. Mussolini et d'ajouter qu'à ce défaut nous interdirions l'entrée de Parini en Suisse. Cette affaire pouvant être disjointe des deux autres, il n'y a pas lieu de prendre une décision à ce sujet.

Au cours de la discussion, tous les membres du Conseil se prononcent pour la publication immédiate de la correspondance et de la mention relative au départ de M. Signori. Aux arguments développés par le chef du département politique

1. *Nr. 440.*

2. *Als Annex abgedruckt.*

s'ajoute une autre considération, à savoir que si, dans son prochain entretien avec M. Wagnière, M. Mussolini insistait pour qu'il ne fût pas fait état du rappel de M. Signori, la publication provoquerait à Rome un mécontentement beaucoup plus vif que ce ne sera le cas aujourd'hui. Il est décidé en outre de dire, dans le communiqué à la presse, que le fonctionnaire italien incriminé a quitté «définitivement» la Suisse. Le communiqué contiendra donc, outre le texte des notes échangées, le passage suivant:

«Le fonctionnaire italien impliqué dans l'affaire des renseignements illicites a quitté définitivement la Suisse. Deux ressortissants italiens qui avaient fourni des renseignements illicites ont, ainsi qu'on le sait, été expulsés; en outre, deux autres ont été officiellement menacés d'expulsion.

Le Conseil fédéral a estimé, dès lors, que la conversation diplomatique engagée à l'occasion de l'affaire Rossi n'avait pas à être poursuivie et que les incidents en question pouvaient être considérés comme clos.»

ANNEX

E 2001 (C) 1/61

*Das italienische Ausserministerium
an die schweizerische Gesandtschaft in Rom*

Nr. 254973/211

Roma, 1^o novembre 1928

NOTA VERBALE

Il R^o. Ministero degli Affari Esteri ha l'onore di ringraziare la Legazione di Svizzera per la nota verbale del giorno 11 corrente³.

Le amichevoli spiegazioni che sono intervenute tra il Governo Fascista ed il Consiglio Federale Svizzero con le note scambiate rispettivamente in data 1^o ottobre⁴ e 11 ottobre corrente, intorno alle circostanze dell'arresto del fuoruscito Cesare Rossi, hanno portato – a parte alcune circostanze di fatto non del tutto suscettibili di concorde accertamento – alla constatazione del vicendevole intendimento dei due Governi di considerare l'incidente, dopo averlo ridotto alle sue vere proporzioni, tale da non turbare lontanamente le relazioni tra i due Paesi.

E di tale constatazione tanto più vivamente si compiace il Governo Fascista, in quanto nella soluzione di questo sia pur lieve incidente, vede una chiarificazione ed una riprova dell'immutabile spirito di amicizia e di comprensione che anima i rapporti fra i due Governi e i due Paesi.

3. Nr. 440, Annex.

4. Nr. 437, Annex.

Die französische Botschaft in Bern an das Politische Departement

N N° 567

Berne, 16 novembre 1928

Par une note en date du 17 juin dernier¹, le Gouvernement fédéral a bien voulu transmettre à cette Ambassade un projet de «proposition en vue d'un accord à conclure entre la Suisse, l'Allemagne et la France concernant l'exécution des travaux de régularisation du Rhin entre Strasbourg-Kehl et Istein».

Dans cette note, le Gouvernement fédéral se référait à l'accord signé à Strasbourg, le 10 mai 1922, entre les délégations allemande, française et suisse.

Le Gouvernement français vient de prier cette Ambassade de porter à la connaissance du Gouvernement fédéral les indications suivantes, basées sur le texte de la résolution formulée par les Suisses, le 29 avril 1925, à la Commission centrale:

«Il résulte des textes que le Gouvernement suisse se réfère, semble-t-il, par erreur, d'une manière générale, à l'accord de 1922 pour demander qu'un arrangement intervienne entre les trois Etats riverains. L'arrangement prévu par cet accord visait, en effet, outre le règlement des dépenses, les conditions d'exécution des travaux et la détermination des secteurs sur lesquels ces travaux devaient être effectués en premier lieu. Ces deux points ont été réglés par la Commission Centrale en 1925 sur la base de propositions suisses, sur lesquelles un accord entre l'Allemagne, la France et la Suisse n'avait d'ailleurs pas été préalablement réalisé. La seule question prévue par l'accord de 1922 restant à régler est celle des dépenses, qui est d'ailleurs visée à nouveau par la résolution de 1925, dans le paragraphe relatif à un arrangement entre les Etats riverains au sujet des modalités de leur collaboration technique et administrative.

Ainsi, la base des pourparlers à engager entre les trois Gouvernements se trouve désormais dans la résolution du 29 avril 1925 et l'on ne peut se référer à l'accord de 1922 que dans la mesure où cette résolution elle-même s'y réfère. Il s'agit donc de déterminer la collaboration technique, administrative et financière des trois Etats à l'exécution de travaux approuvés par la Commission Centrale. Or, la Commission Centrale a mis, par sa résolution de 1925, une condition expresse à l'approbation de ces travaux: c'est la conclusion d'un accord entre l'Allemagne et la Suisse, accord consacrant l'engagement de ces deux Puissances de prendre les dispositions nécessaires pour que la navigation ne subisse pas de gêne appréciable pendant l'exécution des travaux et de remédier à leur propres frais aux conséquences dommageables que l'exécution de ces travaux pourrait entraîner pour la partie du Rhin située à l'aval de Strasbourg.

Tant qu'un accord de cet ordre n'aura pas été communiqué au Gouvernement français, il nous semble que nous ne nous trouvons pas en présence du projet des travaux de régularisation tel qu'il a été approuvé par la Commission Centrale et

1. *Es handelt sich um die Note vom 7.6.1928 (Nr. 398).*

tel que ses modalités d'exécution au point de vue technique, administratif et financier puissent faire l'objet de pourparlers ayant en vue l'arrangement prévu par cette Commission».

447

E 2001 (C) 11/12

*Der erste schweizerische Delegierte in der Rheinzentralkommission,
R. Herold, an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Strassburg, 17. November 1928

Ich beehre mich, Ihnen nachstehend über die Besprechungen betreffend das Traktandum «aménagement du Rhin», die in der Rhein-Zentralkommission einerseits, zwischen den beteiligten Delegationen andererseits, stattgefunden haben, Bericht zu erstatten.

Auftragsgemäss habe ich in der Zentralkommission darauf hingewiesen, dass der Bundesrat bereits mit Note vom 7. Juni d. J.¹ der französischen Regierung einen zwischen der Schweiz und Deutschland vorbereiteten Vertragsentwurf über die Ausführung der Rheinregulierung unterbreitet hat mit der Einladung zu Verhandlungen über diesen Entwurf zwischen den drei beteiligten Staaten. Ich erinnerte dabei an den Wortlaut der Resolution der Rhein-Zentralkommission vom 29. April 1925, Ziffer 3, wonach «die Uferstaaten sich bemühen werden, die Art und Weise ihrer technischen und behördlichen Mitarbeit durch ein Abkommen zu regeln, das spätestens sechs Monate nach der Überreichung von Vorschlägen seitens eines der genannten Staaten getroffen sein wird ...» und sprach die Erwartung aus, dass die Aufnahme der geplanten Verhandlungen zwischen den drei beteiligten Staaten keine weitere Verzögerung mehr erfahre.

Laut Sitzungsprotokoll der Rhein-Zentralkommission antwortete darauf Herr Fromageot, im Namen der französischen Delegation, folgendes:

«M. Fromageot, Commissaire de France répondant à M. Herold en ce qui concerne la régularisation, rappelle qu'aux termes de la résolution du 29 avril 1925, la Commission a subordonné son approbation à la conclusion d'un accord entre l'Allemagne et la Suisse comportant un engagement:

a) de prendre les dispositions nécessaires pour que la navigation ne subisse aucune gêne appréciable pendant les travaux de régularisation du fait de celle-ci;

b) de remédier à leurs propres frais aux conséquences dommageables qui résulteraient, pour la partie de la voie navigable déjà régularisée en aval de Strasbourg, de l'exécution de la réalisation des travaux de régularisation en amont de Strasbourg.

D'après les explications fournies par M. Herold, cet accord serait sur le point d'aboutir, mais ne serait pas encore intervenu. Lorsqu'il sera réalisé, le texte devrait en être communiqué à la Commission centrale. Mais, tant qu'il n'est pas

1. Nr. 398.

intervenu, il serait prématuré, aux termes mêmes de la résolution de 1925, de considérer qu'on se trouve en présence d'un projet complet et approuvé.»

Die weitere Aussprache über das Traktandum wurde auf Verlangen der deutschen Delegation, die erklärte, nicht auf eine derartige Diskussion vorbereitet zu sein, auf eine spätere Sitzung der Kommission verschoben. Da das Traktandum bereits am ersten Sitzungstage zur Sprache gekommen war, hatte in der Tat eine vorherige Fühlungnahme zwischen den beteiligten Delegationen nicht stattfinden können.

In einer vertraulichen Besprechung teilte mir in der Folge der deutsche Delegierte, Herr Seeliger, mit, dass die deutsche Regierung mit dem Vorgehen des Bundesrates in der Angelegenheit sich nicht einverstanden erklären könne. Die deutsche Regierung sei überrascht gewesen, der Note des Politischen Departements vom 7. Juni d. J. zu entnehmen, dass der Bundesrat die französische Regierung zur Aufnahme von Verhandlungen «zu Dritt» eingeladen habe, ohne vorher – wie es zwischen der schweizerischen und deutschen Delegation in Berlin vereinbart worden war – mit der deutschen Regierung die bisherigen schweizerisch-deutschen Abmachungen in Form eines Vertrages festzulegen. In deutschen Kreisen sei es etwas übel vermerkt worden, dass der Bundesrat, nachdem er die Berliner Vereinbarung glaubte ablehnen zu müssen, nicht neuerdings – vor weitem Schritten bei der französischen Regierung – mit Deutschland in Verbindung getreten sei.

Ich unterliess natürlich, Herrn Seeliger auf die internen Schwierigkeiten hinzuweisen, denen der Bundesrat in der Angelegenheit gegenüberstand. Ich vertrat ferner den Standpunkt, dass der Bundesrat es wohl deshalb nicht für unerlässlich gehalten hatte, mit Deutschland neue Verhandlungen anzuknüpfen, da er ja in seiner Note sich mit den getroffenen Abmachungen «grundsätzlich» einverstanden erklären konnte und sich ferner von dem Bestreben leiten liess, die Angelegenheit möglichst zu beschleunigen². Herr Seeliger erklärte indessen, dass die deutsche Regierung auf den Abschluss des erwähnten Vertrages nach wie vor entscheidendes Gewicht lege und sehr wahrscheinlich den deutschen Gesandten in Bern demnächst beauftragen werde, dem Bundesrat ihren Standpunkt in der Angelegenheit auseinanderzusetzen.

Wenig erfreulich verlief leider auch meine Besprechung mit dem französischen Delegierten Herrn Dreyfus. (Herr Fromageot hatte in der Zwischenzeit Strassburg verlassen.) Er erklärte, dass er sich wohl für eine möglichst baldige Beantwortung unserer Note vom 7. Juni d. J. einsetzen werde, dass hingegen die französische Regierung voraussichtlich in ihrer Antwortnote genau den Standpunkt vertreten werde, wie er von Herrn Fromageot vorgetragen worden sei³. Frankreich betrachte den Abschluss der in Ziffer II der Resolution von 1925 vorgesehenen Vereinbarung zwischen der Schweiz und Deutschland über die Aufrechterhaltung der Schifffahrt während der Ausführung der Regulierungsarbeiten und betreffend Übernahme der Kosten für allfällige schädliche Folgen dieser Arbeiten auf der Strecke unterhalb Strassburg als unerlässliche Vorbedingung der Verhandlungen

2. *Randbemerkung Mottas*: natürlich!

3. *Vgl. Nr. 446*.

«zu Dritt». Es stütze sich dabei auf den Wortlaut der erwähnten Resolution selbst, der die Genehmigung des Regulierungsprojektes durch die Kommission ausdrücklich vom Zustandekommen eines entsprechenden Abkommens zwischen der Schweiz und Deutschland abhängig mache.

Die Aussprache, die im Anschluss an diese Fühlungnahme zwischen den beteiligten Delegationen gestern in der Kommission stattfand, brachte nicht mehr viel Neues. Ich beschränkte mich darauf, zu erklären, dass in bezug auf die Auslegung der Resolution der Rhein-Zentralkommission vom 29. April 1925 offenbar Meinungsverschiedenheiten zwischen der schweizerischen und französischen Delegation bestehen. Es werde Sache der beteiligten Regierungen sein, sich über die streitigen Punkte zu einigen. Da die französische Delegation ihre Antwortnote für die allernächsten Tage in Aussicht gestellt habe, bestehe immerhin die Hoffnung, dass in absehbarer Zeit weitere Fortschritte in der Angelegenheit erzielt werden können.

Herr Dreyfus bestätigte im Namen der französischen Delegation, dass die Antwortnote der französischen Regierung nicht mehr länger werde auf sich warten lassen. Nebenbei erwähnte er, dass die Verzögerung, welche die Beantwortung unserer Note gefunden habe, kaum wesentlich sei, wenn man bedenke, dass die Resolution der Kommission im Jahre 1925 gefasst worden sei, die Schweiz also mithin 3 Jahre benötigt habe, um mit Vorschlägen an die französische Regierung zu gelangen. Die oben erwähnten Ausführungen des Herrn Fromageot korrigierte er insoweit, als er betonte, die Weiterführung der Verhandlungen zur Ausführung der Regulierung sei ausschliesslich Sache der beteiligten Staaten; die Rhein-Zentralkommission habe sich weiter nicht mehr mit der Angelegenheit zu befassen.

Bei der Sachlage wird meines Erachtens nichts anderes übrig bleiben, als die Verhandlungen mit Deutschland neuerdings aufzunehmen um zu versuchen, eine Einigung betreffend die Übernahme der Haftung für allfällige Schädigungen des Regulierungswerkes unterhalb Strassburg durch die geplanten Arbeiten auf der oberen Strecke herbeizuführen. Nach wie vor wird meines Erachtens schweizerischerseits die Übernahme auch nur eines Teils dieser Haftung kaum in Frage kommen können. Es wird dagegen damit zu rechnen sein, dass Deutschland sich nur dann dazu entschliessen wird, die Gesamthaftung für diese Schäden zu übernehmen, wenn die Schweiz ihrerseits einer entsprechenden Erhöhung ihres Beitrages an die Kosten des Regulierungswerkes zustimmt und ausserdem sich bereit erklären wird, die bisherigen Abmachungen mit Deutschland in Form eines Vertrages festzulegen. Aus den Besprechungen mit der französischen Delegation ging jedenfalls klar hervor, dass von Frankreich jegliche Beteiligung an der Schadenshaftung abgelehnt wird. In Anlehnung an einen schon früher von der französischen Delegation geltend gemachten Standpunkt betonte Herr Dreyfus, dass seines Erachtens die Schweiz sich anschicke, den Rhein zwischen Strassburg und Basel zu verderben und dass es Frankreich kaum zugemutet werden könne, auch die unterhalb Strassburg zu erwartenden Schädigungen ohne Entgelt in Kauf zu nehmen⁴.

4. *Bemerkung Mottas am Briefkopf*: Je trouve peu correct que la réponse de la France – qui est de nature purement formelle – se soit fait attendre 5 mois! [...] 21. XI. 28.

E 2001 (C) 7/2

*Der schweizerische Gesandte in Washington, M. Peter,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Washington, 19 novembre 1928

J'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre par laquelle, en date du 30 octobre¹, vous avez bien voulu m'envoyer le texte de votre réponse du 30 août² à la note de la Légation des Etats-Unis du 27³, sollicitant l'adhésion du Gouvernement suisse au pacte de renonciation à la guerre.

Votre note du 30 août avait été, dès sa réception, télégraphiée in extenso par la Légation d'Amérique au State Department et celui-ci, comme il l'a fait pour les réponses de beaucoup d'autres Etats, en avait aussitôt communiqué le texte à la presse. La réponse du Gouvernement suisse a pu ainsi être lue par moi, en traduction anglaise bien entendu, dans le «United States Daily» du 1^{er} septembre.

Votre intention de demander aux Chambres l'autorisation, pour le Conseil Fédéral, d'adhérer au pacte avant sa ratification par tous les Etats signataires me paraît entièrement conforme au désir des Etats-Unis. Il est exact que, dans la note américaine du 23 juin dernier aux quatorze Gouvernements invités à signer, l'adhésion des autres Etats n'était envisagée qu'après l'entrée en vigueur du pacte, mais, dans la suite, l'opinion du State Department s'est modifiée. Le 21 août déjà, M. Castle faisait annoncer à la presse que: «Countries not original signatories to the Kellogg multilateral treaty to renounce war can adhere to the treaty immediately after it is signed by the original parties in Paris next week and not wait until the treaty becomes effective through ratification by the original signatories». La note de M. Wilson du 27 août est d'ailleurs très explicite elle aussi, sur ce point, dans sa page 6, qui contient une invitation nette à adhérer «at any time» et qui signale que les adhésions reçues avant l'entrée en vigueur prendront effet dès cette entrée en vigueur⁴.

Le geste que le Conseil Fédéral se propose d'effectuer me paraît donc tout indiqué. Je crois cependant qu'il serait illusoire de compter que le Gouvernement américain lui attribuera une grande portée. Le Gouvernement suisse sera loin, en effet, d'être le premier à notifier son adhésion sous réserve de ratification. A l'heure actuelle, 44 Etats (sans compter les 14 Etats signataires) ont déjà annoncé au State Department, soit leur adhésion formelle et définitive, soit leur intention d'adhérer. La rédaction très adroite de la note du Département Politique du 30 août a donné au State Department l'impression que le Conseil Fédéral s'était déjà prononcé et la Suisse se trouve, ainsi, d'ores et déjà classée parmi les Etats dont le

1. Nr. 444.

2. Nr. 422, Annex 2.

3. Nr. 422, Annex 1.

4. *Randbemerkung*: c'est bien ce que nous avons constaté.

gouvernement a décidé d'adhérer. Il est douteux que, dans ces circonstances, la nouvelle d'une décision formelle du Conseil Fédéral ajoute beaucoup à l'impression que la note du 30 août avait produite.

Si j'insiste sur ce point, ce n'est certes pas pour déconseiller une consultation des Chambres, mais simplement pour expliquer pourquoi les bonnes dispositions du Conseil Fédéral à l'égard du pacte de renonciation à la guerre me paraissent devoir être de peu d'efficacité comme «*captatio benevolentiae*» dans les négociations en cours pour la conclusion d'un traité de conciliation et d'arbitrage.

Mais même si l'adhésion du Conseil Fédéral au pacte de Paris était susceptible de faire ici une forte impression, je ne crois pas que l'atmosphère ainsi créée modifierait sensiblement la réponse négative que j'attends du Gouvernement américain à nos contre-propositions. Le State Department a soumis à une série d'Etats un traité type, standardisé, et il a refusé systématiquement, jusqu'ici, les modifications que les autres Gouvernements ont tenté d'y apporter. Ces modifications ont bien été discutées pour la forme, mais l'argument décisif était toujours que le traité avait été signé tel quel par d'autres Etats, qu'il était donc acceptable et qu'il fallait le prendre ou le laisser. Même en lui supposant des dispositions particulièrement favorables à notre égard, je ne vois guère comment, après avoir adopté envers les autres Etats une semblable attitude, le Gouvernement américain pourrait s'en départir envers la Suisse sans se placer dans une position très délicate. On voudra bien se reporter, sur ce point, à ma lettre du 21 juin dernier⁵ qui signalait la réponse négative faite aux propositions de la Pologne, signataire pourtant du pacte de Paris.

Je ne voudrais pas, cependant, négliger une chance quelconque d'améliorer notre position dans la discussion. Sauf avis contraire de votre part, j'attendrai donc, avant de recharger auprès du Département d'Etat sur la question du traité d'arbitrage, que la décision du Conseil Fédéral soumettant aux Chambres le pacte de renonciation à la guerre soit intervenue. Il n'y a point, me semble-t-il, péril en la demeure, puisque la réponse attendue, tout porte à le craindre, sera défavorable et que, dans votre lettre du 5 juin dernier⁶, vous m'aviez annoncé que le Conseil Fédéral pourrait, dans ce cas, être amené à abandonner les pourparlers.

5. *Nr. 421.*

6. *Vgl. Nr. 421, Anm. 2.*

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 23. November 1928*¹1879. Négociations commerciales avec l'Union économique
belgo-luxembourgeoise

Département de l'économie publique. Proposition du 19 novembre 1928

Les relations commerciales entre la Suisse et l'Union économique belgo-luxembourgeoise sont régies actuellement par le traité de commerce entre la Suisse et la Belgique, du 3 juillet 1889². Ce traité, qui stipule la clause du traitement de la nation la plus favorisée en matière d'importation, d'exportation et de transit, ne contient pas de dispositions tarifaires.

La balance du commerce de la Suisse avec l'Union belgo-luxembourgeoise était déjà déficitaire avant la guerre. Toutefois, alors que l'exportation représente encore, en 1913, plus des trois quarts de l'importation, elle n'atteint plus guère que le tiers de celle-ci, en 1927. Durant ces dernières années, le solde passif s'est considérablement accru, à la défaveur de la Suisse.

En 1913, les importations de Belgique formaient 1,8% et en 1927, 3,5% des importations totales de la Suisse. Aux exportations, la proportion est tombée, au contraire de 2,1 à 1,7%.

Depuis une année environ, le Gouvernement belge parle d'opérer un relèvement général des coefficients appliqués aux droits spécifiques, afin de les adapter aux variations de la valeur des produits; un premier ajustement a été effectué en 1926. Il fut question, tout d'abord, de mettre cette majoration en vigueur au début de l'année courante. La Suisse ne pouvait rester indifférente en face d'une telle éventualité, attendu qu'un nouveau relèvement des droits belgo-luxembourgeois aurait certainement pour conséquence de rendre encore plus difficile son exportation vers l'Union et d'aggraver le déficit, déjà considérable, de sa balance commerciale. L'examen du projet d'augmentation des coefficients remis officieusement, au mois d'avril, par le Directeur général du commerce extérieur de Belgique au Directeur de notre division du commerce, ne fit que confirmer ces craintes. En effet, les majorations envisagées se chiffrent, pour bon nombre de produits intéressant l'exportation suisse, par 25% à 50% des droits actuels. Toutefois, le Gouvernement belge se décida, sous la pression de la Conférence économique internationale de Genève, à différer l'application des nouveaux coefficients. Dans une entrevue à Genève, M. Stucki fit part au Directeur général du commerce extérieur de Belgique du désir de la Suisse d'entrer en négociations avec l'Union belgo-luxembourgeoise; il fut convenu que la Suisse demanderait officiellement le projet de révision des coefficients, sur la base duquel elle établirait la liste de ses

1. *Abwesend: Musy.*

2. AS 1889-1890, NF 11, S. 341ff.

desiderata. C'est ce qui fut fait. Le dit projet a été envoyé au Département de l'économie publique, avec différentes retouches, au cours de l'été, par l'entremise de la Légation de Suisse à Bruxelles.

Les listes de demandes des deux pays ont été établies, dans l'intervalle, et l'on est tombé d'accord pour que leur échange ait lieu à Bruxelles le 1^{er} décembre prochain; les négociations s'ouvriront à Berne le 10 décembre³.

La Suisse devant négocier sur la base de son tarif d'usage, elle n'accordera en général à l'Union que la consolidation de taux déjà en vigueur. Des réductions de ces taux ne pourront être envisagées qu'à titre exceptionnel. Au reste, on ne sait encore rien des revendications de l'Union. De son côté, la Suisse demande dans l'essentiel, la consolidation des taux belgo-luxembourgeois, appliqués actuellement; toutefois, elle propose pour certains droits élevés et pour des produits intéressant spécialement son exportation une réduction des taux actuels ou des taux projetés.

Se fondant sur ces considérations et conformément à la proposition susmentionnée, le Conseil *arrête*:

1. Le Département de l'économie publique est autorisé à faire remettre au Gouvernement belge, le 1^{er} décembre, la liste de demandes ci-jointe⁴.

2. Sont désignés comme membres de la délégation chargée de négocier un traité de commerce avec l'Union économique belgo-luxembourgeoise: MM. W. Stucki, E. Wetter et E. Laur.

3. La délégation est autorisée à s'adjoindre, en qualité d'expert, M. Comte, inspecteur général des douanes à Berne, et, en qualité de secrétaires, MM. Homberger et Bonhôte.

3. *Vgl. Nr. 455.*

4. *Nicht abgedruckt.*

450

E 2001 (C) 5/19

*Der schweizerische Gesandte in Warschau, H.A. von Segesser,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S G/JB Confidentielle

Varsovie, 24 november 1928

Comme vous le savez, je suis attentivement les campagnes déclanchées périodiquement par le chauvinisme polonais contre M. Calonder, Président de la Commission Mixte pour la Haute-Silésie. Son rôle est particulièrement épineux vu, qu'à moins d'y être forcé par des circonstances spéciales, comme c'est le cas en Bohême et Moravie, jamais des Slaves n'useront de tolérance envers les minorités ethniques.

Malheureusement, notre distingué compatriote s'était par trop érigé en juge, au lieu d'être un médiateur. Reçu fort aimablement chez lui pendant deux jours,

l'année passée, j'avais remarqué qu'il vit complètement isolé et loin de Katowice. Il manque ainsi de contact suivi, personnel et extra officiel avec les deux camps adverses. Or, en Pologne, le contact personnel est de première importance. Au lieu de jouer le rôle de médiateur, en mettant les partis en rapport personnel entre eux, de leur aider à s'arranger, M. Calonder prépare, avec la conscience, la loyauté et l'objectivité que vous lui connaissez, des «décisions». Or, comme M. Calonder me l'a déclaré et comme tout observateur objectif le comprend, ces «décisions» doivent généralement être prises pour la Silésie polonaise, contre les Polonais. Elles provoquent alors un tollé général de leur presse mal élevée et grossière. Tandis que si, en Silésie allemande, M. Calonder doit donner tort aux Allemands, ceux-ci se bornent à enregistrer ses décisions; pendant que la presse polonaise se gardera soigneusement d'annoncer, que M. Calonder a donné raison aux Polonais. Comme pendant les absences du Président le fonctionnement de la Commission s'arrête complètement, les autorités polonaises en profitent pour prendre des mesures, contre lesquelles les Allemands recourent à la Société des Nations, tandis que les Polonais ne manquent aucune occasion pour recourir à Genève contre les décisions de M. Calonder. En fin de compte, celui-ci, les Allemands et les Polonais de Silésie se sont butés.

Cet été la situation en Silésie polonaise était devenue, à l'égard de notre compatriote, à peu près intolérable et même inquiétante. Tant moi, qu'en mon absence M. Steiner, durent intervenir au Ministère avec toute la prudence et réserve que comporte la situation délicate de notre Légation.

Les articles de journaux, de plus en plus grossiers, les meetings (même à Varsovie et Wilno), évidemment provoqués par l'élément ultra-chauvin, représenté par «l'Organisation des Insurgés silésiens» (dirigée par M. Gradziński, le jeune et fougueux Wojewode de Haute-Silésie), le «Westmarkenverein polonais», etc. dans tous les pays. Généralement (même sans savoir de quoi il s'agissait), on demandait le départ du Président. Rien d'étonnant, que M. Calonder se buta complètement.

Un Congrès international, auquel M. de Montenach assista comme délégué du Secrétariat général de la S.d.N., me donna l'occasion de m'enquérir des griefs, existant hélas aussi à Genève, contre M. Calonder. – M. de Montenach était d'ailleurs chargé, de profiter de son séjour à Varsovie pour chercher un apaisement et accommodement. J'appris que le Secrétariat, et surtout le Conseil de la S.d.N. étaient écœurés d'être harcelés de recours polonais contre les décisions de M. Calonder et des recours du «Volkesbund» allemand, contre les mesures polonaises. En résumé, on considérait à Genève la mission de notre compatriote, comme échouée, et on envisageait même son remplacement. On remarquait, non sans raison, que la Commission Mixte et son Président ont justement été institués pour liquider, sur place et à l'amiable, tous ces incidents, comme le Président M. de Loes y réussit si bien à Dantzig. Tandis que les Polonais reprochent à M. Calonder d'être l'hôte du Prince Henkel Donnersmark, les organes de la S.d.N. lui reprochent de vivre en hermite, de ne recevoir personne chez lui, et de manquer ainsi d'excellentes occasions de permettre aux éléments dirigeants des camps adversaires, de se rencontrer sur terrain neutre, pour s'arranger à l'amiable sous

l'égide du président de la Commission. Genève insinuait aussi, que celui-ci touche un traitement fort élevé, justement afin de pouvoir recevoir beaucoup pour lui faciliter ainsi son rôle de médiateur, tandis qu'au contraire, M. Calonder n'agit depuis longtemps, que comme «juge», ce qui n'était nullement le but principal de sa mission. Pendant l'Assemblée ordinaire de la S.d.N., la situation avait été si tendue surtout au point de vue intérieur polonais, que M. Zaleski avait estimé ne pas pouvoir rencontrer M. Calonder à Genève.

Après s'être orienté à Varsovie et concerté avec moi, M. de Montenach partit rejoindre M. Calonder à Vienne, pour lui conseiller un accommodement. A ce moment, j'eus un long entretien avec le Ministre des Affaires Etrangères, M. Zaleski, qui se trouvait, lui-même, dans une impasse difficile. Il comprit, d'une part, ma situation délicate et, de l'autre mon désir d'aider à un ancien président de la Confédération et ancien chef, à sortir d'une situation pénible. Il me remercia de ma démarche et déclara vouloir contribuer à arranger les choses en remplaçant le délégué polonais à la Commission Mixte, qui paraissait aussi buté que M. Calonder. Ce changement devait faciliter un apaisement. D'autre part, il insista pour que le Président soit, avant tout, médiateur et non juge et arbitre. Le Ministre insista également pour que M. Calonder garde, d'une façon suivie, contact avec les deux camps pour les rapprocher. Heureux de s'arranger, tant avec le Conseil de la S.d.N. qu'avec les Polonais, M. Calonder entra dans cette voie et débuta avec un succès. En effet, peu avant l'arrivée de Sir Eric Drummond à Varsovie, la presse polonaise, même officieuse, annonça brièvement et sans commentaires, qu'un accord à l'amiable sur l'affaire des écoles, est intervenu en Haute-Silésie. [...]

Avant-hier j'ai eu, à la Légation d'Angleterre, l'occasion de parler tranquillement, avec Sir Eric Drummond, de la situation. Il se déclara complètement satisfait et rassuré et m'informa, que M. Calonder, très content d'être sorti de sa difficile impasse, irait bientôt le voir. Les nuages menaçants qui planaient sur l'affaire de Haute-Silésie, sont ainsi liquidés extérieurement. L'essentiel est, que le Président continue dans la voie actuellement ouverte, en liquidant, à l'amiable les affaires de son ressort. Sir Eric Drummond est convaincu qu'en facilitant, selon les intentions des créateurs de la Commission Mixte, les contacts personnels et suivis entre les camps ennemis et en intervenant comme médiateur, en évitant de statuer lui-même, M. Calonder pourra faire œuvre d'apaisement en Haute-Silésie. M. Zaleski se montra également satisfait.

Je doute toutefois que cette solution pacifique fasse l'affaire des «Insurgés», «Westmarkenverein» etc. qui eux, entendent détruire l'élément allemand en Haute-Silésie, sans songer qu'en ce faisant, ils détruiraient, pour le moins, une partie des richesses de cette province.

La seconde des associations ultrachauvines, qui n'est d'ailleurs que la contrepartie du «Ostmarkenverein» allemand, a siégé le 20 crt. à Varsovie, en présence de hauts fonctionnaires gouvernementaux et vient de prescrire au Gouvernement les mesures suivantes:

- 1) expulsion des optants allemands de Pologne,
- 2) liquidation complète de la propriété foncière allemande (il en reste bien peu),
- 3) l'Eglise protestante doit être placée sous contrôle de l'Etat,

4) octroi de crédit par l'Etat pour protéger et renforcer la propriété foncière polonaise, à la frontière occidentale,

5) intransigeance dans les négociations en cours en vue de la conclusion d'un traité de commerce polono-allemand,

6) refus du droit d'établissement aux Allemands.

Quand j'aurai l'occasion d'aller dans la région de Katowice, je verrai, non seulement, M. Calonder, mais aussi le fougueux Wojewode, qui a sans doute entre-temps, reçu de Varsovie, des instructions conciliantes, car le compromis pour les écoles indique un heureux changement de politique dans cette riche province, hélas déchirée par les querelles de deux races en présence¹.

1. In seinem Politischen Bericht Nr.5 vom 23.3.1928 äusserte sich der schweizerische Geschäftsträger in Warschau, P. W. Steiner, zur Kritik der polnischen Presse an Calonder: [...]

Die polnische Presse nimmt wegen der Stellungnahme des Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien zu einer Beschwerde des deutschen Volksbundes, die dahin ging, das Absingen des polnischen Rota-Liedes in den Schulen von polnisch-Oberschlesien zu verbieten, gegen Herrn Calonder eine aggressive Stellung ein. In seiner Stellungnahme vom 25. Februar 1928 hatte der Präsident der Gemischten Kommission sich dahin geäußert, dass das Singen dieses Liedes in den polnisch-oberschlesischen Schulen mit der Genfer-Konvention nicht vereinbar sei und die zuständige Behörde eingeladen, an die Schulleiter die Weisung ergehen zu lassen, das Singen des «Rota» Liedes in den Schulen polnisch-Oberschlesiens zu unterlassen. Der Passus des Liedes, der besonders zur Verhetzung beiträgt, lautet in Übersetzung: «Der Deutsche wird uns nicht ins Gesicht spucken und unsere Kinder germanisieren». Die Angriffe der Presse gegen Herrn Präsident Calonder gingen so weit, dass der Krakauer «Kurjer Codzienny» die Stellungnahme des Präsidenten als einen ungeheuren Skandal bezeichnete und Herrn Calonder als bezahlten Agenten deutscher Interessen bezeichnete. Auf die Beschwerde des Herrn Calonder hin haben die polnischen Verwaltungsbehörden die Konfiskation der erwähnten Zeitung verfügt. Die Warschauer Presse übt Kritik an der bisherigen Tätigkeit des Präsidenten und macht ihm zum Vorwurf, dass nicht nur er persönlich, sondern auch das Personal der Gemischten Kommission bei Zeugenvernehmungen und andern Amtsverhandlungen, sich fast ausschliesslich der deutschen Sprache bediene und dass er bei verschiedenen Entscheidungen seine Kompetenzen überschritten habe. Besonders die grundsätzliche Entscheidung des Präsidenten über die freie Willensbestimmung der Eltern, welche Schulen ihre Kinder besuchen sollen, die schliesslich zum Gegenstand von Verhandlungen beim internationalen Gerichtshof in Haag gemacht worden ist, wird als eine polenfeindliche Einstellung des Präsidenten gedeutet. Wie ich hier an massgebender Stelle erfahre, ist eine unverkennbare Misstimmung gegen Herrn Calonder aufgetreten. Die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Meldung, dass Herr Calonder persönlich nach Warschau gekommen sei, um seinen Standpunkt zu verteidigen, ist nach meinen Informationen unzutreffend. [.../ (E 2300 Warschau, Archiv-Nr. 5).

451

E 1001 1, EPD, 1928

*Antrag des Vorstehers des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Bundesrat*

RD Pas pour la presse

Berne, 10 décembre 1928

Approbation du Contre-Mémoire suisse
relatif à l'affaire des zones

Le Département Politique Fédéral a l'honneur de soumettre ci-joint à l'approbation du Conseil Fédéral le texte du Contre-Mémoire suisse¹ qui devra être présenté à la Cour permanente de Justice internationale en exécution du compromis conclu entre la Suisse et la France, le 30 octobre 1924, au sujet de l'affaire des zones. Ce Contre-Mémoire sera communiqué aux Juges le 23 janvier et doit être, au préalable, imprimé par les soins du Greffe de la Cour. Il serait souhaitable qu'il pût être livré à ce dernier dans le plus bref délai possible². Ce Contre-Mémoire, dû à la plume de M. le Professeur Logoz, Conseiller national à Genève, est une réfutation soignée des arguments développés dans le premier Mémoire français³. Il tend exclusivement à confirmer l'argumentation du premier Mémoire suisse et en reprend textuellement les conclusions⁴.

Nous *proposons*: d'approuver le projet de Contre-Mémoire suisse relatif à l'affaire des zones et d'en autoriser la remise, par la Légation de Suisse à La Haye, au Greffe de la Cour permanente de Justice internationale⁵.

1. *Ein ungedrucktes sowie ein gedrucktes Exemplar (Publikation des Internationalen Gerichtshofes) in: E 2, Archiv-Nr. 1692. – Zum Zustandekommen des Contre-Mémoire suisse vgl. E 2, Archiv-Nr. 1691.*

2. *Das Contre-Mémoire suisse wurde von de Pury und Logoz am 22.12.1928 im Haag übergeben.*

3. *Ein gedrucktes Exemplar (5.9.1928) in: E 2, Archiv-Nr. 1691. – Ein Exemplar des Contre-Mémoire français ist unter der Signatur E 2, Archiv-Nr. 1694 archiviert.*

4. *Vgl. Nr. 414, Annex 1.*

5. *Der Antrag des Politischen Departementes wurde am 14.12.1928 zum Beschluss erhoben (E 1004 1/313, Nr. 2029).*

*Der Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S Sch/G.

Bern, 10. Dezember 1928

In Beantwortung Ihrer beiden Schreiben vom 28. Juni¹ und 28. November² betreffend die Ratifikation des Gaskrieg-Protokolles sowie des Übereinkommens betr. die Kontrolle des internationalen Waffen- und Munitionshandels können wir Ihnen folgendes mitteilen.

Wir begreifen sehr wohl, dass die Ratifikation des Protokolles betreffend Verbot von Giftgasen und bakteriologischen Mitteln im Krieg vom 17. Juni 1925 von Ihnen gewünscht und vorgeschlagen wird; es mag in der Tat auffallend erscheinen, dass wir, die wir an der Unterdrückung des Gaskrieges ein grösseres Interesse haben als die meisten andern Ländern, nicht schon lange dem Protokoll zugestimmt haben.

Leider handelt es sich bei uns und der Generalstabsabteilung nicht um ein Missverständnis, wie Sie in Ihrem Schreiben vom 28. Juni 1928 andeuten. Die Sachlage ist vielmehr die, dass theoretisch unsere sämtlichen Nachbarn auf den Gaskrieg verzichtet haben; Frankreich und Italien durch Unterzeichnung des Protokolls, Deutschland und Österreich durch Annahme der Friedensverträge. Mit andern Worten, alle Staaten, die tatsächlich für uns in Betracht kommen, haben dem Gaskrieg entsagt. Treten auch wir dem Protokoll bei, dann hat die von Ihnen vorgeschlagene Berufung darauf, dass es nicht allgemeine Geltung habe und wir infolgedessen uns vorsehen müssten, keine genügende Grundlage mehr. Man wird uns antworten, dass wir nur mit denjenigen Staaten zu rechnen hätten, die nach ihrer geographischen Lage mit uns in Krieg geraten könnten, und das seien eben unsere Nachbarn. Werden wir pflichtgemäss im gegebenen Zeitpunkt trotzdem Vorschläge auf Einführung des Gasschutzes machen, z. B. in der Weise, dass wir die Einführung der als Modell vorliegenden und in vielen Schulen erprobten Gasmaske beantragen, so wird uns sicher der Einwand entgegengehalten werden, dass die Massnahme unnütz, ja sogar vertragswidrig und gefährlich sei und die grosse Ausgabe, die sich auf viele Millionen belaufen wird, nicht rechtfertige. Wir erinnern an das Spiel, das die Sozialdemokraten mit dem von ihnen bekämpften Völkerbund treiben und das leider von andern Leuten häufig ernster genommen wird als von ihnen selbst.

Dabei sind wir der vollendeten Überzeugung, dass der Gaskrieg in seinen beiden Formen des Angriffs und der Verteidigung in allen Ländern sehr eifrig vorbereitet wird. Insbesondere lauten die Nachrichten aus Frankreich in diesem Sinn. Es mag bedauerlich sein, wir müssen aber, wenn wir uns nicht selbst täuschen

1. Nr. 403.

2. Nicht abgedruckt.

wollen, die Dinge nehmen, wie sie sind. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass ein kleines Land sich bei allfälligen Vorbereitungen in einer viel schwierigeren Lage befindet als eine Grossmacht. Es kann nichts verbergen, namentlich ist es bei uns, mit der in vollem Licht liegenden militärischen Arbeit, ausgeschlossen, etwas wesentliches vorzukehren, das nicht sofort aller Welt bekannt würde. Dass alle militärischen Stellen jede Handlung, die der Vorbereitung des Gasschutzes hinderlich sein könnte, sehr ungern sehen, erscheint uns unter diesen Umständen begreiflich zu sein.

Das Übereinkommen betreffend den internationalen Waffenhandel sollte, soweit es uns angeht, unseres Erachtens in dem Zustand gelassen werden, in dem es sich heute befindet. Wir sehen keinen Grund, der uns veranlassen könnte, im heutigen Zeitpunkt weiter zu gehen als bis dahin. Wenn wir die von Ihnen vorgeschlagene Botschaft an die Bundesversammlung erlassen, so können wir uns darin so vorsichtig ausdrücken und so viele Vorbehalte machen, als wir immer nur wollen, wir geben doch einen Teil unserer Bewegungsfreiheit auf und schwächen damit unsern Standpunkt. Dem könnten wir unter keinen Umständen beistimmen. Zudem halten wir eine Kontrolle des Handels ohne eine solche der Fabrikation für eine durchaus ungenügende Massnahme. Sie würde neben andern Staaten auch uns zu Gunsten der Länder mit einer grossen Rüstungsindustrie benachteiligen und wäre unter allen Umständen eine Massnahme, die sehr ungleich und jedenfalls auf uns in unangenehmer Weise wirken müsste.³

3. *Bemerkung Mottas am Briefkopf*: Ich habe Mühe, den Standpunkt des Generalstabes als richtig anzuerkennen. Sollte man vielleicht einmal diese Frage in der Delegation für Auswärtiges zunächst behandeln? 18. VII. 28.

453

E 1004 1/314

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 4. Januar 1929¹

23. Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 3. Januar 1929

Am 16. November v. Js. nahm der Bundesrat davon Vormerkung, dass Spanien die Handelsübereinkunft mit der Schweiz vom 15. Mai 1922 auf 31. Dezember 1928 gekündigt hatte².

Der Grund dieser Kündigung war bekanntlich die durch die spanische Regierung in den letzten Jahren wiederholt bekanntgegebene Absicht, alle noch beste-

1. *Abwesend: Musy und Pilet-Golaz.*

2. *Vgl. BR-Protokoll vom 16. 11. 1928 (E 1004 1/313).*

henden vertraglichen Vereinbarungen, durch die spanische Zölle ermässigt oder gebunden wurden, zu beseitigen und fortan keine vertraglichen Zollzugeständnisse mehr zu gewähren. In gleicher oder ähnlicher Weise wie gegenüber der Schweiz wurde denn auch gegenüber allen andern Ländern vorgegangen, die noch Tarifverträge mit Spanien besaßen.

Trotz der Kündigung wurden die Verhandlungen über die Neuregelung der schweizerisch-spanischen Handelsbeziehungen fortgesetzt. Sie wurden in letzter Zeit dadurch erleichtert, dass entgegen den vorher immer wieder erlassenen Erklärungen die spanische Regierung Ende November beschloss, den in Vorbereitung befindlichen neuen Zolltarif nicht schon auf 1. Januar, sondern erst auf 1. Oktober 1929 in Kraft zu setzen. Für die Zwischenzeit von 9 Monaten sollte ein sogenannter Übergangstarif gelten, der im allgemeinen der zweiten Tarifkolonne (= Minimaltarif ohne bisherige vertragliche Zolleremässigungen) entsprechen würde. Immerhin liess die Regierung durchblicken, dass in bezug auf bisherige Vertragspositionen eine gewisse Milderung der neuen autonomen Zölle nicht ausgeschlossen wäre.

Gestützt auf diese Ankündigung machte das Volkswirtschaftsdepartement den Versuch, Sicherungen hinsichtlich der vollständigen Einverleibung aller bisherigen vertraglichen Tarifzugeständnisse an die Schweiz in den Übergangstarif zu erlangen³. Seine Bemühungen mussten aber leider erfolglos bleiben, weil, wie schon in frühern Anträgen erwähnt, die Hauptabnehmer spanischer Erzeugnisse in Europa – Grossbritannien, Frankreich und Deutschland – schon vor anderthalb bis zwei Jahren dem spanischen Begehren um Verzicht auf alle ihnen vertraglich zustehenden Bindungen und Ermässigungen spanischer Zölle entsprochen hatten und alle noch verbleibenden Vertragsstaaten ausser der Schweiz sich anschickten, sich mit Spanien auf einer ähnlichen Grundlage zu verständigen.

Erst am 28. Dezember erhielt das Volkswirtschaftsdepartement endlich einen spanischen Gegenvorschlag⁴, der zum grössern Teil als annehmbar erschien. Zu Bedenken gab aber vor allem die Absicht der spanischen Regierung Anlass, den Zoll auf Käse von Goldpes. 0.70 auf Goldpes. 1.50 per kg zu erhöhen, d. h. vom bisherigen Vertragsansatz auf den Ansatz des autonomen Minimaltarifs (sogen. 2. Tarif). Wenn auch spanischerseits geltend gemacht wurde, dass es sich hier um ein innenpolitisch absolut notwendiges Zugeständnis an die einheimische Landwirtschaft handle und man an das wohlwollende Verständnis des Bundesrats appellierte, so versuchte das Volkswirtschaftsdepartement trotz der Knappheit der noch zur Verfügung stehenden Zeit, eine Reduktion zu erwirken. Vergeblich. Es wurde unserer Gesandtschaft erwidert, dass, abgesehen von den bereits erwähnten Gründen innenpolitischer Natur, die Berücksichtigung unseres Gesuches

3. Das Volkswirtschaftsdepartement hatte der schweizerischen Gesandtschaft in Madrid am 3. 12. 1928 einen diesbezüglichen Vorschlag zu einem Modus vivendi übermittelt (E 7110 1/115), den diese am 5. 12. 1928 an die spanischen Behörden weiterleitete.

4. Die schweizerische Gesandtschaft übermittelte den spanischen Gegenvorschlag dem Politischen Departement zuhanden der Handelsabteilung mit Telegramm vom 27. 12. 1928 (E 7110 1/115).

auch deshalb nicht in Frage kommen könne, weil eine Änderung des bereits genehmigten Übergangstarifs vor dem 1. Januar nicht mehr möglich wäre.

Da einerseits keine Zeit mehr zu verlieren war, wenn man einen vertragslosen Zustand vermeiden wollte und andererseits die an der Käseausfuhr nach Spanien interessierten Kreise einen Zoll von Goldpes. 1.50 per kg der Anwendung des spanischen Maximaltarifs (für Käse Goldpes. 4.50 per kg) oder gar einem eigentlichen Zollkrieg vorzogen, hat das Volkswirtschaftsdept. unsern Gesandten in Madrid ermächtigt, ein Abkommen unter folgenden Bedingungen provisorisch zu unterzeichnen:

1. Die Beilagen A (schweizerische Zölle), B (spanische Zölle) und C (spanische Tarifnummern, für die die Schweiz die Meistbegünstigung genießt) der Handelsübereinkunft von 1922 fallen dahin⁵.

2. An Stelle der einseitig zu Lasten der Schweiz beschränkten Meistbegünstigung tritt die gegenseitige uneingeschränkte Meistbegünstigung.

3. In einem Zusatzprotokoll zur Übereinkunft von 1922 wird schweizerischerseits die Erklärung abgegeben, dass während der Dauer des Zusatzabkommens⁶ die bisherigen Vertragszölle für die im Protokoll aufgeführten Tarifnummern autonom aufrecht erhalten werden (es sind dies alle bisherigen Ansätze der Beilage A zur Übereinkunft von 1922, mit Ausnahme der Positionen 38 (Mandeln), ex 39 a (Nüsse) und 1044 (Kupfervitriol) und mit der Einschränkung der Vertragspos. 39 b in dem Sinne, dass deren Vertragszoll nur noch für Bananen beansprucht wird).

4. Im gleichen Zusatzprotokoll wird spanischerseits erklärt, dass bis zum 1. Oktober 1929, Datum des Inkrafttretens des neuen spanischen Zolltarifs, die bisherigen Vertragszölle und Vertragsanmerkungen für die im Protokoll aufgeführten Tarifnummern autonom mit transitorischem Charakter beibehalten werden (es sind dies ein Teil der bisherigen Ansätze sowie alle Anmerkungen der Beilage B zur Übereinkunft von 1922).

5. Alle nicht durch das Zusatzabkommen abgeänderten Bestimmungen der Handelsübereinkunft von 1922 bleiben in Kraft.

6. Sowohl das Hauptabkommen als auch das Zusatzabkommen kann jederzeit auf einen Monat gekündigt werden.

Was diejenigen spanischen Tarifnummern der Beilage B zur Übereinkunft von 1922 anbelangt, deren bisherige Vertragszölle nicht aufrecht erhalten bleiben, so sind für beinahe alle im spanischen Übergangstarif neue Ansätze festgesetzt worden, die zwischen den bisherigen Vertragszöllen und den Ansätzen des spanischen autonomen zweiten Tarifs liegen. Für die meisten dieser Positionen ist die Erhöhung gegenüber den Vertragszöllen mässig und durchaus tragbar, was auch von den schweizerischen Interessenten ohne weiteres zugegeben wird. Am stärksten betroffen wird der Käse, doch ziehen, wie bereits erwähnt, die massgebenden

5. *Beilagen A, B und C in:* BBl 1922, II, S. 151ff.

6. *Text des Zusatzabkommens* (Modus vivendi zur Revision der Handelsübereinkunft zwischen der Schweiz und Spanien vom 15. Mai 1922) vom 31. 12. 1928 und der gleichzeitig vereinbarten Erklärung in: AS 1929, NF 45, S. 15ff.

Verbände den neuen Zoll von Goldpes. 1.50 begreiflicherweise dem im Falle eines vertragslosen Zustandes automatisch zur Anwendung gelangenden Maximalansatzes von Goldpes. 4.50 per kg vor und sie haben auch keine Lust, es im gegenwärtigen Augenblick auf einen Zollkrieg mit Spanien ankommen zu lassen.

Unter diesen Umständen war die schweizerische Stellungnahme gegeben: Abschluss eines Abkommens auf der hiervor skizzierten Grundlage, mit Gültigkeit ab 1. Januar 1929, um einen vertragslosen Zustand zu vermeiden.

Kurz zusammengefasst, sind demnach auf 1. Januar 1929 in den Handelsbeziehungen mit Spanien folgende Änderungen eingetreten:

a) Spanien verliert praktisch nichts, denn der Verzicht auf einige bisherige Bindungen schweizer. Zölle wird sich praktisch nicht auswirken, weil die Positionen 38, ex 39 b und 1044 noch gegenüber andern Ländern (Pos. 1044 sogar auf stärker ermässigtem Niveau) gebunden sind und bei Pos. 39 b der weitaus grösste Teil der Einfuhr auf die weiterhin gebunden bleibenden Bananen fällt, sodass sich eine Zollerhöhung für den Rest kaum lohnen würde.

b) Die Schweiz gewinnt an Stelle der bisher beschränkten Meistbegünstigung die volle Anwendung dieser Klausel, was allerdings mehr ein moralischer Erfolg ist, da die bisherige beschränkte Meistbegünstigung praktisch genügte.

c) Die Schweiz muss dagegen einige Zollerhöhungen in Kauf nehmen. Diese sind aber im allgemeinen sehr viel bescheidender, als man bis in die letzten Tage des vergangenen Monats befürchten musste. Es ist dies umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass Grossstaaten und Grossabnehmer spanischer Produkte wie Frankreich, Deutschland und Grossbritannien seinerzeit auf alle vertraglich erworbenen spanischen Zollerhöhungen verzichteten und sich mit der Anwendung des zweiten Tarifs zufrieden gaben, soweit sie nicht aus den Verträgen Spaniens mit der Schweiz und andern Drittstaaten kraft der Meistbegünstigung noch gewisse Vorteile zogen.

d) Die Kündigungsfrist wurde von drei Monaten auf einen Monat herabgesetzt. Nur eine derart verkürzte Kündigungsfrist wird uns im Falle, dass der für den 1. Oktober 1929 angekündigte neue spanische Tarif unannehmbar sein sollte, erlauben, mit der nötigen Raschheit zu handeln.

Dass im Übergangstarif auch eine Reihe von Vertragszöllen, die Spanien andern Ländern, wie z. B. Italien, Schweden und Österreich zugestanden hatte, auf gleicher Höhe oder nur leicht erhöhtem Niveau festgesetzt wurden, kommt im Wege über die Meistbegünstigung unserer Ausfuhr nach Spanien ebenfalls zugute.

Es wäre daher auf Seiten des schweizer. industriellen und landwirtschaftlichen Exports kaum verstanden und noch weniger begrüsst worden, wenn wir eine Neuregelung der Handelsbeziehungen zu Spanien weiter hinausgeschoben und es auf eine Kraftprobe hätten ankommen lassen wollen. Die Tatsache, dass im Jahre 1927 einer schweizer. Ausfuhr nach Spanien von 63 Millionen Franken eine Einfuhr aus Spanien von nur 42,2 Millionen gegenüberstand und dass im Jahre 1928 der Export nach Spanien eine weitere beträchtliche Erhöhung erfahren hat, liess es ebenfalls als opportun erscheinen, Spanien die Hand zu einer Verständigung zu reichen.

Das Volkswirtschaftsdept. liess das Zusatzabkommen durch unsern Gesandten in Madrid nicht unterzeichnen, ohne einen Protest gegen die starke Zollerhöhung für Käse einzulegen. Dies bewog den spanischen Regierungschef zu einem Alternativvorschlag, der dahinging, Spanien würde den Käsezoll auf Fr. 1.25 festsetzen, wenn die Schweiz auf die Nota bene verzichtet, welche im jetzigen Vertrag einzelne industrielle Zölle des spanischen Tarifs auslegen. Unser Gesandter erklärte, dass er, mangels an Instruktionen, auf diesen Vorschlag nicht eintreten könne und unterzeichnete die Vereinbarung laut Entwurf. Nun sollte sich der Bundesrat über den spanischen Vorschlag aussprechen. Das Volkswirtschaftsdepartement wünscht, bevor es einen Antrag stellt, die interessierten Kreise anzuhören. Obwohl die nötige Frist von 10 Tagen von der spanischen Regierung nicht zu erlangen war, wird die Frage vom Departement weiter verfolgt. Mittlerweile steht seit 1. Januar die neue Vereinbarung so in Kraft, wie sie von Herrn Minister de Stoutz und Primo de Rivera am 31. Dezember provisorisch unterzeichnet wurde und wie sie hiervor dargelegt wurde.

Es handelt sich nun darum, unserm Gesandten in Madrid die bundesrätliche Ermächtigung zur formellen Unterzeichnung des am 31. Dezember vereinbarten Zusatzabkommens zu erteilen, das mit seiner Kündigungsfrist von nur einem Monat ganz den Charakter eines Provisoriums trägt.

Es wird daher *beschlossen*:

1. Der Bundesrat nimmt von den vorstehenden Ausführungen des Volkswirtschaftsdepartements über die Neuregelung der schweizerisch-spanischen Handelsbeziehungen ab 1. Januar 1929 in zustimmendem Sinne Vormerkung.

2. Herr Minister de Stoutz wird beauftragt, der spanischen Regierung zu erklären, der Bundesrat sei bereit, den in letzter Stunde gemachten Vorschlag (Herabsetzung des spanischen Käsezolls gegen Unterdrückung der Interpretationen zu einigen Positionen wie sie von der Schweiz verlangt wurden) zu prüfen, sei aber erst in einigen Tagen in der Lage, dazu Stellung zu nehmen⁷.

7. Das Volkswirtschaftsdepartement und der Gesamtbundesrat gelangten zum Schluss, dass die Schweiz nicht auf den spanischen Vorschlag eingehen könne, wie aus dem Protokoll der Bundesratssitzung vom 8.1.1929 hervorgeht (E 1004 1/314, Nr. 54). Am gleichen Tag teilte die Handelsabteilung der schweizerischen Gesandtschaft in Madrid telegraphisch mit: Conseil fédéral a examiné aujourd'hui attentivement dernière proposition alternative espagnole. Comme réduction offerte sur le fromage est absolument insuffisante et que droit de 1.25 qui frapperait le fromage est toujours considéré comme beaucoup trop élevé, il est impossible de renoncer en échéance aux importantes notes et à ad. C'est pourquoi nous repoussons proposition alternative et insistons pour que l'accord soit maintenu tel qu'il a été convenu et signé (E 7110 1/115).

Der Bundesrat genehmigte den definitiven Text des Modus vivendi in seiner Sitzung vom 22.1.1929. Im Protokoll wird ausgeführt: [...] Obwohl das Abkommen als Modus vivendi zur Abänderung der Handelsübereinkunft von 1922 bezeichnet wird, ist es doch nicht als Zusatzabkommen, sondern als ein neuer Vertrag zu betrachten; denn die Handelsübereinkunft von 1922 wurde durch Spanien auf 31. Dezember 1928 gekündigt und diese Kündigung wurde nie formell zurückgezogen. Die Übereinkunft von 1922 lebte einfach durch den Modus vivendi vom 31. Dezember 1928 zum Teil neu auf.

Dieser Modus vivendi soll beim Inkrafttreten des neuen spanischen Zolltarifs, der auf 1. Oktober 1929 angekündigt wird, ohne weiteres ausser Kraft treten. Er kann aber auch schon vorher jederzeit auf einen Monat gekündigt werden.

3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, Herrn Minister de Stoutz in Madrid eine Vollmacht zur Unterzeichnung des am 31. Dezember 1928 vereinbarten Zusatzabkommens zur Handelsübereinkunft zwischen der Schweiz und Spanien vom 15. Mai 1922 zuzustellen.

Ein Schreiben des Ministers Marquis de la Torrehermosa wird wie folgt beantwortet:

«Monsieur le Ministre,

Très sensible à l'aimable message qu'à l'occasion de la signature de l'accord commercial entre la Suisse et l'Espagne, vous avez bien voulu m'adresser au nom de Son Excellence le Lieutenant Général Marquis de Estella, j'ai l'honneur de vous en exprimer mes plus vifs remerciements.

Je serais très reconnaissant à Votre Excellence d'assurer au Président du Conseil des Ministres d'Espagne que c'est avec une grande satisfaction que j'ai appris la conclusion de l'accord dont il s'agit. Je me permets d'exprimer l'espoir qu'à l'expiration du régime provisoire, un traité pourra être conclu dans des conditions satisfaisantes pour les deux parties. [...]

Nach ständiger Praxis ist der Bundesrat ermächtigt, solche vorläufige Abkommen von sich aus abzuschliessen und zu genehmigen. Im vorliegenden Falle liegt um so weniger Grund vor, von dieser Praxis abzugehen, als, wie bereits gesagt, der Modus vivendi mit Spanien sehr kurz befristet ist und zudem schon jetzt die Möglichkeit der jederzeitigen Kündigung auf einen Monat besteht (E 1004 1/314, Nr. 158). – Die auf 1. 10. 1929 angekündigte Inkraftsetzung des neuen spanischen Zolltarifs unterblieb und der bisherige Tarif wurde auf unbestimmte Zeit verlängert (GBer 1929, S. 520).

454

E 2001 (C) 1/7

*Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, H. Häberlin,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Bern, 9. Januar 1929

In Beilage gestatten wir uns, Ihnen 2 an die Bundesanwaltschaft gerichtete Rapporte des Polizeikommandos des Kantons Zürich und des Justiz- und Polizeidepartementes des Kantons Genf¹ zur Einsicht zu übermitteln. Der erste gibt uns nicht uninteressante Einblicke in die politische Instruktionsarbeit, welche im bolschewistischen Zentrum, in Moskau, geleistet worden ist, ferner in die Provenienz der illegitimen Pässe und in den Verbindungsdienst der Komintern. Der zweite setzt uns en vedette gegenüber neuen bolschewistischen Missionen an den Völkerbundssitz. Wir sind zwar nicht unglücklich über die Konstatierung des Verkehrs zwischen den angeblichen Statistikern und unsern Schweizer Kommunisten – und zwar deshalb, weil ja nicht anzunehmen ist, dass dieser Verkehr erst durch die

1. Nicht ermittelt.

Herkunft der Russen nach Genf eingefädelt worden sei. Es ist uns lieber, dass wir wissen, mit welchen Schweizern die Sowietpolitiker angebündelt haben, als dass wir es wegen des bloss brieflichen und deshalb nicht kontrollierten Verkehrs *nicht* wissen. – Es wird uns vielleicht einmal nützlich sein, wenn wir unsern Pseudoschweizern und auch dem russischen Rotkreuzvertreter auf den Kopf zusagen können, dass derartige Verbindungen bestanden haben. Immerhin werden wir doch darauf zu achten haben, dass weitere Missionen auf das notwendige Personal beschränkt werden müssen und vor allem, dass keiner dieser Herren aus Versehen in der Schweiz zurückbleibt, um ständige Verbindungszellen zu organisieren.

Die beiden Berichte sind ihrer Natur nach vertraulich; wir bitten, sie nach Einsichtnahme direkt an die Bundesanwaltschaft zu retournieren.

455

E 2200 Brüssel 2/12

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Gesandten in Brüssel, W.F. Barbey*

S KB

Bern, 10. Januar 1929

Wir bestätigen bestens dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 7. d.M.¹, von dem wir mit Interesse Kenntnis genommen haben. Ohne hier auf Details einzutreten, die selbstverständlich in den bisherigen Verhandlungen bereits eingehend besprochen wurden², möchten wir nur kurz folgendes hervorheben:

Es ist das Schicksal jedes kleinen Landes, dass seine Importe in einen andern Staat, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, prozentual fast immer viel kleiner sind als die Importe aus grossen Ländern. So ist es denn auch gewiss nicht verwunderlich, dass für viele Waren und Warenkategorien die belgische Einfuhr aus der Schweiz nur einen geringen Prozentsatz der belgischen Totaleinfuhr ausmacht, wobei aber die gelieferten Waren für den schweizerischen Export immerhin eine wesentliche Bedeutung haben und wobei man eben durch eine Zollermässigung diese Ausfuhr zu fördern trachtet. Gerade ein ebenfalls kleines Land wie Belgien sollte besonderes Verständnis dafür aufbringen, dass kleine Länder auch dann Zollbindungen oder -ermässigungen verlangen müssen, wenn sie am Totalimport in ein bestimmtes Land prozentual nicht stark beteiligt sind. Andernfalls müssten Länder wie Belgien und die Schweiz ja fast vollständig darauf verzichten, durch Tarifvertragspolitik ihre Ausfuhr zu verbessern, da sie nur in den seltensten Fällen in bestimmten Waren Hauptlieferanten sind und sein können.

1. Nicht abgedruckt.

2. Der Bundesrat nahm am 8.1.1929 Kenntnis vom Bericht des Volkswirtschaftsdepartementes vom 28.12.1928 über die erste Verhandlungsphase (E 1001 1, EVD, 1.6.–31.12.1928). Vgl. auch BR-Botschaft vom 20.9.1929 in: BBl 1929, II, S. 757.

Dazu kommt im vorliegenden Fall, dass Belgien mit seinen wichtigsten Importstaaten, Frankreich und Deutschland, ja bereits Handelsverträge abgeschlossen hat, so dass es durch Konzessionen an die Schweiz nicht etwa die Waffen für Verhandlungen mit diesen Ländern verliert. Belgien hat übrigens in seine Begehrenliste zahlreiche Positionen aufgenommen, in denen sein Anteil am schweizerischen Gesamtimport auch nur geringfügig, oft sogar unter 5% ist, und wir haben bereits in vielen solchen Fällen entsprochen.

Es ist richtig, dass die Schweiz aus Belgien viele Rohstoffe und Halbfabrikate einführt, die wir haben müssen. Allein auch wenn man die Handelsbilanz nur hinsichtlich der Fertigfabrikate zieht, ist Belgien immer noch stark aktiv. Wichtiger aber ist, dass Belgien am Verkauf seiner Rohstoffe und Halbfabrikate (Kohle, Eisen, etc.) ein ebenso grosses Interesse hat wie am Verkauf seiner Fertigfabrikate, da ja bekanntlich gerade für diese Rohstoffe und Halbfabrikate eine Überproduktion besteht, die für den Produzenten den Verkauf oft noch schwieriger macht als für ein Fertigfabrikat. Wenn auch die Schweiz diese Rohstoffe und Halbfabrikate nötig hat, so können wir sie doch heute zu annähernd den gleichen Preisen und Bedingungen in den verschiedensten Ländern beziehen, und es ist selbstverständlich, dass unsere Politik dahin gerichtet sein muss, dort zu kaufen, wo man auch schweizerische Waren zu kaufen bereit ist. Wir können deshalb das Argument, die Schweiz beziehe zu einem wesentlichen Teil Rohstoffe und Halbfabrikate, die sie nötig habe, Belgien gegenüber so wenig gelten lassen wie gegenüber Deutschland und Frankreich, wo man gleich argumentiert hatte.

Es ist für uns vollkommen klar, dass man belgischerseits der Schweiz ganz bedeutend weiter gehende Konzessionen wird machen müssen, als dies bisher geschah, wenn man das für belgische Waren vorzügliche schweizerische Absatzgebiet bewahren will. Wir hoffen, dass die belgischen Unterhändler dies eingesehen haben und die Konsequenzen in der zweiten Etappe der Verhandlungen ziehen werden.

Wie Sie wissen, hatten wir vereinbart, diese zweite Etappe in den ersten Tagen Februar in Brüssel beginnen zu lassen. Trotz dieser festen Abmachung hat uns vor einigen Tagen der hiesige belgische Gesandte mitgeteilt, die belgische Delegation sei anfangs Februar durch Verhandlungen mit Aix-la-Chapelle zurückgehalten und müsse deshalb eine Verschiebung auf Ende Februar vorschlagen. Wir mussten natürlich wohl oder übel diesen Vorschlag annehmen, können uns aber des Eindrucks nicht ganz erwehren, dass diese, von belgischer Seite verursachte schon dritte Verschiebung, eine gewisse Tendenz auf Hinauszögerung des Vertragsabschlusses vermuten lässt, eine Tendenz, die wir nicht gutheissen können, da wir alles Interesse daran haben, den heutigen, für uns ungünstigen Zustand möglichst bald durch Abschluss eines Vertrags zu verbessern. Wir haben den positiven Vorschlag gemacht, die Verhandlungen am 26. oder 27. Februar in Brüssel oder Bern wieder aufzunehmen und hoffen bestimmt, dass man nicht nochmals den Versuch machen wird, die Sache zu verschleppen.³

3. Vgl. dazu Nr. 471.

456

E 2200 Rom 19/1

*Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, H. Häberlin,
an den schweizerischen Gesandten in Rom, G. Wagnière*

S

Bern, 12. Januar 1929

Es ist Ihnen wohl bereits mitgeteilt oder aus der Presse bekannt geworden, dass die kommunistischen Kreise der Schweiz auf die Osterwoche eine grosse antifaschistische Kundgebung im Kanton Tessin veranstalten wollen. Sobald uns das bekannt wurde, haben wir im Bundesrate eine Aussprache veranlasst. Der Bundesrat ist einig darüber, dass derartige Kundgebungen im Grenzrayon nicht geduldet werden können. Auch der Regierungsrat des Kantons Tessin ist bereits letzte Woche hievon verständigt worden. Zu überlegen ist noch, von wem das Verbot ausgehen, wann und in welcher Form es erlassen und mit welchen Mitteln es durchgeführt werden soll¹. Wir sind überzeugt, dass wir den Grossteil der bürgerlichen Parteien und sogar einen ansehnlichen Teil der sozialdemokratischen Partei hinter uns haben werden – *wenn uns nicht der üble Streich gespielt wird, dass das Einschreiten gegen die Demonstration als eine von Italien aufoktroyierte Massregel in die Erscheinung tritt.*

Wir waren deshalb etwas bestürzt, als wir gestern abend die Auslassungen einiger italienischer Blätter, vor allem des «Giornale d'Italia», aufgenommen vom «Corriere della Sera» usw. lasen, worin bereits die schweizerischen Behörden der Saumseligkeit, der illoyalen Duldung unfreundlicher Akte beschuldigt und in unzulässiger Weise zur Erfüllung ihrer Pflicht aufgefordert werden, mit unverhülltem Hinweis auf die Probabilität einer Diskussion über den Völkerbundssitz. Das ist nun wirklich der schlechteste Dienst, den die italienische Presse der Sache selbst und unsern guten Beziehungen erweisen kann. Der Schweizer ist bekanntlich in Sachen der Unabhängigkeit mindestens ebenso kitzlig als der Italiener im Gefühle seines Sieges. Wäre es Ihnen nicht möglich, an massgebender Stelle darauf hinzuwirken, dass dieser Ton geändert wird? Es dürfte das freilich nicht geschehen mit der Begründung, dass man bereits von uns beruhigende Erklärungen erhalten habe – weil man sonst bei uns gerade diese auf einen Druck Italiens zurückführen würde – sondern in der Weise, dass man das bestimmte *Vertrauen* aussprechen würde, die Schweiz werde schon nach ihrer eignen Tradition die Ordnung auf ihrem Gebiete aufrecht erhalten und direkt unfreundliche Kundgebungen gegen einen Nachbarstaat nicht dulden. Wir brauchen Ihnen ja übrigens nur die Sachlage zu schildern um zu wissen, dass Sie ohne weiteres die ihr entsprechende Einwirkung auszuüben versuchen werden. – Das Politische Departement geht mit unserer Anschauung in dieser Sache auf der ganzen Linie einig.

1. Vgl. dazu Nr. 465.

E 2001 (C) 1/62

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 19 janvier 1929

En me référant à ma lettre du 16 courant¹, j'ai l'honneur de vous faire savoir que j'ai été reçu hier soir par le Chef du Gouvernement.

J'ai tenu à lui déclarer tout de suite que j'avais demandé à le voir parce que, dans mon esprit, il s'agissait d'une question d'ordre général et non pas uniquement du projet communiste de manifestations au Tessin. On a été justement froissé chez nous, lui ai-je dit, de voir la presse italienne intervenir de façon vraiment offensante, alors que mon Gouvernement a toujours, dans des occasions pareilles, accompli tout son devoir dans les limites de nos lois et de notre Constitution. A l'appui de mes paroles, je lui ai donné lecture de la lettre de M. le Conseiller Fédéral Häberlin², et je lui en ai même remis une traduction. Cette lettre établit les faits dans leur ordre chronologique et prouve que le Conseil Fédéral n'avait pas attendu les avertissements inopportuns du *Giornale d'Italia* et du *Corriere della Sera*.

M. Mussolini m'a dit qu'il n'avait pas attaché autrement d'importance à la menace des communistes suisses. «Tous ces ordres du jour que l'on vote contre moi, m'a-t-il dit, me laissent parfaitement indifférent. Au contraire, ils servent ma cause à l'intérieur du pays, et je les conserve soigneusement. Ce qui doit me préoccuper, en revanche, ce sont les complications d'ordre international qui peuvent résulter de ces manifestations. Dans le cas présent, par exemple, une démonstration communiste au Tessin contre le fascisme aurait provoqué inévitablement des contre-manifestations à Côme. Vous voyez ce qui pourrait en résulter.»

M. Mussolini a, du reste, reconnu de façon très catégorique que le Gouvernement fédéral avait toujours fait, dans des circonstances pareilles, tout ce qu'il pouvait faire dans la limite de nos lois. Il a fait cette déclaration sans réserve et a paru se désolidariser complètement du *Giornale d'Italia*.

J'ai peine à croire, cependant, que ce journal ait publié son article spontanément. Je pense que c'est du Palais Chigi que l'on a attiré son attention sur la manifestation projetée, et que le Président n'est pas entièrement étranger à cette suggestion. Ce que nous devons admettre, c'est que l'article ne lui a pas été soumis, et qu'il ne l'aurait pas laissé passer sous cette forme. C'est ce qui arrive constamment, surtout avec des journalistes de mauvaise foi.

D'après les déclarations du Président, les journaux ne reviendront plus sur cet incident. Il saisira lui-même une occasion de reconnaître ouvertement, une fois de plus, l'entière correction du Gouvernement helvétique.

1. Nicht abgedruckt.

2. Nr. 456.

Il n'en peut pas dire autant de la France, et il s'est plaint vivement de l'attitude du Gouvernement français, qui laisse fomenteur sur son territoire des complots pouvant aboutir à de très graves résultats. Il a rappelé avec un vif ressentiment l'affaire Garibaldi, et d'autres incidents du même ordre.

Je crois que si ce projet des communistes suisses était l'objet d'une interpellation quelconque aux Chambres Fédérales, vous pourriez déclarer que le Gouvernement italien n'a entendu exercer aucune pression quelconque sur le Conseil Fédéral, et qu'il a ouvertement reconnu sa correction et sa loyauté dans ses rapports internationaux.

M. Mussolini avait eu connaissance aussi de la polémique engagée entre M. le Prof. Laur et les communistes par la lecture du «Paysan suisse». Il est toujours au courant de l'attitude de notre presse. L'accueil de Mussolini a été des plus amicaux³.

3. *Bemerkung Mottas am Briefkopf*: Communiqué au C[onseil] f[édéral] en séance aujourd'hui. 22. I. 1929.

458

E 2001 (C) 2/12

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Generalkonsul in Shanghai, J. L. Isler*

Kopie
S TG.

Berne, 25 janvier 1929

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre rapport du 31 décembre¹ et nous vous en remercions vivement. Nous avons appris avec intérêt que le Chargé d'Affaires de Cuba, M. Gomez Garrica, a remis ses lettres de créance à M. Wang, le 27 décembre, et que, le même jour, l'Espagne a conclu avec la Chine un traité préliminaire d'amitié et de commerce, analogue au traité sino-italien du 27 novembre 1928.

Nous vous sommes particulièrement reconnaissants d'avoir attiré notre attention sur le fait que la Suisse est aujourd'hui le seul Etat européen bénéficiant du régime capitulaire en Chine à n'avoir pas reconnu le Gouvernement nationaliste de Nankin comme le seul Gouvernement chinois existant.

Ainsi que vous le savez, cette abstention de notre part tient davantage aux circonstances qu'à une volonté arrêtée de notre part. S'il est vrai qu'à l'exemple de la plupart des autres Gouvernements européens, nous avons intentionnellement laissé sans réponse écrite la note du 20 juin 1928² par laquelle le Chargé d'Affaires de Chine à Berne nous a informés que le Gouvernement de Nankin «avait définitivement pris le pouvoir», nous avons lieu de croire que, dès la fin de l'année

1. *Nicht ermittelt.*

2. *Nicht abgedruckt. Vgl. Nr. 400 und Nr. 407.*

dernière, le Conseil fédéral n'aurait guère vu d'inconvénient, si l'occasion s'en était présentée, à prêter les mains à un acte qui, à l'instar des accords que d'autres Etats ont conclus avec la République chinoise, eût comporté reconnaissance tacite du Gouvernement nationaliste de Nankin. Les conjonctures – et, notamment, le fait que nos relations avec la Chine sont, depuis 1918, établies sur la base que le Gouvernement chinois a cherché à généraliser au cours de ces derniers mois – n'ont pas fait naître cette occasion et il ne peut évidemment pas être question que le Conseil fédéral prenne spontanément l'initiative de donner au Gouvernement chinois une reconnaissance officielle qui ne nous est point demandée actuellement.

Vu la présence à Berne de la Légation de Chine, avec laquelle nous entretenons des relations fort courtoises, et les excellents rapports de fait que vous entretenez, de votre côté, avec les Autorités chinoises, le statu quo actuel ne présente guère d'inconvénients immédiats.

Il n'en subsiste pas moins que la Suisse figure, ainsi que vous l'avez relevé, parmi les Etats qui, ni d'une façon ni d'une autre, n'ont reconnu le Gouvernement de Nankin. Nous ne nous en inquiétons pas outre mesure, mais nous voudrions éviter qu'il en pût résulter des malentendus analogues à ceux qui, il y a quelques années, se sont produits dans des circonstances similaires entre la Suisse et le Mexique et qu'il n'a pas été très facile de dissiper complètement par la suite.

Pour parer à cet inconvénient, nous souhaiterions trouver le moyen de manifester publiquement nos sentiments amicaux à l'égard du Gouvernement chinois, tout en évitant une allusion quelconque à la question de la reconnaissance formelle, que nous n'avons aucun intérêt à nous laisser expressément poser.

En première ligne et pour prendre date, nous nous proposons à cet effet d'insérer dans le rapport de gestion pour 1928³, qui sera présenté prochainement à l'Assemblée fédérale, un passage exposant que, si le Conseil fédéral n'a pas été, à l'exemple d'autres Etats, dans le cas de traiter directement avec le Gouvernement de Nankin, seul qualifié actuellement pour représenter la République chinoise, c'est que le traité d'amitié sino-suisse du 13 juin 1918 a continué à être appliqué de part et d'autre dans l'esprit le plus amical.

Dès que nous trouverons l'occasion d'avoir avec M. Hsiao une conversation dépourvue de caractère officiel, nous avons l'intention, d'autre part, de lui indiquer, sans trop appuyer, que nous nous sommes félicités de voir se consolider en Chine un Gouvernement en état de contribuer au développement des relations sino-suisse. Nous vous serions reconnaissants de saisir, de votre côté, une conjoncture favorable pour donner à entendre à Nankin, de façon officieuse et discrète, que, sans que la question de la reconnaissance ait à être préjudiciellement examinée, le Conseil fédéral est prêt à entretenir des relations cordiales avec le Gouvernement nationaliste chinois.

3. *Vgl.* GBer 1928, S. 38.

E 2001 (C) 7/1

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an die schweizerischen Gesandtschaften und die schweizerischen
Generalkonsulate in Shanghai und Montreal*

Kopie
Rundschreiben UE.

Bern, 6. Februar 1929

Eine unserer Gesandtschaften hat angeregt, wir möchten entsprechend der bis vor einigen Jahren gepflogenen Übung die Gesandtschaften inskünftig wieder von Zeit zu Zeit über unsere Schiedsvertragspolitik in kurzen Zügen unterrichten. Wir kommen diesem Wunsche gerne nach. Im letztjährigen Geschäftsberichte haben wir eine Übersicht über die bis vor Jahresfrist von der Schweiz eingegangenen allgemeinen Verträge zur Erledigung von Streitigkeiten im Vergleichs-, Gerichts- und Schiedsverfahren veröffentlicht¹. Wir können uns aus diesem Grunde hier darauf beschränken, die seither eingetretenen Änderungen zu besprechen und sodann einen flüchtigen Blick auf die wichtigsten Verhandlungen zu werfen, die gegenwärtig im Gange sind.

Zu den neunzehn Verträgen über die friedliche Beilegung völkerrechtlicher Streitigkeiten, welche die Schweiz seit der Entstehung des Völkerbundes bis Ende 1927 abgeschlossen hatte, gesellten sich 1928 zwei weitere hinzu: die Vergleichs-, Gerichts- und Schiedsverträge mit Portugal und der Türkei.

Der Vertrag mit *Portugal*, vom 17. Oktober 1928, der sich sehr eng an denjenigen mit Belgien vom 5. Februar 1927 anlehnt, findet Anwendung auf jegliche Art von Streitigkeiten, die zwischen beiden Vertragsteilen entstehen könnten. Er unterscheidet zwischen Streitigkeiten rechtlicher Natur, die dem Ständigen Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten sind, und solchen anderer Art, deren Beilegung einem Schiedsgerichte von fünf Mitgliedern anvertraut ist, sofern die Parteien nicht übereinkommen, auch diese Streitigkeiten vor den Gerichtshof zu bringen, der in diesem Fall *ex aequo et bono* zu entscheiden hat (Art. 38, Abs. 2, des Statuts des Gerichtshofes). Das vorgängige Vergleichsverfahren ist obligatorisch für nichtjuristische Streitigkeiten; für juristische wird es nur durchgeführt, sofern eine Partei dies verlangt. Für weitere Einzelheiten verweisen wir auf die Botschaft des Bundesrates vom 17. Dezember 1928².

Mit der *Türkei* kam am 3. Dezember 1928, nach längeren Verhandlungen, ein Vergleichs-, Gerichts- und Schiedsvertrag zustande, der in der Anerkennung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit nicht weiter geht als die zu Beginn des Jahrhunderts abgeschlossenen Schiedsverträge. Nach dessen Bestimmungen hat

1. GBer 1927, S. 41ff.

2. Die schweizerisch-portugiesischen Schiedsvertragsverhandlungen sind nachgezeichnet im BR-Protokoll vom 16. 10. 1928 (E 1004 1/312). – Der Vertrag wurde am 17. 10. 1928 unterzeichnet und trat am 9. 11. 1929 in Kraft. Vgl. auch BR-Botschaft vom 17. 12. 1928, in: BBl 1928, II, S. 1326ff.

jede Partei die Möglichkeit, eine Streitigkeit dem Vergleichs-, Gerichts- oder Schiedsverfahren zu entziehen, sobald diese Streitigkeit ihrer Ansicht nach ihre Verfassungsgrundsätze oder Lebensinteressen berührt oder sich auf Fragen bezieht, für die nach Völkerrecht die Entscheidungsbefugnis ihr allein zusteht. Sobald diese Einreden nicht erhoben werden, ist jeder Streitfall auf Verlangen einer Partei zunächst einer Vergleichskommission vorzulegen. Führt das Vergleichsverfahren nicht zum Ziele oder kommen die Parteien überein, von ihm abzusehen, so wird die Streitigkeit vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof oder, im gemeinsamen Einverständnis, vor ein Schiedsgericht gebracht, das nach den Grundsätzen des zweiten Haager Abkommens gebildet wird. Der Bundesrat wird den Vertrag den eidgenössischen Räten demnächst mit einer Botschaft zur Genehmigung vorlegen³.

Im September 1927 war *Deutschland* durch den Beitritt zum Protokoll über die fakultative Bestimmung des Artikels 36, Absatz 2, des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes gegenüber den Mitunterzeichnern dieses Protokolls eine bedeutend weitergehende Bindung zur friedlichen Beilegung der Streitigkeiten eingegangen, als dies im Schieds- und Vergleichsvertrage mit uns der Fall gewesen war. Nach dem Wortlaute der Erklärung, mit der der deutsche Reichsminister des Auswärtigen das Protokoll unterzeichnet hatte, sollte die fakultative Bestimmung jedoch nicht Anwendung finden in denjenigen Fällen, in denen die Parteien bereits übereingekommen waren, sich eines besonderen Verfahrens friedlicher Regelung zu bedienen. Da dies im Verhältnisse zur Schweiz der Fall ist, war die Anerkennung der fakultativen Bestimmung durch Deutschland ohne Einfluss auf unsere gegenseitigen Rechtsbeziehungen, und so hatte dieses Land uns gegenüber die Möglichkeit, sich einem Schiedsverfahren durch Anrufung einer der im Vertrage von 1921 vorgesehenen Vorbehalte zu entziehen. Die deutsche Regierung hätte indessen keinen Grund gehabt, der Schweiz nicht zu gewähren, was sie andern Staaten zugestand. Auf ihre Initiative hin wurde deshalb in einem am 29. August in Bern unterzeichneten Protokolle der bestehende Schieds- und Vergleichsvertrag durch Aufhebung der Vorbehalte in seiner rechtlichen Tragweite der fakultativen Bestimmung des Status angepasst. Der Bundesrat hat am 14. Dezember über die Umgestaltung des Vertrages eine Botschaft an die Bundesversammlung gerichtet⁴.

Von den früher geschlossenen Verträgen, deren Ratifikation durch die Gegenpartei bis vor Jahresfrist noch ausstand (Argentinien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Kolumbien), ist inzwischen nur derjenige mit *Finnland* in Kraft getreten, und zwar am 11. Juni 1928; die ständige Vergleichskommission, die er vorsieht, wird demnächst bestellt werden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden mit *Griechenland* dürfte unmittelbar bevorstehen⁵.

3. Vgl. Nr. 296, Anm. 3.

4. BBl 1928, II, S. 1098ff.

5. Die Verhandlungen sind nachgezeichnet im BR-Protokoll vom 15.9.1925 (E 1004 1/296). – Der Vertrag wurde am 21.9.1925 in Genf unterzeichnet und trat am 28.2.1929 in Kraft. Vgl. BR-Botschaft vom 5.3.1926 und Vertragstext, in: BBl 1926, I, S. 379ff.

Über die wichtigsten gegenwärtig schwebenden Unterhandlungen ist folgendes zu berichten:

Mit *Chile* ist ein Vertragsentwurf ausgearbeitet worden, der mit dem Wortlaut unseres Vertrages mit Italien weitgehend übereinstimmt. Zu bereinigen bleibt noch die Frage, ob Streitigkeiten, die gemäss der Landesgesetzgebung einer der Parteien in die Zuständigkeit ihrer Gerichte fallen, dem vorgesehenen Vergleichs- und Gerichtsverfahren ebenfalls unterworfen werden können. Nach einer Auffassung, die von verschiedenen südamerikanischen Staaten vertreten wird, dürften solche Streitigkeiten nicht geeignet sein, den Gegenstand eines Vergleichs- oder Gerichtsverfahrens zu bilden, der Fall der Rechtsverweigerung ausgenommen⁶.

Weil über diesen Punkt keine Einigung erzielt werden konnte, sind seinerzeit auch die Verhandlungen mit *Uruguay* eingeschlafen, nachdem sie bereits bis zur Ausfertigung der Vertragsurkunden gediehen waren. Da Uruguay der fakultativen Bestimmung des Statuts des Gerichtshofes vorbehaltlos beigetreten ist, hätte es für die Schweiz keinen Zweck, einen Vertrag einzugehen, der im Vergleiche zum gegenwärtigen Zustand einem Rückschritte gleichkäme⁷.

Die *luxemburgische* Regierung hatte uns den Entwurf zu einem Vergleichs-, Schieds- und Gerichtsvertrag unterbreitet. Wir liessen ihr nach Prüfung desselben kürzlich einen Gegenentwurf zugehen, zu dem sie sich noch nicht geäussert hat.

Mit der *Tschechoslovakei* stehen wir seit 1921 in Unterhandlungen. Nachdem die tschechoslovakische Regierung im Laufe der Zeit nicht weniger als drei Vertragsentwürfe von uns erhalten hatte, ohne dass eine Einigung hätte erzielt werden können, liess sie uns im September letzten Jahres wissen, dass sie nunmehr bereit sei, einen Vertrag mit uns abzuschliessen, der bezüglich der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit den neuesten Fortschritten entspreche. Wir haben ihr daraufhin einen vierten Entwurf vorgelegt, der dem Inhalte nach ungefähr die Mitte hält zwischen den Verträgen von Locarno und der Generalakte zur friedlichen Erledigung völkerrechtlicher Streitigkeiten, die bekanntlich von der letzten Völkerbundsversammlung ausgearbeitet worden ist. Gleichzeitig wurde der Gesandtschaft mitgeteilt, dass wir natürlich auch bereit wären, einen Vertrag nach dem Muster desjenigen mit Italien oder mit Finnland abzuschliessen. Es bleibt nun abzuwarten, ob unsere Bemühungen diesmal zum Ziele führen werden⁸.

Den *Vereinigten Staaten* von Amerika waren seinerzeit, nachdem der Bericht des Bundesrates vom 11. Dezember 1919 die Genehmigung der Bundesversammlung erhalten hatte, Vorschläge für den Abschluss eines Vergleichs- und Schiedsvertrages unterbreitet worden. Die Verhandlungen verliefen indessen ergebnislos, weil die Vereinigten Staaten keine Schiedsverträge schliessen wollten, die von denen der Vorkriegszeit abgewichen wären, bevor die Entscheidung über ihre Beteiligung am Ständigen Internationalen Gerichtshof gefallen sei. Vor kurzem hat sich nun die Regierung in Washington dazu entschlossen, in ihrer Schiedsvertragspolitik neue Wege einzuschlagen. Den Wendepunkt bildete bekanntlich der

6. Die Verhandlungen sind nachgezeichnet im BR-Protokoll vom 15.2.1929 (E 1004 1/314).

7. Vgl. auch BR-Protokoll vom 20.8.1927 (E 1004 1/314).

8. Vgl. Nr. 487.

Schiedsvertrag mit Frankreich. Nachdem dieser Vertrag zustande gekommen war, setzte sich das Weisse Haus mit einer ganzen Reihe von Regierungen in Verbindung, um ihnen den Abschluss zweier verschiedener Verträge zur Beilegung von Streitigkeiten vorzuschlagen, eines Vergleichsvertrages nach dem Vorbilde der Bryan-Verträge und eines Schiedsvertrages ähnlich dem Verträge mit Frankreich.

Die Schweiz hatte am 3. Februar 1914 einen Bryan-Vertrag unterzeichnet, dessen Ratifikation jedoch unsererseits infolge des Kriegsausbruchs unterblieben war. Die Regierung der Vereinigten Staaten schlug uns in Übereinstimmung mit ihrer oben dargelegten Politik im vergangenen Jahre vor, diesen Vertrag nachträglich zu ratifizieren, um ihn in Kraft zu setzen, und des ferneren einen Schiedsvertrag nach dem erwähnten Vorbild abzuschliessen. Nun erscheint aber der Bryan-Vertrag in gewissen Teilen als veraltet und bedürfte zum mindesten der Anpassung an die heute gebräuchliche Ausdrucksweise. Unter diesen Umständen ist kaum einzusehen, warum nicht das Schieds- und das Vergleichsverfahren in einem und demselben Verträge geordnet werden könnten. Dies ist der Schluss, zu dem der Bundesrat gekommen ist. Er hat die Gesandtschaft in Washington durch uns beauftragen lassen, der Regierung der Vereinigten Staaten zu eröffnen, dass er gerne bereit sei, die friedliche Beilegung von Streitigkeiten im Vergleichs- und Schiedsverfahren vertraglich mit ihr zu regeln, dass er es aber vorzöge, nur einen einzigen Vertrag zu schliessen, der auch inhaltlich in einigen, allerdings nicht wesentlichen Punkten von den amerikanischen Vorschlägen abweichen würde. Der Regierung in Washington wurde ein Vertragsentwurf überreicht, der diesen Erwägungen Rechnung trägt. Die Angelegenheit ist noch hängig, doch dürfte es zweifelhaft sein, ob die amerikanische Regierung gesinnt ist, unserer Anregung zu entsprechen⁹.

Nicht unterlassen wollen wir, in diesem Zusammenhange zu erwähnen, dass gegenwärtig die Schweiz gegenüber folgenden fünfzehn Staaten durch die fakultative Bestimmung des Artikels 36 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes gebunden ist: Äthiopien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Haiti, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Uruguay. (Bekanntlich hat z. B. auch Frankreich das Protokoll unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert.)

Endlich mag noch bemerkt werden, dass sich unser Departement demnächst mit der Prüfung der oben bereits erwähnten, von der IX. Völkerbundsversammlung genehmigten Generalakte zur friedlichen Erledigung völkerrechtlicher Streitigkeiten beschäftigen wird; es wird im gegebenen Zeitpunkte dem Bundesrate seine Auffassung hinsichtlich eines eventuellen Beitritts der Schweiz zu dieser Akte unterbreiten¹⁰.

9. Vgl. dazu Nr. 464.

10. Das Dossier Acte général ist laut Notiz des Bundesarchivs vernichtet.

460

E 1004 1/314

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 15. Februar 1929¹

297. Le nouveau statut du St. Siège

Verbal

M. le chef du département politique communique que, le 8 février, M. Pignatti l'a informé de la conclusion imminente d'un accord politique entre le gouvernement italien et le St. Siège. Le 14, le nonce l'a avisé officiellement de la signature dudit accord². M. Motta les a remerciés l'un et l'autre de leurs communications et les a priés de transmettre ses félicitations à leurs gouvernements respectifs. Il ne pense pas qu'il y ait lieu pour le Conseil fédéral de faire aucune autre démarche.

En ce qui concerne les effets que la conclusion de l'accord pourra exercer sur nos relations avec le St. Siège, il est difficile d'émettre une opinion définitive tant que le texte de l'accord n'aura pas été publié. Toutefois, en ce qui concerne l'initiative dite des décorations, M. le chef du département politique incline à penser que l'accord dissipe tous les doutes qu'on pouvait avoir au sujet de la nature des décorations papales: ces décorations seraient considérées comme décernées par un gouvernement et tomberaient sous le coup du projet d'article constitutionnel. Il est difficile, en revanche, de considérer la garde papale comme une armée étrangère au sens de l'article 94 du code pénal militaire; cette troupe étant une simple garde de police, quiconque pourra y prendre du service, comme actuellement, sans l'autorisation du Conseil fédéral.

Dont acte.

1. *Abwesend: Häberlin.*

2. *Vgl. auch Nr. 463.*

461

E 2001 (C) 7/4

*Das Politische Departement an den schweizerischen Gesandten in Paris,**A. Dunant**Kopie*

S TG.

Berne, 18 février 1929

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre rapport du 31 janvier¹ nous rendant compte de l'entretien que vous avez eu avec M. Lucien Hubert au sujet de l'approbation par le Sénat français du traité général de conciliation et d'arbitrage obligatoires conclu entre la Suisse et la France, le 6 avril 1925, et nous vous en remercions vivement.

1. *Nicht abgedruckt.*

Nous avons pris connaissance à regret, mais sans beaucoup de surprise des conclusions pessimistes auxquelles cette conversation vous a conduit. Nous ne pouvons, en effet, attribuer à une simple intention de chicane l'obstruction manifestée par M. Bérard. L'attitude de ce dernier nous semble bien plutôt refléter un plan parfaitement réfléchi et devoir être mise en rapport, d'une part, avec la tendance, dont nous voyons les effets dans les domaines les plus divers, qu'a le Gouvernement français de se ménager des «pièces d'échange» pour la période des négociations prévues par l'article 2 du compromis des zones², d'autre part, avec l'effort tenté dans le Contre-Mémoire français pour contester l'interprétation normale du compromis et empêcher la Cour permanente de Justice internationale d'aborder le fond du débat.

Semblable attitude apparaît comme assez logique si l'on se souvient qu'au cours des débats relatifs au compromis des zones, M. Briand avait déclaré au Sénat que, cet accord ratifié, les Parties parviendraient sans doute à s'entendre sans avoir à épuiser la procédure judiciaire et si l'on tient compte du fait qu'une semblable attente a été déçue jusqu'ici.

Nous ne saurions, dès lors, nous faire beaucoup d'illusions sur la possibilité d'obtenir, avant l'achèvement de la première phase du procès des zones, la ratification par la France du traité général de conciliation et d'arbitrage, mais nous tenons, cependant, à n'omettre aucune des démarches qui pourraient encore être tentées à cet effet. Le fait que le Quai d'Orsay s'est montré enclin, jusqu'ici, à rejeter sur la proverbiale lenteur du Sénat les temporisations dont nous avons à nous plaindre nous laisse la possibilité d'insister par note pour que s'achève sans retard la procédure parlementaire nécessaire à la ratification par la France du traité dont il s'agit.

Pour mieux préciser notre pensée, nous avons préparé un projet de note indiquant les points sur lesquels nous voudrions que l'attention de M. Briand fût plus particulièrement attirée. Vous voudrez bien trouver ce projet sous ce pli³; nous vous serions reconnaissants de vous en inspirer pour rappeler par écrit notre traité général de conciliation et d'arbitrage au Ministre français des Affaires étrangères⁴.

ANNEX I

PROJET

Kopie
N

D'ordre de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de rappeler à Votre Excellence que le traité de conciliation et d'arbitrage obligatoires, conclu entre la Suisse et la France le 6 avril 1925, a reçu, par arrêté fédéral du 25 septembre 1925, l'approbation de l'Assemblée Fédérale, de sorte que, depuis plus de quarante mois, le Conseil Fédéral est prêt, pour ce qui le concerne, à procéder à l'échange

2. BBl 1924, III, S. 954.

3. *Dieser Notentwurf ist als Annex 1, die französische Antwort als Annex 2 abgedruckt.*

4. *Der französische Senat ratifizierte den Schiedsvertrag zwischen Frankreich und der Schweiz am 6.3.1934.*

des instruments de ratification, qui, aux termes de l'article 17 de ce traité, doit avoir lieu «à Paris aussitôt que faire se pourra».

Le Conseil Fédéral s'était félicité d'apprendre que la Chambre Française des Députés avait approuvé, le 3 mars 1927, le traité dont il s'agit, mais il ne constate pas sans regret que, bien qu'il soit saisi de cette affaire depuis le 29 mars 1927, le Sénat n'en a pas encore abordé l'examen.

J'ai déjà eu à diverses reprises, Monsieur le Ministre, l'occasion de vous entretenir du prix tout particulier que le Conseil Fédéral attacherait à voir entrer promptement en vigueur entre la Suisse et la France un accord qui correspond si pleinement aux vues que tant de fois vous avez éloquemment développées. Vous aviez bien voulu me répondre qu'il n'était pas à redouter que l'approbation du traité franco-suisse du 6 avril 1925 souffrit quelque difficulté de la part du Parlement Français. Je n'avais pas manqué de transmettre à mon Gouvernement ces indications rassurantes et je ne sais comment lui fournir aujourd'hui une explication valable des temporisations qui se sont produites contre toute attente.

Le Conseil Fédéral m'a chargé d'insister instamment auprès de Votre Excellence pour que le Gouvernement Français voulût bien user de ses bons offices en vue du prompt achèvement de la procédure parlementaire dont dépend, en France, la ratification du traité franco-suisse de conciliation et d'arbitrage obligatoires.⁵

ANNEX 2

*Das französische Aussenministerium an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*⁶

Copie certifiée conforme

N

Paris, 7 mars 1929

Vous avez bien voulu attirer mon attention, par votre lettre du 25 février⁷, sur l'intérêt qu'attache le Gouvernement fédéral à voir ratifier sans plus de retard la convention d'arbitrage franco-suisse du 25 septembre 1925 et vous avez formulé le vœu que le Gouvernement français usât de ses bons offices pour hâter la procédure parlementaire actuellement en cours à ce sujet.

Je m'empresse de vous informer que j'ai recommandé à nouveau à toute la diligence de la Haute Assemblée la nécessité d'une prompte discussion du traité conclu entre nos deux Gouvernements et tiens à vous renouveler l'assurance que mon Département ne négligera rien pour permettre l'approbation définitive et aussi rapide que possible de l'accord dont il s'agit.

5. Die entsprechende Note wurde von Dunant am 25.2.1929 an den französischen Aussenminister gerichtet.

6. Die Note ist im Auftrag des Aussenministers vom Generalsekretär des Aussenministeriums, P. Berthelot, unterzeichnet.

7. Annex I.

462

E 27, Archiv-Nr. 23394

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer*

S TZ.

Berne, 22 février 1929

Nous avons eu l'honneur de recevoir la lettre du 14 de ce mois¹, par laquelle vous avez bien voulu nous faire connaître votre manière de voir sur l'attitude qu'il conviendrait pour la Suisse d'adopter à l'égard des modèles de traités, élaborés par le Comité d'arbitrage et de sécurité, relatifs aux moyens de prévenir la guerre (projet allemand), ainsi qu'à l'assistance mutuelle et à la non-agression².

Les conclusions auxquelles vous aboutissez correspondent entièrement à notre propre point de vue, tel que nous l'avions déjà exposé, sous une forme condensée, dans le rapport que nous avons remis aux membres de la délégation suisse à la dernière Assemblée de la Société des Nations et dont vous avez reçu copie. Les intéressantes observations formulées à cet égard par le Service de l'Etat-major général dans les rapports qu'il vous a adressés en date des 7 et 8 janvier³ n'ont fait que nous confirmer dans l'idée que la Suisse n'a aucun intérêt, du moins pour le moment, à participer à des accords de sécurité avec les Etats voisins. Il n'y a guère lieu de s'attendre, d'autre part, à ce que l'un ou l'autre de ceux-ci nous fasse des ouvertures dans ce sens, notre pays ne constituant aucune menace pour la sécurité de quelque Etat que ce soit.

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Vgl. BBl 1928, II, S. 1205ff.*

3. *Beide Berichte in: E 2001 (C) 5/95.*

463

E 2300 Rom, Archiv-Nr. 29

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

Rapport Politique n° 4.

Rome, 22 février 1929

Les rapports entre le St. Siège et le Gouvernement fasciste, comme je vous l'ai signalé à maintes reprises, ne furent pas toujours amicaux. Ils furent même assez tendus.

L'accapement de l'éducation de la jeunesse avait créé en particulier de vives alarmes dans le clergé séculier. Les curés se plaignaient de voir les jeunes gens désertier les offices et abandonner les organisations de la jeunesse catholique pour suivre, le dimanche, les exercices et les jeux sportifs institués sous la direction des

consuls fascistes. Cela paraissait en contradiction évidente avec les déclarations solennelles du Chef du Gouvernement, proclamant le respect de l'Eglise et de la religion. On voyait s'établir en Italie un culte nouveau, celui de la patrie fasciste, avec des rites, des Saints, des martyrs, tout un appareil qui rappelait celui de l'Eglise et lui créait une sorte de rivalité. Dans certaines écoles, même de filles, les élèves défilent chaque jour devant un petit autel élevé au soldat inconnu, en élevant la main pour le salut romain. A plusieurs reprises, le pape est intervenu pour revendiquer les droits de l'Eglise dans l'éducation de la jeunesse.

[...]

Dans le haut clergé, qui subit davantage l'influence des milieux conservateurs, le fascisme comptait cependant des partisans déclarés. Il en comptait aussi dans toutes les localités où les prêtres s'étaient vus en butte aux attaques socialistes.

Dans les années qui ont précédé l'avènement de Mussolini on avait pu craindre, en effet, une révolution sociale qui était un danger pour l'Eglise autant que pour la monarchie. En rétablissant l'ordre dans le royaume, en proclamant à la fois l'existence de l'Eglise et le respect de la royauté, Mussolini s'est acquis la reconnaissance des deux pouvoirs. C'est ce qui devait atténuer, dans les milieux du Vatican, les griefs formulés contre le fascisme, et dont le Pape avait des motifs fondés de s'émouvoir. Ces courants contraires expliquent en quelque mesure les nouvelles contradictoires répandues jusqu'au dernier moment au sujet d'un projet de conciliation. De très bonne foi et dans les deux camps, les personnages les mieux placés pour être exactement renseignés, n'iaient, la veille même de l'accord, toute possibilité d'entente.

Un autre motif de division entre le fascisme et l'Eglise était le nationalisme. Sous la forme que ce patriotisme exclusif et exaspéré a prise depuis la guerre, il ne saurait se concilier avec les enseignements de l'Evangile et la situation d'une Eglise universelle. Le Pape s'est exprimé à ce sujet avec force, sans en faire toutefois l'objet d'une encyclique annoncée depuis longtemps par la presse. Mais, dans toute l'attitude du St. Siège à l'égard de l'*Action française*, on avait l'impression très nette que le fascisme était visé également dans ses excès nationalistes.

[...]

A la veille même de la conclusion – ce détail nous provient d'une source très sûre – le St. Père éprouva de cruelles hésitations et proposa au cardinal Gasparri de laisser cette décision à un prochain pontificat. Le Cardinal, qui avait été lui-même opposé, au début, à ces négociations, insista dans le sens de la conclusion, en représentant au Souverain Pontife que l'on ne retrouverait pas facilement en Italie un gouvernement aussi bien disposé pour accorder au St. Siège les concessions qu'il demandait et, en même temps, aussi fort pour les imposer à la nation.

Dans les concessions accordées à l'Eglise au sujet du mariage religieux, Mussolini a été influencé également par ses préoccupations démographiques et son souci de repeuplement. Dans certaines régions, à la campagne, les paysans recourent plus volontiers au curé qu'à l'état-civil, par le fait qu'on n'y compte qu'une mairie pour quatre paroisses. Il en résulte beaucoup de mariages légalement irréguliers et des complications auxquelles l'autorité civile ne pouvait rester indifférente.

D'autre part, Mussolini a saisi toutes les occasions de complaire à l'Eglise, en rétablissant le crucifix dans les écoles, en relevant, au milieu du Colysée, la grande croix stupidement abattue par l'administration locale. L'année dernière, une crise grave ayant éclaté dans le groupe des banques «catholiques», il a obligé la Banque d'Italie d'intervenir et a évité un désastre pour la clientèle fidèle de ces instituts.

D'autres circonstances ont facilité le rapprochement. L'effondrement de l'Autriche, l'effacement de l'Espagne dans le Conseil des nations, la politique intérieure de la France. Lorsque le prince héritier d'Italie s'est rendu en Terre Sainte, l'an dernier, reçu en forme solennelle, à l'entrée des sanctuaires, entouré des hauts dignitaires catholiques, le Vatican n'a pu que se réjouir de l'attitude de ce prince italien. L'Italie, de plus en plus, se manifestait comme la grande puissance catholique. Le «*Corriere d'Italia*», journal «catholique», écrivait alors que le prince avait affirmé la volonté de l'Italie de défendre les droits catholiques des lieux saints. «Une grande mission, disait ce journal, attend aujourd'hui l'Italie dans tout l'Orient. Comme grande puissance catholique, héritière des républiques de Venise, Gênes, Pise, Amalfi et des royaumes de Naples et de Sardaigne, elle doit défendre les droits de l'Eglise et son prestige.»

En résumé, malgré l'opposition de l'aile gauche du fascisme, des Farinacci, des Rossoni et autres irréductibles, malgré la répulsion de certains éléments ecclésiastiques qui redoutent les répercussions à l'étranger de cet événement, ce qui a finalement triomphé, c'est, d'une part, un besoin de paix et de clarté dans les rapports entre les deux pouvoirs, et c'est aussi l'esprit italien, le génie italien, l'instinct de la race, son besoin d'unité, ses aspirations de puissance. L'accord du 11 février 1929, négocié et conclu entre Italiens, est le couronnement de l'œuvre laborieuse et séculaire de l'unité italienne.

On a publié beaucoup de fantaisies sur la Garde suisse pontificale ces jours-ci.

Voici des détails dont je puis vous garantir l'exactitude.

C'est Mgr. Pizzardo qui est chargé de traiter toutes les questions concernant les corps armés du Vatican; il a conféré avec le Colonel Hirschbühl. La Garde suisse aura un nouveau poste de garde du côté du Monastère de Sta. Marta, derrière St. Pierre.

La Garde comprend actuellement 95 hommes. Son effectif peut s'élever à 135. Pendant l'Année Sainte, il fut porté à 115. Il sera porté maintenant à 105. On ne prévoit pas une augmentation du nombre des officiers. Sur l'attitude de l'opinion publique, je me réfère à ma dernière lettre particulière¹: aucun article hostile ou malveillant dans la presse italienne.

La nationalité de la «Cité du Vatican» est conférée à tous les officiers et soldats de la Garde, *aussi longtemps qu'ils y résident.*

1. Nicht ermittelt.

E 2200 Washington 14/1

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Geschäftsträger in Washington, E. Lardy*

S TZ.

Berne, 27 février 1929
(Ankunft: 13. März 1929)

Votre lettre N° 4. 17 du 17 janvier¹ nous est bien parvenue et nous vous remercions des renseignements fort intéressants que vous nous avez fait parvenir au sujet des résultats de la Conférence panaméricaine sur la conciliation et l'arbitrage, qui a siégé à Washington du 10 décembre 1928 au 5 janvier 1929.

Les deux conventions élaborées par la Conférence accusent de notables progrès sur les accords antérieurs, puisqu'elles auraient, en particulier, pour effet d'enlever au Sénat des Etats-Unis la prérogative de se prononcer souverainement sur l'acceptation ou le rejet de compromis d'arbitrage. L'abandon de toute clause réservant la compétence du Sénat à cet égard serait évidemment de nature à donner une orientation toute nouvelle à la politique des Etats-Unis en matière d'arbitrage. Il résulte cependant de votre communication qu'il n'est pas encore certain que le Sénat sacrifie sur l'autel de la concorde internationale une compétence dont il s'est toujours montré jusqu'ici extrêmement jaloux. La ratification de la convention d'arbitrage par les Etats-Unis est donc toute problématique.

Il serait prématuré, dans ces conditions, de nous autoriser de cet instrument diplomatique pour nous montrer plus exigeants dans la négociation du traité de règlement pacifique que nous serions désireux de voir intervenir entre les deux pays. Il y a lieu d'ailleurs d'admettre que, le jour où le Sénat aurait renoncé à tout contrôle sur la conclusion des compromis d'arbitrage, le Gouvernement américain tiendrait la main à ce que cette extension considérable de ses attributions fût constatée dans les traités à clauses compromissaires qu'il négocierait dans la suite. Nous n'avons pas, dès lors, à nous préoccuper outre mesure d'obtenir à cet égard une concession, qui, selon les circonstances, nous sera ou bien catégoriquement refusée ou bien offerte sans que nous ayons besoin de la demander.

Abstraction faite de ce point concernant la compétence du Sénat américain, les deux conventions élaborées en janvier dernier à Washington ne contiennent guère de dispositions qu'il serait d'un intérêt essentiel pour nous d'introduire dans le traité que nous nous sommes déclarés d'ores et déjà prêts à conclure avec les Etats-Unis. Il ne faut pas perdre de vue, en effet, que la convention d'arbitrage, en particulier, a le grave défaut de laisser le jeu des réserves limitatives de l'arbitrage à l'entière discrétion de chaque Etat contractant. La liberté que les Parties conservent à cet égard ne laisse pas d'affaiblir dans une mesure considérable le principe de l'arbitrage obligatoire. C'est, à notre avis, une des plus sérieuses critiques que l'on peut adresser à ce traité collectif d'arbitrage, comme, du reste, aux traités bilatéraux du type franco-américain.

1. Nicht abgedruckt.

Aussi longtemps que le Gouvernement des Etats-Unis entendra demeurer souverain juge des réserves et n'acceptera pas de les soumettre, le cas échéant, à l'arbitrage, les progrès réalisés seront, malgré tout, plus apparents que réels. C'est pourquoi le traité dont nous envisageons la conclusion avec les Etats-Unis laissera, de toute façon beaucoup à désirer, quelles que soient les améliorations que l'on pourrait lui apporter sur d'autres points (définition plus précise de la tâche de la Commission de conciliation, transformation de la procédure de conciliation en un véritable préliminaire de conciliation, etc.).

Nous ne verrions cependant aucune objection, cela va sans dire, à donner une portée plus libérale au projet de traité² que nous avons élaboré si vous aviez le sentiment que des amendements dans un sens ou dans l'autre seraient acceptés sans difficultés par le Gouvernement américain. Mais vous ne serez guère fixés à ce propos avant d'avoir reçu une réponse à nos contre-propositions de juin dernier. Aussi sommes-nous d'accord avec vous qu'il convient d'attendre, pour le moment, la suite que le Département d'Etat aura cru pouvoir réserver aux propositions du Conseil Fédéral³.

2. Nr. 392, Annex.

3. Vgl. auch Nr. 459.

465

E 1004 1/315

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. März 1929

495a. Rotes Treffen in Basel

Mündlich

Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, Herr *Häberlin*, gibt dem Rate Kenntnis von seinen Bemerkungen und Anträgen in der Frage eines Verbotes des roten Treffens in Basel, das bekanntlich von den Kommunisten als Ersatz für die ursprünglich geplante Zusammenkunft im Tessin auf den nächsten Palmsonntag vorgesehen ist. Dabei schickt er voraus, dass heute vormittag eine Konferenz zwischen dem Hrn. Bundespräsidenten und ihm einerseits und den beiden baselstädtischen Regierungsräten HH. Dr. Miescher und Dr. Niederhauser stattgefunden habe. Gestützt auf das Ergebnis dieser Besprechung sowie auf die Prüfung der Angelegenheit durch die Bundesanwaltschaft kommt er zu folgenden Schlüssen:

Die Frage, ob ein allfälliges Verbot der kommunistischen Zusammenkunft durchgeführt werden könnte, wäre, sofern es sich um ein gänzlich Verbot handelt, mit «Ja» zu beantworten. Allerdings werde man bei der Durchführung Balgereien in Kauf nehmen müssen und mit der Möglichkeit von Freisprechungen durch die Gerichte und mit Kritik selbst aus einem Teile der bürgerlichen Kreise rechnen müssen. Hingegen halte er dafür, dass ein blosses Verbot der Beteiligung

von Ausländern an einer Zusammenkunft, die im übrigen gestattet würde, kaum durchgeführt werden könnte.

Sehr schwierig sei die Entscheidung der grundsätzlichen Frage, ob ein Verbot des Treffens überhaupt erlassen werden solle oder nicht. *Für* den Erlass eines derartigen Verbotes sprechen insbesondere folgende Gründe: Der Umstand, dass die Tessiner Regierung auf Veranlassung des Bundesrates hin die Zusammenkunft im Tessin verboten hat¹; immerhin sei nicht zu vergessen, dass die Tessiner Regierung das Verbot beschränkt hat, auf die Demonstration in der Form und Art wie sie von den Veranstaltern angekündigt worden war; überdies habe der Bundesrat seine Massnahmen unter ausdrücklichem Hinweis auf die Lage im Tessin ergriffen. Sodann das Prestige des Bundesrates; allerdings sei nicht zu vergessen, dass das Eingreifen des Bundesrates bisher Erfolg hatte, da ja die Veranstaltung im Tessin abgesagt wurde; er sollte sich nun nicht einem Misserfolg aussetzen; falls der Bundesrat die Demonstration nicht verbietet, engagierte er die Verantwortlichkeit der Basler Regierung, die dafür sorgen muss, dass die Demonstration nicht ausartet; verbiete der Bundesrat das Treffen, so könne sich der Regierungsrat von Baselstadt auf seine Warnung berufen und dann sei ein allfälliger Misserfolg des Verbotes in erster Linie ein Misserfolg des Bundesrates. Endlich die Beziehungen zu Italien; es gebe kaum ein anderes Land, welches antifascistische Kundgebungen an sich verbietet; Italien dürfe nicht vergessen, dass die Kundgebung im Tessin verboten wurde; im übrigen frage Italien auch nicht, was es tun dürfe, wie der Fall Rossi und ein neuester fascistischer Übergriff in Chiasso beweisen.

Gegen ein Verbot spreche vor allem der Grundsatz der Freiheit der Meinungsäusserung und der Versammlungsfreiheit; bis jetzt sei jeweilen nur beim Vorhandensein besonderer Verhältnisse eingeschritten worden; respektiert der Bundesrat diesen Grundsatz der Freiheit, so stimmt er grundsätzlich darin auch mit den Regierungen des Tessin und von Baselstadt überein. Ferner sei die Spaltung der Sozialisten und Kommunisten zu berücksichtigen; die bisherige Haltung des Bundesrates sei von den Sozialisten in ihren neuesten Kundgebungen eigentlich gebilligt worden; es werde ihnen kaum möglich sein, davon abzugehen; diese Spaltung sei nicht nur wichtig mit Rücksicht auf die Parteiverhältnisse in Baselstadt, sondern vor allem auch für den Ausfall der Demonstration selbst; denn bei einem Verbot sei mit Sicherheit anzunehmen, dass die Sozialisten sich an der Veranstaltung beteiligen werden, währenddem sie sich sonst fernhalten dürften. Sodann sei zu beachten, dass auch bei grundsätzlichem Gewährenlassen die verfassungsrechtliche Möglichkeit zum Erlasse einschränkender Bestimmungen und zum Einschreiten gegen allfällige Exzesse vorhanden wäre. Durch das Mittel der Ausweisung und der Grenzsperrung könnte bei allfälliger Zuwiderhandlung gegen die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung getroffenen Polizeimassnahmen gegen die Ausländer in Basel oder in der Nachbarschaft hinreichend vorgegangen

1. *Der in diesem Zusammenhang am 1.3.1929 vom Bundesrat erlassene Beschluss* betreffend das Verbot der kommunistisch-antifascistischen Kundgebung («Rotes Treffen») und allfälliger Gegenkundgebungen im Tessin *in*: BBl 1929, I, S. 277f.

werden, während es dagegen schwierig wäre, lediglich die Fernhaltung der Fremden aus dem Auslande rechtlich zu begründen.

Zur Frage, ob die Demonstration auf ein geschlossenes Lokal beschränkt werden solle, wäre zu bemerken, dass erfahrungsgemäss beim Zuströmen und Verlassen der Versammlungslokale ein Zug durch die Strassen fast unvermeidlich sei. Der organisierte Zug sei aber viel ungefährlicher und von unvorhergesehenen Zufällen unabhängiger.

In der Beratung führt der Vorsteher des *politischen Departementes* aus, die Frage sei äusserst heikel und schwierig. Das Dulden einer Demonstration gegen eine fremde Regierung würde aber gegen das Völkerrecht verstossen. Es bestehe kein Zweifel darüber, dass die in Basel geplante Veranstaltung das Gleiche bezwecke, wie die Zusammenkunft im Tessin, die eben aus völkerrechtlichen Gründen verhindert wurde. Deshalb bleibe nichts anderes übrig, als auch das rote Treffen in Basel zu verbieten. Bis jetzt habe Italien in dieser Sache noch keine Schritte unternommen. Der Bundesrat wäre aber in einer sehr unangenehmen Lage, wenn er vorläufig nichts vorkehren würde, später aber unter fremdem Drucke handeln müsste.

Der *Vorsteher des Finanzdepartementes* erklärt ebenfalls, dass der Bundesrat die Veranstaltung unbedingt verbieten müsse. Denn abgesehen davon, dass eine Demonstration gegen eine fremde Regierung und insbesondere noch gegen eine Nachbarregierung nicht geduldet werden dürfe, gehe es nicht an, in unserm Lande einen internationalen Kongress von Kommunisten, also einer Organisation abhalten zu lassen, die den Umsturz des Staatswesens bezwecke. Das Verbot sei um so mehr angezeigt, als die Veranstaltung zu einem guten Teil von Leuten besucht werden soll, die eigens zu diesem Zwecke aus dem Auslande in die Schweiz reisen werden. Selbstverständlich könne es sich nur um ein absolutes Verbot handeln; eine Beschränkung des Verbotes auf die Beteiligung aus dem Auslande wäre ungenügend. Auch wäre ein derartiges beschränktes Verbot wohl schwer durchführbar, obgleich zu sagen sei, dass durch eine rechtzeitige Verschärfung der Grenzkontrolle und andere wirksame Massnahmen immerhin einem grossen Teil dieser Ausländer der Übertritt auf unseren Boden verwehrt werden könnte. Wird kein Verbot gegen das geplante rote Treffen in Basel erlassen, käme der Bundesrat nicht nur gegenüber Italien, sondern auch gegenüber der Regierung des Kantons Tessin in eine sehr unangenehme Lage.

Der *Vorsteher des Departementes des Innern* teilt die von den beiden Herren Vorrednern geäusserte Auffassung. Seiner Ansicht nach würde die öffentliche Meinung es nicht verstehen, wenn der Bundesrat die kommunistische Zusammenkunft gestatten würde. Er hätte sich allerdings am liebsten auf die Verhinderung der Beteiligung aus dem Auslande beschränkt, anerkennt aber, dass ein derartiges beschränktes Verbot weniger leicht durchzuführen wäre als das vollständige Verbot. Andererseits kann er sich den vom Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements vorgebrachten Argumenten nicht verschliessen und erklärt, dass er sich infolgedessen in seiner Stellungnahme nach der schliesslichen Haltung des Vorstehers dieses Departementes richten werde.

Der *Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes* erklärt, dass eine internatio-

nale Zusammenkunft der Kommunisten unter allen Umständen verhindert werden müsse. Hingegen wäre gegen eine blossе Versammlung der in der Schweiz niedergelassenen Anhänger der Moskauer Internationale wohl kaum viel einzuwenden, solange sie nicht zu Ausschreitungen führt. Redner empfiehlt daher, ein beschränktes Verbot zu erlassen und alle Massnahmen zu ergreifen, um dessen Durchführung sicherzustellen. Denn er ist überzeugt, dass es durch eine wirksame Kontrolle und wenn nötig durch eine vorübergehende Grenzsperrе möglich wäre, die Teilnahme aus dem Auslande wenn nicht ganz, so doch in der Hauptsache zu verunmöglichen.

Herr *Bundespräsident Haab* möchte sich ebenfalls für das vollständige Verbot aussprechen. Es gibt seines Erachtens keine Freiheit der Versammlung für eine Organisation, die die Zertrümmerung des Staatswesens bezweckt. Nach den heutigen Mitteilungen der Vertreter der baslerischen Regierung wäre es eher möglich, die ganze Demonstration zu unterdrücken als eine Beteiligung aus dem Auslande wirksam zu verhindern. Sollte die Mehrheit des Rates einem vollständigen Verbote nicht zustimmen können, so müsste zum mindesten das mehrerwähnte teilweise Verbot erlassen werden; denn es dürfe nicht zugegeben werden, dass auf unserem Boden internationale Demonstrationen gegen die schweizerische Regierung veranstaltet werden.

Der *Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes* erklärt, dass er die Beschränkung des Verbotes auf die Fremden, d. h. auf die zurzeit im Auslande wohnenden Kommunisten grundsätzlich und technisch nicht für durchführbar halte. Wenn man die Veranstaltung als völkerrechtswidrig erkläre, so müsse das Verbot allgemein gelten und es dürfe dann nicht eine Ausnahme zu Gunsten der in der Schweiz wohnenden Leute gemacht werden.

Der *Vorsteher des Militärdepartementes* wäre grundsätzlich ebenfalls für das allgemeine Verbot, hat aber Bedenken wegen dessen Durchführbarkeit. Auch er hält eine Beschränkung des Verbotes auf die vom Auslande Zureisenden nicht für angängig. Er gibt zu bedenken, dass der Bundesrat im Falle des Erlasses eines Verbotes dafür Sorge zu machen hätte, dass diesem Verbote Nachachtung verschafft werde, was ohne den Einsatz grösserer Machtmittel und damit einer eigentlichen eidgenössischen Intervention nicht leicht sein wird. Ein Verzicht auf das Verbot sei aber andererseits, mit Rücksicht auf das durch die Tessiner Regierung kürzlich auf Veranlassung des Bundesrates erlassene Verbot schwierig. Zweifellos werde es notwendig sein, auch im Falle des gänzlichen Verbotes die Grenze nach Möglichkeit abzusperren.

Der *Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes* erklärt, die Bedenken des Vorstehers des Militärdepartementes hinsichtlich der Durchführbarkeit eines gänzlichen Verbotes hätten ihn etwas stutzig gemacht, so dass er glaube, die beste Lösung bestehe in der Beschränkung dieses Verbotes auf allfällige Teilnehmer aus dem Auslande. Allerdings werde dies wohl eine zeitweise Grenzsperrе notwendig machen, aber auch im Falle des vollständigen Verbotes wäre eine solche Massnahme nicht zu umgehen.

Auf Grund der Beratung wird mehrheitlich *beschlossen*, das auf den Palmsonntag in Basel geplante rote Treffen der Kommunisten vollständig zu verbieten.

Über die für die Durchführung dieses Verbotes erforderlichen Massnahmen soll in einer spätern Sitzung Beschluss gefasst werden².

2. *Vgl. Bundesratsbeschluss betreffend das Verbot der internationalen antifascistischen Kundgebung (Rotes Treffen) und allfälliger Gegenkundgebungen am 24. März 1929 (Palmsonntag) in Basel, vom 16. März 1929, BBl 1929, I, S. 387f. – Vgl. auch Interpellation Schneider in: NR-Protokoll vom 15.3.1929 (E 1001 (C) d 1/274, S. 275ff.).*

466

E 2001 (C) 3/86

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt¹ an den Bundesrat

S

Basel, 20. März 1929

Regierungsratsbeschluss
vom 16. März 1929

Wir beehren uns, in folgender Angelegenheit an Sie zu gelangen:

Nachdem vor ca. 1½ Jahren der Basler Bürger Emil Hofmaier² in Italien verhaftet worden war, ist er nun anfangs dieses Monats vom Ausnahmegerichtshof in Rom unter der Anklage, am Wiederaufbau der verbotenen kommunistischen Partei mitgearbeitet zu haben, zu 15 Jahren und 9 Monaten Zuchthaus verurteilt worden.

Im Anschluss an diese Verurteilung hat der kommunistische Grossrat M. Bodenmann in der Sitzung des Grossen Rates vom 14. ds. den Regierungsrat angefragt, ob er bereit wäre, beim Bundesrat Schritte zu unternehmen, damit dieser bei der italienischen Regierung die sofortige Amnestierung Hofmaiers verlange. In Beantwortung dieser Interpellation hat der unterzeichnete Regierungspräsident im Auftrag des Regierungsrates die Erklärung abgegeben, dass dieser bereit sei, im Sinne des Interpellanten beim Bundesrat vorstellig zu werden.

Massgebend für unseren Schritt ist in erster Linie der Umstand, dass es sich beim Verurteilten um einen Basler Bürger handelt. Es scheint uns naheliegend zu sein, dass sich die Behörden der engern Heimat in einem solchen Falle für ihre Mitbürger verwenden. Dazu kommt, dass das Schicksal Hofmaiers rein menschlich unsere Teilnahme erweckt, wenn wir bedenken, dass der 28jährige Verurteilte rund 16 Jahre hinter Kerkermauern verbringen soll. Die Höhe der Strafe geht über das sonst für solche Delikte übliche Strafmass weit hinaus. Sie widerspricht nicht nur den Menschlichkeitsbegriffen, sondern auch dem Rechtsempfinden. Nicht allein die politischen Kreise, denen Hofmaier angehört, son-

1. *Unterzeichnet von: F. Hauser, Präsident, und H. Matzinger, Sekretär.*

2. *Es handelt sich tatsächlich um Karl Hofmaier, der bei seiner Verhaftung in Italien den Vornamen seines Bruders Emil angenommen hatte, um die italienischen Behörden zu täuschen.*

dern auch breite Schichten des Bürgertums nehmen an der Härte dieses Urteils Anstoss.

Wir gestatten uns daher, Sie zu bitten, bei der italienischen Regierung vorstellig zu werden, um eine möglichst weitgehende Amnestierung des verurteilten E. Hofmaier zu erwirken³.

3. *Bemerkung von Motta am Briefkopf*: Die Antwort auf dieses Schreiben hat keine Eile. Zunächst soll auch die Antwort der «Basler Regierung» auf unser Schreiben vom 16. März abgewartet werden. Wir werden später dem Bundesrat ein *Antwortschreiben des Bundesrates* vorschlagen. 23. III. 29. – *Vgl. auch Geschäftsberichtsdebatte vom 11. 6. 1929, in: Sten. Bull. NR. 1929, S. 289ff.*

467

E 7110 1/56

Das französische Aussenministerium an die schweizerische Gesandtschaft in Paris

Copie
N

Paris, 6 avril 1929

Par note en date du 13 février¹, la Légation de Suisse a bien voulu rappeler au Ministère des Affaires Etrangères que, lors des négociations qui ont précédé la conclusion de l'Avenant commercial du 11 mars 1928, les délégués suisses ont remis aux délégués français un projet de Convention de commerce² destiné à remplacer celle du 20 octobre 1906. Le Gouvernement fédéral attacherait du prix à connaître les intentions du Gouvernement français touchant la reprise des négociations sur la partie générale de ce projet de Convention.

En réponse à cette communication, le Ministère des Affaires Etrangères a l'honneur de faire connaître à la Légation de Suisse que la délégation française chargée des négociations commerciales est toute disposée à reprendre, en ce qui concerne les clauses générales du projet de convention remis au mois de mars 1928 par M. Stucki, les conversations qui, vu l'urgence des questions tarifaires, durent être interrompues à cette époque.

La délégation française ne verrait aucun inconvénient à ce que ces pourparlers se poursuivissent sur la base du projet suisse, étant entendu qu'elle se réservera de proposer, au fur et à mesure de l'examen des diverses clauses, les modifications exigées soit par la législation française, soit par d'autres considérations qui seront exposées en détail en temps utile.

Pour répondre à certains desiderata exprimés verbalement par M. l'Attaché Commercial de la Légation de Suisse³, le Ministère des Affaires Etrangères est en

1. *Nicht ermittelt.*

2. E 2001 (C) 2/6. *Vgl. Nr. 373.*

3. *H. de Torrenté.*

outré en mesure de faire savoir à la Légation que la délégation française ne se refusera pas à examiner les demandes qui pourraient lui être présentées par les délégués fédéraux, touchant certaines questions d'interprétation intéressant les précédents accords, que le Gouvernement helvétique aurait intérêt à voir régler à bref délai. Le Ministère des Affaires Etrangères croit toutefois devoir, dès à présent, appeler l'attention de la Légation sur l'impossibilité où serait le Ministère du Commerce d'examiner des demandes visant des ajustements ou des remaniements tarifaires nécessitant l'intervention du Parlement.

Sous cette réserve, le Ministère des Affaires Etrangères croit que les négociations envisagées pourraient avoir lieu, si le Gouvernement fédéral en est d'accord, entre le 15 et le 20 mai prochain.

468

E 1004 1/315

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. April 1929¹

671. Rheinregulierung. Ergebnis der Verhandlungen mit den Vertretern Deutschlands. Weiteres Vorgehen

Politisches Departement. Antrag vom 8. April 1929

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern Deutschlands und der Schweiz, die vom 26. bis 28. März 1929 in Bern stattfanden, haben zur Aufstellung einer «Niederschrift» mit nachstehend erwähnten Anlagen² geführt:

1. Vertrag zwischen der Schweiz und Deutschland über die Regulierung des Rheins zwischen Strassburg/Kehl und Istein³;
2. Text einer der Rhein-Zentralkommission zu unterbreitenden Erklärung;
3. Vorschläge zu einem Verträge zwischen der Schweiz, Deutschland und Frankreich betreffend die Ausführung der Regulierung des Rheins zwischen Strassburg/Kehl und Istein;
4. Text einer an die französische Regierung zu richtenden Note.

Das politische Departement führt über das Ergebnis der Verhandlungen, das in der erwähnten «Niederschrift» im wesentlichen zusammengefasst ist, folgendes aus:

Hauptaufgabe der schweizerischen Vertreter war, gemäss Beschluss des Bundesrates vom 22. März 1929⁴ von Deutschland die Übernahme der Gesamthaftung für allfällige Schädigungen des Regulierungswerkes unterhalb Strassburg zu erwirken. Dieses Ziel ist in vollem Umfange erreicht worden. Die deutschen Ver-

1. Abwesend: Haab, Motta und Musy.

2. E 2001 (C) 11/12.

3. Vertragstext auch in: BBl 1929, II, S. 85ff.

4. Vgl. E 1004 1/315, Nr. 561; Protokoll der Bundesratssitzung vom 22.3.1929.

treter erklärten sich bereit, «auch die Behebung der Schäden, die durch die Regulierung ausserhalb des deutschen Staatsgebietes entstehen könnten, zu übernehmen».

Damit war die Voraussetzung für die Unterzeichnung eines inhaltlich den Berliner «Abmachungen» vom Januar 1928⁵ entsprechenden Vertrages zwischen Deutschland und der Schweiz geschaffen. Der vorliegende Vertrag ist von den Delegierten der beiden Staaten am 28. März unterzeichnet worden. Er regelt u. a. die Verteilung der Kosten zwischen den beiden Staaten. Nach wie vor werden die Kosten der Ausführung des Projektes auf 50 Millionen RM. veranschlagt, die im Verhältnis von 60 zu 40% von der Schweiz und Deutschland zu tragen sein werden (Artikel 1). Deutschland übernimmt ferner auf seine Kosten die Unterhaltung der regulierten Strecke auf seinem Staatsgebiet, in der Meinung, dass Frankreich, gemäss der zwischen den deutschen, französischen und schweizerischen Delegierten am 10. Mai 1922 in Strassburg abgeschlossenen Vereinbarung, verpflichtet sein werde, seinerseits die Unterhaltskosten für sein Gebiet zu übernehmen (Artikel 3). Artikel 6 betrifft die vom Bundesrate zu übernehmenden Verpflichtungen zur Förderung der Erstellung eines Grossschiffahrtsweges von Basel bis zum Bodensee; er stimmt wörtlich überein mit der entsprechenden Vorschrift der Berliner «Abmachungen».

Entgegen der ursprünglich sowohl deutscher- wie schweizerischerseits bestehenden Absicht, die Fragen betreffend Übernahme der Haftung für die Schäden unterhalb Strassburg sowie betreffend die Sicherstellung der Schifffahrt während der Ausführung der Regulierungsarbeiten durch ein Spezialabkommen zu regeln, wurden die betreffenden Bestimmungen ebenfalls in den «Vertrag» aufgenommen (Artikel 4 und 5). Die beidseitigen Delegierten waren der Auffassung, dass es sich kaum rechtfertigen würde, den Parlamenten zwei verschiedene Abkommen über dieselbe Frage der Rheinregulierung zu unterbreiten. Sie waren der Ansicht, es sei der Rhein-Zentralkommission in der bevorstehenden Session in einer gemeinsam zu unterzeichnenden Erklärung Kenntnis davon zu geben, dass und in welchem Sinne die von der Kommission seinerzeit an die Ausführung des Regulierungsprojektes geknüpften Bedingungen durch eine Vereinbarung zwischen der Schweiz und Deutschland erfüllt worden seien.

Nach Erachten der deutschen und schweizerischen Delegierten werden im Anschluss an diese Mitteilung in der Zentralkommission die beiden Regierungen zweckmässig gemeinsam an die französische Regierung herantreten und ihr Vorschläge betreffend die Regelung der administrativen und technischen Mithilfe Frankreichs bei der Ausführung der Regulierung unterbreiten. Diese Vorschläge sind von den schweizerischen und deutschen Vertretern in Form eines «Bauvertrages» gekleidet worden, in der Meinung indessen, dass an dieser Form gegebenenfalls nicht festgehalten zu werden brauche, sondern dass die behördliche und technische Mithilfe Frankreichs auch in anderer Weise geregelt werden könne. In einer Note, die gleichzeitig von der deutschen Botschaft und der schweizerischen

5. Vgl. dazu Nr. 387.

Gesandtschaft in Paris den zuständigen französischen Behörden zu übermitteln wäre und deren Text ebenfalls vorbereitet worden ist, wird zur Besprechung dieser Vorschläge die Einberufung einer Konferenz zwischen den drei beteiligten Staaten angeregt, die im Mai oder Juni in Baden-Baden oder an einem andern der französischen Regierung zusagenden Orte stattfinden könnte⁶.

Das politische Departement ist mit dem Departement des Innern der Auffassung, dass das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den schweizerischen und deutschen Delegierten ein erfreuliches ist. Die Pflichten der Schweiz sind dieselben geblieben, wie sie bereits in den Berliner «Abmachungen» vom Januar v. Js. festgelegt worden sind. Deutschland hat sich dagegen, wie erwähnt, bereit erklärt, die Gesamthaftung für allfällige Schädigungen des Regulierungswerkes unterhalb Strassburg zu übernehmen, und hat daran die einzige Bedingung geknüpft, dass der Bundesrat, «ebenso wie es deutscherseits beabsichtigt ist, alles aufbieten werde, um die parlamentarischen Arbeiten, die zur Herbeiführung der Ratifikation erforderlich sind, ohne jeden Verzug in die Wege zu leiten und durchzuführen».

Diese Bedingung ist nach Erachten der beiden Departemente durchaus annehmbar. Es liegt wohl ebenso sehr im Interesse der Schweiz wie Deutschlands, dass die Ausführung des Regulierungsprojektes so rasch als immer möglich an die Hand genommen werde.

Die internationale Sachlage kann heute als im wesentlichen abgeklärt betrachtet werden. In den künftigen Verhandlungen mit Frankreich wird es sich zur Hauptsache nur noch um die Regelung der technischen und behördlichen Mitarbeit Frankreichs bei der Ausführung des Regulierungswerkes und um die Festlegung der Pflicht Frankreichs betreffend Unterhaltung des Rheins auf seinem Gebiete handeln. Zur Übernahme dieser Verpflichtungen hat sich Frankreich gemäss den Resolutionen der Rhein-Zentralkommission vom 10. Mai 1922 und 29. April 1925 zum voraus bereit erklärt. Ob Frankreich darüber hinaus Hand bieten werde, einen Anteil an den Kosten des Regulierungswerkes zu übernehmen, bleibt allerdings ungewiss; es ist aber mit grosser Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass dies nicht der Fall sein wird.

Was die Verhandlungen mit Basel-Stadt über die interne Kostenverteilung anbetrifft, so haben diese bekanntlich ebenfalls zu einer Einigung geführt, indem der Regierungsrat von Basel-Stadt sich bereit erklärt hat, 20% des schweizerischen Kostenanteils zu übernehmen. In einem Schreiben vom 27. März 1929 teilt der Regierungsrat von Basel-Stadt mit⁷, dass er auch mit der Auslegung seiner an das Angebot geknüpften Bedingungen durch den Bundesrat einverstanden sei. Dagegen steht zur Zeit die Zustimmung des Grossen Rates, eventuell des baselstädtischen Volkes zu dem Angebote der Basler Regierung noch aus. Der erste vom Bundesrat zu unternehmende Schritt in der Angelegenheit wird daher nach der Auffassung des politischen Departementes und des Departementes des Innern sein, die Regierung von Basel-Stadt vom Ergebnis der Verhandlungen mit Deutschland zu benachrichtigen und einzuladen, so rasch als möglich die Zustim-

6. Vgl. Nr. 519.

7. E 2001 (C) 11/12.

mung des Grossen Rates, eventuell des baselstädtischen Volkes, zu ihrer Offerte in der Kostenbeteiligungsfrage einzuholen.

Sobald das Angebot der Regierung von Basel-Stadt als endgültig sichergestellt betrachtet werden kann, wird nach Erachten der beiden Departemente der Bundesrat der Bundesversammlung die Genehmigung des Vertrages mit Deutschland beantragen können und gleichzeitig die Ermächtigung einzuholen haben, «die mit der Ausführung der Regulierung in Zusammenhang stehenden Fragen, insbesondere was die technische und administrative Mithilfe Frankreichs anlangt, durch Sonderabmachungen zu regeln»⁸.

Auf Grund obenstehender Erwägungen wird im Einvernehmen mit dem Departement des Innern antragsgemäss *beschlossen*:

1. Der Bundesrat nimmt von dem Ergebnis der Verhandlungen, die zwischen den schweizerischen und deutschen Vertretern vom 26. bis 28. März in Bern stattgefunden haben, Kenntnis.

2. Der Bundesrat richtet das beiliegende Schreiben an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt (Beilage 1)⁹.

3. Die schweizerische Delegation in der Rhein-Zentralkommission wird ermächtigt, eine gemeinsam mit der deutschen Delegation zu unterzeichnende Erklärung gemäss Beilage 2 der Zentralkommission zu unterbreiten.

4. Das politische Departement wird ermächtigt, sofort nach Abgabe dieser Erklärung in der Zentralkommission die Gesandtschaft in Paris zu beauftragen, im Einvernehmen mit der deutschen Botschaft in Paris den französischen Behörden eine gleichlautende Note gemäss Beilage 3¹⁰ zu übermitteln.

5. Das politische Departement wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Departement des Innern eine Botschaft an die Räte betreffend die Genehmigung des mit Deutschland abgeschlossenen Vertrages über die Ausführung der Rheinregulierung vorzubereiten¹¹.

8. Vgl. Nr. 519, Anmerkung 2.

9. Nicht abgedruckt.

10. Die angeführten Beilagen 2 und 3 sind nicht abgedruckt. Sie entsprechen den in Anm. 2 belegten Anlagen 2 und 4.

11. Mittels Botschaft vom 6. 8. 1929 betreffend die Regulierung des Rheins zwischen Basel (Istein) und Strassburg (in: BBl 1929, II, S. 69ff.) unterbreitete der Bundesrat den Vertrag der Bundesversammlung. Die parlamentarische Genehmigung erfolgte in der Schlussabstimmung vom 20. 12. 1929. Zu den Verhandlungen in den beiden Räten vgl. Sten. Bull. NR., 1929, S. 734ff. und Sten. Bull. StR., 1929, S. 294ff. Nachdem die Referendumsfrist unbenützt abgelaufen war, wurde der Vertrag durch den Austausch der Ratifikationsurkunden am 7. 6. 1930 in Kraft gesetzt.

E 7110 1/56

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

Kopie
S ME.

Bern, 15. April 1929

Infolge längerer Abwesenheit des Unterzeichneten in Genf kommen wir erst heute zurück auf Ihre Schreiben vom 3. und 6. ds. Mts.¹ betreffend die vorgesehenen Besprechungen mit Herrn Elbel bzw. einer französischen Delegation. Wir können im allgemeinen den französischen Vorschlägen über das Verfahren durchaus zustimmen. Es würde sich also einerseits darum handeln, wenn möglich zum Abschlusse über den allgemeinen Teil eines Handelsvertrages zu gelangen, wobei der Entwurf², den die schweizerische Delegation der französischen vor ca. Jahresfrist übergeben hat, als Diskussionsbasis bzw. als Ausgangspunkt betrachtet würde. Andererseits wären verschiedene Einzelfragen zolltariflicher Natur zu besprechen und zu ordnen, wobei es sich vorwiegend um Interpretationsfragen handelt. Wir sind damit einverstanden, dass vor Beginn der Besprechungen die beidseitigen Begehren hinsichtlich dieser Tarifierungsfragen schriftlich fixiert und ausgetauscht werden. Wir möchten vorschlagen, diesen Austausch am 25. April in Paris vorzunehmen, worauf dann in der zweiten Hälfte Mai die Besprechungen erfolgen könnten. In der Note des Herrn Coulondre vom 6. April³ wird vorgeschlagen zwischen dem 15. und 20. Mai. Da am 14. und 15. eventuell auch 16. Mai die vereinigten Zollkommissionen der beiden eidg. Räte zur Behandlung der Genfer Konvention über die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen zusammentreten und der Unterzeichnete dabei das Hauptreferat zu halten hat, so ist die unveränderte Annahme des französischen Vorschlags nicht wohl möglich. Wir bitten Sie deshalb, für den Beginn der Besprechungen in Vorschlag zu bringen den 21. oder 22. Mai. Nach unsern Erfahrungen wird wohl mit ca. einer Woche gerechnet werden müssen.

Es wäre uns angenehm, möglichst bald zu erfahren, aus welchen Herren die französische Delegation sich zusammensetzen wird, da wir je nachdem auch unsere Unterhändler zu bestimmen haben. Voraussichtlich dürfte es schweizerischerseits genügen, wenn ausser dem Unterzeichneten und Herrn Comte noch ein Sekretär zugezogen wird.

1. *Nicht abgedruckt.*

2. E 2001 (C) 2/6.

3. *Nr. 467.*

E 7110 1/25

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

Kopie
S ME.

Bern, 23. April 1929

Schweizerisch-deutsches Zusatzabkommen
zum Handelsvertrag vom 14. Juli 1926

Die durch den Berliner Besuch des Unterzeichneten im November letzten Jahres eingeleiteten Verhandlungen sind bekanntlich nachher in Genf, Bern und Köln fortgesetzt worden¹ und haben schliesslich heute hier zur Unterzeichnung eines Zusatzabkommens² geführt, welches wir Ihnen in der Beilage zur vorläufigen *vertraulichen* Kenntnissnahme übermitteln. Wie Sie daraus ersehen, ist es uns nach vielen Schwierigkeiten doch gelungen, eine Angleichung der beidseitigen Zölle für Uherschalen und gleichzeitig eine gewisse Reduktion der deutschen Zölle für fertige Uhren zu erwirken, sowie auch für die Produkte der Scintilla in ihrem Konkurrenzkampf gegen Bosch doppelte Vorteile zu verschaffen, indem einerseits die deutschen Zölle herabgesetzt werden und andererseits die Möglichkeit geschaffen wird, die schweizerischen Zölle auf annähernd das deutsche Mass zu erhöhen. Damit sind die Hauptzwecke, die uns seinerzeit veranlasst haben, die Initiative zu diesen Verhandlungen zu ergreifen, erreicht. Als Gegenleistung haben wir Deutschland durch die neue Fassung von Position 556 des deutschen Tarifs die Möglichkeit gegeben, seine Schuhzölle gegenüber der Tschechoslowakei zu erhöhen. Die Grundlage für diese Bestimmung ist allerdings insofern noch nicht vollständig geschaffen, als wir das Abkommen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der schweizerischen Schuhindustrie ratifizieren werden und diese hängt davon ab, ob die privaten Verhandlungen zwischen der schweizerischen und der deutschen Schuhindustrie betreffend eine gewisse Entschädigung der erstern rechtzeitig zum Abschluss gebracht werden³. Es ist dies sehr wahrscheinlich, da man über die Grundlage einig ist und lediglich noch einige Punkte von durchaus untergeordneter Bedeutung zu regeln sind. Sollte wider alles Erwarten die Einigung scheitern, so besteht zwischen den beiden Delegationen darüber Einverständnis, dass das Zusatzabkommen mit Ausnahme der Bestimmungen über Schuhe einerseits und elektrische Ausrüstungsartikel für Automobile andererseits, doch in Kraft gesetzt wird.

1. Die schweizerisch-deutschen Verhandlungen über die Neuordnung einer Reihe von Einzelbestimmungen des Handelsvertrags vom 14. 7. 1926 waren insbesondere wegen der Entwicklung im gegenseitigen Handel mit Uherschalen durch die Schweiz veranlasst worden (GBer 1929, S. 505).

2. Text des Zusatzabkommens in: BBl 1929, I, S. 625ff.

3. Vgl. dazu Nr. 479.

Das Abkommen bringt uns dann weiter insbesondere wesentliche Erleichterungen für gewisse Hüte und regelt ferner eine grössere Anzahl von Fragen, die teilweise seit längerer Zeit hängig sind, teilweise erst in der letzten Zeit hüben und drüben aufgeworfen wurden. Einige weitere Punkte von geringerer Bedeutung konnten mangels genügender Zeit nicht endgültig geregelt werden. Sie sind in einer von Geheimrat Hagemann unterzeichneten Note erwähnt und es ist wohlwollende Behandlung und Erledigung zugesichert worden (Einfuhr von Tannin nach Deutschland, Einbau von Motoren in Werkzeugmaschinen, Ausrüstverkehr der Stickereiwerke Wollmatingen, Zolldifferenz Scintilla und deutsches Postzollamt in Basel). Die deutschen Herren werden voraussichtlich das Ergebnis ihrer Untersuchungen Ihnen zur Weiterleitung an uns zur Kenntnis bringen.

Im grossen und ganzen sind wir vom Inhalt des Abkommens durchaus befriedigt und es sind auch die Besprechungen, wenn sie oft auch recht schwierig und hartnäckig waren, stets in ausserordentlich freundschaftlichem Geiste geführt worden.

Wir möchten noch beifügen, dass mit der deutschen Delegation vereinbart worden ist, vorläufig den Inhalt des Abkommens nicht zu publizieren und ganz besonders über die Frage des deutschen Schuhzolls aus naheliegenden Gründen strengstes Stillschweigen zu bewahren.

Das Abkommen muss beiderseits parlamentarisch ratifiziert werden und wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns über den Gang dieser Arbeiten in Berlin auf dem Laufenden halten werden⁴. Wir unsererseits werden das Abkommen Mitte Mai den beiden Zollkommissionen der eidgenössischen Räte vorlegen und nehmen an, dass es ohne Schwierigkeit in der Junisession ratifiziert wird.

4. *Vgl. Nr. 484.*

471

E 1004 1/315

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 27. April 1929¹

795. Négociations commerciales avec l'Union économique belgo-luxembourgeoise

Département de l'économie publique. Proposition du 25 avril 1929

Le Département de l'économie publique expose ce qui suit:

«Notre rapport du 28 mars 1929² vous a rendu compte des résultats de la deuxième étape des négociations pour la conclusion d'un traité de commerce avec

1. *Abwesend: Motta.*

2. E 1001 1, EVD, 1. 1.-30. 6. 1929.

l'Union économique belgo-luxembourgeoise³. Nous y disions que nous vous soumettrions ultérieurement nos propositions en vue de la suite des négociations, le Gouvernement belge devant encore nous faire connaître ses réponses aux demandes formulées par la Suisse relativement à certaines catégories de machines. Après de nombreuses démarches de notre part, ces réponses nous ont été enfin envoyées. La délégation suisse s'est immédiatement réunie, afin d'examiner la situation dans son ensemble et de fixer la ligne de conduite à suivre. Elle a été unanime à constater que les concessions de la Belgique sont insuffisantes et ne permettent pas, pour le moment, la conclusion d'un accord. Ainsi que nos délégués l'ont déjà laissé entendre aux délégués belges, la Suisse se voit obligée d'envisager sérieusement la dénonciation du traité de commerce du 3 juillet 1889⁴; en effet, elle ne saurait consentir, à la longue, à laisser les produits belgo-luxembourgeois au bénéfice du traitement de la nation la plus favorisée, si la Belgique ne facilite pas davantage l'importation des produits suisses sur son territoire. Il ne faut pas se dissimuler, toutefois, que la portée d'une telle mesure serait, pour l'instant, considérablement affaiblie du fait que le traité ne peut être dénoncé qu'à un an. Aussi, la délégation suisse est-elle de l'avis qu'il n'y aurait lieu de recourir à ce moyen qu'après avoir épuisé toutes les possibilités d'entente. Le chef de la délégation belge s'étant déclaré prêt à venir à Berne afin d'y avoir une entrevue personnelle avec le chef de la délégation suisse, cette dernière estime que cet entretien, dont on peut encore espérer une amélioration de la situation faite à la Suisse, devrait avoir lieu et qu'il conviendrait d'en attendre les résultats, avant de dénoncer le traité actuellement en vigueur.»

Se basant sur cet exposé et sur la proposition du Département de l'économie publique, le Conseil *décide* de renoncer, pour le moment, à la dénonciation du traité de commerce entre la Suisse et la Belgique, du 3 juillet 1889 et d'attendre, avant de prendre toute autre décision, les résultats de l'entretien devant avoir lieu entre les chefs des délégations des deux pays⁵.

3. Die zweite Verhandlungsphase dauerte vom 27.2. bis 13.3.1929. Vgl. BR-Botschaft vom 20.9.1929, in: BBl 1929, II, S. 757.

4. AS 1889-1890, NF 11, S. 341ff.

5. Diese Unterredungen zwischen Stucki und Suetens fanden zwischen dem 2. und 7.5.1929 in Bern statt. Das Protokoll der Bundesratssitzung vom 17.5.1929 fasst die wesentlichen Ergebnisse wie folgt zusammen: [...] La Suisse renonce, sauf pour les broderies et les dentelles, à ses demandes de réduction des droits belges sur les soieries et renonce également à revendiquer la consolidation de ces droits; toutefois, la Belgique s'engagera par note ou par protocole, à réduire de 18 à 15%, dans le délai de deux ans à partir de la signature du traité, les droits appliqués actuellement aux soieries. Ainsi qu'il a déjà été dit dans de précédents rapports, les demandes de la Suisse concernant les soieries se sont heurtées à un refus catégorique de la Belgique, qui doit se réserver cette position pour ses négociations avec la France. C'est au cours de ces négociations que sera apportée la réduction précitée. La Suisse obtient, en revanche, pleine satisfaction pour ses demandes relatives aux broderies, aux machines, à l'électrotechnique et à l'horlogerie [...]. Im weiteren führt das Protokoll aus: Il reste, toutefois, avant de conclure définitivement un traité, à régler encore diverses questions tarifaires et à se mettre d'accord sur certaines dispositions générales (E 1004 1/316, Nr. 911). Vgl. dazu Nr. 489.

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 10. Mai 1929*¹

864. Réplique suisse relative à l'affaire des zones

Département politique. Proposition du 8 mai 1929

Ainsi que le Conseil fédéral l'a constaté en approuvant, par décision du 1^{er} mai², le texte de la Réplique suisse relative à l'affaire des zones, cette Réplique reprend textuellement les Conclusions du Premier Mémoire et du Contre-Mémoire suisses³.

Cette reproduction textuelle avait paru désirable pour donner le plus d'unité possible à la procédure écrite, bien que la rédaction donnée au chiffre 2 desdites Conclusions ait appelé, de la part du Gouvernement français, certaines objections dont il serait souhaitable de pouvoir tenir compte au moins [*quant*] à la forme. La formule adoptée est ainsi conçue:

«2. Dire qu'entre la Suisse et la France, l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles, avec ses annexes, ayant, en ce qui concerne la convention à conclure entre la Suisse et la France, pour seul objet l'institution d'un régime mieux adapté aux circonstances actuelles, n'a pas pour but de faire obligatoirement abroger les stipulations du Protocole des Conférences de Paris du 3 novembre 1815, du Traité de Paris du 20 novembre 1815, du Traité de Turin du 16 mars 1816 et du Manifeste de la Cour des Comptes de Sardaigne du 9 septembre 1829, relatives à la structure douanière et économique des zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex, mais que lesdites stipulations ne seront abrogées qu'à la condition que la Suisse et la France, d'un commun accord, les remplacent par un règlement franco-suisse dans lequel il appartient aux Parties, compte tenu des réserves suisses du 5 mai 1919 en vertu desquelles la France ne peut imposer à la Suisse la suppression des petites zones franches, d'adapter aux circonstances actuelles les modalités du régime des territoires visés à l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles»;

elle apparaît un peu compliquée et pourrait être avantageusement remplacée par une formule plus simple.

M. Logoz se proposait de procéder à cette mise au point purement formelle en déposant, à la fin de sa plaidoirie, des Conclusions nouvelles, entièrement identiques, quant au fond, aux Conclusions précédentes, mais clarifiées en ce qui concerne le chiffre 2, qui aurait pris la forme suivante:

«2. Dire qu'entre la Suisse et la France, l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles, avec ses annexes, n'a pas pour but de faire abroger les stipulations du Pro-

1. *Abwesend: Scheurer.*

2. *Vgl. E 1004 1/316, Nr. 815; BR-Protokoll vom 1.5.1929.*

3. *Vgl. Nr. 414, Annex 1.*

tole des Conférences de Paris du 3 novembre 1815, du Traité de Paris du 20 novembre 1815, du Traité de Turin du 16 mars 1816 et du Manifeste de la Cour des Comptes de Sardaigne du 9 septembre 1829, relatives à la structure douanière et économique des zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex, *en ce sens* qu'entre la Suisse et la France, l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles, avec ses annexes, n'a pas pour but de faire obligatoirement abroger lesdites stipulations, mais signifie seulement que la Suisse et la France pourront les abroger d'un commun accord.»

Le Ministre de Suisse à La Haye avait été chargé de s'assurer officieusement auprès du Greffe de la Cour que le dépôt de Conclusions légèrement modifiées à la forme n'appellerait pas d'objection.

La réponse du Greffier de la Cour n'a pas été telle que nous l'attendions. Celui-ci a exprimé l'avis que, pour éviter des discussions ultérieures, il serait préférable que la modification qu'il pourrait sembler utile d'apporter aux Conclusions suisses fût déjà faite dans le texte de la Réplique. Il s'est déclaré prêt, en revanche, à faire le nécessaire pour qu'un texte parafé par M. de Pury fût substitué en cours d'impression à celui qui lui a été remis. Cette substitution entraînerait, toutefois, une adaptation du commentaire des Conclusions figurant aux pages 623 et suivantes de la Réplique.

Dans ces conditions et sur la proposition du Département politique, il est *décidé* d'autoriser le Ministre de Suisse à La Haye à demander au Greffe de la Cour permanente de Justice internationale de substituer au chiffre 2 des Conclusions de la Réplique suisse⁴ approuvée par le Conseil fédéral le 1^{er} mai le texte ci-après :

«2. Dire qu'entre la Suisse et la France, l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles, avec ses annexes, n'a pas pour but de faire abroger les stipulations du Protocole des Conférences de Paris du 3 novembre 1815, du Traité de Paris du 20 novembre 1815, du Traité de Turin du 16 mars 1816 et du Manifeste de la Cour des Comptes de Sardaigne du 9 septembre 1829, relatives à la structure douanière et économique des zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex, *en ce sens* qu'entre la Suisse et la France, l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles, avec ses annexes, n'a pas pour but de faire obligatoirement abroger lesdites stipulations, mais signifie seulement que la Suisse et la France pourront les abroger d'un commun accord.»

et de faire procéder, en outre, aux amendements que cette modification commande d'apporter au commentaire desdites Conclusions.

4. Ein ungedrucktes Exemplar der Réplique suisse in: E 2, Archiv-Nr. 1695. Die gedruckte Fassung (Publikation des Internationalen Gerichtshofes) trägt das Datum des 7.5.1929 und ist unter derselben Signatur archiviert. – Ein gedrucktes Exemplar der Réplique française in: E 2, Archiv-Nr. 1696.

*Der schweizerische Gesandte in Paris, A. Dunant, an den Direktor
der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes, W. Stucki*

Copie pour le Département politique

S

Paris, 11 mai 1929

Pour faire suite à ma lettre du 26 avril dernier¹, j'ai l'honneur de vous informer que dans les milieux compétents de l'Administration française, nos desiderata en vue de la prochaine négociation commerciale sont examinés attentivement; d'après ce qui m'a été dit au Quai d'Orsay, on ne prévoit pas que cette négociation, qui commencera le 23 courant, doit durer plus de 8 à 10 jours.

Vous savez que l'article 3² de la Convention actuellement en vigueur de 1906, prévoit (avec annexe Liste C) le traitement en Suisse des marchandises provenant du Pays de Gex.

Vu la question des zones franches, actuellement pendante devant la Cour de La Haye, vous avez, dans votre projet de Traité de Commerce remis l'année dernière à la délégation française, évité de parler du Pays de Gex.

Or, lorsque j'ai signé, le 30 octobre 1924, le Compromis d'arbitrage des zones avec le Gouvernement français, j'ai également échangé une note³, à teneur de laquelle il ne sera, jusqu'à décision définitive de la Cour, procédé de part ou d'autre, à aucun acte de nature à modifier l'état de fait actuellement existant à la frontière entre la Suisse et les territoires français, visé à l'article 435 du Traité de Versailles.

J'apprends que la délégation française est un peu embarrassée de savoir ce que deviendront à l'entrée en Suisse les produits du Pays de Gex jusqu'au moment de l'arrêt de la Cour de La Haye ou de l'entrée en vigueur d'un arrangement intervenu à la suite des indications de La Haye, si l'on ne parle pas de ces produits dans l'accord que vous allez réaliser d'ici à la fin du mois.

Dans la pensée de la délégation française, il y aurait, semble-t-il, quatre possibilités de trancher cette question:

1. ou bien faire un avenant à la convention de 1906 dont il laisserait en vigueur les dispositions et par conséquent l'article 3 et son annexe C; toutefois, cet avenant remplacerait presque tous les articles, sauf le N° 3;

2. ou bien prévoir, lors de la signature du nouveau Traité de Commerce avec la France, dans un protocole spécial ou par un échange de notes, que l'article 3 et son annexe C resteront en vigueur jusqu'après le prononcé de la Cour de La Haye (voir annexe au Compromis d'arbitrage des zones);

3. ou bien se borner à signer l'arrangement douanier et à n'établir qu'un projet de traité, qui serait signé seulement après La Haye;

1. Nicht ermittelt.

2. AS 1906, NF 22, S. 691.

3. BBl 1924, III, S. 956f.

4. ou bien différer la discussion sur les clauses générales jusqu'au moment où l'on saura à quoi s'en tenir quant au jugement arbitral.

Je tenais à vous aviser de ce qui précède et il me serait très utile de connaître votre manière de voir le plus rapidement possible⁴.

J'ajoute que j'envoie au Département Politique une copie du présent rapport.

4. *Vgl. Nr. 478, Anm. 2.*

474

E 1004 1/316

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 14. Mai 1929¹

887. Banque de réparations. Siège

Verbal

M. le président communique que la délégation qui a reçu, le 10 mai, les représentants de la ville de Zurich a invité instamment ces derniers à ne faire aucune démarche auprès de la conférence des experts, à Paris, en vue d'obtenir le siège de la banque des réparations, les décisions de la conférence ne pouvant qu'être influencées défavorablement par des compétitions de villes suisses. Il lui a paru que les délégués zurichois étaient disposés à tenir compte de ce conseil, mais il a appris depuis lors que M. Haeblerlin, conseiller municipal de Zurich, serait parti néanmoins pour Paris.

M. le chef du département des finances ajoute que, d'après un renseignement fourni ce matin par M. Bachmann, directeur de la Banque nationale, la question du siège de la banque des réparations se traiterait jeudi ou vendredi à la conférence des experts. M. Bachmann part aujourd'hui pour Paris et demande l'autorisation de déclarer:

- 1) que la Suisse serait prête à faire toutes les concessions fiscales possibles pour faciliter l'établissement de la banque en Suisse et même à lui accorder l'immunité complète, étant entendu que celle-ci ne s'appliquerait pas au personnel;
- 2) que la Suisse serait disposée à participer pour 25 millions de francs suisses à la constitution du capital de la banque.

Il ressort de la discussion que la 2^e déclaration ne soulève aucune difficulté: la participation de la Suisse devra se faire directement, par la voie d'un arrêté fédéral. La Banque nationale, empêchée par la loi de contribuer à l'opération, représentera les intérêts de la Confédération dans la future banque.

En ce qui concerne la 1^{ère} déclaration, il est entendu qu'elle sera absolue en ce qui concerne le fisc fédéral, mais que, pour les impôts cantonaux et communaux, elle est conditionnée par l'acceptation des autorités intéressées. Toutefois, le Con-

1. *Abwesend: Scheurer.*

seil fédéral s'emploiera auprès de ces dernières pour qu'elles donnent également les assurances en question.

En conséquence, le conseil *autorise* M. Bachmann à faire les déclarations précitées sous la réserve mentionnée au sujet de la première d'entre elles.

475

E 1004 1/316

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. Mai 1929¹

912. Verhandlungen mit Frankreich

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 16. Mai 1929

Anlässlich der schweizerisch-französischen Verhandlungen, die im Frühjahr 1927 aufgenommen wurden und vor Jahresfrist zur Unterzeichnung der beiden Handelsabkommen führten, beabsichtigte man ursprünglich, zum Abschlusse eines eigentlichen umfassenden Handelsvertrages mit allgemeinen Bestimmungen und Tarifieranlagen zu gelangen, der den Vertrag vom 20. Oktober 1906² vollständig hätte ersetzen können. Die Schwierigkeiten, in den damals namentlich brennenden Tarifierfragen zu einer Einigung zu gelangen, waren aber bekanntlich derart gross, dass keine Möglichkeit blieb, neben den Tarifierfragen auch noch die allgemeinen Bestimmungen des Handelsvertrages von 1906 zu revidieren. Man einigte sich dann dahin, die beiden Tarifabkommen vom 21. Januar und 11. März 1928³ als neue Beilagen zum alten Handelsvertrag zu bezeichnen, dessen allgemeine Bestimmungen aber vorläufig weiter in Kraft zu lassen. Es war dies um so eher möglich, als jene Bestimmungen in der Praxis kaum je zu wesentlichen Schwierigkeiten Anlass gegeben hatten, es sich also mehr um eine Modernisierung des veralteten Vertrages als um die Befriedigung eines wichtigen praktischen Bedürfnisses handelte. Immerhin kamen beide Parteien überein, das Vertragswerk so bald als möglich durch Neuformulierung der allgemeinen Bestimmungen zu vervollständigen.

Die schweizerische Delegation hatte der französischen Regierung schon lange vor Abschluss der Tarifverhandlungen einen vom Bundesrat genehmigten Entwurf für den Textteil des Vertrages⁴ zugestellt. Dieser Entwurf ist während den Verhandlungen einmal kurz zwischen den Delegationen besprochen worden, wobei Frankreich mit vielen schweizerischen Vorschlägen ohne weiteres einverstanden war, gegen andere aber ernsthaften Widerspruch erhob. Die damals von der

1. *Abwesend: Haab, Scheurer und Musy.*

2. *Vertragstext in: AS 1906, NF 22, S. 689ff.*

3. *Vgl. Nr. 361, Anm. 2 und Nr. 373, Anm. 3.*

4. E 2001 (C) 2/6.

französischen Delegation gemachte Zusage, der Schweiz einen Gegenentwurf vorzulegen, ist seither nie erfüllt worden.

Die französische Regierung hat das Volkswirtschaftsdepartement nun wissen lassen, dass sie bereit wäre, in eingehendere Besprechungen über die Neugestaltung des Vertragstextes einzutreten und dabei den schweizerischen Entwurf als Verhandlungsbasis zu akzeptieren. Sie hat gleichzeitig vorgeschlagen, diese Verhandlungen am 3. Juni in Paris aufzunehmen. Das Volkswirtschaftsdepartement hat sich mit diesem Vorschlage, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bundesrat, einverstanden erklärt und beantragt, schweizerischerseits mit den Verhandlungen Herrn Direktor Stucki und Herrn Oberzollinspektor Comte zu betrauen. Es entspricht die Bestellung dieser kleinen Delegation auch der Auffassung der übrigen Herren, die letztes Jahr bei den ungleich wichtigeren Tarifverhandlungen mit Frankreich beteiligt waren, sowie der Zusammensetzung der französischen Delegation, die auch nur aus zwei Herren besteht.

Die Inkraftsetzung und Durchführung der beiden Tarifabkommen vom 21. Januar und 11. März 1928 hat hien und drüben zu gewissen Vollzugs- und Interpretationsschwierigkeiten geführt, wie dies bei umfassenden Tarifabkommen unvermeidbar ist. Da namentlich von Seiten der französischen Zollbehörden hinsichtlich verschiedener vertraglicher Vereinbarungen etwas engherzige und für unseren Export lästige Interpretationen zutage getreten sind, so hat das Volkswirtschaftsdepartement der französischen Regierung den Wunsch ausdrücken lassen, gleichzeitig auch über diese Punkte in Besprechungen einzutreten und sie wenn möglich durch ein Interpretationsprotokoll zu bereinigen, ähnlich wie es dies mit Erfolg in letzter Zeit mit Deutschland und Italien getan hat. Die französische Regierung hat sich auch mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt und gleichzeitig ihrerseits einige Begehren hinsichtlich der schweizerischen Zollpraxis angemeldet. Es handelt sich um vorwiegend technische Punkte von untergeordneter Bedeutung, über welche zwischen Volkswirtschaftsdepartement und Zolldepartement auf der ganzen Linie vollständige Übereinstimmung der Auffassungen besteht. Es ist gegeben, dass die Verhandlungen durch die gleiche, oben vorgeschlagene Delegation geführt werden.

Antragsgemäss wird daher *beschlossen*:

1. Der Bundesrat erklärt sich damit einverstanden, dass am 3. Juni in Paris Verhandlungen mit einer französischen Delegation aufgenommen werden über die Revision des allgemeinen Teiles des Handelsvertrages von 1906, sowie über die Interpretation einzelner Vertragsbestimmungen aus den Abkommen vom 21. Januar und 11. März 1928.

2. Die Verhandlungen werden schweizerischerseits geführt durch die Herren Direktor *Stucki*, Chef der Handelsabteilung, und Oberzollinspektor *Comte*.

3. Das Volkswirtschaftsdepartement ist ermächtigt, das Sekretariat der Delegation zu bestellen, sowie ihr allfällig notwendige besondere Instruktionen zu erteilen.

476

E 1004 1/316

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 18. Mai 1929¹

922. Tarif des douanes des Etats-Unis

Verbal

M. le chef du département de l'économie publique communique que, sitôt connu le projet de revision du tarif douanier des Etats-Unis élaboré par la commission parlementaire des douanes² les industries les plus frappées (broderie, horlogerie, tissus fins de coton) ont été invitées à dire si elles tenaient une intervention officielle de la légation pour nécessaire. Après quelque hésitation, le directoire commercial, la chambre du commerce de l'horlogerie et le Vorort du commerce et de l'industrie ont répondu affirmativement, dans l'idée qu'en l'état actuel des choses une intervention ne saurait, en tous cas, être préjudiciable à nos intérêts. Le consulat général de New York et la grande majorité des importateurs de marchandises suisses sont du même avis. La plupart des autres Etats frappés par le nouveau tarif ont fait déjà de démarches analogues.

En conséquence, conformément à la proposition du chef du département de l'économie publique, le conseil *arrête*:

La légation à Washington sera chargée d'attirer l'attention du gouvernement américain sur le tort considérable que l'adoption du nouveau tarif douanier causerait à la Suisse, en particulier à l'horlogerie et au textile³.

1. *Abwesend: Scheurer.*

2. *Vgl. dazu GBer 1929, S. 523ff.*

3. *Vgl. Nr. 482.*

477

E 2001 (C) 2/31

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 22 mai 1929

J'ai l'honneur de vous accuser réception de vos lettres express du 17 et du 18 mai¹, concernant notre compatriote Giuseppe *Peretti*, et qui se sont croisées avec mon office du 18 courant.

Nous n'avons pas manqué de nous adresser aussitôt au Ministère des Affaires Etrangères dans le sens des instructions que vous nous avez données.

1. *Beide Schreiben in: E 2001 (C) 2/31.*

Comme on paraissait ignorer au Ministère cette affaire, nous sommes revenus à la charge auprès du Ministère de l'Intérieur.

Il résulte de l'entretien confidentiel que nous avons eu ce matin avec le Chef de la Division compétente que Peretti était venu dans le Royaume pour se concerter avec des éléments anarchistes italiens, et qu'il a été pris «le mani nel sacco». Son arrestation aurait été suivie de plusieurs autres.

Comme le Consul de Suisse à Milan nous a déjà tenu au courant des diverses démarches qu'il a faites au sujet de Peretti, et qu'il nous a transmis copie des communications qu'il vous a adressées, nous lui écrivons par le même courrier pour qu'il continue à nous informer des suites qui seront données à cette affaire à Milan, et que Me. Solari, qui a assumé la défense de notre compatriote, nous adresse un rapport circonstancié aussitôt qu'il sera en possession des éléments indispensables.

Nous vous ferons parvenir la réponse officielle du Ministère des Affaires Etrangères dès que nous l'aurons reçue.

P. S. D'après le rapport de notre Consul il résulte que la police cantonale tessinoise a envoyé exprès à Milan M. Grassi faire une enquête sur cette affaire. Estimez-vous que cette démarche ait été opportune? ²

2. Mit Schreiben vom 20.5.1929 an Dinichert berichtete das schweizerische Konsulat in Mailand: [...] Vom Fall Peretti wurden wir Mittwoch den 15. ds. durch den Polizei-Vorstand in Chiasso in Kenntnis gesetzt, d. h. er wollte wissen, ob dieses Konsulat von einer eventuellen Verhaftung des Peretti Kenntnis erhalten habe. Wir mussten dies verneinen, versprachen jedoch, sofort nach der Quästur zu gehen & daselbst Erkundigungen einzuziehen. Unserem Beamten wurde, nach Durchsicht der Listen über die vorgenommenen Verhaftungen in der Zeit vom 11.-14. Nachts mitgeteilt, dass «kein» Peretti figuriere, doch versprach man die Nachforschungen fortzusetzen. Wir dachten ebenfalls an die Möglichkeit eines Unfalles & liessen durch unsern Beamten ebenfalls in den Spitälern Nachforschungen anstellen, jedoch vergeblich. – Am 17. ds. Mts. sandten wir unsern Beamten neuerdings nach der Quästur & trotz allen Nachforschungen konnte auch an diesem Tage nicht festgestellt werden, dass Peretti verhaftet sei. Am 18. Vormittags telephonierte man uns von Bellinzona, dass die Quästur von Mailand die Verhaftung bestätigt habe & wiederum ging unser Beamter nach der Quästur & zum dritten Male, nach Durchsicht der Listen, konnte die Verhaftung des Peretti nicht festgestellt werden. An diesem Punkte konnte unser Beamte fragen, wieso es komme, dass die Quästur der Polizei in Bellinzona von der Verhaftung des Peretti eine Bestätigung geben konnte, währenddem man dem Konsulate seit einer halben Woche mitteile, dass der mehrmals Genannte «nicht» unter den Verhafteten figuriere. Der diesem Konsulate sehr wohl gesinnte & stets zuvorkommende Beamte der Quästur (Chef des Fremdenbureau) war ob dieser Frage nicht wenig erstaunt & nach kurzem Überlegen bemerkte er, dass es sich in diesem Falle um eine Operation der Politischen Polizei handle, welche jedoch in ein & demselben Gebäude ihre Lokale hat. Unser Beamte begab sich sodann in dieses Bureau, wo er vom Vorsitzenden die Bestätigung der Verhaftung erhielt. Alle weitem an diesen Herrn gerichteten Fragen blieben unbeantwortet, bis er endlich erklärte, nur weitere Erklärungen geben zu können, wenn er seitens seiner höheren Instanzen hiezu ermächtigt werde. [...] (E 2001 (C) 2/31).

E 2, Archiv-Nr. 1696

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

Kopie
S TG.

Berne, 24 mai 1929

Nous avons eu l'honneur de recevoir en son temps la copie du rapport que vous avez adressé, le 11 mai, à la Division du Commerce du Département fédéral de l'Economie publique¹, signalant que la question de savoir comment un nouveau traité de commerce entre la Suisse et la France pourrait être conclu entre les deux Etats tout en maintenant en vigueur l'article 3 et l'annexe C du traité de 1906 préoccupe les Autorités françaises et nous nous étions aussitôt mis en rapports avec M. le Conseiller national Logoz en vue de tirer au clair la question assez délicate de savoir dans quelle mesure l'échange de notes du 30 octobre 1924 prévoyant que, jusqu'à décision définitive de la Cour, il ne sera procédé de part ou d'autre «à aucun acte de nature à modifier l'état de fait actuellement existant à la frontière entre la Suisse et les territoires français visés à l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles» a diminué notre liberté d'action en ce qui concerne le Règlement relatif au Pays de Gex formant l'annexe C du traité de commerce conclu entre la Suisse et la France le 20 octobre 1906. Nous étions sur le point de faire part au Département fédéral de l'Economie publique des conclusions auxquelles nous arrivions à cet égard lorsque nous avons eu connaissance des instructions qui vous ont été adressées, le 15 mai, par la Division du Commerce et qui tiennent pour résolu le problème qui retenait notre attention².

Vous voudrez bien trouver ci-joint copie de la lettre³ par laquelle nous avons

1. Nr. 473.

2. *In Beantwortung von Dokument Nr. 473 teilte die Handelsabteilung dem schweizerischen Gesandten in Paris am 15.5.1929 mit: [...] Selbstverständlich haben wir in unserem Entwurf für den allgemeinen Teil des Handelsvertrages absichtlich nicht von der Wareneinfuhr aus dem Pays de Gex gesprochen, dagegen aber erwartet, dass Frankreich hier gewisse Sicherungen haben möchte. Wir sind denn auch durchaus bereit, diese Sicherungen, die ja nur dem entsprechen, was durch den Notenwechsel vom 30. Oktober 1924 zugesagt worden ist, nicht zu verweigern. Was die Form anbelangt, so scheinen uns die von Ihnen unter 1., 3. und 4. erwähnten Möglichkeiten kaum in Betracht fallen zu können, während wir keine Schwierigkeiten sehen, der unter 2. erwähnten Lösung grundsätzlich zuzustimmen. Sie können deshalb die französische Regierung ohne weiteres dahin informieren, dass die Schweiz bereit sei, auch nach Inkraftsetzung eines neuen Textes des Handelsvertrages den Notenwechsel vom 30. Oktober 1924 zu respektieren, d. h. das gegenwärtige Einfuhrregime für die Waren aus dem Pays de Gex beizubehalten bis zum Entscheid des Haager Schiedsgerichts. [...] (E 7110 1/64).*

3. *In diesem Schreiben vom 24. 5. 1929 bedauerte das Politische Departement, dass es vom Volkswirtschaftsdepartement nicht konsultiert worden sei, und führte aus: [...] D'accord avec M. Logoz, nous estimons, [...], qu'il serait fâcheux de nous lier, à l'occasion de la conclusion d'un nouveau traité de commerce entre la Suisse et la France, les mains jusqu'à la décision définitive de la Cour, qui risque de n'intervenir que dans un avenir assez lointain peut-être, alors qu'en évitant*

indiqué au Département fédéral de l'Economie publique qu'à notre avis, l'annexe C de la convention franco-suisse de commerce du 20 octobre 1906 devrait être maintenue en vigueur par un arrangement faisant entièrement abstraction de l'échange de notes du 30 octobre 1924 et laissant à chacune des Parties la possibilité de mettre fin au régime actuel moyennant avertissement trois mois à l'avance, ainsi que cela est le cas présentement pour les clauses générales du traité de commerce, en vertu des arrangements que vous avez pris en 1919 avec le Quai d'Orsay.

Nous n'osons nous flatter de l'espoir que vous n'avez pas encore exécuté les instructions qui vous ont été données le 15 mai. Peut-être, toutefois, ne l'avez-vous fait qu'au cours d'une conversation de caractère officieux et en des termes suffisamment vagues pour que nous ne soyons pas définitivement liés à une interprétation extensive de l'arrangement du 30 octobre 1924.

Nous souhaiterions vivement qu'il en fût ainsi⁴, car il saute aux yeux que, pour les futures négociations relatives au régime des zones, il serait de notre intérêt de pouvoir faire observer que les facilités accordées aux habitants de la région zonienne ont un caractère précaire et pourraient être retirées même avant que la Cour permanente de Justice internationale eût pris une décision définitive.

toute allusion à l'échange de notes du 30 octobre 1924, nous aurions eu chance de faire accepter que l'annexe C du traité de commerce du 20 octobre 1906 fût simplement maintenue en vigueur à titre provisoire, avec la possibilité pour chacune des Parties de mettre fin en tout temps à ce régime moyennant avertissement trois mois d'avance. /.../ (E 2, Archiv-Nr. 1695).

4. *Vgl. Nr. 480.*

479

E 7110 1/25

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H. Rüfenacht*

Kopie

S ME. Persönlich

Bern, 29. Mai 1929

Auf Ihre Anfrage vom 27. ds. Mts.¹ betreffend Inkraftsetzung des schweizerisch-deutschen Zusatzabkommens beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Auch wir haben festgestellt, dass Uhrenindustrie und Uhrenhandel beidseitig der Grenzen ungeduldig auf die Inkraftsetzung des Abkommens warten und es hat die schweizerische Uhrenhandelskammer bei uns das ausdrückliche Gesuch gestellt, man möchte wenn irgendwie möglich wenigstens die Uhrenzölle sofort provisorisch in Kraft setzen. Ich habe darüber kürzlich in Genf mit Staatssekretär Trendelenburg gesprochen und er hat mir zugesagt, die Frage zu prüfen. Vorgestern erhielt ich nun von ihm die Mitteilung, dass die deutsche Regierung

1. *Nicht abgedruckt.*

keine rechtliche Möglichkeit habe, auf diesen Wunsch einzutreten und dass deshalb die ordnungsgemässe parlamentarische Ratifikation abgewartet werden müsse.

Auf schweizerischer Seite wurde durch die vereinigten Zollkommissionen der beiden Räte bereits am 14. Mai das Referat über das Abkommen entgegengenommen, worauf die Zollkommission des Nationalrates am 15. Mai einstimmig Genehmigung beschlossen hat. Da der Nationalrat die Priorität besitzt, muss das Geschäft zunächst vom Plenum des Nationalrates behandelt werden, worauf erst die ständerätliche Kommission formell Beschluss fassen kann. Es ist uns aber bestimmt zugesagt worden, dass die Angelegenheit in beiden Räten in der Junisession erledigt wird. Auch unsererseits besteht somit die Möglichkeit, die Ratifikationsurkunden anfangs Juli auszutauschen².

Was nun die Frage der Schuhzölle anbelangt, so sind die Verhandlungen zwischen den beteiligten Industrien auf deutscher Seite sehr stark verschleppt worden. Sie wurden dann endlich letzte Woche in Bern aufgenommen und führten zwar noch nicht zu einer formellen, aber doch zu einer materiellen Einigung. Die Delegierten der deutschen Schuhindustrie behielten sich die endgültige Genehmigung durch den Verbandsvorstand vor, welche am 12. Juni erfolgen soll. Schweizerischerseits hat man den deutschen Vorschlag, für die Zollrückvergütung die Ausfuhr des Jahres 1928 zugrunde zu legen, noch nicht ausdrücklich akzeptiert, sondern 150% des Exportes 1928 verlangt. Ich weiss aber, dass man hierauf nicht bestehen, sondern nachgeben wird. Gleich verhält es sich mit dem schweizerischen Begehren um Stellung einer Bankgarantie, die deutscherseits noch nicht endgültig zugestanden, aber nach den bestimmten Versicherungen von Legationsrat Ulrich, der mit den deutschen Herren in ständiger Fühlung war, zugestanden wird.

Ich habe die deutsche Gesandtschaft darauf aufmerksam gemacht, dass wir so rasch als irgendwie möglich, spätestens bis zum 15. Juni Klarheit darüber haben müssen, ob das Abkommen ganz oder teilweise in Kraft gesetzt werden kann. Ich bin umso sicherer, dass ersteres der Fall sein wird, als wir, und zwar auf dringendes Begehren von Neuhausen, in diesem Falle auch auf die deutsche Bindung für Aluminium verzichten werden. Wir verlangen dafür nicht eine besondere Gegenleistung, jedoch die Verpflichtung der deutschen Regierung, unter der Herrschaft des Einfuhrverbotes Bewilligungen im bisherigen Umfang zu erteilen, sowie Neuhausen die nachgesuchte Erhöhung seiner Produktion in badisch Rheinfeldern zu gestatten.

Selbstverständlich sind diese Informationen durchaus vertraulicher Natur.

2. Vgl. Nr. 484, Anm. 1.

480

E 2, Archiv-Nr. 1696

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an Professor P. Logoz*

Kopie
S TG.

Berne, 30 mai 1929

Pour faire suite à notre lettre du 24 mai¹, nous avons l'honneur de vous remettre ci-joint copie du rapport² par lequel M. Dunant nous fait savoir qu'il a exécuté les instructions qui lui avaient été adressées par la Division du Commerce³ en ce qui concerne l'interprétation à donner à l'échange de notes du 30 octobre 1924 et nous déconseille de chercher à revenir sur ce qui a été fait. Après un nouvel examen attentif de la question et tout en regrettant que nous nous trouvions liés plus qu'il n'aurait été strictement nécessaire, nous nous sommes rangés à l'avis de M. Dunant qu'il ne serait pas de très bonne politique de risquer de rendre difficiles les négociations actuellement pendantes au sujet du traité de commerce entre la Suisse et la France pour nous assurer peut-être une position un peu meilleure en vue des négociations auxquelles l'affaire des zones donnera lieu cet automne.

Nous avons exprimé, en conséquence, au Département fédéral de l'Economie publique l'opinion qu'il n'y a plus à revenir sur ce qui a été fait.

1. Nicht ermittelt.

2. E 2, Archiv-Nr. 1696; Bericht vom 28.5.1929.

3. Vgl. Nr. 478, Anm. 2.

481

E 1004 1/316

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 3. Juni 1929¹

995. Fall Peretti

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des Politischen Departements hat von unserer Gesandtschaft in Rom soeben die telegraphische Mitteilung² erhalten, dass ihr das italienische Aussenministerium offiziell bekannt gegeben habe, der Tessiner Giuseppe Peretti sei von den italienischen Behörden unter der Anschuldigung verhaftet worden, eine anarchistische Tätigkeit im Königreich entfaltet und die Verbindung mit den anarchistischen Kreisen in Mailand hergestellt zu haben. In der Beratung wird be-

1. Abwesend: Musy.

2. E 2001 (C) 2/31; Telegramm vom 2.6.1929.

tont, dass falls Peretti nur als Privatmann sich nach Italien begeben hätte, seine Verhaftung trotz seiner anarchistischen Ansichten ungerechtfertigt gewesen wäre. Wenn er sich nun, wie es der Fall zu sein scheint, Handlungen zu Schulden kommen liess, wie die von den italienischen Behörden angeführten, so könne seitens der Schweiz gegen die Verhaftung keine Einwendung erhoben werden. Immerhin solle unsere Gesandtschaft in Rom angewiesen werden, sich dafür einzusetzen, dass Peretti die Rechte der Verteidigung gemäss der italienischen Gesetzgebung gewährt werden³. Im amtlichen «Mitgeteilt» an die Presse soll insbesondere auch erwähnt werden, dass von schweizerischer Seite alles getan werde, damit Peretti einen Rechtsbeistand erhalte⁴.

Vom gegenwärtigen Stande der Angelegenheit wird am Protokoll Vormerk genommen.

3. Vgl. Nr. 483.

4. Vgl. *Behandlung der Interpellation Borella vom 13.6.1929 im Nationalrat*, in: *NR-Protokoll vom 18.6.1929* (E 1001 (C) d 1/275, S. 258ff.).

482

E 2300 Washington, Archiv-Nr. 42

Der schweizerische Gesandte in Washington, M. Peter, an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

PB N° 146

Washington, 13 juin 1929

Le Président Hoover doit regretter maintenant amèrement la promesse téméraire qu'il avait faite pendant la campagne électorale, de convoquer une session extraordinaire du Congrès aussitôt après son entrée en fonctions. Cette promesse était, en effet, inutile puisque le Président aurait été élu sans elle et qu'elle ne fut faite que pour se concilier les faveurs des fermiers de l'ouest par une peur injustifiée de l'élection de Smith. Et la session n'a abouti, jusqu'à présent, qu'à créer des conflits entre le Congrès et le Président.

Dans son message d'ouverture de la session, le Président avait en effet parlé d'une révision limitée du tarif douanier, d'une simple mise au point de la loi de 1922 pour protéger les industries qui souffrent «du chômage ou d'une concurrence étrangère insurmontable». Mais contrairement aux recommandations du Président, la Chambre des Représentants a rédigé une révision totale de la loi dans le sens d'une augmentation générale et le plus souvent exagérée des droits. La presse presque unanime a vivement critiqué cette façon de procéder et le Président, impressionné par les critiques qui se font entendre dans le pays et surtout à l'étranger, est très embarrassé car malgré tout son désir d'empêcher une pareille augmentation des droits de douane il lui sera difficile de mettre son veto à une loi qui, en tout cas pour certaines de ses dispositions, est réclamée avec insistance par toute une partie du pays.

Ayant été absent lors de la présentation du Corps diplomatique en mars dernier, je suis allé rendre visite au Président qui m'a très aimablement reçu. J'ai profité de cette occasion pour faire allusion, dans ma conversation, à la fâcheuse impression produite en Suisse par le tarif douanier qui frappe deux de nos industries nationales, et principalement l'horlogerie, alors que nous importons de 90 à 95% du total des montres importées aux Etats-Unis. Les chiffres et les faits que je lui ai indiqués ont eu l'air d'intéresser le Président qui a pris des notes et m'a demandé si j'avais déjà envoyé un mémoire à ce sujet au Département d'Etat. J'ai répondu que le mémoire était en effet en préparation et qu'il allait être remis incessamment au Secrétaire d'Etat. J'ai appris d'ailleurs par un de mes collègues, le Ministre d'Uruguay, qui parlait du nouveau tarif au Secrétaire d'Etat, que celui-ci l'avait invité lui-même à présenter une note de protestation aussi forte que possible sur cette question. Il semble donc que le Président et le Secrétaire d'Etat recueillent avec plaisir les protestations des divers pays, dans l'idée qu'elles leur serviront si le Président, se décidant à mettre son veto à la loi, voulait justifier cette décision devant le Congrès et surtout devant l'opinion publique. En l'absence du Secrétaire d'Etat, c'est à M. Castle, assistant du dit Secrétaire, que trois jours après mon entrevue avec le Président, j'ai remis notre mémoire¹ auquel nous avons annexé les notices qui nous ont été fournies par les fabricants d'horlogerie et de broderies. Les copies de notre mémoire ainsi que de ses annexes seront envoyées par les soins du Département d'Etat à la Commission des Finances du Sénat, à la Commission des Voies et Moyens de la Chambre des Représentants, au Département du Trésor ainsi qu'à la Commission du Tarif. Je n'ai pas manqué de reprendre auprès de M. Castle certains de nos arguments et j'ai pu me convaincre une fois de plus que le Département d'Etat trouve absolument inopportunes les augmentations déraisonnables qui ont été apportées par la Chambre des Représentants aux droits de douane déjà élevés qui sont actuellement en vigueur. Aussitôt après le dépôt de notre mémoire, j'ai commencé mes démarches auprès des membres de la Commission des Finances et notamment auprès des Sénateurs Reed, de Pennsylvanie et Keyes, de New Hampshire, qui président, l'un, le sous-comité qui aura à s'occuper de l'industrie horlogère, l'autre, le sous-comité qui s'occupera des broderies et que je connais tous deux personnellement très bien. Tous deux m'ont écouté avec beaucoup d'intérêt et se sont dits très heureux de posséder les chiffres et tableaux statistiques que je leur ai fournis.

[...]²

1. Nicht ermittelt.

2. Der Bericht befasst sich in der Folge weiter mit der amerikanischen Wirtschafts- und Zollpolitik.

E 2001 (C) 2/31

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 15 juin 1929

Comme je vous l'ai télégraphié, les instruments de ratification concernant le protocole additionnel au Traité de Commerce italo-suisse relativement au droit de douane sur le beurre ont été échangés hier peu avant 19 heures, dans le bureau du Chef du Gouvernement. J'aurai soin de vous faire parvenir, par la prochaine occasion, l'instrument italien.

En attendant, je vous remets ci-inclus un exemplaire de la *Gazette Officielle* de ce matin qui publie, dans les termes convenus, ce nouvel arrangement. Nous adressons en même temps un certain nombre d'exemplaires de cette même Gazette au Département Fédéral de l'Economie Publique.

Le Chef du Gouvernement, qui paraissait de fort bonne humeur et en excellente santé, m'a dit qu'il avait constaté avec satisfaction qu'il ne s'est rien passé à Genève, contrairement aux craintes qu'on lui avait exprimées.

J'ai cru devoir ajouter que l'agitation provoquée par l'affaire Peretti provenait en partie du fait que l'arrestation de ce compatriote n'avait pas été signalée, en temps opportun, au Consulat de Suisse compétent, comme je l'avais fait observer la veille au Chef de la Police.

M. Mussolini m'a répondu ces paroles textuellement: «Chaque fois qu'un étranger est arrêté, son Consul doit être informé immédiatement. J'ai donné à ce sujet des ordres catégoriques».

J'ai remarqué que dans le cas Peretti, aucune communication avait été faite. Le Duce a paru croire que j'étais mal renseigné. De toutes façons, il se réserve d'en parler ce matin même à M. Bocchini.

Ce qu'il faut retenir de tout cela, c'est que le Chef du Gouvernement attache lui-même une grande importance à ce que les Consuls étrangers soient immédiatement renseignés au sujet de l'arrestation de leurs compatriotes. En effet, M. Bocchini paraissait ignorer la nécessité de cette précaution. De son côté, M. Guariglia, avec lequel j'ai eu un long entretien hier matin, au cours duquel je lui ai marqué la pénible impression produite en Suisse par les arrestations successives, en lui citant les cas Schläfli, Moresi, Fröhlicher, etc. m'avait déclaré qu'il recommanderait à l'autorité de police de prévenir toujours les Consuls en cas d'arrestation, mais qu'il ne pouvait pas me promettre que cette formalité fut accomplie dans tous les cas; il y aurait des cas d'espionnage politique p.ex. dans lesquels l'autorité de police croit devoir garder le secret pendant quelques jours. Je n'ai pas admis cette distinction, que le Duce n'a pas envisagée dans notre court entretien.

484

E 7110 1/25

Der schweizerische Gesandte in Berlin, H. Rüfenacht, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes, W. Stucki

S

Berlin, 22. Juni 1929

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass der handelspolitische Ausschuss des Reichstags in seiner gestrigen Sitzung den deutschen Gesetzesentwurf über das Zusatzabkommen zum deutsch-schweizerischen Handelsvertrag mit 9 gegen 6 Stimmen *abgelehnt* hat. Die 11 sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses enthielten sich der Stimme, um damit ihre Opposition gegen die Zollerhöhungstendenzen der Regierung in Schuhen zu manifestieren. Nur so lässt sich das Ergebnis der Ausschussverhandlungen erklären, welches für die deutsche Regierung völlig überraschend kam.

Dass mit einer starken Opposition gegen das Zusatzabkommen gerechnet wurde, hörte ich schon seit einigen Tagen. Die Firma Bosch hatte eine rege Agitation im Reichstag gegen das Abkommen entfaltet, die insofern einen gewissen Anklang fand, als den deutschen Unterhändlern nachgewiesen werden konnte, dass sie in der Frage der Verzollung von elektrischen Ausrüstungsgegenständen für Motorfahrzeuge ihre Instruktionen, wie sie im Einvernehmen mit der deutschen Industrie festgelegt worden waren, bedeutend überschritten hatten. Die Bedenken auf diesem Gebiet erklären die ablehnenden Stimmen im handelspolitischen Ausschuss, die aus Kreisen der Rechtsopposition stammen, zum Teil allerdings auch von Kommunisten, die gegen eine Erhöhung der Schuhzölle stimmen wollten.

Wie ich auf dem Auswärtigen Amt erfuhr, hat Herr Ministerialdirektor Ritter gestern noch in alle Nacht hinein mit den Führern der sozialdemokratischen Partei verhandelt und es soll ihm gelungen sein, eine Zusage zu erwirken, dass bei der dritten Lesung des Abkommens im Plenum die Sozialdemokraten dafür stimmen werden. Voraussichtlich wird diese Abstimmung nächsten Montag stattfinden. Ich werde Sie über deren Ergebnis sofort telegraphisch verständigen¹.

Ich vermute, dass die Zusage der sozialdemokratischen Parteiführer, für das Zusatzabkommen zu stimmen, von der Reichsregierung mit dem Versprechen erkaufte worden ist, bei der Erhöhung der Schuhzölle ein bestimmtes Mass nicht zu überschreiten.

1. Die Ratifikation deutscherseits erfolgte laut Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes an den Bundesrat vom 9.7.1929 am 30.6.1929 (E 7110 1/25). Die eidgenössischen Kammern hatten ihre Genehmigung bereits am 13.6.1929 erteilt. (Vgl. BR-Botschaft vom 7.5.1929, in: BBl 1929, I, S. 619). Am 6.7.1929 wurden die Ratifikationsurkunden in Bern ausgetauscht, nachdem eine Einigung zwischen den deutschen und den schweizerischen Schuhindustriellen zustande gekommen war. Das Abkommen trat am 20.7.1929 in Kraft.

485

E 2, Archiv-Nr. 1696

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

Kopie
S

Bern, 28. Juni 1929

Ihre beiden Telegramme vom 21. und 22. sowie Ihr Schreiben vom 24. d.M.¹ sind mir in Paris richtig zugekommen. Ich habe demgemäss der französischen Delegation vorgeschlagen, im Handelsvertrag auf eine Regelung der Konsularfragen sowie der fiskalischen Behandlung von Handelsgesellschaften zu verzichten, und es ist daher, im Einverständnis mit der französischen Delegation, Art. 13, Abs. 3, und Art. 14 des schweizerischen Entwurfs² gestrichen worden.

Bei dieser Gelegenheit beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, dass auch hinsichtlich der Klausel über das Régime des Pays de Gex eine Ihren Wünschen entsprechende Formulierung bevorsteht, da sich die französische Delegation ohne weiteres damit einverstanden erklärt hat, von einer Erwähnung des Notenwechsels von 1924³ abzusehen.

1. E 2001 (C) 2/6.

2. E 2001 (C) 2/6.

3. *Anlässlich der Unterzeichnung des Handelsvertrags vom 8. 7. 1929 bestätigte ein Briefwechsel zwischen den Verhandlungsdelegationen die Übereinstimmung der beiden Regierungen pour maintenir aux produits du Pays de Gex le bénéfice des dispositions contenues dans le règlement annexé sous la lettre C à la Convention de commerce franco-suisse du 20 octobre 1906 (E 2, Archiv-Nr. 1696). – Notenwechsel vom 30. 10. 1924, in: BBl 1924, III, S. 956f.*

486

E2200 Rom 19/1

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Rom, G. Wagnière*

S

Berne, 28 juin 1929

Je comprends parfaitement que vous devez être très désireux de recevoir mes impressions et, s'il le fallait, mes instructions au sujet de la campagne de presse, que le Gouvernement italien a laissé se déclancher, en ces derniers jours, contre les antifascistes suisses et aussi contre les autorités tessinoises.

Vous avez sans doute eu, comme mes collègues et moi, l'impression que la campagne dont il s'agit est très exagérée.

Il est parfaitement exact que, depuis quelques semaines, des incidents entre particuliers antifascistes et fascistes se sont produits à Zurich, à Bienne, à Bellinzone, à Lugano et ailleurs. Le prétexte de ces incidents a été, d'une manière géné-

rale, la volonté brutale de jeunes gens antifascistes, appartenant aux partis socialistes ou communistes, d'empêcher des citoyens italiens de porter l'insigne fasciste.

La police est intervenue chaque fois, avec plus ou moins d'énergie. Là où les personnes lésées ont déposé des plaintes pénales, celles-ci suivent leur cours normal.

Il est souverainement injuste de prétendre, sur la base de ces faits, que la lutte contre le fascisme est organisée partout, que les fascistes ne jouissent plus de la protection des lois et que les autorités observent une attitude passive de demi-complicité.

Le ministre d'Italie à Berne, monsieur Pignatti, et surtout les consuls italiens à Zurich et à Lugano ont dû informer leur Gouvernement d'une manière tendancieuse. M. Pignatti avait même invité, sous sa responsabilité, par des télégrammes¹ en clair dont il a reconnu, loyalement d'ailleurs, l'existence, les consuls italiens sus-nommés à faire savoir aux Italiens qu'ils devaient, à l'avenir, faire usage du droit de légitime défense. J'ai alors prié M. Pignatti de venir chez moi et je l'ai rendu attentif aux conséquences très graves de cette façon d'agir. M. Pignatti a cherché à se justifier en disant que, dans son esprit, il s'agissait non d'aggraver, mais de détendre la situation. Ce qui, m'a-t-il dit, peut être réglé avec deux coups de bâtons, ne doit pas faire l'objet de discussions diplomatiques débordant nécessairement sur le terrain général des relations politiques entre pays.

J'ai, naturellement, relevé ce que cette conception avait de très dangereux et j'ai prié M. Pignatti de m'aider à calmer les esprits, ce qu'il m'a promis de vouloir faire.

J'ai eu hier l'occasion de voir ici à Berne M. Cattori, conseiller d'Etat et chef du Département cantonal de police. Il est d'avis que l'excitation née au Tessin est due aux campagnes intempérantes de la presse socialiste et communiste et particulièrement à la propagande détestable que fait, entre autres, l'ancien conseiller national Zeli parmi les ouvriers des ateliers des chemins de fer fédéraux à Bellinzona.

Vous aurez lu, dans les journaux tessinois, le communiqué publié par le Département cantonal de police. Ce communiqué est exact, mais, à mon avis le Gouvernement tessinois a commis une erreur en exprimant à la colonie italienne de Bellinzona le désir de voir renvoyée la réunion qui avait été fixée au 9 de ce mois.

J'ai exprimé à M. Cattori l'attente formelle que la Police tessinoise se montre à l'avenir plus énergique et que les Autorités judiciaires donnent une solution rapide aux procédures dont elles sont saisies. M. Cattori, que j'ai trouvé en de bonnes dispositions, m'a déclaré qu'il fera le nécessaire.

Vous avez remarqué que la presse nationale a commencé à réagir fortement contre les abus de langage et les violences de la presse socialiste et communiste.

1. Die Telegramme des italienischen Gesandten an das Konsulat in Zürich vom 17.6.1929 und an das Konsulat in Lugano vom 18.6.1929 wurden am 19.6.1929 vom Generaldirektor der Post- und Telegraphenverwaltung an den Vorsteher des Post- und Eisenbahndepartementes weitergeleitet (J.I. 1 1/2).

Cette réaction était nécessaire. J'ai eu personnellement des conversations avec plusieurs journalistes et je les ai encouragés à élever la voix pour protester contre la politique des meneurs irresponsables.

Vous aurez déjà appris que le Gouvernement italien a donné l'ordre de s'abstenir aux sociétés et organisations du Royaume qui devaient se rendre demain et dimanche à Lugano pour le congrès des pompiers. Cette décision est regrettable, mais elle obligera certains milieux trop échauffés à la réflexion et empêchera tous conflits possibles. J'avais voulu d'abord vous télégraphier pour vous charger d'une démarche, mais, d'accord avec mes collègues, j'y ai renoncé.

Ces quelques lignes n'ont pour le moment d'autre but que de vous tenir informé. Je me réserve de vous écrire ultérieurement s'il y avait des démarches précises à faire.

Je suis un peu sur les dents parce que messieurs Dinichert, Bonna, Ratzenberger, etc. sont absents et le temps me manque pour vous écrire plus longuement.

487

E 1001 1, EPD, 1929

*Antrag des Vorstehers des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Bundesrat*

TZ

Berne, 29 juin 1929

Traité de conciliation, de règlement judiciaire
et d'arbitrage avec la Tchécoslovaquie

Lorsqu'en 1921, le Conseil Fédéral fit à la plupart des Etats des ouvertures en vue de la conclusion de traités de règlement pacifique d'un nouveau type, le Gouvernement tchécoslovaque fut un des premiers à accueillir favorablement nos propositions. Les négociations entamées dans la suite avec Prague traînèrent cependant en longueur. Deux ou trois projets de traité élaborés successivement par le Département Politique ne donnèrent pas de résultat, encore que le Gouvernement tchécoslovaque, qui poursuivait d'ailleurs mollement les pourparles, n'eût jamais indiqué en quoi les projets présentés ne lui paraissaient pas acceptables. Ces négociations qui se prolongeaient depuis des années sans aboutir finirent par laisser les Autorités tchécoslovaques elles-mêmes et, l'an dernier, lors de l'Assemblée de la Société des Nations, M. Bénès fit part au soussigné de son désir de voir les conversations s'achever à bref délai sur un texte qui s'inspirerait des traités les plus libéraux conclus en matière de règlement pacifique des différends internationaux¹.

Il fut convenu qu'un nouveau projet d'accord² serait élaboré par le Département Politique pour servir de base de discussion.

Le Gouvernement tchécoslovaque penchant en faveur d'un traité qui s'inspirât

1. E 2200 Prag 3/12. – Vgl. auch Nr. 459.

2. Nicht ermittelt.

de l'Acte général adopté par la dernière Assemblée et prévît, en particulier, le recours à la Cour permanente de Justice internationale pour les différends d'ordre juridique et le recours à un tribunal arbitral pour les différends d'ordre non juridique, le projet préparé par les soins du Département Politique comportait:

1. Le renvoi des litiges de nature juridique à une procédure de conciliation, à la demande d'une des parties;

2. A défaut de procédure de conciliation demandée par l'une des parties, le renvoi de ces différends devant la Cour permanente de Justice internationale, sauf faculté pour les parties de soumettre d'un commun accord le différend à une procédure d'arbitrage;

3. Le renvoi des différends d'ordre non juridique devant la Commission permanente de conciliation et, en cas d'échec de la tentative de conciliation, devant un tribunal arbitral de cinq membres, sauf faculté pour les parties de déférer d'un commun accord le différend à la Cour de Justice internationale, jugeant *ex aequo et bono*.

Le Gouvernement tchécoslovaque fit savoir que le projet présenté lui donnerait toute satisfaction et se borna à proposer quelques retouches, généralement de peu d'importance, sur certains points dans le détail desquels il serait superflu d'entrer. Parmi ces propositions d'amendement, il s'en trouve toutefois une, et c'est la seule, qui pourrait se heurter à des objections de notre part. On nous demande, en effet, de limiter l'application du traité aux différends nés postérieurement à son entrée en vigueur. Il y aurait intérêt, cela va sans dire, à ce que le traité pût jouer dans tous les cas, qu'ils relèvent, comme on dit, du passé ou de l'avenir. Il reste, entre la Suisse et la Tchécoslovaquie, certaines questions à régler qui sont la conséquence directe ou indirecte des événements de la grande guerre³, il eût été heureux, par conséquent, d'avoir la possibilité de soumettre obligatoirement, le cas échéant, ces difficultés à un règlement judiciaire ou arbitral. Le Gouvernement tchécoslovaque a cependant des raisons sérieuses, paraît-il, de n'assumer aucun engagement pour des différends qui – pour employer sa formule – «appartiennent au passé»: son représentant à Berne, M. Fierlinger, nous a exposé que la limitation à cet égard de l'application du traité était pour la Tchécoslovaquie une condition essentielle. Il serait vain, dans ces circonstances, d'insister, d'autant plus que certains traités de règlement pacifique conclus par la Suisse contiennent une réserve analogue (celui avec la Belgique, par exemple).

3. *So standen z. B. Forderungen der Bank für Transportwerte in Glarus aus ihrer finanziellen Beteiligung am Eisenbahnbau vor dem 1. Weltkrieg an. – Das Politische Departement teilte in diesem Zusammenhang der schweizerischen Gesandtschaft in Prag am 10. 10. 1929 mit: [...] Wir betrachten es für gegeben, dass Sie nunmehr energisch das Aussenministerium um eine Äusserung über den ihm anfangs Juni d. J. unterbreiteten Antrag des Bundesrates zur Erledigung der Angelegenheit der Bahnbeteiligungen durch eine Vergleichskommission ersuchen. Nachdem der Vergleichs- und Schiedsvertrag mit der tschechoslowakischen Regierung nunmehr zum Abschluss gebracht werden konnte, darf wohl angenommen werden, dass die tschechoslowakische Regierung auch in der vorliegenden Angelegenheit, auf welche der genannte Vertrag nicht zur Anwendung gebracht werden kann, sich zu einer Erledigung auf dem vergleichs- und schiedsgerichtlichen Wege bereit erklären wolle. /.../ (E 2001 (C) 2/60).*

Cette restriction mise à part, le traité serait de nature à nous donner entière satisfaction. Sa caractéristique principale résiderait dans l'application obligatoire et inconditionnelle du règlement judiciaire ou arbitral des différends, comme aussi dans le fait que la procédure de conciliation peut intervenir, dans n'importe quel cas, à la demande d'une seule des parties. Sur ce dernier point, le traité envisagé serait plus conforme à nos propres conceptions qu'à la conception qui a prévalu dans l'Acte général: le recours à des conciliateurs est toujours ouvert à la partie demanderesse, tandis que, sous le régime de l'Acte général, ce recours, lorsqu'il s'agit de litiges d'ordre juridique, n'est possible que d'un commun accord.

Le traité dont il s'agit viendrait aussi combler une lacune qu'il serait fâcheux de voir subsister, ne fût-ce qu'au seul point de vue politique. Alors que des accords similaires ont été passés par nous avec l'Allemagne, l'Autriche, la Hongrie, la Roumanie et la Pologne, les cinq Etats limitrophes de la Tchécoslovaquie, il y aurait quelque anomalie à ne pas voir s'instituer entre la Suisse et ce pays, tout acquis, lui aussi, aux idées d'arbitrage, les mêmes rapports de confiance et d'amitié qu'avec les autres Etats. L'accord en question dissiperait à cet égard toute équivoque.

En conséquence, nous *proposons*

1. d'approuver le projet ci-joint⁴ de traité de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage avec la Tchécoslovaquie;
2. d'autoriser le Chef du Département Politique à procéder à sa signature⁵;
3. de charger la Chancellerie fédérale d'établir à cet effet les pleins pouvoirs nécessaires⁶.

4. *Nicht abgedruckt. Vgl. Vertragstext in: Feuille fédérale 1929, III, S. 383ff. bzw. BBl 1929, III, S. 359ff. (Übersetzung).*

5. *Die Unterzeichnung erfolgte am 20. 9. 1929 in Genf. Am 14. 3. 1930 ratifizierten die eidgenössischen Räte den Vertrag (Vgl. BR-Botschaft vom 26. 11. 1929, in: BBl 1929, III, S. 354ff.). Datum des Inkrafttretens: 7. 6. 1930.*

6. *Der Bundesrat beschloss am 5. 7. 1929 antragsgemäss (E 1004 1/317, Nr. 1218).*

488

E 2001 (C) 1/62

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Rom, G. Wagnière*

Kopie
S

Berne, 8 juillet 1929

Toutes vos lettres¹ relatives aux récents incidents italo-suisse – lettres dont je vous remercie cordialement – ont retenu mon attention la plus vive. Le Conseil Fédéral en a pris également connaissance.

1. *Am 3. 7. 1929 schrieb Wagnière an Motta: [...] J'ai l'absolue conviction que nous devons tout faire pour éviter de nouveaux incidents. L'opinion publique en Italie, échauffée par une presse*

La situation, délicate sans doute, ne se présente cependant pas avec un caractère de gravité exceptionnelle. Le discours de M. Pignatti² (chose qui m'étonne un peu) n'a pas soulevé une réaction très forte dans la presse. Quelques journaux sérieux («Basler Nachrichten», «Liberté» etc.) lui ont voué des commentaires presque bienveillants. La presse socialiste a dû sentir le danger d'exciter davantage les esprits et s'est montrée relativement modérée.

J'ai vu Pignatti hier au soir, après le dîner offert par le Roi d'Egypte au Conseil Fédéral. Pignatti – que je persiste, malgré sa nervosité malade et malgré son manque d'équilibre, à considérer comme un honnête homme – avait senti qu'il avait commis un impair. Il m'a dit, sur un ton de sincérité évidente, qu'il était peiné de m'avoir donné de nouveaux soucis et protesta de ses intentions loyales et amicales; je l'ai prié de passer chez moi prochainement. Il viendra demain ou lundi et j'aurai avec lui une nouvelle conversation sérieuse. Je suis d'avis avec vous qu'il ne convient pas de porter plainte contre lui à son Gouvernement. Si la situation de l'Italie était plus normale et si les relations italo-suissees n'exigeaient pas une *fermeté très prudente*, il faudrait évidemment se demander si un changement de ministre à Berne ne serait pas la meilleure solution. Mais il ne peut être question d'une demande de rappel.

Ce que je reproche à Pignatti, c'est d'abord de s'être laissé aller à faire des *discours* en public sur des matières si explosives et c'est ensuite d'avoir *dramatisé* et *exagéré* la situation. Plusieurs des choses qu'il a énoncées sont vraies en partie; mais il les a toutes exagérées.

Je suis persuadé que, pour cette fois encore, une conversation amicale mais sévère rétablira les choses.

J'ai beaucoup insisté, auprès des Autorités tessinoises, pour qu'elles remplissent énergiquement leur devoir. J'ai obtenu les assurances demandées. Le corps de police va être augmenté d'une dizaine d'hommes; ce sera une mesure salutaire.

Plusieurs procédures administratives et judiciaires sont en cours; dans certains cas, il est difficile de procéder contre les coupables parce que les parties lésées n'ont point déposé de plaintes.

détestable, ne les accueillerait pas sans des réactions des plus fâcheuses. Si un conflit venait à éclater, nous ne serions pas du tout sûrs de faire valoir notre bon droit devant une cour d'arbitrage, les provocations étant parties de Suisse contre un gouvernement que nous avons reconnu, auquel nous sommes même liés par un traité d'amitié et qui nous a donné des preuves certaines de sa correction et de ses bons sentiments. [...] (E 2001 (C) 1/58).

Am 4.7.1929 teilte Wagnière dem Vorsteher des Politischen Departementes mit: [...] Il est regrettable que l'on n'ait pas pu mettre la main sur quelque «fuoruscito» ou sur quelque autre étranger mêlé à ces désordres. Leur expulsion serait une mesure salutaire et bien accueillie en Italie. Quant à Mussolini, je pense comme vous qu'il n'a aucune intention de susciter des difficultés et que nous pouvons compter sur lui. [...] (E 2001 (C) 1/58).

2. *Text der Rede in: E 2001 (C) 1/62. – Am 1.7.1929 hatte Wagnière an Motta geschrieben: [...] Après le discours de M. Pignatti, je m'attends à tout. Si vous demandiez son rappel (j'espère encore que l'on n'en viendra pas à cette extrémité) ma mission serait également près de sa fin. /Randbemerkung Mottas: Il n'est pas question de mesures si graves! Cette perspective ne m'afflige pas outre mesure. Ce qui m'affligerait ce serait, après tant de travail et d'efforts et, en somme de bons résultats, de finir si mal. [...] (E 2001 (C) 1/58).*

M. Cattori a écrit au Consulat d'Italie à Lugano pour présenter des excuses pour l'enlèvement de l'écusson à la mairie du Fascio à Bellinzone. S'il m'avait consulté d'avance, M. Cattori n'aurait pas présenté des excuses, que je trouve excessives; un simple regret général aurait amplement suffi.

La presse tessinoise s'est assagie. J'en excepte «Libera stampa» et «Avanguardia». Cette dernière a cependant baissé un peu le ton.

Vous aurez peut-être lu la lettre de Francesco Chiesa dans la Gazzetta ticinese. Cette lettre, très intéressante, contient beaucoup de choses parfaitement vraies et part, j'en suis sûr, de meilleures intentions.

Le Conseil Fédéral a chargé M. le Président de la Confédération de rappeler M. Garbani-Nerini, directeur du Bureau international des Postes, à l'ordre à cause de son attitude dans la question antifasciste. Vous savez que M. Garbani-Nerini a eu la très mauvaise inspiration de patronner *Avanguardia*, journal d'extrême gauche radical, dirigé par un jeune radical du nom de Guglielardi, tendant évidemment au socialisme.

Je crois que vous pourrez quitter Rome pour l'occasion du Tir fédéral et prendre vos vacances. Je vous verrai donc à Bellinzone. Je n'aurai par contre pas le plaisir d'être avec vous à Vulpera. Je prendrai une douzaine de jours de vacances en août entre le 7 et le 16 et je tâcherai de me reposer encore un peu au mois d'octobre.

Je n'ai pas d'instructions précises à vous donner pour la visite que vous ferez à M. Mussolini avant votre départ. Mais vous pouvez lui dire que mes collègues et moi nous faisons scrupuleusement notre devoir et que nous attendons de lui une compréhension loyale et éclairée des difficultés qui surgissent dans chaque pays libre dès qu'il est traversé par des courants contraires.

Je vous écris au courant de la plume et je m'excuse de ce qu'il peut y avoir de décousu dans cette lettre.

489

E 2200 Brüssel 2/12

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes,
W. Stucki, an den schweizerischen Gesandten in Brüssel, W. F. Barbey*

S

Bern, 9. Juli 1929

[...]

Die Tatsache, dass die belgische Regierung verschiedene Punkte meiner Abmachungen mit Herrn Suetens nicht genehmigt hat, ist für uns natürlich sehr unangenehm. Ich habe ihm gegenüber auch kein Hehl daraus gemacht, dass wir nicht verstehen können, weshalb man den Präsidenten einer Handelsdelegation zu Verhandlungen nach Bern schickt, um dann einen Teil der von ihm getroffenen Vereinbarungen, die mit den andern Punkten ein Ganzes bilden, nicht zu genehmigen. Wenn wir schliesslich auf jede Ermässigung auf dem Gebiete der Seide ver-

zichtet haben, so geschah dies nicht zum wenigsten mit Rücksicht auf die belgischen Konzessionen für Dynamos, pharmazeutische Artikel etc.

Ich habe mit Herrn Suetens vereinbart, dass die Verhandlungen am 16. August in Bern weitergeführt werden und hoffe, dass wir trotz dieser neuen Schwierigkeiten schliesslich einig werden¹.

Was die Ausstellungen von Lüttich und Antwerpen anbelangt, so wird die Schweiz unter keinen Umständen einen Entscheid treffen, bevor der Handelsvertrag in Kraft ist.

1. Am 16.8.1929 trafen sich in Bern die Delegationen zu erneuten Verhandlungen, die zu einer endgültigen Einigung führten. Der Handelsvertrag wurde am 26.8.1929 unterzeichnet und trat am 15.7.1930 in Kraft. Vgl. BR-Botschaft vom 20.9.1929 und Vertragstext in: BBl 1929, II, S. 755ff. bzw. 787ff.

490

E 1004 1/317

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 10. Juli 1929¹

1243. Rede des italienischen Gesandten

Politisches Departement. Mündlich

Bekanntlich hielt der italienische Gesandte in Bern, Herr Graf Pignatti, vor einigen Tagen anlässlich einer Versammlung des Rates der italienischen Handelskammern in der Schweiz eine Rede über die jüngsten Zwischenfälle zwischen Fascisten und Antifascisten in einzelnen Kantonen, die im Mailänder «Corriere della Sera» veröffentlicht wurde und in unserem Lande berechtigtes Aufsehen erregte. Herr Pignatti behauptete u. a. die Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien seien gegenwärtig getrübt; es werde auf die Fascisten Jagd gemacht und diese Jagd werde noch durch die Drohung der Boykottierung der fascistischen Kleinhändler und Kaufleute verschlimmert; die antifascistische Bewegung sei in gewissen Kantonen von den Behörden unterstützt worden; einige Politiker, die in den kantonalen Regierungen bedeutende Ämter versehen, würden leider bei jeder Gelegenheit ihre antifascistische Gesinnung an den Tag legen und unter jedem Vorwand ihre Gefühle zeigen; wenn auch die Schweiz natürlich für ihre Mitbürger das Recht vorbehalten müsse, ihre Meinung in voller Freiheit zum Ausdruck bringen zu können, so sei immerhin zu bemerken, dass die Freiheit der Einzelpersonen wie diejenigen ganzer Völker Grenzen hat und dass diese Grenzen durch die Rechte anderer Personen und anderer Völker bestimmt werden, Rechte, die weder verletzt noch angegriffen werden dürfen; nun seien im Kanton Tessin und in einigen anderen schweiz. Kantonen die Beleidigungen dieses Grundgesetzes und die Einmischung in die innern Angelegenheiten Italiens klar erwiesen.

1. Abwesend: Häberlin und Musy.

Der Bundesrat hatte in seiner vorletzten Sitzung sein Missfallen über diese Rede bekundet und den Vorsteher des Politischen Departements beauftragt, Herrn Pignatti zu sich kommen zu lassen, um ihn auf das Ungebührliche seines Vorgehens aufmerksam zu machen und ihm das Befremden des Bundesrates auszudrücken.

Herr Pignatti war nun vorgestern beim Vorsteher des Politischen Departements. Die Aussprache dauerte beinahe anderthalb Stunden. Herr Motta gab dem Gesandten in unmissverständlicher Weise zu verstehen, dass sein Vorgehen einen sehr peinlichen Eindruck gemacht habe und eine Unfreundlichkeit der Schweiz gegenüber bedeute. Pignatti anerkannte, dass er entgegen den bisherigen diplomatischen Gepflogenheiten gehandelt habe, er sei aber durch verschiedene Umstände gezwungen gewesen, einmal in dieser Weise aufzutreten; seine Ausführungen und Vorhalte gründeten sich auf eine Reihe bestimmter Vorkommnisse, die leider nicht bestritten werden können. Am Schlusse der Unterredung versicherte der Gesandte Herr Motta, er sei stets ein aufrichtiger und warmer Freund der Schweiz gewesen und werde es auch in Zukunft bleiben, und er bedaure lebhaft, dass seine Rede, entgegen seinen Absichten, dem Bundesrate Verdruss bereitet habe.

Der Vorsteher des Politischen Departements ist der Ansicht, dass die Angelegenheit für einmal als erledigt zu betrachten wäre. Allerdings sei es nicht ausgeschlossen, dass im Parlament eine Interpellation eingereicht werden wird. Die Antwort hierauf könne aber erst später festgesetzt werden.

Immerhin beabsichtigt der Vorsteher des Politischen Departements, Herrn Wagnière zu beauftragen, vor seiner Abreise in die Ferien eine Audienz bei Ministerpräsident Mussolini nachzusuchen, um ihm namens des Bundesrates folgende Erklärungen abzugeben: die Behauptung, dass die Schweizerischen Behörden gegenüber den fascistischen Italienern das Postgeheimnis verletzen, ist unwahr; es sind verschiedene gerichtliche und administrative Untersuchungen gegen die Urheber von Zwischenfällen aus der letzten Zeit im Gange; die tessinischen Behörden haben die vom Bundesrate verlangten Zusicherungen gegeben, übrigens sind die gemeldeten Fälle von Gewalttätigkeit in Tat und Wahrheit ganz geringfügiger Natur, und einzelne davon wurden in der italienischen Presse stark übertrieben; wenn der Bundesrat einerseits die Sprache gewisser linksstehender schweizerischer Zeitungen bedauert, so bedauert er andererseits ebenfalls sehr die Sprache, die beinahe die gesamte Presse Italiens in letzter Zeit gegenüber unserem Land geführt hat, und die geeignet ist, bei uns ein Gefühl des Missbehagens zu verbreiten.

Der Rat nimmt von diesen Ausführungen in zustimmendem Sinne Kenntnis.

491

E 2001 (C) 5/53

*Der Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S N/G.

Berne, 11 juillet 1929

Le 11 juin écoulé, vous nous avez remis copie de la lettre que vous avez adressée au Département des finances¹ au sujet du *projet d'assistance financière* élaboré par le Comité financier de la Société des Nations². Vous nous demandez de vous faire connaître les observations que ce projet nous suggère, le cas échéant.

Après avoir pris l'avis du service de l'état-major général, voici ce que nous sommes en mesure de vous dire:

Cette affaire ne concerne qu'indirectement le Département militaire. Elle n'a aucun rapport immédiat ni avec l'armée ni avec notre défense nationale. Mais il y a un intérêt indirect dans la mesure où la défense nationale et l'armée pourraient avoir à subir les conséquences de l'adhésion à la convention.

La question a deux faces: Il serait naturellement désirable que, s'il était attaqué, notre pays pût compter, en qualité de partie contractante, sur cette assistance. Mais il est bien plus probable que le cas ne se présentera pas pour la Suisse et que c'est elle au contraire qui serait appelée à supporter ou à garantir les emprunts d'un autre Etat attaqué. A notre avis, les inconvénients que cette situation impliquerait pour la Suisse l'emportent de beaucoup sur les avantages de la situation inverse. Aussi partageons-nous votre avis qu'il ne convient pas d'adhérer au projet.

Comme vous aussi nous estimons que l'adhésion à cette convention ne rentre pas dans les obligations que la Suisse a contractées en entrant dans la Société des Nations. Au contraire cette adhésion ne pourrait être que purement volontaire, même si l'Assemblée de la Société des Nations la recommandait d'une façon générale à tous ses membres. Dans ce cas, en assistant financièrement un Etat belligérant conformément aux obligations imposées par la convention, la Suisse s'exposerait à encourir, de la part de l'Etat agresseur, le reproche d'avoir violé les devoirs de sa neutralité. On peut certes soutenir, *en théorie*, que l'assistance financière accordée à un Etat belligérant ne constitue pas une violation de la neutralité, mais *en pratique*, il n'est pas douteux que chaque Etat considérera comme un acte hostile envers lui toute assistance financière accordée à son ennemi³.

Il ne faut pas oublier que durant la dernière guerre, les relations commerciales privées, même celles de moindre importance, ainsi que les livraisons de marchandises, etc., ont été déclarées contraires aux devoirs de la neutralité; il a fallu alors

1. *Vgl. Nr. 494, Anm. 1.*

2. *Text des Entwurfs in:* SdN, Journal Officiel, Nr. 4, S. 681ff.

3. *Randbemerkung:* C'est ce que nous avons dit.

créer de toutes pièces dans les Etats neutres des organisations pour recevoir les marchandises nécessaires à la consommations intérieure et prouver que l'on ne fournissait aux Etats belligérants, même indirectement, aucun objet intéressant les opérations militaires⁴ (S.S.S.)⁵. On ne peut dès lors que partager l'avis que la simple garantie et le service des intérêts d'un emprunt émis par un belligérant serait interprété par l'adversaire comme une violation de la neutralité. L'opinion sur ce qui est compatible avec les devoirs de la neutralité varie constamment suivant les nécessités de la guerre. C'est ainsi que, lors de la guerre mondiale, on a interprété comme violation de la neutralité des livraisons auxquelles personne n'aurait trouvé à redire il y a 50 ou 100 ans. On sait qu'en temps de guerre presque toutes les matières premières ainsi qu'une quantité d'articles d'usage courant sont considérés comme nécessaires aux armées. L'argent, lui aussi, a de tout temps été le nerf de la guerre. Et, de fait, il y a eu des guerres où certains Etats ont fourni à un belligérant, non des troupes ou des vaisseaux, mais des subsides.

Au point de vue de l'armée aussi nous estimons que la Suisse neutre ne peut pas adhérer à la convention, indépendamment du fait que cela pourrait créer un précédent pour nous dans le cas d'autres projets d'assistance mutuelle des membres de la Société des Nations (voir par exemple le projet de force internationale aérienne, la constitution d'autres forces, etc.). Tout nous engage à observer une réserve prudente dans ce domaine. Ces projets peuvent exercer un certain attrait pour les membres de la Société des Nations dont l'action n'est entravée par aucune disposition d'exception. Mais, pour nous, ils constituent une menace de notre neutralité et tendent même à la supprimer.

4. *Randbemerkung*: Ceci c'est autre chose.

5. *Société Suisse de Surveillance économique*.

492

E 2001 (C) 1/58

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 16 juillet 1929

En vous confirmant ma lettre du 15 courant¹, concernant les incidents antifascistes en Suisse, j'ai l'honneur de vous rendre compte de la conversation que j'ai eue hier avec M. Mussolini. Comme j'aurai l'avantage de vous rencontrer demain à Lugano, je puis me permettre d'être aussi bref que possible.

Après les conversations que j'avais eues avec MM. Grandi et Guariglia, et la mauvaise humeur que j'avais constatée dans certains milieux, je pouvais m'atten-

1. *Nicht abgedruckt*.

dre à un entretien plutôt pénible avec le Chef du Gouvernement qui, m'avait-on dit, avait pris très à cœur certaines manifestations suisses.

A vrai dire, son accueil fut aussi cordial que d'habitude. «Pourquoi les Suisses nous en veulent-ils si fort?», m'a-t-il demandé avant même de me faire asseoir. Je lui ai répondu que j'allais précisément lui poser la même question dans le sens contraire, qu'en dehors de notre presse socialiste, nos grands journaux nationaux et toute notre opinion publique n'avaient manifesté à l'égard de l'Italie que de bons sentiments. Je lui ai dit la mauvaise impression que produisait en Suisse le langage de grands journaux comme la *Tribuna* et le *Giornale d'Italia*, dont les articles sont reproduits par toute la presse de province.

Il m'a répondu qu'une grande partie de la presse avait évité les attaques, même l'*Impero*, ce qui l'avait surpris, et ce qui n'est pas tout à fait exact. Je lui ai fait observer qu'en Suisse, si le fascisme et son Chef étaient attaqués par notre presse d'extrême gauche, il se trouvait tout de suite quelques feuilles nationales pour répondre et pour éclairer l'opinion publique, tandis qu'en Italie personne ne prend notre défense.

Je n'ai pas manqué, de lui dire que ce qui contribuait au malaise créé chez nous par le langage de certains journaux italiens, c'étaient les difficultés faites à la frontière. Il m'a répondu: «Je ne puis pas intervenir dans ces affaires, mais je vous engage à vous entendre avec Bocchini; il a reçu mes ordres; nous avons déjà diminué considérablement les forces de police à la frontière suisse.» A ce sujet, le Duce m'a raconté des incidents nouveaux à la frontière française, dont les journaux n'ont pas parlé.

Après quoi, je lui ai fait les déclarations dont je vous avais parlé dans ma lettre du 8 juillet², et que vous aviez approuvées. Au sujet de la violation du secret postal, le Duce a souri en haussant les épaules et en me faisant comprendre que cette violation ne l'aurait nullement scandalisé. Il avait, cependant, reçu des plaintes très précises, m'a-t-il dit à ce sujet. Il a pris note avec intérêt des assurances qui vous ont été données par le Gouvernement tessinois au sujet du renforcement de la police. J'ai beaucoup insisté sur le fait que les incidents, dont les journaux font tant de bruit, se réduisent à fort peu de chose, et je n'ai pas manqué de rétablir la vérité des faits.

J'ai protesté très vivement au sujet des commentaires du *Giornale d'Italia* sur l'interdiction de la vente de l'*Adula* dans les kiosques des Chemins de fer fédéraux. Je lui ai dit tout le mal que faisait ce journal, dont je souhaiterais la suppression complète, si nos lois le permettaient. Sous prétexte de défendre «l'italianità», il ne cesse d'attaquer la Suisse et fait une œuvre détestable. «L'italianità» du Tessin est défendue par tous les Tessinois et par un très grand nombre de Confédérés. J'ai développé ce thème dans le sens des paroles prononcées au Conseil National. J'ai dit que l'*Adula* ne pouvait être soutenue que par de l'argent italien, ce qui a fait bondir mon interlocuteur. «Je n'entends pas le Gouvernement, ai-je dit, mais des particuliers, qui croient faire une œuvre patriotique en donnant de l'argent à cette feuille.»

2. Nicht abgedruckt.

Le Duce n'a fait aucune allusion ni à Canevascini, ni aux autres hommes politiques qui ont participé aux manifestations anti-fascistes, mais il en avait parlé à Grandi, qui m'en avait informé. « Vos socialistes, m'a dit M. Mussolini, obéissent à un mot d'ordre qui leur vient de la Troisième Internationale. Nous sommes très exactement renseignés. On veut procéder en Suisse à de grandes manœuvres préliminaires en vue d'une campagne qui doit s'étendre aux autres pays. Il y a trois villes suisses qui doivent servir de foyer au mouvement révolutionnaire, dont Zurich et Bâle. Nous connaissons tous les détails de ce mouvement, qui devrait éclater à l'occasion du 1er août. » Le Duce a parlé en homme très convaincu et renseigné.

Au sujet des incidents au Tessin, il m'a dit que, suivant un rapport récent, il y avait eu une manifestation à Ponte Tresa. Un groupe de personnes, parmi lesquelles beaucoup de femmes, se sont postées à la frontière pour chanter, au nez des douaniers italiens, des chants offensants pour l'Italie. Je ne sais pas ce qu'il y a de vrai dans cette histoire³. Peut-être que le Gouvernement tessinois pourrait faire quelques recommandations à l'autorité communale de Ponte Tresa. Vous n'oubliez pas la pénible démarche dont je fus chargé pour un incident analogue dans cette même localité.

J'ai présenté au Duce vos compliments⁴. Il vous en remercie et m'a dit que vous aviez dû souffrir particulièrement de la situation créée par ces faits récents. Je lui ai répondu affirmativement, en ajoutant que vos sentiments étaient ceux de tout le Conseil Fédéral.

En résumé, il m'a fait entendre qu'il avait, en ce moment, des soucis beaucoup plus graves. Il m'a écouté avec beaucoup d'attention et a pris acte avec satisfaction des lignes qui le concernent aux pages 5 et 6 de votre lettre, et dont je lui ai donné lecture.

Un dernier détail qui m'a déplu: Les Suisses de Turin ont envoyé au Préfet une copie de la lettre qu'ils m'avaient adressée⁵, et que je vous ai communiquée. M. Mussolini en avait eu connaissance. Cet acte de nos compatriotes est un peu humiliant⁶. La crainte d'être troublés dans leurs affaires leur fait un peu oublier certaines convenances de dignité nationale.

3. *Randbemerkung Mottas*: J'ignore cette histoire. 19. 7. 29.

4. *Am 9. 7. 1929 schrieb Motta an Wagnière: [...]*

Vous présenterez à M. Mussolini, lorsque vous lui ferez visite, mes hommages personnels et vous lui donnerez l'assurance que le Gouvernement fédéral est fermement décidé à veiller au maintien des bons rapports que nous considérons tous comme extrêmement précieux. Vous pourrez dire, *s'il vous interroge à ce sujet*, que je continue à maintenir les relations les plus amicales et les plus cordiales avec M. Pignatti et que son discours n'a pas altéré ma confiance en lui, même si je dois désirer que le Ministre d'Italie m'aide, non pas à grossir, mais à mettre les choses dans leurs justes proportions. Je compte sur M. Mussolini et sur son amitié maintes fois déclarée et *démontrée* pour que les nuages momentanés disparaissent entièrement. Certes, à mon avis, si le Gouvernement italien pouvait devenir plus large et plus tolérant dans les questions inhérentes à la police de frontière, cela servirait efficacement la cause qui nous tient à cœur. [...] (E 2001 (C) 1/58).

5. E 2200 Rom 19/1.

6. *Randbemerkung Mottas*: en effet.

493

E 2001 (C) 5/88

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Schulthess*

Copie.
S TZ

Berne, 30 juillet 1929

Le Secrétariat Général de la Société des Nations vient de nous faire parvenir le «rapport sur l'œuvre accomplie par la Société depuis la dernière session de l'Assemblée» (doc. A.6)¹. Vous en trouverez un exemplaire sous ce pli.

Les questions relatives à l'Organisation économique et financière n'occupent pas moins de trente pages de ce rapport. Nous les avons parcourues avec une attention particulière, bien qu'elles ne constituent qu'un résumé de l'activité, que nous connaissons déjà, déployée notamment par le Comité économique et par le Comité financier depuis la dernière Assemblée. Les problèmes économiques sont, en effet, avec la grave question du désarmement, au premier plan des préoccupations de la Société des Nations, et il n'est pas possible, pour qui veut suivre avec discernement les efforts dépensés à Genève en vue d'une amélioration générale des relations internationales de ne pas s'aventurer dans le domaine des échanges économiques sous prétexte qu'il n'appartient qu'aux techniciens. Le Comité économique, le Comité consultatif économique, le Conseil et l'Assemblée ont été unanimes à reconnaître «que l'interdépendance des facteurs *politiques* et *économiques* que tendent à créer ou à détruire les conditions favorables à la paix apparaît de plus en plus évidente». Il s'ensuit que, sur le plan international comme sur le plan national, les questions politiques ne peuvent plus être étudiées qu'en fonction des questions économiques, et vice-versa. Il est certain que les progrès réalisés en matière d'arbitrage, par exemple, sont susceptibles de créer, parmi les Etats, une détente favorable à la conclusion d'accords destinés à rétablir, dans une certaine mesure, la liberté des échanges commerciaux, comme il n'est pas douteux que toutes mesures prises, par voie de conventions collectives ou bilatérales et même par décisions autonomes, afin d'atténuer les effets de ce qu'on est convenu d'appeler la «guerre économique» influent directement ou indirectement sur les conditions de la paix générale. La vérité est que cette paix internationale dont la Société des Nations s'efforce de consolider les assises a deux faces: une face politique et une face économique. Ce serait une erreur que de s'attacher à l'une sans avoir cure de l'autre. Aussi bien, lorsque nous lisons que la Société des Nations souffre actuellement, en matière économique, d'un véritable malaise, que les recommandations de la Conférence économique internationale de 1927 risquent de demeurer à l'état de vœux pieux et que des barrières économiques ont plus tendance à s'élever qu'à s'abaisser, il est permis d'en conclure que des difficultés nouvelles attendent la Société des Nations dans d'autres domaines de la pacification générale et de la coopération internationale. En tout état de cause, les symptômes que

1. SdN, Journal Officiel, Suppl. spéc. Nr. 75, S. 189ff.

révèle à cet égard le rapport ci-joint sur l'activité de la Société depuis septembre dernier sont des plus regrettables, si, tout bien considéré, ils n'ont encore rien d'alarmant. Ils méritent à cet égard un examen aussi attentif que vigilant.

Il nous serait agréable, pour les raisons susénoncées, de connaître vos impressions sur la situation telle qu'elle se dégage du rapport relatif à l'Organisation économique, ainsi que votre avis sur les différents problèmes dont le Conseil et l'Assemblée, assistés par le Comité économique, ont entrepris la solution en collaboration avec les Gouvernements. Pareil exposé, réduit à l'essentiel, serait de nature à intéresser particulièrement les membres de la délégation suisse à l'Assemblée. La délégation pourra évidemment compter, pour tout ce qui a trait aux questions économiques, sur le concours éclairé de M. Stucki, Directeur de la Division du commerce, membre lui-même du Comité économique; nous n'attacherions pas moins de prix à recevoir communication de votre Département des observations qu'il aurait à formuler à l'égard des grands problèmes économiques qui figurent à l'ordre du jour de la prochaine Assemblée². Un rapport de cette nature pourrait être utilement versé, comme les rapports des autres Départements sur les questions qui les concernent directement, aux actes de la délégation suisse³.

2. *Antwortschreiben des Volkswirtschaftsdepartementes nicht ermittelt. Antwortschreiben der übrigen Departemente in: E 2001 (C) 5/8.*

3. *Vgl. auch Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die zehnte Völkerbundsversammlung, vom 27. Dezember 1929, BBl 1929, III, S. 873ff.*

494

E 2001 (C) 5/53

*Der Direktor der Finanzverwaltung des Finanz- und Zolldepartementes,
J. Oetiker, an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Bern, 8. August 1929

Ihre Zuschrift vom 5. Juni betreffend Übereinkunft über die finanzielle Unterstützung im Kriegsfall¹ veranlasste uns, die Schweizerische Nationalbank zur

1. *Das Politische Departement fasste darin seine Haltung zur geplanten Übereinkunft folgendermassen zusammen: [...] comme les obligations résultant de la convention d'assistance financière seraient juridiquement distinctes de celles du pacte, comme elles ne mettraient nullement en jeu, par conséquent, les devoirs de solidarité que la Suisse a assumés en conformité de la déclaration de Londres, fondée exclusivement sur le pacte, tout Etat contre lequel serait dirigée, en fait, l'assistance financière pourrait nous reprocher, non sans raison, de violer notre neutralité en accomplissant à son préjudice un acte que nous n'étions pas tenus d'accomplir au titre de membre de la Société des Nations. Cet argument nous paraît sérieux et comme il correspond à l'intérêt que nous avons, comme Etat neutre, d'interpréter aussi restrictivement que possible les devoirs de solidarité découlant pour nous de l'article 16 du pacte, il serait indiqué, croyons-nous, de ne pas participer à la convention proposée. [...] (E 2001 (C) 5/53).*

Meinungsäußerung einzuladen, mit dem Beifügen, dass wir die Auffassung des Politischen Departementes teilen. Das Direktorium der Nationalbank hat dem Wunsche Folge geleistet und uns unterm 6. August seine Stellungnahme mitgeteilt. Das Antwortschreiben hat folgenden Wortlaut:

«Den uns unterbreiteten Akten ist zu entnehmen, dass sowohl das Politische Departement wie das Ihrige der Meinung sind, dass die Neutralität der Schweiz sich mit Ihrer Beteiligung an der vorgesehenen Konvention nicht vertragen würde. In Übereinstimmung mit dieser Auffassung hält auch das Direktorium die der Nationalbank zugedachte Mitwirkung als Depotstelle für die von den Konventionsstaaten zu gebenden Garantieverpflichtungen etc. nicht für angängig. Eine andere Einstellung liesse sich mit der ablehnenden Haltung des Bundes gegenüber der Konvention nicht wohl vereinbaren; denn es scheint dem Direktorium nicht tunlich, dass die Nationalbank als zentrale mit dem Notenmonopol des Bundes ausgerüstete Notenbank sich an einer Aktion beteilige, von der die Eidgenossenschaft aus Neutralitätsgründen sich fern hält. Sollte die im Young-Plan vorgesehene internationale Reparationsbank zustande kommen, so dürfte diese u. E. die gegebene Stelle für die Besorgung der der Nationalbank zugedachten Funktionen sein.

Bei dieser Einstellung glaubte das Direktorium sich einer eingehenden Prüfung der vorgesehenen technischen Durchführung des Projektes enthalten zu können. Immerhin sei bemerkt, dass die Sache offenbar in Anlehnung an das seinerzeit für die Garantie der österreichischen Völkerbundsanleihe gewählte Verfahren geordnet werden soll, wo die Verwahrung und Verwaltung der Garantietitel der beteiligten Garantiestaaten sowie die Überwachung des gesamten Anleihendienstes sogenannten Treuhändern übertragen wurde, welche ihrerseits die Titel bei der Schweizerischen Nationalbank hinterlegten, welche letztere im Auftrag und für Rechnung der Treuhänder die Verwahrung der Titel, Kontrolle des Zinsendienstes etc. zu besorgen übernommen hat. Sollten Sie sich über das Nähere dieses hier von der Nationalbank übernommenen Mandates interessieren, so wären wir gerne bereit, Ihnen hierüber noch weiteren Aufschluss zu erteilen.

Dass eventuell Schweizerbürger, wie der Konventionsentwurf es vorsieht, die in Betracht kommenden Treuhänderfunktionen übernehmen, scheint uns dagegen durchaus zulässig und unbedenklich zu sein (vorausgesetzt, dass es sich nicht um Personen in verantwortlicher amtlicher Stellung handelt), da es sich dabei um eine private freie Tätigkeit der Betreffenden handeln würde, die den Staat und seine Einstellung zu diesen Fragen nicht berührt.»

Diese Einstellung der Nationalbank scheint unsern Verhältnissen angemessen zu sein.

E 2001 (C) 5/53

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den Vorsteher des Finanz- und Zolldepartementes, J.-M. Musy*

*Kopie
S TZ.*

Berne, 12 août 1929

Nous avons eu l'honneur de recevoir votre lettre du 8 août¹, par laquelle vous avez bien voulu nous faire savoir que vous vous rangez à notre manière de voir en ce qui concerne le projet d'assistance financière élaboré par le Comité financier de la Société des Nations.

Nous avons pris connaissance avec intérêt, d'autre part, de la réponse que vous a fait parvenir la Banque nationale.

Le point de vue qu'elle soutient n'est pas tout à fait conforme à celui que nous vous exposons dans notre lettre du 2 août², lettre que vous ne paraissiez pas avoir reçue au moment où vous nous écriviez. Nous inclinons à penser que le concours qu'apporterait, le cas échéant, la Banque nationale au plan d'assistance financière ne saurait guère être assimilé «au fait pour la Suisse de prêter ou de garantir de l'argent en faveur d'un Etat victime ou menacé d'une agression». La Banque nationale estime, elle, qu'une participation de sa part à l'œuvre d'assistance financière serait en contradiction avec notre attitude dans la question de principe. Cette opinion peut évidemment se soutenir, mais pour des motifs d'ordre plus politique que juridique. Quoi qu'il en soit, dès l'instant où la Banque nationale verrait quelques inconvénients à se charger de la tâche que voudraient lui confier les promoteurs du plan d'assistance, le mieux serait encore pour nous de demeurer à l'écart du projet, même pour ce qui est de son fonctionnement purement technique.

Il va sans dire qu'en ce qui concerne les cinq commissaires fiduciaires, la situation est toute différente; le mandat de ces commissaires est d'ordre privé et ne saurait en aucune manière engager la responsabilité de la Confédération. C'est ce que nous relevons déjà dans notre lettre du 2 août³.

1. *Nr. 494.*

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Vgl. auch BBl 1929, III, S. 854 und S. 890ff. (Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die 10. Völkerbundsversammlung, vom 27. Dezember 1929).*

496

E 2300 Den Haag, Archiv-Nr. 5

*Der schweizerische Gesandte im Haag, A. de Pury,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

PB N° 18

La Haye, 15 août 1929

Conférence internationale de la Haye 1929

L'espoir qu'on avait lundi d'éviter une rupture s'est accentué hier, mercredi, après que la Commission financière eût entendu M. Loucheur dire dans son long exposé qui vous est connu, qu'il était prêt à aller à la rencontre du point de vue britannique. Le problème à résoudre n'est pas seulement celui des livraisons en nature, dont on a beaucoup parlé ces derniers jours, celui de la répartition des annuités inconditionnelles prévues par le plan Young dans un sens favorable à la France et celui de la répartition des pourcentages des autres annuités, au sujet desquelles, après l'incident Snowden-Chéron, on observe le silence, mais surtout celui de savoir où prendre les sommes nécessaires pour donner satisfaction aux Anglais. La Commission financière s'est ajournée à samedi, 17 août, pour laisser aux délégués le temps de trouver dans des conversations privées les formules indispensables à la solution des différentes questions. Elle a aussi envisagé pour sa séance d'après demain la formation des sous-commissions que M. Snowden avait déjà réclamées la semaine passée et qui seront chargées d'étudier de près les modalités d'un accord. Jusqu'à présent les Anglais marquent donc un point. D'après ce que j'ai appris les pourcentages que les Français, Italiens et Belges recevraient à teneur du plan Young seraient maintenus, mais une des solutions envisagées consisterait à contenter les Anglais avec d'autres sommes disponibles, peut-être aussi avec une partie des pourcentages qui devaient échoir aux petits Etats, dont les dettes envers les Alliés seraient alors diminuées d'autant.

Pour répondre à la lettre du 12 août de la Division des Affaires Etrangères¹, je puis dire que la question de la Banque internationale est certainement l'objet de pourparlers et qu'elle sera tranchée ici, si la Conférence poursuit ses travaux. C'est même un des points sensibles et on fait beaucoup de mystères autour d'elle. Chaque discours des délégués des petits Etats, me disait-on hier, se termine par une allusion au futur établissement en rappelant le droit de son pays d'avoir un siège dans le Conseil. La Commission financière et une des Sous-Commissions s'en occupera donc et il se livrera une première bataille contre les Anglais à propos du siège. Si ceux-ci n'en sortaient pas vainqueurs, si Londres était écartée, la délégation britannique serait alors, ai-je entendu, très en faveur de la Suisse. La délégation belge, qui évidemment se met sur les rangs pour Bruxelles, devra compter avec l'opposition allemande et s'opposera elle aussi – mais avec quelle chance d'être entendue? – à ce qu'Amsterdam soit choisie. M. Colijn, ancien

1. Nicht ermittelt.

Ministre des Finances, aurait fait, il y a un mois, une démarche pressante à Paris en faveur d'Amsterdam. D'autres démarches auront aussi eu lieu sans aucun doute à Berlin et à Londres. Les milieux financiers d'Amsterdam croient fermement que le nouvel institut bancaire y aura son siège. Ils n'épargnent rien pour se l'assurer et le Gouvernement néerlandais les y aide de son mieux. Le Corps diplomatique, accrédité à La Haye, est à peine en contact avec la Conférence; seule jusqu'à présent une grande réception a eu lieu, il y 10 jours, à laquelle il a été convié, tandis que les invitations du Ministre des Affaires Etrangères, du Bourgmestre de la Haye, d'autres Autorités, de la ville d'Amsterdam elle-même, pleuvent sur la Conférence. De toute évidence, et indépendamment des politesses d'usage, on veut créer ici une atmosphère favorable à Amsterdam. Je ne suis pas de l'avis de ceux qui prétendent que si Londres est écartée, seule la Suisse pourrait entrer en ligne de compte. Elle aurait eu certainement de grandes chances si la Conférence avait été convoquée autre part que dans les Pays-Bas. Actuellement elle a seulement des chances².

Quant aux décisions concernant l'évacuation de la Rhénanie et la Commission de vérification et conciliation, la tactique de M. Briand, comme je vous l'ai déjà écrit, est de ne pas s'engager avant de savoir à quel résultat arrivera la Commission financière. On peut dire que l'évacuation anticipée, dont les modalités sont à l'étude, est en principe décidée; reste à savoir dans quelle proportion. Les Anglais sont prêts à la commencer incessamment, les Belges aussi pour ce qui concerne la seconde zone. Quant à la troisième zone on ne sait rien de positif.

2. *Randbemerkung Dinicherts*: Quelqu'un qui se dit informé m'a dit hier que la France était absolument opposée à Londres et partisan décidé de la Suisse et de Genève. – *In seinem Politischen Bericht vom 20. 8. 1929 ging de Pury erneut auf die Sitzfrage ein: [...]* Quant au siège de la Banque internationale une enquête discrète, à laquelle une personne de confiance s'est livrée dans les différentes délégations, semble plutôt favorable à la Suisse, mais à mon avis cela ne signifie pas grand'chose, tant que la Conférence siège en Hollande. Je vous ai dit que les Anglais, s'ils ne peuvent obtenir Londres, n'auraient rien contre une ville suisse, ni même contre Genève. On sait qu'ils désireraient restreindre les compétences du futur établissement et le soumettre à un contrôle politique que la S.d.N. leur assurerait. L'espoir d'une compensation avantageuse à propos de Londres paraissant échapper aux Français, ils ne sont pas opposés à la Suisse ou du moins ils le disent. Les Italiens, les Japonais, les Tchécoslovaques le prétendent aussi. Les Belges, avant la Conférence, ont fait faire des démarches par leurs agents diplomatiques pour recommander Bruxelles, mais ils sentent la résistance allemande et c'est probablement pourquoi un de leurs principaux délégués a pu me dire l'autre jour, ainsi que je vous l'ai écrit, que nous avons une bonne chance. De toute cette enquête ce qui ne me paraît pas douteux, c'est que les Allemands sont en faveur d'Amsterdam pour des raisons de convenance, parce que cette ville est devenue le centre d'importants intérêts financiers allemands, que leur influence sur le marché y est plus prépondérante qu'ailleurs et qu'elle est moins près du siège de la S.d.N., soit d'une surveillance internationale (E 2300 Den Haag, Archiv-Nr. 5).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 16. August 1929¹

1429. Exécution du Compromis d'arbitrage relatif à l'affaire des zones

Confidentiel.

Département politique. Proposition du 13 août 1929

Le Greffe de la Cour permanente de Justice internationale a informé les Agents suisse et français pour l'affaire des zones que la Cour de Justice prononcera, lundi 19 août à 16 heures, l'ordonnance fixant le délai, prévu à l'article premier, alinéa 2, du Compromis², durant lequel les deux Parties devront chercher à régler entre elles le nouveau régime des territoires visés à l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles. Le Greffe a invité les Agents des Parties à se trouver à La Haye dès le 19 au matin. Il est probable – mais non encore certain – que la Cour de Justice fera connaître d'une manière ou d'une autre, à l'occasion du prononcé de cette ordonnance, l'avis de droit qui lui a été demandé au sujet de la question de savoir si l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles a abrogé ou a pour but de faire abroger les anciennes stipulations qui ont institué les zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex.

Il est possible que le Président de la Cour permanente de Justice internationale demande, à titre officieux, l'avis des Parties sur la durée du délai qui doit être fixé, conformément à l'article premier, alinéa 2, du Compromis, avant qu'une décision définitive soit prise à ce sujet. On peut admettre que, si les Agents sont convoqués à La Haye pour le 19 au matin, c'est afin de pouvoir orienter le Président de la Cour de Justice sur les intentions de leurs Gouvernements touchant la durée de ce délai.

Il importe donc que M. Logoz soit renseigné sur les intentions du Conseil fédéral à cet égard, intentions qui, comme toutes les décisions qui seront prises dans cette phase de l'affaire des zones, devront être considérées comme rigoureusement secrètes. Il serait désirable, toutefois, de ne lui donner que des instructions tout à fait générales à cet égard, de façon à lui laisser la faculté de s'adapter aux circonstances.

De l'avis du Département politique, il serait, en principe, souhaitable que le délai qui devra être imparti à la Suisse et à la France pour tenter de régler par des négociations directes le nouveau régime des zones fût relativement court. Depuis que le cordon douanier français a été placé à la frontière politique, c'est la Suisse qui fait les frais de tous retards apportés au règlement définitif de cette affaire. La Suisse a donc tout intérêt à éviter tout ce qui pourrait être de nature à retarder inutilement la solution définitive de l'affaire. Il convient, d'autre part, de tenir compte du fait que la Cour permanente de Justice internationale sera renouvelée

1. *Abwesend: Schulthess, Pilet-Golaz und Motta.*

2. BBl 1924, III, S. 954.

en 1930 et que, bien qu'il soit entendu que, même après cette date, c'est la Cour dans sa composition actuelle qui aura à connaître de l'affaire des zones, la Cour de Justice est un aéroportage d'hommes âgés.

Si la Cour n'était pas en mesure de formuler un avis de droit au sujet du problème juridique qui est à la base de l'affaire des zones, des négociations entre la Suisse et la France seraient impossibles et il suffirait que le délai prévu par le Compromis fût fixé à un mois au maximum.

Si, au contraire, la Cour estime pouvoir renseigner les Parties sur le résultat de son délibéré relatif à l'article premier, alinéa 1^{er}, du Compromis, le délai prévu par l'article premier, alinéa 2, devrait, en principe, être calculé de telle sorte que l'affaire des zones pût, au besoin, être soumise à nouveau à la Cour permanente de Justice internationale au cours de sa prochaine session ordinaire, soit en été 1930. On pourrait, dans ce cas, prévoir un délai de six à sept mois pour les négociations, plus trois à quatre mois pour la préparation d'un mémoire, ce qui permettrait de revenir devant la Cour en août ou septembre 1930.

Aux termes du Compromis lui-même, le délai fixé par la Cour pourra être prorogé à la demande des deux Parties. Il va donc de soi qu'au cas où un accord serait signé dans le délai prévu, mais où la procédure de ratification ne pourrait être achevée en temps utile, les deux Gouvernements s'entendraient facilement pour obtenir la prorogation du délai.

Conformément à la proposition du département politique, il est *décidé* de donner pleins pouvoirs à M. le Professeur Logoz, Agent de la Confédération pour l'affaire des zones, pour régler, dans le sens des indications qui précèdent, avec le Président de la Cour permanente de Justice internationale et, si possible d'accord avec l'Agent du Gouvernement français, la question de la durée du délai à fixer par la Cour en exécution de l'article premier, alinéa 2, du Compromis.

498

E 1004 1/317

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 20. August 1929¹*1446. Zones de Genève.
Ordonnance de la Cour de la Haye

Verbal

M. le Président constate que la Cour permanente de Justice internationale a communiqué, le 19 août, aux deux parties le résultat de son délibéré sur les questions qui lui ont été soumises par le compromis d'arbitrage franco-suisse du 30 octobre 1924 sur les zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex². Son

1. *Abwesend: Motta und Pilet-Golaz.*

2. *Das entsprechende Communiqué des Internationalen Gerichtshofes vom 19.8.1929 ist als Annex abgedruckt. – Die gedruckte Dokumentation des Internationalen Gerichtshofes über die 1. Phase des Prozesses ist unter der Signatur E 2, Archiv-Nr. 1697/1698 archiviert.*

ordonnance est conforme à la thèse suisse. Elle assigne aux parties un délai expirant au 1^{er} mai 1930 pour régler entre elles le nouveau régime des zones. Dès que les services intéressés auront pris connaissance de son texte, il y aura lieu d'établir la procédure à suivre.

Dont acte.

ANNEX

E 2, Archiv-Nr. 1697

COUR PERMANENTE DE LA JUSTICE INTERNATIONALE
COMMUNIQUÉ N° 381

Non officiel

La Haye, 19 août 1929

Les renseignements suivants émanant du Greffe de la Cour permanente de Justice internationale ont été mis officieusement à la disposition de la presse à la Haye, Genève, Paris, Berlin et Londres:

Par un accord daté du 30 octobre 1924 – accord qui est entré en vigueur le 29 mars 1928, les Gouvernements Français et Suisse ont décidé de soumettre à la Cour permanente de Justice internationale certaines questions relatives au régime des zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex.

La première de ces questions était de savoir si la disposition pertinente du Traité de Versailles (art. 435, al. 2) avait, entre la France et la Suisse, abrogé les stipulations des traités de 1815 et de 1816 concernant la structure douanière et économique des zones franches ou si elle avait pour but de les faire abroger.

Selon l'accord des Parties, la Cour devait, dès la fin de son délibéré sur cette question et avant tout arrêt impartir aux deux Etats en cause un délai convenable pour régler entre eux le régime des territoires zoniens; à défaut d'un règlement de cette nature, la Cour devait par un seul et même arrêt prononcer sa décision sur la question indiquée ci-dessus et fixer elle-même le régime litigieux. Les parties ajoutaient qu'il ne serait pas fait d'objection à ce que leurs agents reçussent, à titre officieux, toutes indications utiles quant au résultat du délibéré de la Cour sur la question dont il s'agit.

La Cour vient maintenant, par une Ordonnance prononcée ce jour en audience publique, de fixer au 1^{er} mai 1930 le délai dans lequel les Parties pourront se mettre d'accord entre elles sur le régime des zones.

L'exposé des motifs de l'Ordonnance même contient l'indication du résultat du délibéré sur les points relatifs à l'abrogation des stipulations de 1815 et 1816; la Cour par conséquent ne s'est pas prévaluée de l'accord des parties, selon lequel elles ne feraient pas d'objection à une communication purement officieuse de ce résultat.

Elle constate, en effet, que les termes et l'esprit de son Statut ne lui permettent pas de procéder à une communication de cet ordre mais, d'autre part, qu'il serait oiseux de fixer un délai dans lequel les parties devraient se mettre d'accord si la Cour ne leur indiquait pas en même temps la solution de la question d'interprétation qui avait jusqu'à présent rendu cet accord impossible. La Cour rappelle ensuite qu'elle doit en tout état de cause fixer par Ordonnance le délai dont il s'agit et que les ordonnances, bien qu'étant en règle générale rendues en audience publique, n'ont pas la même force de chose jugée pour le différend qu'un arrêt; elle en conclut – non sans souligner, cependant, le caractère strictement exceptionnel de la construction – qu'il lui est possible, sans porter atteinte aux dispositions du Statut, de donner suite à la volonté commune des Parties en indiquant dans l'exposé des motifs de l'Ordonnance par laquelle elle fixe le délai, le résultat du délibéré sur la question d'interprétation en litige.

Abordant les questions qui lui sont posées à cet égard, la Cour constate d'abord que, si elle arrive à la conclusion que les stipulations de 1815–1816 ne sont pas abrogées par le Traité de Versailles, elle n'est pas contrainte de dire qu'il a pour but de les faire abroger mais peut, au contraire, dire aussi bien que tel n'est pas le but de la disposition pertinente du Traité; elle constate ensuite que, si la France et la Suisse arrivent à conclure l'accord en vue duquel est prévu le délai fixé par elle, cet ac-

cord aura pour effet, quel que soit par ailleurs son contenu, d'abroger, en la forme, les stipulations de 1815–1816, et par conséquent que la mission de la Cour en répondant à la question de savoir si le traité a pour but de faire abroger ces stipulations est de dire si oui ou non la Suisse est obligée d'accepter comme base de l'accord futur l'abrogation du régime des zones franches.

Abordant le fond même du problème, la Cour établit que la disposition pertinente ne comporte pas comme conséquence nécessaire l'abrogation des stipulations de 1815–1816 relatives aux zones franches. Cette disposition, d'ailleurs, n'est opposable à la Suisse – non signataire du Traité de Versailles – que dans la mesure où elle l'a elle-même acceptée; or, son acquiescement à l'article n'a été donné que sous bénéfice d'une réserve contre la suppression du régime des zones franches. La disposition ne pourrait donc déployer ses effets entre la France et la Suisse que si le consentement de la Suisse n'était point nécessaire pour cette suppression. Mais, selon la Cour, la Suisse possède un droit contractuel à l'égard des zones, en vertu du traité de Turin de 1816 pour la «petite zone sarde» et la «zone de St-Gingolph», et, en ce qui concerne la «zone de Gex», sur la base de l'ensemble des actes qui ont créé cette zone, eu égard aux circonstances dans lesquelles ils ont été faits.

Enfin, la Cour estime que la disposition pertinente du Traité de Versailles n'a pas non plus pour but de faire abroger le régime des zones franches; le seul objet du Traité est de laisser à la France et à la Suisse le soin de régler entre elles ce régime, par un accord dont le Traité ne préjuge en aucune manière le contenu et qui dès lors pourra comporter ou non l'abrogation du régime des zones franches établi en 1815 et 1816.

L'Ordonnance de la Cour, issue du délibéré auquel ont pris part douze juges, est suivie de trois avis dissidents (MM. Nyholm – Danemark – Negulesco – Roumanie – et Dreyfus – France) – portant sur l'interprétation de la disposition pertinente du Traité de Versailles –, ainsi que de quelques observations (M. Pessôa – Brésil) sur un point de procédure.

499

E 1004 1/317

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 20. August 1929¹

1454. Frankreich. Handelsübereinkunft

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 15. August 1929

Wie die schweizerische Gesandtschaft in Paris durch Schreiben vom 2. dies mitteilt, hat sich der Direktor der Handelsabkommen im franz. Handels- und Industrie-Ministerium bei ihr erkundigt, ob die schweizerische Regierung die sofortige Inkraftsetzung der neuen Handelsübereinkunft² ins Auge fassen könnte, d. h. also bevor sie von den Parlamenten der beiden Länder genehmigt worden ist. Französischerseits wäre dies ohne weiteres möglich bis auf die neuen Vereinbarungen, welche eine Abänderung des Zolltarifs zur Folge haben und für deren Anwendung daher die Genehmigung des Parlaments erforderlich ist.

Das Volkswirtschaftsdepartement sieht kein Hindernis, dem Wunsche der französischen Regierung zu entsprechen und die Übereinkunft auf den 15. September nächsthin in Kraft zu setzen. Der wichtigste Teil, d. h. die Tarifvereinba-

1. Abwesend: Motta und Pilet-Golaz.

2. Text der am 8. 7. 1929 abgeschlossenen Übereinkunft in: BBl 1929, II, S. 414ff.

runge, sind aus den Abkommen vom 21. Januar und 11. März 1928 herübergenommen worden und stehen bereits seit dem 25. Februar bzw. 15. April letzten Jahres in Kraft. Die wenigen neuen Vereinbarungen über den schweizerischen Tarif sind lediglich Bindungen einzelner Ansätze desselben oder Tarifauflegungen.

Die Übereinkunft soll der Bundesversammlung in der im September beginnenden Session zur Genehmigung vorgelegt werden. Die bezügliche Botschaft³ ist in Vorbereitung.

Gestützt auf diese Ausführungen wird antragsgemäss *beschlossen*:

Die am 8. Juli abhin mit Frankreich abgeschlossene Handelsübereinkunft wird vorbehältlich der Ratifikation durch die Bundesversammlung⁴ vom 15. September 1929 an provisorisch in Kraft erklärt.

3. Vgl. BR-Botschaft vom 6. 9. 1929, in: BBl 1929, II, S. 407ff.

4. Zur Behandlung der Übereinkunft durch die eidgenössischen Räte vgl. NR-Protokoll vom 4. 10. 1929 (E 1001 (C) d 1/277, S. 134ff.) und StR-Protokoll vom 2. 10. 1929 (E 1001 (D) d 1/205, S. 22f.).

500

E2001 (C) 5/8

*Der Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Bern, 20. August 1929

Zu Ihrem Schreiben vom 25. Juli 1929¹ beehren wir uns Ihnen mitzuteilen, dass wir dasselbe unserer Generalstabsabteilung zum Bericht unterbreitet haben, die sich über die Fragen der *ausgebildeten Reserven und betreffend Reservematerial* wie folgt ausspricht:

Ausgebildete Reserven (Dokument A. 6, Seite 21, 4. Absatz)².

«Es darf nunmehr als feststehend angenommen werden, dass im Vertragsentwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission nur auf die Bestände bei der Fahne Bezug genommen wird, *nicht aber auf die ausgebildeten Reserven*. An erwähnter Stelle des Dokuments ist dies allerdings bloss in Form einer Feststellung des Präsidenten niedergelegt und nicht als Kommissionsbeschluss, denn eine Abstimmung hierüber fand nicht statt; es lag aber auch kein Gegenantrag zu dieser Feststellung des Präsidenten vor. Der deutsche Delegierte spricht von einer ‚*décision prise*‘. Ein Antrag Soviet-Russlands, über das Prinzip der ausgebildeten

1. *Nicht abgedruckt.*

2. Vgl. SdN Journal Officiel, Suppl. Spec. Nr. 75, S. 197ff.

Reserven abzustimmen, wurde vom Präsidenten als unzulässig abgelehnt (siehe Seite 123 des *gedruckten* Protokolls der 6. Session der C.P.D., Dokument C. 195, M. 74 v. 25. 5. 29, das inzwischen erschienen und hienach kurz Protokoll genannt ist). Die Ansicht des Präsidenten stimmt ohne Zweifel mit der der grossen Mehrheit der Kommission überein.

Wir dürfen daher, auch gestützt auf den Beschluss betreffs der ‚Garde national des Etats-Unis d’Amérique‘ (siehe Protokoll Seite 132/133) annehmen, dass der Abrüstungsvertrag in Bezug auf die Reserven die Schweiz nicht berühren wird, insbesondere nicht hinsichtlich der Bestände. Vom schweizerisch-militärischen Standpunkt aus ist das jedenfalls zu begrüssen, weil demnach unser Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht in keiner Weise angetastet wird.

In diesem Zusammenhang ist von besonderer Wichtigkeit für uns der ausdrückliche Beschluss der Kommission, im Protokoll oder sonst in geeigneter Weise davon Vormerk zu nehmen, *dass die Milizorganisationen der Staaten der amerikanischen Union nicht unter den Begriff der militärisch organisierten Verbände (forces organisées militairement) fallen* (siehe im Protokoll die 14. und 15. Sitzung, 27. & 29. April 1929, insbesondere Seite 119, 122 und 132/33). Wir halten denn auch dafür, dass dieser Beschluss seinerzeit durch uns als wichtiges Präjudiz ausgewertet werden sollte. Da uns aber nicht bekannt ist, welche Organisation, Ausbildungszeit und Ausrüstung diese amerikanischen Milizen haben, so ist eine genaue Feststellung darüber angezeigt und wir möchten deshalb anregen, dass sich das eidg. Politische Departement durch Vermittlung unserer Gesandtschaft in Washington die nötigen Angaben darüber verschaffen lasse. Haben wir einmal volle Klarheit, dann könnte die Schweiz im gegebenen Zeitpunkt eine ähnliche Erklärung hinsichtlich *unserer Milizarmee* zu erwirken suchen.»

Reserve-Material [...]

«Hierüber ist auf den in namentlicher Abstimmung mit allen gegen Russland und China (bei Stimmenthaltung Deutschlands) gefassten Beschluss zu verweisen, dass die Kommission das System der *direkten* Beschränkung des im Dienst befindlichen und des Reservematerials (matériel stocké) *ablehnt*, und dass für die Beschränkung überhaupt der Weg der Veröffentlichung der Ausgaben zu suchen sei.

Der Abrüstungsvertrag wird also voraussichtlich nichts darüber enthalten, was jeder Staat an Kriegsmaterial besitzen darf. Es wird nur ein moralischer Druck durch Veröffentlichungszwang bezüglich der Ausgaben zu erreichen gesucht werden. Es scheint sehr zweifelhaft, dass die Mehrheit sich zur Veröffentlichung der Ausgaben nach einzelnen Kategorien des Kriegsmaterials bestimmen lassen wird, also z.B. Angabe, wieviel für schwere Artillerie, Munition, Flugzeuge, Tanks, usw. ausgegeben wurde.

Vom schweizerisch-*militärischen* Standpunkt aus kann auch dieser Beschluss nur gutgeheissen werden. Er ist übrigens bezüglich Reservematerial notwendig, sobald die ausgebildeten Reserven nicht in die Abrüstungselemente einbezogen werden. Denn ausgebildete Reserven ohne das zugehörige Material sind militärisch ein Widerspruch in sich; man könnte mit ihnen zunächst gar nichts anfangen, sie allenfalls erst nach langen Monaten verwenden, wenn der Kriegsindustrie

die Herstellung des Materials gelungen wäre. Die Schweiz insbesondere, ohne erhebliche Kriegsindustrie und Rohstoffe, könnte sich niemals auf eine Beschränkung ihres an sich schon kärglichen und für die Mobilmachung unentbehrlichen ‚matériel stocké‘ einlassen.

Es sei im übrigen nochmals darauf hingewiesen, dass auch der Antrag Chinas auf Abschaffung des obligatorischen Militärdienstes ausdrücklich Miliztruppen mit kurzer Ausbildungsdauer *nicht* treffen will. (Vgl. das Protokoll der Sitzung vom 27.4.29, Seite 124).»

Wir teilen die Auffassung der Generalstabsabteilung und können damit feststellen, dass, wenn die internationale Abrüstungsfrage im Völkerbund auf den bisherigen Grundlagen behandelt wird, sie die Schweiz und unsere Verhältnisse kaum berührt. Wir werden jedoch nie übersehen dürfen, dass damit die interne Abrüstungsfrage für uns nicht erledigt ist.

[...]

Schliesslich möchten wir noch auf folgendes aufmerksam machen:

Aus dem Bericht über die vom Völkerbund seit der letzten Session geleistete Arbeit, Dokument A 6.29, Seite 18, Ziff. 7 B, geht hervor, dass der Vertreter Spaniens erklärt hat, Spanien würde die Schaffung einer internationalen Luftflotte sehr begrüßen. Der Bericht fügt bei, dass, da ein formeller Antrag nicht vorliege, von der Erklärung der spanischen Delegation lediglich Akt genommen werde. In dem Protokoll über die Verhandlungen der Abrüstungskommission (Dokument C. 195 M. 74, 1929, IX, Seite 113 unter Ziff. 39) ist dann aber gesagt, dass der spanische Delegierte als Stationierungsort Genf bezeichnet hat. Er hat ausdrücklich beigefügt, er sei sicher, dass mehrere Regierungen bereit wären, freiwillig Flugzeuge nach Genf zu schicken, welche zur Verfügung des Völkerbundsrates stehen und ablösungsweise ersetzt würden. Wir haben in unserm Schreiben vom 25. Juni³ Ihre Auffassung geteilt, dass die Schweiz an der Aufstellung internationaler Streitkräfte nicht mitwirken könne, ohne mit den überlieferten Grundsätzen ihrer Neutralität in Widerspruch zu geraten. Aus der gleichen Erwägung ergibt sich, dass wir uns auch einer Stationierung der internationalen Luftflotte in der Schweiz widersetzen müssen. Hierauf die schweizerische Delegation in der nächsten Völkerbundsversammlung aufmerksam zu machen, möchten wir nicht verfehlen.

3. Nicht ermittelt.

501

E 2200 Paris 1/2142

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Geschäftsträger in Paris, R. de Weck*

S TG.

Berne, 23 août 1929

Pour votre complète information, nous avons l'honneur de vous communiquer ci-joint le texte de l'ordonnance que la Cour permanente de Justice internationale a rendue, le 19 août, dans l'affaire des zones¹.

Cette ordonnance est, ainsi que vous le verrez, un véritable arrêt interlocutoire qui, dans son exposé des motifs, donne pleinement raison à la thèse que nous avons toujours soutenue et constate que l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles n'a pas abrogé et n'a pas pour but de faire obligatoirement abroger les stipulations de 1815 et de 1816 relatives aux zones franches ou d'obliger la Suisse à accepter comme seule base possible de l'accord futur l'abrogation de ce régime séculaire. En exécution du compromis du 30 octobre 1924, le dispositif de l'ordonnance impartit simplement aux Gouvernements suisse et français un délai expirant le 1er mai 1930 pour régler entre eux, dans les conditions qu'ils jugeront opportunes, le nouveau régime des territoires visés à l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles.

L'Agent du Gouvernement français, M. le Professeur Basdevant, a pris fort courtoisement la décision de la Cour et a diné, le 19 août, avec le Professeur Logoz. D'après les commentaires de presse, en revanche, et notamment d'après un interview de M. Paul-Boncour publié [...] dans le «Journal», il semble que, du côté français, on ne soit guère disposé à envisager volontiers la conclusion, dans le délai fixé par la Cour, d'un accord franco-suisse réinstituant les petites zones franches auxquelles la mesure unilatérale prise par la France en 1923 a mis fin. On doit en inférer que les négociations qui devront s'ouvrir à très bref délai entre les Gouvernements suisse et français seront difficiles; car il saute aux yeux que le Conseil fédéral ne peut guère envisager une autre base de négociations que celle du maintien des zones, un accord acquiesçant à l'installation du cordon douanier français à la frontière semblant destiné d'avance à être rejeté par le peuple.

Quant à la façon dont s'ouvriront les négociations prévues par l'article premier, alinéa 2, du compromis, nous ne sommes pas encore en mesure de vous donner des indications précises. Un certain délai est nécessaire au Conseil fédéral pour examiner la situation et aucune décision n'a encore été prise.

A première vue, nous avons l'impression que c'est à la Suisse qu'il appartiendra de présenter à la France un projet destiné à servir de base de discussion et nous ferons, pour ce qui nous concerne, toute diligence pour que ce projet soit élaboré dans un laps de temps aussi bref que possible².

1. Vgl. Nr. 498, Annex.

2. Vgl. dazu Nr. 513.

Il va de soi que les observations qui précèdent sont uniquement destinées à vous faciliter la compréhension d'une affaire importante que nous vous serons reconnaissants de suivre de très près, mais nullement à servir de base à une déclaration quelconque. Si, à l'occasion d'une conversation au Quai d'Orsay, la question des zones venait à être abordée par votre interlocuteur, vous voudrez bien déclarer que vous n'avez pas d'autre instruction que de nous transmettre aussitôt les communications qui pourraient vous être faites.

502

E 2001 (C) 5/105

*Der Vorsteher des Militärdepartementes, K. Scheurer,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Bern, 23. August 1929

In Ihrem Schreiben vom 25. Juli 1929¹ haben Sie uns um unsere Meinungsäusserung zu den vor den Organen des Völkerbundes hängigen Fragen der ausgebildeten Reserven, des Reservematerials und des Gaskrieges ersucht. Die zwei ersten Punkte sind in unserem Schreiben vom 20. August² beantwortet worden, zur Frage des *Gaskrieges* erlauben wir uns die folgenden Bemerkungen:

Sie machen darauf aufmerksam, dass die Commission préparatoire du désarmement am 24. April 1929 eine Einladung zur Ratifikation des Protokolls vom 17. Juni 1925 an diejenigen Staaten beschlossen hat, die – wie die Schweiz – das Protokoll unterschrieben haben. Es sei möglich, dass die Versammlung in der nächsten Session auf diese Frage zu sprechen komme und es sei dann für die schweizerischen Delegierten schwer, die Ablehnung der Ratifikation mit guten Gründen zu rechtfertigen. Sie fragen uns an, ob wir die in unserem Briefe vom 10. Dezember 1928³ geäusserten Gründe zur vorläufigen Ablehnung der Ratifikation aufrecht halten.

Wir haben in unserem soeben erwähnten Schreiben auf unsere vollendete Überzeugung hingewiesen, dass der Gaskrieg in seinen beiden Formen des Angriffs und der Verteidigung in allen Ländern – und auch in denjenigen, die das Genfer-Protokoll unterschrieben und ratifiziert haben – sehr eifrig vorbereitet wird. Wir haben ferner geltend gemacht, dass einer Einführung der bereits in vielen Schulen erprobten Gasmasken der Einwand entgegengehalten werden könnte, diese Massnahme sei nach der Ratifikation des Protokolls durch uns und alle unsere Nachbarstaaten unnütz, ja sogar gefährlich und vertragswidrig.

Andererseits müssen wir anerkennen, dass unter den heutigen Umständen, da so viele Staaten ratifiziert haben, mit guten Gründen bezweifelt werden kann, ob es leichter sein wird, die Gasabwehrkredite zu erhalten, solange die Schweiz nicht

1. E 2001 (C) 5/8.

2. Nr. 500.

3. Nr. 452.

selbst ratifiziert hat. Der erste und vielleicht schwerwiegendste Einwand der Kreditgegner wird gerade der sein, man solle in erster Linie das Giftgasprotokoll ratifizieren, das immerhin einen gewissen Schutz biete.

Es ist ferner vom militärischen Standpunkt aus zu beachten, dass die ratifizierenden Staaten nur gegenüber denjenigen andern Staaten gebunden sind, die ihrerseits ebenfalls ratifiziert haben. Aus dieser Feststellung entspringt ein gewisses Interesse der Schweiz an der Ratifikation, da ihr gegenüber von Seiten der übrigen Staaten keine Bindung besteht, solange sie nicht selbst ratifiziert hat. Allerdings weisen wir in diesem Zusammenhange darauf hin, dass auch die U.S.A., von denen die Anregung zum Protokoll vom 17. Juni 1925 ausgegangen ist, selbst noch nicht ratifiziert haben. Allein deren politische und geographische Lage ist natürlich eine ganze andere als die unsrige.

Diese Überlegungen führen uns dazu, heute unsern Widerstand gegen die Ratifikation des Genfer-Protokolls vom 17. Juni 1925 – wenn auch nicht ohne schwere Bedenken – aufzugeben⁴.

Dabei wollen wir aber nicht unterlassen zu bemerken, dass der Gang der Verhandlungen über die Gaskriegfrage im Schoss der vorbereitenden Abrüstungskommission beweist, dass unsere eingangs erwähnten Befürchtungen vollauf gerechtfertigt sind. Während im ursprünglichen Entwurf zu einem Vertragstext die Vorbereitung der Gas- und bakteriologischen Kriegsmittel *in Friedenszeiten* verboten war, wurde dieses Verbot im Laufe der Diskussion fallen gelassen; die Streichung steht wohl im Zusammenhang mit einer Erklärung des spanischen Vertreters, die dahin ging, man dürfe nicht verhehlen, dass sich die Heere der verschiedenen Staaten auf den Giftgaskrieg vorbereiten (Protokoll vom 23. April 1929, nicht öffentl. Sitzung S. 4).

4. Vgl. auch Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege, vom 4. Dezember 1931, in: BBl 1931, II, S. 777ff.

503

E 2001 (C) 7/4

*Der schweizerische Geschäftsträger in London, T. von Sonnenberg,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*¹

S Confidential. Urgent.

Londres, 6 septembre 1929

Je viens vous soumettre une proposition aussi importante qu'urgente à laquelle j'ai bien mûrement réfléchi.

Il est hors de doute qu'il est non seulement dans les intentions mais aussi dans le désir du Conseil Fédéral et de vous-même de conclure avec la Grande-Bretagne

1. Das Schreiben ist nach Genf adressiert, wo Motta an der Völkerbundsversammlung weilte.

un traité de conciliation et d'arbitrage. Pour donner à notre pays une satisfaction complète, il faudrait que ce traité fût conclu dans les mêmes termes que celui que nous avons signé avec l'Italie le 20 septembre 1924².

Vous voudrez bien vous souvenir de la part personnelle que j'ai eue dans cet important traité que j'ai négocié, sous votre direction, au cours de l'été 1924 au Palais Chigi à Rome. Je me souviens que nous avons choisi le moment propice. D'autre part, les pourparlers furent conduits rapidement. Ce sont les deux éléments qui ont essentiellement contribué à amener le succès.

Pourquoi n'agirions-nous pas de même aujourd'hui avec le Gouvernement britannique?

1. Il n'y a aucun inconvénient pour la Suisse de faire son traité tout aussi bien avec le Gouvernement de Mr. MacDonald qu'avec un autre Gouvernement britannique³.

2. Les déclarations du Premier Ministre anglais à Genève doivent nous faire admettre qu'il a exposé avec conviction, et avec une réelle volonté d'agir, la décision de son Gouvernement en matière d'arbitrage. Mr. Henderson s'est exprimé hier dans le même sens, en soulignant que l'adhésion à la clause facultative⁴ n'est qu'un premier pas et qu'il faut arriver à l'arbitrage pour tous les conflits de quelque nature qu'ils soient.

3. Si la Grande-Bretagne est prête à signer la clause facultative, il n'y a pas de raison fondée pour qu'elle ne soit pas disposée également à donner une preuve immédiate et tangible de sa foi dans la politique des traités bilatéraux qui est celle du Conseil Fédéral.

4. A la suite de son discours à Genève, Mr. MacDonald ne devrait logiquement point hésiter à signer avec le pays dans lequel il a parlé et qui se trouve, vu sa neutralité, dans une situation différente des autres pays, un traité intégral et qui serait de la même teneur que celui qui nous lie déjà avec un grand pays qui est notre voisin du Sud.

5. Il me paraîtrait dès lors utile et opportun d'agir sans tarder et peut-être, voudrez-vous bien en faire l'objet d'une conversation avec MM. Henderson et Dalton. Je ne sais pas si vous n'avez pas déjà profité du passage à Genève de Mr. MacDonald pour lui faire part de notre désir.

6. Pour ma part, je me tiens à votre disposition, pour tout ce qui pourrait être fait ici et je recevrai volontiers vos instructions à ce sujet. Comme je dois probablement rencontrer demain Mr. MacDonald à l'occasion de la coupe Schneider, je voudrais saisir cette opportunité, si je le vois seul un instant, pour lui dire, en lui parlant de son court séjour à Genève, ce que nous espérons. Je ne sais pas si je pourrai être aussi persuasif que c'est mon vœu de l'être, mais soyez certain que j'y mettrai toute l'ardeur de ma conviction. Il n'est certainement pas impossible que Mr. MacDonald donne, dès maintenant, à Mr. Henderson à Genève des in-

2. *Vertragstext in: AS 1925, NF 41, S. 179ff.*

3. *Die Labour-Regierung unter J.R. MacDonald hatte am 8.6.1929 das seit dem 6.11.1924 regierende konservative Kabinett Baldwin abgelöst.*

4. *Art. 36 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes.*

structions qui pourraient lui permettre de négocier avec vous et peut-être même de signer un traité avant la fin de l'Assemblée de cette année. Ce serait pour notre pays un résultat heureux et j'ai l'impression que la Grande-Bretagne, elle aussi, pourrait avoir intérêt à faire preuve de sa nouvelle conception des choses. Je n'ose guère espérer que la date du 20 septembre pourra à nouveau nous être favorable, mais je n'hésite pas à penser que je me trouve d'accord avec vous en admettant qu'il faut donner à notre affaire une impulsion fraîche et vigoureuse.

J'ai naturellement examiné avec soin notre dossier avant de vous adresser ces lignes et voici ce qui en résulte en résumé.

a. Les premières négociations furent entreprises par nous dès 1920 et 1921. Il s'agissait de renouveler sur une base plus large, notre ancienne convention d'arbitrage du 10 juin 1914⁵, venue à échéance le 17 novembre 1919. La question ne paraissait pas mûre en Angleterre et nous reçûmes un accueil peu encourageant.

b. Dans votre lettre du 9 décembre 1924⁶, vous avez bien voulu nous dire que vous aviez parlé de cette affaire à Mr. MacDonald, alors au pouvoir. Le Premier Ministre travailliste paraissait entièrement d'accord de conclure un traité avec nous en s'inspirant de nos stipulations avec l'Italie. Il vous donna alors l'assurance qu'il mettrait immédiatement la question à l'étude, mais le Cabinet de Mr. MacDonald fut renversé peu après.

c. A l'avènement du Cabinet Baldwin, vous nous avez donné pour instruction de sonder le Foreign Office, afin de savoir si les vues du nouveau Gouvernement permettaient une reprise des négociations. La réponse donnée alors par Sir William Tyrrell fut assez singulière et imprécise, en tant qu'elle nous disait que le Gouvernement britannique devait, préalablement, prendre une décision à l'égard du protocole de Genève. A la suite de ceci, vous avez eu vous-même, à l'occasion des Assemblées de Genève, la possibilité de parler de notre traité avec Sir Cecil Hurst. L'attitude du juriste anglais resta réservée. Au printemps 1925, votre entretien personnel avec Sir Austen Chamberlain vous fit constater que le Gouvernement conservateur n'estimait pas encore le moment venu de conclure avec nous le traité que nous désirons.

d. Au cours de ces dernières années, cela pendant la gestion Baldwin, divers membres du Parti labouriste et entre autres Mr. Dalton, aujourd'hui Sous-Secrétaire d'Etat parlementaire du Foreign Office, interrogèrent le Gouvernement sur les raisons qui l'empêchaient de conclure des traités de conciliation et d'arbitrage⁷. Un traité entre la Suisse et la Grande-Bretagne fut particulièrement mentionné. Les travaillistes voulaient, d'une manière générale, contraindre le Gouvernement à prendre position dans la politique de l'arbitrage.

e. Notre dossier se ferme avec une lettre au Département du 5 mars 1927⁸, transmettant le traité anglo-siamois, de vieux modèle, et signalant qu'il n'y avait rien de nouveau ou d'encourageant en ce qui nous concerne.

5. AS 1915, NF 31, S. 63ff.

6. *Nicht abgedruckt.*

7. *Vgl. dazu Nr. 46, Nr. 123 und Nr. 132.*

8. *Nicht abgedruckt.*

Je sais que j'agis dans cette question entièrement d'accord avec M. le Ministre Paravicini. Si j'ai pris l'initiative de vous écrire, c'est parce que mon Ministre, comme vous le savez, se trouve actuellement en congé en Suisse.

Je vous remercie à l'avance des obligeantes informations et dispositions qu'il vous plaira de me faire parvenir⁹.

P. S. Je transmets copie de cette lettre à M. le Ministre Dinichert personnellement¹⁰.

9. *Vgl. Nr. 507. – Bemerkung Mottas am Briefkopf:* Aujourd'hui même à l'occasion d'un déjeuner finlandais j'avais déjà parlé avec M. Henderson, auquel j'ai proposé la conclusion d'un traité. Henderson s'est déclaré d'accord. 7. 9. 29 au soir.

10. *Vgl. Nr. 507, Anm. 2.*

504

E 1004 1/318

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 6. September 1929¹

1540. Conseil de la S.d.N. Elections.

Verbal

Le département politique communique, d'après un avis téléphonique de la délégation suisse à l'Assemblée de la Société des Nations, les renseignements suivants sur le remplacement du représentant du Chili dans le Conseil:

«L'Amérique du Sud prétendant à trois sièges au Conseil, malgré l'absence du Brésil et de l'Argentine, sans compter celle d'autres Etats de moindre importance, les pays de l'Amérique du Sud font campagne pour la candidature du Pérou qui, après neuf années d'absence, est de nouveau présent à l'Assemblée. On parlerait, en concurrence avec le Pérou, d'une candidature de la Norvège, sans que cette candidature ait encore été posée.

La délégation suisse considère qu'elle devrait voter pour le Pérou, les pays de l'Amérique du Sud faisant de l'attribution des trois sièges une question de principe et de prestige qui est de nature à influencer leur collaboration avec la Société des Nations. Elle désirerait que la question fit l'objet, au sein du Conseil fédéral, d'un échange de vues pouvant lui servir de guide le jour de l'élection, soit le 9 septembre.»

Il ressort de la discussion que la prétention des Etats de l'Amérique du Sud à un troisième siège ne paraît guère compatible avec l'absence de l'Argentine et du Brésil et que la rentrée du Pérou ne saurait constituer au profit de cet Etat un titre particulier au regard d'un Etat comme la Norvège, qui dès le début est resté fidèlement attaché à la Société des Nations. Du point de vue de la Suisse, qui a certainement des liens plus étroits avec la Norvège qu'avec le Pérou, il n'y aurait pas non plus de motif de donner la préférence à ce dernier.

1. *Abwesend: Musy und Motta.*

Par ces motifs, le Conseil inclinait, pour le cas où la candidature de la Norvège serait posée, à donner la voix de la Suisse à ce pays.

M. le président et M. le vice-président sont *chargés* de communiquer cette opinion à la délégation suisse à l'occasion de la cérémonie qui aura lieu demain à Genève.

505

E 1004 1/318

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 10. September 1929¹

1562. Zones de Genève

Verbal

M. le chef du département de l'économie publique communique que M. le conseiller fédéral Motta a assisté, avec M. le directeur Stucki, à une séance du Conseil d'Etat du canton de Genève consacrée à la question des zones. Le gouvernement genevois estime que les négociations qui s'engageront avec la France devront viser, en faisant totalement abstraction de l'ancienne grande zone, à fixer le cordon douanier français à la limite des petites zones. Si l'on donne suite à cette idée, il faudra évidemment offrir à la France des compensations sous la forme d'entrée en franchise des produits de la zone. Mais, comme il est très difficile, sinon impossible à nos autorités douanières de contrôler l'exactitude des certificats d'origine délivrés par les municipalités intéressées, il faudra s'assurer une garantie contre les abus en contingentant les articles admis en franchise.

M. le chef du département des finances déclare que cette manière de voir est entièrement partagée par la direction générale des douanes. Celle-ci est convaincue qu'une déclaration de réciprocité sans contingentement ouvrirait une dangereuse fissure dans notre barrière douanière. Elle estime, en outre, que la structure actuelle de la zone sarde rendrait sinon impossible du moins très difficile le fonctionnement d'un contrôle douanier à la frontière de cette dernière.

Au vu de ces considérations, le conseil *charge* les départements de l'économie publique et des finances d'examiner le problème des zones à leurs points de vue respectifs et d'envoyer leurs rapports au département politique².

1. *Abwesend: Scheurer und Motta.*

2. *Die Oberzolldirektion arbeitete nach Absprache mit dem Volkswirtschaftsdepartement einen Bericht aus, welcher als Annex abgedruckt ist.*

ANNEX

E 2, Archiv-Nr. 1701

*Der Oberzolldirektor A. Gassmann
an den Vorsteher des Finanz- und Zolldepartementes, J.-M. Musy³*

Copie
B Confidentiel

Berne, 19 septembre 1929

Point de vue de l'administration
des douanes dans la question des zones

Aux termes de la décision du Conseil fédéral du 10 de ce mois⁴, l'administration des douanes et la Division du Commerce du Département fédéral de l'Economie publique ont à élaborer, à l'intention du Département Politique fédéral, un rapport exposant leur point de vue dans la question des zones. Nous avons l'intention de nous entendre avec le Département fédéral de l'Economie publique pour établir un rapport en commun, puisque, comme nous le croyons, les avis des deux administrations seront les mêmes dans cette question.

Pour le moment, nous ne sommes pas en mesure de vous soumettre un rapport complet, vu que les données les plus importantes nous manquent. En effet, si nous connaissons l'Ordonnance de la Cour de La Haye, nous ignorons les conclusions que la France en a déduites; nous ignorons, ce qui est très important, la suite envisagée par le Gouvernement genevois pour cette affaire et surtout si la demande relative au maintien intégral de la petite zone reste au premier plan des préoccupations⁵. Nous ignorons également les bases sur lesquelles sont développés les pourparlers qui auraient eu lieu à Genève entre le Département Politique fédéral et le Gouvernement genevois.

Nous devons limiter notre examen à quelques questions fondamentales.

1. Genève-Port-Franc.

Un groupement de Genève paraît soutenir la thèse que cette localité même devrait se transformer en une zone franche. La douane suisse devrait quitter le territoire genevois et transférer son activité à la frontière genevoise-vaudoise. Sans aucun doute, cette solution obtiendrait l'appui inconditionnel et vigoureux de la France. En vue d'arriver à cette solution, la France ne craindrait pas d'offrir l'ancienne zone de la Haute-Savoie en compensation de Genève zone franche. Il va de soi que l'exclusion de Genève du territoire économique suisse entraînerait dans peu d'années une sujétion économique à la France, à laquelle suivrait, en peu de temps, la sujétion politique. Cet exemple de Genève encouragerait aussi le clan qui rêve de faire du Tessin une zone franche et demande le retrait de la douane suisse au Gothard.

Les conséquences d'une telle solution sont faciles à concevoir. Il s'ensuivrait que les marchandises en provenance de tous les pays pourraient être importées en franchise à Genève et que les recettes diminueraient ainsi d'un montant que nous estimons à 20 millions de francs environ par année. D'autre part, les marchandises fabriquées à Genève ou expédiées de Genève en Suisse, seraient dédouanées à l'importation par la douane Suisse. Les voyageurs allant de Genève à Lausanne par train direct passeraient la revision douanière à Genève lors de leur embarquement; ceux qui utiliseraient le train omnibus rempliraient cette formalité à Nyon.

Nous ne voulons pas nous étendre sur ce point, mais nous nous bornerons à dire qu'une telle solution ne mérite pas même d'être discutée⁶.

3. *Die Kopie dieses Berichtes wurde am 19.9.1929 dem Politischen Departement zugestellt.*

4. *Vgl. Nr. 505.*

5. *Randbemerkung Mottas: Naturellement!*

6. *Randbemerkung Mottas: C'est évident!*

2. Rétablissement de la petite zone sarde et de la zone du Pays de Gex.

La zone de Gex a une certaine importance au point de vue économique. Par contre, la petite zone sarde n'a aucune valeur⁷. A notre avis, les Genevois s'obstinent à réclamer son rétablissement pour des raisons d'ordre historique. Or, ainsi que nous venons de l'apprendre, cette solution se heurtera au refus de la France. Si ce pays admettait néanmoins une solution dans ce sens, il n'en resterait pas moins à considérer les points suivants:

a) *Délimitation des zones.* Aucune difficulté n'existerait pour ce qui concerne la zone de Gex. Par contre, des doutes subsistent sur la délimitation du territoire de la zone sarde. Ces doutes ont existé de tout temps, ainsi que vous pouvez le constater par le rapport ci-annexé (rapport établi le 22 juin 1923 par F. Reverdin et conservé dans les archives de l'Etat de Genève)⁸. En tous cas, la ville d'Annemasse, qui s'est énormément développée ces temps derniers, serait par exemple partagée par l'ancienne ligne des zones. Cela aboutirait, au point de vue technique, à une situation intenable à laquelle la France ne se soumettrait jamais⁹. Le tracé de la frontière de la petite zone devrait donc être modifié par un arrangement conventionnel, d'après les caractéristiques topographiques facilement reconnaissables, comme Reverdin même le propose.

b) *Allégements.* Nous demanderions à la France:

L'admission en franchise sans limitation de quantité, ni contrôle de toutes les marchandises provenant de la circulation libre suisse. Par contre, nous ne devrions pas formuler de clause suivant laquelle les marchandises en provenance d'autres Etats seraient aussi admises en franchise, puisque nos intérêts s'opposent à une telle extension de la franchise douanière. Le contrôle de ces dernières marchandises pourrait facilement être exercé par la douane suisse.

La Suisse devrait consentir: l'importation en franchise des produits agricoles en provenance de la petite zone ainsi que de quelques produits industriels. Mais, ces facilités ne seraient consenties que pour des quantités *rigoureusement déterminées, en rapport avec la capacité de production de la petite zone pour les différents produits ainsi qu'avec le pouvoir de consommation de Genève*. Une importation non conditionnée par des contingents devrait être exclue d'emblée car nous savons par expérience que les «certificats d'origine pour produits zoniens» n'ont aucune valeur. Nous ouvririons dans notre système douanier une brèche par laquelle la plus grande partie des marchandises françaises pénétreraient dans notre pays sans payer les droits. Outre les pertes pour le fisc, nous subirions également un préjudice au point de vue économique, en particulier en ce qui concerne les légumes, les volailles, les œufs, etc. Il va de soi que les contingents seraient révisés périodiquement.

La différence de traitement entre l'exportation suisse en zone, sans contingent, et l'importation française à destination de Genève, avec contingent, se justifie par le fait que la France ne peut pas éviter d'établir un cordon douanier à l'arrière de la petite zone pour empêcher les marchandises de pénétrer de la petite zone dans l'intérieur de la France sans payer les droits. La situation n'est pas la même pour les marchandises introduites de France en Suisse. Dès qu'elles auront passé la ligne douanière suisse établie à la frontière politique et qu'elles auront été introduites à Genève, elles pourront être expédiées de cette localité, sans aucun contrôle, dans tous les cantons. La totalité du territoire économique suisse serait accessible à ces marchandises tandis que les produits suisses ne pourraient pénétrer que dans la petite zone.

Si la France s'opposait à l'institution de contingents, il y aurait lieu de fournir à la Suisse les moyens nécessaires pour empêcher les abus. Ceci pourrait être obtenu notamment en instituant une Commission mixte franco-suisse qui aurait la compétence de délivrer des documents justificatifs pour l'entrée en Suisse en franchise, sur la base de relevés sûrs. Cette solution ne serait en tous cas à envisager qu'en seconde ligne. Il y aurait lieu tout d'abord de défendre avec acharnement l'institution des contingents.

c) *Evacuation des bâtiments occupés par la douane française.* Nous sommes convaincus que la France ne consentira jamais à cette évacuation. Elle soutiendra en tous cas que des organes de fron-

7. *Randbemerkung Mottas:* Je ne suis pas de cet avis.

8. *Nicht abgedruckt.*

9. *Randbemerkung Mottas:* On est, semble-t-il, d'accord d'exclure Annemasse!

tière lui sont nécessaires pour le service des impôts et de police et que par une décision unilatérale et autonome, elle peut charger de ce service les organes de la douane. Pour la Suisse, il suffirait qu'aucune opération douanière ne soit accomplie.

Nous ne saurions réfuter avec succès cette argumentation; mais alors nous aurions à craindre que les importateurs puissent être soumis à des mesures vexatoires. De ce fait, les avantages économiques de la petite zone seraient rendus illusoire. Il y aurait lieu de stipuler à cet égard des clauses précises et obligatoires dans le traité.

d) Nous pensons du reste que la France n'acceptera pas cette solution et qu'elle préférera recourir à nouveau à la Cour de La Haye. Nous nous exprimerons à ce sujet sous chiffre 4.

3. *Création d'une zone plus étendue.*

Le tracé défavorable de la petite zone pourrait soulever la question de savoir si une zone de 10 kilomètres ne devrait pas être créée autour de Genève pour la durée de l'arrangement. Si celui-ci était dénoncé, l'ancienne zone historique serait rétablie.

Le régime et les facilités douaniers seraient les mêmes que ceux indiqués sous chiffre 2 ci-dessus, avec cette différence que la France bénéficierait de contingents plus importants, en rapport avec l'étendue plus grande de cette zone.

4. *La France demande la suppression de la petite zone.*

Un arrangement qui sacrifierait définitivement la petite zone rencontrerait sans aucun doute l'opposition de Genève et ne serait pas non plus ratifié dans une votation populaire. Si la France refusait de discuter sur le maintien de la petite zone, la décision à prendre serait alors du ressort de la Cour de La Haye. Or, une telle procédure est de nature à nous causer des appréhensions. En effet, il se pourrait que la Cour, en s'appuyant sur l'existence du cordon douanier suisse, à la frontière politique, institue la *réciprocité* dans les échanges commerciaux et décide que toutes les marchandises de la petite zone à destination de Genève, ainsi que celles de Genève à destination de la zone, doivent être réciproquement admises en franchise.

Cela équivaldrait à transformer Genève en une zone franche, solution dont nous avons déjà relevé les dangers sous chiffre 1. Une telle décision devrait être évitée à tout prix. Nous préférerions plutôt sacrifier toute la zone que de voir Genève exclue de la ligne douanière suisse par suite d'une décision d'un tribunal international. Il faudrait donc éviter que le litige soit de nouveau porté devant la Cour. Nous préférerions alors une solution qui sacrifierait définitivement les petites zones¹⁰. Il est vrai qu'un tel sacrifice ferait sensation. Une renonciation de ce genre serait en tous cas exigée si le verdict de la Cour était rendu dans le sens que nous craignons.

Au cas où la France romprait les négociations, nous devrions examiner si, dès ce moment, toutes les facilités consenties actuellement sans changement aux habitants des zones ne devraient pas être supprimées et si le régime commun ne devrait pas être appliqué aux marchandises des zones. Le préjudice occasionné par cette mesure aux intérêts des Zoniens ne manquerait pas d'exercer une pression sur Paris.

5. *Réparations.*

Il y a lieu d'examiner la question de savoir si, à l'occasion des pourparlers, la France ne devrait pas être rendue responsable des pertes économiques énormes qui sont résultées pour la Suisse de la suppression unilatérale et illégale des zones. Dans ce cas, l'importance approximative de l'indemnité à réclamer devrait faire l'objet de discussions.

Voilà les points sur lesquels nous nous sommes permis de vous faire connaître notre avis. La Suisse devra faire des sacrifices, mais ils ne devraient pas être trop lourds. Dans aucun cas, il ne devraient faire brèche dans notre système douanier, ni mettre en péril l'intégrité de la Suisse comme territoire économique unitaire.

10. *Randbemerkung Motta*: Erreur! Nous deviendrions la risée du monde!

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 10. September 1929¹

1563. Société des Nations. Accords douaniers.

Verbal

M. le chef du département de l'économie publique communique les renseignements qu'il a reçus de Genève au sujet de l'idée que poursuit M. Briand, président du conseil des ministres de France, sous la formule des «Etats-Unis d'Europe». L'exposé fait hier par M. Briand aux chefs des délégations européennes à l'assemblée de la S.d.N. ne fournit que des indications vagues, et il ne reste pour le moment qu'à attendre le mémorandum que le gouvernement français doit adresser à ce sujet aux Etats intéressés. Cependant, il apparaît d'ores et déjà comme certain que la question se posera non pas sur le terrain politique, mais uniquement sur le terrain économique et que, dans ce cadre même, les objectifs seront très limités. Deux points sont envisagés actuellement dans cet ordre d'idées:

1. Limitation de la portée de la clause de la nation la plus favorisée. Du fait de la conclusion de conventions plurilatérales, cette clause, qui figure dans la généralité des conventions de commerce à caractère bilatéral, a produit parfois des effets imprévus. Il arrive que des Etats qui renoncent à se lier par une convention plurilatérale prétendent en bénéficier en vertu de cette clause. A cet effet, ils s'adressent à des Etats signataires avec lesquels ils sont liés par ladite clause et allèguent que ces Etats ne sauraient leur refuser le bénéfice d'un traitement qu'ils accordent aux signataires de la convention. La nécessité de mettre fin à cette situation anormale est évidente, et M. Stucki a déjà rédigé un rapport qui conclut à l'inapplicabilité de la clause de la nation la plus favorisée aux mesures prises en vertu d'une convention plurilatérale.

2. Nomenclature douanière. L'établissement d'une nomenclature uniforme pour les tarifs douaniers doit permettre de comparer les droits dont différents Etats frappent une marchandise déterminée. Ce travail a été fait pour la soie avec la coopération des groupements d'industriels des Etats intéressés. Il se poursuit pour les autres groupes suivant la même méthode et doit amener les Etats à ne pas relever leurs droits de douane pendant une période de deux ans. Une fois la nomenclature achevée, la vue d'ensemble qu'on aura sur la protection accordée par les divers Etats à la production nationale ouvrira des voies nouvelles à la politique douanière.

1. *Abwesend: Scheurer und Motta.*

507

E 2001 (C) 7/4

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Geschäftsträger in London, T. von Sonnenberg*

Kopie

S Confidentielle.

Genève, 10 septembre 1929

J'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre en date du 6 de ce mois¹ par laquelle vous avez bien voulu me présenter vos suggestions relatives à la négociation et la conclusion éventuelles d'un traité de conciliation et d'arbitrage entre la Suisse et la Grande-Bretagne.

Je vous remercie d'avoir pris cette initiative et de m'avoir, en outre, fourni à ce sujet toutes précisions utiles. De mon côté, j'avais, ces jours derniers déjà, abordé cette question dans un entretien avec M. Henderson, au cours duquel j'ai pu me rendre compte que le Ministre britannique nourrit des dispositions qui nous permettent d'espérer que le moment est favorable pour entamer des négociations.

La question présente néanmoins une telle importance de principe que je ne crois guère indiqué d'engager les pourparlers déjà durant la présente Assemblée; au cours des conversations que je puis avoir avec les hommes d'Etat, surchargés d'occupations, qui se trouvent actuellement à Genève, il est en effet fort difficile d'approfondir les choses et je ne voudrais pas conclure un traité d'arbitrage sous le signe de la précipitation et de l'improvisation.

Je compte reprendre, en revanche, l'examen de l'affaire dès mon retour à Berne et donnerai alors aussitôt que possible à votre Légation les instructions nécessaires pour les démarches à effectuer auprès du Gouvernement britannique².

1. Nr. 503.

2. Motta unterrichtete gleichzeitig Dinichert in Bern über seine Antwort an Sonnenberg.

508

E 2001 (C) 7/4

*Der schweizerische Geschäftsträger in London, T. von Sonnenberg,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta¹*

S Confidentielle

Londres, 13 septembre 1929

J'ai eu l'honneur de recevoir, ce matin, votre obligeante communication du 10 septembre² concernant le traité de conciliation et d'arbitrage entre la Suisse et la Grande-Bretagne et j'ai pris connaissance, avec une attention particulière, de ce que vous voulez bien me dire à ce propos.

1. Das Schreiben ist nach Genf adressiert.

2. Nr. 507.

Je relève notamment que vous avez déjà eu l'occasion, comme je l'avais d'ailleurs supposé, de prendre contact avec Mr. Henderson et, en abordant la question qui nous intéresse, de vous rendre compte que le moment pouvait être favorable pour entamer, ou tout au moins pour préparer, des négociations.

En ce qui concerne la situation à Londres, je tiens à vous faire savoir, sans retard, que je me suis entretenu de l'affaire avec M. Mounsey, Sous-Secrétaire d'Etat au Foreign Office qui fut, en son temps, mon collègue à Rome et je lui ai aussi écrit brièvement pour lui faire connaître notre désir de conclure, si possible dans un proche avenir, un traité de conciliation et d'arbitrage avec la Grande-Bretagne. J'ai, naturellement, fait valoir la portée morale du traité entre les deux pays, en soulignant la situation politique exceptionnelle de la Suisse qui permettrait à la Grande-Bretagne de s'entendre avec nous sans porter préjudice à la fort importante question de principe, qui ne m'échappe pas et dont elle doit évidemment tenir soigneusement compte.

Je perçois parfaitement la difficulté qu'il y a de traiter la question à Genève, durant la présente Assemblée, avec les hommes d'Etat britanniques qui sont, eux aussi, surchargés d'occupations. D'autre part, je saisis et je partage entièrement votre idée qu'il faut éviter de discuter et de conclure un traité sous le signe de la précipitation et de l'improvisation. Cela ne pourrait, d'ailleurs, s'appliquer qu'à la Grande-Bretagne, car de notre côté, la question de principe est nettement tranchée et nous possédons heureusement plusieurs modèles à la tête desquels nous plaçons notre traité avec l'Italie que le Gouvernement britannique connaît parfaitement.

Mr. Mounsey, que je citais plus haut, m'écrit donc ce matin pour me dire que le Gouvernement de Sa Majesté apprécie hautement la suggestion que je lui ai faite et qu'il voit avec sympathie le désir que nous exprimons. Il constate que nous donnerions une plus grande impulsion aux propositions d'arbitrage qui sont actuellement examinées à Genève et qu'en plus les deux Gouvernements feraient nouvellement preuve devant le monde des relations amicales qui existent, depuis si longtemps, entre les deux pays.

Ces constatations sont très courtoises.

Mr. Mounsey ajoute, toutefois, qu'au moment actuel, il ne lui serait pas possible de nous donner une assurance et une réponse définitive, car il faudrait attendre pour cela qu'une décision fût prise par la Grande-Bretagne en ce qui concerne la question de l'arbitrage en général³.

Enfin, on m'informe que le point de vue britannique, qui précède et qui reflète, sans doute, la manière de voir de Mr. MacDonald, se trouvant à l'heure actuelle à Londres, a été porté à la connaissance de Mr. Henderson à Genève.

Dans ces circonstances, j'estime donc que le Gouvernement britannique a pris note avec sympathie de notre vif désir et que vos conversations avec le Chef du Foreign Office vous permettront de préparer avantageusement le terrain en vue de la conclusion du traité avec la Bretagne au moment que vous jugerez vous-même le plus opportun à cet effet.

3. *Vgl. Nr. 509.*

509

E 2001 (C) 7/4

*Der schweizerische Geschäftsträger in London, T. von Sonnenberg,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*¹

S Confidentielle

Londres, 14 septembre 1929

Il me paraît utile de compléter encore ma lettre d'hier² par les indications suivantes.

En passant dans l'après-midi au Ministère, j'ai vu Mr. Mounsey. Ce haut fonctionnaire, que j'ai eu le plaisir de retrouver après une dizaine d'années, se montre particulièrement amical à mon égard.

Il m'a dit, à titre personnel, tout son regret que la Grande-Bretagne ne soit pas à même, ainsi qu'elle le désirerait, d'entamer, dès lors, des pourparlers avec vous pour accélérer, sans retard, la conclusion d'un traité d'arbitrage. Il vouera, toutefois, toute son attention à la question et il m'assure que nous pouvons compter sur son intérêt et son appui pour atteindre, le plus rapidement possible, le but qui sera d'une satisfaction certaine pour les deux pays.

Mr. Mounsey ajoute, pour mon information plus confidentielle, que la vraie difficulté de l'heure actuelle réside dans le fait que la Grande-Bretagne n'a pas encore pu établir une entente avec les Dominions sur la voie à suivre, isolément ou de commun accord, dans la politique générale de l'arbitrage et sur les réserves qui peuvent s'imposer. Quant aux engagements futurs sur le terrain des traités bilatéraux, il n'a pas été établi, jusqu'à présent, si ces traités seront conclus par la Grande-Bretagne au nom de l'Empire ou si chacun des pays du Commonwealth agira séparément en s'inspirant d'un modèle qui serait dressé d'un commun accord.

C'est précisément, me dit Mr. Mounsey, une des tâches délicates de Mr. Henderson à Genève d'arriver, à ce sujet, à une entente avec les Dominions.

Je me l'explique, car j'ai déjà eu l'occasion de constater, à plusieurs reprises, combien le Foreign Office traite avec une circonspection scrupuleuse toutes les questions qui ont trait aux Dominions, en évitant soigneusement toute attitude qui pourrait éveiller leur susceptibilité. Dans la forme comme dans le fond, bien entendu, on est soucieux de ne point donner l'apparence que la Grande-Bretagne pourrait agir avec trop peu de souci de cette cohésion impériale qui se trouve à la base même de toutes ses actions politiques³.

1. *Das Schreiben ist nach Genf adressiert.*

2. *Nr. 508.*

3. *Motta antwortete von Sonnenberg am 16. 9. 1929 wie folgt: [...]* Ces intéressantes informations n'ont pu que me confirmer dans l'idée qu'une certaine modération dans la marche des négociations était des plus recommandables. Il semble bien, en effet, qu'il y aurait lieu de laisser à M. Henderson le temps de s'entendre avec ses collègues des Dominions au sujet des directives de la politique impériale en matière d'arbitrage avant de lui faire des offres précises, afin de ne pas nous exposer à nouveau à une réponse évasive. [...] (E 2001 (C) 7/4.

510

E 1004 1/318

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 20. September 1929¹*1622. Zones de Genève.
Nomination des délégués

Verbal

Voir le procès-verbal de la séance du 23 août 1929².

M. le chef du département politique rapporte qu'en conformité de la décision du conseil du 23 août il a profité de son séjour à Genève pour prendre contact avec le gouvernement de ce canton au sujet des négociations qui devront être engagées avec la France sur les questions des zones. Il a assisté, avec M. Stucki, chef de la division du commerce, à une séance du Conseil d'Etat qui lui a permis de constater l'accord complet sur un point, à savoir que, pour le début tout au moins, la Suisse devait réclamer à la France le maintien des petites zones. La grande zone n'entre plus en ligne de compte: elle est combattue par les agriculteurs, et les autres milieux s'inclinent devant cet abandon.

En ce qui concerne le choix d'un délégué, M. Motta a constaté que des compétitions de parti s'étaient manifestées jusque dans les rangs du Conseil d'Etat. Il suggéra alors à ce dernier de présenter un homme qui fût au-dessus des partis et il prononça le nom du professeur Eugène Borel. Cette suggestion, accueillie tout d'abord avec une certaine réserve, obtint dans une séance ultérieure l'unanimité. Le Conseil d'Etat présente M. Borel comme délégué et demande que lui soient adjoints comme experts MM. P. E. Martin, archiviste, Jouvét, secrétaire de la Chambre du commerce, et Anken, chef de service au département de l'agriculture.

L'autorité dont jouit M. Borel non seulement à Genève, mais dans tout le pays, et le nom qu'il s'est acquis à l'étranger le recommandent également au choix du Conseil fédéral. Sans doute M. Borel a-t-il défendu jadis la convention de 1921. Mais il a déclaré formellement à M. Motta que depuis le coup de force exécuté par la France en portant le cordon douanier à la frontière politique, il tenait la revendication des petites zones pour la seule politique possible. M. Borel a ajouté qu'il était prêt à accepter la mission de délégué. Un engagement l'oblige à partir pour les Etats-Unis le 25 septembre, d'où il ne rentrera que le 2 novembre, mais cette considération n'est pas de nature à faire hésiter le Conseil fédéral sur la désignation de M. Borel. M. Motta propose donc de choisir M. Borel comme délégué.

1. *Abwesend: Pilet-Golaz.*

2. *Der Bundesrat befasste sich in dieser Sitzung mit dem Begehren des Genfer Staatsrates, in corpore vom Bundesrat empfangen zu werden, um über die Situation nach der Haager Anordnung zu beraten. Er erachtete eine solche Zusammenkunft als zu früh, beauftragte jedoch Motta, anlässlich seines Genfer Aufenthaltes (Völkerbundsversammlung) mit dem Staatsrat Kontakt aufzunehmen (E 1004 1/317, Nr. 1459).*

Quant à M. Stucki, il serait très désirable de le nommer à côté de M. Borel pour défendre le point de vue économique, et c'est également le désir de M. Borel lui-même. Cependant M. Stucki a insisté très vivement auprès de M. Motta pour qu'on fit abstraction de son nom. Il invoque le fait que la question a quitté le domaine économique pour passer sur le terrain politique; qu'il est très absorbé par d'autres travaux; que la discussion, qui sera très dure, risque d'affaiblir sa situation à Paris et que cela pourrait le gêner dans d'autres négociations; enfin, que son nom se heurte, à Genève même, à l'opposition du groupe Pictet.

La discussion à laquelle prennent part tous les membres du conseil, fait ressortir l'intérêt qu'il y a à nommer un second délégué. M. Borel, étant présenté par le gouvernement genevois, peut être influencé dans une certaine mesure par l'opinion, courante à Genève, qui veut qu'aucun sacrifice ne soit trop grand pour conserver les petites zones. Or, de sérieux intérêts suisses sont également engagés dans cette affaire, car à aucun prix nous ne pourrions laisser faire un trou dans notre régime douanier. Au regard de ces considérations, les objections de M. Stucki, bien qu'en grande partie fondées, doivent céder devant l'intérêt général.

En ce qui concerne les experts, le gouvernement valaisan en met un à la disposition du Conseil fédéral pour la question de St-Gingolph. Mais cette offre, pas plus que la présentation des trois experts genevois, n'ayant un caractère d'actualité, le conseil se réserve d'examiner ultérieurement s'il y a lieu de désigner des experts et, les cas échéant, lesquels³.

Fondé sur ces considérations, le conseil *décide* de désigner comme délégués dans les négociations franco-suissees sur la question des zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex M. Eugène Borel, professeur à l'université de Genève, et M. Stucki, chef de la division du commerce.

Aux délégués.

3. Als Experten nahmen schliesslich an den Verhandlungen vom 9. und 10. 12. 1929 in Bern teil: E. Leuté, Direktor des 6. Zollkreises, P. E. Martin, Direktor des Staatsarchivs Genf, R. Jouvét, Generalsekretär der Genfer Handelskammer, und I. Anken, Sekretär der Landwirtschaftsdirektion des Kantons Genf.

*Aufzeichnung des Direktors der Handelsabteilung
des Volkswirtschaftsdepartementes, W. Stucki*

D/KB

Bern, 11. Oktober 1929

ZUR ZONENFRAGE

I. Das Projekt der Genfer Regierung vom 2. Oktober 1929.

[...]¹

Das neue Projekt² [...] entspricht in allen wesentlichen Teilen dem Entwurf der Genfer Handelskammer vom Oktober 1923. [...] Die Schweiz würde sich also nach wie vor im Abkommen selber verpflichten, die ganze Zonenproduktion, landwirtschaftlich und industriell, zollfrei, unter Vorbehalt der Mengenbestimmung durch die gemischte Kontrollkommission und allfälliger von dieser anzuordnender Kontrollmassnahmen, aufzunehmen. Hinsichtlich der Definition der industriellen Zonenprodukte aus Unternehmungen, die erst nach Vertragsabschluss entstehen, wird neu vorgesehen, dass der Zonencharakter gewahrt ist, wenn es sich um Produkte handelt, für die aus den Zonen stammendes Rohmaterial verarbeitet wurde. Schliesslich sieht lit. e. eventuell vor, dass für die übrigen industriellen Produkte neuer Zonenunternehmungen reduzierte Zölle festzusetzen seien, wobei die Differenz in den Produktionskosten massgebend sein soll.

Die Einwendungen, die von seiten des Volkswirtschaftsdepartementes gegen das Projekt der Genfer Handelskammer vom Oktober 1923 gemacht worden sind, beziehen sich mindestens in gleicher Weise auch auf die neue Vorlage der Genfer Regierung. Diese Einwendungen werden auch von der Oberzolldirektion erhoben. Diese und das Departement gehen von der Voraussetzung aus, dass unter allen Umständen im Abkommen selber Kontingente festzusetzen seien und zwar nicht auf «ewig», sondern auf eine beschränkte Zahl von Jahren. Diese letztere Auffassung aber wird von Genf sehr schroff abgelehnt, so noch vor einigen Tagen durch eine Eingabe des «comité Pictet» an die Genfer Regierung, von welcher mir eine Kopie zugestellt worden ist.

Persönlich bin ich der Ansicht, dass es, wenn auch sehr schwierig, so doch nicht ganz unmöglich sein sollte, eine Formel zu finden, die für Genf und Bern annehmbar wäre und die vom Grundsatz ausgeht, dass der volle exportierte Überschuss der Zonenproduktion zollfrei in die Schweiz eingeführt werden darf. Jedenfalls aber liegt heute eine solche Formel nicht vor und ihre Ausarbeitung dürfte allermindestens grosse Schwierigkeiten verursachen und viel Zeit beanspruchen.

1. Die Aufzeichnung behandelt zu Beginn die Vorgeschichte des Zonenhandels und den Konventionsentwurf der Genfer Handelskammer vom Oktober 1923.

2. Der Entwurf, den die Genfer Regierung dem Politischen Departement am 2. 10. 1929 zustellte, ist nicht abgedruckt.

II. Weiteres Vorgehen gegenüber Frankreich.

Herr Logoz scheint zu verlangen, dass man Frankreich einen fertigen Entwurf übergebe, der nötigenfalls als Zeichen grossen schweizerischen Verständigungswillens dem Haager Gerichtshof zugestellt werden könnte. Ganz abgesehen davon, dass über die wichtigste materielle Grundlage eines solchen Entwurfes die Meinungen zwischen Genf und Bern heute vollständig auseinandergehen, ein solcher Entwurf also keineswegs vorliegt und auch innert kurzer Zeit kaum zu erreichen ist, halte ich ein solches Vorgehen weder für nötig noch für zweckmässig, ja geradezu für gefährlich³:

Es darf doch nicht vergessen werden, dass in der ganzen Zonenfrage Frankreich die Klägerrolle trägt, dass es eine Änderung des heutigen Regimes bzw. des Regimes wie es heute angewendet werden *sollte*, verlangt. Frankreich sagt, die heutige Zonenordnung entspreche nicht mehr den veränderten Verhältnissen und hat bis jetzt stets beigefügt, ein Regime, das den heutigen Verhältnissen entspreche, müsse die Zonen selber beseitigen. Der Haager Entscheid erklärt demgegenüber, dass man wohl die alten Verträge ändern müsse, dass Art. 435, Absatz 2, des Friedensvertrags von Versailles ein bezügliches pactum de contrahendo enthalte, dass eine solche Änderung auch möglich sei unter grundsätzlicher Beibehaltung des Zonenregimes. Also ist es doch gegeben, Frankreich um Vorschläge darüber zu ersuchen, wie das Regime von 1815/16 seiner Ansicht nach geändert werden solle, wobei die kleinen Zonen grundsätzlich beibehalten werden müssten. Da diese Fragestellung darauf hinausläuft, dass unser Export nach den Zonen unverändert bleibt, so kann die «Anpassung an die Verhältnisse» nur dadurch erfolgen, dass die Ausfuhr der Zonenprodukte nach der Schweiz eine Veränderung im Sinne einer Erleichterung erfährt. Die Schweiz müsste deshalb meines Erachtens beifügen, sie sei, falls Frankreich auf der durch den Haager Entscheid geschaffenen Grundlage verhandeln wolle, sehr gerne bereit, alle entsprechenden französischen Vorschläge mit grösstem Wohlwollen zu prüfen und könne jetzt schon mitteilen, dass sie dem Export der Zonenprodukte nach der Schweiz weitgehendste Erleichterung zu gewähren bereit sei.

Frankreich wird ja eine solche grundsätzliche Anfrage voraussichtlich gleich ablehnend beantworten wie ein ausgearbeitetes schweizerisches Projekt. Der Eindruck im Haag dürfte ungefähr derselbe sein, wenn die grundsätzliche Erklärung entgegenkommend genug redigiert ist. Diese würde aber Präzisionen vermeiden, die bei Übergabe eines ausgearbeiteten Projektes nur nachteilig werden können; denn entweder gibt man sich schweizerischerseits damit vollkommen aus, dann wird der Gerichtshof die schweizerischen Konzessionen, um Frankreich zu trösten, sicherlich noch ganz bedeutend erweitern und dadurch für uns unerträgliche Verhältnisse schaffen, oder, man will dies einkalkulieren und behält Trümpfe in der Reserve, dann wird der Eindruck im Haag auch entsprechend mager ausfallen.

3. Vgl. dazu Nr. 512 und Nr. 513.

Ich resümiere also dahin, dass man schweizerischerseits den Franzosen kein irgendwie näher präziertes Projekt unterbreiten sollte, weil

a) ein solches heute weder besteht noch angesichts der Gegensätze zwischen Genf und Bern innert kurzer Frist und ohne grosse Reibungen aufgestellt werden kann,

b) wir riskieren, dass das schweizerische Projekt vom Gerichtshof erst als Ausgangspunkt angenommen und im Sinne einer Verschlechterung für uns erweitert wird,

c) durch eine allgemein gehaltene möglichst entgegenkommend zu redigierende Erklärung diese Gefahren beseitigt und trotzdem im Haag der Eindruck erweckt werden kann, die Schweiz sei aufrichtig bestrebt, das in Art. 435 enthaltene pactum de contrahendo zu respektieren.

512

E 2, Archiv-Nr. 1701

Professor P. Logoz an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta

S

Genève, 13 octobre 1929

Au moment où, sous votre présidence, une commission de hauts fonctionnaires des départements politique, de l'économie publique et des finances va élaborer pour le Conseil fédéral un avant-projet de règlement de la question des zones franches, je crois utile de mettre en lumière les points suivants.

1. Si l'on pouvait parler dans l'affaire des zones d'un demandeur et d'un défendeur, je dirais que la Suisse est demanderesse en ce qui concerne le maintien des petites zones. C'est elle qui réclame ce maintien.

C'est donc à la Suisse qu'il incombe d'établir – vis-à-vis de la France dans la négociation qui va s'ouvrir, puis éventuellement vis-à-vis de la Cour – que, au contraire de ce que soutient la France, le maintien de la structure douanière des zones est compatible avec les circonstances actuelles. Autrement dit, qu'il est possible de tenir équitablement compte des changements survenus dans les circonstances depuis 1815–1816 (et notamment de la réforme douanière suisse de 1849) par des moyens autres que le transfert du cordon douanier français à la frontière politique. Sur ce point, il y aura d'ailleurs lieu de tenir compte des documents et arguments dont le C.F.¹, a déjà fait état devant la Cour, notamment dans les plaidoiries de juillet dernier.

2. On doit également tenir compte du fait que la négociation qui va s'ouvrir n'est pas une négociation ordinaire. Nous aurons en effet à produire éventuellement devant la Cour tous les éléments de cette négociation. Et, comme je vous l'ai écrit le 1er octobre, le contenu du projet de règlement qui va être proposé par la Suisse et l'attitude qui sera prise par nos négociateurs auront sans doute une

1. *Conseil fédéral.*

influence décisive sur l'arrêt que la Cour pourra avoir à rendre en vertu de l'art. 2 du Compromis².

3. Il résulte de ce qui précède que, sous peine de compromettre sa revendication relative au maintien des petites zones, le C.F. doit proposer maintenant à la France un projet prouvant que la question des zones peut être équitablement réglée sur la base du maintien de la structure douanière des zones franches et montrant, d'une façon précise et complète, comment elle peut l'être.

4. Il va sans dire que c'est au C.F. qu'il appartient de fixer, sous sa responsabilité, la solution qu'il va proposer à la France et de tracer la voie à suivre par ses négociateurs.

Mais il ne doit pas se dissimuler que, de ce que le C.F. aura ainsi proposé et fait soutenir dans la négociation, dépendra, dans une très large mesure, la décision de la Cour quant au maintien ou à la suppression des petites zones franches, si l'art. 2 du Compromis devient applicable.

En particulier, le C.F. doit se rendre bien compte que, réduire les franchises accordées à l'importation des zones en Suisse par le projet du Conseil d'Etat de Genève, c'est aussi diminuer les chances qu'il y aura d'obtenir de la Cour le maintien des zones franches.

5. Personnellement, après avoir entendu les déclarations faites à la Conférence d'hier³ notamment par MM. les Conseillers fédéraux Musy et Schulthess, j'ai le devoir de ne laisser subsister aucune équivoque sur un point: je ne pourrai pas assumer éventuellement en tout état de cause la lourde mission d'Agent du C.F. devant la Cour, dans la procédure à laquelle l'art. 2 du Compromis pourrait donner lieu. [...]

2. BBl 1924, III, S. 954.

3. *An dieser Konferenz vom 12.10.1929 nahmen Motta, Schulthess, Musy, J. Hotz, Prof. P. E. Martin und Prof. P. Logoz teil. Beschlossen wurde die Ausarbeitung eines schweizerischen Entwurfs zu einem Abkommen mit Frankreich über die Regelung des Zonenregimes. Vgl. Nr. 513. – Das handschriftliche Protokoll dieser Besprechung ist nicht abgedruckt.*

513

E 1005 2/3

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 22. Oktober 1929¹

Affaire des zones franches

Secret

Département politique. Proposition du 18 octobre 1929

Par décision du 20 septembre 1929², le Conseil Fédéral a désigné M. Eugène Borel, Professeur à l'Université de Genève, et M. Walter Stucki, Directeur de la Division du Commerce du Département fédéral de l'Economie publique, comme

1. *Abwesend: Scheurer und Häberlin.*

2. *Vgl. Nr. 510.*

ses délégués pour négocier avec des délégués français, dans le délai expirant le 1^{er} mai 1930 que la Cour permanente de Justice internationale a imparti à la Suisse et à la France pour régler entre elles le nouveau régime des territoires visés à l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles. Cette décision devrait être portée à la connaissance du Gouvernement français. Le Département politique estime qu'à cette occasion, le souhait devrait être exprimé qu'une prise de contact eût lieu le plus tôt possible entre les délégations des deux pays et qu'il y aurait lieu de proposer que les délégations suisse et française se rencontrent à Berne le 13 novembre prochain³.

Il est indispensable qu'en vue de cette prise de contact, la délégation suisse soit en possession d'un projet de convention réglant, sur la base du maintien des zones franches, le régime des territoires visés à l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles⁴.

Par lettre du 2 octobre, le Conseil d'Etat de Genève a soumis au Conseil Fédéral un avant-projet de convention au sujet des zones franches⁵ qui a fait l'objet d'un examen minutieux de la part des Services fédéraux intéressés. Ce projet a donné lieu à diverses critiques⁶.

Une commission présidée par le Chef du Département politique et comprenant le Chef de la Division des Affaires étrangères, le Directeur de la Division du Commerce et le Directeur général des Douanes, a élaboré un contre-projet⁷ qui, en tenant compte dans toute la mesure du possible des desiderata formulés par le Gouvernement genevois, adapte le régime des zones franches aux circonstances actuelles sans ouvrir une brèche dans le système douanier suisse.

Si ce projet rencontre l'approbation préalable du Conseil Fédéral, le Département politique estime qu'il serait désirable qu'il fût soumis, sous le sceau du secret, aux Conseils d'Etat des Cantons de Vaud, Valais et Genève et qu'il fit l'objet d'un échange de vues avec les représentants de ces trois Gouvernements cantonaux et avec des délégués des associations économiques genevoises les plus directement intéressées au régime des zones, à savoir: la Chambre de Commerce de Genève, la Chambre d'Agriculture de Genève et la section de Genève de l'Association suisse des arts et métiers. Cet échange de vues pourrait avoir lieu samedi 9 novembre. Son résultat serait communiqué au Conseil Fédéral, qui pourrait donner son approbation définitive à un texte mis au point avant l'ouverture des négociations franco-suisse prévues pour le 13 novembre.

– Au cours de la discussion, le *chef du Département de l'Economie publique* émet certaines craintes au sujet de la manière dont se fera le contingentement périodique. Il arrivera sans doute que la majorité de la Commission de contingentement prévue – étant donné sa composition – sera amenée à être extrêmement large dans la fixation des contingents, ce au détriment des intérêts de la Suisse. En

3. Die Verhandlungen wurden erst am 9.12.1929 in Bern aufgenommen. Vgl. Nr. 522.

4. Vgl. dazu Nr. 512.

5. Schreiben und Konventionsentwurf in: E 2, Archiv-Nr. 1701.

6. Vgl. dazu Nr. 511.

7. Dieser Entwurf (Contre-projet) vom 18.10.1929 ist im Annex wiedergegeben. Der Bundesrat genehmigte ihn mit den im Beschluss angeführten Abänderungen.

plus, elle pourrait plus tard être amenée à comprendre dans les contingents aussi des produits dont les matières premières ne sont pas de provenance zonienne et même des produits d'industries nouvellement installées dans les zones. En donnant au Tribunal de la Haye la compétence de statuer en dernière instance au cas où les deux gouvernements ne s'entendent pas au sujet des propositions de la commission de contingentement, nous nous mettons sous la dépendance d'un organe dont l'autorité au point de vue juridique est incontestable, mais qui ne sera guère en mesure de juger en connaissance de cause les questions économiques. Par la convention projetée et son acte additionnel nous sacrifions une partie de notre souveraineté. Il se pourrait dès lors fort bien, au cas où nos pourparlers avec la France aboutiraient et que la convention soit soumise au peuple par voie référendaire, que celui-ci émette à nouveau un vote négatif, ce qui serait extrêmement fâcheux.

En ce qui concerne le chiffre I, lettre c, de l'acte additionnel, l'orateur estime que la formule mots «antérieurement à la conclusion de la convention signée en date de ce jour» pourrait nous réserver des surprises désagréables en permettant que des établissements nouveaux se créent dans la zone franche au cours des pourparlers qui vont s'engager, afin de bénéficier également de la franchise. Il serait dès lors préférable de fixer une date, p. ex. celle du «1^{er} novembre 1929» ou du «1^{er} janvier 1930»⁸.

Enfin, comme la question des zones intéresse les milieux économiques de la Suisse toute entière, il faudrait que, en plus des représentants du commerce et de l'industrie, de l'agriculture et des arts et métiers de Genève, des délégués des grandes associations centrales suisses de ces trois groupes économiques soient également invités à la conférence envisagée pour le début de novembre.

Le *Chef du département de l'Intérieur* est d'accord avec la procédure envisagée et avec le projet de note. Il trouve par contre que le projet de convention et d'acte additionnel sont à certains endroits trop catégoriques, nous liant trop fortement. Il désirerait notamment qu'on supprime les mots «en tout temps» à l'article 4 de la convention et que, en outre, il soit statué à l'article II du projet d'acte additionnel qu'il doit aussi être tenu compte des besoins des régions suisses avoisinantes, en ce sens que l'importation des produits d'origine zonienne ne pourra en tout cas jamais dépasser ces besoins. Il faut, de l'avis de l'orateur, éviter de se servir d'une formule établissant à notre charge pour ainsi dire une servitude permanente en faveur de la France. M. Pilet-Golaz se demande enfin, s'il n'aurait pas été préférable de fondre en un seul document la convention et l'acte additionnel.

Le *Chef du Département politique* répond tout d'abord qu'il ne voit pas d'inconvénient à ce que les mots «en tout temps» soient supprimés à l'article 4 et que l'article II du projet d'acte additionnel statue qu'il doit aussi être tenu compte des besoins des régions suisses avoisinantes, dans le sens indiqué par M. Pilet-Golaz. Il est également d'accord qu'en plus des associations genevoises que son Département se proposait de convoquer pour un échange de vues, on invite aussi un délégué de chacune des associations économiques centrales suivantes: Union suisse

8. Diesem Begehren entsprach der Bundesrat in seiner Sitzung vom 26. 11. 1929. Vgl. Annex.

du Commerce et de l'Industrie, Union suisse des paysans, Union suisse des arts et métiers. Cet échange de vues n'aurait pas lieu le 9 novembre, comme il était prévu, mais le 7 novembre, et le projet de convention ne serait remis préalablement qu'aux trois gouvernements cantonaux, mais non pas aux associations économiques également invitées à la conférence.

L'orateur fait notamment remarquer, que la Commission de contingentement n'aura pas d'autre mission que de réviser périodiquement les contingents déjà fixés; il ne lui appartiendra nullement de compléter p. ex. la liste des produits devant bénéficier de la franchise, ni de faire des propositions de changement de régime. Les divergences de vues éventuelles entre les deux pays, que la Cour de la Haye sera peut-être appelée à trancher, ne seront donc jamais d'une importance capitale. N'oublions d'ailleurs pas que la commission prévue n'a qu'un caractère purement consultatif. D'autre part nous pouvons être heureux qu'il existe maintenant, en la Cour internationale de la Haye, un Tribunal placé au-dessus des nations en la parfaite objectivité et compétence duquel nous pouvons avoir entièrement confiance.

En ce qui concerne la servitude que nous assumerons en concluant la convention projetée, elle n'est pas si lourde qu'il semblerait au premier abord. Ce que nous demandons à la France, soit le maintien des petites zones, constitue pour ce pays une limitation de sa souveraineté bien plus grande et bien plus évidente que celle que la Suisse aurait à supporter selon les termes de la convention. Il va sans dire, que nous ne pouvons pas obtenir ce que nous désirons sans faire également des concessions. Nous avons d'ailleurs reconnu nous-mêmes qu'un changement du régime zonien d'avant-guerre était nécessaire et inévitable. Or, sans concessions réciproques, une entente n'est pas possible.

M. le *Président* estime que le projet proposé par le Département politique et que nous allons sans doute approuver dans un instant, continuera à être provisoire et ne liera point encore le Conseil fédéral, qui devra être au complet pour prendre une décision définitive sur une aussi grave question. Dès lors, le Conseil fédéral restera libre de décider ce qu'il voudra au moment opportun, sans être engagé ni par le préavis ou par les desiderata des cantons ou des groupes économiques convoqués à un échange de vues pour le 7 novembre, ni par le contenu du projet de convention et d'acte additionnel tel qu'il sortira des présentes délibérations.

– Le Conseil partage cette manière de voir de son président. Puis il *décide*:

[...]⁹

2. d'approuver provisoirement le projet de convention réglant le régime des zones franches de 1815 et de 1816 soumis par le Département politique¹⁰, et de charger le Département de le communiquer sous le sceau du secret aux Conseils d'Etat de Vaud, Valais et Genève; ce projet est toutefois modifié par la suppression des mot «en tout temps» à l'article 4 du texte de la convention, et par l'insér-

9. Punkt 1 des Beschlusses beauftragte den schweizerischen Gesandten in Paris, dem französischen Aussenministerium in Form einer Note mitzuteilen, dass die Schweiz die Aufnahme der Verhandlungen am 13.11.1929 wünsche.

10. Vgl. Annex.

tion à l'article II de l'acte additionnel, d'une disposition statuant qu'il devra être en outre tenu compte des besoins des régions suisses avoisinantes en ce sens que l'importation des produits d'origine zonienne ne pourra en tout cas jamais dépasser ces besoins.

3. de charger le Département politique de convoquer des représentants des Conseils d'Etat de Vaud, Valais et Genève et de la Chambre de Commerce de Genève, de la Chambre d'Agriculture de Genève et de la section genevoise de l'Association suisse des arts et métiers, ainsi que de l'Union suisse du Commerce et de l'Industrie, de l'Union suisse des paysans et de l'Union suisse des arts et métiers à une conférence qui aurait lieu à Berne le 7 novembre, à 10 heures du matin¹¹.

ANNEX¹²

E 1005 2/3

E 2, Archiv-Nr. 1701

*Entwurf vom 18. Oktober 1929*¹³*Entwurf vom 12. November 1929 (genehmigt am 26. November 1929)*

CONVENTION
RÉGLANT LE RÉGIME DES ZONES FRANCHES DE 1815 ET DE 1816

Le Conseil Fédéral Suisse
et
Le Président de la République Française,

Vu l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles,

Vu l'ordonnance de la Cour permanente de Justice internationale de La Haye du 19 août 1929,

Vu l'article 435, alinéa 2, du Traité de Versailles,

Vu le compromis d'arbitrage conclu, le 30 octobre 1924, entre la Suisse et la France et l'ordonnance de la Cour permanente de Justice internationale de La Haye du 19 août 1929,

11. *Die Verhandlungen dieser Konferenz sind protokolliert* (E 2, Archiv-Nr. 1701). *Anschliessend arbeiteten die schweizerischen Unterhändler einen modifizierten Entwurf aus* (projet du 12 novembre 1929). *Dieser wurde vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 26. 11. 1929 mit einer kleinen Abänderung (vgl. Anm. 8) gutgeheissen. Vgl. Annex. Im weiteren legte der Bundesrat in dieser Sitzung das Verhalten der schweizerischen Delegation an den bevorstehenden Verhandlungen fest: [...] le nouveau projet n'est pas destiné à être présenté aux délégués français dès l'ouverture des pourparlers. Les négociateurs suisses se proposent de procéder d'abord à un échange de vues général, d'amener les délégués français à leur demander de concrétiser le point de vue suisse et de faire état, alors seulement, d'un projet aussi libéral que possible, mais comportant néanmoins certaines positions pouvant être abandonnées sans inconvénient. C'est la raison pour laquelle l'article 2 du projet du 22 octobre a été modifié en ce sens que la rectification de la zone sarde dans la région d'Annemasse aurait pour compensation un accroissement de la zone dans la région du Mont de Sion. Cette demande de compensation, qui soulèvera sans doute des objections de la part de la France et ne plairait guère aux agriculteurs genevois, pourrait être retirée sans dommage* (E 1005 2/3). – *Die Verhandlungen vom 9./10.12.1929 gediehen nicht bis zur Diskussion eines konkreten Vertragsentwurfes. Vgl. Nr. 522.*

12. *Die gleichlautenden Passagen der zwei Konventionsentwürfe sind gemeinsam abgedruckt.*

13. *Zu den vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 22. 10. 1929 beschlossenen Abänderungen vgl. Nr. 513.*

Egalement animés du désir d'adapter aux circonstances actuelles le régime des zones franches institué par les stipulations du Traité de Paris du 20 novembre 1815, du Traité de Turin du 16 mars 1816 et du Manifeste de la Cour des Comptes de Sardaigne du 9 septembre 1829 et désirant, sans que les actes précités soient abrogés, en compléter la teneur de façon à favoriser, dans la plus large mesure possible, les relations particulièrement étroites qui ont toujours existé, en raison de leur position géographique, entre les parties limitrophes des Départements de l'Ain et de la Haute-Savoie et de la Suisse,

Ont résolu de conclure un traité à cet effet et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Le Conseil Fédéral Suisse: /.../
Le Président de la République Française: /.../

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des stipulations ci-après:

Article premier.

La zone franche instituée à l'article premier, chiffre 3, du Traité de Paris du 20 novembre 1815 sera déterminée comme suit:

La ligne des douanes françaises restera placée à l'ouest du Jura, le long de la rive gauche de la Valserine, de sa source jusqu'à son embouchure dans le Rhône, et le long de la rive droite de ce fleuve jusqu'à Collogny, de façon que tout le Pays de Gex, dans le Département de l'Ain, se trouve hors de cette ligne.

Article 2.

La zone franche instituée par l'article 3 du Traité de Turin du 16 mars 1816 sera déterminée comme suit:

A partir du Rhône à Collogny, la ligne des douanes françaises remontera le ruisseau de Collogny jusqu'au point où il est franchi par la ligne de chemin de fer de St-Julien à Bellegarde; elle suivra cette ligne de chemin de fer jusqu'au point où elle franchit le nant de Valinget; elle remontera ce nant jusqu'au point où il est franchi par la route de Valleiry à Chenex; puis elle suivra le bord nord des routes et chemins de Valleiry à Chenex, de Chenex à Germagny, de Germagny à l'Eluiset, de l'Eluiset à Malchamp, de Malchamp au Châble et de Châble à Beaumont, jusqu'au point où cette dernière route franchit l'affluent de l'Aire. Elle se dirigera de là en ligne droite au sommet du Grand Piton (point 1380); du sommet du Grand Piton, la ligne atteindra en ligne droite le point où le Viaison se rapproche de la route du Verney à Chez Fauraz et descendra le cours de cette rivière jusqu'à son embouchure dans l'Arve;

La zone franche instituée par l'article 3 du Traité de Turin du 16 mars 1816 sera déterminée comme suit:

A partir du Rhône au Fort de l'Ecluse, la ligne des douanes françaises suivra la crête du Vuache jusqu'au point 1008, puis la ligne de faite du Mont de Sion jusqu'au point 702; elle atteindra de là la pointe du Plan de Salève (point 1349) en se dirigeant en ligne droite du point 702 au point 670, du point 670 au point 821, du point 821 au point 862, du point 862 au point 1349; du point 1349, elle atteindra en ligne droite le point où la route de La Muraz à Cruseille franchit le ruisseau qui a sa source au plateau du Grillet et se jette dans le torrent des Usses; elle suivra ce ruisseau jusqu'à son embouchure dans le torrent des Usses et remontera ce torrent jusqu'au point où il est franchi par la route du Verney à Chez Fauraz. Elle suivra cette route jusqu'au point où le Viaison s'en rapproche et descendra le cours de cette rivière jusqu'à son embouchure dans l'Arve;

la ligne suivra ensuite le cours de l'Arve jusqu'au pont d'Etrembières, puis longera la route de Genève à Etrembières jusqu'à sa jonction à la route de Genève à Annemasse. Elle atteindra ensuite en ligne droite le cours du Foron au point où il est franchi par la ligne de chemin de fer de Genève à Annemasse et remontera ce ruisseau jusqu'au point à l'ouest de Machilly où il est franchi par la route de Machilly à Douvaine. Elle suivra ensuite le bord ouest de la route de Machilly à Douvaine jusqu'au point où elle franchit, au sud de Loisin, le ruisseau qui se jette dans l'Hermance. Elle suivra ce ruisseau jusqu'au point où il est franchi par la route d'Aubonne à Collongette. A partir de ce point,

elle se dirigera en ligne droite au point où la route de Hermance à Chens franchit le ruisseau de Tougues et suivra ce ruisseau jusqu'au lac; elle longera la rive sud du lac jusqu'au ruisseau de Locum et remontera le cours de ce ruisseau jusqu'à sa source pour rejoindre la frontière franco-suisse, conformément à la définition contenue à l'article 2 du Manifeste de la Royale Chambre des Comptes de Sardaigne du 9 septembre 1829.

Article 3.

Dans la zone franche comprise entre la frontière franco-suisse et la ligne définie aux articles 1 et 2 de la présente convention, la douane française ne pourra exercer que le contrôle nécessaire en vue d'empêcher la constitution de dépôts destinés à la contrebande. Elle aura, toutefois, la faculté d'ouvrir dans les gares de chemins de fer des bureaux de douane afin de faciliter le trafic. Des bureaux de douane français seront installés au même effet dans la gare de Genève-Cornavin.

Les importations de Suisse dans la zone franche seront exemptes en tout temps de tous droits de douane et taxes douanières.

Les importations de Suisse dans la zone franche seront exemptes de tous droits de douane et taxes quelconques.

Article 4.

Les produits naturels ou manufacturés originaires de la zone franche entreront en tout temps en Suisse en franchise de tous droits de douane et taxes douanières aux conditions prévues par l'acte additionnel annexé à la présente convention.

Les produits naturels ou manufacturés originaires de la zone franche entreront en Suisse en franchise de tous droits de douane et taxes quelconques aux conditions prévues par l'acte additionnel annexé à la présente convention.

Article 5.

Les importations et les exportations à destination ou en provenance de la zone franche seront exemptes en tout temps de tous droits de sortie.

Les importations et les exportations à destination ou en provenance de la zone franche seront exemptes de tous droits et taxes quelconques de sortie.

Article 6.

Les produits, denrées, marchandises, objets et outils de toute nature, ainsi que le bétail, transportés entre deux points du territoire de l'un des pays contractants, qui emprunteront le territoire de l'autre pays, ne seront réciproquement soumis à aucun droit ni taxe de transit, lorsque les lieux de départ et d'arrivée seront situés soit dans la zone franche, soit en Suisse.

Les produits, denrées, marchandises, objets et outils de toute nature, ainsi que le bétail, transportés entre deux points du territoire de l'un des pays contractants, qui emprunteront le territoire de l'autre pays, ne seront réciproquement soumis à aucun droit ni taxe de transit, lorsque les lieux de départ et d'arrivée seront situés tous deux, soit dans la zone franche, soit en Suisse.

Chacune des Parties contractantes se réserve de prendre, en ce qui concerne le transit du bétail, les mesures de contrôle qu'elle jugera nécessaires. S'il y a lieu à visite sanitaire, le taux de la taxe sera réduit de moitié pour le bétail de transit.

Le transit du bétail pourra être interdit pour cause d'épizootie.

Article 7.

Les chevaux et autres bêtes de somme, montés ou attelés, ainsi que les véhicules de toutes sortes autres que ceux effectuant des transports publics réguliers, provenant du territoire suisse seront exemptés de tout impôt et de toute taxe de circulation, dans l'intérieur de la zone franche.

De même les chevaux et autres bêtes de somme, montés ou attelés, ainsi que les véhicules de toutes sortes autres que ceux effectuant des transports publics réguliers appartenant à des habitants de

la zone franche et circulant sur le territoire suisse seront exempts de tout impôt et de toute taxe de circulation.

Les animaux susvisés, ainsi que le bétail, seront soumis, au point de vue de la police sanitaire, aux dispositions de la législation respective des deux pays.

Les véhicules de toutes sortes notamment les voitures et camions automobiles, les motocyclettes, side-cars et vélocipèdes appartenant à des habitants du territoire suisse seront dispensés, pour la circulation dans la zone franche, des permis ou plaques de contrôle réglementaires en France, à condition que ces véhicules soient munis des plaques officielles de contrôle et des permis exigés par les lois fédérales et cantonales. De même les véhicules appartenant aux habitants de la zone franche et circulant sur le territoire suisse seront dispensés des permis et plaques de contrôle réglementaires exigés en Suisse, à condition qu'ils soient munis de plaques et permis exigés par les lois et règlements français.

La circulation des véhicules effectuant des transports publics réguliers de personnes fera l'objet d'un règlement spécial entre les deux Gouvernements.

Article 8.

Les contestations qui pourraient s'élever entre les Parties au sujet de l'interprétation et de l'exécution de la présente convention et n'auraient pu être résolues par la voie diplomatique dans un délai raisonnable seront déférées, à la demande d'une seule d'entre elles, à la Cour permanente de Justice internationale.

Les contestations qui pourraient s'élever entre les Parties au sujet de l'interprétation et de l'exécution de la présente convention, y compris le protocole final et l'acte additionnel qui lui sont annexés, et n'auraient pu être résolues par la voie diplomatique dans un délai raisonnable seront déférées, à la demande d'une seule d'entre elles, à la Cour permanente de Justice internationale.

Article 9.

La présente convention, y compris le protocole final et l'acte additionnel qui lui sont annexés et qui en font partie intégrante, sera ratifiée. Elle entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification qui aura lieu à ... le plus tôt que faire se pourra.

En foi de quoi, ...

Protocole final.

Au moment de signer la présente convention réglant le régime des zones franches de 1815 et de 1816, les Plénipotentiaires soussignés constatent qu'il est entendu que, dans le délai d'une année à compter de l'échange des instruments de ratification de la présente convention, les Parties contractantes prendront d'un commun accord les mesures d'application que comporte l'établissement des bureaux français de douane à la gare de Genève-Cornavin.

Acte Additionnel

à la Convention réglant le régime des zones franches de 1815 et de 1816.

En vue de l'exécution de l'article 4 de la présente convention réglant le régime des zones franches de 1815 et de 1816, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

I.

Il est convenu que, sous la dénomination de produits naturels ou manufacturés de la zone franche, on entend:

a) tous les produits maraîchers, agricoles, viticoles et forestiers, les produits de l'apiculture et de l'aviculture, provenant de biens-fonds sis sur le territoire de la zone franche, ainsi que, d'une façon générale, tous les produits bruts du sol provenant de ses biens-fonds;

b) les animaux des espèces chevaline, bovine, ovine, caprine et porcine nés et élevés dans la zone franche;

c) les produits fabriqués et manufacturés provenant d'établissements existant dans la zone franche antérieurement à la conclusion de la convention signée en date de ce jour et incorporant essentiellement des matières premières originaires de la zone franche.

Les produits faisant l'objet d'un monopole de la part de l'une ou l'autre des Parties contractantes ne bénéficieront pas de la franchise.

a) tous les produits maraîchers, agricoles, viticoles et forestiers, les produits de l'apiculture et de l'aviculture, provenant de biens-fonds sis sur le territoire de la zone franche, et, d'une façon générale, tous les produits bruts du sol provenant de ces biens-fonds, ainsi que le gibier chassé et les poissons pêchés dans la zone franche;

c) les produits fabriqués et manufacturés provenant d'établissements en exploitation dans la zone franche à la date du 1er janvier 1930 et incorporant essentiellement des matières premières originaires de la zone franche.

Les produits faisant l'objet d'un monopole d'Etat de la part de l'une ou l'autre des Parties contractantes ne bénéficieront pas de la franchise.

II.

Dès la signature de la convention réglant le régime des zones franches de 1815 et de 1816, les deux Gouvernements fixeront d'un commun accord les quantités maxima de produits naturels ou manufacturés des zones franches qui pourront être importées en Suisse en franchise de tous droits de douane. Pour la détermination de ces crédits, il sera tenu compte de la production des exploitations agricoles et industrielles de la zone franche et de la consommation des habitants de ladite zone franche, ainsi que des exportations opérées en France.

Les deux Gouvernements fixent d'un commun accord les quantités maxima des produits naturels ou manufacturés des zones franches qui pourront être importées en Suisse en franchise de tous droits de douane, en tenant compte de la production des exploitations industrielles de la zone franche, de la consommation de la dite zone et des exportations opérées en France.

III.

Les deux Gouvernements constitueront, dès l'échange des instruments de ratification de la présente convention, une Commission franco-suisse composée de six membres et de six membres suppléants, le Gouvernement de chacune des Parties contractantes désignant trois membres titulaires et trois membres suppléants.

Les membres de la Commission resteront en fonctions jusqu'à leur remplacement. Ils pourront être remplacés en tout temps moyennant avertissement donné un mois à l'avance au Gouvernement de l'autre Partie.

La Commission réglera elle-même sa procédure. Elle sera présidée alternativement par un membre suisse et par un membre français désigné pour un an par la Commission elle-même. Le siège de la Commission sera à Genève.

IV.

En se basant sur la production des exploitations agricoles et industrielles de la zone franche et en tenant compte de la consommation des ha-

En se basant sur la production des exploitations agricoles et industrielles de la zone franche et en tenant compte de la consommation des ha-

bitants de ces régions, ainsi que des exportations opérées par lesdites exploitations en France, la Commission pourra réviser tous les cinq ans, pour les adapter aux besoins de la production zonienne et de la consommation des régions suisses limitrophes, les crédits d'importation prévus au chiffre II ci-dessus. En procédant à la révision des listes de crédits, la Commission tiendra compte du développement industriel normal de la zone franche.

La Commission élaborera et veillera à l'exécution des mesures de contrôle propres à éviter que des produits naturels ou manufacturés d'origine extra-zonienne ne pénètrent en Suisse en franchise des droits comme originaires de la zone franche.

bitants de ces régions, ainsi que des exportations opérées par lesdites exploitations en France, la Commission pourra réviser tous les dix ans les crédits d'importation prévus au chiffre II ci-dessus. En procédant à la révision des listes de crédits, la Commission tiendra compte du développement industriel normal de la zone franche.

La Commission arrêtera les mesures de contrôle propres à empêcher que des produits naturels ou manufacturés d'origine extra-zonienne ne pénètrent en Suisse en franchise des droits comme originaires de la zone franche. Elle veillera à l'exécution de ces mesures.

V.

Les contraventions aux mesures de contrôle édictées par la Commission seront réprimées conformément à la législation douanière de l'Etat lésé.

Les contraventions aux mesures de contrôle seront réprimées par l'Etat lésé, conformément à sa législation douanière.

A la demande qui leur en sera faite par la Commission, les Autorités locales procéderont:

- a) à l'audition de témoins et d'experts, ainsi qu'à des informations officielles dont elles certifieront et notifieront le résultat;
- b) à la notification à tout prévenu ou condamné de toutes pièces de procédure et de décisions de l'administration douanière de l'Etat lésé.

VI.

Les décisions de la Commission seront exécutoires aussitôt qu'elles auront reçu l'approbation des deux Gouvernements.

Les décisions prises par la Commission en application du chiffre IV du présent acte additionnel seront exécutoires aussitôt qu'elles auront reçu l'approbation des deux Gouvernements.

Au cas où viendrait à surgir au sein de la Commission une question au sujet de laquelle l'accord ne pourrait être réalisé, cette question serait soumise à la décision des deux Gouvernements pour être réglée par la voie diplomatique et, au besoin, par la procédure prévue par l'article 9 de la convention.

514

E 1004 1/318

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 22. Oktober 1929¹

1796. Siège de la Banque des réparations

Département politique. Verbal

Le Chef du Département Politique communique que le Président de la Direction Générale de la Banque Nationale Suisse, M. Bachmann, lui a demandé jeudi par téléphone, en l'absence du Chef du Département des Finances, la permission de se rendre à Baden-Baden, afin d'intervenir si possible encore auprès de certaines personnalités participant à la conférence pour la création d'une banque des réparations en faveur de l'établissement en Suisse du siège de cette banque. L'autorisation désirée fut accordée.

Selon les dires de M. Bachmann, Londres et Bruxelles n'entreraient plus en ligne de compte. Il n'y a plus que la Hollande et la Suisse qui se disputeraient le siège de la banque. Comme l'Italie peut avoir une certaine influence sur la décision à prendre, le Chef du Département a invité par dépêche chiffrée notre ministre à Rome à faire une démarche auprès de M. Grandi afin de le prier de charger le représentant de l'Italie à la conférence d'intervenir en faveur de la Suisse. M. Grandi a répondu à M. Wagnière qu'il donnerait des instructions dans ce sens au représentant italien. M. Motta fait savoir qu'il a en outre prié le ministre des Etats-Unis d'Amérique, avec lequel il s'est rencontré occasionnellement, de faire son possible pour que son gouvernement agisse également en faveur de notre pays.

Le Conseil fédéral prend acte de ces communications en approuvant les démarches du Département Politique.

1. *Abwesend: Häberlin und Scheurer.*

515

E 2300 Washington, Archiv-Nr. 42

*Der schweizerische Gesandte in Washington, M. Peter,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

PB N° 150

Washington, 25 octobre 1929

[...]¹

La prospérité dont le parti républicain a fait si grand état lors de la campagne électorale de la dernière élection présidentielle et qui lui est nécessaire pour se maintenir au pouvoir vient d'être compromise par la crise récente de la Bourse de

1. *Peter berichtet eingangs über die parlamentarische Behandlung des neuen amerikanischen Zolltarifs.*

New-York. Sans doute, cette crise était uniquement la conséquence de l'inflation et de l'abus du crédit que peut-être la politique financière du Federal Reserve Board avait favorisés ou n'avait pas su enrayer à temps. Dès 1927, en effet, grâce à l'abaissement du taux de l'argent, mesure destinée à arrêter les importations d'or, a commencé une ère de spéculation effrénée qui a sévi jusqu'en septembre dernier sur tout le territoire des Etats-Unis et dans toutes les classes de la population, spéculation favorisée par les capitaux étrangers que les intérêts élevés du «Call money» avaient attirés. Ces capitaux ayant été retirés subitement à la suite de l'abaissement du taux de l'escompte en Angleterre pour être employés à d'autres placements avantageux en Europe, ce retrait semble avoir, sinon créé, du moins hâté la crise. Au début de celle-ci, la prospérité ne paraissait pas atteinte, la baisse des titres n'avait rien d'anormal après la hausse exagérée due à la spéculation. La Bourse, croyait-on, allait se remettre bientôt, les spéculateurs à couverture trop faible, et incapables d'augmenter celle-ci, seraient «vendus» et quelque déplorable que ce soit, cela devait assainir la situation en diminuant les prêts consentis par les agents de change. Mais bientôt, comme les titres continuaient à baisser, on commença à s'inquiéter, les grands banquiers se virent obligés d'intervenir et de jeter des millions de dollars sur le marché. Mais, comme ils n'ont pas soutenu leur effort, qu'ils ont revendu aussitôt qu'ils ont cru la crise passée, malgré la déclaration du Président et de tous les grands industriels et hommes d'affaires que la situation industrielle, commerciale et financière du pays était saine et que rien ne justifiait les alarmes, la baisse recommençait de plus belle et l'on vendit pêle-mêle par milliers et sans raison aucune, les bonnes valeurs avec les mauvaises.

Alors ce fut la panique. Des titres qui avaient atteint 120, 130 ou 150 dollars quelques semaines auparavant étaient offerts à 30 ou 20 dollars, sans trouver d'acheteurs. Des bruits de suicides, de faillites prochaines commençaient à courir. Ceux qui s'étaient bornés à placer leur petite fortune en achetant des valeurs qu'on croyait solides se trouvaient ruinés; on évaluait à des sommes énormes la diminution de fortune de certains millionnaires. Alors les républicains prirent peur. Car si la crise n'avait pas été causée en réalité par les mauvaises affaires, elle allait, par contre, provoquer une crise industrielle en diminuant le pouvoir d'achat du peuple américain. Une quantité d'industries allaient être atteintes, on parlait de milliers de ventes à tempérament résiliées, d'ordres d'achat d'automobiles annulés, les fabriques allaient ralentir leur activité, le chômage en serait la conséquence. Et le spectre d'une élection du Congrès qui leur serait l'an prochain défavorable est apparu aux républicains consternés, tandis que les démocrates souriaient déjà, escomptant leur succès et accusant leurs adversaires d'avoir causé la crise en faisant croire à tout propos à la population que le pays était entré, grâce au parti républicain, dans une ère de prospérité sans pareille que rien ne pouvait désormais entraver. C'est alors que Rockefeller a publié son offre d'achat d'un million d'actions de la Standard Oil Company de New Jersey à un cours supérieur au cours coté, ce qui a immédiatement provoqué une hausse de ces valeurs et rendu la confiance aux timides. Le comité du Stock Exchange prenait, de son côté, des mesures contre les manœuvres des baissiers, puis le taux

de l'escompte étant diminué tandis que le Département du Trésor annonçait qu'il avait l'intention de demander au Congrès de diminuer le taux des impôts pour l'année prochaine, de telle façon qu'il en résulterait, pour les contribuables, 160 millions de dollars de moins à payer. Les membres du Congrès des deux partis, par l'organe de leurs chefs, s'engagèrent immédiatement à voter la réduction proposée par le Ministre du Trésor dès le commencement de la session de décembre.

Enfin, le Président est intervenu à son tour en convoquant au White House des conférences de banquiers, industriels, présidents des compagnies de chemins de fer, des Chambres de Commerce, représentants des syndicats ouvriers, etc., afin d'obtenir leur avis sur la marche à suivre pour prévenir la calamité qui menaçait de frapper le commerce et l'industrie, et rassurer en même temps l'opinion publique. Et pendant la semaine dernière, chaque jour, une conférence eut lieu dont le résultat fut publié aussitôt par les journaux. Ainsi les présidents des compagnies de chemins de fer ont fait part que leur programme de construction pour l'année prochaine serait d'un milliard de dollars; les grands industriels prévoyaient, de leur côté, une production plus forte en 1930 qu'en 1929; le Département du Trésor annonce qu'il dépensera pour la construction de bâtiments publics de 248 à 423 millions de dollars, des contrats postaux seront, en outre, accordés par l'Etat pour permettre la construction de 200 millions de bâtiments de la marine marchande; les compagnies de télégraphe et téléphone, poursuivant les travaux d'extension de leurs lignes, prévoient un budget de 160 millions pour l'année prochaine; les sociétés de gaz, d'électricité projettent également l'agrandissement de leurs réseaux; les grands magasins déclarent, à leur tour, qu'ils ne songent nullement à réduire leur personnel, et qu'ils s'engagent à ne pas annuler ni réduire leurs commandes ou leurs contrats d'annonces; les grandes usines, enfin, ne diminueront pas non plus leur personnel ni leur fabrication. Convoqué également au White House, Ford se joint au mouvement en déclarant que dès le mois prochain il augmentera le salaire de 150,000 de ses ouvriers, tout en diminuant le prix de ses automobiles et en augmentant leur production. Quant aux banques, d'accord avec le Federal Reserve Board, elles maintiendront le taux de l'argent assez bas pour que l'industrie, le commerce, la construction puissent obtenir des crédits suffisants et profiter pour leurs travaux de l'argent libéré par la vente des titres et le remboursement des prêts. Et l'on publie, d'un autre côté, que les comptes d'épargne spéciaux en vue des achats de Noël et qui ne peuvent être retirés avant le mois de décembre, s'élèvent à 9 millions de dollars qui vont être versés bientôt au commerce du détail. Et tandis que les industriels, fabricants et commerçants s'engageaient à maintenir les salaires au taux actuel, les représentants des grands syndicats ouvriers, chemins de fer, usines, bâtiments, etc., prenaient l'engagement, au nom de leurs syndicats, de ne solliciter aucune autre augmentation de salaires que celles déjà demandées avant la crise. Enfin, le Président adresse un pressant appel aux Gouverneurs de 48 Etats pour les prier de procéder sans retard et dans la mesure du possible, aux constructions et travaux publics prévus par les Etats, les villes et les communes. Et c'est ainsi que le Président s'évertue à faire ce que les journaux ont appelé la «mobilisation des ressources du pays et la stabilisation de l'esprit public».

Quoi qu'il en soit du résultat futur de ces grandes consultations et de cette campagne présidentielle, la roue semble pour le moment avoir tourné. Ce n'est pas encore l'enthousiasme et la Bourse est bien loin des cours du mois de septembre. Mais ceux-ci remontent peu à peu et le public paraît reprendre confiance. Il y aura encore des hauts et des bas, mais on croit que la crise est passée, du moins le Président et son parti feront tout ce qu'ils pourront pour qu'elle le soit et qu'elle ait le moins d'effet possible sur les affaires en général et sur cette prospérité qui est le sûr garant du maintien du parti républicain au pouvoir.

516

E 2001 (C) 1/81

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Wien, M. Jaeger*

Kopie

S TG. Confidentiel

Berne, 16 novembre 1929

Sous ce pli, nous avons l'honneur de vous communiquer le texte d'un aide-mémoire qui nous a été remis, le 15 novembre¹, par le Chargé d'Affaires de Grande-Bretagne à Berne et qui paraît avoir été adressé aux Gouvernements de tous les Etats voisins de l'Autriche.

Ainsi que vous le verrez, le Gouvernement britannique prend l'initiative d'attirer l'attention sur la gravité de la situation en Autriche et nous demande expressément d'interdire, au moins temporairement, toute exportation d'armes à destination de ce pays.

D'après la statistique des Douanes, les exportations d'armes et de munitions de Suisse en Autriche sont extrêmement faibles. Nous ne possédons, d'autre part, aucune donnée indiquant que des groupements politiques autrichiens cherchent à acquérir des armes en Suisse et nous avons peine à croire à la profonde gravité du danger signalé par la Grande-Bretagne.

Désireux, toutefois, de prendre en sérieuse considération la démarche faite au nom du Gouvernement britannique, nous vous serions reconnaissants de tenter d'apprendre ce qu'en pense le Gouvernement autrichien.

Il nous intéresserait particulièrement de savoir si la situation semble à Vienne menaçante au point que des armements se feraient clandestinement et si des mesures tendant à empêcher des exportations d'armes de Suisse en Autriche y seraient souhaitées².

1. *Original als Annex abgedruckt.*

2. *Vgl. Nr. 517. – Mit Schreiben vom 16.11.1929 ersuchte das Politische Departement vorsorglich das Volkswirtschaftsdepartement à mettre dès maintenant à l'étude l'éventualité d'une prohibition de l'exportation et du transit des armes à destination de l'Autriche (E 2001 (C) 1/81). Das Volkswirtschaftsdepartement antwortete am 2.12.1929: [.../ Zwischenstaatlich wären Ausfuhrverbote zulässig gemäss Handelsvertrag mit Österreich (Art. 2, Ziffern 1 und 2) «unter ausser-*

ANNEX

Die britische Gesandtschaft in Bern an das Politische Departement

14th November, 1929

AIDE-MEMOIRE

His Majesty's Government regard the present highly inflammable situation in Austria with considerable apprehension, and if a solution of the internal constitutional problem is to be reached peacefully they consider it most important that material re-inforcements, in the shape of munitions of war of every kind, should reach neither of the rival factions.

Notwithstanding the Austrian legislation making its import illegal, it is possible that one or both parties may attempt to procure war material from abroad.

An accession of strength to either side might well lead the discarding of methods of moderation, for those of force, and thus precipitate a crisis which might have the gravest possible consequences.

His Majesty's Government are confident that the Federal Government appreciate the gravity of the issues at stake, and they earnestly hope that the Federal Government share their view as to the importance of preventing the import into Austria of warlike material during the present period of tension.

ordentlichen Umständen in Beziehung auf Kriegsbedarf» und «aus Gründen der öffentlichen Sicherheit», gemäss der, zur Zeit allerdings noch nicht in Kraft getretenen internationalen Übereinkunft für die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen (Art. 4, Ziffern 1 und 3) «mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit» und «mit Beziehung auf Waffen, Munition und Kriegsgeschütz oder – unter ausserordentlichen Umständen – auf jeden andern Kriegsbedarf».

Intern hat nach der Bundesverfassung (Art. 29, Ziffer 3) der Bund das Recht, an der Grenze vorübergehend besondere Massnahmen zu treffen. Nach dem Zolltarifgesetz (Art. 4, Abs. 2) kann der Bundesrat, vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung durch die Bundesversammlung, Retorsionsmassnahmen ergreifen gegenüber wirtschaftlichen Massregeln des Auslandes. Da diese Voraussetzung im vorliegenden Falle nicht zutrifft, könnte sich der Bundesrat zur Verhinderung der Waffenausfuhr nicht auf das Zolltarifgesetz berufen. Eine andere Möglichkeit besteht, soweit es das Gebiet unseres Departementes betrifft, nicht.

Darüber, ob nach der Militärgesetzgebung die Möglichkeit besteht einzuschreiten, wird Ihnen das Militärdepartement, dem Sie von der britischen Anregung ebenfalls Kenntnis gegeben haben, berichten.

PS. Wir gestatten uns, im allgemeinen darauf aufmerksam zu machen, dass, wenn überhaupt ein Ausfuhrverbot in Frage käme, ein solches unseres Erachtens nicht vom Bundesrat dekretiert werden könnte, sondern nur von der Bundesversammlung. Diese Annahme ist selbst dann richtig, wenn man in der Bundesverfassung die Handhabe für eine solche Massregel finden zu können glaubt (E 2001 (C) 1/81).

E 2001 (C) 1/81

*Der schweizerische Gesandte in Wien, M. Jaeger,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

PB Nr. 13 Express. Vertraulich
Gefl. nicht reproduzieren.

Wien, 18. November 1929

Ihr geschätztes Schreiben vom 16. d. M.¹ ist mir heute Morgen zugekommen. Nach einer Unterredung, die ich mit dem Bundeskanzler gegen Mittag hatte, kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

Der Kanzler lässt für das Angebot, allenfalls die Waffenausfuhr aus der Schweiz nach Österreich zu verbieten, bestens danken. Er erbittet sich aber diese Massnahme nicht. Er scheint sie nicht für nötig zu halten. Der österreichischen Regierung sei von einer Waffen- oder Munition- oder Kriegsmaterialeinfuhr aus dem Ausland nichts bekannt.

Zur Lage selbst erklärt Herr Schober, er sehe den Dingen nach wie vor mit aller Zuversicht entgegen. Im Wesentlichen werde das Regierungsprojekt der Verfassungsreform von der sozialistischen Opposition angenommen. Auszunehmen seien die Frage der künftigen Stellung Wiens und das Recht auf Notverordnungen. Wien soll seinen Namen als Gemeinde *und* Land behalten können. Aber da, wo bisher der Instanzenzug beim Bürgermeister als Landeshauptmann endete, werde für die Zukunft ein Rekursrecht an den zuständigen Bundesminister eingeführt. Was das Recht auf den Erlass von Notverordnungen anbetreffe, werde nach einer Formel gesucht, die dem Parlament, etwa durch seinen Hauptausschuss, eine Mitwirkung sichere.

Heute und morgen fänden abschliessende Beratungen der Regierung mit den Majoritätsparteien statt. Am Mittwoch schliesse voraussichtlich der Unterausschuss für die Verfassungsreform seine Arbeit ab, und das Verfassungswerk gelange an den Hauptausschuss des Nationalrates, von wo es zu Beginn der kommenden Woche an das Plenum und zur endgültigen Verabschiedung gelange.

Ausser den parlamentarischen Arbeiten nehmen den Kanzler die Verhandlungen mit dem Heimatschutz in Anspruch. Schober betrachtet es als seine Aufgabe, auch den Heimwehren die Notwendigkeit ihrer künftigen Abrüstung beizubringen, die Zug um Zug mit der Abrüstung des sozialdemokratischen Schutzbundes erfolgen müsse. Allerdings kann der Regierungschef da nur langsam und schrittweise vorgehen, denn um die Sozialisten ihrerseits zum Nachgeben zu zwingen, ist ihm die Existenz der Heimwehren noch vonnöten.

In diesem Zusammenhange erwähnte der Kanzler den kürzlich erfolgten Besuch der Heimwehrführer aus der Steiermark. Die Herren hätten ihm erklärt, die Verfassungsreform müsse schneller und radikaler durchgeführt werden, sonst bestehe die Gefahr eines Marsches ihrer Formationen auf Wien. Sie könnten ihre

1. Nr. 516.

Leute nicht mehr zurückhalten. «Dann seids ihr keine Führer», soll der Kanzler geantwortet haben. Und als die Herren weiter versuchten, in ihn zu dringen, und mit dem Anmarsch der Steirer gleichsam zu drohen, schnitt er die Unterhaltung ab und machte dem Besuch ein Ende: «Und wenn sie schliesslich kommen, so lassts halt laufen». Aber die Regierung werde mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen sie einschreiten müssen, was ihm sehr leid täte.

Dieser Auftritt ist so ganz im Verborgenen nicht geblieben. Er bildet mit andern Erscheinungen die Ursache zu der in letzter Zeit wahrnehmbar gewordenen Nervosität ängstlicher Gemüter. Die sozialistische Opposition weiss übrigens die taktischen und agitatorischen Möglichkeiten auch auf diesen Gebieten unleugbar geschickt auszunützen. Die Abhebungen auf Banken und Sparkassen und die daraus resultierende Beunruhigung der Wirtschaft seien periodisch mit der defaitistischen Propaganda in ihrer Presse bemerkbar gewesen. Jetzt stelle man ein bemerkenswertes Ausspielen der persönlichen Beziehungen der österreichischen Sozialdemokratie in der internationalen Presse fest. Der besonders sich bemerkbar machende Einfluss in London wird hier den Beziehungen zur dortigen Arbeiter- und jetzigen Regierungspartei zugeschrieben, die insbesondere auch Dr. Friedrich Adler in mehrjährigem Aufenthalt in England geknüpft habe.

Im Begriffe, diese Zeilen abzuschliessen, erfahre ich, dass die Heimwehrführer dem Bundeskanzler ihren Besuch angezeigt haben sollen mit der Intention, sich vor ihm mit der Erklärung festzulegen, dass die Heimwehrführung fortan nur im Einverständnis *mit* der Bundesregierung vorzugehen gedenke. Das feste Auftreten Schobers scheint auch hier seinen Zweck erreicht zu haben.

518

E 2001 (C) 2/31

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. Wagnière,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

S

Rome, 20 novembre 1929

En vous confirmant ma lettre d'hier¹ concernant l'affaire *Peretti*, j'ai l'honneur de vous faire savoir que nous avons eu aujourd'hui une longue visite de l'avocat Petroni. Ce dernier accepte de se charger de la défense de notre compatriote. J'en suis fort heureux, Me. Petroni étant un bon avocat, bien connu sur la place, et qui m'a fait la meilleure impression. «Si je refusais, nous a-t-il dit, de me charger de cette défense, presque à la veille du procès qui est fixé pour le 30 courant, ce serait abandonner ce malheureux à des défenseurs d'office dont il n'aurait pas à attendre grand'chose.»

Me. Petroni a examiné tous les actes, dont il résulte que Peretti a une part de culpabilité. Il a admis lui-même, du reste, qu'il était en rapports avec un nommé

1. Nicht abgedruckt.

Costa, anarchiste de Milan, et que lui, Peretti, avait été envoyé à plusieurs reprises à Milan par un nommé Cagliardo pour apporter de l'argent aux victimes du fascisme. Filé dès le début par la police, interrogé même une première fois à la gare de Milan, Peretti n'a tenu aucun compte de cet avertissement. Il est revenu en Italie, chargé toujours des mêmes missions. Il ne s'agissait pas de sommes considérables, et l'on peut difficilement supposer qu'il soit un agent des Soviets. Lui-même, je crois bien, le conteste formellement. Il s'agissait de petits secours à apporter à des camarades.

Me. Petroni est absolument certain qu'il ne sera pas possible de faire absoudre Peretti. Le Ministère Public réclamera quinze années de prison. Le défenseur s'efforcera de faire réduire cette peine à cinq années. Il invoquera pour cela l'honorabilité de l'accusé, sa bonne conduite, les bons certificats, sa naïveté même qui lui a fait accepter des missions si compromettantes.

Nous avons mis à la disposition de Me. Petroni les certificats excellents donnés à Peretti par les Autorités tessinoises et par les C.F.F.² et qui témoignent de sa bonne conduite civile et militaire. Après l'examen de ces pièces, Me. Petroni se réserve de nous faire savoir s'il estime nécessaire de faire appel à quelque témoin de Suisse, personne autorisée et compétente. Dans ce cas, nous ne manquerions pas de vous télégraphier. En attendant, je vous confirme notre télégramme n° 39³ vous informant de l'acceptation de Me. Petroni.

Celui-ci a vivement insisté pour qu'on évite en Suisse des manifestations qui ne pourraient que nuire à l'accusé. Toute pression étrangère renforcera l'accusation. D'autre part, la présence d'un avocat comme Me. De Moro Giafferi suffirait à valoir à Peretti le maximum de la peine. Sur ce point, Me. Petroni a été catégorique.

Nous avons demandé au Ministère des Affaires Etrangères de nous procurer une autorisation pour un fonctionnaire de la Légation d'assister aux débats. Je me permets d'insister pour que les détails qui précèdent ne soient pas communiqués à la presse, ce qui ne peut que nuire à l'accusé et valoir des inconvénients évidents à notre Légation.

2. *Chemins de Fer Fédéraux.*

3. *Nicht abgedruckt.*

519

E 2001 (C) 11/12

*Der erste schweizerische Delegierte in der Rheinzentralkommission, R. Herold,
an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*

B

Zürich, 25. November 1929

Ich beehre mich, Ihnen hiermit Bericht zu erstatten über die Verhandlungen, welche zwischen deutschen, französischen und schweizerischen Abgeordneten in Strassburg stattgefunden haben über einen Vertrag betreffend die Ausführung der Regulierung des Rheines zwischen Istein und Strassburg. Bekanntlich handelte es

sich in der Hauptsache darum, den vorbehaltenen «Concours administratif et technique» Frankreichs an der Verwirklichung der von Deutschland und der Schweiz finanzierten und von der badischen Wasser- und Strassenbau-Direktion auszuführenden Arbeiten zu regeln. Es waren aber auch sonst noch einige schwebende Punkte zu ordnen, die, wie meine Ausführungen zeigen werden, den Hauptbestandteil der noch vorhandenen Schwierigkeiten hervorriefen.

I. Die Verhandlungen begannen am 4. November und zogen sich in vielen mühsamen Sitzungen bis zum 18. November hin, (an der am letzten Tage abgehaltenen Sitzung konnte der Unterzeichnete nicht mehr teilnehmen) ohne dass man zu einem Abschluss gelangen konnte. Sie werden am 15. Dezember in Genf fortgesetzt werden. Die Strassburger Verhandlungen werden allen Teilnehmern wohl in ausgesprochen schlechter Erinnerung bleiben, denn sie wickelten sich meistens in einer unangenehmen, gereizten Atmosphäre ab. Es ist ganz entschieden ein Fehlgriff gewesen, die ordentliche Tagung der Zentralkommission, an der es sowieso immer der Reibungsflächen genug gibt, mit einer derartigen Angelegenheit zu belasten. Das Ergebnis befriedigt denn auch nicht vollkommen, auch wenn man auf die weitem Besprechungen noch einige Hoffnungen setzen darf.

Die erwähnte schlechte Atmosphäre, in der die Verhandlungen sich abwickeln mussten, hat verschiedene persönliche und sachliche Gründe:

Persönliche Gründe insofern als auf französischer Seite der erste Delegierte, Herr Mahieu, der eher versöhnlich gesinnt und von angenehmen Umgangsformen ist und die Dinge grosszügig anzupacken pflegt, nur am Anfang eine kurze Gastrolle gab, um dann wieder in das parlamentarische Leben einzutauchen und den Platz ausschliesslich Herrn Dreyfus zu überlassen, der ausgesprochen schlecht gelaunt war und mit seinen unendlichen Schwätzereien und Wiederholungen ermüdete, ohne damit Anhaltspunkte für eine allen Teilen genehme Grundlage zu einer vollen Verständigung schaffen zu können. Zu diesen Erschwernissen persönlicher Art auf französischer Seite kamen ebensolche auf deutscher Seite hinzu.

Herr Fuchs von Karlsruhe hatte unmittelbar vor den Verhandlungen eine ungeschickte Rede vor einem Ausschuss des Reichsrates gehalten, worin er offen ausgesprochen hatte, man werde mit dem Bau der Rheinregulierung den elsässischen Seitenkanal torpedieren können; die Franzosen verfehlten natürlich nicht, aus diesen Äusserungen gegen einen erspriesslichen Abschluss unserer Verhandlungen Stimmung zu machen. Dazu kam ferner, dass Herr Seeliger, als Delegationsführer, ungefähr ebenso gereizt und gesprächig war wie Herr Dreyfus und insofern ungeschickt operierte, als er bei den Konzessionen, selbst in ganz unwesentlichen Dingen, immer grosse Umstände machte und es nicht verstand, durch Nachgeben am richtigen Orte und namentlich im richtigen Augenblick, seine Position zu verbessern. Die Stellung unserer Delegation zwischen diesen beiden Feuern war demgemäss schwierig und oft ungemütlich. Wir waren nach der Lage der Dinge naturgemäss darauf angewiesen, in den Hauptpunkten mit den Deutschen zu marschieren, oder ihnen, und zwar dort, wo die finanziellen Folgen Deutschland allein treffen, den Kampf allein zu überlassen. Dieser Umstand verhinderte vielleicht da und dort die Franzosen, in Konzessionen, die sie uns allein noch gemacht haben würden, den beiden Delegationen gegenüber einzuwilligen.

Die *sachlichen* Gründe für die schlechte Atmosphäre, in der sich die Verhandlungen abwickelten, waren nicht minder bedeutend. Sie lagen in erster Linie darin, dass gleichzeitig in der Zentralkommission zwei für Frankreich sehr wichtige Angelegenheiten erörtert werden mussten, in denen unsere Delegation eine den französischen Interessen ausgesprochen entgegengesetzte Haltung einzunehmen hatte. Das war besonders ein scharfes Nachhutgefecht betreffend die Vorkommnisse des letzten Frühjahres am Kembserwehrbau und sodann konnte unsere Delegation, wie ihre Instruktionen und der überlieferte Standpunkt von jeher gelautet hatten, auch den französischen Ansichten betreffend das Mass der Erhöhung der Kehlerbrücken nicht die offenbar erwartete Unterstützung leihen. Zu diesen Schwierigkeiten kam dann noch, was insbesondere die Frage des Unterhalts der Regulierungswerke anbetrifft, die nicht einwandfreie Fassung des Protokolls von 1922, worüber in späterem Zusammenhang einige Bemerkungen.

[...]¹

III. Das Verlangen, Frankreich möge eine *Kapitalbeteiligung* an den Regulierungskosten übernehmen, wurde vorgebracht, fand aber wie erwartet keine Gegenliebe. Bei der in den übrigen Fragen zu Tage getretenen Stimmung war irgend ein Entgegenkommen ausgeschlossen.

IV. Wir halten dafür, dass der Vertrag in der nächsten Zusammenkunft nunmehr abgeschlossen werden muss, denn mit einem weiteren Hinausschieben ist nichts zu gewinnen und die Hauptfrage, nämlich der Bau der Regulierung und die finanzielle Beteiligung der Schweiz an ihr, wird auch infolge eines nur halb befriedigenden Abkommens mit Frankreich keine veränderte Lösung erfahren. Die Art und Weise, wie mir die Lösung der noch bestehenden Schwierigkeiten vorschwebt, habe ich oben gekennzeichnet.

Wegen der vorgerückten Zeit kann ich diesen Bericht meinen Kollegen in der Delegation nicht mehr zur Anbringung allfälliger Bemerkungen überweisen; ich zweifle aber nicht daran, dass sie mit meiner Beurteilung einverstanden sein werden.

Den Bundesrat ersuche ich höflich, die Delegation mit allfälligen weiteren Instruktionen zu versehen und ihr die nötigen Vollmachten zum Vertragsabschluss auszustellen².

1. Unter Punkt II skizzierte R. Herold die erzielten vorläufigen Ergebnisse.

2. Diese Instruktionen beschloss der Bundesrat in seiner Sitzung vom 13.12.1929 und ermächtigte die Delegation den Vertrag zu unterzeichnen, sofern durch diesen [...] oder durch eine besondere Abmachung mit Deutschland die Schweiz von jeder Unterhaltspflicht nach 15 Jahren entlastet werden wird (E 1004 1/319, Nr. 2090). Zu den Genfer Verhandlungen vom 15. bis 18.12.1929 vgl. GBer 1929, S. 49ff. Text des am 18.12.1929 unterzeichneten Protokolls über die Verhandlungen, welche die Regelung der Art und Weise der technischen und behördlichen Zusammenarbeit Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz bei der Ausführung der Arbeiten der Regulierung des Rheins zwischen Strassburg/Kehl und Istein zum Gegenstand haben, in: AS, 1930, NF 46, S. 387ff. – Die Bundesversammlung ermächtigte den Bundesrat durch Beschluss vom 20.12.1929, das Abkommen «zu Dritt» ohne Einholung der Genehmigung durch die Bundesversammlung zu ratifizieren (GBer 1929, S. 52). Dies erfolgte am 26.3.1930. Die diesbezügliche Mitteilung an die Partnerstaaten erfolgte erst nach Ablauf der Referendumsfrist für das deutsch-schweizerische Abkommen vom 28.3.1929. Datum des Inkrafttretens: 19.5.1930.

520

E 2001 (C) 1/81

*Aufzeichnung des Gesandtschaftssekretärs in der Abteilung für Auswärtiges
des Politischen Departementes, P. Bonna*

TG.

Berne, 27 novembre 1929

NOTICE

M. Scott, Chargé d'Affaires p.i. de Grande-Bretagne, vient s'enquérir de la suite donnée à l'aide-mémoire britannique du 14 novembre¹. Il semble que cette démarche a été provoquée par des instructions formelles de Londres.

Conformément aux instructions de M. Motta, j'ai répondu à M. Scott que l'aide-mémoire dont il s'agit avait été examiné par le Conseil fédéral², qui n'avait pas encore pris de décision; que, toutefois, les renseignements reçus à Berne permettaient de croire que la situation intérieure en Autriche était moins menaçante qu'au début de novembre et que l'on inclinait ici à ne pas prendre une mesure sans doute superflue. J'ai ajouté que nous avons des raisons de croire que le Gouvernement autrichien ne souhaitait pas, actuellement, que des mesures concernant les importations d'armes en Autriche fussent prises à l'étranger. J'ai indiqué, en outre, à M. Scott que les exportations d'armes de Suisse en Autriche étaient pratiquement nulles. M. Scott m'a dit que le Gouvernement britannique semblait craindre la possibilité d'exportations d'armes d'Italie en Autriche en transit par la Suisse. J'ai répondu que je prenais note de cette communication, que la question serait examinée et qu'au surplus, le Conseil fédéral prendrait connaissance avec intérêt de toutes les précisions complémentaires que le Gouvernement britannique jugerait à propos de lui faire parvenir.

1. Nr. 516, Annex.

2. Nicht protokolliert.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. Dezember 1929¹

2016. Angelegenheit Peretti

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des Politischen Departements nimmt Bezug auf seine früheren Berichte in der Angelegenheit Peretti (vgl. Protokolle vom 3.², 7.³ und 17.⁴ Juni und 22. November 1929⁵) und teilt mit, dass das italienische Sondergericht zum Schutze des Staates Peretti soeben zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren verurteilt habe, unter Abzug der Untersuchungshaft. Man hatte allgemein eine viel höhere Strafe erwartet. Das verhältnismässig milde Urteil dürfte zum Teil wohl auch auf die Aussagen der Väter zweier Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte in Bellinzona sowie auf eine günstige Erklärung des Fascio von Lugano zurückzuführen sein. Die beiden Zeugen, fascistische Italiener, sagten ebenfalls günstig über Peretti aus. Es ist zu hoffen, dass das Urteil allfälligen Agitationen den Boden entziehe. Immerhin war von der tessinischen Regierung befürchtet worden, es könnten im Anschluss an das Urteil doch noch Kundgebungen und Ruhestörungen stattfinden. Infolgedessen wurden vom Militärdepartement Vorbeugungsmassnahmen getroffen.

Herr Bundesrat Häberlin als stellvertretender Chef des Militärdepartements führt aus, er habe auf Bitten von Regierungsrat Cattori verfügt, dass die Unteroffiziersschule in Bellinzona über den Sonntag in der Kaserne zu konsignieren und auf Pikett zu stellen sei. Glücklicherweise verlief alles ruhig, sodass das Militär nicht einzuschreiten hatte. Herr Bundesrat Häberlin bittet den Rat um nachträgliche Genehmigung dieser seiner Verfügung. Es wurde von Herrn Cattori neuerdings telegraphiert und die Bitte ausgesprochen, die Unteroffiziersschule möchte auch am Montag abend in der Kaserne zurückbehalten und zu einem allfälligen Eingreifen bereitgestellt werden. Das Departement antwortete, es könne vorläufig noch nicht entscheiden, was geschehen solle, sondern bitte die Tessiner Regierung, ihm im Laufe des Montagnachmittag über die Lage und über die Stimmung in der Bevölkerung zu berichten, worauf dann entschieden werden solle, ob dem Gesuche um weitere Pikettstellung der Unteroffiziersschule in Bellinzona zu entsprechen sei oder nicht.

Der Rat nimmt von diesen Mitteilungen in zustimmendem Sinne Kenntnis. Er genehmigt insbesondere die bereits ergriffenen Massnahmen des Militärdepartements und ermächtigt dieses, falls notwendig auch weitere Vorkehren zu treffen.

1. *Durch den Hinschied Scheurers war ein Sitz vakant.*

2. *Nr. 481.*

3. E 1004 1/316, Nr. 1027.

4. E 1004 1/316, Nr. 1097.

5. E 1004 1/316, Nr. 1970.

E 2200 Paris 1/2142

*Der Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,
P. Dinichert, an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

S TG. Confidentiel

Berne, 10 décembre 1929

Pour votre complète information, nous avons l'honneur de vous faire connaître que les délégations suisse et française, chargées de rechercher à négocier une convention réglant le régime des zones de 1815 et 1816, se sont rencontrées, ainsi que cela a été prévu, à Berne, le 9 décembre à 15 heures. Cette première séance, dans laquelle n'a eu lieu qu'une discussion préliminaire, s'est terminée le même jour à 18 h. ½.¹

Une deuxième séance s'est ouverte le 10 décembre à 9 h. 30. La délégation française a poursuivi la critique du droit au maintien des zones dont la Suisse a obtenu la consécration par l'ordonnance du 19 août 1929 de la Cour permanente de Justice internationale². Puis, elle a fait connaître que ses instructions lui interdisaient d'entrer en matière sur des propositions tendant à l'adaptation de ce droit si la Suisse ne consentait pas à l'installation définitive de la douane française à la frontière politique. La délégation suisse ayant fait observer que ses instructions ne lui permettaient de négocier que dans le cadre fixé par l'ordonnance de la Cour, les négociations ont été interrompues à 13 heures. Une nouvelle séance de forme, à laquelle ne participeront probablement pas les experts, aura lieu à une date non encore fixée pour l'adoption du procès-verbal, dont nous ne manquerons pas de vous communiquer les termes. Ajoutons qu'au cours de la discussion, aucune proposition concrète n'a été formulée du côté français. Du côté suisse, les grandes lignes d'une adaptation du régime traditionnel des zones ont été sommairement indiquées.

ANNEX

E 2, Archiv-Nr. 1702

PROCÈS-VERBAL DES NÉGOCIATIONS FRANCO-SUISSES

Première séance, 9 décembre 1929 à 15 heures

[...]

M. de Marcilly déclare qu'il n'a pas l'intention de recommencer une discussion de droit.

Notre programme le plus naturel, dit-il, est d'examiner les réalités et de chercher, dans ces réalités, la solution du problème dont nous sommes saisis.

Il me semble que nous serons d'accord sur un point préliminaire, qui n'a pas toujours été mis en relief dans les exposés de la thèse suisse et sur lequel je ne pense pas qu'il puisse s'élever de dissenti-

1. Die einleitenden Voten der beiden Delegationsleiter E. Borel und C. de Marcilly (seit Beginn 1929 französischer Botschafter in Bern) sind als Annex wiedergegeben.

2. Vgl. Nr. 498, Annex.

3. Zum Ergebnis der Verhandlungen vgl. Nr. 523.

ment: le régime des zones est un fait non seulement exceptionnel, mais anormal. Que ce régime soit exceptionnel, c'est ce qu'a déjà admis M. Cramer quand il a déclaré que ce régime avait créé une situation unique. Mais ce n'est pas assez dire. Les zones ne sont pas seulement un fait exceptionnel, elles sont encore un fait anormal. La délégation suisse le reconnaîtra sans doute.

M. *Borel* est d'accord pour reconnaître que la conférence doit se placer sur le terrain des réalités. Mais, parmi les réalités dont elle doit tenir compte, figurent en premier lieu le compromis conclu par les deux pays et l'ordonnance rendue par la Cour.

Les deux Gouvernements se sont adressés à la Cour pour lui demander de trancher une question de droit. Ils lui ont aussi demandé de leur faire connaître, avant de rendre son arrêt, le résultat de son délibéré. La Cour s'est prêtée à ce désir et a rendu une espèce de jugement interlocutoire.

Au point de vue du fond, la Cour a parfaitement compris le noeud du problème; elle a déclaré:

1. que la Suisse avait un droit;
2. que l'article 435 n'avait eu ni pour effet, ni pour but d'abroger ce droit.

Dans ces conditions, le terrain des négociations est parfaitement délimité par le compromis et la décision de la Cour. Nous sommes prêts à étudier avec vous l'adaptation du régime des zones aux circonstances nouvelles. Nous serons heureux d'entendre les propositions que vous aurez à nous présenter, puisque c'est la France qui a pris l'initiative d'apporter des modifications à ce régime. Cependant, ces modifications doivent être cherchées sur le terrain du maintien des zones.

[...]

523

E 2, Archiv-Nr. 1702

*Professor E. Borel an den Vorsteher des Politischen Departementes, G. Motta*¹

S

Berne, 20 décembre 1929

Les procès-verbaux des négociations relatives à la question des Zones², procès-verbaux que j'ai l'honneur de vous adresser avec ces lignes, me paraissent rendre superflu tout commentaire détaillé. Vous constaterez que la Délégation française s'est attachée à faire le procès des stipulations de 1815-1816, à en établir et à en faire reconnaître, morceau par morceau, le mal fondé. Comme il ne paraissait guère probable que l'on crût par ce moyen nous convaincre nous-mêmes, nous avons dû nous demander si le réquisitoire dans lequel la Délégation française s'est engagée à l'adresse des dites stipulations avait pour but de constituer un plaidoyer à soumettre, le moment venu, à la Cour Permanente de Justice Internationale.

De notre côté, nous nous sommes efforcés:

de faire connaître très nettement le seul terrain sur lequel, d'après nos instructions, nous pouvions envisager une négociation utile;

de signaler le défaut de pertinence d'une discussion consistant, en somme, à répéter tout ce qui avait déjà été dit devant la Cour;

1. Das Schreiben ist von W. Stucki mitunterzeichnet.

2. Es handelt sich um die Protokolle der Sitzungen der beiden Delegationen vom 9.12. (vgl. Nr. 522, Annex) und 10.12.1929. – Dem Schreiben ist im weiteren ein Protokoll über das Treffen zwischen Borel und de Marcilly vom 20.12.1929 zwecks Unterzeichnung der erwähnten Verhandlungsprotokolle beigelegt, welches die in den Verhandlungen vertretenen Standpunkte zusammenfasst. Es ist als Annex abgedruckt.

et, pour autant que le réquisitoire a touché des faits postérieurs à 1815–16, de démontrer que le changement de situation n'exigeait nullement la suppression des zones et qu'au point de vue d'une adaptation équitable aux nouvelles circonstances la Délégation suisse était autorisée et prête à faire des propositions de nature à donner entière satisfaction aux désirs légitimes des populations zoniennes.

La fermeté de notre attitude a dû, évidemment, faire comprendre à la Délégation française qu'il était inutile de continuer la discussion dans la voie où elle l'avait engagée et c'est un peu inopinément qu'à la fin de la seconde séance elle a conclu par la déclaration qu'il lui était impossible d'aborder une discussion quelconque sur un terrain autre que celui du maintien de la ligne douanière à la frontière politique. En face de cette déclaration, nous n'avons pu que dire, à notre tour, qu'à nous également il était impossible d'accepter une discussion en dehors du rétablissement des petites zones telles que les ont fixées les stipulations de 1815–16 et c'est ainsi que les négociations ont pris fin, les deux délégations constatant d'un commun accord l'impossibilité où elles se trouvaient de faire besogne utile. Nous n'avons pas manqué d'exprimer nos regrets à l'égard de la constatation qui s'imposait ainsi, mais nous ne pouvons que répéter ici que, selon notre conviction absolue, les négociations dans la voie où elles ont été engagées par la Délégation française demeuraient vouées à un échec irrémédiable³.

ANNEX

Prot. Texte définitif

Berne, 20 décembre 1929

MM. Borel et de Marcilly se sont réunis le 20 décembre 1929, à 10 heures 15, au Département Politique, pour procéder à la signature des procès-verbaux des séances tenues, les 9 et 10 décembre dernier, par la conférence franco-suisse chargée de l'examen de la question des zones⁴.

Après l'accomplissement de cette formalité, M. de Marcilly a fait la déclaration suivante:

«Je ne crois pas devoir insister ici sur les comptes rendus qui ont paru dans la presse quotidienne suisse au sujet de nos discussions et qui tendent à faire retomber sur la délégation française la responsabilité de leur échec. Ces comptes rendus ne pouvaient être qu'inexactes, étant donné l'engagement de discrétion qui avait été pris par les deux délégations. Pour ma part, je m'en tiens au communiqué rédigé par le Département Politique, d'accord avec nous⁵. Je voudrais cependant faire observer que les discussions ont été, non pas rompues, mais interrompues. On ne peut pas dire que la négociation soit rompue parce qu'elle a été arrêtée par un premier obstacle. D'autre part, nous vous avons clairement notifié que nous étions disposés à chercher, fût-ce en dehors des questions qui font l'objet du compromis, toute possibilité de donner satisfaction aux intérêts de Genève. Or, cette déclaration n'a provoqué, de votre part, aucune réponse.»

M. Borel. La question de droit était pour nous au premier plan. Nous avons reçu des instructions très strictes quant au point de départ de notre négociation. Nous ne voulions pas nous donner l'apparence d'abandonner notre position que nous croyons très solide. C'est ainsi qu'en 1920, les délégations française et suisse, séparées comme aujourd'hui par une question de principe, avaient accepté d'en faire momentanément abstraction pour envisager des solutions concrètes; en fin de compte, leur divergence de vue sur le terrain des principes a été l'obstacle qui a tout fait échouer.

3. *Vgl. dazu* GBer 1929, S. 26f.

4. *Die Verhandlungsprotokolle sind ebenfalls von W. Stucki unterzeichnet.*

5. *Nicht ermittelt.*

M. de Marcilly. Je vous avais parlé d'autre chose que des questions de droit. Je vous avais dit que nous pourrions faire le tour des questions qui touchent aux intérêts genevois. J'avais ajouté que, d'après une citation d'un de vos auteurs particulièrement qualifié, M. Pictet, l'affaire des zones posait moins un problème d'ordre économique qu'un problème de circulation et je vous avais assuré que, dans ce domaine, nous étions prêts à envisager des arrangements.

M. Borel. Nous avons reçu les instructions les plus formelles touchant le maintien du droit de la Suisse à l'emplacement de la ligne de la douane fixé par les stipulations de 1815-1816. Nous ne pouvions nous en écarter.

M. de Marcilly. Entendez-vous dire, Monsieur le Professeur, que la délégation suisse n'attachait pas d'intérêt à examiner et à discuter les questions qui, tout en restant en dehors des stipulations de 1815, se rattachent cependant, par leur nature, au problème même que l'institution des zones a eu pour objet de résoudre?

M. Borel. Nous eussions dépassé notre mandat en acceptant de discuter sur ce terrain. J'ai le sentiment que, pour autant qu'un effort de conciliation est encore possible, la parole appartient à nos Gouvernements.

M. de Marcilly. Entre discuter les modalités d'un arrangement et prendre une vue générale des questions, il me semble qu'il y a une différence. Nous étions prêts à examiner toutes les questions, tout en réservant naturellement notre point de vue sur le sujet où nous avons constaté notre désaccord. Et les questions que nous vous avons proposé de parcourir se rapportaient aux revendications genevoises les plus authentiques. Je m'étonne donc et l'on s'étonnera avec moi qu'il ne vous ait même pas paru opportun de répondre à notre invite.

M. Borel. Toutes vos observations ont porté sur l'inexistence, sur l'absence de valeur des raisons qui avaient déterminé la création du régime des zones. C'était nous placer dans une situation fautive, et nous amener à réfuter votre thèse et indiquer les raisons justifiant le régime incriminé par vous.

M. de Marcilly. La critique qui a pu être faite du régime des zones, non pas en droit, mais en fait, n'a constitué qu'une partie de notre discussion.

Je m'étais également attaché à passer en revue les intérêts en cause et à rechercher dans quelle mesure il serait possible d'y satisfaire.

M. Borel. Vous êtes partis de cette idée que c'était à nous à exprimer des désirs, mais ce n'était pas du tout le cas. La Cour a reconnu notre droit. Ce n'était donc pas à nous à présenter des demandes. Nous demeurons sur le terrain fixé par le compromis et l'ordonnance de la Cour.

M. de Marcilly. Voilà, en effet, la différence entre nos instructions. Vous n'étiez autorisés qu'à parler des questions spécialement visées par le compromis; nous étions et nous sommes encore autorisés à parler de toute autre question relative aux intérêts de Genève.

M. Borel. Le point de droit a été tranché à La Haye; nous ne pouvions donc que discuter de l'adaptation de la situation aux circonstances actuelles et sur ce terrain nous étions et sommes encore prêts à formuler des propositions de nature à réaliser cette adaptation. Ce qui nous a empêché de le faire, c'est la déclaration faite par vous que vous ne pouviez pas accepter de discussion, si ce n'est sur la base du maintien de la ligne de douane à la frontière politique.

M. de Marcilly. De ce que vous me dites, il ressort que vous n'étiez autorisés qu'à parler des questions visées par le compromis, mais nous, je le répète, nous avons dit que si un arrangement pouvait être trouvé qui donnât satisfaction à Genève sur des questions différentes de celles qui avaient été visées par le compromis, nous étions prêts à les examiner en dehors du compromis, à côté du compromis, en vue d'essayer d'arriver à une solution pratique; c'est à cette ouverture que la délégation suisse n'a pas cru devoir répondre.

M. Borel. Monsieur l'Ambassadeur, à supposer que vous eussiez formulé des propositions précises et formelles sur le terrain où vous vous placiez, nous n'eussions pas pu les discuter, nous n'aurions pu que les transmettre au Département Politique, ce que nous n'aurions pas manqué de faire.

M. de Marcilly. Vous me dites très loyalement que vos instructions ne vous autorisaient pas à nous suivre sur ce terrain. Je ne puis que prendre acte de cette déclaration.

M. Borel. En effet, nous n'aurions pu qu'écouter vos propositions et les soumettre à l'examen de notre Gouvernement.

M. de Marcilly remercie M. Borel de ses courtoises explications.

La séance est levée à 11 heures.

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 20. Dezember 1929*¹

2166. Internationale Konferenz über einen Zollwaffenstillstand

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 17. Dezember 1929

Mit Schreiben vom 7. November 1929² hat der Generalsekretär des Völkerbunds den Bundesrat auf die von der letzten Völkerbundsversammlung angenommene Resolution betreffend den allfälligen Abschluss eines Zollwaffenstillstandes aufmerksam gemacht. Gleichzeitig übermittelte er dem Bundesrat den vom Comité économique ausgearbeiteten Vorentwurf für eine internationale Konvention und ersuchte um Mitteilung bis Ende 1929 darüber, ob die Schweiz bereit sei, an einer internationalen Konferenz über den Abschluss eines Zollwaffenstillstandes teilzunehmen und wie gegebenenfalls ihre Delegation bestellt werde.

Die von der Völkerbundsversammlung gefasste Resolution geht zurück auf Anträge bzw. Anregungen, die schon in den ersten Tagen der Generaldebatte durch den belgischen Aussenminister Hymans und den englischen Handelsminister Graham gemacht worden sind. In Übereinstimmung mit verschiedenen andern prominenten Staatsmännern wiesen die genannten Persönlichkeiten nachdrücklich darauf hin, dass trotz der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 die heutigen Zustände im internationalen Warenaustausch, namentlich in Europa, eher schlechter als besser geworden seien und dass sich gerade gegenwärtig unzweifelhaft in vielen Staaten die Tendenz abzeichne, durch Erhöhung der Zollmauern dem internationalen Handel weitere Hindernisse zu bereiten. Die Weltwirtschaftskonferenz, so wurde ausgeführt, hat mit nachträglicher Zustimmung seitens fast aller Regierungen und vieler Parlamente empfohlen, dem wirtschaftlichen Wettrüsten ein Ende zu bereiten und sich in entgegengesetzter Richtung zu orientieren. Es sollte dies geschehen einmal durch autonom vorzunehmende Zollherabsetzungen in den einzelnen Staaten, sodann durch den Abschluss weiterer bilateraler Tarifhandelsverträge und endlich und namentlich durch plurilaterale, unter den Auspizien des Völkerbunds abzuschliessende Wirtschaftsabkommen. Der autonome Zollabbau durch die einzelnen Länder hat, wie zu erwarten war, sehr geringe Resultate gezeitigt. Dagegen sind auf dem Gebiete bilateraler Handelsverträge zweifellos in den Jahren 1927 und 1928 nicht unwesentliche Fortschritte gemacht worden. Seit geraumer Zeit zeigt sich aber auch auf diesem Gebiete eine ausgesprochene Stagnation, die die Möglichkeiten, in dieser Richtung weitere wesentliche Verbesserungen zu erzielen, als nahezu erschöpft erscheinen lässt. Wenn man also ernsthaft daran denken wolle, den heutigen, namentlich im Verhältnis Europa–Amerika auf die Dauer unhaltbaren

1. *Abwesend: Minger.*

2. E 2001 (C) 5/39.

Zuständen mit Erfolg entgegenzutreten, so müsse unbedingt der dritte der oben erwähnten Wege, der Abschluss plurilateraler, namentlich europäischer Wirtschaftsabkommen energisch ins Auge gefasst werden. Europa sei gegenwärtig unter sich in einem gewissen wirtschaftlichen Kriegszustand und es gelte, hier einen vernünftigen Frieden zu schaffen. So wenig man aber daran denken könne, Verhandlungen über einen militärischen Frieden aufzunehmen, solange die Kanonen donnern, so wenig könne man an erfolgreiche Verhandlungen über einen Wirtschaftsfrieden denken, solange die Verhandlungen ständig durch neue Zollerhöhungen erschwert würden. Die Grundlage für wirtschaftliche Friedensverhandlungen sei deshalb der Abschluss eines kurzfristigen, auf zwei bis drei Jahre bemessenen Zollwaffenstillstandes.

Dieser ganze wichtige und schwierige Fragenkomplex ist im Schosse der II. Kommission in Genf sehr einlässlich diskutiert worden. Die meisten europäischen Staaten haben sich grundsätzlich für den Gedanken eines Zollwaffenstillstandes ausgesprochen, während verschiedene überseeische Länder, Südamerika, Australien, Kanada, Südafrika, Indien usw., ziemlich deutlich zum Ausdruck brachten, dass sie mit Rücksicht auf ihre noch unentwickelte Industrie kaum in der Lage seien, sich an solchen Verhandlungen zu beteiligen. Die von der Versammlung angenommene Resolution begnügt sich denn auch ausdrücklich, die Empfehlungen zur Teilnahme an den Arbeiten über einen Zollwaffenstillstand und einer kollektiven Wirtschaftsaktion an diejenigen Staaten zu richten, «qui désirent y participer».

Vergegenwärtigt man sich, dass die ganze Idee aufgetaucht und ausgearbeitet worden ist in unverkennbarem Zusammenhang mit dem von Herrn Briand ausgesprochenen Gedanken einer wirtschaftlichen Annäherung der europäischen Staaten unter sich, so wird man kaum fehl gehen in der Annahme, dass, wenn ein Zollwaffenstillstand und eine sich daran anschliessende Wirtschaftsaktion überhaupt möglich sind, sich diese Gedanken niemals universell, d. h. durch alle Mitgliedstaaten des Völkerbunds, sondern bestenfalls in der Hauptsache auf europäischem Boden verwirklichen lassen. Um es gleich hier beizufügen: Das Volkswirtschaftsdepartement betrachtet diese Sachlage keinesfalls als Nachteil, sondern es dürfte s. E. vorteilhaft sein, wenn man einmal in Genf eine internationale Konferenz zwischen in der Hauptsache europäischen Staaten abhalten könnte, ohne durch das Bleigewicht der doch fast immer negativ eingestellten südamerikanischen Staaten, Britischen Dominions, usw. gehindert zu sein.

Reduziert sich derart, zwar nicht theoretisch aber praktisch, die ganze Aktion auf eine hauptsächlich europäische Verhandlung, so wird sich die Schweiz aus naheliegenden Gründen kaum abseits halten können. Die eingangs erwähnten Überlegungen gelten in hohem Masse für unser kleines Binnenland, das mit der ganzen übrigen europäischen Wirtschaft so ausserordentlich eng verflochten ist und das zweifellos für seine Exportinteressen von einem Abbau der Wirtschaftsschranken in beträchtlichem Masse Vorteile ziehen kann. Auf der andern Seite darf selbstverständlich auch nicht vergessen werden, dass die besondere Lage der schweizerischen Wirtschaft für viele ihrer Zweige einen gewissen Schutz vor der ausländischen Konkurrenz unentbehrlich macht, einen Schutz, der in der Haupt-

sache nur durch die Einfuhrzölle geschaffen werden kann. Eine internationale Verpflichtung, diese Zölle während einer bestimmten Zeit nicht zu erhöhen, kann deshalb auch für die schweizer. Produktion ernsthafte Rückwirkungen haben, die sorgfältig zu prüfen sind.

Das Volkswirtschaftsdepartement hat die Frage, ob sich die Schweiz an der Konferenz beteiligen solle – selbstverständlich ohne irgendwelches Präjudiz für die endgültige Stellungnahme des Bundesrates – den wirtschaftlichen Spitzenverbänden unseres Landes zur Vernehmlassung unterbreitet. Abgesehen von derjenigen des schweizer. Bauernverbandes, der sich der ganzen Aktion gegenüber ziemlich ablehnend verhält und es lieber sehen würde, wenn sich die Schweiz überhaupt an der Konferenz nicht beteiligen würde, gehen alle übrigen Meinungsäusserungen, auch diejenige des Gewerbeverbandes, dahin, die Schweiz solle an der mehrerwähnten Konferenz über einen Zollwaffenstillstand teilnehmen.

Das Volkswirtschaftsdepartement teilt diese Ansicht. Es wäre kaum verständlich, wenn sich die Schweiz, die sich international infolge ihrer verhältnismässig liberalen Wirtschaftsauffassung eines gewissen Ansehens erfreut, einer derart wichtigen Aktion von vornherein fernhalten wollte, ohne zum mindesten zu versuchen, einen gewissen Fortschritt mitverwirklichen zu helfen. Wenn viele und wichtige Gründe ebenso für als gegen den Abschluss eines Zollwaffenstillstandes und einer kollektiven Wirtschaftsaktion sprechen, so wird man, gerade um sich ein endgültiges Urteil über die bestehenden Möglichkeiten zu bilden, an den bezüglichen Beratungen teilnehmen müssen. Es wird dies um so notwendiger sein, als dann auch die ungemein schwierige und wichtige Frage des Verhältnisses zwischen Kontrahenten eines plurilateralen Vertrages und Aussenseitern, mit denen Meistbegünstigungsverträge bestehen, abzuklären ist. Gerade auch die allfällige Lösung dieses Problems dürfte für die Frage, ob die Schweiz mitmachen solle oder nicht, von grosser Bedeutung werden. Dazu kommt noch eines: Nach der Auffassung der Völkerbundsversammlung sowohl als nach dem vorgelegten Entwurf des Comité économique sollen nur diejenigen Staaten zu den Verhandlungen über einen kollektiven Abbau der Wirtschaftsschranken zugelassen werden, die vorher den Zollwaffenstillstand unterzeichnet haben. Es wäre wohl nicht zu verantworten, wenn sich die Schweiz zum vornherein die Möglichkeit, bei solchen Besprechungen mitzuwirken und über sie fortlaufend orientiert zu sein, verschliessen wollte.

Da es sich für einmal nur darum handelt, die Frage zu entscheiden, ob sich die Schweiz an der Konferenz über den Zollwaffenstillstand beteiligen soll oder nicht, so ist hier nicht der Ort, auf den vorliegenden Vorentwurf des Comité économique im einzelnen einzugehen. Das Volkswirtschaftsdepartement kann sich deshalb mit der Feststellung begnügen, dass gerade die Beratungen im Comité économique mit aller Deutlichkeit gezeigt haben, wie ungeheuer gross und mannigfaltig die wirtschaftlichen und technischen Schwierigkeiten sind, die sich der Verwirklichung entgegensetzen. Die Frage der generell und speziell zu gewährenden Ausnahmen, des Zeitpunkts des Inkrafttretens der Verpflichtungen, ihrer Dauer und namentlich auch das Verhältnis zwischen den Bestimmungen der Konvention und andern internationalen Verträgen werden grosse Meinungsverschiedenheiten zu

Tage treten lassen, von denen heute zum mindesten ungewiss ist, ob sie sich je überbrücken lassen werden. In den meisten Staaten macht sich denn auch heute schon eine beträchtliche Opposition geltend, so dass das Volkswirtschaftsdepartement kaum an einen erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen zu glauben vermag. Jedenfalls ist es auch von diesem Gesichtspunkt aus besser, wenn die Schweiz zum mindesten den guten Willen gezeigt hat, ehrlich mitzuarbeiten, anstatt sich von vornherein vollständig negativ einzustellen.

Auch die Frage der Bestellung einer schweizerischen Delegation dürfte nicht leicht zu lösen sein. Diese ist immerhin weniger dringend, so dass das Volkswirtschaftsdepartement sich vorbehalten kann, in einem spätern Zeitpunkt seine Anträge zu stellen.

Gestützt auf diese Erwägungen wird antragsgemäss beschlossen:

1. Der Bundesrat beschliesst, sich an der anfangs 1930 in Genf stattfindenden internationalen Konferenz über den Abschluss eines Zollwaffenstillstandes zu beteiligen.

2. Das Politische Departement wird ersucht, diesen Beschluss dem Generalsekretär des Völkerbunds als Antwort auf dessen Schreiben vom 7. November 1929 vor Ende dieses Monats zur Kenntnis zu bringen.

3. Die Frage der Bezeichnung der schweizer. Delegation bleibt vorbehalten.

525

E 1004 1/319

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 31. Dezember 1929¹

2216. Internationale Zahlungsbank

Politisches Departement. Mündlich

Der Vorsteher des Politischen Departements nimmt Bezug auf die bisherigen Verhandlungen des Bundesrats in der Frage der internationalen Zahlungsbank, welche letztere gemäss Art. 2 der Statuten, wie sie von dem Organisationskomitee in Baden-Baden ausgearbeitet worden waren, ihren Sitz in Basel haben soll. (Vergleiche Protokolle vom 22. Oktober², 22. November und 6. Dezember 1929³.) Die in Aussicht genommene zweite Haager Konferenz, die über die ganze Angelegenheit endgültig entscheiden soll, wird ihre Verhandlungen am 3. Januar 1930 beginnen. Die Schweiz wird zunächst keine Einladung erhalten, an der Konferenz teilzunehmen. Es ist zu erwarten, dass die belgische Regierung noch einmal einen Versuch machen wird, den Sitz der Bank nach Brüssel zu bringen. Erst wenn sich die Haager Konferenz mit dem Vorschlag des Organisationskomitees einverstän-

1. *Abwesend: Pilet-Golaz, Musy und Minger.*

2. *Nr. 514.*

3. *Beide Protokolle nicht abgedruckt.*

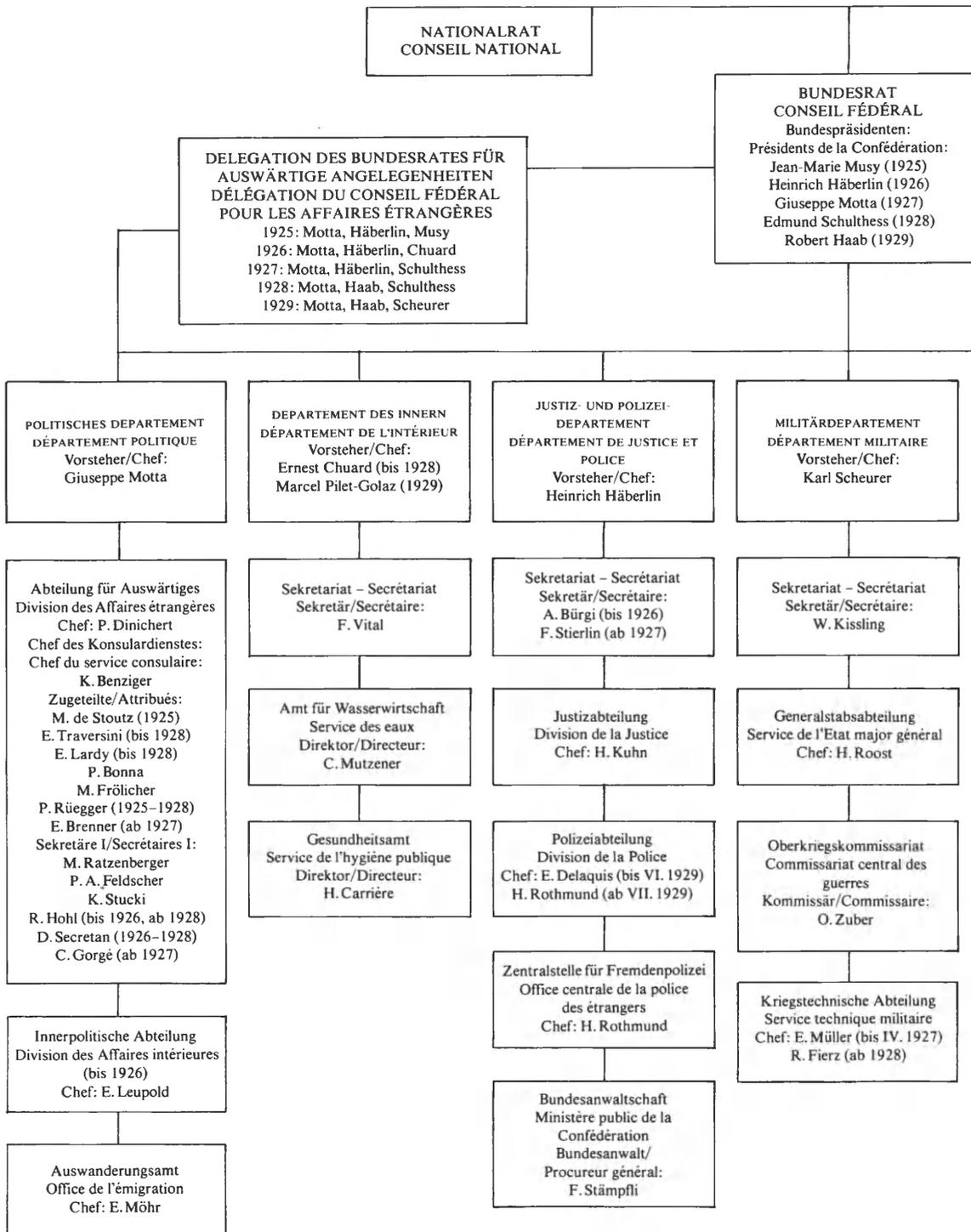
den erklärt haben wird, die Bank in der Schweiz zu errichten, kann eine Einladung zur Entsendung einer Vertretung der schweiz. Regierung in Den Haag erwartet werden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass bereits in der zweiten Januar-Woche eine solche Einladung eintreffen wird. Um auch für den Fall gerüstet zu sein, dass der Bundesrat vor jenem Zeitpunkte nicht mehr zusammentritt, stellt der Vorsteher des Politischen Departements den Antrag, schon jetzt die Delegation zu bezeichnen für den Fall, dass die Schweiz zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen würde. Er schlägt als Delegierte vor die Herren Nationalbankpräsident Bachmann und Professor Burckhardt, als Experten Herrn Blau, Direktor der Steuerverwaltung, und als Sekretär der Delegation Herrn Dr. Frölicher vom Politischen Departement.

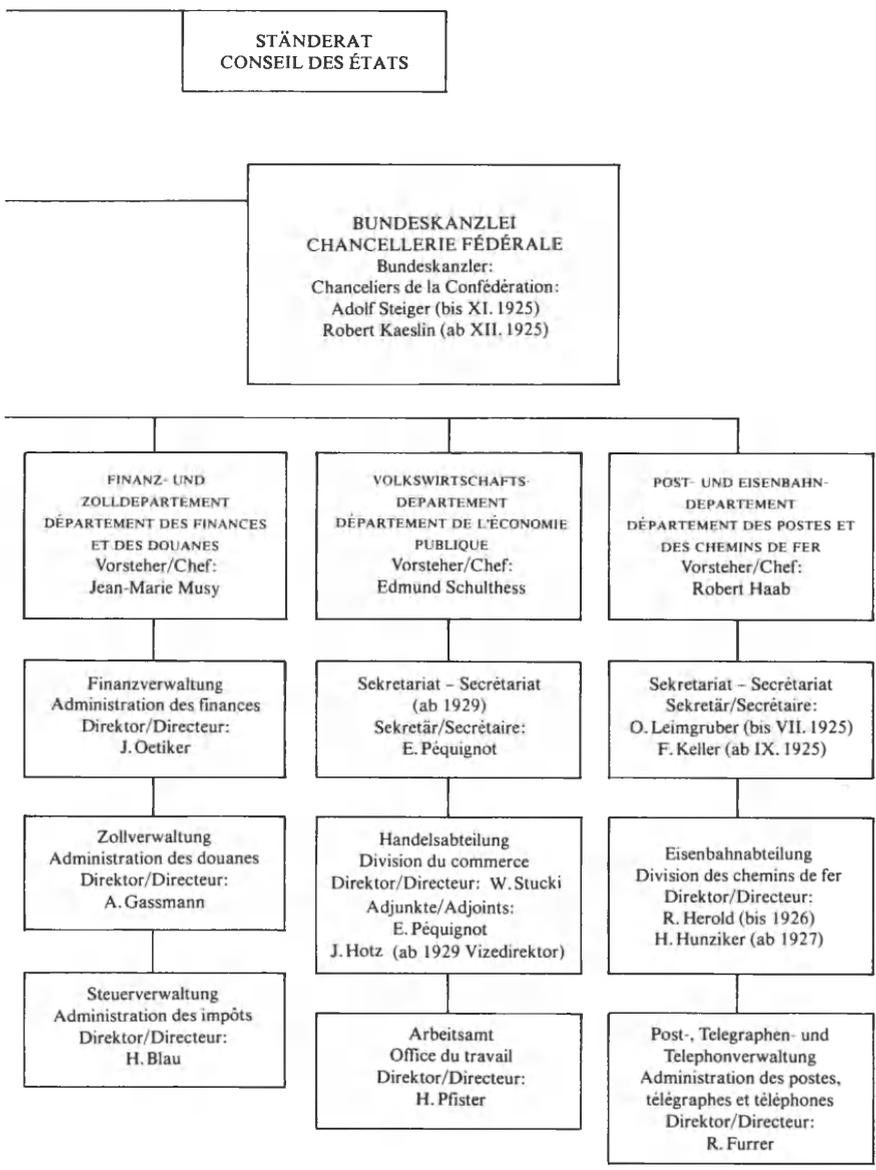
Der Rat stimmt diesem Antrage zu.

VII. ANHANG

VII.1 ORGANIGRAMM DER FÜR DIE INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN
ZUSTÄNDIGEN STELLEN DES BUNDES

1925–1929





VII.2 DIE DIPLOMATISCHEN UND KONSULARISCHEN VERTRETUNGEN DER SCHWEIZ IM AUSLAND
1925-1929

Staaten	Gesandtschaften	Bevollmächtigte Minister	Geschäftsträger	Konsulate
EUROPA				
1. Belgien	Brüssel	Frédéric Barbey		Antwerpen, Léopoldville (ab 1928)
2. Bulgarien				Sofia
3. Dänemark	Stockholm	Charles L. E. Lardy		Kopenhagen
4. Danzig	Warschau	Hans A. von Segesser		Danzig (ab 1926)
5. Deutschland	Berlin	Hermann Rüfenacht		Bremen, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Elbing, Frankfurt a.M., Hamburg, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart
6. Estland				Reval
7. Finnland				Åbo, Helsingfors (ab 1927)
8. Frankreich und Algerien	Paris	Alphonse Dunant		Algier, Besançon, Béziers, Bordeaux, Casablanca, Dakar (ab 1928), Dijon, Havre, Lille, Lyon, Marseille, Mülhausen, Nancy, Nantes, Nizza, Saigon (ab 1926), Strassburg, Tamatave (ab 1925), Toulouse
9. Griechenland	Athen (ab Dez. 1925)	Ferdinand von Salis (Bukarest)	Eugène Broye	Saloniki (ab 1929)
10. Grossbritannien und britische Besitzungen	London	Charles R. Paravicini		Adelaide, Auckland, Bombay, Brisbane, Calcutta, Colombo, Freetown, Glasgow, Hull (bis 1927), Jaiffa (ab 1927), Johannesburg, Kapstadt, Karachi, Liverpool, Madras, Manchester, Melbourne, Montreal, Rangoon, Sydney, Singapore, Toronto, Vancouver, Winnipeg
11. Italien	Rom	Georges Wagnière		Catania, Florenz, Genua, Livorno, Mailand, Neapel, Triest, Turin, Venedig
12. Lettland				Riga
13. Litauen				Kaunas
14. Luxemburg				Nancy
15. Monaco				Nizza

16. Niederlande	Haag	Arthur de Pury	Amsterdam, Batavia, Medan (bis 1925 Langkat, 1926 Deli)
17. Norwegen	Stockholm	Charles L. E. Lardy	Oslo
18. Österreich	Wien	Maximilian Jaeger	
19. Polen	Warschau	Hans A. von Segesser	Laurenço-Marques, Lissabon
20. Portugal	Madrid	Maxime de Stoutz	Galatz
21. Rumänien	Bukarest	Ferdinand von Salis	Florenz
22. San Marino			
23. Schweden	Stockholm	Charles L. E. Lardy	
24. Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen	Belgrad (ab Dez. 1925)	Ferdinand von Salis (Bukarest)	Zagreb
25. Spanien	Madrid	Alfred Mengotti (bis März 1925) Maxime de Stoutz (ab April 1925)	Barcelona, Sevilla
26. Tschechoslowakei	Prag (ab 1927)	Hans A. von Segesser (Warschau)	Prag
27. Türkei	Konstantinopel (ab April 1926)	Henri F. Martin (bis Okt. 1928 Geschäftsträger)	
28. Ungarn	Wien	Maximilian Jaeger	Budapest
AMERIKA			
1. Amerika (Vereinigte Staaten)	Washington	Marc Peter	Chicago, Cincinnati, Denver, Los Angeles, Manila, New Orleans, New York, Philadelphia, Portland, San Francisco, Seattle, St. Louis
2. Argentinien	Buenos Aires	Karl Egger	Cordoba, Mendoza, Rosario de Santa Fé, Santa Fé La Paz
3. Bolivien			
4. Brasilien	Rio de Janeiro	Albert Gertsch	Bahia, Curitiba, Para, Pernambuco, Porto Alegre, São Paulo
5. Chile	Buenos Aires	Karl Egger	Santiago de Chile, Punta Arenas, Valdivia, Valparaiso

Staaten	Gesandtschaften	Bevollmächtigte Minister	Geschäftsträger	Konsulate
6. Costa Rica				San José
7. Ekuador				Guayaquil
8. Guatemala				Guatemala
9. Kanada vgl. Grossbritannien				Bogotá
10. Kolumbien				Havanna
11. Kuba	Washington	Marc Peter		Mexiko, Guadalajara, Tampico
12. Mexiko				Panama
13. Panama				Asunción
14. Paraguay	Buenos Aires	Karl Egger		Lima
15. Peru				Salvador
16. Salvador	Buenos Aires	Karl Egger		Montevideo
17. Uruguay				Caracas
18. Venezuela				
ASIEN				
1. Britische Besitzungen vgl. Grossbritannien				Shanghai, Kanton
2. China			Johann Lukas Isler (Generalkonsul)	
3. Französische Besitzungen vgl. Frankreich				
4. Japan	Tokio	Alfred Brunner (bis 1927) Emil Traversini (ab 1928)		

- 5. Niederländische
Besitzungen
vgl. Niederlande
- 6. Persien
- 7. Philippinen
vgl. Amerika

Teheran (1925 – 1933 vakant)

AFRIKA

- 1. Belgische
Besitzungen
vgl. Belgien
- 2. Britische
Besitzungen vgl.
Grossbritannien
- 3. Französische
Besitzungen
vgl. Frankreich
- 4. Portugiesische
Besitzungen
vgl. Portugal

AUSTRALIEN

- 1. Australien vgl.
Grossbritannien

VII.3 DIE DIPLOMATISCHEN UND KONSULARISCHEN VERTRETUNGEN DES AUSLANDES IN DER SCHWEIZ
1925-1929

Staaten	Gesandtschaften	Bevollmächtigte Minister	Geschäftsträger	Konsulate
EUROPA				
1. Belgien	Bern	Fernand Peltzer		Basel, Genf, Lausanne, Luzern, Montana, Neuenburg, Zürich
2. Bulgarien	Bern		Dimitri Mikoff	Bern, Genf (1926-1929), Lausanne (bis 1926), Zürich (bis 1928)
3. Dänemark	Bern	Andreas de Oldenburg (bis März 1928) Harald de Scavenius (ab April 1928)		Basel, Bern, Chaux-de-Fonds, Genf, St. Gallen, Zürich
4. Deutschland	Bern	Adolf Müller		Basel, Bern, Davos, Genf, Lugano, St. Gallen, Zürich
5. Estland	Berlin	Karl Menning		
6. Finnland	Bern (ab April 1926)	Rafael W. Erich (bis Dez. 1927) Rudolf Holsti (ab 1928)		Basel (ab 1927), Zürich
7. Frankreich	Bern (Botschaft)	Jean Hennessy (bis 1928) Henri Chassin de Marcilly (ab 1929)		Basel, Bern (bis 1928), Davos, Genf, Lausanne, Lugano, Luzern (ab 1929), St. Gallen, Zürich
8. Griechenland	Bern		Vassili Dendramis (bis 1928) Raphael Raphael (1929)	Davos (ab 1928)
9. Grossbritannien	Bern	Rowland A. C. Sperling (bis 1927) Claud Russell (ab 1928)		Basel, Bern, Davos, Genf, Lausanne, Lugano (ab 1925), Luzern, Montreux, Neuenburg, St. Moritz, Zürich
10. Heiliger Stuhl	Bern (apostolische Nuntiatur)	Luigi Maglione (bis Sept. 1926) Pietro di Maria (ab Dez. 1926)		

11. Italien	Bern	Carlo Garbasso (bis Juni 1926) B. Pignatti Morano di Custoza (ab Juli 1926) Oskar Voit	Emil Beck	Basel, Bern, Brig, Chur (ab 1927), Davos-Platz, Genf, Lausanne, Locarno, Lugano, St. Gallen, Schaffhausen, Zürich
12. Lettland	Berlin	Dovas Zaunius		Bern
13. Liechtenstein	Bern	Venceslas Sidzikauskas (Berlin) (ab April 1927)		Bern (bis 1927), Freiburg (ab 1927), Genf, Lausanne (ab 1925)
14. Litauen	Bern (März 1925 bis April 1927)	Willem I. Doude van Troostwijk		Bern, Genf
15. Luxemburg	Bern	Johannes Irgens		Basel, Bern, Davos-Platz, Genf, Lugano, Zürich
16. Monaco	Bern	Leo Di Pauli (bis Mai 1928) Maximilian Hoffinger (ab Juni 1928)		Basel, Bern, Genf, Vevey, Zürich
17. Niederlande	Rom	Jean de Modzelewski		Basel (ab 1926), Bern, Lausanne (ab 1927), Luzern (ab 1928), St. Gallen, Zürich
18. Norwegen	Bern	Antonio M. B. Ferreira (bis Mai 1928)		Bern, Zürich
19. Österreich	Bern	Alberto d'Oliveira (Mai-Okt. 1928) Vasco de Quevedo (ab Nov. 1928)		Basel, Bern, Davos-Platz, Genf, Lausanne, Luzern, Zürich
20. Polen	Bern	Nicolas Petresco-Comnène (bis Mai 1928) Michel B. Boerescu (ab April 1928)		Basel (vakant), Bern, Zürich
21. Portugal	Bern			
22. Rumänien	Bern			

Staaten	Gesandtschaften	Bevollmächtigte Minister	Geschäftsträger	Konsulate
23. Schweden	Bern	Jonas M. Altströmer (bis Nov. 1925) Einar Hennings (Dez. 1925–Juni 1928) Karl van Westman (ab Juli 1928)		Basel, Bern, Genf, Zürich
24. Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen	Bern	Miloutine Jovanovitch (bis Juni 1927) Jovan T. Markovitch (ab Juli 1927–Febr. 1929) Ilya Choumenovitch (ab März 1929)		Basel (ab 1925), Bern, Genf, Zürich
25. Spanien	Bern	Emilio de Palacios y Fau (bis Juni 1926) Mauricio Lopez-Roberts y Terry Marquis de la Torrehermosa (ab Juli 1926)		Basel, Bern, Genf, Luzern, Montreux, St. Gallen, Zürich
26. Tschechoslowakei	Bern	Ferdinand Veverka (bis Okt. 1928) Zdenek Fierlinger (ab Nov. 1928)		Basel (ab 1927), Bern, Genf (ab 1927), Zürich
27. Türkei	Bern	Mehmed Munir Bey (ab Okt. 1925)	Réfik Bey (bis Juni 1925)	Bern (ab 1929), Davos (bis 1927), Genf
28. Ungarn	Bern	Felix Parcher de Terjékfalva (bis Juli 1925 Geschäftsträger)		Bern, Zürich
AMERIKA				
1. Amerika (Vereinigte Staaten von)	Bern	Hugh S. Gibson (bis April 1927) Hugh R. Wilson (ab Juni 1927)		Basel, Bern

2. Argentinien	Bern	Jacinto L. Villegas (bis Juli 1927) José M. Cantilo (ab Juli 1927)	Aarau (bis 1926), Bern, Genf, Lausanne (ab 1927), Lugano (bis 1926), St. Gallen, Zürich
3. Bolivien	Bern (ab Mai 1929)	Bautista Saavedra (Brüssel) (Aug. 1926–Dez. 1927) Alberto Costadellas (ab Mai 1929) (Ministerresident)	Basel, Genf, Lausanne, Luzern, Zürich
4. Brasilien	Bern	Raoul do Rio-Branco	Bern, Genf, Lausanne, St. Gallen, Zürich
5. Chile	Bern (ab Sept. 1925)	Francisco Rivas Vicuna (Wien) Jorge Valdes Mendeville (Ministerresident, ab Sept. 1925)	Genf (bis 1925, wieder ab 1926), Lugano (bis 1927), Neuenburg (ab 1929), Zürich
6. Costa Rica	Paris (ab März 1927)	Rafael Estrella Urena	Basel, Genf, Lugano (bis 1928), Zürich
7. Dominikanische Republik	Bern	Luis Robalino Davila (bis Jan. 1926)	Bern, Genf, Zürich
8. Ekuador	Bern		Genf
9. Guatemala	Bern (Jan.–Aug. 1928)		Genf (ab 1929), Zürich
10. Haiti	Bern	Francisco J. de Urrutia	Genf, Zürich
11. Honduras	Bern	Guillermo de Blanck y Menocal (bis Mai 1925) Hector de Saavedra (Mai 1925–Okt. 1925) Anselmo Diaz de Villar (Okt. 1925–April 1927)	Bern, Genf (bis 1926), Zürich (bis 1926, ab 1927)
12. Kolumbien	Bern	Carlos de Armenteros y de Cardenas (ab Juni 1927)	Bern, Freiburg, Genf, Lausanne, Lugano, Winterthur
13. Kuba	Bern		Genf

Adolfo Meyer

Staaten	Gesandtschaften	Bevollmächtigte Minister	Geschäftsträger	Konsulate
14. Mexiko				Basel, Bern, Genf, Lugano, Zürich
15. Nicaragua				Basel (ab 1925), Bern, Genf, Lugano, Zürich (ab 1926)
16. Panama	Rom (bis 1928)	Juan Brin (ab 1926)	M. A. Tapia (1925)	Lausanne (bis 1926), Lugano (ab 1929), Zürich
17. Paraguay				Aarau, Bern, Genf, Lausanne, Lugano, Luzern (bis 1927), Zofingen, Zürich
18. Peru	Bern	Pablo S. Mimbela		Basel, Genf, Lausanne, Lugano, Zürich
19. Salvador	Bern	Enrique E. Buero (bis Aug. 1927) Alfredo de Castro (ab Sept. 1927)		Genf, Zürich
20. Uruguay				Bern, Genf, Lugano, Zürich
21. Venezuela	Bern	Simon Barcelo (Paris) Cesar Zumeta (Paris, ab Aug. 1927)	M. C. Parra-Pérez (bis 1927) M. J. Hurtado-Machado (ab 1928)	Basel, Bern, Genf, Lausanne, Zürich
ASIEN				
1. China	Bern	Tseng-Tsiang Lou (bis 1927)	Chi Yung Hsiao (ab 1928)	
2. Japan	Bern	Akira Aryoshi (bis Dez. 1926) Isaburo Yoshida (ab Mai 1927)		Basel, Genf, Zürich
3. Persien	Bern	Emir Kahn Ghaffary Zoka-ed-Dowleh (bis Febr. 1925)	M. R. K. Arfa (Febr. 1925–Aug. 1926)	Neuenburg, Zürich

Mostafa-Gholi Khan
Kemal-Hedayat
(Aug. 1926–1927)
Anouchirevan Khan
Sepahbodi (ab Juni 1929)

Mohammed Khan
Schâyesteh
(1928–Juni 1929)

AFRIKA

1. Ägypten
2. Liberia

Genf
Genf, Zürich

VIII. INDEX

I. PERSONENREGISTER

- Abdel Chalek Saroit Pascha (Ägyptischer Aussenminister), 393–395
- Abdel Hamid Pacha Moustapha (Unterstaatssekretär im ägyptischen Aussenministerium), 19
- Abramovitsch, Raphael (Russischer Historiker. Mitglied des Exekutivkomitees der sozialistischen Arbeiter-Internationale), 632
- Adler, Friedrich (Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale), 140, 445, 632, 917
- Ador, Gustave (Ehemaliger Bundesrat. Vertreter des Bundesrates an den Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz im Januar und April/Mai 1919), 266, 267, 271, 606, 607, 659
- Albarda, Johan Willem (Mitglied des Exekutivkomitees der sozialistischen Arbeiter-Internationale. Holländischer Staatsangehöriger), 632
- Albertini, Luigi (Chefredaktor des *Corriere della Sera*), 251
- Alessandri y Palma, Arturo (Chilenischer Staatspräsident 1920–1924 und 1925), 31
- Amendola, Giovanni (Liberaler italienischer Abgeordneter. Führer der Aventin-Opposition), 110, 251
- Amstein, Richard (Chefredaktor der *National-Zeitung*), 450
- Amundsen, Roald (Norwegischer Polarforscher), 98
- Anken, Isäac (Genfer Staatsrat. Vorsteher des Landwirtschaftsdepartementes), 896, 897
- Arens, Jean (Sowjetischer Delegierter an der Meerengenkonferenz zwischen Griechenland und der Türkei in Lausanne 1923), 239, 242, 248, 254, 256, 257, 262, 280, 465, 476, 488, 499, 508, 516
- Argetoianu, Constantin (Rumänischer Landwirtschaftsminister und Aussenminister ad interim), 761
- Argyropoulos, Perikles (Griechischer Aussenminister), 378–380, 393
- Arlotta, Mario (Italienischer Gesandter in Athen), 336
- Atcherson, Lucile (Sekretärin in der amerikanischen Gesandtschaft in Bern), 361, 444
- Augenthaler, Johann (Ministerialsekretär im österreichischen Ministerium für Handel und Verkehr. Mitglied der österreichischen Handelsvertragsdelegation), 211
- Avenol, Joseph Louis Marie Charles (Stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes), 229, 296
- Bachmann, Gerhardt (Präsident des Direktorioms der Schweizerischen Nationalbank), 297, 619, 704, 749, 773, 843, 844, 911, 931
- Baicoiano, Constantin F. (Direktor der Rumänischen Nationalbank), 704, 749
- Baldwin, Sir John (Lieut.-Colonel. Britisches Mitglied des Fachausschusses für die Errichtung einer Radiostation des Völkerbundes), 729
- Baldwin, Sir Stanley (Britischer Premierminister), 885, 886
- Ballereau, P. (Französischer Botschaftssekretär und Geschäftsträger a. i. in Teheran), 529
- Barbey, Frédéric (Schweizerischer Gesandter in Brüssel), 12, 191, 197, 281, 305, 391, 462, 809, 862
- Bartel, Kasimir (Polnischer Ministerpräsident ab Mai 1926), 322, 576, 577, 580
- Basdevant, Jules (Professor. Rechtskonsulent im französischen Aussenministerium. Französischer Unterhändler in der Zonenfrage), 882
- Baumann, Rudolf (Alt Nationalrat. Experte in der schweizerischen Delegation an der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf), 428
- Beaumarchais, Maurice Delarue Caron de (Direktor der Politischen und Handelspolitischen Abteilung im französischen Aussenministerium), 519, 716
- Belluzzo, Giuseppe (Italienischer Volkswirtschaftsminister), 432
- Benesch, Eduard (Tschechoslowakischer Aussenminister), 406, 423–425, 443, 447, 491, 641, 644, 646, 660, 858
- Bérard, Victor (Französischer Senator. Berichterstatter über die Zonenfrage im französi-

- schen Senat), 416, 434, 435, 451, 471, 600, 601, 606, 657, 658, 661, 662, 668, 703, 820
- Bernardi, Temistocle Filippo (Italienischer Generalkonsul, dem Aussenministerium zugeteilt), 195, 196
- Bernhard, Georg (Dozent für Bank-, Börsen- und Geldwesen an der Berliner Handelshochschule), 422
- Berthelot, Philippe Joseph Louis (Botschafter. Generalsekretär im französischen Aussenministerium), 47, 48, 51, 279, 660, 821
- Bertoni, Brenno (Tessiner Ständerat, rad.-dem.), 184, 185
- Bertoni, Luigi (Herausgeber der Zeitschrift *Il Risveglio*), 68, 70, 71
- Besson, Marius (Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg), 658
- Biaggi, Enrico (Vertreter der Aval SA in Lugano), 744, 745
- Bindschedler, Leo Alfred (Erster Sekretär des Vororts des schweizerischen Handels- und Industrievereins), 565, 587
- Bismarck, Otto von (Ehemaliger deutscher Reichskanzler), 771
- Blau, Hans (Direktor der Eidgenössischen Steuerverwaltung), 931
- Blum, Léon (Französischer Abgeordneter. Führer der Sozialistischen Partei), 43, 46
- Bocchini, Arturo (Italienischer Polizeichef), 854, 867
- Bodenmann, Marino (Basler Grossrat, komm.), 830
- Du Bois, Georges (Schweizerischer Honorarkonsul in Frankfurt/M.), 176
- Boissier, Léopold (Privatsekretär Adors während den Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz 1919), 607
- Boissonnas, Jean (Vizepräsident des Genfer Staatsrates), 72, 175
- Bokanowski, Maurice (Französischer Handelsminister), 552, 571–573, 605, 647, 648, 709
- Bolli, Beat Heinrich (Schaffhauser Rechtsanwalt. Kantons- u. Ständerat, rad.-dem.), 624
- Bonhôte, Eric (Juristischer Beamter in der Handelsabteilung des EVD), 797
- Bonna, Pierre (Gesandtschaftssekretär in der Abteilung für Auswärtiges des Eidg. Politischen Departementes), 134, 250, 315, 444, 546, 725, 734, 858, 921
- Bordonaro, Antonio Chiaramonte (Generalsekretär des italienischen Aussenministeriums), 299, 335
- Borel, Eugène (Professor für internationales Staats- und Privatrecht an der Universität Genf), 896, 897, 901, 923–926
- Borella, Francesco (Tessiner Nationalrat, soz.), 852
- Bozzoli, Probo (Deckname von Cesare Rossi), 745–747, 752
- Bret, Théodore (Kanzler der Genfer Staatskanzlei), 72, 262, 371
- Le Breton, Tomás Alberto (Argentinischer Vertreter beim Völkerbund), 319
- Briand, Aristide (Französischer Ministerpräsident 1925–1926 und 1929. Aussenminister 1925–1932), 44, 46–48, 51, 98–100, 207, 261, 273–275, 280, 309, 313, 372, 384, 416, 434, 435, 451, 480, 519, 600, 601, 605, 606, 631, 657, 660–663, 739, 740, 820, 874, 892, 928
- Bringolf, Walther (Schaffhauser Nationalrat, komm.; Redaktor der Schaffhauser Arbeiterzeitung), 670
- Bron, Antoine (Genfer Staatsrat. Vorsteher des Handels- und Industriedepartementes), 39, 175, 541
- Broye, Eugène (Legationssekretär I. Klasse. Schweizerischer Geschäftsträger in Athen), 378, 393
- Bruggmann, Karl (Schweizerischer Geschäftsträger in Prag), 641
- Bryan, William Jennings (Amerikanischer Staatssekretär 1913–1915. Initiator der Bryan-Verträge), 666, 669, 681, 684–686, 694, 818
- Burckhardt, Walter (Professor für deutsche Rechtsgeschichte und modernes Privatrecht in Bern. Rechtskonsulent des Bundesrates), 67, 74, 931
- Burckhardt-Bukacki, Stanislaw (Brigadegeneral. Chef des polnischen Generalstabes), 321
- Burklin, Charles-Elie (Genfer Grossrat. Ständerat, soz.), 336
- Burton, Theodore Elijah (Erster Delegierter der USA an der Konferenz für die Kontrolle des internationalen Waffen- und Munitionshandels), 76
- Cagliardo (Anarchist aus Mailand. Evtl. Deckname), 918
- Caillaux, Joseph (Französischer Finanzminister), 46, 47
- Calles, Plutarco Elias (Mexikanischer Staatspräsident), 129, 131, 136
- Calonder, Felix (Ehemaliger Bundesrat. Präsident der deutsch-polnischen Kommission in Oberschlesien), 659, 797–800

- Canevascini, Guglielmo (Tessiner Staatsrat. Vorsteher der Direktion für öffentliche Arbeiten), 187, 868
- Canisius, Eduard (Ministerialrat im österreichischen Ministerium für Finanzen. Mitglied der österreichischen Handelsvertragsdelegation), 211
- Canonica, Pietro (Italienischer Bildhauer), 294
- Carli, Mario (Redaktor des Impero), 754
- Carmona, Antonio Oscar Fragoso (Portugiesischer Staatspräsident), 332, 333
- Carranza, Venustiano (Ehemaliger mexikanischer Staatspräsident), 129
- Castedo y Palero, Sebastián (Vizepräsident des spanischen nationalen Wirtschaftsrates), 629, 634, 636, 708
- Castle, William Richards (Direktor der Abteilung Westeuropa im amerikanischen Ausenministerium), 736, 794, 853
- Cattani, Otto (Sekretär des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller), 587
- Cattori, Giuseppe (Tessiner Staatsrat. Vorsteher der Direktion für Erziehung, Archivwesen und Justiz), 161, 162, 857, 862, 922
- Chamberlain, Sir Joseph Austen (Britischer Ausenminister), 41, 91, 190, 193, 209, 277, 546, 729, 886
- Chanal, Eugène (Französischer Senator), 662
- Charvériat, Emile (Chef de bureau im französischen Ausenministerium), 566, 567
- Ch'en S.K. (Sekretär im chinesisches Ausenministerium), 712
- Chéron, Henri (Französischer Handelsminister 1928. Finanzminister 1928–1930), 873
- Chiesa, Francesco (Schriftsteller. Lehrer am kantonalen Tessiner Lyceum in Lugano), 196, 862
- Chuard, Ernest (Bundesrat. Vorsteher des Eidg. Departementes des Innern bis 1928), 19, 123, 129, 142, 255, 260, 280, 323, 324, 326, 362, 364, 367, 509, 542, 560, 568, 717, 728, 737, 783
- Ciancarelli, Bonifacio Francesco (Leiter des Ufficio di Politica Economica im italienischen Ausenministerium), 401
- Claudel, Paul (Sous-Directeur der Abteilung für den Völkerbund im französischen Ausenministerium), 677, 678
- Clementel, Etienne (Französischer Finanzminister), 44, 45
- Clinchant, Louis Georges Raoul (Sous-Directeur der Abteilung für Asien im französischen Ausenministerium), 30
- Colijn, Hendrikus (Belgischer Finanzminister 1923–1925. Ministerpräsident 1925), 107, 873
- Colombi, Emilio (Tessiner Journalist. Vorsteher des Pressebüros der italienischen Gesandtschaft in Bern), 345, 357
- Comte, Paul (Oberzollinspektor), 535, 797, 836, 845
- Conradi, Moritz Alexander (Russlandschweizer. Ermordete am 10.5.1923 in Lausanne den sowjetischen Diplomaten Waclaw Worowski), 194, 227, 236, 458
- Contarini, Salvatore (Italienischer Senator. Generalsekretär des italienischen Ausenministeriums bis März 1926), 70, 168, 195, 201, 202, 299, 300
- Corbin, André Charles (Direktor der Politischen und Handelspolitischen Abteilung des französischen Ausenministeriums), 279, 677, 678
- Costa (Anarchist aus Mailand. Evtl. Deckname), 918
- Coulondre, Robert (Sous-Directeur der Unterabteilung für Handelsbeziehungen im französischen Ausenministerium), 519, 605, 611, 836
- Cramer, Lucien (Legationsrat im Politischen Departement 1919–1921. Juristischer Berater des Bundesrates in der Zonenfrage), 607, 924
- Cristiani, Giuseppe (Italienischer Staatsangehöriger in Bissone. Agent der faschistischen Polizei), 744–747, 752, 753, 772, 776, 779, 780
- Cristiani, Maria (Begleiterin Giuseppe Cristiani in Bissone), 744, 746, 752, 779
- Crivelli, Luigi (Gendarmerie-Beamter in Lugano), 747
- Curral, Hippolyte (Französischer Senator), 668
- Dalton, Hugh (Parlamentarischer Unterstaatssekretär im britischen Ausenministerium), 67, 885, 886
- Dankwort, Werner (Sekretär der deutschen Gesandtschaft in Bern), 107
- David, Fernand (Französischer Senator), 600, 601, 606, 657, 658, 661, 668
- Davila, Luis Robalino (Ecuadorianischer Gesandter in Bern), 146
- Dendramis, Vassili (Griechischer Geschäftsträger in Bern), 376, 377
- Denis (Amerikanischer Finanzunterhändler in Warschau), 579
- Deruelle, Joseph (Rechtsberater im belgischen Ausenministerium), 282

- Déteindre, Gerold Friedrich (Schweizerischer Honorargeneralkonsul in Prag), 216, 251
- Deutsch, Felix (Geheimer Kommerzienrat. Vorsitzender des Direktoriums der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, AEG), 464
- Dewey, Charles Schuveldt (Amerikanischer Finanzberater der polnischen Regierung), 775, 776
- Dinichert, Paul (Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements), 8, 25, 35, 42, 44, 50, 71, 104, 121, 126, 137, 181, 237, 250, 273, 278, 279, 281, 360, 361, 444, 456, 457, 460, 494, 517, 521, 546, 567, 603, 607, 612, 633, 641, 669, 697, 703, 706, 714, 722, 725, 755, 756, 758, 759, 775, 815, 847, 858, 872, 874, 887, 893, 923
- Divilkowsky, Maxim Anatolievitsch (Sowjetischer Delegierter an der Meerengenkonferenz zwischen Griechenland und der Türkei in Lausanne 1923), 239, 242, 248, 254, 256, 257, 262, 280, 465, 476, 488, 499, 508, 516
- Djermal Pascha, Achmed (Türkischer General. Am 21.7.1922 in Tiflis von Armeniern ermordet), 474
- Djevad, vgl. Djermal Pascha, Achmed
- Dolezal, Franciszek (Unterstaatssekretär im polnischen Ministerium für Industrie und Handel. Delegierter Polens an den Verhandlungen des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes), 555, 580, 588
- Dollfus, Ruggiero (Tessiner Nationalrat, kath.-kons.), 603
- Doude van Troostwyk, Willem I. (Niederländischer Gesandter in Bern), 395
- Doumergue, Gaston (Französischer Staatspräsident), 44, 46
- Dreyfus, Eugène (Französisches Mitglied des Internationalen Gerichtshofes im Haag in der Zonenfrage), 878
- Dreyfus, Silvain (Französischer Delegierter in der Rheinzentralkommission), 792, 793, 919
- Dreyfuss, Armand (Delegierter des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins), 365
- Drummond, Sir James Eric (Generalsekretär des Völkerbunds), 228, 278, 288, 338, 347, 348, 398–400, 405, 406, 409, 417, 430, 642, 730, 732, 799
- Dubois, Léopold (Direktor des Schweizerischen Bankvereins. Präsident des Finanzkomitees des Völkerbundes), 23, 58, 71, 189, 364, 427, 428, 531, 542
- Duca, Johann G. (Rumänischer Aussenminister), 69, 70
- Dufour-Féronce, Albert (Untergeneralsekretär des Völkerbunds. Direktor der Abteilung für internationale Büros und geistige Zusammenarbeit im Sekretariat des Völkerbundes), 645
- Duft, Johannes (St.Galler Nationalrat, kath.-kons.), 696
- Dunant, Alphonse (Schweizerischer Gesandter in Paris), 25, 27, 30, 37, 42, 43, 45, 48, 49, 51, 53, 101, 131, 132, 136, 169, 185, 188–190, 207, 258, 274, 309, 363, 384, 416, 417, 434, 451, 452, 454, 470, 518, 519, 528, 532–535, 546, 552, 567, 600, 607, 616, 628, 656, 658, 660, 661, 663, 668, 676, 677, 703, 734, 819, 821, 836, 842, 848, 851, 923
- Durand, Marguerite (Begleiterin Cesare Rossis in Bissone), 745–747, 752, 753, 770, 772, 779
- Egger, Karl (Schweizerischer Gesandter in Buenos Aires), 1, 8, 31, 366
- Elbel, Paul (Leiter der Abteilung für Handelsverträge und Wirtschaftsinformation im französischen Handelsministerium), 836
- Emmanuel, Guglielmo (Chefredaktor des Corriere della Sera), 251
- Erich, Rafael W. (Finnischer Gesandter in Rom. Delegierter beim Völkerbund), 267
- Ericson, Robert (Vertreter von Brown-Boveri, Baden, in Petrograd und Moskau), 159
- Espinosa de los Monteros, Fernando (Generalsekretär des spanischen Staatsministeriums. Beauftragt als Aussenminister bis 1925), 15
- Estella, Marquis de, vgl. Primo de Rivera
- Farinacci, Roberto («Ras» von Cremona. Sekretär des Partito Nazionale Fascista bis 1926), 692, 742, 824
- Feer, Edouard (Sekretär II. Klasse in der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin), 355
- Ferrata, Renzo (Chef der fasci in der Schweiz), 110, 446, 760
- Ferreira, Antonio (Portugiesischer Gesandter in Bern), 79
- Ferrero, Marius (Französischer Abgeordneter im Conseil général des Département de la Haute-Savoie), 274
- Fierlinger, Zdenek (Tschechoslowakischer Gesandter in Bern ab 1928), 859
- de Filippis (Generalinspektor der Sicherheitspolizei im italienischen Innenministerium), 609
- Fischer (Pariser Direktor des Banker's Trust. Hauptunterhändler für die amerikanische Anleihe an Polen), 576–579, 588

- Flegenhaimer, Julien (Architekt. Gewinner des 1. Preises des Projektwettbewerbs für den Völkerbundspalast), 646
- Ford Henry (Amerikanischer Industrieller), 913
- Forrer, Robert (St. Galler alt-Nationalrat, rad.-dem.), 418, 419, 422, 423
- François-Marsal, Frédéric (Ehemaliger französischer Finanzminister und Ministerpräsident), 43, 642
- Frey, Alfred (Zürcher Nationalrat, rad.-dem.), 24
- Frick, Edouard Auguste (Ehemaliger Delegierter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf), 185, 186, 207, 208
- Friedmann, Julius (Tschechoslowakischer Ministerialdirektor. Leiter der tschechoslowakischen Handelsvertragsdelegation), 253
- Fröhlich, Max (Aus Italien ausgewiesener Schweizerbürger), 854
- Frölicher, Hans (Gesandtschaftssekretär I. Klasse im Politischen Departement), 781, 931
- Frola, Francesco (Ehemaliger italienischer Abgeordneter), 445
- Fromageot, Henri (Rechtsbeirat im französischen Aussenministerium. Französischer Delegierter in der Rheinzentalkommission), 9, 10, 27, 35, 38, 39, 282, 451, 454, 455, 460-462, 791-793
- Fuchs, Rudolf (Ministerialdirektor. Präsident der Badischen Wasser- und Strassenbaudirektion. Delegierter in der Rheinzentalkommission), 34, 919
- Fu'ad I., Ahmad (König von Ägypten), 258
- Furrer, Reinhold (Oberpostdirektor), 729-731
- Gallardo, Angel (Argentinischer Aussenminister), 366, 367
- Gallet, Claudius (Französischer Senator), 668
- Garbani-Nerini, Evaristo (Direktor des internationalen Büros des Weltpostvereins), 862
- Garbasso, Carlo (Italienischer Gesandter in der Schweiz bis Juni 1926), 119, 135, 161, 168, 185, 194-196, 334-337, 357, 446, 758, 759
- Garibaldi, Giuseppe (Italienischer Antifaschist. Enkel Giuseppe Garibaldis), 251, 743, 813
- Gasparri, Pietro (Italienischer Kardinal), 823
- Gassmann, Arnold (Oberzolldirektor. Mitglied der Handelsvertragsdelegation), 24, 25, 66, 92, 154, 156, 179, 200, 222, 434, 501, 506, 511, 609, 889
- Gaus, Friedrich (Ministerialdirektor. Leiter der Abteilung V des Auswärtigen Amts. Deutscher Delegierter beim Völkerbund), 41, 42, 633, 645
- Gentile, Giovanni (Italienischer Abgeordneter. Ehemaliger Unterrichtsminister), 168
- Gibson, Hugh S. (Amerikanischer Gesandter in Bern), 183
- Girardet, Alexandre Léon Eugène (I. Sekretär der schweizerischen Gesandtschaft in Washington), 126, 137
- Glarner, André (Korrespondent des Exchange Telegraph in Genf. Generalsekretär der internationalen Vereinigung der beim Völkerbund akkreditierten Journalisten), 642
- Goex, vgl. Quoëx
- Gomes da Costa, Manuel de Oliveira (Portugiesischer Staatspräsident), 332
- Gómez Garriga, J. L. (Kubanischer Legationsrat und Geschäftsträger a. i. in Peking), 813
- Gorgé, Camille (I. Sektionschef in der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements), 419, 421, 680
- Grabner, Ernest-Paul (Neuenburger Nationalrat, soz.), 757
- Gradziński, Michal (Wojwode von Schlesien), 798
- Graham, William (Britischer Handelsminister), 927
- Grandi, Dino (Unterstaatssekretär im italienischen Aussenministerium. Aussenminister ab 1929), 335, 336, 339, 357, 358, 455, 752, 755, 756, 769, 777, 866, 868, 911
- Grassi, Marco (Delegierter der Tessiner Polizei), 847
- Grew, Joseph C. (Ehemaliger amerikanischer Gesandter in Bern), 360, 652
- Grimm, Robert (Berner Nationalrat, soz.), 140, 446
- GrosPierre, Achille (Berner Nationalrat, soz.; Sekretär des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes), 505, 506
- Guariglia, Raffaele (Generaldirektor für Europa und die Levante im italienischen Aussenministerium), 692, 693, 750, 854, 866
- Guglielardi (Herausgeber der Zeitung Avanguardia), 862
- Haab, Robert (Bundesrat. Vorsteher des Eidgenössischen Post- und Eisenbahndepartementes bis 1929), 83, 88, 107, 109, 110, 118, 141, 142, 145, 157, 159, 163, 348, 349, 385, 389, 391, 398, 407, 460, 503, 507, 550, 553, 582, 589, 594, 717, 722, 768, 829, 832, 844
- Häberlin, Heinrich (Bundesrat. Vorsteher des Eidgenössischen Departementes des Innern), 37, 71, 81, 92, 101, 107, 129, 140, 143, 159, 162, 163, 184, 339, 340, 345, 347-349, 362,

- 375, 436, 445, 456, 460, 503, 507, 510, 524, 528, 530, 532, 542, 560, 567, 581, 582, 585, 620, 632, 741, 751, 759, 760, 764, 767, 769, 776, 808, 811, 812, 819, 826, 843, 863, 901, 911, 922
- Hagemann (Geheimrat im deutschen Reichswirtschaftsministerium. Mitglied der deutschen Handelsvertragsdelegation), 147, 172, 838
- Hall, David (Geschäftsmann in Addis Abeba. Korrespondent der Société Suisse–Abyssine), 734
- Haller, Rodolphe de (Kassier des IKRK), 717
- Hauser, Fritz (Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt. Vorsteher des Erziehungsdepartements), 830
- Hauteclouque, Jean de (Sekretär der französischen Botschaft in Bern), 340
- Hegershausen (Deutscher Staatsangehöriger. Mittelsmann für russische Bestellungen in der Schweiz), 212, 213, 226
- Henckel von Donnersmarck, Edwin (Präsident des Deutschen Volksbunds für Polnisch-Oberschlesien), 798
- Henderson, Arthur (Britischer Aussenminister), 885, 887, 893–895
- Henneberg, Charles (Präsident der Association genevoise pour le maintien des zones franches de 1815 et 1816), 308
- Hennessy, Jean (Französischer Botschafter in Bern), 5, 234, 235, 239, 240, 253–255, 261, 272, 273, 279–281, 340, 434, 470, 471, 532, 533, 540, 658
- Hennings, Einar (Schwedischer Gesandter in Bern), 275
- Herbette, Jean (Französischer Botschafter in Moskau), 223, 229, 230, 254, 256
- Herold, Robert (Kreisdirektor SBB. Erster Delegierter des Bundes in der Rheinzentralkommission. Schweizerisches Mitglied des Fachausschusses für die Errichtung einer Radiostation des Völkerbundes), 34, 695, 729, 791, 919, 920
- Herriot, Edouard (Französischer Ministerpräsident 1924–1925 und 1926. Unterrichtsminister 1926–1928), 27, 41–46, 48, 51, 53, 99
- Hindenburg von Beneckendorff, Paul von (Deutscher Staatspräsident), 100, 294
- Hirschbühl, Alois (Schweizer Oberst. Kommandant der Schweizergarde in Rom), 824
- Hochuli, Gertrud, 446
- Hoffmann, Arthur (Ehemaliger Bundesrat), 659
- Hoffmann, Eduard (Legationsrat der deutschen Gesandtschaft in Bern), 44, 45
- Hofmaier, Emil (In Italien verurteilter Basler Kommunist), 830, 831
- Hofmaier, Karl (Bruder von Emil Hofmaier. Instruktor der Komintern für Italien und Belgien), 830
- Homberger, Heinrich (Sekretär des Vorortes des Schweiz. Handels- und Industrievereins), 797
- Hoover, Herbert Clark (Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ab 1929), 852
- Hotz, Jean (Adjunkt des Chefs der Handelsabteilung. Ab 1928 Vizedirektor der Handelsabteilung), 361, 901
- Chi Yung Hsiao (Erster Sekretär der chinesischen Gesandtschaft in Bern. Geschäftsträger a. i.), 697, 698, 707, 725, 814
- Huber, Johannes (St. Galler Nationalrat, soz.), 281
- Huber, Max (Rechtskonsulent des Bundesrates. Ab 1923 Richter am Internationalen Gerichtshof im Haag), 74, 91, 106, 107, 266, 419
- Hubert, Lucien (Präsident der aussenpolitischen Kommission des französischen Senats), 601, 819
- Huerta, Adolfo de la (Ehemaliger mexikanischer Staatspräsident), 130, 131
- Hurst, Sir Cecil James Barrington (Rechtsberater des britischen Aussenministeriums), 67, 74, 75, 91, 406, 886
- Hymans, Paul (Belgischer Aussenminister), 192, 927
- Ishii, Kikujiro Viscount (Japanischer Delegierter beim Völkerbund), 295, 296, 409
- Isler, Johann Lukas (Schweizerischer Generalkonsul in Shanghai), 50, 104, 121, 122, 706, 712, 725, 813
- Jacini, Stefano (Mitglied der italienischen Abgeordnetenversammlung), 251
- Jaeger, Maximilian (Schweizerischer Gesandter in Wien), 64, 210, 607, 612, 641, 643, 644, 914, 916
- Jäggi, Bernhard (Basler Nationalrat, soz.; Präsident der Verwaltungskommission des Verbandes schweizerischer Konsumvereine), 25
- Jenner, Karl von (Legationssekretär und schweizerischer Geschäftsträger in Belgrad), 477
- Jöhr, Adolf (Mitglied der Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt), 362
- Jouvet, Robert (Sekretär der Genfer Handelskammer), 896, 897

- Jovanovitch, Miloutine (Gesandter des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in Bern bis 1927), 445, 463, 477
- Juch, Otto (Sektionschef im österreichischen Finanzministerium), 723
- Julliard, Robert (Mitglied des Direktionskomitees der Association de Secours mutuel et de protection des Intérêts Suisses en Russie, Secrusse), 236
- Kästli, Friedrich (Schweizerischer Konsularattaché in Shanghai), 106, 121, 152, 153
- Karnebeek, Herman Adriaan van (Niederländischer Aussenminister), 3, 107, 395, 396, 405
- Kaufmann, Bernhard (Zürcher Stadtrat), 632
- Kellogg, Frank Billings (Amerikanischer Staatssekretär. Initiator des Kellogg-Paktes), 183, 626, 665, 669, 677, 678, 716, 737–739, 741, 786, 787, 794
- Keyes, Henry Wilder (Amerikanischer Senator aus New Hampshire), 853
- Kienböck, Viktor (Österreichischer Finanzminister), 608
- Koerner, Paul Ernst von (Leiter der deutschen Delegation für die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen), 17
- Kraevsky, Boris (Leiter der sowjetischen Handelsmission in Buenos Aires), 366
- Krassin, Leonid Borisowitsch (Stellvertretender Volkskommissar für Aussenhandel der UdSSR), 186, 408
- Krestinski, Nikolai (Sowjetischer Botschafter in Berlin), 212–215, 237, 293, 515, 516, 521, 522
- Krofta, Kamil (Direktor der politischen Sektion im tschechoslowakischen Aussenministerium), 644
- Kwiatkowski, Eugen (Polnischer Handelsminister), 580
- Van Langenhove, Fernand (Kabinettschef des belgischen Aussenministeriums), 530
- Lanier, Maxime (Landwirt in Paconinge), 5
- Lardy, Charles Louis Etienne (Schweizerischer Gesandter in Stockholm), 275, 276
- Lardy, Etienne (Legationssekretär im Politischen Departement. Ab 1928 Sekretär in der schweizerischen Gesandtschaft in Washington). 665, 669, 825
- Laroche, Jules Alfred (Direktor der Politischen und Handelspolitischen Abteilung im französischen Aussenministerium), 27, 169
- Laur, Ernst (Sekretär des schweizerischen Bauernverbandes. Mitglied der Handelsvertragsdelegation), 4, 25, 66, 90, 92, 154, 156, 179, 200, 222, 232, 283, 285, 324, 501, 505, 506, 634–636, 797, 813
- Lee, John (Oberst. Britischer Experte im Fachausschuss für die Errichtung einer Radiostation des Völkerbundes), 729
- Léger, Alexis (Kabinettschef des französischen Aussenministers), 30, 601
- Leroy, Amé (Französischer Generalkonsul in Genf), 601
- Leuté, Emile (Direktor des sechsten Zollkreises, Genf), 897
- Li Ngüan-hung (Ehemaliger chinesischer Staatspräsident), 104
- Litwinow, Maxim Maximowitsch (Sowjetischer stellvertretender Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten), 207, 254, 256, 261
- Liu Shu-fan (Generaldirektor der chinesischen Post in Nanking), 706
- Loës, Hugues de (Schweizer Oberst. Vorsitzender des Hafenausschusses von Danzig), 798
- Logoz, Paul (Genfer Nationalrat. Professor für Strafrecht an der Universität Genf. Schweizerischer Unterhändler bei der Ausarbeitung der Schiedsordnung und des Vergleichs- und Schiedsvertrags mit Frankreich), 9, 10, 27, 28, 35, 38, 39, 73, 78, 101, 103, 173–175, 274, 416, 454, 455, 460–462, 628, 661, 663–665, 703, 717, 719, 801, 840, 848, 851, 875, 876, 882, 899–901
- Lohner, Emil (Berner Nationalrat, rad.-dem.; erster Delegierter an der Konferenz für die Kontrolle des Waffen- und Munitionshandels), 56, 57, 82, 83, 88, 89, 471
- Lojacono, Vincenzo (Generaldirektor für allgemeine Angelegenheiten des italienischen Aussenministeriums), 68, 759, 760, 770
- Lono, Orazio (Italienischer Grenzwächter), 166
- Lono, Simone (Vater von Orazio Lono), 166
- López de Lago y Stolt, Rafael (Abteilungschef für Handel im spanischen Aussenministerium), 708
- López Roberts y Terry Marqués de la Torrehermosa, Mauricio (Spanischer Gesandter in Bern), 584, 621, 808
- Lou, vgl. Tseng-Tsiang Lou
- Loucheur, Louis (Französischer Finanzminister 1925/26. Delegierter beim Völkerbund), 44, 47, 150, 151, 189, 531, 873
- Luther, Hans (Deutscher Reichskanzler 1925–1926), 100
- MacDonald, James Ramsay (Britischer Premierminister), 885, 886, 894

- MacMurray, John Van Antwerp (Amerikanischer Gesandter in Peking), 138
- Maffei (Im Zusammenhang mit der Affäre Rossi in der Presse genannter Name), 745
- Maffioretto, Dionisio (Tessiner Sozialist. Chef des Arbeitsamtes), 195
- Mahieu, Albert (Erster französischer Delegierter in der Rheinzentalkommission), 919
- Mameli, Francesco Giorgio (Kabinettschef des italienischen Aussenministers), 754–756
- Marcilly, Chassin de (Französischer Botschafter in Bern), 923–926
- Margerie, Pierre de (Französischer Botschafter in Berlin), 40, 41
- Martin, Henri (Legationsrat. Schweizerischer Geschäftsträger in der Türkei. Ab 1928 schweizerischer Gesandter in Ankara), 304, 380, 381, 468–470, 484, 510, 521, 690
- Martin, Paul Edmond (Genfer Staatsarchivar), 896, 897, 901
- Matte Gormaz, Jorge (Chilenischer Aussenminister), 31
- Matteotti, Giacomo (Ehemaliger italienischer sozialistischer Abgeordneter und Führer der Vereinigten Sozialistischen Partei Italiens. 1924 ermordet), 201, 331, 334, 336–338, 347, 691, 742
- Matzinger, Hermann (Sekretär des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt), 830
- Maunoir, Albert-Edouard (Genfer Grossrat. Nationalrat, lib.-dem.), 757
- Mehmet Münir Erteğün (Türkischer Gesandter in Bern), 35, 36, 304, 469, 484
- Méline, (Félix) Jules (Ehemaliger französischer Minister für Ackerbau und Ministerpräsident), 709
- Mendeville Valdés, Jorge (Chilenischer Gesandter in Bern), 31
- Mengotti, Alfred (Schweizerischer Gesandter in Madrid bis 1925), 15
- Micheli, Louis (Gesandtschaftssekretär II. Klasse in der Abteilung für Auswärtiges des Eidgenössischen Politischen Departementes), 249, 250, 608, 613, 614
- Miescher, Rudolf (Basler Regierungsrat. Vorsteher des Finanzdepartements und der Rheinschiffahrtsdirektion), 826
- Millerand, Alexandre (Ehemaliger französischer Staatspräsident), 53
- Minger, Rudolf (Bundesrat. Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes ab 1930), 927, 930
- Modzelewski, Jean (Polnischer Gesandter in Bern), 502, 577, 578
- Moerikofer, Peter (Mitglied des Direktionskomitees der Association de Secours mutuel et de protection des Intérêts Suisses en Russie, Secrusse), 236
- Moffat, Pierrepont (Legationssekretär der amerikanischen Gesandtschaft in Bern), 739
- Monnet, Jean (Französischer Bankier. Finanzexperte in Polen), 588
- Monroe, James (Ehemaliger amerikanischer Präsident), 667, 683, 687, 738
- Montenach, Jean Daniel de (Sekretär in der Section politique des Völkerbundes), 223, 224, 278, 295, 317, 338, 347, 395, 398, 399, 405–407, 409, 429, 430, 642, 798, 799
- Montessuit, Claudius (Bauunternehmer. Maire von Annemasse), 5
- Monzie, Anatole de (Französischer Unterrichtsminister 1925. Minister für öffentliche Arbeiten 1925–1926. Finanzminister 1926), 44–46, 293
- Moresi, Giovanni (Schweizer in italienischer Haft), 854
- Moriaud, Alexandre (Präsident des Genfer Staatsrates 1926. Finanzdirektor), 262, 335, 336, 371
- Moro-Giafferri, Vincent de (Französischer Rechtsanwalt), 918
- Motta, Giuseppe (Bundesrat. Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departementes), 1–3, 5, 9, 12, 27–31, 36, 38, 39, 42, 43, 45, 48, 51, 53, 67–69, 72, 74, 75, 81, 91, 97–101, 103, 106, 118, 119, 123, 125, 129, 135, 136, 138, 140, 147, 150, 151, 159–162, 164, 167, 169, 173–176, 182, 183, 185, 188–197, 201, 202, 206, 207, 209, 212, 228, 229, 233–237, 239–241, 243, 250, 255, 257–261, 265, 267, 272–275, 278, 281, 292, 294–296, 298, 299, 304, 305, 309, 313, 314, 317–320, 323, 332–338, 345, 347, 348, 357, 359, 362, 366, 371–373, 376, 377, 379, 381, 384, 393, 395, 399–401, 404–410, 416, 417, 421, 423, 424, 429, 430, 434–436, 439, 445, 447–451, 454–457, 460, 463–465, 467, 468, 474, 478, 483, 484, 486, 490, 495, 496, 509, 514, 516, 517, 525, 528, 532, 533, 540, 547, 550, 553, 558, 560, 564, 566, 568, 569, 571, 581, 585, 589, 594, 595, 600, 602, 603, 605–609, 614, 620, 628, 631, 633, 637, 640, 655–661, 670, 675–678, 680, 690–693, 696, 698, 702, 705, 707, 715, 716, 719, 722, 725, 727, 735, 736, 739, 740, 749, 751, 754, 757, 763, 764, 768, 769, 771, 777, 783, 786, 791–794, 797, 801–803, 808, 812, 813, 819, 822, 825, 831, 832, 838, 846, 848, 851, 852, 854, 856, 858, 860, 861, 864–866, 868–870, 873, 875, 876.

- 878, 879, 882–884, 887–893, 895–897, 900, 901, 911, 914, 916–918, 921, 924
- Mounsey, Sir George Augustus (Unterstaatssekretär im britischen Aussenministerium), 894, 895
- Mouzaffer Kiamil (Türkischer Geschäftsträger in Bern), 304
- Müller, Adolf (Deutscher Gesandter in Bern), 312, 355, 633, 675
- Müller, Eduard (Ehemaliger Bundesrat), 659
- Müller, Eduard (Oberst. Chef der Kriegstechnischen Abteilung des EMD. Zweiter Delegierter an der Konferenz für die Kontrolle des internationalen Waffen- und Munitionshandels), 82, 88, 89
- Munir Bey, vgl. Mehmet Münir Ertegün.
- Muri, Alois (Stellvertreter des Obertelegrafendirektors. Chef der Technischen Abteilung der Obertelegrafendirektion), 729
- Mussolini, Benito (Italienischer Ministerpräsident. Aussenminister bis 1929), 13, 68, 70, 71, 161, 162, 167–169, 184, 185, 194–196, 201, 250, 251, 294, 295, 335, 336, 339, 360, 375, 381, 404, 446, 547, 548, 609, 610, 643, 644, 742, 754, 758, 770, 777, 788, 790, 812, 813, 823, 824, 854, 861, 862, 864, 866, 868
- Musy, Jean-Marie (Bundesrat. Vorsteher des Finanz- und Zolldepartementes), 9, 11, 34, 66, 103, 107, 109, 110, 118, 138, 140–143, 145, 150, 157, 159, 199, 239, 242, 255, 260, 280, 281, 297, 300, 308, 309, 337, 339, 340, 345, 347–349, 362, 364, 368, 376, 397, 412, 418, 419, 423, 426, 430, 457, 458, 489, 509, 549, 550, 553, 556, 561, 569, 571, 582, 614, 622, 623, 671, 690, 719, 737, 751, 767, 796, 803, 832, 844, 851, 863, 872, 887, 889, 901, 930
- Naef, Martin (Vizepräsident des Direktionskomitees der Association de Secours mutuel et de protection des Intérêts Suisses en Russie, Secrusse), 236
- McNeill, Ronald (Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten im britischen Aussenministerium), 67
- Negulesco, Demetrie (Rumänischer Richter am Internationalen Gerichtshof im Haag), 878
- Nénot, Henri-Paul (Französischer Architekt. Gewinner des 1. Preises des Projektwettbewerbs für den Völkerbundspalast), 646
- Nicole, Léon (Genfer Nationalrat, soz.; Redaktor am Le Travail), 336–338, 347
- Niederhauser, Rudolf (Basler Regierungsrat), 826
- Nitti, Francesco Saverio (Ehemaliger italienischer Ministerpräsident und Innenminister. Führer der Aventinopposition), 251
- Nobile, Umberto (Italienischer General. Polarforscher), 692
- Nobs, Ernst (Zürcher Nationalrat, soz.), 524
- Di Nola, Angelo (Generaldirektor im italienischen Ministerium für nationale Wirtschaft), 401–403, 473
- Norfini (Mutter von Marguerite Durand), 770
- Nyholm, Didrik Galtrup G. (Dänischer Richter am Internationalen Gerichtshof im Haag), 878
- Obregón, Álvaro (Ehemaliger mexikanischer Staatspräsident), 131
- Odinga, Theodor (Zürcher Nationalrat, radem.; Präsident der nationalrätlichen Zollkommission), 24, 312, 424, 501, 506, 624
- Oetiker, Julius (Direktor der Finanzverwaltung des EFZD), 870
- Oltramare, André (Genfer Staatsrat. Vorsteher des Erziehungsdepartementes), 175
- Painlevé, Paul (Französischer Ministerpräsident 1925. Kriegsminister 1925–1929), 44–47, 53
- Pakhravan, Mirza Fathulla Khan (Unterstaatssekretär im persischen Aussenministerium. Geschäftsführender Aussenminister), 529
- Paltenghi, Erwina (Hausangestellte Praderios in Bissone), 746
- Paravicini, Charles R. (Schweizerischer Gesandter in London), 67, 74, 75, 97, 193, 209, 258, 393–395, 697, 706, 887
- Parini, Piero (Italienischer Konsul. Ab 1928 Inspektor der italienischen Schulen im Ausland. Journalist am Popolo d'Italia. Präsident der Società Palatina per la difesa e la propaganda della lingua e della cultura italiana), 168, 184, 336, 788
- Parini-Colombi, Rosetta (Ehefrau von Piero Parini), 168
- Paul-Boncour, Joseph (Abgeordneter der Sozialistischen Partei in der französischen Kammer. Vertreter Frankreichs beim Völkerbund), 46, 229, 443, 882
- Di Pauli, Leo (Österreichischer Gesandter in Bern), 211, 614
- Paulucci de'Calboli, Giacomo (Untergeneralsekretär des Völkerbundes. Leiter der Verwaltungsabteilung im Sekretariat des Völkerbundes. Ehemaliger italienischer Gesandter in Bern), 119
- Payot, Emil (Direktor der Schweizerischen Ge-

- sellschaft für elektrische Industrie. Schweizerischer Ersatz-Delegierter in der technischen Subkommission der Rheinzentalkommission), 34, 35
- Pelt, A. (Delegierter des Völkerbundes zur Abklärung der Frage der Verlegung der internationalen Wirtschaftskonferenz nach Amsterdam), 404
- Pelte, vgl. Pelt
- Peltzer, Fernand (Belgischer Gesandter in Bern), 530
- Péquignot, Eugène (Adjunkt der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes. Ab 1928 Sekretär des EVD), 426, 635
- Peretti, Giuseppe (In Italien verhafteter Tessiner Kommunist. Angestellter der Schweizerischen Bundesbahnen), 846, 847, 851, 852, 854, 917, 918, 922
- Perez, Fernando (Argentinischer Delegierter in der Commission préparatoire de la Conférence du désarmement in Genf), 440, 443
- Perret, Henry (Schweizerischer Generalkonsul in Mexico-City), 132
- Perrier, Ernest (Freiburger Staatsrat. Nationalrat, kath.-kons.), 307
- Pessôa, Eпитacio (Brasilianischer Richter am Internationalen Gerichtshof im Haag), 878
- Peter, Marc (Schweizerischer Gesandter in Washington), 626, 643, 693, 737, 786, 794, 852, 911
- Petite, Eugène (Generalvikar von Genf), 658
- Petresco-Comnène, Nicolas (Rumänischer Gesandter in Bern), 263, 265
- Petroni, Ottorino (Italienischer Rechtsanwalt. Verteidiger Perettis), 917, 918
- Pflügl, Emmerich von (Österreichischer Gesandter. Vertreter Österreichs beim Völkerbund), 59
- Philipona, Louis (Freiburger Historiker. Chorherr von Trapezunt), 548
- Picard-Destelan, Henri (Generaldirektor der chinesischen Post in Nanking), 706
- Pictet, Paul (Präsident des Comité central suisse pour le rejet de la Convention), 897, 926
- Piffaretti, Regina (Telefonistin in Bissone), 745
- Pignatti Morano di Custoza, Bonifacio (Italienischer Gesandter in Bern ab Juli 1926), 360, 382, 446, 450, 456, 758–761, 777, 819, 857, 861, 863, 864, 868
- Pilet-Golaz, Marcel (Bundesrat. Vorsteher des Eidg. Departementes des Innern ab 1929), 803, 875, 876, 878, 896, 903, 930
- Pilsudski, Josef (Polnischer Feldmarschall. Ministerpräsident 1926–1928), 321, 579, 588
- Pisani (Im Zusammenhang mit der Affäre Rossi in der Presse genannter Name), 745
- Pitton, Henri (Waadtländer Nationalrat, radem.), 90
- Pizzardo, Giuseppe (Zuständiger Leiter der päpstlichen Schweizergarde im vatikanischen Staatssekretariat), 824
- Poincaré, Raymond (Französischer Ministerpräsident 1926 bis 1929), 43, 53, 363
- Polouine, Arcadius Pavlovitch (Weissrussischer Flüchtling in der Schweiz. Komplize Conradis), 236
- Porchet, Ferdinand (Waadtländer Staatsrat), 428, 505, 506, 535
- Praderio, Giovanni (Unternehmer in Santa di Viganello), 744, 746, 752
- Primo de Rivera y Oraneja, Miguel (Marquis de Estella. Spanischer Ministerpräsident), 807, 808
- Puau, Gabriel (Französischer Legationsrat in Bern), 19, 22, 37, 38
- Pury, Arthur de (Schweizerischer Gesandter im Haag), 3, 80, 106, 174, 175, 395, 404, 419, 421, 663, 664, 801, 841, 873, 874
- Quinones de Leon, José Maria (Spanischer Gesandter in Paris. Vertreter Spaniens beim Völkerbund), 209, 678
- Quoëx, Auguste (Generalrat von La Roche. Mitglied der Commission consultative des intérêts économiques des zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex), 274
- Raghib Baki Bey (Generaldirektor für Konsular- und Handelsangelegenheiten im türkischen Aussenministerium), 468
- Rakowski, Christian G. (Russischer Botschafter in Paris ab Oktober 1925. Stellvertreter der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR), 185, 186, 188, 208, 223, 229, 230, 273, 279, 280, 293
- Räs Tafari Makonnen (Häila Selläsé) (Kaiser von Äthiopien), 411, 412, 734
- Rataj, Maciej (Polnischer Marschall des Sejm), 320–323
- Ratzenberger, Max (Sekretär I. Klasse in der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes), 858
- Reed, David Aiken (Amerikanischer Senator aus Pennsylvania), 853
- Reinhard, Ernst (Berner Nationalrat, soz.), 489, 541
- Resā Schāh Pahlewi (Schah von Iran), 529
- Reverdin, Francis (Genfer Ingenieur), 890

- Reyes, Alfonso (Mexikanischer Gesandter in Paris), 131, 132, 136, 141
- Rikli, Martin (Professor für Botanik an der ETH in Zürich), 609
- Ritter, Karl (Ministerialdirektor. Kommissar für Wirtschaftsverhandlungen und Leiter der Sonderreferate Wirtschaft und Reparationen im Auswärtigen Amt), 855
- Ritter, Paul Gustav (Gesandtschaftssekretär II. Klasse und Geschäftsträger a.i. der schweizerischen Gesandtschaft in Bukarest), 713, 749
- Rivoli, Luigi (Italienischer Rechtsanwalt), 744–747
- Robalino Dávila, Luis (Ecuadorianischer Ministerresident in der Schweiz), 146
- Rockefeller, John Davison (Amerikanischer Industrieller), 912
- Rolin, Henri (Kabinettschef des belgischen Außenministeriums), 191, 192, 198, 282
- Romer, Thadée (Chef der Direction d'Occident des polnischen Außenministeriums), 588
- Roost, Heinrich (Chef der Generalstabsabteilung), 442
- Rossi, Cesare (Italienischer Antifaschist. Ehemaliger Pressechef Mussolinis), 741–747, 750, 752–758, 768–772, 776, 779, 780, 788, 790, 827
- Rossi, Raimondo (Tessiner Staatsrat. Direktor des Polizeidepartementes des Kantons Tessin), 1, 118, 162, 195
- Rossoni, Edmondo (Italienischer Faschist. Vertreter eines radikalen faschistischen Syndikalismus), 824
- Rothen, Fritz (Direktor der Radiostation Marconi in Bern), 492, 731
- Rothmund, Heinrich (Chef der Schweizer Fremdenpolizei), 186, 765
- Rüfenacht, Hermann (Schweizerischer Gesandter in Berlin), 17, 39, 41, 42, 44, 50, 98, 100, 104, 105, 116, 159, 160, 172, 176, 182, 183, 186, 188, 190, 206, 354, 355, 382, 400, 408–410, 419, 421, 423, 429, 435, 436, 448, 449, 456, 457, 464, 468, 474, 483, 486, 489, 496, 499, 507–509, 514–517, 521, 522, 525, 583, 633, 644, 645, 837, 849, 855
- Rüfenacht, Walter (Gesandtschaftsattaché in der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes), 172
- Salis, Ferdinand von (Schweizerischer Gesandter in Bukarest), 69
- Sandoz, Henri-Auguste (Berner Nationalrat, rad.-dem.), 506
- Sarasin, Alfred (Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung), 300
- Sargenti, Alfredo (Tessiner Polizist) 746
- Scialoja, Vittorio (Italienischer Senator. Vertreter beim Völkerbund), 339, 406, 608
- Scott, Oswald (Britischer Geschäftsträger a.i. in Bern), 921
- Secretan, Daniel (Sekretär I.Klasse in der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes), 295
- Seeliger, Arthur (Deutscher Kommissar für internationale Verhandlungen in Schiffsangelegenheiten. Erster Delegierter in der Rheinzentalkommission), 792, 919
- Segesser, Hans A. von (Schweizerischer Gesandter in Warschau), 320, 323, 555, 576, 577, 579, 588, 775, 781, 797
- Seipel, Ignaz (Österreichischer Bundeskanzler), 607, 642–645, 660, 716
- Serrato, José (Uruguayischer Staatspräsident), 367
- Serruys, Daniel (Direktor im französischen Ministerium für Handel und Industrie), 505, 519, 520, 530, 531, 551, 553, 587, 605, 611, 612, 617
- Shields, Charles Hope (Generaldirektor der chinesischen Post in Nanking a.i.), 706
- Sigg, Johannes (Zürcher Nationalrat, soz.; Kantonaler Fabrikinspektor), 602
- Signori, Giovanni (Vizekonsul. Vorsteher des Passbüros der italienischen Gesandtschaft in Bern), 446, 751, 757–761, 770, 777, 788, 790
- Smith, Alfred E. (Demokratischer Gegenkandidat Hoovers in den amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 1928), 852
- Smith, Rennie (Britischer Abgeordneter der Labour-Party), 209
- Smorti, Filiberto (Bijoutier in Genf. Ehemaliger sozialistischer Abgeordneter in Italien), 162
- Snowdon, Philip (Britischer Schatzkanzler 1924 und 1929 bis 1931), 873
- Sokal, François (Polnischer Vertreter beim Völkerbund), 406
- Solari, Napoleone (Rechtsanwalt Perettis), 847
- Solmi, Arrigo (Italienischer Abgeordneter. Professor für Staatsrecht in Pavia. Redaktor des Archivio Storico), 168, 184, 195, 196, 251
- Sonnenberg, Theoring von (Schweizerischer Legationsrat 1928 in Rom und 1929 in London), 68, 401, 741, 751, 752, 754, 756, 759, 776, 884, 893, 895
- Sonntäg, Kuno (Ehemaliger tschechoslowakischer Minister), 252

- Soulier, Edouard (Französischer Abgeordneter), 339, 340, 384
- Suetens, Max (Direktor der Wirtschaftsabteilung im belgischen Aussenministerium. Präsident der belgischen Handelsvertragsdelegation), 839, 862, 863
- Sygietński (Ministerialrat im polnischen Handelsministerium. Chef des Einfuhrwesens), 555, 577, 580
- Schäyesteh, Mohammed Khan (Persischer Geschäftsträger in Bern), 655, 698, 699, 705, 714, 735
- Scheffer, Paul (Korrespondent des Berliner Tageblattes in Moskau), 429, 435–437, 448
- Scherrer, Josef (St.Galler Nationalrat, kath.-kons.; Experte in der schweizerischen Delegation bei der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf), 428
- Scheurer, Karl (Bundesrat. Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes), 5, 24, 47, 48, 53, 58, 78, 79, 163, 177, 314, 373, 385, 389, 439, 442, 450, 451, 456, 478, 490, 509, 528, 530, 532, 542, 558, 589, 595, 598, 602, 630, 670, 671, 702, 727, 776, 782, 802, 822, 840, 843, 844, 846, 865, 879, 883, 888, 892, 901, 911, 922
- Schindler, Dietrich (Privatdozent, später Professor der Rechte an der Universität Zürich), 266
- Schlaefli, Arthur (Pfarrer aus Frutigen in italienischer Haft), 854
- Schläpfer, Paul (Professor an der ETH in Zürich), 609
- Schmid, Arthur (Aargauer Nationalrat, soz.; Redaktor und Parteisekretär), 757
- Schmid, Philipp (Zürcher Nationalrat, rad.-dem.; Zentralsekretär des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins), 621
- Schneider, Friedrich (Basler Nationalrat, soz.; Redaktor der Basler Arbeiterzeitung), 830
- Schober, Johann (Österreichischer Bundeskanzler), 916, 917
- Schönfeldt, Boris (Russischer Staatsangehöriger. Vertrauensmann Krestinskis), 212, 213, 215, 226, 236, 237
- Schopfer, Sidney (Waadtländer Nationalrat, rad.-dem.; Verteidiger Conrads), 227
- Schubert, Carl Theodor Conrad von (Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt), 293, 400, 401, 409–411, 449
- Schüller, Richard (Sektionschef im österreichischen Bundeskanzleramt. Chefunterhändler für Handelsverträge), 58, 211, 644
- Schulthess, Edmund (Bundesrat. Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes), 1, 4, 6, 22, 32, 64, 90, 103, 118, 123, 151, 153, 170, 175, 189, 194, 195, 197, 199, 230, 234, 239, 242, 244, 263, 265, 301, 304, 310, 323, 355, 357, 360, 377, 379, 389, 396, 397, 401, 423, 426, 430, 433, 456, 460, 462, 463, 468, 495, 500, 509, 517, 518, 530, 542, 552, 560, 563, 565, 576, 579, 584, 586, 588, 611, 616, 621, 624, 625, 630, 634, 637, 659, 698, 709, 711, 763, 773, 782, 869, 875, 901
- Schurman, Jacob Gould (Amerikanischer Gesandter in Peking), 51
- Stämpfli, Franz (Schweizerischer Bundesanwalt), 71, 770
- Stalin, Jossif Wissarionowitsch (Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU), 408
- De Stefani, Alberto (Italienischer Finanzminister bis Juli 1925), 294
- Stein, Ludwig (Dozent für Philosophie an der Humboldt-Akademie in Berlin. Mitarbeiter im Ullstein-Verlag), 100, 159, 160, 176, 183, 408
- Steiner, Paul Werner (Gesandtschaftssekretär I. Klasse in der schweizerischen Gesandtschaft in Warschau), 577, 798, 800
- Steinmann, Ernst (Freisinniger Parteisekretär. Herausgeber der Politischen Rundschau und Journalist an der Nationalzeitung), 479
- Steinmetz, Edouard-Ch. (Genfer Nationalrat, lib.-dem.; ehemaliger Direktor der Société suisse de surveillance), 505, 506, 535
- Stinnes, Hugo (Deutscher Industrieller), 186
- Stoutz, Maxime de (Schweizerischer Gesandter in Madrid), 125, 332, 333, 628, 634–636, 708, 807
- Strawn, Silas (Amerikanischer Rechtsanwalt in Chicago), 138
- Stresemann, Gustav (Deutscher Aussenminister), 40, 98–100, 183, 188, 190, 206, 207, 463, 645
- Stucki, Karl (Sekretär I. Klasse im Eidg. Politischen Departement), 411, 734
- Stucki, Walter (Direktor der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes. Mitglied der Handelsvertragsdelegation), 25, 66, 90, 92, 147, 154, 156, 172, 179, 181, 200, 210, 216, 222, 233, 251, 303, 310, 354, 355, 378, 379, 382, 423, 424, 428, 434, 438, 462, 463, 468–470, 472, 477, 494, 501, 506, 510, 514, 519, 525, 526, 530, 531, 535, 537, 555, 567, 586, 589, 605, 612, 617, 628, 635–637, 698, 708, 796, 797, 809, 831, 836, 837, 839, 842, 845, 855, 856, 862, 870, 888, 892, 896–898, 901, 924, 925

- Talamona, Enrico (Postbeamter. Mitglied der Società Palatina), 168
- Tamburini, Antonio (Italienischer Generalkonsul in Basel), 250
- Thibaudet, Albert (Professor der französischen Sprache und Literatur an der Universität Genf), 416
- Timciuc, Emanuel (Rumänischer Generalkonsul. Erster Sekretär der rumänischen Gesandtschaft in Bern), 134
- Titulescu, Nikolaus (Rumänischer Aussenminister), 713
- Todorovitch, Milan (Chef der Sektion für Handelsverträge im jugoslawischen Ministerium des Äusseren), 477, 478, 526
- Töndury, Hans (Professor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Genf. Präsident der Association de Secours mutuel et de protection des Intérêts Suisses en Russie, Secrusse), 212, 226, 236, 292, 293
- Tonello, Tommaso-Angelo (Ehemaliger italienischer Abgeordneter, soz.; Redaktor an der Libera Stampa in Lugano), 161, 186, 187, 250, 294, 307, 381
- Torrenté, Henri de (Schweizerischer Handelsattaché in Paris), 831
- Traversa, Bianca (Italienische Staatsangehörige in Bissone), 744, 746, 752, 780
- Traversa, Nicola (vgl. Giuseppe Cristiani), 776, 779, 780
- Trembley, Ernest (Präsident der Commission commerciale suisse in Kairo), 18, 49, 84–86, 97, 98, 258, 393, 394, 494, 569, 570, 622
- Trendelenburg, Ernst (Staatssekretär des deutschen Reichswirtschaftsministeriums), 849
- Trottet, Maurice (Genfer Rechtsanwalt. Sekretär der Association genevoise pour le maintien des zones franches de 1815 et 1816), 308
- Tschiang Kai-schek (Chinesischer Ministerpräsident 1927/28. Ab 1928 Staatspräsident), 582
- Tschitscherin, Georgi Wassiljewitsch (Sowjetischer Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten), 17, 159, 160, 176, 182, 183, 185, 188, 190, 206–208, 214, 223, 236, 246, 278, 281, 401, 408, 411, 418, 423
- Tseng-Tsiang Lou (Chinesischer Gesandter in Bern), 12, 104, 106, 249, 250
- Tumedei, Cesare (Italienischer Abgeordneter. Präsident der Generalkommission für das Budget), 691, 692
- Turretini, Edmond (Genfer Staatsrat. Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes), 334, 335
- Tyrrell, Sir William (Unterstaatssekretär im britischen Aussenministerium), 288, 886
- Undén, Oesten (Schwedischer Aussenminister. Ab Juni 1926 Sonderrat für internationales Recht im schwedischen Aussenministerium), 275–277, 295
- Valloton-Warnery, Henri François Jules (Waadtländer Grossrat. Nationalrat, radem.), 281
- Vandervelde, Emile (Belgischer Aussenminister), 191, 192, 462, 463
- Varenne, Alexandre (Französischer Abgeordneter), 46
- Venturini, Luigi (Italienischer Journalist), 168
- Vernizzi, Angelo (Italienischer Polizeiaгент im Tessin), 751, 757
- Vettori, Vittorio (Direktor des Giornale d'Italia), 251
- Veverka, Ferdinand (Tschechoslowakischer Gesandter in Bern bis Oktober 1928), 426
- Vezzari, Santore (Italienischer Polizeiaгент im Tessin), 751, 757, 758
- Visscher, Charles de (Belgischer Jurist), 271
- Vitalini, Carlo (Podestà von Campione), 747
- Vogel, Leo (Erster Legationsrat in der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin), 464, 517
- Wagnière, Georges (Schweizerischer Gesandter in Rom), 13, 68, 70, 71, 110, 119, 164, 167, 168, 184–186, 194–196, 201, 202, 250, 258, 294, 299, 334–336, 338, 345, 357, 359, 360, 381, 401, 455, 472, 478, 547, 603, 608, 609, 620, 643, 644, 691, 692, 715, 750, 751, 754, 759, 768–770, 777, 778, 788, 790, 811, 812, 822, 846, 854, 856, 860, 861, 864, 866, 868, 911, 917
- Wang Cheng-t'ing (Chinesischer Aussenminister), 712, 813
- Waguih Pacha, Ibrahim (Unterstaatssekretär im ägyptischen Aussenministerium), 19, 49, 97, 394, 570, 622
- Walch, Emil (Mitglied des Direktionskomitees der Association de Secours mutuel et de protection des Intérêts Suisses en Russie, Secrusse), 236
- Weber, Max (Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes), 428
- Weck, René de (Schweizerischer Legationsrat in Paris), 140, 141, 566, 770, 882

- Weinzinger, Erich (Österreichischer Honorarkonsul in Addis-Abeba. Ab März 1927 kaiserlicher Berater und Rechtsberater der äthiopischen Regierung), 411, 412, 734
- Welti, Franz (Basler Nationalrat, komm.; Vorsitzender der kommunistischen Partei der Schweiz), 194
- Werner, Karl (Ministerialrat im österreichischen Ministerium für Land- und Forstwirtschaft. Mitglied der österreichischen Handelsvertragsdelegation), 211
- Wetter, Ernst (Vizedirektor des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins. Mitglied der Handelsvertragsdelegation), 4, 24, 25, 66, 92, 147, 154, 156, 179, 200, 222, 428, 501, 506, 535, 551, 564, 565, 587, 617, 634–636, 797
- Widmer, Paul (Sekretär II. Klasse in der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes), 550
- Wille, Ulrich (General im Ersten Weltkrieg), 659
- Wille, Ulrich (Oberst. Kommandant der Zentralschulen), 450, 451, 455, 456, 478–481
- Williams, Wythe (Korrespondent der New York Times in Genf. Präsident der internationalen Vereinigung der beim Völkerbund akkreditierten Journalisten), 641, 642
- Wilson, Hugh R. (Amerikanischer Gesandter in Bern), 640, 739, 740, 787, 794
- Windel, Joachim (Vortragender Legationsrat in der Abteilung II des deutschen Auswärtigen Amtes. Mitglied der deutschen Handelsvertragsdelegation), 147, 172, 200, 311, 356
- Winslow, Alan F. (Erster Sekretär der amerikanischen Gesandtschaft in Bern), 250
- Witos, Vinzenz (Polnischer Ministerpräsident bis Mai 1926), 320, 321, 323
- Wohlgemuth, August (Preussischer Polizeinspektor. 1889 wegen Spitzeltätigkeit aus der Schweiz ausgewiesen), 771
- Wojciechowski, Stanislaus (Polnischer Staatspräsident), 320, 322, 323
- Wolfers, Arnold (Privatdozent in Berlin), 418, 421–423, 429, 435, 436, 448
- Wolff, Julius (Professor für Nationalökonomie in Berlin), 422
- Worowski, Nina (Tochter von Waclaw Waclawowitsch Worowski), 239–249, 254–257, 259, 261, 262, 275, 276, 279, 287, 457, 458, 466, 474–476, 483, 486, 488, 499, 508, 516, 522
- Worowski, Waclaw Waclawowitsch (Sowjetischer Diplomat. Als Beobachter an der Meerengenkonferenz in Lausanne am 10. 5. 1923 ermordet), 159, 186, 214, 215, 223, 226–228, 230, 234–236, 239, 242, 244, 246, 248, 254, 256, 257, 260, 262, 276, 280, 287, 407, 409, 410, 418, 458, 464–466, 476, 488, 499, 507–509, 516, 522, 523
- Young, Owen D. (Amerikanischer Financier. Vorsitzender der Pariser Sachverständigenkonferenz zur Regelung der Reparationsfrage. Initiator des Young-Plans), 871, 873
- Zaghlul Pascha, Sa'd (Ehemaliger ägyptischer Ministerpräsident. Langjähriger Führer der oppositionellen Wafd-Partei), 259
- Zaleski, August (Polnischer Aussenminister), 463, 729, 799
- Zeli, Edoardo (Tessiner Grossrat und Nationalrat, soz.), 250, 307, 757, 857
- Zimmerli, Jakob (Luzerner Nationalrat, radem.; Stadtpräsident von Luzern), 759, 760
- Zimmerman, Alfred R. (Kommissar des Völkerbundes in Österreich), 197
- Ziwer, Achmed (Ägyptischer Ministerpräsident), 18, 258, 259
- Züblin, Anton (Oberst. Ehemaliger Kommandant der Infanterie-Brigade 14. Rechtsanwalt in Zürich), 442, 670, 727

2. ORTSREGISTER

Die Namen «Bern» und «Schweiz» werden im Ortsregister nicht berücksichtigt. Nicht aufgeführt sind ferner die grossen Nachbarstaaten der Schweiz (Deutschland, Frankreich, Italien), die über das thematische Verzeichnis erschlossen werden können.

Aachen, 810
 Aargau, 674
 Addis Abeba, 411, 412, 734
 Adria, 106

Ägypten, 18, 49, 83–87, 97, 98, 258, 259,
 393–395, 494–496, 569, 570, 622, 726
 Äthiopien, 329, 411, 412, 734, 818
 Ain, 662, 906

- Aire, 906
 Aix-la-Chapelle, vgl. Aachen
 Alexandrien, 50, 85
 Alpe Bolla, 136, 165, 166
 Alpe Grotta, 693
 Alpen, 295
 Amalfi, 824
 Amerika, 19
 Amsterdam, 395, 398, 399, 404–406, 448, 873, 874
 Ankara, 35, 36, 304, 381, 468, 484, 485, 510
 Annecy (Lac), 664
 Annemasse, 5, 275, 662, 733, 890, 905, 906
 Antwerpen, 163, 863
 Argentinien, 298, 319, 366, 367, 443, 726, 816, 887
 Arlberg, 23
 Arve, 906
 Asien, 30
 Athen, 343, 377–379, 392, 393, 521, 641
 Aubonne, 906
 Australien, 123, 739, 928
- Baden (Aargau), 159, 709
 Baden (D), 154
 Baden-Baden, 834, 911, 930
 Balkan, 644, 716
 Balsthal, 568
 Baltische Staaten, 764
 Baselland, 783, 784, 786
 Basel (-Stadt), 34, 194, 201, 294, 309, 428, 446, 480, 503, 568, 671–674, 695, 783, 785, 786, 793, 826–828, 830, 833–835, 930
 Bayern, 154, 645
 Beaumont, 906
 Belgien, 11, 12, 34, 47, 69, 113, 121, 122, 126, 163, 191, 192, 198, 199, 277, 282, 287, 305, 306, 389, 391, 438, 462, 463, 530, 543, 619, 639, 709, 710, 713, 739, 796, 809, 810, 815, 818, 839, 859
 Belgrad, 438, 445, 464, 477, 500, 501, 521, 641
 Bellegarde, 662, 906
 Bellevue, 370
 Bellinzona, 307, 847, 856, 857, 922
 Berlin, 14, 17, 39, 41, 42, 44, 51, 98, 100, 114, 146, 150, 155, 159, 160, 170–173, 176, 182, 183, 188, 190, 200, 206, 211, 212, 215, 218, 225, 226, 230–232, 238, 283, 285–288, 293, 294, 301, 303, 310–312, 324, 326, 354, 382, 386, 400, 401, 407–410, 418, 419, 421, 423, 429, 435–437, 448, 449, 456, 457, 464, 468, 474, 483, 486, 489, 496, 503, 507–509, 514–517, 521, 522, 525, 526, 535, 583, 633, 641, 645, 671, 697, 706, 707, 768, 792, 837, 838, 849, 855
- Berninapass, 142
 Biel, 856
 Bissone, 744–746, 752, 780
 Bodensee, 503, 671–673, 783, 785, 833
 Böhmen, 797
 Bolivien, 250
 Bourget (Lac), 664
 Bouvret, 662
 Brasilien, 288, 318, 319, 329, 366, 367, 726, 878, 887
 Brüssel, 11, 12, 191, 197, 199, 277, 281, 283, 305, 306, 365, 389, 462, 463, 521, 641, 797, 809, 810, 862, 874, 911, 930
 Brugg, 66, 501
 Buchs, 23
 Budapest, 447
 Buenos Aires, 1, 2, 8, 31, 366, 521, 641
 Bukarest, 69, 106, 134, 263, 447, 521, 641, 678, 679, 713, 749, 761, 766, 767
 Bulgarien, 570, 717, 726, 818
- Cadro, 166
 Campione, 744–747, 750–753, 772, 780
 Capriasca, 165
 Caprino, 753
 Carouge, 370
 Centovalli, 118
 Chablais, 370, 664
 Châble, 906
 La Chaux-de-Fonds, 54
 Chenex, 906
 Chens, 906
 Chez Fauraz, 906
 Chiasso, 511, 745, 746, 827, 847
 Chicago, 138
 Chile, 2, 31, 250, 329, 366, 367, 817, 887
 China, 12, 13, 25–27, 30, 50, 51, 100, 104–106, 121, 122, 126, 127, 137, 138, 152, 153, 249, 250, 288, 298, 318, 330, 408, 444, 489, 490, 582, 583, 697, 698, 706–708, 712, 713, 725, 726, 748, 813, 814, 880, 881
 Chouilly, 5
 Cimadera, 166
 Cochinchina, 19
 Cointrin, 596
 Colla, 165
 Collogny, 906
 Collongette, 906
 Como, 745, 746
 Cornavin, 907, 908
 Cornières, 5
 Craiova, 761, 766
 Cruseille, 906

- Dänemark, 79, 80, 121, 122, 138, 287, 288, 323, 682, 713, 723, 737, 818, 878
 Danzig, 798
 Dominions, 123, 739, 895, 928
 Domodossola, 118
 Donau, 660
 Douvaine, 906
- Ecuador, 145, 146
 Elsass (und Elsass-Lothringen), 39, 40, 531
 Eluiset, 906
 Estland, 329, 361, 422, 818
 Etrembières, 906
 Etschtal (Oberes), 603
 Eupen, 282
 Europa, 23, 59, 105, 120, 146, 183, 316, 317, 359, 434, 443, 547, 604, 678, 710, 724, 912, 927, 928
- Faido, 346
 Faucigny, 370, 664
 Faverge, 664
 Ferner Osten, 104, 137
 Ferney-Voltaire, 5, 372
 Finnland, 42, 288, 323, 329, 361, 398, 438, 543, 737, 816–818
 Fiume, 167
 Florenz, 38
 Foron, 906
 Fort de l'Ecluse, 906
 Frankfurt, 176
- Gandria, 164, 167
 Genf, 5, 29, 35, 38, 39, 59, 72, 78, 82, 84, 130, 132, 150, 151, 162, 163, 173–176, 182, 185, 189, 202, 204, 209, 211, 212, 216, 223–226, 228–230, 234, 245, 247, 262, 272, 278, 288, 290–292, 295, 308–310, 313, 316, 331, 334–337, 339, 347, 348, 367–372, 377–379, 384, 395, 398, 399, 404, 405, 409–412, 418, 419, 422, 426, 428, 429, 439, 442, 444, 446, 449, 457, 460, 463, 465, 467, 468, 490, 491, 493, 505, 506, 520, 527, 530, 531, 535, 537, 540, 541, 550, 558–560, 585, 589, 590, 593–596, 598–601, 605, 606, 609, 618, 630, 641–644, 657, 658, 660, 665, 668, 671, 675, 678, 709, 717, 721, 722, 728, 730–733, 760, 786, 787, 796, 798, 799, 801, 808, 809, 816, 836, 837, 849, 860, 869, 874, 876, 877, 881, 884–886, 888–894, 896–909, 919, 926, 928, 930
 Genfersee, 274
 Genua, 15, 824
 Germagny, 906
- Gex (Pays de), 6, 101, 203, 204, 206, 368–371, 453, 665, 717–720, 840–842, 848, 856, 875–878, 890, 897, 906
 Glarus, 762, 859
 Gotthard, 13–15, 119, 346, 767, 768, 889
 Grand Piton, 906
 Graubünden, 220
 Griechenland, 340–344, 361, 376–379, 391–393, 401, 426, 570, 651, 816
 Grillet, 906
 Grossbritannien, 40, 60, 67, 68, 74, 84, 91, 104, 120–122, 126, 136, 138, 140, 146, 163, 177, 193, 209, 249, 277, 288, 289, 295, 322, 323, 329, 343, 363, 376, 393, 448, 456, 543, 546, 566, 582, 598, 619, 621, 645, 664, 670, 705, 710, 723, 738, 739, 764, 799, 804, 806, 884–886, 893–895, 912, 914, 917
- Den Haag, 3, 10, 29, 39, 57, 72, 79, 80, 102, 106, 107, 173–175, 264, 340, 371, 395, 404, 414, 420, 450, 451, 479, 493, 559, 599, 630, 631, 633, 641, 657, 658, 661–665, 667, 675, 685, 687, 697, 706, 707, 712, 800, 801, 816, 841, 842, 848, 873–877, 889, 891, 896, 899, 900, 903, 905, 926, 930, 931
 Haiti, 818
 Hermance, 309, 906
 Hochsavoyen, 6, 101, 204, 206, 275, 313, 340, 368–371, 452, 453, 600, 657, 665, 717–720, 840, 841, 875–877, 889, 897, 906
- Indien, 329, 408, 739, 928
 Irland, 739
 Istein, 673–675, 695, 786, 790, 832, 835, 918, 920
- Japan, 69, 83, 91, 121, 122, 126, 138, 249, 319, 329, 398, 401, 406, 407, 409, 411, 421, 449, 713, 732, 739
 Jugoslawien, 180, 438, 477, 499–501, 527, 570, 645, 699–701, 710
 Jura, 309, 369, 775, 781, 782, 906
- Kairo, 18, 83, 84, 86, 258, 393, 495, 569, 570, 622
 Kanada, 123, 739, 928
 Kandersteg, 177
 Kanton, 26
 Karlsruhe, 919
 Kattowitz, 798, 800
 Kehl, 673–675, 695, 790, 832, 920
 Kembs, 34
 Kiangsu, 712
 Köln, 837

- Kölner Zone, 100
 Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen,
 329, 426, 445, 463, 500
 Kolumbien, 459, 460, 642, 748, 816
 Konstantinopel, 2, 484, 641
 Konstanz, 480
 Korsika, 251
 Kuba, 813
 Küsnacht, 501
- Lateinamerika, 318
 Lausanne, 235, 237, 241, 243, 358, 380, 428,
 465, 466, 476, 483, 505, 508, 509, 515, 516,
 523, 658, 889
 Lecheraine, 664
 Leipzig, 448
 Lettland, 329
 Liechtenstein, 12, 13, 95
 Lissabon, 332, 333
 Litauen, 422, 570
 Locarno, 118, 119, 136, 159, 161, 162, 167,
 191–193, 209, 215, 282, 305, 310, 676, 682,
 689, 739, 817
 Locum, 906
 Loisin, 906
 London, 3, 41, 67, 74, 97, 98, 123, 136, 146,
 192, 193, 202, 209, 258, 276, 288–290, 304,
 445, 521, 546, 550, 607, 613, 641, 650, 697,
 706, 712, 722–724, 870, 873, 874, 877, 884,
 893, 895, 911, 917
 Lot, 45
 Lüttich, 863
 Luganersee, 165–167
 Lugano, 109, 165, 445, 744–747, 752, 770,
 779, 780, 856–858, 866, 922
 Luzern, 428
 Luxemburg, 43, 329, 796, 817, 838
- Machilly, 906
 Madrid, 15, 16, 20, 21, 124, 125, 332, 333, 521,
 545, 546, 628, 634, 636, 637, 641, 708, 805,
 807, 808
 Mähren, 797
 Mailand, 23, 167, 168, 196, 345, 715, 779, 847,
 851, 918
 Malchamp, 906
 Malmédy, 282
 Maroggia, 746
 Marokko, 99, 584
 Menaggio, 166
 Mexiko, 129–132, 136, 140, 141, 814
 Moillesulaz, 5
 Monaco, 644
 Mont de Sion, 905, 906
- Montreal, 641, 815
 Morcote, 753
 Moskau, 17, 159, 176, 207, 208, 223, 225, 229,
 230, 234, 240, 253, 254, 256, 275, 276,
 278–281, 366, 367, 418, 419, 429, 435, 436,
 448, 467, 498, 508, 517, 521, 808
 München, 23, 286
 Münchenbuchsee, 732
 La Muraz, 906
- Nanking, 582, 706, 707, 713, 725, 726, 813, 814
 Neapel, 824
 Neuhausen, 54, 181, 638, 850
 Neuseeland, 739
 New Jersey, 912
 New York, 588, 846, 912
 Niederlande, 3, 28, 79, 80, 83, 107, 121, 122,
 126, 163, 197, 249, 287, 288, 296, 342, 363,
 391, 395, 404, 405, 420, 665, 670, 682, 710,
 723, 748, 818, 874, 911
 Nizza, 743
 Nordsavoyen, 452–454, 471, 472, 529, 541,
 600, 627, 628, 662–664
 Norwegen, 121, 122, 138, 287, 288, 332, 723,
 736, 818, 887, 888
 Nyon, 889
- Oberschlesien, 797–799
 Oerlikon, 213, 431
 Österreich, 4, 6, 7, 14, 22–25, 32, 33, 36,
 58–62, 64, 65, 71, 79, 92–96, 100, 106, 108,
 113, 148, 155, 171–173, 179, 180, 197, 210,
 211, 219–222, 232–234, 253, 323, 329, 379,
 537, 543, 603, 607, 608, 613–616, 638,
 642–646, 660, 664, 685, 710, 716, 722–724,
 734, 763, 764, 802, 806, 818, 824, 860,
 914–916, 921
 Olmütz, 252
 Orient, 393
 Osino, 166
- Paconinge, 5
 Palästina, 570
 Palermo, 335
 Paris, 5, 6, 25, 27, 28, 30, 37–39, 41–43, 45,
 48, 73, 78, 89, 99–101, 131, 136, 140, 141,
 146, 169, 174, 185, 186, 188–190, 204, 205,
 208, 229, 238, 251, 258, 272–275, 279, 280,
 304, 309, 339, 340, 362, 363, 365, 368, 372,
 384, 395, 405, 416, 430, 434, 451, 454, 455,
 470–473, 485, 504, 506, 518, 519, 521, 528,
 533, 535, 536, 539, 541, 546, 550–553, 555,
 564, 566, 571, 575, 576, 586, 600, 605, 606,
 616, 617, 623–625, 628, 631, 634, 635, 637,

- 641, 646, 647, 649, 650, 656, 658–661, 662–665, 668, 676–678, 697, 703, 706, 707, 712, 717, 719–721, 734, 736, 737, 739, 740, 745, 747, 770, 787, 794, 795, 819, 821, 831, 834–836, 840–843, 845, 848, 856, 874, 877, 878, 891, 897, 904, 906, 923
- Passo del Pairolo, 165, 166
- Passo di Federia, 142
- Passwang, 568
- Pavia, 168, 184
- Peking, 26, 30, 51, 104, 105, 138, 151–153, 582, 583, 698, 706, 712
- Persien, 55, 250, 408, 529, 546, 547, 566, 567, 570, 649–651, 655, 656, 698, 699, 705, 714, 715, 735, 748, 763, 764
- Peru, 250, 887
- Petersburg, 159, 213, 247, 287
- Pian di Scagno, 165, 166
- Pilsen, 414
- Pisa, 824
- Plainpalais, 760
- Plan de Salève, 906
- La Plata, 366
- Plauen, 286
- Polen, 30, 40, 67, 69, 80, 99, 100, 107, 180, 277, 288, 289, 298, 318, 321, 323, 329, 361, 502, 542, 553–556, 576–579, 588, 619, 642, 736, 737, 739, 773, 775, 776, 781, 782, 795, 798, 799, 860
- Ponte Tresa, 195, 868
- Porlezza, 746
- Porto Ceresio, 746, 752
- Portugal, 79, 121, 122, 126, 249, 332, 334, 379, 584, 713, 815, 818
- Prag, 65, 66, 92, 110, 151, 216, 217, 251, 312, 324, 386, 387, 397, 412, 424, 426, 447, 641, 644–646, 858, 859
- Preussen, 154, 664
- Quito, 145, 146
- La Renfile, 5
- Rhein, 34, 35, 503, 662, 671–675, 695, 783–786, 790, 791, 793, 832–835, 918, 920
- Rheinland, 874
- Rhone, 664, 906
- Rio de Janeiro, 366, 521, 641
- Rom, 13, 14, 37, 68, 70, 109, 110, 119, 146, 164, 165, 167, 185, 186, 194, 195, 201, 223, 250, 258, 294, 299, 324, 334, 335, 338, 345, 357, 359, 375, 381, 401, 433, 434, 446, 455, 472, 473, 478, 479, 483, 511, 512, 514, 521, 545–547, 555, 560, 603, 608, 610, 641, 643, 644, 646, 650, 691, 692, 697, 706, 707, 712, 715, 741, 744, 746, 750–752, 754, 756, 758, 759, 768, 771, 772, 776–779, 788, 790, 811, 812, 822, 830, 846, 851, 852, 854, 856, 860, 862, 866, 885, 894, 917
- Rumänien, 30, 36, 69, 70, 134, 135, 234, 263–265, 329, 678, 679, 704, 713, 726, 761, 762, 766, 767, 774, 783, 860, 878
- Russland, 17, 18, 51, 99, 100, 159, 160, 176, 182, 183, 186, 188, 190, 191, 206–208, 213–216, 223–230, 234, 236–239, 241–249, 253–257, 259–262, 272, 273, 275, 276, 278–281, 287, 291, 293, 315, 366, 367, 381, 398–401, 406–411, 418, 419, 421, 422, 429, 435–437, 448, 449, 456, 457, 464–466, 474, 476, 483, 486–488, 496, 497, 499, 507–509, 514, 516–518, 521–523, 525, 526, 656, 664, 670, 691, 775, 782, 879, 880
- Saar, 463
- Sachsen, 154
- Salève, 309, 369
- Saloniki, 106
- San Salvador, 329
- Santiago, 2, 8, 31, 366
- Sardinien, 664, 691, 717–720, 824, 840, 841, 906, 907
- Savoyen, 452, 471, 472, 528, 529, 533, 534, 540, 601, 663–665
- Serbien, 30, 106, 500, 726
- Sevilla, 630
- Shanghai, 26, 50, 104–106, 121, 126, 138, 152, 153, 489, 490, 582, 583, 641, 706, 712, 713, 725, 726, 813, 815
- Siam, 50, 193, 386, 726
- Simplon, 14, 23
- Solothurn, 54, 181
- Sonvico, 165, 166
- Spanien, 15, 20, 21, 47, 121, 122, 123–125, 138, 171–173, 179, 209, 277, 288, 318, 319, 323, 329, 332, 342, 379, 431, 537, 542–546, 584, 585, 621, 628, 629, 634–636, 708, 710, 711, 713, 717, 726, 748, 803–808, 813, 818, 824, 881
- Sudan, 570
- Südafrika, 928
- Südamerika, 732, 748, 887, 928
- Szamos-Tal, 762, 767
- Schlesien, 798
- Schweden, 11, 79, 121, 122, 138, 287–289, 323, 332, 543, 615, 682, 806, 818
- St-Amour, 662
- S. Lucio, 166
- St. Gallen, 95, 185, 286, 354–356, 414, 428, 438, 638, 647

- St-Genis, 5
 St-Germain, 54, 56, 329, 330
 St-Gingolph, 309, 878, 897
 St-Julien, 600, 601, 906
 Sta. Margherita, 164
 Sta. di Viganello, 744
 Steiermark, 916
 Stockholm, 275, 521, 641
 Strassburg, 34, 503, 671–675, 695, 783, 784, 786, 790–793, 832–835, 918, 920

 Tampico, 131
 Tarasp, 339
 Tавannes, 506
 Teheran, 529, 546, 566, 567, 649, 650, 698, 705, 715, 764
 Tessin, 1, 118, 162, 168, 184, 185, 194, 195, 250, 307, 338, 339, 345, 346, 357–359, 561, 743, 757, 771, 778, 811, 812, 826–828, 857, 863, 867, 868, 889
 Thônex, 5
 Tirol, 251, 723
 Tokio, 521, 641
 Toscana, 251
 Tougues, 906
 Triest, 23
 Tschechoslowakei, 30, 60, 64–67, 92, 94, 99, 108, 110–113, 124, 155, 180, 210, 216–219, 221, 251–253, 324, 329, 352, 383, 385–389, 396, 412, 413, 415, 423–426, 438, 447, 527, 537, 543, 642–644, 646, 660, 710, 736, 739, 763, 764, 817, 837, 858–860
 Türkei, 2, 35, 36, 224, 304, 380, 381, 438, 468–470, 484, 485, 510, 521, 570, 690, 815
 Tunis, 19
 Turin, 5, 120, 717–720, 840, 841, 868, 878, 906

 UGINE, 664
 Ungarn, 16, 32, 36, 80, 329, 387, 424, 438, 570, 685, 860
 Uruguay, 277, 366, 367, 817, 818, 853
 UsseS, 906

 Val Formazza, 295
 Valinget, 906
 Valleiry, 906
 Vallorbe, 480
 Valserine, 906
 Val Solda, 165

 Varese, 746
 Vatikan, 323, 819, 822–824
 Venedig, 23, 824
 Venezuela, 459, 748
 Vereinigte Staaten von Amerika, 51, 75, 77, 80, 82, 83, 121–123, 126, 127, 136, 138, 144, 163, 183, 223, 249, 250, 291, 329, 360–363, 400, 402, 406, 419–421, 443, 567, 576, 583, 585, 586, 616, 619, 626, 627, 640, 652, 654, 655, 665–667, 669, 670, 676–678, 680–687, 693, 696, 722, 723, 736–741, 786, 787, 794, 817, 818, 825, 826, 846, 853, 880, 884, 896, 911, 912, 927
 Verney, 906
 Versailles, 14, 30, 39, 40, 102, 103, 175, 205, 452–454, 548, 606, 640, 663, 664, 717–721, 767, 768, 840–842, 848, 875, 877, 878, 882, 899, 902, 905
 Vaison, 906
 Ville-la-Grand, 5
 VoironS, 369
 Vorarlberg, 62, 95, 219, 220
 Vuache, 906
 Vulpera, 862

 Waadt, 204, 236, 334, 368, 428, 902, 904, 905
 Wallis, 368, 664, 902, 904, 905
 Warschau, 92, 320, 322, 323, 447, 502, 521, 554, 555, 576, 577, 579, 581, 588, 641, 775, 781, 797–800
 Washington, 83, 105, 121, 126, 127, 137, 152, 249, 250, 421, 444, 521, 626, 641, 665–667, 669, 671, 676, 680, 681, 684, 688, 693, 694, 712, 736, 737, 740, 786, 794, 817, 825, 846, 852, 880, 911
 Wien, 23, 25, 60, 61, 64, 72, 90, 92, 95, 111, 114, 210, 211, 219, 411, 447, 521, 607, 612, 641–646, 660, 663–665, 716, 775, 781, 799, 914, 916
 Wilanow, 320
 Wilno, 798
 Württemberg, 154

 Zentraleuropa, 724
 Zürich, 24, 25, 33, 60, 66, 72, 92, 93, 130–132, 140, 266, 297, 311, 363, 370, 396, 397, 413, 428, 442, 445, 446, 450, 479, 501, 561, 565, 727, 761, 766, 769, 773, 808, 843, 856, 857, 868

IX. VERZEICHNIS DER BENÜTZTEN BESTÄNDE DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESARCHIVS BERN

AMTLICHE BESTÄNDE

A. PERTINENZBESTÄNDE

E 2	Politische Angelegenheiten
E 13 (B)	Bilaterale Staatsverträge
E 27	Landesverteidigung

B. PROVENIENZBESTÄNDE

Bundeskanzlei

E 1001 1	Anträge der Departemente an den Bundesrat
E 1001 (C) d 1	Protokolle des Nationalrates
E 1001 (D) d 1	Protokolle des Ständerates
E 1004 1	Protokolle des Bundesrates
E 1005 2	Protokolle des Bundesrates «geheim»

Politisches Departement

E 2001 (B)	Abteilung für Auswärtiges (Registraturperiode 1918–1926)
E 2001 (C)	Abteilung für Auswärtiges (Registraturperiode 1927–1936)
E 2001 (D)	Abteilung für Auswärtiges (Registraturperiode 1937–1945)
E 2001 (D) c 1	Aussenpolitische Berichte von Bern an die schweizerischen Vertretungen im Ausland
E 2015	Russlandschweizerbureau
E 2200	Diplomatische und konsularische Vertretungen der Schweiz im Ausland
E 2300	Politische Berichte der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz im Ausland

Justiz- und Polizeidepartement

E 4001 (A)	Vorsteher und Departementssekretariate (Magistratur Häberlin)
------------	--

Finanz- und Zolldepartement

E 6100 (A) Finanzverwaltung

Volkswirtschaftsdepartement

E 7110 Handelsabteilung

C. URKUNDEN

K I Staatsverträge 1848ff.

PRIVATBESTÄNDE

J.I.1 1 Giuseppe Motta
J.I.6 1 Edmund Schulthess

BERÜCKSICHTIGTE UND ZITIERTE AMTLICHE DRUCKSCHRIFTEN

- Amtliches stenografisches Bulletin der Bundesversammlung / Bulletin sténographique officiel de l'Assemblée fédérale
- Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft
- Recueil officiel des lois et ordonnances de la Confédération suisse
- Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung
- Schweizerisches Bundesblatt
- Feuille fédérale suisse
- Journal officiel de la Société des Nations

X. PARAPHEN DER KORRESPONDENTEN
DES POLITISCHEN DEPARTEMENTES
(ABTEILUNG FÜR AUSWÄRTIGES)

Es sind lediglich die in den abgedruckten Dokumenten erwähnten Korrespondenten aufgeführt.

Die Paraphen der Korrespondenten der anderen Departemente und der diplomatischen Vertretungen sind nicht aufgeschlüsselt.

	1925	1926	1927	1928	1929
Benziger, Karl	KB	MA	NT	RB	TE
Bonna, Pierre	KD	MC	NV	RD	TG
Däniker, Armin	LP	MK	OB	RN	TO
Dinichert, Paul	KH	MH	NZ	RL	TM
Frölicher, Hans	KN	MN	OF	RW	TX
Gorgé, Camille	-	-	PL	RZ	TZ
Hohl, Reinhard	KR	MS	OK	SA	UB
Kohli, Robert	KS	MT	OM	SC	UE
Micheli, Louis	LS	MY	-	-	-
Motta, Giuseppe	LA	NB	OT	SG	UL
Ruegger, Paul	LG	-	-	-	UX
Secretan, Daniel	LJ	NJ	PB	SP	-
Stoutz, Maxime de	LK	-	-	-	-
Stucki, Karl	LL	NK	PC	SR	US
Widmer, Paul	LX	NN	PF	SV	-